

**Das politische Profil der „neuen“ NPD:  
Organisatorischer Wandel, ideologische Radikalisierung  
und strategisches Konzept einer  
„systemfeindlichen“ Partei**

*Inaugural-Dissertation  
zur Erlangung des Doktorgrades der Philosophie  
an der Ludwig-Maximilians-Universität  
München*

*vorgelegt von  
Stefan Missy*

*2013*

**Das politische Profil der „neuen“ NPD:  
Organisatorischer Wandel, ideologische Radikalisierung  
und strategisches Konzept einer  
„systemfeindlichen“ Partei**

*von*

*Stefan Missy*

Erstgutachter: PD Dr. Christian Schwaabe

Zweitgutachter: Prof. Dr. Dr. h.c. Werner Weidenfeld

Datum der mündlichen Prüfung: 29. Januar 2013

# Inhalt

<b>1. Einleitung</b> .....	8
1.1. Forschungsinteresse.....	10
1.2. Vorgehensweise.....	13
1.3. Forschungsstand und Materialbasis.....	19
<b>2. Terminologischer Kontext: Politischer Extremismus</b> .....	31
2.1. Begriffsgeschichte.....	31
2.2. Die normative Extremismustheorie in der Diskussion.....	34
2.3. Definition des politischen Extremismus.....	40
2.4. Abgrenzung des Extremismusbegriffs von vermeintlichen Alternativen.....	45
2.5. Zur Bedeutung der politischen Richtungsbegriffe.....	49
2.6. Schattenriss des Rechtsextremismus.....	54

## *Teil I: Rahmenbedingungen des Rechtsextremismus in Deutschland*

<b>3. Politisch-kulturelle Voraussetzungen: Anfang und Ende des deutschen „Sonderwegs“</b> .....	58
3.1. Das Erwachen einer „verspäteten“ Nation.....	59
3.2. Demokratisierung am Abgrund der Geschichte.....	64
3.3. Die Flucht vor der Freiheit.....	68
3.4. Die behutsame Rückkehr zur Demokratie.....	72
3.5. Eine Gesellschaft in Bewegung.....	76
3.6. Typisch deutsch? Pragmatismus und kritische Distanziertheit.....	83
3.7. Exkurs: Das „andere“ Deutschland.....	90
3.8. Ausblick: Die „Berliner Republik“ im 21. Jahrhundert.....	97
<b>4. Rechtsextremismus und Gesellschaft</b> .....	104
4.1. Rechtsextremistische Potentiale in Deutschland.....	104
4.1.1. Methodische Probleme der Messung rechtsextremistischer Einstellungen.....	105
4.1.2. Rechtsextremistische Gesinnungen in der Gesellschaft der Bundesrepublik.....	107
4.1.3. Detailaufnahme: Dimensionen rechtsextremistischer Dispositionen.....	109
4.1.4. Rechtsextremistische Weltbilder in Relation zu sozialstrukturellen Merkmalen.....	113
4.1.5. Fazit.....	118

4.2. Erklärungsansätze zur Entstehung rechtsextremistischer Einstellungen.....	119
4.2.1. Rechtsextremismus als Persönlichkeitsmerkmal.....	119
4.2.2. Ungleichgewichtszustände als Ursachen rechtsextremistischer Einstellungen.....	123
4.2.3. Rechtsextremismus als Resultat von Modernisierungsprozessen.....	125
4.2.4. Identitätsprobleme als Wurzel rechtsextremistischer Weltbilder von Jugendlichen.....	127
4.2.5. Die Rolle der politischen Kultur im Kontext rechtsextremistischer Dispositionen.....	130
4.2.6. Fazit.....	132
<b>5. Das rechtsextremistische Parteienspektrum in Deutschland.....</b>	<b>133</b>
5.1. Rechtsextremistische Parteien in den Anfangsjahren der „Bonner Republik“.....	133
5.1.1. Deutsche Konservative Partei – Deutsche Rechtspartei (DKP-DRP).....	134
5.1.2. Sozialistische Reichspartei (SRP).....	137
5.1.3. Deutsche Gemeinschaft (DG).....	142
5.1.4. Deutsche Reichspartei (DRP).....	145
5.2. Dauerprotagonisten des rechtsextremistischen Spektrums.....	149
5.2.1. Die Republikaner (REP).....	151
5.2.2. Deutsche Volksunion (DVU).....	162
5.3. Rechtsextremistische Splittergruppierungen.....	173
5.3.1. Volkssozialistische Bewegung Deutschlands/Partei der Arbeit (VSBD/PdA).....	173
5.3.2. Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei (FAP).....	175
5.3.3. Deutsche Liga für Volk und Heimat (DLVH).....	178
5.3.4. „Bürgerbewegung pro Köln e.V.“ (PRO KÖLN).....	180

## ***Teil II: Das politische Profil der NPD***

<b>6. Organisatorischer Wandel.....</b>	<b>185</b>
6.1. Die NPD in den 60er Jahren: Eine (kurze) Erfolgsgeschichte.....	185
6.1.1. Gründungsprozess und Organisationsaufbau.....	186
6.1.2. „Man kann wieder wählen!“: Erste Erfolge und Konflikte.....	191
6.1.3. Nachwirkungen der Krise und Konsolidierung durch Wahlerfolge.....	195
6.1.4. Zur Sozialstruktur der nationaldemokratischen Sammlungsbewegung.....	198
6.1.5. Zu den Wurzeln der NPD-Welle.....	200
6.1.6. Das Scheitern in der Schicksalswahl: Der Anfang vom (vorläufigen) Ende.....	202

6.2. Von der Sammlungsbewegung zur Splitterpartei.....	206
6.2.1. Zwischen konservativem Anspruch und wachsendem Aktionismus.....	206
6.2.2. In der Abwärtsspirale: Der Führungswechsel und seine Folgen.....	212
6.2.3. Die Nationaldemokraten im Ringen mit sich selbst.....	217
6.2.4. Exkurs: Die „Neue Rechte“ als Motor der ideologischen Modernisierung.....	221
6.2.5. Splitterpartei im Umbruch.....	225
6.2.6. Vorsichtige Trendwende.....	229
6.2.7. Auf verlorenem Posten: Die NPD in der Phase der Wiedervereinigung.....	235
6.2.8. Radikalisierung als Verfallsbeschleuniger.....	239
6.3. Die „neue“ NPD.....	245
6.3.1. Stabilisierung und Neuausrichtung.....	245
6.3.2. Verlagerung nach „Mitteldeutschland“.....	251
6.3.3. Die Nationaldemokraten in der Phase des Verbotsverfahrens.....	256
6.3.4. Restabilisierung durch Graswurzelarbeit.....	265
6.3.5. Durchbruch mit Ansage.....	268
6.3.6. Die NPD als neuer „Kristallisationspunkt“ des Rechtsextremismus.....	275
6.3.7. Das Auf und Ab der „Volksfront“.....	281
6.3.8. Kratzer in der Fassade: Innerparteiliche Differenzen und Konflikte.....	287
6.3.9. Die Nationaldemokraten im Strudel von Finanzproblemen und Flügelkämpfen.....	291
6.3.10. Wenn der Erfolg ausbleibt: Das schnelle Ende des „Deutschlandpakts“.....	299
6.3.11. Strategiedebatte und Verschmelzungsprozess.....	305
6.3.12. Nach der Verschmelzung: Zwischen Verbürgerlichung und Verbotsgefahr.....	313
<b>7. Ideologische Radikalisierung.....</b>	<b>319</b>
7.1. „Manifest der NPD“.....	319
7.2. „Grundlagen nationaldemokratischer Politik“.....	322
7.3. „Wertheimer Manifest“.....	326
7.4. „Düsseldorfer Programm“.....	329
7.5. „Nationaldemokratische Gedanken für eine lebenswerte Zukunft“.....	333
7.6. „Programm von 1996“.....	336
7.7. „Aktionsprogramm für ein besseres Deutschland“.....	341
7.8. „Arbeit. Familie. Vaterland.“.....	348
7.9. Fazit.....	354

<b>8. Strategisches Konzept</b> .....	356
8.1. „Kampf um die Straße“.....	356
8.1.1. Wirkungsfelder der Demonstrationspolitik.....	357
8.1.2. Praktische Umsetzung.....	361
8.1.3. Fazit.....	367
8.2. „Kampf um die Köpfe“.....	368
8.2.1. Intellektualisierungsbestrebungen und Schulungsoffensive.....	369
8.2.2. Diskursstrategie: Themenbesetzung und „Wortergreifung“.....	376
8.2.3. Kommunalstrategie: „Geräuschlose völkische Graswurzelrevolution“.....	381
8.2.4. Medienstrategie und Propagandaapparat.....	388
8.2.5. Fazit.....	399
8.3. „Kampf um die Parlamente“.....	401
8.3.1. Wahlanalyse.....	402
8.3.1.1. Landtagswahl in Sachsen 2009.....	403
8.3.1.2. Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen 2010.....	412
8.3.2. Systemopposition im Landtag.....	418
8.3.2.1. Sachsen.....	419
8.3.2.2. Mecklenburg-Vorpommern.....	426
8.3.3. Die NPD in den Kommunalparlamenten.....	431
8.3.4. Fazit.....	435
8.4. „Kampf um den organisierten Willen“.....	437
8.4.1. Gesamtpartei.....	438
8.4.2. Junge Nationaldemokraten (JN).....	443
8.4.3. Ring Nationaler Frauen (RNF).....	447
8.4.4. Fazit.....	451
<b>9. Synthese: Zwischen Kümmerer- und Kampfpartei – das Dilemma der „neuen“ NPD</b> .....	453
9.1. Merkmale und Wesenszüge des Rechtsextremismus „Marke NPD“.....	453
9.2. Das politische Profil der „neuen“ NPD.....	456
9.3. Die NPD in Politik und Gesellschaft.....	460
9.4. Ausblick.....	467

<b>10. Anhang</b> .....	475
<b>11. Abkürzungsverzeichnis</b> .....	480
<b>12. Literatur- und Quellenverzeichnis</b> .....	482
<b>Danksagung</b> .....	521

*Für  
meine  
Familie*



## 1. Einleitung

Bei der am 28. November 1964 ins Leben gerufenen Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) handelt es sich gegenwärtig um die älteste und gleichzeitig in allen Belangen erfolgreichste rechtsextremistische Plattform der Bundesrepublik, die seither elf Landtagseinzüge realisiert hat, für das einschlägige Lager aber auch abseits der Parlamente enorme Bedeutung aufweist. Jedoch ist deren Gesicht heute ein völlig anderes als im Gründungsstadium vor einem halben Jahrhundert. Was größtenteils dadurch bedingt sein dürfte, dass die bisherige Entwicklung keinesfalls geradlinig verlief, der genommene Werdegang vielmehr durch krasse, gelegentlich sogar bis zum Wesenskern vordringende Einschnitte bestimmt blieb. Nach einer ersten Welle von aufsehenerregenden Wahlergebnissen setzte ausgangs der 60er Jahre abrupt ein über annähernd drei Jahrzehnte anhaltender Niedergangsprozess ein, der praktisch am Rande des politischen Wachkomas entlangführte, ehe der in den 90er Jahren eingeschlagene Weg der strategischen und programmatischen Radikalisierung für die erneute Wende sorgte und den allmählichen Wiederaufstieg auf das aktuelle Niveau ermöglichte.

Ausgezehrt von Dekaden im Dämmerzustand entschied sich die zur „Altherrenpartei“ verkommene NPD seinerzeit zu einer grundsätzlichen Neuausrichtung, ersetzte die vormals halbwegs gemäßigte Außendarstellung durch einen spürbar energischeren und scharfzüngigeren Duktus und verdichtete den eher diffusen Nationalkonservatismus der Anfangstage sukzessive zu einem in sich geschlossenen, durch und durch dogmatischen völkischen Nationalismus, in dem stellenweise erschreckende Analogien zum historischen Nationalsozialismus durchschimmern. In der Konsequenz ist eine dynamische, durch einen hohen Anteil jugendlicher Anhänger getragene Kaderorganisation entstanden, die jeglicher Anpassung entsagt und sich durch denkbar „harte“, das heißt explizit „systemfeindliche“ Auffassungen sowie gezielte Affronts gegenüber den etablierten Kontrahenten hervortut. Abgesehen vom hinlänglich gepflegten Nimbus des „Krawallmachers“ und sozial geächteten Außenseiters, der sich im heroischen Alleingang gegen die vermeintlich verkrusteten Konventionen stemmt, scheint die szeninterne Anziehungskraft speziell durch die verstärkte Aktionsorientierung exponentiell gestiegen zu sein: Die Nationaldemokraten sind über vorübergehende Wahlkampfmobilisierungen hinaus zu einer Aufmärsche, Demonstrationen und Konzerte veranstaltenden Drehscheibe herangewachsen, die den Nachwuchs durch vorpolitische Angebote genauso um sich zu scharen vermag wie verschiedenste subkulturelle Kräfte und sich darüber ein

vielschichtiges Netzwerk von Kooperationspartnern geschaffen hat – die einzige Konstante zu den gutbürgerlichen Wurzeln von einst stellt derweil der Name dar.

Besonders durch die jüngere Vergangenheit zieht sich demnach ein ebenso auffälliger wie umfassender Bruch, den einige Beobachter sicherlich zutreffend als Beginn einer nächsten Phase in der ausgesprochen unbeständigen Parteigeschichte umschreiben<sup>1</sup>; jedenfalls sind nun im Prinzip zwei Varianten, eine „alte“ und eine „neue“ NPD, zu unterscheiden, deren Profile in nahezu allen zentralen Punkten divergieren. Mithin zeichnete sich die substantielle Metamorphose, die darin anklingt, auch in den zusehends aggressiveren Verlautbarungen der Vorsitzenden ab. Obwohl das extremistische Naturell der Nationaldemokraten eigentlich bereits damals außer Frage stand, griff deren erstes Oberhaupt Friedrich Thielen dennoch selten zu Polemik und Provokation, gab bevorzugt den gleichermaßen salonfähigen wie staatstragenden Politikunternehmer und betonte exemplarisch dafür anno 1966 gegenüber Vertretern der – allen Täuschungsmanövern und Lippenbekenntnissen zum Trotz – stets skeptischen Presse eifertig die angebliche Loyalität seiner aufstrebenden Formation zur existierenden Verfassungsordnung:

„Wir stehen auf dem Boden des Grundgesetzes und akzeptieren die Spielregeln der Demokratie (...). Wir bestreiten den drei im Bundestag vertretenen Parteien unter gar keinen Umständen, daß sie sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten und Auffassungen um das Wohl der Deutschen bemühen.“<sup>2</sup>

Unter dem Kommando von Udo Voigt, der von 1996 bis 2011 amtierte und den angedeuteten Kurswechsel mit aller Vehemenz befeuerte, verzichtete man auf derartiges Understatement dagegen vollends, nahmen die nationalrevolutionären Umsturzpläne bald mehr und mehr Konturen an. Schon 1999 formulierte dieser das komplett modifizierte Selbstverständnis und die mittlerweile kategorisch fundamentaloppositionelle Stoßrichtung der NPD daher wie folgt:

„Die NPD ist keine Partei, die Geld und Posten zu vergeben hat. Die NPD ist keine Partei, die auf der Stufe der Systemparteien steht, sondern eine Partei gegen die Etablierten. (...) Die NPD ist heute Garant dafür, daß der Kampf um Deutschland noch nicht verloren ist und niemals zu Ende sein wird, so lange wir leben! (...) Die heutige NPD ist nicht mehr die NPD der Gründerjahre (...). Die heutige NPD stellt das liberalkapitalistische System der BRD, welches materialistische Werte über den Wert des einzelnen deutschen Menschen erhebt, an sich in Frage und will dieses nicht fortsetzen, sondern auf seinen Trümmern ein neues Deutschland errichten.“<sup>3</sup>

---

<sup>1</sup> Vgl. Bergsdorf, Harald: Die neue NPD. München, 2007; Cremet, Jean: Eine „Partei neuen Typs“? Die NPD zwischen NS-Nostalgie und Nationalbolschewismus. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 9/2000, S. 1079-1087; Pfahl-Traughber, Armin: Die „alte“ und die „neue“ NPD. Eine vergleichende Betrachtung zu Gefahrenpotential und Profil. In: Braun, Stephan/Geisler, Alexander/Gerster, Martin (Hrsg.): Strategien der extremen Rechten. Hintergründe – Analysen – Antworten. Wiesbaden, 2009, S. 77-91. Staud, Toralf: Moderne Nazis. Die neuen Rechten und der Aufstieg der NPD. Köln, 2005.

<sup>2</sup> Thielen, zitiert nach Der SPIEGEL: Wenn Deutschlands Kanzler Thielen hieße... SPIEGEL-Gespräch mit dem NPD-Vorsitzenden Friedrich Thielen. In: Der SPIEGEL 15/1966, S. 42-44, S. 42.

<sup>3</sup> Voigt, Udo: Vorwort des NPD-Parteivorsitzenden. In: Apfel, Holger (Hrsg.): „Alles Große steht im Sturm“. Tradition und Zukunft einer nationalen Partei. 35 Jahre NPD – 30 Jahre JN. Stuttgart, 1999, S. 12.

Am unverkennbar subversiven Habitus der Nationaldemokraten wird sich unter der Leitung seines direkten Nachfolgers Holger Apfel voraussichtlich wenig verändern, schließlich verkündete der sächsische Landtagsabgeordnete weit vor seinem Antritt unumwunden: „Das System hat keine Fehler, das System ist der Fehler!“<sup>4</sup> Die fatale Zielsetzung, die sich in solch prekären Vorstellungen und Zuspitzungen widerspiegelt, ist somit wohl schlicht in der weitgehenden Demontage der freiheitlichen Demokratie zu suchen; die politische und gesellschaftliche Zukunft soll stattdessen – wie später zu sehen sein wird – nach spezifisch „nationalem“<sup>5</sup> Verständnis gestaltet werden.

### 1.1. Forschungsinteresse

Die NPD ist augenblicklich nicht nur die stärkste und erfolgreichste rechtsextremistische Partei in Deutschland, sondern nimmt – und das ist das eigentlich „neue“ und außergewöhnliche daran – nebenbei auch eindeutig die rabiatesten Positionen ein. Was deren erstaunlichen Wiederaufstieg, der sich momentan in erster Linie auf die ostdeutsche Provinz konzentriert und sich dort mittlerweile auf staatlich alimentierte Parlamentsfraktionen im sächsischen und mecklenburg-vorpommerischen Landtag stützen kann, ausgesprochen erklärungsbedürftig macht und obendrein schon deshalb zu einer ausführlicheren Beschäftigung mit den mutmaßlichen Wurzeln und Beweggründen einlädt, da derartige Bestrebungen in der Bundesrepublik ansonsten kaum ein massenkompatibles Phänomen abgeben, sich stattdessen mehr oder minder komplett ausgegrenzt sehen. Wenngleich sich der selbsternannte „Nationale Widerstand“ in seiner Propaganda häufig als kraftstrotzende und homogene Bewegung aufspielt, schleifen dessen diverse Plattformen außer kontinuierlichen Grabenkämpfen und anderen hausgemachten Problemen im Normalfall enormen historischen Ballast hinter sich her und kommen in Gesellschaft und Politik damit selten über eine Nebenrolle hinaus. Wobei sich das ausgeprägte Nischendasein in der Nahaufnahme schnell als keineswegs alternativlos entpuppt, demoskopische Nachforschungen erfahrungsgemäß ein abweichendes Bild erbringen und der hiesigen Bevölkerung ein stattliches Potential an korrespondierenden Gesinnungen und Ressentiments attestieren, das auf dem Papier klar über die meist

---

<sup>4</sup> Apfel, zitiert nach Schimmer, Arne: „Das System hat keine Fehler, das System ist der Fehler“. Holger Apfel lehnt sächsische Beteiligung am Banken-Rettungspaket ab. In: DS 11/2008.

<sup>5</sup> Rechtsextremisten verorten sich selbst in der Regel nicht als „extremistisch“, versuchen sich erfahrungsgemäß vielmehr als „national“ zu verbrämen. Wobei etwa der Ausdruck „Nationaler Widerstand“ einer Art Sammelbezeichnung für das eigene Spektrum entspricht. Wenn solche szenetypischen Wortschöpfungen in der vorliegenden Arbeit stellenweise Anwendung finden, dann freilich nicht, um zu verharmlosen, sondern nur zum Wohle der sprachlichen Abwechslung – und folglich stets in Anführungszeichen.

marginalen Wahlergebnisse einschlägiger Gruppierungen hinausreicht, sich für diese in der Praxis aber als schwierig zu mobilisieren erweist, so dass die Rahmenbedingungen im Ganzen durchaus ambivalent anmuten. Nichtsdestotrotz scheinen es die Nationaldemokraten eher zu schaffen, sich darauf einzustellen und mit einer stilistisch eigenwilligen Bandbreite an zum Teil ebenso martialisch und spektakulär wie einigermaßen „modern“ wirkenden Techniken wenigstens ab und an Resonanz zu erzielen, als moderatere Rivalen wie zum Beispiel die Republikaner (REP), die weithin in die Bedeutungslosigkeit abgedriftet sind.

Nachdem die gegensätzlichen Voraussetzungen einer anhaltenden sozialen Randständigkeit einerseits sowie eines gewissen Vorrats an schlummernden Reserven andererseits für die NPD die gleichen sind wie für den Rest des anhängigen Lagers, dürfte also gerade das „wie“ ausschlaggebend und deren erneuter Vormarsch samt der daraus erwachsenden szeneeinternen Vormachtstellung darum schlicht das Resultat dessen sein, was auf agitatorischem Level aus dem angedeuteten geistigen Nährboden gemacht wird – etwa anhand einer gelungenen Themenauswahl, attraktiven Lösungsvorschlägen und einem adäquaten Tonfall. Kurzum, die Anpassungsleistung muss stimmen und sich das Auftreten der Kandidaten, die Kampagnengestaltung sowie die präsentierten Aussagen und Konzepte mindestens partiell mit den persönlichen Anliegen und Ansprüchen sympathisierender Kreise decken. Anknüpfend daran soll die Aufgabe der vorliegenden Arbeit speziell darin bestehen, diese Aspekte zu vertiefen; sprich die diffuse Nachfrage zu vermessen, die dazugehörigen Angebote der Nationaldemokraten zu beleuchten und beides schließlich zu verbinden. Das beinhaltet, erst die allgemeinen Prämissen und Determinanten auszuloten, bevor ein detailliertes Porträt der Partei angefertigt und auf dessen Grundlage schrittweise erörtert wird, wie das eine das andere womöglich bedingt und welche Gesamteindrücke daraus abzuleiten sind.

In puncto Umweltfaktoren dienen die Eigenheiten auf der Ebene der politischen Kultur wie der seit jeher prekäre Konnex der Deutschen zur Nation, der mentale Unterbau an antidemokratischen Dispositionen und Einstellungsmustern in Kombination mit wissenschaftlichen Erklärungsansätzen zu deren jeweiliger Entstehung sowie die wechselhafte Entwicklung des parteiförmigen Rechtsextremismus als direktem Umfeld dabei als maßgebliche Kriterien der Untersuchung, die das ständige Ringen der NPD um Einfluss in der Regel mitbestimmen. Notgedrungen erfordert diese gesamtgesellschaftliche Herangehensweise allerdings auch, den Fokus gelegentlich ein wenig auszudehnen und die Nationaldemokraten als sehr eng gesteckten Hauptgegenstand erst einmal in den

Hintergrund zu schieben, um den Faden dann später wieder aufzunehmen und weiterzuspinnen. Indessen reichen die Stellschrauben der Organisation, Ideologie und Strategie zu Orientierungsmarken und Pfeilern für die Ausführungen zu deren gewandelter Ausrichtung und gegenwärtigem Profil.

Oft vermag die Auseinandersetzung mit der Organisation, dem strukturellen Aufbau und den verbandsspezifischen Abläufen, der Personalbasis und den verantwortlichen Köpfen bereits erste Anhaltspunkte bezüglich des vorausgeschickten Politikverständnisses sowie der dahinter verborgenen Ordnungsvorstellungen zu vermitteln, besonders bei extremistischen Kräften. Indizien dafür sind deren vielfach spannungsgeladenes Innenleben und die erbitterten, mitunter in Austritte und Ausschlüsse mündenden Konflikte, die im Kern bloß dem verkürzten Abbild einer starren Ideologie entsprechen, die sich in bipolaren Kategorien wie schwarz und weiß erschöpft und bestenfalls minimalen Abweichungs- bzw. Interpretationsspielraum erlaubt. Mithin enthält das Programm das universale theoretische Fundament des darin anklingenden Freund-Feind-Denkens, transportiert einen in sich gefestigten weltanschaulichen Minimalkonsens der unterschiedlichen Strömungen, in dem die unverrückbaren Standpunkte und Sichtweisen auf die wesentlichen Fern- und Primärziele treffen, denen ungeachtet gängiger Sachzwänge für gewöhnlich auch die tagesaktuellen Maßgaben und Stellungnahmen unterworfen werden<sup>6</sup>. Um herauszufiltern, auf welche revolutionären Umwälzungen die nationaldemokratischen Umtriebe genau hinauslaufen, sind demnach an und für sich keine aufwendigen geheimdienstlichen Vorrecherchen notwendig, weil darin – wiewohl in sporadisch abgeschwächter Diktion – schon relativ konkret geschrieben steht, was an den herrschenden Verhältnissen auf Dauer zu ändern sei und wie. Den entscheidenden Schlüssel dazu liefert wiederum die Strategie, die als langfristige Direktive und Summe aller bewusst an der Verwirklichung eines bestimmten Vorhabens aufgehängten Schritte definiert wird, wohingegen die Taktik als bisweilen eins zu eins angewandter Terminus lediglich das Vorgehen in einzelnen Situationen betrifft<sup>7</sup>.

Zur Präzisierung sind abschließend einige grobe Leitfragen zu entwerfen, die es im Lauf dieser Parteienstudie sukzessive aufzugreifen und zu ergründen gilt: Unter welchen Umständen, Modalitäten und Gelegenheitsstrukturen operiert die NPD, das heißt, wie beeinträchtigen oder begünstigen die externen Gegebenheiten heute deren Machenschaften

---

<sup>6</sup> Vgl. Van Hüllen, Rudolf: *Das Rechtsextreme Bündnis: Aktionsformen und Inhalte*. Sankt Augustin, 2008, S. 48/49.

<sup>7</sup> Vgl. Raschke, Joachim: *Soziale Bewegungen. Ein historisch-systematischer Grundriß*. 2. Auflage. Frankfurt am Main, 1988, S. 368.

bzw. wie effektiv stellen sich die Protagonisten selbst an, einen halbwegs brauchbaren Nutzen daraus zu schöpfen und welche absehbaren Perspektiven ergeben sich dadurch? Welche Grundzüge und Wesensmerkmale sind inzwischen als symptomatisch für den Rechtsextremismus nationaldemokratischer Rezeptur zu nennen und inwiefern hebt sich deren „neues“ hierbei vom „alten“ Gesicht ab? Inwieweit stellen sich der Forderungskatalog bzw. das angepeilte Image nun als vordergründig zeitgemäßer und somit vielleicht auch zugkräftiger dar als bei anderen „nationalen“ Formationen? Mit welchen „verkaufsfördernden“ Methoden wird versucht, die Menschen „abzuholen“ und allmählich in die Mitte der Gesellschaft vorzudringen – und in welcher Relation steht das zu den sonstigen Radikalisierungstendenzen und dem aggressiven, „systemfeindlichen“ Gebaren? Wie ist von demokratischer Warte aus auf Provokationen und Polemik zu antworten? Wo drohen sich durch subversive Winkelzüge eventuelle Gefahrenherde aufzutun, wie ist selbigen entgegenzusteuern und welche Gegenmittel sind angebracht?

## 1.2. Vorgehensweise

Bevor eine sinnvolle Beschäftigung mit einer Partei wie der NPD erfolgen kann, muss das Phänomen einen Namen erhalten, sind in einem ersten Passus die zur weiteren Begutachtung erforderlichen Bezeichnungen zu klären. Gleichwohl ist das „kein einfaches, in einem Satz zu erledigendes definitorisches Geschäft“<sup>8</sup>, zumal in dieser Frage kaum ein einheitlicher Sprachgebrauch existiert und zwischen Forschungs- und Alltagsdiskursen darum etliche Ausdrücke und Formeln kursieren. Wobei sich die Wortwahl aus der Nähe betrachtet oft als mehr oder minder suboptimal herausstellt, da die meisten Termini – ob aufgrund bestimmter historischer Wurzeln oder heikler Nebekonnotationen – allenfalls mit beschränkter Tauglichkeit ausgestattet sind. So ist die Entscheidung für die vorliegende Studie am Ende auf das normative Extremismusmodell gefallen, das demgegenüber zwar keineswegs als unumstritten gilt, angesichts der verhältnismäßig kurzen Entstehungsgeschichte aber zumindest neutraler und durch den unverkennbar demokratiethoretischen Einschlag auch konkreter anmutet als zahlreiche konkurrierende Entwürfe. Nichtsdestotrotz mündet der knappe Einstieg über die Anfänge und die Verbreitung jenes Ansatzes, der den politischen Extremismus zur Antithese des demokratischen Verfassungsstaats deklariert, postwendend in die kritische Auseinandersetzung mit den jeweiligen Vor- und Nachteilen, die zur Vorbereitung der im Anschluss durchzuführenden Arbeitsdefinition dient. Im Mittelpunkt steht dabei die

---

<sup>8</sup> Kielmansegg, Peter Graf: Was ist politischer Extremismus? In: Backes, Uwe/Jesse, Eckhard (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie. 2. Jahrgang. Bonn, 1990, S. 280-288, S. 281.

Benennung eines demokratischen Minimalkonsenses als Basis und elementarem Maßstab für die Beurteilung davon abweichender und abzugrenzender Bestrebungen. Nachdem bekanntlich sogar die explizit „systemfeindlichen“ Nationaldemokraten eine Form angeblich „echter“ Demokratie für sich beanspruchen, bleibt allgemein zu erläutern, wie sich das eigene Verständnis einer solchen ausnimmt bzw. welche Faktoren und Voraussetzungen für substantiell befunden werden, weil deren Negation in der Folge automatisch eine Diagnose als extremistisch auslöst. Die Pfeiler der vorausgeschickten wertgebundenen Perspektive so weit aufzudecken, mag aufwendig klingen, dürfte der Plausibilität allerdings kaum schaden und vieles nachvollziehbarer machen.

Ein abrundender Exkurs zu häufig alternativ verwendeten Rubrizierungen wie Radikalismus und Populismus hilft derweil, die Pluspunkte der herauskristallisierten Extremismusvokabel zu veranschaulichen. Um daraufhin allmählich die nötige Brücke zum eigentlichen Untersuchungsgegenstand zu schlagen, ist erst einmal auszuloten, wofür die inzwischen über 200 Jahre alten Richtungsbegriffe inhaltlich stehen, sprich welche klassischen Bedeutungsstränge darin eingeflochten sind und inwiefern sich eine simple dichotome Unterscheidung zur Beschreibung einer immer komplizierter werdenden politischen Realität insgesamt noch als praktikabel erweist. Darauf aufbauend wird ein Schattenriss des Rechtsextremismus erstellt, der – um der tatsächlichen Vielfalt der anhängigen Strömungen gebührend Rechnung zu tragen – bewusst etwas weitläufiger gehalten ist und ausschließlich aus denjenigen gemeinsamen Symptomen und groben Strukturmerkmalen besteht, die alle Vertreter des besagten Spektrums teilen und diese gleichzeitig gegenüber anderen extremistischen Spielarten abheben.

Womit sich die Beobachtung fortan primär auf die gesamtgesellschaftlichen Konstellationen und das atmosphärische Klima für das Wirken solcher Kräfte, genauer auf die Beschaffenheit der politischen Kultur, fokussieren soll. Denn auch wenn der Rechtsextremismus auf dem Papier schon seit Langem zu den „normalen Pathologien“ im Innenleben westlicher Industriestaaten gezählt wird<sup>9</sup>, nimmt das „nationale“ Lager in Deutschland weiter eine gleichermaßen ambivalente wie erklärungsbedürftige Rolle ein. Demnach sehen sich dessen im europäischen Vergleich als schwach einzustufende Plattformen<sup>10</sup> einerseits großflächig in die Isolation gedrängt und andererseits dennoch erhöhtem, in aller Regel negativ eingefärbtem Interesse ausgesetzt, das geradewegs durch

---

<sup>9</sup> Vgl. Scheuch, Erwin K./Klingemann, Hans D.: Theorie des Rechtsradikalismus in westlichen Industriegesellschaften. In: Ortlieb, Heinz-Dietrich/Molitor, Bruno (Hrsg.): Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik 12. Tübingen, 1967, S. 11-29.

<sup>10</sup> Vgl. Moreau, Patrick: Die extreme Rechte in Europa – Ein Vergleich. In: Backes, Uwe/Steglich, Henrik (Hrsg.): Die NPD. Erfolgsbedingungen einer rechtsextremistischen Partei. Baden-Baden, 2007, S. 33-54.

die Last der Vergangenheit angetrieben erscheint – um nicht zu sagen die schmerzhaften Lehren des „Dritten Reiches“ und das daraus gespeiste „Primat der Verhinderung“<sup>11</sup> schimmern nahezu allgegenwärtig durch.

Verantwortlich dafür, dass nicht wenige Menschen die Bundesrepublik als „schwieriges Vaterland“<sup>12</sup> erachten, sind freilich nicht nur die einzigartigen nationalsozialistischen Verbrechen, sondern zum Teil auch wesentlich frühere Begleitumstände und Veranlagungen, die der Begründung einer Terrorherrschaft seinerzeit sicherlich entgegenkamen; etwa die antiliberalen und antiparlamentarischen Traditionen des preußischen Obrigkeitsstaats, die feste Verankerung autoritärer Ordnungsvorstellungen und sonstiger prekärer Mentalitätsbestände, der spät entflammte und dafür umso fataler aufgeloderte nationalistische Machthunger, die frenetische Begeisterung für den Militarismus etc. Das und mehr gilt es außerdem mit Blick darauf zu eruieren, wie sich diese geistigen Besonderheiten und Vorbelastungen ab 1945 sukzessive entschärft und welchen Bezug die Bürger heute zu einstigen Fixpunkten wie der Nation sowie zu Freiheit und Demokratie haben, um den Bogen allmählich dahin zu spannen, was daraus für gemeinhin diametrale Vorstöße wie die der NPD abzuleiten ist – wenngleich die Nationaldemokraten selbst hier wohl höchstens sporadisch auftauchen werden, weil erst die grundlegenden Determinanten und Bedingungen aufzuzeigen sind.

Dazu ist in einem weiteren Absatz die wichtige Frage zu beantworten, wie es um die gesellschaftlichen Fundamente bzw. die Anschlussfähigkeit derartiger Parteien bestellt ist und wie groß sich die schlummernden Potentiale einschlägiger Denkweisen und Präferenzen gestalten. Anhand der zuweilen widersprüchlichen und deshalb differenziert zu würdigenden Resultate verschiedener demoskopischer Untersuchungen wird zunächst versucht, die Auswüchse dem Rechtsextremismus zugeschriebener Ansichten und Ressentiments in vollem Umfang zu vermessen. Woraufhin es bloß eines schlichten Abgleichs mit den erfahrungsgemäß deutlich schlechteren Wahlergebnissen der betreffenden Gruppierungen bedarf, um die verborgenen bzw. brachliegenden Reserven empirisch zu belegen und sich damit deren bis dato vergebliches Ringen zu vergegenwärtigen, sich die skizzierten Gesinnungen in einem breiteren und dauerhaften Ausmaß zu eigen zu machen.

---

<sup>11</sup> Klärner, Andreas/Kohlstruck, Michael: Rechtsextremismus – Thema der Öffentlichkeit und Gegenstand der Forschung. In: Dies. (Hrsg.): Moderner Rechtsextremismus in Deutschland. Hamburg, 2006, S. 7-41, S. 8.

<sup>12</sup> Greiffenhagen, Martin/Greiffenhagen, Sylvia: Ein schwieriges Vaterland. Zur politischen Kultur im vereinigten Deutschland. München, 1993.



Die Aufschlüsselung der immanenten Teilaspekte und Dimensionen vermag diesem ersten Grundriss indessen mehr Tiefe zu verleihen, vermittelt durch die variierenden Akzeptanzwerte, die in den Aussagen zu den einzelnen Themenbereichen mitschwingen, Aufschluss über eventuell massenkompatible Anknüpfungspunkte und vereinfacht es durch eine Gegenüberstellung mit sozialstrukturellen Attributen, solche Auffassungen exakter zu verorten. Unter anderem lässt sich darüber lokalisieren, welche Forderungen und Positionen bei welchen Personenkreisen voraussichtlich am besten ankommen bzw. abschätzen, welche Facetten im Umkehrschluss vielleicht schwerer zu verkaufen sind. Was schließlich in der systematischen Diskussion gängiger Theorien zur Ausbildung rechtsextremistischer Weltbilder oder Dispositionen gipfelt, da deren Ausbreitung und Aktivierung kaum gegenzusteuern ist, ohne die relevanten Anlässe und Triebfedern dahinter zu kennen.

Ungeachtet der großen Reichweite, die den angedeuteten gesamtgesellschaftlichen Rahmenbedingungen anhaftet, sind die Umtriebe und Machenschaften der NPD in gewissem Maße aber auch an das genuine Umfeld aus szeneeigenen Mitstreitern, Unterstützermilieus und Nebenbuhlern gebunden. Ehe diese selbst als Erörterungsobjekt in den Brennpunkt rückt, ist daher der in vielen Phasen ausgesprochen schwankenden Entwicklung der rechtsextremistischen Parteienlandschaft als natürlichem Biotop und vorrangiger Einflussosphäre nachzuspüren. Um die Nationaldemokraten in jenen Kontext eines diffusen und hochgradig heterogenen Spektrums einzubetten und die Kontraste der diversen, einander bisweilen erbittert bekämpfenden Stilrichtungen genauso zum Vorschein zu bringen wie die gelegentlichen programmatischen Verwandtschaften und personellen Verflechtungen, werden die prägenden Kräfte in eigenständigen Kapiteln herausgegriffen und hinlänglich beleuchtet – das beginnt bei den ersten Vorreitern der Nachkriegszeit und geht über die jahrzehntelangen Konstanten bis zu einigen beachtenswerten Kleinstformationen.

Nachdem die externen Prämissen und Verzahnungen sodann erschöpfend dargelegt und taxiert sind, tritt endgültig die sich darauf stützende Profilanalyse zur NPD in den Vordergrund. Was in einem ersten Schritt beinhaltet, den offenkundig enorm verschlungenen Weg der Nationaldemokraten von der bundesweit erblühenden Sammlungsbewegung der 60er Jahre über den beharrlichen Niedergang zur Splitterpartei bis zum erneuten Wiederaufstieg um die Jahrtausendwende zu entwirren und darüber deren erstaunlichen organisatorischen Wandel zu erhellen. Das wird in drei Abschnitten passieren, deren Ausführlichkeit parallel zur Aktualität wächst. Dem zähen Auf und Ab der

Partei entsprechend sind die zentralen Anhaltspunkte und Kriterien dafür zuvörderst im ständigen Wechselspiel zwischen Achtungserfolgen, Parlamentseinzügen und elektoralen Desastern, Krisen, Wachstumsschüben, Abspaltungen und Konflikten zu erblicken.

Hingegen wird sich die ideologische Radikalisierung im Zuge dessen wahrscheinlich eher in Randnotizen wie scharfzüngigen Zwischenrufen und einem immer aggressiveren Habitus widerspiegeln, weshalb die abstrakteren Hintergründe und inhärenten Leitgedanken samt der daraus erwachsenden Zielstellungen und Lösungsvorschläge anschließend separat abzuhandeln sind. Das birgt im Detail in sich, die bislang acht maßgeblichen Programmschriften der NPD aufzubereiten und die spezifische Prioritätensetzung anbelangend zu bewerten, um das anzufertigende Porträt der Nationaldemokraten mehr und mehr auszumalen. Vom Vorgehen anderer, hauptsächlich älterer Veröffentlichungen abweichend kommen an diesem Punkt wohlweislich allein die offiziellen Standortbestimmungen zum Tragen, weil diese Schlüsseldokumente gegenüber den „roheren“, das heißt weniger geschliffenen und mitunter absichtlich aufsehenerregenden Statements, die manche Protagonisten im Tagesgeschäft abgeben, oder mit Verfasserangaben gekennzeichneten Texten aus der Parteizeitung den klaren Vorteil haben, als absolut repräsentativ gelten zu können.

Immerhin geht es an erster Stelle um eine Besprechung und Illustration der eigentümlichen Ideenwelt, der generalisierbaren Sichtweisen und Vorhaben – und nicht um eine gezwungenermaßen an Verbalinjurien und anderen drastischen Belegen aufgehängte Beweisführung für ein neuerliches Verbotsverfahren. Auch wenn individuelle Äußerungen und spektakuläre Affronts insofern keineswegs ignoriert, im Lauf der Arbeit stattdessen wiederholt exemplifizierend herangezogen werden sollen, wäre es nach wissenschaftlichen Gesichtspunkten schlechterdings kaum haltbar, sich die komplexe Ausrichtung in erster Linie darüber erschließen zu wollen und die Aussagekraft für das Ganze nicht näher zu hinterfragen. Wer den Gehalt der ab und an frappierend martialischen Wortmeldungen dagegen mit den verbindlichen, allerdings moderater formulierten Grundsatzpapieren abwägt, stellt fest, dass der Wesenskern dahinter sowieso vielfach der selbe ist – fast alle subversiven Gestaltungsansprüche der selbsternannten „Weltanschauungspartei“ sind darin mindestens fragmentarisch fixiert.

Die amtliche Marschroute zum wiederholt angekündigten Sturz des Systems ist einstweilen der „Vier-Säulen-Strategie“ zu entnehmen, deren konzeptionell ineinandergreifende Pfeiler und Vorgaben, wechselnde Schwerpunktsetzungen und Methoden erst in isolierten Passagen auf Praxiseignung, Durchschlagskraft und innovative Momente inspiziert und

danach in den Schlussfolgerungen auf etwaige Schwachstellen, Spannungsherde und künftige Perspektiven abgeklopft werden. Ausgangspunkt dafür ist der „Kampf um die Straße“, zu dessen Aufgaben die Schaffung größtmöglicher Alltagspräsenz durch Kundgebungen und Aufmärsche gehört. Der alsdann zu ergründende „Kampf um die Köpfe“ erstreckt sich im Prinzip über mehrere, miteinander in enger Korrelation stehende Betätigungsfelder; jedenfalls experimentiert die NPD zum einen mit einer Intellektualisierung und Professionalisierung des eigenen Personals, um zum anderen – durch demonstratives Bemühen um Bürgernähe, ausgeklügelte Propagandaaktionen sowie die Nutzbarmachung moderner, jugendaffiner Kommunikationsmedien, speziell des Internets – eine schleichende Normalisierung und Popularisierung der angebotenen Positionen anzupeilen. Per se weist auch der „Kampf um die Parlamente“ unterschiedliche Funktionen auf, unterstreichen Kommunalmandate zum Beispiel die allenthalben suggerierte Vertrauenswürdigkeit und Bodenständigkeit, während die Vorposten in den Landtagen unweigerlich als Bühnen zur agitatorischen Profilierung sowie als Finanzquellen und Lehrwerkstätten für den Funktionärsnachwuchs ausgeschlachtet werden. Weshalb neben der sorgfältigen Prüfung zweier als Präzedenzfälle auszuwertender Wahlkämpfe nicht zuletzt auf das Verhalten der nationaldemokratischen Volksvertreter zu schauen ist. Unterdessen orientiert sich der „Kampf um den organisierten Willen“ im Wesentlichen an der stetigen Verbreiterung der Mitglieder- und Mobilisierungsbasis durch zielgruppengerechte Unterabteilungen und Verbände, ausgedehnte Kooperationen und zunehmende Vernetzung.

Nach den äußeren Gegebenheiten und Gelegenheitsstrukturen sind somit auch der stürmische Werdegang, das antidemokratische Gedankengut sowie die anwendungstechnischen Weichenstellungen der NPD selbst aufgezeigt. Zum Abschluss der Ausführungen gilt es demgemäß, die darüber gewonnenen Zwischenergebnisse zu synthetisieren und in einen größeren Zusammenhang zu setzen. Rekurrierend auf die vorstehend aufgeworfenen Leitfragen ist vor allem zu verdeutlichen, welche Grundzüge und Eigenheiten als signifikant für den Rechtsextremismus nationaldemokratischer Lesart anzusehen sind, welche authentischen Erkennungsmerkmale also deren aktuelle Physiognomie ausmachen sowie an welchen Eckpunkten deren „neues“ und „altes“ Gesicht dabei divergieren. Des Weiteren ist die Partei direkt in das erarbeitete Raster einzuordnen, sind deren derzeitige Rolle in Gesellschaft und Politik sowie die mittelfristigen Aussichten einzuschätzen und die eingeschlagenen Wege der Auseinandersetzung mitsamt Gegenmaßnahmen zu sondieren.

### 1.3. Forschungsstand und Materialbasis

Zu den auffälligsten Kennzeichen sowohl der allgemeinen Fachliteratur zum Rechtsextremismus als auch speziell derjenigen zur NPD gehört die starke Konjunkturabhängigkeit und damit in der Regel geringe Kontinuität der Forschungsarbeit. Die Zahl der Publikationen, die mehr oder minder in Wellenform schwankt, scheint dabei offenkundig in engem Zusammenhang mit den Wahlerfolgen einschlägiger Parteien zu stehen. Insofern sind wohl nicht wenige Veröffentlichungen eher kommerziellen denn wissenschaftlichen Interessen entsprungen, was erst einmal nichts Verwerfliches darstellt, sich zum Teil allerdings ausgesprochen negativ auswirkt, weil einige dieser spürbar unter dem Druck der Tagesereignisse entstandenen Titel alles andere als ausgewogen daherkommen und kaum neue Thesen in die Diskussion einbringen, dafür umso stärker zur Vereinfachung und Dramatisierung neigen<sup>13</sup>. So verhält die gebotene Sachlichkeit häufig rasch hinter geradezu reflexhaft vorgetragene Entrüstungsbekundungen, reißerischen Schlagworten und heiklen Stereotypisierungen, gesinnungsethischen Standpunkten und großer Emotionalität.

Mitverantwortlich dafür sind partiell sicherlich politische Motive. Denn gelegentlich lassen die mangelnde Distanziertheit und Bereitschaft zur Differenzierung eine latente Nähe zu dezidiert linken antifaschistischen Doktrinen erahnen, die sich in der Folge zum Beispiel in einer allzu leichtfertigen Nutzbarmachung schablonisierender und ergo schlichtweg deplatzierte Begrifflichkeiten wie „Nazis“ und „Faschisten“, einem generell abwertenden und moralisierenden Duktus sowie der ständigen argumentativen Berufung auf den historischen Nationalsozialismus und eine darüber heraufbeschworene Bedrohungskulisse manifestiert<sup>14</sup>. Der untersuchte Gegenstand wird somit vielfach – und das relativ unabhängig von seinen realen Dimensionen – zur ultimativen Gefahr stilisiert. Umgekehrt bleibt dasselbe natürlich zu den Ausführungen mancher konservativer Autoren zu konstatieren, die sich deutlich seltener mit „rechtsaußen“ beheimateten Akteuren befassen, selbige mitunter zu sehr kleinreden und stattdessen bevorzugt mutmaßlich kommunistische bzw. radikal sozialistische Umtriebe in Angriff nehmen<sup>15</sup>. Dass solche unterschwellig Einfärbungen nachhaltigen Erkenntnisgewinnen nicht unbedingt dienlich sind, versteht sich von selbst. Bezogen auf die Nationaldemokraten heißt das, deren Bestrebungen

---

<sup>13</sup> Vgl. Backes, Uwe/Jesse, Eckhard: Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Band I: Literatur. Köln, 1989, S. 142/143

<sup>14</sup> Vgl. Hoffmann, Uwe: Die NPD. Entwicklung, Ideologie und Struktur. Frankfurt am Main, 1999, S. 28/29.

<sup>15</sup> Vgl. Backes/Jesse: Politischer Extremismus in der BRD. Band I, S. 143.

keineswegs voreilig zu verharmlosen, das vorherrschende Nischendasein aber dennoch klar herauszustreichen.

Nach diesen Vorbemerkungen sei zunächst auf den ziemlich spärlichen Vorrat an ersten, in den ausklingenden 50er und anbrechenden 60er Jahren erschienenen Darstellungen zum Nachkriegsrechtsextremismus in Deutschland eingegangen<sup>16</sup>. Unter anderem sind hier das Buch von Jenke<sup>17</sup>, der selbst den Werdegang marginaler Gruppierungen eins zu eins abgebildet hat, sowie zuvörderst das monumentale englischsprachige Werk von Tauber hervorzuheben<sup>18</sup>, der sich in zwei Bänden allen signifikanten Tendenzen annahm und deren Unterschiede und Gemeinsamkeiten akkurat entschlüsselte. Nachdem derartige Phänomene in jener Phase mehr eine Nebenrolle spielten, sollte der erstaunliche Aufstieg der NPD bald für eine eindringlichere Auseinandersetzung mit der Problematik sorgen, die sich dementsprechend jedoch beinahe durchweg um die Nationaldemokraten selbst drehte. Wichtige Schlussfolgerungen dazu enthält an erster Stelle die vielzitierte Studie von Kühnl, Rilling und Sager<sup>19</sup>, die außer den Wurzeln und der Struktur auch die programmatischen Konturen der aufstrebenden Sammlungsbewegung eruierten und deren Reüssieren in den Kontext der politischen Kultur einzubetten versuchten. Nichtsdestotrotz gestand der Beitrag, zu dessen Schwächen zweifellos die marxistisch angehauchte Sichtweise zählt, im Nachhinein gerade dem Vergleich der NPD mit der NSDAP als angeblicher Vorläuferin zu große Bedeutung zu – und zeigte die Bundesrepublik dadurch gewissermaßen auf dem Weg zum zweiten Weimar. Neutral gehalten wirkt demgegenüber die ebenfalls grundlegende Abhandlung Niethammers<sup>20</sup>, der darin eine sorgfältige Analyse der Arbeit der Landtagsfraktionen durchführte, während Liepelt die diffuse Anhängerbasis der Nationaldemokraten in seinem empirisch geprägten Aufsatz sehr genau einzugrenzen wusste<sup>21</sup>.

---

<sup>16</sup> Vgl. Büsch, Otto/Furth, Peter: Rechtsradikalismus im Nachkriegsdeutschland. Studien über die „Sozialistische Reichspartei“ (SRP). Frankfurt, 1957; Knütter, Hans-Helmuth: Ideologien des Rechtsradikalismus im Nachkriegsdeutschland. Eine Studie über die Nachwirkungen des Nationalsozialismus. Bonn, 1961.

<sup>17</sup> Vgl. Jenke, Manfred: Verschwörung von rechts? Ein Bericht über den Rechtsradikalismus in Deutschland nach 1945. Berlin, 1961.

<sup>18</sup> Vgl. Tauber, Kurt P.: Beyond eagle and swastika. German Nationalism since 1945. 2 Bände. Middletown, 1967.

<sup>19</sup> Vgl. Kühnl, Reinhard/Rilling, Rainer/Sager, Christine: Die NPD. Struktur, Ideologie und Funktion einer neofaschistischen Partei. Frankfurt am Main, 1969.

<sup>20</sup> Vgl. Niethammer, Lutz: Angepaßter Faschismus. Politische Praxis der NPD. Frankfurt am Main, 1969.

<sup>21</sup> Vgl. Liepelt, Klaus: Anhänger der neuen Rechtspartei. Ein Beitrag zur Diskussion über das Wählerreservoir der NPD. In: Politische Vierteljahresschrift, 8. Jahrgang, 1967, Heft 2, S. 237-271.

Daneben gab es einerseits eine ganze Reihe an unsystematischen und unfundierten Streitschriften<sup>22</sup>, andererseits einige durch umfangreiche Sachkenntnis glänzende Veröffentlichungen, für deren Verfasser die Verteidigung des Staates gegen den erblühenden Rechtsextremismus gleichwohl absoluten Vorrang genoss<sup>23</sup>. Erwiesen sich die Entstehungsgeschichte und genuine Beschaffenheit der NPD demnach als summa summarum gut aufgearbeitet, geriet deren unaufhaltsamer Niedergang ab den 70er Jahren – ungeachtet des großen Erklärungsbedarfs – seltsamerweise schnell aus dem Blickfeld. Mit dem jähen Ende der nationaldemokratischen Erfolgsserie kamen jedenfalls kaum noch nennenswerte Monographien heraus<sup>24</sup>, konzentrierten sich die handverlesenen Einwürfe zu der nach wie vor jungen Partei hauptsächlich auf Essays sowie kleinere Passagen in anderweitigen Publikationen. Von einzelnen Zeitschriftenartikeln abgesehen<sup>25</sup>, waren es in dieser Zeit fast ausschließlich die alljährlichen Bulletins der Verfassungsschutzämter, die halbwegs „frische“ Informationen lieferten und prüften, wenngleich ausgiebigere Interpretationen im Zuge dessen damals wie heute oftmals fehlten und sich die Befunde ohnehin schwerlich pauschal als objektiv einstufen lassen, weil die den Innenministerien angeschlossenen Behörden de facto politisch weisungsgebunden sind.

Später in den 70er Jahren nahm die Aufmerksamkeit für den Rechtsextremismus in Anbetracht des Aufkommens einer größtenteils durch Jugendliche getragenen, gewaltbereiten neonationalsozialistischen Szene nach und nach wieder zu – das Resultat war ein Schwung weiterführender Studien<sup>26</sup> und Aufsatzsammlungen<sup>27</sup>. Hinsichtlich der

---

<sup>22</sup> Vgl. Dorn, Wolfram: NPD – Neuer Anfang eines furchtbaren Endes? Köln, 1969; Noll, Adolf/Plitt, Werner/Ridder, Winfried: Die NPD. Programmatik und politisches Verhalten. Bad Godesberg, 1970; Brandt, Rudolf H.: Die Militärpolitik der NPD. Rückendeckung für die UDSSR? Stuttgart, 1969.

<sup>23</sup> Vgl. Maier, Hans/Bott, Hermann: Die NPD – Struktur und Ideologie einer „nationalen Rechtspartei“. München, 1968; Schmidt, Giselher: Hitlers und Maos Söhne. NPD und Neue Linke. Frankfurt, 1969; Smoydzin, Werner: NPD – Geschichte und Umwelt einer Partei. Pfaffenhofen, 1967.

<sup>24</sup> Vgl. Herz, Thomas: Soziale Bedingungen für Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten. Eine vergleichende Analyse der Anhänger der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands und der Anhänger von George C. Wallace. Meisenheim, 1975; Nagle, John: The National Democratic Party. Right-radicalism in the Federal Republic of Germany. Berkeley, 1970; Tilton, Timothy: Nazism, Neo-Nazism and the Peasantry. London, 1975.

<sup>25</sup> Vgl. Mauch, Hansjörg: Zur Ideologie der NPD – dargestellt an Hand einer quantitativen systematischen Inhaltsanalyse der Deutschen Nachrichten. In: Sozialwissenschaftliches Jahrbuch für Politik. Band 2. München, 1971, S. 603-627.

<sup>26</sup> Vgl. Bamberg, Hans-Dieter: Gefährdung unserer Demokratie von rechts. Die Feinde in Gesellschaft und Staat. Hannover, 1980; Dudek, Peter: Jugendliche Rechtsextremisten. Zwischen Hakenkreuz und Odalsrune. 1945 bis heute. Köln, 1985; Höffken, Heinz-Werner/Sattler, Martin: Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland – Die „alte“, die „neue“ Rechte und der Neonazismus. 2., völlig überarbeitete Auflage. Opladen, 1980; Stommeln, Hein: Neonazismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bestandsaufnahme. Bonn, 1979.

<sup>27</sup> Vgl. Benz, Wolfgang (Hrsg.): Rechtsradikalismus. Randerscheinung oder Renaissance? Frankfurt, 1980; Lersch, Paul (Hrsg.): Die verkannte Gefahr. Rechtsradikalismus in der Bundesrepublik. Reinbek, 1981.

NPD brachte Schmollingers richtungweisender Handbuchttext aus dem Jahr 1983<sup>28</sup>, der alle relevanten Facetten und insbesondere die innerparteiliche Fortentwicklung intensiv beleuchtete, die Forschung auf den aktuellsten Stand. Indessen vermochte Dudeks und Jaschkes kaum minder herausragender Beitrag von 1984 mit vielen Details aus dem Innenleben der Nationaldemokraten aufzuwarten<sup>29</sup>, die Begutachtung der Ideologie und der massiven Differenzen kam darin hingegen manchmal zu kurz.

Fremdenfeindliche Ausschreitungen samt brennender Asylbewerberheime sowie die bedenklichen Wahlergebnisse der Republikaner und Deutschen Volksunion (DVU) in den Jahren um die Wiedervereinigung brachten dann die nächste Flut von Abhandlungen zum bundesdeutschen Rechtsextremismus und seinen Vertretern ins Rollen. Die steigende Quantität deckte sich aber nicht annähernd mit der alles in allem mehr als durchwachsenen Qualität. Solide Gesamtdarstellungen<sup>30</sup> trafen daher auf vermeintlich aufklärerische Sammelbände, die vornehmlich auf anhand der täglichen Schlagzeilen ausgemachte Gefahrenpotentiale abhoben – und darüber die tatsächlichen Größenverhältnisse verzerrten<sup>31</sup>. Was schlechterdings in gleicher Weise für viele der lexikalisch aufgemachten Werke galt<sup>32</sup>, die darum lediglich sporadisch verwendbar anmuten<sup>33</sup>. Empfehlenswert sind dafür die seit 1989 von Backes und Jesse herausgegebenen Jahrbücher „Extremismus & Demokratie“<sup>34</sup>, die über profunde Leitartikel hinaus auch die neuesten Begebenheiten in sämtlichen antidemokratischen Lagern skizzieren, Daten auswerten, parteiinterne Dokumente abdrucken und Literaturbesprechungen anbieten.

---

<sup>28</sup> Vgl. Schmollinger, Horst W.: Die Nationaldemokratische Partei Deutschlands. In: Stöss, Richard (Hrsg.): Parteien-Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980. Band II: FDP bis WAV. Opladen, 1984, S. 1922-1994.

<sup>29</sup> Vgl. Dudek, Peter/Jaschke, Hans-Gerd: Entstehung und Entwicklung des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik. Zur Tradition einer besonderen politischen Kultur. Band 1. Opladen, 1984.

<sup>30</sup> Vgl. Greß, Franz/Jaschke, Hans-Gerd/Schönekas, Klaus: Neue Rechte und Rechtsextremismus in Europa. Bundesrepublik. Frankreich. Großbritannien. Opladen, 1990; Kowalsky, Wolfgang/Schröder, Wolfgang (Hrsg.): Rechtsextremismus. Einführung und Forschungsbilanz. Opladen, 1994; Pfahl-Traughber, Armin: Rechtsextremismus. Eine kritische Bestandsaufnahme nach der Wiedervereinigung. Bonn, 1993; Stöss, Richard: Die extreme Rechte in der Bundesrepublik. Entwicklung – Ursachen – Gegenmaßnahmen. Opladen, 1989.

<sup>31</sup> Vgl. Butterwegge, Christoph/Isola, Horst (Hrsg.): Rechtsextremismus im vereinten Deutschland. Randerscheinung oder Gefahr für die Demokratie? 3. Auflage. Berlin, 1991; Faller, Kurt/Siebold, Heinz (Hrsg.): Neofaschismus. Dulden? Verboten? Ignorieren? Bekämpfen? Frankfurt, 1986; Kirfel, Martina/Oswalt, Walter (Hrsg.): Die Rückkehr der Führer. Modernisierter Rechtsradikalismus in Westeuropa. Wien, 1989.

<sup>32</sup> Vgl. Hirsch, Kurt: Rechts von der Union. Personen, Organisationen, Parteien seit 1945. München, 1989; Mecklenburg, Jens (Hrsg.): Handbuch deutscher Rechtsextremismus. Berlin, 1996.

<sup>33</sup> Vgl. Backes, Uwe/Moreau, Patrick: Die extreme Rechte in Deutschland. Geschichte – gegenwärtige Gefahren – Ursachen – Gegenmaßnahmen. München, 1994.

<sup>34</sup> Vgl. Backes, Uwe/Jesse, Eckhard (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie. 1.-23. Jahrgang. Bonn 1989-1993, Baden-Baden 1994-2011.

Zur NPD selbst, die seinerzeit weithin hinter den erfolgreicherer Nebenbuhlern verschwand, wurde einstweilen verhältnismäßig wenig herausgebracht. Aufsätze waren die Ausnahme<sup>35</sup>. Zwar legten Jäger und Zaleshoff im Jahr 1989 eigenständige, dafür sehr knapp gestaltete Titel vor<sup>36</sup>, deren Untersuchungsansätze das Thema letztlich allerdings schon aufgrund des geringen Umfangs kaum vertiefen, geschweige denn ernsthaft vorantreiben konnten. Was bei den ähnlich schmalen Wortmeldungen von Wagner und Laue bereits deshalb von vornherein anders aussah<sup>37</sup>, da sich beide anschickten, seit Langem vernachlässigte Wirkungssphären zu sondieren. Passend dazu gab es Mitte der 90er Jahre gleich drei Monographien, deren Verfasser die Partei zum Vergleichsobjekt erhoben: Erst stellte Fascher in seiner stimmigen Erörterung die Entstehungsprozesse der Nationaldemokraten und REP gegenüber<sup>38</sup>, bevor Neubachers globaler aufgezogener Elaborat beide Formationen auch in Relation zur DVU setzte<sup>39</sup>. Das sich in vielen Punkten als konfus und widersprüchlich entpuppende Buch von Behrend<sup>40</sup>, in dem kaum einmal eine kritische Beurteilung der verarbeiteten Primärquellen stattfindet, sei dagegen vorwiegend als schlechtes Beispiel angeführt.

Befeuert durch den Beginn der massiven strategischen und programmatischen Neuorientierung wurden in den darauffolgenden Jahren peu à peu wieder mehr Beiträge zur NPD selbst produziert. Wagner kümmerte sich in seiner kompakten Regionalstudie nochmals um kommunale Wahlhochburgen der Rechtsextremisten<sup>41</sup>. Sozusagen das abrundende und praktisch zeitlose Standardwerk zu den „alten“ Nationaldemokraten, das die Hauptaspekte und zentralen Hintergründe in allen Nuancen aufwendig abwog und präzise zusammenfasste, präsentierte Hoffmann anno 1999<sup>42</sup>. Die aufflammende Debatte um das 2001 eingeleitete Verbotsverfahren schlug sich in der Zwischenzeit in einer

---

<sup>35</sup> Vgl. Wagner, Peter M.: Die NPD nach der Spaltung. In: Backes, Uwe/Jesse, Eckhardt (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie. 4. Jahrgang. Bonn, 1992, S. 157-167.

<sup>36</sup> Vgl. Jäger, Siegfried: Die neue Qualität der NPD. Umfeld, Geschichte, Ideologie und Organisation einer rechtsradikalen Partei und ihre Bedeutung in der Bundesrepublik der Gegenwart. 2. Auflage. Duisburg, 1989; Zaleshoff, Andreas P.: Der zweite Frühling der NPD. Anmerkungen zum Wiedererstarken einer fast totgeglaubten Partei und zu den Möglichkeiten antifaschistischer Strategien in der Bundesrepublik der achtziger Jahre. Hannover, 1989.

<sup>37</sup> Vgl. Laue, Sabine: Die NPD unter dem Viermächtestatus Berlins. Verhandlungsmasse zwischen den Großmächten. Köln, 1993; Wagner, Peter M.: Die NPD in der Kommunalpolitik. Ursachen der Erfolge einer rechtsextremistischen Partei in Villingen-Schwenningen. Freiburg, 1992.

<sup>38</sup> Vgl. Fascher, Eckhard: Modernisierter Rechtsextremismus? Ein Vergleich der Parteigründungsprozesse der NPD und der Republikaner in den sechziger und achtziger Jahren. Berlin, 1994.

<sup>39</sup> Vgl. Neubacher, Bernd: NPD, DVU-Liste D, Die Republikaner. Ein Vergleich ihrer Ziele, Organisationen und Wirkungsfelder. Köln, 1996.

<sup>40</sup> Vgl. Behrend, Katharina: NPD – REP. Die Rolle nationalistischer Bewegungen im politischen System der Bundesrepublik Deutschland im historischen Vergleich. Regensburg, 1996.

<sup>41</sup> Vgl. Wagner, Peter M.: NPD-Hochburgen in Baden-Württemberg. Erklärungsfaktoren für die Wahlerfolge einer rechtsextremistischen Partei in ländlichen Regionen 1972-1994. Berlin, 1997.

<sup>42</sup> Vgl. Hoffmann: NPD.



Vielzahl an Zeitschriftenartikeln<sup>43</sup> und anderen Veröffentlichungen<sup>44</sup> nieder, die sich aber nicht durchgängig sinnvoll und angemessen, dafür ab und zu sehr einseitig ausnahmen<sup>45</sup>. Unterdessen widmeten sich erste Autoren explizit dem erneuten Aufwärtstrend der eigentlich schon totgeglaubten Partei<sup>46</sup> und taxierten deren sich wandelndes Umfeld und Profil. Gleichzeitig wurden auch weitere Gesamtdarstellungen aufgelegt<sup>47</sup>.

Im Sog der Landtagseinzüge in Sachsen 2004 und Mecklenburg-Vorpommern 2006 ist die NPD in Medien und Wissenschaft gleichsam über Nacht in den Mittelpunkt gerückt, haben diverse Studien deren unverhofftes Wiedererstarken unter die Lupe genommen und in unterschiedlicher Schwerpunktsetzung hinterfragt. Vorneweg bereitete Flemming das 2003 eingestellte Verbotsverfahren minutiös auf und ergründete die anfängliche Sachlage mitsamt der – Stichwort „V-Männer“ – entscheidenden Faktoren für das blamable Scheitern<sup>48</sup>. Brandstetter und Bergsdorf ging es danach in gleichermaßen schlüssigen wie straffen Publikationen vorrangig um ein gegenwartsnahes Porträt der Rechtsextremisten und eine gründliche Bestandsaufnahme zu den externen Rahmenbedingungen und Prämissen<sup>49</sup>. Der anspruchsvolle Sammelband von Backes und Steglich hielt den Nationaldemokraten außerdem in an die 20 Beiträgen aus verschiedensten Betrachtungswinkeln den Spiegel vor<sup>50</sup> – und das durch die Bank auf höchstem Niveau.

Weitere Werke nahmen deren Vormarsch aus journalistischer Perspektive ins Visier und sind aufgrund dessen angenehm zu lesen; die Verfasser näherten sich der Partei jedoch nicht immer sonderlich nüchtern und legten die Prioritäten stellenweise zu sehr auf aufsehenerregende Verbalinjurien und illegale Vorkommnisse. In einer der besseren

---

<sup>43</sup> Vgl. Cremet, Jean: Das NPD-Verbot: Der große Konsens. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 12/2000, S. 1436-1438; Jesse, Eckhard: Soll die Nationaldemokratische Partei Deutschlands verboten werden? Der Parteiverbotsantrag war unzweckmäßig, ein Parteiverbot ist rechtmäßig. In: Politische Vierteljahresschrift, 20. Jahrgang, 2001, Heft 4, S. 683-697; Ders.: Der gescheiterte Verbotsantrag gegen die NPD – Die streitbare Demokratie ist beschädigt worden. In: Politische Vierteljahresschrift, 44. Jahrgang, 2003, Heft 3, S. 292-301.

<sup>44</sup> Vgl. Leggewie, Claus/Meier, Horst (Hrsg.): Verbot der NPD oder mit Rechtsradikalen leben? Die Positionen. Frankfurt am Main, 2002.

<sup>45</sup> Vgl. Fischer, Jörg: Das NPD Verbot. Berlin, 2001.

<sup>46</sup> Vgl. Cremet: „Partei neuen Typs“?; Lynen von Berg, Heinz/Tschiche, Hans-Jochen (Hrsg.): NPD – Herausforderung für die Demokratie? Berlin, 2002; Pfahl-Traugher, Armin: Der „zweite Frühling“ der NPD zwischen Aktion und Politik. In: Backes, Uwe/Jesse, Eckhard (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie. 11. Jahrgang. Baden-Baden, 1999, S. 146-166.

<sup>47</sup> Vgl. Funke, Hajo: Paranoia und Politik. Rechtsextremismus in der Berliner Republik. Berlin, 2002; Jaschke, Hans-Gerd: Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Wiesbaden, 2001; Schubarth, Wilfried/Stöss, Richard (Hrsg.): Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz. Bonn, 2000.

<sup>48</sup> Vgl. Flemming, Lars: Das NPD-Verbotsverfahren. Vom „Aufstand der Anständigen“ zum „Aufstand der Unfähigen“. Baden-Baden, 2005.

<sup>49</sup> Vgl. Bergsdorf: Neue NPD; Brandstetter, Marc: Die NPD im 21. Jahrhundert. Eine Analyse ihrer aktuellen Situation, ihrer Erfolgsbedingungen und Aussichten. Marburg, 2006.

<sup>50</sup> Vgl. Backes, Uwe/Steglich, Henrik (Hrsg.): Die NPD. Erfolgsbedingungen einer rechtsextremistischen Partei. Baden-Baden, 2007.

Veröffentlichungen gelang Staud dennoch der bemerkenswerte Spagat, die graduelle gesellschaftliche Verankerung der NPD in der Provinz exakt zu beschreiben und für ein breiteres Publikum geeignet zu erläutern<sup>51</sup>. Brauchbar ist ferner das Buch von Röpke und Speit<sup>52</sup>, das wenigstens ein faktenreiches Sammelsurium darstellt, wohingegen die Repräsentativität der Reportagenanthologie von Ruf und Sundermeyer einigermaßen fragwürdig erscheint<sup>53</sup>. Bisweilen klingen deren Berichte nämlich etwas zu abenteuerlich – um nicht zu sagen so, als seien die kompletten neuen Bundesländer eine einzige „nationale“ Brutstätte. Derweil haben Virchow und Dornbusch ein einführendes, zumindest halbwissenschaftliches Nachschlagekompendium zu den Nationaldemokraten zusammengestellt<sup>54</sup>, dem in 88 enorm komprimierten Rubriken zugegebenermaßen keine Fußnoten und anderen erforderlichen Verweise anhängen, das dafür allerdings kaum erforschte Randbereiche wie Finanzprobleme und die Rolle der Frau aufgreift.

Obendrein sind allerlei Fallstudien zu den evidenten Geländegewinnen der NPD in bestimmten Ländern bzw. deren schleichender Verwurzelung auf dem Gemeindelevel entstanden – im Fokus stehen dabei bislang in erster Linie die Vorzeigegebiete in Ostdeutschland. So kundschafteten Steglich und Burger die komplexe Gemengelage im „Musterland“ Sachsen aus, Grumke legte daran die augenscheinlich kontrastierenden Verhältnisse in Nordrhein-Westfalen als Vergleichsmaßstab an und Backes, Mletzko und Stoye loteten denkbare Verbindungen zwischen der anschwellenden Wahlmobilisierung und zunehmenden Gewalttaten aus<sup>55</sup>; für Mecklenburg-Vorpommern durchforstete Barkow zusätzlich die lokale Berichterstattung über die Nationaldemokraten und die Gruppe um Bars und Buchstein klopfte deren kommunale Wahlkampfführung ab<sup>56</sup>. Auch zur vorgeblich seriösen Parlamentsarbeit der Partei sind mittlerweile mehrere Abhandlungen verfügbar. Für den Freistaat erhellte Brech deren Personal und Stil im Dresdner Landtag in

---

<sup>51</sup> Vgl. Staud, Toralf: *Moderne Nazis. Die neuen Rechten und der Aufstieg der NPD*. Köln, 2005.

<sup>52</sup> Vgl. Röpke, Andrea/Speit, Andreas (Hrsg.): *Neonazis in Nadelstreifen. Die NPD auf dem Weg in die Mitte der Gesellschaft?* Bonn, 2009.

<sup>53</sup> Vgl. Ruf, Christoph/Sundermeyer, Olaf: *In der NPD. Reisen in die National befreite Zone*. München, 2009.

<sup>54</sup> Vgl. Virchow, Fabian/Dornbusch, Christian (Hrsg.): *88 Fragen und Antworten zur NPD. Weltanschauung, Strategie und Auftreten einer Rechtspartei – und was Demokraten dagegen tun können*. Schwalbach, 2008.

<sup>55</sup> Vgl. Backes, Uwe/Mletzko, Matthias/Stoye, Jan: *NPD-Wahlmobilisierung und politisch motivierte Gewalt. Sachsen und Nordrhein-Westfalen im kontrastiven Vergleich*. Köln, 2010; Burger, Rainer: *Die NPD und ihr Umfeld in Sachsen*. In: Benz, Wolfgang (Hrsg.): *Jahrbuch für Antisemitismusforschung* 14. Berlin, 2005, S. 73-88; Grumke, Thomas: *Der „hysterische NPD-Tsunami“*. Die NPD in Nordrhein-Westfalen und Sachsen im Vergleich. In: Benz, Wolfgang (Hrsg.): *Jahrbuch für Antisemitismusforschung* 14. Berlin, 2005, S. 89-97; Steglich, Henrik: *Die NPD in Sachsen. Organisatorische Voraussetzungen ihres Wahlerfolgs 2004*. Göttingen, 2005.

<sup>56</sup> Vgl. Barkow, Benjamin: *Die Berichterstattung über die NPD in der regionalen Presse Mecklenburg-Vorpommerns*. Greifswald, 2007; Bars, Joanna/Buchstein, Hubertus et al.: *Die NPD im Kommunalwahlkampf 2009 in Mecklenburg-Vorpommern*. Greifswald, 2010.

einem Frühstadium<sup>57</sup>, wohingegen die erste Legislaturperiode der Fraktion im Nordosten durch den Sammelband von Brodkorb und Schlotmann und die Schriften von Niemann und Pingel-Schliemann erschlossen wurde<sup>58</sup>. Darüber hinaus bemühten sich etliche Analysen, hinter die erfahrungsgemäß demonstrativ bürgerfreundliche „Kümmererfassade“ der Abgeordneten in den Kreistagen zu schauen<sup>59</sup>.

Nachgespürt wurde zudem den spezifischen Erfolgsbedingungen<sup>60</sup> der NPD und deren zusehends wachsendem szeneeinternen Einfluss<sup>61</sup>. In strategischen Fragen enthüllte Philippsberg erhebliche Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Führungsspitze und versäumte es in seiner insgesamt ausgezeichneten Monographie allenfalls, deren Folgen auf Praxisebene vielleicht etwas anschaulicher zu illustrieren<sup>62</sup>. Maßgebliche Schriften hierzu haben – neben anderen<sup>63</sup> – nicht zuletzt auch Miliopoulos und Schulze zugesteuert<sup>64</sup>. Kailitz wandte sich solange dem Kurswechsel zu nationalsozialistischen

---

<sup>57</sup> Vgl. Brech, Franziska: Ein halbes Jahr NPD im sächsischen Landtag. Personen – Arbeitsstil – Entwicklungsperspektiven. Berlin, 2005; Dies.: Die NPD-Fraktion im Sächsischen Landtag – Eine Analyse zur ersten Hälfte der 4. Legislaturperiode. In: Backes, Uwe/Steglich, Henrik (Hrsg.): Die NPD. Erfolgsbedingungen einer rechtsextremistischen Partei. Baden-Baden, 2007, S. 167-174.

<sup>58</sup> Vgl. Brodkorb, Mathias/Schlotmann, Volker (Hrsg.): Provokation als Prinzip. Die NPD im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern. Schwerin, 2008; Niemann, Laura: Die NPD im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern. Ihre Parlamentsarbeit im ersten Jahr. Greifswald, 2008; Pingel-Schliemann, Sandra: Die NPD im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern. In: Backes, Uwe/Jesse, Eckhard (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie. 20. Jahrgang. Baden-Baden, 2009, S. 151-166.

<sup>59</sup> Vgl. Begrich, Pascal/Roth, Roland/Weber, Thomas: Die NPD in den Kreistagen Sachsen-Anhalts. Forschungsbericht zur kommunalpolitischen Arbeit der extremen Rechten sowie zu Formen und Strategien der demokratischen Auseinandersetzung. Magdeburg, 2010; Beier, Katharina/Bogitzky, Jenny et al.: Die NPD in den kommunalen Parlamenten Mecklenburg-Vorpommerns. Greifswald, 2006; Braune, Sven/Demuth, Christian et al.: Die Politik der NPD in den Kommunalvertretungen Sachsens. In: Backes, Uwe/Steglich, Henrik (Hrsg.): Die NPD. Erfolgsbedingungen einer rechtsextremistischen Partei. Baden-Baden, 2007, S. 175-207.

<sup>60</sup> Vgl. Backes, Uwe: Entzauberung der Extremisten? Erfolgsbedingungen der NPD im internationalen Vergleich. Sankt Augustin, 2008; Linden, Markus: Feindliche Übernahme im Niemandsland? Bestimmungsgründe der jüngsten NPD-Erfolge. In: Deutschland Archiv 40, 1/2007, S. 20-28; Steglich, Henrik: Erfolgsbedingungen der extremen Rechten in Deutschland. In: Backes, Uwe/Ders. (Hrsg.): Die NPD. Erfolgsbedingungen einer rechtsextremistischen Partei. Baden-Baden, 2007, S. 55-74; Stöss, Richard: Die NPD – Erfolgsbedingungen einer rechtsextremen Partei. In: Benz, Wolfgang (Hrsg.): Jahrbuch für Antisemitismusforschung 14. Berlin, 2005, S. 41-59.

<sup>61</sup> Vgl. Normann, Lars: Vorstandswechsel, Fusion und Ende der „Phantompartei“ DVU. In: Backes, Uwe/Gallus, Alexander/Jesse, Eckhard (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie. 23. Jahrgang. Baden-Baden, 2011, S. 165-184; Röpke, Andrea/Speit Andreas (Hrsg.): Braune Kameradschaften. Die militanten Neonazis im Schatten der NPD. 2., aktualisierte Auflage. Berlin, 2005; Van Hüllen: Rechtsextremes Bündnis.

<sup>62</sup> Vgl. Philippsberg, Robert: Die Strategie der NPD. Regionale Umsetzung in Ost- und Westdeutschland. Baden-Baden, 2009.

<sup>63</sup> Vgl. Bergsdorf, Harald: Die Vier-Säulen-Strategie der neuen NPD. In: Deutschland Archiv 41, 1/2008, S. 14-19; Brandstetter, Marc: Die vier Säulen der NPD. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 9/2006, S. 1029-1031; Erb, Rainer: Die kommunalpolitische Strategie der NPD Ende der neunziger Jahre. In: Lynen von Berg, Heinz/Tschiche, Hans-Jochen (Hrsg.): NPD – Herausforderung für die Demokratie? Berlin, 2002, S. 45-61; Jesse, Eckhard: Die Vier-Säulen-Strategie der NPD. Eine Analyse zu Anspruch und Wirklichkeit ihrer Umsetzung. In: Pfahl-Traugher, Armin (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus- und Terrorismusforschung. Brühl, 2008, S. 178-192.

<sup>64</sup> Vgl. Miliopoulos, Lazaros: Die NPD als Machtfaktor im deutschen Parteiensystem. In: Jun, Uwe/Kreikenbom, Henry/Neu, Viola (Hrsg.): Kleine Parteien im Aufwind. Zur Veränderung der deutschen

Positionen und seinen drastischen Konsequenzen zu<sup>65</sup>, woraufhin Hartleb der Herausbildung globalisierungsfeindlicher Vorstellungen und wie schon Kohl in den 60er Jahren der geistigen Vorreiterstellung der Parteizeitung nachging<sup>66</sup>. Des Weiteren befließigten sich manche Autoren mit rund 40 Jahren Abstand der beeindruckenden Wahlergebnisse des Anfangstadiums sowie deren retrospektiver Deutung<sup>67</sup>. Abseits davon hat es in der jüngeren Vergangenheit selbstverständlich scharenweise Publikationen in Aufsatzform gegeben<sup>68</sup>, wobei die jahrzehntlang schwelende Verbotskontroverse hin und wieder hochkochte und großen Platz einnahm<sup>69</sup>. Bei den zahlreichen Gesamtdarstellungen und Beitragssammlungen neueren Datums<sup>70</sup> sind zumal der Band von Klärner und Kohlstruck sowie mit Abstrichen derjenige von Braun, Geisler und Gerster von Gewicht, da deren Artikel die in Ansätzen scheinbar modernisierten Konzepte, die den Aktivitäten

---

Parteienlandschaft. Frankfurt am Main/New York, 2006, S. 223-245; Ders.: Strategische Ansätze, Potentiale und Perspektiven der NPD. In: Backes, Uwe/Steglich, Henrik (Hrsg.): Die NPD. Erfolgsbedingungen einer rechtsextremistischen Partei. Baden-Baden, 2007, S. 121-141; Schulze, Christoph: Das Viersäulenkonzept der NPD. In: Braun, Stephan/Geisler, Alexander/Gerster, Martin (Hrsg.): Strategien der extremen Rechten. Hintergründe – Analysen – Antworten. Wiesbaden, 2009, S. 92-108.

<sup>65</sup> Vgl. Kailitz, Steffen: Das nationalsozialistische Vertreibungs- und Nationalisierungsprojekt der NPD. In: Politische Studien, Themenheft 58, 1/2007, S. 44-53.

<sup>66</sup> Vgl. Hartleb, Florian: Zeitschriftenporträt: Deutsche Stimme. In: Backes, Uwe/Jesse, Eckhard (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie. 17. Jahrgang. Baden-Baden, 2005, S. 218-235; Ders.: Die „Deutsche Stimme“ – Das intellektuelle Sprachrohr der NPD? In: Backes, Uwe/Steglich, Henrik (Hrsg.): Die NPD. Erfolgsbedingungen einer rechtsextremistischen Partei. Baden-Baden, 2007, S. 355-382; Ders.: Der (Anti-)Globalisierungsdiskurs der NPD. In: Gesellschaft – Wirtschaft – Politik, 2/2008, S. 173-180; Kohl, Heribert: Die „Deutschen Nachrichten“. Eine politologisch-soziologische Analyse des publizistischen Organs der NPD. In: Politische Vierteljahresschrift, 8. Jahrgang, 1967, Heft 2, S. 272-292.

<sup>67</sup> Vgl. Mayer, Sabrina: Die Wähler der NPD. Eine empirische Untersuchung der Einflussfaktoren auf die Wahl der NPD 1969. Wiesbaden, 2011; Prasse, Jan-Ole, Der kurze Höhenflug der NPD. Rechtsextreme Wahlerfolge der 1960er-Jahre. Marburg, 2010; Schmid, Harald: „Man kann wieder wählen!“ Aufstieg und Fall der NPD 1964-1969. In: Deutschland Archiv 40, 1/2007, S. 122-130.

<sup>68</sup> Vgl. Botsch, Gideon/Kopke, Christoph: Die Basis der NPD. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 6/2007, S. 669-671; Brandstetter, Marc: Die Selbstzerfleischung der NPD. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 2/2009, S. 15-18; Ders.: Zerstritten, pleite, geächtet. Wohin führt der Weg der NPD? In: Deutschland Archiv 42, 3/2009, S. 389-393; Heinrich, Gudrun: Die NPD als Bewegungsorganisation. In: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, 4/2008, S. 29-38; Jesse, Eckhard: Die NPD – eine rechtsextreme Partei nach dem gescheiterten Verbotsantrag im Höhenflug? In: Politische Studien 56, Heft 400, 2005, S. 69-81; Ders.: Das Auf und Ab der NPD. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 42/2005, S. 31-38; Ders.: Die NPD und die Linke. In: Backes, Uwe/Ders. (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie. 21. Jahrgang. Baden-Baden, 2010, S. 13-32.

<sup>69</sup> Vgl. Jesse, Eckhard: NPD-Verbot ist kein Gebot. Die endlose Diskussion um einen Verbotsantrag gegen die NPD. In: Deutschland Archiv 41, 3/2008, S. 392-396; Meier, Horst: Die Freiheit der NPD. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 3/2005, S. 266-269; Petschke, Madeleine: Sowohl rechtlich aussichtsreich als auch politisch zweckmäßig? Ein Beitrag zur Debatte um ein Verbot der NPD. In: Recht und Politik. Vierteljahrshefte für Rechts- und Verwaltungspolitik 45, 1/2009, S. 11-16.

<sup>70</sup> Gehl, Günter (Hrsg.): Kriegsende 1945. Befreiung oder Niederlage für die Deutschen? Gedanken über die Hintergründe des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Weimar, 2006; Glaser, Stefan/Pfeiffer, Thomas (Hrsg.): Erlebniswelt Rechtsextremismus. Bonn, 2007; Greven, Thomas/Grumke, Thomas (Hrsg.): Globalisierter Rechtsextremismus? Die extremistische Rechte in der Ära der Globalisierung. Wiesbaden, 2006; Pfahl-Traughber, Armin: Rechtsextremismus in der Bundesrepublik. 4., aktualisierte Auflage. München, 2006; Stöss, Richard: Rechtsextremismus im Wandel. Berlin, 2005.

der „nationalen“ Bewegung zugrundeliegen, nahezu vollumfänglich veranschaulichen<sup>71</sup>. Von den wenigen Veröffentlichungen der Nationaldemokraten selbst ist zum Abschluss besonders die vom heutigen Vorsitzenden Apfel herausgegebene Festschrift zum 35-jährigen Gründungsjubiläum zu berücksichtigen, weil diese im Gegensatz zu den beiden mageren Vorgängertiteln zum 20. und 30. Geburtstag zwischen schönfärberischen Anekdoten über Funktionäre und Verbände sogar Grundsatzpapiere zur strategischen Ausrichtung zugänglich machte<sup>72</sup>.

Neben der erwähnten Fachliteratur stützt sich die vorliegende Parteienstudie vor allem auf eine Fülle solcher Primärquellen, die aus der Feder der NPD selbst stammen. Mit Blick auf die adäquate und zeitnahe Würdigung akuter Vorgänge sowie sich eventuell erst anbahnender Veränderungen galt es zwischendurch aber auch, die Bekanntmachungen des Verfassungsschutzes und die Berichterstattung der etablierten Medien zuratezuziehen sowie zuweilen auf so genannte „Watchblogs“ zivilgesellschaftlicher Betreiber zurückzugreifen<sup>73</sup>. Die große Mehrheit des gesammelten Materials wurde in einem groben Beobachtungszeitraum zwischen 2007 und Mitte 2012 zusammengetragen und gab in der Durchsicht zwei wesentliche Begleiterscheinungen zu erkennen. Nämlich erstens, dass die Nationaldemokraten alles andere als „menschenscheu“ sind, mit enorm aggressiver PR aus der Peripherie drängen und durch massenweise ausgestreute Pressemitteilungen und Statements um maximale Präsenz bzw. bundesweite Kenntnisnahme buhlen, und zweitens, dass deren entscheidende Köpfe die Kunst der Selbstdarstellung durchaus beherrschen und dabei durch ein eigenwilliges Professionalitätsverständnis bestechen, das zwischen Polemik und bewusster Provokation zumeist in ermüdend einheitliche Sprachregelungen mündet.

Infolgedessen verkörpert die NPD längst keinen in unweigerlicher Isolation dahinvegetierenden, der Gesellschaft entfremdeten und in seinen politischen Inhalten lebensfernen „Hinterzimmerverein“ mehr, ist vielmehr im Informationszeitalter

---

<sup>71</sup> Vgl. Braun, Stephan/Geisler, Alexander/Gerster, Martin (Hrsg.): Strategien der extremen Rechten. Hintergründe – Analysen – Antworten. Wiesbaden, 2009; Klärner, Andreas/Kohlstruck, Michael (Hrsg.): Moderner Rechtsextremismus in Deutschland. Hamburg, 2006.

<sup>72</sup> Vgl. Apfel, Holger (Hrsg.): „Alles Große steht im Sturm“. Tradition und Zukunft einer nationalen Partei. 35 Jahre NPD – 30 Jahre JN. Stuttgart, 1999; Frenz, Wolfgang (Hrsg.): 30 Jahre NPD – Geschichte einer deutschen Partei. Eine Dokumentation. Bochum, 1995; Knabe, Gerd (Hrsg.): 20 Jahre NPD. Porträt einer jungen Partei. Knüllwald-Nausis, 1984.

<sup>73</sup> „Watchblogs“, zu denen auch Projekte wie „Endstation rechts“, „Netz gegen Nazis“ und der mittlerweile in „Publikative.ORG“ umbenannte „NPD-Blog“ gehören, sind Webseiten, die sich mit ganz bestimmten Einzelthemen – beispielsweise rechtsextremistischen Propagandamethoden, Parlamentsfraktionen bzw. der NPD an sich – beschäftigen, selbige dauerhaft beobachten und analysieren und auf diesem Wege für gewöhnlich ungemein große Dokumentationsarchive aufbauen. Vgl. <http://www.endstation-rechts.de/>; <http://www.netz-gegen-nazis.de/>; <http://www.publikative.org/> (abgerufen am 30.4.12).

angekommen sowie in punkto Technik voll auf der Höhe, lässt prinzipiell kaum ein die Gemüter erhitzen. Das Thema propagandistisch ungenutzt und setzt der angeblichen medialen „Totschweigspirale“ mithilfe des Internets – durch eigene Homepages und subtil in soziale Netzwerke eingespeiste Nachrichten – eine vitale Gegenöffentlichkeit entgegen. Das beachtliche Geltungsbedürfnis, das darin durchschimmert, äußert sich inzwischen wohlgerne nicht allein darin, dass schier nichts unkommentiert und unerwidert bleibt, sondern im Gegenzug auch dadurch, dass immer wieder selbst sensibelste, normalerweise intern zu behandelnde Diskurse und Grabenkämpfe durchsickern bzw. absichtlich nach außen befördert werden. In manchen Fällen erfolgt das beiläufig, in anderen dafür in Form echter Paukenschläge; das machte etwa der 2010 ausgebrochene Streit um einen möglichen Strategiewechsel deutlich, den der Vorstand und dessen einflussreiche Widersacher erst durch bissige Stellungnahmen im „Weltnetz“ beidseitig anschürten und dann auf einem extra einberufenen Symposium beilegen, dessen Verlauf und Fazit der damalige Parteichef anschließend eigenhändig in der „Deutschen Stimme“ (DS) aufrollte<sup>74</sup>.

Für die dauerhafte Beschäftigung mit den Vorgehensweisen und Zielsetzungen der NPD ergibt sich daraus anders als in der Vergangenheit fast schon ein Zuviel an authentischen Verlautbarungen und ausdrucksstarken Belegstellen, weshalb den anfangs erwogenen Befragungen führender Vertreter – eingedenk des mit der Zeit angehäuften Bergs an solchen Nachweisen – schließlich entsagt wurde. Der weitere Aufschlusswert wäre wahrscheinlich sowieso recht gering gewesen, weil die verfolgten Pläne wie gesagt keineswegs geheim und diejenigen Protagonisten, die wirklich stellvertretend für die Partei sprechen können, dazu so gut geschult sind, dass sich deren Aussagen regelmäßig in den selben schemenhaften und streckenweise gänzlich wortgleichen Phrasen verlieren. Nicht umsonst geben die Nationaldemokraten standardisierte Musterantworten für Kandidaten und Mandatsträger heraus, die sämtliche Kernanliegen umschließen und gegebenenfalls demaskierende Nachfragen herunterspielen sollen<sup>75</sup>.

Da die vielfältigen Internetangebote der NPD für gewöhnlich – beispielsweise aufgrund von Serverumzügen, Neugestaltungen und Hackerattacken – bestenfalls für begrenzte Intervalle abrufbar bleiben, wurden alle daraus geschöpften Schriftstücke und Dokumente auf der beigefügten Daten-CD als Handapparat archiviert. Währenddessen beruhen die aufgelisteten Wahlergebnisse, sofern nicht anders ausgewiesen, stets auf den Webseiten der betreffenden amtlichen Wahlleiter. Ansonsten ist zu vermerken, dass die vollen

---

<sup>74</sup> Siehe Kapitel 6.3.11.

<sup>75</sup> Siehe Kapitel 8.2.1.

bibliographischen Angaben bloß bei der ersten Anführung benutzt und danach durch verkürzte Arbeitstitel ersetzt werden. Zugleich wird bei direkten Zitaten, die ursprünglich nach der alten Rechtschreibung abgefasst sind, diese Regelung ungekennzeichnet beibehalten.

## 2. Terminologischer Kontext: Politischer Extremismus

Zur Beschreibung fundamentaloppositioneller politischer Akteure wie der NPD finden in der wissenschaftlichen wie in der öffentlichen Auseinandersetzung mittlerweile viele verschiedene Begrifflichkeiten Anwendung, von denen die meisten mehr oder weniger problematisch wirken. Die einen – etwa „Nazis“ und „Faschisten“ bzw. „Nationalsozialismus“ und „Faschismus“ – erscheinen zu eng angelegt, sind stark durch historisch einmalige Fälle determiniert, ideologisch bereits sehr eindeutig definiert und einem allgemeineren Näherungsversuch an heutige Formationen insofern schwerlich angemessen. Die anderen, wie beispielsweise „Radikalismus“, schließen naturgemäß bestimmte demokratiegeschichtliche Traditionen ein, durch die eine analytische Rückkopplung an explizit antidemokratische Tendenzen schlechterdings nicht sinnvoll erscheint. Eine brauchbare bzw. neutralere, wenngleich sicherlich nicht vollkommene Alternative bietet demgegenüber der im Rahmen der vorliegenden Arbeit verwendete Ausdruck des Extremismus bzw. des Rechtsextremismus, der nachfolgend sukzessive von Ersterem zu deduzieren sein wird.

### 2.1. Begriffsgeschichte

Der vom lateinischen „*extremus*“ stammende Ausdruck „Extremismus“ steht für ein Äußerstes<sup>76</sup>. Per se sind Extreme somit Positionen, die nicht weiter steigerbar sind. Dennoch lässt sich zwischen den beiden Außenpunkten eines imaginären Kontinuums stets eine Mitte bestimmen; das Konzept der Äquidistanz ist dieser Denkfigur, deren ideengeschichtliche Wurzeln letztlich bis in die Antike zurückreichen, inhärent. Bereits für die Maßethik des Aristoteles war das Bild von der Mitte versus die Extreme von wegweisender Bedeutung<sup>77</sup>: In seiner „Nikomachischen Ethik“ stand die sittliche Tüchtigkeit bzw. Tugend (*Arete*) zunächst für den Mittelweg (*Mesotes*) zwischen den beiden Extrempositionen zu viel und zu wenig. Daran anknüpfend betonte der altgriechische Philosoph in seiner „Politik“ die Vorzüge einer auf den mittleren Schichten basierenden Gesellschaft und arbeitete einen Grundriss für die beste Staatsform aus. Eine ausgeglichene Mischverfassung (*Politie*) sollte oligarchische und demokratische Elemente miteinander verschränken und die – offenkundig mit der Fähigkeit zur Entartung assoziierten – Extreme dabei möglichst meiden, um das größtmögliche Maß an Stabilität und Freiheit zu gewährleisten.

---

<sup>76</sup> Vgl. für eine umfassende Begriffsgeschichte Backes, Uwe: Politische Extreme. Eine Wort- und Begriffsgeschichte von der Antike bis in die Gegenwart. Göttingen, 2006.

<sup>77</sup> Vgl. a.a.O., S. 233.



Während die Mitte in Anbetracht dieses geistigen Erbes in der Folgezeit zum durchweg positiv konnotierten „Sinnbild für Ausgleich und Mäßigung“<sup>78</sup> gedieh, kamen die Extreme größtenteils in pejorativer Form zum Einsatz. Später floss das aristotelische Modell einer Kombination von ethischer Mesoteslehre und Mischverfassungstheorie dann über die französische Philosophie der Neuzeit auch in den Konstitutionalismus ein<sup>79</sup>. Der Grundsatz der Mäßigung bzw. entschiedenen Negation aller extremen Positionen entwickelte sich auf diesem Wege zu einem Kerngedanken moderner Nationalstaaten; ausgewogene innenpolitische Kräfteverhältnisse erscheinen seither ebenso bedeutsam wie ein solides Gleichgewicht auf internationalem Parkett. Mit der Revolution von 1789 wurde die bewährte Differenzierung zwischen „extremen“ und „mittleren“ bzw. „gemäßigten“ Standpunkten dann zwar beibehalten, jedoch um die der neu geschaffenen parlamentarischen Sitzordnung entspringenden Richtungsbegriffe ergänzt. Die traditionellen Extreme rückten dadurch praktisch an die Enden des politischen Spektrums, also nach „rechts“ und „links“<sup>80</sup>. Während sich diese allgemeine Topographie und Terminologie anfangs des 19. Jahrhunderts peu à peu auch außerhalb Frankreichs verbreitete, avancierte der Extremismusbegriff selbst vorerst vor allem in England und den USA zum Fachausdruck der politischen Diktion<sup>81</sup>. Derweil vermochte sich die Formel auf dem europäischen Festland erst mit der Februarrevolution in Russland vom März 1917 langsam durchzusetzen, bezog sich aufgrund dessen allerdings bis zum Erstarken des italienischen Faschismus noch vorwiegend auf Erscheinungen am linken Rand, insbesondere bolschewistische Formationen<sup>82</sup>.

Demgegenüber scheint im Rückblick durchaus bezeichnend, dass im Deutschland der Zwischenkriegsphase deutlich seltener von politischem Extremismus die Rede war, als zur selben Zeit in Frankreich bzw. den angelsächsischen Nationen<sup>83</sup>. Der Grund dafür lag allerdings weniger in einem Mangel an entsprechend auftretenden Gruppierungen. Vielmehr fehlte es in der vom Werterelativismus geprägten Weimarer Republik generell an einem Gespür für die von extremistischen Umtrieben ausgehenden Gefahrenpotentiale; erst während sowie nach dem Untergang des nationalsozialistischen Regimes fand

---

<sup>78</sup> Everts, Carmen: Politischer Extremismus. Theorie und Analyse am Beispiel der Parteien REP und PDS. Berlin, 2000, S. 37.

<sup>79</sup> Vgl. Backes, Uwe: Entwicklung und Elemente des Extremismuskonzepts. <http://www.dvpw-extremismus.uni-bonn.de/dokumente/Backes-Begriffsgeschichte-03.html> (abgerufen am 14.9.07).

<sup>80</sup> Vgl. Ders.: Politische Extreme, S. 234.

<sup>81</sup> Vgl. Everts: Politischer Extremismus, S. 38.

<sup>82</sup> Vgl. Backes: Politische Extreme, S. 152/153.

<sup>83</sup> Phänomene an den Rändern des Parteienspektrums wurden seinerzeit stattdessen oftmals als „Radikalismus“ oder „staatsfeindliche Kräfte“ ausgewiesen. Vgl. Backes, Uwe/Jesse, Eckhard: Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Band II: Analyse. Köln, 1989, S. 31.

diesbezüglich ein Wandel statt. Zum einen griffen emigrierte Koryphäen wie zum Beispiel Karl Loewenstein, Hannah Arendt und Theodor W. Adorno den in den ausländischen Sozialwissenschaften geläufigen Extremismusbegriff in grundlegenden Analysen und Theorien zu diktatorischen Herrschaftsverhältnissen und autoritären Persönlichkeitsstrukturen auf und erzielten damit in der jungen Bundesrepublik große Resonanz<sup>84</sup>. Zum anderen verhalfen die vielzitierten Arbeiten der amerikanischen Soziologen Edward A. Shils und Seymour M. Lipset, die den Extremismus als Antithese des Pluralismus und demzufolge gegen den Dreh- und Angelpunkt der liberalen Demokratie gerichtet definierten, der Extremismusformel zum internationalen Durchbruch<sup>85</sup>.

In der sozialwissenschaftlichen, politischen und publizistischen Sprache der Bundesrepublik verdrängte der Extremismus daraufhin in den 60er Jahren – im Rahmen der beginnenden Auseinandersetzung mit der Studentenbewegung und der Erfolgswelle der NPD – den bis dahin dominierenden Begriff Radikalismus. Dieser Entwicklung schloss sich 1973 auch das Bundesamt für Verfassungsschutz an, das in seinen alljährlichen Berichten seither ausnahmslos auf die Extremismuskategorie setzt und dadurch den im Kontext liberaler Gesellschaften substantiellen Gegensatz von radikaler, aber dennoch legitimer Kritik am Status quo und dem rechtlich zu ahndenden Sachverhalt der Verfassungswidrigkeit ausfestigte<sup>86</sup>. Als entscheidendes Merkmal extremistischer Akteure fungiert nun nicht mehr nur deren politische Randlage, sondern das feindliche Verhältnis zum Wesenskern und den Regeln der Demokratie, so dass selbst erheblich von der Mehrheitsmeinung divergierende Äußerungen nicht pauschal unter Verdacht stehen.

Eingedenk dieses augenscheinlichen Bruchs mit dem vormals strikten Bezug auf die im Kern stets variable Mitte und der parallel vorgenommenen „normativen Konkretisierung“<sup>87</sup> mutet der Begriff des politischen Extremismus nachhaltig präzisiert an. Obwohl die analytische Kraft darüber gesteigert wurde, gestaltet sich dessen Operationalisierung als sozial- und politikwissenschaftliche Kategorie andererseits weiterhin alles andere als problemlos. Sowohl angesichts der immanenten Wertgeladenheit als auch des teilweise inflationären Ge- bzw. Missbrauchs als Element des tagespolitischen Geschäfts begegnen manche Wissenschaftler der Extremismusformel mit ausgesprochener

---

<sup>84</sup> Vgl. Everts: Politischer Extremismus, S. 39/40.

<sup>85</sup> Vgl. Backes: Entwicklung und Elemente des Extremismuskonzepts.

<sup>86</sup> Bereits seit 1967 war in den Verfassungsschutzberichten neben dem Radikalismus ab und zu auch vom Extremismus die Rede – damals allerdings mit dem Verweis, diese Begriffe seien weitgehend synonym zu verstehen. Vgl. Backes, Politische Extreme, S. 196/197.

<sup>87</sup> Everts: Politischer Extremismus, S. 41.

Skepsis. Gleichzeitig vermischen andere berechtigte inhaltliche Einwände vielfach mit Emotionalität, subtiler Parteilichkeit und Polemik, verstehen den Extremismus vor allem als Problem der Gegenseite, die für bestimmte Phänomene „blind“ zu sein scheint bzw. verorten selbigen vorwiegend in der Mitte der Gesellschaft<sup>88</sup>. Unter solchermaßen suboptimalen Umständen kamen seriöse Debatten leider allzu selten auf, so dass sich von „der“ zusammenhängenden Extremismusforschung, zumindest darin herrscht weitgehende Einigkeit<sup>89</sup>, heute kaum sprechen lässt; stattdessen stehen zahlreiche konkurrierende Entwürfe und Doktrinen nebeneinander – die wohl am meisten diskutierte wie kritisierte davon ist die normative Extremismustheorie.

## 2.2. Die normative Extremismustheorie in der Diskussion

Basierend auf der durch das aristotelische Mischverfassungsmodell geprägten pejorativen Bedeutungstradition der Extreme definiert die normative Extremismustheorie den politischen Extremismus als natürlichen Widersacher des demokratischen Verfassungsstaats, dessen grundlegende Werte, Verfahrensregeln und Institutionen derselbe strikt ablehne<sup>90</sup>. Dazu gehören im Detail

„(...) vor allem die Idee der Menschenrechte als ethische Basis, die daraus abzuleitenden Grund- und Freiheitsrechte, der aus ihnen entspringende Pluralismus von Interessen, Meinungen und Anschauungen sowie dessen Schutz und Entfaltung im Rahmen eines gewaltlenkenden und -balancierenden Institutionengefüges.“<sup>91</sup>

Bestrebungen, die diesen demokratischen Minimalkonsens entweder ganz oder auch nur in Bestandteilen negieren, gelten demnach als extremistisch. Das weit gefasste Orientierungsmuster Extremismus vereint damit verschiedenste Erscheinungen, Strömungen und Akteure, deren Affinitäten häufig deutlich über die Existenz gleicher Strukturmerkmale wie Organisations- und Aktionsformen hinausragen. Faktisch gibt allein die gemeinsame Fronstellung gegenüber dem demokratisch-pluralistischen System in

---

<sup>88</sup> Wobei sich das meist polemisch verwendete Schlagwort vom „Extremismus der Mitte“, das im Wesentlichen von den Risiken an den Rändern des politischen Spektrums ablenken soll, angesichts des antithetischen Verhältnisses der Mitte zu den Extremen als Widerspruch in sich präsentiert. Mithin erscheint dieses Modell allenfalls bei einem ausdrücklich sozialstrukturellen, also explizit auf den Mittelstand bezogenen Verständnis einigermaßen sinnvoll. Schließlich ist nicht auszuschließen, dass sich dessen Mehrheit einmal extremistischen Strömungen anschließt und darüber einen Systemwandel einläutet. Vgl. Backes, Uwe/Jesse, Eckhard: Extremismus der Mitte? Kritik an einem modischen Schlagwort. In: Dies. (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie. 7. Jahrgang, Baden-Baden, 1995, S. 13-26.

<sup>89</sup> Vgl. Backes/Jesse: Politischer Extremismus in der BRD. Band I, S. 289; Everts: Politischer Extremismus, S. 15/16; Neugebauer, Gero: Extremismus – Rechtsextremismus – Linksextremismus: Einige Anmerkungen zu Begriffen, Forschungskonzepten, Forschungsfragen und Forschungsergebnissen. In: Schubarth, Wilfried/Stöss, Richard (Hrsg.): Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz. Bonn, 2000, S. 13-37, S. 13.

<sup>90</sup> Vgl. Backes, Uwe/Jesse, Eckhard: Vergleichende Extremismusforschung. Baden-Baden, 2005, S. 23/24.

<sup>91</sup> Ebd.

gewissem Sinne erste analoge Denkweisen und Haltungen zu erkennen<sup>92</sup>, die erfahrungsgemäß größtenteils autokratische Herrschaftsformen erstreben.

Abgesehen von der relativ verbreiteten Ablehnung der Wertgebundenheit dieses Konzepts, richtet sich die Kritik daran speziell gegen zwei zentrale Aspekte, die zuvor zum Teil schon gegenüber der Totalitarismustheorie geäußert wurden<sup>93</sup>: Zum einen geht es um den umstrittenen Punkt einer grundsätzlichen Vergleichbarkeit extremistischer Phänomene, in erster Linie des Rechts- und Linksextremismus. Zum anderen wird die angeführte Definition gelegentlich in einen direkten Zusammenhang mit der Idee der streitbaren Demokratie gesetzt und im Zuge dessen eine mutmaßliche Instrumentalisierbarkeit für staatliche Zwecke attestiert. Dabei entbieten beide Argumentationsstränge bisweilen eine eigentümliche Mischung wissenschaftlich profunder Aussagen und evidenter politischer Motive bzw. entsprechender Anschuldigungen.

So wird aus dem dargelegten Verständnis des Extremismus als Sammelbegriff für alle den demokratischen Minimalkonsens ablehnenden Parteien, Gruppierungen und Entwicklungen der Vorwurf der Gleichsetzung im Grunde nicht zu vergleichender Phänomene abgeleitet. Wegen der genuinen „Eindimensionalität“<sup>94</sup> des skizzierten Entwurfs würden angebliche mit unzweifelhaft antidemokratischen Erscheinungen, „unabhängig von ihrem spezifischen Wesensgehalt, über einen Leisten geschlagen“<sup>95</sup> und so eine Verwandtschaft suggeriert, die der Wirklichkeit gar nicht entspreche<sup>96</sup>. Bei manchen Beobachtern münden solche Folgerungen außerdem in schwerwiegende Bezeichnungen politisch-ideologischer Befangenheit, die angesichts wenig sachlicher und stellenweise polemischer Formulierungen mithin aber genauso gut auf die Fingerzeiger selbst passen würden: Etwa werden die Verfechter der normativen – und deshalb vermeintlich zwangsläufig „ideologisch verrannten“ – Extremismustheorie mitunter pauschal dem intellektuellen Bereich der „nationalen Rechten“ zugeordnet und moniert, diese Leute würden durch den prinzipiell nicht zulässigen Vergleich von „Äpfeln mit

---

<sup>92</sup> Vgl. Backes/Jesse: Politischer Extremismus in der BRD. Band II, S. 33.

<sup>93</sup> Der Fokus der Totalitarismustheorie, die im 20. Jahrhundert vor der Folie des Nationalsozialismus, des Faschismus und Stalinismus entstanden ist, gilt vor allem den zum Teil analogen Strukturen in der Herrschaftsausübung diktatorischer Regime – das genuine weltanschauliche Fundament wird dabei vorerst ebenso in den Hintergrund geschoben wie die daraus abzuleitenden Fernziele. Gerade deshalb wurde diesem Schema regelmäßig eine vermeintliche Gleichsetzung des Unvergleichbaren vorgeworfen, die Gefahr laufe, Staatsverbrechen und letztlich einmalige Gräueltaten zu relativieren. In der Ära des Kalten Kriegs stand das Konzept zudem im Verdacht einer politischen Instrumentalisierung zugunsten eines staatlichen Antikommunismus.

<sup>94</sup> Neugebauer: Extremismus – Rechtsextremismus – Linksextremismus, S. 17.

<sup>95</sup> Stöss: Extreme Rechte in der BRD, S. 17.

<sup>96</sup> Vgl. Wippermann, Wolfgang: Verfassungsschutz und Extremismusforschung: Falsche Perspektiven. In: Mecklenburg, Jens (Hrsg.): Braune Gefahr. DVU, NPD, REP. Geschichte und Zukunft. Berlin, 1999, S. 268-280, S. 269.

Birnen“ versuchen, die Bedrohung durch den Rechtsextremismus systematisch zu verharmlosen und den Linksextremismus zu dramatisieren<sup>97</sup>.

Ungeachtet dessen erscheinen selbst die sachlich bleibenden Gegenstimmen, die eine solche Gleichsetzung des Unvergleichbaren befürchten, im Ganzen betrachtet substanzlos. Erstens betonen die Vertreter der normativen Extremismustheorie nachdrücklich, dass die bei den betreffenden Kräften festgestellten Konvergenzen in der Konfrontation mit dem demokratischen Verfassungsstaat die fundamentalen Diskrepanzen und Eigenheiten nicht verdecken dürften<sup>98</sup>. Dass es hier eben nicht darum geht, inhaltlich grundverschiedene Phänomene mutwillig miteinander zu identifizieren, sondern entscheidend ist, etwaige strukturelle Parallelen hinsichtlich Methoden und Rezepturen herauszuarbeiten, garantieren darüber hinaus schon die Richtungsbegriffe, die für eine eindeutige Demarkationslinie stehen<sup>99</sup>. Rechts und links lassen sich insofern zwar in Relation zueinander setzen, lösen sich dabei aber nicht von selbst ineinander auf. Und nicht zuletzt fördern komparative Analysen, die im Extremismuskonzept naturgemäß fest verwurzelt sind<sup>100</sup>, Abweichungen zwischen den Untersuchungsgegenständen klarer zutage. Von einer gefährlichen Neigung zur Nivellierung kann darum eigentlich keine Rede sein, stattdessen gilt: „Vergleichbar ist, was weder völlig identisch noch völlig verschieden ist: Nur hinreichende Übereinstimmungen ermöglichen es, sinnvoll zu vergleichen.“<sup>101</sup> Gleichwohl rechts- und linksextremistische Gruppierungen eventuell also – wohlgerne erst nach einer eingehenden Gegenüberstellung – wirklich als „unähnlich“ oder regelrecht „ungleich“ eingestuft werden mögen, sind diese deswegen noch längst nicht unvergleichbar<sup>102</sup>.

Indessen fällt die Kritik an der angeblichen Instrumentalisierbarkeit des normativen Extremismusansatzes für das Konzept der streitbaren Demokratie wesentlich schlüssiger und fundierter aus – und wird im Übrigen auch nicht ganz zu Unrecht geäußert. In dem Maße wie sich dessen Begründer nämlich primär auf die 1956 im Verbotsurteil gegen die

---

<sup>97</sup> Vgl. Kopke, Christoph/Rensmann, Lars: Die Extremismus-Formel. Zur politischen Karriere einer wissenschaftlichen Ideologie. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 12/2000, S. 1451-1462, S. 1455/56.

<sup>98</sup> Vgl. Backes/Jesse: Politischer Extremismus in der BRD. Band II, S. 34.

<sup>99</sup> Vgl. Pfahl-Traugher, Armin: Der Extremismusbegriff in der politikwissenschaftlichen Diskussion – Definitionen, Kritik, Alternativen. In: Backes, Uwe/Jesse, Eckhardt (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie. 4. Jahrgang. Bonn, 1992, S. 67-86, S. 77/78.

<sup>100</sup> Weil schließlich schon die „(...) Bestimmung eines ‚Äußersten‘ die Existenz eines Zentrums, zu dem es in Beziehung steht, logisch erzwingt.“ Vgl. Backes, Uwe/Jesse, Eckhardt: Extremismen im Vergleich – Entwicklung, Problemstellungen, Untersuchungsfelder, Perspektiven. In: Dies. (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie. 16. Jahrgang. Baden-Baden, 2004, S. 13-30, S. 25.

<sup>101</sup> Bergsdorf, Harald: Extremismusbegriff im Praxistest: PDS und REP im Vergleich. In: Backes, Uwe/Jesse, Eckhardt (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie. 14. Jahrgang. Baden-Baden, 2002, S. 61-80, S. 62/63.

<sup>102</sup> Vgl. Backes/Jesse: Extremismen im Vergleich, S. 26.

KPD gefasste Definition des Bundesverfassungsgerichts zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung stützen und diese im Großen und Ganzen als demokratischen Minimalkonsens annehmen<sup>103</sup>, sparen selbige jedenfalls nicht nur die – freilich geringfügigen – Differenzen in der juristischen und politikwissenschaftlichen Begriffsbildung aus<sup>104</sup>. Vielmehr entsteht dadurch eine recht missliche Verbindung des an und für sich demokratiethoretisch ausgerichteten Gedankengebäudes mit der real existierenden Verfassungsordnung des Grundgesetzes. Dieses etabliert zugegebenermaßen ein im Vergleich mit anderen demokratischen Verfassungsstaaten westlichen Schlags typisch deutsches Modell, das tatsächlich weniger einen Staats- als zunächst mehr einen Demokratieschutz ersinnt. Nichtsdestotrotz droht eine voreilige Adaption oder Verwendung solcher verfassungsrechtlicher Auslegungen einen Bestandsschutz der herrschenden Verhältnisse der Bundesrepublik einzuschließen, der im vorliegenden Bezugsrahmen ohne Not über den erforderlichen demokratischen Minimalkonsens hinausgreift<sup>105</sup>. Kurzum, der Extremismusbegriff wird durch derartige Einflüsse über Gebühr ausgedehnt, was auch deshalb abzulehnen ist, weil davon die Gefahr ausgeht, alle Kritik an den derzeitigen Gegebenheiten als antidemokratisch abzustempeln.

Dem normativen Extremismuskonzept daraufhin generelle Staatsfixiertheit vorzuwerfen geht dennoch zu weit und verkennt dessen wie gesagt gleichsam demokratiethoretisches Selbstverständnis<sup>106</sup>. So darf eine positive Grundhaltung zum Staat nicht mit einer Nähe zu den politischen Machtverhältnissen der Gegenwart verwechselt werden. Dafür sprechen schon die diversen Verweise darauf, dass der Extremismus de facto zu jedem funktionierenden demokratischen Verfassungsstaat gehöre und nur die allzu freie Expansion seiner Erscheinungsformen, jedoch nicht dessen Existenz an sich gefährlich sei<sup>107</sup>. Im alltäglichen Miteinander gelte es darum, einen ausgewogenen Mittelweg aus größtmöglicher Toleranz sowie einem dem zum Trotz stets gebotenen Maximum an Wachsamkeit und Wehrhaftigkeit einzuschlagen:

„Denn eine Gesellschaft, die ohne den Extremismus auskommen will, muß sich ihrerseits geradezu zwangsläufig in eine extremistische Richtung entwickeln. Extremisten können auch notwendig für die demokratische Gesellschaft sein und – wenn auch wider Willen – zur Reform des demokratischen Systems

---

<sup>103</sup> Vgl. Backes/Jesse: Vergleichende Extremismusforschung, S. 61.

<sup>104</sup> Die politikwissenschaftliche Herangehensweise arbeitet bisweilen mit anderen Methoden, sollte dabei per se alle denkbaren Varianten bezüglich des idealtypischen demokratischen Verfassungsstaats berücksichtigen und ist insofern von Haus aus allgemeiner angelegt. Vgl. Pfahl-Traugher: Extremismusbegriff in der Diskussion, S. 70.

<sup>105</sup> Vgl. Everts: Politischer Extremismus, S. 78.

<sup>106</sup> Vgl. Backes, Uwe/Jesse, Eckhard: Die „Extremismus-Formel“ – Zur Fundamentalkritik an einem historisch-politischen Konzept. In: Dies. (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie. 13. Jahrgang. Baden-Baden, 2001, S. 13-29, S. 20.

<sup>107</sup> Vgl. Dies.: Vergleichende Extremismusforschung, S. 345.

beitragen. Vielfach knüpfen sie an tatsächliche Mißstände an und verweisen auf wunde Punkte, die es zu verändern gilt.“<sup>108</sup>

Ergo ist der wertgebundene Extremismusbegriff weder als „wissenschaftlich drapierte innerstaatliche Feinderklärung“<sup>109</sup> noch als instrumentalisierbare Formel der streitbaren Demokratie zu sehen<sup>110</sup>. Die Kategorie des politischen Extremismus steht den juristischen Kriterien der Verfassungsfeindlichkeit bzw. Verfassungswidrigkeit sprachlich zwar denkbar nahe, zumal diese praktisch auf derselben Grundannahme des Gegensatzes von Extremismus und Demokratie basieren. Allerdings liegt zwischen der Verwendung der Extremismusformel zur wissenschaftlichen Analyse und den Eingriffsmöglichkeiten des Verfassungsschutzes bekanntlich keinerlei Verbindung vor, so dass selbst bei gleich lautender Diagnose die Ansichten bezüglich der gebotenen Therapiemaßnahmen durchaus divergieren können<sup>111</sup>. Mögen die Vorgehensweisen der streitbaren Demokratie bezüglich des Extremismus deshalb noch so umstritten sein, bleibt dessen Definition davon absolut unberührt, weil die Extremismusforschung und der Verfassungsschutz schlichtweg auf völlig unterschiedlichen Ebenen arbeiten.

Ausgehend von diesen Erkenntnissen sind bei der Ausformulierung der politikwissenschaftlichen Extremismusdefinition für die vorliegende Arbeit folgende Anhaltspunkte zu berücksichtigen: Ohne Zweifel gilt es, eine Nähe bzw. gar eine Verknüpfung derselben mit den Ordnungsprinzipien eines existierenden demokratischen Verfassungsstaats komplett zu vermeiden, da das die Zustimmung zu dessen konkreter Ausgestaltung bereits zum entscheidenden Attribut erheben würde. Ein demokratiethoretisch ausgerichteter Extremismusbegriff macht demgegenüber den „(...) Schritt *hinter die Verfassung*, d.h. auf die Ebene grundsätzlicher Wertbegründung notwendig, um ihn als eine analytische Kategorie der Politikwissenschaft zur Untersuchung und Bewertung politischer Phänomene fruchtbar zu machen.“<sup>112</sup> Demgemäß muss die Negativdefinition genau die essentiell demokratischen Werte, Normen und Institutionen erörtern und einschließen, deren Ablehnung extremistische Akteure für gewöhnlich eint.

Entscheidend scheint des Weiteren, dass sich dieser Minimalkonsens – zum Wohle der Diskursoffenheit – konsequent auf den kleinsten gemeinsamen Nenner, also die

---

<sup>108</sup> Backes/Jesse: Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Band III: Dokumentation. Köln, 1989, S. 239.

<sup>109</sup> So Hans-Gerd Jaschke, zitiert nach Everts: Politischer Extremismus, S. 79.

<sup>110</sup> Vgl. Jaschke, Hans-Gerd: Rechtsstaat und Rechtsextremismus. In: Schubarth, Wilfried/Stöss, Richard (Hrsg.): Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz. Bonn, 2000, S. 314-332, S. 318; Kopke/Rensmann: Extremismus-Formel, S. 1455/1456.

<sup>111</sup> Vgl. Everts: Politischer Extremismus, S. 14.

<sup>112</sup> A.a.O., S. 56 (Hervorhebung wie im Original).

allernötigsten Pfeiler und Elemente des gedachten idealtypischen demokratischen Verfassungsstaats konzentriert, weil sich allzu große Elastizität auch auf den Extremismusbegriff auswirken und das immanente Potential dadurch automatisch wachsen würde. Besonders müssen dessen Bestandteile dabei jedoch „(...) intersubjektiv nachvollziehbar begründet werden und unabhängig von der jeweiligen soziokulturellen und historischen Vorprägung Geltung beanspruchen können“<sup>113</sup>. Mit Blick auf das Spannungsfeld zwischen analytischer und Stellung nehmender Betrachtungsweise, in dem die Extremismusforschung notgedrungen agiert, mutet die – zweifellos nicht immer mühelose – Erläuterung des zugrundegelegten Wertehorizonts mehr als angebracht an, zumal sich damit auch die Voraussetzungen sachlichen Meinungsaustauschs verbessern dürften.

Ansonsten hat sich die normative Aufladung der Extremismusformel bei allen Einwänden und Vorbehalten als sinnvoll herausgestellt und soll daher beibehalten werden. Der Bezug auf den Minimalkonsens des demokratischen Verfassungsstaats präzisiert die Begriffsbestimmung nicht nur in weiten Teilen, sondern steigert parallel dazu auch deren Trennschärfe. Daneben wird die Anlage gleicher Maßstäbe gegenüber sämtlichen extremistischen Akteuren gewährleistet und eine willkürliche Ausdehnung der Definition verhindert:

„Während die einen die Werte der Demokratie als für ein menschenwürdiges Zusammenleben konstitutiv ansehen, lehnen die anderen diese Prinzipien (passiv) ab oder bekämpfen sie (aktiv). Diese Kategorisierung ist umfassend und läßt kein Drittes zu. Damit ist jedoch nicht ausgeschlossen, daß die Komplexität eines zu bewertenden Phänomens zu einem differenzierten Urteil führen kann.“<sup>114</sup>

Im Kern geht es hier nicht um eine „Immunsierung normativer Grundannahmen gegen Kritik“<sup>115</sup> – im Gegenteil, stattdessen steht die Wertebasis stets zur Diskussion und erhält sich so die nötige Flexibilität, um gegebenenfalls an Fortentwicklungen angepasst zu werden. Die Zementierung universeller Maßstäbe ließe sich mit den Zielen einer liberaldemokratisch und pluralistisch orientierten Denkweise ohnehin schlecht vereinbaren. Schließlich ist es

„(...) gerade die systemimmanente Kritik- und Lernfähigkeit des demokratischen Verfassungsstaates, die Möglichkeit zum gemeinsamen Suchen nach Lösungen in einem freien Wettbewerb der Ideen und Gemeinwohlvorstellungen, die seinen Bürgern, im Gegensatz zum Absolutheitsanspruch extremistischer Ordnungsvorstellungen, zu einer humanen und selbstbestimmten Lebensweise verhilft.“<sup>116</sup>

---

<sup>113</sup> Backes/Jesse: Vergleichende Extremismusforschung, S. 49.

<sup>114</sup> Lang, Jürgen P.: Die Extremismustheorie zwischen Normativität und Empirie. <http://www.extremismus.com:80/texte/extrem.htm> (abgerufen am 23.9.07).

<sup>115</sup> Backes/Jesse: Extremismus-Formel, S. 18.

<sup>116</sup> Everts: Politischer Extremismus, S. 124.



Trotzdem offenbart sich darin ein Dilemma, weil ein gewisser Grundstock an gemeinsamen Prinzipien bei aller Toleranz für unpopuläre Positionen bewahrt werden muss, da die offene Gesellschaft ansonsten die Verwirklichung extremistischer Gestaltungsansprüche ermöglichen und sich somit unweigerlich in eine geschlossene verwandeln würde<sup>117</sup>.

Davon abgesehen ist ganz allgemein zu berücksichtigen, dass wissenschaftliche Termini faktisch nie völlig „richtig“ oder „falsch“, bloß mehr oder weniger geeignet sind, die reale Welt zu beschreiben bzw. zu analysieren<sup>118</sup>. Obwohl sich das der Wissenschaft eigene Objektivitätsstreben in der Praxis selten bedingungslos erfüllen lässt, muss von subjektiv geprägten inhaltlichen wie methodischen Prämissen letztlich nicht immer eine nachteilige Wirkung ausgehen – unter Umständen sind begründete Urteile sogar geeignet, zu einer besseren Orientierung beizutragen und das Verständnis zu erleichtern<sup>119</sup>. Auch weil „(...) eine bestimmte Ausgangsposition bei der Untersuchung eines Gegenstandes, sei es ein extremismustheoretischer oder ein anderer Ansatz, nicht von der Notwendigkeit einer differenzierten und fairen Auseinandersetzung“<sup>120</sup> entbindet. Um wissenschaftlichen Ansprüchen gerecht zu werden, kommt es daher besonders darauf an, entsprechende Passagen ausreichend zu kennzeichnen und zu erklären, statt sowieso latent vorhandene subjektive Axiome hinter der löchrigen Maske einer beharrlich verfochtenen, lediglich oberflächlich objektiven Perspektive zu verbergen.

### **2.3. Definition des politischen Extremismus**

Damit soll das Augenmerk nun langsam auf der inhaltlichen Eingrenzung des politischen Extremismus als natürlicher Antithese des demokratischen Verfassungsstaats liegen. In einem ersten Schritt erfordert das die Bestimmung des demokratischen Minimalkonsenses, dessen ethische Basis die Idee der unveräußerlichen Menschenwürde darstellt. Aus der vorbehaltlosen Anerkennung der menschlichen Fundamentalgleichheit leiten sich vorneweg die Menschenrechte sowie die logische Verpflichtung zu deren Schutz ab – dazu gehört neben der körperlichen Unversehrtheit, den persönlichen Freiheitsrechten und der Gleichberechtigung des Einzelnen gegenüber der Gesellschaft auch dessen Selbstbestimmung. Das setzt ferner die Garantie von Kommunikations-<sup>121</sup> und politischen

---

<sup>117</sup> Vgl. Everts: Politischer Extremismus, S. 124-136.

<sup>118</sup> Vgl. Backes/Jesse: Extremismus-Formel, S. 19.

<sup>119</sup> Vgl. Everts: Politischer Extremismus, S. 24.

<sup>120</sup> Pfahl-Traughber: Extremismusbegriff in der Diskussion, S. 79.

<sup>121</sup> Zu den Kommunikationsgrundrechten zählen die Meinungs-, Informations- und Pressefreiheit in Printmedien, Film, Funk und Fernsehen und nicht zuletzt die Freiheit der Wissenschaft und der Kunst.

Grundrechten – wie der Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit, vor allem aber des freien Wahlrechts – voraus.

Der Pluralismus, der aus diesen Pfeilern freiheitlicher Ordnungen resultiert, hat zudem dafür Sorge zu tragen, dass der Willensbildungsprozess allen Gruppen bzw. Schichten der Gesellschaft offensteht und diese aktiv daran beteiligt oder zumindest repräsentiert werden – der Grundsatz der Volkssouveränität muss also verwirklicht sein<sup>122</sup>. Immerhin gründet die freiheitliche Demokratie durchweg „(...) auf einem Denken, das sich für fehlbar hält, das die Vielfalt der Überzeugungen in einer offenen Gesellschaft als grundsätzlich legitim akzeptiert, das Politik nicht als Krieg gegen einen Feind begreift, das differenziert statt diskreditiert, das Distanz zu sich selbst bewahrt.“<sup>123</sup> Konstruktive Kompromisse und nachvollziehbare Entscheidungen verlangen allerdings nach geregelten, allseits akzeptierten Verfahren zur gütlichen Einigung und gerechten Konfliktbewältigung wie dem Demokratieprinzip. Weil die Mehrheitsregel als dessen spezifischer Entscheidungsmodus sowohl die Vielzahl an individuellen Gestaltungsansprüchen berücksichtigt und achtet als auch allen Stimmen identisches Gewicht beimisst, bekommen auf diesem Wege initiierte Entschlüsse die angezeigte Verbindlichkeit bzw. Gültigkeit. Obendrein entspricht ein derartiges Prozedere der charakteristischen Offenheit des demokratischen Systems:

„Da das *objektiv Richtige* (...) nicht existiert, darf jeder mit dem Anspruch auf Richtigkeit seiner Auffassung am politischen Willensbildungsprozess in der offenen Gesellschaft teilnehmen. Die Entscheidung der Mehrheit ist kein autoritativer Ausdruck dessen, was Recht ist, sondern lässt der Minderheit die Freiheit, mit demokratischen Mitteln ihre Revision zu erwirken.“<sup>124</sup>

Letztere ist daher – einem Verständnis der Demokratie als Marktplatz der Ideen entsprechend – niemals illegal oder illegitim. Aufgrund dessen darf das Majoritätsprinzip nicht verabsolutiert werden und erfordert neben der materiellen Bindung durch die stets zu wahrenen Menschenrechte eine weitere Beschränkung durch verfassungsmäßig statuierte Verfahrens- und Abstimmungsnormen<sup>125</sup>.

Überhaupt müssen sämtliche politischen und sozialen Fragen in einen straffen Rahmen von allgemeiner Geltungsmacht eingefasst werden, weil ohne die Gesetzmäßigkeit und

---

<sup>122</sup> Das gelegentlich geforderte „Mindestmaß an sozialer Fürsorge“ in Form sozialstaatlicher Mechanismen soll dagegen nicht adaptiert werden, da dieser Faktor den demokratischen Minimalkonsens angesichts der Fülle an denkbaren Möglichkeiten zu sehr aufblähen würde. Darüber hinaus erscheint die ausdrückliche Berufung auf das Repräsentativitätsprinzip im vorliegenden Rahmen ebenfalls eher unangebracht, weil es sich hier nicht um einen wirklich unersetzlichen Bestandteil demokratischer Verfassungsstaaten handelt; stattdessen sind auch andere und dabei nicht weniger demokratische Varianten der Gesellschaftsorganisation – wie das Beispiel Schweiz demonstriert – vorstellbar. Vgl. Everts: Politischer Extremismus, S. 154/155; Pfahl-Traugber: Extremismusbegriff in der Diskussion, S. 70.

<sup>123</sup> Bergsdorf: Extremismusbegriff im Praxistest, S. 62.

<sup>124</sup> Everts: Politischer Extremismus, S. 163 (Hervorhebung wie im Original).

<sup>125</sup> Vgl. a.a.O., S. 163/164.

Rechtsbindung der Staatsgewalt mitsamt deren permanenter Überprüfbarkeit durch ein autarkes Gerichtswesen und einen allen offenstehenden Instanzenzug weder die Freiheit noch die Selbstbestimmung des Individuums sicherzustellen sind. Im Grunde ist der Rechtsstaat sozusagen der institutionalisierte Garant der Menschenwürde, der den einzelnen Menschen vor Willkür schützt und insoweit eine unentbehrliche Voraussetzung demokratischer Verfassungsstaaten darstellt. Gleichwohl soll auf dessen exakte Gestaltung nun nicht weiter eingegangen werden, da diesbezüglich sicherlich diverse Varianten – von der horizontalen bis zur vertikalen Gewaltenteilung bzw. -verschränkung – denkbar sind, eine zu eindeutige Vorgabe hier aber ebenso wenig notwendig erscheint wie zur wirtschaftlichen Verfasstheit. Ohnehin kommt es bei der Eingrenzung eines demokratischen Minimalkonsenses nicht darauf an, einer konkreten Ordnung das Wort zu reden und selbige bis ins Detail restlos festzulegen, sondern den kleinsten gemeinsamen Nenner an Werten und Verfahrensprinzipien zu finden, um den Nutzungsbereich des davon abzugrenzenden Extremismusbegriffs genauso kompakt zu gestalten. Damit selbiger eben erst im Falle bewusst gegen Freiheit und Demokratie gerichteter politischer Umtriebe und nicht schon bei Forderungen nach partiellen Umgestaltungen des Verfassungssystems greift<sup>126</sup>.

Mithin sind also folgende Eckpfeiler des demokratischen Minimalkonsenses festzuhalten: Offenkundiger Schwerpunkt ist das Primat der Menschenwürde, die stets „Letztwert und Maßstab jeder demokratischen Ordnung, jeder Politik“<sup>127</sup> sein muss. Deren bedingungslose Garantie begründet einen Pluralismus in Politik und Gesellschaft, der zur vollständigen Entfaltung neben dem Demokratie- bzw. Majoritätsprinzip als Entscheidungsmodus auch die Gewaltenkontrolle und andere balancierende Mechanismen des Rechtsstaats erfordert. Im Sinne einer Definition ex negativo ist eine Ablehnung dieser Elemente als antidemokratisch bezeichnen, womit als Extremist gilt, wer mit seinen politischen Intentionen oder Aktionen gegen die Menschenwürde und das Selbstbestimmungsrecht anderer verstößt, ferner den pluralistischen Ideenwettbewerb auszuhöhlen bzw. das Demokratieprinzip auszuhebeln beabsichtigt oder den rechtsstaatlichen Schutz der freiheitlichen Gesellschaftsordnung mit den eigenen Gestaltungsansprüchen nicht richtig zu vereinbaren vermag. Derweil ist die Frage, ob die erwähnten Faktoren im Ganzen oder nur halbwegs negiert werden, eigentlich sekundär – immerhin handelt es sich um die essentiellen Grundbausteine demokratischer Verfassungsstaaten<sup>128</sup>.

---

<sup>126</sup> Vgl. Everts: Politischer Extremismus, S. 171/172.

<sup>127</sup> A.a.O., S. 175.

<sup>128</sup> A.a.O., S. 178.

Unterdessen kann diese nach wie vor amorphe Extremismusformel über die konzeptionell darauf aufbauende Positivdefinition mit weiteren Strukturelementen, die den verschiedenen Erscheinungsformen – abseits aller Unterschiede in Punkten wie Ideologie, Methodik und Organisation – gemeinsam sind, inhaltlich gefüllt und ausgemalt werden. Zumeist verhindert eine solche Veranschaulichung der gegen den demokratischen Verfassungsstaat gerichteten Denk- und Verhaltensmuster schimärische Zirkelschlüsse<sup>129</sup>, die im Zuge einer Beschränkung auf die ausschließlich negative, einem Schattenriss gleichende Begriffsbestimmung nicht auszuschließen sind. Mit anderen Worten, in dem Maße wie die Menschenwürde den Dreh- und Angelpunkt der freiheitlichen Demokratie symbolisiert, steht im Umkehrschluss deren Zurückweisung bzw. bloß fragmentarische, auf spezielle Bereiche und Zielgruppen begrenzte Anerkennung – die „Befürwortung von Ungleichheit im politischen Raum“<sup>130</sup> – als primäres Erkennungsmerkmal für den Extremismus. In diesem Zusammenhang werden für gewöhnlich sowohl die Freiheit und Selbstbestimmung des Einzelnen als auch diejenige sozialer Gruppierungen kontinuierlich geleugnet und stattdessen deren Einordnung unter vorwiegend kollektiv orientierte Gesellschaftsbilder oder politische Zwecke gefordert. Der wesenhafte Antipluralismus, der daraus spricht, äußert sich außerdem regelmäßig in einem resoluten Alleinvertretungsanspruch, der die eigenen – womöglich utopischen – Ansichten zu den einzig „wahren“ erhebt und alle anderen Meinungen ausnahmslos für ungültig erklärt.

Oftmals weisen extremistische Phänomene demzufolge einen eigentümlichen Drang zum Dogmatismus auf; sind ideologisch einerseits absolut fixiert und erachten die eigene Doktrin als immun gegen Kritik, während andererseits jedoch gerade die Offenheit und Vielfalt des demokratischen Willensbildungsprozesses mitsamt seiner angeblich „faulen“ Kompromisse als abstoßende Krankheit erscheint, gegen die es um jeden Preis vorzugehen gilt. Dem entspricht ein von spürbarer Intoleranz geprägtes Denken, das die Welt in erster Linie anhand bipolarer Kategorien in schwarz und weiß, gut und böse aufteilt und sich erfahrungsgemäß zu einem grundsätzlichen Verständnis von Politik als Krieg gegen andere Wertvorstellungen, Interessen und Lebensformen auswächst. Die Gegenseite – das „Fremde“ – wird häufig zum allgegenwärtigen Feindbild hochstilisiert und auf der Grundlage von Verschwörungstheorien zum dankbaren Sündenbock aufgebaut. Auf der Handlungsebene schlägt sich das stellenweise in verschiedenen, in Form und

---

<sup>129</sup> Wiewohl „extremistisch“ für gewöhnlich zutreffend mit „antidemokratisch“ gleichgesetzt wird, muss „antiextremistisch“ deshalb nicht zwingend „demokratisch“ entsprechen.

<sup>130</sup> Everts: Politischer Extremismus, S. 196.

Intensität variierenden Anwendungen von Fanatismus und Aktionismus sowie nicht selten offener oder verborgener Gewaltbereitschaft nieder<sup>131</sup>.

Hierdurch steuern extremistische Konzepte vielfach auf eine „(...) *Monopolisierung politischer Macht* in den Händen einer einzigen, nur mehr sich selbst verantwortlichen Kraft“<sup>132</sup> zu. Mit dem prekären Streben nach dem Missbrauch bzw. Abbau demokratischer Mechanismen und rechtsstaatlicher Schutzvorrichtungen betreiben derartige Kräfte den rigorosen Ausschluss bestimmter Schichten oder Klassen vom politischen Willensbildungsprozess, um die begehrte Machtposition zu befestigen<sup>133</sup>. Der Staat soll die anhängige Weltanschauung, die sich als Heilslehre versteht, vollständig absorbieren und verinnerlichen, nachdem deren Wahrheitsanspruch und Sendungsbewusstsein alternative Gestaltungsvorschläge im Hinblick auf das Gemeinwohl sowieso ausschließen. Vor diesem Hintergrund neigt der Extremismus normalerweise – ob direkt oder indirekt, bewusst oder unbewusst – durchweg zur Errichtung autokratischer bzw. diktatorischer Herrschaftsformen<sup>134</sup>, in der die staatliche Gewalt nicht mehr durch Kontrollmechanismen oder Gesetze beschränkt wird, sich die Klärung politischer Fragen stattdessen auf von der Gesellschaft abgeschottete Eliten und Führungskreise verdichtet und sämtliche Formen der Mitsprache oder sogar Mitwirkung an Entscheidungen von vornherein ausgeschlossen bleiben. Ergo

„(...) untergraben Extremismen nicht nur die *Bürgerfreiheit*: Sie unterminieren auch die *Bürgergleichheit* im Sinne der altgriechischen *Isonomie und Isegorie*, also der Gleichheit vor dem Gesetz, der Gleichberechtigung und dem Recht der freien Rede und Stellungnahme in die Allgemeinheit betreffenden Angelegenheiten.“<sup>135</sup>

Das heißt, der Extremismus zielt aus sich heraus auf hierarchisierende, allen demokratischen Maximen schlechterdings zuwiderlaufende Differenzierungen zwischen Regierenden und Regierten, Mächtigen und Machtlosen, Eingeweihten und Entmündigten<sup>136</sup>.

Wenngleich der vorstehend vollzogene Schritt von der Negativ- zur Positivdefinition den Extremismusbegriff in Sachen analytischer Erklärungskraft abermals vorangebracht hat, ist nicht zu verhehlen, dass den angeführten Symptomen aufgrund der weitgefassten Formulierung nach wie vor die nötige Trennschärfe abgeht, so dass diese Faktoren zum Teil nahtlos ineinanderfließen<sup>137</sup>. Realistisch gesehen muss ebenfalls angemerkt werden,

---

<sup>131</sup> Gewalt wird hier weithin im Sinne des Ausübens psychischen oder physischen Drucks verstanden.

<sup>132</sup> Backes/Jesse: Vergleichende Extremismusforschung, S. 248 (Hervorhebung wie im Original).

<sup>133</sup> Vgl. Everts: Politischer Extremismus, S. 196/197.

<sup>134</sup> Vgl. Backes/Jesse: Politischer Extremismus in der BRD. Band II, S. 33.

<sup>135</sup> Backes: Politische Extreme, S. 240 (Hervorhebungen wie im Original).

<sup>136</sup> Vgl. ebd.

<sup>137</sup> Vgl. Pfahl-Traugber: Extremismusbegriff in der Diskussion, S. 73.

dass es weder eine Reinform extremistischer Parteien gibt, die alle genannten Punkte ausnahmslos aufweist, noch ausgeschlossen erscheint, dass manche davon möglicherweise selbst in demokratischen Reihen anzutreffen sind. Per se lässt sich dieser Phänomenologie darum keine vorbehaltlose definitorische Qualität attestieren; die angesprochenen Merkmale sind also keineswegs als ausschließlich und letztgültig zu deuten. Freilich erhält sich die positive Begriffsbestimmung andererseits gerade dadurch eine gewisse Flexibilität, die sich einer potentiellen Fortentwicklung aufgrund sich ständig verändernder Begebenheiten nicht verschließt. Denn eigentlich sollte selbige vor allem als Basis eines allgemeinen Beurteilungsrasters dienen, mit dem anhand konkreter Beispielfälle weitere Befunde über extremistische Denk- und Verhaltensweisen erarbeitet werden können<sup>138</sup>. Eine strikte Unterscheidung zwischen der vorherrschenden Negativ- und der zuvörderst komplementär dazu zu verstehenden Positivdefinition mag ansonsten im Einzelnen nicht immer machbar sein – das stört aber auch kaum. Am Ende bleibt die ex negativo deduzierte, normative Abgrenzung der Extremismusformel zum demokratischen Minimalkonsens nämlich weiterhin die bestimmende und bindende Klassifizierung<sup>139</sup>.

Abschließend sind die signifikantesten Attribute des politischen Extremismus daher in der grundsätzlichen Ablehnung oder Entfremdung der menschlichen Fundamentalgleichheit sowie der Feinderklärung gegenüber dem gesellschaftlichen und politischen Pluralismus zu sehen. Diese Grundzüge können sich in Form von Absolutheitsansprüchen, Dogmatismus und Freund-Feind-Stereotypen vermischt mit Intoleranz und vereinzelter Gewaltbereitschaft sowie schrankenlosen Machtansprüchen kundtun. Ehe der Blick damit nun vorwiegend den Besonderheiten des Rechtsextremismus gelten soll, sind noch schnell die Vorzüge der normativen Extremismusformel gegenüber anderen, nicht selten alternativ gebrauchten Begriffen aufzuzeigen.

### **2.4. Abgrenzung des Extremismusbegriffs von vermeintlichen Alternativen**

Zur Beschreibung antidemokratischer Bestrebungen ziehen Beobachter aus Wissenschaft, Politik und Medien zusätzlich zum Extremismusbegriff häufig noch weitere, dem Wesen nach augenscheinlich sehr verschiedene Bezeichnungen und Etiketten heran. Manche Kommentatoren beharren auf der in diesem Kontext lange dominierenden Vokabel Radikalismus, während andere wiederum auf weltpolitisch aktuellere Formeln wie Terrorismus oder Fundamentalismus zurückgreifen, die spätestens seit 2001 zur obligatorischen Terminologie des politischen Tagesgeschäfts zählen, oder lieber

---

<sup>138</sup> Vgl. Everts: Politischer Extremismus, S. 197.

<sup>139</sup> Vgl. a.a.O., S. 199/200.

Modewörter wie den Populismus bemühen. Allerdings vermögen diese Ausdrücke mit dem normativen Extremismuskonzept hinsichtlich der Fähigkeit zur wertorientierten Kategorisierung politischer Erscheinungen, Kräfte und Formationen offenkundig nicht mithalten, so dass selbiges heute nahezu ohne Alternative zu sein scheint.

Das beginnt mit dem Radikalismus, der primär die Intensität der Entschlossenheit politischer Akteure beschreibt, weniger deren konkrete Absichten respektive Endziele<sup>140</sup> – und demnach inhaltlich immer „relativ und konturlos“<sup>141</sup> bleiben muss. Das heißt, dass Radikale die eigenen Grundsätze zwar mit absoluter Geradlinigkeit vertreten, die herrschenden Verhältnisse deshalb aber nicht zwingend herausfordern und in den Grundfesten erschüttern wollen. Radikale Kritik vermag sich im Kontrast dazu durchaus auch in Gestalt partieller Reformen der demokratischen Verfassungsordnung niederzuschlagen und sollte aufgrund dessen nicht pauschal mit antidemokratischen Gesinnungen, Revolutionsgehebe und Gewaltbereitschaft assoziiert werden. Dafür spricht schon die historische Genese jener Bezeichnung, die noch im 18. und 19. Jahrhundert sehr eng mit traditionell liberaldemokratischen Idealen – vorneweg der Forderung nach Freiheit und Bürgerrechten, sozialer Gleichheit und Selbstbestimmung – verknüpft war, später jedoch einen kompletten Bedeutungswandel zu einer „kompromisslosen Umsturzgesinnung“<sup>142</sup> erfuhr und so immer mehr zu einem Instrument tagespolitischer Streitigkeiten wurde. Insgesamt ist der Radikalismus darum sowohl angesichts seiner mangelnden Trennschärfe als auch seiner wechselhaften Entwicklung für die wissenschaftliche Begutachtung und Einordnung antidemokratischer Bestrebungen untauglich, weil die Bandbreite an Inhalten, die in diesem Terminus gebündelt werden, schlicht zu groß ist. Demgegenüber kommt die Formel des politischen Extremismus schon dank der vergleichsweise kurzen Begriffsgeschichte mit deutlich weniger missverständlichen Vorprägungen und Bezügen daher<sup>143</sup> – und profitiert insofern von der impliziten „Farblosigkeit“<sup>144</sup>.

Derweil entspricht der Fundamentalismus genau genommen bloß einer besonderen Spielart des Extremismus, welche die Einheit von weltlicher und geistlicher Führung – Staat und Religion – befürwortet. Größtenteils lancieren derartige Kräfte religiös-traditionalistische Prinzipien sowie ethnisch-nationalistische Konzepte, um sich damit dem liberalen Pluralismus westlicher Gesellschaften entgegenzustemmen. Folglich reicht der

---

<sup>140</sup> Das Wort Radikalismus leitet sich vom lateinischen „radix“, also der Wurzel, ab.

<sup>141</sup> Everts: Politischer Extremismus, S. 44.

<sup>142</sup> A.a.O., S. 44/45.

<sup>143</sup> Siehe Kapitel 2.1.

<sup>144</sup> Backes/Jesse: Politischer Extremismus in der BRD. Band II, S. 32.

Fundamentalismus über den rein politischen Aspekt hinaus und ist mehr als philosophisch-kulturelle Absage an die Werte der Aufklärung und Moderne denn als unmittelbarer Antipode des demokratischen Verfassungsstaats zu verstehen. Dementsprechend müssen solche Phänomene nach außen – ungeachtet der meist antiindividualistischen Positionen – auch nicht unbedingt antidemokratisch oder gar gewalttätig auftreten, obschon dieser Befund mit Blick auf den Islamismus als momentan auffälligster Variante nahezuliegen scheint<sup>145</sup>. Trotzdem gebietet die Toleranz, dass diesbezüglich von politischem Extremismus generell nur die Rede sein sollte, wenn sich der Fundamentalismus nicht mehr auf die selbstverordnete Rigidität der Religionsanschauung bzw. -ausübung beschränkt, sondern mit brennendem Fanatismus nach schrankenlosem Einfluss auf andere strebt und seine Erklärungsansätze auf die weltliche Ebene ausdehnt<sup>146</sup>. Im Großen und Ganzen ist der Fundamentalismusbegriff demgemäß als Komplementärkategorie zu sehen, welche die Extremismusformel auf Feldern wie Kultur und Glauben sinnvoll auszudifferenzieren, aber nicht vollständig abzulösen vermag. Demgemäß erscheint es zweifellos angebracht, die Trennung zwischen diesen beiden Termini auch weiterhin beizubehalten.

Entsprechendes gilt für das umstrittene Etikett des Terrorismus<sup>147</sup>, das dem Extremismus im wissenschaftlichen wie im politischen Sprachgebrauch gleichermaßen nahesteht. Im Allgemeinen verfolgt dieser die Verwirklichung politischer Vorhaben durch die systematische Anwendung massiver Gewalt – und negiert per se schon damit die Grundwerte der Demokratie. Insofern sind solche Gruppierungen entgegen der eventuell dahinterstehenden Intentionen<sup>148</sup>, allein bereits aufgrund der Methodik als durchweg extremistisch zu bewerten. Denn „anders als Extremismus ist Terrorismus in der freiheitlichen Demokratie nicht nur illegitim, sondern stets illegal, weil Demokratien es *per definitionem* ermöglichen, politische Veränderungen gewaltlos herbeizuführen“<sup>149</sup>. Der Terrorismusbegriff steht daher vor allem für die „Kampfesform des politischen Extremismus“<sup>150</sup>, also für dessen militanteste Erscheinungsform. Beide Bezeichnungen

---

<sup>145</sup> Vgl. Backes, Uwe/Jesse, Eckhard: Islamismus – Djihadismus – Totalitarismus – Extremismus. In: Dies. (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie. 14. Jahrgang. Baden-Baden, 2002, S. 13-26.

<sup>146</sup> Vgl. Everts: Politischer Extremismus, S. 74.

<sup>147</sup> Unter diesem Sammelbegriff werden heute zahlreiche verschiedene politische Gewaltphänomene – vom Guerillakampf über Versuche eines blutigen Staatsstreichs bis hin zum Gegenstück eines „Staatsterrors“ – zusammengefasst; eine exakte Definition erscheint dementsprechend problematisch.

<sup>148</sup> Vgl. Everts: Politischer Extremismus, S. 59/60.

<sup>149</sup> Bergsdorf, Harald: Extremismus als Herausforderung der Demokratie. In: Die Politische Meinung, 9/2006, S. 45-52, S. 48 (Hervorhebung wie im Original).

<sup>150</sup> So Gerd Langguth, zitiert nach Everts: Politischer Extremismus, S. 57.



decken sich demnach streckenweise, sind aber dennoch alles andere als synonym zu verstehen.

Anders liegen die Dinge bezüglich des Ausdrucks Populismus, der im vergangenen Jahrzehnt in Westeuropa im Kontext diverser Wahlerfolge relativ weit rechts zu verortender Kräfte zur beinahe restlos negativ verwendeten Kampfvokabel avanciert ist<sup>151</sup>. Eingedenk seines manchmal geradezu martialischen Erscheinungsbilds, als dessen signifikanteste Eigenschaften der Bewegungscharakter, die hervorgehobene Position der häufig charismatischen Führungsfigur sowie der Einsatz größtenteils simplifizierender Propaganda und aufsehenerregender Provokationen gelten<sup>152</sup>, werden dem Rechtspopulismus gelegentlich gewisse Parallelen zum Rechtsextremismus attestiert. Dabei verkennen solche Einschätzungen allerdings, dass es sich beim Populismus – im Gegensatz zum inhaltlich meist enorm „harten“ Extremismus – vornehmlich um einen spezifischen Politikstil handelt, der seinen eigenen Ideologiegehalt bewusst auf ein Minimum beschränkt<sup>153</sup>. So bietet dieser ein flexibles „Machteroberungskonzept, das mit vielen Doktrinen (...) Synthesen zu bilden“<sup>154</sup> und die politische Stoßrichtung falls nötig prompt anzupassen vermag.

Wenngleich populistische Erscheinungen definitiv auch positive Effekte mit sich bringen können<sup>155</sup>, sind selbige deswegen kaum pauschal als demokratisch oder antidemokratisch zu bewerten. Denn dank der gleichsam opportunistischen Fähigkeit zur „Mutation“<sup>156</sup> beherrschen derartige Formationen für gewöhnlich beide Klaviaturen. Gleichzeitig sind natürlich nicht nur populistische Akteure im Stande, extremistische Anwendungen zu entwickeln, sondern extremistische Gruppierungen neigen mitunter ebenfalls dazu, sich populistische Stilmittel und Agitationsformen zu eigen zu machen. Insofern fällt der Populismusbegriff notgedrungen durch seine angeborene Unschärfe auf – und erscheint zur

---

<sup>151</sup> Vgl. Decker, Frank: Rechtspopulismus. Ein neuer Parteientyp in den westlichen Demokratien. In: *Gegenwartskunde*, 3/2001, S. 293-305, S. 293; Priester, Karin: Der populistische Moment. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 3/2005, S. 301-310, S. 302.

<sup>152</sup> Vgl. Decker: Rechtspopulismus, S. 300-302; Priester, Karin: Der Populismus des 21. Jahrhunderts. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 11/2006, S. 1319-1333, S. 1322.

<sup>153</sup> In erster Linie geht es dabei für gewöhnlich um ethnisch-nationale oder soziale Identitätsfragen bzw. eine Mischung daraus; ob es generell eine besondere populistische Ideologie gibt, ist in der Literatur derweil durchaus umstritten. Vgl. Decker: Rechtspopulismus, S. 295/296; Priester: Populismus des 21. Jahrhunderts, S. 1321.

<sup>154</sup> Backes, Uwe/Jesse, Eckhard: Neue Formen des politischen Extremismus? In: Dies. (Hrsg.): *Jahrbuch Extremismus & Demokratie*. 10. Jahrgang. Baden-Baden, 1998, S. 15-32, S. 24.

<sup>155</sup> Zum Beispiel vermag das Erstarken populistischer Kräfte und Bewegungen die politischen Eliten auf akute gesellschaftliche Missstände und gestörte Kommunikationsverhältnisse zur Bevölkerung aufmerksam zu machen – wenn auch meist in polemischer Manier.

<sup>156</sup> Priester: Populismus des 21. Jahrhunderts, S. 1324.

Untersuchung antidemokratischer Phänomene daher allenfalls zur Erfassung symptomatischer formeller Prüfkriterien sowie zur analytischen Ergänzung der Extremismusformel nutzbar. Womit an Letzterer eigentlich kaum ein Weg vorbeiführt.

### **2.5. Zur Bedeutung der politischen Richtungsbegriffe**

Damit geht es nun darum, eine Brücke zur spezifischen Problematik der vorliegenden Parteienstudie zu schlagen. Um den Rechtsextremismus inhaltlich eingrenzen zu können, gilt es vorab zu klären, was die politischen Richtungsbegriffe eigentlich aussagen und inwiefern diese grundsätzlich auch nach über 200 Jahren noch zur wissenschaftlichen Verwendung praktikabel sind. Die Wurzeln liegen bekanntlich in der französischen Nationalversammlung von 1789, in der die Vertreter der Monarchie bald auf der rechten, die Verfechter freiheitlicher, revolutionärer Veränderungen auf der linken Plenumsseite Platz nahmen. Diese politische Raumaufteilung, die eine zusätzliche Klassifizierung der Abgeordneten – etwa nach sozialen Kriterien – zugunsten des Volkssouveränitäts- und Repräsentativitätsprinzips vermied, sollte sich fortan zum Vorbild für die parlamentarischen Sitzordnungen in zahlreichen weiteren demokratischen Verfassungsstaaten entwickeln und sich darüber zusehends in der politischen Sprache festsetzen. Als „links“ werden seither für gewöhnlich diejenigen Akteure und Haltungen titulierte, die sich für gesellschaftliche Egalität, Säkularität und politische Emanzipation starkmachen; „rechts“ steht demgegenüber für die resolute Verteidigung gewachsener Strukturen und traditioneller Hierarchien<sup>157</sup>.

Dem Selbstverständnis der einschlägigen Strömungen muss diese grobe Differenzierung gleichwohl keineswegs entsprechen: Während sich Formationen der politischen Rechten in der Regel nur vereinzelt in derselben, sondern tendenziell eher in einer ideologisch unverdächtigeren Mitte wännen<sup>158</sup>, sehen deren Rivalen das eigene Lager häufig in wesentlich positiverem Licht und tragen „ihr Linkssein vielfach wie eine Fahne“<sup>159</sup> vor sich her. Dass die Richtungsbegriffe gerade in alltagspolitischen Kontroversen gerne als Kampfvokabeln eingesetzt werden, erscheint angesichts derart gegensätzlicher Interpretationen nicht überraschend. Zumal sich die damit verbundenen Inhalte, Prinzipien

---

<sup>157</sup> Vgl. Decker, Frank: Jenseits von rechts und links? Zum Bedeutungswandel der politischen Richtungsbegriffe. In: Backes, Uwe/Jesse, Eckhard (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie. 10. Jahrgang. Baden-Baden, 1998, S. 33-48, S. 34/35.

<sup>158</sup> Vgl. a.a.O., S. 37.

<sup>159</sup> Backes, Uwe/Jesse, Eckhard: Die Rechts-Links-Unterscheidung – Betrachtungen zu ihrer Geschichte, Logik, Leistungsfähigkeit und Problematik. In: Dies. (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie. 9. Jahrgang. Baden-Baden, 1997, S. 13-38, S. 17/18.

und Konnotationen mit der Zeit verändert und stellenweise regelrecht miteinander vermischt haben, so dass die Programme moderner demokratischer Parteien heute diverse, einstmals explizit „rechte und linke Gedankenfäden zu einem unentwirrbaren Knäuel“<sup>160</sup> miteinander vereinen und die Konturen immer mehr verwässern. Besonders mit Blick auf die stetig steigende Komplexität ist die dichotome Kategorisierung der politischen Landschaft in der Literatur deshalb mittlerweile durchaus strittig<sup>161</sup>.

Denkt man sich das Rechts-Links-Schema dennoch erst einmal als antithetische Dyade, die den politischen Raum so aufteilt, dass sämtliche Kräfte oder Konzepte partout entweder der einen oder der anderen Seite angehören müssen<sup>162</sup>, offenbart sich in dieser Verkürzung aller darin enthaltenen Konfliktlinien auf einen schlichten Dualismus schon dessen entscheidender Vorteil. So wird die Orientierung erleichtert und eine einfache Fremd- bzw. Selbsteinschätzung zu den beiden Flügeln ermöglicht<sup>163</sup>. Allerdings speist sich das eigene Hinzuzählen zu dieser oder jener Hälfte erfahrungsgemäß seltener aus einer intensiven inhaltlichen Auseinandersetzung mit den dahinter verborgenen Anschauungen, als vielmehr aus

„(...) einer diffusen Mischung aus einer emotionalen, teilweise milieubedingten Bindung zu den jeweilig assoziierten Idealen der Freiheit, Gleichheit oder sozialen Gerechtigkeit und einer mehr oder weniger rationalen Erwartungshaltung im Hinblick auf die Interessenwahrnehmung durch die Parteien. Rechts oder links beschreiben die politische *Heimat* eines Menschen, die auch ohne klare programmatische (Be)Kenntnisse mehr umfasst als den bloßen geographischen Standpunkt in der Parteienlandschaft.“<sup>164</sup>

Außerdem verheißt die Vorstellung einer Aufteilung des politischen Spektrums in zwei einander entgegengesetzte Bereiche zugleich das Vorliegen eines Berührungspunkts und zweier weitestmöglich voneinander entfernter Außenpositionen<sup>165</sup>. Womit sich das an und für sich dyadische Modell zur Triade erweitert – und demnach der eingangs angesprochenen Denkfigur von der Mitte versus die Extreme entspricht. Zudem lässt sich das Bild durch die Berücksichtigung gemäßiger Zwischenschritte weiter ausgestalten, so dass Ideen und Doktrinen eben nicht nur in absolut „rechts“ und „links“, sondern ebenso anhand des relativen Bestimmungsorts innerhalb der jeweiligen politischen Blöcke zu differenzieren sind.

---

<sup>160</sup> Backes/Jesse: Rechts-Links-Unterscheidung, S. 18.

<sup>161</sup> Vgl. Decker: Jenseits von rechts und links?, S. 36/37.

<sup>162</sup> Vgl. Bobbio, Norberto: Rechts und Links. Gründe und Bedeutung einer politischen Unterscheidung. Berlin, 1994, S. 11.

<sup>163</sup> Vgl. Decker: Jenseits von rechts und links?, S. 36.

<sup>164</sup> Everts: Politischer Extremismus, S. 98/99 (Hervorhebung wie im Original).

<sup>165</sup> Vgl. Backes/Jesse: Rechts-Links-Unterscheidung, S. 20.

Wie angedeutet gilt die Einstellung gegenüber dem Ethos menschlicher Fundamentalgleichheit dabei gemeinhin als ausschlaggebender Faktor<sup>166</sup>: Vereinfacht gesagt messen linke Bewegungen meist dem größere Bedeutung zu, was die Menschen gleich statt ungleich macht und möchten die für disproportionale Bedingungen verantwortlich gemachten sozialen Missstände dementsprechend rasch abstellen, wohingegen rechte Vorstellungen das Vorliegen unterschiedlicher Voraussetzungen als strukturelle Basis anerkennen und damit letztlich das verteidigen, was die Menschen ungleich statt gleich macht<sup>167</sup>. Wobei dieses Kriterium im ersten Moment vor allem auf die politische Mitte schwierig anzuwenden wirkt, weil sich dort heute de facto schon ein allseits akzeptierter Konsens an freiheitlich-demokratischen Werten etabliert hat und die einzelnen Meinungen somit selten eklatant voneinander abweichen.

Auch wenn die revolutionären Ideale von 1789 mittlerweile geradezu zum „Allgemeingut der großen Volksparteien in den westlichen Demokratien“<sup>168</sup> gehören, muss deren Differenzierung in „rechts“ oder „links“ dennoch längst nicht obsolet sein. Im Gegenteil, im Grunde ermöglicht erst die damit einhergehende Anerkennung des Pluralismus ein sinnvolles Arbeiten mit den Richtungsbegriffen. Wiewohl ein einhelliges Verständnis von Politik als – bei aller Konkurrenz – fairem Wettbewerb die Parteien einerseits an feste Verfahren und Konfliktregelungsmechanismen bindet, erhalten selbige dadurch andererseits eine adäquate Plattform, um Kontroversen medienwirksam auszutragen, sich aneinander „abzuarbeiten“ und mitunter das eigene Profil zu schärfen. Dass sich die inhaltlichen Divergenzen geschmälert haben oder nicht mehr ganz so offensiv eingefordert werden mögen, heißt nämlich weitaus nicht, dass diese nicht mehr existent sind.

Wenn sich die Kontrahenten deshalb gelegentlich – beispielsweise um den allgegenwärtigen Sachzwängen gerecht zu werden – aufeinander zu bewegen und Koalitionen schmieden, dabei durch Kompromisse und Sonderinteressen automatisch Spannungen und Meinungsverschiedenheiten befördern, die sich bisweilen in vorübergehender Distanzierung, vehementen Konfrontationen oder gar dem Widerruf der Kooperationsvereinbarungen zu äußern vermögen, offenbart der demokratische Willensbildungsprozess darin seine gesamte Komplexität und Dynamik. Mithin sind

---

<sup>166</sup> Vgl. Backes/Jesse: Rechts-Links-Unterscheidung, S. 32/33; Bobbio: Rechts und links, S. 79; Decker: Jenseits von rechts und links?, S. 48; Thieme, Tom: Jenseits politischer Richtungsbegriffe? – Extremismus zwischen Fundamentalismus, Rechts- und Linksextremismus. In: Backes, Uwe/Jesse, Eckhard (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus und Demokratie. 17. Jahrgang. Baden-Baden, 2005, S. 53-72, S. 53; Winkler, Jürgen R.: Rechtsextremismus. Gegenstand – Erklärungsansätze – Grundprobleme. In: Schubarth, Wilfried/Stöss, Richard (Hrsg.): Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz. Bonn, 2000, S. 38-68, S. 47.

<sup>167</sup> Vgl. Bobbio: Rechts und links, S. 79.

<sup>168</sup> Everts: Politischer Extremismus, S. 102.

„rechts“ und „links“ selbst in solch verworrenen Konstellationen nicht trotz, sondern richtigerweise primär aufgrund des tragfähigen gemeinsamen Normen- und Wertekanons der politischen Kräfte als vergleichsweise leicht anzuwendende Wegweiser auf dem Markplatz der Ideen zu sehen<sup>169</sup>. Jedoch dürfen die Richtungsbegriffe nie als statisch aufgefasst werden, müssen stattdessen allein schon aufgrund des seit mehr als 200 Jahren anhaltenden Wandlungsprozesses stets in Relation zu den alltagspolitischen Weiterentwicklungen stehen.

Einstweilen gestaltet sich deren Anwendung hinsichtlich der Extrempositionen kaum weniger kompliziert, weil sich die Ansichten zum Ethos menschlicher Fundamentalgleichheit hier keineswegs so verschieden darstellen, wie das in Anbetracht des größtmögliche Ferne suggerierenden Antagonismus zu vermuten wäre. Bereits die naheliegende Folgerung einer apodiktischen Verneinung durch den Rechts- und entsprechenden Bejahung durch den Linksextremismus, die das Risiko einer Verabsolutierung auf Kosten der Freiheit einschließt, erweist sich im Kern als Fehlinterpretation<sup>170</sup>: Während die rigide Feindschaft zum Gleichheitsprinzip in den hierarchisierend angelegten Denkmustern rechtsextremistischer Formationen, die manche soziale Gruppierungen als „minderwertig“ und minderberechtigt auffassen, auch mit Blick auf die historischen Beispiele des Nationalsozialismus und Faschismus schwerlich zu leugnen sein dürfte, lässt sich das vorderhand anzunehmende Gegenteil für den linken Flügel schlechterdings nicht vorbehaltlos aufrechterhalten. Immerhin setzt die Realisierung der Isonomie fraglos voraus, das Individuum auch „(...) als geistig autonomes, zur Selbstbestimmung fähiges Subjekt zu sehen, dem trotz seiner natürlichen und sozialen Verschiedenheit das gleiche Recht auf politische Teilhabe und auf Schutz vor staatlicher Willkür zuerkannt wird“<sup>171</sup>. Demgegenüber erstrebt etwa der Kommunismus zwar eine egalitäre Grundordnung, zwingt die Menschen zugleich allerdings in ein Kollektivsystem, das allenfalls annähernd äquivalente Lebensverhältnisse ermöglicht, nicht aber echte Gleichberechtigung. Womit es sich um eine Weltanschauung handelt, die einer speziellen Gesellschaftsschicht, der Arbeiterklasse, den Vorrang einräumt, die Anmeldung sonstiger Gestaltungsansprüche hingegen eindämmt und verbietet – und somit Ungleichheiten verstetigt.

Folglich negieren einige Ausschnitte des Links- ebenso wie der Rechtsextremismus den Grundsatz menschlicher Fundamentalgleichheit, da schlechterdings „nicht die Absicht

---

<sup>169</sup> Vgl. Decker: *Jenseits von rechts und links?*, S. 48; Everts: *Politischer Extremismus*, S. 113.

<sup>170</sup> Vgl. Backes/Jesse: *Rechts-Links-Unterscheidung*, S. 32/33.

<sup>171</sup> Everts: *Politischer Extremismus*, S. 103.

eines (vorgeblichen) Gleichheitsstrebens, sondern die Wirkung<sup>172</sup> zentral ist. Die strukturellen Entsprechungen der Antipoden in Bezug auf die antiegalitäre Grundausrichtung vermögen sich im Einzelnen natürlich in stark variierenden Begründungen und Ausprägungen niederzuschlagen. Für das Gleichheitsprinzip als elementarem Markstein zwischen „rechts“ und „links“ zieht das in diesem Teilbereich des politischen Spektrums logischerweise einen Verlust an Trennschärfe nach sich. Dafür sticht die Konfliktlinie demokratisch versus antidemokratisch hier umso schärfer heraus und erhellt den Blick auf eine andere Kontraststellung, die sich sogar als geeignet erweist, diffuse Bestrebungen wie den Islamismus zu erfassen, die gegenwärtig an Bedeutung gewinnen, allein anhand der Richtungsbegriffe aber schwerlich zu greifen sind<sup>173</sup>. Der Verzicht auf das Rechts-Links-Schema erscheint nichtsdestotrotz weder sinnvoll noch notwendig, da selbiges ungeachtet aller Defizite weiterhin ein nahezu unentbehrliches, nachgerade simpel zu handhabendes Werkzeug zur Vermessung der Realität darstellt, das hilft, die ideologischen Wurzeln und immanenten Wesensmerkmale von Parteien und Programmen mindestens skizzenhaft nachzuvollziehen.

Für die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit extremistischen Akteuren und Positionen gibt die dichotome Unterscheidung demnach einen ersten wichtigen, wengleich groben Anhaltspunkt für genauere Analysen, die schon wegen der gravierenden weltanschaulichen Abstufungen derartiger Phänomene geboten scheinen. Egal ob daraufhin Aspekte wie politische Aktionsformen, gesellschaftliche Verankerungen oder die dazugehörigen Entwicklungspotentiale näher betrachtet werden, muss das oberste Gebot letzten Endes stets darin bestehen, losgelöst von der politischen Ausrichtung soweit wie möglich gleiche Distanz zum bearbeiteten Gegenstand zu wahren<sup>174</sup>. Ein wissenschaftlicher Eigenanspruch verlangt nach transparenten Herangehensweisen, die alle der Instrumentalisierung verdächtigen Momente sowohl im Hinblick auf die Extremismusformel als auch die im Ruf von Kampfvokabeln stehenden Richtungsbegriffe tunlichst vermeiden sollten.

---

<sup>172</sup> Everts: Politischer Extremismus, S. 184.

<sup>173</sup> Vgl. Backes/Jesse: Islamismus, S. 26.

<sup>174</sup> Dennoch wird dieser eigentlich selbstverständliche Leitsatz in der Literatur wohlgermerkt nicht immer eingehalten: Zum Beispiel wird der Rechtsextremismus stellenweise zu Recht als ausnahmslos antidemokratisch eingestuft, wohingegen der Linksextremismus nach dem selben Befund aber nur als in erster Linie antikapitalistisch erscheinen soll. Allerdings zieht dieser Ansatz damit zwei völlig verschiedene Analyseebenen heran, nämlich hier das Verhältnis zum demokratischen Verfassungsstaat, dort die Auseinandersetzung mit dem marktwirtschaftlichen Wirtschaftssystem. Dahinter verbirgt sich – ob gewollt oder nicht – eine klare Wertung, die keineswegs angemessen als solche zu erkennen gegeben wird. Davon abgesehen lassen sich realiter, anders als von dem angesprochenen Konzept suggeriert, weder rechtsextremistische Kapitalismuskritik noch linksextremistische Demokratiefeindschaft restlos ausschließen. Vgl. Stöss: Extreme Rechte in der BRD, S. 18.

## 2.6. Schattenriss des Rechtsextremismus

Wie in den vorangegangenen Abschnitten gezeigt, steht der Begriff des politischen Extremismus gemeinhin geradezu synonym für die manifeste Ablehnung des Ethos menschlicher Fundamentalgleichheit mitsamt der darauf gründenden Formen pluralistischen Austauschs und Wettbewerbs im politischen Willensbildungsprozess und im gesellschaftlichen Bereich. Konzeptionell entspricht der Rechtsextremismus demnach – ebenso wie der Linksextremismus und der Fundamentalismus – in erster Linie einer besonderen Variante desselben, die die elementaren Komponenten demokratischer Verfassungsstaaten aufgrund eines an bestimmte Traditionen anknüpfenden Weltbilds negiert. Von daher gilt es nun, in einer Positivdefinition die signifikantesten Positionen und Symptome dieser Strömung herauszufiltern, was sich gleichwohl schon insofern als schwierig erweisen dürfte, als es sich dabei um ein ideologisch alles andere als geschlossen auftretendes, vielmehr weitläufiges und vielfach in sich gespaltenes Spektrum handelt, das sich außerdem ständig wandelt, also in verschiedenen geschichtlichen Phasen variierende Phänomene hervorgebracht hat. Ergo wäre es zweifellos verfehlt, eine historische Einzelgestalt wie den Nationalsozialismus herauszugreifen und vorschnell als „den“ Rechtsextremismus schlechthin zu verabsolutieren<sup>175</sup>; schließlich ist zwar jeder Nationalsozialist zugleich ein Rechtsextremist, aber nicht jeder Rechtsextremist auch ein Nationalsozialist. Die Dinge erscheinen wesentlich komplizierter, weshalb sich die begriffliche Eingrenzung anfangs auf allgemeinere Strukturmerkmale und Grundzüge beschränken muss, die einerseits sämtlichen rechtsextremistischen Gruppierungen eigen sind, diese andererseits aber relativ kontrastreich von anderen Spielarten des Extremismus abheben.

Für gewöhnlich weisen Rechtsextremisten den demokratischen Minimalkonsens und seine Pfeiler – die Menschenwürde, den Pluralismus in Verbindung mit demokratischen Verfahrensregeln sowie die institutionellen Absicherungen des Rechtsstaats – entweder ganzheitlich oder zumindest in einzelnen Aspekten zurück. Infolgedessen vermag die Intensität dieser antidemokratischen Grundhaltung, die sowohl ausdrücklich artikuliert als auch teilweise aus taktischen Gründen verschleiert wird, durchaus zu schwanken. Zudem lassen sich die zur Realisierung einschlägiger politischer Zielvorstellungen eingesetzten Methoden nicht pauschalisierend auf ausschließlich legale bzw. illegale Maßnahmen verengen, so dass der Rechtsextremismusbegriff als solcher nach wie vor schemenhaft

---

<sup>175</sup> Vgl. Brodtkorb, Mathias: Metamorphosen von Rechts. Über strategische und programmatische Wandlungen des modernen Rechtsextremismus. In: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.): Gibt es einen modernen Rechtsextremismus? Das Fallbeispiel Mecklenburg-Vorpommern. Schwerin, 2002, S. 2-65, S. 3.

bleibt und vorerst wenig von anderen extremistischen Mustern abweicht. Die maßgeblichen Divergenzen werden erst mit Blick auf einige ideologische Besonderheiten augenscheinlich.

So erachtet rechtsextremistisches Gedankengut die eigene Gruppierung regelmäßig als „höherwertig“, im Sinne von edler und kostbarer als andere, was von der Stoßrichtung her an klassisch „rechte“, hierarchisierend angelegte Strukturen anknüpft. In der konkreten Ausformung und Argumentation dieser „Ideologie der Ungleichheit“<sup>176</sup> kommen dann wiederum diverse Versionen und Abstufungen zum Vorschein. Zum Beispiel stehen für viele deutschnationale sowie mit Abstrichen manche nationalkonservative Akteure die Bewahrung und der Machtausbau der – ob staatlich oder kulturell verstandenen – Nation klar im Mittelpunkt. Die differenzierende Funktion dieses weit über ein Normal- bzw. Durchschnittsmaß an Nationalbewusstsein hinausgehenden und häufig aggressiv vorgetragenen Nationalismus vermag – wie bei völkischen Formationen der Fall – aber auch eine apodiktische Fokussierung auf das Volk einzunehmen<sup>177</sup>. Im Zuge dessen wird jene Ethnie als anderen ohne jeden Zweifel überlegen aufgefasst. Erfahrungsgemäß übersteigert sich deren chauvinistische Verherrlichung dann schnell zur biologischen und sozialdarwinistischen Diskriminierung und Ausgrenzung sonstiger Volks- bzw. Randgruppen, so dass der ursprüngliche Ethnozentrismus bald in Rassismus sowie bisweilen in Antisemitismus umschlägt.

Unabhängig davon, welches Element rechtsextremistische Erscheinungen also zur Verteidigung der angeblichen menschlichen Ungleichheit in den Vordergrund stellen, resultieren diese Vorstellungen stets in abschottenden Effekten: Wer aufgrund seiner nationalen, ethnischen, sozialen oder religiösen Wurzeln „dazugehören“, deshalb auch Bürgerrechte oder Beteiligung am gesellschaftlichen Wohlstand genießen soll und wer nicht, wird genauso explizit wie resolut geregelt. Gleichzeitig appelliert die vehemente Herabsetzung von „Fremden“ und „Feinden“ an dahinter verborgene Bedrohungsgefühle und dient damit der Homogenität und Bindekraft der eigenen Gruppe. Daraus spricht das Idealbild einer Volksgemeinschaft, in der die Individuen persönlichen Interessen und politischen Gestaltungsansprüchen zum Wohle des Ganzen entsagen und ein Monismus die vermeintlich spaltende pluralistische Meinungsvielfalt verdrängt. Regierte und Regierende verschmelzen darin zur kompakten Einheit und verkörpern die soziale Basis, auf der der

---

<sup>176</sup> Pfahl-Traughber, Armin: Der organisierte Rechtsextremismus in Deutschland nach 1945. Zur Entwicklung auf den Handlungsfeldern „Aktion“ – „Gewalt“ – „Kultur“ – „Politik“. In: Schubarth, Wilfried/Stöss, Richard (Hrsg.): Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz. Bonn, 2000, S. 71-100, S. 72.

<sup>177</sup> Vgl. Winkler: Rechtsextremismus, S. 46/47.



starke Staat seine Endziele – und insofern auch die seiner Bürger – konsequent durchzusetzen vermag, nach innen wie nach außen<sup>178</sup>. Im Hinblick auf eine etwaige rechtsextremistische Machtübernahme droht eine Institutionalisierung der angesprochenen „Ideologie der Ungleichheit“ demnach in eine straffe, mindestens autoritäre Grundzüge aufweisende Herrschaftsform zu münden, die die Gesellschaft wahrscheinlich sehr einseitig dominieren würde.

Im Ganzen betrachtet ragen daher vor allem die evidenten Ungleichwertigkeitsvorstellungen, die sich im heiklen Drang nach einer einheitlichen, alle „andersartigen“ und andersdenkenden Menschen absondernden Gemeinschaft niederschlagen, als entscheidende Merkmale rechtsextremistischer Umtriebe heraus. Wiewohl die beschriebenen Wesenszüge den entsprechenden Gruppierungen mehr oder minder komplett eigen sind, hat sich daraus bis heute keine konsistente Weltanschauung entwickelt, im Gegenteil. Vielmehr interpretieren die einzelnen Vertreter die gemeinsamen Voraussetzungen größtenteils eher eigenwillig. Notgedrungen muss eine inhaltliche Definition darum vage ausfallen; der Nebel verflüchtigt sich erst, wenn die angeführten Bestandteile anhand eines adäquaten Belegexemplars geprüft, abgewogen und gegebenenfalls ergänzt werden. Eine solche Veranschaulichung kann zwar keine allgemeine Verbindlichkeit beanspruchen, dafür aber zumindest die ansonsten amorphe Materie greifbarer gestalten und darüber zum Erkenntnisgewinn beitragen. Aufgrund dessen soll dieser Arbeitsschritt zum Abschluss der vorliegenden Arbeit für die NPD vollzogen werden<sup>179</sup>.

---

<sup>178</sup> Vgl. Pfahl-Traughber: Organisierter Rechtsextremismus in Deutschland, S. 72.

<sup>179</sup> Siehe Kapitel 9.1.

***Teil I:***  
***Rahmenbedingungen***  
***des Rechtsextremismus in Deutschland***

### **3. Politisch-kulturelle Voraussetzungen:**

#### **Anfang und Ende des deutschen „Sonderwegs“**

Politische Akteure wie die NPD bewegen sich keineswegs im luftleeren Raum, sondern bleiben letztlich stets in einen komplexen Rahmen bzw. ein Netzwerk verschiedenster Prämissen und Anforderungen eingebunden, deren Nutzbarmachung zum Teil über Triumph und Niederlage entscheiden kann. Dazu gehören neben den Strukturen des politischen Systems unweigerlich auch die Orientierungen der Menschen gegenüber demselben<sup>180</sup>, also deren Meinungen und Befindlichkeiten, Dispositionen, Werte und Beteiligungsformen, die in der Summe die ungeschriebene Verfassung des gesellschaftlichen Kollektivs, die politische Kultur, ausmachen. In der Hauptsache markiert diese einen gewissen Kodex, einen „mit Sinnbezügen gefüllten politischen Denk-, Handlungs- und Diskursrahmen“<sup>181</sup>, in den aktuelle Diskurse, Themen und Trends erfahrungsgemäß genauso einfließen wie altbewährte Konventionen, Symbole und Traditionen. Im Ergebnis mündet das darin mitschwingende Zusammenspiel von Vergangenheit und Gegenwart in einen permanenten Veränderungs- und Erneuerungsfluss<sup>182</sup>, der die politische Kultur im Grunde zu einem maßgeblichen Kriterium für die Zukunft macht: Nur wenn diese „subjektive Dimension der Politik“<sup>183</sup> mit dem vorhandenen institutionellen Gefüge in Einklang steht und die individuellen Einstellungen zum Gemeinwesen vorwiegend affirmativ ausfallen, scheint dessen Erhalt vorerst sicher.

Gerade Deutschland bietet derweil ein besonders eindrucksvolles Musterbeispiel für die Wandlungsfähigkeit und das Gewicht politischer Kulturen – in negativer wie in positiver Konnotation: Nachdem die schier erdrückende Last an heiklen Gepflogenheiten, Ordnungsvorstellungen und Prioritätensetzungen – von der antiliberalen Mentalität des Obrigkeitsstaats über das in Größenwahn ausgeartete Verhältnis zur Nation bis hin zur Massenbegeisterung für den Militarismus – Land und Leute im vergangenen Jahrhundert mehrfach ins Verderben manövriert hatte, siegte schlussendlich die Vernunft, schloss man sich ein für allemal der Phalanx der modernen Demokratien an. Gleichwohl führte der Weg dorthin über einen de facto ebenso harten und steinigen wie vor allem schmalen Grat, das mag von heutiger Warte aus mitunter zu schnell ausgeblendet

---

<sup>180</sup> Diese Orientierungen können wiederum in eine kognitive, eine evaluative und eine affektive Dimension aufgesplittet werden. Vgl. Almond, Gabriel/Verba, Sidney: *The Civic Culture. Political Attitudes and Democracy in Five Nations*. Princeton, 1963.

<sup>181</sup> Rohe, Karl: *Politische Kultur: Zum Verständnis eines theoretischen Konzepts*. In: Niedermayer, Oskar/Beyme, Klaus von (Hrsg.): *Politische Kultur in Ost- und Westdeutschland*. Berlin, 1994, S. 1-21, S. 1.

<sup>182</sup> Vgl. a.a.O., S. 8.

<sup>183</sup> Greiffenhagen/Greiffenhagen: *Schwieriges Vaterland*, S. 23.

werden. Die geistige Wende und der Paradigmenwechsel, die mit den Prozessen einer kontinuierlichen Verwestlichung, Modernisierung, Liberalisierung und Individualisierung einhergingen, gelangen keinesfalls über Nacht. Nachfolgend sollen deren Meilensteine deshalb mit Blick auf die politische Kultur der „Berliner Republik“ und die potentiellen Konsequenzen für den Rechtsextremismus analysiert werden.

### 3.1. Das Erwachen einer „verspäteten“ Nation

Rückblickend betrachtet entsprachen die Deutschen bereits vor dem Niedergang des Heiligen Römischen Reiches 1806 einer territorial bruchstückhaften Sprachgemeinschaft ohne Staat<sup>184</sup>. Demzufolge wies der Nationalismus, der damals primär in elitären Kreisen aufkeimte, anfangs weniger einen politischen denn einen romantischen Kerngehalt auf<sup>185</sup>: Ausgehend von einem kulturalistischen Verständnis der Nation wurden gemeinsame Traditionen heraufbeschworen und zum Teil in ein gleichsam mystisches Abstammungskollektiv grauer Vorzeit hineinprojiziert. Die genuin deutsche Identität, die sich daraus ableitete, galt angesichts der Triumphe der eigenen Hochkultur sowie des auf spezifischen Tugenden aufbauenden Wertesystems anderen Nationen als durchweg überlegen und erschien geradezu als „weltliches Heilmittel, an dem die ganze Welt genesen sollte“<sup>186</sup>. Ehe sich diese Vision zu der haarsträubenden Wahnvorstellung auswuchs, das angestrebte natürliche und überzeitliche, in sich homogene Gemeinwesen im Gegenzug „säubern“ und vor vermeintlich „verunreinigenden“ Einflüssen von außen schützen zu müssen, vergingen allerdings noch mehrere Dekaden.

Vorher bedurfte es offenkundig erst einmal der Vereinigung aller Deutschen in einem einheitlichen Nationalstaat, als dessen stärkste Fürsprecher sich im Kontext der Märzrevolution von 1848/49 besonders am Fortschritt orientierte, liberaldemokratische Kräfte betätigten. Der nationalistische Forderungskatalog zielte seinerzeit nämlich sowohl auf eine politische als auch eine gesellschaftliche Modernisierung; neben der Beendigung des preußisch-österreichischen Dualismus und der Einführung demokratisch-verfassungsstaatlicher Elemente ging es daher nicht zuletzt um die Beschränkung des Feudalismus sowie die Emanzipation des Bürgertums<sup>187</sup>. Nachdem sich das „Paulskirchenparlament“, die Frankfurter Nationalversammlung, statt des erhofften

---

<sup>184</sup> Vgl. Bizeul, Yves: Nationalismus, Patriotismus und Loyalität zur offenen Republik. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 1-2/2007, S. 30-38, S. 32.

<sup>185</sup> Vgl. Schwaabe, Christian: *Die deutsche Modernitätskrise. Politische Kultur und Mentalität von der Reichsgründung bis zur Wiedervereinigung*. München, 2005, S. 123.

<sup>186</sup> Bizeul: *Nationalismus*, S. 32.

<sup>187</sup> Vgl. Huber, Ernst Rudolf: *Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789. Band II: Der Kampf um Einheit und Freiheit 1830 bis 1850. 3., wesentlich überarbeitete Auflage*. Stuttgart/Berlin, 1988, S. 591-593.

„Großdeutschlands“ jedoch nur zur Kompromisslösung eines „Kleindeutschlands“ ohne die österreichischen Gebiete durchzuringen vermochte, erteilte Preußens König Friedrich Wilhelm IV. dem ehrgeizigen Projekt durch die Ablehnung der Kaiserkrone schlussendlich eine jähe Absage – die Gegenrevolution setzte ein.

Infolgedessen galten und gelten die Ideen der Nation und der Demokratie in Deutschland seither nicht mehr als organische Komponenten eines gemeinsamen Konzepts, stehen sich stattdessen oftmals geradezu diametral entgegen. Der Rückstand an Selbstverständlichkeit, mit der diese politischen Formeln in anderen westlichen Staaten, die wie beispielsweise Frankreich und die USA auf erfolgreiche Revolutionsbewegungen zurückblicken wissen, miteinander verschmelzen, war bis dato zumindest nicht mehr aufzuholen. Zumal der Nationalismus hierzulande nach dem Scheitern von 1848/49 auch eine vollkommen andere Stoßrichtung und Zielsetzung erhalten hat: In einem ebenso konsequenten wie absichtsvollen Bruch löste man sich von den westlichen Philosophien, wurden deren liberale Positionen durch konservative und antimoderne Bestandteile ersetzt. Der Staat verlor damit den vertragstheoretischen Status als Instrument zum Schutz des Einzelnen und seiner Interessen und wurde zur ursprünglichen und urwüchsigen Einheit stilisiert, die „weit mehr Gemeinschaft als Gesellschaft“<sup>188</sup> sein sollte. Das Volk galt nach dieser Theorie zudem „(...) nicht als Träger demokratischer Souveränität, nicht als politische Größe, nicht als Vielfalt an Individuen, die sich in der *res publica* zusammenschließen, sondern gerade als gegen solche Vielfalt idealisierte Ganzheit (...)“<sup>189</sup>.

1871 institutionalisierte sich der eingeschlagene „Sonderweg“ dann schließlich in der Konstituierung des ersten deutschen Nationalstaats, des wilhelminischen Kaiserreiches. Bezeichnenderweise wurde die damit doch noch verwirklichte „kleindeutsche“ Lösung nicht von einer revolutionären Bewegung errungen respektive auf demokratischem Level ausgehandelt, kam vielmehr nahezu zwangsläufig durch den wachsenden politischen, militärischen und wirtschaftlichen Druck zustande, der von der preußischen Hegemonialmacht ausging. Gewissermaßen schwebte der Geist des Obrigkeitsstaats somit schon über der Wiege der – im westeuropäischen Vergleich – „verspäteten“ Nation, deren Gesellschaft hingegen auch nach der Überwindung der territorialen Zersplitterung längst nicht die angepeilten Züge des sozial homogenen Ganzen trug. Über Generationen aufrechterhaltene und gepflegte regionale Befindlichkeiten standen der Bildung eines gemeinsamen nationalen Bewusstseins genauso im Wege wie die alten ständischen Gegensätze. Darüber hinaus existierte zwischen den Konfessionsgruppen ein erhebliches

---

<sup>188</sup> Schwaabe: Deutsche Modernitätskrise, S. 110.

<sup>189</sup> Ebd. (Hervorhebung wie im Original).

Reibungspotential, dessen Bedeutung – wie der von Reichskanzler Otto von Bismarck eröffnete „Kulturkampf“ gegen den Katholizismus zeigte – selbst in höchsten politischen Ämtern spürbar schien und sich entsprechend durch den Alltag zog. Während die Köpfe also in traditionellen Konfliktlinien verhaftet blieben, brachen die Herausforderungen und Härten der aufziehenden Moderne allenthalben vernehmbar auf.

Immerhin zeitigte die Industrialisierung, die in Deutschland erst ziemlich spät eintrat, einige zwiespältige Wirkungen. Einerseits revolutionierte der rasante Wandel vom Agrar- zum Industriestaat, der um 1900 auf seinen Höhepunkt zusteuerte, die Arbeitswelt, da sich jetzt mehr Menschen auf regelmäßige Einkommen zu verlassen vermochten als jemals zuvor. Analog dazu potenzierte der Aufschwung die politische Stabilität<sup>190</sup>. Ungeachtet dessen schürten der steigende Konkurrenzdruck, Niedriglöhne sowie die durch die Urbanisierung angefachte Verelendung der Bevölkerung in den Ballungsräumen andererseits soziale Konflikte. Kurzum, das Individuum wurde seiner vertrauten Umwelt beraubt; sinnbildlich dafür buhlten anstelle bewährter, auf persönlichen Kontakten beruhender Körperschaften wie Dorfgemeinschaften und Handwerkszünfte nun vergleichsweise anonyme politische Interessenvertretungen um Unterstützer. Dabei half den aufstrebenden Massenverbänden zweifellos auch die höhere allgemeine Politisierung durch die sich beständig ausweitende Presselandschaft, die das aktuelle Tagesgeschehen für breitere Publikumskreise zugänglich machte. Die wilhelminische Gesellschaft war klar in Bewegung geraten und durchlief spätestens zur Jahrhundertwende einen gravierenden Umbruch, der die evidenten inneren Gräben keineswegs schmälern sollte.

In dieser prekären, von einem Gemisch aus akuter Statusinkonsistenz und einem Vakuum an Solidarität aufgeheizten Situation entbot der Nationalismus anscheinend ein passendes Gegenmittel: Dem Wesen nach eine „Integrationsideologie, in der Inklusion und Exklusion einander bedingen“<sup>191</sup>, beschworen die Vordenker und Wortführer solcher Entwürfe gemeinsame Feindbilder und erzeugten durch scharfzüngige Formulierungen eine gewisse Verbundenheit. Der in emotionalisierendem Tonfall artikulierte Fokus auf dem Zerrbild der angeblich gewachsenen Nation glich einer Flucht in altbekanntes Terrain, verhieß Schutz, Sicherheit und Wärme – und griff damit exakt den Zeitgeist der anrollenden Moderne auf<sup>192</sup>. Der Preis für dieses beruhigende Moment war allerdings enorm, denn der Gedanke einer einheitlichen Gemeinschaft erforderte nicht weniger als die bedingungslose

---

<sup>190</sup> Vgl. Greiffenhagen/Greiffenhagen: Schwieriges Vaterland, S. 36.

<sup>191</sup> Planert, Ute: Nation und Nationalismus in der deutschen Geschichte. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 39/2004, S. 11-18, S. 11.

<sup>192</sup> Vgl. Helmerich, Antje: Ethnonationalismus und das politische Potenzial nationalistischer Bewegungen. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 39/2004, S. 19-24, S. 24.

Gefügigkeit des Individuums unter Preisgabe seiner Interessen. Der kollektive Wille duldet keinerlei Widerspruch. Wer sich der mythisch aufgeladenen „volonté générale“ nicht ohne weiteres anschließen wollte oder konnte, musste augenscheinlich dagegen sein und stand demgemäß sofort im Ruf des „Reichsfeinds“. Das vormals zu den Fundamenten des Nationalismus gezählte Element der Freiheit wurde größtenteils vom Faktor der Einheit verdrängt. In der dumpf dröhnenden Losung von der unverbrüchlichen Loyalität zu „Kaiser und Reich“ gingen alle Forderungen nach politischer Emanzipation und gesellschaftlicher Egalität in Flammen auf. In der Folge verkehrte sich dieses ursprünglich elitäre, auf Fortschritt ausgelegte Modell sukzessive in ein dem absolut entgegengesetztes, die Massen elektrisierendes „Gemeinschaftsdogma“<sup>193</sup>.

Die nationalistischen Anwandlungen konzentrierten sich indessen keineswegs auf die Innenpolitik, sondern dominierten auch den Kurs in der internationalen Arena. Dem Selbstverständnis nach mindestens auf gleicher Stufe mit anderen Kolonialmächten wie England, Frankreich und Russland, drängten die politischen und wirtschaftlichen Eliten des wilhelminischen Kaiserreiches im imperialistischen Wettrennen um Einfluss und Prestige geradewegs auf den vielzitierten „Platz an der Sonne“. Dabei führten das vermutlich der späten Einigung geschuldete, „besonders hektische und intensive Empfinden des Nationalgedankens“<sup>194</sup>, das übertrieben forsche Auftreten sowie die „großsprecherische Aufgeblasenheit“<sup>195</sup> Deutschland bald in die Isolation. Mit Blick auf die innere Nationenbildung wirkte das daraus abgeleitete äußere Bedrohungsszenario freilich durchaus förderlich: Von Gegnern regelrecht eingekreist, rückte die Gesellschaft zumindest vordergründig enger zusammen. Zum erklärten Vorbild dafür avancierte das Militär, das aus Vertretern aller Gesellschaftsschichten einheitliche Truppen formte, die ferner als eindeutig deutsch erachtete Tugenden wie Disziplin und Gehorsam ausstrahlten. Die „Schule der Nation“ genoss in der Allgemeinheit größtes Ansehen und versprühte eine eigentümliche Faszination, die häufig erkennbar über die Kasernenhöfe hinausreichte. Speziell in den zahllosen Soldatenverbänden, aber auch in ursprünglich zivilen Turn- und Schützenvereinen fielen derartige Tendenzen auf ziemlich fruchtbaren Boden, übten weite Teile der Bevölkerung den Gleichschritt und frönten Großmachtbegeisterung und Deutschtümelei. Einhergehend mit der militärischen Aufrüstung fanden folglich schon

---

<sup>193</sup> Schwaabe: Deutsche Modernitätskrise, S. 148.

<sup>194</sup> Weidenfeld, Werner: Die Identität der Deutschen – Fragen, Positionen, Perspektiven. In: Ders. (Hrsg.): Die Identität der Deutschen. Bonn, 1983, S. 13-49, S. 24.

<sup>195</sup> Greiffenhagen/Greiffenhagen: Schwieriges Vaterland, S. 35.

gewisse geistige Mobilmachungsprozesse statt, die sich spätestens mit dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs festigen und verschärfen sollten.

In der Konsequenz beförderte der Nationalismus in Verbindung mit dem in seinem Windschatten expandierenden Militarismus die Vertiefung einer beinahe prototypischen politischen Untertanenkultur im Kaiserreich<sup>196</sup>. Fußend auf den politischen Grundsätzen und Ordnungsvorstellungen des preußischen Obrigkeitsstaats lieferte dieses Gedankengut letztlich den argumentativen Nährboden, auf dem sich die absolute Folgebereitschaft der Bevölkerung zur ersten Bürgerpflicht entwickelte. Der Staat stand als „selbständige Substanz mit eigenem Recht und eigener Würde“<sup>197</sup> über den Partikularismen der Gesellschaft, verkörperte die bis ins Sakrale verherrlichte nationale Gemeinschaft und bürgte für deren Wohl. Kontroversen mussten eingedenk solch erdrückender Deutungsmacht schon im Keim ersticken. Individuelles politisches Engagement galt nicht nur als unerwünschte Einmischung, sondern gleichsam als „Ruhestörung“. Ein „Rückzug in ‚Innerlichkeit‘ und in die Anbetung politischer Macht“<sup>198</sup> waren die weit verbreiteten Effekte der verordneten Ohnmacht, die sich im politischen Institutionengefüge unweigerlich in der schwachen Rolle des Reichstags widerspiegelte. Maßgeblich dafür war jedoch wohl weniger die Verfassungskonstruktion der konstitutionellen Monarchie als vielmehr die kaum vorhandene Reputation des Parlaments, das den Menschen als Sinnbild eben jenes gefährlichen Pluralismus erschien, den die zur erhabenen, überpolitischen Instanz verklärte Nation gerade zu verwinden versuchte<sup>199</sup>. Von daher hatte das Volk, für das die Abgeordneten eigentlich einstanden, für deren Arbeit hauptsächlich Argwohn und Ablehnung übrig.

Das Vertrauen galt zuvörderst dem starken Staat, der bei allen Defiziten an Liberalität eine durchaus angenehme und beschauliche, wenngleich aus heutiger Sicht etwas bieder anmutende Lebenswelt bot, die 1918 aber abrupt zusammenbrach. Eingedenk der militärischen Niederlage im Ersten Weltkrieg verschwand das Kaiserreich nämlich „(...) nicht nur als politisches System, sondern als Kosmos von Werten und Glaubensüberzeugungen, als mentale Heimat, und nicht zuletzt, (...) als eine Ordnung, die

---

<sup>196</sup> Der Begriff der politischen Untertanenkultur steht stellvertretend für das Vorherrschen autoritärer Verhaltensregeln und deren Internalisierung durch die Bürger, die sich in den dazu passenden Orientierungen, Dispositionen und Verhaltensweisen ausdrückt. In der Regel werden in einer solchen Kultur etwa die Rechte des Individuums denjenigen des Kollektivs – um nicht zu sagen der Gemeinschaft – untergeordnet, so dass das Ideal der Ordnung die Gesellschaft dominiert. Vgl. Almond/Verba: *The civic culture*, S. 16/17.

<sup>197</sup> Greiffenhagen/Greiffenhagen: *Schwieriges Vaterland*, S. 73.

<sup>198</sup> A.a.O., S. 74.

<sup>199</sup> Vgl. Schwaabe: *Deutsche Modernitätskrise*, S. 154.



politischen Radikalismus noch weithin gedämpft hatte.“<sup>200</sup> Nun wurde Deutschland über Nacht komplett in die Moderne katapultiert. Was zurückblieb, waren dem Anschein nach zutiefst verunsicherte und desorientierte Menschen, deren nationalistischer Rausch in einem Albtraum geendet hatte – und die sich genau darum erst einmal nach Frieden, Ruhe und Ordnung sehnten. Trotzdem gelang es der Weimarer Republik, die auf den Trümmern des Wilhelminismus die erste deutsche Demokratie errichtete, eher selten, diesen dringlichen Wünschen gerecht zu werden. Nicht allein die Nachwehen der Vergangenheit, auch anhaltende innenpolitische Tumulte und wirtschaftliche Turbulenzen machten selbiger von vornherein das Leben schwer.

### **3.2. Demokratisierung am Abgrund der Geschichte**

Die alten militärischen Eliten des Kaiserreichs hatten schon vor dem Ende des Ersten Weltkriegs gezielt die so genannte „Dolchstoßlegende“ in die Welt gesetzt, nach der das deutsche Heer nicht auf dem Schlachtfeld geschlagen, sondern von den revolutionären Kräften in der Heimat im Stich gelassen worden sei. Angefacht vom bevorstehenden Zusammenbruch griff diese perfide Verschwörungstheorie damals wie ein Lauffeuer um sich, das die gesellschaftliche Vertrauensbasis und das Ansehen der demokratischen Akteure empfindlich beschädigen sollte – schließlich wurde selbigen damit nicht weniger als die alleinige Verantwortung für die bevorstehende Niederlage untergeschoben. Ferner stand die „Weimarer Koalition“<sup>201</sup> nach dem späten Abdanken Wilhelms II. und der eingeleiteten Parlamentarisierung vor der ebenso schwierigen wie undankbaren Aufgabe, mit den Siegermächten über die Friedensbedingungen zu verhandeln. So mussten die enormen Gebietsverluste und exorbitanten Reparationszahlungen, die mit den Versailler Verträgen besiegelt wurden, deren Vertreter postwendend erneut in die politische Schusslinie bringen. Die extreme Rechte warf den staatstragenden Parteien sogar Verrat am deutschen Volk vor und diffamierte diese seither explizit als „Novemberverschörer“.

Davon abgesehen galten die Verbalattacken alsbald nicht mehr nur den Repräsentanten der Demokratie, auch die Weimarer Republik selbst geriet schnell in Verruf. Speziell in intellektuellen Kreisen begegnete man dem ungeliebten, da als bloße Kopie westlicher Ansätze wahrgenommenen politischen System bereits von vornherein mit Ablehnung. Es ging augenscheinlich darum, die schmerzliche Erfahrung der militärischen Unterlegenheit

---

<sup>200</sup> Schwaabe: Deutsche Modernitätskrise, S. 194.

<sup>201</sup> Dieses Regierungsbündnis aus SPD, Zentrum und DDP hatte maßgeblich am Zustandekommen der Weimarer Reichsverfassung mitgewirkt und prägte die ersten Jahre der Republik auch politisch.

im Ersten Weltkrieg „durch den geistigen Zweifel am Wertsystem der Sieger“<sup>202</sup> auszugleichen. Demgemäß wurden Parlamentarismus und Liberalismus als fremde, für Deutschland per se untaugliche politische Lösungen und Prinzipien ausgewiesen; stattdessen favorisierte man

„(...) eine nicht-liberale, nicht-kapitalistische und nicht-demokratische Ordnung, positiv formuliert, einen starken, die Gesellschaft beherrschenden, das Volk zur Gemeinschaft formenden Staat, der seine innere Ordnung ganz den Bedürfnissen außenpolitischer Zielsetzungen unterwürfe und durch eine preußisch-militaristische Staatsgesinnung geprägt wäre.“<sup>203</sup>

Die genauso weit verbreiteten wie fest verwurzelten Vorbehalte gegenüber Parteien und Parlamenten waren anscheinend auch den Verantwortlichen der Nationalversammlung nicht ganz fremd. Um dem latenten Misstrauen rational entgegenzusteuern, beschlossen diese deshalb, die republikanische Staatsform um einige bewährte Mechanismen der deutschen Verfassungsgeschichte zu ergänzen:

„Man wollte einerseits das Parlament nicht unkontrolliert lassen, andererseits die Staatsfunktion nicht allein auf ein in der politischen Führung unerprobtes Parlament gegründet wissen. Man befürchtete gleichermaßen eine Machtanmaßung wie eine Machtunfähigkeit des Parlaments. Man vermochte sich dem nachwirkenden Einfluß des Konstitutionalismus nicht zu entziehen, und man wollte eine ‚Konstitutionalisierung‘ (im Sinne einer Beschränkung) des Parlaments. So wurde ‚das konstitutionell-monarchische System nicht durch das parlamentarische abgelöst, sondern beide ineinandergeschoben‘.“<sup>204</sup>

Die Weimarer Reichsverfassung von 1919 etablierte demzufolge ein politisches Mischsystem, das ein Gleichgewicht parlamentarischer und präsidentieller Gestaltungselemente ersann. Neben dem Reichstag stand deshalb der ebenfalls mit demokratischer Legitimation ausgestattete Reichspräsident, der aufgrund seiner ausladenden Eingriffsmöglichkeiten sozusagen die Rolle des „Ersatzkaisers“ einnahm. Dazwischen sollte die Regierung, die stets des Vertrauens beider Machtzentren bedurfte, vermitteln. In der Praxis wirkte das augenscheinliche Spannungsverhältnis, das in diesem Dualismus von Parlament und Staatsoberhaupt angelegt war, aber vorwiegend destabilisierend.

Der Reichstag war aufgrund der Entscheidung für ein reines Verhältniswahlrecht für gewöhnlich in gut ein Dutzend Fraktionen zersplittert, die sich – in Ermangelung eines konkreten Verfassungsauftrags<sup>205</sup> – zumeist mit Eigeninteressen und relativ abwegigen

---

<sup>202</sup> Weidenfeld: Identität der Deutschen, S. 25.

<sup>203</sup> Sontheimer, Kurt: Ein deutscher Sonderweg? In: Weidenfeld, Werner (Hrsg.): Die Identität der Deutschen. Bonn, 1983, S. 324-335, S. 328.

<sup>204</sup> Fromme, Friedrich Karl: Von der Weimarer Verfassung zum Bonner Grundgesetz. Die verfassungspolitischen Folgerungen des Parlamentarischen Rates aus Weimarer Republik und nationalsozialistischer Diktatur. 3., ergänzte Auflage. Berlin, 1999, S. 42.

<sup>205</sup> Die Weimarer Reichsverfassung erwähnte die Parteien nur am Rande, erteilte selbigen – im Gegensatz zum Grundgesetz – allerdings keine konkrete Weisungen und Pflichten im Rahmen des Willensbildungsprozesses. Dem „Sonderbewusstsein“ entsprechend galten diese darum gemeinhin als gesellschaftlicher Zusatz, auf den die politische Herrschaftsordnung aber eigentlich nicht angewiesen war.

Forderungen aufhielten und kaum einvernehmliche Regelungen erstrebten. In der allgemeinen Wahrnehmung gab die Weimarer Volksvertretung darum ein nahezu ausnahmslos negatives Bild ab, das die Vorurteile der Bevölkerung gegenüber Pluralismus und Demokratie nur zu erhärten schien. Außerdem legten die ständigen Friktionen die tägliche Arbeit in vielen Fällen lahm, so dass das Parlament seinen tatsächlichen Funktionen selten gerecht zu werden wusste, gerade im Kontext der Kontrolle und Unterstützung der Regierung. Nachdem die Ernennung des Reichskanzlers samt der Minister allein dem Reichspräsidenten gebührte, sahen sich manche Parteien schlichtweg nicht in der Pflicht, die Exekutive aktiv mittragen zu müssen – anstatt zu kooperieren, wurde deswegen stellenweise geflissentlich dagegen gearbeitet.

Die politische Krise, die dieser problematischen Konstellation entsprang, eskalierte bis 1930 soweit, dass sich Reichspräsident Paul von Hindenburg bald zur dauerhaften Intervention gezwungen sah und die Regierung seines Vertrauens gegebenenfalls sogar gegen den Willen des Reichstags berief. Die Praxis der durch Notverordnungen eingesetzten „Präsidualkabinette“ läutete die letzten Jahre der Weimarer Republik ein. Mithin schlug die erstrebte Verfassungsbalance im selben Maße in eine Vorherrschaft des Staatsoberhauptes um, wie sich das Parlament durch destruktives Verhalten seiner eigenen Macht entzog. Im Endeffekt wurde die Demokratie immer weiter ausgehöhlt, Entscheidungen fielen fortan fast ausschließlich hinter verschlossenen Türen, im Rahmen der Kamarilla um den Reichspräsidenten. Vor diesem Hintergrund ließ sich seinerzeit sicherlich von einem massiven Rückfall in längst vergangen geglaubte obrigkeitsstaatliche Regimestrukturen sprechen, auch weil es mit Hindenburg – der der Demokratie offenkundig distanziert gegenüberstand – ausgerechnet einer Vorzeigefigur des wilhelminischen Soldatenkults oblag, über deren Schicksal zu wachen.

Im Rückblick spiegelten die unheilvollen Zustände hingegen bloß den durch und durch illiberalen Zeitgeist wider, der die Weimarer Republik stets begleitet und schwer belastet hatte. Aus der Not geboren und in den Wirren der Novemberrevolution entstanden, konfrontierte diese die Deutschen geradewegs mit Anforderungen, denen die meisten kaum gewachsen sein konnten. Über Jahrzehnte hinweg gedrillte Untertanen sollten plötzlich Verantwortung für sich selbst erhalten, um als selbständige, frei denkende und handelnde Staatsbürger ein bis dahin völlig fremdes politisches System nicht allein mitzutragen und zu bewahren, sondern aktiv zu gestalten. Erfahrungswerte und Verständnis für die komplizierten Vorgänge und Entscheidungsfindungsprozesse der Demokratie waren kaum vorhanden. Die ersten Gehversuche fielen folglich eher ernüchternd aus, von einem

euphorischen Glückstaumel über den „Wegbruch des alten Überbaus“<sup>206</sup> war nicht viel zu erkennen.

Wenngleich das im Zusammenhang mit der politischen Kultur der damaligen Zeit häufig bemühte Wort von der „Demokratie ohne Demokraten“ ohne Zweifel über das Ziel hinausschießt, bringt diese Zuspitzung dennoch das Kernproblem zum Vorschein: Besonders den gesellschaftlichen Säulen des Staates in Militär, Beamtenschaft, Justiz und Wirtschaft, die größtenteils unverändert aus dem Kaiserreich adaptiert worden waren, ging das gebotene Bewusstsein über weite Strecken ab. So mangelte es Weimar in der Summe vielfach an ehrbaren Fürsprechern, die den Menschen als anerkannte Musterbeispiele vorangegangen wären. Die erforderliche soziale Verwurzelung der Demokratie wäre umso bedeutsamer gewesen, als ein gleichermaßen breiter wie integrierender Verfassungskonsens, der das gesamte politische Spektrum auf bestimmte unstrittige Werte und Verhaltensregeln eingeschworen und deren spätere Demontage durch die Nationalsozialisten verhindert hätte, ansonsten praktisch nicht existierte<sup>207</sup>. Hierdurch vermochte die für die Stabilität eines Gemeinwesens unentbehrliche Harmonie von politischem System und politischer Kultur im Grunde nie zu entstehen<sup>208</sup>.

Was zunächst nur wie eine Kinderkrankheit anmutete, sollte sich zusehends als Krebsgeschwür entpuppen, das sich sukzessive zur akuten Bedrohung für den Bestand der Republik auswuchs. Spätestens mit der sich ausgangs der 20er Jahre verschärfenden wirtschaftlichen Situation erreichte die anfängliche Skepsis und Reserviertheit der Bevölkerung eine neue Dimension und wich langsam einer wachsenden Distanz, zu der das Dauerthema der Reparationsfrage wohl einen nicht zu vernachlässigenden Beitrag leistete. Die fortwährende Debatte darüber schien die junge Demokratie jedenfalls doppelt zu strapazieren, da es sich neben dem enormen finanziellen Druck, der Deutschland von ausländischen Hilfskrediten abhängig machte, auch in politischer Hinsicht als fatal erwies, dass Höhe und Dauer der Wiedergutmachungszahlungen in den Versailler Verträgen noch nicht endgültig festgelegt worden waren. Propagandistisch angeheizt durch die aggressiven Parolen der aufblühenden Extremparteien von rechts und links, konzentrierte sich der sich immer klarer abzeichnende gesellschaftliche Unmut nicht länger auf die vermeintlichen „Erfüllungspolitiker“, sondern richtete sich verstärkt direkt gegen das System.

---

<sup>206</sup> Schwaabe: Deutsche Modernitätskrise, S. 232.

<sup>207</sup> Nicht nur die Politik, auch die Staatsrechtslehre scheute sich damals fühlbar davor, sich zu sehr auf unverrückbare Prinzipien festzulegen: Der Rechtspositivismus bestimmte die Weimarer Reichsverfassung insoweit, als an und für sich keine der darin beschlossenen Regelungen substantiell von künftigen Revisionen ausgenommen blieb. Mithin konnten selbst die Grundrechte durch Notverordnungen beschränkt bzw. mit ausreichender Mehrheit sogar komplett abgeschafft werden.

<sup>208</sup> Vgl. Schwaabe: Deutsche Modernitätskrise, S. 278.

Das geringe Vertrauen der Deutschen in die Demokratie ging Stück für Stück zur Neige. Im Resultat sehnten sich viele Unzufriedene die vermeintlich heilsame geistige Umkehr, sprich die Rückbesinnung auf den unter den Gegebenheiten der militärischen Niederlage allenfalls unfreiwillig verlassenen „Sonderweg“ mitsamt dessen kollektivistischen Gesellschaftsvorstellungen herbei<sup>209</sup>.

### 3.3. Die Flucht vor der Freiheit

Die permanente Krise der als „nationale Schande“ gebrandmarkten Republik, deren politische Konfusion gepaart mit scheinbarer gesellschaftlicher Dekadenz, ermöglichte gerade der NSDAP einen stetigen Vormarsch. 1920 gegründet<sup>210</sup>, dümpelte diese anfangs noch als eine von vielen völkisch-nationalistischen Splittergruppierungen vor sich hin und entbot an erster Stelle ein Sammelbecken für traumatisierte Soldaten der Frontgeneration und ehemalige Freikorpskämpfer, denen der Weg zurück in ein ziviles Leben nicht mehr gelingen wollte. Gegen Ende des Jahrzehnts stieß dann allmählich das Gros derer hinzu, die in Weimar nie auch nur annähernd heimisch werden konnten und darum umso konkreter nach anderweitigen Identifikationsmomenten und Einklang unter Gleichgesinnten suchten. Die Partei Adolf Hitlers grenzte sich strikt von der etablierten Politik ab – und erschien der wachsenden Masse von Unzufriedenen und Hilfesuchenden, der Menschen aus allen gesellschaftlichen Milieus angehörten<sup>211</sup>, wahrscheinlich gerade dadurch besonders attraktiv.

„Die NSDAP präsentiert sich als Bewegung des Volkes, die über der bekannten Parteipolitik, ihren Streitigkeiten und ‚faulen‘ Kompromissen steht. Sie beansprucht, das Ideal der Volksgemeinschaft als erste große Sammelpartei politisch wirklich konsequent zu vertreten. Es gelingt ihr, gerade dieses Ideal aus Sicht der Wähler mit Abstand am glaubhaftesten zu verkörpern.“<sup>212</sup>

Die Nationalsozialisten brachten sich ausdrücklich als Opposition gegen das verhasste Weimarer System in Position, bündelten die greifbare Verunsicherung und projizierten die gängige Sehnsucht nach dem „starken Mann“ propagandistisch auf die Person des Vorsitzenden. Und dieser wusste die prekären Mentalitätsbestände der politischen Untertanenkultur, zu deren Unterbau die Demokratie an und für sich zu keinem Moment durchgedrungen war, demagogisch auszunutzen, da seine Reden neben den

---

<sup>209</sup> Vgl. Sontheimer: Deutscher Sonderweg?, S. 327/328.

<sup>210</sup> Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP) ging seinerzeit aus der schon 1919 ins Leben gerufenen Deutschen Arbeiterpartei (DAP) hervor. Anlässlich des gescheiterten Putschversuchs von 1923 zunächst verboten, wurde die Partei nur zwei Jahre darauf von Adolf Hitler neu gegründet.

<sup>211</sup> Wiewohl sich die Wählerbasis rückblickend vor allem aus den bürgerlichen Mittelschichten rekrutierte, schienen die Nationalsozialisten sozial dennoch vergleichsweise breit aufgestellt. Nicht umsonst galt die NSDAP gemeinhin auch als „Volkspartei mit Mittelstandsbauch“. Vgl. Falter, Jürgen W.: Hitlers Wähler. München, 1991.

<sup>212</sup> Schwaabe: Deutsche Modernitätskrise, S. 299.

Lebensbedingungen und akuten Nöten der „kleinen Leute“ normalerweise auch altbekannte Ressentiments und nationalistische Dispositionen aufgriffen. Mit vehementem Habitus, geschliffener Rhetorik und dem geschickten Rückgriff auf populistische Stilmittel gerierte sich Hitler für viele überzeugend als strahlender Heilsbringer, der die geschundene Nation womöglich als einziger vor dem endgültigen Niedergang zu erretten vermochte. Bei der sich stetig mehrenden Gefolgschaft entfesselte der selbsternannte „Führer“ damit ein regelrecht ekstatisches Gemeinschaftsgefühl, durch das seine ausgesprochen rabiate Weltanschauung in deren Wahrnehmung anscheinend völlig aus dem Blickfeld rückte.

Dem Wesen als Sammlungsbewegung entsprechend enthielt das so genannte „25-Punkte-Programm“ der NSDAP eigentlich relativ wenige wirklich originelle Passagen, vereinte vielmehr Standpunkte verschiedenster nationalistischer Strömungen, die durchgängig mit einer rassistischen oder antisemitischen Stoßrichtung versehen wurden. Eingedenk des aggressiven Duktus drängt sich indessen die Vermutung auf, dass die Erfolge der Nationalsozialisten am Ende womöglich nicht so sehr das Ergebnis durchgängigen ideologischen Einvernehmens waren, sondern sich vorwiegend aus der „mentalen Vereinnahmung“<sup>213</sup> der Massen speisten: „Reich“ und „Nation“, „Volksgemeinschaft“ und „Führer“ – das waren tendenziell ebenso eingängige wie verlockende Reizwörter, Formeln und Konzepte, die in vielen Köpfen einen empfindlichen Nerv zu treffen schienen. Die Deutschen erlagen folglich der Anziehungskraft einer konsequenten Personalisierung und Vereinfachung der Politik sowie der schier einzigartigen Präsenz der Identifikationsfigur Hitler und flüchteten ohne Zögern aus der stets als Zumutung empfundenen Demokratie in die offenen Arme der Diktatur. Für die Vision eines starken, straff geführten nationalen Gemeinwesens, vor allem aber das Versprechen von Ruhe und Ordnung, die seinerzeit „geradezu mythische Werte“<sup>214</sup> darstellten, war man gewillt, alle Freiheiten einer liberalen Gesellschaft samt der Fundamente des Rechtsstaats ad acta zu legen. Gleichwohl der politische Grundkonsens, der unmittelbar aus dieser fatalen Wechselbeziehung entstand, dem NS-Regime zu einer nachhaltigen Legitimation verhalf, führte selbiges nach der „Machtergreifung“ umgehend weitere Maßnahmen zur Machtsicherung durch – und präsentierte damit schon früh sein wahres, totalitäres Gesicht.

Auch deshalb war das „Dritte Reich“ in der Retrospektive definitiv der „Kulminationspunkt des deutschen Antiliberalismus“<sup>215</sup>. Der Nationalsozialismus hob sogleich dazu an, den Weimarer Pluralismus auszuschalten und samt seiner spärlichen

---

<sup>213</sup> Schwaabe: Deutsche Modernitätskrise, S. 394.

<sup>214</sup> A.a.O., S. 358.

<sup>215</sup> A.a.O., S. 395.

Wurzeln herauszureißen. Mit den Gleichschaltungsgesetzen wurden bereits 1933 alle Wahlalternativen durch das Verbot von Parteien und Gewerkschaften beseitigt, die Presse-, Meinungs- und Versammlungsfreiheit weitestgehend abgebaut. Um die Bürger im Umkehrschluss dennoch möglichst dicht bzw. dauerhaft an sich zu binden, boten zahllose an die NSDAP angeschlossene Verbände und Untergliederungen zusätzliche Sozialleistungen, berufliche Perspektiven und Prestige. Hierdurch bekam ein jeder seinen Platz in der viel beschworenen Volksgemeinschaft zugewiesen, nahm damit jedoch zugleich die ständige Kontrolle und Vereinnahmung seitens des expandierenden Herrschaftsapparats in Kauf. Derweil ließ das Risiko lebensbedrohlicher Repressionen allenfalls wenige Deutsche aufbegehren. Die große Mehrheit entschied sich für den Weg des geringsten Widerstands und passte sich den neuen politischen Verhältnissen einfach an. Viele schlossen sich dem pseudoreligiösen Führerkult an, schwelgten ob der sich zu alter Größe und Geltung aufschwingenden Nation in Nostalgie oder würdigten wenigstens die wirtschaftlichen Fortschritte. Maßgeblich dazu beigetragen haben dürfte außerdem das wohl mindestens bis 1939 allemal vorhandene Gefühl heimatlicher Geborgenheit, das bei der breiten Masse wie Opium wirkte, die Schattenseiten der Scheinidylle verhüllte und den Machthabern den nötigen Spielraum verschaffte, um hinter diesem Schleier abscheulichste Gräueltaten vorzubereiten bzw. zu verüben.

So muss die grenzenlose Katastrophe, in die der europäische Kontinent dadurch gestürzt wurde, im ersten Moment auch wie der unvermeidliche Schlussakt einer apokalyptischen Tragödie anmuten. Andererseits ist die verheerende Entwicklung, die Deutschland bis 1945 vollzogen hat, keineswegs geradlinig verlaufen, kam vielmehr unablässigen Auf- und Abwärtsbewegungen mit ungewissem Ende gleich. Vom Kaiserreich über die Weimarer Republik bis zur NS-Diktatur verstand sich jedes politische System gewissermaßen als „(...) der Feind des anderen und bezog wesentliche Kräfte seiner politischen Aktivität aus dem Kampf gegen das vorhergehende, an dem es sich abarbeitete.“<sup>216</sup> Vor dem Hintergrund der verspäteten Staatsgründung und der diversen Kurswechsel liegt die genuine Kontinuität der deutschen Historie daher gewissermaßen in der Diskontinuität<sup>217</sup>; der gewählte Weg ins Verderben stellte ergo lediglich eine Möglichkeit von vielen dar, nicht die von vornherein einzige.

Obwohl das Konzept des Obrigkeitsstaats nach 1918 als politisches System vorübergehend verschwunden war, wirkten dessen Spuren in den Köpfen posthum weiter nach. Die Mehrheit schien sich einfach nicht für die Vorzüge der offenen Gesellschaft begeistern zu

---

<sup>216</sup> Greiffenhagen/Greiffenhagen: *Schwieriges Vaterland*, S. 34.

<sup>217</sup> Vgl. Weidenfeld, Werner/Korte, Karl-Rudolf: *Die Deutschen. Profil einer Nation*. Stuttgart, 1991, S. 13.

können, stattdessen trugen deren Geisteshaltungen und Gebaren unvermindert die tief verwurzelte antiliberalen Mentalität, die von klein auf anerzogene autoritäre Gefolgsamkeit sowie das prekäre, bisweilen zu Maßlosigkeit oder aggressivem Größenwahn tendierende Verhältnis zur Nation in sich. In einer – vereinfacht gesprochen – vermutlich genauso einmaligen wie folgenschweren Verkettung unglücklicher Vorfälle und Begebenheiten wendete die gezielte Befeuerung und Politisierung dieser Symptome das Blatt zum Vorteil der extremistischen Staatsfeinde, die Demokratie und Pluralismus förmlich einstampften<sup>218</sup>. Wieder schickte sich Deutschland an, sich von der ideengeschichtlichen Sphäre des Westens abzukoppeln und sich auf seinem „Sonderweg“ in die infernalische Sackgasse des Vernichtungskriegs zu stürzen.

Im Hinblick darauf sollte erst der Untergang der nationalsozialistischen Herrschaft ein elementares Umdenken einläuten, den der Gedanke vom „Verlust der Geschichte“ symbolisiert<sup>219</sup>. Der abermalige Kampf um die Vergangenheit blieb hiernach auch deshalb aus, weil der totale Zusammenbruch bereits alle Zweifel beseitigt und eine erneute „Dolchstoßlegende“ aller argumentativen Kraft beraubt hatte. Die größtenteils begeistert geteilten nationalistisch-militaristischen Anmaßungen hatten zum zweiten Mal binnen eines halben Jahrhunderts in ein Desaster gemündet, dessen volles Ausmaß die Menschen bis auf weiteres noch gar nicht abzuschätzen wagten. Der Reiz der alten Mythen war allerdings dahin, soviel stand schon früh fest. Für die Majorität der Deutschen lautete die logische Konsequenz stattdessen „Nie wieder Krieg“. Die überfällige geistige Wende, die in dieser unmissverständlichen Maxime anklang, prägte dann auch die anstehenden Verfassungsdebatten der Nachkriegszeit und im Zuge dessen die Weichenstellungen für die unmittelbare politische Zukunft der gefallenen Nation<sup>220</sup>. Historische Rückgriffe kamen erst gar nicht mehr in Frage, man konzentrierte sich in diesem Rahmen voll auf die Herausarbeitung und Festigung eines modernen demokratischen Verfassungsstaats – der Fokus war nun ausdrücklich nach vorne gerichtet.

---

<sup>218</sup> Anhand monokausaler Ansätze lässt sich das Scheitern der Weimarer Republik kaum ergründen, dafür kamen letztlich einfach zu viele Aspekte verschiedenster Stoßrichtung zum Tragen: Neben den angesprochenen Defiziten der politischen Kultur weichten auch die Versailler Verträge, die wirtschaftlichen Schwierigkeiten und einige eklatante Schwachstellen in der Verfassungskonstruktion die junge Demokratie auf. Dazu gesellten sich schließlich gravierende Fehleinschätzungen der Leitfiguren, die den Legalitätskurs der NSDAP schlicht verkannten.

<sup>219</sup> Vgl. Faulenbach, Bernd: Emanzipation von der deutschen Tradition? Geschichtsbewußtsein in den sechziger Jahren. In: Weidenfeld, Werner (Hrsg.): Politische Kultur und deutsche Frage. Materialien zum Staats- und Nationalbewußtsein in der Bundesrepublik Deutschland. Köln, 1989, S. 73-92, S. 77.

<sup>220</sup> Vgl. Sontheimer: Deutscher Sonderweg?, S. 332.



### 3.4. Die behutsame Rückkehr zur Demokratie

Anfangs waren die Konsultationen des Parlamentarischen Rates gleichwohl noch erkennbar von der Auseinandersetzung mit der Vergangenheit geprägt; galt es, dem Scheitern der Weimarer Republik und der Katastrophe des Nationalsozialismus die entscheidenden Schlüsse zu entnehmen, um ein eventuelles Wiedererstarken extremistischer Kräfte möglichst im Keim zu ersticken. Der antitotalitäre Tenor innerhalb der Bevölkerung, der mit Blick auf die heutigen Gegebenheiten nichts von seiner Tragfähigkeit einbüßt hat, erwuchs seinerzeit zum Gründungskonsens des neuen Gemeinwesens. Fast schon symbolisch dafür steht das Modell der streitbaren Demokratie, mit dem das Bonner Grundgesetz von 1949 den staatlichen Institutionen ebenso konkrete wie wirkungsvolle Instrumentarien einräumte, um sämtlichen Bedrohungen der Freiheit und Menschenwürde entschlossen entgegenzutreten zu können. Die für eine offene Gesellschaft obligatorische Tugend der Toleranz ist folglich niemals lediglich formeller Natur, sondern stets untrennbar mit den elementaren Grundsätzen, Werten und Verfahrensregeln der liberalen Demokratie verknüpft. Und „die Grenze der *wertgebundenen Toleranz* verläuft dort, wo sie zum Zwecke der Intoleranz mißbraucht wird.“<sup>221</sup> Das Postulat unbedingter Abwehrbereitschaft gegenüber extremistischen Akteuren und Bestrebungen gleich welcher Provenienz begleitete die Bundesrepublik demnach von der ersten Stunde und bestimmte deren Staatsräson.

Ungeachtet des großen Bemühens der Verfassungsväter, der gleichermaßen kurzen wie tragischen deutschen Demokratietradition gebührend Rechnung zu tragen<sup>222</sup>, mangelte es dem parlamentarischen System zu Beginn aber noch klar am entsprechenden Rückhalt in der Bevölkerung. Im Gegensatz zu Weimar schlug der Bundesrepublik, die zunächst eigentlich kaum mehr als eine Übergangslösung für die drei westlichen Besatzungszonen sein sollte, zwar keine ausdrücklicher Groll entgegen, die Begeisterung hielt sich dennoch ziemlich in Grenzen. So verharrten die Deutschen erst einmal in einem Schockzustand: Traumatisiert von Krieg und Zerstörung galt die Konzentration vorwiegend dem Wiederaufbau, der Befriedigung grundlegender materieller Bedürfnisse und im Zuge

---

<sup>221</sup> Backes, Uwe/Jesse, Eckhard: Antiextremistischer Konsens – Prinzipien und Praxis. In: Dies. (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie. 12. Jahrgang. Baden-Baden, 2000, S. 13-30, S. 15 (Hervorhebung wie im Original).

<sup>222</sup> Unter anderem weist das Grundgesetz den Grundrechten aufgrund dessen eine exponierte Stellung zu: Erstens sind diese im Wesensgehalt unabänderlich und durch die so genannte „Ewigkeitsklausel“ (Art. 79 Abs. 3 GG) vor Einschränkungen geschützt. Davon abgesehen wurden zweitens Parlament und Regierung gestärkt, die Position des Staatsoberhauptes dafür umso drastischer geschwächt und zudem das Bundesverfassungsgericht als „Hüter der Verfassung“ installiert und drittens den Parteien ausdrücklich die Rolle als wichtiges Bindeglied zwischen Bürgern und Staat zugeschrieben.

dessen der Rückkehr zum Wohlstand vergangener Tage<sup>223</sup>. Der Alltag war fortan von existentiellen Ängsten und Sorgen dominiert, die eine Bündelung der wenigen verfügbaren Kapazitäten im Kleinen, im vertrauten Kreis der „familiären Solidargemeinschaft“<sup>224</sup> erforderten. Die Prioritäten waren damit eindeutig abgesteckt; für Politik und Vergangenheitsbewältigung blieben bis auf weiteres allenfalls Nebenrollen, was allerdings ganz und gar den „typischen Prägmerkmalen einer posttotalitären Kultur“<sup>225</sup> entsprach.

Während gegenüber Politikern und Parteien deshalb eine gewisse Distanz eingehalten wurde, reduzierte sich die aktive Partizipation auf das Nötigste – den regelmäßigen Weg zur Urne. Mit Blick auf die hohe Wahlbeteiligung kam man dieser demokratischen Bürgerpflicht auch sehr gewissenhaft nach, strengte sich gleichzeitig aber an, sich selbst ansonsten komplett aus allem herauszuhalten<sup>226</sup>. Dahinter verbargen sich nicht nur Desinteresse und Uninformiertheit, vielmehr gingen die Menschen den aktuellen Konflikten und Kontroversen, insbesondere ideologischen Debatten, ganz absichtlich aus dem Weg. Vor dem Hintergrund der permanenten Vereinnahmung durch die nationalsozialistische Massendiktatur war in den 50er Jahren ein verbreiteter Rückzug in private Sphären, die Suche nach Halt, Geborgenheit und Häuslichkeit im Rahmen der Familie und des engsten Freundeskreises zu verzeichnen.

Dabei schien der Regierungsstil Konrad Adenauers den von einem eigentümlichen Konglomerat problematischer Traditionsbestände und Ressentiments, Kriegswirren und ständiger Ungewissheit eingefassten Dispositionen per se vollauf entgegenzukommen<sup>227</sup>. Konsequenter verband der erste Bundeskanzler demokratische mit autoritären Komponenten und ersparte seinen „Untertanen“<sup>228</sup>, die sich erst einmal an das Bürgerdasein gewöhnen mussten, so einen allzu großen Kulturschock. Sein pragmatischer Paternalismus war in dieser „Phase der Wiederherstellung und ersten Verfestigung parlamentarischer

---

<sup>223</sup> Vgl. Schildt, Axel: *Ankunft im Westen. Ein Essay zur Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik*. Frankfurt am Main, 1999, S. 91/92.

<sup>224</sup> A.a.O., S. 92.

<sup>225</sup> Weidenfeld, Werner: *Politische Kultur und deutsche Frage*. In: Ders. (Hrsg.): *Politische Kultur und deutsche Frage. Materialien zum Staats- und Nationalbewußtsein in der Bundesrepublik Deutschland*. Köln, 1989, S. 13-38, S. 18.

<sup>226</sup> Vgl. Rudzio, Wolfgang: *Politische Kultur der kritischen Distanziertheit*. In: Ders.: *Das politische System der Bundesrepublik Deutschland*. 5. Auflage. Opladen, 2000, S. 535-573, S. 535-537.

<sup>227</sup> Vgl. Schwaabe: *Deutsche Modernitätskrise*, S. 416.

<sup>228</sup> In den 50er Jahren attestierte eine für die Forschung zur politischen Kultur wegweisende Fünf-Länder-Studie der Bundesrepublik eine weiterhin tief verwurzelte politische Untertanenkultur; ausschlaggebend für diesen Befund waren vor allem die nach wie vor weit verbreitete Zustimmung zur Identifikationsfigur Hitler und der – abgesehen von den Verbrechen – NS-Diktatur sowie zur Monarchie. Dazu gesellten sich das geringe Interesse vieler Deutscher an der Politik und der neuen Verfassung, die mangelnde Bereitschaft zu aktiver Partizipation, Defizite im Verständnis für Konfliktbereitschaft und Opposition sowie die gängige Konzentration auf den wirtschaftlichen Bereich. Vgl. Almond/Verba: *Civic Culture*.

Demokratie“<sup>229</sup>, die bis weit in die 60er Jahre hineinreichte, ein wesentlicher Aspekt, der den Deutschen bei einer bedächtigen, dafür umso nachhaltigeren Akklimatisierung bezüglich des neuen Systems half. Ferner waren drei weitere, allgemeinere Faktoren ausschlaggebend, die sich wechselseitig bedingten bzw. beeinflussten: Die Garantie relativer äußerer Sicherheit und innenpolitischer Stabilität und der rapide Wiederaufbau. Speziell die unermüdlich vorangetriebene Einbindung in die westliche Staatengemeinschaft bedeutete eine Weichenstellung<sup>230</sup>, die sich schon bald als „wichtigste und beste Entscheidung deutscher Politik im 20. Jahrhundert“<sup>231</sup> erweisen sollte. Der Schlüssel dazu lag im bedingungslos praktizierten Schulterchluss mit den USA, die neben militärischem Schutz wichtige politische Orientierung und wirtschaftliche Unterstützung boten<sup>232</sup>. Von den europäischen Nachbarn vorerst mit einigen Zweifeln versehen, machte die vorbildliche Zusammenarbeit mit der transatlantischen Weltmacht und die damit einhergehende Wertbindung den Westteil Deutschlands schnell wieder salonfähig<sup>233</sup>. Untermauert wurden die Vertrauenswürdigkeit und der außenpolitische Einfluss der jungen Demokratie außerdem durch das geradlinige Vorgehen gegen den aufkeimenden Extremismus im Inneren: Nachdem 1952 schon die augenscheinlich an die NSDAP anknüpfende SRP für verfassungswidrig erklärt und aufgelöst worden war<sup>234</sup>, entsprach das vier Jahre später erfolgte Verbot der KPD einer endgültigen Standortbestimmung. Im vom Blockdenken geprägten Kalten Krieg stellte sich die Bundesrepublik dadurch demonstrativ auf die Seite des Westens und galt aufgrund der strategischen Schlüssellage alsbald als dessen äußerstes „Bollwerk“.

Dementsprechend gestaltete sich der Tonfall auch in der deutschen Innenpolitik rasch rauer, nutzte gerade die Union den Ost-West-Konflikt, um das Profil zu schärfen. Mit Erfolg, denn im Hinblick auf die schwierige, am Ende jedoch unausweichliche Eingliederung jener Massen von Ex-NSDAP-Anhängern, die selbst nicht direkt in die Verbrechen des Hitler-Regimes involviert waren, versprühte die strikt antikommunistische Haltung der adenauerschen Regierung als

---

<sup>229</sup> Rudzio: Politische Kultur, S. 535.

<sup>230</sup> Als Meilensteine auf dem Weg zur „Ankunft im Westen“ gelten gemeinhin die Aufnahme der Bundesrepublik in die Montanunion (1951), die – gleichwohl gescheiterten – Bemühungen um die Europäische Verteidigungsgemeinschaft sowie die Beitritte zur WEU (1955), NATO (1955), Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und EURATOM (jeweils 1958). Mit dem deutsch-französischen Freundschaftsvertrag wurden 1963 auch die traditionellen Spannungen mit dem Nachbarland ausgeräumt.

<sup>231</sup> Schwaabe: Deutsche Modernitätskrise, S. 412/413.

<sup>232</sup> Vgl. A.a.O., S. 413.

<sup>233</sup> Vgl.: Weidenfeld/Korte: Die Deutschen, S. 147.

<sup>234</sup> Siehe Kapitel 5.1.2.

„(...) die politischen Lager überwölbende Integrationsideologie eine enorme Wirkung, wobei anfangs weniger der Gegensatz von Demokratie und stalinistischer Diktatur betont, sondern als Feindbild der kollektivistische Bolschewismus dem bedrohten christlichen Abendland gegenübergestellt wurde.“<sup>235</sup>

Die latente Bedrohung der hinter dem „Eisernen Vorhang“ lauenden Übermacht schien in den Augen der meisten Deutschen nicht nur die Westbindung, sondern zudem die Existenz der Bundesrepublik selbst zu rechtfertigen, zumal sich deren ursprünglicher Provisoriumscharakter mit dem Bau der Berliner Mauer im August 1961 regelrecht zerschlagen hatte.

Unterdessen brachte die anhaltende Konzentration des Parteiensystems, die bereits in den Vorjahren angelaufen war, die anfänglichen Unkenrufe über die befürchtete Wiederkehr der „Weimarer Verhältnisse“ zum Verstummen: Hatte der Rechtsextremismus die Restbestände des nationalsozialistischen Wählerpotentials in der Gründungsphase der „Bonner Republik“ noch erfolgreich zu mobilisieren vermocht<sup>236</sup>, verloren die diversen einschlägigen Gruppierungen ab Beginn der 60er Jahre erheblich an Boden. Begünstigt durch die 1953 eingeführte Fünfprozenthürde vereinten CDU/CSU, SPD und FDP seither die überwältigende Mehrheit der Stimmen auf sich und drängten die Splitterparteien allmählich in die Bedeutungslosigkeit. Für die maßgeblichen politischen Formationen stand das Grundgesetz von daher außer Frage; das parlamentarische System etablierte sich in Deutschland zu einem Dauerzustand von außerordentlicher Stabilität.

Angekurbelt wurde die zügige Konsolidierung natürlich nicht zuletzt durch den stetigen Aufschwung, um nicht zu sagen den Boom, durch den sich die Bundesrepublik innerhalb weniger Jahre zu einer der stärksten Industrie- und Handelsnationen der Welt entwickeln sollte. Die Dynamik des „Wirtschaftswunders“ erfasste die Gesellschaft im Grunde als Ganzes, wenngleich stellenweise in abweichender Intensität, und setzte einen umfangreichen Modernisierungsprozess in Gang: Während sich die Mittelschicht konstant verbreiterte, klangen viele alte Klassenspannungen ab<sup>237</sup>. Wiewohl die unausgewogene Verteilung von Einkommen bzw. Vermögen insgesamt weiter stieg, sorgten die ausgleichend angelegten Elemente und Mechanismen der sozialen Marktwirtschaft jetzt dafür, dass kaum jemand komplett auf der Strecke blieb. Binnen Kurzem wurde nahezu Vollbeschäftigung erreicht, weswegen sogar die Millionen von Flüchtlingen, Vertriebenen und Kriegsheimkehrern keine ernsthafte Bedrohung des sozialen Friedens darstellten, sondern relativ reibungslos integriert werden konnten.

---

<sup>235</sup> Schildt: *Ankunft im Westen*, S. 97.

<sup>236</sup> Siehe Kapitel 5.1.

<sup>237</sup> Vgl. Mommsen, Wolfgang J.: *Wandlungen der nationalen Identität*. In: Weidenfeld, Werner (Hrsg.): *Die Identität der Deutschen*. Bonn, 1983, S. 170-192, 174.

Wobei der zurückkehrende Wohlstand den Deutschen außer der zweifellos dringend benötigten materiellen Sicherheit und einem bestimmten Maß an Selbstbewusstsein auch einen Lackmustest für die Leistungsfähigkeit der Demokratie bot. Akzeptanz und Akklamation des Systems nahmen zu. Der explodierende Konsum wirkte einstweilen wie eine subtile Weiterführung der Reeducation, sozusagen eine Umerziehung unter dem Deckmantel des Kaufrauschs: „Nachdem die erste Welle, die hochkulturelle Propaganda amerikanischer Ideen, relativ erfolglos versandt war, überspülte die moderne Produktkultur alle vom Bildungsbürgertum errichteten Dämme gegen die ‚Amerikanisierung‘.“<sup>238</sup> Gleich ob in Form technischer Gerätschaften oder simpler Gegenstände des täglichen Gebrauchs, die hereinbrechende Flut an westlichen Neuerungen und Motiven erstreckte sich in erster Linie auf die unmittelbare Lebenswelt der Menschen. Im Gegensatz zu den damals vermutlich ebenso wie heute für viele recht abstrakt anmutenden, hochkomplexen Prozessen der Politik waren diese Güter sehr real, ließen sich ohne Probleme anfassen, ausprobieren, erleben – und vermittelten dadurch letztlich ein ermutigendes Gefühl von Souveränität im Umgang mit dem anfangs Ungewohnten.

So gewannen die Deutschen keineswegs über Nacht, vielmehr Schritt für Schritt an Weltoffenheit, die sich geradewegs auch auf das politische Denken auswirkte. Das persönliche Wohlergehen weiter Gesellschaftsteile war augenscheinlich der Schlüssel zur immanenten Grundzufriedenheit mit dem neuen Gemeinwesen, insofern machten die bunten Sortimente der sich ausbreitenden Supermärkte und die prallen Einkaufskörbe am Ende womöglich dessen – im wahrsten Sinne des Wortes – bestechende Vorzüge aus. Denn die innere „Ankunft im Westen“ vollzog sich zumindest „(...) für die große Mehrheit der Bürger zunächst nicht primär als bewußter Willensakt oder als politisches Bekenntnis aus historischer Einsicht, sondern auf dem Wege der allmählichen *Gewöhnung*.“<sup>239</sup> Die Bilanz dieser über weite Strecken vom „Wirtschaftswunder“ getragenen Demokratisierung war ein gravierender Wertewandel, der noch in den 50er Jahren einsetzte und in den darauffolgenden Dekaden seine Blüte erreichte.

### 3.5. Eine Gesellschaft in Bewegung

Die ersten Vorboten jener einschneidenden Veränderungen, die die damals noch alles andere als liberale politische Kultur der Bundesrepublik erwarteten, ließen sich schon zu Beginn der 60er Jahre unschwer ausmachen: Mit dem steigenden Lebensstandard war eine erhebliche Verbesserung des Bildungsniveaus einhergegangen, in deren Folge – in

---

<sup>238</sup> Schildt: *Ankunft im Westen*, S. 103.

<sup>239</sup> Schwaabe: *Deutsche Modernitätskrise*, S. 403 (Hervorhebung wie im Original).

Verbindung mit den aufblühenden Massenmedien, vor allem dem sich immer weiter ausbreitenden Fernsehen – die Bürger das Interesse an der Politik allmählich wiederentdeckten. Die öffentlichen Diskurse gewannen an Intensität; gleichsam als Sinnbild neuen Selbstbewusstseins wurden aktuelle Streitfragen kritischer kommentiert und die oftmals mangelhafte Vergangenheitsbewältigung häufig unverhohlen hinterfragt. Die paternalistischen Züge der Nachkriegszeit mochten einen wichtigen Beitrag zur schnellen politischen und wirtschaftlichen Konsolidierung der Bundesrepublik geleistet haben, verloren nun aber spürbar an Zuspruch. Die Demokratie war mittlerweile in der Bevölkerung angekommen, der pluralistische Austausch erfreute sich steigender Akzeptanz und lockte die Deutschen langsam aus der privatistischen Reserve. Das parlamentarische System war augenscheinlich nicht mehr auf „autoritäre Überhänge“<sup>240</sup> angewiesen. Neben der vielfältigeren und vitaleren Meinungslandschaft deuteten auch die nach wie vor stattliche Wahlbeteiligung sowie hauptsächlich die erhöhten Mitgliedszahlen von Parteien und Verbänden auf diese emanzipatorischen Vorgänge hin<sup>241</sup>. Die offene Gesellschaft war im Begriff zu erwachen – und das schon vor dem Aufkommen der Studentenbewegung von 1968, in der deshalb im Grunde nicht der Auslöser, vielmehr ein Beschleuniger des einsetzenden Wertewandels zu sehen ist.

Nachdem Ludwig Erhard noch vergeblich versucht hatte, die von Konrad Adenauer hinterlassene Autoritätslücke zu schließen und den bewährten Kurs zu halten, begann die 1966 begründete Große Koalition bald, die notwendigen Reformen voranzutreiben. Wenngleich die erstmals ins Stocken geratene Wirtschaftsentwicklung im Zuge dessen wieder Schwung aufnahm, wurde die Skepsis gegenüber dem Zweckbündnis aus CDU/CSU und SPD eher größer. Zum Beispiel mangelte es im Bundestag unbestreitbar an authentischen Rivalen zu den Regierungsfractionen, deren erdrückender Dominanz die vergleichsweise schwache FDP alleine weder numerisch noch inhaltlich allzu viel entgegenzusetzen vermochte. Mit der Konzentration des Parteiensystems hatten sich die etablierten Kräfte einander sowieso größtenteils angeglichen und kreisten nun gemeinsam um die Mitte, während die Integrationskraft vor allem an den Rändern kontinuierlich dahinschwand. Gerade die Angehörigen der jüngeren, in der Bundesrepublik sozialisierten Generation wussten jedoch um die Bedeutung, die Aufgaben und den Stellenwert einer eigenständigen, wirksamen Opposition innerhalb des parlamentarischen Systems – und monierten mit entsprechender Vehemenz deren Absenz.

---

<sup>240</sup> Schwaabe: Deutsche Modernitätskrise, S. 405.

<sup>241</sup> Vgl. Rudzio: Politische Kultur, S. 542/543.

Komplementär dazu schürten diverse strittige Vorhaben den steigenden gesellschaftlichen Unmut gegenüber der Koalition: Etwa sollte die geplante Einführung des Mehrheitswahlrechts nach angloamerikanischem Vorbild für geordnete und dauerhaft stabile Verhältnisse sorgen, vermittelte den Kritikern allerdings den Eindruck, als versuchten die Volksparteien unter diesem Vorwand, die Macht abzusichern und Konkurrenten aus dem Wettbewerb zu drängen. Noch wesentlich härtere Bandagen wurden in der hitzigen Debatte um die 1968 verabschiedeten Bestimmungen für den staatlichen Notstand aufgezogen. In Anbetracht der durchweg negativen Erfahrungen mit derartigen Gesetzen und Regelungen in der Weimarer Republik mobilisierte die Angst vor womöglich willkürlichen Eingriffen in die Grundrechte jedenfalls die vorwiegend jugendlichen Massen. Im Rahmen breit angelegter Protestaktionen wurde der Regierung faktisch nicht weniger als die Konstituierung eines autoritären Systems unterstellt und die freiheitlich-demokratische Grundordnung als dessen bloße Kulisse abgewertet. Durch den gleichzeitigen Vormarsch der NPD<sup>242</sup> warnten manche gar vor einem „neuen 1933“ – und wähten die junge Demokratie an einem gefährlichen Scheideweg angekommen.

Wiewohl diese Vorwürfe und Befürchtungen schlussendlich erheblich über das Ziel hinausschossen, spiegelte sich darin dennoch ein partiell verändertes politisches Bewusstsein wider: Beachtliche Bevölkerungsanteile waren offenkundig einfach nicht mehr willens, sich von Staats- und Regierungsseite lenken zu lassen und interpretierten die Rolle als Bürger im Vergleich zu den 50er Jahren nun erkennbar aktiver und offensiver. Die Wertschätzung für Demokratie und Freiheit hatte sich soweit verfestigt, dass sich die stetig steigende Partizipation nicht weiter auf konventionelle Formen beschränkte, sondern man gegebenenfalls auch bereit war, für die besagten Prinzipien auf die Straße zu gehen<sup>243</sup>. An die Spitze dieses geistigen Umschwungs stellte sich die vornehmlich vom Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS) sowie linken Intellektuellen getragene Außerparlamentarische Opposition (APO), die sich zur lebendigen sozialen Gegenbewegung zur Großen Koalition stilisierte. In der Konsequenz zeigten deren Bemühungen die massiven Legitimationsdefizite der Bonner Parteien auf, von denen sich

---

<sup>242</sup> Siehe Kapitel 6.1.

<sup>243</sup> Wobei damals längst noch nicht alle Deutschen derart selbstbewusst und zukunftsorientiert eingestellt waren; zwischen der Mehrheitskultur und der linksintellektuellen Protestbewegung ließen sich vielmehr erhebliche Differenzen ausmachen. Mit Blick auf die Entwicklungen zwischen dem Ende der 60er und dem Beginn der 80er Jahre wurde die Bundesrepublik deshalb auch schon als „partizipatorische, allerdings verunsicherte Demokratie“ dargestellt. Vgl. Rudzio: Politische Kultur, 544.

ein respektabler Teil der Leute augenscheinlich nicht mehr adäquat repräsentiert fühlte, und förderten eine neue, wertorientierte Konfliktlinie zutage<sup>244</sup>.

Schließlich lehnten sich die „68er“ längst nicht nur gegen die angeblich repressiven Strukturen der alten Bundesrepublik auf, strebten vielmehr auch nahezu revolutionäre Umgestaltungen im gesellschaftlichen Bereich an. In erster Linie ging es um größere Freiräume und Mitspracherechte sowie eine zeitgemäßere Lebensart, um nicht zu sagen eine intensiviertere Verwestlichung – wenngleich diese Forderung den sonstigen Vorbehalten gegenüber den USA im ersten Moment ziemlich widersprochen haben mag<sup>245</sup>. Zumindest wurde die Gleichberechtigung der Geschlechter angekurbelt, kamen alternative Entwürfe des Zusammenlebens auf und insgesamt antiautoritäre, hochgradig individualistische Einstellungen zur Geltung, welche die Grundsätze der vergleichsweise konservativen Elterngeneration klar herausforderten. Traditionelle Normen und Tugenden, die in den Köpfen der Menschen langfristig verankert und im Kern stets stillschweigend akzeptiert worden waren, landeten auf dem Prüfstand. Beinahe unvermeidbar wandelte sich „(...) der gesamte Zeitgeist: Zum ersten Mal wurden eine bestimmte Art von Bewusstsein und Regeln der Lebensführung in Frage gestellt, die seit den ersten Jahrzehnten des 18. Jahrhunderts unangefochten schienen.“<sup>246</sup>

Auch wenn die APO in den späten 60er Jahren zersplitterte, sich teilweise radikalisierte und den tatsächlichen politischen und gesellschaftlichen Anspruch darum zunehmend vernachlässigte, erscheint deren Wirken rückblickend gleichwohl alles andere als ergebnislos: Die harschen Beanstandungen an der freiheitlich-demokratischen Grundordnung verhallten nicht ungehört, sondern stellten deren variable Gestaltungsspielräume ebenso wie die unverrückbaren Pfeiler auf eine handfeste Probe, die mit Bravour absolviert wurde. Darüber hinaus mag die scheinbar „fatale Re-Ideologisierung“<sup>247</sup>, die von der Studentenbewegung und deren ausgeprägter Vorliebe für Revolutionstheorien ausgegangen war, die Menschen anfangs verschiedentlich verunsichert haben, führte im Resultat jedoch auch dazu, dass sich die Mehrheit im grundsätzlichen Nein gegenüber jeglichem Dogmatismus gefestigt fühlte<sup>248</sup>.

---

<sup>244</sup> Vgl. Fascher: Modernisierter Rechtsextremismus?, S. 70/71.

<sup>245</sup> Vgl. Schildt: Ankunft im Westen, S. 103.

<sup>246</sup> Noelle-Neumann, Elisabeth/Petersen, Thomas: Zeitenwende. Der Wertewandel 30 Jahre später. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 29/2001, S. 15-22, S. 16.

<sup>247</sup> Rudolph, Hermann: Eine Zeit vergessener Anfänge: Die sechziger Jahre. In: Weidenfeld, Werner (Hrsg.): Politische Kultur und deutsche Frage. Materialien zum Staats- und Nationalbewußtsein in der Bundesrepublik Deutschland. Köln, 1989, S. 59-72, S. 69.

<sup>248</sup> Vgl. Schwaabe: Deutsche Modernitätskrise, S. 465.



Außerdem zeitigte die schonungslose Auseinandersetzung mit dem Althergebrachten eine nachhaltige Modernisierung und Liberalisierung, deren signifikantestes Merkmal sich in einer durchgängigen „Tendenz der Verlagerung vom Pflichtgefühl zum Selbstentfaltungstreben“<sup>249</sup> zeigte. Der skizzierte Veränderungsprozess durchzog die Gesellschaft im Allgemeinen wie die politische Kultur im Besonderen, wodurch sich die Dispositionen und Befindlichkeiten der Bürger nun endlich mit deren in vielen Aspekten schon enorm fortschrittlichem Lebenswandel deckten: Zum einen fielen im zwischenmenschlichen Bereich etliche Tabus – zuvörderst in Bezug auf einstige Reizthemen wie Partnerschaft und Sexualität. Zum anderen gestalteten sich auch die Orientierungen gegenüber den vormals beinahe übermächtigen staatlichen und kirchlichen Obrigkeiten deutlich differenzierter bzw. selbstbewusster. Die Bundesrepublik wirkte fortan in vielen Belangen freisinniger – und damit westlicher.

Zumal die Zeitenwende mit dem Aus für die Große Koalition und dem Zerfall der APO wohlgermerkt noch nicht vorbei war, im Gegenteil: Willy Brandt leitete ab 1969 als erster sozialdemokratischer Bundeskanzler einen grundsätzlichen Kurswechsel gegenüber den östlichen Nachbarstaaten ein, lancierte entspanntere Beziehungen und einen anhaltenden Dialog. Gerade mit dem Grundlagenvertrag von 1972, der einer völkerrechtlichen Anerkennung der DDR entsprach, sollte dabei eine selbstreferentielle Bestätigung und Akzeptanz der Bundesrepublik einhergehen<sup>250</sup>. Trotzdem man sich mit dem Status als Teilstaat mehr oder minder abfinden musste, versuchte man mittlerweile, die Situation auf diplomatischem Wege zu optimieren. Der postulierte „Wandel durch Annäherung“ schwächte den in der Innenpolitik bis dahin streckenweise prädominanten Antikommunismus; der Kalte Krieg büßte ein wenig von seiner Drohkulisse ein, die Atmosphäre entkrampfte sich.

Von der neuen Ostpolitik abgesehen ersann das neue Regierungsbündnis aus SPD und FDP auch diverse Reformen in der Sozial-, Bildungs- und Rechtspolitik, wollte allerdings an erster Stelle „mehr Demokratie wagen“, die Bevölkerung stärker einbinden und sich die konkreten Denkanstöße einer kritischen Öffentlichkeit erschließen. Unter dem Strich gelang durch diese gezielt fördernde Umwerbung, „aber auch fordernde Inanspruchnahme des Bürgers als eines *citoyen*“<sup>251</sup> im Lauf der 70er Jahre praktisch die endgültige Zementierung des parlamentarischen Systems in der Bundesrepublik. Aus der diffusen Skepsis der Anfangsphase war breite Anerkennung erwachsen; die Mehrheit der Deutschen

---

<sup>249</sup> Schildt: *Ankunft im Westen*, S. 103.

<sup>250</sup> Vgl. Weidenfeld/Korte: *Die Deutschen*, S. 148/149.

<sup>251</sup> Schwaabe: *Deutsche Modernitätskrise*, S. 441 (Hervorhebung wie im Original).

war vom Gesellschaftsentwurf des Grundgesetzes eines besseren belehrt worden und wanderte – dem Vorbild der Volksparteien entsprechend – immer weiter in die Mitte. Mit den ideologischen Differenzen schwanden indessen auch die traditionellen Verbundenheiten, konfessionelle und klassenspezifische Milieus verblassten allmählich. Der politische Wettbewerb wurde offener – und obendrein unberechenbarer.

Ein Schlüsselwort in dieser größtenteils dem Wertewandel geschuldeten Entwicklung lautet Individualisierung: Gemeinhin stellen solche Tendenzen „(...) das Selbstgestaltungspotenzial, das individuelle Tun ins Zentrum. Auf eine Formel gebracht: Die Gestaltung der *vorgegebenen* Biographie wird zur *Aufgabe* des Individuums, zum Projekt – wenigstens de jure, weniger de facto.“<sup>252</sup> Folglich sieht sich der Mensch in der Moderne in nahezu allen Bereichen seines Daseins mit einer schier unbegrenzten Fülle an alternativen Wahloptionen konfrontiert, die in unmittelbarem Wettstreit zu seinen althergebrachten Beziehungen stehen und diese augenfällig kaum länger als selbstverständlich erscheinen lassen. Das bloße Einschwenken auf bzw. Nachahmen bewährter Muster genügt nicht mehr, stattdessen sind permanent alle Möglichkeiten auszuloten, so dass die „dialogische Existenz“<sup>253</sup> das Denken und Handeln bestimmt – auch in politischer Hinsicht. Unterdessen orientiert sich ein jeder erst einmal „(...) an den Kräften und Kapazitäten der eigenen Person, er fühlt sich berechtigt, nach Unabhängigkeit zu suchen. An all das, was öffentlich zu entscheiden ist, trägt der Autozentriker individuelle Gesichtspunkte heran, die zunächst nach dem Nutzen fragen.“<sup>254</sup> Weil etwaige Vorteile dennoch auf verschiedensten Wegen zu erzielen sein dürften, mutet eine vorschnelle Beschränkung der eigenen Bewegungsfreiheit durch die dauerhafte Verpflichtung auf ein spezifisches Milieu und dessen politische Vertreter schlechterdings weder plausibel noch sonderlich attraktiv an. Beständige Bindungen an einzelne Interessenorganisationen, denen sich das Individuum vormals aufgrund entsprechender soziokultureller Berührungspunkte anschloss, werden deswegen mehr und mehr von einer meist stark situationsabhängigen, multidimensionalen Vergemeinschaftung abgelöst, die schließlich einer Vergesellschaftung den Weg ebnet<sup>255</sup>.

Im Kontext der politischen Kultur folgen daraus – neben einem Rückgang des Respekts vor Autoritäten – notgedrungen fundamental veränderte Rahmenbedingungen für die

---

<sup>252</sup> Beck, Ulrich: Das Zeitalter des „eigenen Lebens“. Individualisierung als „paradoxe Sozialstruktur“ und andere offene Fragen. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 29/2001, S. 3-6, S. 3 (Hervorhebung wie im Original).

<sup>253</sup> A.a.O., S. 4.

<sup>254</sup> Weidenfeld/Korte: Die Deutschen, S. 82.

<sup>255</sup> Vgl. Schwaabe: Deutsche Modernitätskrise, S. 443.

Parteien, denen zum schleichenden Verlust der eigenen Integrationskraft ferner der disparat dazu verlaufende Anstieg der Volatilität zu schaffen macht. Dahinter verbergen sich zwei eng miteinander verflochtene Problemstränge, denen sich zuweilen lediglich schwer entgegensteuern lässt. Hierbei geraten einerseits die klassischen Cleavages aufgrund des verbreiteten Drangs zur Mitte, von dem erfahrungsgemäß eine Reichweitensteigerung erwartet wird, weitgehend in den Hintergrund; die allgemeinen Diskurse entideologisieren sich, verlieren kontinuierlich an Reiz – und darum auch gleichermaßen an Resonanz. Daneben werden die politischen Dispositionen der Menschen andererseits immer weniger von der für viele anscheinend nicht mehr ausschlaggebenden Konfessions- und Klassenzugehörigkeit determiniert, dafür stärker durch gewisse persönliche Einsichten und Erfahrungswerte sowie das soziale Umfeld geprägt<sup>256</sup>. Der moderne Bürger wägt die zahllosen Lösungsvorschläge also sorgfältig ab und entscheidet sich dann ziemlich unabhängig von alten Loyalitäten, vorwiegend anhand der eigenen Betroffenheit sowie schlichter Kosten-Nutzen-Rechnungen. Aus Akteurssicht erschwert das die Mobilisierung politischer Anhänger in beträchtlichem Maße, was sich etwa in sinkenden Mitgliedszahlen sowie besonders der Auflösung von Stammwählerschaften widerspiegelt<sup>257</sup>.

Den Wertewandel haben zwar die meisten westlichen Nationen durchlaufen, speziell für die Bundesrepublik und deren demokratische Konsolidierung war selbiger jedoch von zweifellos prägender Bedeutung, zumal sich die problematischen Traditionslinien der politischen Kultur darüber fast vollständig verflüchtigt haben. Primär nahmen das Selbstentfaltungstreben und die davon ausgehende „Pluralisierung von Lebensweisen“<sup>258</sup> natürlich den anachronistischen Gemeinschaftsidealen den Wind aus den Segeln. Im Lauf der 70er Jahre hatten sich die Leute mit den alltäglichen Gegebenheiten in einer insgesamt alles andere als homogenen, sich durch tiefe Rationalität und wechselseitige Distanz auszeichnenden Gesellschaft nicht nur arrangiert, sondern ein elementares Bewusstsein für die Vorzüge dieses Lebensstils ausgebildet, der dem intensivierten Bedürfnis nach Selbstbestimmung hochgradig Rechnung zu tragen schien<sup>259</sup>. Die einstige Schwäche gegenüber mythisch eingefärbten Visionen und Illusionen wie der Nation oder der

---

<sup>256</sup> Vgl. Hoffmann-Lange, Ursula/Gille, Martina/Krüger, Winfried: Jugend und Politik in Deutschland. In: Niedermayer, Oskar/Beyme, Klaus von (Hrsg.): Politische Kultur in Ost- und Westdeutschland. Berlin, 1994, S. 140-161, S. 140.

<sup>257</sup> Vgl. Decker, Frank: Post-parlamentarisches Regieren, Entscheidungsblockaden und populistische Reaktion. In: Backes, Uwe/Jesse, Eckhard (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie. 17. Jahrgang. Baden-Baden, 2005, S. 29-52.

<sup>258</sup> Schildt: Ankunft im Westen, S. 85.

<sup>259</sup> Vgl. Schwaabe: Deutsche Modernitätskrise, S. 448/449.

geschlossenen Volksgemeinschaft und die Sehnsucht nach einfachen, hierarchischen Strukturen waren ob der Individualisierung einer genauso nüchternen wie permanenten Wertschätzung der pluralistischen Vielfalt gewichen. Auch das gängige Bild und der Status des Staates hatten sich komplett verändert, vom ehemaligen Alleinvertreter des kollektiven Interesses zu einem Anbieter von Sozialleistungen, der gegenüber dem einzelnen Menschen geradezu in einer Bringschuld steht<sup>260</sup>. Es war diese aktive Emanzipation vom „Sonderbewusstsein“, mit der die Deutschen zum Westen aufschlossen.

Die Bundesrepublik war – und das erwies sich als das entscheidende Moment – samt der Bürger in der Moderne angekommen. Deren Selbstbewusstsein beruhte ergo nicht länger auf Soldatenkult, militärischem Heldentum und ersatzreligiösem Gedankengut, entsprang eher der „durch und durch entzauberten“<sup>261</sup> Gegenwart bzw. dem wohl in jeder Hinsicht erfolgreichen Neuanfang. Während das „Wirtschaftswunder“ anfangs besonders die beeindruckende ökonomische Leistungsfähigkeit der jungen Demokratie prononcierte, betonte man danach bewusst auch die Stärken des politischen Systems<sup>262</sup>. Die Menschen schüttelten die ursprüngliche Reserviertheit ab und kamen kaum umhin, sich mit dem konstitutiven Rahmen des Grundgesetzes immer mehr zu identifizieren. So bringt die Vorstellung des Verfassungspatriotismus<sup>263</sup>, die bezüglich dieser bemerkenswerten Progression häufig angeführt wird, die Sache auf den Punkt: Innerhalb lediglich weniger Dekaden hatten sich die Deutschen zu einer liberalen und vollauf zivilen Gesellschaft entwickelt, die die Härten der eigenen Geschichte zudem nicht länger verdrängte, sondern sich deren schonungslose und stellenweise – wie etwa der Historikerstreit zeigte – durchaus streitbare Analyse vermehrt zur Aufgabe machte.

### **3.6. Typisch deutsch? Pragmatismus und kritische Distanziertheit**

Wenngleich die „Bonner Republik“ mit Beginn der 80er Jahre also zu einer gemeinhin „normalen“ Demokratie gereift war, gab es in Bezug auf das eigene Selbstbild weiterhin eklatante Diskrepanzen gegenüber anderen Staaten des Westens. Wo die meisten Nationen erfahrungsgemäß direkt an die historischen Wurzeln anzuknüpfen vermögen, stand Deutschland nach der Katastrophe des Nationalsozialismus hingegen vor dem absoluten Nichts und musste sich im Kern neu erfinden. Dabei erfolgte angesichts des akuten

---

<sup>260</sup> Vgl. Schwaabe: Deutsche Modernitätskrise, S. 448.

<sup>261</sup> A.a.O., S. 452.

<sup>262</sup> Vgl. Weidenfeld/Korte: Die Deutschen, S. 149.

<sup>263</sup> Dieser Begriff steht im Großen und Ganzen für eine sich in erster Linie an der Verfassung und nicht etwa an der Kulturnation ausrichtende Loyalität der Bürger zum Gemeinwesen. Vgl. Sternberger, Dolf: Verfassungspatriotismus. Rede bei der 25-Jahr-Feier der „Akademie für Politische Bildung“. In: Ders.: Verfassungspatriotismus. Schriften. Band X. Frankfurt am Main, 1990, S. 17-31.

Vakuums an geeigneten, das heißt unbelasteten Bezugspunkten nicht nur von amtlicher Seite eine unvermeidliche Distanzierung gegenüber der düsteren Vergangenheit; auch in der Bevölkerung setzte sich ein emotionaler Bruch mit dem „schwierigen Vaterland“<sup>264</sup> durch, der eigentlich nach wie vor Bestand hat. Dafür sprechen schon der auf vergleichsweise niedrigem Niveau stagnierende Nationalstolz sowie der allgegenwärtige antitotalitäre Konsens<sup>265</sup>.

Die Mehrheit der Menschen strebte nach 1945 in erster Linie nach einer Verbesserung der alltäglichen Lebensverhältnisse und überzeugte sich auf diesem vermeintlichen Umweg einer primär sachlichen und problemorientierten, nicht direkt politischen Vorgehensweise umso nachhaltiger von den Vorzügen der neuen Ordnung. Mit der Zeit entstand daraus tatsächlich eine signifikante, an und für sich positive, obschon phasenweise etwas temperamentlos erscheinende Mentalität, die sich schließlich zur Basis einer originären Identität der Bundesrepublik entwickelte. Das, was deren Staatsbürger fortan verband, war weniger eine auf gemeinsamer Herkunft oder Kultur fußende idealistische Solidarität, als vor allem eine grundsolide Systemzufriedenheit. Die zu Verfassungs- und Wirtschaftspatrioten geläuterten, ansonsten ganz und gar postnational gesonnenen Deutschen sahen in der Demokratie nicht weiter ein abstraktes Konstrukt, sondern einen angenehmen Lebensstil. Man wusste die Stabilität des politischen Systems jedenfalls zu schätzen und engagierte sich mit entsprechender Überzeugung, „jedoch ohne Leidenschaft“<sup>266</sup>. Für das Gros der Bevölkerung hatte das Grundgesetz spätestens in den 80er Jahren selbstverständliche Formen angenommen; Kritik wurde allenfalls partiell an der Beschaffenheit mancher Komponenten im parlamentarischen und sozialstaatlichen Bereich artikuliert, das Fundament in seiner Gesamtheit allerdings nicht mehr hinterfragt. Weitreichende Veränderungen waren im Wege einer ausgesprochen „pragmatische[n] Akzeptanz des Bestehenden als des relativ Besten“<sup>267</sup> regelrecht uninteressant geworden, es ging eigentlich nur noch um graduelle Optimierungen. Der gesellschaftliche Tenor lautete ganz ausdrücklich Reform, nicht Revolution – auch nach dem Regierungswechsel von 1982/83.

---

<sup>264</sup> Greiffenhagen/Greiffenhagen: Schwieriges Vaterland.

<sup>265</sup> Das ungebrochene Einvernehmen und die Tragfähigkeit des antitotalitären Konsenses manifestieren sich nicht zuletzt im hohen Beobachtungsaufwand, der dem politischen Extremismus in der Bundesrepublik zukommt – und das ungeachtet der Tatsache, dass derartige Kräfte hierzulande im westeuropäischen Vergleich zumeist ausgesprochen schwach aufgestellt sind. Vgl. Backes, Uwe/Jesse, Eckhard: Politischer Extremismus in europäischen Demokratien – Rechtsextremismus, Linksextremismus und Terrorismus im Vergleich. In: Dies. (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie. 1. Jahrgang. Bonn, 1989, S. 7-43, S. 35.

<sup>266</sup> Weidenfeld, Werner: Deutschland nach der Vereinigung: Vom Modernisierungsschock zur inneren Einheit. In: Ders. (Hrsg.): Deutschland. Eine Nation – doppelte Geschichte. Köln, 1993, S. 13-26, S. 24.

<sup>267</sup> Schwaabe: Deutsche Modernitätskrise, S. 471.

Mit Blick auf die „geistig-moralische Wende“, die das neue „schwarz-gelbe“ Bündnis vorab vollmundig angekündigt hatte, war gleichwohl wenig Bewegung zu spüren. In der Außen- bzw. Deutschlandpolitik blieb es beispielsweise weitgehend beim wohl ebenso umstrittenen wie im Nachhinein erfolgreichen Kurs der sozialliberalen Koalition, was schlechterdings viele wertekonservative Anhänger enttäuschte. Zumal sich die großen Volksparteien der politischen Mitte – und insofern auch einander – schon soweit angenähert hatten, dass sich inhaltliche Vorstellungen und Zielsetzungen nicht nur zu schneiden, sondern in einigen Zusammenhängen geradezu identisch zu sein schienen. Die Abwesenheit ideologischer Reibungspunkte erweckte insofern den unangenehmen Anschein einer völligen Konformität unter den etablierten Kräften. Gleichzeitig vermochten die Grünen, die wenige Jahre vorher aus der Bürgerinitiativbewegung entstanden und seinerzeit erstmals in den Bundestag eingezogen waren, die desintegrativen Nebenwirkungen der evidenten Nivellierungstendenzen alleine nicht abzufedern. Wiewohl selbige den Politikbetrieb wie auch das zu diesem Zeitpunkt hochkonzentrierte Zweieinhalb-Parteiensystem der Bundesrepublik durchaus auffrischen und mittelfristig sogar erweitern sollten, ebten das allgemeine Interesse und die Bereitschaft zur Partizipation vorerst ab.

Bei weiten Teilen der Bevölkerung wurde das Tagesgeschehen immer häufiger mit Kopfschütteln quittiert, so dass viele anfangen, sich quasi auch innerlich von „Bonn“ zu distanzieren. In der Öffentlichkeit verloren die Spitzen aus Regierung und Opposition auch aufgrund aufsehenerregender Skandale und unpopulärer Richtungsentscheidungen unverkennbar an Reputation. Politikverdrossenheit machte sich breit, wobei dieses Phänomen letztlich nicht ausschließlich auf der argwöhnischen Wahrnehmung der aktuellen Probleme basierte, die Wurzeln lagen deutlich tiefer: In dem Maße wie die fundamentalen Modernisierungs- und Individualisierungsprozesse fort dauerten, nahmen sowohl das Zugehörigkeitsgefühl zu politischen und gesellschaftlichen Zusammenschlüssen als auch die Devotion gegenüber staatlichen Institutionen weiter gedeihlich ab. Klassische intermediäre Organisationen verloren infolgedessen an Gewicht, Mitgliedern und Unterstützern – begonnen mit Parteien und Gewerkschaften bis hin zu den Kirchen. Die selbstbewussteren Betrachtungsweisen und Ansprüche sowie die erhöhte subjektive Kompetenz, die mit der Ausbreitung von Bildung und Wohlstand einhergegangen waren, förderten ein flexibleres Abstimmungsverhalten, speziell unter den

Vorreitern des sozialen Wandels, der „neuen“ Mittelschicht. Der Umgang mit Politik wurde „spielerischer“<sup>268</sup> und somit vieldeutiger.

Daneben sorgten wirtschaftliche Konjunkturschwankungen allenthalben für aufkommende Krisenstimmung. Gleich ob bei „kleinen Leuten“, deren berufliche Perspektiven sich vielleicht ohnehin schon in Grenzen hielten, oder in besser situierten Gesellschaftskreisen, die den erreichten hohen Lebensstandard mit einem Mal in Gefahr sahen. Durch die unaufhaltsame Ausbildung einer „Risikogesellschaft“<sup>269</sup> erwachsen die Angst um den Arbeitsplatz und die Rentenversorgung zu ständigen Wegbegleitern der meisten Deutschen. Während die generelle Wahlbeteiligung zusehends abflaute, schlug sich die grassierende Unzufriedenheit gelegentlich in kurzzeitig steigenden Resultaten für die „sonstigen“ Parteien nieder, was nicht zuletzt auch dem Rechtsextremismus zugute kam<sup>270</sup>. Lanciert durch eine zuweilen zur Polemik neigende Berichterstattung in den Massenmedien ereilte die Leistungen der angeblich abgehobenen Volksvertreter in Parlament und Regierung eine zunehmend skeptischere, nicht selten abfällige Beurteilung. Die Erwartungshaltungen gegenüber den Entscheidungsträgern waren augenfällig genauso drastisch gestiegen wie das Vertrauen gesunken. Zur „Hauptzielscheibe von Kritik, Aggression und Frustration, von Abwendung und Protest“<sup>271</sup> avancierten vor diesem Hintergrund zwangsläufig die Parteien, die durch die genuine Funktion als Kommunikationsplattformen und Bindeglieder zwischen Bürger und Politik für gewöhnlich die größten Angriffsflächen zeigen.

Schon in dieser kurzen Skizze der damaligen Situation klingt die Vielschichtigkeit der angesprochenen Vorgänge an: Unzufriedenheit kann nicht nur auf verschiedensten Ursachen beruhen, sondern sich auch auf diverse Instanzen beziehen – Politiker, Parteien oder das komplette System. Aus demokratietheoretischer Perspektive ist Politikverdrossenheit deswegen jedoch nicht mit grundsätzlichem Desinteresse zu verwechseln, vielmehr muss zunächst zwischen deren jeweiligen Adressaten differenziert

---

<sup>268</sup> Weidenfeld/Korte: Die Deutschen, S. 232.

<sup>269</sup> In diesem soziologischen Modell wird von einem elementaren Bruch der Moderne mit der klassischen Industriegesellschaft ausgegangen. Aufgrund dessen seien die natürlichen und sozialen Gefahren – beispielsweise durch Umweltverschmutzung und Arbeitslosigkeit – heutzutage jedoch nicht mehr bloß hierarchisch bzw. nach Klassen verteilt, sondern betreffen nun im Kern jeden Gesellschaftsbereich. Das begründe eine „Risikogesellschaft“, die sich bei den Menschen erst einmal in Verunsicherung, in der Folge aber auch in bestimmten Formen von Gleichgültigkeit bzw. Resignation niederschlägt. Denn „wo sich alles in Gefährdungen verwandelt, ist irgendwie auch nichts mehr gefährlich.“ Vgl. Beck, Ulrich.: Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne. Frankfurt am Main, 1986, S. 48.

<sup>270</sup> Siehe Kapitel 5.2. und 6.2.6.

<sup>271</sup> Greiffenhagen/Greiffenhagen: Schwieriges Vaterland, S. 175.

werden<sup>272</sup>. Solange das Missbehagen lediglich konkreten Akteuren und deren gewissermaßen zur Natur des Menschen gehörender Fehlbarkeit gilt, liegt normalerweise noch kein Anlass zur Sorge vor. Eng bzw. bedenklich wird die Sache dagegen, wenn der Verfassungskonsens zu bröckeln beginnt, sich die Enttäuschung der Menschen damit auf höheren Ebenen ausdrücklich an der bestehenden Ordnung und deren Werten festmacht und die Vorstellung fundamentaler Veränderungen aus Sicht der Mehrheit immer attraktiver wird. Die Bundesrepublik der 80er Jahre zeichnete unter diesen Aspekten zunächst ein ambivalentes Bild, das sich in der Nahaufnahme dennoch entzerrt.

Auf der einen Seite brachten die Ansätze einer punktuellen Abwendung vom parlamentarischen System und die verschärften Ressentiments gegen „die da oben“ vermutlich wenigstens bei einigen Menschen gewisse, über das Kriegsende hinaus bewahrte Relikte der obrigkeitsstaatlichen Kultur zum Ausdruck. Manche Bürger schienen mit der ständigen „Gratwanderung zwischen Individualisierung und Sicherheit“<sup>273</sup>, den vervielfachten Anforderungen und der Auflösung vertrauter Beziehungsgeflechte zeitweise überfordert zu sein. Das andauernde Überangebot an Optionen verlangt jedenfalls unentwegt nach selbständigen Orientierungsleistungen und Entscheidungen – und mag somit je nach Charakter mehr als Erschwernis denn als Chance anmuten. Allgemeine Anhaltspunkte dafür, dass die Deutschen die Moderne womöglich doch noch nicht zu hundert Prozent verinnerlicht hatten, fanden sich etwa in der immensen Wertschätzung für Disziplin und Sorgfalt, dem unweigerlichen Respekt vor Sachkompetenz und dem dringenden Bedürfnis nach eindeutig fixierten Verantwortlichkeiten, die in der Summe eine latente Sehnsucht nach Bestimmtheit und Sicherheit in festen Strukturen erkennen ließen. Für die Politik ergaben sich daraus eine auffällige Konfliktscheu in Kombination mit mäßig ausgeprägter Kompromissfähigkeit, ein in vielen Beziehungen eingeschränktes Verständnis für Opposition und die Bedürfnisse von Minderheiten, hohe Erwartungen an die sozialstaatlichen Versorgungsinstanzen sowie schließlich eine hinlängliche Fokussierung auf die Exekutive<sup>274</sup>.

Andererseits gaben der entschiedene Widerstand gegen als „falsch“ empfundene Weichenstellungen und das Aufbegehren gegen soziale Ungerechtigkeiten freilich ein Abklingen gerade solcher traditioneller Dispositionen zu erkennen: Die Menschen verließen sich nun eben nicht mehr auf fremde Hilfe, neigten stattdessen stärker dazu, die

---

<sup>272</sup> Vgl. Decker, Frank: Politikverdrossenheit ohne Ende? Zur Krise der deutschen Parteiendemokratie. In: Gesellschaft – Wirtschaft – Politik, Jahrgang 54, 2005, Heft 1, S. 101-125, S. 102.

<sup>273</sup> Weidenfeld/Korte: Die Deutschen, S. 232.

<sup>274</sup> Vgl. Greiffenhagen/Greiffenhagen: Schwieriges Vaterland, S. 76 und S. 114/115.



Dinge falls nötig selbst in die Hand zu nehmen, die Initiative zu ergreifen und sich zur Wehr zu setzen – auch wenn die Meinungsäußerungen stellenweise unkonventionell ausfielen und auf Wege abseits partizipatorischer Normen auswichen<sup>275</sup>. Der offenkundige Vertrauensschwund und die sinkende Bereitschaft zu dauerhaften Bindungen mussten deshalb nicht automatisch für den Einzug apathischer Verhaltensweisen sprechen, sondern waren ohne weiteres auch als „(...) Ergebnis von wachsendem Unabhängigkeitsbewußtsein und politischer Sensibilität zu deuten. Ein starker Drang zur Eigenständigkeit kommt da zum Vorschein.“<sup>276</sup> Persönliche Wunschvorstellungen und Prioritäten hatten sich mit dem Wertewandel stark verschoben. Die Bürger der Bundesrepublik waren und sind dem Wesen nach zwar alles andere als unpolitisch, „(...) doch im Mittelpunkt ihres individualisierten Lebens stehen andere Bereiche. Ihre Existenz ist nicht eine primär politische.“<sup>277</sup> Ungeachtet der außergewöhnlich hohen Grundloyalität zur Idee der Demokratie haben sich die Deutschen eine kritische Distanziertheit zum bestehenden politischen System bewahrt<sup>278</sup>; man weiß um dessen Vorzüge, hält aber prinzipiell nichts und niemanden für perfekt, vertraut stets mehr auf den Verstand als auf das Herz. Ergo deckt sich diese ganz und gar pragmatische Mentalität mit dem besonders aufgrund seiner angeblichen „Erlebnisarmut“ beanstandeten Modell des Verfassungspatriotismus. Was dabei allerdings

„(...) vielfach als Mangel, gar als Fehler bezeichnet oder gebrandmarkt wird, ist gerade der Vorteil: Die rationale Einsicht in eine Herrschaftsform stärkt das Bewußtsein über das eigene Leben und Erleben in ihr, während die emotionale Begegnung dazu führt, ein selbsterstelltes Wunschbild an der Wirklichkeit zu messen und diese für allen Harm und Hader in Anspruch zu nehmen.“<sup>279</sup>

Gewissermaßen liegt im logisch-nüchternen Geist der Bürger darum eine ebenso latente wie elementare Reserve für die Stabilität der Bundesrepublik.

Demnach entsprach die Politikverdrossenheit, die Deutschland in den 80er Jahren einholte, im Rückblick einem weiteren wichtigen Schritt in Richtung einer „Normalisierung“. Der jähe Beteiligungsrückgang auf ein im internationalen Vergleich nach wie vor exzellentes Maß gereichte der jungen Demokratie zum erneuten Belastungstest, vermochte deren Bestand jedoch nie ernsthaft zu gefährden. Entscheidend war, dass sich die Menschen

---

<sup>275</sup> Vor diesem Hintergrund lässt sich Unzufriedenheit auch anhand vorderhand unpolitischer Handlungsformen wie Nicht- und Protestwahl artikulieren, wenngleich die Häufung derartiger Verhaltensweisen letztlich alles andere als wünschenswert scheint. Vgl. Pickel, Gert: Jugend und Politikverdrossenheit. Zwei politische Kulturen im Deutschland nach der Vereinigung? Opladen, 2002, S. 380/381.

<sup>276</sup> Weidenfeld/Korte: Die Deutschen, S. 141.

<sup>277</sup> Schwaabe: Deutsche Modernitätskrise, S. 471.

<sup>278</sup> Vgl. Rudzio: Politische Kultur, S. 545/546.

<sup>279</sup> Rausch, Heinz: Politisches Bewußtsein und politische Einstellungen im Wandel. In: Weidenfeld, Werner (Hrsg.): Die Identität der Deutschen. Bonn, 1983, S. 119-153, S. 122.

unter dem Dach des Grundgesetzes bereits absolut zuhause fühlten, so dass manche Engagement und Partizipation bewusst zurückschraubten, wohingegen die Politik für andere de facto auch vorher schon von allenfalls sekundärem Gewicht war. Allerdings schien die Mehrheit von den Annehmlichkeiten des stetigen Aufwärtstrends inzwischen so sehr verwöhnt, dass selbst das Auftreten von – nach gegenwärtigem Stand – relativ geringfügigen sozioökonomischen Problemen in gravierenden Vertrauensverlusten und impulsiver Abwendung von den zu „Sündenböcken“ gemachten Parteien und Politikern resultierte. Nachdem die Unzufriedenheit weiter Bevölkerungsteile die politischen Kräfte aber geradewegs dazu drängte, sich selbst zu hinterfragen und die Konzepte den gewandelten Bedürfnissen anzupassen, gingen davon am Ende hin und wieder sogar durchaus positive, demokratisierende Effekte aus.

Die eigentliche Bewährungsprobe sollte die Bundesrepublik sowieso erst 1989/90 ereilen. Nach jahrzehntelangem Nebeneinander kulminierten die dramatischen Entwicklungen jenseits des „Eisernen Vorhangs“ in der gemeinhin kaum mehr für möglich gehaltenen Wiedervereinigung. Die ebenso zahlreichen wie vielschichtigen Bedenken, die dagegen seitens in- und ausländischer Beobachter angemeldet wurden, entpuppten sich aber zusehends als unbegründet: Die befürchtete Rückkehr zu Größenwahn und „Sonderbewusstsein“ blieb aus, stattdessen dominierte der „Eindruck echter Unbeholfenheit im Umgang mit nationalen Gefühlen oder gar nationaler Pathetik“<sup>280</sup>. Die Deutschen blieben sich selbst bzw. dem eigenen Pragmatismus treu und trieben den historisch einmaligen Prozess fernab ekstatischen Überschwangs, „eher kaufmännisch nüchtern und nach Kosten-Nutzen-Gesichtspunkten“<sup>281</sup> voran. Mit dem Beitritt der DDR zum Grundgesetz war der einstige „Sonderweg“ ohne Zweifel an einem „wichtigen Zielpunkt“<sup>282</sup> angekommen; aus dem anfänglichen Provisorium der „Bonner Republik“ erwuchs die vergrößerte, allerdings auch saturierte „Berliner Republik“, die sich anschickte, sich zum Motor der europäischen Integration aufzuschwingen – ein neues Zeitalter hatte angefangen.

Die erste Begeisterung war dennoch nur von kurzer Dauer und wich zutiefst ernüchterten Befunden, nachdem die zwangsläufigen Schwierigkeiten, mit der eine zügige Verschmelzung zweier Staaten mit derart diametral ausgerichteten politischen Systemen einhergehen musste, zunehmend klarer wurden. Besonders die wirtschaftliche Misere in den neuen Bundesländern hatte die „schwarz-gelbe“ Regierung scheinbar komplett

---

<sup>280</sup> Schwaabe: Deutsche Modernitätskrise, S. 484.

<sup>281</sup> Weidenfeld/Korte: Die Deutschen, S. 139.

<sup>282</sup> A.a.O., S. 236.

unterschätzt, von „blühenden Landschaften“ war hier mithin schon bald keine Rede mehr. Der Löwenanteil der dortigen Industrie war entweder schon ausrangiert oder erwies sich als völlig veraltet, so dass die Kosten für den Aufbau und die obligatorische Angleichung der Lebensverhältnisse an das westliche Niveau explodierten. Zudem rollte auf der Ebene der „inneren Einheit“ auch das nötige Zusammenwachsen der Gesellschaft im neuen Gesamtdeutschland alles andere als reibungslos an. Die Grenzbarrieren mochten mittlerweile demontiert sein, bei den Menschen hatte die Teilung aber beachtliche Spuren hinterlassen; in vielen Köpfen – wohlgemerkt auf beiden Seiten – existierte weiterhin eine Mauer. Zwischen Ost und West standen zu dieser Zeit über 40 Jahre voller unterschiedlicher Erfahrungen und Gewohnheiten, Perspektiven, Orientierungen und Bedürfnisse. Kurzum: Das Lebensgefühl war ein völlig anderes.

### **3.7. Exkurs: Das „andere“ Deutschland**

Gleichwohl die DDR und die Bundesrepublik für einander stets Bezugspunkte und Vergleichsgesellschaften dargestellt haben<sup>283</sup>, hätte deren Geschichte seit der Gründung 1949 kaum entgegengesetzter verlaufen können. Während sich Westdeutschland sowohl politisch als auch wirtschaftlich eng an die USA anlehnte, schnell eine stabile parlamentarische Demokratie etablierte und zur modernen, wohlhabenden Industrienation avancierte, entstand jenseits der Elbe unter dem unverhohlenen Einfluss der Sowjetunion eine exakte Negativfolie dazu. Hinter dem Deckmantel der „Volksdemokratie“ wurde ein im Großen und Ganzen totalitäres Herrschaftssystem etabliert, das den Menschen weder Grundrechte noch individuelle Freiheiten einräumte. Im Gegenteil, das abstrakte Kernziel lag de facto darin, das Individuum aus seiner scheinbar egoistischen Veranlagung zu lösen und zu einem Gattungswesen zu formen, dessen eigener Wille schlussendlich in dem des Kollektivs aufgehen sollte<sup>284</sup>. In Anbetracht des vorausgeschickten Selbstverständnisses des „Arbeiter-und-Bauern-Staates“ vermochte der Weg dorthin freilich nur über die „Diktatur des Proletariats“ zu führen, die der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) zu unweigerlicher Dominanz und fast unbegrenztem Einfluss verhalf. Deren absoluten Machtanspruch sicherte außerdem eine ausufernde Bürokratie, die eine akribische Bspitzelung und dauerhafte Indoktrination der Bevölkerung ebenso zur

---

<sup>283</sup> Den Bundesbürgern dienten die politischen Verhältnisse im Osten vor allem zur Bestätigung des demokratischen Systems, dessen praktische Vorteile im Vergleich damit umso deutlicher aufleuchteten. Die Menschen in der DDR konzentrierten sich hingegen in erster Linie auf den komfortablen Lebensstandard der Nachbarn im Westen, mit deren Wohlstand und Wachstum die eigene Planwirtschaft nie Schritt halten konnte.

<sup>284</sup> Vgl. Weidenfeld/Korte: Die Deutschen, S. 170/171.

Behördenaufgabe erklärte wie schonungslose Bestrafungen. Bei näherer Betrachtung mussten sich die vordergründigen Spuren pluralistischer Strukturen – wie etwa die Durchführung von Wahlen – somit ausnahmslos als perfides Blendwerk entpuppen.

So fing die allumfassende Ideologisierung der Gesellschaft an mit einem Schulsystem, das neben dem allgegenwärtigen marxistisch-leninistischen Weltbild über den „Wehrunterricht“ auch militaristischen Drill vermittelte, setzte sich in komplementären Verbänden wie der Freien Deutschen Jugend (FDJ) oder der Gesellschaft für Sport und Technik (GST) fort, die entsprechendes Gedankengut in den Freizeitbereich hineintransportierten, und verdichtete sich zum Versuch, den Menschen eigentümliche Wortschöpfungen und Formeln zu oktroyieren, die auf eine allgemeine Distanzierung im Verhältnis zum als „Klassenfeind“ diffamierten kapitalistischen Westen abzielten<sup>285</sup>. Obendrein nahm der kategorische Antifaschismus der DDR, der sich in solch künstlichen Ausdrücken und sprachlichen Regelungen zuspitzte, in der Öffentlichkeit eine zentrale Rolle ein: Besonders im Kontext der Auseinandersetzung mit der Bundesrepublik und deren staatstragenden Kräften sowie der parallelen Rechtfertigung der gegenwärtigen politischen Verhältnisse gelangte diese propagandistische Allzweckwaffe immer wieder zur Anwendung<sup>286</sup>. Ansonsten hat eine ernsthafte Aufarbeitung der Vergangenheit hingegen nie stattgefunden. Das SED-Regime wollte sich des historischen Ballasts schon gleich zu Beginn entledigen, indem es sich einfach selbst zum direkten Ableger des vermeintlich vorrangig von der Arbeiterklasse getragenen Widerstands gegen den Nationalsozialismus hochstilisierte – und dessen gesellschaftliche Wurzeln damit für vollständig getilgt deklarierte<sup>287</sup>.

Um den Schein dieses Gründungsmythos zu bewahren wurde – unter Federführung des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) – erfahrungsgemäß jegliche Form der Opposition bereits im Keim erstickt; nicht nur Medien und Kultur unterlagen strenger Gängelung, die Menschen mussten mit Kritik ebenfalls sehr vorsichtig sein. Der juristische Tatbestand der „staatsfeindlichen Hetze“ erwies sich vor diesem Hintergrund als ausgesprochen dehnbar und konnte schon bei vergleichsweise belanglosen Regelverstößen beträchtliche Sanktionen nach sich ziehen, zumal die DDR kein Rechtsstaat im eigentlichen Sinne war.

---

<sup>285</sup> Das wohl geläufigste Beispiel dafür dürfte die euphemistische Bezeichnung der Berliner Mauer als „antifaschistischer Schutzwall“ sein, die den Bürgern der DDR suggerieren sollte, durch deren Bau nicht eingesperrt, sondern vor akuten Bedrohungen aus dem Westen geschützt worden zu sein.

<sup>286</sup> Vgl. Backes: Politische Extreme, S. 186.

<sup>287</sup> Art. 6 Abs. 1 der DDR-Verfassung von 1974 lautete demnach: „Die Deutsche Demokratische Republik hat getreu den Interessen des Volkes und den internationalen Verpflichtungen auf ihrem Gebiet den deutschen Militarismus und Nazismus ausgerottet. Sie betreibt eine dem Sozialismus und dem Frieden, der Völkerverständigung und der Sicherheit dienende Außenpolitik.“

Das Leitmotiv des „demokratischen Zentralismus“, das deren Strukturen bestimmte, duldet keinerlei Widersprüche, verlangte vielmehr bedingungslose Linietreue. Gerade in der Berufswelt spiegelte sich die ausgeprägte „Soziologie von Befehl und Gehorsam“<sup>288</sup> allenthalben wider. In dem Maße wie die Ostdeutschen letztlich in einer enorm statischen Arbeits- und gleichzeitig von den ständigen Verknappungen und Ausfällen der Planwirtschaft gezeichneten Mangelgesellschaft lebten, ging die Bedeutung eines festen Beschäftigungsverhältnisses weit über den hauptsächlichen Broterwerb hinaus.

„Arbeit lieferte Einkommenssicherheit, soziale Sicherheit, Versorgung der Familie mit Wohnung, Kantinenessen, Kindergärten; Arbeit stellte Kulturleistungen bereit, regelte weitgehend Freizeit- und Urlaubsaktivitäten, bot Gelegenheit für Geselligkeit und über Deputatleistungen und den Tauschmarkt auch ökonomische Vorteile.“<sup>289</sup>

Das entscheidende Kriterium für den Anspruch darauf war zumeist eine von Gefügigkeit und Loyalität zeugende Kaderakte, die einem Gradmesser für Auf- oder Abstieg, Ruhe oder Drangsalierung entsprach. Mit Blick auf die enorme Kontrolle, die der Staat demnach über den einzelnen Bürger und dessen Biographie auszuüben im Stande war, neigte die große Mehrheit zur Kapitulation als Weg des geringsten Widerstands. Man fand sich mit dem Unabänderlichen ab, assimilierte sich nach außen soweit als nötig und zog sich sonst in die vertrauten Nischen von Familie und Freundeskreis zurück. Die Not wurde im Prinzip zur Tugend gemacht, die das gelegentlich Positive mitnahm und das viele Negative zu verdrängen versuchte. Mit anderen Worten: „Am Staat schätzte man seine Schutz- und Ordnungsfunktion, an den Gemeinschaftsaktivitäten Wärme und Gemütlichkeit.“<sup>290</sup> Was zurückblieb, war gemeinhin ein Leben in permanenter Ambivalenz, um nicht zu sagen eine „Dauerschizophrenie“<sup>291</sup> zwischen öffentlichem und privatem Bewusstsein, die erkennbar zu Lasten des Selbstvertrauens ging und oftmals Symptome wie Unsicherheit, Labilität und Abhängigkeit zeitigte. Der fortwährende Konformitätsdruck machte einerseits alle irgendwie zu Opfern, ließ andererseits jedoch jeden einzelnen mit der eigenen angepassten Kulisse auch die „Deformierung als Täter“<sup>292</sup> forttragen – und mündete insofern in einen Teufelskreis.

Dass sich die Bevölkerung der DDR nach dem gescheiterten Volksaufstand vom 17. Juni 1953 über Jahrzehnte hinweg kaum mehr gegen die massive Beschränkung der

---

<sup>288</sup> Greiffenhagen, Martin/Greiffenhagen, Sylvia: Eine Nation: Zwei politische Kulturen. In: Weidenfeld, Werner (Hrsg.): Deutschland. Eine Nation – doppelte Geschichte. Köln, 1993, S. 29-45, S. 41.

<sup>289</sup> A.a.O., S. 33.

<sup>290</sup> A.a.O., S. 35.

<sup>291</sup> Weidenfeld/Korte: Die Deutschen, S. 164.

<sup>292</sup> Maaz, Hans-Joachim: Eine Therapie für Deutschland? Psychosoziale Aspekte im deutschen Einigungsprozeß. In: Weidenfeld, Werner (Hrsg.): Deutschland. Eine Nation – doppelte Geschichte. Köln, 1993, S. 83-95, S. 84.

individuellen Selbstbestimmung und die kontinuierlichen Versorgungsdefizite auflehnte, dürfte indessen auch deren spezifischer Sozialstruktur geschuldet gewesen sein. Nachdem die breite Masse der ursprünglichen bürgerlichen Eliten unter dem SED-Regime keine Perspektiven gesehen und das Land frühzeitig verlassen hatte, waren dort nämlich fast nur „kleine Leute“ geblieben<sup>293</sup>. Und im Kontext der politischen Kulturforschung werden diese für gewöhnlich mit einem ganz bestimmten Motiv bedacht: Der Angst.

„Kleinbürger haben keine Reserven und keine Verbindungen. Im Berufsleben sind sie meist an nachgeordneter Stelle tätig, müssen auf Anweisung arbeiten und sind stolz, wenn sie es ihrem Vorgesetzten recht machen. Mit dieser Bereitschaft zum Gehorsam, häufig auch vorauseilendem Gehorsam, passen sie sich in autoritäre Führungshierarchien ein. Dabei treten neben Beflissenheit auch apathische Verhaltensweisen: gehe nicht zu Deinem Fürst, wenn Du nicht gerufen wirst.“<sup>294</sup>

Für die Bevölkerung in der sowjetischen Besatzungszone mag sich daher nach 1945 manches geändert haben, vieles war im Wesentlichen jedoch gleich geblieben. So offenbarte sich in deren schicksalsergebenem Ausharren und Stillhalten eine ungebrochene Kontinuität zur obrigkeitsstaatlichen Kultur, mit der das SED-Regime eine „ungute Allianz“<sup>295</sup> einging. In der Folge war man lange geneigt, im Tausch gegen Sicherheit und Fürsorgeleistungen ein gewisses Maß an Vormundschaft zu akzeptieren oder wenigstens nicht dagegen aufzubegehren. Gleichzeitig kam die althergebrachte Gemeinschaftsorientierung, von der sich der Westen schon komplett emanzipiert hatte, dem Leben in der Mangelgesellschaft des „real existierenden Sozialismus“ absolut entgegen: Die wirtschaftlichen Engpässe, mit denen sich ein jeder Tag für Tag in Form des Fehlens einfachster Gebrauchsgegenstände auseinanderzusetzen hatte, waren im Grunde nur im solidarischen Verbund zu ertragen, so dass das Wohl des Ganzen in der allgemeinen Wertschätzung naturgemäß höher stand als die Freiheit des Einzelnen. Hierdurch lautete das oberste Gebot Harmonie; Konfrontationen oder Konflikte wurden von vornherein vermieden. Angesichts der mangelnden Offenheit politischer Diskurse, die in der Regel – wenn überhaupt – fast nur im persönlichen Vertrautenkreis stattfanden, musste den Menschen sowieso die nötige Routine in der Auseinandersetzung mit divergierenden Meinungen fehlen<sup>296</sup>. Mithin verschwand Dissens darum häufig hinter vorgetäuschem Konsens, so dass die in der Summe gleichsam servile Mentalität dem starken Staat geradewegs in die Karten spielte.

Was sich erst ab den 70er Jahren ändern sollte, als die problematischen Traditionen allmählich an Wirkung einbüßten – die Triebfeder war wohl wiederum ein Wertewandel.

---

<sup>293</sup> Vgl. Greiffenhagen/Greiffenhagen: Schwieriges Vaterland, S. 374.

<sup>294</sup> Ebd.

<sup>295</sup> A.a.O., S. 376.

<sup>296</sup> Vgl. Misselwitz, Hans-J.: DDR: Geschlossene Gesellschaft und offenes Erbe. In: Weidenfeld, Werner (Hrsg.): Deutschland. Eine Nation – doppelte Geschichte. Köln, 1993, S. 103-112, S. 107.

Gleichwohl sich nachträglich weder mit Gewissheit sagen lässt, ob ein solcher in der DDR stattgefunden hat<sup>297</sup>, noch welches Ausmaß dieser erreicht haben mag<sup>298</sup>, dürften die enorme Anziehungskraft des westlichen Lebensstils und dessen Funktion als Fixpunkt verbreiteter Wohlstandssehnsüchte schwerlich zu leugnen sein. Ungeachtet des offiziellen Verbots verschafften sich viele Menschen östlich der Elbe über die Medien der Bundesrepublik, an erster Stelle das Fernsehen, ein eigenes Bild von den Zuständen und Entwicklungen auf der anderen Seite des „Eisernen Vorhangs“ – und das alltäglich, ohne jede Form der Zensur. Aufgrund dessen steht durchaus zu vermuten, dass die um sich greifenden Individualisierungstendenzen, von denen darüber zu erfahren war, den Angehörigen des „Arbeiter-und-Bauern-Staates“ ebenfalls nicht völlig verborgen geblieben sind und es dahingehend wahrscheinlich wenigstens erste Ansätze gegeben haben dürfte. Der elementare Unterschied lag hingegen darin, dass „(...) die ostdeutsche Selbstentfaltungorientierung mehr in den hedonistisch-materialistischen Bereich verschoben erschien. Gleichzeitig waren die jungen Leute leistungsorientierter als im Westen.“<sup>299</sup>

Die vorhandene Bereitschaft, die eigenen Bemühungen für ein angenehmeres Leben entsprechend zu erhöhen, deckte sich allerdings nicht im Geringsten mit den Möglichkeiten, diesen Wunsch innerhalb der existierenden Ordnung zu verwirklichen, da sich die Bildungsexpansion, die damals die Gesellschaft der DDR modernisierte, auf dem Level der Politik nicht adäquat niederschlug. „Grob ausgedrückt, war die SED-Führung nicht in der Lage, diesem von ihr selbst vorangetriebenen fundamentalen Vorgang ihren Stempel aufzudrücken. So wurde der von ihr selbst ‚geplante und geleitete‘ Entwicklungsprozeß zur Falle (...).“<sup>300</sup> Der Graben, der die Haltungen und Sichtweisen des überalterten, reformresistenten Nomenklaturkaders um den Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker von den tatsächlichen Lebensbedingungen, Bedürfnissen und Einstellungen der Bevölkerung trennte, drohte im Lauf der 80er Jahre immer tiefer zu werden.

---

<sup>297</sup> Zumal aus dieser Zeit keinerlei unabhängige Meinungserhebungen und Befunde vorliegen, da die DDR-Demoskopie primär auf die Bestätigung politischer Vorgaben abzielte.

<sup>298</sup> In der Literatur weichen die Befunde dazu weit voneinander ab; so meinen manche Beobachter, in der ehemaligen DDR keinerlei Merkmale eines Wertewandels ausmachen zu können und verweisen in erster Linie auf die Gemeinsamkeiten mit der Gesellschaft der Bundesrepublik in den 50er Jahren – und zwar durchgängig, ohne Unterschiede zwischen den Generationen. Für andere steht eine elementare Veränderung der Blickwinkel und Bedürfnisse in weiten Teilen der ostdeutschen Bevölkerung dagegen außer Frage. Vgl. Noelle-Naumann/Petersen: *Zeitenwende*, S. 18/19; Greiffenhagen/Greiffenhagen: *Eine Nation*, S. 44; Klages, Helmut/Gensicke, Thomas: *Geteilte Werte? Ein deutscher Ost-West-Vergleich*. In: Weidenfeld, Werner (Hrsg.): *Deutschland. Eine Nation – doppelte Geschichte*. Köln, 1993, S. 47-59, S. 53/54.

<sup>299</sup> Klages/Gensicke: *Geteilte Werte?*, S. 54.

<sup>300</sup> A.a.O., S. 57.

Die ernstgemeinte Loyalität zum starren, einengenden System und der Glaube an den Sozialismus entschwanden stetig, vor allem in Reihen der jüngeren Generation, die sich einstweilen ein Ventil in subkulturellen Gruppierungen suchte und damit ein immenses Risiko einging. Während die aufkommende Punkbewegung dem Verwaltungsapparat in erster Linie aufgrund des unangepassten Habitus missfallen musste, bedeutete die Formierung einer neonationalsozialistischen Skinhead-Szene in ideologischer Hinsicht die ultimative Provokation bzw. eine bewusste Lossagung von der DDR durch die Verbrüderung mit dem Feind des Feindes<sup>301</sup>. Nachdem das MfS anfangs vergeblich versucht hatte, dieses im Untergrund brodelnde Phänomen in den Griff zu bekommen, das Problem nach außen aber vorerst in den Mantel des Schweigens zu hüllen bzw. als vereinzeltes „Rowdytum“ zu bagatellisieren<sup>302</sup>, wurde die Scheinidylle ausgangs der Dekade durch eine Serie von brutalen Gewaltexzessen ein für allemal hinfällig. Die Existenz des Rechtsextremismus ließ sich augenscheinlich kaum länger leugnen, Mythos und Eigenanspruch des antifaschistischen Staats kollabierten in sich<sup>303</sup>. Ansehen und Legitimation des SED-Regimes trugen schwere Schäden davon – das nahende Auseinanderbrechen schien seine Schatten vorauszuwerfen.

Passend zu diesem demonstrativen Protest eines geringen, wenngleich wachsenden Anteils der Menschen nahm die Anzahl offizieller Ausreiseanträge seinerzeit nämlich genauso zu wie die der so genannten „Republikflüchtlinge“ und steigerte sich spätestens 1989/90 zur massenhaften Abwanderung. Im Zuge des geschichtlich einmaligen Wandels, der zu jener Zeit ganz Osteuropa ereilte, blutete die DDR bereits unaufhaltsam aus, nach innen wie nach außen. Unter Berücksichtigung der sich verschärfenden wirtschaftlichen Lage zeigte sich die Mehrheit einfach nicht mehr willens, Unrecht und Unterdrückung weiterhin wortlos zu erdulden, schüttelte die Bevölkerung die jahrzehntelange Lethargie ab, um sich

---

<sup>301</sup> In Reaktion auf die staatlichen Restriktionen vermittelte der Rechtsextremismus in der DDR ein vollkommen anderes Bild als in der Bundesrepublik – und das erfahrungsgemäß nicht nur in Bezug auf seine organisatorische Beschaffenheit: So gab sich gerade die Skinhead-Szene gemeinhin „(...) wesentlich stärker politisch geprägt, erheblich militanter als ihr Pendant in den alten Bundesländern vor 1989, da sie sich als ‚nationalsozialistische Opposition gegen den kommunistischen Apparat‘ verstand.“ Vgl. Marschall, Stefan: Rechtsextremismus und deutsche Einheit. In: Backes, Uwe/Jesse, Eckhard (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie. 7. Jahrgang. Baden-Baden, 1995, S. 176-183, S. 181.

<sup>302</sup> Vgl. Siegler, Bernd: Auferstanden aus Ruinen. Rechtsextremismus in der DDR. Berlin, 1991, S. 77; Süß, Walter: Zu Wahrnehmung und Interpretation des Rechtsextremismus in der DDR durch das MfS. In: Deutschland Archiv 26, 1993, Heft 4, S. 388-406.

<sup>303</sup> Spätestens im Zusammenhang mit dem Skinhead-Überfall auf ein inoffizielles Punk-Konzert in der Berliner Zionskirche am 17. Oktober 1987 sah sich das MfS zum Handeln gezwungen und ging infolgedessen energisch gegen derartige Bestrebungen vor. Über die folgende Prozesswelle durften daher sämtliche Medien berichten, so dass das Thema Rechtsextremismus in der DDR fortan kein Tabu mehr blieb. Gleichzeitig drängten das öffentliche Interesse und der steigende Verfolgungsdruck die einschlägigen Gruppierungen weiter in den Untergrund – und setzten somit eine strategische Umorientierung in Gang, die sich auch in äußerlichen Verschleierungsversuchen niederschlug. Vgl. Süß: Rechtsextremismus in der DDR, S. 397/398.



in neu gegründeten Bürgerinitiativen zu engagieren oder gemeinsam auf die Straße zu ziehen und dem angestauten Unmut endlich Nachdruck zu verleihen. Unter dem Motto „Wir sind das Volk“ bzw. „Wir sind ein Volk“ setzte bald eine friedliche Revolution ein, die in der Deutschen Einheit ein gleichermaßen unverhofftes wie glückliches Ende finden sollte.

Bei aller Begeisterung über die überwundenen Grenzen standen zwischen Ost und West anfangs allerdings nicht nur ziemlich verschiedene Lebensbedingungen, sondern auch sehr spezifische Gefühlswelten: Während der Fokus der Bevölkerung in den alten Bundesländern – mit Blick auf den eigenen Besitzstand – vornehmlich den gewachsenen wirtschaftlichen Belastungen galt, ging die erlangte Freiheit für die Bürger im Beitrittsgebiet mit einem gewaltigen Umbruch einher, in dem sich sämtliche Bedingungen des gewohnten Daseins auflösten<sup>304</sup>. Der gebotene „Sprung in die Moderne“<sup>305</sup> ließ kaum zeitlichen Spielraum, um die Erfahrung der Diktatur zumindest abzuschütteln, geschweige denn aufzuarbeiten, konfrontierte die Menschen stattdessen ziemlich unvermittelt mit den Erfordernissen der parlamentarischen Demokratie und Marktwirtschaft, pluralistischer Vielfalt, Multikulturalität und Wettbewerb auf allen Ebenen. Jeder Einzelne war nun auf sich selbst gestellt, musste Verantwortung übernehmen, Entscheidungen treffen – und gegebenenfalls die Konsequenzen tragen. Ein derartiges Maß an Eigenständigkeit verbunden mit der freien Wahl aus einer Vielzahl an gleichberechtigten Optionen war den Ostdeutschen bis dahin nicht vergönnt und dürfte verständlicherweise so manchen verwirrt und eingeschüchtert bzw. überfordert haben. Jedenfalls nahmen viele die sich auftuenden Chancen vor allem als Risiken wahr. Die ursprüngliche Hoffnung auf ein unbeschwertes Leben in Wohlstand und Sicherheit, die man untrennbar mit dem Westen assoziiert hatte, erwies sich deshalb schnell als utopische Wunschvorstellung.

So ging nach dem Abebben der Euphorie ob der massenhaften Schließung maroder Industriebetriebe und grassierender Arbeitslosigkeit östlich der Elbe die Ernüchterung um. Die Zukunftsaussichten in der DDR mochten ohne Zweifel nicht sonderlich attraktiv gewesen sein, hatten sich dafür aber – aufgrund der allgemeinen Statik des Systems – wenigstens halbwegs verlässlich gestaltet. Die Menschen begegneten dem tiefen Sturz in die Ungewissheit darum bisweilen mit der beinahe trotzigen Überbetonung der eigenen Identität. Im Nachhinein stellte sich nun weitaus nicht mehr alles schlecht dar, wurden

---

<sup>304</sup> Vgl. Weidenfeld: Deutschland nach der Vereinigung, S. 16.

<sup>305</sup> Ebd.

hauptsächlich die kollektive Gleichheit in einer starken Gemeinschaft sowie das hohe Maß an staatlicher Fürsorge verklärt und die Befreiung von den Fesseln konsequenter Bevormundung und Unterdrückung häufig zum Verlust der Geborgenheit stilisiert. Die in der Bevölkerung aufkeimende „Ostalgie“ erinnerte sich der sozialen Wärme der einstigen Nischengesellschaft, der Solidarität und menschlichen Nähe, an der es der „Berliner Republik“ angeblich so sehr mangelte. Wenngleich wahrscheinlich die wenigsten den „real existierenden Sozialismus“ ernsthaft zurückhaben wollten, entstand „(...) eine Art Sehnsucht nach einer DDR, wie sie hätte gewesen sein können, wenn sie nicht die DDR gewesen wäre.“<sup>306</sup>

Abseits der nachhaltigen Desillusionierung kamen in der verbreiteten Rückwärtsgewandtheit der Ostdeutschen natürlich auch die naheliegenden Anpassungsprobleme an die von Grund auf veränderten Gegebenheiten zum Ausdruck: Man sah sich in der Kürze der Zeit weder selbst richtig angekommen noch gesellschaftlich restlos akzeptiert, fühlte sich fremd und nicht als gleichrangige Mitbürger angenommen. Die eklatante Dominanz der Bundesdeutschen erweckte dabei zwangsläufig das prekäre Gefühl erneuter Bevormundung; zudem erschien der eigene demokratische Beitrag zur Wiedervereinigung schlechterdings marginalisiert, weil sich die DDR in der allgemeinen Wahrnehmung dem Grundgesetz nur angeschlossen hatte, aber nichts Neues zusammen aufgebaut worden war<sup>307</sup>. Der Westen hatte zwar sein strukturelles Netzwerk über die zerfallene politische und wirtschaftliche Ordnung geworfen, gleichwohl stand der hohe Aufwand in keinem Verhältnis zum konkreten Ertrag, der weit hinter den Erwartungen zurückblieb. Folglich sollte hien wie drüben spätestens Mitte der 90er Jahre eine gewisse Frustration einsetzen, die sich zum Beispiel in gängigen Klischeebildern von „Besser-Wessis“ und „Mecker-Ossis“ zeigte. Der lange Weg zur „inneren Einheit“, wenigstens darin stimmte man inzwischen überein, verlangte letztlich viel Geduld.

### **3.8. Ausblick: Die „Berliner Republik“ im 21. Jahrhundert**

Mit Blick auf die erforderlichen Fortschritte im gesamtgesellschaftlichen Verschmelzungsprozess gibt die Bundesrepublik auch über 20 Jahre nach dem Fall der Berliner Mauer ein ambivalentes Bild ab. Einerseits sind immanente Gemeinsamkeiten

---

<sup>306</sup> Heine, Ronny: Vereint und doch getrennt? Zur Frage der „inneren Einheit“ Deutschlands. In: Die politische Meinung, 1/2008, S. 21-25, S. 23.

<sup>307</sup> Anstelle des Beitritts der DDR zum Grundgesetz nach Art. 23 GG hätte Art. 146 GG ebenso die Ausarbeitung einer neuen Verfassung für Gesamtdeutschland ermöglicht; die meisten Bürger – speziell im Osten – wünschten sich jedoch eine möglichst schnelle Wiedervereinigung, so dass man sich schließlich für jenen einfacheren Weg entschied.

absolut vorhanden, herrscht speziell auf der Ebene der individuellen Lebenspläne häufig sogar völliges Einvernehmen. So messen die meisten Deutschen Faktoren wie Stabilität und Konstanz besonderen Wert bei, besitzen vor allem Familie, Gesundheit, Sicherheit, Wohlstand und Unabhängigkeit allenthalben beachtliches Gewicht<sup>308</sup>. Darüber hinaus decken sich augenscheinlich auch die politischen Dispositionen, so dass die Idee der Demokratie hüben wie drüben mehrheitlich auf positive Grundhaltungen stößt und im Großen und Ganzen außer Diskussion steht. Andererseits passen die Auffassungen über deren praktische Anwendung zum Teil nicht zusammen: Während die Zustimmung zum Parlamentarismus in seinem gegenwärtigen Zuschnitt in den alten Bundesländern für gewöhnlich auf hohem Niveau schwankt, erreicht selbige in den neuen Bundesländern erfahrungsgemäß um einige Prozentpunkte geringere Werte<sup>309</sup>. Bei näherer Betrachtung scheint man in Bezug auf maßgebliche Kriterien wie Freiheit und Gleichheit außerdem mitunter in vollkommen verschiedenen Kategorien zu denken: Unter anderem wünschen sich viele Ostdeutsche mehr Unterstützung und Schutz von Seiten eines Staates, der als „intervenierende Redistributionsinstitution“<sup>310</sup> stets für ein Maximum an sozialer Gerechtigkeit sorgen sollte – und das mit der nötigen Stringenz, eventuell auch entgegen dem Leistungsprinzip und zu Lasten der Selbstbestimmung, deren Wert demnach anscheinend noch nicht alle von Grund auf verinnerlicht haben. Vom westdeutschen Standpunkt wirkt der „Sonderweg“, der damit de facto fortgesetzt wird, dagegen nicht nur eigentümlich anachronistisch, sondern mit den eigenen Vorstellungen absolut unvereinbar<sup>311</sup>.

Mithin schimmern hier hochkomplexe Mentalitäts- und Wahrnehmungsdifferenzen durch, um deren Klärung in der politischen Kulturforschung zwei zentrale Modelle streiten<sup>312</sup>: Die Sozialisationshypothese unterstreicht den Einfluss bzw. das geistige Erbe der DDR und unterstellt, dass die dort vermittelten kollektivistischen Werte und Normen bei den Menschen langfristig „kleben“ bleiben. Da entsprechende Meinungen und Orientierungen in der Bundesrepublik kaum Berücksichtigung finden, wahren die Menschen freilich eine klare Distanz zu deren Ordnung. Die persönlich daran ausgemachten Defizite werden deshalb in der Regel weniger den verantwortlichen Personen in Parlament und Regierung, vielmehr direkt dem politischen System angelastet. Davon geht auch die

---

<sup>308</sup> Vgl. Weidenfeld/Korte: Die Deutschen, S. 75.

<sup>309</sup> Vgl. Heine: Vereint und doch getrennt?, S. 22.

<sup>310</sup> Pollack, Detlef: Wie ist es um die innere Einheit Deutschlands bestellt? In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 30-31/2006, 24. Juli 2006, S. 3-7, S. 6.

<sup>311</sup> Vgl. Schwaabe: Deutsche Modernitätskrise, S. 486.

<sup>312</sup> Vgl. Pickel: Jugend und Politikverdrossenheit, S. 55-59.

Situationshypothese aus, die den Schwerpunkt demgegenüber allerdings auf die geradewegs mit dem Umbruch von 1989/90 verbundenen Erlebnisse und Erkenntnisse legt, die latent abweichenden Einstellungen also aus den konkreten Umständen des veränderten Daseins ableitet – und damit die Möglichkeit zu deren kurzfristiger Harmonisierung nicht ausschließt. Nichtsdestotrotz handelt es sich bei beiden Deutungsmustern um Idealtypen, die zur Illustration der gesellschaftlichen Realität für sich genommen nicht ausreichen, stattdessen als einander ergänzend zu sehen sind. „Das heißt, im Alltag vermischen sich die spezifischen sozialisatorischen Prägungen aus der DDR-Zeit mit den individuellen Erfahrungen des Einigungsprozesses und führen im Ergebnis zu den dargestellten Ost-West-Unterschieden.“<sup>313</sup>

Zudem sollte man den engen Konnex von Wohlstand und politischer Zufriedenheit, der einst schon die schnelle Konsolidierung Westdeutschlands erleichterte, prinzipiell nicht vernachlässigen. Während das „Wirtschaftswunder“ eine im Grunde vorbildliche, teilweise vom Konsum angefachte Gewöhnung an Demokratie und Pluralismus ermöglichte, ist ein vergleichbarer, sich selbst tragender Konjunkturaufschwung in der ehemaligen DDR ausgeblieben. Trotz exorbitanter Transferleistungen hinkt das Beitrittsgebiet nach wie vor in praktisch allen Belangen hinterher – ob in puncto Durchschnittseinkommen, Bildungsniveau oder dem Abbau der Arbeitslosenquote. Aufgrund des fast flächendeckenden Mangels an Arbeits- und Ausbildungsplätzen, unter dem vorwiegend die ländlichen Regionen leiden, wandern unvermindert viele, in erster Linie junge Leute ab<sup>314</sup>. Die notwendige Durchmischung der gesamtdeutschen Bevölkerung erfolgt demzufolge größtenteils sehr einseitig, nämlich nahezu ausschließlich mit Kurs auf die alten Bundesländer, selten spiegelbildlich. Das zieht in der Folge zwangsläufig demographische Fehlentwicklungen wie steigende Überalterung und die stellenweise Entvölkerung der vermeintlich „blühenden Landschaften“ nach sich – und sorgt somit im Endeffekt dafür, dass diese bis auf weiteres Problemzonen bleiben dürften.

Weil die Herstellung gleicher Lebensverhältnisse weiter andauert, gelten die Westdeutschen den Ostdeutschen indessen – wie schon vor der Wiedervereinigung – als ausschlaggebende Referenzgruppe, an der sich die individuellen Lebenspläne ausrichten. Ungeachtet der darauf gründenden Schnittmenge an gemeinsamen Vorstellungen und Zielsetzungen geht man deren Verwirklichung ohne Zweifel unter mehr als

---

<sup>313</sup> Heine: Vereint und doch getrennt?, S. 24.

<sup>314</sup> Vgl. Statistische Ämter des Bundes und der Länder (Hrsg.): Demografischer Wandel in Deutschland. Heft 1: Bevölkerungs- und Haushaltsentwicklung im Bund und in den Ländern. Wiesbaden, 2011, S. 18-20. [https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Bevoelkerung/VorausberechnungBevoelkerung/BevoelkerungsHaushaltsentwicklung5871101119004.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Bevoelkerung/VorausberechnungBevoelkerung/BevoelkerungsHaushaltsentwicklung5871101119004.pdf?__blob=publicationFile) (abgerufen am 3.2.12).

unausgewogenen Voraussetzungen an. Aufgrund der vielerorts eklatanten Strukturschwäche der neuen Bundesländer liegen zwischen Anspruch und Wirklichkeit zuweilen Welten; Enttäuschung und Ernüchterung erscheinen letztlich nahezu vorprogrammiert. Das Resultat ist ein verbreitetes Gefühl von Rückständigkeit und vermeintlicher Benachteiligung, auf das der Begriff der relativen Deprivation rekurriert: Die Menschen sind unzufrieden mit den konkreten Ergebnissen des „(...) Systems, mit dem Anteil, den sie von dem erwirtschafteten Reichtum erhalten, mit ihrer öffentlich sichtbaren Rolle im vereinigten Deutschland und vielleicht auch mit dem Anteil, den sie selbst zum gesellschaftlichen Reichtum beizusteuern vermochten.“<sup>315</sup> Die selbst empfundene Chancen- und Perspektivlosigkeit schlägt sich nicht selten in einem ausgesprochen negativen Meinungsbild über die allgemeinen Verhältnisse, das gelegentlich mit einer gewissen Verklärung der Vergangenheit einhergeht, entsprechendem Missmut sowie vor allem steigender Politikverdrossenheit nieder<sup>316</sup>.

Einesteils geht die Entwicklung damit in die gleiche Richtung wie in den alten Bundesländern, unterliegt dessen ungeachtet allerdings verschärften Bedingungen. Zum einen, weil die Ergebnisse von Einstellungserhebungen in den neuen Bundesländern meist in allen Belangen drastischer ausfallen, sich die Unzufriedenheit dort also quantitativ wie qualitativ auf einer höheren Ebene artikuliert. Zum anderen, da die Parteien dort seit jeher auf schwierigem Terrain agieren, gesellschaftlich jedenfalls nicht so großflächig verwurzelt sind und dem schmalen Personalreservoir sowie den schwachen Verbandsstrukturen zeitweise gehörigen Tribut zollen müssen. Ob der schlechten Erfahrungen mit dem rigiden SED-Apparat haben sich die Ostdeutschen bis heute greifbare Vorbehalte gegenüber intermediären Organisationen bewahrt, wünschen sich viele weniger repräsentative und mehr basisdemokratische Elemente<sup>317</sup>. Zugleich spielen die klassischen Zuordnungen und Cleavages, an erster Stelle die konfessionelle Zugehörigkeit, so gut wie gar keine Rolle<sup>318</sup>; angesichts der geringen Bereitschaft zur permanenten Bindung, die sich daraus in der Regel ableitet, sinken die sowieso schon

---

<sup>315</sup> Pollack: Innere Einheit, S. 7.

<sup>316</sup> Entscheidendes Moment der relativen Deprivation sind die subjektiven Eindrücke der Menschen: Demnach muss sich eine von manchen als „ungerecht“ wahrgenommene Konstellation nach objektiven Kriterien oftmals nicht unbedingt als solche erweisen. Dennoch schürt diese negative Wahrnehmung in der Folge normalerweise Frustrationssymptome.

<sup>317</sup> Vgl. Misselwitz: DDR, S. 109.

<sup>318</sup> Klassische Konfliktlinien scheinen auf die neuen Bundesländer schwerlich anwendbar: Abgesehen davon, dass etwa zwei Drittel der ostdeutschen Bevölkerung konfessionslos sind, haben sich die klassenspezifischen Präferenzen zugunsten der jeweiligen Parteien dort entgegengesetzt zu jenen im Westen entwickelt, so dass Arbeiter zum Beispiel vorwiegend zur Wahl der Union neigen. Vgl. Decker: Politikverdrossenheit, S. 106.

niedrigen Mitgliedszahlen demnach parallel zum Stammwähleranteil und der Wahlbeteiligung insgesamt.

Dafür nimmt die Volatilität seit einigen Jahren spürbar zu, so dass sich die großen Volksparteien für gewöhnlich nicht nur einer schlagkräftigen Linken gegenübersehen, sondern rechtsextremistische Parteien wie die NPD ebenfalls in der Lage sind, Parlamenteinzüge zu realisieren und sich in einzelnen Ländern sogar zu etablieren. Im Vergleich mit dem westdeutschen mutet das ostdeutsche Parteiensystem folglich offener bzw. fragmentierter sowie stärker polarisiert an<sup>319</sup>, was sowohl Vor- als auch Nachteile mit sich bringt: Während die ideologischen Kontraste eindeutiger hervortreten und sich der Wettbewerb nach außen attraktiver gestaltet, verliert die aktuelle Tagespolitik verschiedentlich etwas an inhaltlicher Substanz, schlägt dafür aber umso häufiger in symbolpolitische Kontroversen und Polemik um, so dass sich hier in der Summe ein Trend zur Vereinfachung von Politik abzeichnet.

Grund zu akuter Sorge besteht deswegen bislang allerdings kaum. Denn außer kleineren Defiziten wie den in Teilen der Bevölkerung anzutreffenden Restbeständen der obrigkeitsstaatlichen Mentalität – gerade angesichts parlamentarischer Vorgänge – sowie gewissen Mängeln an politischer Bildung, steht die „Berliner Republik“ mit den angesprochenen, in unterschiedlicher Intensität sowohl in den alten als auch den neuen Bundesländern zu konstatierenden Tendenzen keineswegs isoliert da: Die abnehmende Integrationskraft der Parteien, die steigende Zahl an Protest- und Wechselwählern und die um sich greifende Politikverdrossenheit sind vielmehr in einen internationalen Zusammenhang einzuordnen – als „gesamtwestliche Phänomene nachideologischer, sich weiter modernisierender Gesellschaften“<sup>320</sup>. Wenngleich sich das soziale Konfliktpotential in Deutschland infolge des Umbruchs von 1989/90 erhöht haben mag, stärkte das nach sachlichen Kriterien vorangetriebene Großprojekt der Wiedervereinigung auch das Grundvertrauen in die Demokratie, deren Zustimmungswerte hierzulande weiterhin ein außergewöhnliches Maß erreichen – und das entgegen des ansonsten wachsenden, diffusen Unmuts. Die Deutschen sind wie erwähnt eher Pragmatiker denn Idealisten und haben in den vergangenen Jahrzehnten erkannt, dass das Grundgesetz der traditionellen Sehnsucht nach Sicherheit ebenso hinreichend Rechnung trägt wie dem modernen Streben nach Selbstverwirklichung. Jedoch versteht man sich im Kern mittlerweile als mündige und

---

<sup>319</sup> Vgl. Decker: Politikverdrossenheit, S. 106/107.

<sup>320</sup> Schwaabe: Deutsche Modernitätskrise, S. 488.

anspruchsvolle Citoyens, die sich mit Kritik nicht zurückhalten müssen<sup>321</sup> – wohlwissend, dass es sich dabei zumeist um ein Jammern auf sehr hohem Niveau handelt.

Die politische Kultur der Bundesrepublik im 21. Jahrhundert stellt sich damit aus demokratiethoretischer Blickrichtung als genauso vital wie gefestigt dar. Zumal die Deutschen den westlichen Lebensstil nicht einfach nachgeahmt, sondern mit der Zeit vollauf verinnerlicht und so gleichsam zu etwas eigenem gemacht haben. Dazu gehörte nicht zuletzt die Herausbildung einer komplexen kollektiven Identität aus zahllosen Teilaspekten mit regionalen, nationalen und europäischen Motiven, die den Horizont der Menschen erkennbar erweiterte und einen abermaligen Spurwechsel zugunsten des zweimal gescheiterten „Sonderwegs“ eigentlich ausschließt<sup>322</sup>. Die Versuchungen und Ressentiments der Vergangenheit strahlen für die überwältigende Mehrheit der Menschen augenscheinlich keinerlei Reiz mehr aus, nachdem die alten Gemeinschaftsideale von der Individualisierung sukzessive aus dem kollektiven Gewissen verdrängt und der ausufernde Nationalismus durch einigermaßen sachliche verfassungs- und wirtschaftspatriotische Gesichtspunkte ersetzt wurde, die seit einigen Jahren allerdings eine nahezu spielerische Vervollständigung erfahren. So ist mittlerweile ein gewandelter und weniger verkrampter Umgang mit entsprechenden Symbolen wahrzunehmen, der zum Beispiel während der Fußball-Weltmeisterschaft 2006 in schwarz-rot-goldenen Flaggenmeeren und wochenlanger Feierstimmung gipfelte.

Hingegen endete das millionenfache Hochgefühl dieses „Sommermärchens“ nicht etwa in der von manchen erwarteten Renaissance des Größenwahns<sup>323</sup>; vielmehr verschwand der unbedingte Drang zum Massenjubel, der weite Bevölkerungsteile damals einte, alsbald im Herbstnebel, um allenfalls zu vergleichbaren Großereignissen vorübergehend wieder aufzuflammen. Dazwischen bleiben die Fahnen eingerollt, befindet sich die Nation im „Stand-by-Modus“ – in der Warteschleife für die nächsten Festtage mit dem „FC Deutschland“. Dessen genuine Anziehungskraft dürfte speziell im kurzzeitigen Ausbruch vom modernen, häufig von Vereinzelung geprägten Alltag und dem kompletten Versinken in der von sich selbst hingerissenen Menge zu sehen sein. Praktisch jeder vermag daran mitzuwirken, keiner muss es jedoch – mit dieser Form eines gleichermaßen

---

<sup>321</sup> In der Literatur wird das mitunter auch als Larmoyanz ausgelegt. Vgl. Greiffenhagen/Greiffenhagen: Schwieriges Vaterland, S. 386.

<sup>322</sup> Vgl. Weidenfeld/Korte: Die Deutschen, S. 226.

<sup>323</sup> In der Öffentlichkeit wurden die schwarz-rot-goldenen Jubelarien damals von einer ebenso breiten wie kontroversen Deutungsdebatte begleitet. Diese erstreckte sich von besorgten Verweisen auf die eigene Vergangenheit über eher abschätzige Meinungen bezüglich des „Party-Patriotismus“ und der „WM-Kirmes“ bis hin zur Proklamation einer neuen Phase des bundesdeutschen Wegs in die „Normalität“. Vgl. Seitz, Norbert: Die Nachhaltigkeit eines neuen Patriotismus. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 1-2/2007, S. 8-13.

ungezwungenen wie weltoffenen, aus gemeinsamer Freude gespeisten und alles andere als aggressiven Patriotismus können die meisten Deutschen vermutlich gut auskommen. Wiewohl sich das Verhältnis zu Vaterland und geschichtlichem Erbe für viele nach wie vor heikel ausnimmt, die Erinnerungskultur und der antitotalitäre Konsens hierbei unvermindert das gesellschaftliche Selbstverständnis abstecken, scheint man heute so weit als möglich zur „Normalität“ gefunden zu haben. Je nach Kontext bleibt die Nation durchaus ein sensibles Thema, erweist sich aber dennoch beileibe nicht mehr als absolutes Tabu. Die Bundesrepublik gibt sich erkennbar gereift – und scheint gewissermaßen erwachsen geworden zu sein.



## **4. Rechtsextremismus und Gesellschaft**

Im Großen und Ganzen erweist sich der Rechtsextremismus als vages, schlechterdings ebenso vielgestaltiges wie vielschichtiges Phänomen, das in der Praxis diverse Gesichter anzunehmen vermag: Von diffusen Stimmungen, Vorurteilen und Stereotypen über bestimmte Symbole, Gesinnungen und Perspektiven bis zu bewussten Verhaltensformen wie beispielsweise Stimmabgaben und Gewalttaten und der Verbundenheit zu unterschiedlichen Strukturformen wie Parteien und Subkulturen. Obwohl das Augenmerk der vorliegenden Arbeit primär der Organisationsebene gelten soll, scheinen gerade die verborgenen geistigen Anknüpfungspunkte und damit die gesellschaftliche Anschlussfähigkeit, die die Aussichten politischer Akteure stark determiniert, schwerlich gänzlich davon zu separieren. Im Folgenden geht es daher erst einmal darum, die Potentiale einschlägiger Formationen auszuloten sowie auseinanderzulegen, welche Forderungen und Positionen womöglich am ehesten wählbar wären, um schließlich auch die grundlegende Frage zu erörtern, wie solche antidemokratischen Fundamente überhaupt entstehen und worauf diese sich gründen.

### **4.1. Rechtsextremistische Potentiale in Deutschland**

Trotz der anhaltenden Tendenz zur „Normalisierung“ hat sich die Bundesrepublik die gleichsam angeborene Wachsamkeit gegenüber antidemokratischen Bestrebungen stets gewahrt. Seit über 60 Jahren wird das deutsche Selbstverständnis und Lebensgefühl vom Leitmotiv des antitotalitären bzw. antiextremistischen Konsenses bestimmt, an dem bislang alle Verschleißerscheinungen abperlen. Gleichwohl scheint man heute speziell im Rahmen der erforderlichen Konfrontation mit dem Rechtsextremismus mitunter auf einem schmalen Grat zwischen hysterischen Kassandrarufern und zutreffenden Gefahrenanalysen zu wandeln. Eine verbindliche Einschätzung scheint vorerst schwierig: So kommen Parteien wie die NPD hierzulande einerseits kaum über ein Schattendasein hinaus, erreichen vielleicht hin und wieder kleinere elektorale Durchbrüche, erscheinen in den allgemeinen Diskursen aber allenfalls als mit der Suche nach Triebfedern und möglichen Gegenstrategien verknüpftes Problemthema, nicht als aktive Teilnehmer und Gesprächspartner. Passend dazu konstatiert die Demoskopie immer wieder, dass die Potentiale der dazugehörigen Dispositionen innerhalb der Gesellschaft den internationalen Durchschnitt nicht überschreiten und insofern keine konkrete Gefahr für das innere Gleichgewicht des Gemeinwesens darstellen. Andererseits ergibt der direkte Abgleich von Meinungsumfragen und Wahlergebnissen oftmals eine klare Differenz, die darauf hindeutet,

dass der organisierte Rechtsextremismus – entgegen der derzeit eher kärglichen Präsenz in den Parlamenten – eventuell durchaus über Luft nach oben verfügen und in Sachen Reichweite und Personalrekrutierung ein höheres Niveau erreichen könnte.

#### 4.1.1. Methodische Probleme der Messung rechtsextremistischer Einstellungen

Der erhoffte Aufschluss über die Kernfrage nach der Verbreitung des Rechtsextremismus in den Köpfen der Menschen erfordert zunächst einmal eine elementare Unterscheidung zwischen dessen latenten und manifesten Erscheinungsformen im Alltag, den Einstellungen und dem Verhalten<sup>324</sup>.

„Bevor sich ein Mensch politisch im rechtsextremen Sinne engagiert (und sich damit seiner Umwelt gegenüber offen zum Rechtsextremismus bekennt), bildet er in der Regel ein entsprechendes Bewußtsein aus und entwickelt diesbezügliche politische Sympathien. Antidemokratische Einstellungen sind – idealtypisch gesehen – die Voraussetzungen für antidemokratisches Verhalten.“<sup>325</sup>

Demnach kann das eine zum anderen führen, muss es de facto allerdings keineswegs. Häufig liegen die Dinge in der Realität weitaus komplizierter, braucht weder das Vorliegen einschlägiger Dispositionen zwangsläufig einen bestimmten Habitus nach sich zu ziehen noch lässt sich einem solchen im Gegenzug eine entsprechende Denkweise entnehmen – zumal die Grenze zwischen zielgerichtetem, einem Programm entspringendem Vorgehen und schlichtem Protest in der Regel einer Grauzone entspricht. Dennoch ist davon auszugehen, dass auf der Handlungsebene vor allem die gefestigten Exponenten agieren, während die wahrscheinlich weitaus gängigeren Haltungen und Sichtweisen gewissermaßen die geheimen Speicherkammern derartiger Erscheinungen ausmachen<sup>326</sup>. Im Gegensatz zum äußeren Gebaren, das sich in Gestalt von Straftaten, Stimmabgaben und Mitgliedschaften meist mühelos dokumentieren lässt, sind die Gesinnungen aber längst nicht so leicht in Zahlen auszudrücken. Das, was in jedem Einzelnen vorgeht, bleibt im Verborgenen, wengleich sich wissenschaftliche Meinungserhebungen um Einblicke in jene inneren Verhältnisse bemühen.

---

<sup>324</sup> Vgl. Stöss: Extreme Rechte in der BRD, S. 20.

<sup>325</sup> A.a.O., S. 19/20.

<sup>326</sup> In der Regel neigen nur vergleichsweise geringe Teile der Bevölkerung zur gezielten Partizipation im Rahmen von Parteien und Verbänden. Auch wenn die Aktivistenquote extremistischer Gruppierungen dabei im Allgemeinen über derjenigen der etablierten Gegenspieler liegen dürfte, steht zu vermuten, dass letztlich selbst dort die passive Akklamation dominiert, sprich die prekären politischen Dispositionen weitaus verbreiteter sind denn die dazugehörigen Verhaltensweisen.

In der Einstellungsforschung versteht man den Rechtsextremismus dabei nicht primär als spezifische politische Richtung, der manche anhängen mögen und andere nicht<sup>327</sup>, sondern als komplexes Orientierungsmuster, in dem sich verschiedenste Elemente zum vergleichsweise konsistenten Weltbild verdichten. Wobei es bislang aber an einem Konsens über die dazugehörigen Komponenten mangelt, so dass die inhaltlichen und methodischen Kontroversen dieser Disziplin bereits bei der Umschreibung des Untersuchungsobjekts beginnen<sup>328</sup>. Das Gros der Studien entwickelt deswegen eigene Prämissen und Instrumentarien, um sich dem Problem anzunähern und dessen Verwurzelung innerhalb der Gesellschaft auszuloten. Unabhängig vom dafür gewählten Zugang – ob quantitativ oder qualitativ<sup>329</sup> – erweist sich schon dieser erste Schritt in vielerlei Hinsicht als wegweisend, da dadurch ohne Zweifel ein Einfluss ausgeübt, um nicht zu sagen eine Weichenstellung vorgenommen wird, die sich später auf das Ergebnis niederschlagen und selbiges vielleicht sogar zu verzerren vermag.

Etwa bieten Erhebungen in Form von Fragebögen, die im Zuge repräsentativer Analysen zum Standard gehören, regelmäßig vorformulierte Aussagen, denen die Testpersonen durch gestufte Antwortmöglichkeiten bloß mit der gewünschten Zustimmung bzw. Ablehnung zu begegnen brauchen. Die einzelnen Statements werden dann für gewöhnlich zu Skalen addiert, die im Prinzip wie Fieberthermometer arbeiten und den Probanden ab einem gewissen Fixpunkt automatisch eine antidemokratische Position attestieren. Hierbei ist die Häufigkeit dieser Diagnose in nicht unerheblichem Maße abhängig von den angesprochenen Variablen: Der Definition des Rechtsextremismus, der damit verbundenen Auswahl und Abfassung der vorgegebenen Inhalte sowie schließlich der Markierung des Grenzwerts<sup>330</sup>.

Mit diesen Prüfsteinen stehen und fallen die Resultate, so dass die ermittelten Potentiale entsprechend variieren und Vergleichen und Rückbezügen folglich nur selten standhalten. Den Wert empirischer Arbeiten im Sinne lebensnaher Momentaufnahmen von

---

<sup>327</sup> In der Literatur wird der Gedanke, die Gesellschaft sei strikt in rechtsextremistische und nicht-rechtsextremistische Menschen aufzuteilen, nachvollziehbarerweise als „realitätsfern“ verworfen. Denn das menschliche Bewusstsein ist „(...) zumeist nicht so strukturiert, daß bestimmte Einstellungsmuster vorhanden sind und andere völlig fehlen. Vielmehr ist es mehr oder weniger stark (schwach) durch diese oder jene Einstellungsmuster geprägt.“ Vgl. Stöss, Richard.: *Rechtsextremismus und Wahlen in der Bundesrepublik*. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 11/1993, S. 50-61, S. 58.

<sup>328</sup> Vgl. Decker, Oliver/Brähler Elmar: *Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland*. Berlin, 2006, S. 20.

<sup>329</sup> Während sich quantitative Erhebungen meist um möglichst breite Datensätze bemühen und darum sämtlichen Testpersonen die gleichen Fragebögen vorlegen, gehen qualitative Ansätze stärker in die Tiefe, greifen gezielt Einzelfälle heraus und durchleuchten diese in Form von Forschungsinterviews bis ins Detail.

<sup>330</sup> Vorausgesetzt, der entscheidende Punkt würde etwa in einem siebenfach unterteilten Spektrum schon nach dem zweiten Sektor gesetzt, so müsste das ermittelte rechtsextremistische Potential dadurch automatisch größer ausfallen, als wenn man die rote Linie erst nach der dritten Messeinheit zöge.

Ausschnitten des gesellschaftlichen Alltags vermag das eigentlich kaum zu verringern, wengleich deren Schwerpunkte wohl mehr in einer Abbildung gängiger Perspektiven, konkreter Wahrnehmungsmuster und verallgemeinerbarer Meinungsbilder denn im Ausrechnen exakter Prozentangaben liegen müssten. Dafür spricht nicht zuletzt die zum Teil zweifelhafte Authentizität der Auskünfte, die bei einem derart brisanten Thema wie dem Rechtsextremismus zu erwarten sind, bei dem wahrscheinlich nicht wenige in einer Art Reflex – bewusst oder unbewusst – erst einmal dazu neigen, die Antworten danach zu erteilen, was sozial erwünscht scheint, das heißt, die Artikulation offener Affinitäten in Anbetracht der drohenden Ansehensverluste zu vermeiden bzw. hinter dem Deckmantel der Unentschlossenheit zu verbergen<sup>331</sup>. Vor diesem Hintergrund besteht also durchaus auch die Möglichkeit, dass Umfragewerte den wahren Umfang des Phänomens unterschätzen<sup>332</sup>; das ist bei der Interpretation der ausgewiesenen Potentiale immer im Hinterkopf zu behalten.

#### **4.1.2. Rechtsextremistische Gesinnungen in der Gesellschaft der Bundesrepublik**

Nach diesen methodischen Vorbemerkungen soll sich der Blick nun auf die Erkenntnisse verschiedener Erhebungen zur Verbreitung rechtsextremistischer Einstellungen in der Bundesrepublik richten. Dabei sticht sofort ins Auge, dass die erste umfassende Arbeit dieser Art in Deutschland erst sehr spät – etwa 35 Jahre nach dem Untergang des NS-Regimes – erstellt wurde. Unter der regelrecht reißerischen Überschrift „5 Millionen Deutsche: ‚Wir sollten wieder einen Führer haben...‘“<sup>333</sup> skizzierte man 1979/80 ein ebenso drastisches wie dramatisches Meinungsszenario: Demnach waren seinerzeit bei 13 bzw. 15 Prozent der Westdeutschen rechtsextremistische Weltbilder auszumachen<sup>334</sup>, wovon sich außerdem beinahe die Hälfte aufgeschlossen gegenüber gewaltsamen

---

<sup>331</sup> Nachdem die „Stimme teils zu/teils nicht zu“-Antworten in die Endabrechnung oftmals gar nicht miteinfließen, obwohl daraus durchaus graduelles Einverständnis spricht, dürfte sich die daraus resultierende Dunkelziffer der Menschen mit rechtsextremistischen Einstellungen umso höher gestalten.

<sup>332</sup> Vgl. Arzheimer, Kai/Schoen, Harald/Falter, Jürgen W.: Rechtsextreme Orientierungen und Wahlverhalten. In: Schubarth, Wilfried/Stöss, Richard (Hrsg.): Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz. Bonn, 2000, S. 220-245, S. 222.

<sup>333</sup> Vgl. SINUS-Studie: 5 Millionen Deutsche: „Wir sollten wieder einen Führer haben...“. Die SINUS-Studie über rechtsextremistische Einstellungen bei den Deutschen. Mit einem Vorwort von Martin Greiffenhagen. Hamburg, 1981.

<sup>334</sup> Neben den 13 Prozent an Personen mit ausdrücklich antidemokratischen Einstellungen rechneten die Verfasser weitere zwei Prozent dem „rechtsextremen Öko-Potential“ zu, in dem sich die damals aufkommende Umweltschutzbewegung angeblich mit Elementen der NS-Ideologie von „Blut und Boden“ vermischte. Wegen des „besonderen Charakters“ addierte man diese Strömung nicht direkt dazu, sondern behandelte selbige stattdessen separat. Nachdem daraus bis heute aber allenfalls irrelevante Splittersektoren hervorgegangen sind, wird diese Unterscheidung inzwischen wohl nicht weiter benötigt. Vgl. a.a.O., S. 78 und 96.

Handlungsformen gab<sup>335</sup>. Daneben attestierte der Befund 37 von 100 Stimmberechtigten zwar keine konkreten antidemokratischen Sichtweisen, dafür aber zumindest autoritäre Spuren, die man als mögliche „Brücken nach rechts“ auslegte<sup>336</sup>.

Bei entsprechenden Gelegenheitsstrukturen – zum Beispiel einer schweren Wirtschaftskrise – und adäquat aufbereiteten Politikangeboten oder Patentrezepten hätte Parteien wie der NPD hiernach also ein Gutteil der Bevölkerung als Wählerschaft offengestanden, was freilich äußerst fragwürdig anmutet. Schließlich hatte der Wertewandel die Gesellschaft in der vorangegangenen Dekade von Grund auf modernisiert, die Deutschen im Bruch mit dem alten „Sonderbewusstsein“ bestätigt und die Wertschätzung der Bürger für Demokratie und Freiheit nachhaltig bekräftigt. Das Streben nach Selbstentfaltung wanderte immer weiter in den Vordergrund, zugleich traten traditionelle Konventionen hinter den individuellen Lebensplänen zurück. Der überkommene Gedanke der freiwilligen Unterordnung gegenüber dem gemeinsamen Ganzen dürfte darin jedoch nicht mehr vorgekommen sein, jedenfalls nicht im genannten Umfang. Während der Anteil der nicht manifest rechtsextremistischen Anhängerreserven deswegen wohl eindeutig zu hoch veranschlagt wurde, sollte derjenige des harten Kerns in späteren Befragungen hingegen eine regelmäßige Bestätigung erfahren.

So kalkulierte man 1994 für das wiedervereinigte Deutschland mit einem einschlägigen Potential in einer Spanne zwischen fünf und 17 Prozent, abhängig vom Härtegrad der angelegten Skala<sup>337</sup>. Vier Jahre danach setzte eine weitere Analyse den Sockelwert bei 13 Prozent an<sup>338</sup>, bevor der selbe Autor 2003 eine erneute Steigerung um drei Hundertstel beobachtete, die sich besonders aus entgegengesetzten Bewegungen in den alten (von 12 auf 14 Prozent) und neuen Bundesländern (von 17 auf 23) speiste<sup>339</sup>. Demgegenüber gehen die jüngeren Recherchen nicht nur von einem geringeren Bestand aus, sondern zeugen dazu von einem generellen Positivtrend durch ein allmähliches Dahinschwinden solcher Denkweisen in der „Berliner Republik“ zwischen 2006 und 2008 von 8,6 auf 7,6 Prozent<sup>340</sup>. Die angedeutete Verschiebung der Kräfteverhältnisse schimmert allerdings auch in diesem Datensatz durch – einem auffälligen Minus im Westen (von 9,1 auf 7,5 Prozent) entspricht ein Plus im Osten (von 6,6 auf 7,9).

---

<sup>335</sup> Vgl. SINUS-Studie: 5 Millionen Deutsche, S. 83.

<sup>336</sup> Vgl. a.a.O., S. 92-94.

<sup>337</sup> Vgl. Falter, Jürgen W.: Wer wählt rechts? Die Wähler und Anhänger rechtsextremistischer Parteien im vereinigten Deutschland. München, 1994, S. 156.

<sup>338</sup> Vgl. Stöss, Richard: Rechtsextremismus im vereinten Deutschland. Bonn, 1999, S. 31.

<sup>339</sup> Vgl. ebd.; Ders.: Rechtsextremismus im Wandel, S. 68.

<sup>340</sup> Vgl. Decker, Oliver/Brähler, Elmar: Bewegung in der Mitte. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2008 mit einem Vergleich von 2002 bis 2008 und der Bundesländer. Berlin, 2008, S. 37.

Gleichwohl hält sich die Aussagekraft dieser Gesamtbilanzen nach wie vor in Grenzen, haben deren Annäherungswerte stattdessen etwas von einem vagen Grundriss. Im Auge zu behalten bleibt, dass vermutlich bei fünf bis 15 Prozent der Deutschen Grundzüge rechtsextremistischer Anschauungen zu finden sind und sich deren Anteil damit fraglos über der durchschnittlichen Ausbeute der dazugehörigen Parteien und Gruppierungen bei Wahlen bewegt. Größeren Aufschluss über deren ideologische Anknüpfungspunkte in der Gesellschaft verspricht der Blick in die Tiefe, die Beschäftigung mit immanenten Teilaspekten, die diesem Phänomen zuweilen – je nach Definition – zugeschrieben werden.

#### 4.1.3. Detailaufnahme: Dimensionen rechtsextremistischer Dispositionen

Genauso wie die angesprochenen Gesamtergebnisse zum Rechtsextremismus deuten auch die Diagnosen zu dessen einzelnen Dimensionen auf einen allmählichen Rückgang hin. Beispielsweise erhalten Fragen nach der Befürwortung einer Diktatur schon seit einiger Zeit sinkenden Zuspruch. Während sich 1979/80 erschreckende 14 von 100 Westdeutschen dem Statement „Wir sollten wieder einen Führer haben, der Deutschland zum Wohle aller mit starker Hand regiert“ anschlossen<sup>341</sup>, waren es 2008 in den alten Bundesländern nur 11,8 Prozent der Bürger<sup>342</sup>. Unterdessen sank der Widerhall zu der Forderung „Wir sollten wieder eine einzige starke Partei haben, die wirklich die Interessen aller Schichten unseres Volkes vertritt“, die einen Prüfstein für antipluralistische und antiparlamentarische Vorstellungen abgibt, im selben Untersuchungszeitraum sogar von 28 auf 20,4 Prozent<sup>343</sup>. Zusammengenommen hat sich die Zustimmung zum Modell eines übermächtigen Staats bzw. die Sehnsucht nach einem „starken Mann“ in den vergangenen Jahren mehr als halbiert, sackte von 2002 bis 2008 von 7,7 auf 3,7 Prozent ab<sup>344</sup>. Obschon sich in diesem Kontext erneut ein deutlicher Kontrast zwischen Ost (5,6 Prozent) und West (3,3) zeigte<sup>345</sup>: Denn sowohl in Bezug auf das Führerprinzip (18,4 Prozent) als auch die Frage nach der Einheitspartei (29,3) rangiert die Bevölkerung der neuen Bundesländer<sup>346</sup> aktuell nach allen Erkenntnissen über dem Niveau der westlichen Nachbarn von vor rund drei Dekaden<sup>347</sup>.

---

<sup>341</sup> Vgl. SINUS-Studie: 5 Millionen Deutsche, S. 79.

<sup>342</sup> Vgl. Decker/Brähler: Bewegung in der Mitte, S. 18.

<sup>343</sup> Vgl. SINUS-Studie: 5 Millionen Deutsche, S. 80; Decker/Brähler: Bewegung in der Mitte, S. 18.

<sup>344</sup> Vgl. Decker/Brähler: Bewegung in der Mitte, S. 29.

<sup>345</sup> Ebd.

<sup>346</sup> Vgl. a.a.O., S. 18.

<sup>347</sup> Außerdem deckt sich diese Analyse mit den divergierenden Daten zur Demokratiezufriedenheit: Wenngleich diese als Idee in den alten und den neuen Bundesländern gleichermaßen hohes Ansehen genießt,

Eine ähnliche Schiefelage bietet sich beim Chauvinismus, der als Sammelbegriff für ausufernde, nach außen hin aggressive Einstellungen zur Nation dient. Im Ganzen betrachtet büßte diese Kategorie rechtsextremistischen Denkens im neuen Jahrtausend einiges an Geltung ein, wiewohl die Kurve alles andere als steil abfiel, sondern Konjunkturschwankungen unterlag: 2002 wünschten sich im Durchschnitt etwas über 18 von 100 Befragten ein stärkeres Nationalgefühl, mehr Ansehen und Macht für Deutschland sowie ein energischeres Bemühen um die Durchsetzung der eigenen Belange in der internationalen Arena<sup>348</sup>. Nach einem minimalen Anstieg stabilisierte sich die Befürwortung solcher Ansprüche sechs Jahre später schließlich bei 14,9 Prozent, womit die Bundesrepublik im zwischenstaatlichen Vergleich zweifellos einen der hinteren Plätze belegen dürfte. Dennoch zeichnet sich hier abermals eine diametrale Gewichtsverlagerung ab; nachdem derartiges Gedankengut in den alten Bundesländern vormals weitaus verbreiteter war als in den neuen, haben diese Betrachtungsweisen hüben inzwischen in ähnlichem Maße ab- wie drüben zugenommen<sup>349</sup>.

Dieser rote Faden zieht sich durch bis zur Ausländerfeindlichkeit, die bei Umfragen regelmäßig die drastischsten Formen der Affirmation zeitigt. Zwar sind dem Zeitverlauf wiederum negative wie positive Ausschläge zu entnehmen, nichtsdestotrotz scheint die Zugkraft derart prekärer Ansichten nachzulassen. Die beobachteten Potentiale schwankten nach 2002 meist um die 26 Prozent, schwanden bis 2008 aber auf 21,2 Prozent<sup>350</sup>. Wobei dieser grundsätzliche Rückgang dem Vernehmen nach vor allem im Westen fühlbar zu Buche schlägt (von 23,2 auf 18,2 Prozent)<sup>351</sup>, Vorurteile und Ressentiments im Osten in den vergangenen Jahren dagegen auf fruchtbaren Boden gefallen sind: So befürchtete dort zuletzt beinahe ein Drittel der Menschen (32,6 Prozent) eine „Überfremdung“ der Gesellschaft und befand zudem, dass die Gegenwart bzw. die damit einhergehenden Ansprüche von Immigranten den Sozialstaat zu einseitig belasten und den eigenen Arbeitsplatz bedrohen würden<sup>352</sup> – und das wohlgerne bei zunehmender Tendenz. Abwehrhaltungen oder gar Anfeindungen gegenüber Bürgern mit fremder Hautfarbe oder

---

fällt die Zustimmung zur praktischen Ausgestaltung im politischen System der Bundesrepublik de facto für gewöhnlich um einiges niedriger aus. Hierbei kommt man im Osten (27 Prozent) mitunter auf kaum mehr als die Hälfte der Werte aus dem Westen (51 Prozent). Vgl. Decker/Brähler: Vom Rand zur Mitte, S. 70-72.

<sup>348</sup> Vgl. Dies.: Bewegung in der Mitte, S. 30.

<sup>349</sup> Vgl. ebd.

<sup>350</sup> Vgl. a.a.O., S. 31.

<sup>351</sup> Vgl. ebd.

<sup>352</sup> Vgl. ebd..

Kultur scheinen vor diesem Hintergrund für große Bevölkerungsteile der neuen Bundesländer fast schon zum Alltag zu gehören<sup>353</sup>.

Abgesehen davon nimmt dort der Antisemitismus – entgegen dem bundesweiten Absinken bis zu einem Anteil von um die neun Prozent – erstaunlicherweise ebenfalls zu<sup>354</sup>: Nachdem der Westen auf dieser Skala lange dermaßen weit vorne lag, dass einzelne Stereotype im Vergleich zum Osten sogar das doppelte Maß an Zuspruch ernteten, schmolz der Vorsprung in kürzester Zeit von 5,3 auf 1,4 Prozent<sup>355</sup>, so dass sich die klaren Verhältnisse sukzessive auflösten. Zum Beispiel schlossen sich der Behauptung „Die Juden arbeiten mehr als andere Menschen mit üblen Tricks, um das zu erreichen, was sie wollen“ in den alten Bundesländern noch 2006 im Mittel an die 16 von 100 Befragten an, in den neuen Bundesländern nur wenig über sechs Prozent<sup>356</sup>. Aber bereits 2008 begegneten sich West (15,4 Prozent) und Ost (13,2) bei der selben Fragestellung annähernd auf Augenhöhe<sup>357</sup>. Wenn dieser besorgniserregende Trend anhält, dürften auf dem Territorium der ehemaligen DDR schon bald auch hinsichtlich dieser Dimension die höheren Werte anzutreffen sein.

Anders stellen sich die Dinge bisweilen bei den sozialdarwinistischen Dispositionen und Anschauungen dar: Während die allgemeine Orientierung am Recht des Stärkeren in Deutschland zwischen 2002 und 2008 von 5,2 auf 3,1 Prozent abflaute, kamen derartige Einstellungen im Osten (1,6) am Ende kaum halb so häufig zum Vorschein wie im Westen (3,5)<sup>358</sup>. Im Unterschied zu den alten Bundesländern, in denen der überschaubare Beifall zu diesem elementaren Bestandteil der rechtsextremistischen Ideologie der Ungleichheit seit Jahren einigermaßen gleichmäßig ausfällt, glich der Weg zum aktuellen Tiefstand in den neuen Bundesländern gleichwohl einer Berg- und Talfahrt, so dass sich Vorhersagen entsprechend schwierig gestalten. Allerdings erscheint erschreckend, dass einigen Aussagen, die explizit die Menschenwürde negieren, nicht nur von vergleichsweise vielen Befragten zugestimmt wird, sondern diese Bestätigung zugleich von erstaunlicher Beständigkeit zu sein scheint: „Es gibt wertvolles und unwertes Leben“ meinten hierzu 2008 weit über neun Prozent der Deutschen in West und Ost nahezu einmütig<sup>359</sup>, womit

---

<sup>353</sup> In den alten Bundesländern äußerten sich ausländerfeindliche Vorstellungen 1979/80 aber auf ähnlichem Niveau, so schlossen sich der Behauptung „Wir sollten streng darauf achten, dass wir das Deutschtum rein erhalten und Völkervermischung unterbinden“ seinerzeit erschreckende 36 von 100 Befragten an. Vgl. SINUS-Studie: 5 Millionen Deutsche, S. 108.

<sup>354</sup> Vgl. Decker/Brähler: Bewegung in der Mitte, S. 32.

<sup>355</sup> Vgl. ebd.

<sup>356</sup> Vgl. Dies.: Vom Rand zur Mitte, S. 38.

<sup>357</sup> Vgl. Dies.: Bewegung in der Mitte, S. 21.

<sup>358</sup> Vgl. a.a.O., S. 33.

<sup>359</sup> Vgl. a.a.O., S. 22.



sich der Wert innerhalb von zwei Jahren um minimal mehr als einen halben Punkt verringert hatte<sup>360</sup>.

Vergleichbares lässt sich über für die Verharmlosung des Nationalsozialismus sagen, die über eine längere Phase bei einem sehr stabilen Potential von bundesweiten 4,1 Prozent stand, bis 2008 jedoch auf 3,2 Prozent abrutschte<sup>361</sup>. Dennoch bleibt dieses vielfach identitätsstiftende Element rechtsextremistischer Einstellungen im Westen (3,8 Prozent) bis auf weiteres wesentlich stärker ausgeprägt als im Osten (1,0)<sup>362</sup>. Bereits 1979/80 hatten 18 von 100 Bürgern der alten Bundesländer angegeben: „Wenn man vom Krieg absieht, hatte es Deutschland unter Hitler eigentlich besser als heute“<sup>363</sup>. 2008 hob hier nach wie vor nahezu jeder Zehnte die „guten Seiten“ des „Dritten Reiches“ hervor, in den neuen Bundesländern gaben dem nur 7,6 Prozent der Bevölkerung ihre Zustimmung<sup>364</sup>. Der Revisionismus, also der Versuch, die historischen Realitäten im Rückblick als „Geschichtslügen“ zu enttarnen und der angeblichen Wahrheit zum Durchbruch zu verhelfen, verliert auf der einen Seite an Strahlkraft, ist auf der anderen Seite – angesichts der hohen Konstanz – aber in vielen Köpfen fest verwurzelt.

Als weiteres Zwischenfazit bleibt zu konstatieren, dass von den diversen rechtsextremistischen Einstellungsmerkmalen hier und heute Ausländerfeindlichkeit und chauvinistische Elemente – der regressiven Tendenz zum Trotz – mit Abstand die breiteste Zustimmung verzeichnen, Antisemitismus, diktatorische Vorstellungen, die Verklärung der NS-Zeit und Sozialdarwinismus hingegen für wesentlich weniger Menschen konsensfähig sind. Daneben weisen die Gräben, die sich zuweilen zwischen alten und neuen Bundesländern auftun, vordergründig darauf hin, dass sich das Gravitationszentrum in Bezug auf derartige Blickwinkel wohl allmählich von hüben nach drüben verlagert. Obwohl sich dieser Verdacht auf der Verhaltensebene schnell erhärten ließe, da der Osten sowohl eingedenk der durchschnittlichen Wahlergebnisse der NPD als auch der einschlägigen Straftaten normalerweise weit vor dem Westen liegt, nimmt ein detaillierter Vergleich dem einigen Wind aus den Segeln. Grundsätzlich speisen sich die skizzierten bundesweiten Diskrepanzen nämlich nicht allein aus deutsch-deutschen Gegensätzlichkeiten, resultieren vielmehr auch aus regionalen Gegebenheiten und

---

<sup>360</sup> Vgl. Decker/Brähler: Vom Rand zur Mitte, S. 39.

<sup>361</sup> Vgl. Dies.: Bewegung in der Mitte, S. 34.

<sup>362</sup> Vgl. ebd.

<sup>363</sup> Vgl. SINUS-Studie: 5 Millionen Deutsche, S. 109.

<sup>364</sup> Vgl. Decker/Brähler: Bewegung in der Mitte, S. 23.

Traditionen – das betrifft die Gesamtwerte<sup>365</sup> ebenso wie die angesprochenen Teilaspekte<sup>366</sup>. Auch innerhalb der Blöcke der alten und neuen Bundesländer sind stellenweise ganz gravierende Abweichungen auszumachen. Vor diesem Hintergrund dürfte der entscheidende Widerspruch zwischen Ost und West nicht zwingend in einem größeren Anhängerpotential bzw. einer erhöhten Anfälligkeit, sondern besonders in der gesteigerten Handlungsbereitschaft zu sehen sein.

Nachdem damit die allgemeine Verbreitung bzw. Verankerung rechtsextremistischer Weltbilder vermessen und die ideologischen Anknüpfungspunkte bloßgelegt wurden, stellt sich sogleich die Frage, bei wem sich Ansichten dieser Art in welcher Ausprägung und Form wiederfinden: Wer sieht sich aufgrund der Entwicklung zur Einwanderungsgesellschaft in seiner Identität bedroht, schwelgt stattdessen in NS-Nostalgie bzw. stört sich an der Übertragung von Souveränitätsrechten an supranationale Organisationen wie die Europäische Union? Die abschließende Differenzierung des Datenmaterials anhand sozialstruktureller Merkmale soll dabei helfen, das Profil der manifesten und latenten Potentiale abzustecken und dieses hochkomplexe Phänomen dadurch letztlich konkret verorten zu können.

#### **4.1.4. Rechtsextremistische Weltbilder in Relation zu sozialstrukturellen Merkmalen**

Entgegen dem verbreiteten Empfinden stellt der Rechtsextremismus von Nahem besehen kein bloßes Jugendproblem dar. Während die Öffentlichkeit meist mit besonderer Entrüstung reagiert, sobald sich Heranwachsende an rechtsextremistischen Provokationen und Gewaltakten beteiligen, sich die Debatten über notwendige Gegen- und Präventivmaßnahmen darum allerdings vorwiegend auf das Gebiet der Pädagogik beschränken, vermitteln die Ergebnisse der Einstellungsforschung vollkommen andere Prioritäten. In der Gegenüberstellung weisen junge Menschen jedenfalls weitaus weniger antidemokratische Meinungsbilder auf als die älteren Generationen<sup>367</sup>: 2008 stellten die 14-

---

<sup>365</sup> Zum Beispiel lagen Sachsen und Bremen mit Blick auf die Verbreitung rechtsextremistischer Weltbilder in der Bevölkerung anno 2003 gleichauf (jeweils 26 Prozent), Hessen landete lediglich ein Hundertstel hinter Thüringen (19) – und damit eindeutig vor dem Schlusslicht Saarland (10). Vgl. Stöss: *Rechtsextremismus im Wandel*, S. 67.

<sup>366</sup> Beispielsweise stand Bayern in Sachen Chauvinismus im Durchschnitt von 2002 bis 2008 mit großem Vorsprung an der Spitze (30,4 Prozent), gefolgt von Mecklenburg-Vorpommern (27,6). Das Saarland (4,4 Prozent) und Sachsen (9,8) belegten hingegen die hinteren Plätze. Auch bei der Ausländerfeindlichkeit wartete Bayern mit einem extrem hohen Wert (39,1 Prozent) auf, den nur Sachsen-Anhalt (39,3) übertraf. Bei der Verharmlosung des Nationalsozialismus rangierten Mecklenburg-Vorpommern und Baden-Württemberg ganz vorne (jeweils 7,2 Prozent), während diese Dimension rechtsextremistischer Haltungen in Brandenburg (0,2) und Hamburg (0,8) nur von relativ geringer Bedeutung war. Vgl. Decker/Brähler: *Bewegung in der Mitte*, S. 37-53.

<sup>367</sup> Vgl. a.a.O., S. 27; Dies.: *Vom Rand zur Mitte*, S. 50; SINUS-Studie: *5 Millionen Deutsche*, S. 114; Stöss: *Rechtsextremismus im Wandel*, S. 68.

bis 30-Jährigen auf allen Skalen das Schlusslicht, das in mancher Hinsicht – etwa bei der Befürwortung einer Diktatur, Chauvinismus und antisemitischen Deutungsmustern – auf kaum mehr als die Hälfte der Werte der über 60-Jährigen kam und ansonsten – wie beim Sozialdarwinismus und der NS-Verharmlosung – ersichtlich darunter blieb<sup>368</sup>. Die deutlichsten Gemeinsamkeiten eröffneten sich bezüglich der Ausländerfeindlichkeit, die bei beiden Gruppen den breitesten Anklang erzielte. Dennoch scheint die Dichte solcher Denkmuster mit dem Alter zu steigen, dafür sprechen nahezu sämtliche Analysen<sup>369</sup>. Umgekehrt verhält es sich derweil mit der Initiative zu entsprechendem Verhalten. So neigen Jugendliche für gewöhnlich viel eher zu einschlägig motivierten Stimmabgaben bzw. Straftaten und bieten demnach einen kleinen, dafür manifesten Anteil des Phänomens, wohingegen die Angehörigen der betagteren Jahrgänge dessen umso größere, latente Reserven bilden. Die gängige Fokussierung auf die „grüne“ Vorhut droht daher gleichsam von den eigentlich „ergrauten“ Fundamenten abzulenken.

Indessen decken sich die Gutachten zu den Geschlechtern allenfalls sporadisch mit dem Image des Rechtsextremismus als „Männerkrankheit“. Auch wenn sich hierzu in der Forschung noch kein klarer Auslegungskonsens herauskristallisiert hat, weil einige Analysen den Frauen sogar einen höheren Anteil derartiger Auffassungen bescheinigen<sup>370</sup>, manche wiederum beide Gruppen in etwa gleichauf sehen<sup>371</sup>, bleibt zu betonen, dass sich die Differenzen in Grenzen halten. Beispielsweise stimmten 2008 annähernd so viele weibliche Befragte ausländischerfeindlichen Statements zu wie männliche, gleiches galt für antisemitische Behauptungen, den Bereich des Sozialdarwinismus und die Verherrlichung der NS-Zeit, die gleichwohl auf allgemein geringerem Niveau angenommen wurden<sup>372</sup>. Auffälligere Abstände ließen sich lediglich in Bezug auf den Chauvinismus und die Befürwortung einer Diktatur erkennen.

Dem Vernehmen nach weicht man vor allem dadurch voneinander ab, dass diese Einstellungen in der Praxis gewissermaßen genderspezifische Einfärbungen ausprägen<sup>373</sup>: Mithin basiert der Rechtsextremismus bei den Männern angeblich vorrangig auf dem Leitmotiv der Konkurrenz, das den Einsatz von Gewalt sowohl im Großen – in Gestalt

---

<sup>368</sup> Vgl. Decker/Brähler: *Bewegung in der Mitte*, S. 27.

<sup>369</sup> Die SINUS-Studie fällt dabei freilich ein wenig aus dem Rahmen und verzeichnete bei Leuten bis zum 70. Lebensjahr ein stetiges Wachstum, bei noch älteren aber einen vorsichtigen Rückgang. Vgl. Decker/Brähler: *Vom Rand zur Mitte*, S. 50; Dies.: *Bewegung in der Mitte*, S. 27; SINUS-Studie: *5 Millionen Deutsche*, S. 114; Stöss: *Rechtsextremismus im Wandel*, S. 68.

<sup>370</sup> Vgl. Stöss: *Rechtsextremismus im Wandel*, S. 68.

<sup>371</sup> Vgl. SINUS-Studie: *5 Millionen Deutsche*, S. 87.

<sup>372</sup> Vgl. Decker/Brähler: *Bewegung in der Mitte*, S. 26.

<sup>373</sup> Vgl. Rommelspacher, Birgit: *Das Geschlechterverhältnis im Rechtsextremismus*. In: Schubarth, Wilfried/Stöss, Richard (Hrsg.): *Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz*. Bonn, 2000, S. 199-219, S. 206.

eines aggressiven, auf Expansion ausgerichteten Politikverständnisses – als auch im Kleinen – sprich in den verschiedenen Lebensbereichen, verstanden als Kampf um Arbeitsplätze, Wohnraum und Partnerinnen – begründet. Hingegen lehnt die Mehrheit der Frauen dieses Mittel zum Zweck erfahrungsgemäß ab, orientiert sich stattdessen von Haus aus stärker am näheren Umfeld, auf das im Alltag ein gravierender Anpassungsdruck gegenüber allem „Andersartigen“ oder „Fremden“ ausgeübt wird. Auf vertrautem Gebiet demonstrieren demnach beide Geschlechter eine Art „Dominanzverhalten“<sup>374</sup>, um den Ressourcenzugang zu bestimmen und den eigenen Status zu verteidigen. Frauen agieren dabei nach außen hin subtiler und sind seltener sichtbar bzw. halten sich zumeist bewusst zurück, so dass sich das Phänomen hauptsächlich bei Männern lokalisieren lässt. Diese stimmen einem „ehernen Gesetz“<sup>375</sup> zufolge zwar häufiger für die NPD und verüben dazu das Gros der einschlägigen Delikte, stellen aber nichtsdestotrotz – analog zu den Jugendlichen – nur eine von vielen Spitzen des Eisbergs an antidemokratischen Einstellungen und Orientierungen dar, dessen wirkliches Gewicht sich unter der Oberfläche verbirgt.

Belastbarere Rückschlüsse zeichnen sich demgegenüber mit Blick auf die Beziehungen zwischen dem Rechtsextremismus und dem Bildungsgrad sowie den damit verbundenen Berufsperspektiven ab. Denn da schimmert immer wieder durch, dass dessen Dimensionen mit steigendem Wissen an Wirkungsmacht verlieren, sprich die Quote mit verbesserter Qualifikation sinkt<sup>376</sup>. Zum Beispiel stimmten Befragte ohne Abitur den obligatorischen Aussagen und Ressentiments 2008 doppelt so oft zu wie solche mit Hochschulreife, wobei Ausländerfeindlichkeit, Chauvinismus und Antisemitismus unabhängig vom Bildungshintergrund durchweg für die stärkste Resonanz sorgten<sup>377</sup>. Die Durchschlagskraft rechtsextremistischer Weltbilder scheint sich somit diametral zur Weitung des individuellen Horizonts zu reduzieren. Auch hinsichtlich des erwerbsmäßigen Status spiegelt sich diese Tendenz zum Teil wider, verfügen Arbeitslose und einfache Arbeitnehmer häufig über ein höheres Potential entsprechender Sichtweisen denn Personen in verantwortlichen Positionen<sup>378</sup>. Besonders bei der Ausländerfeindlichkeit, dem

---

<sup>374</sup> Rommelspacher: Geschlechterverhältnis im Rechtsextremismus, S. 206.

<sup>375</sup> Falter: Wer wählt rechts?, S. 28.

<sup>376</sup> Vgl. Decker/Brähler: Vom Rand zur Mitte, S. 47; Dies.: Bewegung in der Mitte, S. 25; SINUS-Studie: 5 Millionen Deutsche, S. 119.

<sup>377</sup> Vgl. Decker/Brähler: Bewegung in der Mitte, S. 25.

<sup>378</sup> Die SINUS-Studie machte in diesem Punkt erneut eine Ausnahme und bescheinigte Kurz- wie Langzeitarbeitslosen 1979/80 mit zwei bzw. zehn Prozent einen relativ niedrigen Anteil rechtsextremistischer Anschauungen. Zum Vergleich: 2003 kalkulierte man für diese Gruppe insgesamt mit fast 30 Prozent. Vgl. Decker/Brähler: Vom Rand zur Mitte, S. 49; Dies.: Bewegung in der Mitte, S. 26/27; SINUS-Studie: 5 Millionen Deutsche, S. 120; Stöss: Rechtsextremismus im Wandel, S. 68.

Chauvinismus und der Befürwortung einer Diktatur sah man Bürger ohne festes Beschäftigungsverhältnis zuletzt mit einigem Abstand vorn, flankiert von den Rentnern und Ruheständlern, die dafür zwischenzeitlich beim Antisemitismus und der Verharmlosung der NS-Herrschaft vorpreschten<sup>379</sup>. Ausnahmslos am seltensten schlossen sich hingegen Auszubildende und Wehrdienstleistende – also wiederum junge Menschen – diesen heiklen Anschauungen an, so dass der schon angesprochene Alterseffekt auch hier auftritt.

Gleichzeitig haben intermediäre Organisationen in Verbindung mit rechtsextremistischen Orientierungen erheblich an Geltung eingebüßt und sind augenscheinlich nicht mehr in der Lage, diese so stark abzuschirmen wie in der Vergangenheit. Galten die Gewerkschaften bis weit in die 90er Jahre hinein als Gruppen mit einem verhältnismäßig niedrigen Anteil an antidemokratischen Gesinnungen<sup>380</sup>, erweist sich diese Annahme nach den jüngeren Analysen jedenfalls als nur begrenzt haltbar. In dem Maße wie die Anhängerschaft der Arbeitnehmervertretungen letztlich einem Abbild der Gesamtgesellschaft entspricht, vermögen selbige vermutlich nicht länger ein spezifisches Grundwerteverständnis für sich einzufordern. Immerhin kamen bei einem Vergleich zwischen Verbandsmitgliedern und Nichtmitgliedern 2006 keineswegs die bewährten Gegensätze zum Vorschein, im Gegenteil: Chauvinismus, Antisemitismus, Sozialdarwinismus und NS-Verharmlosung stießen bei Ersteren sogar auf minimal breiteres Einverständnis, ansonsten bewegte man sich auf Augenhöhe<sup>381</sup>. Mit dem Kriterium der Kirchenzugehörigkeit sieht es ähnlich aus; während Katholiken wie Protestanten 2008 an erster Stelle zum Sozialdarwinismus und der Verklärung der NS-Zeit neigten, ausländerfeindliche Statements dafür seltener akzeptierten als Konfessionslose, wiesen die Werte aller drei Untersuchungseinheiten im Kontext chauvinistischer und antisemitischer Positionen die stärksten Übereinstimmungen auf<sup>382</sup>. Insgesamt scheint die Verbundenheit zu einer christlichen Religionsgemeinschaft deshalb ebenso wenig geeignet zu sein, die Resistenzfähigkeit gegenüber dem Rechtsextremismus zu erhöhen wie die Mitwirkung in einer Interessenorganisation<sup>383</sup>.

---

<sup>379</sup> Vgl. Decker/Brähler: *Bewegung in der Mitte*, S. 26/27.

<sup>380</sup> Vgl. Falter: *Wer wählt rechts?*, S. 93; SINUS-Studie: *5 Millionen Deutsche*, S. 90.

<sup>381</sup> Vgl. Decker/Brähler: *Vom Rand zur Mitte*, S. 54.

<sup>382</sup> Vgl. Dies.: *Bewegung in der Mitte*, S. 28.

<sup>383</sup> Wenngleich die Angehörigen beider Konfessionsgruppen längst nicht „immun“ für rechtsextremistische Anschauungen sind, lassen sich bezüglich der Gewichtung einzelner Teilaspekte im Ganzen betrachtet durchaus einige Divergenzen erkennen: So bewegten sich die Protestanten 2008 bei der Diktaturbefürwortung, Chauvinismus und Ausländerfeindlichkeit zum Teil weit vor den Katholiken, die dafür beim Antisemitismus, Sozialdarwinismus und der NS-Verharmlosung die höheren Werte vorzuweisen hatten. Vgl. ebd.

Was am Ende bleibt, ist die Frage, wie sich die skizzierten und ausgesprochen diffusen Einstellungspotentiale auf der Politikebene verteilen, also welche Parteien und Formationen bei Personen, die in solchen Dimensionen denken, die meisten Punkte sammeln. Das Datenmaterial der vergangenen Jahre entbietet dabei einige durchaus erstaunliche Diagnosen. Vorneweg offenbaren die Resultate natürlich das Vorhersehbare, nämlich dass die Weltbilder von NPD- oder Republikaner-Wählern in sich schon sehr gefestigt, um nicht zu sagen geschlossen sind. So rufen diese auf allen Skalen die mit Abstand heftigsten Ausschläge hervor<sup>384</sup>: Übertragt deren Akklamation bei Aussagen zu Ausländerfeindlichkeit und Chauvinismus diejenige der Anhängerschaft etablierter Akteure bereits um über das Doppelte, steigert sich diese Tendenz bei anderen Teilaspekten – speziell der Verherrlichung des „Dritten Reiches“ sowie der Diktaturbefürwortung – bald auf ein Vielfaches. Unterdessen weist die Klientel von Union und SPD allerdings ebenfalls stattliche Kontingente mit mindestens ansatzweise rechtsextremistischen Dispositionen auf; die Gefolgschaft von Liberalen und Grünen steht dem in wenig nach und nicht einmal die der Linken ist – entgegen dem eigenen Selbstverständnis – davon restlos auszunehmen, verwundert vielmehr mit einem starken Drang zur Xenophobie<sup>385</sup>.

Das heißt gleichwohl auch, dass die verschiedenen Plattformen des organisierten Rechtsextremismus heute kaum mehr als eine Minderheit der eigentlich geneigten Wählerschaft erreichen und neben dem harten Kern vielleicht gelegentlich einige Protestwähler mobilisieren, die großen Kraftreserven in der Regel aber nicht für sich vereinnahmen können. Denn im Durchschnitt zeigen sich bloß um die fünf von 100 Personen mit den besagten Einstellungsmerkmalen bereit, für die NPD bzw. die Republikaner zu stimmen, ferner ziehen weitere 15 bis 20 Prozent davon diesen Parteien die Enthaltung vor<sup>386</sup>. Somit geht die absolute Mehrheit – über 60 Prozent – der Voten aus diesem Spektrum für gewöhnlich an die Volksparteien, deren wichtige Integrationsleistung sich insofern als teilweise ambivalent erweist, als das Problem darüber einerseits auf geordnete Pfade gelenkt, andererseits in seiner tatsächlichen gesellschaftlichen Verbreitung abgeschwächt und schöngefärbt wird.

---

<sup>384</sup> Vgl. Decker/Brähler: Vom Rand zur Mitte, S. 51/52.

<sup>385</sup> Vgl. a.a.O., S. 52/53.

<sup>386</sup> Vgl. a.a.O., S. 53; Stöss: Rechtsextremismus im Wandel, S. 96.

#### 4.1.5. Fazit

Im Ganzen betrachtet bleibt festzuhalten, dass rechtsextremistische Dispositionen in Deutschland – ungeachtet des stabilen Grundkonsenses und der enormen Wertschätzung für die freiheitliche Demokratie – relativ weit verbreitet sind. Gleichwohl deren Auswüchse keineswegs konstant voranschreiten und den Analysen der vergangenen Jahre im Gegenteil sogar eine sukzessive Abnahme entsprechender Ansichten zu entnehmen war, sind diese schlussendlich – in Ansätzen verschiedener Gestalt und Gewichtung – in der kompletten Gesellschaft vorzufinden. Das heißt, dass sich nichts und niemand – kein Gebiet, keine Gesellschaftsschicht und keine intermediäre Organisation – von vornherein hiervon lossagen lässt. Finden einschlägige Ressentiments und Forderungen heute bei Männern wie Frauen in halbwegs ausgeglichenem Maße Resonanz, sind diese Meinungen bei älteren Menschen erfahrungsgemäß sowohl häufiger als auch stärker ausgeprägt als bei Jugendlichen. Ein gegenläufiger Effekt geht außerdem vom steigenden Bildungsgrad sowie günstigen Berufsperspektiven aus. Nichtsdestotrotz schlagen sich rechtsextremistische Auffassungen normalerweise bei den wenigsten im Gebaren nieder, so dass das Gros des respektablen Anhängerreservoirs bis dato ruht bzw. brachliegt. Rein numerisch wäre das Potential zu einer fast flächendeckenden bzw. bundesweiten Parlamentspräsenz einer Partei dieser Provenienz allemal vorhanden, zumal der Personenkreis, der die eigene Denkweise am ehesten in den Parolen von NPD und Republikanern wiederfindet, erheblich – wohl um fünf bis zehn Prozent<sup>387</sup> – über deren durchschnittliche Wahlergebnisse hinausreichen dürfte.

Dennoch erscheinen die Kräfte des organisierten Rechtsextremismus gegenwärtig weit davon entfernt, sich die alles andere als abträglichen Rahmenbedingungen zu eigen zu machen, geschweige denn, sich für eine Mehrheit der Menschen als ernsthaftes politisches Kontrastprogramm zu profilieren. Womöglich wirkt der wirtschaftliche Wohlstand weiterhin als „narzisstische Plombe“<sup>388</sup>, die einer allgemeinen Mobilisierung antidemokratischer Positionen entgegensteuert. Vielleicht sind es auch der antitotalitäre Tenor und die davon ausgehende Gefahr einer sozialen Verurteilung, die nach wie vor dafür sorgen, dass sich das evidente Gedankengut selten in Taten niederschlägt. Primär dürften sich die dazugehörigen Parteien jedoch selbst im Weg stehen: Im direkten

---

<sup>387</sup> Dieser Annäherungswert entspringt der Differenz der dargestellten demoskopischen Befunde, die den Anteil rechtsextremistischer Anschauungen in der Bevölkerung zunächst zwischen fünf und 15 Prozent veranschlagen, und den durchschnittlichen Wahlergebnissen der einschlägigen Parteien, die es nach wie vor nur in seltenen Ausnahmefällen über die erforderlichen fünf Prozent schaffen, um in die Parlamente einzuziehen – und dafür umso regelmäßiger im Nullkommabereich enden.

<sup>388</sup> Decker/Brähler: Bewegung in der Mitte, S. 9.

Konkurrenzkampf mit den etablierten Kontrahenten agiert man meist auf völlig verlorenem Posten, vermag sich selbst demgegenüber nur selten seriös und skandalfrei zu gerieren und die erforderlichen Positivschlagzeilen zu erzielen, um abseits der angestammten Klientel auch den generell skeptischeren älteren und weiblichen Wählergruppen, die sonst vorwiegend für die großen Volksparteien stimmen, Verlässlichkeit zu signalisieren und an Vertrauen zu gewinnen. Daneben mangelt es, wie später näher zu sehen sein wird, vielfach an zugkräftigen Inhalten und Personen, ausschlaggebenden Identifikationsmomenten und nicht zuletzt der medialen Präsenz, um Nichtwähler für sich einzunehmen.

#### **4.2. Erklärungsansätze zur Entstehung rechtsextremistischer Einstellungen**

Per se gilt der Rechtsextremismus als gleichermaßen heterogenes wie hochkomplexes Phänomen. Die Wissenschaft debattiert deshalb nicht nur nach wie vor über eine einheitliche Definition, sondern streitet ebenso über Wurzeln und Anfänge derartiger Auffassungen. Während ein verbindlicher Konsens in diesem Kontext weiter aussteht, wetteifern diverse Konzepte um die Klärung des schwerlich einzugrenzenden Gegenstands – eines Problems, das die Gesellschaft im Prinzip als Ganzes durchdringt. Dabei setzen die Theorien häufig völlig verschiedene Schwerpunkte, beschränken sich beispielsweise auf die Darstellung bestimmter Dimensionen bzw. heben auf Teilgruppen ab. Wenngleich die Herangehensweisen vor diesem Hintergrund generell stark variieren, sind als gemeinsame Nenner eine individuelle sowie eine soziale Perspektive auszumachen. Ausgehend von diesen beiden Argumentationslinien, die bisweilen allerdings nachgerade ineinanderfließen, schicken sich ständig andere, nicht immer neue Ansätze an, die Auslöser antidemokratischer Ansichten aufzuspüren. Um dennoch einen Überblick zu vermitteln, soll der nachfolgende Abschnitt systematisch vorgehen und versuchen, die Aussagekraft der einzelnen Analyseraster zu erörtern.

##### **4.2.1. Rechtsextremismus als Persönlichkeitsmerkmal**

Aus Sicht zahlreicher Studien zeichnen vorrangig die individuellen Eigenschaften des Einzelnen für die vorhandenen Einstellungen und Ansichten verantwortlich. Bereits in den 30er Jahren nahm man – unter dem unmittelbaren Eindruck des Nationalsozialismus und italienischen Faschismus – an, dass sich der Erfolg dieser Bewegungen aus einer spezifischen sozialpsychologischen Empfänglichkeit der Bevölkerung speiste, Parolen und Propaganda sozusagen an einem sensiblen Punkt ansetzten. Das Konzept der



„Authoritarian Personality“<sup>389</sup> griff diesen düsteren Verdacht auf und avancierte damit geradewegs zum Klassiker, der vielen Ansätzen als Vorbild diente. Dabei zeigte sich zunächst, dass die Gegenwart autoritärer bzw. antidemokratischer Gesinnungen keinesfalls mit den explizit artikulierten Positionen der Probanden bzw. einer konkreten Parteizugehörigkeit oder Präferenz kongruieren musste, derartige Denkweisen vielmehr bei Vertretern aller Politikrichtungen anzutreffen waren. Der Autoritarismus wurde darum als Ausdruck einer verborgenen Veranlagung verstanden; einer regelrecht symptomatischen Charakterstruktur, die gleichsam als Ausgangspunkt rechtsextremistischer Weltbilder galt. Die Wurzeln vermutete man in einer entsprechenden frühkindlichen, familiären Sozialisation: Ein strenger, stark fordernder Erziehungsstil der Eltern sollte sich folglich mehr oder weniger intensiv in den Dispositionen des Erwachsenen widerspiegeln – oftmals verpackt in Vorurteilen, Aggressionen und Ängsten.

Zu den signifikanten Merkmalen einer so geprägten Persönlichkeit zählte man zuvörderst den Konventionalismus, der für eine tiefe Verankerung in den traditionellen Werten des Mittelstands verbunden mit einem Hang zu unkritischen, geradezu unterwürfigen Haltungen gegenüber Obrigkeiten bzw. Respektspersonen sowie den Wunsch steht, eventuelle Verstöße gegen Normen und Regeln des gemeinschaftlichen Kollektivs zu bestrafen. Außerdem bescheinigte man diesem psychologischen Phänotypus die Anti-Intrazeption, sprich die Ablehnung zu persönlicher und phantasievoller Aspekte bei simultaner Tendenz zu Aberglauben, Verschwörungstheorien und Verallgemeinerungen. Dazu gesellte sich ein Denken in den Dimensionen von Macht und Stärke, aus dem sich Destruktivität und Zynismus, um nicht zu sagen ein gewisses Maß an Menschenfeindlichkeit ableitete. Plus die so genannte Projektivität, die sich einerseits im Glauben an gefährliche, unvorhersehbare Geschehnisse in der Welt, andererseits in der unbewussten Übertragung von emotionalen Impulsen auf die eigene Umgebung äußerte. Die exzessive Beschäftigung mit sexuellen Vorgängen rundete das Bild erst einmal ab. Dem akuten Syndrom, das sich aus der Summe dieser Variablen ableitete<sup>390</sup>, schrieb man schließlich eine schier entwaffnende Wirkung zu: Denn autoritäre Charakterstrukturen sollten sich grundsätzlich in gesteigerter Anfälligkeit gegenüber antidemokratischen Aussagen niederschlagen.

---

<sup>389</sup> Vgl. Adorno, Theodor W./Frenkel-Brunswik, Else/Levinson, Daniel J./Sanford, R. Nevitt: *The Authoritarian Personality*. New York, 1950.

<sup>390</sup> Die beschriebenen Faktoren ergaben die so genannte F-Skala, die bei Probanden mit hohen Ausschlägen eine eventuell dem „Faschismus“ bzw. Rechtsextremismus geneigte Persönlichkeitsstruktur signalisieren sollte. Vgl. a.a.O., S. 228.

Die inhaltliche Kritik an diesem weitrezipierten Konzept zielt insbesondere auf zwei Kernpassagen: Zum einen erschließt sich schwerlich, warum die erwähnten Persönlichkeitszüge bei Probanden jeglicher Parteiprovenienz zu beobachten waren, schlussendlich jedoch gerade in eine größere Resonanz gegenüber dem Rechtsextremismus münden mussten. Zwischen den diversen antidemokratischen Positionen wird letztlich zu wenig differenziert; die ideologische Trennschärfe der Theorie lässt insofern zu wünschen übrig. Zum anderen dürfte die individuelle Sozialisation in Wirklichkeit selten so statisch ablaufen wie von den Verfassern angenommen. Wiewohl die Erziehung durch die Eltern unbestreitbar einer richtungweisenden Weichenstellung entspricht, lebt und reift der Mensch nie in einem Vakuum, sondern sieht sich Tag für Tag mit neuen Eindrücken konfrontiert, lernt also nie aus. So wie die äußeren Gegebenheiten einem kontinuierlichen Wandel unterliegen, können sich deswegen wahrscheinlich auch die Sichtweisen des einzelnen Menschen – wenigstens bis zu einem bestimmten Grad – ändern. Spätere Ansätze bemühten sich, den besagten Schwachstellen mit Weiterentwicklungen<sup>391</sup> bzw. Abwandlungen<sup>392</sup> zu begegnen; im Wesentlichen – bezüglich des Werts individueller Aspekte für die Ausbildung entsprechender Auffassungen – schien man sich dennoch einig zu sein. Und das sicherlich nicht ganz zu Unrecht, schließlich erhält die an der Persönlichkeitsentwicklung orientierte Perspektive im Allgemeinen ebenso wie der Ansatz der „Authoritarian Personality“ im Besonderen durch das ein oder andere Ergebnis aus der Einstellungsforschung eine gewisse Bestätigung.

Nach Erhebungen von 2006 weist bei Personen mit rechtsextremistischen Weltbildern beispielsweise vieles auf vorherige autoritäre bzw. antidemokratische Prägungen im Elternhaus hin: Während sich Befragte, die derartige Statements negierten, vorwiegend an emotionale Wärme erinnerten, hatten die Befürworter solcher Aussagen häufig Ablehnung

---

<sup>391</sup> Der Dogmatismus-Ansatz differenziert demgegenüber ganz allgemein in geschlossene und offene Weltanschauungen, interessiert sich obendrein weniger für die Inhalte als vielmehr für die Strukturen antidemokratischer Denkweisen – und entbindet den Autoritarismus, der dabei sozusagen einen Sonderfall darstellt, damit von seiner ideologischen Reduktion auf den Rechtsextremismus. Vgl. Rokeach, Milton: *The Open and Closed Mind*. New York, 1960.

<sup>392</sup> Etwa sieht die Theorie des Wertewandels den wichtigsten Aspekt der individuellen Sozialisation nicht mehr im Erziehungsverhalten der Eltern, sondern in den sozioökonomischen Umständen des Aufwachsens: In Zeiten existentieller Mängel widmen sich die Menschen demzufolge erst einmal den Grundbedürfnissen, erstreben Sicherheit und Ordnung. Im Hinblick auf die späteren sozialen und politischen Orientierungen kann die Verwurzelung in einer entsprechend materiellen Wertestruktur dem Vernehmen nach eine Neigung zu konservativen, dem Wesen nach autoritären Haltungen nach sich ziehen, die zuweilen in einem Hang zu rechtsextremistischen Weltanschauungen resultiert. Dagegen soll sich wachsender Wohlstand vermehrt in postmaterialistischen Vorstellungen niederschlagen; das heißt, nachdem die Versorgung mit dem Lebensnotwendigen für die meisten schon außer Frage steht, sehnt man sich umso stärker nach Freiheit und Selbstverwirklichung – und wendet sich damit automatisch von den per se antiindividualistischen Forderungen des Rechtsextremismus ab. Vgl. Inglehart, Ronald: *Kultureller Umbruch. Wertewandel in der westlichen Welt*. Frankfurt am Main, 1989.

und Strafe erlebt, vor allem von Seiten des Vaters<sup>393</sup>. In dem Maße wie deren Sozialisation anscheinend nicht auf dem Grundprinzip der Respekts voreinander wie vor anderen aufbaute, sondern resoluten Gehorsam – ob in Gestalt psychischer oder physischer Gewalt – verlangte, nahmen Rigidität und Dichte der rechtsextremistischen Denkweisen zu. Das zwischenmenschliche Verhältnis zu den Eltern dient Kindern demzufolge als grober Orientierungspunkt, an dem sich die persönlichen Einstellungen gegenüber gesellschaftlichen und politischen Objekten vorerst ausrichten. Das Erziehungsklima dürfte deswegen einen latenten, aber längst nicht unerheblichen Einfluss auf die Entstehung einschlägiger Dispositionen ausüben.

Dem Vernehmen nach stehen diese ab und zu auch mit spezifischen Charakterzügen in Verbindung: Probanden mit rechtsextremistischen Sichtweisen gaben sich zwar ein Stück weit dominanter, unkontrollierter und weniger gefügig als der Rest der Untersuchungsgruppe, zeigten sich zugleich aber als verschlossener und misstrauischer, durchweg distanzierter – und schätzten die eigene soziale Resonanz schließlich als relativ gering ein<sup>394</sup>. Außerdem ließ sich zum Teil eine leichte Tendenz zu einer depressiveren Grundstimmung<sup>395</sup> sowie höherer Ängstlichkeit erkennen<sup>396</sup>, die eine schwächere Resilienz<sup>397</sup>, das heißt, eine verminderte psychische Widerstandsfähigkeit und ein niedrigeres Selbstwertgefühl, implizierte<sup>398</sup> – wenngleich inklusive einer etwas irritierenden Ausnahme: Denn Befragte, bei denen sich der Rechtsextremismus bereits zu einer geschlossenen Weltanschauung verdichtet hatte, bewegten sich hinsichtlich der angesprochenen Krisenresistenz und des Vertrauens in das eigene Können größtenteils auf dem gleichen Niveau wie der Bevölkerungsdurchschnitt. Womit der Absolutheitsanspruch der vertretenen Auffassungen und das Wissen um vermeintliche Sündenböcke geeignet erscheinen, eine gewisse Sicherheit zu bieten und die Strapazierfähigkeit bzw. innere Stärke zu erhöhen. Aus einem manifesten Fundament wird damit eine Art „stabilisierender Faktor“<sup>399</sup>.

In der Summe bleibt festzuhalten, dass sowohl die Sozialisation als auch die individuellen Eigenschaften fähig sind, auf die Entwicklung antidemokratischer Einstellungsmuster abzufärben bzw. direkt dazu beizutragen. Wobei deren Entstehung nebenbei auch auf die permanent niederprasselnden äußeren Eindrücke, Erwartungen und Erfordernisse

---

<sup>393</sup> Vgl. Decker/Brähler: Vom Rand zur Mitte, S. 98-102.

<sup>394</sup> Vgl. a.a.O., S. 103-106.

<sup>395</sup> Vgl. a.a.O., S. 107/108.

<sup>396</sup> Vgl. a.a.O., S. 109/110.

<sup>397</sup> Vgl. a.a.O., S. 111/112.

<sup>398</sup> Vgl. a.a.O., S. 112/113.

<sup>399</sup> A.a.O., S. 112.

zurückführen sein dürfte, die sich notgedrungen auf das perzeptive Empfinden des Einzelnen auswirken, nach adäquater Verarbeitung verlangen und – im Wege dieses Wechselverhältnisses – die Wahrnehmung der Welt vermutlich zumindest partiell zu verschieben vermögen. Der Mensch lebt nun einmal nicht in einem luftleeren Raum; dieser Maxime versucht eine ganze Reihe von Studien gerecht zu werden.

#### **4.2.2. Ungleichgewichtszustände als Ursachen rechtsextremistischer Einstellungen**

Status- und Deprivationskonzepte sind in den Sozialwissenschaften weit verbreitet und suchen die Wurzeln antidemokratischer Weltbilder vor allem in Spuren individueller Unzufriedenheit<sup>400</sup>. Das Augenmerk gilt somit gemeinhin der subjektiven Auslegung der objektiven Lebensumstände. Folglich braucht sich Frustration nicht aus absoluten Missständen – beispielsweise bedingt durch Arbeitslosigkeit – zu speisen, sondern vermag ebenso verhältnismäßigen Defiziten wie einem als zu niedrig erachteten Auskommen zu entspringen. Der Begriff der relativen Deprivation umschreibt zunächst den Eindruck der Entbehrung respektive des Verlusts eines Bezugspunkts, dem der Einzelne einen erhöhten Wert zumisst – und steht damit zugleich für eine empfundene Benachteiligung durch enttäuschte Erwartungen und unbefriedigte Bedürfnisse materieller wie immaterieller Natur<sup>401</sup>. So deckt dieses Modell ein ausgedehntes Spektrum ab, das sich in der Praxis von wirtschaftlichen Schiefständen über – im weitesten Sinne – soziale Probleme bis hin zu Ohnmachtsgefühlen bezüglich der Politik erstreckt. Als entscheidende Schritte erweisen sich dabei oftmals der Abgleich von Anspruch und Wirklichkeit sowie die Gegenüberstellung mit sonstigen Personen und Gruppen oder der eigenen Vergangenheit. Der Verdacht der Diskriminierung, der in diesen Vergleichsmomenten immer dann aufkommt, wenn sich eine erkennbare „Kluft zwischen dem Ist und dem Wunsch“<sup>402</sup> auftut, der gegenwärtige und der gewünschte Status allzu weit auseinanderliegen, soll sich schließlich in Vorurteilen, Ressentiments und der Suche nach Sündenböcken ein Ventil verschaffen – und dem Rechtsextremismus darüber den Weg ebnen.

---

<sup>400</sup> Das schon in den 50er Jahren aufgekommene Modell der Statuspolitik geht gemeinhin davon aus, dass Menschen mit einer gewissen, an einer monistischen Weltanschauung ausgerichteten Persönlichkeitsstruktur, die mit ihrer gegenwärtigen gesellschaftlichen Position unzufrieden sind oder diese irgendwie gefährdet sehen, stärker zur Wahl rechtsextremistischer Parteien neigen. Damit lieferte diese These die Vorlage zu zahlreichen Spezifikationen, zu denen letztlich auch der Deprivationsansatz zählt. Vgl. Hofstadter, Richard: *The Pseudo-Conservative Revolt*. In: Bell, Daniel (Hrsg.): *The Radical Right*. Garden City, 1964, S. 75-95; Lipset, Seymour M.: *The Sources of the Radical Right*. In: Bell, Daniel (Hrsg.): *The Radical Right*. Garden City, 1964, S. 307-371.

<sup>401</sup> Vgl. Backes/Jesse: *Politischer Extremismus in der BRD*. Band II, S. 198/199.

<sup>402</sup> Winkler: *Rechtsextremismus*, S. 54.

Auch die Aussagekraft dieser Argumentation ist durch Umfrageergebnisse zu verifizieren. So rückte eine Studie von 2006 die drei elementaren Deprivationsformen in direkte Verbindung zur Existenz rechtsextremistischer Einstellungen: Durchweg am stärksten ausgeprägt präsentierte sich dabei der politische Unmut, am schwächsten das soziale Missbehagen. Dazwischen landete die negative Wahrnehmung der wirtschaftlichen Situation, der in den allgemeinen Debatten zumeist die größte Relevanz zugesprochen wird, deren Rolle die geringfügigen Differenzen innerhalb der gesamten Untersuchungsgruppe nun aber gleichsam abschwächten<sup>403</sup>. Hohe Unzufriedenheit in den besagten Hinsichten vermochte sich demzufolge also durchaus in antidemokratischen Haltungen niederzuschlagen, musste diese allerdings nicht notwendig mit sich bringen. Einerseits befanden Menschen, die sich derartigen Meinungen anschlossen, sich selbst häufiger für übervorteilt, sahen sich unangemessen und ungerecht behandelt bzw. befürchteten dahingehende Entwicklungen. Andererseits hielten sich die Abweichungen im Ganzen betrachtet in Grenzen, fand man selbst in der Gesamtstichprobe beträchtliche Potentiale frustrierter Personen vor.

Während sich Rechtsextremisten und Nichtrechtsextremisten ansonsten in Bezug auf die allgemeine Lebenszufriedenheit wenig voneinander abhoben, war aus den Resultaten abzulesen, dass sich Erstere in manchen Bereichen – wie Wohnung, Freizeit, Gesundheit und Einkommen – merkwürdigerweise sogar vor Letzteren sahen<sup>404</sup>.

„Möglicherweise profitiert hier das psychische Wohlbefinden von der rechtsextremen Einstellung. Rechtsextreme Einstellung kann entlastend wirken, etwa durch Außenattribution (*„Ausländer nehmen mir den Arbeitsplatz weg“*) und damit die Bewertung des Erreichten verbessern. Weiterhin kann rechtsextreme Einstellung den familiären Binnenraum sichern helfen, etwa im Sinne einer ‚Wagenburgmentalität‘. Dies schafft eine höhere Binnenzufriedenheit.“<sup>405</sup>

Von einem Denken in gefestigten oder gar geschlossenen Strukturen geht insofern wohl wirklich eine gewisse Stärkung des Selbstbewusstseins aus, da sich der Einzelne dadurch ein Stück weit von äußeren Einflüssen abschirmt, seine individuellen Deutungsmuster stattdessen verabsolutiert und insofern von vornherein vieles ausblendet, was selbigen allzu offenkundig widersprechen würde.

Wenngleich die angedeuteten Wechselwirkungen zwischen dem Einsetzen situativer Unzufriedenheit und der Entstehung antidemokratischer Einstellungen an und für sich nicht zu verneinen sind, scheinen diese kaum mehr als weitläufige Überschneidungen, aber keine verlässlichen „Einbahnstraßen“ zu sein. Bei genauerer Betrachtung wähen sich inzwischen vermutlich weite Bevölkerungsteile in Ungleichgewichtszuständen und fühlen

---

<sup>403</sup> Vgl. Decker/Brähler: Vom Rand zur Mitte, S. 89.

<sup>404</sup> Vgl. a.a.O., S. 96.

<sup>405</sup> A.a.O., S. 97 (Hervorhebung wie im Original).

sich irgendwie frustriert. Und trotzdem teilen nach wie vor nur vergleichsweise geringe Anteile davon rechtsextremistische Äußerungen, geschweige denn Aktionen. Weil ein und dieselbe Konstellation – etwa eine Wirtschaftskrise – von jedem Menschen vollkommen anders aufgenommen und verarbeitet wird, können sich daraus auch komplett verschiedene Konsequenzen ableiten<sup>406</sup>; eine verbindliche Logik ist jedenfalls nicht zu erkennen. Die Theorie der relativen Deprivation kreist darum lediglich um das Problem herum, liefert am Ende allerdings keine hinreichende Erklärung für die Entstehung von Tendenzen dieser Provenienz. Das Rätsel, wieso ausgerechnet der Rechtsextremismus und keine andere politische Strömung von Desillusionierung, Statusängsten und konkreten Verlustängsten profitiert, ist damit allein nicht aufzulösen.

#### **4.2.3. Rechtsextremismus als Resultat von Modernisierungsprozessen**

Indessen fasst ein weiterer wichtiger Argumentationsstrang, der schon seit den 60er Jahren diskutiert wird, den Rechtsextremismus als „eine ‚normale‘ Pathologie von freiheitlichen Industriegesellschaften“<sup>407</sup> auf und macht die Anfänge solcher Anschauungen vorwiegend im stetigen sozioökonomischen Wandel aus. Davon ausgehend, dass die sich dauerhaft verändernden Lebensverhältnisse in den westlichen Demokratien in einem akuten Widerspruch zu den vergleichsweise stabilen Wertstrukturen der Menschen stehen und somit automatisch für Disharmonien sorgen, nahm man das Vorliegen einer ebenso verbreiteten wie nachhaltigen Verunsicherung an<sup>408</sup>. Eine starre Denkweise, die die Wahrnehmung der Welt auf ein einfaches Schwarz-Weiß-Schema verkürzt, sollte demgegenüber – als eine von verschiedenen Reaktionsmöglichkeiten – die nötige Entlastung versprechen<sup>409</sup>. Hingegen schien ein derart verfestigtes, „pathologisches“ Orientierungssystem in politischer Hinsicht nicht zwangsläufig mit manifesten antidemokratischen Vorgehensweisen zusammenzuhängen, vermochte sich stattdessen auch in einem einigermaßen angepassten Habitus zu äußern<sup>410</sup>. Gleichwohl spiegelte sich darin schon ein spezifischer Grundstock; ein latentes Potential an Personen, die durch die simplifizierende Propaganda einschlägiger Gruppierungen leichter ansprechbar und deren Unterstützung womöglich nicht abgeneigt waren. Das Richtmaß für die Größe dieses Reservoirs bestand demnach in bestimmten Gelegenheitsstrukturen: Dazu zählten die

---

<sup>406</sup> Vgl. Winkler: *Rechtsextremismus*, S. 55.

<sup>407</sup> Scheuch/Klingemann: *Theorie des Rechtsradikalismus*, S. 18.

<sup>408</sup> Vgl. ebd.

<sup>409</sup> Im Prinzip deckte sich diese rigiden Denkweise mit dem Modell der autoritären Persönlichkeit wie auch dem des Dogmatismus. Vgl. ebd.

<sup>410</sup> Vgl. a.a.O., S. 19.

allgemeine Geschwindigkeit der Modernisierungsprozesse, die Intensität der Gegensätze in der Gesellschaft und zudem die Fähigkeiten der politischen Institutionen, die Konsequenzen und Nebenwirkungen des Fortschritts abzufedern, um die Stabilität des Systems – vor allem in Krisenzeiten – aufrechtzuerhalten<sup>411</sup>.

Geraten diese Verhältnisse aus dem Gleichgewicht, können sich rechtsextremistische Parteien, die den komplexen Problemen der Gegenwart erfahrungsgemäß stark reduktionistische, romantisierte Darstellungen der Vergangenheit entgegensetzen<sup>412</sup>, einem wachsenden Publikum als Gegenentwurf empfehlen. Dennoch bedarf deren Erfolg außerdem anschlussfähiger Sentiments und Stimmungen in der Gesellschaft, die besonders anfangs die zentrale „Übersetzerrolle“ zwischen den vorhandenen Einstellungsmustern und dem dazugehörigen Verhalten ausfüllen<sup>413</sup>. Je mehr diese Kräfte und Bewegungen in einem solchen Klima an Beachtung und Reputation erhalten, desto stärker steigen deren Reiz und Reichweite in Bezug auf den Rest der Bevölkerung, sind mitunter auch Teile der Mehrheitsgesellschaft als Mitläufer zu aktivieren. So entsteht also eine eigentümliche Sogwirkung, deren Effekte sich am Ende als ambivalent erweisen: Äußerlich blüht die politische Gruppierung auf, büßt im Gegenzug allerdings an innerer und inhaltlicher Geschlossenheit ein, da „klare Anhänger“<sup>414</sup> mit manifesten bzw. konsistenten Weltbildern dem Vernehmen nach eher die Ausnahme bleiben. Insofern ist derartigen Phänomenen stets die „Inkonsistenz der politischen Philosophien als Normalfall zu unterstellen“<sup>415</sup>, so dass dieses theoretische Modell der ideologischen Vielschichtigkeit und Vielgestaltigkeit des Rechtsextremismus durchaus Rechnung trägt.

Abgesehen davon gibt es in den Ergebnissen der Einstellungsforschung durchaus passende Anhaltspunkte für die Stichhaltigkeit der Annahme, „dass moderne demokratische Gesellschaften gewissermaßen automatisch ihre eigenen (rechtsextremen) Gegner produzieren“<sup>416</sup>. So deuten die hohen Werte, die gerade Arbeitslose, gering gebildete sowie ältere Menschen auf den angesprochenen Skalen hervorrufen<sup>417</sup>, das Gewicht an, das strukturelle Aspekte auf die Genese antidemokratischer Gesinnungen ausüben dürften: Während die Vorteile der anhaltenden Progression an diesen Personengruppen oftmals vorbeigehen, verschlechtert sich sowohl deren objektive Situation als auch vor allem die

---

<sup>411</sup> Vgl. Scheuch/Klingemann: Theorie des Rechtsradikalismus, S. 19.

<sup>412</sup> Vgl. a.a.O., S. 23/24.

<sup>413</sup> Vgl. a.a.O., S. 20.

<sup>414</sup> A.a.O., S. 25.

<sup>415</sup> A.a.O., S. 26.

<sup>416</sup> Edinger, Michael/Hallermann, Andreas: Rechtsextremismus in Ostdeutschland. Struktur und Ursachen rechtsextremer Einstellungen am Beispiel Thüringens. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen 32, 2001, S. 588-612, S. 601.

<sup>417</sup> Siehe Kapitel 4.1.4.

subjektive Wahrnehmung der damit verbundenen Perspektiven – und die Deprivation steigt. Gleichzeitig verbindet diese „Modernisierungsverlierer“ vermutlich das missliche Gefühl, mit dem Tempo der Umbrüche kaum mehr mithalten zu können. Unter Umständen eint die Menschen somit ein gewisses Maß an Unzufriedenheit und Verunsicherung, das sich in Vorurteilen, Anfeindungen und Abwehrhaltungen gleichsam einen Ausgleich verschafft. Die Verbindung zwischen dem durch externe Momente angefachten Missmut auf der einen und antidemokratischen Sichtweisen auf der anderen Seite erscheint daher zunächst eindeutig. Und das nicht zuletzt, weil im Umkehrschluss die Heranwachsenden und die gebildeteren Leute, die sich zumeist weniger tief in traditionellen Werten verwurzelt und in den geistigen Haltungen folglich flexibler zeigen, ausnahmslos am seltensten zur Suche nach Sündenböcken und vereinfachenden Lösungen tendieren<sup>418</sup>, Veränderungen mithin wohl nicht so sehr als Verlust von Sicherheit, vielmehr größtenteils als Verbesserungschancen auffassen.

Bei näherer Betrachtung stellen sich die Dinge dennoch differenzierter dar. Wenngleich der skizzierte Ansatz die Individualebene mit der Entwicklung moderner Industriegesellschaften, deren politischen Gelegenheitsstrukturen sowie den parallelen Akteurskonstellationen zum multidimensionalen Erklärungsmodell zu kombinieren versucht, lässt sich dessen Verwandtschaft zum schlichteren Deprivationskonzept kaum leugnen. Die Kritikpunkte sind darum im Kern die selben<sup>419</sup>. Wiewohl sozioökonomische Wandlungsprozesse durchweg im Stande sein dürften, sich durch Widersprüche und Spannungsverhältnisse auf die mentale Verbreitung dem Rechtsextremismus anhängiger Meinungen und Standpunkte auszuwirken, folgen die dazugehörigen Reaktionen der Menschen keinerlei festem Regelwerk und müssen sich deshalb nicht notwendig in diese Richtung kanalisieren. Alternativen sind nicht ausgeschlossen, so dass es diesem Entwurf – ungeachtet einer ansonsten über weite Strecken ebenso schlüssigen wie umfassenden Argumentation – an der eigentlich entscheidenden Stelle an Erklärungskraft mangelt.

#### **4.2.4. Identitätsprobleme als Wurzel rechtsextremistischer Weltbilder von Jugendlichen**

In Anbetracht der Welle rechtsextremistischer Ausschreitungen und Gewaltexzesse im wiedervereinigten Deutschland rückte die Theorie sozialer Desintegration zu Anfang der

---

<sup>418</sup> Siehe Kapitel 4.1.4.

<sup>419</sup> Siehe Kapitel 4.2.2.



90er Jahre schnell in den Mittelpunkt der wissenschaftlichen Debatte<sup>420</sup>. Die skizzierten Deprivations- und Modernisierungsansätze argumentativ aufgreifend, konzentrierte sich dieses Modell weithin auf Jugendliche und deren durch die sich ausdehnende Individualisierung komplizierter werdende Identitätsbildung. Der stetige Wandel moderner Industriegesellschaften verwickelt die Menschen demzufolge in starke Widersprüche: Kontinuierlicher Fortschritt und wachsende Freiheit bedingen weniger Gleichheit, bedeuten verschärfte Konkurrenz und verminderte Solidarität, steigende Vereinzelung und schwächere soziale Verflechtungen<sup>421</sup>. Besonders die verblässende Bindungskraft intermediärer Organisationen belastet die Individuen und bewirkt immanente Orientierungslosigkeit bzw. Ohnmachtsgefühle. Die Normen- und Wertsysteme der klassischen Milieus und das vertrauensvolle Miteinander weichen weitgehender Eigenverantwortlichkeit und mitunter Einsamkeit und sorgen für massive Verluste an Sicherheit und Wärme, die kaum zu kompensieren scheinen – vor allem im Hinblick auf die Sozialisation von Heranwachsenden, in der man die Wurzel antidemokratischer Haltungen auszumachen meint. Allerdings bieten solche Auffassungen nach diesem Ansatz keine stabilen Orientierungsmuster bzw. Persönlichkeitsmerkmale, sondern Produkte der konkreten Auseinandersetzung mit den strukturellen Gegebenheiten des Alltags<sup>422</sup>.

Wiewohl sich rechtsextremistische Weltbilder deshalb durch die regelmäßige Verschmelzung von Ideologien der Ungleichheit mit der Akzeptanz von Gewalt als Aktionsform auszeichnen, sollen sich derartige Gesinnungen nicht automatisch im Verhalten niederschlagen, vielmehr nach einem auslösenden Anlass verlangen<sup>423</sup>. Gleichsam als Gradmesser dafür dienen drei verschiedene Aspekte von Anerkennungsbedürfnissen: Erstens setzt die Zufriedenheit des Einzelnen dessen Zugang zu materiellen Gütern über den Arbeits-, Wohnungs- und Konsummarkt voraus, erfordert zweitens dessen moralische Gleichberechtigung im Verhältnis zu den Mitmenschen sowie die Möglichkeit des Ausgleichs entgegengesetzter Ansprüche auf Augenhöhe und drittens die Gewährleistung einer die Persönlichkeit stützenden Privatsphäre, die neben emotionaler Geborgenheit nicht zuletzt Platz zur Selbstverwirklichung einräumt<sup>424</sup>. Defizite in diesen Grundbedürfnissen schüren Desintegration, ein in erster Linie der

---

<sup>420</sup> Vgl. Heitmeyer, Wilhelm et al.: Die Bielefelder Rechtsextremismus-Studie. Erste Langzeituntersuchung zur politischen Sozialisation männlicher Jugendlicher. 2. Auflage. Weinheim/München, 1993; Ders.: Gesellschaftliche Desintegrationsprozesse als Ursachen fremdenfeindlicher Gewalt und politischer Paralyse. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 2-3/1993, S. 3-13; Sitzer, Peter/Ders.: Rechtsextremistische Gewalt von Jugendlichen. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 37/2007, S. 3-10.

<sup>421</sup> Vgl. Heitmeyer: Gesellschaftliche Desintegrationsprozesse, S. 4.

<sup>422</sup> Vgl. Ders. et al.: Bielefelder Rechtsextremismus-Studie, S. 15/16.

<sup>423</sup> Vgl. Sitzer/Ders.: Rechtsextremistische Gewalt, S. 3.

<sup>424</sup> Vgl. a.a.O., S. 9/10.

Vereinzelung geschuldetes Vakuum an Gewissheit, gegenüber dem antidemokratische Vorstellungen und deren gemeinsames „sich Luft machen“ in dazugehörigen Gruppierungen wiederum eine gewisse Linderung verheißen.

Der Reiz, den in jenem Kontext speziell der subkulturelle Rechtsextremismus auf junge Leute ausüben dürfte, gründet wahrscheinlich in der schonungslosen Negation gesellschaftlicher Konventionen und dem damit verbundenen Kontrastprogramm zur Komplexität der individualisierten Lebensverhältnisse – mit anderen Worten, in der Verkörperung des starken, martialischen und gegebenenfalls gewalttätigen Kollektivs, in dem jeder für den anderen geradesteht, sowie schließlich in der Reduktion auf vereinfachende Lösungen. Im Streben nach Identität argumentiert man meist mit angeborenen bzw. natürlichen – beispielsweise ethnischen und nationalen – Merkmalen und versucht, den eigenen Selbstwert durch das diskriminierende Schlechtmachen anderer zu erhöhen<sup>425</sup>. Inwieweit die Tendenz zur Gewaltbereitschaft dabei zum Tragen kommt, untersteht dem Vernehmen nach auch den Gelegenheitsstrukturen und den allgemeinen klimatischen Gegebenheiten, sprich der Verbreitung und Hinnahme solcher Handlungsweisen in der Gesellschaft<sup>426</sup>.

Insgesamt sieht dieses Erklärungsmodell in rechtsextremistischen Einstellungen stets das Ergebnis der sozialisatorischen Verarbeitung struktureller Einflüsse und daraus resultierender situativer Unzufriedenheit. Warum Heranwachsende, die aufgrund ständiger Veränderungen und grassierender Vereinzelung gewisse Verunsicherungen aufweisen, auf der Suche nach Halt und neuer Sicherheit nun ausgerechnet zum Rechts- und nicht zum Linksextremismus oder gar gänzlich unpolitischen Standpunkten neigen sollen, ist darüber aber offenkundig nicht aufzuklären. Die Theorie sozialer Desintegration scheint die angeführten Deprivations- und Modernisierungsansätze lediglich auf junge Menschen in schwierigen Drucksituationen zu verengen und ansonsten leider nicht wirklich weiterzuentwickeln. Im Prinzip verzerrt diese verkürzte Perspektive sogar ein bisschen das eigentliche Ausmaß des gesamtgesellschaftlichen Problems, da die gezielt in den Vordergrund gestellte Personen- bzw. Altersgruppe bekanntlich den geringsten Anteil an antidemokratischen Anschauungen aufweist<sup>427</sup>. Davon abgesehen wird die vorausgeschickte Definition der Vielfalt und Vielschichtigkeit des Gegenstands aufgrund der zu strikten Fokussierung auf den Faktor Gewalt kaum gerecht, weil dieser keineswegs

---

<sup>425</sup> Vgl. Sitzer/Heitmeyer: Rechtsextremistische Gewalt, S. 8.

<sup>426</sup> Vgl. a.a.O., S. 10.

<sup>427</sup> Siehe Kapitel 4.1.4.

zu den verbindlichen Gemeinsamkeiten solcher Formationen gehört. Die Aussagekraft des Ansatzes dürfte somit letztlich sehr limitiert sein.

#### **4.2.5. Die Rolle der politischen Kultur im Kontext rechtsextremistischer Dispositionen**

Der Einfluss der politischen Kultur wird von vielen Erklärungsansätzen verkannt<sup>428</sup> – und das absolut zu Unrecht, weil die immateriellen Rahmenbedingungen komplexe Gelegenheitsstrukturen definieren, die das Gewicht des Rechtsextremismus innerhalb der Gesellschaft auf verschiedenen Ebenen determinieren können. Einerseits transportiert diese ungeschriebene Verfassung stets mehr oder weniger problematische Vorräte an tief verwurzelten Normen, Grundwerten oder Moralvorstellungen, die sich schon in der Sozialisationsphase auf das Erlernen und die Entwicklung politischer Einstellungen auswirken und dadurch sozusagen dafür sorgen, dass die traditionellen Mentalitätsbestände des Ganzen teilweise auf die Sichtweisen des Einzelnen abfärben<sup>429</sup>. Von daher vermögen sich spezifische Vorstellungen, Ressentiments und Vorurteile normalerweise sehr hartnäckig zu halten, worauf die nach wie vor vergleichsweise hohen Resonanzwerte zu diktatorischen Regierungsformen und der Verharmlosung der NS-Herrschaft hinweisen<sup>430</sup>. Der in der Bundesrepublik von der Bevölkerungsmehrheit getragene antitotalitäre Konsens gibt allerdings auch ein gelungenes Beispiel für eine ebenso konsequente wie konstruktive Aufarbeitung und Bewältigung derartiger Altlasten.

Andererseits entspringt der Summe der Dispositionen gegenüber dem existierenden System, den Institutionen und Akteuren für gewöhnlich eine ganz eigene gesellschaftliche Atmosphäre, die sich im Alltag wiederum direkt in den Auffassungen und speziell dem Verhalten der Individuen widerspiegelt. Demnach kann breites Vertrauen in die Demokratie ein Klima bewirken, das die Äußerung konträrer – also antidemokratischer – Ansichten vielleicht nicht vollständig verhindert, aber dennoch erheblich drosselt. Rückt der Rechtsextremismus in der allgemeinen Wahrnehmung dagegen in den Vordergrund, dürfte sich das bald auch in der Verbreitung derartiger Aussagen und steigender sozialer Akzeptanz niederschlagen, so dass sich die vormalige Randnotiz allmählich der „Mitte“ bzw. „Normalität“ annähert. An und für sich scheint die politische Kultur also zwischen der Nachfrage und den passenden Angeboten zu vermitteln; abhängig von der aktuellen

---

<sup>428</sup> Vgl. Winkler: Rechtsextremismus, S. 58.

<sup>429</sup> Exemplarisch dafür führte man den Erfolg des Nationalsozialismus bereits in den 60er Jahren auf die besondere antiliberalen bzw. antidemokratischen Mentalität der Menschen in der Weimarer Republik zurück. Vgl. Almond/Verba: Civic Culture.

<sup>430</sup> Siehe Kapitel 4.1.3.

Konstellation wissen sich manche Parteien, Programme und Ideen darum durchzusetzen und andere nicht.

Besonders in Anbetracht einsetzender Ungleichgewichtszustände und Umbrüche kommt den gesellschaftlichen Stimmungsbildern erfahrungsgemäß große Bedeutung zu, da diese eine Art Barometer abgeben, an dem sich ein Stück weit ablesen lässt, wie kritische Situationen kollektiv verarbeitet werden: Ob Frustration etwa zu einer Reaktivierung antiliberaler und antidemokratischer Restbestände führt, Politikverdrossenheit und Protestverhalten sich statt an konkreten Problemen schon an der Ordnung per se festmachen – all das sind stets auch Fragen der politischen Kultur. Gerade weil selbige der Ausbildung individueller Ansichten dem Wesen nach – durch die ständige Verbindung von Vergangenheit und Gegenwart – in ziemlich diffuser Art und Weise den Weg weist, zählen Ausnahmen und Variationen zum Alltag. Einheitliche Einflüsse von außen mögen häufig analoge Reaktionen hervorrufen, müssen allerdings mitnichten das alleinig denkbare Resultat sein. Der Mensch orientiert sich in der Regel zwar erst einmal an den jeweiligen Rahmenbedingungen, interpretiert diese dann zumeist jedoch auch in seinem eigenen Sinne.

In Verbindung mit der Erklärung rechtsextremistischer Einstellungen ist die politische Kultur somit wohl weniger als komplett selbständiger Entwurf denn primär als komplementäres Element zu sehen, das als ebenso wichtiges wie relativ dehnbares Kriterium zu sämtlichen skizzierten Argumentationslinien passt, diese durchweg zu vervollständigen vermag – und dennoch weithin zu wenig wahrgenommen wird: So verortet die „Authoritarian Personality“ die Auslöser antidemokratischer Ansichten vorwiegend in der Sozialisation, versteift sich dabei aber zu sehr auf die Erziehung durch die Eltern, verkennend, dass sich diese Entwicklungsphase nicht im allgemeinen Vakuum, sondern im stetigen Austausch mit größeren, gesellschaftlichen Prozessen vollzieht. Hingegen verstehen die Deprivations-, Modernisierungs- und Desintegrationstheorien dieses weitverzweigte Netzwerk aus Meinungen, Dogmen und Diskursen vor allem als Handlungsschwelle und disziplinierendes Moment, das die Ausbildung und Aktivierung rechtsextremistischer Anschauungen durch den Anpassungsdruck der Mehrheitsgesellschaft reguliert. Trotzdem die Stoßrichtung damit stimmt, wird partiell weiter vernachlässigt, dass diese komplexe Gelegenheitsstruktur den alltäglichen Weg des Menschen auf Schritt und Tritt aktiv mitgestaltet und strukturiert – im positiven wie im negativen Sinne. Im Großen und Ganzen weiß darum keines der präsentierten Konzepte das volle Gewicht der politischen Kultur zu würdigen und verarbeiten.

#### 4.2.6. Fazit

In dem Maße wie sich anhand der dargelegten Erklärungsansätze größtenteils leider nur Teilaspekte der Entstehung rechtsextremistischer Einstellungen nachvollziehen lassen, dürfte die Kombination und Interaktion dieser Perspektiven der Komplexität des Phänomens wahrscheinlich am meisten gerecht werden<sup>431</sup>. Einschlägige Ansichten scheinen somit das Ergebnis langfristiger, womöglich sogar lebenslanger Entwicklungsprozesse zu sein, deren Anfänge in der Sozialisation durch die Eltern und das direkte Umfeld liegen. In jener entscheidenden Frühphase erhält die Persönlichkeit eine erste Prägung, die sich sowohl in Form protektiver Faktoren wie psychischer Stabilität und Selbstwertgefühl als auch von Schwachstellen wie Depressivität und ängstlichen Wesenszügen auf die spätere Fähigkeit zur Verarbeitung externer und situativer Problemstellungen – etwa Wahrnehmungen von Deprivation und Desintegration – auswirkt und danach ebenso zu verändern wie zu verfestigen vermag. Antidemokratische Anschauungen entsprechen dabei wohl einer Art Ventil, das einen durch Unzufriedenheit und Verunsicherung erzeugten inneren Druck kanalisieren kann. Inwieweit dem Individuum dann ausgerechnet der Rechtsextremismus als alternative Reaktionsmöglichkeit anmutet, dürfte neben dessen sozialer Akzeptanz, also den Rahmenbedingungen der politischen Kultur, auch vom passenden Auftreten von Parteien und subkulturellen Kräften dieser Provenienz sowie der Attraktivität der vertretenen Inhalte abhängen. Mehrt die Auseinandersetzung des Menschen mit seinen strukturellen Lebensbedingungen die Nachfrage nach solchen meist vereinfachenden Ansätzen und Lösungsvorschlägen, müssen rechtsextremistische Akteure natürlich selbst in der Lage sein, mit verheißungsvollen Angeboten darauf zu reagieren und das Anhängerpotential für sich zu vereinnahmen.

---

<sup>431</sup> Vgl. Backes/Jesse: Politischer Extremismus in der BRD. Band II, S. 193; Decker/Brähler: Vom Rand zur Mitte, S. 165.

## **5. Das rechtsextremistische Parteienspektrum in Deutschland**

Das rechtsextremistische Parteienspektrum in Deutschland hat sich seit 1945 stark verändert, ausdifferenziert und regelmäßig neue Phänomene hervorgebracht – und dabei alles in allem vier verschiedene Phasen durchlaufen: Entgegen dem vielfachen Neben- und Gegeneinander zahlloser Gruppierungen in der unmittelbaren Nachkriegszeit sammelte und verdichtete sich die antidemokratische Gefolgschaft in den 60er Jahren zunehmend in der aufstrebenden NPD (1), deren Erfolgsserie zum Ende des Jahrzehnts allerdings ziemlich abrupt abbrach. Die praktischen Folgen waren anhaltende programmatische Streitigkeiten und persönliche Fehden, ausgedehntes Sektierertum und die allgemeine Rückkehr zur organisatorischen Fragmentierung in diverse Formationen ohne politische Relevanz (2). Bis Mitte der 80er Jahre sollte sich an dieser Marginalisierung im Wesentlichen auch nichts ändern, erst dann sorgten mit den Republikanern und der DVU neugeschaffene Wahlplattformen für einstweilige Besserung (3), ehe im Rahmen der Wiedervereinigung der nächste Bruch einsetzte. Nachdem der „Nationale Widerstand“ seither fast ausschließlich ein Nischendasein fernab der „Normalbevölkerung“ fristete (4), scheint mit dem Wiedererstarken der Nationaldemokraten im neuen Jahrtausend nun eine neue, fünfte Welle angebrochen zu sein. Wenngleich der nachfolgende Abschnitt nicht eins zu eins nach dem skizzierten Abriss zu verfahren, sondern zumeist nur Werdegang und Wirken einzelner Akteure herauszugreifen und zu erörtern vermag, dürfte es dennoch hilfreich sein, diese zeitlichen Anhaltspunkte nebenbei im Auge zu halten.

### **5.1. Rechtsextremistische Parteien in den Anfangsjahren der „Bonner Republik“**

Ungeachtet der Tatsache, dass in Deutschland nach 1945 keine neue „Dolchstoßlegende“ in Umlauf kam, der Nationalsozialismus vielmehr bei weiten Teilen der Bevölkerung komplett diskreditiert blieb, schienen die Jahre der dauerhaften Beeinflussung durch den totalitären Machtapparat hierzulande tiefe Narben hinterlassen zu haben. Wenngleich der Rechtsextremismus als politisches Regime mit dem „Dritten Reich“ untergegangen war, hielten sich die Relikte der dazugehörigen Ideen, Weltbilder und Denkweisen dennoch sehr hartnäckig, so dass sich schon bald verschiedenste Spielarten und Strömungen um die Reorganisation des nach wie vor vorhandenen Reservoirs an Mitgliedern, Wählern und Sympathisanten bemühten. Während sich die einen dabei eher in der Nachfolge der Weimarer Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) sahen und für vergleichsweise moderate, nationalkonservative sowie vereinzelte monarchistische Positionen einstanden, klang in den deutlich drastischeren, völkischen Perspektiven der anderen wiederum das

kaum zu verkennende Vorbild der NSDAP an. Manche lehnten diese gemeinhin prägenden, gleichwohl nachweislich gescheiterten programmatischen Muster allerdings auch grundsätzlich ab und suchten stattdessen nach neuen, stellenweise nationalrevolutionären Wegen.

Besonders in den Anfangsjahren der Bundesrepublik standen sich deshalb diverse Akteure von prinzipiell gleicher politischer Abstammung, wiewohl weitgehend divergierender Ausrichtung gegenüber. Die wiederholten Vorstöße zur Schaffung breiter Sammlungsbewegungen blieben darum zum Scheitern verurteilt: Ideologisch vielfach in sich versprengt und durch persönliche Rivalitäten verfehlet, schwächte sich der organisierte Rechtsextremismus oftmals selbst, da sich dessen Repräsentanten nicht nur miteinander, sondern außerdem mit dem sich herausbildenden Bürgerblock zu messen hatten – und dabei schnell an Boden verloren. Nicht zuletzt aufgrund der verschobenen Prioritäten der Nachkriegszeit, in der primär die Wiedererlangung des eingebüßten Wohlstands zählte, sich die Menschen ansonsten aber zunehmend ins Privatleben zurückzogen und wenig Interesse an Politik und Parteienstreitigkeiten zeigten<sup>432</sup>, nistete sich die „nationale“ Opposition zusehends in einem im Schatten der neuen Ordnung entstandenen „politischen Mikrokosmos“<sup>433</sup> ein. Diese grobe Skizze eines ebenso vielschichtigen wie heterogenen Phänomens gilt es im nachfolgenden Kapitel hinsichtlich der maßgeblichen Kräfte jener Phase – deren jeweiligen ideologischen Wurzeln, Parallelen und Kontraste sowie des Personals – zu illustrieren und insbesondere eingedenk der Konsequenzen für die Weiterentwicklung des gesamten Spektrums zu vertiefen.

### **5.1.1. Deutsche Konservative Partei – Deutsche Rechtspartei (DKP-DRP)**

Das episodische Dasein der Deutschen Konservativen Partei – Deutschen Rechtspartei (DKP-DRP) gibt die genuinen Probleme des deutschen Rechtsextremismus nach 1945 gewissermaßen eins zu eins im Kleinformat wieder. Am 22. März 1946 durch die Fusion der Deutschen Aufbau-Partei (DAP) und der Deutschen Konservativen Partei (DKP) gegründet<sup>434</sup>, wuchs die neue Formation geradewegs zum Sammelbecken für Vertreter

---

<sup>432</sup> Siehe Kapitel 3.4.

<sup>433</sup> Backes/Jesse: Politischer Extremismus in der BRD. Band II, S. 61.

<sup>434</sup> Mit der Vereinigung dieser Kräfte schienen Konflikte schon vorprogrammiert, schließlich knüpfte man an verschiedene, zum Teil konträre Traditionen an: Während die DKP vor allem der Weimarer DNVP nahefertete, warb die DAP hingegen um das Potential der alten Deutschvölkischen Freiheitspartei (DVFP), die sich 1922 von selbiger abgespalten hatte und die Partei später als „Steigbügelhalterin“ der Nationalsozialisten diskreditiert sah. Vgl. Schmollinger, Horst W.: Die Deutsche Konservative Partei – Deutsche Rechtspartei. In: Stöss, Richard (Hrsg.): Parteien-Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980. Band I: AUD bis EFP. Opladen, 1983, S. 982-1024, S. 982.

diverser – im weitesten Sinne – „nationaler“ Strömungen heran, womit Spannungen und Desintegrationsprozesse von vornherein zum innerparteilichen Alltag gehörten. Fast schon symbolisch für die ständige Gratwanderung zwischen den wenigen Gemeinsamkeiten und vielen Gräben stand der Doppelname, nachdem nicht einmal in dieser elementaren Frage ein einheitlicher Nenner zu erzielen war<sup>435</sup>.

Die zentrale ideologische Konfliktlinie, die sich dahinter verbarg, verlief im Kern zwischen den Verfechtern des dominanten deutschnationalen und denjenigen des völkischen Kurses, die derartige Vorstellungen durchweg verschmähten. Wiewohl man sich mit der im „Manifest der Rechten“ präsentierten programmatischen Kompromisslösung offiziell in die „Tradition des monarchistisch orientierten preußischen Konservatismus“<sup>436</sup> stellte, nutzten die konkurrierenden Flügel die offenkundigen Freiräume zu dessen selbständiger Interpretation durchaus konsequent, so dass sich die Ränder der Partei in entgegengesetzte Richtungen entwickelten. Beispielhaft für die gravierenden Differenzen war das eigentlich einende Bestreben der gesamten DKP-DRP, durch gezielte Bündnispolitik die Bildung einer „großen Rechten“ voranzutreiben: Während die deutschnationale Fraktion „ein gegenüber den Parteibasen skeptisches Elitenkartell“<sup>437</sup> zu errichten gedachte und gleichzeitig über das Verhältnis zur Union stritt, stand eine Kooperation, geschweige denn eine Verbrüderung mit bürgerlichen Kräften für deren Widersacher, denen eine stärkere Position der Mitglieder vorschwebte, gänzlich außer Frage. Die Voraussetzungen zur Verwirklichung dieses ambitionierten Vorhabens waren also wenig verheißungsvoll.

Die augenscheinlichen inhaltlichen und strategischen Gegensätze innerhalb der Gesamtpartei speisten sich im Grunde direkt aus den Divergenzen der Landesverbände. Gleichwohl das Verbreitungsgebiet der DKP-DRP auf die britische Besatzungszone beschränkt blieb und diese anfangs vor allem in den vormaligen NSDAP-Hochburgen Norddeutschlands sowie Gegenden mit relativ hohem Kontingent an Kriegsheimkehrern erfolgreich war<sup>438</sup>, wies man auf den ersten Blick auch hier kein einheitliches Bild auf – und das nicht nur aufgrund der regionalen Verschiedenheiten bezüglich der Namenswahl. Vielmehr wich insbesondere die wichtige Vertretung in Niedersachsen deutlich von den vorwiegend deutschnationalen Stützpunkten in Schleswig-Holstein, Hamburg und Nordrhein-Westfalen ab, repräsentierte weitaus radikalere Standpunkte und aktivistische

---

<sup>435</sup> Vgl. Schmollinger: DKP-DRP, S. 989.

<sup>436</sup> Ebd.

<sup>437</sup> A.a.O., S. 996.

<sup>438</sup> Vgl. a.a.O., S. 1013-1016.



Handlungsformen – und warb damit ausdrücklich um die alten Sympathisanten des NS-Regimes<sup>439</sup>.

Der doppelte Dualismus von Programmatik und Personal – deutschnationalen und völkisch-nationalsozialistischen Konzepten, der Parteispitze und deren sich vornehmlich in Niedersachsen sammelnden Kontrahenten – schlug sich automatisch auch auf die allgemeinen Kooperationsbemühungen nieder. Hierbei suchte die DKP-DRP Mitte 1948 die Nähe der ausschließlich in Hessen aktiven Nationaldemokratischen Partei (NDP). Nachdem diese intern aber ähnlich heterogene Züge aufwies, ließ sich der angestrebte Zusammenschluss nicht auf Anhieb durchsetzen, weshalb man vorerst lediglich die lose „Arbeitsgemeinschaft Nationale Rechte“ vereinbarte. Die Deutsche Partei (DP) sollte sich diesem Kreis später – so der anfängliche Plan – anschließen, schien allerdings das darin aufgestaute Konfliktpotential zu scheuen<sup>440</sup> und schlug das Angebot schließlich auch in Anbetracht der sich auftuenden Probleme mit der Lizenzierung ab<sup>441</sup>. Während die Vereinigungsversuche der Gesamtpartei demnach im Großen und Ganzen aussichtslos waren, wusste deren niedersächsischer Verband dagegen wesentlich wirkungsvollere Verbindungen anzubahnen. So verständigte sich der dortige Vorstand um Leonhard Schlüter und Adolf von Thadden im Vorfeld der ersten Bundestagswahl 1949 mit der Gemeinschaft unabhängiger Deutscher (GuD) von Fritz Dorls, Justus Krause, Gerhard Krüger und Joachim von Ostau auf ein Bündnis, das eine einheitliche Landesliste sowie Unterstützung im Wahlkampf vorsah – und der Kampagne eine erkennbar nationalsozialistische Konnotation verlieh<sup>442</sup>.

Der Erfolg ließ sich am Ende dennoch nicht leugnen: Bundesweit hatte die DKP-DRP 1,8, in Niedersachsen hingegen 8,1 Prozent der Stimmen bekommen, so dass dieser Landesverband schließlich alle fünf Sitze der Partei im neuen Bonner Parlament besetzen durfte<sup>443</sup>. Für das sowieso schon zerrüttete Gesamtgefüge bedeutete das Wahlergebnis zusätzliches Feuer und die Gewichte begannen sich soweit zu verschieben, dass die Führung gleich von zwei Fronten unter Druck geriet: Einerseits verlangte die erfolgreiche, sich weiter radikalisierte Strömung eine den Verdiensten entsprechende Steigerung des

---

<sup>439</sup> Vgl. Schmollinger: DKP-DRP, S. 1014.

<sup>440</sup> Vgl. a.a.O., S. 1024.

<sup>441</sup> Für die Besatzungsmächte galt eine Verschmelzung von Gruppierungen aus unterschiedlichen Zonen – wie zum Beispiel der angestrebte Zusammenschluss von DKP-DRP, DP und NDP – als Gründung einer neuen Partei, die damit auch eine eigene Lizenzierung erforderte. Vgl. a.a.O., S. 1002-1004.

<sup>442</sup> Unter anderem wartete die GuD damals in Gestalt des ehemaligen Wehrmachtsoffiziers Otto Ernst Remer mit einer absoluten Galionsfigur des deutschen Rechtsextremismus als Wahlkampfredner auf. Dieser war maßgeblich an der Niederschlagung der Revolte vom 20. Juli 1944 beteiligt und scheute auch nach dem Untergang des „Dritten Reiches“ nicht davor, sein manifest nationalsozialistisches Weltbild zu betonen.

<sup>443</sup> Nach damaligem Wahlrecht musste die Fünfprozenthürde nur in einem einzigen Bundesland übersprungen werden, um in den Bundestag einzuziehen.

Einflusses, andererseits argumentierten die vom Landesverband Nordrhein-Westfalen angeführten gemäßigten, deutschnationalen Kräfte gegen diesen Kurs, setzten sich stattdessen für eine eindeutige Näherung an die in den Bürgerblock eingebundene DP ein und drohten andernfalls mit einem Bruch<sup>444</sup>. Das notwendige Machtwort, zu dem sich die DKP-DRP-Spitze daraufhin durchrang, vermochte nur kurzzeitig für klare Verhältnisse zu sorgen: Nach dem Herausdrängen aller relevanten Vertreter der vormaligen GuD im Herbst 1949, die darauf sogleich mit der Gründung der Sozialistischen Reichspartei (SRP) antworteten<sup>445</sup>, nahm man die Verhandlungen mit der NDP wenig später wieder auf und steuerte auf die Vereinigung zur Nationalen Rechten (NR) zu. Diverse Programmstreitigkeiten und Intrigen sollten das bereits besiegelte Bündnis nichtsdestotrotz doch noch – die Ziellinie schon im Blick – zum Platzen bringen<sup>446</sup>.

Im Durcheinander dieses politischen Desasters verschmolz dann im Januar 1950 bloß der niedersächsische Landesverband mit der NDP zur Deutschen Reichspartei (DRP)<sup>447</sup>, der Rest der DKP-DRP blieb vorerst in Form der NR bestehen und schloss sich vier Jahre später der FDP an. Damit war ein erster großangelegter Versuch, den Rechtsextremismus im Nachkriegsdeutschland unter einem Dach zu vereinen, grandios gescheitert. Für die Funktionäre, die Basis und die Wähler, die danach vorwiegend zur SRP, den Bürgerblockparteien und der DRP weiterwanderten<sup>448</sup>, war die unweigerliche Folge daraus: Alles auf Anfang. Die DKP-DRP war Geschichte – die Suche nach gleichermaßen vielversprechenden wie strapazierfähigen Gemeinsamkeiten ging weiter.

### 5.1.2. Sozialistische Reichspartei (SRP)

Nachdem die anhaltenden Flügelkämpfe um Macht- und Führungsansprüche in der DKP-DRP am 2. Oktober 1949 die Niederlage und die anschließende Verbannung der radikalen, völkisch-nationalsozialistischen Fraktion herbeigeführt hatten<sup>449</sup>, riefen deren Vorreiter um Fritz Dorls und Gerhard Krüger umgehend die SRP ins Leben<sup>450</sup>. Diese – dem Selbstverständnis nach – „notwendige Sammlung aller wahrhaft deutschgesinnten Männer

---

<sup>444</sup> Vgl. Schmollinger: DKP-DRP, S. 1006/1007.

<sup>445</sup> Siehe Kapitel 5.1.2.

<sup>446</sup> Vgl. Schmollinger: DKP-DRP, S. 1009/1010.

<sup>447</sup> Siehe Kapitel 5.1.4.

<sup>448</sup> Vgl. Schmollinger: DKP-DRP, S. 1012.

<sup>449</sup> Siehe Kapitel 5.1.1.

<sup>450</sup> Vgl. Gnad, Oliver: Sozialistische Reichspartei. In: Recker, Marie-Luise/Tenfelde, Klaus (Hrsg.): Handbuch zur Statistik der Parlamente und Parteien in den westlichen Besatzungszonen und in der Bundesrepublik Deutschland. Band III: FDP sowie kleinere bürgerliche und rechte Parteien. Mitgliedschaft und Sozialstruktur 1945-1990. Düsseldorf, 2005, S. 353-473, S. 369/370.

und Frauen“<sup>451</sup> stellte nicht nur einen der ersten, sondern den nach wie vor erfolgreichsten Versuch dar, eine direkte Nachfolgeorganisation der NSDAP in Deutschland zu etablieren. Die Parallelen zum historischen Vorbild hinsichtlich Programmatik, Stil und Propaganda, Struktur und Personal ließen sich schwerlich leugnen, auch wenn die Partei aus taktischen Motiven nach außen hin teilweise mit maßvolleren Parolen arbeitete.

Dementsprechend war das „Aktionsprogramm“ der SRP von vergleichsweise vorsichtiger Diktion, zeigte dennoch diverse – mal mehr, mal weniger deutliche – Affinitäten zum Vorläufer und deckte sich mit diesem nicht zuletzt in der durchgängigen Unbestimmtheit der Aussagen. Abgesehen von vielen Allgemeinplätzen und Phrasen, größtenteils sinnfreiem Pathos und Zugeständnissen gegenüber vermeintlichen Ziel- und Klientelgruppen wie Soldaten, Vertriebenen und Kriegsgeschädigten, stachen verschiedene Schlagworte gleichwohl unweigerlich ins Auge: In erster Linie natürlich das erklärte Leitbild der „im 20. Jahrhundert zum Durchbruch gekommenen neuen Lebensanschauung“<sup>452</sup>, an die sich das anschließende Bekenntnis zu „einem echten, aus dem Geist unserer Zeit erwachsenen Volkssozialismus“<sup>453</sup> sowie der „Grundsatz der sittlichen Bindung und Einordnung des einzelnen in die Gemeinschaft“<sup>454</sup> anlehnten. Demzufolge vermochte allein die angestrebte „Willens- und Tatgemeinschaft aller Deutschen“<sup>455</sup> die sozialen Widersprüche und somit auch die nationale Not der Nachkriegszeit zu überwinden. Die Prinzipien des Pluralismus, der Parteiendemokratie und des Parlamentarismus, die dem angeblich entgegenstanden, wurden eindeutig abgelehnt:

„Der Persönlichkeitsgedanke soll die Grundlage für die Wahl zu den politischen Körperschaften werden, um so die Parteimißwirtschaft zu beseitigen und das politische Leben zu entgiften. Jeder Versuch der Restauration geschichtlich überwundener politischer Formen wird abgelehnt.“<sup>456</sup>

Der selben Feder entsprang die energische Forderung nach der ebenso raschen wie restlosen Wiederherstellung der Souveränität und Einheit des Deutschen Reiches, dessen völkerrechtlichen Fortbestand man – samt der verlorenen Ostgebiete – einfach voraussetzte:

„Der durch Geschichte und Kultur, Menschen- und Völkerrecht sich ergebende deutsche Anspruch auf die Gesamtheit des Reichsraumes ist unveräußerlich. Keine Regierung hat das Recht, irgendwie auf deutschen Boden zu verzichten. Dieser Grundsatz ist verfassungsmäßig festzulegen.“<sup>457</sup>

---

<sup>451</sup> Sozialistische Reichspartei (SRP): Aktionsprogramm. In: Flechtheim, Ossip K. (Hrsg.): Dokumente zur parteipolitischen Entwicklung in Deutschland seit 1945. Zweiter Band: Programmatik der deutschen Parteien. Berlin, 1963, S. 489-493, S. 489.

<sup>452</sup> Ebd.

<sup>453</sup> A.a.O., S. 491.

<sup>454</sup> Ebd.

<sup>455</sup> Ebd.

<sup>456</sup> A.a.O., S. 490.

<sup>457</sup> A.a.O., S. 489.

Das Fundament der „Freiheit und Unabhängigkeit Deutschlands nach innen und außen“<sup>458</sup> wurde ausschließlich in dessen neutralistischer Ausrichtung in der internationalen Arena ausgemacht.

Nicht nur in der Theorie, auch in der Praxis wandelte die Partei durchweg auf vertrautem Terrain – vom bewussten Rückgriff auf einschlägige Parolen wie „Deutschland erwache“ und scharfzüngigen Polemiken bezüglich der etablierten „Lizenzparteien“ und „Lumpokraten“, der Verbreitung von „Dolchstoßlegenden“ und Verschwörungstheorien über die traditionelle schwarz-weiß-rote Dekoration der Massenveranstaltungen bis zur tendenziell militaristischen Prägung von Neben- bzw. Vorfeldorganisationen wie der „Reichsfront“ und „Reichsjugend“<sup>459</sup>. In der Summe gerierte sich die SRP damit gezielt zur Sammelstelle und Anwältin der Anhänger des NS-Regimes und distanzierte sich darüber gleichzeitig von den gemäßigeren, deutschnationalen Mitbewerbern. Vor allem gegenüber den so genannten „alten Kämpfern“ machte man sich mit diesem mindestens genauso authentischen wie stringenten, im Kern strikt systemoppositionellen Kurs attraktiv: Während sich diese spezielle Personengruppe in der Bundesrepublik seinerzeit allenthalben am Pranger sah und politisch weithin außen vor war, erwies sich deren problematische Vorgeschichte innerhalb der SRP mitnichten als Makel, schien vielmehr „durchaus nützlich und das eigentliche Bindeglied des Parteiapparates“<sup>460</sup> zu sein.

Folglich bestanden die Führungskader hauptsächlich aus alten Funktionären der NSDAP, die bereits dem Scheitern der Weimarer Republik beigewohnt oder vereinzelt vielleicht auch dazu beigetragen hatten, wohingegen in den hinteren Reihen die „Frontgeneration“ dominierte, deren jüngere Vertreter beinahe ausschließlich im „Dritten Reich“ aufgewachsen waren und „die neue Umgebung offensichtlich als anormal“<sup>461</sup> ansahen. Diese sonderbare Personalkonstellation, die sich nebenbei im auffallend niedrigen Durchschnittsalter manifestierte<sup>462</sup>, und die durch und durch antidemokratischen Vorstellungen und Konzepte der Protagonisten deckten sich außerdem mit den autoritären, am Subordinationsprinzip orientierten Strukturen<sup>463</sup>; denn sowohl die innerparteiliche

---

<sup>458</sup> SRP: Aktionsprogramm, S. 489.

<sup>459</sup> Während die „Reichsjugend“ versuchte, den Nachwuchs mit ideologischen Schulungen und paramilitärischen Übungen nach dem Modell der „Hitlerjugend“ (HJ) auf die spätere Mitwirkung im Rahmen der SRP vorzubereiten, stand die „Reichsfront“ als deren politischer Kampfverband von Haus aus in der Nachfolge der Schlägertrupps der nationalsozialistischen „Sturmabteilung“ (SA). Die Wirkung dieser Verbände blieb allerdings bis zum Verbot 1952 äußerst beschränkt. Vgl. Hansen, Henning: Die Sozialistische Reichspartei (SRP). Aufstieg und Scheitern einer rechtsextremen Partei. Düsseldorf, 2007, S. 88-97.

<sup>460</sup> Hoffmann: NPD, S. 44.

<sup>461</sup> A.a.O., S. 43/44.

<sup>462</sup> Das Durchschnittsalter der SRP belief sich auf bemerkenswert niedrige 20 bis 40 Jahre – und bewegte sich damit auffallend unter dem der anderen Parteien. Vgl. Flemming: NPD-Verbotsverfahren, S. 30.

<sup>463</sup> Vgl. ebd.

Willensbildung als auch die Verteilung der jeweiligen Kompetenzen verlief – ausgehend vom Vorsitzenden Dorls – stets von oben nach unten, was die mit Kommandos und Direktiven vertraute Klientel der SRP anscheinend jedoch nicht zu verschrecken vermochte.

Reger Zulauf ließ sich insofern vornehmlich in den ländlicheren Regionen Norddeutschlands verzeichnen, insbesondere in Niedersachsen, woher sich wohl zwei Drittel der rund 10.000 Mitglieder rekrutierten<sup>464</sup>. Wenngleich die Partei dort anlässlich der Landtagswahlen 1951 mit einem Anteil von elf Prozent der Stimmen und 16 Sitzen erstmals zu Lasten des Bürgerblocks in ein Parlament einzuziehen vermochte<sup>465</sup>, war man danach nur ein einziges Mal – einige Monate später in Bremen mit 7,7 Prozent und acht Mandaten – in der Lage, einen solchen Achtungserfolg wenigstens im Ansatz zu wiederholen. Denn außerhalb dieser Stammgebiete, in denen häufig auch die NSDAP schon stark abgeschnitten hatte, schien der SRP schlichtweg der organisatorische Sockel und damit die soziale Verwurzelung abzugehen, worauf nicht zuletzt die sichtlich schwächeren Bilanzen zwischen 1950 und 1952 in Nordrhein-Westfalen (0,2 Prozent), Schleswig-Holstein (1,6) und Baden-Württemberg (2,4) hindeuteten<sup>466</sup>. Indessen waren die vereinzelt Bemühungen um Bündnisse, um die relativ schmale Basis zu verbreitern und die Isolation im rechtsextremistischen Spektrum zu durchbrechen, durchweg zum Scheitern verurteilt<sup>467</sup>.

Die Bundesregierung betrachtete die SRP nichtsdestotrotz als akute Bedrohung für die Demokratie und beantragte daher am 19. November 1951 beim Bundesverfassungsgericht deren Verbot. Im Zuge dessen ging es den Verantwortlichen wahrscheinlich nicht allein um die Schaffung eines Präzedenzfalls, der eine Grenze zwischen der Verfassungsfeindlichkeit und der Verfassungswidrigkeit extremistischer Gruppierungen definierte, sondern gleichzeitig um ein Zeichen der Verlässlichkeit gegenüber den – eingedenk der aufsehenerregenden Wahlerfolge einer derartigen Partei – irritierten ausländischen Verbündeten. Nach monatelanger Auswertung sichergestellter Akten und Dokumente monierte der Erste Senat in seiner Entscheidung deshalb schließlich den durch und durch antidemokratischen Einschlag der SRP und argumentierte nachdrücklich mit deren auffälliger Nähe zur NSDAP<sup>468</sup>:

---

<sup>464</sup> Vgl. Hoffmann: NPD, S. 44.

<sup>465</sup> Vgl. Stöss: Extreme Rechte in der BRD, S. 104.

<sup>466</sup> Vgl. Backes/Moreau: Extreme Rechte, S. 17.

<sup>467</sup> Vgl. Hansen: SRP, S. 193-202.

<sup>468</sup> Speziell das systematische Werben der SRP um ehemalige NSDAP-Mitglieder, die sich selbst bzw. „der Sache“ nach wie vor treu zu sein schienen, belegten die Verfassungsrichter mit vielen, teilweise ebenso

„Mag auch der SRP die Übereinstimmung mit den Zielen und Methoden der NSDAP nicht in allen Einzelheiten nachzuweisen sein, so gebietet doch der auch im Bereich des Politischen gültige Schluß von der Form auf den Inhalt die Folgerung: eine Partei, die einer eindeutig verfassungswidrigen politischen Bewegung der Vergangenheit in ihrer Vorstellungswelt und in allen wesentlichen Formen der Äußerung wesensverwandt ist, wird auch, sofern sie weiterwirken kann, die gleichen oder doch gleichartige Inhalte zu verwirklichen suchen.“<sup>469</sup>

Gerade die den demokratischen Grundsätzen des Art. 21 Abs. 1 GG widersprechenden inneren Organisationsstrukturen werteten die Verfassungsrichter demnach als konkretes Abbild dessen, „was der SRP als System einer von ihr erstrebten künftigen staatlichen Ordnung vor Augen steht“<sup>470</sup>. Unterdessen schien die von der Parteiführung schon am 12. September 1952 im Alleingang vollzogene Selbstauflösung, die das ausstehende Urteil vorwegnehmen sollte, diese Auffassung nur weiter zu verfestigen und war deswegen nicht zu akzeptieren. Das Bundesverfassungsgericht ordnete darum am 23. Oktober 1952 offiziell die Liquidation der SRP in Verbindung mit dem Verbot der Bildung von Nachfolgeorganisationen, die Beschlagnahmung von Vermögen und Besitzständen und die Streichung aller Bundestags- und Landtagsmandate an<sup>471</sup>.

Die Schwerter der streitbaren Demokratie hatten sich somit als ausreichend scharf und solide herausgestellt, um selbige hinreichend vor allen Feinden und Fährnissen zu schützen. Die immense Signalwirkung des spektakulären Verfahrensausgangs stärkte zusätzlich zur inneren Stabilität des jungen westdeutschen Staats zuvörderst dessen Ansehen und Vertrauensbasis im Ausland. War der organisierte Rechtsextremismus mit diesem Richterspruch auch nicht aus der Welt, mussten dessen Repräsentanten den davon ausgelösten Veränderungen der Rahmenbedingungen dennoch tunlichst Rechnung tragen. Davon, dass direkte Nachfolger der NSDAP, die nach außen auch als solche auftraten, von nun an praktisch nicht mehr denkbar waren, profitierten vorwiegend die vergleichsweise moderaten Tendenzen der deutschnationalen Traditionslinie. Das Gros der Gefolgschaft drohte vorher allerdings anderweitig verlorenzugehen: Während diverse Protagonisten der SRP vergeblich versuchten, unter anderem die Deutsche Gemeinschaft (DG)<sup>472</sup> zu unterwandern und sich später dann der DRP annäherten, schloss sich die Basis der verbotenen Partei zu weiten Teilen dem Bürgerblock an, der dieses Potential

---

erschreckenden wie eindeutigen Stellen. Vgl. Bundesverfassungsgericht: Urteil des Ersten Senats vom 23. Oktober 1952, 1 BvB V51. <http://www.im.nrw.de/sch/doks/vs/srpverbot.pdf> (abgerufen am 25.7.09).

<sup>469</sup> Ebd.

<sup>470</sup> Ebd.

<sup>471</sup> Wiewohl die Partei selbst nie zu Bundestagswahlen angetreten war, saßen mit dem Vorsitzenden Dorls sowie Fritz Rößler zwei Funktionäre der SRP im Bonner Parlament, die 1949 über die Liste der DKP-DRP dorthin gelangt waren.

<sup>472</sup> Siehe Kapitel 5.1.3.

sukzessive in die Gesellschaft Bundesrepublik integrierte. „Wer unbelehrbar an der alten Gesinnung festhielt oder den Weg opportunistischer Anpassung zu gehen scheute, fand sich bald stigmatisiert und in das politische Abseits gedrängt wieder“<sup>473</sup>, soviel stand seinerzeit schnell fest.

#### 5.1.3. Deutsche Gemeinschaft (DG)

Die DG steht exemplarisch für einen frühen Versuch im deutschen Rechtsextremismus, sich von der Vergangenheit freizumachen und eine neue, eigene Richtung einzuschlagen, um den spezifischen Verhältnissen der Nachkriegszeit entsprechende Wege zwischen Weimarer Republik und „Drittem Reich“ zu finden. Am 4. Dezember 1949 durch August Haußleiter gegründet und von dem vormaligen stellvertretenden Vorsitzenden der CSU seither sowohl geleitet als auch dominiert, durchlebte diese in Süddeutschland ansässige, kleinbürgerlich geprägte Splittergruppe diverse kleinere und größere Debakel inklusive anschließender inhaltlicher Schwerpunktverlagerungen<sup>474</sup>. Im Kern strebte die DG dennoch stets an erster Stelle nach der „Wiederherstellung eines von Ost und West unabhängigen Deutschland[s] auf der Grundlage einer von Kapitalismus und Kommunismus verschiedenen Wirtschafts- und Sozialordnung“<sup>475</sup>. Zum Teil an ideologische Traditionen der Konservativen Revolution anknüpfend nahmen die Vordenker allerdings an, dass die Realisierung derartiger Vorstellungen und der damit verbundene Neubeginn grundsätzlich „nur gegen *alle* bestehenden politischen Kräfte und Weltanschauungen“<sup>476</sup> zu bekommen waren. Neben den demokratischen „Altparteien“, die Volksgemeinschaft vermeintlich spaltenden Interessengruppen sowie den „imperialistischen“ Siegermächten, die aus dieser Sicht allesamt das Wiedererstarken und die -vereinigung der Nation verhinderten, ging die Agitation darum anfangs auch gegen die als „Reaktionäre“ diffamierten Rivalen DRP und SRP<sup>477</sup>.

---

<sup>473</sup> Backes/Jesse: Vergleichende Extremismusforschung, S. 288/289.

<sup>474</sup> Vgl. Stöss, Richard: Die Deutsche Gemeinschaft. In: Ders. (Hrsg.): Parteien-Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980. Band I: AUD bis EFP. Opladen, 1983, S. 877-900, S. 895/896.

<sup>475</sup> A.a.O., S. 883.

<sup>476</sup> Ebd. (Hervorhebung wie im Original).

<sup>477</sup> Anschaulich wurde diese Haltung in einer Aussage Haußleiters, der 1952 im „DG-Informationsdienst“ (Nr. 14) erklärte: „Wie immer man sonst über den Nationalsozialismus denken mag, eines steht fest, er war Ausdruck und Etappe einer soziologischen Entwicklung, eines evolutionären und revolutionären gesellschaftlichen Prozesses. Er hat die Fragen nicht beantwortet, die unserem Jahrhundert gestellt sind, aber er hat – in einer ungeheueren Krise – diese Fragen sichtbar gemacht (...). Wir können nicht zu Weimar zurück und wir können nicht zur NSDAP zurück, sondern wir haben die neuen Aufgaben zu erkennen, die uns gestellt sind. Die NSDAP war die grelle Antithese zu Weimar. Nun aber ist die Stunde reif für neue, echte Synthesen. Wer unverbesserlich an Weimar festhält, wirkt genau so verderblich, wie derjenige, der unverbesserlich an der NSDAP, ihrer äußeren Form, an ihren Fehlern festhält. Beides sind Reaktionäre im

Mit dem elitären Selbstverständnis der einzig wahren Opposition, das sich dahinter verbarg, manövrierte man sich derweil systematisch in die politische Isolation. Erfolge waren nur anfangs zu verzeichnen, als sich die Partei mehrheitlich auf Vertriebenen- und Geschädigtengruppen zu stützen vermochte, die mit der „Kriegsgeneration“ den Kern der „Deutschen Erneuerungsbewegung“ ausmachen sollten<sup>478</sup>. Besonders lange ließ sich die schmale und alles andere als homogene Basis allerdings nicht halten. Die Entente mit dem zum Bürgerblock neigenden Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE), die 1950 aus den Landtagswahlen in Bayern und dem damaligen Württemberg-Baden immerhin mit 26 bzw. 16 Sitzen hervorgegangen war, brach aufgrund schwerwiegender Differenzen schon bald auseinander<sup>479</sup>. Die DG verlor das Vertriebenenpotential sukzessive an den abtrünnigen Verbündeten sowie an die Union – und demzufolge in den Jahren danach auch sämtliche Mandate.

Die DG änderte daraufhin die Strategie, visierte nun verstärkt auch außerhalb der Stammgebiete die Sammlung aller „nationalen“ Kräfte an – und riskierte dadurch die direkte Konfrontation mit der rechtsextremistischen Konkurrenz von Seiten der DRP und SRP, die vergleichbare Konzepte verfolgten. Das Verhältnis zu diesen vornehmlich in Norddeutschland verwurzelten Nebenbuhlern gestaltete sich gleichwohl sehr gegensätzlich: Stand der Vorstand der DRP sowohl aus programmatischen als auch persönlichen Motiven stets ablehnend gegenüber<sup>480</sup>, hatte man sich der ins Visier der streitbaren Demokratie geratenen SRP hingegen nicht ganz uneigennützig als Nachfolgeorganisation angeboten<sup>481</sup>. Schlussendlich ging dieser Plan aber nicht auf, da die Partei anstelle der erhofften Stärkung der Strukturen mit dem Verbot der eigenen Verbände in Hessen, Niedersachsen sowie Teilen von Rheinland-Pfalz 1953 gewissermaßen ein ähnliches Schicksal ereilte wie wenige Monate davor den NSDAP-Nachfolger.

Obwohl jener Rückschlag das sowieso schon ausgedünnte Organisationsgerüst der DG weiter schwächen musste<sup>482</sup>, schlug man mit Blick auf die anstehende Bundestagswahl alle Vereinigungsofferten der DRP aus – mit dem Resultat, dass diese sich jetzt selbst in südlicher Richtung ausbreitete und sich die Verhältnisse damit aufklärten: Während die DG 1953 mit dem kurzfristig anberaumten, deutlich kleineren Wahlbündnis des

---

tiefsten Sinn des Wortes.“ Zitiert nach Stöss, Richard: Die „neue Rechte“ in der Bundesrepublik. <http://www.extremismus.com/texte/neuerechte.htm> (abgerufen am 8.8.09).

<sup>478</sup> Vgl. Ders.: DG, S. 883.

<sup>479</sup> Vgl. a.a.O., S. 887/888.

<sup>480</sup> Vgl. a.a.O., S. 896.

<sup>481</sup> Vgl. a.a.O., S. 888.

<sup>482</sup> Zu den Strukturen der DG liegen lediglich Schätzungen vor: Demnach soll die anfängliche Mitgliederbasis von 14.000 anno 1951 innerhalb von nur zwei Jahren auf ganze 500 geschrumpft sein; in den 60er Jahren steigerte man sich dann wohl wieder auf 2.000. Vgl. a.a.O., S. 893.



Dachverbands der Nationalen Sammlung (DNS) nur auf 0,3 Prozent der Stimmen kam<sup>483</sup>, avancierte die DRP mit dem Pyrrhussieg von 1,1 Prozent zur stärksten Partei des von dem kontraproduktiven Wettstreit augenscheinlich ausgezehrten „nationalen“ Spektrums. Strahlender Sieger war dagegen der Bürgerblock, dessen Basis wiederum wuchs.

Die DG reagierte abermals ohne Verzug, wandte sich vom offenkundig rückläufigen rechtsextremistischen Wählerpotential ab und warb von nun an vermehrt um den Mittelstand<sup>484</sup>. Wenngleich sich die vorausgeschickte Annahme, die kleinen bürgerlichen Parteien könnten in Anbetracht der steigenden Dominanz von CDU und CSU dauerhaft an Anziehungskraft verlieren, bald bestätigen sollte, vermochte man sich deren vermeintlich verdrossener Anhängerschaft dennoch kaum anzudienen. Sofern Protestwähler aus dieser Richtung ausnahmsweise zum Rechtsextremismus neigten, dann in der Regel zur DRP, deren altbewährte Positionen – wie die antikommunistische Grundhaltung, das Recht auf Privateigentum und das Leitmotiv vom starken Staat als Garant des Ganzen – sich mit den Lebens- und Sicherheitsinteressen der Leute vermutlich mehr deckten als die vergleichsweise abstrakten Vorstellungen der DG<sup>485</sup>.

Diese distanzierte sich außerdem ab den 60er Jahren Schritt für Schritt von vielen anfänglichen Standpunkten. Etwa schüttelte die Partei die autoritären Staatsvorstellungen ab und engagierte sich stattdessen für die kontinuierliche Stärkung der Partizipationsmöglichkeiten auf kommunaler Ebene; dazu nutzte man das Einsetzen der internationalen Entspannung zur Interpretation im Sinne des eigenen Neutralitätskonzepts und erschien nun als „Gesamtdeutsche Unabhängigkeitsbewegung“<sup>486</sup>. Allein die nötigen Erfolgserlebnisse blieben ungeachtet jener beharrlichen Bemühungen um eine neue Basis weiterhin aus, 1965 beteiligte sich die DG deshalb an einer breiteren Sammlungsinitiative und ging in der im Ergebnis jedoch genauso einflusslosen Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher (AUD) auf.

Wiewohl die DG zum Schluss also nicht viel mehr als eine vorparlamentarische „politische Sekte“<sup>487</sup> darstellte, erwiesen sich einige programmatische Trends für die Weiterentwicklung des deutschen Rechtsextremismus im Nachhinein als durchaus einschneidend, spiegelten sich ab den 70er Jahren erst in den Schriften der aufkommenden „Neuen Rechten“<sup>488</sup> wider und später zum Teil auch in der Neuausrichtung der NPD. Im

---

<sup>483</sup> Vgl. Stöss: DG, S. 888/889.

<sup>484</sup> Vgl. a.a.O., S. 889/890.

<sup>485</sup> Vgl. a.a.O., S. 899.

<sup>486</sup> Vgl. a.a.O., S. 890.

<sup>487</sup> Backes/Jesse: Politischer Extremismus in der BRD. Band II, S. 56.

<sup>488</sup> Siehe Kapitel 6.2.4.

Wesentlichen propagierte man schon damals nicht nur den neutralen, gänzlich auf sich allein gestellten deutschen Nationalstaat<sup>489</sup>, sondern sah dieses Konzept geradewegs „in Verbindung mit dem nationalrevolutionären Kampf der Völker der „Dritten Welt“ gegen die Kolonialstaaten“<sup>490</sup>. Aufgrund dieser Hervorhebung des Selbstbestimmungsrechts rückten rassistische und völkische Sichtweisen – wenigstens in der Außendarstellung – weithin in den Hintergrund:

„Braune, Schwarze und Gelbe haben dem Kolonialsystem, dem Imperialismus, der Weltmachtbildung als solche den Kampf angesagt, sie besitzen den politischen Instinkt, der ihnen sagt, daß es letzten Endes gleich bleibt, ob die Welt unter Hammer und Sichel oder unter dem Sternenbanner geeint wird, weil es in jedem Falle eine Welt der Ungerechtigkeit, der Ausbeutung, der Unfreiheit sein wird (...). Die Deutschen sind offenbar bereit, nicht nur selbst Kolonialvolk zu bleiben, sondern auch noch dafür zu sterben, daß das Kolonialsystem von dieser und nicht von jener Gattung sei. Es gibt keinen schlagenderen Beweis für den Unsinn der Rassentheorie, die einst den Weißen als geborenen Herrn und den Farbigen als geborenen Sklaven stempeln wollte, als diese groteske Situation.“<sup>491</sup>

Neben diesen antiimperialistischen Positionen stand allerdings auch das antikapitalistische Gedankengut der Partei im absoluten Gegensatz zum allgemeinen Geist der Nachkriegszeit. Mochte deren Dicht mit dem Modell der Volksgemeinschaft verwobener „Sozialismus“ seinerzeit nach wie vor wenig konkret und im Prinzip mehr Schlagwort denn Programm sein, kritisierte man dennoch schon die Macht der weltmarktorientierten Monopole, verlangte stärkere staatliche Planung und Steuerung mitsamt Schutzmaßnahmen für den Mittelstand<sup>492</sup>. Verschiedene Aspekte – besonders die Verwestlichung, das Wirtschaftswunder und die schnelle Stabilisierung der jungen Demokratie – sorgten jedoch dafür, dass solche Ansichten für die breite Masse schlichtweg nicht mehrheitsfähig waren. Abgesehen davon verstand sich die DG einerseits stets als Avantgarde eines deutschen Neuanfangs, schien sich andererseits nach Niederlagen aber selbst nicht mehr zu vertrauen und verlor sich in einem strategischen wie ideologischen Schlingerkurs, der Anhängern und Wählern auf Dauer schwerlich vermittelbar wirkte – das Scheitern war deswegen schon vorprogrammiert.

#### **5.1.4. Deutsche Reichspartei (DRP)**

Die DRP, die am 21. Januar 1950 aus der hastigen Fusion des niedersächsischen DKP-DRP-Landesverbands mit der hessischen NDP hervorgegangen war<sup>493</sup>, stellt einen weiteren wenig erfolgreichen Vorstoß dar, das – im weitesten Sinne – „nationale“ Spektrum im Deutschland der Nachkriegszeit zu einer einheitlichen Sammlungsbewegung

---

<sup>489</sup> Vgl. Stöss: DG, S. 883/884.

<sup>490</sup> Fascher: Modernisierter Rechtsextremismus?, S. 35.

<sup>491</sup> „DG-Informationsdienst“ von 1954 (Nr. 8), zitiert nach Stöss: „Neue Rechte“ in der BRD.

<sup>492</sup> Vgl. Ders.: DG, S. 885.

<sup>493</sup> Siehe Kapitel 5.1.1.

zu einen. Mithin sah sich die vom Mittelstand dominierte Partei, deren Stammgebiete in den ländlichen Regionen Norddeutschlands – insbesondere Niedersachsens – lagen, von vornherein in der Rolle des Vermittlers<sup>494</sup>, der sich zur Verbreiterung seiner schmalen Basis sowohl um Bündnisse mit den diversen deutschnationalen und völkisch-nationalsozialistischen Splittergruppen als auch mit den nationalkonservativen Vertretern des Bürgerblocks mühen musste<sup>495</sup>. Das zwangsläufige Resultat dieser immanenten „Ausbreitungsabsichten in zwei verschiedene Richtungen“<sup>496</sup> war der akute Mangel an inhaltlichem Profil, nachdem man zugunsten möglicher Vereinigungspartner auf programmatische Verbindlichkeiten meist zu verzichten und demgegenüber den vermeintlich direkteren Weg der Integration über Personen vorzuziehen pflegte<sup>497</sup>:

„Wir haben in Deutschland nicht zu wenig Programme, sondern zu viele. Gerade diese Vielzahl hat den Wert jedes Programms gemindert. Unser Volk braucht keine Programme, sondern Männer. Männer, deren Name bereits ein Programm ist, Männer mit klarer Marschrichtung.“<sup>498</sup>

Auf viel mehr denn grobe Richtlinien wie die stets zur „nationalen Frage“ stilisierte Forderung nach der Wiederherstellung des Deutschen Reiches, den damit verbundenen Widerstand gegen die Aufarbeitung der Vergangenheit und die Reeducation, den Kampf gegen die neue Ordnung und den unvermeidlichen Antikommunismus wollte sich die DRP daher nicht versteifen<sup>499</sup> – und wahrte sich somit den nötigen Spielraum, um Anhänger verschiedenster Strömungen und Konzeptionen für sich zu gewinnen. In der Praxis kam das spezifische, durch und durch kooperationsorientierte Politikverständnis, das sich dahinter verbarg, nicht nur in der im Vergleich zur SRP weitaus weniger scharfen Propaganda und Agitation, sondern daneben in starken Tendenzen zur Akzentuierung der Tagespolitik zum Ausdruck. „Ständig auf der Suche nach der zeitgemäßen, rechtsextremen Nische im Parteiensystem“<sup>500</sup>, verstrickte man sich allerdings nicht selten in augenscheinliche Widersprüche<sup>501</sup>.

Ausgehend von dieser strategisch intendierten ideologischen Verschwommenheit schlug die anhaltende Debatte über außenpolitische Standpunkte alsbald in prinzipielle Diskussionen über die Ausrichtung der DRP um, weil neutralistische und prowestliche

---

<sup>494</sup> Vgl. Fascher: *Modernisierter Rechtsextremismus?*, S. 35.

<sup>495</sup> Zu den Mitgliedszahlen der DRP liegen lediglich Schätzwerte vor; wenngleich sich die Partei demnach zwischen 1953 und 1964 zunächst von 1.000 auf 4.500 Personen vergrößert hatte, dürfte man diese nach wie vor ziemlich niedrige Marke letztlich wohl nie übertroffen haben. Vgl. Schmollinger, Horst W.: *Die Deutsche Reichspartei*. In: Stöss, Richard (Hrsg.): *Parteien-Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980. Band I: AUD bis EFP*. Opladen, 1983, S. 1112-1191, S. 1181.

<sup>496</sup> A.a.O., S. 1114.

<sup>497</sup> Vgl. a.a.O., S. 1184/1185.

<sup>498</sup> „Das Ziel“ von 1953 (Nr. 8), zitiert nach a.a.O., S. 1118.

<sup>499</sup> Vgl. a.a.O., S. 1119.

<sup>500</sup> A.a.O., S. 1118.

<sup>501</sup> Vgl. a.a.O., S. 1127.

Ideen damals mit diametralen innenpolitischen Vorstellungen verknüpft waren, von denen auch das weitere Vorgehen im Streben nach neuen Allianzen abhing: Während sich die Verfechter eines eigenständigen, von den Supermächten USA und Sowjetunion vollauf unabhängigen Deutschlands an erster Stelle einen Schulterchluss mit den vielen ähnlich denkenden rechtsextremistischen Splittergruppen erhofften, richteten die Befürworter eines „Europas der Vaterländer“ den Blick dagegen vornehmlich auf den Bürgerblock<sup>502</sup>. Der innerparteiliche Wettstreit dieser Ansätze, in dem die weite Spanne divergierender Spielarten durchschimmerte, nahm mit den Jahren verschiedene Wendungen, wobei Abspaltungen manchmal nicht zu vermeiden waren. Der Weg der DRP, der dem hehren Selbstverständnis nach als an den Endpunkten der Einigung des „nationalen“ Spektrums und dessen direkter Einflussnahme auf die Geschicke des Staates fixierte Gerade zu verlaufen hatte, fiel dementsprechend wechselhaft und verschlungen aus.

Zumal die Bemühungen um Bündnisse lange Zeit ins Leere liefen. Immerhin schmetterte die Anfang der 50er Jahre in Süddeutschland vorherrschende DG, mit der man sich die Anhängerschaft der verbotenen SRP aufzuteilen versuchte, sämtliche Verhandlungs- und Vereinigungsangebote ab und verlor sich stattdessen weiterhin in aussichtslosen Alleingängen<sup>503</sup>. Bis zur Bundestagswahl 1953 setzten also beide Seiten auf Konfrontation, breiteten sich in die Stammgebiete des jeweiligen Kontrahenten aus und stritten um die selben Stimmen, jedoch verkennend, dass weite Teile der sozialen Basis seinerzeit schon im Begriff waren, sich dem Bürgerblock anzuschließen. Wiewohl die DRP den Rivalen dennoch – ungeachtet der im Raum stehenden Verbotsdrohung<sup>504</sup> – mit 1,1 Prozent um mehr als das Dreifache übertraf und nicht nur als klarer Sieger dieses in der Summe sicherlich kontraproduktiven Duells, sondern darüber hinaus auch als hegemoniale Gruppierung des organisierten Rechtsextremismus in Deutschland hervorging, handelte es sich dabei offenkundig um ein Phänomen von schwindendem Gewicht.

Man stagnierte danach jedenfalls jahrelang auf niedrigem Niveau; selbst das „Schlucken“ diverser Splittergruppierungen vermochte die Partei in jener Phase nicht weiter voranzubringen, nachdem mit solchen Verschmelzungen meist sowieso mehr die Spitzengremien und weniger die Mitgliedszahlen wuchsen<sup>505</sup>. Das nicht unumstrittene und seitens der neutralistischen Fraktion sogar explizit verschmähte Vorhaben des Vorstands,

---

<sup>502</sup> Vgl. Schmollinger: DRP, S. 1132/1133.

<sup>503</sup> Siehe Kapitel 5.1.3.

<sup>504</sup> Die Bundesregierung hatte erst im September 1953, also im direkten Vorfeld der Bundestagswahl, die Beantragung eines Verbotsverfahrens vor dem Bundesverfassungsgericht angekündigt, dieses Vorhaben danach aber – wohl auch mit Blick auf den marginalen Stimmenanteil der DRP – nicht weiter verfolgt.

<sup>505</sup> Vgl. Schmollinger: DRP, S. 1156-1159.

sich mit der FDP sowie dem Gesamtdeutschen Block/Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten (GB/BHE) zu verbünden und dadurch eine neue „Dritte Kraft“ neben den Volksparteien zu etablieren<sup>506</sup>, scheiterte ebenfalls. So stand die DRP ab 1958 auf völlig verlorenem Posten, denn während im rechtsextremistischen Spektrum keine geeigneten Partner verblieben waren, gingen die kleinen bürgerlichen Parteien, die sich schon bald zur Gesamtdeutschen Partei (GDP) vereinigen sollten, ganz bewusst auf Distanz. Spätestens mit der antisemitischen Schmierwelle von 1959/60<sup>507</sup>, die die Öffentlichkeit der „nationalen“ Opposition – vorneweg der DRP – anlastete, schien selbige aus deren Sicht sowieso nicht mehr salonfähig.

Die Situation entspannte sich erst einige Jahre später. Nachdem sich parteiintern die prowestliche, die Entwicklung zur „nationalen“ Einheitspartei postulierende Strömung um Adolf von Thadden durchgesetzt hatte, sorgten ab 1963 das Ausbleiben sämtlichen Erfolgs<sup>508</sup> und am Ende auch das Scheitern des GDP-Projekts dafür, dass das Thema „Dritte Kraft“ wieder auf der Agenda stand. Die DRP begann deshalb mit der Bildung breiter Arbeitsgemeinschaften und Wahlbündnisse, die vorwiegend auf Länderebene agierten und vereinzelt Achtungserfolge verbuchen konnten; zum Beispiel kandidierte die Partei am 29. September 1963 in Bremen zusammen mit den nationalkonservativen Resten des GB/BHE auf der Liste der wiedergegründeten DP, die insgesamt auf 5,2 Prozent kam und infolgedessen vier Abgeordnete ins Parlament schicken durfte. Ab Januar 1964 intensivierten die Verantwortlichen dann die Vorbereitungen zur Gründung der „Nationaldemokratischen Union“<sup>509</sup>, nahmen offiziell Verhandlungen und Gespräche mit allen relevanten Gruppierungen auf und richteten sich im Vorfeld insbesondere auch an im rechtsextremistischen Spektrum anerkannte Persönlichkeiten ohne Parteibindung, die dem Unterfangen zur nötigen Anziehungskraft verhelfen sollten.

---

<sup>506</sup> Als ersten Schritt auf dem Weg zu einer solchen Einigung strebte man Ende 1957 eine Hospitanz der sechs niedersächsischen DRP-Landtagsabgeordneten in der FDP-GB/BHE-Gemeinschaftsfraktion an; diese Allianz währte aber nur wenige Monate. Nach der Kündigung des Bündnisses durch die beiden bürgerlichen Partner Mitte 1958 kamen zunächst keine weiteren Kooperationen dieser Parteien mehr zustande. Vgl. Schmollinger: DRP, S. 1160-1165.

<sup>507</sup> Nach der Schändung der Kölner Synagoge in der Nacht vom 24./25. Dezember 1959, an der auch zwei Mitglieder der lokalen DRP mitgewirkt hatten, schloss diese die Delinquenten sofort aus und löste den dortigen Kreisverband auf, um der aufkommenden Verbotsdiskussion den Wind aus den Segeln zu nehmen. Dennoch wurde der Vorfall zum Skandal, der zwar einerseits zahllose Nachahmungsfälle nach sich ziehen, andererseits aber auch die allgemeine Sensibilität für antisemitische Stimmungen nachhaltig steigern sollte.

<sup>508</sup> Der letzte zählbare Erfolg lag seinerzeit schon Jahre zurück: Nachdem die DRP zum Gründungszeitpunkt immerhin über eine eigene Gruppe im Bundestag verfügt hatte, deren Mitglieder 1949 über die Liste der ehemaligen DKP-DRP nach Bonn gelangt waren, und die Partei in Niedersachsen sowohl 1951 als auch 1955 einige Vertreter ins Landesparlament schicken durfte, sprang später – ungeachtet durchgängiger Wahlteilnahmen – nur noch 1959 in Rheinland-Pfalz ein einziges weiteres Mandat heraus. Vgl. a.a.O., S. 1174-1179.

<sup>509</sup> Dieser Projektname sollte vermutlich sowohl die vermeintlich demokratischen Prinzipien als auch den Sammlungscharakter der angestrebten neuen Partei akzentuieren. Vgl. Hoffmann: NPD, S. 58.

Die Konsequenz dieser Sammlungsinitiative war die Konstituierung der NPD, in der am 28. November des selben Jahres mehr als 80 Splittergruppierungen aufgingen<sup>510</sup>. Die DRP blieb nebenher dennoch bis zum 4. Dezember 1965 bestehen und löste sich dann auf<sup>511</sup>. Wenngleich selbige der neuen Formation das strukturelle Fundament zur Verfügung stellte und darüber die Führungsriege und Schlüsselpositionen dominierte<sup>512</sup>, drängten deren Vertreter damals nicht in den Vordergrund. Denn die Nationaldemokraten sollten nach außen mehr sein als nur die direkte Nachfolgeorganisation der DRP. In der Anfangsphase mühte man sich daher um ein möglichst moderates und seriöses Auftreten, schlug meist vergleichsweise maßvolle Töne an und setzte mit dem mittelständischen Unternehmer Friedrich Thielen ein Aushängeschild des nationalkonservativen Flügels als ersten Vorsitzenden ein. Der Erfolg ließ nicht allzu lange auf sich warten, im Eiltempo schaffte die NPD den Einzug in insgesamt sieben Länderparlamente und visierte zum Ende der 60er Jahre schon den Bundestag an. Nachdem sich die DRP im politischen Spektrum der jungen Bundesrepublik aus heutiger Sicht als eine „relativ bedeutungslose Randerscheinung“<sup>513</sup> präsentiert hatte, stand deren ambitioniertes Projekt einer „nationalen“ Einheitspartei schnell vor dem Durchbruch zur „vierten Partei“ – und schien dem ursprünglichen Endziel, dem Rechtsextremismus in Deutschland wieder eine ebenso homogene wie einflussreiche Stimme zu verleihen, damit näher, als es die Vorgängerin jemals war.

## 5.2. Dauerprotagonisten des rechtsextremistischen Spektrums

Mit dem kometenhaften Aufstieg der NPD, die nach der Serie von sieben Parlamentseinzügen vor dem Sprung zur „vierten Partei“ stand, deren verheerendem Scheitern und kontinuierlichem Niedergang zur Splittersekte schien der deutsche Nachkriegsrechtsextremismus seine Sternstunden Anfang der 70er Jahre schon hinter sich zu haben. Während sich manche Vordenker daraufhin in der notwendigen Beschäftigung mit moderneren Wegen und Perspektiven verloren, andere die altbekannte Vergangenheitsfixierung dagegen nach wie vor nicht ablegen mochten, stolperten die

---

<sup>510</sup> Vgl. Schmollinger: DRP, S. 1170.

<sup>511</sup> Die Mehrheit der DRP-Mitglieder war bis dahin bereits der NPD beigetreten, nachdem deren Satzung Doppelmitgliedschaften anfangs bewusst nicht ausschloss. Vgl. Hoffmann: NPD, S. 79.

<sup>512</sup> Vor diesem Hintergrund verwandelte sich das DRP-Büro in Hannover in die NPD-Bundeszentrale, außerdem verfasste die Redaktion des alten „Reichsrufs“ von nun an das neue Parteiorgan „Deutsche Nachrichten“ (DN). Im ersten Vorstand der NPD nahmen DRP-Vertreter acht von 18 Plätzen ein. Ferner stand dem zum Vorsitzenden der Nationaldemokraten gewählten Friedrich Thielen mit dem DRP-Chef von Thadden ein gleichermaßen erfahrener wie durchsetzungsfähiger Stellvertreter und Geschäftsführer zur Seite. Vgl. a.a.O., S. 78.

<sup>513</sup> Schmollinger: DRP, S. 1112.

dazugehörigen Parteien, deren soziale Basis stetig schrumpfte, von Niederlage zu Niederlage. Anspruch und Wirklichkeit drifteten augenscheinlich auseinander. In dem Maße wie sich diese substanzielle Misere mit der Zeit befestigen und verselbständigen sollte, nahm auch die Zersplitterung wieder zu, so dass die nächsten lichten Momente sogar bis Mitte der darauffolgenden Dekade auf sich warten ließen, als mit den Republikanern sowie wenig später der DVU neugegründete Wahlplattformen aufkamen und dem darhenden Rechtsextremismus zu neuer Zugkraft verhalfen.

Nach den Nationaldemokraten sind die REP damit aktuell sogar schon die älteste Partei des – im weitesten Sinne – „nationalen“ Spektrums in Deutschland. Gleichwohl gestaltete sich deren genaue Verortung zumeist nicht ganz einfach; immerhin schwankt diese Gruppierung aus ideologischer Sicht über weite Strecken zwischen einem relativ gemäßigten, nationalkonservativen Duktus und deutlich radikaleren, vor allem ausländerfeindlichen und wohlstandschauvinistischen Standpunkten – agiert also gewissermaßen in einer Grauzone. Unweigerlich erwies sich der ständige Widerstreit der verschiedenen Strömungen in den vergangenen 25 Jahren daher als absolut prägend für das Profil einer politischen Kraft, die anfangs keineswegs in klassisch rechtsextremistischen Kreisen wurzelte, vielmehr ein Produkt der Unzufriedenheit und des Protests enttäuschter Unionsanhänger darstellte und die drastischeren Positionen eigentlich erst allmählich für sich entdeckte. Der programmatische und strategische Wankelmut, der sich daraus ableitete und den man weiterhin pflegt, schlägt sich schlussendlich auch in den alles andere als stabilen Wahlergebnissen nieder, so dass das auffälligste Merkmal im anhaltenden Mangel an manifesten Konturen, Konsequenz und Konstanz zu sehen sein dürfte.

Demgegenüber setzte die DVU von vornherein auf vergleichsweise klare Verhältnisse, klang schon in der symbolträchtigen Wahl des 18. Januars 1971 – des 100. Jahrestags der Reichsgründung – als Datum für den Start des Vorläufervereins, aus dem sich die spätere Partei konstituierte, die prinzipielle Rückwärtsgewandtheit dieser Sammlungsbewegung an, die dem Selbstanspruch nach sowohl um Rechtsextremisten als auch Personen aus der politischen Mitte warb. In der Praxis verschmolzen die vornehmlich deutschnationalen Programmpunkte jedoch immer wieder mit revisionistischen und rassistischen Passagen zu demaskierend dumpfer Propaganda. Von den Inhalten her wie auch hinsichtlich deren Präsentationsweise ließ sich diese seltsame Gruppierung, die über drei Dekaden hinweg zum Privatbesitz des Vorsitzenden Gerhard Frey zu zählen schien, deshalb lange zwischen der aggressiveren NPD und den moderateren Republikanern lokalisieren – aber der Reihe nach.

### 5.2.1. Die Republikaner (REP)

Unmittelbarer Hintergrund der Parteigründung der Republikaner am 27. November 1983 durch die CSU-Bundestagsabgeordneten Franz Handlos und Ekkehard Voigt sowie den Publizisten Franz Schönhuber war der stetig wachsende Unmut des konservativen Flügels innerhalb der Union. Nachdem schon der Regierungswechsel zum Jahresbeginn nicht die von der „schwarz-gelben“ Koalition versprochene „geistig-moralische Wende“, stattdessen die grundsätzliche Weiterführung des sozialliberalen Kurses gebracht hatte<sup>514</sup>, sorgte Franz Josef Strauß mit seiner strittigen Rolle hinsichtlich der Vermittlung von Krediten an die DDR abermals für verbreitetes Kopfschütteln. Besonders in Bayern – und damit in der CSU – mehrten sich die Stimmen, die im Vorgehen des Parteivorsitzenden einen eklatanten Verrat am eigenen, schlechterdings strikt antikommunistischen Programm sahen und dem amtierenden Ministerpräsidenten einen autokratischen Stil vorwarfen<sup>515</sup>.

Ob dieser Vorgeschichte sah sich die neue Partei anfangs auch nicht als nächsten Vorstoß zur Sammlung der „nationalen“ Opposition<sup>516</sup>, sondern primär als notwendige Abspaltung von der wortbrüchigen Union und versuchte demzufolge, sich als „Anti-CSU-Partei“<sup>517</sup> mit nationalkonservativem Anstrich zu positionieren. Im Gegensatz zur NPD, die 1964 auf den Grundmauern der alten DRP aufsetzen konnte<sup>518</sup>, hatten an der Schaffung der REP allerdings keine anderen Gruppierungen mit anknüpfungsfähigen Strukturen mitgewirkt, so dass der organisatorische Aufbau sehr schleppend anliefe; Aufmerksamkeit und öffentliches Interesse sicherte seinerzeit allenfalls die Prominenz der drei Initiatoren – von Aufbruchstimmung keine Spur. In der Ausdehnung der Anhängerbasis und des Apparats bis auf weiteres auf Süddeutschland beschränkt, galt man daher bald als „bayerische Partei mit gesamtdeutschem Anspruch“<sup>519</sup>.

Innerparteiliche Richtungsstreitigkeiten schienen dabei schon vorprogrammiert. Während dem Vorsitzenden Handlos sowie seinem Vize Voigt eine ebenso moderate wie konservative, von der CDU/CSU an und für sich kaum abweichende Hauptlinie vorschwebte, vertrat in Schönhuber der andere Stellvertreter wesentlich radikalere Standpunkte und wollte die Partei mittelfristig zu einem deutschen Pendant des in Frankreich erfolgreichen Front National (FN) entwickeln. Die Machtprobe, auf die man mit solch immanenten ideologischen und strategischen Widersprüchen zwangsläufig

---

<sup>514</sup> Siehe Kapitel 3.6.

<sup>515</sup> Vgl. Fascher: Modernisierter Rechtsextremismus?, S. 102/103.

<sup>516</sup> Vgl. Neubacher: NPD, DVU-Liste D, Die Republikaner, S. 46.

<sup>517</sup> Fascher: Modernisierter Rechtsextremismus?, S. 106.

<sup>518</sup> Siehe Kapitel 5.1.4. und 6.1.1.

<sup>519</sup> Fascher: Modernisierter Rechtsextremismus?, S. 106.



zusteuerte, sollte dann auch nicht sonderlich lange auf sich warten lassen: Im Mai 1985 scheiterte Handlos mit dem Versuch, Schönhuber auszuschließen und kehrte den Republikanern daraufhin den Rücken zu, so dass sein Rivale auf dem Siegburger Parteitag im Monat darauf zu seinem direkten Nachfolger aufstieg, nachdem kurzzeitig auch Voigt ausgetreten war<sup>520</sup>.

Programmatisch stellte die Partei schon damals die Weichen in Richtung Rechtsextremismus: Mit der Verabschiedung des „Siegburger Manifests“ nahmen die REP verstärkt nationalistische Sichtweisen, Revisionismus und autoritäre Staatsvorstellungen an<sup>521</sup>. Ferner stieg das Gewicht einschlägig erfahrener Funktionäre; so schwang sich mit Harald Neubauer ein ehemaliger NPD- und DVU-Aktivist zum Generalsekretär auf. Bereits zu den Landtagswahlen 1986 in Bayern schien sich der abrupte Strategiewechsel auszuzahlen<sup>522</sup>: Mit dem ersten überregionalen Wahlantritt überhaupt erreichte die Partei aus dem Stand drei Prozent der Stimmen und erhielt durch die Mittel aus der damit erreichten Wahlkampfkostenerstattung neuen Spielraum zur Stärkung der nach wie vor verbesserungswürdigen Strukturen. Flächendeckende Präsenz, speziell außerhalb des Freistaats, erwies sich in der Folge als absolut essentiell. Andernfalls, das signalisierte schon die durchweg schwache Ausbeute der darauffolgenden Antritte<sup>523</sup>, waren vergleichbare Achtungserfolge nicht zu wiederholen.

Innerhalb des politischen Spektrums rückte man indessen immer weiter nach rechts. Mit dem neuen, vom Populismus eingefärbten Programm von 1987 erhielt der Nationalismus eine erkennbar volksgemeinschaftliche Note, der Wille und die Interessen des Individuums sollten demnach stets dem Wohl der Masse nachgeordnet sein<sup>524</sup>. Hingegen waren Menschen ausländischer Herkunft davon von vornherein ausgenommen, denn die Republikaner sprachen nun nicht mehr von den allgemeinen Menschenrechten, sondern ausdrücklich und ausschließlich von denen der Deutschen – verwandelten selbige also in von der Passzugehörigkeit abhängige Privilegien. Trotz jener Verschärfung des Tonfalls mühte sich der Vorstand in der Außendarstellung jedoch unvermindert um die konsequente

---

<sup>520</sup> Vgl. Fascher: *Modernisierter Rechtsextremismus?*, S. 109.

<sup>521</sup> Vgl. Neubacher: *NPD, DVU-Liste D, Die Republikaner*, S. 51.

<sup>522</sup> Die ersten Parlamentssitze hatte die neue Partei schon im Vorjahr erhalten: In der Bremer Bürgerschaft sowie der Bremerhavener Stadtversammlung waren bereits im März 1985 zwei bzw. sieben CDU-Abgeordnete zu den REP übergetreten. Vgl. Fascher: *Modernisierter Rechtsextremismus?*, S. 106.

<sup>523</sup> Bei den Landtagswahlen 1987 und 1988 kamen die Republikaner in Bremen (1,2) und Baden-Württemberg (1,0) kaum über die Einprozentmarke und strandeten in Schleswig-Holstein (0,6) sogar deutlich darunter.

<sup>524</sup> Vgl. Neubacher, Bernd: *Die Republikaner im baden-württembergischen Landtag – von einer rechtsextremen zu einer rechtsradikalen, etablierten Partei?* Stuttgart, 2001, S. 65/66.

Abgrenzung von klassisch rechtsextremistischen Kräften, so dass offizielle Kooperationen mit der NPD oder DVU nicht zur Debatte standen.

Mit dem auffälligen Wechselspiel von radikalen Positionen und relativ gemäßigter Praxis gelang dann gewissermaßen aus dem Nichts der Durchbruch: Bei den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus Anfang 1989 erzielte die dort erstmals angetretene Partei, die im Vorfeld mit äußerst umstrittenen, an gängige Vorurteile und Überfremdungsängste appellierenden Werbespots für Wirbel gesorgt hatte<sup>525</sup>, auf Anhieb einen Anteil von 7,5 Prozent und entsandte daraufhin elf Abgeordnete ins Parlament. Trotzdem dürfte dieser Triumph neben der gesteigerten medialen Aufmerksamkeit sicherlich auch den Sanktionen der Alliierten gegen den ansässigen NPD-Verband geschuldet gewesen sein<sup>526</sup>, die dafür sorgten, dass die so genannte „Schönhuber-Partei“ das „nationale“ Spektrum an der Spree ganz alleine zu vertreten vermochte – und das unter dem Strich ausgesprochen gewinnbringend. Über Nacht war man von der an und für sich marginalen, weil weiterhin vorwiegend regional verwurzelten Kleinpartei zur deutschlandweit relevanten Kraft aufgestiegen.

Diese Entwicklung schien sich schon bald auf anderer Ebene zu bestätigen. So errangen die REP bei den Europawahlen im Juni desselben Jahres mit aggressiven Slogans wie „Ja zu Europa – nein zu dieser EG“ 7,1 Prozent der Stimmen (sechs Mandate) und überwandten damit als erste Partei rechts von der Union bundesweit die Sperrklausel. Mit am stärksten schnitt die „Schönhuber-Partei“, die sich auch gegen die von der NPD unterstützte DVU (1,6 Prozent) durchsetzte, bei den Protestwählern ab – vor allem bei den unzufriedenen Sympathisanten von CDU und CSU, die im Vergleich zu 1984 mehr als acht Prozent verloren (von 46,0 auf 37,8), besonders in Süddeutschland. Die Erfolge von 1989 steigerten jedoch nicht nur den Bekanntheitsgrad der nach wie vor jungen Kraft, sondern schlugen sich auch nachhaltig in deren Kassen nieder und dadurch am Ende an der Basis<sup>527</sup>. Während sich die Mitgliedszahlen in etwa verdreifachten<sup>528</sup>, ermöglichten die stattlichen Einnahmen aus der Wahlkampfkostenerstattung nämlich den wichtigen Auf-

---

<sup>525</sup> In einem Werbefilm etwa waren Migranten in einem verfallenen Stadtviertel zu sehen, während die Titelmelodie des Westerns „Spiel mir das Lied vom Tod“ und der Text „Überfremdung, Wirtschaftsasyllanten, Chaoten, Rauschgiftsüchtige und die unsägliche Teilung der Stadt sind Auswüchse der bisher geleisteten Politik“ erklangen. Vgl. Thomczyk, Stephan: Der dritte politische Etablierungsversuch der Republikaner nach 1994. Konstanz, 2001, S. 44/45.

<sup>526</sup> Bis zur Wiedervereinigung waren dem schon seit 1966 existierenden Berliner NPD-Landesverband seitens der Besatzungsmächte Wahantritte ebenso verboten wie die Durchführung von Veranstaltungen und die Verteilung von Werbematerial. Vgl. Stöss: Rechtsextremismus im vereinten Deutschland, S. 100.

<sup>527</sup> Vgl. Neubacher: Republikaner im baden-württembergischen Landtag, S. 51.

<sup>528</sup> Dem Vernehmen nach wuchsen die Mitgliedszahlen damals von 8.600 auf 25.000 an. Vgl. Ders.: NPD, DVU-Liste D, Die Republikaner, S. 48.

und Ausbau von Verbänden in allen westdeutschen Ländern, den eine dauerhafte Etablierung definitiv voraussetzte.

Andererseits veränderte sich die Anhängerschaft der Republikaner damals auch strukturell; schürten die zahllosen Rechtsextremisten, die nun in die ambitionierte Partei strömten, zunehmend schärfere Auseinandersetzungen und Richtungsstreitigkeiten mit den alteingesessenen Vertretern moderaterer, nationalkonservativer Ansätze, die diverse Abspaltungen<sup>529</sup>, Ausschlussverfahren und Abgänge nach sich zogen. Davon abgesehen präsentierten sich die neuen Mandatsträger – nahezu ausnahmslos parlamentarische Debütanten, denen de facto die nötige politische Erfahrung abging – nicht sonderlich professionell und insgesamt selten fähig, den Erwartungen nachzukommen. Stattdessen förderten die Berliner und Straßburger Abgeordneten zum Beispiel durch fachliche Inkompetenz, Inaktivität und öffentliche Streitereien, Austritte oder Anschuldigungen von Aussteigern vielfach negative Schlagzeilen<sup>530</sup>. In Anbetracht der gesteigerten medialen Aufmerksamkeit, der sich die Volksvertreter gleichzeitig gegenübersehen, vermochte man in der Außendarstellung daher nicht gerade zu glänzen. Hinzu kam, dass die Landesämter für Verfassungsschutz in Nordrhein-Westfalen und Hamburg die „Schönhuber-Partei“ inzwischen kontinuierlich unter die Lupe nahmen<sup>531</sup>.

Während sich die REP also ausgerechnet auf dem Höhepunkt des Erfolgs durch mangelnde innere Homogenität selbst schwächten, stand der Partei mit der Wende von 1989 schon der nächste schwere Rückschlag ins Haus, verlor man mit der Realisierung der Deutschen Einheit – ähnlich wie NPD und DVU – den vielleicht wichtigsten Programmpunkt und schlitterte direkt in die Sinnkrise. Dazu passte, dass der Versuch, den politischen Umbruch in der DDR durch nach dem Mauerfall eiligst eingeleitete propagandistische Maßnahmen für sich zu nutzen, postwendend mit dem einstweiligen Verbot wegen Verfassungsfeindlichkeit durch die Volkskammer endete<sup>532</sup>. Die ersten Landtagswahlen im wiedervereinigten Deutschland liefen dementsprechend durchweg schlecht, vorwiegend in den neuen Bundesländern, wo es natürlich an der nötigen Basis mangelte und man 1990 lediglich in Brandenburg die für die Parteienfinanzierung entscheidende Marke von einem

---

<sup>529</sup> Vgl. Stöss: Rechtsextremismus im vereinten Deutschland, S. 100; Thomczyk: Dritter Etablierungsversuch der Republikaner, S. 46-48.

<sup>530</sup> Zum Beispiel schrumpfte die Berliner Delegation im Lauf der Legislaturperiode durch drei Demissionen auf acht Mandatsträger. Auch im Europaparlament, wo die Republikaner zwischenzeitlich zur so genannten „Technischen Fraktion der Europäischen Rechten“ gehörten, zählten Abgänge gleichsam zur Tagesordnung: Nachdem der stellvertretende Fraktionschef Schönhuber selbst vorübergehend ausgetreten war, führte dieser später Ausschlussverfahren gegen sämtliche seiner fünf Abgeordnetenkollegen herbei.

<sup>531</sup> Der Rest der Bundesländer sowie das Bundesamt für Verfassungsschutz sollten sich erst 1992 zur durchgängigen Beobachtung der Republikaner entschließen. Vgl. Der SPIEGEL: Verfassungsschutz: Das Lied vom Tod. In: Der SPIEGEL 52/1992, S. 52-57, S. 52-54.

<sup>532</sup> Vgl. Neubacher: NPD, DVU-Liste D, Die Republikaner, S. 48.

Prozent erreichte<sup>533</sup>. Selbst im Stammland Bayern scheiterten die Republikaner äußerst knapp (4,9 Prozent) am allgemein erwarteten Sprung ins Parlament und büßten bis zum Premierenantritt bei der Bundestagswahl wenig später sogar weiteren Boden ein (2,1).

Angesichts der Serie verheerender Niederlagen mehrten sich die Stimmen der innerparteilichen Kritiker um Neubauer, die den Abgrenzungskurs des Vorstands gegenüber der NPD sowie gerade der DVU immerfort moniert hatten und sich nun umso vehementer für Kooperationen starkmachten. Was folgte, war eine weitere Machtprobe, die Schönhuber im ersten Moment fast zu verlieren drohte. So berief das bayerische Landesschiedsgericht diesen nicht bloß als Sprecher und Vizechef der Straßburger Europafraktion ab, sondern drängte bald sogar auf seinen völligen Ausschluss, woraufhin der Vorsitzende selbst seine Ämter im Mai 1990 vorübergehend niederlegte und das Bundesschiedsgericht anrief, das dann den Status quo wiederherstellte<sup>534</sup>. Auf dem Parteitag in Ruhstorf im Juli desselben Jahres wählten die Delegierten daher – nicht zuletzt mangels zugkräftiger Alternativen – den Amtsinhaber zum neuen Parteiobhaupt.

Schönhuber hatte sich zum wiederholten Male durchgesetzt, das Gros seiner Gegner von Seiten des radikalen Flügels verließ nun die Republikaner, die sich derweil in Form des „Ruhstorfer Beschlusses“<sup>535</sup> weiter von rechtsextremistischen Bestrebungen zu distanzieren versuchten. Wobei schon in den vorangegangenen Wochen und Monaten spürbar gemäßigte Worte zu vernehmen gewesen waren: Mit Blick auf das beachtliche Medieninteresse sowie die verstärkte Beobachtung durch die Behörden mühte sich die Partei mit dem zu Jahresbeginn verabschiedeten neuen Programm nachdrücklich um Verfassungskonformität<sup>536</sup>, schwächte zum Beispiel die ausländerfeindlichen Positionen ab und bekannte sich bereits in der Präambel zur demokratischen Grundordnung, auch wenn man das Postulat der Wiederherstellung Deutschlands in den Grenzen von 1937 nach wie vor nicht aufgeben wollte<sup>537</sup>.

Parlamentseinzüge schienen für die angeschlagenen REP in dieser Phase dennoch schon nahezu außer Reichweite zu sein. Der beachtliche Erfolg bei der baden-württembergischen

---

<sup>533</sup> In den neuen Bundesländern schnitten die Republikaner 1990 in Brandenburg mit lediglich 1,1 Prozent schon am stärksten ab; in Mecklenburg-Vorpommern (0,9), Thüringen (0,8) und Sachsen-Anhalt (0,6) lag man zum Teil deutlich unter dieser Marke. In Sachsen war die „Schönhuber-Partei“ damals nicht angetreten.

<sup>534</sup> Vgl. Neubacher: Republikaner im baden-württembergischen Landtag, S. 52.

<sup>535</sup> Demnach durften ehemalige Aktivisten verfassungsfeindlicher und extremistischer Organisationen – konkret nannte der Beschluss dabei die NPD und DVU – in Reihen der Republikaner keine Ämter mehr einnehmen, dafür sollte notfalls der Bundesvorstand sorgen.

<sup>536</sup> In Klaus Hartel, der 1989 von der CDU zu den REP übergetreten war, verfügte die Partei damals sogar über einen Beamten des Bundesamts für Verfassungsschutz, der das neue Programm überprüfen und – auf ausdrücklichen Wunsch des Vorsitzenden – alle „verfassungsfeindlichen Kommas“ daraus entfernen sollte. Vgl. Der SPIEGEL: Republikaner: Leichte Übung. In: Der SPIEGEL 46/1989, S. 101-102.

<sup>537</sup> Vgl. Neubacher: Republikaner im baden-württembergischen Landtag, S. 67/68.

Landtagswahl 1992, wo 10,9 Prozent bzw. 15 Mandate das bis dato beste Ergebnis der Parteigeschichte bedeuteten, kam deshalb umso überraschender. Im Wahlkampf hatte sich die „Schönhuber-Partei“ einerseits auf die vermeintlich verfehlte Asylpolitik der „Altparteien“ eingeschossen und sich dadurch strikt abgegrenzt, sich selbigen andererseits aber auch – vergeblich – als Partner empfohlen. Die Doppelstrategie und das im Vergleich mit der NPD diffusere und weitaus weniger dogmatische Weltbild<sup>538</sup>, das dahinter stand, waren wohl vor allem für unzufriedene Stammwähler von Union und SPD sowie für viele junge Leute attraktiv, die sich mit den Volksparteien augenscheinlich nicht mehr auf der selben Linie sahen<sup>539</sup>. Der neuerliche Höhenflug ließ sich allerdings nicht allzu lange aufrechterhalten: In Anbetracht einer Reihe von Anschlägen gegen Ausländerwohnheime wie zum Beispiel in Rostock-Lichtenhagen galten die Republikaner damals gemeinhin als die „geistigen Brandstifter“<sup>540</sup> derartiger Ausschreitungen und erlitten empfindliche Ansehensverluste in der Bevölkerung. Die Verschärfung des Asylrechts 1993 nahm der Partei dann voll auf den Wind aus den Segeln, da das vordringlichste Propagandathema nun von der Agenda verschwand.

Demzufolge entwickelte sich das „Superwahljahr“ 1994 zu einem echten Debakel: Lediglich bei zwei von acht Landtagswahlen – in Bayern und Niedersachsen mit 3,9 bzw. 3,7 Prozent – war das Parlament zumindest in Blickweite<sup>541</sup>. Dazu büßte die „Schönhuber-Partei“ bei der Europawahl im Juni mit 3,9 Prozent beinahe die Hälfte der Stimmen von 1989 ein – und durch das Scheitern an der Fünfprozenthürde auch die Straßburger Fraktion. Nicht zuletzt endete die Bundestagswahl zwei Monate danach ebenfalls mit Verlusten im Vergleich zur Vorwahl (von 2,1 auf 1,9 Prozent), wobei die Bilanz in den neuen Bundesländern erneut deutlich schwächer ausfiel als in den alten<sup>542</sup>. Allerdings waren die schlechten Resultate wahrscheinlich zu weiten Teilen selbst verschuldet, da die heftigen innerparteilichen Turbulenzen in der heißen Wahlkampfphase die Außenwirkung und damit die Aussichten der Republikaner sicherlich nicht verbessert haben dürften.

Gerade Schönhuber selbst sorgte im August 1994 für Furore, als der Vorsitzende und schärfste Verfechter der Abgrenzungsbeschlüsse im Alleingang Verhandlungen mit der DVU aufnahm und – die Akklamation der Mitglieder vorausgesetzt – mit deren Gründer

---

<sup>538</sup> Vgl. Fascher: *Modernisierter Rechtsextremismus?*, S. 185.

<sup>539</sup> Vgl. Jesse, Eckhard: *Wahlen 1992*. In: Backes, Uwe/Ders. (Hrsg.): *Jahrbuch Extremismus & Demokratie*. 5. Jahrgang. Bonn, 1993, S. 107-115, S. 109/110.

<sup>540</sup> Vgl. Der SPIEGEL: *Lied vom Tod*, S. 53.

<sup>541</sup> In Brandenburg (1,1 Prozent), Mecklenburg-Vorpommern (1,0), dem Saarland (1,4), Sachsen (1,3), Sachsen-Anhalt (1,4) und Thüringen (1,3) fiel die Bilanz 1994 dagegen deutlich schlechter aus.

<sup>542</sup> Vgl. Jesse, Eckhard: *Wahlen 1994*. In: Backes, Uwe/Ders. (Hrsg.): *Jahrbuch Extremismus & Demokratie*. 7. Jahrgang. Baden-Baden, 1995, S. 115-130, S. 118.

Gerhard Frey vereinbarte, vorerst nicht mehr zu den selben Wahlen anzutreten<sup>543</sup>. Auf Betreiben der aufgebrachten Basis, primär in Bayern und Baden-Württemberg, verkündete der Bundesvorstand darum – wohlgermerkt unmittelbar vor der Bundestagswahl – Schönhubers prompte Absetzung wegen parteischädigenden Verhaltens, die dieser dann vor dem Berliner Landgericht anfocht und aushebelte<sup>544</sup>. Eingedenk der Erbittertheit der Auseinandersetzungen neigte sich seine Ära nichtsdestotrotz dem Ende zu. Auf dem Parteitag in Sindelfingen verzichtete der mittlerweile 71-Jährige nach neun Jahren auf eine weitere Amtszeit, die Delegierten erkoren den vorherigen Stellvertreter Rolf Schlierer daraufhin zum Nachfolger an der REP-Spitze. 1995 erklärte das einstige Aushängeschild Schönhuber, der „seine“ Republikaner fast eine Dekade mit eisernem Regiment geführt und diesen erst einen originellen Wiedererkennungswert gegeben hatte, sogar seinen Austritt, um sich fortan für die organisatorische Vereinigung des „Nationalen Widerstands“ zu engagieren, unter anderem mit erfolglosen Wahlkandidaturen für die DVU und NPD<sup>545</sup>.

Mit dem Abschied der langjährigen Galionsfigur war auch das Image der REP zunächst Geschichte – im Gegensatz zu der Vielzahl an Gräben, die zwischen den loyalen Gefolgsleuten des alten Vorsitzenden und dessen Widersachern sowie den Anhängern und Gegnern des Abgrenzungskurses im Raum standen und die Parteiaktivitäten in dieser schwierigen Phase spürbar lähmten. Dessen ungeachtet setzte die neue Spitze um Schlierer weiter unbeirrt auf die gleichermaßen strikte wie strittige Distanzierung gegenüber rechtsextremistischen Gruppierungen, wengleich diese Strategie unter wahlpolitischen Gesichtspunkten relativ wirkungslos anmutete<sup>546</sup>. Der überraschende Wiedereinzug in den baden-württembergischen Landtag, wo der Partei im März 1996 nach Verlusten im Vergleich zur Vorwahl noch 9,1 Prozent und 14 Mandate blieben, schien dennoch die benötigte Wende zu bringen. In Rheinland-Pfalz steigerte man sich am selben Tag immerhin von 2,0 auf 3,5 Prozent und vermochte den Teilerfolg damit als weiteren Schritt nach vorne zu verbuchen. Andererseits war die strukturelle und wirtschaftliche Situation

---

<sup>543</sup> Vgl. Kailitz, Steffen: Die „Republikaner“ – Vergangenheit, Gegenwart, Zukunft. In: Backes, Uwe/Jesse, Eckhard (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie. 13. Jahrgang. Baden-Baden, 2001, S. 139-153, S. 142.

<sup>544</sup> Vgl. Neubacher: Republikaner im baden-württembergischen Landtag, S. 56.

<sup>545</sup> Zur Bundestagswahl 1998 trat Schönhuber als Spitzenkandidat der DVU in Bayern an. 2005 – nur wenige Wochen vor seinem Tod – sprang der ehemalige Republikaner-Vorsitzende dann für die NPD ein, nachdem deren Dresdner Direktkandidatin Kerstin Lorenz unmittelbar vor dem Wahltermin verstorben war.

<sup>546</sup> 1995 schnitt die Partei sowohl in Berlin mit 2,7 Prozent als auch in Hessen (2,0) schwach ab und fand sich in Nordrhein-Westfalen (0,8) und Bremen (0,3) sogar im Nullkommabereich wieder.

nach der vorherigen Serie von Niederlagen schon dermaßen angespannt<sup>547</sup>, dass die Republikaner die verbliebenen Ressourcen vor diesen beiden Achtungsergebnissen bündeln und auf den Antritt in Schleswig-Holstein verzichten mussten. Erst danach konnte man sich wieder konsolidieren<sup>548</sup>.

Immerzu bemüht, als seriöse und demokratische, im Prinzip bürgerliche Partei aufzutreten, strebte man seinerzeit auch eine Modernisierung der Inhalte an, so dass das Programm von 1993 nach nur drei Jahren aktualisiert wurde<sup>549</sup>. In der Innenpolitik ging es darin in erster Linie um Law-and-Order-Positionen und die Sicherheitsbedürfnisse der Bevölkerung, gerade in Bezug auf angebliche multikulturelle Bedrohungen. Außenpolitisch standen die entschiedene Ablehnung der europäischen Integration sowie eine Aufwertung deutscher Interessen im Mittelpunkt. Parallel dazu strengte man diverse Verfahren gegen Bund und Länder an, um sich von der gängigen Stigmatisierung als rechtsextremistisch durch die alljährlichen Berichte der Verfassungsschutzämter reinzuwaschen – in der Regel allerdings vergeblich<sup>550</sup>.

Davon abgesehen schien der suggerierte Wandel zu moderateren Positionen bei den Menschen bzw. Wählern nicht anzukommen. 1997 folgte für die REP daher der nächste Rückschlag: Bei den Bürgerschaftswahlen in Hamburg verlor die Partei mit 1,8 Prozent mehr als die Hälfte der Stimmen im Vergleich zu 1993 (4,8) und musste außerdem mit ansehen, wie die DVU (4,9) vorbeizog. Die drohende Rückentwicklung zur süddeutschen Regionalpartei vor Augen nahmen die Differenzen innerhalb der Anhängerschaft und infolgedessen der Druck auf den Vorsitzenden, die Abgrenzungsbeschlüsse aufzuheben, wieder zu<sup>551</sup>. In Reaktion auf die durchweg schwachen Resultate der drei maßgeblichen Formationen des „nationalen“ Spektrums bei der Bundestagswahl 1998, bei der Republikaner (1,8 Prozent), DVU (1,2) und NPD (0,3) nicht einmal in der Summe die Sperrklausel durchbrochen hätten, sprang Schlierer zum Jahresende endlich über seinen Schatten und suchte den Dialog mit Frey<sup>552</sup>. Im Verlauf der Verhandlungen kamen die Parteichefs überein, das gemeinsame Potential zu konzentrieren und künftig nicht mehr gegeneinander zu kandidieren. Nachdem sich dieses Wahlbündnis

---

<sup>547</sup> Nach Schönhubers Abschied waren die Anhängerzahlen 1994/95 von 20.000 auf 15.000 abgesackt. Vgl. Neubacher: Republikaner im baden-württembergischen Landtag, S. 57-60.

<sup>548</sup> Der Wiedereinzug in den baden-württembergischen Landtag soll den REP 4,5 Millionen DM aus der staatlichen Wahlkampfkostenerstattung beschert haben; darüber hinaus stabilisierten sich die Mitgliedszahlen seinerzeit bei 15.000. Vgl. Backes, Uwe: Organisationen 1996. In: Ders./Jesse, Eckhard (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie. 9. Jahrgang. Baden-Baden, 1997, S. 133-142, S. 138.

<sup>549</sup> Vgl. Neubacher: Republikaner im baden-württembergischen Landtag, S. 68-70.

<sup>550</sup> Vgl. Thomczyk: Dritter Etablierungsversuch der Republikaner, S. 67/68.

<sup>551</sup> Vgl. Kailitz: „Republikaner“, S. 143.

<sup>552</sup> Vgl. a.a.O., S. 144.

kurzfristig aber kaum wie gehofft auszuzahlen vermochte<sup>553</sup>, gingen die Wege alsbald wieder auseinander.

Bis zur Landtagswahl 2001 in Baden-Württemberg schritt der langsame Niedergang und Bedeutungsverlust der Republikaner daher stetig voran, so dass die Partei dort mit lediglich 4,4 Prozent die letzten Parlamentssitze verlor. Das ehrgeizige Projekt einer dauerhaften Etablierung im bundesweiten Parteienspektrum dürfte sich damit erst einmal erledigt haben, schließlich sollte man seither bis zum heutigen Tage bei sämtlichen Urnengängen auf höheren Ebenen scheitern – und das vor allem bei durchweg sinkender Tendenz<sup>554</sup>. Selbst für das Minimalziel der Wahlkampfkostenerstattung reicht die Stimmenausbeute mittlerweile regelmäßig nicht mehr<sup>555</sup>. Während die radikaleren Strömungen an der Basis deshalb – auch mit Blick auf das Wiedererstarken und die vorwiegend in den neuen Bundesländern zu verzeichnenden Achtungserfolge der NPD – vielfach auf die Annäherung an rechtsextremistische Kräfte drängten und die Partei scharenweise verließen<sup>556</sup>, weiß sich Schlierer mit seiner auf die Kulisse von Verfassungskonformität bedachten Strategie dennoch bis dato an der Spitze zu behaupten<sup>557</sup>.

Dementsprechend gerieren sich die Republikaner gegenwärtig nach außen gezielt als „Demokratische Rechte“<sup>558</sup>. Das seit 2002 mit den Schlagworten „sozial – patriotisch – ökologisch“<sup>559</sup> versehene Programm der Partei sagt im Prinzip jedoch „weniger, wofür sie ist, sondern vielmehr – häufig in populistische Parolen verpackt – wogegen“<sup>560</sup>. Die Nation

---

<sup>553</sup> Wenngleich sich die REP 1999 bei der Landtagswahl in Hessen von 2,0 auf 2,7 Prozent steigerten, blieben die von beiden Parteien anvisierten Parlamentseinzüge am Schluss allein der DVU vorbehalten, die sich in Bremen verbesserte (von 2,5 auf 3,0) und in Brandenburg sogar die Sperrklausel durchbrach (5,3 Prozent).

<sup>554</sup> Bei den Bundestagswahlen 2002 sanken die Republikaner (0,6 Prozent) erstmals unter die Marke von einem Prozent; 2005 ließ sich dieses Resultat wenigstens wiederholen, ehe die Partei 2009 (0,4) dann langsam weiter in die Bedeutungslosigkeit driftete. Bei den Europawahlen zeigte die Kurve zwischen 2004 und 2009 ebenfalls erkennbar nach unten (von 1,9 auf 1,3 Prozent). Und bei Landtagswahlen verzeichnete man an und für sich bei allen Kandidaturen seit der Jahrtausendwende mehr oder minder starke Verluste.

<sup>555</sup> Schon der Rechenschaftsbericht für 2005 wies wirtschaftliche Defizite von 500.000 Euro auf; hierbei war die Summe von über 2,2 Millionen Euro, welche die REP für Wahlkämpfe veranschlagt hatten, mit den verringerten Einnahmen aus staatlichen Mitteln von 1,2 Millionen Euro nicht mehr auszugleichen. Vgl. Deutscher Bundestag: Unterrichtung durch den Präsidenten des Deutschen Bundestages. Bekanntmachung von Rechenschaftsberichten politischer Parteien für das Jahr 2005. 2. Teil: Übrige anspruchsberechtigte Parteien. Drucksache 16/5230. 3. Mai 2007. <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/052/1605230.pdf> (abgerufen am 15.5.08).

<sup>556</sup> Der Verfassungsschutz bezifferte die Anhängerzahl für das Jahr 2006 auf 6.000, womit sich die Partei im Prinzip wieder auf dem selben Niveau bewegt wie vor dem Aufstieg von 1989. Vgl. Bundesministerium des Innern (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 2008. Berlin, 2009, S. 56.

<sup>557</sup> Der Abgrenzungskurs wird mittlerweile gar durch mehrere Absätze der Satzung garantiert. Vgl. Die Republikaner: Bundessatzung der Partei die Republikaner. Berlin, 2002.

<sup>558</sup> So der aktuelle Slogan auf der Internetseite der Partei. Vgl. <http://www.rep.de> (abgerufen am 25.5.12).

<sup>559</sup> Die Republikaner: Bundesparteiprogramm der Republikaner. Sozial – patriotisch – ökologisch. Berlin, 2002.

<sup>560</sup> Kailitz: „Republikaner“, S. 146.



nimmt dabei nach wie vor eine Schlüsselrolle ein und wird vornehmlich als Schicksalsgemeinschaft verstanden, die sich über die Sonderinteressen der einzelnen Menschen erhebt, eine natürliche Solidarität erzeugt und ein sinnvolles Miteinander somit erst möglich macht<sup>561</sup>. Der ausdrücklich zum Hauptanliegen deklarierte Schutz der deutschen Heimat und die Verteidigung abendländischer Werte stehen daher im scharfen Gegensatz zum vermeintlichen Verlust von Sicherheit und Geborgenheit in der multikulturellen Gesellschaft<sup>562</sup>. Der Maßnahmenkatalog, der aus dieser Sichtweise resultiert, spricht unter anderem von der Streichung des Grundrechts auf Asyl und rigideren Aufnahmeregelungen für Migranten; das Gros der Ausländer soll Deutschland nach Möglichkeit ohnehin wieder verlassen – oder sich vollständig anpassen<sup>563</sup>.

Die REP propagieren einen starken Staat, der nach innen mit strikter Strafgesetzgebung für Recht und Ordnung sorgen<sup>564</sup>, nach außen selbstbewusst auftreten und seine Interessen etwa im Rahmen inter- und supranationaler Organisationen vehement verteidigen soll<sup>565</sup>. Die Kritik gilt in diesem Kontext speziell der Europäischen Union, deren Missstände dem Vernehmen nach eine grundlegende Umgestaltung einschließlich der Wahrung der Unabhängigkeit der einzelnen Mitgliedsländer erforderlich machen<sup>566</sup>. Daneben gibt man sich sehr wirtschaftsfreundlich und will gerade den Mittelstand mit großzügigen Steuerentlastungen und Subventionen stärken<sup>567</sup> – den Schattenseiten der globalisierten Welt, gegen die die NPD schon seit Jahren wettet, widmen sich dagegen nur wenige Sätze in vergleichsweise verhaltener Diktion<sup>568</sup>. Neben der Vielzahl populistischer Forderungen zu verschiedensten Politikfeldern, darunter Volksabstimmungen zu allen wichtigen Fragen, ausgiebige Fördermaßnahmen für deutsche Familien und die Rückkehr zur D-Mark, sind in manchen Passagen wie derjenigen zur Wiederherstellung Preußens als politischem Zentrum „Mitteldeutschlands“ allerdings auch Züge des alten Revisionismus auszumachen<sup>569</sup>.

Auf dem Papier weisen die Republikaner heute somit ein primär nationalkonservatives Profil auf, hinter dessen Maske aus „politischer Mimikry“<sup>570</sup> dennoch rechtsextremistische Ansätze zu erkennen sind. Zumal sich die von den Protagonisten selbst verordnete und via

---

<sup>561</sup> Vgl. REP: Bundesparteiprogramm, S. 10.

<sup>562</sup> Vgl. a.a.O., S. 19.

<sup>563</sup> Vgl. a.a.O., S. 20/21.

<sup>564</sup> Vgl. a.a.O., S. 22-24.

<sup>565</sup> Vgl. a.a.O., S. 15/16.

<sup>566</sup> Vgl. a.a.O., S. 14/15.

<sup>567</sup> Vgl. a.a.O., S. 35-38.

<sup>568</sup> Vgl. a.a.O., S. 13.

<sup>569</sup> Vgl. a.a.O., S. 11.

<sup>570</sup> Kailitz: „Republikaner“, S. 146.

Parteipresse verbreitete Zurückhaltung in der Praxis keineswegs immer durchsetzen kann. Wie weit die Vorstellungen des Vorstands zuweilen von denen des strukturellen Mittelbaus sowie der Mitgliederbasis divergieren, zeigten nicht zuletzt die Vorgänge im Vorfeld der sächsischen Landtagswahl 2004: Aufgrund der mangelnden Verhandlungsbereitschaft der Spitze um Schlierer zog die Landesvorsitzende Kerstin Lorenz dort unmittelbar vor Ablauf der Meldefrist im Alleingang die Liste zurück, um unnötige Konkurrenzkämpfe im „nationalen“ Lager zu vermeiden und machte sich für die Wahl der NPD stark<sup>571</sup>. Nachdem daraufhin ein Ausschlussverfahren eingeleitet wurde, verließ die Funktionärin endgültig die Partei, schloss sich den Nationaldemokraten an und arbeitete später – nach deren erfolgreichem Abschneiden mit 9,2 Prozent – sogar in der neuen Dresdner Fraktion mit. Es kommt ab und an aber auch auf kommunaler Ebene zu Kooperationen zwischen republikanischen Verbänden und zweifellos rechtsextremistischen Kräften<sup>572</sup>. Im Alltag wirken die Abgrenzungsbeschlüsse demnach alles andere als wasserdicht.

Wiewohl das Bundesamt für Verfassungsschutz den Republikanern in den jüngeren Berichten dessen ungeachtet keine allgemein rechtsextremistischen, antidemokratischen und vor allem aggressiven, kämpferischen Bestrebungen mehr attestiert, nehmen die Behörden die verschiedenen, mitunter radikalen Strömungen an der Basis jedoch durchaus wahr<sup>573</sup>. Innerhalb des politischen Spektrums pendelt diese Gruppierung ergo weiter durch eine Grauzone. Allerdings sind die für größeres Aufsehen sorgenden Ausbrüche der Schönhuber-Ära mittlerweile – mangels personeller und inhaltlicher Anziehungskraft – selten geworden. Sowohl für verdrossene Unionsanhänger, in deren Stammgebieten man in der Vergangenheit regelmäßig am stärksten abschnitt, als auch aus der Sicht von Menschen mit rechtsextremistischen Weltbildern und Protestwählern scheint die Partei den Status als halbwegs attraktive Wahlalternative verloren zu haben. Rund 20 Jahre nachdem die REP vor dem deutschlandweiten Durchbruch standen, dürfte sich der anhaltende Niedergang zur Splitterpartei nach derzeitigem Stand daher schwerlich aufhalten und umkehren lassen, denn selbst innerhalb des „Nationalen Widerstands“ wächst der Rückstand immer weiter, liegt insbesondere die NPD inzwischen um Welten vorne.

---

<sup>571</sup> Kailitz: Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Auf dem Weg zur „Volksfront“? In: Zukunftsforum Politik, 65/2005. Sankt Augustin, 2005, S. 79/80.

<sup>572</sup> Vgl. Ders.: „Republikaner“, S. 149.

<sup>573</sup> Vgl. BMI (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 2008, S. 56.

### 5.2.2. Deutsche Volksunion (DVU)

Die Geschicke der DVU waren über drei Dekaden hinweg untrennbar mit dem Namen des Verlegers Gerhard Frey<sup>574</sup> verbunden, dessen zahllose Veröffentlichungen – hauptsächlich die „Deutsche National-Zeitung“ (DNZ) – schon seit den späten 50er Jahren zu den wichtigsten Sprachrohren des deutschen Nachkriegsrechtsextremismus zählen<sup>575</sup>. Der Dauervorsitzende und Geldgeber hatte diese Gruppierung, die sich als neue Sammlungsbewegung des – im weitesten Sinne – „nationalen“ Spektrums verstand<sup>576</sup>, am 18. Januar 1971 ausgerufen, vorerst allerdings nur in Vereinsform. Mit Blick auf den damaligen Niedergang der NPD, von der sich die desillusionierte Basis nach der Niederlage in der Bundestagswahl 1969 scharenweise abwandte, sowie den in manchen Kreisen der Bevölkerung nicht unumstrittenen außenpolitischen Kurs der sozialliberalen Koalition strebte man die Bündelung des vorhandenen Potentials an Unzufriedenen an – und das relativ unabhängig von Parteigrenzen, von der Mitte nach rechtsaußen. Obwohl sich das inhaltliche Profil des großangelegten Projekts dementsprechend diffus gestaltete, gelang durch die Installation gewisser Vorfeldverbände, so genannter „Aktionsgemeinschaften“<sup>577</sup>, die sehr spezielle Interessenbereiche abdeckten und deren Gefolgschaft sich automatisch auch dem Gesamtverein anschloss, schnell der Aufstieg zur – wenigstens nominell – stärksten Organisation der „nationalen“ Opposition<sup>578</sup>.

Dennoch blieb das Ausmaß der politischen Aktivitäten schon deshalb begrenzt, da sich die Mehrheit der Mitglieder auf Abonnements von Druckerzeugnissen und den Bezug von

---

<sup>574</sup> Vgl. Mayer, Stefan: Biographisches Porträt: Gerhard Michael Frey. In: Backes, Uwe/Jesse, Eckhard (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie. 14. Jahrgang. Baden-Baden, 2002, S. 169-181.

<sup>575</sup> Die Fundamente seines Medienimperiums hatte Frey schon in den 50er und 60er Jahren gelegt, als sich der Verleger die Mehrheitsanteile an der „Deutschen Soldaten-Zeitung“ sicherte und nach deren Umbenennung in „Deutsche National-Zeitung“ (DNZ) durch die Übernahme der Vertriebenenblätter „Schlesische Rundschau“ und „Der Sudetendeutsche“ die graduelle Steigerung der Verkaufszahlen anschob. Anno 1991 ging dann der „Deutsche Anzeiger“, der seit 1971 als Vereinszeitung der DVU galt, in der schon 1986 aufgekauften „Deutschen Wochen-Zeitung“ (DWZ) auf. Diese verschmolz 1999 wiederum mit der DNZ zur „National-Zeitung/Deutschen Wochen-Zeitung“ (NZ), deren Auflage 2008 nach der Modernisierung zur boulevardeskeren Aufmachung 33.000 betrug. Inhaltlich standen bzw. stehen diese Publikationen besonders für Attacken gegen die „Altparteien“, Ausländerfeindlichkeit, Revisionismus und NS-Verharmlosung, Ressentiments gegen die EU und USA sowie verdeckten Antisemitismus. Für die Schlagzeile „Verbrecherstaat Israel will uns Moral lehren“ musste sich Frey daher schon 1969 vor dem Bundesverfassungsgericht verantworten; statt der vom Bundesinnenministerium angeregten Verwirkung der Grundrechte endete das Verfahren aber 1974 mit einem Freispruch. Vgl. BMI (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 2008, S. 99-106; Virchow, Fabian: Struktur und Funktion der Frey-Presse. In: Mecklenburg, Jens (Hrsg.): Braune Gefahr. DVU, NPD, REP. Geschichte und Zukunft. Berlin, 1999, S. 28-40.

<sup>576</sup> Vgl. Backes/Jesse: Politischer Extremismus in der BRD. Band II, S. 88/89.

<sup>577</sup> Dazu zählten beispielsweise die „Initiative für Ausländerbegrenzung“, die „Aktion deutsches Radio und Fernsehen“, der „Deutsche Schutzbund“, die „Volksbewegung für Generalamnestie“ und der nach einem ehemaligen Wehrmachtsoffizier benannte „Ehrenbund Rudel“, der sich an erster Stelle um das Ansehen der deutschen Soldaten beider Weltkriege bemühen sollte.

<sup>578</sup> Vgl. Neubacher: NPD, DVU-Liste D, Die Republikaner, S. 37.

Devotionalienartikeln aus Freys Vertriebsimperium – dem Druckschriften- und Zeitungsverlag GmbH (DSZ-Verlag) und dem Freiheitlichen Buch- und Zeitschriftenverlag GmbH (FZ-Verlag) – zu beschränken pflegte<sup>579</sup>. Derweil suchte der Vorsitzende selbst anfangs gezielt die Nähe der Nationaldemokraten, galt dort aufgrund des angespannten Verhältnisses in der Vergangenheit<sup>580</sup> bzw. seiner streitbaren Position als vermöglicher Unternehmer mit den dazugehörigen Profitinteressen aber als nicht gerade gern gesehen und scheiterte schließlich 1975 bei der Wahl zum stellvertretenden Parteichef<sup>581</sup>. Nachdem dieser Weg damit verbaut war, wandte sich der Verleger später vom ursprünglichen Ansatz der Überparteilichkeit ab und schuf am 5. März 1987 die DVU-Liste D als selbständige Wahlplattform neben dem unverändert weiterbestehenden Vorläuferverein, dessen Anhängerbasis der neue Akteur nunmehr vollständig absorbieren sollte<sup>582</sup>. Rückblickend dürfte diese Entscheidung zum einen der verbreiteten Enttäuschung über das Ausbleiben der versprochenen „geistig-moralischen Wende“ von 1982/83 geschuldet<sup>583</sup>, zum anderen die Reaktion auf den Aufstieg der Republikaner gewesen sein<sup>584</sup>.

Wenige Wochen darauf vereinbarte die neugegründete Partei mit der NPD deshalb bereits, sich bei den nächsten Urnengängen – bei Wahrung der Unabhängigkeit – beizustehen, um das verbliebene Potential zu verdichten. In der Praxis bedeutete der Pakt vor allem, dass die nach wie vor bundesweit organisierten Nationaldemokraten dem weitaus schlechter aufgestellten Partner in den örtlichen Wahlkämpfen mit Personal aushalfen und dafür von dessen beachtlicher Wirtschaftskraft begünstigt wurden<sup>585</sup>. Schon im September 1987 machte sich das Bündnis bezahlt, als die DVU-Liste D beim Debüt in Bremen sogleich einen respektablen Anteil von 3,4 Prozent der Stimmen erzielte und bedingt durch eine Sonderregelung im dortigen Wahlrecht immerhin einen Abgeordneten in die Bürgerschaft

---

<sup>579</sup> Vgl. Stöss: Extreme Rechte in der BRD, S. 186.

<sup>580</sup> Frey war ursprünglich sogar gegen die NPD-Gründung und hatte die Partei später – in der Phase der Parlamentseinzüge – nur gelegentlich mit seinen Publikationen unterstützt. Ansonsten rief der Verleger seine Anhängerschaft damals regelmäßig zur Stimmabgabe für die Union auf. Vgl. Backes/Jesse: Politischer Extremismus in der BRD. Band II, S. 75/76; Fascher: Modernisierter Rechtsextremismus?, S. 133; Hoffmann: NPD, S. 114.

<sup>581</sup> Siehe Kapitel 6.2.3.

<sup>582</sup> Vgl. Fascher: Modernisierter Rechtsextremismus?, S. 134.

<sup>583</sup> Siehe Kapitel 3.6.

<sup>584</sup> Vgl. Mecklenburg, Jens: Die Deutsche Volksunion (DVU). In: Ders. (Hrsg.): Braune Gefahr. DVU, NPD, REP. Geschichte und Zukunft. Berlin, 1999, S. 12-22, S. 14.

<sup>585</sup> Vgl. Pfahl-Traughber: Rechtsextremismus in der BRD, S. 29.

entsenden durfte<sup>586</sup>; erstmals seit 1968 war damit wieder eine Partei rechts von der Union in ein Landesparlament der Bundesrepublik eingezogen.

Dabei wurzelte der unverhoffte Durchbruch wahrscheinlich mehr in der kostenintensiven Propagandaoffensive als in der deutschnationalen Programmatik, die nur wenige unverbindliche Punkte umfasste, im Prinzip aber kein vollständiges Politikkonzept absteckte: Losgelöst von den diversen Lippenbekenntnissen zur Demokratie diente der Leitgedanke von „Deutschland als Land der Deutschen“ allenthalben zur Legitimation nationalistischer Ansprüche und autoritärer Staatsvorstellungen – und das stets mit Stoßrichtung auf den durch angebliche Massen von „Scheinasyllanten“ zu stark steigenden Ausländeranteil, der den Steuerzahler zu sehr strapazierte<sup>587</sup>. Außer der mit dementsprechender Vehemenz postulierten Abschottung durch Migrationsstopps und vereinfachte Abschiebeverfahren wusste die Partei allerdings kaum konkrete Vorschläge zu weiteren Maßnahmen zu präsentieren – so wenig wie auf allen anderen Problemfeldern. Stattdessen wettete die Volksunion an erster Stelle gegen die vermeintlich „einseitige Vergangenheitsbewältigung“, machte gegen den dadurch aufrechterhaltenen Status des eigenen Volkes als „Sündenbock der Welt“ mobil und verlangte die vollständige Wiedervereinigung des Vaterlands<sup>588</sup>. Nach dem Vorbild der zum Teil spürbar schärfer formulierten Publikationen aus dem DSZ-Verlag, die als inoffizielle Parteiorgane fungierten und die leeren Phrasen insofern Woche für Woche mit Tagesgeschehen füllten, ließen sich somit sämtliche Positionen, Forderungen und Patentlösungen auf wenige zentrale, meist direkt miteinander verknüpfte Themenfelder – wie die drohende Überfremdung und die nationale Frage – zurückführen.

Der inhaltlichen Ausrichtung als einer Art „Ein-Punkt-Partei“ entsprechend, erschien die DVU-Liste D im Alltag aber auch als „Ein-Mann-Partei“: Im Grunde wurde die Volksunion von Frey, dessen Münchner Verlagshaus gleichzeitig die Geschäftsstelle war, alleine gesteuert; so setzte der Mäzen für gewöhnlich gerade an den Schaltstellen auf Familienangehörige, machte vertraute Weggefährten zu Multifunktionären und vermochte die verschiedenen Gliederungen darüber zu dominieren<sup>589</sup>. Der sukzessive Auf- und Ausbau starker, sozial verankerter Strukturen mit selbständigen Verbänden und aktivem Parteileben stockte deshalb sicherlich nicht nur aufgrund der dünnen Personaldecke, war

---

<sup>586</sup> Wenngleich die DVU-Liste D in Bremen 1987 landesweit lediglich auf 3,4 Prozent kam, durchbrach diese dennoch in Bremerhaven (5,4) die für beide Städte getrennt geltende Sperrklausel und konnte sich somit aufgrund des dortigen Wahlrechts den Sitz in der Bürgerschaft sichern.

<sup>587</sup> Vgl. Backes/Jesse: Politischer Extremismus in der BRD. Band III, S. 95/96.

<sup>588</sup> Vgl. a.a.O., S. 96.

<sup>589</sup> Vgl. Mayer: Gerhard Michael Frey, S. 178/179.

wohl vielmehr – angesichts des autokratisch durchorganisierten Apparats – von vornherein nicht vorgesehen, um Machtansprüche von dieser Seite zu vermeiden.

Während der Verleger andere anerkannte Vertreter und Aushängeschilder neben sich nicht zu dulden schien, verharrte die Anhängerschaft, die sich schon seit den Anfangstagen vorwiegend auf die alte Stammklientel des Vorläufervereins – sprich die Abonnenten der DNZ sowie der späteren „Deutschen Wochen-Zeitung“ (DWZ) – stützte, über weite Strecken in Passivität, so dass die „Phantompartei“ nach außen „nahezu anonym“<sup>590</sup> und allenfalls sporadisch wahrnehmbar agierte. Mit anderen Worten, die Mitglieder nahmen an der Willensbildung normalerweise nicht teil; wesentliche Entscheidungen, wie diejenige, wann bzw. wo man als nächstes bei Wahlen in Erscheinung treten wollte, traf der Vorsitzende meist in Eigenregie, um dann Weisungen nach unten abzugeben und die nötigen Maßnahmen anzuschieben<sup>591</sup>.

Zum Beispiel verzichtete die DVU-Liste D nach dem Achtungsergebnis in Bremen vorerst auf weitere Beteiligungen, da die Aussichten in Bezug auf neuerliche Mandatsgewinne in Freys Augen vermutlich nicht günstig genug anmuteten – und nur das galt gemeinhin als ausschlaggebend. Erst knapp zwei Jahre später, zu den Europawahlen 1989, kandidierte die von der NPD sekundierte Volksunion wieder, wenngleich im Endeffekt mit wenig Erfolg: Ungeachtet des stattlichen Propagandaaufwands mit großflächigen Plakatierungen, Unmengen von Flugblättern und Postwurfsendungen mit Parolen wie „Erst Deutschland, dann Europa“ musste sich deren gemeinsame Liste mit 1,6 Prozent den starken Republikanern (7,1) um Längen geschlagen geben<sup>592</sup>. Das Scheitern kam die Partei im Nachhinein sogar doppelt teuer zu stehen, denn statt des erhofften Prestiges durch den Einzug ins Straßburger Parlament sowie steigenden Einnahmen durch staatliche Mittel hatte diese die horrenden Kosten der Materialschlacht komplett selbst zu tragen und war mit einem Mal hochverschuldet<sup>593</sup>.

---

<sup>590</sup> Hoffmann, Jürgen: Die DVU im Landtag von Sachsen-Anhalt. In: Backes, Uwe/Jesse, Eckhard (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie. 12. Jahrgang. Baden-Baden, 2000, S. 240-252, S. 250.

<sup>591</sup> Die Dominanz der Parteispitze speiste sich im Prinzip schon aus § 6 der Satzung: „Ein Mitglied, das (...) ohne schriftliche Zustimmung des Bundesvorstandes die Wahlteilnahme einer Untergliederung betreibt (...) verwirkt die Mitgliedschaft in der DEUTSCHEN VOLKSUNION.“ Vgl. Deutsche Volksunion: Satzung der DEUTSCHEN VOLKSUNION. München, 2009.

<sup>592</sup> Bereits 1988 hatte man das Bündnis um die Vereinbarung ausgeweitet, sich künftig keine Stimmen mehr abspenstig zu machen, also abwechselnd anzutreten und zu Wahlen auf Bundesebene auch Vertreter des Partners in die jeweilige Parteiliste aufzunehmen. Exemplarisch dafür kandidierte der NPD-Vorsitzende Martin Mußgnug zur Europawahl 1989 für die DVU-Liste D. Vgl. Fascher: Modernisierter Rechtsextremismus?, S. 134; Hertel, Gerhard: Die DVU – Gefahr von Rechtsaußen. München, 1998, S. 11.

<sup>593</sup> Dem Vernehmen nach hatte die DVU damals 18 Millionen DM in den Wahlkampf investiert, aufgrund des schwachen Wahlergebnisses dann allerdings nur 3,6 Millionen DM aus staatlichen Mitteln zurückerhalten. Vgl. Stöss: Rechtsextremismus im Wandel, S. 130.

Wenige Monate danach wartete mit der Wende von 1989 der nächste Dämpfer: Während die etablierten Parteien das Projekt der Deutschen Einheit im Eiltempo vorantrieben, erwiesen sich die Vertreter des „Nationalen Widerstands“ – dem Selbstverständnis nach stets die Verfechter der Wiedervereinigung schlechthin – als ausnahmslos außer Stande, die Entwicklungen östlich der Elbe für sich zu auszunutzen. Bei der Premiere der gesamtdeutschen Bundestagswahl 1990 ging die von der DVU-Liste D unterstützte NPD deshalb mit nur 0,3 Prozent der Stimmen geradezu unter, womit die Tage dieses Bündnisses gezählt waren. Freys Volksunion, die sich von nun an auch auf dem Gebiet der vormaligen DDR um die Gründung von Landesverbänden mühte<sup>594</sup>, verabschiedete sich daraufhin auf dem Passauer Parteitag im Februar 1991 vom Namenszusatz „Liste D“ und agierte seither ausschließlich als DVU. Programmatisch veränderte sich in jener schwierigen Phase jedoch nichts. Allerdings bleibt zu beachten, dass dieser Bereich für das Selbstverständnis der Partei wie für deren Aktivitäten sowieso bestenfalls nachrangige Bedeutung besaß – die wesentlichen Standpunkte brachten stattdessen die Presseerzeugnisse des Mäzens zur Sprache.

Im September 1991 erreichte man mit 6,2 Prozent in Bremen dennoch den Wiedereinzug in die Bürgerschaft und zeigte sich für die stellenweise erhaltene Wahlkampfhilfe des dortigen NPD-Verbands mit der Vergabe von zwei der sechs Mandate an Mitglieder des alten Partners erkenntlich<sup>595</sup>. Die Delegation in der Hansestadt, die sich in der Folgezeit mehr durch ausländerfeindliche Fensterreden und interne Streitigkeiten als durch sinnvolle Arbeitsbeiträge hervortat, hielt indessen nicht sonderlich lange durch; Anfang 1993 hatte sich schon die Hälfte der Abgeordneten von der DVU abgewandt und die National-Konservative Gruppe (NK) gegründet – der Fraktionsstatus war damit dahin<sup>596</sup>. Dem Ansehen der aufstrebenden Kraft, die damals auch aufsehenerregende Kontakte ins Ausland knüpfte<sup>597</sup>, konnte die schlechte Außendarstellung hingegen nicht allzu viel anhaben, schließlich stiegen deren Mitgliedszahlen nach und nach auf den historischen Maximalstand von 26.000<sup>598</sup>.

---

<sup>594</sup> Seit 1991 war die DVU auch in Thüringen, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Berlin mit Landesverbänden vertreten, Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg sollten später dazukommen. Vgl. Mayer, Stefan: Die DVU in Brandenburg – ein rechtsextremistisches Erfolgsmodell? In: Backes, Uwe/Jesse, Eckhard (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie. 18. Jahrgang. Baden-Baden, 2006, S. 154-170, S. 155.

<sup>595</sup> Vgl. Hertel: DVU, S. 17.

<sup>596</sup> Vgl. ebd.

<sup>597</sup> Für Wirbel sorgten seinerzeit speziell die Verbindungen der DVU zu Wladimir Wolfowitsch Schirinowskij, dem Vorsitzenden der Liberaldemokratischen Partei Russlands (LDPR). Vgl. Hirscher, Gerhard: Schirinowskij und der deutsche Rechtsextremismus. In: Backes, Uwe/Jesse, Eckhard (Hrsg.): Extremismus & Demokratie. 6. Jahrgang. Bonn, 1994, S. 162-179.

<sup>598</sup> Vgl. Kailitz: Rechtsextremismus in der BRD, S. 26.

Dazu avancierte die DVU bei der Landtagswahl in Schleswig-Holstein im April 1992 mit 6,3 Prozent der Stimmen bereits zur drittstärksten Partei im Parlament – wiewohl lediglich vorübergehend, denn die sechsköpfige Abordnung versuchte nun mehrheitlich, sich den ständigen Weisungen aus München zu widersetzen und löste sich wiederum sehr schnell auf<sup>599</sup>. Im Vorfeld der Wahl im hohen Norden hatte die Volksunion wie auch in nahezu allen anderen Wahlkämpfen vollständig auf das Abhalten von Veranstaltungen verzichtet und die vor Ausländerfeindlichkeit („Scheinasylanten ausweisen“) und Attacken auf die „Altparteien“ („Schluß mit dem Diäten-Wucher“) sprühende Propaganda stattdessen ausschließlich durch Postwurfsendungen verteilt. Schlussendlich am besten kam diese klare Protestausrichtung in den SPD-Hochburgen und dort bei den Männern an – besonders bei den Jungwählern und den über 60-Jährigen<sup>600</sup>. Andererseits war der Aufschwung nur dadurch nicht zu verstetigen. Denn auf lange Sicht ließ man sowohl die inhaltliche als auch die strukturelle Substanz vermissen.

Das Scheitern des 1994 geplanten Bündnisses mit den Republikanern, deren grollende Basis wenig später den Vorsitzenden Franz Schönhuber zu Fall brachte<sup>601</sup>, mündete deshalb schon bald in die nächsten Rückschläge für die DVU, die 1995 und 1996 die Wiedereinzüge in Bremen und Schleswig-Holstein mit 2,5 bzw. 4,3 Prozent verpassen und somit beide Fraktionen verlieren sollte. Dazu sackten die Mitgliedszahlen schlagartig auf 15.000 ab<sup>602</sup>. In Hamburg verfehlte man im September 1997 um Haaresbreite (4,98 Prozent) den Sprung ins Parlament – und ging daraufhin vergebens gerichtlich gegen die vermeintliche Wahlfälschung vor<sup>603</sup>. Demgemäß kam der Durchbruch in Sachsen-Anhalt, wo die Volksunion im April 1998 gleich mit dem ersten Antritt in einem der neuen Bundesländer 12,9 Prozent (16 Mandate) erreichte und damit den nach wie vor größten Stimmenanteil einer rechtsextremistischen Partei in der Bundesrepublik erzielte, rückblickend keineswegs erwartungsgemäß.

Im Rennen um die Sitze in der Magdeburger Volksvertretung hatte deren von München aus gesteuerter Wahlkampf durch den gezielten Rückgriff auf populistische Stilmittel abermals vorwiegend an die Ressentiments und aktuellen Stimmungslagen politikverdrossener Wähler appelliert. Statt der aufwendigen Präsentation anspruchsvoller Konzepte und vertrauenswürdiger Persönlichkeiten reichte dazu im Prinzip die

---

<sup>599</sup> Vgl. Hertel: DVU, S. 19.

<sup>600</sup> Vgl. Jesse: Wahlen 1992, S. 113/114.

<sup>601</sup> Siehe Kapitel 5.2.1.

<sup>602</sup> Vgl. Kailitz: Rechtsextremismus in der BRD, S. 26.

<sup>603</sup> Vgl. Mayer, Stefan: Zehn Jahre Deutsche Volksunion als politische Partei. In: Backes, Uwe/Jesse, Eckhard (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie. 10. Jahrgang. Baden-Baden, 1998), S. 184-198, S. 194/195.



Konzentration auf vereinzelte Kernthemen, verpackt in reißerische Slogans und Unmengen von Werbematerial. Mit der massenhaften Verbreitung dumpfer, nachgerade destruktiver Parolen wie „Protest wählen – Deutsch wählen“ sowie Provokationen wie „Nicht das Volk – die Politbonzen sollen stempeln gehen“ vermochte man sich wohl vornehmlich auf Kosten der CDU aufzuspielen, die mehr als zwölf Prozent verlor. Bei näherer Betrachtung entsprang der Erfolg damit eiskalter Berechnung in entscheidender Verbindung mit enormem wirtschaftlichen Einsatz<sup>604</sup> – und wirkte von daher im Endeffekt ein wenig wie „erkauft“.

Wenngleich die Mitgliedszahlen danach allmählich wieder zu steigen begannen<sup>605</sup>, war diese Leistung so schnell nicht zu bestätigen, schnitt die DVU schon bei der Bundestagswahl und der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern im September 1998 mit 1,2 bzw. 2,9 Prozent der Stimmen deutlich schlechter ab. Selbst das Abkommen mit den Republikanern, in dem man in Reaktion auf den drohenden Abstieg wechselnde Antritte vereinbarte, vermochte an der verfahrenen Situation nichts zu ändern – und war demzufolge nicht von Dauer<sup>606</sup>. Passend dazu vermochte die Partei erst im Juni 1999 mit 3,0 Prozent in Bremen (ein Mandat) erneut in ein Parlament und zum insgesamt dritten Mal in die Bürgerschaft einzuziehen. Im September desselben Jahres brachten 5,3 Prozent bei der brandenburgischen Landtagswahl dann immerhin fünf Sitze. Neben den üblichen Plakatierungen und amtlich aufgemachten Postwurfsendungen<sup>607</sup> hatte die „Phantompartei“ dort im Vorfeld ausnahmsweise auch vereinzelte Wahlkampfveranstaltungen abgehalten, um die Spitzenkandidaten herauszustellen, was sich im Wettstreit mit der NPD (0,7 Prozent) scheinbar auszahlte. Wenige Tage später in Thüringen (3,1 Prozent) war der Steilflug – den beachtlichen Investitionen in Werbemittel zum Trotz – dagegen bereits vorbei<sup>608</sup>.

In den Folgejahren blieb man meist mit sich selbst beschäftigt; besonders die Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt bescherte der DVU beinahe wie am Fließband Skandale und negative Schlagzeilen. Statt mit Sacharbeit in den Ausschüssen machten die Abgeordneten vornehmlich durch verbale Ausfälligkeiten, Austritte und Ausschlussverfahren auf sich

---

<sup>604</sup> Vgl. Hoffmann: DVU im Landtag, S. 243.

<sup>605</sup> 1997/98 wuchsen die Mitgliedszahlen der DVU von 15.000 auf 18.000 an. Vgl. Kailitz: Rechtsextremismus in der BRD, S. 26.

<sup>606</sup> Siehe Kapitel 5.2.1.

<sup>607</sup> Den Postwurfsendungen lagen Briefe mit dem amtlich anmutenden Betreff „Wichtige Unterlagen zur Wahl“, das Wahlprogramm, Spendenzettel und Bestellscheine für den DSZ- bzw. FZ-Verlag bei. Vgl. Jesse, Eckhard: Wahlen 1999. In: Backes, Uwe/Ders. (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie. 12. Jahrgang. Baden-Baden, 2000, S. 181-198, S. 191.

<sup>608</sup> Vgl. Kailitz: Rechtsextremismus in der BRD, S. 25.

aufmerksam<sup>609</sup>. Die fortwährenden Streitigkeiten führten bereits bis Anfang 2000 zur Spaltung in die von der Münchner Parteizentrale ferngesteuerte Deutsche Volksunion-Freiheitliche Liste (DVU-FL) und die neugegründete Freiheitliche Deutsche Volkspartei (FDVP). Angesichts der durchweg desolaten Außendarstellung der Magdeburger Delegierten nahm die Volksunion im April 2002 sogar Abstand vom Wiederantritt. Und auch sonst stellte sich die Partei in dieser Phase – außer in Hamburg, wo man im Jahr davor im Vergleich zur Vorwahl von 4,98 auf 0,7 Prozent abgestürzt war – vorübergehend nicht mehr dem Votum der Wähler. In Bremen waren im Mai 2003 ebenfalls Verluste (von 3,0 auf 2,3 Prozent) zu verzeichnen, dennoch wurde wenigstens das eine Mandat in der Bürgerschaft verteidigt.

2004 kam es dann auch aufgrund dieser Krisensymptome nach mehr als einem Jahrzehnt zur erneuten Kooperation mit der NPD. Mit Blick auf die im September anstehenden Landtagswahlen in Brandenburg und Sachsen vereinbarten beide Seiten, bis auf weiteres abwechselnd statt gegeneinander sowie bei bundesweiten Wahlen gegebenenfalls mit gemeinsamen Listen anzutreten. Der aufwendige Wahlkampf, den die Parteien daraufhin in diesen Bundesländern aufzogen, setzte vorrangig auf Populismus und Protest; mit Aufmärschen im Stile der „Montagsdemonstrationen“ und dazugehörigem Propagandamaterial („Sauerei Hartz IV – wehrt Euch – diesmal DVU“) versuchten die Bündnispartner, die wachsende Unzufriedenheit mit den Arbeitsmarktreformen der Bundesregierung zu nutzen, um die Masse der von der angeblichen „Vernichtung des Sozialstaats“ verunsicherten Menschen für sich zu vereinnahmen<sup>610</sup> – und das unter dem Strich durchaus wirkungsvoll: Während sich die DVU auf 6,1 Prozent der Stimmen verbesserte und sich somit sechs Sitze in Potsdam sicherte, erreichten auch die Nationaldemokraten mit starken 9,2 Prozent (zwölf Mandate) im Freistaat den ersehnten Durchbruch und waren mit der Fraktion in Dresden erstmals nach mehr als 35 Jahren wieder in einem Parlament auf Landesebene vertreten. Im Februar 2005 schlossen die Vorsitzenden Frey und Udo Voigt darum gemeinsam mit der marginalen Deutschen Partei (DP) sowie Vertretern der „Freien Kräfte“<sup>611</sup> den so genannten „Deutschlandpakt“, der die

---

<sup>609</sup> Vgl. Hoffmann: DVU im Landtag, S. 243-250.

<sup>610</sup> Vgl. Jesse, Eckhard: Wahlen 2004. In: Backes, Uwe/Ders. (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus und Demokratie. 17. Jahrgang. Baden-Baden, 2005, S. 95-107, S. 105; Stöss: Rechtsextremismus im Wandel, S. 142.

<sup>611</sup> Zur diffusen Szene der „Freien Kräfte“ gehören auch die mehrheitlich nationalsozialistisch ausgerichteten „Freien Kameradschaften“, die als lokale Zusammenschlüsse normalerweise nur weniger Personen gewöhnliche Vereins- und Parteistrukturen zu vermeiden und den Zugriffs- und Sanktionsbereich der Staatsgewalt demgegenüber durch lose Organisationsformen auszuhebeln versuchen. Dennoch sind die diversen Abordnungen durch inoffizielle Dachverbände durchaus miteinander vernetzt und vermögen die Anhängerschaft daher – mithilfe moderner Medien wie Infotelefonen und Internet – jederzeit zu

formellen Weichen für die Ausdehnung der gewinnbringenden Allianz um weitere fünf Jahre stellen sollte<sup>612</sup>.

Jedoch wusste die DVU daraus auf Dauer weitaus weniger Kapital zu schlagen als die NPD und schien dadurch sukzessive zu deren „Juniorpartner“<sup>613</sup> zu verkümmern: Bis auf minimale Verbesserungen wie bei der Bürgerschaftswahl im Mai 2007 in Bremen (von 2,3 auf 2,7 Prozent), wo es bei einem Mandat blieb, brachte das Bündnis die Partei nicht wirklich voran. Demgegenüber hatten die Nationaldemokraten im September des Vorjahrs in Mecklenburg-Vorpommern den nächsten Parlamentseinzug verbucht, konnten die Stimmenanteile auch sonst vielerorts vergrößern – und werteten das durchwachsene Abschneiden des Partners darum schnell als klares Anzeichen von Schwäche. Die Kräfteverhältnisse begannen sich infolgedessen schon bald zu verschieben, wobei mit der wachsenden Kritik immer mehr Differenzen inhaltlicher und strategischer Natur deutlich wurden. Die Diskussionen drehten sich nicht zuletzt um die zentrale Frage der künftigen Miteinbindung der kaum zu kontrollierenden „Freien Nationalisten“, deren mitunter martialisches Auftreten die DVU ablehnte, auf deren Aktivistenpotential die NPD aber auf keinen Fall verzichten wollte.

Dementsprechend war der Moment für den Machtwechsel, den die Volksunion nun vollzog, vermutlich gleichermaßen ungünstig gewählt wie überfällig: Nach mehr als drei Jahrzehnten als Vorsitzender und Finanzier verabschiedete sich Frey im Januar 2009 auf dem Parteitag in Calbe aus der Politik, woraufhin die Delegierten seinen Wunschkandidaten Matthias Faust zum Nachfolger wählten. Ausgerechnet zum Auftakt des wegweisenden „Superwahljahrs“ war mit dem Abtritt des Verlegers nicht nur der prominenteste Kopf, vielmehr auch der direkte Draht zu dessen Medienimperium<sup>614</sup> und privatem Vermögen<sup>615</sup> abhandengekommen, also wesentliche Voraussetzungen für die Achtungserfolge der Vergangenheit, die der „Phantompartei“ neun Mal zu

---

Aufmärschen und sonstigen Aktionen zu mobilisieren. Vgl. Röpke/Speit (Hrsg.): Braune Kameradschaften; Thein, Martin: Der organisatorische Erneuerungsprozess als Bedingung für den Aufschwung des Neonazismus – Eine vergleichende Betrachtung traditioneller Organisationsstrukturen und der „freien Kameradschaften“. In: Backes, Uwe/Steglich, Henrik (Hrsg.): Die NPD. Erfolgsbedingungen einer rechtsextremistischen Partei. Baden-Baden, 2007, S. 211-231.

<sup>612</sup> Siehe Kapitel 6.3.6.

<sup>613</sup> Kailitz: Rechtsextremismus in der BRD, S. 74.

<sup>614</sup> Als Symbol für die zunehmende Abnabelung vom langjährigen Vorsitzenden und dessen Presseimperium diente nicht zuletzt der im September 2009 durchgeführte Umzug der Parteizentrale vom Münchner Verlagshaus nach Hamburg – in die Heimatstadt des neuen DVU-Chefs.

<sup>615</sup> Wenngleich der Verleger nach seinem Rückzug versprochen haben soll, der Volksunion auch weiterhin zu helfen, kam sein Nachfolger wenige Monate später kaum umhin zu konstatieren, dass die Finanzsituation der Partei „heute eine andere ist, als sie dies zu Zeiten des Dr. Frey war“. Vgl. NPD-Blog: Faust: DVU nicht pleite/Partei im bürgerlich-rechten Lager etablieren. In: NPD-Blog vom 16.9.09. <http://npd-blog.info/2009/09/16/faust-dvu-nicht-pleite-partei-im-burgerlich-rechten-lager-etablieren/> (abgerufen am 30.11.09).

Parlamentssitzen verholten hatten – mit verheerenden Konsequenzen für die ansonsten strukturschwache Kraft<sup>616</sup>. Die Partei musste schleunigst umdisponieren, sich im Prinzip völlig neu aufstellen und inhaltlich genauso wie strategisch moderner ausrichten, andererseits sparsamer agieren und die Propagandamaschinerie drosseln, wodurch sich die Position gegenüber dem aufstrebenden Partner natürlich weiter verschlechterte.

Trotzdem man der NPD darum in Nachverhandlungen schon frühzeitig die Landtagswahl 2009 in Thüringen überlassen hatte, da diese dort über die stärkeren organisatorischen Wurzeln verfügte, folgte wenige Monate später der nächste fatale Tiefschlag. Zur Europawahl im Juni erzielte die DVU mit EU-kritischen Slogans wie „12 Milliarden Euro jährlich nach Brüssel: Es reicht!“ lediglich 0,4 Prozent der Stimmen und läutete damit letztlich den vorzeitigen Bruch des „Deutschlandpakts“ ein: Vollkommen ungeachtet aller ursprünglichen Vereinbarungen kündigten die Nationaldemokraten nach dieser schwachen Ausbeute umgehend den selbständigen Antritt zur Landtagswahl in Brandenburg im September an<sup>617</sup>, wo der Bündnispartner aber wohlgermt nach wie vor mit sechs vergleichsweise disziplinierten Abgeordneten im Landtag saß und die Bühne keineswegs kampflos verlassen wollte<sup>618</sup>. In Anbetracht des baldigen Scheiterns der Vermittlungsversuche konzentrierte die DVU die verbliebenen Kräfte daher in dem

---

<sup>616</sup> Die Mitgliedszahlen der Partei waren 2007/08 weiter von 7.000 auf 6.000 gesunken, von denen gleichwohl die wenigsten, weil meist schon älteren Personen wirklich aktiv waren. Vgl. BMI (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 2008, S. 99.

<sup>617</sup> Für den NPD-Parteivorstand hatte der „Deutschlandpakt“ damals im Grunde „seine Geschäftsgrundlage verloren“: In Anbetracht des schlechten Ergebnisses bei der Europawahl 2009 warfen die Nationaldemokraten dem schwächelnden Partner mangelnden Einsatz vor und werteten die Allianz von daher als „politisch überholt“, auch weil die DVU prinzipiell sowieso nur die weitere Verlängerung der Zusammenarbeit anstrebe, ansonsten aber nicht mehr am anfänglichen Ziel des Zusammenschlusses beider Parteien interessiert sei. Gleichwohl bot man den wenig verlockenden Mittelweg an, zur brandenburgischen Landtagswahl mit einer einheitlichen Liste anzutreten und versuchte somit, sich vom Vorwurf des Vertragsbruchs zu befreien und die Voraussetzungen neuer Verhandlungen zu diktieren – worauf die Gegenseite allerdings verzichtete. Vgl. Homepage des NPD-Bundesverbands: Beschluss des Parteivorstandes: NPD strebt zur Landtagswahl in Brandenburg eine gemeinsame Liste mit der DVU an. 27. Juni 2009.

<sup>618</sup> Im Vergleich mit anderen DVU-Fraktionen agierte die bereits seit 1999 bestehende brandenburgische Delegation – abgesehen von vereinzelt Provokationen im Plenum – verhältnismäßig unauffällig und blieb von skandalträchtigen Ausschlüssen bzw. Austritten verschont. Außerdem brachten sich die Potsdamer Abgeordneten durchaus in die Ausschussarbeit ein, wiewohl erfahrungsgemäß nach inhaltlichen Maßgaben der Münchner Parteizentrale, und betrieben sogar einige Bürgerbüros bzw. Bürgerstammtische. Vgl. Mayer: DVU in Brandenburg, S. 159-161 und S. 167/168.

nordöstlichen Bundesland – und konterte wiederum selbst mit dem Antritt bei der simultan stattfindenden Bundestagswahl in Konkurrenz zur NPD<sup>619</sup>.

Wenngleich die nachgerade destruktive Rivalität für beide Parteien schlechtere Resultate mit sich brachte, trugen die Nationaldemokraten tendenziell den Pyrrhussieg davon, bestätigten bei der Bundestagswahl mit 1,5 Prozent wenigstens die Bilanz von 2005 und sicherten sich daneben in Brandenburg (2,5) die dringend benötigte Wahlkampfkostenerstattung. Die DVU erlebte dagegen ein erneutes Debakel und erlitt sowohl im aussichtslosen Rennen um die Plätze im Reichstagsgebäude als auch im Streben nach dem – allein schon aus wirtschaftlicher Sicht – weitaus wichtigeren Wiedereinzug ins Potsdamer Parlament mit 0,1 und 1,2 Prozent schwere Niederlagen. Womit man sich ausgangs des unter dem Strich verheerend verlaufenen „Superwahljahrs“ 2009 mit dem wenig verheißungsvollen Status der vorparlamentarischen Splittergruppierung anfreunden musste. Die ausblutende Volksunion befand sich somit allmählich auf bestem Wege in die völlige politische Irrelevanz.

Denn die vom neuen Vorsitzenden forcierten Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen zur Verbreiterung der Mitgliederbasis und Stärkung der Strukturen fruchteten nicht. Zwar drängte die DVU vermehrt ins Internet, suchte mit Nachdruck die Nähe jüngerer Zielgruppen<sup>620</sup> und steuerte mit dem Rückgriff auf den weniger verfänglichen Namenszusatz „Die Neue Rechte“ die unausweichliche Imagekorrektur an. Programmatisch hatte die Partei hingegen unverändert allenfalls den alten Wein in neuen Schläuchen anzubieten<sup>621</sup>. 2010 näherte sich die Volksunion daher notgedrungen wieder an die NPD an, mit der man sich in von den Nationaldemokraten sehr einseitig dominierten Verhandlungen schlussendlich auf eine Verschmelzung einigte<sup>622</sup>.

---

<sup>619</sup> Nach dem Bruch des „Deutschlandpakts“ durch die NPD verlangte die DVU vor allem deren Verzicht auf die angekündigte Landtagswahlkandidatur 2009 in Brandenburg. Gleichzeitig signalisierte der Parteivorstand seine Gesprächsbereitschaft und bot dem abtrünnigen Partner weitere Verhandlungen an, bei denen man die „Einheit der deutschen Rechten“ besiegeln wollte – wobei dieser Gründungsauf Ruf auch die Republikaner, die PRO-Parteien sowie unabhängige Vertreter des „nationalen“ Spektrums betraf. Die Nationaldemokraten antworteten darauf aber nicht. Vgl. Homepage des DVU-Bundesverbands: Nur Einigkeit macht stark. 4. Juli 2009.

<sup>620</sup> Im Juli 2010 hatte die DVU hierzu mit der „Jungen Rechten“ eigens einen Jugendverband gegründet. Vgl. Homepage des DVU-Bundesverbands: Junge Rechte gegründet. 6. Juli 2009.

<sup>621</sup> Wenngleich die DVU die programmatischen Themenschwerpunkte mittlerweile zu weiten Teilen an die wesentlichen politischen Veränderungen seit der Wiedervereinigung und der Währungsunion angepasst hatte, stellten die dazugehörigen Positionen und Patentlösungen meist nach wie vor nur simple Phrasen dar. Der Forderungskatalog blieb bewusst unscharf abgefasst, um juristische Folgen auszuschließen. Vgl. Deutsche Volksunion: Partei-Programm. München, 2009.

<sup>622</sup> Siehe Kapitel 6.3.11.

### **5.3. Rechtsextremistische Splittergruppierungen**

Im Schatten der drei großen, über Jahrzehnte dominanten Wahlplattformen des Rechtsextremismus in Deutschland – NPD, DVU und Republikaner – gruben immer wieder diverse Splittergruppierungen nach verheißungsvollen Nischen, um den Sprung ins Rampenlicht vorzubereiten. Manche davon nutzten die Privilegien des Parteistatus anscheinend nur aus taktischen Motiven: Zur Tarnung, um verfassungsfeindliche Vorhaben, deren Verwirklichung eventuell militante, zum Terrorismus neigende Vorgehensweisen erforderte, zu verschleiern und dem Damoklesschwert des Verbots damit zu entkommen. Wiederum andere verstanden sich von vornherein als neue Sammlungsbewegungen und tendierten deshalb mitunter zu populistischen Standpunkten und Maßnahmen, um die Massen zu mobilisieren, traten dabei aber alles in allem meist vergleichsweise moderat auf und strebten allein durch Wahlteilnahmen nach politischer Macht. In Anbetracht dieses Variantenreichtums und der schwerlich zu dokumentierenden Vielzahl solcher Akteure soll der nachfolgende Abschnitt vier Musterbeispiele vorstellen, deren Werdegang und Wirken die Strukturen des – im weitesten Sinne – „nationalen“ Spektrums mitzuprägen und stellenweise sogar zu verändern vermochte.

#### **5.3.1. Volkssozialistische Bewegung Deutschlands/Partei der Arbeit (VSBD/PdA)**

Mit dem einstweiligen Niedergang der NPD ging in den 70er Jahren eine grundlegende Verjüngung einher<sup>623</sup>. Nach dem abrupten Scheitern des nationaldemokratischen Sammlungsprojekts starb der Rechtsextremismus in Deutschland also nicht aus, sondern sortierte sich neu, durchlief die nötigen personellen und programmatischen Regenerationsprozesse aber schlicht auf niedrigerem Niveau – symbolisiert durch die aufblühenden Splitterparteien. In dieser an und für sich progressiven Situation, in der man mehrheitlich nach attraktiveren und moderneren, nicht selten radikaleren Ansätzen suchte, sich Anregungen von außen nutzbar machte und gelegentlich sogar an Strategien des politischen Gegners anknüpfte, galt andererseits auch der Nationalsozialismus nicht mehr pauschal als geächtet und gerade der aufstrebende Nachwuchs, dessen Generation das NS-Regime selbst nicht miterlebt hatte, schickte sich an, dessen Grundprinzipien und Ideen gezielt aufzugreifen und zu revitalisieren<sup>624</sup>.

---

<sup>623</sup> Vgl. Backes/Jesse: Politischer Extremismus in der BRD. Band II, S. 78/79.

<sup>624</sup> Wenngleich dieses Phänomen meist als „Neonationalsozialismus“ bezeichnet wird, muss sich dahinter bezüglich der Inhalte dennoch nichts wirklich „Neues“ verbergen – die Vorsilbe „Neo-“ bezieht sich vielmehr darauf, dass der dazugehörige Personenkreis den historischen Nationalsozialismus der NSDAP selbst nicht bzw. nicht bewusst miterlebt hat. Vgl. Pfahl-Traugber: Rechtsextremismus in der BRD, S. 52.

Die Partei der Arbeit/Deutsche Sozialisten (PdA/DS), die der vormalige NPD-Multifunktionär Friedhelm Busse am 17. Juni 1971 gegründet hatte und deren Basis anfangs auch größtenteils aus abtrünnigen bzw. ausgeschlossenen Mitgliedern der Nationaldemokraten bestand<sup>625</sup>, gehörte in der Folge schon bald zu den bedeutendsten Gruppierungen in der Bundesrepublik, die sich solch heiklen Gedankenguts befleißigten<sup>626</sup>. Das Vorbild war dem Vernehmen nach der „linke“ NSDAP-Flügel<sup>627</sup>; der agitatorische Schwerpunkt lag dementsprechend auf der Verbreitung sozialrevolutionärer Sichtweisen in Verbindung mit dem Versuch, diese den veränderten Voraussetzungen anzupassen, sprich zu aktualisieren und weiterzuentwickeln. 1975 vollzog man dann die Umbenennung in Volkssozialistische Bewegung/Partei der Arbeit (VSBD/PdA) und verschrieb sich damit vollends der Verteidigung einschlägiger Werte wie „Rasse, Boden, Staat, Ehre und Arbeit“<sup>628</sup>, um „dem Untergang unserer Nation entgegenzutreten“<sup>629</sup>.

Während die organisatorisch vorwiegend in West- und Süddeutschland vertretene VSBD/PdA in diesem Stadium eigentlich nur eine von vielen rechtsextremistischen Sekten darstellte, sollte die Aufmerksamkeit für die Splittergruppierung in der öffentlichen Wahrnehmung zu Anfang der 80er Jahre rasant steigen<sup>630</sup>. Nachdem der Staat in der Auseinandersetzung mit allzu aggressiven Verfassungsfeinden und anderen durch Straftaten aufgefallenen Vereinigungen mit drastischen Sanktionen und Verboten vorgegangen war, strömten von dieser Seite immer mehr junge Aktivisten in die Partei<sup>631</sup>, von denen manche jedoch weiterhin mit militanten Vorgehensweisen sowie insbesondere Propaganda- und Volksverhetzungsdelikten Schlagzeilen machten<sup>632</sup>. Außerdem vernetzten sich die seinerzeit vermutlich um die 200 Anhänger<sup>633</sup> mit vergleichbaren

---

<sup>625</sup> Vgl. Mecklenburg (Hrsg.): Handbuch Rechtsextremismus, S. 175.

<sup>626</sup> Vgl. Dudek, Peter/Jaschke, Hans-Gerd: Entstehung und Entwicklung des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik. Zur Tradition einer besonderen politischen Kultur. Band 2. Dokumente und Materialien. Opladen, 1984, S. 337-339.

<sup>627</sup> Im Gegensatz zur dominanten Ausrichtung der Gesamtpartei lagen die politischen Schwerpunkte des „linken“ NSDAP-Flügels um die Gebrüder Gregor und Otto Strasser – vereinfacht gesagt – weniger auf völkisch-nationalistischen als vielmehr auf antikapitalistisch-sozialrevolutionären Haltungen, mit denen man damals gerade die Arbeiterschaft für sich gewinnen wollte; allerdings wusste Adolf Hitler diese innerparteiliche Oppositionsströmung schon im Juni 1934 im Rahmen des so genannten „Röhm-Putschs“ auszuschalten.

<sup>628</sup> Der SPIEGEL: Terror von rechts. In: Der SPIEGEL 44/1981, S. 27-29, S. 28.

<sup>629</sup> Dudek/Jaschke: Rechtsextremismus in der BRD. Band 2, S. 338.

<sup>630</sup> Vgl. Backes/Jesse: Politischer Extremismus in der BRD. Band II, S. 80.

<sup>631</sup> Die Verstärkung für die VSBD/PdA stammte vor allem aus der 1980 verbotenen „Wehrsportgruppe Hoffmann“ und dem Hamburger „Freizeitverein Hansa“ sowie der daraus hervorgegangenen „Aktionsfront Nationaler Sozialisten“ (ANS) um den 1979 wegen Volksverhetzung verurteilten Michael Kühnen, dessen Anhängerschaft in der Hansestadt durch antikommunistische und ausländerfeindliche Anschläge sowie antisemitische Schmierereien aufgefallen war. Vgl. Mecklenburg: Handbuch Rechtsextremismus, S. 175.

<sup>632</sup> Vgl. Der SPIEGEL: Terror von rechts, S. 27; Ders.: Rechtsradikale: Lebende Zeitbombe. In: Der SPIEGEL 3/1981, S. 84-85.

<sup>633</sup> Vgl. Mecklenburg: Handbuch Rechtsextremismus, S. 174.

Akteuren in den Nachbarländern<sup>634</sup> und sicherten sich die strategisch wichtige Unterstützung der illegalen, in den USA sitzenden Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei/Auslands- und Aufbauorganisation (NSDAP/AO)<sup>635</sup>.

Zur Wahl stellte sich Busses Organisation demgegenüber allenfalls sporadisch, wie zum Beispiel anlässlich der Münchner Oberbürgermeister- und Kommunalwahl im März 1978<sup>636</sup>, so dass wesentliche Bedingungen für den Schutz durch das Parteiengesetz – zum Beispiel das dauerhafte Streben nach Mitwirkung am demokratischen Willensbildungsprozess über die Parlamente – den Fakten nach nicht vorhanden waren und der Bundesinnenminister die VSBD/PdA daher am 14. Januar 1982 mitsamt der Nachwuchsabteilung „Junge Front“ und den dazugehörigen Symbolen nach dem Vereinsrecht zu verbieten vermochte<sup>637</sup>. Die Mehrheit der weltanschaulich durch und durch dogmatischen Mitglieder blieb davon wenig beeindruckt und machte bald woanders weiter. Die neonationalsozialistische Szene in Deutschland verschwand nicht, sondern wandelte sich und wusste sich schnell neue Sammelbecken mit veränderten Strukturen und Namen zu schaffen.

### 5.3.2. Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei (FAP)

Die FAP, die sich am 17. März 1979 um Martin Pape formiert hatte, fristete in den ersten Jahren der Parteigeschichte eigentlich ein Schattendasein fernab aller Aufmerksamkeit. Die inhaltlichen Standpunkte gestalteten sich gleichermaßen weit gefächert wie wirr; so setzte die Splittergruppierung auf nationalkonservatives Gedankengut und neutralistische Sichtweisen zum Thema Gesamtdeutschland, sprach sich für dessen Wiederherstellung in „germanischer und preußisch-deutscher Tradition“<sup>638</sup> aus, vertrat ansonsten verschiedenste Sonderinteressen – und verlor sich mit Vorliebe in antijesuitisch-antikatholischen Verschwörungstheorien. Nach außen wirkte das mithin wenig attraktiv, so dass man anfangs auf niedrigstem Niveau stagnierte. Das sollte sich nach dem Verbot der „Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten“ (ANS/NA)<sup>639</sup> am 24.

---

<sup>634</sup> Vgl. Der SPIEGEL: Terror von rechts, S. 29.

<sup>635</sup> Die NSDAP/AO, die 1972 in Lincoln im US-Bundesstaat Nebraska unter dem Vorsitz des deutschstämmigen Gary Lauck entstand, will die Politik des NS-Regimes weiterführen und verbreitet dazu weltweit einschlägige Propagandamaterialien wie den „NS-Kampfruf“. Vgl. Mecklenburg: Handbuch Rechtsextremismus, S. 297-299.

<sup>636</sup> Die VSBD/PdA stellte mehrere Kandidaten für den Stadtrat auf; für das Amt des Oberbürgermeisters schickte man Alfred Nusser ins Rennen, der allerdings magere 89 Stimmen auf sich vereinte.

<sup>637</sup> Als Partei-Logo diente der VSBD/PdA ein Adler auf einem stilisierten Keltenkreuz; das Kennzeichen der „Jungen Front“ war die Wolfsangel.

<sup>638</sup> Der SPIEGEL: Die laufen jeder Trommel nach. In: Der SPIEGEL 25/1986, S. 72-79, S. 72.

<sup>639</sup> Die „Aktionsfront Nationaler Sozialisten“ (ANS), die sich für eine Wiederzulassung der NSDAP in Deutschland aussprach, war im November 1977 aus dem im gleichen Jahr gegründeten Hamburger



November 1983 allerdings abrupt ändern, als sich die angeschlossenen Kameradschaften anschickten, die in Südwestdeutschland ansässige Kleinstpartei zu infiltrieren und nach den Vorstellungen des damals immer wieder wegen Volksverhetzungsdelikten inhaftierten Anführers und Vordenkers der neonationalsozialistischen Szene in Deutschland, Michael Kühnen, auszurichten.

Die neuen Mitglieder brachten Schwung und bemühten sich primär um bundesweite Strukturen<sup>640</sup>, versuchten sich andererseits aber sowohl bezüglich der politischen Vorhaben als auch der Vorliebe für militante Vorgehensweisen schnell selbständig zu machen. Die verbreiterte Basis war für Pape alsbald kaum mehr kontrollierbar, so dass der Vorsitzende, der vergeblich das Bekenntnis zum vermeintlich demokratischen Programm verlangte<sup>641</sup>, in dieser kritischen Phase kontinuierlich an Macht verlor und allmählich zur Marionette verkam. Faktisch stellte die FAP mittlerweile lediglich die legale Außenfassade für die Fortführung der ANS/NA-Aktivitäten dar. Während die Protagonisten dieser verbotenen Vereinigung die Taktik verfolgten, sich der „annektierten“ Partei auf dem Papier selbst nicht anzuschließen<sup>642</sup>, sondern die Tarnorganisation stattdessen von außen zu steuern, sicherten sich deren weniger verdächtige Vertrauensmänner in den augenscheinlich dem Vorbild der NSDAP nachempfundenen Verbänden die wichtigsten Positionen<sup>643</sup>.

Die Anhängerbasis, die nicht selten direkt an die Skinhead-Subkultur andockte, wurde auf diesem Wege dahingehend dirigiert, nach maximaler Aufmerksamkeit und Medienpräsenz zu streben und dabei speziell die Wahlkampfzeiten zur straffreien Verbreitung subversiver Propaganda auszunutzen<sup>644</sup>; daneben setzte man auf martialische Aufmärsche sowie ausländerfeindliche und antisemitische Provokationen – und wirkte angesichts des aggressiv-aktivistischen Profils wahrscheinlich vor allem für verdrossene Jugendliche auf Identitätssuche attraktiv. Wenngleich solche Agitationsformen bei der breiten Masse der Menschen nicht ankamen, der Durchbruch also ausblieb und die Partei bei sämtlichen

---

„Freizeitverein Hansa“ entstanden. Nach der Verhaftung der Vorkämpfer um Michael Kühnen hörten die ausländerfeindlichen, antisemitischen und antikommunistischen Umtriebe 1978/79 vorübergehend auf. Als die Anführer wieder frei waren, fusionierte man Anfang 1983 mit den Nationalen Aktivisten (NA) zur ANS/NA, die allerdings am 7. Dezember desselben Jahres nach dem Vereinsrecht verboten wurde. Vgl. Mecklenburg: Handbuch Rechtsextremismus, S. 149-150.

<sup>640</sup> Schon bald hatte die Partei sieben Landesverbände in Bayern, Baden-Württemberg, Bremen, Hamburg, Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen, wobei sich die beiden Letztgenannten damals als Wortführer hervortaten. Vgl. Der SPIEGEL: Die laufen jeder Trommel nach, S. 74.

<sup>641</sup> Vgl. Christians, Georg: „Die Reihen fest geschlossen“. Die FAP – Zu Anatomie und Umfeld einer militant-neofaschistischen Partei in den 80er Jahren. Marburg, 1990, S. 35.

<sup>642</sup> Vgl. a.a.O., S. 34; Der SPIEGEL: Die laufen jeder Trommel nach, S. 74.

<sup>643</sup> Im Grunde erstreckten sich die Parallelen zur NSDAP von der Bezeichnung der FAP-Landesverbände als „Gau“ und den dazugehörigen Rangordnungstiteln der Funktionäre über Unterorganisationen wie die „Freie Betriebszellenorganisation“ (FBO) und „Deutsche Frauenfront“ (DFF) bis zu einer durchgängigen Umsetzung des Führerprinzips. Vgl. Christians: „Die Reihen fest geschlossen“, S. 40 und S. 82-100.

<sup>644</sup> Vgl. Der SPIEGEL: Die laufen jeder Trommel nach, S. 76.

Wahlteilnahmen nicht bloß den Sprung in die Parlamente mit Abstand verpasste<sup>645</sup>, sondern auch den Anspruch auf staatliche Mittel aus der Wahlkampfkostenerstattung, schuf man sich mithilfe vielfältiger Verbindungen zu vergleichbaren Vereinigungen im In- und Ausland<sup>646</sup> sowie verschiedenen Publikationsorganen<sup>647</sup> Schritt für Schritt die Voraussetzungen, um allmählich zum Mittelpunkt und Sammelbecken des neonationalsozialistischen Spektrums in Deutschland zu avancieren.

Mitten im szeneeinternen Aufwärtstrend flammten ab 1986 schwere Konflikte auf, die sich im Kern fast ausschließlich um das Ansehen und den Status Kühnens drehten. In der hitzigen Debatte um dessen homosexuelle Neigungen brach die homophobe Fraktion um den Funktionär Jürgen Mosler mit dem heimlichen Vordenker der FAP; 1988 wählte dieser starke Flügel dann Friedhelm Busse zum neuen Vorsitzenden und beschleunigte damit die Verfallserscheinungen<sup>648</sup>. Ab 1989 begannen sich die Auseinandersetzungen – nach dem nahezu vollständigen Austritt der Kühnen-Sympathisanten – wieder zu beruhigen<sup>649</sup>, allerdings bauten dessen Anhänger nun den Bremer Landesverband zur Deutschen Alternative (DA) um, die sich direkt nach der Wiedervereinigung verstärkt auf dem vormaligen DDR-Territorium betätigte und beachtliche Mitgliederzuwächse seitens der dortigen Kameradschaften verzeichnete<sup>650</sup>. Dagegen schrumpfte das Basispotential der angeschlagenen FAP in den 90er Jahren zusehends auf den Bereich militanter Fußballfans und Skinheads zusammen<sup>651</sup>.

Wenige Jahre später widmete sich dennoch das Bundesverfassungsgericht der auseinanderfallenden Formation und sprach selbiger nach ausführlicher Prüfung den Parteienstatus ab, so dass der Bundesinnenminister die FAP am 22. Februar 1995 aufgrund der ideologischen Nähe zum Nationalsozialismus nach dem Vereinsrecht zu verbieten vermochte<sup>652</sup>. Rückblickend war dieser Beschluss für die Weiterentwicklung des

---

<sup>645</sup> Sowohl bei der Bürgerschaftswahl 1986 in Hamburg (0,1 Prozent) als auch bei der Bundestagswahl im Folgejahr (0,0) und der Europawahl 1989 (0,1) landete die FAP stets im Nullkommabereich.

<sup>646</sup> In Deutschland wies die Partei nicht nur starke Verflechtungen mit der Skinhead-Szene auf, sondern schuf außerdem 1985 mit der später verbotenen „Wiking-Jugend“ (WJ) die Aktionsplattform „Volkstreue Außerparlamentarische Opposition“ (VAPO). Im Ausland war derweil die NSDAP/AO der wichtigste Ansprechpartner. Vgl. Christians: „Die Reihen fest geschlossen“, S. 139-164; Mecklenburg: Handbuch Rechtsextremismus, S. 260.

<sup>647</sup> Vgl. Mecklenburg: Handbuch Rechtsextremismus, S. 259.

<sup>648</sup> Vgl. Christians: „Die Reihen fest geschlossen“, S. 115-127.

<sup>649</sup> Vgl. Mecklenburg: Handbuch Rechtsextremismus, S. 258.

<sup>650</sup> Vgl. a.a.O., S. 231-233.

<sup>651</sup> Vgl. Der SPIEGEL: Rechtsextremisten: Große Schlacht. In: Der SPIEGEL 16/1991, S. 107-109, S. 107.

<sup>652</sup> Vgl. Bundesamt für Verfassungsschutz (Hrsg.): Symbole und Zeichen der Rechtsextremisten. Köln, 2008, S. 26.

Rechtsextremismus in der Bundesrepublik von doppelt wegweisender Bedeutung: Wie schon im Fall der VSBD/PdA setzten sich die 1.000 Mitglieder<sup>653</sup> danach nämlich nicht zur Ruhe, sondern verdichteten stattdessen andernorts die Reihen<sup>654</sup> – vorneweg die der NPD<sup>655</sup>, wo viele davon in der Folgezeit als „Fußvolk“ dienten, während die Wortführer zu Funktionären aufstiegen und die Radikalisierungstendenzen anfachten.

Daneben arbeiteten die Köpfe der „nationalen“ Opposition, vor allem die neonationalsozialistischen Kräfte, seinerzeit aber auch auf den deutschlandweiten Auf- und Ausbau loser, häufig informeller und infolgedessen schwerlich sanktionierbarer Organisationsstrukturen nach dem Konzept lokaler Kameradschaften hin<sup>656</sup>. Die Welle von Verbotsverfügungen<sup>657</sup>, mit der die Staatsgewalt schon seit Anfang der 90er Jahre versucht hatte, die politischen Aktivitäten verfassungsfeindlicher Vereinigungen zu stoppen, war insofern weitgehend wirkungslos – immerhin wucherten aus jedem abgeschlagenen Ast neue antidemokratische Sprösslinge, so dass im Nachhinein selbst diese drastischste aller zur Verfügung stehenden Maßnahmen nicht im Stande schien, das Übel dauerhaft an der Wurzel zu packen.

### 5.3.3. Deutsche Liga für Volk und Heimat (DLVH)

Nach der Wende von 1989/90 standen NPD, DVU und Republikaner als Protagonisten des organisierten Rechtsextremismus im wiedervereinigten Deutschland vorerst auf völlig verlorenem Posten. Daraufhin erstrebten einige Vordenker einen Sinneswandel, der in den erneuten Versuch mündete, das „nationale“ Spektrum mithilfe einer Sammlungsbewegung zu einen. Zu den Vätern dieser ambitionierten Planspiele zählte neben dem vormaligen REP-Generalsekretär Harald Neubauer nicht zuletzt der scheidende Vorsitzende der Nationaldemokraten, Martin Mußnug, der seine angeschlagene Partei damals sogar in dem neuen Projekt auflösen wollte, den strittigen Vorschlag im Hinblick auf die skeptische

---

<sup>653</sup> Vgl. Mecklenburg: Handbuch Rechtsextremismus, S. 258.

<sup>654</sup> Besonders in Sachsen, Berlin und Brandenburg sammelten sich FAP-Anhänger nach deren Verbot in dem Verein „Die Nationalen“ unter Führung des späteren NPD-Funktionärs Frank Schwerdt. Vgl. Der SPIEGEL: Rechtsextremismus: Szene neu sortiert. In: Der SPIEGEL 20/1995, S. 16.

<sup>655</sup> Angeblich soll FAP-Chef Busse schon vor dem Verbot mit dem NPD-Vorstandsmitglied Wolfgang Nahrath die Möglichkeiten zur Aufnahme seiner Anhänger bei den Nationaldemokraten besprochen haben. Vgl. Ders.: Rechtsextremismus: Für jeden offen. In: Der SPIEGEL 11/1995, S. 68.

<sup>656</sup> Vgl. Ders.: Neonazis: Werwolf der Zukunft. In: Der SPIEGEL 10/1995, S. 30; Pfahl-Traughber, Armin: Die Neonationalsozialisten-Szene nach den Verbotsmaßnahmen. In: Backes, Uwe/Jesse, Eckhard (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie. 9. Jahrgang. Baden-Baden, 1997, S. 156-173.

<sup>657</sup> Neben der FAP betrafen die Verbotsmaßnahmen des Bundesinnenministers am 27. Januar 1989 auch die Nationale Sammlung (NS), am 26. November 1992 die Nationalistische Front (NF), am 8. Dezember 1992 die Deutsche Alternative (DA), am 21. Dezember 1992 die Nationale Offensive (NO) sowie am 10. November 1994 die „Wiking-Jugend“ (WJ).

Mehrheit der Mitglieder allerdings nicht durchzusetzen vermochte und darum schließlich – nach nahezu 20 Jahren als Parteichef – abdankte und austrat<sup>658</sup>.

In einem ersten Schritt zur Realisierung des diffusen Vereinigungsvorhabens schufen die Initiatoren am 18. Januar 1991 dennoch den Vorläuferverein „Deutsche Allianz-Vereinigte Rechte“ (DA-VR), der seinen Namen infolge eines juristischen Streits mit einem Versicherungskonzern jedoch wenig später wechseln musste und sich nunmehr „Deutsche Liga für Volk und Heimat“ (DLVH) nannte. Am 3. Oktober desselben Jahres formierte sich die Organisation dann auch als Partei<sup>659</sup>, wobei die doppelzüngige Programmatik de facto nicht sonderlich viele innovative Positionen aufwies, stattdessen – neben Passagen zur angeblichen Verfassungstreue – vor allem Standards wie die „Ausländerrückführung“ und die vollständige Wiederherstellung Deutschlands nach dem Stand von 1937 forderte<sup>660</sup>. Der bundesweite Strukturaufbau, um den sich die Führungsriege in der Folgezeit bemühte, begann daher schon bald zu stocken; abgesehen von Schwerpunktzentren in manchen Regionen Baden-Württembergs und des Rheinlands blieb die Resonanz bescheiden, so dass die Partei anscheinend nie mehr als 1.000 Mitglieder besaß<sup>661</sup>.

Die Defizite in puncto inhaltlicher und personeller Anziehungskraft, die sich dahinter verbargen, manifestierten sich auch in den Wahlergebnissen – denn so prominent die Aushängeschilder der DLVH anmuteten, wirklich populär waren die vermeintlichen „Spalter“ und „Verräter“ im „nationalen“ Spektrum nicht mehr. Auf Landesebene bewegte man sich dementsprechend meist im Nullkommabereich und kam bestenfalls bei Kommunalwahlen zu kleineren Achtungserfolgen<sup>662</sup>. Im kontraproduktiven Ringen mit den über weite Strecken kooperationsunwilligen Rivalen von Seiten der NPD, DVU und REP konnte sich die selbsternannte Sammlungsbewegung kaum in Szene setzen,

---

<sup>658</sup> Vgl. Der SPIEGEL: Große Schlacht, S. 107/108; Wagner: NPD nach der Spaltung.

<sup>659</sup> Die Legalitätsstrategie der DLVH war schon an der symbolträchtigen Datumsauswahl für Vereins- und Parteigründung abzulesen: Der 18. Januar 1991, der 120. Jahrestag der Reichsgründung, signalisierte Rückwärtsgewandtheit und Revisionismus, wohingegen der 3. Oktober desselben Jahres, der erste Jahrestag der Deutschen Einheit, als vermeintliches Bekenntnis zur Bundesrepublik erschien.

<sup>660</sup> Vgl. Mecklenburg: Handbuch Rechtsextremismus, S. 242.

<sup>661</sup> Vgl. a.a.O., S. 241.

<sup>662</sup> Zum Beispiel bekam die Partei beim Debüt bei den Landtagswahlen 1992 in Baden-Württemberg lediglich 0,5 Prozent der Stimmen und lag vier Jahre später in Schleswig-Holstein nur bei 0,2 Prozent. Dagegen schnitt die DLVH bei Kommunalwahlen nicht selten deutlich besser ab und sammelte sogar vereinzelt Mandate – besonders in Kreisen mit bekannten Kandidaten wie Villingen-Schwenningen, dem Wohnsitz des Mitbegründers und Vorsitzenden Jürgen Schützinger.

wenngleich diese in der Anfangszeit – durch vorübergehende Parteiwechsel einzelner Abgeordneter – verschiedentlich zu Parlamentssitzen kam<sup>663</sup>.

Von daher mussten die großangekündigten Vereinigungsbestrebungen bereits bis Mitte der 90er Jahre als gescheitert gelten. Die vielfältigen Interessenkonflikte und Ressentiments im deutschen Rechtsextremismus waren schlichtweg nicht aus der Welt zu schaffen. Stattdessen nahmen die Differenzen und Streitigkeiten, um deren Verwindung man sich ursprünglich verdient machen wollte, nicht ab, sondern verstärkten sich allenfalls. Die DLVH verabschiedete sich deshalb im April 1996 vom Parteistatus und versteht sich seither als politisch autonomer Verein, der sich stellenweise selbständige Wahantritte vorbehält und ansonsten die Kandidaturen anderer „nationaler“ Kräfte zu sekundieren pflegt. Versuchte man danach mitunter, den Sammlungsgedanken auf indirektem Wege – durch Stammtische mit Vertretern anderer Parteien und die Mitarbeit an wichtigen Periodika<sup>664</sup> – voranzubringen, scheint die stetig schrumpfende Splittergruppierung inzwischen immer mehr zur Soloveranstaltung des Vorsitzenden Jürgen Schützinger zu verkommen und damit vollends in der Versenkung zu verschwinden<sup>665</sup>.

#### **5.3.4. „Bürgerbewegung pro Köln e.V.“ (PRO KÖLN)**

Nachdem die glücklose DLVH 1996 wieder vom Parteien- zum Vereinsstatus gewechselt war, gründeten abtrünnige Mitglieder der gescheiterten Splittergruppierung bereits am 5. Juni desselben Jahres die „Bürgerbewegung pro Köln e.V.“ (PRO KÖLN), die politisch aber bis auf weiteres irrelevant bleiben sollte<sup>666</sup>. So bedurfte es 1999 erst einer weiteren empfindlichen Niederlage für die Reste der Sammlungsbewegung in der Domstadt<sup>667</sup>, ehe sich dort eine Reihe erfahrener DLVH-Funktionsträger um Manfred Rouhs sowie den späteren Vorsitzenden Markus Beisicht der neuen Vereinigung anschloss und diese Schritt

---

<sup>663</sup> Zum Beispiel schloss sich Hans Altermann, der seit 1987 für die DVU in der Bremer Bürgerschaft saß, im Herbst 1991 der DLVH an, verabschiedete sich Mitte 1993 aber schon wieder. Zur selben Zeit wechselten in Schleswig-Holstein die drei DVU-Landtagsabgeordneten Ingo Schachtschneider, Ingo Stawitz und Karin Voß zu der neuen Sammlungsbewegung, die dort nach dem vorübergehenden Beitritt von Benvenuto Friese, der nur sechs Monate blieb, sogar eine eigene Fraktion zu bilden vermochte. Bereits 1991 waren im Kölner Stadtrat Manfred Rouhs und Markus Beisicht von den Republikanern zur DLVH übergelaufen. Daneben war diese in Person des Mitbegründers und Parteisprechers Neubauer, der sein Mandat einst über die REP-Liste erlangt hatte, bis 1994 im Europaparlament vertreten.

<sup>664</sup> Vgl. Mecklenburg: Handbuch Rechtsextremismus, S. 242/243.

<sup>665</sup> Als Indiz dafür dient nicht nur die stark verminderte Aktivität der DLVH, sondern auch die aktuelle Internetpräsenz des Vereins, die mit der des Vorsitzenden identisch ist. Vgl. <http://www.dlvh.de>; <http://www.j-schuetzinger.de> (abgerufen am 15.1.12).

<sup>666</sup> Vgl. Killguss, Hans-Peter/Peters, Jürgen/Häusler, Alexander: PRO KÖLN – Entstehung und Aktivitäten. In: Häusler, Alexander (Hrsg.): Rechtspopulismus als „Bürgerbewegung“. Kampagnen gegen Islam und Moscheebau und kommunale Gegenstrategien. Wiesbaden, 2008, S. 55-71, S. 57.

<sup>667</sup> Auch nach dem Wegfall der Sperrklausel verpasste die DLVH den Sprung in den Kölner Stadtrat mit Abstand und bekam bei den nordrhein-westfälischen Kommunalwahlen 1999 bloß 0,1 Prozent der Stimmen.

für Schritt zu einer erfolgreichen regionalen Wahlplattform mit betont rechtspopulistischem Selbstbild ausbaute. Besonders durch Petitionen und Kundgebungen, deren Schwerpunkte vorrangig im lokalpolitischen Bereich liegen, bemüht sich PRO KÖLN seither um kontinuierliche Basisarbeit und Bürgernähe und versucht, Solidarität und Verständnis für die Bedürfnisse und Sorgen der „kleinen Leute“ bzw. „Normalbürger“ zu suggerieren, um dieses breite Wählerpotential darüber für sich zu vereinnahmen. Schon beim Premierenantritt bei den nordrhein-westfälischen Kommunalwahlen im September 2004 kam man dank dieser Mimikry-Strategie auf 4,7 Prozent der Stimmen, schaffte somit den Sprung in den Stadtrat mit vier Sitzen und konnte sich im August 2009 mit Slogans wie „Mer losse de Dom in Kölle und die Moschee in Istanbul“ sogar auf 5,4 Prozent (fünf Mandate) steigern. Mittlerweile wachsen auch die anfangs verschwindend niedrigen Mitgliedszahlen immer weiter<sup>668</sup>.

Inhaltlich konzentriert sich der Verein ansonsten auf wenige Kernpunkte wie Migrations- und Islamfeindlichkeit, nationale Identität, Korruptions- und Kriminalitätsbekämpfung sowie Meinungsfreiheit, vermischt mit Sonderinteressen und Konfliktthemen aus dem aktuellen Stadtgeschehen<sup>669</sup>. Was durch die verklausulierte Wortwahl auf dem Papier mitunter vergleichsweise moderat daherkommt, verwandelt sich in der Praxis durch zugespitzte Darstellungsweisen jedoch ziemlich schnell in scharfzüngige Propaganda, die sich vorhandene Vorurteile nicht nur zunutze zu macht, sondern diese durch die systematische Verallgemeinerung sozialer Missstände weiter schürt und stark simplifizierende Problemlösungen dazu vorlegt. Musterhaft dafür wird anhand einzelner Moscheebauvorhaben an die verbreitete Angst der Menschen vor der „Landnahme“ durch Ausländer und Andersgläubige appelliert, um daraus dann die vermeintliche Notwendigkeit zur Verteidigung des Abendlands und der „deutschen Leitkultur“ abzuleiten und Widerstand zu mobilisieren<sup>670</sup>.

---

<sup>668</sup> Verfügte PRO KÖLN 2003 nur über 20 Mitglieder, wuchs der Verein danach stetig um jährlich jeweils 20 bis 30 Personen auf bereits 200 im Jahr 2008 an. Eingangs des Jahres 2010 hatte man nach Eigenangaben sogar schon die Marke von 500 durchbrochen. Vgl. Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.): Verfassungsschutzberichte des Landes Nordrhein-Westfalen über die Jahre 2004-2008; <http://www.pro-koeln-online.de/stamm/mitgliedschaft.htm> (abgerufen am 20.1.10).

<sup>669</sup> Vgl. Killgus/Peters/Häusler: PRO KÖLN, S. 58-67.

<sup>670</sup> Anno 2007 startete die selbsternannte „Bürgerbewegung“ eine „Anwohnerinitiative“ gegen die geplante DITIB-Zentralmoschee und sammelte Unterschriften für ein Bürgerbegehren gegen das Bauvorhaben, das allerdings – auch aufgrund von Unregelmäßigkeiten – nicht mehr stattfand. Außerdem sorgte im September 2008 der von PRO KÖLN ausgerichtete „Anti-Islamisierungskongress“ für Aufsehen, zu dem Vertreter diverser Parteien des – im weitesten Sinne – „nationalen“ Spektrums aus dem In- und Ausland anreisten, der dann aber angesichts starker Proteste abgebrochen und im Mai 2009 wiederholt wurde.

In Reaktion auf die Achtungserfolge, die PRO KÖLN mit diesem „nonkonformen“<sup>671</sup> Konzept gelungen sind, gingen die Verantwortlichen schnell daran, das Projekt weiter auszudehnen. Mit Blick auf die Landtagswahl 2010 rief man schon drei Jahre im Voraus den Verein „Bürgerbewegung pro Nordrhein-Westfalen e.V.“ (PRO NRW) ins Leben und wandelte diesen nach wenigen Monaten zur Partei um, wobei sich die programmatische Verwandtschaft und personelle Verflechtung mit dem Vorbild aus der Domstadt nicht leugnen ließen<sup>672</sup>. Demgegenüber gestaltete sich das Verhältnis zur 2005 gegründeten „Bürgerbewegung pro Deutschland“ (PRO D) von Beginn an deutlich schwieriger; die Differenzen waren wohl vorwiegend den divergierenden Vorstellungen der Wortführer in Bezug auf die Geschwindigkeit und die Gelegenheitsstrukturen der Vergrößerung auf Bundesebene geschuldet<sup>673</sup>.

Außerdem schienen die Vorstellungen in der Vergangenheit auch bei der Abgrenzung zu bekanntermaßen rechtsextremistischen Akteuren regelmäßig auseinanderzugehen<sup>674</sup>. Da sich der stets gutbürgerlich daherkommende Verein damit spätestens seit dem Wahlerfolg von 2004 jedenfalls nicht mehr assoziiert sehen möchte, wehrte man sich gegen die dahingehende Stigmatisierung durch den nordrhein-westfälischen Verfassungsschutz wiederholt mit juristischen Schritten – vorerst allerdings vergeblich<sup>675</sup>. Daneben wurden die Planspiele der NPD, den „Deutschlandpakt“ auf das PRO-Netzwerk auszuweiten, demonstrativ abgeschmettert und die Nationaldemokraten als Splittergruppierung des „politischen Narrensaums“ diffamiert<sup>676</sup>. Nichtsdestotrotz stellt PRO KÖLN die Kontakte zu rechtspopulistischen Kräften in den Nachbarländern demgegenüber relativ

---

<sup>671</sup> So die Selbstbezeichnung, die PRO KÖLN in vielen Pressemitteilungen und Verlautbarungen verwendet. Vgl. <http://www.pro-koeln-online.de> (abgerufen am 15.1.10).

<sup>672</sup> Zum Beispiel steht der PRO-KÖLN-Vorsitzende Beisicht auch an der Spitze von PRO NRW, steuert den landesweiten Verband also in Personalunion.

<sup>673</sup> Vgl. Peters, Jürgen/Sager, Thomas/Häusler, Alexander: PRO NRW und PRO D – Entwicklung, Struktur und Methodik. In: Häusler, Alexander (Hrsg.): Rechtspopulismus als „Bürgerbewegung“. Kampagnen gegen Islam und Moscheebau und kommunale Gegenstrategien. Wiesbaden, 2008, S. 72-87, S. 75.

<sup>674</sup> Vor dem Sprung in den Stadtrat 2004 bekam PRO KÖLN bei Veranstaltungen nicht selten Schützenhilfe von Seiten des nordrhein-westfälischen NPD-Landesverbands bzw. „Freier Kräfte“. Auch danach wurden immer wieder Aussetzer in der sonst so demonstrativen Abgrenzung sichtbar: So standen Spitzenfunktionäre des Vereins rechtsextremistischen Veröffentlichungen wie der „National-Zeitung“ und der „Deutschen Stimme“ für Interviews zur Verfügung. Davon abgesehen nahm eine Delegation der „Bürgerbewegung“ um den Vorsitzenden Beisicht im September 2007 auf Einladung der rechtsgerichteten EU-Parlamentsfraktion „Identität, Tradition, Souveränität“ an einem Treffen in Straßburg teil – und saß dort mit NPD, DVU und REP an einem Tisch. Vgl. Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen über das Jahr 2007. Düsseldorf, 2008, S. 78/79; Killgus/Peters/Häusler: PRO KÖLN, S. 59/60 und S. 64.

<sup>675</sup> Vgl. Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen über das Jahr 2008. Düsseldorf, 2009, S. 60/61.

<sup>676</sup> Vgl. Junge Freiheit: Deutschlandpakt: Pro NRW erteilt NPD Absage. In: Junge-Freiheit-Online vom 20.1.10. <http://www.jungefreiheit.de/Single-News-Display.154+M5869b52e109.0.html> (abgerufen am 20.1.10).

selbstbewusst zur Schau und nutzt die Verbindungen zu diesen dauerhaft in Parlamenten vertretenen Vorbildern, um Seriosität und Vertrauenswürdigkeit zu signalisieren<sup>677</sup>.

Wiewohl sich die selbsternannte „Bürgerbewegung“ im Allgemeinen als demokratisch darzustellen pflegt, auf bürgerlichen Anstrich setzt und wahrscheinlich besonders aus taktischen Motiven auf allzu martialisches Auftreten verzichtet, sprechen sowohl die politischen Wurzeln der Spitzenfunktionäre, die vorher meist bei NPD und REP sowie der DLVH aktiv waren, als auch die durchweg ausländerfeindlichen, zu völkischem Nationalismus tendierenden Programmpunkte für deren angemessene Verortung im rechtsextremistischen Spektrum – sozusagen als „weichere“, modernere Variante des Phänomens. Inwieweit sich die Achtungserfolge von PRO KÖLN, die bislang auf dem Modell der lokal verwurzelten Wahlplattform beruhen, der vor lagerinterner Konkurrenz anscheinend nicht bange zu sein braucht<sup>678</sup>, irgendwann von PRO NRW und PRO D auf Landes- und Bundesebene bestätigen lassen, bleibt auch mit Blick auf die quantitativ wie qualitativ nach wie vor verhältnismäßig dünne Personaldecke vorerst abzuwarten<sup>679</sup>. Da die Stärken dieser politischen Konzeption sicherlich primär in der Konzentration auf Detailfragen aus dem alltäglichen Mikrokosmos der Menschen zu sehen sind, die andere Parteien womöglich zu spät aufgreifen, scheint Skepsis zu den Perspektiven des ausgedehnten Projekts durchaus angebracht.

---

<sup>677</sup> In Pressemitteilungen verweist PRO KÖLN immer wieder auf die intensiven Kontakte und Kooperationen mit der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) und dem Vlaams Belang (VB) aus Belgien und verfügt daneben auch über Verbindungen zur italienischen Lega Nord (LN), Frankreichs Front National (FN) und der British National Party (BNP). Vgl. <http://www.pro-koeln-online.de> (abgerufen am 20.1.10); Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht NRW 2008, S. 110.

<sup>678</sup> Die Kommunalwahlen 2009 ergaben für PRO KÖLN 5,36 Prozent (2004: 4,71), die NPD erhielt in der Domstadt dagegen nur ernüchternde 0,04 Prozent (0,27).

<sup>679</sup> Anlässlich der nordrhein-westfälischen Landtagswahlen 2010 und 2012 hinkte PRO NRW den hohen Ansprüchen mit 1,4 und 1,5 Prozent der Stimmen noch weit hinterher.



***Teil II:***  
***Das politische Profil der NPD***

## 6. Organisatorischer Wandel

Die NPD ist heute die älteste und erfolgreichste Formation des organisierten Rechtsextremismus in Deutschland – und das obwohl sich deren Fortentwicklung im Rückblick durch eine schier einmalige und oftmals existenzbedrohliche Diskontinuität auszeichnet hat. An und für sich entspricht die bald 50-jährige Parteigeschichte einem beharrlichen Auf und Ab, in dem bislang drei elementare Phasen zu erkennen sind: So endete der atemberaubende parlamentarische Vormarsch (1) und damit die erste Blütezeit der aufstrebenden Sammlungsbewegung ausgangs der 60er Jahre im ebenso abrupten wie über Jahrzehnte anhaltenden Sturz in die politische Bedeutungslosigkeit und dem allmählichen Verfall zur Splittergruppierung (2). Das Resultat waren wachsende interne Differenzen, Radikalisierungstendenzen und ideologischer Dogmatismus. Nichtsdestotrotz gelang ab Mitte der 90er Jahre abermals die Wende (3), half die programmatische Neuausrichtung sowie vor allem die strategische Modernisierung, zunächst das personelle Fundament zu verbreitern bzw. zu verjüngen, bevor in der Folgezeit auch die Wahlergebnisse graduell zu steigen anfangen – der „zweite Frühling“, der bis dato andauert, hatte begonnen. Gleichwohl haben sich die Agitationsformen und inhaltlichen Konturen, um nicht zu sagen das Gesicht und das Wesen der Nationaldemokraten infolge des ständigen Wechselspiels von Achtungserfolgen, Niederlagen und Krisen, Wachstumsschüben, Abspaltungen und Konflikten vollkommen verändert, wie nachfolgend zu sehen sein wird.

### 6.1. Die NPD in den 60er Jahren: Eine (kurze) Erfolgsgeschichte

Zu Beginn der 60er Jahre war das aus programmatischer wie personeller Sicht vielfach versprengte und verfehdete rechtsextremistische Spektrum in der Bundesrepublik augenscheinlich in regelrecht desolatem Zustand. Zwar galt die DRP damals weithin als dominierende Kraft<sup>680</sup>, war aber offenkundig nicht im Stande, die organisatorische Zersplitterung in diverse Kleinstgruppierungen und Sekten zu drosseln, geschweige denn aufzuhalten. Insofern schwächte man sich durch Konflikte und Konkurrenzkämpfe stetig selbst und drohte sich sukzessive in die Isolation zu manövrieren. In dem Maße wie sich die Union hingegen bereits seit Längerem zur alleinigen Wortführerin des bürgerlichen Lagers aufgeschwungen und die breite Masse der Menschen – auch dank des „Wirtschaftswunders“ als Lokomotive – in die neue demokratische Ordnung integriert

---

<sup>680</sup> Siehe Kapitel 5.1.4.

hatte, sah die „nationale“ Opposition immer weniger Land. Der gesellschaftliche Anklang zu deren für gewöhnlich mit Radikalismen, Rückwärtsgerichtetheit und Reichsmythen spielenden Angeboten schwand massiv, stattdessen genossen von grundlegendem Realismus geprägte Politikansätze, die sich die drängenden Alltagsprobleme und speziell die Absicherung des Wohlstands zur Aufgabe machten, größte Priorität.

### 6.1.1. Gründungsprozess und Organisationsaufbau

Die politischen und sozialen Rahmenbedingungen für den parteiförmigen Rechtsextremismus gestalteten sich somit alles andere als günstig – der definitive Niedergang zur Randnotiz schien praktisch greifbar. Um dem entgegenzusteuern musste die notwendige Konsequenz ein elementares Umdenken sein – und das nicht nur in Bezug auf die alternativlose Bündelung der Kräfte, sondern auch mit Blick auf das Auftreten und die Aktionsformen einer künftigen Sammlungsbewegung, die in Anbetracht der schwierigen Bedingungen allenfalls mit einer Mimikry-Strategie, die den Kern der altbekannten Prinzipien und Programmpunkte durch eine möglichst unverdächtige Schale kaschierte, Aussichten auf Erfolg besaß<sup>681</sup>. Mit am ehesten schien sich dieses Erkenntnis in der DRP zu entfalten, die damals schon seit Jahren ergebnislos eine Einheitspartei angestrebt hatte<sup>682</sup> und ab 1963 erneut die Initiative ergreifen sollte.

Nach schweren Verlusten in Rheinland-Pfalz und Niedersachsen<sup>683</sup> machte sich die Spitze der Reichspartei um den Vorsitzenden Adolf von Thadden bald daran, lose Arbeitsgemeinschaften und lokale Schulterschlüsse mit den nationalkonservativen Resten der kleinen bürgerlichen Kräfte bei Landtags- und Kommunalwahlen anzubahnen, die als Testläufe für das kommende Sammlungsvorhaben konzipiert waren, um dessen Anziehungskraft zu messen bzw. durch Achtungserfolge zu steigern. Allerdings zeitigten diese Allianzen zunächst wechselhafte Auswirkungen<sup>684</sup>: Beispielsweise kandidierte man zur Bremer Bürgerschaftswahl 1963 mit verbliebenen GB/BHE-Mitgliedern auf der Liste der dort von Friedrich Thielen wiederbelebten DP und kam immerhin auf 5,2 Prozent und vier Mandate, wohingegen die Partnerschaft mit der FDP im Folgejahr in Baden-Württemberg mit lediglich 1,8 Prozent deutlich an der Fünfprozenthürde scheiterte.

---

<sup>681</sup> Vgl. Pfahl-Traughber: Rechtsextremismus in der BRD, S. 25.

<sup>682</sup> Siehe Kapitel 5.1.4.

<sup>683</sup> In Rheinland-Pfalz war die DRP damals von 5,1 auf 3,2 Prozent abgerutscht und verlor damit das eine Parlamentsmandat, das man dort 1959 ergattert hatte. In Niedersachsen verschlechterte sich die Partei außerdem von 3,6 auf 1,5 Prozent.

<sup>684</sup> Vgl. Hoffmann: NPD, S. 59.

Dennoch ließ sich die DRP davon letztlich nicht schrecken<sup>685</sup>. 1964 wurden die Bemühungen weiter intensiviert und viele Sondierungsgespräche durchgeführt, an denen sich neben den angeführten bürgerlich-nationalkonservativen Gruppierungen auch der vorwiegend in Süddeutschland aktive Deutsche Block (DB), die vom vormaligen FDP- und DP-Bundestagsabgeordneten Heinrich Fassbender wiedergegründete Deutschnationale Volkspartei (DNVP), die Deutsche Freiheitspartei (DFP), die Arbeitsgemeinschaft Nationale Politik (ANP) sowie diverse unabhängige Persönlichkeiten beteiligten. Ausgerechnet in diesem der stufenweisen Annäherung gewidmeten Prozess kamen die genuinen Probleme der „nationalen“ Politikszene gleichwohl sehr konkret zum Vorschein – und drohten schnell das gesamte Projekt zu gefährden. Dazu zählten nicht zuletzt das

„Führergehabe und [die] Führungsansprüche der traditionsbewußten Zirkelleiter und Stammtischpräsidenten, ihre Sehnsucht nach der Bewahrung programmatischer Spitzfindigkeiten und oft auch ihre existentiellen Bedürfnisse, die häufig nur durch die meist spärlichen Einkünfte aus Parteiblättern und Mitgliedsbeiträgen notdürftig befriedigt werden konnten.“<sup>686</sup>

Infolge der daraus resultierenden Vielzahl nicht selten widerstreitender Interessen rückten die Verantwortlichen nicht nur rasch von der Verwirklichung des Vorhabens in weiteren, schier aussichtslosen Verhandlungsrunden ab. Sondern auch vom anfangs angestrebten, dachverbandsähnlichen Modell der „Nationaldemokratischen Union“ (NDU), in dessen Namensgebung der ausgedehnte, wenig verbindliche Sammlungscharakter und der angestrebte Mantel der Verfassungskonformität anklangen<sup>687</sup>. Stattdessen betrieb man die Parteigründung nun nach wesentlich strafferem Konzept im verkleinerten Kreis und vermied dabei bewusst die allzu dezidierte ideologische Profilierung, um über die diffuse Strahlkraft beteiligter Prominenter aus dem breiten „nationalen“ Spektrum möglichst viele Strömungen anzuziehen bzw. zu integrieren – von nationalkonservativen Sympathisanten über Verfechter des Deutschnationalismus bis zu verkappten Nationalsozialisten.

Zur formellen Ausrufung sowie der Aufnahme der NPD ins Vereinsregister, mit der man sich erst einmal die Namensrechte sichern wollte, fanden sich vor diesem Hintergrund bereits zum 14. November 1964 bevollmächtigte Vertreter der DRP, DP und DNVP in Hannover ein<sup>688</sup>. Offiziell konstituierte sich die neue Organisation dann zwei Wochen später – am 28. November 1964 – am selben Ort, wovon die Öffentlichkeit zunächst aber

---

<sup>685</sup> Auf dem Bonner Parteitag im Juni 1964 verabschiedete die DRP einen „Aufruf zur Sammlung des nationalen Lagers“ und erteilte dem Vorsitzenden von Thadden damit die Vollmacht zur Bildung einer neuen Partei. Vgl. Behrend: NPD – REP, S. 64.

<sup>686</sup> Schmollinger: NPD, S. 1924/1925.

<sup>687</sup> Vgl. Hoffmann: NPD, S. 58.

<sup>688</sup> Vgl. Gnad, Oliver: Nationaldemokratische Partei Deutschlands. In: Recker, Marie-Luise/Tenfelde, Klaus (Hrsg.): Handbuch zur Statistik der Parlamente und Parteien in den westlichen Besatzungszonen und in der Bundesrepublik Deutschland. Band III: FDP sowie kleinere bürgerliche und rechte Parteien. Mitgliedschaft und Sozialstruktur 1945-1990. Düsseldorf, 2005, S. 591-702, S. 609.

kaum Notiz nahm<sup>689</sup>. Von den 708 teilnehmenden Gästen der Gründungsveranstaltung, die an und für sich „weit mehr ein Kartell der Gescheiterten als der Startschuß einer neuen politischen Kraft mit neuen Parolen und neuen Persönlichkeiten“<sup>690</sup> darstellte, traten 473 spontan ein<sup>691</sup>. Wie geplant verzichtete man vorerst auf ein komplettes Programm und verabschiedete mit dem vergleichsweise kurzen Positionspapier „Deutschland den Deutschen – Europa den Europäern“ nur einen groben Wegweiser, der anscheinend dem kleinsten gemeinsamen Nenner entsprach<sup>692</sup>.

Wie tief die neue Formation, in der mehr als 80 Splittergruppierungen aufgingen<sup>693</sup>, trotzdem noch in den Vorgängerverbänden – an vorderster Stelle in der DRP – verwurzelt war, zeigte sich nicht zuletzt an der Struktur der Führungsriege: Angefangen mit dem Amt des ersten Vorsitzenden, in das die Delegierten mit Thielen gezielt ein einigermaßen honoriges Aushängeschild der nationalkonservativen Traditionslinie gewählt hatten. Der DP-Chef sollte sich einerseits als „trojanisches Pferd“<sup>694</sup> bewähren, der Partei die bürgerlichen Wählerschichten erschließen und damit den Weg in die Mitte der Gesellschaft ebnen, andererseits aber auch als „symbolpolitische Galionsfigur“<sup>695</sup> helfen, die versprengte Gefolgschaft des „Nationalen Widerstands“ zu aktivieren. Hinter diesem „Hindenburg der NPD“<sup>696</sup> sammelten sich derweil vorrangig einschlägig erfahrene Rechtsextremisten, darunter zu erheblichen Teilen ehemalige NSDAP-Granden<sup>697</sup>, unter Regie des sich zum einflussreichen Multifunktionär entwickelnden von Thadden. Gehörte der DRP-Strategie dem Spitzenquartett auf dem Papier auch nur als einer von drei vordergründig ebenbürtigen Stellvertretern neben Fassbender (DNVP) und Wilhelm Gutmann (GDP) an, so vereinte selbiger in der Praxis – durch seine Doppeltätigkeit als Geschäftsführer mit sämtlichen Vollmachten – alle entscheidenden Fäden in seiner Hand und erwies sich von daher als das eigentliche Machtzentrum der Nationaldemokraten<sup>698</sup>. Sinnbildlich für die von dem Mitinitiator des Sammlungsprojekts durchaus gewünschte Schieflage der politischen Kräfteverhältnisse stand die personelle Konstellation innerhalb

---

<sup>689</sup> Vgl. Hoffmann: NPD, S. 75.

<sup>690</sup> Maier/Bott: NPD, S. 8.

<sup>691</sup> Vgl. Gnad: NPD, S. 609.

<sup>692</sup> Vgl. Flemming: NPD-Verbotsverfahren, S. 51.

<sup>693</sup> Vgl. Schmollinger: DRP, S. 1170.

<sup>694</sup> Bergsdorf: Neue NPD, S. 34.

<sup>695</sup> Schmid: „Man kann wieder wählen!“, S. 126.

<sup>696</sup> Maier/Bott: NPD, S. 17.

<sup>697</sup> Vgl. Der SPIEGEL: NPD: Wotans Wähler. In: Der SPIEGEL 15/1966, S. 30-40, S. 33/34.

<sup>698</sup> Vgl. Schmid: „Man kann wieder wählen!“, S. 126.

der gesamten Vorstandsmannschaft, in der immerhin acht von 18 Mitgliedern aus seiner alten Partei stammten<sup>699</sup>.

Generell sollte sich die dominante Position der DRP, die schon während des Gründungsprozesses die stärkste Gruppierung war, in der Phase des strukturellen Aufbaus schon deshalb sukzessive verfestigen, weil diese der neuen Partei den vorhandenen Apparat zur Verfügung stellte – und sich darüber systematisch die wichtigsten Posten sicherte. Nach außen war davon wohlgermerkt allenfalls sehr wenig zu spüren. Wenngleich sich das DRP-Büro in Hannover in die NPD-Bundesgeschäftsstelle verwandelte und die Redaktion des ausrangierten „Reichsrufs“ von nun an die „Deutschen Nachrichten“ (DN) verfasste<sup>700</sup>, arbeiteten die Wortführer der alten Reichspartei ansonsten vornehmlich im Hintergrund<sup>701</sup>. Schließlich galt es zu vermeiden, dass die Nationaldemokraten in der allgemeinen Wahrnehmung als deren direkte Nachfolgeorganisation, geschweige denn als ein Sammelbecken gescheiterter Splittergruppierungen erschienen.

Vielmehr wollte man als unverbrauchte, im Kern dem Konservativismus anverwandte und vom Nationalsozialismus außerdem relativ unbelastete Kraft auftreten, was auch die Vermeidung allzu auffälliger Kontinuitäten zur – ungeachtet der ideologischen Konzeptlosigkeit und Diffusität – unzweifelhaft rechtsextremistischen DRP rechtfertigte. Im Alltag lenkten deren Aktivisten deswegen über weite Strecken den organisatorischen Mittel- und Unterbau, agierten in der Regel allerdings lediglich als Stellvertreter, Schatzmeister oder Ressortleiter, wohingegen man die mit Repräsentationsaufgaben verbundenen Ämter – wie die der Landeschefs – meist von seriöseren, sprich weniger verdächtigen Persönlichkeiten ausüben ließ, die vorher noch nicht in der Politik aktiv waren oder aus anderen Parteien stammten<sup>702</sup>.

Teil dieser Taktik des Tarnens und Täuschens war zudem die Fortführung der Reichspartei, die vorläufig selbständig weiterexistierte, womit deren Funktionärsspitze um von Thadden den Fusionscharakter der neuen Sammlungsbewegung zu verschleiern versuchte – und sich zugleich den strategischen Rückzugsraum für den Fall des Misserfolgs wahrte<sup>703</sup>. Daneben konnte dieser Kreis die vertrauten Parteistrukturen als sichere, da von den neuen Partnern nicht zu kontrollierende Kommunikationswege nutzen, um programmatische wie personelle Kursentscheidungen durch konzertiertes Vorgehen

---

<sup>699</sup> Vgl. Hoffmann: NPD, S. 78.

<sup>700</sup> Vgl. Kohl: „Deutsche Nachrichten“, S. 272.

<sup>701</sup> Vgl. Hoffmann: NPD, S. 78.

<sup>702</sup> Vgl. Niethammer: Angepaßter Faschismus, S. 67; Schmollinger: NPD, S. 1984; Smoydzin: NPD, S. 125/126.

<sup>703</sup> Vgl. Niethammer: Angepaßter Faschismus, S. 67.

voranzutreiben und die Vormachtsstellung somit zu stärken<sup>704</sup>. Andererseits bedeutete die Existenz eines bundesweiten Apparats, an den man – bis auf einige Modifikationen in Bezug auf das Erscheinungsbild – bloß anzuknüpfen brauchte, für den Auf- und Ausbau der nationaldemokratischen Verbände natürlich eine wesentliche Erleichterung; besonders, weil ein beträchtlicher Teil der anfänglichen Basis dadurch indirekt mitgeliefert wurde: Die Doppelmitgliedschaften, welche die Erstfassung der NPD-Satzung erlaubte<sup>705</sup>, ermöglichten nämlich nicht nur der Mehrheit der wohl um die 4.500 DRP-Mitglieder einen schrittweisen Wechsel in die Einheitspartei. Auch die Anhänger der vielen nationalistischen Kleinstgruppierungen<sup>706</sup>, die sich der jungen Kraft nicht im Kollektiv, sondern ausschließlich individuell anzuschließen vermochten, schien jenes Konzept der „Mitgliedschaft auf Probe“<sup>707</sup> vollauf anzusprechen. Von den beachtlichen 13.700 Personen<sup>708</sup>, die daraufhin bereits im ersten Jahr eintraten, wurzelte in etwa ein Drittel in der DRP<sup>709</sup>, ein weiteres rekrutierte sich aus bislang Parteilosen, die anderen vermutlich aus den verschiedenen rechtsextremistischen Splittersekten.

Nichtsdestotrotz nahmen die Nationaldemokraten jedoch auch nicht jeden auf. So nutzten die Verantwortlichen den äußerlichen Neubeginn als willkommenen Moment zur „Selbstreinigung von unten“<sup>710</sup> und verweigerten 1.000 DRP-Mitgliedern aus unterschiedlichen Motiven, vorrangig aufgrund zu starker NS-Belastung, die Mitgliedschaft<sup>711</sup>. Um die innere Einheit der Sammlungsbewegung und das erstrebte moderate, nationalkonservativ-deutschnationale Image nicht gleich durch zu schnelles Wachstum zu gefährden, etablierte man zudem ein Selektionselement, das unter jedem Eintrittsgesuch die Signatur zweier Vorstandsmitglieder der zuständigen Verbandsgliederung und vor der Erteilung des endgültigen Parteiausweises zusätzlich eine zweijährige Probezeit vorsah<sup>712</sup>. Diese straffe Führung und vor allem die soliden Fundamente des alten DRP-Apparats sorgten schließlich dafür, dass sich die neue Formation strukturell schleunigst ausfestigte. Nach lediglich zehn Monaten war der Organisationsaufbau daher schon so weit vorangeschritten, dass die NPD in allen

---

<sup>704</sup> Vgl. Niethammer: *Angepaßter Faschismus*, S. 67.

<sup>705</sup> Vgl. Schmollinger: *NPD*, S. 1968.

<sup>706</sup> Vgl. Gnad: *NPD*, S. 612.

<sup>707</sup> A.a.O., S. 633.

<sup>708</sup> Vgl. Schmollinger: *NPD*, S. 1973.

<sup>709</sup> Vgl. Gnad: *NPD*, S. 633/634.

<sup>710</sup> Dudek/Jaschke: *Rechtsextremismus in der BRD*. Band 1, S. 284/285.

<sup>711</sup> Vgl. Gnad: *NPD*, S. 611.

<sup>712</sup> Vgl. a.a.O., S. 633/634.

Bundesländern über Landesverbände verfügte und sich zwischenzeitlich auch vor Ort, also in der Breite, immer weiter ausdehnte<sup>713</sup> – das Wahldebüt musste nicht mehr länger warten.

### 6.1.2. „Man kann wieder wählen!“: Erste Erfolge und Konflikte

Mit Blick auf die zur Bewährungsprobe auserkorene Bundestagswahl am 19. September 1965 suchte die Parteispitze anfangs die Nähe der AUD, die aufgrund von Programmstreitigkeiten allerdings sämtliche Bündnisofferten ablehnte und auf strikte Abgrenzung setzte<sup>714</sup>. Immerhin verband das „Manifest der NPD“<sup>715</sup>, das diese auf dem Hannoveraner Parteitag vom 7.-9. Mai desselben Jahres als vorläufige Standortbestimmung verabschiedet hatte<sup>716</sup>, vorwiegend rechtsextremistische Ideologiefragmente und Protestmotive – und das häufig in relativ drastischem Duktus, was den Verhandlungspartner anscheinend irritierte: Autoritäre Staatsvorstellungen, NS-Verharmlosung und Ansätze von Ausländerfeindlichkeit wechselten darin mit massiver Sozialkritik und Medienschelte. Dementsprechend bemühten sich die Nationaldemokraten, die dank der beharrlichen Sammlung von Unterstützungsunterschriften bereits bundesweit auf den Stimmzetteln auftauchten, im Wahlkampf besonders um die Mobilisierung bisheriger Nichtwähler bzw. Unzufriedener und Unentschlossener<sup>717</sup>. Mit dem Monate im Voraus gestarteten Versammlungsmarathon, der in der so genannten „Deutschlandfahrt“ der Vorstandsprominenz mit großangelegten Veranstaltungen gipfelte, sowie stattlichen Investitionen in Werbemittel mit dem Motto „Man kann wieder wählen! Man wählt NPD!“ ging man gezielt auf Wählerfang<sup>718</sup>.

Mit dem doppelzüngigen Slogan versuchte sich die neue Sammelbewegung dabei nicht nur als Wahlalternative zu profilieren, sondern parallel dazu alle anderen Mitbewerber als politikunfähig und nicht mehr vertrauenswürdig zu diskreditieren. Denn aus dem Subtext

---

<sup>713</sup> Vgl. Brandstetter: NPD im 21. Jahrhundert, S. 55.

<sup>714</sup> Die NPD versuchte damals vergeblich, die AUD-Spitze mit dem Angebot sicherer Listenplätze für sich zu vereinnahmen. Nachdem diese Splitterpartei, in der wenige Monate vorher auch die DG aufgegangen war, das Parlament alleine – angesichts von nur 0,2 Prozent der Stimmen – aber mehr als deutlich verfehlte, wanderten im Nachhinein dennoch viele Mitglieder zu den Nationaldemokraten ab. Vgl. Schmollinger: NPD, S. 1943.

<sup>715</sup> Siehe Kapitel 7.1.

<sup>716</sup> Während dieser vorläufige Leitfaden in der Literatur irrtümlicherweise nicht selten als „Gründungsmanifest“ darstellt wird, das demnach schon am 28. November 1964 verabschiedet worden sein soll, datiert die NPD selbst dessen Proklamation auf den Parteitag im Mai 1965. Vgl. Apfel (Hrsg.): „Alles Große steht im Sturm“, S. 33; Brandstetter: NPD im 21. Jahrhundert, S. 99; Gnad: NPD, S. 613; Pfahl-Traugber: Rechtsextremismus in der BRD, S. 12/13.

<sup>717</sup> Vgl. Brandstetter: NPD im 21. Jahrhundert, S. 59/60.

<sup>718</sup> Die großzügige Werbekampagne der NPD soll seinerzeit schon 1,57 Millionen DM gekostet haben. Vgl. Hoffmann: NPD, S. 104/105.



der Kampagne – insbesondere dem „wieder“ – waren auch scharfzüngigere, wohl vorwiegend an die verdrossene Klientel des NS-Regimes adressierte Sichtweisen abzulesen: Indirekt schien dadurch nämlich suggeriert, dass hierzulande schon seit 1945 keine verlässliche und erfolgversprechende Kraft, die den Vorrang nationaler Interessen mit dem erforderlichen Nachdruck vertreten hätte, kurzum kein wirklicher Ausgleich zu den inhaltlich angeblich identischen, da durchweg antideutschen „Kartellparteien“ der Alliierten zur Auswahl stand. Wenngleich man sich selbst absolut als Wahlpartei verstand und vehement in die Parlamente drängte, scheute die dazugehörige Propaganda demnach nicht davor, mit systemkritischen Anti-Parteien-Affekten und antiparlamentarischen Ressentiments zu spielen.

Allerdings blieb diese polemische und bisweilen widersprüchliche Agitation in Anbetracht der polarisierten politischen Ausgangskonstellation weithin wirkungslos. Der im Vorfeld prognostizierte knappe Vorsprung der „schwarz-gelben“ Koalition veranlasste vermutlich nicht wenige potentielle NPD-Wähler dazu, für die Union als „kleineres Übel“ zu stimmen, um Willy Brandt als sozialdemokratischen Kanzler in Bonn zu verhindern<sup>719</sup>. Demzufolge musste sich die neue Einheitspartei, deren Wahl der spätere DVU-Gründer Gerhard Frey eigens in seiner „Deutschen National-Zeitung“ (DNZ) empfohlen hatte<sup>720</sup>, mit nur zwei Prozent begnügen und blieb damit weit hinter den selbstgesteckten Erwartungen zurück. Andererseits stellte dieser Achtungserfolg für die Nationaldemokraten – wohlgermerkt zum Premierenantritt – schon mehr als eine Verdoppelung des DRP-Anteils von 1961 dar, woraufhin selbige sich am 4. Dezember 1965 auflöste, da die Weiterexistenz als eigenständige Partei nun nicht mehr notwendig schien.

Die baden-württembergischen sowie etwas später die bayrischen Kommunalwahlen sollten die Diagnose im Kern erneut bestätigen. Gleichwohl ein landesweiter Durchbruch auf dieser Ebene 1965/66 auf sich warten ließ, lagen die Ergebnisse in einigen Gebieten schon sehr dicht an der Fünfprozentmarke, in seltenen Fällen sogar darüber und sicherten der NPD somit erste Mandate<sup>721</sup>. Auch bei der Bürgerschaftswahl in Hamburg am 27. März 1966 hielt deren beachtlicher Aufwärtstrend mit 3,9 Prozent an. Um Rückschritte durch schwächere Resultate zu vermeiden, setzte man nun Schwerpunkte und verzichtete darum am 10. Juni desselben Jahres auf den Antritt in Nordrhein-Westfalen, wo sich die Strategen selbst unter Aufbietung sämtlicher Ressourcen für den Wahlkampf nichts ausrechneten<sup>722</sup>.

---

<sup>719</sup> Vgl. Hoffmann: NPD, S. 106.

<sup>720</sup> Vgl. Smoydzin: NPD, S. 133.

<sup>721</sup> Vgl. Brandstetter: NPD im 21. Jahrhundert, S. 60; Schmid: „Man kann wieder wählen!“, S. 123; Smoydzin: NPD, S. 135.

<sup>722</sup> Vgl. Hoffmann: NPD, S. 108.

Die Blütezeit der Nationaldemokraten begann dann mit den beiden Landtagswahlen am 6. und 20. November: Mit großem Material- und Personalaufwand, der sich gezielt auf kleinere Städte und Dörfer konzentrierte, gelang der Partei sowohl in Hessen (7,9 Prozent) als auch in Bayern (7,4) mit acht bzw. 15 Sitzen der Sprung in die Parlamente, der bundesweit Schlagzeilen machte<sup>723</sup>.

Dabei erschien speziell das starke Abschneiden im Freistaat schon deshalb durchaus imposant, weil der dortige Verband im Vorfeld von schweren Auseinandersetzungen um den Vorsitzenden Franz Florian Winter erschüttert wurde, die erst wenige Wochen vor dem Wahltag mit dessen Austritt endeten<sup>724</sup>. Dahinter standen hauptsächlich Programmstreitigkeiten, die sich bereits seit dem Karlsruher Parteitag vom 17.-19. Juni 1966 abgezeichnet hatten, wo sich das vormalige CSU-Mitglied mit seiner Forderung nach dem satzungsmäßigen Verweis auf die Verteidigung der „abendländischen, christlichen Kultur“, um den bürgerlich-konservativen Charakter zu betonen, bloß knapp durchsetzen konnte, sich mit seinem konsequenten Festhalten an diesem Standpunkt aber keine Freunde machte – besonders nicht beim dominanten Flügel um die alten DRP-Funktionäre. Im Nachgang lieferte jener Machtblock jedenfalls selbst die Indizien für die Vorwürfe Winters, der innerparteiliche Machenschaften und ideologische Radikalisierungstendenzen monierte<sup>725</sup>, und ließ dessen Wahl zum Listenführer im wichtigen Regierungsbezirk Mittelfranken scheitern, woraufhin sich der Landeschef von der NPD verabschiedete. Die von der „Meuterei“ ausgelöste Welle an Negativberichten, die sich später auch aus der medienwirksamen Abrechnung dieses moderaten, nationalkonservativen Aushängeschildes mit den Nationaldemokraten speiste<sup>726</sup>, vermochte deren Attraktivität und Wählbarkeit aber augenscheinlich nicht nachhaltig zu schaden.

Das gleiche galt für die ungebrochene Anziehungskraft auf die Anhänger des – im weitesten Sinne – „nationalen“ Spektrums, dank der die Mitgliedszahlen anno 1966 schon auf 25.000 stiegen und sich damit im Vergleich zum Vorjahr annähernd verdoppelten<sup>727</sup>. Neben einer Reihe von Splittergruppierungen, die nach wie vor im Sog der neuen Einheitspartei standen, schlossen sich den Rechtsextremisten in dieser erfolgreichen Phase auch verschiedene anerkannte Einzelpersonlichkeiten an, von denen man sich in erster Linie einen Prestigegewinn durch „vorzeigbare Leute“ und eine Signalwirkung für die

---

<sup>723</sup> Vgl. Hoffmann: NPD, S. 109-111.

<sup>724</sup> Vgl. Schmollinger: NPD, S. 1944/1945.

<sup>725</sup> Zu den Motiven seines Rückzugs erklärte Winter in einem Rundschreiben vom 31. Oktober 1966: „Ich will nicht mitverantwortlich sein, daß unsere Nation noch einmal von gottlosen Fanatikern beherrscht und ins Unglück gestürzt wird.“ Zitiert nach Hoffmann: NPD, S. 82.

<sup>726</sup> Vgl. Winter, Franz Florian: Ich glaubte an die NPD. Mainz, 1968.

<sup>727</sup> Vgl. Schmollinger: NPD, S. 1973.

Massen erhoffte<sup>728</sup>. Je schneller und stärker die NPD jedoch wuchs, umso schwieriger waren die seit jeher schwelenden programmatischen und persönlichen Differenzen innerhalb der „Patchwork-Partei“<sup>729</sup> zu verbergen – vorneweg die Disharmonien in der Parteiführung. Demgemäß ließ der nächste Disput auch nicht lange auf sich warten.

Schon die „Affäre Winter“ hatte ziemlich deutliche Spuren im Verhältnis zwischen dem Vorsitzenden sowie seinem zur Ämterhäufung und Machtakkumulation neigenden Stellvertreter hinterlassen<sup>730</sup>. Im Frühjahr 1967 sollte sich daraus eine echte Führungskrise entwickeln, die alsbald zu eskalieren drohte<sup>731</sup>. Den ersten Auslöser lieferte ein Wortbruch Adolf von Thaddens<sup>732</sup>, der sich am 5. Februar – entgegen einer vorherigen Abmachung mit Friedrich Thielen, der die Wirkungskreise des DRP-Flügels einzudämmen versuchte – zum Vorsitzenden des niedersächsischen Verbands wählen ließ<sup>733</sup>. Daraufhin gingen drei Delegierte gerichtlich gegen die Absetzung des alten Vorstands der Landesorganisation vor, dessen Amtszeit damals noch gar nicht abgelaufen und der auch nicht nach Vorschrift abgewählt worden war<sup>734</sup>. Nachdem das anschließende Urteil den Vorgängen absolute Satzungswidrigkeit attestiert hatte, reagierte der NPD-Chef resolut und schloss von Thadden am 10. März im Alleingang mitsamt mehrerer seiner radikalen Vertrauten aus, um das demokratische Antlitz der Sammlungspartei zu wahren<sup>735</sup>. Dafür bekam Thielen allerdings noch am selben Tag von seinem bremischen Landesverband den Stuhl vor die Tür gesetzt.

Sämtliche Untergliederungen der Nationaldemokraten stellten sich von jetzt an auf diese oder jene Seite – der organisatorische Notstand war damit nicht mehr abzuwenden. Die Sondersitzung der Parteispitze, die am Folgetag in Frankfurt einberufen wurde, konnte die

---

<sup>728</sup> Unter anderem schlossen sich der NPD damals der Raketenforscher Hermann Oberth, der Ruder-Olympiasieger Frank Schepke, der langjährige CDU- und GB/BHE-Bundestagsabgeordnete Linus Kather sowie der vormalige saarländische Ministerpräsident Hubert Ney an. Vgl. Niethammer: *Angepaßter Faschismus*, S. 77; Schmollinger: *NPD*, S. 1944.

<sup>729</sup> Gnad: *NPD*, S. 653.

<sup>730</sup> In Anbetracht des Konflikts zwischen Winter und dem DRP-Flügel um Adolf von Thadden hatte der Vorsitzende Friedrich Thielen schon unmittelbar nach dem Karlsruher Parteitag versucht, die einflussreichen Kreise seines Adjutanten durch eine Kampfabstimmung über die Verlegung der Bundeszentrale von Hannover nach Bremen zu stören – und dabei eine erste herbe Niederlage erlitten. Vgl. a.a.O., S. 617/618.

<sup>731</sup> Vgl. Hoffmann: *NPD*, S. 84-96.

<sup>732</sup> Der vormalige DRP-Chef war damals schon stellvertretender Bundesvorsitzender der NPD, Leiter der Bundesgeschäftsstelle, Referent für Außenpolitik im Vorstand, Leiter des Amtes für Organisation im Präsidium sowie Chefredakteur und Gesellschafter des Parteiorgans „Deutsche Nachrichten“. Vgl. a.a.O., S. 85/86.

<sup>733</sup> Mit seiner Kampagne gegen den amtierenden Landeschef Lothar Kühne, der nicht aus rechtsextremistischen Kreisen, sondern aus der FDP stammte, hatte der Flügel um die alten DRP-Funktionäre im niedersächsischen Verband schon im Vorfeld des Landesparteitags gezielt den Weg für die Wahl von Thaddens geebnet. Vgl. a.a.O., S. 85.

<sup>734</sup> Vgl. a.a.O., S. 86.

<sup>735</sup> Vgl. Gnad: *NPD*, S. 618; Hoffmann: *NPD*, S. 86.

kritische Situation ebenfalls nicht abschließend klären<sup>736</sup>. Denn der angeschlagene Vorsitzende wollte die Mehrheitsbeschlüsse des Vorstands, die seine sofortige Absetzung sowie die Aufhebung seiner Ausschlussverfügungen vorsahen, nicht akzeptieren, strengte darum nun selbst rechtliche Schritte an und wurde durch den Schiedsspruch vom 22. März im Amt rehabilitiert – um sogleich die nächste Sanktionswelle zu starten<sup>737</sup>. Dieses verworrene Theater ging weiter bis zum 9. Mai 1967, als Thielen schließlich – auch aufgrund des mittlerweile stetig schwindenden Rückhalts – klein beigab, um kurz darauf die Nationale Volkspartei (NVP) zu gründen<sup>738</sup>. Nach Einschätzung der heutigen NPD hatten freilich am ehesten sein „falscher Ehrgeiz und ein sehr provinzielles Verständnis von Politik“<sup>739</sup> den ersten Parteivorsitzenden vom Weg abgebracht. Nichtsdestotrotz war der Schaden durchaus zu verschmerzen, denn die damit verbundenen Austritte von wahrscheinlich maximal 100 Funktionären und 500 bis 800 Mitgliedern, die dem Frontmann der nationalkonservativen Strömung bald nachfolgten, vermochte man in Anbetracht der Flut von Neuzugängen vergleichsweise mühelos wieder wettzumachen.

### 6.1.3. Nachwirkungen der Krise und Konsolidierung durch Wahlerfolge

Wenngleich der offene Machtkampf in der nationaldemokratischen Parteispitze aus organisatorischer Perspektive also vor allem Wachstums- statt Verfallskrise zu sein schien<sup>740</sup>, nagten die Vorfälle durchaus am Selbstverständnis der Sammlungsbewegung. Die wochenlangen Grabenkämpfe mitsamt der dadurch heraufbeschworenen Gefahr der Spaltung drohten nämlich den Gründungsmythos, wonach die Vertreter des „nationalen“ Spektrums im November 1964 die Sonderinteressen zugunsten des Ganzen und damit nicht zuletzt zum Wohle Deutschlands zurückgestellt hatten, zunichte zu machen<sup>741</sup>. Außerdem musste die mediale Ausschlichtung der Privatfehde zwischen dem Vorsitzenden und seinem Vize, deren Auslöser wohl weniger in programmatischen Differenzen denn in persönlichen Animositäten zu sehen waren<sup>742</sup>, dem Ansehen der stets nach seriöser Außendarstellung strebenden Partei zwangsläufig schwer schaden: Unter dem Druck der Negativpresse zum anhaltenden Durcheinander auf der Vorstandsebene konnte die NPD das wahlkampfstrategisch vielleicht wichtigste Schwerpunktthema „Recht und Ordnung“,

---

<sup>736</sup> Vgl. Gnad: NPD, S. 618.

<sup>737</sup> Wieder in Amt und Würden verhängte Thielen erneut Ausschlüsse gegen von Thadden und einige getreue DRP-Aktivistinnen. Vgl. Dudek/Jaschke: Rechtsextremismus in der BRD. Band 1, S. 322.

<sup>738</sup> Vgl. Hoffmann: NPD, S. 89; Niethammer: Angepaßter Faschismus, S. 84; Schmollinger: NPD, S. 1946.

<sup>739</sup> Homepage des NPD-Bundesverbands: Die Geschichte der NPD. 22. April 2007.

<sup>740</sup> Vgl. Kühnl/Rilling/Sager: NPD, S. 52.

<sup>741</sup> Vgl. Gnad: NPD, S. 619.

<sup>742</sup> Vgl. Hoffmann: NPD, S. 92/93; Smoydzin: NPD, S. 145/146.

mit dem man vordergründig konservativ, vertrauenswürdig und massenkompatibel auftreten wollte, mithin kaum mehr authentisch verkörpern, was vermutlich viele Sympathisanten abschreckte.

Dennoch sollte deren parlamentarischer Vormarsch nicht zu stocken beginnen, sondern sich bloß punktuell verlangsamen. Mit jeweils vier Mandaten bei den beiden Landtagswahlen in Schleswig-Holstein (5,8 Prozent) und Rheinland-Pfalz (6,9) am 23. April 1967 sowie sieben Prozent (zehn Sitze) am 4. Juni in Niedersachsen wurde das Minimalziel des Durchbrechens der Sperrklausel jedenfalls weitere drei Mal bewerkstelligt. In den Wochen und Monaten danach vermochte man sich dann immer mehr zu stabilisieren. Darauf deuteten auch die Bremer Bürgerschaftswahlen am 1. Oktober hin: Wie schon bei den vorherigen Parlamentseinzügen unterstützten viele Mitglieder von außerhalb die dort im Wahlkampf stehenden Verbände, brachten Massen von Werbematerial unters Volk und bescherten der Partei somit starke 8,8 Prozent sowie acht Mandate. Die Krise war ausgestanden, die Sammlungsbewegung nahm wieder Kurs auf.

Dazu lieferte der anstehende Wechsel auf der Position des Vorsitzenden – Wilhelm Gutmann leitete die Partei damals lediglich interimistisch – die willkommene Gelegenheit, die internen Disharmonien womöglich längerfristig auszuräumen. Im Machtkampf mit der vorwiegend von den schwächeren Fusionspartnern repräsentierten moderaten, nationalkonservativen Fraktion hatte sich das radikalere, mehrheitlich deutschnationale „Syndikat“<sup>743</sup> der vormaligen DRP-Funktionäre mittlerweile durchgesetzt. Das hatte zur Folge, dass die nächste Führungsspitze nicht mehr vorgeben musste, neutral über den verschiedenen Strömungen zu stehen, sondern den dominierenden Flügel nun selbst vertrat. Vor diesem Hintergrund vereinigte Adolf von Thadden bei der Wahl zum neuen NPD-Chef auf dem Hannoveraner Parteitag vom 10.-12. November 1967 stolze 1.293 von 1.384 Voten auf sich; daneben winkten die Delegierten 19 seiner 20 Vorschläge für die auf 30 Personen aufgestockte Vorstandsriege durch, darunter viele alte Weggefährten aus der DRP<sup>744</sup>. Die Nationaldemokraten, die außerdem endlich ein erstes Programm verabschiedeten, erschienen wieder als einheitliche Plattform – wenigstens nach außen.

Mit den „Grundlagen nationaldemokratischer Politik“<sup>745</sup> gab man sich – verglichen mit dem als Vorlage dienenden „Manifest der NPD“ – vorderhand gemäßigter, gleichzeitig aber auch wesentlich vager, um sich als verfassungstreue, nationalkonservativ-deutschnationale Instanz zur Vertretung nationaler Interessen attraktiv zu machen.

---

<sup>743</sup> Hoffmann: NPD, S. 95.

<sup>744</sup> Vgl. a.a.O., S. 95/96.

<sup>745</sup> Siehe Kapitel 7.2.

Verbliebene rechtsextremistische Ideologiefragmente wie das Ideal der Volksgemeinschaft, der staatslastige Autoritarismus und die revisionistische Ablehnung der deutschen Alleinschuld vermischten sich daher vielfach mit demokratischen Allgemeinplätzen. Mutmaßlich aus taktischen Motiven – um Sympathisanten verschiedenster Strömungen anzusprechen und dem Damoklesschwert des Verbots zu trotzen – setzten die Nationaldemokraten mithin mehr auf Anspielungen und Assoziationen denn auf allzu deutliche Worte. Dementsprechend sahen sich komplexe Alltagsprobleme meist mit sehr simplen Antworten konfrontiert. Das gezielt diffus gehaltene Programm gehörte damit gewissermaßen zu den Propagandainstrumenten der Parteispitze. In direkt an die Mitgliederbasis adressierten Publikationen wie dem „Politischen Lexikon“<sup>746</sup> und den DN pflegten die Verantwortlichen dagegen auf Lippenbekenntnisse zu verzichten und präsentierten vielfach aggressivere Vorstellungen<sup>747</sup>.

Gleichwohl die innerparteilichen Diskussionen inzwischen beendet waren, befand sich die NPD vor der wichtigen Landtagswahl in Baden-Württemberg am 28. April 1968, die gemeinhin bereits als Generalprobe für die im Jahr darauf anstehende Bundestagswahl gewertet wurde, bloß in der Außenseiterrolle. Der südwestliche Teil Deutschlands galt seinerzeit als ausgesprochen schwieriges Terrain: Neben den auf schwachem Niveau schwankenden Umfragewerten standen die ausgeprägte Wertschätzung der Wähler für die dortige Große Koalition, der neuerliche Konjunkturaufschwung und natürlich auch die negativen Schlagzeilen zu den NS-Enthüllungen um den Spitzenkandidaten Gutmann im Weg<sup>748</sup>. Dazu sah man sich schon seit dem Wahlkampfauftakt mit massiver Gegenwehr aus der Gesellschaft – angeführt von der Studentenschaft, den Gewerkschaften und allen anderen Parteien – konfrontiert, die sich nicht nur auf die verbale Stigmatisierung der Sammlungsbewegung als vermeintliche NSDAP-Nachfolgerin konzentrierte, sondern vermehrt auf aktionistische Protestformen wie die Demontage von Werbeplakaten und die Störung vieler der insgesamt um die 2.000 Veranstaltungen setzte<sup>749</sup>. Unter anderem spielte den Nationaldemokraten, deren Kampagne an vorderster Stelle wiederum die Verteidigung von „Recht und Ordnung“ versprach, dann aber das schockierende Kontrastbild der direkt vor dem Urnengang ausgebrochenen Osterunruhen in die Karten –

---

<sup>746</sup> Das „Politische Lexikon“, das der Parteibasis zur Selbstschulung diene und in der Literatur darum zu einer besonders wichtigen Programmergänzung erklärt wird, erschien bis 1971 in einer Loseblattsammlung. Vgl. Schmollinger: NPD, S. 1930.

<sup>747</sup> Vgl. Kühnl/Rilling/Sager: NPD, S. 81.

<sup>748</sup> Vgl. Hoffmann: NPD, S. 113.

<sup>749</sup> Vgl. a.a.O., S. 113/114.

9,8 Prozent der Stimmen (zwölf Sitze) sorgten für das stärkste Resultat der Parteigeschichte.

#### 6.1.4. Zur Sozialstruktur der nationaldemokratischen Sammlungsbewegung

Bis 1969 konnte man somit schon 61 Mandate in sieben Landtagen sowie über 500 Plätze in den kommunalen Parlamenten vorweisen<sup>750</sup>, so dass die nächsten Meilensteine – der Bundestag und die immanente Beförderung zur „vierten Partei“ – immer näher kamen. Die kontinuierlich wachsende Klientel reichte mittlerweile weit über die klassischen Schwerpunktzentren der NSDAP und darauffolgender rechtsextremistischer Kräfte wie der SRP und DRP hinaus: Gleichwohl die höchsten Stimmenanteile nach wie vor in mittelständisch und landwirtschaftlich ausgerichteten, häufig unter Strukturschwächen leidenden Gebieten zu verzeichnen waren<sup>751</sup>, verebten die Gewinne der NPD nicht länger an deren Grenzen. Stattdessen arbeitete diese sich von den norddeutschen Stammregionen Schritt für Schritt in den Süden vor, wo vergleichbare Gruppierungen nach 1945 akute Schwierigkeiten hatten, sich halbwegs zu verankern<sup>752</sup>. Generell wies die nationaldemokratische Wählerschaft allerdings kein klares Gruppenprofil auf, die Stimmen kamen vielmehr aus allen Gesellschaftsteilen<sup>753</sup> – auch wenn die Kontingente mitunter verhältnismäßig klein ausfielen und die zur Veranschaulichung durchaus angemessene Kategorisierung als „Volkspartei in nuce“<sup>754</sup> deshalb manchmal angezweifelt wurde<sup>755</sup>.

Vereinzelte Angelpunkte zeigten sich besonders bei Männern<sup>756</sup>, zudem bei der mental womöglich weithin im Nationalsozialismus verhafteten Altersklasse zwischen 45 und 60 Jahren<sup>757</sup> sowie bei den Arbeitern und den Angehörigen der Mittelschicht<sup>758</sup>. Dazu gelangen den Rechtsextremisten bei Konfessionslosen oder Menschen mit schwacher Kirchenbindung – vornehmlich bei Protestanten – in gleichem Maße stärkere Resultate wie bei nicht gewerkschaftlich organisierten Personen<sup>759</sup>. Hinsichtlich der politischen Herkunft entsprach die Sammlungsbewegung dem eigenen Selbstverständnis und präsentierte sich in

---

<sup>750</sup> Vgl. Schmid: „Man kann wieder wählen!“, S. 124.

<sup>751</sup> Vgl. Pfahl-Traugber: Rechtsextremismus in der BRD, S. 15.

<sup>752</sup> Vgl. Schmollinger: NPD, S. 1958.

<sup>753</sup> Vgl. Liepelt: Anhänger der neuen Rechtspartei, S. 240.

<sup>754</sup> Maier/Bott: NPD, S. 15.

<sup>755</sup> In einer Studie von 1967 wurde die NPD – in erster Linie aufgrund der Protestorientierung der Wähler – dargestellt als „Partei von Randgruppen, Außenseitern und Unzufriedenen, die sich im Grunde an den Formen des demokratischen Lebens stoßen und in allen gesellschaftlichen Schichten zu finden sind. Das verkleinerte Abbild einer ‚Volkspartei‘ ist sie nicht“. Vgl. Liepelt: Anhänger der neuen Rechtspartei, S. 267.

<sup>756</sup> Männliche und weibliche Wähler der NPD standen seinerzeit im Verhältnis 60:40. Vgl. a.a.O., S. 241.

<sup>757</sup> Vgl. a.a.O., S. 241/242; Maier/Bott: NPD, S. 13.

<sup>758</sup> Vgl. Kühnl/Rilling/Sager: NPD, S. 235-237; Liepelt: Anhänger der neuen Rechtspartei, S. 242; Pfahl-Traugber: Rechtsextremismus in der BRD, S. 15.

<sup>759</sup> Vgl. Brandstetter: NPD im 21. Jahrhundert, S. 69; Liepelt: Anhänger der neuen Rechtspartei, S. 245.

erster Linie als Hafen für die „Heimatlosen“, sprich diejenigen Wechselwähler, die in der Nachkriegszeit erst zu Splittergruppierungen und später zu den Volksparteien neigten, von diesen jedoch nicht dauerhaft zu integrieren waren, sowie für viele Nichtwähler<sup>760</sup>. Als Bindeglieder des weitläufigen Adressatenkreises dienten in der Regel wohl aufgestaute autoritäre Dispositionen, Anti-Parteien-Affekte und antipluralistische Ressentiments, die sich nicht selten mit diffusen Ängsten und Sorgen in Bezug auf wirtschaftliche Belange mischten<sup>761</sup>. Das Potential der NPD rekrutierte sich also vorwiegend aus rechtsextremistischen Protestwählern<sup>762</sup> – und wirkte dementsprechend sprunghaft und wenig verlässlich. Das Eis, über das man damals von einem Erfolg zum nächsten eilte, war nicht sonderlich dick.

Ähnliche Stabilitätsschwankungen, die vom Stärke und Anziehungskraft suggerierenden Aufstieg verschleiert wurden, spiegelten sich im nominellen Anwachsen der Anhängerschaft wider<sup>763</sup>: Nach dem Wachstumsknick von 1968<sup>764</sup>, der an vorderster Stelle vermutlich den andauernden Streitigkeiten zu verdanken war, nahmen die Mitgliedszahlen im Jahr darauf wieder zu und steigerten sich auf die im Rückblick nach wie vor aktuelle Rekordmarke von 28.000<sup>765</sup>. Die Schwerpunktzentren ließen sich dabei in Bayern, Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg sowie in Niedersachsen lokalisieren<sup>766</sup>. Dennoch schien die Basis ständig in Bewegung zu sein. So verdeckten die Scharen von Neuzugängen phasenweise die parallelen Verluste, vor allem von Seiten der vorher politisch Unorganisierten, von denen viele alsbald wieder austraten<sup>767</sup>.

Passend zur ungebremsten Personalfluktuations sank das Durchschnittsalter zwischen 1965 und 1967 um nahezu zehn Jahre auf ungefähr 41, denn nachdem in der Gründungszeit

---

<sup>760</sup> Vgl. Brandstetter: NPD im 21. Jahrhundert, S. 71; Hoffmann: NPD, S. 373/374; Liepelt: Anhänger der neuen Rechtspartei, S. 252-255.

<sup>761</sup> Für die Wahl der NPD schien damals ohnehin weniger die objektive als vielmehr die subjektive Situation ausschlaggebend zu sein: Je pessimistischer die persönlichen Wirtschaftserwartungen, desto stärker schnitten die Nationaldemokraten ab. Vgl. Brandstetter: NPD im 21. Jahrhundert, S. 72; Liepelt: Anhänger der neuen Rechtspartei, S. 255/256.

<sup>762</sup> Vgl. Brandstetter: NPD im 21. Jahrhundert, S. 72/73; Hoffmann: NPD, S. 370-372.

<sup>763</sup> Nachdem die Mitgliedszahlen 1966/67 im Sog der ersten Wahlerfolge um mehr als 11.000 explodiert waren, lockte die darauffolgende Serie von Landtagseinzügen lediglich 3.000 weitere Personen an – das für die NPD einzunehmende Potential schien somit schon weitgehend erschöpft. Vgl. Pfahl-Traugher: Rechtsextremismus in der BRD, S. 13/14.

<sup>764</sup> Von den 28.000 Mitgliedern im Jahre 1967 verabschiedeten sich 1968 um die 1.000, was die NPD aber schon 1969 wieder durch Neueintritte aufzufangen wusste. Vgl. Schmollinger: NPD, S. 1973.

<sup>765</sup> Wengleich die Angaben zum Rekordstand der Anhängerzahlen in der Literatur stark schwanken – stellenweise ist sogar von 40.000 die Rede, die NPD selbst spricht rückblickend von 31.000 – scheint die meistgenannte Marke von 28.000 dennoch realistisch. Vgl. Apfel, Holger: Die Geschichte der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands. In: Ders. (Hrsg.): „Alles Große steht im Sturm“. Tradition und Zukunft einer nationalen Partei. 35 Jahre NPD – 30 Jahre JN. Stuttgart, 1999, S. 34-59, S. 37; Kühnl/Rilling/Sager: NPD, S. 31; Schmollinger: NPD, S. 1973.

<sup>766</sup> Vgl. Schmollinger: NPD, S. 1974.

<sup>767</sup> Vgl. Hoffmann: NPD, S. 383.



zunächst die mittleren, unter dem NS-Regime sozialisierten Generationen dominierten, stießen später immer mehr jüngere Gesinnungsgenossen dazu<sup>768</sup>. Darüber hinaus stammten die mehrheitlich männlichen Mitglieder<sup>769</sup> – ähnlich wie die Wähler – aus verschiedensten Schichten, die meisten allerdings aus der Arbeiterschaft und dem „alten“, mit Abstrichen aber auch dem „neuen“ Mittelstand, das heißt, von Seiten der Selbständigen und Angestellten<sup>770</sup>. Politische Vorbelastungen durch die NSDAP und andere rechtsextremistische Parteien wie SRP und DRP wiesen 1966 mutmaßlich nicht mehr als 30 bis maximal 35 Prozent davon auf, wobei sich der besagte Wert nach und nach weiter verringerte<sup>771</sup>. Für die Funktionärssebene traf das freilich nicht im selben Maße zu; stattdessen fanden sich dort von vornherein wesentlich mehr Protagonisten mit derartiger Vorgeschichte<sup>772</sup>, deren tonangebende Position sich mittelfristig sogar verfestigen sollte.

### 6.1.5. Zu den Wurzeln der NPD-Welle

Der schier kometenhafte Aufstieg der NPD vom wenig aussichtsreichen Schmelztiegel politisch irrelevanter Splittergruppierungen zum parlamentarischen Akteur in kaum mehr als vier Jahren, der in den Wahlergebnissen und Mitgliedszahlen vordergründig – die angesprochenen Schwankungen ausgenommen – anklingt, kam keineswegs aus dem Nichts, vielmehr summierten sich dabei verschiedenste äußere und innere Wirkungsfaktoren. Zu den gesamtgesellschaftlichen Voraussetzungen und Gelegenheitsstrukturen dieser Erfolgsgeschichte gehörte neben dem für Kleinparteien günstigen Verhältniswahlrecht einerseits der schleichende Kurswechsel der Unionsparteien nach dem Ende der Adenauer-Ära, denn durch die stellenweise sogar als „Verrat“ kritisierte Große Koalition mit den Sozialdemokraten sollten CDU/CSU spätestens ab 1966 viele konservative Wähler verlieren, von denen vermutlich nicht wenige in den Nationaldemokraten die einzige Alternative erblickten. Gleichzeitig machten auch die aufkommende Studentenbewegung und APO, die deren geistigen und aktionistischen Gegenpol gaben, und das Abflauen des wirtschaftlichen Aufschwungs das gezielte Aufgreifen der weiterhin virulenten autoritären Dispositionen, Vorurteile und Ängste der Deutschen möglich<sup>773</sup>.

---

<sup>768</sup> Vgl. Hoffmann: NPD, S. 386.

<sup>769</sup> Der Frauenanteil lag damals lediglich bei 10,8 Prozent; in Führungspositionen bzw. auf Wahllisten blieb nicht selten sogar weitaus weniger Platz für weibliche Mitglieder. Vgl. a.a.O., S. 385.

<sup>770</sup> Vgl. a.a.O., S. 387/388.

<sup>771</sup> Vgl. a.a.O., S. 389; Smoydzin: NPD, S. 161

<sup>772</sup> Vgl. Neubacher: NPD, DVU-Liste D, Die Republikaner, S. 26/27.

<sup>773</sup> Vgl. Brandstetter: NPD im 21. Jahrhundert, S. 61-63.

Die NPD wusste die nachlassende Integrationskraft, die sichtbaren Lücken und Legitimationsdefizite im Parteiensystem, die sich speziell aus der wachsenden Kooperationsbereitschaft der in die Mitte drängenden Volksparteien in Verbindung mit dem Linksschwenk der Liberalen speisten<sup>774</sup>, den von den „68ern“ angefachten Wandel der politischen Kultur und die Lockerung der sozialen Konventionen sowie die von den permanenten Konjunkturschwankungen ausgelöste Verunsicherung des Kleinbürgertums strategisch für sich zu nutzen, um sich als notwendiges Korrektiv zu den „Kartellparteien“ zu profilieren<sup>775</sup>. Die neue Sammlungsbewegung füllte das nationalistisch-antikommunistische Vakuum und fand sich somit in der – freilich nur vorübergehend freigewordenen – Nische des systemkritischen Ventils wieder<sup>776</sup>.

Entscheidende innerparteiliche Bedingungen, um diese Position adäquat auszufüllen, waren insbesondere die anhaltenden Bemühungen um die Professionalisierung des äußeren Erscheinungsbilds. Primär die Mimikry-Strategie der weitgehenden Mäßigung der sowieso stets vagen und mitunter mehrdeutigen Parolen<sup>777</sup>. Außerdem das relativ seriöse Auftreten mit respektablen Aushängeschildern in den repräsentativen Ämtern, die meist verschiedene programmatische Strömungen und Spielarten vertraten – und dadurch deren politische Vereinigung in der NPD signalisierten. Auch die sieben Landtagsfraktionen gaben selten Anlass zu größerer Aufregung. Mit Ausnahme weniger jüngerer Abgeordneter, die zu Provokationen neigten und verbal vereinzelt über die Stränge schlugen, assimilierte man sich jedenfalls schnell an die parlamentarischen Statuten und Prozesse, war in den Ausschüssen normalerweise durchgängig anwesend, verhielt sich in der Sacharbeit aber vergleichsweise passiv und spielte sich im Plenum allenfalls sporadisch mit pseudoseriösen „Schaufensteranträgen“ als Verteidiger des Wählerwillens auf<sup>778</sup>.

Ansonsten versuchte die Parteiführung, die Anhängerbasis zu zügeln und das Risiko von Skandalen und Ausfälligkeiten durch detailgenaue Vorgaben und Richtlinien zu minimieren – davon zeugten nicht zuletzt die minutiöse Planung von Veranstaltungen<sup>779</sup>, die Verpflichtung der Mitglieder zu Schulungsteilnahmen, die Ausstellung von

---

<sup>774</sup> Vgl. Schmid: „Man kann wieder wählen!“, S. 125.

<sup>775</sup> Vgl. Dudek/Jaschke: Rechtsextremismus in der BRD. Band 1, S. 287/288.

<sup>776</sup> Vgl. Schmollinger: NPD, S. 1992.

<sup>777</sup> Vgl. Pfahl-Traughber: Rechtsextremismus in der BRD, S. 16.

<sup>778</sup> Vgl. Niethammer: Angepaßter Faschismus, S. 242/243.

<sup>779</sup> Vgl. Dudek/Jaschke: Rechtsextremismus in der BRD. Band 1, S. 326/327.

Rednerausweisen<sup>780</sup> und die Vorformulierung von Musterreferaten und Antwortschablonen<sup>781</sup>. Die dauerhafte Medienpräsenz, nach der die NPD strebte, sollte werbewirksam sein – und nicht zum Nachteil werden. Dabei zahlten sich die angesprochenen Disziplinierungsinstrumente, die vor den zwei ab 1967 allmählich aufgebauten Suborganisationen „Junge Nationaldemokraten“ (JN)<sup>782</sup> und „Nationaldemokratischer Hochschulbund“ (NHB) natürlich nicht Halt machten, auch im Hinblick auf den Aktionsradius der Sammlungsbewegung aus, die durch die zunehmende Ausdehnung des straffen Apparats zu ziemlich aufwendiger Wahlkampfführung im Stande war.

### 6.1.6. Das Scheitern in der „Schicksalswahl“: Der Anfang vom (vorläufigen) Ende

Im Nachhinein schienen die äußeren und inneren Wirkungsfaktoren für den atemberaubenden Vormarsch der NPD ab Mitte der 60er Jahre also in direkter Verbindung zu stehen. Kurzum, die Nachfrage für autoritären Konservatismus war durchaus vorhanden – und die neue Kraft vermochte den Menschen dazu anscheinend die adäquaten Konzepte vorzulegen. Vom permanenten Erfolg und der aufkommenden Euphorie im „nationalen“ Spektrum gingen aber auch gewisse Eigendynamiken aus, dank derer die Einheitspartei der politischen Etablierung Stück für Stück näherkam. So galt deren Bundestageinzug am 28. September 1969 aus Sicht vieler Beobachter als bald als so gut wie sicher<sup>783</sup>. Dementsprechend selbstbewusst setzten die Nationaldemokraten als Minimalziel für diese „Schicksalswahl“<sup>784</sup> auch nicht mehr nur das Durchbrechen der Sperrklausel an, sondern wollten nach Möglichkeit sogleich die FDP als drittstärkste

---

<sup>780</sup> Abgesehen von Vorstandsmitgliedern durften im Rahmen offizieller Veranstaltungen nur Absolventen von Rednerschulungen sprechen, womit man Ausfälligkeiten oder imageschädigende Äußerungen zu vermeiden versuchte. Passend zu den Musterreden veröffentlichte die Parteispitze daher Antwortkarteien zu möglichen Nachfragen, so dass sich der Duktus der Aussagen weitgehend deckte: „Mit einem Stil doppelzüngiger Anspielungen sollten nationale und autoritäre Gefühlsgehalte der Versammlungsbesucher für die NPD angesprochen und zugleich durch mehr oder minder deutliche NS-Obertöne die alte Truppe bei der Stange gehalten werden.“ Vgl. Niethammer: *Angepaßter Faschismus*, S. 73.

<sup>781</sup> In der Folge sollte beispielsweise die Frage „Wie steht die NPD zu den KZ?“ so beantwortet werden: „Die NPD hat die KZ des Dritten Reiches weder eingerichtet noch zu vertreten. Die NPD bedauert, daß in diesen Lagern politische Gegner des Dritten Reiches mit Kriminellen zusammengesperrt wurden. Schäden an Gesundheit und Vermögen sind durch die Wiedergutmachungs-Gesetzgebung im Rahmen des Möglichen repariert worden.“ Zitiert nach Brügge, Peter: *Rechts ab zum Vaterland*. In: *Der SPIEGEL* 17/1967, S. 72-93, S. 77.

<sup>782</sup> Siehe Kapitel 8.4.2.

<sup>783</sup> Manche Prognosen sahen die NPD seinerzeit sogar bei bis zu 15 Prozent. Vgl. Stöss: *NPD*, S. 52.

<sup>784</sup> Apfel: *Geschichte der NPD*, S. 43.

Fraktion ablösen<sup>785</sup>. Dafür starteten die Verantwortlichen seinerzeit sogar sechs Monate im Voraus – im März 1969 – in den Wahlkampf<sup>786</sup>.

Die massive Propagandaoffensive der Partei implizierte neben der millionenfachen Verteilung der Werbezeitung „NPD-Kurier“<sup>787</sup> und sonstiger Reklamematerialien sowie Unmengen von Plakaten wiederum um die 3.000 Veranstaltungen, schwerpunktmäßig in strukturschwachen Regionen<sup>788</sup>. Wie bereits bei den baden-württembergischen Landtagswahlen im Vorjahr wurden diese von breitem Widerstand begleitet. Stellten der Anzeigenboykott durch weite Teile der Presselandschaft, die Aufkündigung von Mietverträgen für Tagungsräumlichkeiten oder die von manchen Kommunen durchgesetzten Versammlungsverbote noch notgedrungen zu verschmerzende organisatorische Probleme dar, waren die Konsequenzen der dauernden Proteste und Ausschreitungen im Straßenbild für die Außendarstellung natürlich verheerend<sup>789</sup>.

Denn die zum Großteil von den Gewerkschaften sowie der APO herbeigeführten Gegenkundgebungen und störenden Aktionen zu vielen NPD-Auftritten, die nicht selten in handgreifliche Auseinandersetzungen mündeten, sorgten schnell für die spürbare Aufheizung der Atmosphäre. Die Raufereien und Saalschlachten gingen dabei mal von den Demonstranten, mal vom so genannten „Ordnerdienst“ (OD) aus, der seinem Namen nach nur den gewünschten Ablauf der Veranstaltungen gewährleisten sollte, aufgrund seines militanten Auftretens jedoch geradewegs in den Ruf geriet, die Reinkarnation der „SA“ zu sein – und dadurch die schon jahrelang im Raum stehende Verbotsdiskussion neu anfachte<sup>790</sup>. In den Medienberichten fanden die Nationaldemokraten somit fast ausschließlich im Kontext von Krawallen und NS-Vergleichen statt<sup>791</sup>, was das angestrebte moderate, nationalkonservativ-deutschnationale Image stark ankratzte. Ob der insgesamt schwierigen Voraussetzungen zielte der Versuch, sich als verfassungstreue „Law and Order“-Verfechter zu inszenieren, ziemlich ins Leere. Tendenziell assoziierte man die Sammlungsbewegung nämlich vor allem mit Tumulten und Randalen, wohingegen deren

---

<sup>785</sup> Vgl. Hoffmann: NPD, S. 117.

<sup>786</sup> Vgl. Gnad: NPD, S. 620/621.

<sup>787</sup> Nach Eigenangaben druckte die Partei allein von der Erstausgabe des „NPD-Kuriers“ 15 Millionen Exemplare; alles in allem sollen 70 Millionen Printartikel verteilt worden sein. Die Kosten der Kampagne betragen demnach beachtliche 4,275 Millionen DM. Vgl. Hoffmann: NPD, S. 123/124.

<sup>788</sup> Vgl. Niethammer: Angepaßter Faschismus, S. 77.

<sup>789</sup> Vgl. Gnad: NPD, S. 621.

<sup>790</sup> Mit wechselnder Intensität hatte das Damoklesschwert des Verbots die NPD eigentlich bereits seit den ersten Wahlerfolgen des Jahres 1966 begleitet. Vorübergehend appellierte die junge Kraft sogar selbst an die antragsberechtigten Instanzen, ein Verfahren einzuleiten, um dadurch eine endgültige Klarstellung zur eigenen Verfassungskonformität zu erhalten – jedoch vergebens. Mit dem allmählichen Niedergang der Nationaldemokraten ab 1969 war das Thema dann vorerst vom Tisch. Vgl. Dudek/Jaschke: Rechtsextremismus in der BRD. Band 1, S. 289; Hoffmann: NPD, S. 96-98.

<sup>791</sup> Vgl. Gnad: NPD, S. 621.

Slogan „Sicherheit durch Recht und Ordnung“ nun augenscheinlich vielmehr von der Staatsgewalt verkörpert wurde<sup>792</sup>.

Am Missverhältnis von Anspruch und Wirklichkeit konnten selbst die demonstrativen Bestrebungen der Parteiführung, der künftigen Bereitschaft zu konstruktiver demokratischer Mitarbeit im Bonner Parlament Nachdruck zu verleihen und die Wählbarkeit der NPD zu unterstreichen<sup>793</sup>, kaum Abhilfe schaffen. Im von den Umfragen prognostizierten Kopf-an-Kopf-Rennen mit der SPD, welches das Klima weiter polarisierte<sup>794</sup>, reagierte die Union nicht auf die vorsichtigen Kooperationsangebote von rechtsaußen<sup>795</sup>. Vielmehr schärfte diese nach 20 Jahren in der Regierungsverantwortung selbst das konservative Profil, um sich dem kritischen Potential am Rand als sozial anerkannte Repräsentantin anzubieten<sup>796</sup>. In dem Maße wie ansonsten Fragen der Wirtschafts- und Finanzpolitik den Wahlkampf dominierten, warnten außerdem alle Bundestagsparteien vor den womöglich negativen Folgen des drohenden Bundestagseinzugs der Rechtsextremisten für das wiedererlangte Renommee und vor allem den Wohlstand der Bundesrepublik<sup>797</sup>. Die entsprechend stigmatisierten Nationaldemokraten wussten dem – auch mangels politischer Kompetenz – wenig entgegenzusetzen, um selbst aktiv und ebenbürtig an diesen wegweisenden Kontroversen zu partizipieren<sup>798</sup>. Zumal man mit außenpolitischen Obliegenheiten wie der Ostpolitik und Wiedervereinigung, die den zweiten inhaltlichen Schwerpunkt neben der inneren Sicherheit ausmachten, nicht den Zeitgeist zu treffen und das Interesse somit nie auf sich zu ziehen vermochte – zumindest nicht, was thematische Impulse anging. Was daher vom Wahlkampf blieb, war nicht viel mehr als die nachträglich aufgebauchte und dennoch ausgesprochen abträgliche Wahrnehmung angeblich „bürgerkriegsähnlicher“ Verhältnisse<sup>799</sup>.

---

<sup>792</sup> Vgl. Dudek/Jaschke: Rechtsextremismus in der BRD. Band 1, S. 340.

<sup>793</sup> Vgl. a.a.O., S. 335.

<sup>794</sup> Die „Deutsche National-Zeitung“ hielt sich darum mit Unterstützungsaufrufen für die NPD zurück, warnte stattdessen mit Nachdruck vor der drohenden Regierungsbeteiligung der SPD – und sprach sich hiermit auf Umwegen für die Stimmabgabe zugunsten der Union aus. Vgl. Hoffmann: NPD, S. 123.

<sup>795</sup> Unter anderem sollte ein Verbindungsbüro, das die NPD schon zu Beginn des Jahres 1969 in Bonn eingerichtet hatte, die spätere Mitarbeit im Bundestag vorbereiten; außerdem signalisierten die Nationaldemokraten der Union vorab die Bereitschaft, diese in einer eventuellen Minderheitsregierung anzuerkennen. Vgl. a.a.O., S. 117/118.

<sup>796</sup> Vgl. a.a.O., S. 120/121.

<sup>797</sup> Vgl. a.a.O., S. 121.

<sup>798</sup> Vgl. a.a.O., S.119/120.

<sup>799</sup> Offenkundig versuchte die NPD im Nachhinein, die Vorgänge zu dramatisieren, um sich zum Opfer zu stilisieren – und spricht darum bis heute von einem Wahlkampf, „der sowohl einigen [sic!] Nationaldemokraten das Leben kostete (worüber kaum eine Zeitung berichtete) als auch ein Lehrbeispiel dafür bleibt, daß dieses System gegenüber erwachendem nationalen Selbstbewußtsein vor keiner Terrormaßnahme zurückschreckt“. Vgl. Homepage des NPD-Bundesverbands: Geschichte der NPD.

Wobei die NPD-Kampagne mit der Wiederauflage der schon 1965 durchgeführten „Deutschlandfahrt“ sicherlich eine entscheidende Wendung erhielt. Während die Partei die Schlagzahl der Veranstaltungen im Schlussspurt – eingeplant waren 33 Großereignisse in etwa vier Wochen – erhöhte, erreichten Dichte und Intensität der Gegenproteste eine neue Dimension<sup>800</sup>. Ungeachtet des davon ausgehenden Risikos nachhaltiger Reputationsverluste sah der Vorstand selbst allerdings davon ab, die Redetour vorzeitig abubrechen<sup>801</sup>. Den Schluss- und absoluten Tiefpunkt in der Serie von Tumulten bot darum die Kundgebung Adolf von Thaddens am 16. September 1969 in Kassel, bloß wenige Tage vor der Wahl: Nach dem zwischenzeitlichen Versammlungsverbot durch die Polizei wurde der Vorsitzende der Nationaldemokraten beim Verlassen seiner stattdessen durchgezogenen Pressekonferenz von Anhängern der APO-Gruppe „Aktionszentrum unabhängiger und sozialistischer Schüler“ bedrängt, woraufhin der OD-Bundesbeauftragte Klaus Kolley seine Pistole zog und zwei Personen durch Schüsse verletzte<sup>802</sup>. Die Schadensbegrenzung, auf die man unmittelbar nach dem Vorfall mittels der publizistischen Offensive zum angeblichen Vorstrafenregister der Opfer abzielte<sup>803</sup>, verhallte praktisch ungehört. Jedenfalls hielt das Image der moderaten, um nicht zu sagen staatstragenden, nationalkonservativ-deutschnationalen Wahlplattform, dem sich die Partei seit Jahren verschrieben hatte, der medialen Druckwelle dieser im In- und Ausland für Aufsehen sorgenden Affäre nicht mehr stand.

Angetreten als Verteidigerin der inneren Sicherheit gegen die anarchistischen Auswüchse der Studentenbewegung galt die NPD inzwischen selbst als wild um sich schlagender und sogar schießender Albtraum aus düsterster Vergangenheit. Die Folge war das ausgesprochen knappe Scheitern des „Störenfrieds“ an der Fünfprozenthürde: Mit 4,3 Prozent erzielte man einerseits das bis dahin beste Resultat einer rechtsextremistischen Partei auf dieser Ebene, andererseits blieb die angestrebte bundesweite Etablierung aus, womit sich auch die Verbotsdebatte bis auf weiteres erübrigte. Letztlich schien das Ergebnis für die Einheitspartei daher zum Leben zu wenig, zum Sterben zu viel zu sein.

---

<sup>800</sup> Vgl. Dudek/Jaschke: Rechtsextremismus in der BRD. Band 1, S. 339.

<sup>801</sup> Vgl. Hoffmann: NPD, S: 126.

<sup>802</sup> Während die verletzten Demonstranten das Krankenhaus nach wenigen Tagen wieder zu verlassen vermochten, versuchte von Thadden dem Vernehmen nach, den Vorfall zu verschleiern und drängte Kolley darum anscheinend dazu, vorerst abzutauchen. Vgl. Gnad: NPD, S. 622.

<sup>803</sup> Vgl. ebd.

Das verzweifelte Bemühen um eine Wahlanfechtung versandete<sup>804</sup> – die Blütezeit war damit erst einmal vorbei. Der permanente und förmlich selbstzerstörerische Niedergangsprozess, den dieser Misserfolg auslöste, sollte die Nationaldemokraten auf Jahrzehnte an den „Rand des politischen Wachkomas“<sup>805</sup> führen.

## **6.2. Von der Sammlungsbewegung zur Splitterpartei**

Das Waterloo von 1969 markierte schon deshalb einen vorläufigen Wendepunkt im Werdegang der seinerzeit nach wie vor jungen NPD, da sich deren kontinuierliche Aufwärtsentwicklung mit der ebenso knappen wie in den Auswirkungen verheerenden Niederlage in einen jahrzehntelangen Abwärtstrend verkehren sollte. Während die allgemeine Fokussierung auf den Bundestagseinzug die von Beginn an schwelenden Widersprüche und Feindseligkeiten zunächst abgedeckt hatte, war die Wucht der im Moment des Misserfolgs hervorbrechenden Flügelkämpfe nun nicht weiter zurückzuhalten, was sich auch darin niederschlug, dass sich alsbald diverse Funktionäre und zahllose zwischen den Fronten stehende Mitglieder verabschiedeten. Neben persönlichen Differenzen schien speziell das Versäumnis der dezidierten programmatischen Klärung im Vorfeld der Konstituierung nachträglich für Konfliktpotential zu sorgen, so dass die notwendige Debatte um den Kurs der Nationaldemokraten dementsprechend stürmisch verlief.

### **6.2.1. Zwischen konservativem Anspruch und wachsendem Aktionismus**

Auch wenn in Anbetracht des Scheiterns von 1969 weite Teile der Anhängerschaft auf die Ablösung des moderaten Vorstands um Adolf von Thadden drängten und sich für die Verschärfung des Tonfalls mitsamt der Abkehr von den vermeintlich verstaubten außenpolitischen Themen und den Schwenk zu aktuelleren Fragen der Innen- und Sozialpolitik aussprachen, setzte sich auf dem Parteitag am 14./15. Februar 1970 abermals

---

<sup>804</sup> Die NPD beklagte die mangelnde Chancengleichheit im Wahlkampf durch Versammlungsverbote und die bewusste Verweigerung von Veranstaltungsräumen, die späte Auszahlung der Wahlkampfkostenerstattung sowie vermeintliche Manipulationen bei der Auszählung. Darüber hinaus führte man an, das Bundesinnenministerium habe die Bundestagsparteien zur Bekämpfung der Nationaldemokraten mit fünf Millionen DM aus Mitteln für die politische Bildung ausgestattet. Was der Wahlprüfungsausschuss nachträglich allerdings nicht mehr aufzuklären vermochte. Bei der vorgezogenen Bundestagswahl 1972 ließ der abschließende Beschluss des Bundesverfassungsgerichts noch auf sich warten – und war damit auch nicht länger notwendig. Vgl. Hoffmann: NPD, S. 132/133.

<sup>805</sup> Bergsdorf: Neue NPD, S. 38.

das altbekannte „Syndikat“ der vormaligen DRP-Aktivisten durch<sup>806</sup>. Diese schoben dem Neuanfang durch Radikalisierung, nach dem jetzt gerade die jüngeren Vertreter verlangten, sogleich den größtmöglichen Riegel vor und versuchten stattdessen, das von den skandalträchtigen Vorfällen im Rahmen des Wahlkampfs sichtlich ramponierte nationalkonservative Image zu reparieren.

Mit dem „Wertheimer Manifest“<sup>807</sup> rückten die Nationaldemokraten darum auf breiter Front von den verbliebenen rechtsextremistischen Fragmenten ab, wollten sich durch demonstrative Mäßigung stärker an die bürgerliche Mitte der Gesellschaft richten und bekannten sich daraufhin – im Gegensatz zur fadenscheinigen Mimikry früherer Grundsatzpapiere – sogar bedingungslos zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Demgegenüber machten sich die Polemiken und Verbalinjurien der Partei fortan vor allem am seinerzeit wohl durchaus massenkompatiblen Gegenpol des Kommunismus und seiner durch die angebliche mediale Verharmlosung angefachten Verbreitung in Deutschland fest, die dringend zu stoppen sei, wobei Gewalt und Krieg als Mittel der Politik ausdrücklich abgelehnt wurden. Der nachgerade krampfhaft Legalismus wies also keinerlei Lücken mehr auf. Die klare Schwerpunktsetzung auf Verfassungstreue, Seriosität und Wählbarkeit kulminierte demnach in der äußerst kontrovers diskutierten, da vielen vermutlich zu „weichgespülten“ Selbstverortung „die NPD ist konservativ“.

Nichtsdestotrotz kamen die angeschlagenen Nationaldemokraten auch nach der Verabschiedung dieser durch den Vorstand aufoktroierten Richtungskosmetik kaum zur Ruhe. Mithin reagierte nicht nur die radikale innerparteiliche Opposition mit Austritten, selbst seitens der nationalkonservativen Anhängerschaft waren scharenweise Abgänge zu verzeichnen, wodurch die Mitgliedszahlen nach dem Optimum von 1969 innerhalb weniger Monate um 7.000 auf 21.000 schrumpften<sup>808</sup>. Der Abwärtsstrudel, in dem die Partei zu versinken drohte, drehte sich immer schneller und nur die integrative Wirkung neuer Achtungserfolge schien die Wende zum Positiven zu verheißen. Vor diesem Hintergrund setzte die NPD sämtliche Hoffnungen in die sechs Landtagswahlen des Jahres 1970.

Das Wahljahr begann am 22. März in Hamburg, wo man mit der Parole „Linkskurs stoppen“ wenig besorgniserregende Verluste im Vergleich zu 1966 verzeichnete und sich

---

<sup>806</sup> Von Thadden selbst hatte eigentlich schon vor der Bundestagswahl 1969 konkret angekündigt, den Bundesvorsitz im Falle einer Niederlage abzugeben – im Nachhinein kam das für den NPD-Chef, wie es schien, hingegen nicht mehr in Frage. Vgl. Der SPIEGEL: „Im Bundestag wird Vieles anders aussehen“. SPIEGEL-Gespräch mit dem NPD-Vorsitzenden Adolf von Thadden. In: Der SPIEGEL 22/1969, S. 36-41, S. 36.

<sup>807</sup> Siehe Kapitel 7.3.

<sup>808</sup> Vgl. Schmollinger: NPD, S. 1973.



bloß von 3,9 auf 2,7 Prozent verschlechterte. Zum 14. Juni standen dann aber gleich drei Urnengänge gleichzeitig an. Nicht allein aufgrund der Ballung auf einen einzigen Tag, auch mit Blick auf die dominierenden Themen galten diese Wahlen gemeinhin als ernstzunehmende Testläufe für die Bundespolitik<sup>809</sup>. Inhaltlich konzentrierten sich die Nationaldemokraten, die aufgrund der rückläufigen Organisationskapazitäten schon regionale Schwerpunkte setzen mussten, daher vorwiegend darauf, die sozialliberale Ostpolitik zu kritisieren und vor der Union als vermeintlich „kleinerem Übel“ zu warnen. Dabei schnitt die Sammlungsbewegung im Saarland, wo man vorher noch nicht angetreten war, am stärksten ab, wiewohl der angepeilte Sprung ins Parlament mit 3,4 Prozent verfehlt wurde. In Nordrhein-Westfalen, wo die NPD ebenfalls zum ersten Mal auf dem Stimmzettel auftauchte, erreichte diese derweil nur 1,1 Prozent – und das durchaus erwartungsgemäß, nach einem Wahlkampf auf Sparflamme, in dem der Fleiß der dortigen Funktionäre im Prinzip den dürftigen Finanzausschüssen der Mutterpartei entsprach<sup>810</sup>. Die Situation im alten Stammland Niedersachsen war anders zu werten: Nach den 7,0 Prozent von 1967 war die Partei mit zehn Mandatsträgern im Leineschloss vertreten, verpasste den Wiedereinzug aber nicht zuletzt aufgrund der vorgezogenen Landtagsauflösung und der dadurch verkürzten Planungsphase für die Wahlkampagne deutlich (3,2).

Nach dieser am Selbstvertrauen nagenden Serie von Niederlagen nahmen die Mobilisierungsbemühungen zu den nächsten Wahlen am 8. und 22. November abermals zu. Wegen der nachlassenden Spendenbereitschaft erhob man eigens einen pauschalen Sonderbeitrag von 20 DM pro Mitglied, um materialaufwendige Werbefeldzüge zu ermöglichen<sup>811</sup>. In der einstigen Hochburg Hessen hatte die Sammlungsbewegung damit dennoch keinen Erfolg und kam am Ende noch nicht einmal auf die Hälfte der Stimmen von 1966 (von 7,9 auf 3,0 Prozent). Auch in Bayern, wo zum wiederholten Male Mittelfranken im Vordergrund der Aktivitäten stand, vermochte die Partei die Parlamentssitze nicht mehr zu verteidigen und verlor mit 2,9 Prozent im Vergleich zur Abstimmung vier Jahre vorher (7,4) massiv an Boden. Für beide Fälle galt damals gleichermaßen, dass die gravierenden Verluste der NPD beachtliche Stimmengewinne für die CDU bzw. CSU bedeuteten, die deren Kampagnen mit beinahe gleichlautenden Slogans gegen die „Verzichtspolitik“ der sozialliberalen Koalition geschickt den Wind aus den Segeln zu nehmen wusste<sup>812</sup>.

---

<sup>809</sup> Vgl. Hoffmann: NPD, S. 173.

<sup>810</sup> Vgl. ebd.

<sup>811</sup> Vgl. a.a.O., S. 174.

<sup>812</sup> Vgl. a.a.O., S. 175.

In den Wahlschlägen des Jahres 1970 manifestierte sich somit schon, was man seinerzeit sonst wohl noch nicht wahrhaben wollte: Die soziopolitischen Gelegenheitsstrukturen, die den nationaldemokratischen Vormarsch gestützt hatten, waren spätestens seit der Bundestagswahl spürbar in Bewegung geraten – und das nicht gerade zu deren Gunsten. Mit dem Wirtschaftsaufschwung und der verstärkten Polarisierung des Parteiensystems verbesserte sich jedenfalls das Meinungsklima in der Bevölkerung, so dass das vor allem unter jüngeren Bürgern verbreitete Missbehagen in Bezug auf die Bonner Volksvertreter allmählich verblasste<sup>813</sup>. Mit dem Wechsel von der Großen zur sozialliberalen Koalition stellten sich die Kräfteverhältnisse und das Geschehen sogleich wesentlich nachvollziehbarer dar. Vorneweg, weil augenscheinlich wieder Alternativen zur Auswahl standen, die auch als solche wahrnehmbar waren, und sich das vorherige Vakuum dadurch auflöste. Im Rahmen des klassischen Dualismus von Regierung und Opposition kam der Union nun die Rolle des konsequenten Gegenpols zu, wodurch diese vermehrt in die Offensive gehen, sich in gewohnt konservativer Manier gerieren konnte und gewissermaßen nach rechts rückte – in die Reviere der NPD, deren Nische damit natürlich rasant schrumpfte. Angesichts der desolaten Außendarstellung sowie des beharrlichen Misserfolgs sollte die Masse der Wechsel- und Protestwähler sehr bald Abstand von selbiger nehmen und vorwiegend zur CDU/CSU weiterziehen, womit sich die heterogene Parteibasis<sup>814</sup>, die in den 60er Jahren den schnellen Aufstieg begünstigt hatte, ins Negative verkehrte und den Abwärtstrend beschleunigte<sup>815</sup>.

Im Hinblick auf die veränderten Rahmenbedingungen, aber auch auf die nicht abreißen lassen Richtungsstreitigkeiten strengte sich die Parteiführung ab Herbst 1970 vermehrt an, das verbliebene außerparlamentarische Protestpotential für sich zu vereinnahmen und schloss sich deshalb der „Aktion Widerstand“ an. Dieser Verein hatte sich bereits am 5. Oktober desselben Jahres in München in kleiner Runde konstituiert und war als großangelegte Volksbewegung gegen die Ostpolitik der sozialliberalen Regierung konzipiert, die alle Oppositionskräfte vereinen sollte – von den Randbereichen der Union bis zum Rechtsextremismus<sup>816</sup>. Die Nationaldemokraten finanzierten dabei das Propagandamaterial

---

<sup>813</sup> Vgl. Pfahl-Traugber, Armin: Der „zweite Frühling“ der NPD. Entwicklung, Ideologie, Organisation und Strategie einer rechtsextremistischen Partei. Sankt Augustin, 2008, S. 17.

<sup>814</sup> Siehe Kapitel 6.1.4.

<sup>815</sup> Vgl. Stöss: Extreme Rechte in der BRD, S. 140.

<sup>816</sup> Die „Aktion Widerstand“ erstrebte ein ebenso überparteiliches wie unbürokratisches Auftreten. Exemplarisch dafür akzeptierte man nur wenige Einzelmitgliedschaften, stattdessen sollten sich die verschiedenen mitwirkenden Kräfte und Plattformen – darunter die NPD – dem Protestbündnis möglichst im Kollektiv anschließen. Vgl. Hoffmann: NPD, S. 143; Schmollinger: NPD, S. 1948.

und schritten dem Projekt darüber sogleich federführend voran<sup>817</sup>. Die Doppelstrategie, die deren Verantwortliche betrieben, schien indessen nicht bloß der Werbung neuer Wähler und Mitglieder zu dienen, sondern auch die Kanalisierung der innerparteilichen Kritik zu bezwecken. Mit der Mobilisierung zu höherer Straßenpräsenz hoffte der Vorstand anscheinend, das notwendige Ventil zu liefern, um die aktionistischen Strömungen, die den legalistischen Stil mehrheitlich missbilligten, womöglich wieder zu domestizieren.

Rückblickend sah die Realität allerdings anders aus: Die Anziehungskraft der „Aktion Widerstand“ galt von vornherein als gering, da die umworbenen nationalkonservativen, gutbürgerlichen Aushängeschilder die Mitarbeit – vermutlich auch aus Angst vor Ansehensverlusten – größtenteils verweigerten<sup>818</sup>. Und das nicht ganz zu Unrecht, denn die Demonstrationen und Protestaktionen arteten alsbald in Provokationen und gewaltsame Umtriebe aus<sup>819</sup>. Die Tendenz zu illegalen Vorgehensweisen manifestierte sich schon nach einigen Wochen, als am 31. Oktober 1970 mehr als 1.500 der insgesamt 3.500 Teilnehmer einer Versammlung in Würzburg – allen Verboten zum Trotz – durch die Innenstadt marschierten. Während des Fackelzugs skandierte die Menge immer wieder Parolen wie „Walter Scheel und Willy Brandt – Volksverräter an die Wand“ und erklärte auf Plakaten „Deutsches Land wird nicht verschenkt, eher wird der Brandt gehängt“.

Das Negativimage und speziell die verbreiteten Assoziationen zur NS-Zeit, die das – von Anhängern der Nationaldemokraten mitverursachte<sup>820</sup> – martialische, sich mehr und mehr verselbständigende Auftreten weckte, standen schlussendlich in massivem Widerspruch zu den Absichten der nach Mäßigung strebenden NPD-Spitze, die sich darum schon Anfang 1971 von der „Aktion Widerstand“ distanzierte. Daneben grenzte man sich durch so genannte Unvereinbarkeitsbeschlüsse auch strikt von den im Umfeld allenthalben aufsprießenden aktionistischen Kleingruppierungen und militanten Kräften ab<sup>821</sup>. Die radikalen Strömungen rückten daraufhin sukzessive von der Partei ab, schlossen sich der neugegründeten DVU an oder schufen sich selbst nicht selten neonationalsozialistische Plattformen wie die VSBD/PdA, so dass die Mitwirkung an dem Protestbündnis den Niedergang schlechterdings nicht stoppte, sondern durch die wachsende organisatorische Vielfalt im rechtsextremistischen Spektrum weiter anfachte. Kurzum, das Konfliktpotential war dadurch nur größer geworden.

---

<sup>817</sup> Vgl. Hoffmann: NPD, S. 142.

<sup>818</sup> Vgl. a.a.O., S. 143.

<sup>819</sup> Vgl. a.a.O., S. 145-147.

<sup>820</sup> Vgl. a.a.O., S. 144/145.

<sup>821</sup> Vgl. Stöss: Extreme Rechte in der BRD, S. 142.

Letztlich gewannen die innerparteilichen Streitigkeiten im Lauf des Jahres 1971 also gedeihlich an Schärfe. Auseinandersetzungen um die programmatische Ausrichtung mischten sich nach wie vor mit starken persönlichen Animositäten. Sehr vereinfacht ausgedrückt fußen die verworrenen Grabenkämpfe auf folgendem Szenario: Der Opposition um das Vorstandsmitglied Siegfried Pöhlmann missfiel die von der Vorstandsmehrheit getragene moderate, grundgesetztreue Selbstdarstellung<sup>822</sup>. Stattdessen machte diese sich quasi für die Abkehr vom Status quo der deutschen Politik und dem damit verbundenen Selbstverständnis der staatstragenden Wahlpartei stark und verlangte die Profilierung durch spektakuläre Aktionen und Provokationen nach dem Vorbild der APO. Dazu machte man im angeblich zu starrsinnigen Vorsitzenden von Thadden, der sich der Modernisierung des Themenangebots in den Weg stellte, sowie seinem dem Machterhalt dienenden „Syndikat“ die Schuldigen für den anhaltenden Misserfolg aus. Auch nach dem Abschied von der „Aktion Widerstand“ schienen die Wahldebakel nämlich nicht zu stoppen.

In West-Berlin musste die NPD am 14. März 1971 auf die Kandidatur verzichten, weil der dortige Verband wohl kaum kampagnen-, geschweige denn konkurrenzfähig gewesen wäre<sup>823</sup>. Hingegen stand die Partei in Rheinland-Pfalz exakt eine Woche danach auf den Stimmzetteln, verlor nach eher mäßigem Wahlkampf aber mehr als die Hälfte der Stimmen von 1967 und lag mit schwachen 2,7 Prozent sogar unter dem letzten Resultat der DRP. Am 25. April erlebten die Nationaldemokraten in Schleswig-Holstein dann die nächste Pleite, warben in einer von der Auseinandersetzung zwischen SPD und Union ziemlich erhitzten Atmosphäre vergeblich um Aufmerksamkeit und verspielten mit 1,3 Prozent und erdrutschartigen Verlusten im Vergleich zur Vorwahl (5,8) eine weitere Parlamentsfraktion<sup>824</sup>.

Zur Beendigung dieses miserablen Wahljahrs strengte man sich zum 10. Oktober in Bremen abermals an, alle verfügbaren Organisationskapazitäten zu sammeln, um mindestens den Wiedereinzug in die Bürgerschaft zu schaffen. Wenngleich der dortige Verband darum bundesweite Rückendeckung bekam und dank der angereisten Scharen auswärtiger Wahlkampfhelfer die Verteilung von Werbematerial in beachtlicher Gesamtauflage bewerkstelligte, verzichteten die Verantwortlichen andererseits wie bereits

---

<sup>822</sup> Obwohl in der Partei damals nicht nur eine, sondern mehrere Oppositionsströmungen existierten, erwies sich der Kreis um Pöhlmann dennoch als maßgebliche Kraft. Unter anderem spielte sich aber auch der Block um den neugewählten nordrhein-westfälischen Vorsitzenden Udo Walendy als Widersacher der Bundesführung auf. Vgl. Hoffmann: NPD, S. 148-154.

<sup>823</sup> Vgl. a.a.O., S. 175.

<sup>824</sup> Vgl. a.a.O., S. 176.

in den vorangegangenen Wahlkampagnen auf Großveranstaltungen – und das nicht nur aufgrund der Gefahr von Störungen und Gegenprotesten, vielmehr auch wegen der nachlassenden Resonanz<sup>825</sup>. Am Ende stand daher zwar das stärkste Ergebnis des Jahres, für Zufriedenheit und Zuversicht sorgten die spärlichen 2,8 Prozent in Anbetracht der zusätzlichen Anstrengungen dennoch nicht; dafür sprachen nicht zuletzt die weiter sinkenden Mitgliedszahlen, die in dieser Phase die Marke von 20.000 schon nicht mehr durchbrachen<sup>826</sup>.

### **6.2.2. In der Abwärtsspirale: Der Führungswechsel und seine Folgen**

Der Höhepunkt der seit Jahren schwelenden Flügelkämpfe ließ darum nicht länger auf sich warten; schon für den Holzmindener Parteitag vom 19.-21. November 1971 planten das „Syndikat“ und die verfeindete oppositionelle Strömung die „offene Feldschlacht“<sup>827</sup> um die Führungsrolle und die politische Hauptlinie der NPD. Gleichwohl vermochte der Vorsitzende, der nach wie vor die Mehrheit der Delegiertenstimmen auf sich vereinte<sup>828</sup>, die Machenschaften seiner Gegner im Verlauf der Versammlung augenscheinlich zu durchkreuzen: Während die Anhängerschaft gebannt dem großen Abstimmungsduell zwischen Adolf von Thadden und seinem stärksten Widersacher Siegfried Pöhlmann entgegenfieberte, erklärte der Amtsinhaber nämlich zunächst seinen selbst von engsten Vertrauten nicht erwarteten Verzicht und stellte seinen Posten somit zur Verfügung<sup>829</sup>. In seiner anschließenden Brandrede fand der Gründervater der Nationaldemokraten, den diese über 25 Jahre später als die „bisher vielversprechendste Persönlichkeit der deutschen Nachkriegsrechten“<sup>830</sup> würdigen sollten, dann ausgesprochen drastische Worte für seine Gegner, die sich fatalerweise besonders in den beiden mitgliederstärksten Verbänden Bayern und Nordrhein-Westfalen formierten, und bezeichnete die Partei als „nicht mehr führbar“<sup>831</sup>. Die zu Anfang so stürmische, streitlustige Atmosphäre wich Aufregung und weitgehender Verwirrung.

Nach stundenlanger Debatte um die Nachfolge setzte sich mit Martin Mußnug schließlich der Wunschkandidat des scheidenden Parteichefs mit 259:189 Stimmen gegen Pöhlmann

---

<sup>825</sup> Nach eigenen Angaben verteilte das „Fußvolk“ der NPD vier Wahlkampfzeitungen in einer Auflage von insgesamt einer Million und dazu über eine Million Flugblätter. Vgl. Hoffmann: NPD, S. 176/177.

<sup>826</sup> Vgl. Schmollinger: NPD, S. 1973.

<sup>827</sup> Hoffmann: NPD, S. 155.

<sup>828</sup> Vgl. ebd.

<sup>829</sup> Vgl. a.a.O., S. 156.

<sup>830</sup> Apfel: Geschichte der NPD, S. 43/44.

<sup>831</sup> Von Thadden, zitiert nach Hoffmann: NPD, S. 155.

durch, der demgegenüber sogar in der Wahl der neuen Vorstandsriege durchfiel<sup>832</sup>. Der vom Stellvertreterposten an die Spitze aufgerückte Mußnug galt derweil gleich in verschiedener Hinsicht als ausgleichender Mittelweg und Hoffnungsträger<sup>833</sup>: Zum einen schien der Jurist angesichts seiner seinerzeit erst 35 Jahre äußerlich am ehesten den ersehnten Neuanfang der NPD zu symbolisieren. Zum anderen war der baden-württembergische Landtagsabgeordnete seit geraumer Zeit – sowohl für die Nationaldemokraten als auch davor schon in der DRP – aktiv und stand aufgrund seiner großen Loyalität zu seinem Vorgänger dafür, dass dessen moderater Weg in Zukunft im Wesentlichen beibehalten würde. Dazu galt dieser gemeinhin als vergleichsweise „farblos“ und fand auf der Delegiertenversammlung vermutlich gerade deshalb den geringsten Widerstand.

Wiewohl sich der neue Vorsitzende in den Wochen nach dem Führungswechsel spürbar um die Versöhnung der Fronten mühte<sup>834</sup>, um den schleichenden Verfall aufzuhalten, mutete dieses Vorhaben schnell aussichtslos an. Denn die innerparteiliche Opposition schien längst nicht mehr an Kompromisslösungen interessiert, wollte sich nicht mit notdürftigen Konzessionen abspesen und widerstandslos wieder integrieren lassen<sup>835</sup>. Im Januar 1972 kehrten deshalb um die 400 für die Radikalisierung kämpfende Anhänger der NPD kurzerhand den Rücken und konstituierten sich zur – im Rückblick schlechterdings wirkungslosen – Abspaltung „Aktion Neue Rechte“ (ANR)<sup>836</sup>. Nebenbei wandten sich angesichts der schier nicht zu stoppenden Misserfolgsserie aber auch weiterhin scharenweise nationalkonservative Mitglieder von den Nationaldemokraten ab.

Die ausblutende und gedeihlich apathischer werdende Sammlungsbewegung, in deren Reihen die Resignation grassierte, war auf geradem Weg zur Splitterpartei. Schließlich hatten sich seit dem Scheitern von 1969 nicht allein die Mitgliedszahlen nahezu halbiert auf nur mehr 14.500<sup>837</sup>; darüber hinaus machte die analog dazu schwindende Motivation und Spendenbereitschaft insbesondere die Wahlkampfführung immer schwieriger. Bald

---

<sup>832</sup> Dennoch blieb Pöhlmann aufgrund seines Mandats als bayerischer Landesvorsitzender auch weiterhin Mitglied des Parteivorstands. Vgl. Hoffmann: NPD, S. 157/158.

<sup>833</sup> Vgl. a.a.O., S. 158.

<sup>834</sup> Vgl. a.a.O., S. 160.

<sup>835</sup> Während des bayerischen Landesparteitags am 9. Januar 1972 bemängelte Pöhlmann abermals die vermeintlich zu verhaltene Linie des Mehrheitsflügels, verkündete daraufhin seinen Parteiaustritt und appellierte an die Delegierten, sich dem anzuschließen. Vgl. a.a.O., S. 160.

<sup>836</sup> Diese Vereinigung hatte sich am 9. Januar 1972 in München gegründet, der Posten des Vorsitzenden ging sogleich an Pöhlmann. Nachdem sich darin zu Anfang insbesondere verschiedenste Kritiker der NPD sammelten, sollten massive Auseinandersetzungen ideologischer und strategischer Natur schnell dafür sorgen, dass nennenswerte Aktionen und Wahlteilnahmen nicht machbar schienen und die selbsternannte Kaderpartei immer mehr verfiel. Vgl. Dudek/Jaschke: Rechtsextremismus in der BRD. Band 1, S. 295; Hoffmann: NPD, S. 161-163.

<sup>837</sup> Vgl. Schmollinger: NPD, S. 1973.

verlor die NPD deshalb an allen Ecken und Enden an Boden. Weil den verlorenen Anhängern und Aktivisten de facto die Wähler folgten: Mithin schrumpfte die Gesamtzahl kommunaler Mandate, die in den Vorjahren speziell in wirtschaftlich schwachen, meist mittelständisch und agrarisch dominierten Gemeinden verbucht worden waren, 1971/72 schlagartig von 426 auf 124 – und an diesem krassen Minustrend sollte sich vorerst auch nichts mehr ändern<sup>838</sup>. Zudem war den Nationaldemokraten von den einst sieben Landtagsfraktionen, deren stellenweise blamabler Zustand dem der erodierenden Mutterpartei entsprach<sup>839</sup>, bloß eine einzige verblieben.

Die Bedingungen im Vorfeld der Wahl in Baden-Württemberg am 23. April 1972 schienen dementsprechend suboptimal, gleichwohl aber günstiger als anderswo. Immerhin hatte die NPD hier vier Jahre vorher mit 9,8 Prozent das stärkste Resultat der Parteigeschichte verzeichnet; dazu sahen sich die Verantwortlichen durch die dortige Regierungskonstellation im Vorteil. Konkret spekulierten die Nationaldemokraten auf größere Stimmenverluste der Union, deren gutbürgerliche Konturen man durch die sechsjährige Koalition mit den Sozialdemokraten angekratzt glaubte<sup>840</sup>. Die Partei leitete daher eine aufwendige, alle anderen Landesverbände einspannende Propagandaoffensive ein, die auf den letzten Metern allerdings eine abrupte Wende ereilte: Am 18. März – vier Wochen vor dem Wahltermin – verkündete der Bundesvorstand die Beendigung der Aktivitäten und zog den Antritt zurück.

Dabei beruhte diese ausgesprochen strittige Entscheidung speziell auf bundespolitischen Erwägungen. Mit Blick auf die bevorstehende Ratifizierung der Ostverträge nahm die NPD nämlich an, dass die Opposition jene im Bundesrat noch zum Scheitern bringen würde – vorausgesetzt, CDU und CSU behielten dort die Mehrheit, wozu jedoch deren Sieg in Baden-Württemberg von wesentlicher Bedeutung war<sup>841</sup>. Um dieses scheinbar gemeinsame, größere Unternehmen nicht zu gefährden, steckte man seinerzeit zugunsten der Union zurück – und schob selbiger dafür die gesamte Verantwortung für die Verhinderung der „Verzichtspolitik“ zu. Der Plan der Parteiführung ging aber ganz und gar nicht auf: Nach den vorherigen Mobilisierungsaufrufen drohte der späte Rückzugsbefehl die Resignationssymptome vieler Mitglieder zu steigern. Unverständnis bzw.

---

<sup>838</sup> Vgl. Beier/Bogitzky: NPD in kommunalen Parlamenten, S. 24.

<sup>839</sup> Allein von den zehn NPD-Abgeordneten in Niedersachsen hatten sich eingedenk der ebenso heftigen wie zähen Auseinandersetzungen um das „Wertheimer Manifest“ schon drei Mandatsträger verabschiedet. Auch bei der nationaldemokratischen Abordnung im baden-württembergischen Landtag waren bereits im Lauf der Jahre 1970/71 gewisse Auflösungserscheinungen bemerkbar geworden. In der Summe verlor man demnach zehn von 61 Sitzen durch Austritte, die meisten davon nach dem Scheitern von 1969. Vgl. Schmollinger: NPD, S. 1961-1966.

<sup>840</sup> Vgl. Hoffmann: NPD, S. 177.

<sup>841</sup> Vgl. a.a.O., S. 178.

Unmutsbekundungen machten sich breit. Denn im Nachhinein stellte sich heraus, dass der Nichtantritt im Prinzip gar nicht nötig gewesen wäre, weil sich die absolute Mehrheit für die Christdemokraten mit annähernd 53 Prozent dermaßen deutlich gestaltete, dass selbst die voraussichtlich vergleichsweise geringfügigen Verluste durch an die Nationaldemokraten verlorene Stimmen deren Sieg nicht mehr wirklich gefährdet hätten<sup>842</sup>. Die Sammlungsbewegung war einstweilen also weitaus weniger wichtig, als es deren Spitzenfunktionäre wahrhaben wollten. Besiegelt wurde das Desaster schließlich dadurch, dass die Blockade der Vertragswerke in der Länderkammer, die deren angeblich so weitsichtiger Verzicht auf die Landtagswahl anbahnen sollte, anschließend schlicht ausblieb.

Die NPD stand somit endgültig vor einem Scherbenhaufen. Viel Bedenkzeit, den politischen Bankrott aufzuarbeiten und sich neu zu sortieren, blieb dennoch nicht, denn mit der vorgezogenen Bundestagswahl am 19. November 1972 stand praktisch schon der nächste bedeutende Wahlkampf an – und das bei stark verkürzter Vorlaufphase<sup>843</sup>. Während die Auseinandersetzungen um die Außenpolitik sowie die innenpolitischen Reformvorhaben der sozialliberalen Regierung weiterhin im Mittelpunkt des Medieninteresses standen, die Atmosphäre polarisierten und die Massen zur Partizipation anspornten, versuchten die zur Randnotiz degradierten Nationaldemokraten vergeblich, durch das Werben um prominente Aushängeschilder des „nationalen“ Spektrums den Sammlungsgedanken zu akzentuieren und sich als alleinige Alternative zu profilieren<sup>844</sup>.

Demzufolge konzentrierte sich deren Kampagne mit dem mäßig kreativen Motto „Jetzt hilft nur noch die NPD“ in erster Linie darauf, die etablierten Kräfte durchweg auf eine Stufe zu stellen, deren Debatten als Scheingefechte zu entlarven und diesem „Kartell“ die Schuld für alle Missstände im Land in die Schuhe zu schieben<sup>845</sup>. Propagandistisch verbreitet wurde die protestorientierte Meinungsmache vorwiegend durch stattliche Mengen von Werbematerial, wohingegen die Partei auf spektakuläre Veranstaltungen abermals weitgehend zu verzichten pflegte<sup>846</sup>. Zunächst war die wiederholte Zurückhaltung in Sachen Straßenpräsenz, die in den Skandalen von 1969 wie auch im nachlassenden Interesse wurzelte, durchaus als Zeichen von Schwäche zu werten. Andererseits sahen die

---

<sup>842</sup> Vgl. Hoffmann: NPD, S. 178.

<sup>843</sup> Wenngleich die NPD, die sich vorher selbst regelmäßig für vorgezogene Neuwahlen ausgesprochen hatte, die verkürzte Wahlvorbereitungsphase anprangerte, holte diese dennoch rechtzeitig die erforderlichen Unterstützungsunterschriften ein, stellte Listen in allen Ländern auf und schaffte darüber hinaus die Nominierung von Direktkandidaten in 234 Wahlkreisen. Vgl. a.a.O., S. 182.

<sup>844</sup> Vgl. Schmollinger: NPD, S. 1951/1952.

<sup>845</sup> Vgl. Hoffmann: NPD, S. 182.

<sup>846</sup> Vgl. a.a.O., S. 181/182.



Verantwortlichen die Aussichten wohl realistisch und rechneten sich aufgrund der schwierigen Rahmenbedingungen von vornherein relativ wenig aus, weshalb man sich im Vorfeld nicht sinnlos aufreiben und die dürftigen Ressourcen nicht verheizen wollte<sup>847</sup>. Trotz dementsprechend niedriger Erwartungshaltungen war das Ergebnis aus nationaldemokratischer Perspektive absolut niederschmetternd, denn mit 0,6 Prozent schnitt man nicht nur schlechter ab, als von sämtlichen Prognosen vorhergesagt, sondern sogar schwächer als vormals die alte DRP – und war somit am nächsten Tiefpunkt angekommen.

Ob des starken Kontrasts von Regierung und Opposition konnten die Bonner Parteien die Voten nahezu komplett auf sich vereinen; für kleinere, noch nicht im Bundestag vertretene Plattformen wie die NPD blieb bei dieser bipolaren Konstellation schlichtweg kein Platz mehr – um nicht zu sagen für weitere Protestoptionen bestand augenscheinlich kein Bedarf. Demgemäß entsprach der Stimmenanteil der einstigen Sammlungsbewegung nur mehr dem einer Splittergruppierung. Das „nationale“ Spektrum war somit zusehends wieder auf sich selbst, auf den Stand von vor 1964, zurückgefallen. Abgesehen vom verbliebenen „harten“ Gefolgschaftskern hatte das Gros der Anhänger und Wähler aufgegeben und sich mehrheitlich anderweitig ausgerichtet – wahrscheinlich auch, weil den Nationaldemokraten mittlerweile der abschreckende Nimbus der „Verliererpartei“ anhaftete.

Alternativen waren genügend vorhanden, schließlich sah sich die NPD seit Anfang der 70er Jahre wachsendem Außendruck gegenüber: Besonders die Union schärfte in jener Phase systematisch das Profil, machte die bürgerliche Mitte breiter und warb um Sympathisanten von Seiten der nationalkonservativen Strömung, so dass die inhomogene und insofern wenig solide Basis der nach wie vor jungen Partei irgendwann zu bröckeln beginnen musste. Als gleichermaßen standhafte wie vor allem seriöse Antagonisten zur sozialliberalen Koalition gruben CDU und CSU dem sichtlich angeschlagenen Konkurrenten von rechtsaußen rasch das Wasser ab. Andererseits sorgten die diversen radikalen Abspaltungen und militanten Aktionsgruppen dafür, dass das Potential der Nationaldemokraten auch an der rechtsextremistischen Peripherie mehr und mehr ausfranste. In der Folge drohte man zwischen zwei Fronten zerrieben zu werden.

Nach Jahren des permanenten Niedergangs gab das gänzlich wahlkampffreie 1973 die Möglichkeit zur Bestandsanalyse – und das nicht allein mit Blick auf personelle und

---

<sup>847</sup> Vgl. Hoffmann: NPD, S. 182.

programmatische Belange. In dem Maße wie sich die Vorauszahlungen aus der staatlichen Parteienfinanzierung in Perioden anhaltenden Misserfolgs zur „Schuldenfalle“ zu verkehren vermögen, war die wirtschaftliche Situation ausgesprochen angespannt<sup>848</sup>. Aufgrund der Erfolgswelle der Anfangsjahre hatte sich die NPD zu den darauffolgenden Wahlen hohe Vorschüsse herausgeschlagen, deren Ableistung nach dem Wendepunkt von 1969 – in Anbetracht sinkender Ergebnisse und Erstattungsansprüche – hingegen schwerlich zu stemmen war<sup>849</sup>. Angesichts des daraus resultierenden Sparzwangs musste man die Aktivitäten erst einmal reduzieren, so dass ein „Mißerfolg der Vater des nächsten Mißerfolgs“<sup>850</sup> wurde und sich die Agonie zu verselbständigen schien. Letztlich sollten die Nationaldemokraten daher bis 1990 bloß bei 24 von 45 Landtagswahlen antreten und dabei nur sechs Mal das Minimalziel, sprich die für die Wahlkampfkostenerstattung erforderliche Marke von meist mindestens einem Prozent erreichen – Parlamentseinzüge waren bereits weit entfernt.

### 6.2.3. Die Nationaldemokraten im Ringen mit sich selbst

Auch deshalb verlor sich die NPD in den 70er Jahren mehr und mehr in der Auseinandersetzung mit sich selbst. Politisch stellte man sich mit dem „Düsseldorfer Programm“<sup>851</sup>, das der Parteitag vom 12.-14. Oktober 1973 verabschiedete, nicht wirklich neu auf, sondern versuchte, die altbekannten Positionen zu aktualisieren: In Reaktion auf die veränderten Rahmenbedingungen durch die außenpolitischen Weichenstellungen sowie die Reformmaßnahmen der sozialliberalen Koalition wollten sich die Nationaldemokraten durch prinzipielle Negation und scharfe Kritik weiterhin als antikommunistische Konservative profilieren. Die wenigen Neuerungen, die das Papier ansonsten aufwies, waren allenfalls oberflächlicher Natur, weil sich originellere Passagen wie die zu den wachsenden ökologischen Problemen durch Verknüpfungen mit NS-Assoziationen weckenden Punkten wie „Volksgesundheit“ selbst disqualifizierten. Während sich bei der Gesamtpartei ideologisch insofern nicht sonderlich viel bewegte, befand sich die Debatte über radikaleres, bisweilen aber nicht von Grund auf „rechtes“ Gedankengut – Stichwort Sozialismusbegriff – bei den immer bedeutender werdenden JN bereits in vollem Gange.

---

<sup>848</sup> Vgl. Hoffmann: NPD, S. 184.

<sup>849</sup> Zum Beispiel hatten die Rechtsextremisten vor der Bundestagswahl 1972 eine Million DM zur Begleichung der staatlichen Wahlkampfkostenvorschüsse einkalkuliert – und mussten dann durch das schlechte Resultat einen nahezu doppelt so hohen Betrag dafür einsetzen. Vgl. Schmollinger: NPD, S. 1975.

<sup>850</sup> Hoffmann: NPD, S. 184.

<sup>851</sup> Siehe Kapitel 7.4.

Für die NPD-Führung galt die Konzentration stattdessen größtenteils der strukturellen Konsolidierung<sup>852</sup>: Obwohl die Mitgliedszahlen weiter dahinschmolzen, wurde der Sinkflug durch verstärkte Öffentlichkeitsarbeit, Werbeaktionen und Schulungsmaßnahmen wenigstens vorübergehend verlangsamt<sup>853</sup>. In der allgemeinen Wahrnehmung fanden die Nationaldemokraten dennoch fast nicht mehr statt, so dass die notwendigen Darstellungsmöglichkeiten – speziell in Wahlkampfzeiten – fehlten, was sich auch im fortwährenden Misserfolg äußerte. Bei den Hamburger Bürgerschaftswahlen am 3. März 1974 blieb der dortige Verband beispielsweise weitgehend auf sich gestellt, bekam allenfalls halbherzigen Beistand aus anderen Bundesländern und hatte dementsprechend gravierende Verluste zu beklagen (von 2,7 auf 0,8 Prozent)<sup>854</sup>. Demgegenüber schien man sich im Vorfeld der Landtagswahl im alten Stammland Niedersachsen am 9. Juni desselben Jahres gewissermaßen mehr an sich selbst abzuarbeiten als an der Konkurrenz, immerhin drängte der Spitzenkandidat Adolf von Thadden in Anbetracht der stockenden Kampagne gar zu deren vorzeitigem Abbruch mitsamt des Verzichts auf die Kandidatur – und griff damit dem nächsten Tiefpunkt (0,6 Prozent) vor<sup>855</sup>.

Mutmaßlich auch aufgrund der allenthalben davonschwimmenden Felle und der ausnahmslos düsteren Perspektiven näherte sich die Partei ab Mitte 1974 allmählich Gerhard Frey und seiner drei Jahre vorher aufgebauten Gruppierung DVU an<sup>856</sup>. Wenngleich einerseits viele Mitglieder und Spitzenfunktionäre der NPD dem Verleger – primär aufgrund seiner „publizistischen Sabotage“<sup>857</sup> in der Aufstiegsphase, seiner angeblich eher profitgesteuerten denn ernsthaft politischen Motive und der augenscheinlichen Vergangenheitsfixierung seines deutschnationalen Vereins – erhebliches Misstrauen entgegenbrachten und Streitigkeiten daher vorprogrammiert waren, entboten dessen Medienimperium und wachsende Anhängerschaft andererseits eine willkommene Möglichkeit, die Isolation zu durchbrechen. Obwohl sich der Vorstand im Hinblick auf dieses Dilemma anfangs zu keiner abschließenden Entscheidung durchringen konnte, kam es im Zuge der Landtagswahl in Hessen am 27. Oktober desselben Jahres

---

<sup>852</sup> So war die Bundeszentrale auf Betreiben des Vorsitzenden Martin Mußnug, der dem Vernehmen nach seine „Hausmacht“ ausbauen wollte, schon Mitte 1972 von Hannover nach Stuttgart verlegt worden. Vgl. Hoffmann: NPD, S. 425.

<sup>853</sup> Nachdem sich die Mitgliedszahlen der NPD zwischen 1969 und 1973 bereits halbiert hatten (von 28.000 auf 12.000), stabilisierte sich der Minustrend der Partei danach bei zumindest halbwegs auszuhaltenden 500 bis 1.000 Personen im Jahr. Vgl. Schmollinger: NPD, S. 1973.

<sup>854</sup> Vgl. Hoffmann: NPD, S. 203.

<sup>855</sup> Vgl. a.a.O., S. 204/205.

<sup>856</sup> Vgl. Schmollinger: NPD, S. 1952.

<sup>857</sup> Corbeau, Stephan: Die NPD und der Verleger Frey. Eine lange, aber nicht unendliche Geschichte. In: Apfel, Holger (Hrsg.): „Alles Große steht im Sturm“. Tradition und Zukunft einer nationalen Partei. 35 Jahre NPD – 30 Jahre JN. Stuttgart, 1999, S. 141-149, S. 142.

schon zu einer ersten Zusammenarbeit, deren Ergebnis von nur einem Prozent allemal enttäuschte. Ungeachtet der aufwendigen Propagandaoffensive des Verbündeten, der nicht nur in seinen Veröffentlichungen zur Stimmabgabe für die Nationaldemokraten aufrief, sondern auch selbst auf deren Veranstaltungen sprach<sup>858</sup>, standen diese als Nebenbuhler der Union, die abermals auf nationalkonservative Slogans setzte, von vornherein auf verlorenem Posten. In Bayern, wo die Verantwortlichen damals noch nicht mit der Volksunion zusammenwirkten, zeigte sich allerdings zeitgleich dasselbe Bild; mit spärlichen 1,1 Prozent biss man sich an der absoluten Mehrheit der CSU, die das bürgerliche Spektrum dominierte, die Zähne aus.

Wiewohl sich das Wahlbündnis anfangs also nicht wirklich bewährte, die NPD an der Seite der DVU an und für sich sogar schlechter abschnitt als alleine, sprach sich der Vorsitzende Martin Mußnug in seinem Sammlungsaufwurf vom Januar 1975 für dessen baldige Vertiefung aus<sup>859</sup>. Die Wahlkampfunterstützung, die Frey den nationaldemokratischen Landesverbänden daraufhin gewähren wollte, nahmen in den Folgemonaten aber weitaus nicht alle an – die Vorbehalte und Widerstände waren greifbar<sup>860</sup>. Die Stimmenaubeute blieb ohnehin bis auf weiteres ausbaufähig, ob mit oder ohne Schützenhilfe: Das stärkste Resultat gelang am 9. März in Rheinland-Pfalz mit 1,1 Prozent, wohingegen die Partei in Schleswig-Holstein (0,7) und Nordrhein-Westfalen (0,4) am 13. April sowie am 4. Mai im Saarland (0,7) gänzlich abgeschlagen war.

Trotzdem appellierten Mußnug und Frey in der „Bonner Erklärung“ vom 16. Juni 1975 nachdrücklich an die Einheit des „nationalen“ Spektrums in der Bundesrepublik; als Symbol dafür wurde der DVU-Chef außerdem am Tag darauf in die NPD aufgenommen<sup>861</sup>. Nach diesem demonstrativen Schulterschluss gingen die Rechtsextremisten bereits zur Bremer Bürgerschaftswahl am 28. September mit der gemeinsamen Plattform „NPD-Vereinte Rechte“ auf Stimmenfang, bauten größtenteils auf bundespolitische Sujets bzw. Protestmotive – und versuchten die mageren 1,1 Prozent anschließend als verheißungsvolles Signal zu verkaufen<sup>862</sup>. In Anbetracht des beachtlichen Materialaufwands für jenen bescheidenen Achtungserfolg begegneten innerhalb der nationaldemokratischen Anhängerschaft jedoch nach wie vor viele, besonders jüngere Aktivisten der neuen Allianz mit Argwohn.

---

<sup>858</sup> Gewissermaßen als Gegenleistung für die Schützenhilfe hievte der hessische Landesverband der NPD das DVU-Mitglied Eberhard Schüller auf Platz vier der Landesliste. Vgl. Hoffmann: NPD, S. 206.

<sup>859</sup> Vgl. a.a.O., S. 193.

<sup>860</sup> Vgl. a.a.O., S. 208.

<sup>861</sup> Vgl. Schmollinger: NPD, S. 1952.

<sup>862</sup> Vgl. Hoffmann: NPD, S. 208/209.

Passend dazu stand das Thema Kooperation auf der Tagesordnung des entsprechend stürmischen Parteitags in Ketsch am 18./19. Oktober 1975 an Punkt eins. Auf der einen Seite warb Mußnug energisch für die Festigung des Abkommens mit der DVU und empfahl Frey deshalb im Alleingang für einen der wichtigen Stellvertreterposten<sup>863</sup>. Währenddessen gingen sein Vorgänger von Thadden, der die NPD danach verlassen sollte<sup>864</sup>, und die JN dem heterogenen Dissidentenflügel voran, den vermutlich hauptsächlich der gemeinsame Widerstand gegen das Vorgehen des Vorsitzenden verband – und dem diesbezüglich durchaus Teilerfolge gelangen: Wenngleich Mußnugs Wiederwahl nicht zu verhindern war, scheiterte Frey bei der Vergabe der Vize-Posten mit dem drittschlechtesten Wahlergebnis und wurde bloß als normales Mitglied in den Vorstand berufen, in dem sich nun seine Feinde scharten<sup>865</sup>. In der Konsequenz verlor der ausgebootete Novize schnell die Nerven und verspielte durch scharfe, in seinen Publikationen abgedruckte Kritik nicht nur weiteren Kredit, sondern auch die Nominierung für das Präsidium und den Produktionsauftrag für die neue Parteizeitung<sup>866</sup>. Nach lediglich wenigen Monaten legte dieser sein Mandat daher im darauffolgenden Jahr stillschweigend nieder und verließ die Nationaldemokraten wieder<sup>867</sup>.

Nach dem vorläufigen Aus für die Bündnisbestrebungen stand die NPD somit schon zur Landtagswahl in Baden-Württemberg am 4. April 1976 wieder alleine da. Wobei die Partei im Südwesten bereits nicht mehr im Stande war, alle Wahlkreise zu besetzen<sup>868</sup> – und das Minimalziel der Wahlkampfkostenerstattung vermutlich auch darum mit 0,9 Prozent um verhältnismäßig wenige Stimmen verpasste. Obschon man zur Bundestagswahl am 3. Oktober desselben Jahres nochmals den nahezu flächendeckenden Antritt

---

<sup>863</sup> Vgl. Hoffmann: NPD, S. 194/195.

<sup>864</sup> Anscheinend befürchtete von Thadden, dass die in weiten Teilen der Anhängerschaft strittige Allianz mit der in seinen Augen zu radikalen bzw. reaktionären DVU die NPD mehr und mehr ins Abseits befördern könnte, was der Altvorsitzende keinesfalls mitverantworten wollte. Ein weiterer Auslöser für seinen Abschied war daneben wohl schlicht in seinem schwindenden Einfluss zu sehen. Vgl. a.a.O., S. 200.

<sup>865</sup> Vgl. a.a.O., S. 199.

<sup>866</sup> Nach dem ziemlich vorhersehbaren Aus für die „Deutschen Nachrichten“ (DN), deren Auflage sich über das Jahr 1973 hinweg mehr und mehr verringert hatte, wurde das NPD-Organ zum Januar 1974 vorübergehend mit der „Deutschen Wochen-Zeitung“ (DWZ) zusammengelegt. In der Folgezeit nahm der Vorstand die damals immer engeren Verbindungen zur DVU zum Anlass, um Gerhard Frey den Auftrag zur Produktion einer neuen Parteizeitung zu erteilen, ehe sich diese Geschäftsvereinbarung mit dessen misslungener Wahl zum stellvertretenden Vorsitzenden im Grunde von selbst erledigte. Vgl. Schmollinger: NPD, S. 1987/1988.

<sup>867</sup> Vgl. a.a.O., S. 1953.

<sup>868</sup> Die NPD hatte es vorab verpasst, die erforderliche Anzahl von Unterschriften zu sammeln und stand darum nur in 63 von 70 Wahlkreisen zur Abstimmung. Vgl. Hoffmann: NPD, S. 209.

schaffte<sup>869</sup>, war die nachhaltige Beeinträchtigung des Apparats durch wachsende strukturelle und vor allem finanzielle Defizite fortan nicht mehr zu verhehlen. Mit den Werbefeldzügen vergangener Tage konnte die Wahlkampagne mit dem Titel „Protest gegen Bonn – NPD für Deutschland“ kaum mithalten<sup>870</sup>, weswegen die Nationaldemokraten als Nebendarsteller im von starken Polarisierungstendenzen angefachten Wettstreit der Bundestagsparteien nur auf 0,3 Prozent kamen und gegenüber 1972 (0,6) wiederum drastisch an Boden verloren. Suchten die Verantwortlichen daraufhin nach Schutz in notdürftig aufmunternden Durchhalteparolen, neigte die Mehrheit der Mitglieder zum apathischen Verharren in Schockstarre.

In dem Maße wie der neuerliche Tiefpunkt der Agonie der NPD weitere Nahrung verlieh, sollten die JN, die damals schon seit Jahren über nationalrevolutionäre Ansätze debattiert hatten und stetig steigende Anhängerzahlen verzeichneten<sup>871</sup>, nun sukzessive zur Triebfeder der ideologischen Modernisierung sowie zum „dominierenden Aktivitätspotential“<sup>872</sup> innerhalb der Mutterpartei heranwachsen. Richtungweisend für die innovatorischen Vorstöße des Nachwuchsverbands, in denen sowohl dessen gestiegenes Selbstbewusstsein als auch der sich anbahnende Generationswechsel mitschwangen, mutete insbesondere das Gedankengut der intellektuellen „Neuen Rechten“ an, die seit den späten 60er Jahren im Schatten der aufstrebenden Nationaldemokraten gediehen war und mit dem Niedergang der Sammlungsbewegung verstärkt von sich Reden machte<sup>873</sup>.

#### **6.2.4. Exkurs: Die „Neue Rechte“ als Motor der ideologischen Modernisierung**

Die „Neue Rechte“ strebte – stark vereinfacht dargestellt – nach Mitteln und Wegen, um den Rechtsextremismus von der Diskreditierung durch das „Dritte Reich“ zu separieren und wieder salonfähig zu machen. Zu diesem Zweck stützte sich diese intellektuelle Strömung, deren Vordenker infolge zahlenmäßiger Schwäche und starker Zersplitterung meist nur in kleinen, informellen Zirkeln sowie durch Zeitschriften miteinander kommunizierten, zunächst auf weniger vorbelastete Konzepte aus der Zwischenkriegszeit, insbesondere der „Konservativen Revolution“ in der Weimarer Republik<sup>874</sup>. Man versuchte

---

<sup>869</sup> Die Nationaldemokraten stellten seinerzeit Listen in allen Ländern sowie Direktkandidaten in 245 von 248 Wahlkreisen auf. Vgl. Hoffmann: NPD, S. 211.

<sup>870</sup> Vgl. a.a.O., S. 210/211.

<sup>871</sup> Während die Mitgliedszahlen der NPD damals schon unterhalb der Marke von 10.000 stockten, stiegen die des Jugendverbands seit Jahren unablässig. In den Jahren von 1970 bis 1976 wuchs der Parteinachwuchs 1970 demzufolge bereits von 1.100 auf 1.800 Personen an. Vgl. Schmollinger: NPD, S. 1973 und S. 1978.

<sup>872</sup> A.a.O., S. 1979.

<sup>873</sup> Vgl. Hoffmann: NPD, S. 320/321.

<sup>874</sup> Insgesamt waren dem Einzugsgebiet dieser Strömung damals wohl an die 1.000 Intellektuelle zuzurechnen; zu den wichtigsten Sprachrohren und Plattformen zählten dabei rückblickend die Periodika

tendenziell nicht mehr, „Hitler von seinen Verbrechen, sondern den deutschen Nationalismus von Hitler zu trennen“<sup>875</sup>, sich von verstaubten Traditionen zu verabschieden und neue Themenschwerpunkte zu setzen. Das Prädikat „rechts“ sollte insofern nicht länger als Synonym für rückwärtsgewandtes, irrationales und legalistisches Denken, für Staats- und Parteienfixiertheit stehen. Weitere Anregungen und Anknüpfungspunkte für den fundamentalen Wandel, der den selbsternannten Avantgardisten vorschwebte, fanden sich seinerzeit speziell in den Werken der im direkten Vergleich wesentlich wirkungsmächtigeren französischen „Nouvelle Droite“<sup>876</sup>. Stellenweise lieferte aber auch das „linke“ Gegenstück im Dunstkreis der APO, das bereits bei der Selbstbetitelung als Vorbild diente, bedeutende programmatische und strategische Vorlagen, so dass sich die Demarkationslinien zwischen den politischen Gegenpolen bald zunehmend verwischten<sup>877</sup>.

Ergo vereinnahmte die „Neue Rechte“ Elemente verschiedenster Denkschulen, die gemeinhin mit Eigenansichten zu gegenwärtigen Vorgängen und gesellschaftlichen Entwicklungen sowie sachdienlichen wissenschaftlichen Erkenntnissen zu spezifischen, in der Regel durch gewisse Verengungen und Dogmatismen gekennzeichneten Deutungsmustern verschmolzen<sup>878</sup>. Gleichwohl die Wortführer angesichts dieser methodischen Diffusität schwerlich als in sich geschlossene Weltanschauungsgemeinschaft zu verstehen waren<sup>879</sup>, gab es durchaus einige Grundpfeiler eines gemeinsamen Gedankengebäudes; dazu gehörten: Vorneweg die strikte Kritik der westlichen Massen- und Konsumgesellschaften mitsamt deren vermeintlichem Drang zu Vereinheitlichung und maßlosem Materialismus, wohingegen man selbst die Wiederbelebung der darunter verschütteten Kultur, Werte und Normen verlangte<sup>880</sup>.

---

„Junges Forum“, „Fragmente“ und vor allem „Nation Europa“, das zwischenzeitlich zum zentralen Strategieorgan der rechtsextremistischen Szene avancierte. Obwohl die Standpunkte der „Neuen Rechten“ insbesondere an das Gedankengut der „Konservativen Revolution“ anknüpften, nahmen deren Konzepte andererseits aber auch Bezug auf die Begründer des italienischen Faschismus und den „linken“ Flügel der NSDAP um die Brüder Otto und Gregor Strasser. Vgl. Pfahl-Traughber, Armin: *Konservative Revolution und Neue Rechte. Rechtsextremistische Intellektuelle gegen den demokratischen Verfassungsstaat*. Opladen, 1998; Stöss: *Extreme Rechte in der BRD*, S. 149/50.

<sup>875</sup> Staud: *Moderne Nazis*, S. 75.

<sup>876</sup> Die größere Reichweite der intellektuellen Strategen aus dem westlichen Nachbarland war indessen auch das Resultat gemeinsamer Strukturen: Mit dem „Groupement de recherche et d'études pour la civilisation européenne“ (GRECE) um den Gründer und Anführer Alain de Benoist hatte sich dort schon früh eine feste Organisation herauskristallisiert, die die französische „Neue Rechte“ fortan eindeutig dominierte – und den deutschen Gesinnungsgenossen folglich zur Orientierung diente.

<sup>877</sup> Vgl. Backes/Jesse: *Vergleichende Extremismusforschung*, S. 342/343.

<sup>878</sup> Vgl. Dies.: *Politischer Extremismus in der BRD*. Band II, S. 87.

<sup>879</sup> Vgl. Pfahl-Traughber: *Konservative Revolution und Neue Rechte*, S. 162/163.

<sup>880</sup> Vgl. Backes, Uwe/Jesse, Eckhard: *Neue Linke und Neue Rechte – Ein Vergleich*. In: Dies. (Hrsg.): *Jahrbuch Extremismus & Demokratie*. 5. Jahrgang. Bonn, 1993, S. 7-28, S. 19/20.

Dahinter stand mit dem Ethnopluralismus meist eine Argumentationskette, die in den mannigfachen Ausprägungen des Egalitarismus den Auslöser für die angebliche Dekadenz der modernen Welt ausmachte und sich für eine entsprechende Abkehr von solchen Denkmustern aussprach<sup>881</sup>. Folglich sollte der Einzelne – verkürzt formuliert – allein unter seinesgleichen im Stande sein, sich und seine Fähigkeiten voll zu entfalten, wobei man es als durch die Verhaltensforschung erwiesen erachtete, dass fremde Einflüsse dem diametral entgegenwirken. Völker seien genauso wenig miteinander gleichzusetzen wie Menschen, so dass deren Vermischung stets in die schleichende Nivellierung der gewachsenen Differenzen und damit in Sittenverfall münden müsse, weil die genuine Schöpfungskraft dabei verlorengelasse und das Mittelmaß um sich greife<sup>882</sup>. Währenddessen avancierte die intakte, sprich nicht „überfremdete“ Ethnie schlechterdings schon zum Wert an sich, der als Inbegriff der organischen, Einheit und Identität stiftenden Eigengruppe, der sich das Individuum ohne weiteres unterordne, unbedingt vor „Eindringlingen“ zu schützen sei<sup>883</sup>. Die geforderte Abgrenzung und Abschottung wirkte dadurch gleichermaßen notwendig wie „normal“.

Wenngleich die Wiederherstellung und Wahrung der Homogenität demnach das eigentliche Hauptziel darstellte, wurde den Hierarchisierungen völkischer Ansätze entsagt und dafür die natürliche Vielfalt der Nationen inklusive deren Autonomie innerhalb des jeweiligen Stammterritoriums unterstrichen – jedoch nur vordergründig<sup>884</sup>. Mit der starken Betonung abendländischer Kulturleistungen blieben indirekte Wertungen nämlich nicht aus<sup>885</sup>, wodurch sich der Kreis zu älteren Konzeptionen, die ausdrücklich mit Rassen- und Rangunterschieden arbeiteten, bei näherer Betrachtung wieder schloss. In manchen volksgemeinschaftlich und sozialdarwinistisch angehauchten Charakterzügen deckte sich der Ethnopluralismus insoweit streckenweise mit seinen ideologischen Vorgängern, wies sich ansonsten allerdings – durch das von den Erbanlagen zu den Lebensformen veränderte Leitinteresse – als „Meisterstück sprachlicher Camouflage“<sup>886</sup> aus. Denn die scheinbar wissenschaftlichen Begründungen, in die nicht selten ergänzende Motivschablonen wie der Umweltschutz einfließen, und die semantische Mäßigung suggerierten eine ernsthafte „Modernisierung“, die dafür sorgte, dass derartige Betrachtungsweisen im ersten Moment weniger verhänglich daher kamen.

---

<sup>881</sup> Vgl. Backes/Jesse: Vergleichende Extremismusforschung, S. 338.

<sup>882</sup> Vgl. ebd.

<sup>883</sup> Vgl. a.a.O., S. 339.

<sup>884</sup> Vgl. Dies.: Politischer Extremismus in der BRD. Band II, S. 86/87.

<sup>885</sup> Vgl. Dies.: Vergleichende Extremismusforschung, S. 339.

<sup>886</sup> Ebd.



Zum Beispiel stellte sich die „Neue Rechte“ durch die nachdrückliche Bekräftigung des Selbstbestimmungsrechts der Völker in die lange, von linker Seite dominierte Reihe der Befürworter antiimperialistischer Befreiungsbewegungen in der „Dritten Welt“ – und schlug darüber sogleich die Brücke zur aktuellen Situation der Bundesrepublik<sup>887</sup>: Nach dem Vorbild der Entwicklungsländer sollte sich Europa der Umklammerung und Unterdrückung durch die Supermächte entledigen, Deutschland sich nicht wieder-, sondern „neuvereinigen“, sich von „Umerziehung“ und „Überfremdung“ emanzipieren sowie schließlich einen „Dritten Weg“ einschlagen, der seine Eigenidentität wieder stärker in den Vordergrund schiebt und den Ungerechtigkeiten des Kapitalismus ebenso entsagt wie den Unzulänglichkeiten des Kommunismus<sup>888</sup>.

Massenkompatibel wirkten derartige Vorstellungen hingegen nie; dafür war die Reichweite der Veröffentlichungen wohl schlichtweg zu kurz und der Duktus zu hochgestochen, weshalb man deren Realisierung mitunter mit dem strategischen Modell der „kulturellen Hegemonie“<sup>889</sup> verknüpfte. Demzufolge erfordert eine dauerhafte Veränderung der politischen Verhältnisse – vor Wahlerfolgen, parlamentarischen Mandaten und Mehrheiten – erst einmal einen elementaren Wandel im Denken der Menschen. Der Weg zum Erfolg ist somit nicht in der Parteilarbeit zu suchen, geschweige denn in militanten Protestaktionen und Gewaltausbrüchen, sondern in der Erlangung der Diskurshoheit, der geistigen Vorherrschaft in der Definition von Grundprinzipien und Werten<sup>890</sup>. Einer versprengten Randerscheinung wie der „Neuen Rechten“ musste der Entwurf der Erneuerung im Kleinen, in den Köpfen, mithin durchaus vielversprechend vorkommen. Allerdings nur auf dem Papier, denn in der Praxis änderte sich am mangelnden Anklang auch mithilfe dieses Ansatzes nicht viel.

Wenngleich die Breitenwirkung dieser Strömung, die ausgangs der 70er Jahre allmählich von der Bildfläche verschwand, darum äußerst begrenzt blieb, brachten deren Weiterentwicklungen das rechtsextremistische Spektrum dennoch voran und besaßen rückblickend absolute Signalwirkung. So agierten die Intellektuellen als maßgebliche Ideenlieferanten bzw. Stichwortgeber und bescherten der Szene damit das dringend benötigte Innovationspotential. Besonders in den JN fielen die nationalrevolutionären

---

<sup>887</sup> Vgl. Staud: *Moderne Nazis*, S. 75.

<sup>888</sup> Vgl. Hoffmann: *NPD*, S. 321/322.

<sup>889</sup> Dieser ideologisch neutrale Ansatz, den die „Neue Rechte“ für sich zu instrumentalisieren versuchte, stammt im Kern von dem italienischen Kommunisten Antonio Gramsci, der damit in den 20er Jahren die intellektuell-moralische Reform der Gesellschaft verfolgte. Vgl. Pfahl-Traughber: *Konservative Revolution und Neue Rechte*, S. 28-38.

<sup>890</sup> Vgl. a.a.O., S. 162.

Impulse auf fruchtbaren Boden und dehnten sich von dort aus sukzessive auf die Mutterpartei aus. Stand diese dem neuartigen Gedankengut – vorneweg den vermeintlich „linken“ Gesichtspunkten – anfangs mit großer Skepsis gegenüber, ließ die Zurückhaltung mit der Zeit mehr und mehr nach, was mutmaßlich auch dem sich allmählich in Gang setzenden Generationswechsel sowie dem wiederholten wahlpolitischen Scheitern der moderaten, nationalkonservativen Gesamtlinie geschuldet war. Mit diversen argumentativen Mustern und Nachahmungen aus dem „neurechten“ Fundus wie der Propagierung antiimperialistischer und neutralistischer Positionen, der sozialen Frage und der Forderung nach „Neuvereinigung“ statt Wiedervereinigung steuerte man daraufhin die stärkere Profilierung als Weltanschauungspartei an<sup>891</sup>. Langsam aber sicher schien die NPD die Lähmungserscheinungen abzuschütteln und sich wieder zu bewegen, was auch die dazugehörigen Nebenwirkungen bestätigten. Beispielsweise führte das Bemühen, den Begriff „Nationaldemokratie“ durch den Rekurs auf die freiheitlich-demokratische Revolution von 1848 mit progressiven Inhalten zu füllen und positiv zu fundieren, zur – im Nachhinein jedoch nur vorübergehenden – Drosselung der Bezugnahmen auf die jüngere deutsche Vergangenheit im „Dritten Reich“<sup>892</sup>.

### 6.2.5. Splitterpartei im Umbruch

Infolge der neuen Einflüsse und Impulse befand sich die NPD bis zum Ende der 70er Jahre bereits spürbar im Umbruch. Die JN gewannen intern immer mehr an Gewicht und schickten sich an, selbiges gezielt geltend zu machen, um die ideologische Weiterentwicklung der Gesamtpartei anzuschieben. Dabei verlief dieser Prozess nicht nur aufgrund der altersstrukturellen Kontraste der Parteigliederungen schlechterdings alles andere als geräuschlos; auch die verschiedenen Denkweisen und Politikansätze schürten Konflikte. In dem Maße wie sich der Jugendverband geistig wie habituell der aufkommenden neonationalsozialistischen Szene näherte, deren häufig militanter Gefolgschaft vielfach als „Durchlauferhitzer“<sup>893</sup> diente und hierüber große Schnittmengen mit dieser Subkultur aufwies, sah die Vorstandsriege die akute Gefahr der allgemeinen Identifizierung der Nationaldemokraten mit derartigen Milieus und sorgte sich um das sowieso schon angekratzte Image<sup>894</sup>. Man wollte die programmatische Modernisierung, wiewohl nicht um den Preis des weiteren Abdriftens ins politische Abseits. Unmittelbares

---

<sup>891</sup> Vgl. Hoffmann: NPD, S. 325/326.

<sup>892</sup> Vgl. a.a.O., S. 327.

<sup>893</sup> Dudek/Jaschke: Rechtsextremismus in der BRD. Band 1, S. 312/313.

<sup>894</sup> Vgl. Hoffmann: NPD, S. 212/213.

Resultat dieses Dilemmas waren die Unvereinbarkeitsbeschlüsse vom März 1978, mit denen sich die Verantwortlichen um die Dämpfung und Kanalisierung der mittlerweile nicht mehr zu verhehlenden Radikalisierungstendenzen in Reihen der Nachwuchsorganisation sowie die symbolische Distanzierung von diversen Kleinstgruppierungen mühten<sup>895</sup>.

Parallel zur Debatte um die Neuorientierung der Partei stand seinerzeit speziell die Führungsfrage im Fokus. Günter Deckert, der sich zum stärksten Widersacher Martin Mußnugs aufschwingen sollte, scheiterte als Gegenkandidat aber sowohl 1977 als auch 1979<sup>896</sup>. Der vormalige JN-Chef machte das amtierende NPD-Oberhaupt für den anhaltenden Misserfolg verantwortlich, verwies auf dessen Mangel an Dynamik und Durchsetzungsfähigkeit und legte dem langjährigen Vorsitzenden ausdrücklich zur Last, die zum „Veteranenverein“<sup>897</sup> degenerierten Nationaldemokraten ausschließlich zu verwalten anstatt die Lethargie aktiv zu stoppen. Obwohl sich seine Vorwürfe inhaltlich wohl weithin mit der Linie der innerparteilichen Opposition deckten, vermochte der Oberstudienrat dieses Lager dennoch nicht im nötigen Maße für sich zu vereinnahmen. Zum einen dürfte der Gymnasiallehrer seine potentiellen Gehilfen bereits durch seine hinlänglich bekannte Neigung zu persönlichen Angriffen und Alleingängen verschreckt haben<sup>898</sup>. Andererseits gab sich sein Kontrahent gegenüber Kritikern stets gesprächsbereit und stellte Kurskorrekturen in Aussicht<sup>899</sup>, wodurch Abspaltungen und Austrittswellen größeren Ausmaßes geschickt vermieden wurden<sup>900</sup>. Dementsprechend ging der Streit um die Spitze vergleichsweise geordnet vonstatten.

Nebenbei diskutierte die NPD aber auch über strategische Gesichtspunkte und Grundprobleme. In Anbetracht der nach wie vor nicht abreißen wollenden Niederlagenserie stand bei den Nationaldemokraten besonders die bisherige Praxis des Antritts bei ausnahmslos allen Wahlen auf dem Prüfstand<sup>901</sup>. Schließlich drohte dieser Anspruch inzwischen immer mehr zum Selbstzweck zu verkommen, da die bescheidenen

---

<sup>895</sup> Die Vorstandsbeschlüsse gingen unter anderem gegen die Beteiligung von NPD- und JN-Mitgliedern an der „Deutschen Bauerninitiative“, der „Bauern- und Bürgerinitiative“, der NSDAP/AO und der „Wehrsportgruppe Hoffmann“. Vgl. Schmollinger: NPD, S. 195.

<sup>896</sup> Im ersten Versuch auf dem NPD-Parteitag in Hannover am 26./27. März 1977 erlitt der Herausforderer Deckert angesichts von 201:84 Delegiertenstimmen für den amtierenden Vorsitzenden Mußnug eine deutliche Niederlage. Keine zwei Jahre später, am 8./9. Dezember 1979 in Ketsch, schien dessen Vertrauensvorsprung dann schon ziemlich abgeschmolzen (164:103). Vgl. Hoffmann: NPD, S. 215-217 und S. 219-221.

<sup>897</sup> Deckert, zitiert nach a.a.O., S. 215.

<sup>898</sup> Vgl. a.a.O., S. 215/216.

<sup>899</sup> Vgl. a.a.O., S. 216.

<sup>900</sup> Von 1977 bis 1979 sackten die Mitgliedszahlen der NPD bloß in vergleichsweise verhaltenem Maße von 9.000 auf 8.000 ab. Vgl. Schmollinger: NPD, S. 1973.

<sup>901</sup> Vgl. Hoffmann: NPD, S. 225/226.

Aktivitäten mangels der benötigten wirtschaftlichen Ausstattung meist von vornherein zu verpuffen bzw. bestenfalls nach innen – durch die Mobilisierung und Schulung der Mitgliederbasis – zu wirken schienen. Kurzum, die Kampagnenfähigkeit schwand stetig. In der Konsequenz sprachen sich viele für die systematische Konzentration auf vereinzelte Wahlschwerpunkte aus, die sich primär an der staatlichen Wahlkampfkostenerstattung und der dafür verlangten Marke als halbwegs praktikablem Minimalziel auszurichten habe. Bevor sich das Modell wirklich durchzusetzen vermochte, schlugen dennoch schon wieder die nächsten Misserfolge zu Buche.

So endeten die Bürgerschafts- und Landtagswahlen in Hamburg (0,3 Prozent) und Niedersachsen (0,4) am 4. Juni und am 15. Oktober 1978 in Bayern (0,6) für die NPD mit Offenbarungseiden und ergaben im Durchschnitt eine Halbierung der Stimmenanteile. Während die Rechtsextremisten am 18. März 1979 in Berlin zum wiederholten Male auf die Teilnahme verzichteten, verloren diese am selben Tag in Rheinland-Pfalz – der umstrittenen Betonung umweltorientierter Themen zum Trotz<sup>902</sup> – weiter an Boden (0,7 Prozent). Am 29. April gab es in Schleswig-Holstein ebenfalls nichts zu gewinnen, entsprach die nationaldemokratische Ausbeute gerade einmal der einer Splitterpartei (0,2 Prozent). Die Kandidatur zur folgenden, am 10. Juni desselben Jahres erstmals durchgeführten Europawahl war anfangs fest eingeplant, nichtsdestoweniger entschied sich der Vorstand später anders – angeblich, weil die damalige EG der angestrebten Verwirklichung der nationalen Einheit im Kern entgegenwirkte<sup>903</sup>. Zum Abschluss des Wahljahrs am 7. Oktober in Bremen mühte sich die Partei dann vorwiegend um die Problematisierung der Ausländerthematik<sup>904</sup>, appellierte vergeblich an die in der Bevölkerung ausgemachten Proteststimmungen und verspielte mit nur 0,4 Prozent nahezu zwei Drittel der Stimmen von 1975.

Die fehlende Durchschlagskraft speiste sich letztlich auch daraus, dass man vielerorts längst nicht mehr fähig war, flächendeckend anzutreten. Zum Beispiel vermochten die Bürger von Baden-Württemberg anlässlich der Landtagswahl am 16. März 1980 nur in sechs Wahlkreisen für die NPD zu stimmen (0,1 Prozent)<sup>905</sup>. Im Saarland am 27. April und in Nordrhein-Westfalen am 11. Mai tauchte diese dann überhaupt nicht mehr auf den Stimmzetteln auf. Offenbar galt die Konzentration schon der Bundestagswahl am 5. Oktober desselben Jahres, zu welcher die Bundesführung die geringen Kapazitäten

---

<sup>902</sup> Vgl. Hoffmann: NPD, S. 226.

<sup>903</sup> Vgl. a.a.O., S. 229.

<sup>904</sup> Vgl. a.a.O., S. 227.

<sup>905</sup> Vgl. ebd.

agglomerieren wollte, deshalb ausschließlich Landeslisten aufstellte und auf Direktkandidaten verzichtete<sup>906</sup>. Wobei die mehr als mäßige, sowohl materiell als auch personell schwach aufgestellte Wahlkampagne allenfalls durch das polemische Motto „Ausländerstopp – Deutschland den Deutschen“ für Aufsehen sorgte, weil daraufhin der Vorwurf der Volksverhetzung aufkam<sup>907</sup>. Ansonsten standen die Nationaldemokraten in Anbetracht der starken Polarisierung auf verlorenem Posten und vereinten schwache 0,2 Prozent auf sich. Der bayrische Ministerpräsident Franz-Josef Strauß, den die Union als Spitzenkandidaten ins Rennen schickte, warb um das Stimmenpotential von der Mitte bis Rechtsaußen, wohingegen sich die breite Front seiner Widersacher auf die Seite der siegreichen sozialliberalen Regierung schlug. Dazwischen blieb – wie so häufig in dieser Phase – kein Platz für weitere Optionen, was die marginalisierte „nationale“ Opposition genauso zu spüren bekam wie die Grünen, die sich wenige Monate vorher amtlich als Partei konstituiert hatten.

Das Durchwandern dieser Talsohle im Jahre 1980 stürzte die NPD schnell wieder in innerparteiliche Turbulenzen. Die Moral innerhalb der Anhängerschaft schwand zusehends und während manche ausdrücklich am Sinn weiterer Aktivitäten zweifelten, andere angesichts derartiger Auflösungserscheinungen vollends in Apathie verfielen, sah sich der Vorstand durch Alleingänge und Meinungsverschiedenheiten dazu veranlasst, die Spitzen mehrerer Verbände auszutauschen<sup>908</sup>. Als vermeintlich vielversprechendstem Ausweg verschrieb man sich sonst vorwiegend der Ausländer- und Asylproblematik. Als Wegbereiter dafür sollten die so genannten „Bürgerinitiativen Ausländerstopp“ dienen, die die Partei in verschiedenen Bundesländern gründete. Als gleichermaßen moderne wie mit den Alltagserfahrungen der Menschen korrespondierende, dem Namen nach nicht direkt mit den Nationaldemokraten in Verbindung stehende und daher nicht vorbelastete Aktionsplattformen waren diese inoffiziellen Ableger speziell dafür konzipiert, gängige Vorurteile durch niedrigschwellige Anspracheformen zu instrumentalisieren, um das Wähler- und Mitgliederpotential der Mutterpartei zu vergrößern<sup>909</sup>. Außer der Verteilung von Werbematerialien, deren zentrale Themen jeweils in der Abschottung Deutschlands, der Ablehnung integrationsfördernder Angebote und der Ausweisung illegaler Einwanderer lagen, zeigten die Tarnorganisationen letzten Endes jedoch wenig Aktivität. Die vereinzelt Wahlteilnahmen versandeten<sup>910</sup>.

---

<sup>906</sup> Vgl. Hoffmann: NPD, S. 229.

<sup>907</sup> Vgl. a.a.O., S. 230.

<sup>908</sup> Vgl. a.a.O., S. 223.

<sup>909</sup> Vgl. Schmollinger: NPD, S. 1942.

<sup>910</sup> Vgl. Hoffmann: NPD, S. 223/224.

Dennoch konnte sich die NPD anfangs der 80er Jahre allmählich wieder konsolidieren – wengleich auf niedrigstem Niveau. Abgesehen von minimalen Ausreißern stabilisierten sich die Mitgliedszahlen seit 1981/82 um die Marke von 6.000, später verzeichnete man sogar vorübergehende Anstiege<sup>911</sup>. Gleichwohl altersstrukturell nach wie vor die „alte Garde“ der vormaligen NSDAP-, SRP- und DRP-Angehörigen dominierte, schlossen sich den Nationaldemokraten jetzt, im Gefolge der ideologischen Weiterentwicklung, auch mehr und mehr jüngere Gleichgesinnte an, die deren Glanzzeiten selbst noch nicht miterlebt hatten<sup>912</sup>. Der Generationswechsel war insoweit in vollem Gange<sup>913</sup>. Dafür standen die Wahantritte mittlerweile nicht mehr so stark im Vordergrund wie in der Vergangenheit, denn um die verbliebenen Strukturen zu schonen und Werbematerial zu sparen, musste man notgedrungen Schwerpunkte setzen. Am schwachen Abschneiden veränderte das vorläufig sowieso nichts: Obwohl sich die Partei zwischen 1981 und 1984 bloß bei zwei von zehn Landtagswahlen – am 10. Oktober 1982 in Bayern sowie am 6. März 1983 in Rheinland-Pfalz – um Parlamentssitze bewarb, blieben die Resultate von 0,6 bzw. 0,1 Prozent miserabel.

#### **6.2.6. Vorsichtige Trendwende**

Hingegen gab die vorgezogene Bundestagswahl vom 6. März 1983 der NPD gleich in mehrfacher Sicht neue Hoffnung. Auch wenn deren inhaltliche Prioritätensetzung zum wiederholten Male ins Leere griff, weil gemeinhin nicht die Ausländerproblematik, sondern wirtschaftspolitische Aspekte im Mittelpunkt standen, schaffte die Partei wenigstens die durchgängige Aufstellung von Landeslisten sowie die Nominierung verhältnismäßig vieler Direktkandidaten<sup>914</sup>. In verhaltenem Maße zahlte sich der verschärfte Personalaufwand sogar aus; mit 0,2 Prozent stoppte man endlich den seit mehr als zehn Jahren anhaltenden Minustrend und verzeichnete außerdem ein zumindest

---

<sup>911</sup> Vgl. Hoffmann: NPD, S. 460.

<sup>912</sup> Vgl. Dudek/Jaschke: Rechtsextremismus in der BRD. Band 1, S. 314-316; Fascher: Modernisierter Rechtsextremismus, S. 274.

<sup>913</sup> Auch wenn für die 70er und 80er Jahre wenig verlässliche Daten zu den sozialstrukturellen Konturen der NPD vorliegen, dürften die in Kapitel 6.1.4. dargelegten Analysebefunde zu den Anfangsjahren für diese Phase weiterhin zutreffen, da sich die Anhängerbasis zwischenzeitlich zwar zahlenmäßig verkleinert hatte, im Profil hingegen nicht zu stark verändert haben dürfte – zumal der „harte Kern“ der Parteiaktivisten nach wie vor dabei war. Aus der – wohlgemerkt nicht durchgängigen – Auswertung nationaldemokratischer Kandidatenlisten zu Kommunalwahlen in den späten 80er Jahren ließen sich derweil lediglich der Anstieg der Arbeiterquote und das gleichzeitige Absinken des Anteils der landwirtschaftlich geprägten Klientel sowie der geringe Anklang in Akademikerkreisen lesen. Vgl. Dudek/Jaschke: Rechtsextremismus in der BRD. Band 1, S. 317; Fascher: Modernisierter Rechtsextremismus, S. 274/275.

<sup>914</sup> Die NPD stellte seinerzeit Listen in allen Ländern auf und nominierte außerdem 105 Direktkandidaten. Vgl. Hoffmann: NPD, S. 234.

nominelles Plus – eine Vervierfachung von 23.000 auf 91.000 Stimmen<sup>915</sup>. Nebenbei sollten sich mit dem nun amtlichen Regierungswechsel sowohl die Rahmenbedingungen für den Rechtsextremismus an sich als auch speziell für die Nationaldemokraten vorübergehend verbessern.

Zum einen büßte die Union die bisherige Paraderolle als bürgerliche Protestalternative ein. Denn mit dem Wechsel von der sozialliberalen zur „schwarz-gelben“ Koalition verlor die Drohkulisse des herannahenden Kommunismus, an die CDU und CSU seit Jahren appelliert hatten, schlagartig an Wirkung. Hinzu kam, dass gerade deren konservative Wählerschaft die vom neuen Kanzler Helmut Kohl ausgerufene „geistig-moralische Wende“ vermisste, sich nachhaltig verstimmt gab und somit große Kontroversen auslöste: Anstatt die versprochene Richtungsänderung durch die Revitalisierung klassischer Werte und Anhaltspunkte zu vollziehen, korrigierte dessen Regierung den vorgefundenen Weg nämlich nur in Ansätzen, führte speziell die vormals so kritisierte Außen- und Deutschlandpolitik fast nahtlos fort. Zum anderen verstärkten und verstetigten sich damals aber auch die soziopolitischen Missstände in Deutschland; angefangen von Phänomenen wie Massenarbeitslosigkeit und Wohnungsnot, die Verunsicherung und statusbezogene Verlustängste schürten, über verschiedenste Problemstellungen angesichts der sich ausbreitenden Multikulturalisierung zu steigender Politikverdrossenheit und schwindender Integrationskraft von Volksparteien und Verbänden<sup>916</sup>. Dabei schien der evidente Vertrauensverlust in die Kompetenz der etablierten Kräfte, der sich in sinkender Wahlbeteiligung und steigender Volatilität widerspiegelte, Kleinparteien im ersten Moment durchaus entgegenzukommen.

Nichtsdestotrotz ließ sich daraus seitens der NPD vorerst kaum Profit schlagen, kam die Partei lediglich langsam voran. Der sich in den Resultaten abzeichnenden Trendwende zum Trotz war der Rechtsextremismus sozial nach wie vor weitestgehend diskreditiert. Dennoch entschloss man sich zur zweiten Europawahl am 17. Juni 1984 erstmals zum Antritt, erzielte mit verhältnismäßig niedrigem Aufwand einen ziemlich erstaunlichen Anteil von 0,8 Prozent und sicherte sich darüber die – in Anbetracht der wachsenden wirtschaftlichen Engpässe und Probleme – zweifellos wichtige Erstattung der Wahlkampfkosten<sup>917</sup>. Während inhaltlich insbesondere die Warnung vor den angeblich negativen Konsequenzen einer supranationalen Integration im Vordergrund stand, stellte

---

<sup>915</sup> Vgl. Hoffmann: NPD, S. 234.

<sup>916</sup> Siehe Kapitel 3.6.

<sup>917</sup> Für die 0,8 Prozent bei der Europawahl 1984 standen der NPD 1,8 Millionen DM an staatlichen Mitteln zu, wovon der Partei – nach Einrechnung alter Verbindlichkeiten – allerdings bloß 1,1 Millionen DM ausgezahlt wurden. Vgl. Hoffmann: NPD, S. 235/236.

die nationaldemokratische Kampagne ansonsten durch neugestaltetes Werbematerial vor allem auf ein sympathischeres Image ab, um die allgemeine Isolation zu durchbrechen<sup>918</sup>.

1985 bündelte die NPD dann alle Kräfte für die saarländische Landtagswahl am 10. März, bediente dort hauptsächlich ausländerfeindliche Positionen und wertete bescheidene 0,7 Prozent im Nachhinein schon als bedeutendes Lebenszeichen – nicht ahnend, dass der nächste Dämpfer bereits hinter der nächsten Kurve wartete: Bereits am 12. Oktober 1986 erlitt die Partei in Bayern mit 0,5 Prozent auch deshalb leichte Verluste, weil man den Republikanern (3,0) als neuen lagerinternen Rivalen deutlich den Vortritt lassen musste. Um sich von dem aufstrebenden Nebenbuhler abzuheben, schickten sich die Nationaldemokraten danach schleunigst an, dessen systemkonforme Reputation anprangern und sich selbst demgegenüber als die „authentische Rechte“ aufzuspielen<sup>919</sup>.

Bei der Bundestagswahl am 25. Januar 1987 gingen die REP allerdings noch nicht ins Rennen, was die NPD wohl geradewegs dazu anspornte, die Bemühungen auszuweiten. Nachdem zu Anfang die Vorbereitung des fast flächendeckenden Antritts Vorrang genoss<sup>920</sup>, galt die Aufmerksamkeit danach größtenteils der Außenwirkung: Man versuchte verstärkt, sich positiver – im Sinne von moderner und weniger vergangenheitsfixiert – zu verkaufen und die Menschen über die persönliche Schiene für sich zu vereinnahmen. Die Strategen hofften, die verbreiteten Stigmatisierungsreflexe hierüber auszuhebeln und die ausgemachten „Stimmungen in Stimmen [zu] verwandeln“<sup>921</sup>. Chancen rechnete sich die Partei dabei nicht bloß beim desillusionierten nationalkonservativen Potential aus, das sich nach der ausgebliebenen Wende rasch von der CDU/CSU abzuwenden drohte, sondern auch bei sozialschwachen Wählern. Die Ausländer- und Asylproblematik gehörte sowieso schon zu den grundlegenden Agitationsfeldern. Im Prinzip ging dieser Plan durchaus auf, gleichwohl der ganz große Wurf ausblieb; mit 0,6 Prozent gelang de facto aber immerhin die Verdreifachung des Stimmenanteils gegenüber 1983 und die Vergrößerung des finanziellen Spielraums durch die Sicherung der Wahlkampfkostenerstattung<sup>922</sup>. Außerdem verhalf der Achtungserfolg den Nationaldemokraten vorübergehend zu mehr medialer Aufmerksamkeit.

---

<sup>918</sup> So verabschiedeten sich die Nationaldemokraten von der schwarz-weiß-roten Symbolik vergangener Wahlkämpfe, die augenscheinlich rückwärtsgewandt und direkt mit rechtsextremistischen Standpunkten assoziierbar war, und verteilten stattdessen massenweise Aufkleber mit schwarz-rot-goldenen Herzen und dem vordergründig wenig verfänglichen Aufdruck „Ein Herz für Deutschland“. Vgl. Hoffmann: NPD, S. 235.

<sup>919</sup> Vgl. a.a.O., S. 233/234.

<sup>920</sup> Die NPD war damals in allen Ländern mit Listen und außerdem in 172 Wahlkreisen mit Direktkandidaten vertreten. Vgl. a.a.O., S. 237.

<sup>921</sup> Ebd.

<sup>922</sup> Das Ergebnis von 1987 sicherte der NPD 1,3 Millionen DM aus der Wahlkampfkostenerstattung. Vgl. a.a.O., S. 238.



Gleichzeitig kam es dank der verbesserten Ausgangslage in den Folgemonaten zur erneuten Annäherung mit Gerhard Frey, der einen Partner für seine mittlerweile über den Parteistatus verfügende DVU-Liste D suchte<sup>923</sup>. Am 2. April 1987 vermochte der Verleger diesbezüglich Vollzug zu vermelden: Die Kooperation, welche die Verhandlungsführer mit ausdrücklichem Verweis auf die Wahrung der Selbständigkeit abmachten, sollte Konkurrenzsituationen ausschließen und sah darum alternierende Kandidaturen zu den nächsten Wahlen sowie wechselseitige Schützenhilfe zur Durchführung der dazugehörigen Kampagnen vor<sup>924</sup>. Die NPD legte daraufhin bereits am 17. Mai bei den Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz mit 0,7 Prozent deutlich zu, bevor die Volksunion bei der Bremer Bürgerschaftswahl am 13. September mit landesweiten 3,4 Prozent sogar den Sprung ins Parlament schaffte<sup>925</sup>. Wenngleich das aufgefrischte Bündnis an der nationaldemokratischen Basis allein schon aufgrund der Vorfälle und Auseinandersetzungen in der Vergangenheit auf Antrieb für Diskussionsbedarf sorgte, schienen die steigenden Wahlergebnisse die schwelenden Widerstände schnell zu dämpfen. Davon abgesehen war das vorläufige Stillhalten vermutlich auch als Reaktion auf das anfangs schwerlich zu deutende Verhalten der Republikaner zu verstehen, die sich vom Rechtsextremismus nach außen scharf abgrenzten – und sich dennoch anschickten, die szeninterne Vorherrschaft zu übernehmen<sup>926</sup>.

Zudem stand für die Partei nun die mehrfach aufgeschobene Verabschiedung des neuen Programms im Zentrum<sup>927</sup>. Gemessen an den vorherigen Positionspapieren ließ man die „nationaldemokratischen Gedanken für eine lebenswerte Zukunft“<sup>928</sup>, die auf dem Parteitag in Uehlfeld vom 13.-15. November 1987 eher mäßige Zustimmungswerte erzielten<sup>929</sup>, vor allem moderater und moderner erscheinen. Traditionelle Vergangenheitsbezüge mussten zugunsten zeitgemäßerer Themenfelder wie der Umweltproblematik und ausdrücklichen Treueschwüren auf die demokratische Verfassungsordnung weichen<sup>930</sup>. Hierbei manifestierte sich der Rückgriff auf die Ideen der „Neuen Rechten“ nicht nur in einem –

---

<sup>923</sup> Allerdings hatten sich die Verantwortlichen beider Parteien bereits seit dem Vorjahr durch Andeutungen in Publikationen bemüht, der diesbezüglich höchst skeptischen Anhängerschaft die Wiederannäherung sozusagen schonend beizubringen. Vgl. Hoffmann: NPD, S. 240.

<sup>924</sup> Vgl. ebd.

<sup>925</sup> Siehe Kapitel 5.2.2.

<sup>926</sup> Siehe Kapitel 5.2.1.

<sup>927</sup> Schon der Parteitag am 1./2. Oktober 1983 in Fallingbostal hatte sich für die Formulierung eines neuen Programms ausgesprochen, woraufhin eigens eine Kommission eingerichtet wurde, die allerdings erst Mitte 1985 ein erstes Konzept vorzulegen vermochte. Dessen Verabschiedung wurde dann allerdings – auch aufgrund weiterhin akuter inhaltlicher Differenzen – mehrfach aufgeschoben. Vgl. Hoffmann: NPD, S. 328.

<sup>928</sup> Siehe Kapitel 7.5.

<sup>929</sup> Schlussendlich votierten auf dem Sonderparteitag nur 71 Prozent der Delegierten für den vorgelegten Programmwurf. Vgl. Hoffmann: NPD, S. 328.

<sup>930</sup> Vgl. Fascher: Modernisierter Rechtsextremismus, S. 126/127.

durch den weitgehenden Verzicht auf Reizwörter aus der NS-Ideologie – erkennbar entschärften Duktus, sondern auch in ethnopluralistischen und antiegalitären Vorstellungen, im Neutralismus ebenso wie in der Hervorhebung der nationalen Identität. Die NPD wollte weg vom ständigen Kritisieren und stattdessen Konstruktivität, Kompetenz und somit Wählbarkeit signalisieren.

Die sowieso schon strittigen Verbindungen zur DVU wurden alsbald weiter ausgebaut. Mit dem Rückenwind des langsamen Aufwärtstrends, der den Wahlergebnissen des Vorjahrs zu entnehmen war, legten die Verantwortlichen zum 14. Januar 1988 neue Abmachungen vor – und stellten die Anhängerschaft damit erneut vor vollendete Realitäten<sup>931</sup>. Demnach sollten die Nationaldemokraten zur Europawahl 1989 zugunsten der Volksunion zurückstecken und dafür eine Million DM als Einmalzahlung sowie das Vorrecht auf die Beteiligung an der nächsten Bundestagswahl erhalten. In der Praxis waren Kosten und Nutzen dieser Kompromisslösung allerdings weder aus wirtschaftlicher Perspektive noch den Personalaufwand anbelangend auch nur annähernd ausgeglichen verteilt<sup>932</sup>, so dass die Kritik seitens der NPD-Basis drastisch wuchs. Viele Anhänger befürchteten den Ausverkauf und damit verbundenen Bedeutungsverlust der Partei, monierten die Nachgiebigkeit bei der Absprache der Bündnisverpflichtungen und bescheinigten den Verhandlungsführern mangelnde Professionalität<sup>933</sup>.

Am Druck auf den Vorstand schien daher selbst das vergleichsweise starke Abschneiden im Jahre 1988 nicht viel zu ändern: Eingedenk der verhaltenen Erfolge der vorangegangenen Monate waren die Nationaldemokraten zur Landtagswahl in Baden-Württemberg am 20. März – mit dem vornehmlich medialen Beistand der DVU durch die „Deutsche National-Zeitung“ – in der Lage, den aufwendigsten Werbefeldzug seit Langem auf die Beine zu stellen<sup>934</sup>. Durch massive, soziale Probleme aufgreifende Propaganda schaffte man schließlich achtbare 2,1 Prozent. Das Ergebnis brachte der NPD nicht bloß die staatliche Erstattung der Aufwendungen, sondern bedeutete dazu die beste Ausbeute seit 1971. Davon angestachelt wollte die Partei am 8. Mai in Schleswig-Holstein direkt

---

<sup>931</sup> Vgl. Hoffmann: NPD, S. 241.

<sup>932</sup> Für den Verzicht auf die Europawahl erhielt die NPD von der DVU zwar eine Million DM, musste davon aber erst einmal einen staatlichen Vorschuss von um die 800.000 DM für das schwache Ergebnis von 1984 zurückzahlen. Dazu kamen weitere Kosten aus der Wahlkampfunterstützung für den Partner, so dass die Nationaldemokraten aus diesem Pakt wohl kaum wirtschaftliches Kapital schlagen konnten. Darüber hinaus hatte man den mit der Kampagne verbundenen Personalaufwand nahezu alleine zu stemmen, nachdem die Volksunion als „Phantompartei“ selbst nicht über hinreichende Kapazitäten verfügte. Vgl. a.a.O., S. 241.

<sup>933</sup> Vgl. ebd.

<sup>934</sup> Vgl. a.a.O., S. 245.

nachlegen, vermochte die Wahlkampagne dort aber nicht annähernd auf dem selben Niveau durchzuführen<sup>935</sup> – und steigerte sich dennoch wenigstens auf 1,2 Prozent.

Die Zusammenarbeit mit der DVU sorgte währenddessen weiter für Zündstoff. Am 26. Juni 1988 fand ein eigens dazu einberufener Sonderparteitag in Feucht statt, der die fortwährenden Streitigkeiten in dieser Frage schlichten sollte. Der Vorsitzende Martin Mußnug wagte dort notgedrungen die Machtprobe, verband die Entscheidung über den ausgehandelten Verzicht auf die Europawahl mit der Vertrauensfrage – und setzte sich mit 182:133 Delegiertenstimmen vorerst durch<sup>936</sup>. Bei näherer Betrachtung wies der Burgfrieden allerdings von Anfang an Bruchstellen auf, wofür schon die Anstrengung diverser Amtsenthebungs- und Ausschlussverfahren durch die NPD-Führung sprach<sup>937</sup>. Die vorhandenen Gräben zwischen den verschiedenen Strömungen in der Anhängerschaft, vereinzelt Spitzenfunktionären und der Vorstandsmehrheit waren nicht zugeschüttet, sondern allenfalls verdeckt worden – denn an der Allianz mit der Volksunion schieden sich nach wie vor die Geister.

Dass sich die Nationaldemokraten an den schwelenden Differenzen zwar stellenweise aufrieben, an dem immanenten Zwiespalt gleichwohl nicht zerbrachen, sich der Zusammenhalt und die innerparteiliche Disziplin mit der Zeit vielmehr stabilisierten, dürfte nicht zuletzt auf den wachsenden Druck von außen zurückzuführen gewesen sein. Denn neben den gesellschaftlichen Protesten gegen die Veranstaltungen der Partei<sup>938</sup>, die analog zu den steigenden Wahlergebnissen an Vehemenz gewannen und das Verbundenheitsgefühl stärkten, wurden deren Reihen wohl gerade durch den Vormarsch der Republikaner wieder geschlossen: Auch wenn diese durch den Sprung ins Berliner Abgeordnetenhaus am 29. Januar 1989 einen enormen Bedeutungsschub erhielten und lagerintern erst einmal an der NPD vorbeizogen<sup>939</sup>, lieferte der Achtungserfolg

---

<sup>935</sup> Vgl. Hoffmann: NPD, S. 246.

<sup>936</sup> Vgl. a.a.O., S. 243.

<sup>937</sup> Nachdem auf dem Sonderparteitag schon der saarländische Vorsitzende Peter Marx sowie sein Vorgänger Bernhard Kuhn suspendiert worden waren, sägte der Bundesvorstand danach mit den rheinland-pfälzischen und hessischen NPD-Landeschefs Karl-Heinz Pfirrmann und Hans Schmidt resolut weitere Kritiker ab. Vgl. a.a.O., S. 242-244.

<sup>938</sup> Die Protestaktionen, die die NPD bereits seit den späten 60er Jahren begleitet und auch angesichts des Niedergangs der Partei nie aufgehört bzw. nachgelassen hatten, schienen sich mit der Zeit verselbständigt zu haben und brandeten daher im Zuge des abermaligen Wiedererstarkens umso stärker auf. In der Literatur wurden die vor allem von den Gewerkschaften ausgerichteten Gegendemonstrationen mitunter auch als Versuch ausgelegt, die „(...) *Versäumnisse des historischen antifaschistischen Kampfes gegen die NSDAP nun beim Kampf gegen die NPD ‚nachzuholen‘*.“ Vgl. Dudek/Jaschke: Rechtsextremismus in der BRD. Band 1, S. 331 (Hervorhebung wie im Original).

<sup>939</sup> Siehe Kapitel 5.2.1.

nichtsdestotrotz allen Beobachtern den eindeutigen Beweis, dass die Stimmabgabe für rechtsextremistische Akteure nicht länger aussichtslos respektive von vornherein „verschenkt“ war.

Von dieser augenscheinlichen Verbesserung der politischen Voraussetzungen wollten nun natürlich auch die Nationaldemokraten profitieren. Hinsichtlich der Kommunalwahl in Hessen am 10. März desselben Jahres stand daher abermals die Ausländer- und Asylproblematik im Mittelpunkt der Kampagne, setzten die Verantwortlichen an vorderster Stelle auf die Sorgen und Ängste der Menschen vor der Verschärfung sozialer Missstände<sup>940</sup>. Mithin am wirksamsten war die an Protestwähler appellierende Strategie in Frankfurt am Main, wo sich die NPD schließlich mit 6,6 Prozent sogar in Fraktionsstärke in der Stadtverordnetenversammlung wiederfand. Im Gegensatz zur Gründungsphase, in der man primär in agrarisch ausgerichteten Regionen zu punkten wusste, schien der Rechtsextremismus somit auch in den Großstädten mehr und mehr anzukommen<sup>941</sup>. Dazu schlug sich der skizzierte Aufwärtstrend nach und nach in der Stärkung der Strukturen nieder; so durchbrachen die Anhängerzahlen nach mäßigen Anstiegen in den Vorjahren nun wieder die Marke von 7.000<sup>942</sup>. Ferner verbesserte das schon 1985 eingerichtete „Nationaldemokratische Bildungszentrum“ (NBZ) die Möglichkeiten und Bedingungen einer systematischen Fortbildungspraxis der Mitglieder<sup>943</sup>.

### **6.2.7. Auf verlorenem Posten: Die NPD in der Phase der Wiedervereinigung**

Die Euphorie über das verhaltene Erstarken der NPD dauerte nicht allzu lange an, dafür sorgte schon die verheerende Pleite in der Europawahl vom 18. Juni 1989, in der die Partnerin DVU den angepeilten Parlamentseinzug mit lediglich 1,6 Prozent der Stimmen deutlich verpasste<sup>944</sup>. Den Kritikern der Kooperation verlieh diese Niederlage natürlich neue Nahrung. Des Weiteren – und das war im Nachhinein weitaus wichtiger – schienen die Nationaldemokraten auf den Mauerfall wenige Monate später sowie auf die sich abzeichnende Wiedervereinigung nicht nur absolut nicht vorbereitet, sondern auf die Schnelle auch nicht im Stande zu sein, angemessen darauf zu antworten. Die frappierende

---

<sup>940</sup> Vgl. Hoffmann: NPD, S. 247/248.

<sup>941</sup> Vgl. Neubacher: NPD, DVU-Liste D, Die Republikaner, S. 22-24.

<sup>942</sup> Vgl. Hoffmann: NPD, S. 460.

<sup>943</sup> Das NBZ, für dessen Aufbau und Leitung der spätere Vorsitzende Udo Voigt verantwortlich zeichnete, veranstaltete seit 1985 im Haus einer Sympathisantin im italienischen Iseo einwöchige Schulungen und Lehrgänge mit jeweils zehn Anhängern. Als die NPD das Nutzungsrecht für das Anwesen 1992 wieder verlor, waren dort – gemäß eigenen Angaben – etwa 250 Aktivisten gefördert worden. Vgl. Eigenfeld, Ulrich: Der NPD-Parteivorsitzende Udo Voigt. In: Apfel, Holger (Hrsg.): „Alles Große steht im Sturm“. Tradition und Zukunft einer nationalen Partei. 35 Jahre NPD – 30 Jahre JN. Stuttgart, 1999, S. 253-254, S. 253.

<sup>944</sup> Siehe Kapitel 5.2.2.

Einfall- und Konzeptlosigkeit und die fehlende Geradlinigkeit offenbarten sich eigentlich schon in den ersten fahigen Gehversuchen der vorausgeschickten Kräfte östlich der Elbe: Ab Dezember 1989 gingen dort vereinzelte Aktivisten daran, im Dunstkreis der Montagsdemonstrationen die gängigen Materialien zu verteilen, um Anhänger zu gewinnen – mit durchwachsenem Anklang<sup>945</sup>. Parallel dazu suchte die Parteispitze vergeblich die Nähe des vermeintlichen DDR-Pendants Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NDPD). Dabei wurde schnell deutlich, dass über die Namensähnlichkeit hinaus keinerlei Basis für mögliche Bündnisse vorlag<sup>946</sup>, was konkret hieß, dass man die Strukturen der Blockpartei nicht vorübergehend mitnutzen konnte, sich vielmehr dringend selbst welche schaffen musste.

Der Rasanz, mit der sich die Rahmenbedingungen zu verändern begannen, hatte die Partei spontan wenig entgegenzusetzen und sah sich deshalb ausgerechnet in diesem historischen Prozess auf völlig verlorenem Posten – ebenso wie der Rest des bundesdeutschen Rechtsextremismus, der dafür bald die Rechnung bekommen sollte. Denn nachdem dessen Repräsentanten seit 1945 stets als die Verfechter der Deutschen Einheit schlechthin aufzutreten pflegten, spielten selbige im von den Etablierten souverän vorangetriebenen Einigungsverfahren plötzlich keinerlei Rolle und vermochten von den dynamischen Vorgängen um das alte „Monopolthema“<sup>947</sup> demnach keineswegs zu profitieren. Den Nachweis dafür brachte schon die saarländische Landtagswahl am 28. Januar 1990, bei der sich die NPD wieder auf dem Niveau der vorherigen Niedergangsphase befand und bloß 0,2 Prozent auf sich vereinte. Dazu verzeichneten die Nationaldemokraten am 13. Mai auch in Niedersachsen (0,2 Prozent) und Nordrhein-Westfalen (0,0) verheerende Niederlagen.

Während der Aufwärtstrend in den Wahlergebnissen also abrupt abbrach, verlief der organisatorische Aufbau in der DDR weiterhin schleppend<sup>948</sup>, wobei man dort aus Angst vor Verbotsmaßnahmen anfangs ohnehin nicht offen als NPD agierte, sondern seit dem 24. März 1990 mit dem Decknamen Mitteldeutsche Nationaldemokraten (MND) um Mitglieder warb<sup>949</sup>. Letzten Endes verschmolzen die deutsch-deutschen Verbände erst auf dem außerordentlichen Parteitag am 7. Oktober desselben Jahres in Erfurt zu einer einheitlichen Plattform, die zu den vier Landtagswahlen im Osten am 14. Oktober erstmals

---

<sup>945</sup> Vgl. Hoffmann: NPD, S. 249/250.

<sup>946</sup> Vgl. Wagner, Bernd: DVU, NPD, REP in Ostdeutschland. In: Mecklenburg, Jens (Hrsg.): Braune Gefahr. DVU, NPD, REP. Geschichte und Zukunft. Berlin, 1999, S. 91-96, S. 94/95.

<sup>947</sup> Marschall: Rechtsextremismus und deutsche Einheit, S. 183.

<sup>948</sup> Nicht zuletzt deshalb musste die NPD die Listen zu den anstehenden Landtagswahlen mit zahlreichen „Westimporten“ auffüllen. Vgl. Hoffmann: NPD, S. 250/251.

<sup>949</sup> Vgl. Steglich: NPD in Sachsen, S. 59.

antrat – mit ausnahmslos niederschmetternden Ergebnissen: Tendenziell schnitt man schon damals im späteren „Musterland“ Sachsen (0,7 Prozent) am stärksten ab; in Mecklenburg-Vorpommern (0,2), Thüringen (0,2) und Brandenburg (0,1) war hingegen nichts zu holen. Die Mehrheit der Menschen vertraute augenscheinlich auf die Union als Motor der Vereinigung.

Blendet man aus, dass die Bürger der neuen Bundesländer mit manchen Parolen der NPD – zum Beispiel verherrlichenden Bezugnahmen auf die NS-Herrschaft und daraus abgeleiteten revisionistischen Positionen – wenig anzufangen wussten, wurden deren Bemühungen auch dadurch verkompliziert, dass nun verschiedenste rechtsextremistische Phänomene aufeinanderprallten<sup>950</sup>. In Ostdeutschland stand diese politische Richtung notgedrungen seit jeher für subkulturelle, protestorientierte und nicht selten gewaltsame Opposition gegen das staatssozialistische Regime, galt gemeinhin als jugendlich dominiert und spontan, ideologisch jedoch nicht sonderlich gefestigt<sup>951</sup>. Im Westen stellte sich das „nationale“ Lager dagegen nicht nur auf dem Level der Programmatik als vielfach differenzierter dar, sondern war demzufolge in diverse, meist miteinander verfehdete Parteien versprengt. Deren nachgerade naiver Versuch, die traditionellen Verbandsstrukturen nach der Wende einfach zu transferieren und die potentielle Anhängerschaft in der ehemaligen DDR in die eigenen starren Apparate zu pressen, verkannte demzufolge die dortigen Voraussetzungen – und schien daher von vornherein verfehlt, da das Angebot nicht zur Nachfrage passte. Im Gegensatz dazu gestaltete sich das Interesse an durchlässigeren, sprich weniger straff institutionalisierten Gruppierungen „drüben“ wesentlich größer, so dass nach 1989 insbesondere innerhalb der Skinhead-Szene und des neonationalsozialistischen Vereinswesens wechselseitige Verbindungen geknüpft und intensiviert wurden<sup>952</sup>.

Mit der Bundestagswahl vom 2. Dezember 1990 sollte sich die neuerliche Marginalisierung der Nationaldemokraten, die durch die Dominanz der Bonner Parteien im Prozess der Wiedervereinigung schnell von der Bildfläche verdrängt worden waren, derweil nachhaltig verfestigen. Standen damals in der allgemeinen Wahrnehmung die Verschmelzung der deutschen Staaten und die Bewältigung der anhängigen wirtschaftlichen Belastungen im Vordergrund, warb die NPD abermals verbissen mit Slogans zur Ausländer- und Asylproblematik, weshalb die Aufmerksamkeit an deren

---

<sup>950</sup> Vgl. Stöss: Rechtsextremismus im vereinten Deutschland, S. 169-175.

<sup>951</sup> Siehe Kapitel 3.7.

<sup>952</sup> Vgl. Marschall: Rechtsextremismus und deutsche Einheit, S. 182/183; Stöss: Rechtsextremismus im vereinten Deutschland, S. 94.

Bestrebungen meist völlig vorbeilief. Daran änderte auch der fast flächendeckende Antritt nichts<sup>953</sup>. Außerdem sekundierte die DVU die vergleichsweise schwach ausgestattete Kampagne dieses Mal allenfalls verhalten, so dass sich das langsame Auseinanderdriften der Kooperationspartner in den darauffolgenden Monaten schon absehen ließ. Mit 0,3 Prozent verfehlte man dementsprechend deutlich das Minimalziel der Wahlkampfkostenerstattung und schlitterte in die schwerste Depression der Parteigeschichte.

Eine akute Existenzgefährdung ging vor allem von der großen Schuldenlast aus. Satt 1,5 Millionen DM an Verbindlichkeiten hatten die Nationaldemokraten angehäuft, weshalb die Verantwortlichen hin und wieder in der „Deutschen Stimme“ zu „Notopfern“ aufriefen<sup>954</sup>. In dem Maße wie für die politischen Aktivitäten der gleiche Sparzwang galt wie für die parteieigene Administration<sup>955</sup>, grassierten in der Anhängerschaft Missmut, Skepsis und Apathie. Knapp zwei Wochen nach der Wahlniederlage zog Martin Mußnug daher die Konsequenzen des dauerhaften Misserfolgs: Am 19. Dezember 1990 verabschiedete sich der NPD-Chef nach 19 Jahren von seinem Posten; der Auslöser dafür war neben der generellen Aussichtslosigkeit wohl speziell in seiner spürbar geschwächten Position zu suchen<sup>956</sup>. Bis auf weiteres agierte der Stellvertreter Walter Bachmann als Interimslösung. Ab Anfang 1991 spitzte sich der Führungswechsel dann zum Flügelkampf zu. So experimentierte eine um den abgetretenen Vorsitzenden, den einstigen Generalsekretär Walter Seetzen und den – aufgrund des Geldmangels – entlassenen Geschäftsführer Jürgen Schützinger entstandene Gruppe mit Vereinigungsbestrebungen<sup>957</sup>. Die prominenten Aushängeschilder plädierten dafür, sich nicht länger sinnlos für die kaum mehr vor dem Ableben zu bewahrenden Nationaldemokraten zu verausgaben und selbige stattdessen komplett von der bereits kurz davor konstituierten „Deutschen Allianz“ schlucken zu

---

<sup>953</sup> Die NPD stand seinerzeit in allen Ländern mit Listen zur Wahl; außerdem nominierte man Direktkandidaten in 281 der 328 Wahlkreise. Vgl. Hoffmann: NPD, S. 252.

<sup>954</sup> Vgl. a.a.O., S. 253.

<sup>955</sup> So musste die NPD – abgesehen von massiven Kürzungen des Personalbestands in der Stuttgarter Bundesgeschäftsstelle – auch den Kostenaufwand für die Parteizeitung drosseln, was das Blatt qualitativ wie quantitativ auszehrte. Vgl. a.a.O., S. 253/254.

<sup>956</sup> Spätestens nach dem Sonderparteitag zur Allianz mit der DVU, wo Mußnug bereits zur Vertrauensfrage greifen musste, wirkte das Ansehen des Vorsitzenden in gravierendem Maße beschädigt. Das Scheitern der Kooperation mit der Volksunion, die fortwährende Konzeptlosigkeit in der Phase der Wiedervereinigung und die wachsenden finanziellen Schwierigkeiten fügten der Position des Parteichefs dann weiteren Schaden zu. Vgl. a.a.O., S. 254.

<sup>957</sup> Vgl. a.a.O., S. 254/255.

lassen<sup>958</sup>. Die Mehrheit der Mitgliederbasis stand solchen Wagnissen gleichwohl ablehnend gegenüber und sprach sich für die Weiterarbeit als NPD aus. Schließlich verfügte man selbst in diesen schweren Stunden über intakte, weitverzweigte Strukturen mit vergleichsweise vielen Aktivisten und sah sich insofern nach wie vor als stärksten Akteur des „nationalen“ Spektrums in Deutschland. Der vormaligen Sammlungsbewegung drohte damit die Spaltung.

### 6.2.8. Radikalisierung als Verfallsbeschleuniger

Der Parteitag am 7./8. Juni 1991 in Herzogenaurach schien im Hinblick auf die massiven internen Differenzen nachgerade zur Weichenstellung zu avancieren, schließlich implizierte die anstehende Wahl des neuen Vorsitzenden indirekt auch das Votum über die selbständige Weiterexistenz als NPD<sup>959</sup>. Der Rückkehrer Günter Deckert, der sich selbiger – nach seinem Rückzug im Jahre 1982 – keine sechs Monate vorher wieder angeschlossen hatte<sup>960</sup>, kandidierte nun auf Geheiß der Vorstandsmehrheit und somit der Vereinigungsgegner; sein Rivale auf der Gegenseite hieß Jürgen Schützing. Das Abstimmungsergebnis gestaltete sich mit 207:59 Delegiertenstimmen für die Fusionsgegner und den Fortbestand der Nationaldemokraten bemerkenswert deutlich, woraufhin die Verlierer schon bald zur „Deutschen Allianz“ wechseln sollten – mit weitreichenden Folgen: Innerhalb weniger Monate sackten die Mitgliedszahlen 1991/92 um stolze 1.000 auf 5.000 ab<sup>961</sup>. Fast genauso schwer wog der Aderlass unter den Funktionären<sup>962</sup>, was sich darin manifestierte, dass der propagierte Neuanfang – mangels personeller Alternativen – maximal in Ansätzen umzusetzen war<sup>963</sup>.

Dessen ungeachtet verlagerten sich die Programmschwerpunkte der Partei umso stärker. Auch wenn es im Allgemeinen bei der bisherigen Akzentuierung der Ausländerproblematik blieb, band die NPD nun vermehrt nationalrevolutionäre Aspekte ein und verschärfte die Ausdrucks- und Aktionsformen. Zum nacheifernswerten Beispiel nahm man sich dabei speziell die neuen sozialen Bewegungen<sup>964</sup>. Rückblickend am drastischsten gab sich die vom gerade erst gewählten Vorsitzenden eingeleitete Radikalisierung aber in der dominanten Rolle des Revisionismus zu erkennen, der in

---

<sup>958</sup> Siehe Kapitel 5.3.3.

<sup>959</sup> Vgl. Hoffmann: NPD, S. 256.

<sup>960</sup> Vgl. Wagner: NPD nach der Spaltung, S. 159.

<sup>961</sup> Vgl. Hoffmann: NPD, S. 460.

<sup>962</sup> Das galt gerade für Baden-Württemberg, wo diverse Spitzenfunktionäre dem Beispiel des Landeschefs Schützing nacheiferten und die NPD verließen, woraufhin dieser Landesverband gar vorübergehend von der Bundespartei verwaltet werden musste. Vgl. Wagner: NPD nach der Spaltung, S. 160.

<sup>963</sup> Vgl. Hoffmann: NPD, S. 257.

<sup>964</sup> Vgl. Backes/Moreau: Extreme Rechte, S. 40.



Verbindung mit das „Dritte Reich“ glorifizierenden, mitunter auch antisemitischen Vorstellungen allmählich in den Vordergrund gelangte<sup>965</sup>. Nachdem die Nationaldemokraten stets allein schon aus strategischen Motiven – sprich, um die definitive gesellschaftliche Brandmarkung und dauerhafte Beeinträchtigung der Wählbarkeit abzuwenden – darauf geachtet hatten, den gebotenen Mindestabstand zum (Neo-)Nationalsozialismus zu halten, gab man derartige Bedenken damals gänzlich auf, so dass diese sensible, selbst auferlegte Bändigung mehr und mehr ins Wanken geriet.

Wobei sich der inhaltliche Wandel bei den vereinzelt Wahlteilnahmen nach der Wiedervereinigung noch nicht sonderlich bezahlt zu machen vermochte: Punktuell näherte sich die Partei ab 1991 zwar erneut der DVU an, stand dem alten Partner zum Beispiel anlässlich der Bremer Bürgerschaftswahl am 29. September zur Seite und erhielt nach dessen Parlamentseinzug mit 6,3 Prozent zwei der sechs Sitze<sup>966</sup>. Das aufgefrischte Bündnis war allerdings nicht von Dauer und zerfiel schnell wieder, weil den Vereinbarungen die Verlässlichkeit abging, wodurch sich die Beziehungen zwischen den Beteiligten nachhaltig verschlechterten<sup>967</sup>. Außerdem wurden die ideologischen Gräben immer sichtbarer, womit die Grundlagen für weitere Abmachungen schwanden. Am 5. April 1992 musste sich die NPD bei der baden-württembergischen Landtagswahl folglich mit mageren 0,9 Prozent begnügen – die dringend benötigte Wahlkampfkostenerstattung blieb Wunschdenken, stattdessen vergrößerten sich die finanziellen Probleme<sup>968</sup>. Trotzdem die Ausländer- und Asylthematik, die im Rückblick schon den Aufwärtstrend des Rechtsextremismus vor 1989/90 mitzuverantworten hatte, dem Anschein nach mittlerweile wieder stärker zum Tragen kam, waren die hauptsächlichen Profiteure kaum in den sektiererischen Nationaldemokraten, stattdessen in den moderateren Republikanern zu sehen, die sensationelle 10,9 Prozent holten.

Unabhängig von der andauernden Verschärfung der eigenen Standpunkte entschied der Vorstand der NPD demnach im Mai 1992, neue Unvereinbarkeitsbeschlüsse zu erlassen, um die Demarkationslinien zu den im Umfeld aufsprießenden Splittergruppierungen eindeutig abzustecken<sup>969</sup>. Die Parteispitze selbst sah darin dennoch wohl eher einen

---

<sup>965</sup> Vgl. Gerlach, Julia: Auswirkungen der Verbote rechtsextremistischer Vereine auf die NPD. In: Backes, Uwe/Steglich, Henrik (Hrsg.): Die NPD. Erfolgsbedingungen einer rechtsextremistischen Partei. Baden-Baden, 2007, S. 233-260, S. 241/242.

<sup>966</sup> Siehe Kapitel 5.2.2.

<sup>967</sup> Vgl. Hoffmann: NPD, S. 260-262.

<sup>968</sup> Bis zum Jahresende 1992 waren die Schulden der NPD auf um die 760.000 DM gegenüber dem Bund und weitere 438.000 DM gegenüber dem Land Baden-Württemberg gestiegen, woraufhin der Präsident des Stuttgarter Landtags die Pfändung der Landesverbandskonten anordnete. Vgl. a.a.O., S. 259.

<sup>969</sup> Der Vorstandsbeschluss wies darauf hin, dass die NPD „mit Gruppen, von denen Gewalt ausgeht oder die totalitäre Systeme kopieren“ keine Gemeinsamkeiten habe und verbot der Gefolgschaft darum ausdrücklich

notwendigen symbolischen Akt denn ein ernsthaftes Ausschlusskriterium, so dass die Absichtserklärungen in der Praxis schlechterdings das Papier nicht wert zu sein schienen. Zumal die wachsende Offenheit gegenüber der neonationalsozialistischen Szene auf erheblichen Schnittmengen und gemeinsamen Vorlieben wie der angeblichen „Objektivierung der Zeitgeschichte“<sup>970</sup> und einer gezielten Vereinnahmung der Sozialpolitik gründete, aufgrund derer eine direkte Zusammenarbeit durchaus nahelag. So versuchten infolge des angesprochenen Kurswechsels insbesondere die JN, Kontakte zu aktionsorientierten Kräften dieser Strömung aufzubauen und Kooperationen anzubahnen, um das Mobilisierungspotential der Mutterpartei zu verbreitern. Manche Vertreter der Jugendorganisation brachten sich beispielsweise bei der Durchführung von Demonstrationen und Veranstaltungen ein und schafften es darüber, diverse Vorkämpfer aus diesem Milieu für den eigenen Verband zu akquirieren und als „Verbindungsmänner“ einzusetzen<sup>971</sup>. Die Nachwuchsabteilung agierte damit als weitläufiges Sammelbecken verschiedenster „nationaler“ Kreise und wirkte zugleich als wichtige Klammer zwischen den Nationaldemokraten und den Subkulturen.

Tendenziell verabschiedete sich die NPD durch die langsame Aufweichung der Abgrenzung nicht nur von der legalistischen Ausrichtung vergangener Tage, sondern verhinderte im selben Atemzug neue lagerinterne Allianzen. So wiesen die Protagonisten von DVU und Republikanern – womöglich auch aufgrund der ausländerfeindlichen Pogrome anfangs der 90er Jahre und der daherrührenden Sorge vor Repressionen – nahezu alle Sammlungsbestrebungen aus deren Richtung ab<sup>972</sup>. Außerdem war die mangelnde Verhandlungsbereitschaft im Rückblick wahrscheinlich nicht zuletzt das Resultat des schleichenden Realitätsverlusts seitens der nationaldemokratischen Vorstandsriege, die sich stur zur Vorreiterin des deutschen Rechtsextremismus deklarierte, sich in Auserwähltheits- und Alleinvertretungsansprüchen verlor und im zwischenmenschlichen

---

Doppelmitgliedschaften in der FAP, NF, NO, DA und NL. Vgl. Gerlach: Verbote rechtsextremistischer Vereine, S. 244.

<sup>970</sup> Apfel: Geschichte der NPD, S. 54.

<sup>971</sup> Am 17. August 1993 beteiligten sich die JN beispielsweise beim Rudolf-Heß-Gedenkmarsch in Fulda, bei dem deren damals stellvertretender Vorsitzender Holger Apfel sogar zu den Rednern zählte; daneben zeigten sich Funktionäre des Nachwuchsverbands seither regelmäßig bei revisionistischen Veranstaltungen wie dem „Heldengedenken“ in Halbe. Vgl. Apfel: Geschichte der NPD, S. 53; Gerlach: Verbote rechtsextremistischer Vereine, S. 246/247; Pfahl-Traughber: NPD zwischen Aktion und Politik, S. 151.

<sup>972</sup> Die Aufbruchstimmung, die sich die NPD etwa von dem im April 1993 vorgeschlagenen „Bündnis Deutschland“ erhoffte, wurde schon im Keim erstickt, da sich die REP eine Antwort darauf schlicht sparten und sich die DVU wiederum nur zu einer Berücksichtigung einzelner nationaldemokratischer Kandidaten im Rahmen der eigenen Wahllisten einverstanden erklärte. Vgl. Hoffmann: NPD, S. 262.

Austausch mit den moderateren Rivalen dementsprechend wenig zuvorkommend verhielt<sup>973</sup>. Man driftete somit praktisch sehenden Auges ins politische Abseits.

Weithin zum Sinnbild dafür avancierte die aufsehenerregende Welle von Strafverfahren um den amtierenden Vorsitzenden: Für seine revisionistischen, die NS-Verbrechen stellenweise relativierenden Vorträge und Verlautbarungen stand Deckert seinerzeit wiederholt vor Gericht und wanderte später sogar wegen Volksverhetzung und Verunglimpfung ins Gefängnis<sup>974</sup>. In der allgemeinen Wahrnehmung kam die NPD darum vor allem in der ausnahmslos kontraproduktiven Verbindung mit diesen Verurteilungen vor und konnte insofern kaum verhindern, damit identifiziert und schlussendlich stigmatisiert zu werden. Das seriöse Image, das sich die Partei jahrzehntelang vergeblich zu verschaffen versucht hatte, schien durch die skandalumwitterten Prozesse um deren hochrangigsten Vertreter jedenfalls vollends hinfällig. Davon abgesehen nahmen die Gegenmaßnahmen und Sanktionen durch die Staatsgewalt analog zu der damaligen Serie von Vereinsverboten zu, angefangen von Veranstaltungsstopps über Versammlungsaufösungen zu Durchsuchungsaktionen<sup>975</sup> – auch, da die nationaldemokratischen Verbände dazu anhoben, die Gefolgschaft der aufgelösten Splittergruppierungen im Vorbeigehen aufzusaugen<sup>976</sup>.

Auf Wahlebene schwanden die sowieso schon minimalen Aussichten derweil immer mehr, drohte man sich mit dem ideologischen Wandel und den schärferen Agitationsformen selbst zu isolieren. Notgedrungen setzte die NPD inzwischen auf Schwerpunktkandidaturen und stand deshalb im „Superwahljahr“ 1994 bloß bei drei von insgesamt sieben Landtagswahlen auf dem Stimmzettel. In Niedersachsen schaffte die Partei am 13. März schwache 0,2 Prozent, verschlechterte sich damit aber im Vergleich zu 1990 wenigstens nicht weiter. Dagegen bedeutete das selbe Ergebnis bei der Europawahl am 12. Juni beachtliche Verluste (von 0,8 auf 0,2 Prozent). In Bayern votierte dann am 25. September allenfalls jeder 1000. Bürger für die abgeschlagenen Nationaldemokraten (0,1 Prozent).

Ob dieser ernüchternden Bilanz und des schleppenden Vorlaufs entschied sich die NPD schließlich, die Vorbereitungen zur Bundestagswahl am 16. Oktober abzubrechen und – zum ersten und nach wie vor einzigen Mal – den Verzicht zu erklären. Unter den

---

<sup>973</sup> Vgl. Hoffmann: NPD, S. 263.

<sup>974</sup> Vgl. a.a.O., S. 265-267.

<sup>975</sup> Vgl. Brandstetter: NPD im 21. Jahrhundert, S. 81.

<sup>976</sup> Deckert selbst suchte – wie bereits während seiner JN-Zeit – stets die Nähe zur paramilitärischen WJ, mit deren Verbot 1994 die damalige Verbotswelle praktisch beendet war. Daneben stand der Vorsitzende dem Vernehmen nach in Verhandlungen mit Funktionären der DA und gab sich aufgeschlossen gegenüber Mitgliedern der aufgelösten FAP. Vgl. Der SPIEGEL: Für jeden offen, S. 68; Hoffmann: NPD, S. 264/265.

gegebenen Umständen galt zum einen die rechtzeitige Sammlung der erforderlichen Unterstützungsunterschriften als wenig realistisch. Zum anderen erwartete man ein Scheitern der REP an der Sperrklausel, das den Rivalen wohl ein wenig entzaubern würde<sup>977</sup>. Letztlich beteiligten sich die Nationaldemokraten darum ausschließlich bei der am selben Tag durchgeführten Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern – und hatten hier angesichts blamabler 0,1 Prozent sogleich den nächsten Tiefschlag zu beklagen. Wenngleich Deckerts Plan, sich angesichts der nachlassenden Wiedervereinigungseuphorie durch die Betonung sozialpolitischer Motive verstärkt der Mobilisierung des schlummernden Wähler- und Mitgliederpotentials in den neuen Bundesländern zu verschreiben, vorerst also nicht aufging, da neben den desolaten Wahlergebnissen auch die ansässigen Verbände zu schlecht aufgestellt schienen, deutete sich die spätere Verlagerung der Parteischwerpunkte dorthin schon vorsichtig an<sup>978</sup>.

Bezüglich der anhaltenden Schwäche in den alten Bundesländern war dagegen wenig Besserung in Sicht: In Hessen, das inzwischen den stärksten Landesverband stellte<sup>979</sup>, vereinte die Partei am 19. Februar 1995 zu vernachlässigende 0,3 Prozent auf sich. Bei der Bremer Bürgerschaftswahl am 14. Mai desselben Jahres landete man im Ringen mit der DVU (2,5 Prozent) und den Republikanern (0,3) lediglich auf dem dritten Rang (0,1). Nach außen vermochte die niederschmetternde Situation der Stellung des NPD-Chefs dennoch nichts anzuhaben. Jedenfalls wurde Deckert auf dem Parteitag am 10./11. Juni in Arnstorf mit stolzen 92,3 Prozent wiedergewählt und wähnte sich fest im Sattel, was gleichwohl weniger seiner famosen Autorität denn seiner drohenden Inhaftierung und der davon ausgelösten Solidaritätswelle geschuldet war<sup>980</sup>. Die Stimmung schlug nämlich schnell um, so dass das nationaldemokratische Präsidium schon am 30. September die Suspendierung des Vorsitzenden aufgrund seiner wiederholten Strafprozesse und des Vorwurfs der willkürlichen Verwendung des Parteivermögens durchsetzte<sup>981</sup>.

Deckert selbst wehrte sich dagegen vor dem baden-württembergischen Schiedsgericht, das seine Absetzung auf Anhieb widerrief, woraufhin sich die Verfechter seiner Amtsenthebung im Berufungsverfahren an die Bundesinstanz wandten, deren

---

<sup>977</sup> Vgl. Hoffmann: NPD, S. 260.

<sup>978</sup> Vgl. a.a.O., S. 259/260.

<sup>979</sup> Vgl. a.a.O., S. 259.

<sup>980</sup> Für den durchaus wahrscheinlichen Fall der Inhaftierung Deckerts wählten die Delegierten gleichwohl vorsorglich dessen Vize Udo Voigt zum geschäftsführenden Vorsitzenden. Vgl. a.a.O., S. 268.

<sup>981</sup> In erster Linie wurde Deckert zur Last gelegt, die Einnahmen aus Erbschaften, die verstorbene Anhänger eigentlich der Gesamtpartei vermacht hatten, hin und wieder für sich selbst genutzt zu haben; dabei ging es scheinbar nicht nur um Geldbeträge, sondern auch um Immobilien. Vgl. a.a.O., S. 270/271.

Beschlussfassung aber versandete<sup>982</sup>. Kurzum, die Kontroverse stiftete Konfusion und schürte das Konfliktpotential. Sowohl in der Anhängerschaft als auch auf der Vorstandsebene gingen die Auffassungen in dieser Streitfrage über weite Strecken auseinander; die Atmosphäre gestaltete sich geradezu aggressiv: Unter anderem beanstandete der Vizechef Udo Voigt, der auf der Seite des angezählten Parteiobers blieb, dessen Sturz und dankte aus Protest ab<sup>983</sup>. Des Weiteren machten sich der von dem stellvertretenden Bundesvorsitzenden angeführte Verband aus Bayern sowie acht andere Landesorganisationen, viele davon aus den neuen Bundesländern<sup>984</sup>, mit Nachdruck für die Wiedereinsetzung des ausgebooteten NPD-Chefs stark und veröffentlichten dazu mit der „Deckert-Stimme“ und „Deckert-Depesche“ sogar alternative Streitschriften zur vorstandsgelenkten DS, um die „Verräter“ anzuprangern und die Stimmung an der Basis dahingehend zu schüren<sup>985</sup>. Demgegenüber konnten die Kritiker des Vorsitzenden<sup>986</sup>, die sich mehrheitlich für moderateres Auftreten und die Konzentration auf modernere Standpunkte aussprachen, die katastrophale Verfassung der Nationaldemokraten anführen und mit den Wahlpleiten, den sinkenden Mitgliedszahlen, die kaum mehr über die Marke von 3.500 kamen<sup>987</sup>, sowie der mangelnden wirtschaftlichen Konsolidierung schlagende Argumente vorlegen, so dass der Widerstand allmählich schwand.

Für die Beendigung der monatelangen Krise sorgte dann die Kampf Abstimmung auf dem Parteitag in Bad Dürkheim am 23./24. März 1996, die den Führungswechsel amtlich machte<sup>988</sup>: Mit 88:83 Stimmen gewann Voigt gegen den inhaftierten Deckert, der immerhin zum Stellvertreter gewählt wurde<sup>989</sup>. Gleichwohl die Grabenkämpfe vermutlich auch deshalb nicht direkt abklingen, hatte man das Größte damit hinter sich – die Grundsteinlegung für die „neue“ NPD war vollzogen, nicht mehr und nicht weniger. Denn

---

<sup>982</sup> Vgl. Hoffmann: NPD, S. 269.

<sup>983</sup> Vgl. ebd.

<sup>984</sup> Am Rande der stürmischen Auseinandersetzungen um den Vorsitzenden zogen manche Verbände aus den neuen Bundesländern zwischenzeitlich sogar die Abspaltung als „Mitteldeutsche Rechte“ in Betracht. Vgl. a.a.O., S. 270.

<sup>985</sup> Vgl. a.a.O., S. 269.

<sup>986</sup> Zu dieser Fraktion gemäßigter Funktionäre zählten die stellvertretende Vorsitzende Ellen Scherer, das Vorstandsmitglied Thomas Salomon sowie nicht zuletzt der Multifunktionär Peter Marx. Vgl. a.a.O., S. 270.

<sup>987</sup> Damit hatten sich die Mitgliedszahlen seit der Wiedervereinigung augenscheinlich halbiert – von 7.000 auf 3.500. Vgl. a.a.O., S. 460.

<sup>988</sup> Nach der Absetzung des zwischenzeitlich inhaftierten Deckert war die Führung der NPD interimweise in die Hände der zweiten und dritten stellvertretenden Vorsitzenden Udo Holtmann und Scherer gelegt worden – denn der für diesen Fall zunächst vorgesehene geschäftsführende Vorsitzende Voigt war wie gesagt vorübergehend von seinen Ämtern zurückgetreten. Vgl. a.a.O., S. 269.

<sup>989</sup> Vgl. Jesse, Eckhard: Biographisches Porträt: Udo Voigt. In: Backes, Uwe/Ders. (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie. 18. Jahrgang. Baden-Baden, 2006, S. 207-219, S. 208.

auf die zur Kleinpartei verkommene Kraft, die sich von nun an nicht nur personell und programmatisch, sondern vor allem strategisch anders aufstellen sollte, warteten augenscheinlich aufwendige Korrekturarbeiten. Dafür sprach schon das dürftige Resultat bei der Landtagswahl in Rheinland-Pfalz, die am selben Wochenende stattfand und den Nationaldemokraten mit 0,4 Prozent den desillusionierenden Nachweis über die aktuelle Rolle im bundesdeutschen Parteiensystem bescherte.

### **6.3. Die „neue“ NPD**

Rückblickend hatte sich die NPD mit der skizzierten Radikalisierung in der ersten Hälfte der 90er Jahre definitiv in eine heikle Sackgasse manövriert; die Situation erschien in verschiedener Hinsicht verfahren. Denn elektoral spielte die nach wie vor erfolgreichste Plattform des organisierten Rechtsextremismus in Deutschland offenkundig längst keine Rolle mehr, nahm mittlerweile selbst im lagerinternen Ringen mit den Republikanern und der DVU klar den dritten und somit letzten Platz ein. Dazu stand die vormalige Massenbewegung, deren Mitgliedszahlen infolge des dauerhaften Misserfolgs und der anhaltenden internen Differenzen stetig schwanden, sozial allein schon aufgrund des schwerlich zu vermittelnden ideologischen Dogmatismus vollkommen isoliert da. Ungeachtet entsprechend düsterer Prognosen vermochte sich die zur Randnotiz verkümmerte Partei unter der Regie des neuen Vorsitzenden Udo Voigt dennoch erstaunlich schnell zu stabilisieren und den schleichenden Verfall einzubremsen. Wobei dieser praktisch schon in den Wochen direkt nach seiner Wahl einige maßgebliche programmatische und strategische Weichenstellungen einleitete, die den nationaldemokratischen Wiederaufstieg mittelfristig erst möglich machten.

#### **6.3.1. Stabilisierung und Neuausrichtung**

Um die NPD wieder aus dem politischen Abseits zu befördern, bemühte sich Udo Voigt zu Beginn seiner Amtszeit vor allem um die Verbreiterung der personellen Basis durch die Bekräftigung des Sammlungsgedankens. Bereits anlässlich seiner Wahl auf dem Bad Dürkheimer Parteitag im März 1996 machte sich der neue Vorsitzende deshalb – mit Blick auf die nächste Bundestagswahl – für das Projekt „Bündnis Deutschland“ stark<sup>990</sup>. Allerdings scheiterte die erhoffte Allianz mit der DVU und den Republikanern schon im Ansatz, da deren Repräsentanten die nationaldemokratischen Avancen schlichtweg nicht

---

<sup>990</sup> Vgl. Pfahl-Traugher: „Zweiter Frühling“ der NPD, S. 26.

erwiderten<sup>991</sup>. Die Konsequenz sah so aus, dass man das Werben um die direkte Konkurrenz vorläufig aufgab und den Wirkungsbereich dafür mehr und mehr auf aktionistische, neonationalsozialistische Kreise und die damit stellenweise verwachsene, nicht selten aber nur diffus anpolitisierte Skinhead-Szene ausdehnte, die von nun an sowohl als Kooperationspartner als auch als „Steinbruch“<sup>992</sup> für die Kaderakquisition dienen sollten. Die Kontakte zu Vertretern jener Strömungen, die besonders die JN in den Vorjahren angebahnt hatten, wurden jetzt systematisch ausgebaut, was jedoch häufig von beidseitigem Interesse war, weil die subkulturellen Kräfte aufgrund der staatlichen Verbotschwellen notgedrungen nach neuen, sicheren Strukturen suchten.

Im Verlauf dieser defensiv motivierten Verlagerungsbestrebungen dominierten zunächst zwei Vorgehensweisen<sup>993</sup>. Mancherorts entwickelte sich die Maxime der „Organisation durch Desorganisation“ schnell zum entscheidenden Orientierungspunkt: Um die Angriffsfläche für künftige Sanktionsmaßnahmen zu minimieren, verabschiedete man sich vom altbewährten Vereinswesen und agierte stattdessen in kleineren und voneinander autonomen, dafür meist netzwerkartig – durch moderne Kommunikationsmittel und Aktionsbüros – miteinander verbundenen Kameradschaften ohne offen sichtbaren Apparat<sup>994</sup>. Andere setzten dagegen auf den Schutzmantel des Parteienprivilegs und schlossen sich der NPD an, die seinerzeit die in der Praxis sowieso nie wirklich wasserdichten Abgrenzungsbeschlüsse stornierte und sich als Sammelbecken anbot<sup>995</sup>. Speziell die Bestände der schwach aufgestellten nationaldemokratischen Verbände in den neuen Bundesländern schwollen durch die schier „wahllose“<sup>996</sup> Aufnahme von Anhängern der aufgelösten Splittergruppierungen abrupt an.

Wenngleich sich sicherlich schon vorher einige militante Aktivisten in der NPD engagiert hatten, stellte das Ausmaß dieser seitens der Vorstandsspitze ausdrücklich angeregten Vorgänge dennoch ein Novum dar – und das von quantitativer ebenso wie von qualitativer Warte aus, denn nicht wenige Neuzugänge steuerten nach und nach Ämter auf höchsten Verbandsebenen an. Die einst eher sporadische Zusammenarbeit mit einzelnen Protagonisten wich demnach dem zum Teil durchaus erfolgreichen Versuch einer

---

<sup>991</sup> Während breitere Kooperationen der drei Gesamtparteien seinerzeit nicht zustandekommen sollten, zeigten sich manche Kreisverbände durchaus zu Kompromissen bereit und veranstalteten Gesprächsrunden bzw. Vortragsveranstaltungen mit Vertretern verschiedenster Kräfte. Musterbeispiele dafür waren Dresden und Leipzig, wo die NPD mit den REP, der DVU und diversen Splittergruppierungen an der Sammlung des „nationalen“ Lagers arbeitete. Vgl. Steglich: NPD in Sachsen, S. 99.

<sup>992</sup> Gerlach: Verbote rechtsextremistischer Vereine, S. 233.

<sup>993</sup> Vgl. Grumke, Thomas/Klärner, Andreas: Rechtsextremismus, die soziale Frage und Globalisierungskritik – eine vergleichende Studie zu Deutschland und Großbritannien seit 1990. Berlin, 2006, S. 41.

<sup>994</sup> Vgl. ebd.; Thein: Organisatorischer Erneuerungsprozess, S. 220-222.

<sup>995</sup> Vgl. Apffel: Geschichte der NPD, S. 53.

<sup>996</sup> Hoffmann: NPD, S. 272.

dauerhaften Einbindung des weitläufigen neonationalsozialistischen Mobilisierungspotentials, durch dessen Zustrom sich der ideologische Einfluss derartiger Tendenzen innerhalb der Partei naturgemäß erweiterte. Währenddessen galt das gewagte Unterfangen gerade bei den moderateren, mehrheitlich älteren Mitgliedern als nicht sonderlich gern gesehen, schließlich mussten die Nationaldemokraten dadurch nicht nur steigender Unterwanderungsgefahr ins Auge blicken, sondern außerdem befürchten, durch das martialische Auftreten der auf bedenklichem Wege vergrößerten Basis vollends zum „Bürgerschreck“ zu verkommen<sup>997</sup>. Demgegenüber beobachtete man die einsetzende Magnetwirkung in den Reihen der „Freien Nationalisten“, sprich in der Kameradschaftsszene, ebenfalls mit Skepsis<sup>998</sup>, warnte vor einer zu engen Symbiose, wollte sich die Selbständigkeit bewahren und bei etwaigen Kollaborationen nicht als bloßes „Fußvolk“ vereinnahmen lassen, womit die Reibungspunkte diverser Konflikte in der späteren „Volksfront“ letztlich schon damals durchschimmerten.

Die unübersehbaren Veränderungen, die Voigt anschob, blieben allerdings nicht auf die organisatorische Stabilisierung der Partei durch die den unterschiedlichen Subkulturen nahezu uneingeschränkt offenstehenden Strukturen begrenzt, auch die agitatorischen Prioritäten begannen sich allmählich zu verschieben, wobei sich beide Prozesse wechselseitig bedingten und verstärkten. Gleichwohl sich der Vorsitzende vom rigoros revisionistischen Kurs seines Vorgängers Günter Deckert nicht grundsätzlich distanzierte, rückten sozial- und wirtschaftspolitische Motive, die für gewöhnlich mit Kapitalismuskritik verschmolzen, nun in den Vordergrund<sup>999</sup>. Neu daran schienen freilich weniger die Inhalte selbst, da derartige Ideen in der NPD de facto schon früher anzutreffen waren, als vielmehr die steigende Intensität und der Nachdruck, mit dem selbige fortan vertreten wurden<sup>1000</sup>. Die Nationaldemokraten bewegten sich somit bereits spürbar in Richtung derjenigen Spielarten von „Völkischem“, „Deutschem“ bzw. „Nationalem Sozialismus“, deren Diskussion die innerparteilichen Debatten in den darauffolgenden Jahren beeinflussen und stellenweise sogar bestimmen sollte.

In dem neuen Programm, das der Parteitag am 7./8. Dezember 1996 in Ohrel verabschiedete<sup>1001</sup>, schlug sich der darin anklingende Paradigmenwechsel, mit dem die weitgehende Abkehr von der deutschnational-nationalkonservativen Prägung und der

---

<sup>997</sup> Vgl. Pfahl-Traughber: NPD zwischen Aktion und Politik, S. 151.

<sup>998</sup> Vgl. Brandstetter: NPD im 21. Jahrhundert, S. 86.

<sup>999</sup> Vgl. Pfahl-Traughber: „Zweiter Frühling“ der NPD, S. 23/24.

<sup>1000</sup> Vgl. Pfahl-Traughber, Armin: Die NPD in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre. Ideologie, Strategie und Organisation. In: Leggewie, Claus/Meier, Horst (Hrsg.): Verbot der NPD oder mit Rechtsradikalen leben? Die Positionen. Frankfurt am Main, 2002, S. 30-43, S. 35.

<sup>1001</sup> Siehe Kapitel 7.6.



Schwenk zur mehrheitlich völkisch-nationalsozialistischen Ausrichtung verbunden waren, vorerst allerdings nur ansatzweise nieder. So tauchten die angesprochenen Varianten des Sozialismusbegriffs trotz der thematischen Schwerpunktsetzung auf die Sozial- und Wirtschaftspolitik nicht darin auf. Dahinter stand aber wohl vor allem der Versuch, die wachsende NS-Affinität zu verschleiern, weshalb der Duktus im Vergleich mit späteren Verlautbarungen auch sonst vordergründig moderat ausfiel. Dennoch ließ sich die stärker nationalrevolutionäre Stoßrichtung nicht leugnen: Die fadenscheinigen Bekenntnisse der NPD zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik fehlten schon vollständig, dafür verlangten deren Zielsetzungen im Gegenzug den „Austausch der Mächtigen“ sowie den Abschied von den „Aufklärungsutopien“, um die Zukunft Deutschlands zu sichern. Die Wiederherstellung der Volksgemeinschaft galt dabei gleichzeitig als Voraussetzung „wahrer“ Volksherrschaft wie als notwendiger Gegenentwurf zur vermeintlich verkommenen, weil multikulturellen Gesellschaft. Auf der Grundlage solchermaßen ethnopluralistisch angehauchten Gedankenguts, das ebenso wie die strikte Ablehnung der EU nichts genuin Neues mehr darstellte, griffen die Nationaldemokraten außerdem globalisierungsfeindliche Elemente auf und erschlossen sich darüber ein weiteres, aktualitätsbezogenes Sachgebiet. Da die klassischen Problemfelder wie Grenzrevisionen und Vergangenheitspolitik demgegenüber nicht wegfielen, kam das Papier im Großen und Ganzen als Mixtur verschiedenster Perspektiven und Positionen daher – und passte damit durchaus zu der politischen Metamorphose, die man damals durchlief.

Zu diesem schleichenden Umbruch zählte nicht zuletzt die strategische Umorientierung. Immerhin näherte sich die NPD den subkulturellen Kräften, nach deren dauerhafter Integration die strukturelle Konsolidierung verlangte, nicht allein anhand der angesprochenen ideologischen Kurskorrekturen immer mehr an; auch im Auftreten sowie insbesondere in den Aktionsformen suchte man mittels der vermehrten Durchführung von Aufmärschen und Kundgebungen den Schulterchluss. Dabei nahmen große Teile des rechtsextremistischen Aktionspotentials das gewandelte Angebot sehr positiv auf, wodurch den Nationaldemokraten als Mitinitiatoren der Demonstration gegen die Wehrmachtsausstellung am 1. März 1997 in München auf Antrieb die Mobilisierung von rund 5.000 Personen aus ganz Deutschland gelang<sup>1002</sup>, was gerade in Anbetracht der

---

<sup>1002</sup> Vgl. Pfahl-Traugber: „Zweiter Frühling“ der NPD, S. 24.

Tatsache, dass die Partei selbst nur über 4.300 Mitglieder verfügte<sup>1003</sup>, schon als gewisser Achtungserfolg zu werten war.

Hierauf brachte allerdings bereits die Hamburger Bürgerschaftswahl am 21. September desselben Jahres, bei der man mit 0,1 Prozent nicht annähernd mit den bemerkenswerten Resultaten der DVU (4,98) und REP (1,8) mithalten vermochte, den Beweis über die vorwiegend negativen Auswirkungen der neuen, martialischen Außendarstellung. Was an vorderster Stelle den drastischen Rückgang der Wählbarkeit betraf, der sich nicht auf die breite Masse beschränkte, stattdessen auch bei denjenigen Wählern zu beobachten war, die normalerweise durchaus zur Stimmabgabe für Rechtsaußenformationen neigen, nun aber anscheinend bevorzugt für die beiden moderateren Rivalen votierten. Die Bundesführung der NPD zeigte sich vom damit verbundenen Bedeutungsverlust dennoch ziemlich unbeeindruckt. Primär schien das Augenmerk sowieso nicht länger auf der Politik im Sinne des alten Selbstverständnisses als halbwegs seriöse Wahlpartei zu liegen, sondern auf der Aktion, das heißt, auf der Profilierung durch aufsehenerregende Straßenpräsenz und außerparlamentarische Provokationen. Die Nationaldemokraten wollten weg vom staubigen Nimbus der systemkonformen und staatstragenden „Altherrenpartei“ und sich stattdessen zur modernen, „systemfeindlichen“ Alternativbewegung stilisieren.

Das modifizierte, aggressivere Selbstbild spiegelte sich schlussendlich auch in der neuen „Drei-Säulen-Strategie“ wider, die der Vorsitzende auf dem Parteitag am 10./11. Januar 1998 in Stavenhagen als für alle Verbände und Subgliederungen verbindliche Direktive vorlegte<sup>1004</sup>. Im Kern verstand jenes vor kriegerischer Wortwahl sprühende Konzept den angepeilten Wiederaufstieg von der marginalen zur maßgeblichen Kraft ausdrücklich als mittelfristigen Prozess, der sich auf drei jeweils miteinander korrelierende Pfeiler stützt. Vereinfacht dargestellt soll der „Kampf um die Straße“, der in dieser Phase klar im Vordergrund stand, vornehmlich der Steigerung der Publizität und der Stärkung der Kampagnenfähigkeit dienen, der „Kampf um die Köpfe“ dagegen für die parallele Verbreitung der Programmatik und die mentale Verankerung des Weltbilds sorgen, während der „Kampf um die Wähler“ nicht nach kurzfristigen, protestbedingten Mandatsgewinnen strebt, vielmehr die schrittweise Vorbereitung des nachhaltigen parlamentarischen Durchbruchs – durch kommunale Verwurzelung und die kontinuierliche Sicherung der staatlichen Wahlkampfkostenerstattung – vorsieht.

Abgesehen von dieser bedeutenden Standortbestimmung baute die NPD, die Voigt auf der Delegiertenversammlung in Mecklenburg-Vorpommern mit deutlicher Mehrheit im Amt

---

<sup>1003</sup> Vgl. Stöss: Rechtsextremismus im Wandel, S. 104.

<sup>1004</sup> Siehe Kapitel 8.

bestätigte<sup>1005</sup>, damals aber auch die anfangs noch nicht sonderlich soliden Verbindungen zu den Subkulturen weiter aus. So hievte die Partei mit Steffen Hupka, Jens Pühse und Frank Schwerdt gleich drei namhafte Vertreter der neonationalsozialistischen Szene, die in der Vergangenheit hochrangige Funktionäre verbotener Splittergruppierungen gewesen waren<sup>1006</sup>, in den Vorstand, wodurch sich das Verhältnis zu den stark von Persönlichkeiten geprägten Netzwerken der „Freien Nationalisten“ gravierend verbesserte und verfestigte. Die Nationaldemokraten befanden sich somit allenthalben im Begriff, den bisherigen Status als reine Wahlpartei abzuschütteln und sich zur radikalen Speerspitze der rechtsextremistischen Bewegung aufzuschwingen.

Die feierliche Proklamation dieses neuen Selbstbewusstseins fand am 7. Februar 1998 in Passau statt, als um die 4.000 Teilnehmer aus allen Segmenten des anhängigen Spektrums zum von der NPD veranstalteten „1. Tag des Nationalen Widerstands“ anrückten<sup>1007</sup>. Dabei kam die veränderte Ausrichtung schon im kämpferischen Appell des Vorsitzenden zum Ausdruck:

**„Wir sind stolz darauf Deutsche zu sein! Wir bekennen uns zu unserem Volk und seiner unteilbaren Geschichte. Wir melden hier und heute den Führungsanspruch im sogenannten ‚Nationalen Lager‘ an! (...) Wir sind die NAPO, die ‚Nationale Außerparlamentarische Opposition in Deutschland‘! Für eine bessere Zukunft unseres Volkes! Deutschland den Deutschen! Der Nationale Widerstand erwacht! **Nur gemeinsam sind wir stark!** – **Organisierter Wille bedeutet Macht!** (...) **Nichts für uns, alles, ALLES für unser geliebtes und genug geschändetes deutsches Vaterland!**“<sup>1008</sup>**

Nachdem der Schlüssel zur Massenwirkung – der „Drei-Säulen-Strategie“ entsprechend – vorwiegend in der dauerhaften Mobilisierung für den „Kampf um die Straße“ zu erblicken war<sup>1009</sup>, warb man mit dem dazugehörigen Modell der „NAPO“ explizit um die Mitarbeit der militanten Kräfte. Für deren Unterstützung ging Voigt sogar soweit, sämtliche Unvereinbarkeitsbeschlüsse der Vergangenheit zu negieren – und garantierte größtmögliche Unvoreingenommenheit: „Wir fragen dich nicht länger, was du gestern gemacht hast, in welcher Partei oder Organisation du gewesen bist, sondern wir

---

<sup>1005</sup> Vgl. Stöss: Rechtsextremismus im Wandel, S. 135.

<sup>1006</sup> Während Hupka und Pühse in der Führungsriege der 1992 zerschlagenen „Nationalistischen Front“ aktiv waren, amtierte Schwerdt zuvor als Vorsitzender des Vereins „Die Nationalen“, der sich 1997 vor dem Hintergrund des drohenden Verbots selbst auflöste.

<sup>1007</sup> Vgl. Gerlach: Verbote rechtsextremistischer Vereine, S. 244/245.

<sup>1008</sup> Voigt, Udo: Mit der NAPO auf dem Weg in das neue Jahrtausend. In: Apfel, Holger (Hrsg.): „Alles Große steht im Sturm“. Tradition und Zukunft einer nationalen Partei. 35 Jahre NPD – 30 Jahre JN. Stuttgart, 1999, S. 469-475, S. 471 (Hervorhebungen wie im Original).

<sup>1009</sup> Siehe Kapitel 8.1.

erwarten von dir, dass du bereit bist, dich einzubringen und einzufügen in unsere Organisation.“<sup>1010</sup> Ausschlusskriterien wie Gewaltbereitschaft und Gesetzesbrüche verloren mit diesem Aufruf zwangsläufig an Gültigkeit; was stattdessen zählen sollte, waren ausschließlich die zusammen verfolgten Absichten. Weiter konnten sich die ohnehin schon mehr als kompromissbereiten Nationaldemokraten kaum öffnen.

Das konkrete Vorhaben der NPD, möglichst viele und vor allem junge Aktivisten für sich zu vereinnahmen, kam auch im spezifischen Ablauf der Veranstaltung in der Nibelungenhalle zum Ausdruck, mit dem man sich konzeptionell sozusagen auf Neuland vorwagte. Schon damals wechselten die Ansprachen der diversen Parteifunktionäre und Protagonisten der neonationalsozialistischen Szene nämlich mit musikalischen Auflockerungseinlagen. Dahinter stand das Vorhaben, durch die systematische Verknüpfung verschiedenster propagandistischer Stilmittel selbst auf weniger politisierte Sympathisanten – wie die Anhänger der Skinhead-Subkultur – attraktiv zu wirken<sup>1011</sup>. Wiewohl sich die Umsetzung anfangs als durchaus ausbaufähig darstellte<sup>1012</sup>, avancierte dieser Weg seither zur Vorlage für die allgemeine Versammlungspraxis.

### 6.3.2. Verlagerung nach „Mitteldeutschland“

Im Nachhinein schienen die strategischen Planspiele der NPD in dieser Phase schon ansatzweise aufzugehen, wenngleich auf verhaltenem Niveau. Mit der ausgesprochen aggressiven sozial- und wirtschaftspolitischen Agitation, dem Schwenk zur Aktionsorientierung und dementsprechend dynamischeren Außendarstellung stieg nicht nur das Medieninteresse, auch die Anziehungskraft auf das – im weitesten Sinne – „nationale“ Spektrum nahm weiter zu. Allein 1997/98 wuchsen die Anhängerzahlen der vormaligen „Altherrenpartei“ um 1.700 auf 6.000 Personen<sup>1013</sup>, wobei auf Anhieb ins Auge

---

<sup>1010</sup> Voigt, zitiert nach Gerlach: Verbote rechtsextremistischer Vereine, S. 244/245.

<sup>1011</sup> Eigentlich war diese Vorgehensweise nicht wirklich neu, schließlich wusste schon die NSDAP um die positiven Effekte der politischen Nutzbarmachung musikalischer Elemente. Davon abgesehen ging die NPD lediglich widerwillig daran, das Schema auch auf modernere Stilrichtungen auszuweiten, denen man lange ablehnend gegenübergestanden war.

<sup>1012</sup> Nachdem sich die Darbietungen seinerzeit hauptsächlich auf Blasmusik sowie die Folklorestücke der Liedermacher Frank Rennicke und Jörg Hähnel beschränkt hatten, baute die NPD in späteren Jahren vermehrt auf die Auftritte von Bands aus der Rechtsrock-Szene, die dem Musikgeschmack der von Jugendlichen dominierten Anhängerschar stilistisch näherkamen. So luden die Nationaldemokraten zum „2. Tag des Nationalen Widerstands“ am 27. Mai 2000 mit Steve „Stigger“ Calladine ein Mitglied der legendären englischen Gruppe „Skrewdriver“ ein, dessen Gastspiel dann allerdings schon im Vorfeld abgesagt wurde. Vgl. Langebach, Martin/Raabe, Jan: Zwischen Freizeit, Politik und Partei: RechtsRock. In: Braun, Stephan/Geisler, Alexander/Gerster, Martin (Hrsg.): Strategien der extremen Rechten. Hintergründe – Analysen – Antworten. Wiesbaden, 2009, S. 163-188, S. 166.

<sup>1013</sup> Vgl. Stöss: Rechtsextremismus im Wandel, S. 104.

stach, dass 70 Prozent dieser Neuzugänge weniger als 30 Jahre alt waren<sup>1014</sup>. Speziell im von den Verantwortlichen meist als „Mitteldeutschland“ bezeichneten Osten vermochten die Nationaldemokraten die Operationsbasis schrittweise zu verbreitern<sup>1015</sup>, so dass Sachsen damals mit über 1.000 Mitgliedern bereits den bundesweit stärksten Verband stellte<sup>1016</sup>.

In dem Maße wie die Gliederungen in den neuen Bundesländern numerisch gesehen also auf dem Vormarsch waren, wahrten diese sich andererseits aber auch gewisse Spielräume für Selbstinterpretationen, die nicht selten von der vorgegebenen Gesamtlinie abwichen, um gezielter an die Befindlichkeiten und Bedürfnisse der Bürger zu appellieren. Musterhaft dafür waren die Meinungsverschiedenheiten und Streitigkeiten in der ab 1998 aufflammenden Sozialismus-Debatte: Während sich der „Deutsche“ oder „Nationale Sozialismus“ der Bundespartei und anderer Landesorganisationen bereits mit der Betonung sozialpolitischer Leitmotive – wohlgerneht bei strikter Abgrenzung von „linken“ Auffassungen – sowie der Ablehnung des bestehenden Systems begnügte<sup>1017</sup>, bildete man in Sachsen den Arbeitskreis „Sozialisten in der NPD“ und liebäugelte ostentativ mit dem stalinistischen Nordkorea<sup>1018</sup>. Ferner präsentierte sich der Verband aus dem Freistaat auf seinen Flugblättern ausdrücklich als antikapitalistische und antiimperialistische Plattform in der Nachfolge der „revolutionären deutschen Arbeiterbewegung“<sup>1019</sup>, stellte auf die positiven Seiten der DDR ab und spielte mitunter mit antiwestdeutschen Ressentiments:

„Wir Mitglieder der NPD in Sachsen stehen zur ganzen deutschen Geschichte und auch zur Geschichte der DDR. Die Mehrheit unserer Mitglieder ist im 8. Jahr des Beitritts der DDR zur BRD der Meinung, daß die DDR das bessere Deutschland war. Wir wollen deshalb die positiven Erfahrungen aus der DDR in die deutsche Politik einbringen. Unsere Partei ist deshalb offen für alle Bürger, und wir fordern ehemalige Hoheitsträger und Führungskräfte der DDR auf, in unserer Partei mit ihrer Sachkunde und ihrem politischen Kritikvermögen zu wirken. Schluß mit der Diskriminierung der Sachsen durch die Westdeutsche Landesregierung in Dresden! Wir sind die Partei für Deutschland und die Deutschen. Für eine neue Nationale Front des demokratischen Deutschlands in Sachsen!“<sup>1020</sup>

---

<sup>1014</sup> Vgl. Hafenecker, Benno: Die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD). In: Mecklenburg, Jens (Hrsg.): Braune Gefahr. DVU, NPD, REP. Geschichte und Zukunft. Berlin, 1999, S. 41-59. S. 51.

<sup>1015</sup> Von den 1.700 Neuzugängen, die 1997/98 in der Mitgliederstatistik der NPD zu Buche schlugen, stammten mehr als 1.000 aus den neuen Bundesländern. Vgl. Stöss: Rechtsextremismus im Wandel, S. 104.

<sup>1016</sup> Vgl. Hoffmann: NPD, S. 272.

<sup>1017</sup> Vgl. Pfahl-Traugher, Armin: Die ideologische, strategische und organisatorische Entwicklung der NPD in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre. In: Lynen von Berg, Heinz/Tschiche, Hans-Jochen (Hrsg.): NPD – Herausforderung für die Demokratie? Berlin, 2002, S. 13-30, S. 20/21.

<sup>1018</sup> Geleitet wurde das Gremium obendrein von Michael Nier, der zu DDR-Zeiten als ordentlicher Professor für Marxismus-Leninismus aktiv war. Vgl. Steglich: NPD in Sachsen, S. 74-77.

<sup>1019</sup> Vgl. exemplarisch dafür den Abdruck eines Flugblatts in DGB-Bildungswerk Hessen e.V.: Die NPD und ihr nationalrevolutionäres Umfeld. Materialien zur neueren ideologischen Entwicklung. Mit einer Einleitung von Jean Cremet. Zweite Auflage. Frankfurt am Main, 1999, S. 38.

<sup>1020</sup> Zitiert nach a.a.O., S. 38/39.

Obwohl solche Vorstöße für den Geschmack vieler Mitglieder sowie vorneweg für die Parteispitze zu weit gingen und diese deshalb gegensteuerte<sup>1021</sup>, gelang den Nationaldemokraten vermutlich gerade dank der „Offenheit“ der Diskussion – sprich durch den vor Ort praktizierten Opportunismus – partiell die schon von Günter Deckert geforderte geistige Verankerung in Ostdeutschland. Ausschlaggebend dafür war wohl vor allem, dass man die sozialisationsbedingten Vorprägungen der dortigen Anhänger- und Sympathisantenschar nicht pauschal abzuqualifizieren pflegte, sich vielmehr anschickte, deren nostalgische Sehnsüchte auszuloten und aufzugreifen, um selbige dann durch vertraute Schlagworte wie Volksgemeinschaft, Solidarität und Antikapitalismus möglichst auf sich zu projizieren.

Nachdem man sich „drüben“ anfangs genauso schwer getan hatte wie die rivalisierende DVU und die Republikaner<sup>1022</sup>, gab die gewandelte NPD ab den späten 90er Jahren als Vorreiterin der rechtsextremistischen Anpassung an die regionalen Verhältnisse und Mentalitätsbestände auf dem alten Territorium der DDR allmählich den Ton an<sup>1023</sup> – mit der gleichermaßen sozialpopulistisch angehauchten wie „systemfeindlichen“ Ausrichtung als Türöffner. So erklärte Voigt die „Schaffung einer Neuen Ordnung“ explizit zum Primärziel<sup>1024</sup>, was es den Nationaldemokraten wahrscheinlich erleichterte, im von den wirtschaftlichen Problemen der Systemtransformation und den nicht eingehaltenen Versprechen westdeutscher Politiker erkennbar ernüchterten, wenn nicht entfremdeten Osten erste Pflöcke einzuschlagen:

„Wir Nationaldemokraten bekennen uns heute zu einem Deutschen Sozialismus und sehen uns als grundsätzliche Alternative zum gegenwärtigen Parteienspektrum. Wir wollen nicht ‚rechter Flügel‘ in diesem Parteienklüngel sein, sondern die Alternative zu diesem. Die NPD ist nicht eine Partei neben den Bonner Parteien, sondern gegen Sie!“<sup>1025</sup>

Der verbreitete Missmut über die so nicht erwarteten Missstände nach der Wiedervereinigung und die existentiellen Sorgen vieler Menschen, die sich nicht selten in steigender Distanz zu Demokratie und Marktwirtschaft niederschlugen, schienen somit ein Ventil zu erhalten.

Der sich abzeichnende Verlagerungsprozess, wonach die aggressiven Vorstellungen der NPD in den neuen Bundesländern schon bald mehr Anziehungskraft besitzen sollten als in

---

<sup>1021</sup> Vgl. Steglich: NPD in Sachsen, S. 74/75.

<sup>1022</sup> In Sachsen verfügte die Partei beispielsweise bereits 1991 über 400 Mitglieder, bevor der dortige Verband bis Mitte der 90er Jahre – insbesondere aufgrund interner Streitigkeiten – zusehends wieder auf weniger als 100 Personen zusammenschumpfte. Vgl. a.a.O., S. 60.

<sup>1023</sup> Vgl. Stöss: NPD, S. 55.

<sup>1024</sup> Vgl. den Abdruck von Voigts Artikel in der Monatszeitschrift „Aula“ (9/1998) in DGB-Bildungswerk Hessen e.V.: NPD, S. 33.

<sup>1025</sup> Voigt, zitiert nach ebd.

den alten, begann sich seinerzeit auch mit Blick auf deren – wiewohl weiterhin spärliche – Abstimmungsergebnisse zu manifestieren. Bei den lediglich zwei von vier Landtagswahlen, zu denen die Nationaldemokraten 1998 antraten, legten diese zwar jeweils zu, zwischen den Bilanzen in den dazugehörigen Bundesländern war jedoch viel Luft: Während sich der bayerische Stimmenanteil am 13. September im Vergleich zu 1994 von 0,1 auf nach wie vor schwache 0,2 Prozent verdoppelte, vermochte man sich zwei Wochen später in Mecklenburg-Vorpommern bereits von 0,1 auf bemerkenswerte 1,1 Prozent zu steigern und sich somit nach zehn Jahren wieder staatliche Mittel aus der Wahlkampfkostenerstattung zu sichern.

Bei der Bundestagswahl, die am 27. desselben Monats – also parallel zu dem Achtungserfolg im Nordosten – stattfand, setzte die NPD derweil auf propagandistische Ambivalenz, um möglichst viele verschiedene Adressatengruppen auf sich zu vereinigen. Neben sozialpolitischen Forderungen mit antikapitalistischer und ausländerfeindlicher Konnotation erschienen daher auf Flugblättern sowohl vordergründig moderate Slogans wie „Gemeinsam für eine neue Politik – Gemeinsam für ein neues Deutschland“ als auch schärfere Parolen wie „Wir wählen den Widerstand – Unser Kampf ist national!“<sup>1026</sup>. Weil die Rezession und die steigende Arbeitslosenquote für die Allgemeinheit im Mittelpunkt standen und nach 16 Jahren „schwarz-gelber“ Regierung den dringenden Wunsch nach Veränderung schürten, wirkten die subversiven Ansätze der Nationaldemokraten für die Mehrheit der Menschen wohl nicht sonderlich verlockend. Wenngleich diesen mit mageren 0,3 Prozent im kontraproduktiven Wettstreit mit den Republikanern (1,8) und der DVU (1,2) daher wieder bloß der dritte Platz blieb, war bei näherer Betrachtung schon zu konstatieren, dass die rechtsextremistischen Parteien in den neuen Bundesländern mittlerweile nicht nur insgesamt wesentlich stärker abschnitten als in den alten, sondern dass dort augenscheinlich besonders die radikaleren Varianten besser ankamen<sup>1027</sup>.

Tendenziell schien sich dieser Trend im folgenden Jahr fortzusetzen. Das heißt, im Westen ging für die NPD 1999 weiterhin wenig, wofür die hessische Landtagswahl am 7. Februar sowie die Bremer Bürgerschaftswahl am 16. Mai, in denen die Partei nicht über 0,2 und 0,3 Prozent hinauskam, gleichsam die Fakten schufen. Dafür endete die Europawahl am 13. Juni immerhin mit einer Verdopplung im Vergleich zu 1994 (von 0,2 auf 0,4 Prozent).

---

<sup>1026</sup> Vgl. exemplarisch dafür den Abdruck eines Flugblatts in DGB-Bildungswerk Hessen e.V.: NPD, S. 46.

<sup>1027</sup> In der Summe vermochten REP, DVU und NPD 1998 in den alten Bundesländern nur 2,9 Prozent der Stimmen auf sich zu vereinen, in den neuen Bundesländern dagegen schon 5,0 Prozent. Obendrein schnitten sowohl die für strikte Vergangenheitsfixierung berüchtigte Volksunion als auch die betont „systemfeindlich“ auftretenden Nationaldemokraten – anders als die moderateren Republikaner – im Osten deutlich stärker ab als im Westen. Vgl. Backes: Entzauberung der Extremisten?, S. 14.

Da die Partei den „Kampf um die Parlamente“ nach und nach in den Vordergrund schieben wollte, waren Spannungen in der Kooperation mit der aktionsorientierten Kameradschafts- und Skinheadszenen allerdings nicht zu vermeiden. In Anbetracht des schwerlich miteinander zu vereinbarenden Antagonismus von martialischer Straßenpräsenz und vermeintlich seriöser Wähleransprache, der sich direkt aus der „Drei-Säulen-Strategie“ speiste, mahnte die Vorstandsspitze zur vorübergehenden Mäßigung – und sorgte damit dafür, dass sich manche Anhänger der Subkulturen alsbald wieder von den Nationaldemokraten abwandten<sup>1028</sup>.

Die notdürftige Kompromisslösung war, dass die Kampagnenführung nun von Mal zu Mal differierte: Vor der brandenburgischen Landtagswahl am 5. September baute der dortige Landesverband auf klassische Wahlkampfaktivitäten wie die Aufstellung von Plakaten und die Verteilung von Werbemitteln, aber auch auf kleinere Aufmärsche und Veranstaltungen, mit denen man sich von der dumpfen Materialschlacht des „Phantoms“ DVU abheben wollte<sup>1029</sup>. Aufwand und Ertrag deckten sich im Resultat dennoch nicht, denn während die NPD schwache 0,7 Prozent holte, schaffte die Volksunion (5,3), für die die REP nach vorheriger Absprache verzichtet hatten<sup>1030</sup>, sogar den Einzug ins Potsdamer Parlament. Hinzu kam, dass sich die Partei sieben Tage später in Thüringen mit 0,2 Prozent nur auf West-Niveau bewegte, womit sich bestätigte, dass die Bäume selbst in den neuen Bundesländern – den scheinbar vielversprechenden Bedingungen zum Trotz – keineswegs in den Himmel wuchsen. In Sachsen verzichteten die Nationaldemokraten danach weitgehend auf Demonstrationen, suchten stattdessen an Infoständen die Nähe der Menschen, sahen dabei aus inhaltlicher Sicht – die Sozialismus-Debatte war inzwischen wieder abgeflaut – von allzu aufrührerischen Parolen ab und verzeichneten am 19. September mit 1,4 Prozent das stärkste Wahlergebnis seit der Wiedervereinigung<sup>1031</sup>. Obendrein bescherte die Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus, bei der man am 10. Oktober erstmals in der Parteigeschichte auf den Stimmzetteln auftauchte, mit 0,8 Prozent eine der besseren Ausbeuten in diesem Jahr.

Obwohl sich die Resultate durchweg in Grenzen hielten, hatte die NPD die schleichende Gewichtsverlagerung des Wählerzuspruchs offensichtlich erkannt und orientierte sich ergo mehr und mehr in Richtung Ostdeutschland. Schließlich schienen im Westen, wo die soziale Stigmatisierung deutlich stärker zu spüren war, selbst verhaltene Erfolge wie das

---

<sup>1028</sup> Vgl. Stöss: *Rechtsextremismus im Wandel*, S. 135/136.

<sup>1029</sup> Vgl. Erb, Rainer: *DVU und NPD im brandenburgischen Wahlkampf*. In: *Deutschland Archiv* 32, 6/1999, S. 947-952, S. 951.

<sup>1030</sup> Vgl. a.a.O., S. 947.

<sup>1031</sup> Vgl. Jesse: *Wahlen 1999*, S. 195.



Erreichen der für die Wahlkampfkostenerstattung nötigen Einprozentmarke nach wie vor nur in wenigen Einzelfällen machbar. Dafür schaffte man es mit den verfügbaren Mitteln einfach zu selten, flächendeckende Präsenz zu erreichen; dem vorhandenen Engagement und der Einsatzbereitschaft der Mitglieder fehlte daher vielerorts die Nachhaltigkeit, um sich auf Dauer als Protestvehikel zu etablieren, so dass etwa den erstaunlichen 1,0 Prozent der Stimmen, die am 27. Februar 2000 in Schleswig-Holstein auf die Partei entfielen, am 14. Mai wieder erbärmliche 0,0 Prozent in Nordrhein-Westfalen folgten. Angesichts der verfahrenen Ausgangssituation schickten sich die Verantwortlichen seinerzeit an, die Nationaldemokraten strukturell anders aufzustellen und vor allem die Schaltstellen neu zu verteilen.

Insbesondere Sachsen wollte man allmählich zur Hochburg ausbauen; den Anfang machte die „Deutsche Stimme“, deren Redaktion im Sommer 2000 auf Initiative des damaligen Verlagsleiters Holger Apfel mitsamt dem angeschlossenen Versandhandel von Sinning nach Riesa wechselte<sup>1032</sup>. Die JN eiferten diesem Beispiel wenig später nach und siedelten die Bundesgeschäftsstelle ebenfalls dort an<sup>1033</sup>. Wobei der Versuch der Agglomeration derartiger Institutionen natürlich die Verlegung der dazugehörigen Ämter und Arbeitsplätze implizierte – inklusive deren Inhabern. Nach und nach ließen sich deshalb diverse prominente Funktionäre im Freistaat nieder, wo sich der in wirtschaftlicher wie personeller Sicht vergleichsweise schmale Sockel der Partei nun zum Schwerpunktzentrum verdichtete und damit das logistische Fundament für die späteren Parlamentseinzüge legte. Zudem siedelte die Zentrale der Bundespartei im selben Jahr von Stuttgart nach Berlin-Köpenick über.

### **6.3.3. Die Nationaldemokraten in der Phase des Verbotsverfahrens**

Wiewohl sich die NPD seit Mitte der 90er Jahre stabilisiert hatte und deren Gewicht innerhalb des organisierten Rechtsextremismus infolge des ideologischen Richtungswechsels sowie vor allem der strategischen Neuausrichtung offenkundig gewachsen war, galt diese von gesamtgesellschaftlicher Warte aus andererseits weiterhin als Randnotiz, das heißt, als allein schon numerisch zu vernachlässigende Größe. Auch wenn die Anhängerzahlen durch die Annäherung an die Subkulturen und deren Aktionsformen stetig stiegen, verfügten die Nationaldemokraten anno 2000 deutschlandweit über allenfalls 6.500 Mitglieder<sup>1034</sup>. Aufgrund der kämpferischen

---

<sup>1032</sup> Vgl. Hartleb: Zeitschriftenporträt: Deutsche Stimme, S. 219.

<sup>1033</sup> Vgl. Steglich: NPD in Sachsen, S. 67.

<sup>1034</sup> Vgl. Stöss: Rechtsextremismus im Wandel, S. 104.

Außendarstellung als Speerspitze der „NAPO“ konzentrierte sich die Anziehungskraft in der Regel auf das militante Spektrum, so dass von der angestrebten Massenbewegung kaum die Rede sein konnte. Stattdessen geriet man immer mehr in die neonationalsozialistische Schieflage, personell genauso wie programmatisch. Der Nebeneffekt war der weitreichende Verlust der Wählbarkeit, der moderatere Sympathisanten fernhielt und zu meist dürftigen Stimmenanteilen führte. Mit anderen Worten, sceneintern schien die Partei durch die Sammlung und Politisierung der radikalen Strömungen wieder jemand zu sein, stand jenseits des „Nationalen Widerstands“ jedoch nach wie vor restlos isoliert da.

Angesichts dieses faktischen Schattendaseins nahm die hektische Debatte um das mögliche Verbot der NPD, die im Sommer 2000 nach mehreren – mitunter nur mutmaßlich, da nie vollständig aufgeklärten – fremdenfeindlichen Anschlägen fast über Nacht aufkam, freilich schon annähernd hysterische Ausmaße an<sup>1035</sup>. Speziell auf Seiten der maßgeblichen politischen Akteure blieben die nötige Sachlichkeit in der Analyse der besagten Attacken und die profunde Auseinandersetzung mit dem Sinn bzw. der Angemessenheit solcher schwerwiegender Sanktionen in dieser nervösen, drangvollen Atmosphäre praktisch durchgängig auf der Strecke. Stattdessen dominierten symbolische Absichtsbekundungen und schlichter Aktionismus, der sich vermutlich auch aus der Sorge vor Ansehensverlusten im Ausland sowie dem damit verbundenen Wunsch speiste, diesbezüglich schleunigst adäquate Signale auszusenden<sup>1036</sup>.

Im schlagzeilenträchtigen Kampf gegen den anscheinend immer aggressiver zu Werke gehenden Rechtsextremismus lieferten sich daher Wortführer aller etablierten Kräfte mit Ausnahme der Liberalen eine Art Wettstreit um die drakonischsten Mittel und Wege und erweckten dabei mitunter den Eindruck, sich in erster Linie gegenseitig den Rang ablaufen zu wollen – mit dem Resultat, dass die Diskussion gerade auf dieser ausschlaggebenden Ebene in Windeseile eine verhängnisvolle Eigendynamik annahm, die eine andere Lösung als den Gang nach Karlsruhe alsbald nicht mehr denkbar erscheinen ließ. In der Wissenschaft sowie im seriöseren Teil der Medienlandschaft war die Skepsis vor derartigen Schnellschüssen dagegen deutlich ausgeprägter, wobei die Tendenzen auch dort auseinandergingen<sup>1037</sup>.

---

<sup>1035</sup> Vgl. Flemming: NPD-Verbotsverfahren, S. 97-123.

<sup>1036</sup> Vgl. Flemming, Lars: Das Scheitern der Anständigen. Der Extremismus erfordert Wachsamkeit, aber blinder Aktionismus schadet. In: Das Parlament, Nr. 45, 7.11.05.

<sup>1037</sup> Vgl. Hartwich, Hans-Hermann: Verbot der NPD? In: Gegenwartskunde, 49/2000, S. 481-491; Leggewie/Meier (Hrsg.): Verbot der NPD.

Noch bevor die genauen Auslöser der angesprochenen Vorfälle geklärt, geschweige denn alle Delinquenten gefasst waren, gerieten die Nationaldemokraten bereits in den Verdacht, als Drahtzieher, wenigstens aber als Anstifter derartiger Ausschreitungen zu wirken. Gewissermaßen hatten deren Verantwortliche diese Geister natürlich selbst gerufen – durch die schier wahllose Aufnahme von Aktivisten aus aufgelösten Splittergruppierungen, den Schulterschluss mit Skinheads und das dementsprechend martialische Auftreten sowie die subversive, dezidiert „systemfeindliche“ Agitation. Dennoch machten es sich viele politische Entscheidungsträger mit dieser eindimensionalen Sichtweise zu einfach, vernachlässigten zumeist etwa die elementare Differenzierung zwischen der Parteiorganisation und deren subkulturellem Vorfeld, zumal selbiges im Verbotsfall ebenso wenig verschwinden würde wie die prekären Einstellungsmuster von Mitgliedern und Sympathisanten<sup>1038</sup>.

Die Verhältnismäßigkeiten schienen demnach nicht zu stimmen: Im Prinzip versuchte man krampfhaft, das große, weil gleichermaßen komplexe wie gesellschaftlich weitverzweigte Problem rechtsextremistischer Gewalt mitsamt der nicht minder verbreiteten Dispositionen auf das relativ kleine Phänomen NPD zu reduzieren und mit der Schlachtung dieses im Grunde marginalen Sündenbocks aus der Welt zu schaffen, was nicht nur von vornherein realitätsfern, sondern womöglich sogar geeignet war, rabiate Gegenreaktionen auszulösen. Jedenfalls hatte sich schon in den 90er Jahren – im Zuge der Zerschlagung diverser neonationalsozialistischer Vereine sowie der dadurch initiierten Verlagerungs- und Verschleierungsbestrebungen innerhalb der Szene – herauskristallisiert, dass die Illegalisierung von Infrastrukturen durch den Staat den dahinterstehenden Ideologien normalerweise nicht allzu viel anzuhaben vermag.

Ungeachtet des mangelnden Weitblicks setzten sich die Protagonisten mit der ungestümen Propagierung scheinbarer Patentlösungen unnötig selbst unter Druck und stolperten somit in diverse „Verbotsfallen“<sup>1039</sup>. Zum Beispiel schränkte man die Auswahl möglicher Vorgehensweisen schon mit der eiligen Berufung einer Bund-Länder-Kommission, die seit dem 11. August 2000 die Aussichten eines Verfahrens erörterte, schlagartig ein. Immerhin mussten sich nun bei einem positiven Befund die dazu berechtigten Institutionen in jedem Fall an das Bundesverfassungsgericht wenden, um Freiheit und Demokratie zu verteidigen, wohingegen ein negativer Bericht einem inoffiziellen Freibrief für die Nationaldemokraten

---

<sup>1038</sup> Vgl. Jesse: Soll die NPD verboten werden?, S. 688/689.

<sup>1039</sup> Vgl. Ders.: Der gescheiterte Verbotsantrag.

entsprochen hätte<sup>1040</sup> – es blieben prinzipiell eigentlich nur diese beiden Varianten, von denen sich die erstgenannte schließlich durchsetzen sollte.

Daraufhin gingen Anfang 2001 gleich drei Anträge nach Art. 21 Abs. 2 GG am Verfassungsgericht ein<sup>1041</sup>, womit die Verfechter eines „Aufstands der Anständigen“ wohl erneut ein gewisses Maß an Ge- und Entschlossenheit demonstrieren wollten. Alle Schriftsätze sprachen sich mit Nachdruck für die Auflösung der NPD mitsamt der Suborganisationen, die Sicherstellung der dazugehörigen Vermögenswerte sowie das Verbot der Neugründung von Nachfolgegruppierungen aus und wichen dabei allein in der argumentativen Schwerpunktsetzung voneinander ab<sup>1042</sup>. Während sich die Bundesregierung anschickte, das aktiv-kämpferische, aggressive Profil anhand von Propagandamaterialien darzulegen<sup>1043</sup>, verwies der Bundesrat auf die Verflechtungen der Partei mit den militanten Subkulturen, wohingegen der Bundestag vornehmlich auf deren angebliche Wesensverwandtschaft mit der NSDAP abhob<sup>1044</sup>. Wiewohl schon die Wucht der dreifach vorgebrachten Anschuldigungen und die bloße Masse an Beweisen die Nationaldemokraten schwer belasten musste, wiesen bei näherer Betrachtung nicht nur die Aussagen zu deren vermeintlicher Schlüsselrolle bei ausländerfeindlich motivierten Anschlägen manche Schwachstelle auf, sondern bisweilen auch schon die vorangestellten Abschnitte zum Verständnis der streitbaren Demokratie<sup>1045</sup>.

Derweil vermochte die NPD selbst von der plötzlichen Verbotsdebatte anfangs absolut zu profitieren – vor allem von der deutschlandweiten Medienpräsenz<sup>1046</sup>. Je konkreter die Vorstöße der etablierten Politiker jedoch wurden, desto kleinlauter erschien die Partei. Zumal sich schnell zeigte, dass diese nun zwar nach vielen Jahren mal wieder im Zentrum allgemeiner Diskurse stand, daran aber selbst nicht aktiv mitwirken durfte, sich vielmehr völlig außen vor sah. Die Nationaldemokraten strengten sich deshalb augenscheinlich an, weitere Negativmeldungen zu vermeiden und den Verfahrensbefürwortern durch

---

<sup>1040</sup> Vgl. Flemming, Lars: Das gescheiterte NPD-Verbotsverfahren – Wie aus dem „Aufstand der Anständigen“ der „Aufstand der Unfähigen“ wurde. In: Backes, Uwe/Jesse, Eckhard (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie. 15. Jahrgang. Baden-Baden, 2003, S. 159-177, S. 163.

<sup>1041</sup> Die Bundesregierung machte am symbolträchtigen 30. Januar 2001 – dem 68. Jahrestag der nationalsozialistischen Machtergreifung – den Anfang, die Anträge von Bundesrat und Bundestag schlossen sich dem am 30. März an.

<sup>1042</sup> Vgl. Backes, Uwe: Organisationen 2001. In: Ders./Jesse, Eckhard (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie. 14. Jahrgang. Baden-Baden, 2002, S. 96-119, S. 106.

<sup>1043</sup> Vgl. Bundesregierung: NPD-Verbotsantrag vom 29. Januar 2001.  
<http://www.extremismus.com/dox/antrag.pdf> (abgerufen am 13.2.10).

<sup>1044</sup> Vgl. Deutscher Bundestag: NPD-Verbotsantrag vom 29. März 2001.  
<http://www.extremismus.com/dox/antrag-bt.htm> (abgerufen am 13.2.10).

<sup>1045</sup> Vgl. Flemming: Das gescheiterte NPD-Verbotsverfahren – Wie aus dem „Aufstand der Anständigen“ der „Aufstand der Unfähigen“ wurde, S. 167.

<sup>1046</sup> Vgl. Ders.: NPD-Verbotsverfahren, S. 135.

ausdrückliches Wohlverhalten den Wind aus den Segeln zu nehmen. Infolgedessen mühte man sich, das martialische Auftreten vorübergehend abzustreifen, sich verbal zu mäßigen und verstärkt den Dialog zu suchen, um die Menschen durch vertrauensbildende Maßnahmen wie die Abhaltung von Infoständen und die Verteilung von Werbematerialien mit dem Motto „Argumente statt Verbote“ über sich aufzuklären. Zur Untermauerung der Mimikrybestrebungen untersagte der Vorstand um Udo Voigt der Anhängerschaft vorläufig sogar die Durchführung von Aufmärschen, musste diese Weisung aufgrund massiver Unmutsbekundungen allerdings schon nach wenigen Wochen wieder aufheben<sup>1047</sup>.

Die vordergründige Distanzierung vom „Kampf um die Straße“ verursachte nämlich nicht nur scharfe Kritik des neonationalsozialistischen Flügels am angeblich zu defensiven Kurs der Führungsriege<sup>1048</sup>, sondern schürte außerdem die signifikanten Spannungen im Verhältnis der NPD zu den „Freien Nationalisten“ aus der Kameradschaftsszene. Das Konfliktpotential, das sich dadurch aufstaute, schwoll selbst nach der Antragstellung in Karlsruhe so schnell nicht wieder ab, da die Auffassungen zum Krisenmanagement schlechterdings zu weit auseinandergingen. Um das Damoklesschwert des Verbots abzuwehren, setzte die Parteispitze auf eine Doppelstrategie, gab sich demonstrativ gemäßigt und erlaubte spektakuläre Provokationen ausschließlich im Hinblick auf das gerichtliche Vorgehen<sup>1049</sup>, was allein schon durch die strittige Verpflichtung Horst Mahlers als Prozessbevollmächtigtem garantiert schien<sup>1050</sup> – und den aktionsorientierten Verbündeten erkennbar widerstrebte. Wenngleich die Basis den Vorsitzenden auf dem außerordentlichen Bundesparteitag am 3./4. März 2001 in Lichtenhaag abermals im Amt

---

<sup>1047</sup> Vgl. Brandstetter: NPD im 21. Jahrhundert, S. 121/122.

<sup>1048</sup> Die neonationalsozialistische „Revolutionäre Plattform – Aufbruch 2000“ (RPF), die sich Anfang 2000 hauptsächlich in den Verbänden von Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein formiert hatte, setzte sich nicht nur über das Demonstrationsverbot hinweg, sondern forderte von der Parteiführung darüber hinaus selbst nach dessen Aufhebung die schärfere Profilierung durch die Radikalisierung der Vorgehensweisen. Obwohl sich die Oppositionsgruppe nach Schlichtungsgesprächen im Januar 2001 selbst auflöste, weigerten sich viele Anhänger, die subversiven Aktivitäten zu stoppen, so dass sich der NPD-Vorstand im Dezember desselben Jahres schließlich veranlasst sah, deren Sprecher Steffen Hupka auszuschließen. Vgl. Bundesministerium des Innern (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 2001. Berlin, 2002, S. 83-85; Dass.: Verfassungsschutzbericht 2002. Berlin, 2003, S. 69.

<sup>1049</sup> Vgl. Flemming: Das gescheiterte NPD-Verbotsverfahren – Wie aus dem „Aufstand der Anständigen“ der „Aufstand der Unfähigen“ wurde, S. 174.

<sup>1050</sup> Mahler zählte 1970 zunächst zu den Gründungsmitgliedern der linksterroristischen „Roten Armee Fraktion“ (RAF); später näherte sich der Jurist dann langsam der Gedankenwelt des Rechtsextremismus, schloss sich im Jahr 2000 der NPD an und wanderte nach seinem Austritt 2003 mehrfach wegen Volksverhetzung und der Verbreitung antisemitischer Verschwörungstheorien ins Gefängnis. Ein weiteres Verteidigermandat für das Verbotsverfahren ging damals an den Anwalt Hans Günter Eisenecker, der gleichzeitig Vorsitzender des nationaldemokratischen Landesverbands von Mecklenburg-Vorpommern war.

bestätigte<sup>1051</sup>, ließ sich das wachsende Missbehagen vieler Mitglieder schwerlich leugnen. Der massive Außendruck durch die drohende Zerschlagung war dem inneren Zusammenhalt der Nationaldemokraten insofern alles andere als zuträglich, zumal die sensible Allianz mit den Subkulturen vor der Zerreißprobe stand.

Obwohl sich die Partei selbst zum Opfer von Diffamierungskampagnen und vermeintlicher „Pogromstimmung“ zu stilisieren versuchte, waren kaum Solidarisierungseffekte zu konstatieren<sup>1052</sup>. Mit 0,2 bzw. 0,5 Prozent bewegte sich die NPD bei den baden-württembergischen und rheinland-pfälzischen Landtagswahlen am 25. März 2001 weiterhin auf dem niedrigen Niveau von vor der Verbotsdebatte. Erst nachdem das Bundesverfassungsgericht die eingereichten Anträge am 1. Oktober für angenommen erklärt hatte, erzielten die Nationaldemokraten am 21. desselben Monats anlässlich der vorgezogenen Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus eine minimale Steigerung im Vergleich zu 1999 (von 0,8 auf 0,9 Prozent), verfehlten damit allerdings die Einprozentmarke für die Wahlkampfkostenerstattung, was sich angesichts der hohen wirtschaftlichen Belastung durch das eingeleitete Verfahren als umso schmerzhafter erweisen musste<sup>1053</sup>.

In dem Maße wie sich die NPD ansonsten – abgesehen von der Durchführung mehrerer mittelgroßer Demonstrationen<sup>1054</sup> – ruhig verhielt, verlor auch der allgemeine Diskurs um die richtige Antwort auf die mutmaßlich rechtsextremistischen Ausschreitungen des Vorjahres allmählich an Schwung<sup>1055</sup>. Wirklich akut wurde die Sache erst wieder ab 2002, wiewohl mit anderer Stoßrichtung als erwartet: Am 22. Januar verkündeten die verantwortlichen Richter den Aufschub der eigentlich für Februar angesetzten mündlichen Verhandlungstermine, um weitere Erkenntnisse zu sammeln und Aufschluss über einige im Vorfeld aufgekommene Fragen zu erhalten<sup>1056</sup>, was sich im Rückblick jedoch schon als der Anfang vom Ende dieser juristischen Auseinandersetzung entpuppte. Wie sich in den darauffolgenden Tagen nach und nach herausstellte, verfügten die verschiedenen Verfassungsschutzämter nämlich seit Jahrzehnten über hochrangige Spitzel in den

---

<sup>1051</sup> Vgl. Jesse, Eckhard: Biographisches Porträt: Udo Voigt. In: Backes, Uwe/Ders. (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie. 18. Jahrgang. Baden-Baden, 2006, S. 207-219, S. 211.

<sup>1052</sup> Vgl. Flemming: NPD-Verbotsverfahren, S. 136.

<sup>1053</sup> Notgedrungen hatte die NPD schon im Mai 2001 ein Gebäude in Eningen, in dem sich bis dahin die Geschäftsstelle des baden-württembergischen Verbands befand, für 1,1 Millionen DM verkauft, um hierüber die verfügbaren Mittel für das Verbotsverfahren erhöhen. Vgl. BMI (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 2001, S. 83.

<sup>1054</sup> Vgl. ebd.

<sup>1055</sup> Vgl. Flemming: Das Scheitern der Anständigen.

<sup>1056</sup> Vgl. Ders.: Das gescheiterte NPD-Verbotsverfahren – Wie aus dem „Aufstand der Anständigen“ der „Aufstand der Unfähigen“ wurde, S. 168.

nationaldemokratischen Verbänden, die zum Teil nach wie vor aktiv waren<sup>1057</sup>. Am schwersten wog gleichwohl, dass sich die Argumentation der gegen die Partei vorgebrachten Schriftsätze über weite Strecken auf die dubiosen, da gleichsam „gekauften“ Aussagen und Protokolle dieser so genannten „V-Leute“ stützte, was deshalb aufflog, weil das Verfassungsgericht manche davon als Auskunftspersonen vorladen wollte<sup>1058</sup>.

Infolge dieser plötzlichen Wendung schien sich das Verfahren im weiteren Verlauf weniger um den Nachweis der Verfassungswidrigkeit der NPD, vielmehr um deren problematische Infiltrierung durch Informanten staatlicher Institutionen zu drehen. Nach den verbindlichen Angaben zur Beobachtungspraxis durch die Nachrichtendienste, die das Bundesverfassungsgericht von Bundesregierung, Bundesrat und Bundestag verlangte, machte der Anteil bezahlter Kontaktmänner in den Vorständen der Partei von 1997 bis 2002 nie mehr als 15 Prozent aus, womit deren Kurs – nach Meinung der Verbotsbefürworter – von den Behörden nicht maßgeblich manipuliert war<sup>1059</sup>. Die Anwälte der Nationaldemokraten sahen das selbstverständlich vollkommen anders und nutzten diese skandalträchtigen, da nachgerade symbiotischen Verhältnisse, um den drei Antragstellern selbst verfassungsfeindliches Verhalten vorzuwerfen. Vor allem Mahler verstieg sich in seinen mehrere hundert Seiten starken Stellungnahmen hin und wieder aber auch zu antiimperialistischen, antiamerikanischen und antisemitischen Verschwörungstheorien<sup>1060</sup>, die den Druck auf seine Mandantin im Normalfall sicherlich drastisch vergrößert hätten. Unter den gegebenen Umständen, wo mit einem Mal die Ankläger in die Defensive gerieten und der „Aufstand der Anständigen“ durch deren eigentümlichen Dilettantismus geradewegs zum „Aufstand der Unfähigen“<sup>1061</sup> zu mutieren drohte, vermochten derartige Affronts dagegen vergleichsweise wenig Aufmerksamkeit zu erregen.

Dennoch spitzten sich die internen Dissonanzen immer mehr zu. Schon im Vorfeld des Parteitags in Königslutter am 16./17. März 2002 riefen die radikaleren Kräfte, die in dieser Phase wohl um die 700 Mitglieder stellten<sup>1062</sup>, per Rundschreiben zum Sturz des Vorsitzenden auf, konnten dann allerdings keinen adäquaten Nachfolger präsentieren<sup>1063</sup>.

---

<sup>1057</sup> Unter den als Hintermänner des Verfassungsschutzes aufgedeckten Funktionären befand sich mit Udo Holtmann nicht bloß der damals amtierende Vorsitzende des nordrhein-westfälischen Landesverbands, sondern mit Wolfgang Frenz auch sein Vize.

<sup>1058</sup> Vgl. Flemming: Das gescheiterte NPD-Verbotsverfahren – Wie aus dem „Aufstand der Anständigen“ der „Aufstand der Unfähigen“ wurde, S. 168-170.

<sup>1059</sup> Vgl. a.a.O., S. 172.

<sup>1060</sup> Vgl. Mahler, Horst: Stellungnahme vom 30. August 2002.

<sup>1061</sup> Flemming: Das Scheitern der Anständigen.

<sup>1062</sup> Vgl. Kailitz: Rechtsextremismus in der BRD, S. 75.

<sup>1063</sup> Vgl. BMI (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 2002, S. 69/70.

Voigt setzte sich darum erneut mit großer Mehrheit gegen seinen eigenen Vorgänger Günter Deckert durch, der als einziger Gegenkandidat angetreten war<sup>1064</sup>. Seine Position sollte sich nicht nur aufgrund des fehlgeschlagenen Putschversuchs des militanten Parteiflügels, mit dessen teilweiser Abwanderung die Anhängerzahlen von 6.500 auf knapp 6.100 sanken<sup>1065</sup>, tendenziell verfestigen; dazu kam, dass sich auf Vorstandsebene fortan schlichtweg keine ausgemachten Kritiker seines Kurses mehr fanden<sup>1066</sup>.

Womit die „V-Mann“-Affäre für die NPD alles in allem von ambivalenter Wirkung war. Auf der einen Seite nährten die ständig neuen Schlagzeilen über das erstaunliche Ausmaß der Durchdringung mit Agenten der Sicherheitsbehörden eine Atmosphäre des Misstrauens, die sich einige Male in wechselseitigen Anschuldigungen und Verdächtigungen entlud. Abseits vereinzelter innerparteilicher Scharmützel musste die medienwirksame Ausschlichtung dieses delikaten Sachverhalts zudem insbesondere dem Ansehen der Nationaldemokraten innerhalb des „Nationalen Widerstands“ immensen Schaden zufügen. Speziell die Anziehungskraft auf die militanten Subkulturen, die sich auf den Nimbus der „Systemfeindlichkeit“ stützte, schwand spürbar – auch aufgrund der mangelnden Aufarbeitung der Spitzelvorwürfe<sup>1067</sup>. Auf der anderen Seite nahm der Skandal die Partei vorerst aus der Schusslinie und verbesserte deren Position im laufenden Verfahren, denn der Druck lastete dadurch vorwiegend auf den Schultern der Antragsteller, deren nebulöse Vorgehensweisen nun am Pranger standen.

Auch wenn das drohende Verbot damit noch nicht vollständig von der Agenda verschwunden war, wähnte sich die NPD selbst schon wieder im Aufwind. Nach den spärlichen Aktivitäten des Vorjahrs steigerte diese deshalb zur Bundestagswahl am 22. September 2002 die Bemühungen, stellte in allen Ländern Listen auf und bewerkstelligte dazu die bundesweite Nominierung von Direktkandidaten – mit Ausnahme von Bayern<sup>1068</sup>. Inhaltlich basierte die Wahlkampagne, für die man eigens eine Sonderseite im Internet einrichtete<sup>1069</sup>, auf dem neuen „Aktionsprogramm für ein besseres Deutschland“<sup>1070</sup>, das die bereits bekannten Ansichten konkretisierte, in Wortwahl und Stoßrichtung aber nicht selten drastisch verschärfte, was in der damaligen Situation eigentlich kaum zu erwarten war. So diffamierten die Nationaldemokraten die multikulturelle Gesellschaft darin

---

<sup>1064</sup> Der Parteivorsitzende vermochte seinerzeit an die 75 Prozent der Delegiertenstimmen auf sich zu vereinen. Vgl. BMI (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 2002, S. 68.

<sup>1065</sup> Vgl. Stöss: Rechtsextremismus im Wandel, S. 104.

<sup>1066</sup> Vgl. BMI (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 2002, S. 69.

<sup>1067</sup> Vgl. a.a.O., S. 72.

<sup>1068</sup> Vgl. a.a.O., S. 73.

<sup>1069</sup> Neben dem Wahlprogramm veröffentlichte die NPD auf der Sonderseite auch verschiedene Werbespots. Vgl. a.a.O., S. 110.

<sup>1070</sup> Siehe Kapitel 7.7.



ausdrücklich als „multikriminelles“ Gebilde und stellten dieser angeblichen Verfallserscheinung den so genannten Stufenplan zur „Ausländerrückführung“ gegenüber, dessen Verwirklichung die Voraussetzungen für die anvisierte Wiederherstellung der Volksgemeinschaft schaffen sollte.

In der polarisierten Atmosphäre des personenbezogenen, sich mehr und mehr amerikanisierenden Wahlkampfes, in dem die Diskussionen über den sich anbahnenden Irak-Krieg, die Arbeitsmarkt- und Sozialreformen und diverse Affären um Politiker und Parteien die Schlagzeilen dominierten, wusste die NPD jedoch nicht wirklich zu punkten – jedenfalls nicht durchgängig: Das deutschlandweite Ergebnis von 0,4 Prozent entsprach einem minimalen Plus im Vergleich zu 1998 (0,3), war am Ende allerdings selbst für das Erreichen der Wahlkampfkostenerstattung zu wenig. Am deutlichsten stiegen die Stimmenanteile wiederum im Osten, wo man in der Addition sogar mehr als doppelt so stark abschnitt wie die Republikaner<sup>1071</sup>, wenngleich die Aufwärtsentwicklung weitaus nicht so stringent verlief, dass Rückschläge dort schon auszuschließen waren. Das signalisierte nicht zuletzt die Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern, die am gleichen Tag stattfand und für die Nationaldemokraten – wider den Trend – geringfügige Verluste nach sich zog (von 1,1 auf 0,8 Prozent).

Nur sechs Monate später hatte die NPD das Verbotsverfahren dann hinter sich: Am 18. März 2003 verkündete das Bundesverfassungsgericht den schon seit dem Vorjahr absehbaren und daher nicht mehr allzu verwunderlichen Abbruch, der in der medialen Berichterstattung – anders als die vorherige Debatte um die Antragstellung – durch den Ausbruch des Irak-Kriegs auf vergleichsweise wenig Beachtung stieß. Den Initiatoren des „Aufstands der Anständigen“ blieb eine intensivere Aufarbeitung dieser ebenso blamablen wie selbstverschuldeten Niederlage somit bis dato erspart<sup>1072</sup>. Zuvor war die zur Weiterführung erforderliche Zwei-Drittel-Mehrheit im zuständigen Zweiten Senat nicht zustande gekommen, weil drei von sieben Richtern den Einsatz von „V-Leuten“ in den Vorständen einer Partei direkt vor sowie während eines solchen Prozesses für mit den Prinzipien des Rechtsstaats nicht vereinbar erachteten<sup>1073</sup>. Nicht allein die Anforderungen an einen erneuten Anlauf, eine Auflösungsverfügung nach Art. 21 Abs. 2 GG zu erwirken, wurden dadurch ein weiteres Mal verschärft; auch die manchmal schon ausreichende

---

<sup>1071</sup> Während die summierten Resultate der REP in den neuen Bundesländern anlässlich der Bundestagswahl 2002 von 1,5 auf 0,5 Prozent abrutschten, steigerte sich die NPD dort von 0,7 auf 1,2 Prozent. Vgl. Backes: Entzauberung der Extremisten?, S. 14.

<sup>1072</sup> Vgl. Flemming: Das gescheiterte NPD-Verbotsverfahren – Wie aus dem „Aufstand der Anständigen“ der „Aufstand der Unfähigen“ wurde, S. 175.

<sup>1073</sup> Vgl. Bundesverfassungsgericht: 2 BvB 1/01 vom 18. März 2003.

[http://www.bverfg.de/entscheidungen/bs20030318\\_2bvb000101.html](http://www.bverfg.de/entscheidungen/bs20030318_2bvb000101.html) (abgerufen am 22.10.10).

Drohung mit derartigen Instrumenten der streitbaren Demokratie – man denke an die Aufstiegsphase der Nationaldemokraten in den 60er Jahren – erschien damit nachhaltig entkräftet<sup>1074</sup>. Die auslösende Frage der Verfassungswidrigkeit, die nur am Anfang im Fokus stand, kam demgegenüber nicht zur abschließenden Verhandlung, so dass die vorzeitige Aufhebung der Anklage in diesem Fall keineswegs als Freispruch zu werten war.

#### 6.3.4. Restabilisierung durch Graswurzelarbeit

Wiewohl die NPD das Scheitern des Verbotsverfahrens als monumentalen Sieg über das „System“ zu verkaufen versuchte, muteten die tiefen Spuren des Daseinskampfs trotzdem allgegenwärtig an. Unabhängig von dem vermeintlichen „Motivationsschub“, den Udo Voigt nach dem als „Aufbruchsignal für Deutschland“ gefeierten Abbruch wahrzunehmen glaubte<sup>1075</sup>, waren die Anhängerzahlen seit der Antragstellung stetig gefallen, von 6.500 auf nunmehr 5.000<sup>1076</sup>. Als vermutlich namhaftester Abgang hatte sich Horst Mahler direkt nach dem vorzeitigen Prozessende von der Partei verabschiedet<sup>1077</sup>. Die Nationaldemokraten drohten allerdings nicht nur personell auszubluten, sondern schienen durch die stattlichen Aufwendungen für die jahrelange juristische Auseinandersetzung sowie die parallel dazu schwindenden Spendeneinnahmen auch wirtschaftlich schwer angeschlagen<sup>1078</sup>.

Dazu kamen massive Ansehens- und Vertrauensverluste durch das kontrovers diskutierte, vielen Aktivisten zu defensive Krisenmanagement des Vorstands sowie vor allem die „V-Mann“-Affäre, nach der nicht wenige militante Vertreter der Kameradschafts- und Skinheadszenen von der angeblichen „Systempartei“ NPD abrückten<sup>1079</sup>. Dennoch stand diese andererseits nach wie vor im abschreckenden Ruf der Verfassungsfeindlichkeit, weshalb sich DVU und Republikaner weiter strikt abgrenzten und alle Verhandlungsangebote abblockten<sup>1080</sup>. Innerhalb des rechtsextremistischen Spektrums sahen sich die Nationaldemokraten insofern wieder nahezu restlos isoliert. Im Nachhinein

---

<sup>1074</sup> Vgl. Flemming: Das gescheiterte NPD-Verbotsverfahren – Wie aus dem „Aufstand der Anständigen“ der „Aufstand der Unfähigen“ wurde, S. 176.

<sup>1075</sup> Vgl. Apfel, Holger/Müller, St.: Aufbruchsignal für Deutschland. In: DS 4/2003.

<sup>1076</sup> Vgl. Stöss: Rechtsextremismus im Wandel, S. 104.

<sup>1077</sup> Zu den Motiven seines plötzlichen Austritts erklärte der Anwalt auf einer Pressekonferenz, die NPD sei eine „am Parlamentarismus ausgerichtete Partei, deshalb unzeitgemäß und – wie das parlamentarische System selbst – zum Untergang verurteilt“. Vgl. Apfel/Müller: Aufbruchsignal für Deutschland.

<sup>1078</sup> Vgl. Bundesministerium des Innern (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 2003. Berlin, 2004, S. 64/65.

<sup>1079</sup> Vgl. Flemming: NPD-Verbotsverfahren, S. 229.

<sup>1080</sup> Bereits direkt nach der Bundestagswahl 2002 hatte die NPD zum Schulterschluss aufgerufen – Republikaner und DVU antworteten aber nicht auf das Bündnisangebot der „Systemfeinde“. Vgl. BMI (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 2002, S. 72.

stellte sich sogar das anfangs so willkommene Plus an Publizität als alles andere als vorteilhaft dar, weil sich das angestammte Negativimage durch die hohe Medienpräsenz nicht aufgehellt, vielmehr verstärkt und verfestigt hatte.

Kurzum, die NPD steckte in der Klemme. Nachdem die Nationaldemokraten das Damoklesschwert des Verbots abgewehrt und sich selbst wieder in Sicherheit wähnten<sup>1081</sup>, wich die Parteiführung auch in dieser schwierigen Phase nicht von den mittlerweile schon substantiellen Pfeilern „Nationaler Sozialismus“ und „Systemfeindlichkeit“ ab. Allerdings sollte sich das strategische Augenmerk in Anbetracht der skizzierten Abwärtstendenzen sukzessive verlagern: Wenngleich die Parteiarbeit weiterhin am „Drei-Säulen-Konzept“ ausgerichtet war, verschoben sich die Prioritäten allmählich vom „Kampf um die Straße“ auf den „Kampf um die Köpfe“ und später dann auf den „Kampf um die Parlamente“<sup>1082</sup>. Zur notwendigen numerischen und weltanschaulichen Konsolidierung der schwächelnden Verbände starteten die Verantwortlichen seinerzeit Mitgliederwerbungen mit dem nachgerade symptomatischen Motto „Klasse statt Masse“<sup>1083</sup>. Außerdem versuchte man, die Anhängerbasis mit Aufrufen in der „Deutschen Stimme“ zu Schulungsteilnahmen zu motivieren, um die Ansprache und Akquisition von Sympathisanten durch souveräneres Auftreten sowie systematische „Wortergreifungen“<sup>1084</sup> zu verbessern.

Analog zu den strukturellen Aufräum- und Aufbauarbeiten setzte die NPD auch in der Versammlungspraxis in steigendem Maße auf Qualität statt auf Quantität, so dass die Anzahl der angemeldeten Veranstaltungen 2002/03 schlagartig von 100 auf 50 absackte<sup>1085</sup>. Dabei stach ins Auge, dass die Aufmärsche inhaltlich – abgesehen von der sonstigen Akzentuierung sozialpolitischer Motive sowie verschiedenen, alljährlich wiederkehrenden vergangenheitsbezogenen Anlässen – insbesondere darauf abzielten, die aktuelle Debatte um den Irak-Krieg als mutmaßlich massenkompatibles Vehikel antiamerikanischer Stimmungsmache zu instrumentalisieren<sup>1086</sup>. Daneben war der zahlenmäßige Einbruch in Sachen Straßenpräsenz wahrscheinlich nicht zuletzt dem gestiegenen Eigenbewusstsein der neonationalsozialistischen Subkulturen geschuldet, die

---

<sup>1081</sup> So erklärte der damalige Bundesgeschäftsführer NPD, Frank Schwerdt, nur drei Tage nach Beendigung des Verbotsverfahrens in der Wochenzeitung „Junge Freiheit“, dass man dahingehend künftig erst einmal keine neuen Vorstöße mehr erwarte. Vgl. Junge Freiheit: „Die NPD ist eine staatstragende Partei“. In: Junge Freiheit 13/03, 21.3.03. <http://www.jf-archiv.de/archiv03/133yy24.htm> (abgerufen am 15.11.10).

<sup>1082</sup> Vgl. Steglich: NPD in Sachsen, S. 18/19.

<sup>1083</sup> Vgl. Flemming, Lars: Die NPD nach dem Verbotsverfahren – Der Weg aus der Bedeutungslosigkeit in die Bedeutungslosigkeit? In: Backes, Uwe/Jesse, Eckhard (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie. 16. Jahrgang. Baden-Baden, 2004, S. 144-154, S. 147.

<sup>1084</sup> Siehe Kapitel 8.2.2.

<sup>1085</sup> Vgl. BMI (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 2003, S. 65.

<sup>1086</sup> Vgl. Flemming: NPD nach dem Verbotsverfahren, S. 146.

sich einstweilen selbst zur Durchführung größerer Demonstrationen im Stande erwiesen und sich somit ein Stück weit von den Nationaldemokraten emanzipierten<sup>1087</sup>.

Auf elektoraler Seite erwartete die NPD durch die kaum zu verhehlenden Nachwehen des Verbotsverfahrens ebenfalls keinerlei Auftrieb. 2003 ließ man darum alle vier Landtagswahlen aus und legte den Schwerpunkt dafür auf die Schaffung der mittel- und langfristigen Voraussetzungen wachsender Stimmenanteile. Perspektivisch ergab diese Vorgehensweise durchaus Sinn, denn im Prinzip war die Partei damals nicht ernsthaft wettbewerbsfähig. Die Nationaldemokraten krankten an vielen kleinen, dafür absolut wesentlichen Details, die neuerliche Wahlantritte nahezu aussichtslos machen mussten: Ungeachtet des altbekannten Defizits an vorzeigbaren Persönlichkeiten und des meist abträglichen Konkurrenzkampfs mit moderateren Plattformen des „nationalen“ Spektrums drohten Kandidaturen mitunter schon im Vorfeld an Standards wie dem Sammeln von Unterstützungsunterschriften und Spendengeldern zur Kampagnenfinanzierung zu scheitern<sup>1088</sup>.

Infolge dieser gravierenden Probleme galt das Interesse nun primär der nachhaltigen Verbesserung der Grundlagen, vor allem der dauerhaften Verankerung auf Gemeindeebene durch die Professionalisierung der politischen Graswurzelarbeit. Demzufolge gründete sich auf Initiative des Präsidiumsmitglieds Peter Marx sowie der NPD-Fraktion im Wetterauer Kreistag am 26. Juni 2003 in Wölfersheim die Kommunalpolitische Vereinigung (KPV)<sup>1089</sup>, die seither als Dachorganisation der nationaldemokratischen Mandatsträger dient, diese stärker vernetzen und nach Möglichkeit Synergieeffekte generieren soll. Von den vermehrten Bemühungen um den Aufbau von Aushängeschildern mit Lokalkolorit, die Steigerung der Abgeordnetenzahlen und die Vereinheitlichung des Auftretens in den Vertretungskörperschaften versprach sich die Partei nicht nur Prestigegewinne durch vorgebliche Bürgernähe und Seriosität, sondern auch verheißungsvollere Perspektiven in Bezug auf Landtags- und Bundestagswahlen. Der Plan dahinter war offenbar, das vorhandene Potential durch örtliche Präsenz weiterzuentwickeln und in Pyramidenform zu optimieren – von unten nach oben.

Währenddessen begann der Vorstand bereits wieder um Verbündete zu buhlen. Nachdem der Vorsitzende das Werben um Allianzen mit rivalisierenden Akteuren im Mai 2003 schon aufgegeben und daher die Vereinigung des rechtsextremistischen Lagers im Rahmen

---

<sup>1087</sup> Vgl. BMI (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 2003, S. 65/66.

<sup>1088</sup> Vgl. Flemming: NPD nach dem Verbotsverfahren, S. 150.

<sup>1089</sup> Siehe Kapitel 8.3.3.

der NPD angekündigt hatte<sup>1090</sup>, rief man die Spitzen der REP und DVU sowie der marginalen DP mit dem „Leipziger Appell“ vom 24. August desselben Jahres abermals zur Abkehr von der angeblichen Spaltungshaltung auf<sup>1091</sup>. Sozusagen als ersten Schritt auf dem Weg zu einer einheitlichen Vertretung „all der Deutschen (...), die es noch sein wollen“<sup>1092</sup>, sprachen sich die Nationaldemokraten darin für ein gemeinsames, gleichmäßig aufgestelltes Wahlbündnis zur Europawahl 2004 aus, die „Deutsche Liste für Europa“<sup>1093</sup>. Gleichwohl das Sammlungsvorhaben wie gehabt an der mangelnden Gesprächsbereitschaft der Gegenseite scheiterte<sup>1094</sup>, ging davon dennoch Signalwirkung aus, da dieser Vorstoß die spätere „Volksfront“ gewissermaßen schon zu antizipieren schien.

2004 wollte die Partei dann alle Kräfte für den „Kampf um die Parlamente“ aufbieten. Bei der vorgezogenen Hamburger Bürgerschaftswahl am 29. Februar, dem ersten Antritt nach Beendigung des Verbotsverfahrens, stand die NPD dabei auch ohne Absprachen als einzige rechtsextremistische Formation zur Abstimmung, vermochte mit aggressiven Slogans wie „Hamburg wählt deutsch! Die Abzocker und Versager abwählen!“ aber nicht zu reüssieren – und das obwohl die in der Hansestadt einst so starke rechtspopulistische Schill-Partei massiv einbrach<sup>1095</sup>. Wenngleich die Ausbeute von 0,3 Prozent der Stimmen für die Nationaldemokraten – gerade in Anbetracht der verhältnismäßig günstigen Ausgangskonstellation – sicherlich zu wenig war, sollte deren Leitmotiv der Mischung sozialpolitischer Probleme mit scharfzüngigem Protest in den darauffolgenden Monaten immer mehr greifen – der Wiederaufstieg nahm seinen Lauf.

### 6.3.5. Durchbruch mit Ansage

In dem Maße wie die notwendigen Arbeitsmarkt- und Sozialreformen der Bundesregierung schon seit Beginn des Jahres 2004 auf wachsende Widerstände in der Bevölkerung stießen, witterte die NPD anscheinend die willkommene Möglichkeit, sich als Anwältin der Benachteiligten aufzuspielen und damit Bürgernähe auszudrücken. Vor dem Hintergrund der stürmischen Debatte um „Hartz IV“ setzte diese auf polemische Stimmungsmache, schob die Kritik an dem strittigen Konzept in diversen Kundgebungen<sup>1096</sup> sowie in

---

<sup>1090</sup> Vgl. Flemming: NPD nach dem Verbotsverfahren, S. 149.

<sup>1091</sup> Vgl. den nachträglichen Abdruck des Aufrufs in Deutsche Stimme: Leipziger Appell. In: DS 11/2003.

<sup>1092</sup> Zitiert nach ebd.

<sup>1093</sup> Vgl. Flemming: NPD nach dem Verbotsverfahren, S. 149.

<sup>1094</sup> Während DVU und DP zunächst abwarteten und bestenfalls zögerlich antworteten, blieben Reaktionen seitens der REP schlicht aus. Vgl. BMI (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 2003, S. 66/67.

<sup>1095</sup> Vgl. Jesse: Wahlen 2004, S. 99.

<sup>1096</sup> Von den rund 40 NPD-Demonstrationen anno 2004 richteten sich dem Vernehmen nach mindestens 15 ausdrücklich gegen die geplanten sozialpolitischen Reformmaßnahmen der „rot-grünen“ Regierung. Vgl. Bundesministerium des Innern (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 2004. Berlin, 2005, S. 76.

sämtlichen Wahlkämpfen in den Vordergrund und versuchte darüber, sich konsequent als Verteidigerin des „kleinen Mannes“ zu profilieren, um die verbreitete Politiker- und Parteienverdrossenheit, die sich seinerzeit auf den „Montagsdemonstrationen“ artikulierte, zu absorbieren. Wobei man bei näherer Betrachtung wahrscheinlich auch von der anfangs nicht sonderlich sachlichen Berichterstattung der Boulevardmedien profitierte<sup>1097</sup>, deren schlagwortartig verkürzte Darstellungen den Parolen der Nationaldemokraten mitunter so wenig nachstanden wie die Positionen der damaligen PDS und selbige dadurch praktisch verharmlosten bzw. aufwerteten.

Neben der subversiven Agitation gegen die angeblich „volksfeindliche“ Politik der Etablierten wettete die NPD zur Europawahl am 13. Juni 2004 vor allem gegen den Prozess der EU-Osterweiterung, warnte ausdrücklich vor der „Vernichtung des deutschen Sozialstaates durch eine grenzenlose Globalisierungswut“ und spielte gezielt mit den grassierenden Ängsten der Menschen vor größerer Arbeitsplatznot<sup>1098</sup>. Und das mit Erfolg, denn die 0,9 Prozent erwiesen sich nicht nur aufgrund der eindeutigen Steigerung im Vergleich zu 1999 (0,4) als Schritt nach vorne; mindestens ebenso wichtig war, dass ein solches Ergebnis auf dieser Ebene schon ausreichte, um Anspruch auf staatliche Mittel aus der Parteienfinanzierung zu erhalten. Durchaus ähnlich gestaltete sich die Lage bei der Landtagswahl in Thüringen, die am selben Tag stattfand und bei der sich der Stimmenanteil der Nationaldemokraten gar verachtfachte (von 0,2 auf 1,6 Prozent).

Auch bei den Kommunalwahlen in vier Bundesländern, die dieser 13. Juni zudem bereithielt, befand sich die NPD klar im Aufwind und konnte summa summarum um mehr als 50 Mandate zulegen<sup>1099</sup>. Besonders in Sachsen, wo deren Abgeordnetenzahl in den Vertretungskörperschaften von neun auf 40 schnellte, machte sich die beharrliche Aufbauarbeit in der Breite nun allmählich bezahlt. In der Landeshauptstadt waren die Nationaldemokraten allerdings nicht selbständig, sondern im Rahmen des so genannten „Nationalen Bündnisses Dresden“ (NBD) angetreten, das man bereits am 24. April desselben Jahres gemeinsam mit den dortigen Verbänden der DVU, REP und DP ins

---

<sup>1097</sup> Zum Beispiel lieferte die „Bild“-Zeitung damals als Beilage Sticker mit dem Piktogramm einer geballten Faust und dem Slogan „Ich hab’ die Schnauze voll“, die der Propaganda der NPD in Form und Symbolik durchaus ähnelten – und damit gleichsam deren antidemokratische Stoßrichtung entschärften. Vgl. Bürger: NPD und ihr Umfeld, S. 73.

<sup>1098</sup> Vgl. NPD-Parteivorstand (Hrsg.): Europaprogramm der NPD. Saarbrücken, 2003.

<sup>1099</sup> Die Kommunalwahlen am 13. Juni bescherten der NPD insgesamt 62 Mandate verteilt auf Sachsen (40), Mecklenburg-Vorpommern (zehn), Sachsen-Anhalt (sieben) und das Saarland (fünf), bevor am 26. September weitere zwölf Sitze in den Stadträten und Kreistagen Nordrhein-Westfalens dazukamen. Vgl. BMI (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 2004, S. 79.

Leben gerufen hatte – und das auf Anhieb drei Sitze im Stadtrat bekam<sup>1100</sup>. Die Strahlkraft dieses lokalen Modellversuchs, der den „Leipziger Appell“ zur Sammlung des rechtsextremistischen Lagers im Miniaturformat realisierte, lieferte dann wohl den wesentlichen Anstoß zur Aufnahme von Verhandlungen über deutschlandweite Allianzen. Mit Blick auf die nächsten Landtagswahlen beschlossen die Spitzen von NPD und DVU am 23. Juni 2004, sich bis auf weiteres nicht länger zu bekämpfen und wechselseitig zu schwächen, sich lieber vorher abzusprechen und die Beteiligungen aufzuteilen, woraufhin die Nationaldemokraten drei Monate später in Sachsen, die Vertreter der Volksunion dafür in Brandenburg auf dem Stimmzettel stehen sollten<sup>1101</sup>. Davor wartete am 5. September desselben Jahres aber der im Nachhinein absolut wegweisende Urnengang im Saarland, in dessen Vorfeld sich der Unmut über die Sozial- und Arbeitsmarktreformen immer weiter verschärfte, was der sich demonstrativ als Protestlokomotive anbietenden Partei von Udo Voigt am Schluss zu 4,0 Prozent und der stärksten Ausbeute seit den späten 60er Jahren verhalf<sup>1102</sup>.

Der neuerliche Achtungserfolg war als regelrechtes Aufbruchssignal zu werten – auch für die rasche Ausdehnung der ausgerufenen „Volksfront von rechts“. Nachdem die Verantwortlichen in den vorangegangenen Monaten am Schulterschluss mit der DVU gearbeitet, gleichzeitig aber auch für die Wiederannäherung an die Subkulturen geworben<sup>1103</sup>, hier den Dialog gesucht und gemeinsame Veranstaltungen durchgeführt hatten<sup>1104</sup>, schienen sich diese Mühen über Nacht auszuzahlen. Denn am 17. September 2004, lediglich wenige Tage vor der Wahl in Sachsen, schlossen sich mit Thorsten Heise, Ralph Tegethoff und Thomas „Steiner“ Wulff mehrere langjährige Wortführer aus dem neonationalsozialistischen Milieu der NPD an<sup>1105</sup>. In einer via Internet veröffentlichten Stellungnahme stuften die drei den „Kampf um die Parlamente“ als in dieser Phase ebenso wichtig ein wie den „Kampf um die Straße“ und stellten sich selbst darum als neue

---

<sup>1100</sup> Vgl. Steglich, Henrik: Die sächsische NPD und der Landtagswählerfolg vom 19. September 2004. In: Backes, Uwe/Jesse, Eckhard (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie. 17. Jahrgang. Baden-Baden, 2005, S. 142-159, S. 153/154.

<sup>1101</sup> Vgl. BMI (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 2004, S. 77; Brandstetter: NPD im 21. Jahrhundert, S. 89/90.

<sup>1102</sup> Vgl. Jesse: Wahlen 2004, S. 99/100.

<sup>1103</sup> Schon im April 2004 hatte Voigt die gemeinsamen Standpunkte und die gegenseitige Angewiesenheit in der Parteizeitung hervorgehoben und mit großem Pathos mitgeteilt: „Wir wollen uns nun als die Partei aller nationalen Kräfte präsentieren (...). Der nationale Widerstand auf der Straße braucht einen starken Arm in den Parlamenten. Eine nationale Fundamentalopposition im Parlament braucht eine starke Kraft auf der Straße.“ Zitiert nach BMI (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 2004, S. 76.

<sup>1104</sup> Vgl. a.a.O., S. 59/60 und S. 76.

<sup>1105</sup> Heise und Tegethoff waren zuvor als Funktionäre in der FAP aktiv, zählten nach deren Verbot zu den Fürsprechern des Konzepts der „Freien Nationalisten“ und avancierten in der Folgezeit zu zentralen Figuren der Kameradschaftsszene. Vergleichbares galt auch für Wulff, der 1989 die später gleichfalls auf staatliche Verfügung hin aufgelöste „Nationale Liste“ (NL) gegründet hatte.

„Sprachrohre“ der Kameradschaftsszene innerhalb der Partei dar<sup>1106</sup>. Derweil gab sich der Vorstand der Nationaldemokraten in seiner Replik von den Fehlern der Vergangenheit – wie der vermeintlich zu starken Orientierung am Parlamentarismus – geläutert und

„(...) gewillt, endgültig den Weg zu einer wirklichen Volksbewegung einzuschlagen, bei der die Organisationsform in der Frage nationaler Fundamentalopposition eine untergeordnete Rolle spielt. Es kommt nicht zuerst darauf an, die Deutschen, die es noch sein wollen, in eine Partei zu integrieren, sondern diese zunächst einmal grundsätzlich für den Kampf um unser Volk zu gewinnen.“<sup>1107</sup>

Nach den Spannungen der Vorjahre steuerte man in der „Gesamtbewegung des Nationalen Widerstandes“<sup>1108</sup> mittlerweile wieder die Spitzenposition an – und das anstatt durch Machtproben und Grabenkämpfe schlicht auf dem Wege maximaler Verhandlungsbereitschaft und Verbindlichkeit.

Der Mobilisierungsschub, den die ansteigenden Stimmenanteile und das Aufkommen der „Volksfront von rechts“ augenscheinlich rund um die NPD auslösten, sorgte schließlich sogar dafür, dass diese am 19. September 2004 in Sachsen als alleinige Vertreterin des rechtsextremistischen Spektrums zur Auswahl stand, weil nach der Absprache mit der DVU auch die Republikaner auf den Antritt verzichteten<sup>1109</sup>: Um unnötige Konkurrenz zu vermeiden, zog deren Landesvorsitzende Kerstin Lorenz unmittelbar vor Meldeschluss die Liste zurück und wechselte wenig später mit der Mehrheit der Mitglieder zu den Nationaldemokraten<sup>1110</sup>, denen dadurch sceneintern die unumstrittene Vormachtstellung zufiel. Wenngleich dieser Faktor an sich wohl noch nicht ausreichend war, muteten die Bedingungen im Freistaat damit dennoch schon aussichtsreicher an als in den meisten anderen Bundesländern.

Die NPD machte Sachsen dementsprechend zur Schwerpunktwahl. Personell war der Verband um den Spitzenkandidaten Holger Apfel in der seit den späten 90er Jahren stetig ausgebauten Hochburg mit 1.000 Mitgliedern vergleichsweise gut aufgestellt; dazu gingen diesem viele Anhänger und Sympathisanten von außerhalb zur Hand und auch die Parteiführung leistete wichtige wirtschaftliche und logistische Hilfestellung. In der Kampagnengestaltung, in der die Vorstellung der Kandidaten und die Durchführung eigener Veranstaltungen eher eine Nebenrolle spielten<sup>1111</sup>, entschieden sich die

---

<sup>1106</sup> Vgl. Heise, Thorsten/Tegethoff, Ralph/Wulff, Thomas: Erklärung zum Eintritt in die NPD. 17. September 2004.

<sup>1107</sup> NPD-Parteipräsidium: Volksfront statt Gruppenegoismus. Erklärung des Parteipräsidiums der NPD. 19. September 2004.

<sup>1108</sup> Ebd.

<sup>1109</sup> Siehe Kapitel 5.2.1.

<sup>1110</sup> Dieser Schritt erschien besonders deshalb bemerkenswert, weil bei der Europawahl wenige Monate davor die Republikaner (3,4 Prozent) in Sachsen ein besseres Resultat davongetragen hatten als die NPD (3,3).

<sup>1111</sup> Auf Plakaten hob die NPD höchstens Apfel heraus und warb sonst hauptsächlich mit Positionen statt Personen. Was die Praxis der vergleichsweise seltenen Wahlkampfveranstaltungen anging, strengte man sich



Nationaldemokraten dabei für einen Mittelweg, der ein Maximum an Medienpräsenz, Aufmerksamkeit und weitläufiger Anziehungskraft sichern sollte: Analog zu den verschiedensten Adressatengruppen, die man anzusprechen gedachte, galt es einerseits, die um sich greifende Proteststimmung anzuheizen und einzufangen, sich andererseits aber nicht zu aufrührerisch zu gerieren und eine glaubhafte Alternative zur etablierten Politik aufzuzeigen<sup>1112</sup>. Inhaltlich dominierte deswegen die Sozialpolitik, wobei die dazugehörigen Slogans nicht nur zum Populismus tendierten, sondern teils auffällige Parallelen zu antikapitalistischen Standpunkten von linker Seite aufwiesen und sich in der Nahaufnahme vor allem aufgrund der ressentimentgeladenen, ausländerfeindlichen Patentlösungen als rechtsextremistisch identifizieren ließen<sup>1113</sup>. Daneben lag der Fokus speziell auf landespolitischen Fragen und Forderungen, um die seriöse Fassade auszuschnücken.

Die äußerst aufwendige Materialschlacht arbeitete demzufolge mit durchaus ambivalenten Sprüchen und Symbolen<sup>1114</sup>: Während Flugblätter und Plakate, die zum Widerstand gegen „Hartz IV“ aufriefen, gemeinhin im altbewährten schwarz-weiß-rot gehalten waren und zu aggressiven Parolen wie „Schnauze voll? Wahltag ist Zahltag“ mit dem Piktogramm der geballten Faust aufwarteten, gab man sich in den Wahlkampfzeitungen für gewöhnlich schon durch die Verwendung der grün-weißen Farben des Freistaats sowie vordergründig wenig verhänglicher Motive nach dem Motto „Mein Herz schlägt für Sachsen“ deutlich gemäßigter<sup>1115</sup>. Mithin warb die Partei im Zuge dieser Propagandaoffensive insbesondere um die schon in den vorangegangenen Jahren zumeist vielversprechendste Zielgruppe der Jungwähler und wollte sich für selbige nicht zuletzt durch die Miteinbindung neuer Medien wie der „Schulhof-CD“ interessant machen<sup>1116</sup>.

Der Erfolg sprach am Ende für sich. Mit 9,2 Prozent zog die NPD erstmals seit 1968 wieder in einen Landtag ein und war mit zwölf Sitzen zugleich die drittstärkste Partei im neuen Dresdner Parlament. Dabei zeichnete sich die soziodemographische Mischung der

---

gleichzeitig an, Negativmeldungen aufgrund antifaschistischer Proteste und direkter Konfrontationen mit Wahlkämpfern gegnerischer Kräfte zu vermeiden. Der Plan, sich stattdessen verstärkt an den allgemeinen „Montagsdemonstrationen“ zu beteiligen und dementsprechend bürgernah aufzutreten, ging allerdings auch nicht ganz auf, da die nationaldemokratischen Parteiaktivisten bei weitem nicht allerorten mitmarschieren durften. Vgl. Brandstetter: NPD im 21. Jahrhundert, S. 133; Brech: NPD im sächsischen Landtag, S. 3; Steglich: NPD in Sachsen, S. 33.

<sup>1112</sup> Vgl. Steglich: Die sächsische NPD und der Landtagswählerfolg, S. 143.

<sup>1113</sup> Vgl. Ders.: NPD in Sachsen, S. 36.

<sup>1114</sup> Nach Parteiangaben wurden allein 35.000 Plakate aufgehängt. Außerdem verbreitete die NPD im Freistaat 2,5 Millionen Ausgaben der Wahlkampfzeitung „Sachsen-Stimme“, 350.000 Wahlprogramme und 2,5 Millionen Flugblätter. Vgl. Deutsche Stimme: Nächstes Ziel ist Einzug in den Reichstag. In: DS 10/2004.

<sup>1115</sup> Vgl. Steglich: Die sächsische NPD und der Landtagswählerfolg, S. 143.

<sup>1116</sup> Vgl. Brandstetter: NPD im 21. Jahrhundert, S. 134; Steglich: NPD in Sachsen, S. 34.

Wählerschaft zunächst durch den altbekannten Männerüberschuss aus<sup>1117</sup>. Bezüglich der Altersstrukturen war zu beobachten, dass man sich im Vergleich zu 1999 in allen Segmenten verbesserte, den deutlichsten Anstieg jedoch nicht im sowieso schon stärksten Bereich der 18- bis 24-Jährigen, vielmehr bei den 45- bis 60-Jährigen verzeichnete<sup>1118</sup> – die Basis schien sich also zu verbreitern. Zur sonstigen Dominanz niedriger und mittlerer Bildungsabschlüsse passte, dass die Rechtsextremisten in der Regel vorwiegend bei Arbeitern, Arbeitslosen und Auszubildenden zu punkten vermochten, wesentlich seltener dagegen bei Angestellten und Beamten sowie bei den Rentnern<sup>1119</sup>. Dazu schnitten die Nationaldemokraten gerade in abgeschiedeneren Gebieten und Grenzregionen mit verhältnismäßig schwacher Wirtschaftsstruktur gut ab – ganz anders als in den Großstädten<sup>1120</sup>, was wahrscheinlich aber auch daran lag, dass man in manchen dieser ländlichen Gegenden wie der Sächsischen Schweiz mittlerweile über sehr aktive Verbände mit lokalen Aushängeschildern verfügte und durch deren gesellschaftliches Ansehen gewissermaßen schon zum Alltag gehörte.

Die Wurzeln und Auslöser des Aufschwungs waren demnach weit verzweigt. Abgesehen davon, dass die NPD im Vorfeld durch das herausragende Resultat im Saarland erkennbaren Rückenwind erhalten hatte, erleichterte eine Reihe von externen Faktoren deren erfolgreiches Auftreten als Fundamentalopposition. Allen voran näherte sich die monatelange Hysterie um „Hartz IV“ seinerzeit dem Höhepunkt, so dass sich die sozialpopulistische Agitation über weite Strecken mit der verbreiteten Negativstimmung deckte – die Nationaldemokraten wussten die stürmische Atmosphäre zu nutzen und schwammen sozusagen mit dem Strom. Denn im Gefolge der vor allem anfangs wie gesagt nicht sehr differenzierten Medienberichterstattung sowie der „Montagsdemonstrationen“ war der kommunikative Gesamtkontext derart aufgeladen, dass deren Verbalattacken für viele Menschen keineswegs zu aggressiv, geschweige denn grenzwertig daherkamen, sondern ansatzweise konsensfähig, wenn nicht sogar wählbar anmuteten<sup>1121</sup>.

Mit dem konsequent kritischen Bezug auf die vermeintlich „volksfeindlichen“ Maßnahmen der Bundesregierung konnte die NPD deshalb besonders die bisherigen Nichtwähler für sich vereinnahmen und mobilisieren<sup>1122</sup>. Allerdings neigten auch verdrossene Anhänger

---

<sup>1117</sup> Vgl. Jesse: Wahlen 2004, S. 105.

<sup>1118</sup> Vgl. Brech: NPD-Fraktion, S. 168; Jesse: Wahlen 2004, S. 105.

<sup>1119</sup> Vgl. Brandstetter: NPD im 21. Jahrhundert, S. 129/130.

<sup>1120</sup> Vgl. Spier, Tim: Regionale Varianz bei der Wahl der NPD – Eine wahlökologische Untersuchung zur Landtagswahl 2004 in Sachsen. In: Backes, Uwe/Steglich, Henrik (Hrsg.): Die NPD. Erfolgsbedingungen einer rechtsextremistischen Partei. Baden-Baden, 2007. S. 75-102, S. 81; Steglich: NPD in Sachsen, S. 41.

<sup>1121</sup> Vgl. Bürger: NPD und ihr Umfeld, S. 74.

<sup>1122</sup> Vgl. Brandstetter: NPD im 21. Jahrhundert, S. 130.

der Union, deren Anteile drastisch abfielen, sowie mit Abstrichen der PDS und SPD dazu, „Denkzettel“ zu verteilen und für die Nationaldemokraten zu votieren, die sich ausdrücklich als Protestventil anboten<sup>1123</sup>. Bei näherer Begutachtung schienen diese aus dem bis dato nicht sonderlich gefestigten Parteiensystem der neuen Bundesländer und der relativ großen Bereitschaft zur Wechselwahl daher mindestens genauso viel Profit zu schlagen wie aus dem Verzicht der direkten Rivalen DVU und REP, der das rechtsextremistische Stimmenpotential bündelte.

Auf der anderen Seite machte die NPD selbst die der Situation anscheinend angemessenen Politikangebote, mühte sich um seriöse Außendarstellung und die Präsentation von Alternativvorschlägen – und vermied dabei jeglichen ideologischen Dogmatismus. Stattdessen nahmen die Nationaldemokraten die Sorgen und Ängste des „kleinen Mannes“ auf, dienten sich als „Kümmerer“ an und versuchten, dieses Selbstbild sowohl durch die Artikulation dumpfen Sozialprotests als auch durch äußerlich konstruktive landespolitische Konzepte zu vermitteln, die sich von denen der Konkurrenz vornehmlich dadurch abhoben, dass die Schwerpunkte nicht auf den Metropolen lagen. Gerade in Gegenden fernab der Großstädte, in denen der demographische Wandel gleichermaßen spürbar war wie das Gefühl des Niedergangs, mussten solch fadenscheinige Argumentationen gewissen Anklang finden und die sowieso schon vorhandene Skepsis gegenüber dem System und seinen Vertretern fördern<sup>1124</sup>.

Daneben zeigten in Sachsen nicht zuletzt die stetigen Investitionen der NPD in den Ausbau des Apparats – zuvörderst die Akkumulation von Institutionen und Infrastrukturen – Wirkung: Als Produkt dieser Anstrengungen war die Partei inzwischen in vielen Regionen präsent und verankert, verfügte dort nicht nur über Ansätze von Stammwählerschaften, sondern auch über ausreichende personelle wie wirtschaftliche Ressourcen für den aufwendigsten Werbefeldzug seit vielen Jahren und sah sich somit im Stande, die positiven Rahmenbedingungen planmäßig auszunutzen. Wenngleich das Ausmaß des Erfolgs die Verantwortlichen am Ende vermutlich selbst verblüfft haben dürfte, erzielten die Nationaldemokraten 2004 darum dennoch eine Art Durchbruch mit Ansage, der sich ebenso aus dem Einfangen der hochgradig aufgeheizten Stimmungslage wie aus der eigenen Aufbauarbeit speiste.

---

<sup>1123</sup> Vgl. Jesse: Wahlen 2004, S. 103/104.

<sup>1124</sup> Vgl. Burger: NPD und ihr Umfeld, S. 87.

### 6.3.6. Die NPD als neuer „Kristallisationspunkt“ des Rechtsextremismus

Die steigenden Stimmenanteile verhalfen nicht nur zu größerer Medienpräsenz sowie gehörigen Mehreinnahmen durch die Wahlkampfkostenerstattung und die gewachsene Spendenbereitschaft<sup>1125</sup>, vorneweg schien der Aufschwung der NPD neues Selbstbewusstsein zu verleihen und Aufbruchstimmung zu verbreiten. Die Partei reklamierte die dominante Position im rechtsextremistischen Spektrum daraufhin vehement für sich und machte sich sogleich daran, diesen Status zu verfestigen. In einem ersten Schritt bemühten sich die Verantwortlichen deswegen um eine Verstetigung der Bündnispolitik und einigten sich bereits drei Tage nach dem Triumph in Sachsen mit der DVU, die in Brandenburg ebenfalls in die Volksvertretung eingezogen war<sup>1126</sup>, auf eine baldige Ausdehnung der bisher so erfolgreichen Absprachepraxis<sup>1127</sup>. Parallel dazu warben die Nationaldemokraten aber auch weiterhin um das subkulturelle Potential und strengten sich darum spürbar an, das „systemfeindliche“ Profil zu schärfen.

In einem am 24. September 2004 – nur eineinhalb Jahre nach dem Scheitern des Verbotsverfahrens – abgedruckten Interview rief Udo Voigt deshalb explizit zu „revolutionären Veränderungen“<sup>1128</sup> auf und erklärte zu seinen radikalen Standpunkten:

„Nach 1945 sind in Deutschland zwei Vasallenstaaten entstanden, die DDR in Mitteldeutschland und die BRD im Westen. Erst wenn beide Vasallenstaaten verschwunden sind, können die Deutschen sich in Selbstbestimmung einen eigenen Staat schaffen, in dem sie frei leben können. (...) Es ist unser Ziel, die BRD ebenso abzuwickeln, wie das Volk vor fünfzehn Jahren die DDR abgewickelt hat. Dies geht offensichtlich auch über die Wahlurne.“<sup>1129</sup>

Mit dem jüngsten Ausrufezeichen im Freistaat sowie der neuen Dresdner Fraktion, die sich als strikte Fundamentalopposition verstehe, sei der Anfang gewissermaßen schon gemacht. Außerdem gab der NPD-Chef in seinen weiteren Repliken Auskunft über seine Sichtweise auf das „Dritte Reich“ und titulierte Adolf Hitler vor diesem Hintergrund sogar als „großen deutschen Staatsmann“<sup>1130</sup>, gleichwohl der Despot die Hauptverantwortung für die Niederlage trage. Vermutlich waren solche Tabubrüche durchaus geplant, um den neonationalsozialistischen Kameradschaften weltanschauliche Kongruenz und Verlässlichkeit im Sinne weitestgehender Kompromisslosigkeit zu signalisieren und somit gerade den militanteren Teil der Szene zu mobilisieren, der die Nationaldemokraten nach wie vor skeptisch sah<sup>1131</sup>:

---

<sup>1125</sup> Vgl. BMI (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 2004, S. 76.

<sup>1126</sup> Siehe Kapitel 5.2.2.

<sup>1127</sup> Vgl. BMI (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 2004, S. 77.

<sup>1128</sup> Voigt, zitiert nach Junge Freiheit: „Ziel ist, die BRD abzuwickeln“. In: Junge Freiheit 40/04, 24.9.04. <http://www.jf-archiv.de/archiv04/404yy08.htm> (abgerufen am 15.11.10).

<sup>1129</sup> Ders., zitiert nach ebd.

<sup>1130</sup> Ders., zitiert nach ebd.

<sup>1131</sup> Vgl. BMI (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 2004, S. 60/61.

„Wir sind keine Partei, die nur deshalb etwas schlecht findet, weil es schon zwischen 1933 und 1945 vorhanden war. Tatsächlich hat der Nationalsozialismus die Ideen völkischer Identität von 1848 in hohem Maße realisiert, leider aber war er auch imperialistisch. (...) Natürlich ist der Nationalsozialismus als Strömung in Deutschland auch heute vorhanden. Für die NPD ist er nicht maßgebend, aber wir versuchen, neben Nationalliberalen und Nationalkonservativen eben auch die nationalsozialistische Strömung zu integrieren, da eine Abgrenzung nur dem politischen Gegner hilft.“<sup>1132</sup>

Wenngleich eine erkennbare nationalliberale Prägung der Partei wohl eher einem Wunschdenken denn der Wirklichkeit entsprang und die vermeintlich nationalkonservative mittlerweile eigentlich mehr der einst vorherrschenden deutschnationalen Stoßrichtung entsprach<sup>1133</sup>, erschien der weitläufige Sammlungsanspruch dahinter dennoch eindeutig. Dem Selbstverständnis als Speerspitze entsprechend arbeitete man daran, den „Nationalen Widerstand“ vollumfänglich einzubeziehen.

Sowohl die NPD im Ganzen als auch speziell deren Vorsitzender, der damals auf dem absoluten Gipfel seiner Macht war, hatten in diesem Stadium fühlbares Oberwasser und hielten daher auf dem fast vollständig von der Öffentlichkeit abgeschotteten „Jubelparteitag“ am 30./31. Oktober 2004 in Leinefelde an der aggressiven Linie fest<sup>1134</sup>. Im Rahmen seiner Rede machte sich der wiedergewählte Voigt abermals für die Konzentration aller „nationalen Kräfte“ stark und ordnete der „Drei-Säulen-Strategie“ dafür den „Kampf um den organisierten Willen“ als vierten Stützpfeiler zu<sup>1135</sup>, mit dem man sich ideologisch weiterhin in verschiedene Richtungen orientierte. Immerhin durfte DVU-Chef Gerhard Frey in seinem Gastvortrag die Fortsetzung der Wahlabsprachen verkünden. Während der neue alte Partner auf der anschließenden Pressekonferenz allerdings „größtmöglichen Abstand vom Nazismus und Neonazismus“<sup>1136</sup> verlangte, votierte die Delegiertenversammlung geradezu diametral zu diesem Anspruch. Das Resultat war jedenfalls, dass sich mit Thorsten Heise nun einer der exponiertesten Köpfe jenes dynamischen Milieus, das mit dem spießbürgerlich wirkenden Verleger, dessen vermeintlichen Finanzinteressen und seinem eher verstaubten „Hinterzimmerverein“ seit jeher auf Kriegsfuß stand, im Vorstand wiederfand und dort das Kommando über das als dauerhafte Schnittstelle eingerichtete „Referat Freie Kräfte“ erhielt<sup>1137</sup>. Die diffusen

---

<sup>1132</sup> Voigt, zitiert nach Junge Freiheit: „Ziel ist, die BRD abzuwickeln“.

<sup>1133</sup> Vgl. Kailitz, Steffen: Die nationalsozialistische Ideologie der NPD. In: Backes, Uwe/Steglich, Henrik (Hrsg.): Die NPD. Erfolgsbedingungen einer rechtsextremistischen Partei. Baden-Baden, 2007, S. 337-353, S. 340/341; Pfahl-Traugber: „Zweiter Frühling“ der NPD, S. 28.

<sup>1134</sup> Vgl. Gebauer, Matthias/Musharbash, Yassin: NPD-Jubelparteitag: Der ungenierte Auftritt der Neonazis. In: SPIEGEL-Online vom 30.10.04.

<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,325835,00.html> (abgerufen am 20.1.10).

<sup>1135</sup> Siehe Kapitel 8.4.

<sup>1136</sup> Frey, zitiert nach Gebauer, Matthias/Musharbash, Yassin: Rechtsextreme Strategie: NPD und DVU gemeinsam gegen die Republik. In: SPIEGEL-Online vom 31.10.04.

<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,325870,00.html> (abgerufen am 20.1.10).

<sup>1137</sup> Vgl. Gerlach: Verbote rechtsextremistischer Vereine, S. 251.

Kooperations- und Vereinigungsvorhaben der Nationaldemokraten, die einander verachtende Strömungen einzubinden versuchten, entfalteten demzufolge ein erhebliches Konfliktpotential.

Nichtsdestotrotz schien das Konzept in dieser Phase aufzugehen; durch die Annäherung an Kameradschaften und andere Vorfeldorganisationen konnte sich die Partei weiter konsolidieren und avancierte – auch dank verstärkter vorpolitischer Aktivitäten wie der Ausrichtung von Konzerten<sup>1138</sup> – schnell zum „Kristallisationspunkt“<sup>1139</sup> der neuerlichen Sammlungstendenzen. Zwar stieg der Mitgliederbestand zwischen 2004 und 2005 nominell zunächst nur um 700 auf 6.000 Personen an<sup>1140</sup>, dafür zählten dazu diverse angesehene Protagonisten aus den Subkulturen<sup>1141</sup>, die sich als Zugpferde anboten und Prestigegewinne versprachen. Auch von Seiten der Republikaner waren vereinzelte Absetzbewegungen zu verzeichnen, wiewohl sich die Spitzenfunktionäre des moderateren Rivalen meist strikt davon distanzieren<sup>1142</sup>. Mit dem „Hamburger Signal“ verkündete beispielsweise der wenig bedeutsame Verband in der Hansestadt Anfang Januar 2005 im Alleingang die Selbstaflösung, woraufhin dort viele Anhänger zur NPD weiterzogen<sup>1143</sup>. Ferner engagierte sich mit Franz Schönhuber die einstige Symbolfigur als medien- sowie europapolitischer Berater der Nationaldemokraten und veröffentlichte Beiträge in der „Deutschen Stimme“<sup>1144</sup>.

Auf dem DVU-Parteitag am 15. Januar 2005 in München handelten deren Vorsitzender Frey und NPD-Chef Voigt dann die Formalien hinsichtlich der Weiterführung der Absprachepraxis aus<sup>1145</sup>. Mit dem in der Laufzeit vorerst bis Ende 2009 befristeten „Deutschlandpakt“ sicherte sich die Volksunion die alleinige Teilnahme an der nächsten Europawahl, zu der aber auch Direktkandidaten des Bündnisgefährten auf der Liste auftauchen sollten, sowie an den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt, Bremen, Hamburg, Thüringen und Brandenburg. Für die Nationaldemokraten sah das Abkommen

---

<sup>1138</sup> Vgl. Bundesministerium des Innern (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 2005. Berlin, 2006, S. 87/88.

<sup>1139</sup> Dass.: Verfassungsschutzbericht 2004, S. 75.

<sup>1140</sup> Vgl. Dass.: Verfassungsschutzbericht 2005, S. 73.

<sup>1141</sup> So vermochte die NPD damals die Beitritte von Michael „Lunikoff“ Regener, dem Sänger der verbotenen neonationalsozialistischen Rechtsrock-Band „Landser“, und des Kopfs der Kameradschaft München, Norman Bordin, zu vermelden. Vgl. Dass.: Verfassungsschutzbericht 2004, S. 60.

<sup>1142</sup> Vgl. a.a.O., S. 77.

<sup>1143</sup> Vgl. Pfahl-Traughber, Armin: Das Gespenst von der „deutschen Volksfront“. Aktuelle Bündnisbestrebungen im organisierten Rechtsextremismus. In: Gehl, Günter (Hrsg.): Kriegsende 1945. Befreiung oder Niederlage für die Deutschen? Gedanken über die Hintergründe des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Weimar, 2006, S. 75-84, S. 78.

<sup>1144</sup> Vgl. Kailitz, Steffen: Die Deutsche Volksunion und die Republikaner: Vergleichende Betrachtung zur Entwicklung und zum ideologischen Profil. In: Braun, Stephan/Geisler, Alexander/Gerster, Martin (Hrsg.): Strategien der extremen Rechten. Hintergründe – Analysen – Antworten. Wiesbaden, 2009, S. 109-129, S. 124.

<sup>1145</sup> Vgl. Grumke/Klärner: Rechtsextremismus, S. 25/26.

demgegenüber den Antritt zur Bundestagswahl – wiederum mit Berücksichtigung des Vertragspartners – und in allen anderen Bundesländern vor. Angesichts der persönlichen Animositäten in der Vergangenheit sowie der weiterhin akuten programmatischen und strategischen Diskrepanzen war diese Allianz sicherlich weniger als Ausdruck prinzipieller Verbundenheit, sondern primär als politische Vernunftehe zu werten<sup>1146</sup>.

Denn die zahlreichen Widersprüchlichkeiten zwischen beiden Parteien zeigten sich schon bald in den vielfachen, von der biederen DVU vermutlich beim besten Willen nicht durchgängig zu befürwortenden Provokationen der NPD. Beispielsweise verließ deren sächsische Landtagsfraktion am 21. Januar 2005 während der Schweigeminute zum Gedenken an die alliierten Luftangriffe auf Dresden demonstrativ das Plenum; anschließend nutzte der Abgeordnete Jürgen Gansel die Aktuelle Stunde im Parlament als Bühne, um diesbezüglich vom „Bombenholocaust“ der Alliierten zu sprechen und damit die NS-Verbrechen zu verharmlosen<sup>1147</sup>. Der Plan dahinter war, sich mit derart inszenierten Skandalen „interessant“ zu machen, mindestens jedoch Protestreaktionen zu schüren und sich darüber mehr Publizität zu verschaffen – was seine Wirkung nicht zu verfehlen schien. Mithin durfte Voigt seine Vorstellungen im Hinblick auf das „Dritte Reich“ und die Rolle Hitlers wenig später sogar schon in den Massenmedien verbreiten<sup>1148</sup>. Bezeichnenderweise ließ sich der Vorsitzende dabei in seiner Bewunderung für den Diktator selbst von der Drohkulisse eines erneuten Verbotsverfahrens kaum einbremsen, erklärte vielmehr, dass ein solches für die Nationaldemokraten lediglich „kostenlose Werbung für den Einzug in den Bundestag“<sup>1149</sup> wäre.

Die Realität sah allerdings anders aus, in den darauffolgenden Wochen und Monaten mühte sich die NPD nämlich meist vergeblich, an die Resultate des Vorjahres anzuknüpfen. So blieben die Mandate bei den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein am 20. Februar 2005 und in Nordrhein-Westfalen am 22. Mai desselben Jahres mit 1,9 bzw. 0,9 Prozent außer Sichtweite, auch wenn die Partei im Vergleich zu den Vorwahlen (1,0

---

<sup>1146</sup> Vgl. Pfahl-Traugher: Gespenst der „deutschen Volksfront“, S. 78.

<sup>1147</sup> Vgl. SPIEGEL-Online: Skandal im Sächsischen Landtag: NPD-Mann spricht vom Dresdner „Bomben-Holocaust“. In: SPIEGEL-Online vom 21.1.05.

<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,337894,00.html> (abgerufen am 20.1.10).

<sup>1148</sup> Im Interview mit der Tageszeitung „Die Welt“ gab der Parteichef geradewegs zu Protokoll: „Nur ein großer Staatsmann kann große Verbrechen begehen (...). Hitler hat natürlich Phantastisches geschafft, er hat die Arbeitslosigkeit innerhalb von wenigen Jahren beseitigt (...). Der historische Nationalsozialismus kann für uns kein Vorbild sein. Hitler haben wir die größte Niederlage Deutschlands zu verdanken. Ich habe aber kein Verständnis, daß im Sinne der Political Correctness von jedem Politiker in Deutschland erwartet wird, sich nur in eine bestimmte Richtung zu äußern.“ Zitiert nach Die Welt: „Ein Verbotsverfahren wird uns kostenlose Werbung sein“. In: Die Welt vom 12.2.05. [http://www.welt.de/print-welt/article424731/Ein\\_Verbotsverfahren\\_wird\\_uns\\_kostenlose\\_Werbung\\_sein.html](http://www.welt.de/print-welt/article424731/Ein_Verbotsverfahren_wird_uns_kostenlose_Werbung_sein.html) (abgerufen am 15.4.10).

<sup>1149</sup> Voigt, zitiert nach ebd.

bzw. 0,0) in beiden Fällen deutlich besser abschnitt. Aufgrund der strukturellen Defizite der dortigen Verbände war man zur Verteilung von Werbematerial nicht selten auf die Mithilfe neonationalsozialistischer Aktivisten und Skinheads angewiesen<sup>1150</sup>, deren martialisches Auftreten moderatere Sympathisanten wahrscheinlich abschreckte. Hinzu kam, dass das Reizthema „Hartz IV“ ebenso wie die Ausländerpolitik kaum eine Rolle spielte, wodurch die vorwiegend auf diese Aspekte konzentrierte Agitation der Nationaldemokraten nie die erhoffte Resonanz erzeugen konnte<sup>1151</sup>. Das „sächsische Modell“ ließ sich insoweit nicht einfach vervielfältigen und exportieren, als die internen und externen Voraussetzungen augenscheinlich längst nicht die selben waren.

Die Etablierung als Wahlpartei geriet mit dem doppelten Scheitern im Norden und Westen gleichermaßen ins Stocken wie der nach wie vor gebrechliche, da geradewegs vom Erfolg – im Sinne messbarer Vorteile – getragene Einigungsprozess des „Nationalen Widerstands“<sup>1152</sup>. Vor allem die Konflikte im stets ambivalenten Verhältnis der NPD zu den Kameradschaften drohten sich zu verschärfen, auch wenn die Meinungen in diesem vielschichtigen Milieu stellenweise stark auseinandergingen: Während man sich mancherorts ausdrücklich zum Schulterschluss mit den Nationaldemokraten bekannte, verlangten andere Wortführer im Sommer 2005 bezüglich der auf den 18. September vorgezogenen Bundestagswahl sogar deren strikten Boykott, da die angebliche „BRD-Partei“ bloß vom „System“ beauftragt sei, möglichst viele Verdrossene an sich zu binden, um den Drang nach Veränderung abzufangen<sup>1153</sup>.

Neben solchen szeneeinternen Reibereien nahmen sich die Rahmenbedingungen für den angepeilten Sprung in den Reichstag als nächstem Meilenstein des Vormarschs aus Sicht der NPD allein schon aufgrund der verkürzten Vorlaufzeit ausgesprochen suboptimal aus. Denn von dem ursprünglichen Vorhaben, sich zu Beginn des Jahres 2006 mit machbaren Resultaten in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz zumindest für die Parteienfinanzierung zu qualifizieren und darüber das Budget für den Bundestagswahlkampf zu vergrößern<sup>1154</sup>, mussten sich die Verantwortlichen quasi über Nacht verabschieden – und „Plan B“ wirkte dann schon ziemlich verwegen: Weil die Fünfprozenthürde in weite Ferne gerückt schien, obwohl die Nationaldemokraten durch offene Listen mit Vertretern der DVU und der „Freien Nationalisten“ in sämtlichen

---

<sup>1150</sup> Vgl. Grumke: Der „hysterische NPD-Tsunami“, S. 91-95; Jesse, Eckhard: Wahlen 2005. In: Backes, Uwe/Ders. (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie. 18. Jahrgang. Baden-Baden, 2006, S. 113-127, S. 115.

<sup>1151</sup> Vgl. Pfahl-Traugber: Gespenst der „deutschen Volksfront“, S. 81.

<sup>1152</sup> Vgl. a.a.O., S. 79/80.

<sup>1153</sup> Vgl. BMI (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 2005, S. 70/71.

<sup>1154</sup> Vgl. Miliopoulos: NPD als Machtfaktor im Parteiensystem, S. 223.



Ländern vertreten waren<sup>1155</sup>, gedachten diese den Durchbruch über drei Direktmandate in den sächsischen Vorzeigeregionen schaffen<sup>1156</sup>.

Den inhaltlichen Schwerpunkt setzte die NPD insofern wie schon im Vorjahr auf sozialpopulistische Parolen, die sich allenthalben mit Protestmotiven und ausländerfeindlichen Spitzen mischten<sup>1157</sup>. Aufsehen löste die Partei aber lediglich aus, als publik wurde, dass man die „Deutsche Stimme“ mittlerweile in Polen und der Slowakei drucken ließ, wodurch die polemischen Attacken auf vermeintlich von dort nach Deutschland strömende „Lohndrücker“ nachgerade absurd daherkamen<sup>1158</sup>. Ansonsten vermochte speziell das aufstrebende Linksbündnis den Nationaldemokraten schnell den Rang abzulaufen<sup>1159</sup>, da selbiges sowohl das Medieninteresse auf seiner Seite wusste als auch über Aushängeschilder von Rang und Namen verfügte, die mit polarisierenden Aussagen persönlich im „nationalen“ Lager nach Stimmen wilderten<sup>1160</sup>. Die Ankündigung der Rechtsextremisten, den neuen Antagonisten deshalb zu unterwandern, war im Rückblick – ungeachtet diverser Aufrufe – nur Schall und Rauch<sup>1161</sup>.

Selbst mit dem Zutun der Verbündeten in der „Volksfront“ erschien die Speerspitze des „Nationalen Widerstands“ daher vom erklärten Ziel der drei Direktmandate ebenso weit entfernt wie vom Parlamentseinzug über die Zweitstimmen, weshalb das Ergebnis von deutschlandweiten 1,6 Prozent im ersten Moment ohne Zweifel eine Enttäuschung darstellte. Bei näherem Hinsehen entsprach es aber auch einer deutlichen Verbesserung im Vergleich zu 2002 und ermöglichte somit ein weiteres Mal die staatliche Alimentierung durch die Wahlkampfkosterstattung, deren enorme Bedeutung der damalige stellvertretende Vorsitzende Holger Apfel in einer nachträglichen Bilanz der Bundestagswahl erläuterte:

„Unsere Partei hat einen engagierten Wahlkampf geführt (...) und schließlich ein Ergebnis erzielt, das die Vervielfachung der Zweitstimmen – und damit wesentlich mehr Geld aus der Parteienfinanzierung zur Professionalisierung unserer Arbeit bedeutet. Schon allein aus diesem Grund war keine Stimme für die NPD

---

<sup>1155</sup> Dazu schaffte die NPD die Nominierung von Direktkandidaten in 295 von 299 Wahlkreisen. Vgl. BMI (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 2005, S. 91.

<sup>1156</sup> Vgl. Brandstetter: NPD im 21. Jahrhundert, S. 143.

<sup>1157</sup> Vgl. a.a.O., S. 94.

<sup>1158</sup> Vgl. Rensmann, Lars: From High Hopes to On-Going Defeat. The New Extreme Right's Political Mobilization and its National Electoral Failure in Germany. In: German Politics and Society, Volume 24, No. 1, Spring 2006, S. 67-92, S. 84.

<sup>1159</sup> Vgl. a.a.O., S. 83.

<sup>1160</sup> Bereits im Vorfeld der Bundestagswahl 2005 hatten die damalige PDS und der Verein „Wahlalternative Soziale Gerechtigkeit“ (WASG) ausgemacht, im Verbund anzutreten. Im Wahlkampf erklärte dann zum Beispiel der spätere Vorsitzende der daraus 2007 entstandenen Partei Die Linke und ehemalige Bundesfinanzminister, Oskar Lafontaine, es sei Aufgabe staatlicher Organe, Familienväter und Frauen davor zu schützen, dass „Fremdarbeiter ihnen zu Billiglöhnen die Arbeitsplätze wegnehmen“ – was von den nationaldemokratischen Parolen im ersten Moment nicht sonderlich weit entfernt wirkte.

<sup>1161</sup> Vgl. Grumke/Klärner: Rechtsextremismus, S. 96.

umsonst. Ungeachtet aller positiven Eindrücke müssen wir aber eingestehen, daß sich der Aufstieg verlangsamt hat. Doch unser Erstarken wird nicht aufzuhalten sein. Es geht nicht nur um Prozenz bei Wahlen, sondern um den weiteren Weg in die Mitte unseres Volkes. Ein System, das von immer mehr Menschen abgelehnt wird, kann wild um sich schlagen, vielleicht sogar ein neues Verbotverfahren anstrengen, aber es wird nicht erfolgreich sein.“<sup>1162</sup>

Besonders in den neuen Bundesländern schnitten die Nationaldemokraten wiederum stärker ab als in den alten, wodurch sich abermals bestätigte, dass sich hier bereits ansatzweise Stammwählerschaften herausgebildet hatten<sup>1163</sup>.

#### **6.3.7. Das Auf und Ab der „Volksfront“**

Mit dem verpassten Einzug in den Bundestag machte sich rund um die NPD Ernüchterung breit – die vordergründige Eintracht des rechtsextremistischen Bündnisses war Ende 2005 rasch dahin. Für den ganz großen Wurf schien der Mobilisierungsradius der „Volksfront von rechts“ in diesem Stadium noch nicht auszureichen, womit sich für manche inner- wie außerparteiliche Skeptiker wohl auch gleichsam deren Wert relativierte. So rechnete der damalige JN-Vorsitzende Stefan Rochow am 28. November per Internetmitteilung mit dem „Deutschlandpakt“ ab und diffamierte die Allianz mit der DVU darin als „rechtsreaktionäres, national- und sozialdemagogisches“ Abkommen, das schon im Ansatz zum Scheitern verurteilt und prinzipiell nur mangels Alternativen weiter zu sekundieren sei, was natürlich den Parteivorstand auf den Plan rief, der den Angriff sogleich als Ausdruck „mangelnder politischer Reife“ abzutun versuchte<sup>1164</sup>. Während die Verantwortlichen allerdings noch darauf abstellten, dieses Feuer auf dem Wege verbaler Schadensbegrenzung zu löschen, loderten auf der anderen Seite verschiedentlich neue Flammen auf. Denn die ständigen Dissonanzen im Verhältnis zu den Kameradschaften nahmen nun ebenfalls zu; am meisten knirschte es in Niedersachsen, wo einige neonationalsozialistische Wortführer den Nationaldemokraten sogar kurzerhand die Kooperation aufkündigten<sup>1165</sup>.

Auch die sächsische Landtagsfraktion, dem Anspruch nach eigentlich das Vorzeigeprojekt für die Politikfähigkeit der NPD, glich einem Pulverfass und verlor im Lauf des Dezembers 2005 gleich drei Mitglieder durch Austritte: Zum 7., 20. und 23. des Monats verabschiedeten sich nacheinander Mirko Schmidt, Klaus Baier und Jürgen Schön, die das

---

<sup>1162</sup> Apfel, zitiert nach Klartext: Auf dem Weg in die Mitte des Volkes. In: Klartext, November 2006.

<sup>1163</sup> Während die NPD zur Bundestagswahl 2005 im Westen nur auf 1,1 Prozent kam, konnte die Partei in den neuen Bundesländern schon mehr als den dreifachen Wert (3,6) auf sich vereinen. Vgl. Backes: Entzauberung der Extremisten?, S. 14.

<sup>1164</sup> Vgl. BMI (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 2005, S. 90.

<sup>1165</sup> Die Wurzel des Konflikts war wohl im von den Nationaldemokraten verhängten Redeverbot für den Kameradschaftsaktivisten Dieter Riefing zu sehen, mit dem sich daraufhin sogar verschiedene JN- und NPD-Verbände solidarisierten. Vgl. Brandstetter: NPD im 21. Jahrhundert, S. 97.

klare Bekenntnis zum Nationalsozialismus dem Vernehmen nach nicht mehr mittragen konnten und neben der Vernachlässigung sozialpolitischer Belange speziell die ständige Bevormundung der Mandatsträger durch die Bundesführung kritisierten<sup>1166</sup>. Daneben ließ der Abgang der drei einheimischen Abgeordneten eine vermutlich schon länger schwelende Auseinandersetzung mit den mehrheitlich westdeutschen Spitzenfunktionären der Dresdner Delegation erahnen<sup>1167</sup>. Somit gaben die Nationaldemokraten auf der parlamentarischen Bühne genau das peinliche Bild von Disziplinlosigkeit und mangelnder Seriosität ab, das man von vornherein vermeiden wollte.

Miserabel sah die Lage auch in diversen Landesorganisationen aus. Zum Beispiel galt der Verband von Baden-Württemberg aufgrund anhaltender Grabenkämpfe um den Vorsitzenden Günter Deckert und dessen willkürliche Vorgehensweisen als weitgehend gelähmt und allenfalls in wenigen Gebieten aktiv<sup>1168</sup>. Erst die im Eilverfahren ausgesprochenen Beschlüsse über die Amtsenthebung und den Ausschluss des ehemaligen Bundesparteiobers sowie deren Anfang 2006 erfolgte Bestätigung im Berufungsverfahren vermochten die Blockade allmählich aufzulösen; der DLVH-Chef Jürgen Schützing sprang daraufhin in die Bresche. Unterdessen weigerte sich die Bremer Vorstandsriege, den mit dem „Deutschlandpakt“ ausgehandelten Verzicht auf die Beteiligung an der nächsten Bürgerschaftswahl zu akzeptieren und startete daher selbständig mit den Vorbereitungen auf den Urnengang 2007<sup>1169</sup>. Im Saarland stellten die Partei außerdem neue „V-Mann“-Vorwürfe auf die Probe<sup>1170</sup>.

Mit anderen Worten, bei der NPD brannte es beinahe an allen Ecken und Enden. Eine Entschärfung versprachen letzten Endes nur neue Erfolge, die vorerst aber auf sich warten ließen: Wiewohl sich die Nationaldemokraten bei der baden-württembergischen Landtagswahl am 27. März 2006 von 0,2 auf 0,7 Prozent steigerten, wurde das ausgerufen Primärziel der Wahlkampfostenerstattung dennoch verfehlt, was bei der desolaten Verfassung des krisengeschüttelten Verbands allerdings kaum verwundern konnte<sup>1171</sup>. Demgegenüber erzielte man am selben Tag in Rheinland-Pfalz – dank erheblicher Mithilfe aus der neonationalsozialistischen Szene<sup>1172</sup> – mit 1,2 Prozent der Stimmen mehr als eine

---

<sup>1166</sup> Vgl. BMI (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 2005, S. 90.

<sup>1167</sup> Vgl. Backes, Uwe: Organisationen 2005. In: Ders./Jesse, Eckhard (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie. 18. Jahrgang. Baden-Baden, 2006, S. 128-144, S. 137; Miliopoulos: NPD als Machtfaktor im Parteiensystem, S. 233.

<sup>1168</sup> Vgl. Brandstetter: NPD im 21. Jahrhundert, S. 95/96; Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg (Hrsg.): Rechtsextremismus. Stuttgart, 2006, S. 29/30.

<sup>1169</sup> Vgl. Brandstetter: NPD im 21. Jahrhundert, S. 97.

<sup>1170</sup> Vgl. a.a.O., S. 96.

<sup>1171</sup> Vgl. Bundesministerium des Innern (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 2006. Berlin, 2007, S. 93.

<sup>1172</sup> Vgl. ebd.

Verdopplung im Vergleich zu 2001 (0,5) und erreichte mit diesem Resultat wenigstens dort die wichtige Partizipation an der staatlichen Teilfinanzierung.

Nachdem der wahlpolitische Aufwärtstrend somit weithin stagnierte, fand die Parteiführung im Frühjahr 2006 in der nahenden Fußball-Weltmeisterschaft in Deutschland den willkommenen Anlass, um sich durch Provokationen mit vorwiegend fremdenfeindlicher Note neue Aufmerksamkeit zu verschaffen. Durch abschätzige Darstellungen der angeblich gezielt mit Spielern mit ausländischen Wurzeln gespickten deutschen Auswahl verzerrte die NPD augenscheinlich die Wirklichkeit des damals allenfalls ansatzweise multikulturellen Nationalteams, um den Sport als massenkompatible Negativfolie zur Agitation gegen die gesellschaftliche „Überfremdung“ zu missbrauchen<sup>1173</sup>. Nachdem man es dabei etwa durch die Veröffentlichung eines Turnierterminplaners mit dem symptomatischen Titel „Weiß – nicht nur eine Trikot-Farbe! Für eine echte NATIONAL-Mannschaft!“ für einige Tage in die Schlagzeilen schaffte<sup>1174</sup>, sollten einstweilige Verfügungen dessen Verbreitung ebenso schnell stoppen wie die des Nachfolgeprodukts „Spielplan 06“. Gleichwohl der direkte Anklang demzufolge begrenzt blieb, diskutierten Politik und Medien mit Blick auf die demnächst anreisenden Besucher aus aller Welt aufgeregt über so genannte „No-Go-Areas“<sup>1175</sup>, also Gegenden, in denen zum Beispiel dunkelhäutige Menschen vor Anfeindungen nicht sicher seien – wofür die schlichte Präsenz der Nationaldemokraten bzw. vergleichbarer Gruppierungen in den Augen mancher Beobachter schon zu den wesentlichen Indikatoren gehörte, so dass deren subversive Aktivitäten von dieser Warte aus schließlich gar nicht mehr so wirkungslos schienen.

Ansonsten galt das Augenmerk der NPD voll und ganz der nächsten Schwerpunktwahl am 17. September 2006 in Mecklenburg-Vorpommern. Zur Auftaktveranstaltung unter dem Motto „Arbeit zuerst für Deutsche“ versammelten sich zum 1. Mai um die 1.300 Rechtsextremisten in Rostock<sup>1176</sup>. Angesichts der Tatsache, dass die Nationaldemokraten

---

<sup>1173</sup> Vgl. BMI (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 2006, S. 79/80.

<sup>1174</sup> Das Berliner Kammergericht verurteilte die drei für diese Publikation verantwortlichen Funktionäre – den damaligen Vorsitzenden Udo Voigt, Pressesprecher Klaus Baier sowie den Leiter der NPD-Rechtsabteilung, Frank Schwerdt – im April 2009 wegen Volksverhetzung und Beleidigung zu mehrmonatigen Bewährungsstrafen. Zudem setzte das Gericht die Zahlung von Geldstrafen für soziale Zwecke durch. Vgl. SPIEGEL-Online: Gericht verurteilt NPD-Chef Voigt wegen Volksverhetzung. In: SPIEGEL-Online vom 24.4.09. <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,620997,00.html> (abgerufen am 25.4.09).

<sup>1175</sup> Vgl. Greven, Ludwig: No-Go-Areas: Brandenburg meiden. In: ZEIT-Online vom 17.5.06. <http://www.zeit.de/online/2006/20/Nogoareas-Heye?page=all> (abgerufen am 15.12.10); SPIEGEL-Online: Gefahrenatlas Deutschland: No-Go-Areas für Schwarze. In: SPIEGEL-Online vom 20.4.06. <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,412226,00.html> (abgerufen am 15.12.10).

<sup>1176</sup> Vgl. BMI (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 2006, S. 88.

im Nordosten selbst nur über 200 Anhänger verfügten<sup>1177</sup>, sagte die stattliche Teilnehmerzahl schon viel über die spezifischen Vorzeichen dieses Wahlkampfes: Wenngleich keine direkten Mitbewerber aus dem „nationalen“ Spektrum antraten, kam der Partei dort aufgrund der schwach ausgeprägten Strukturen – anders als in Sachsen – keine dominante Position zu<sup>1178</sup>. Stattdessen war der Verband auf die Kooperationsbereitschaft und das Mobilisierungsreservoir der auf dem Land meist wesentlich stärker verankerten neonationalsozialistischen Szene angewiesen und musste sich mit den Kameradschaftsaktivisten daher sowohl in Sachen Listenaufstellung als auch der Kandidatennominierung und Kampagnenführung arrangieren<sup>1179</sup>.

Inhaltlich bemühte sich die NPD wie bereits 2004, sich möglichst breit aufzustellen und nach der Devise „aus dem Volk für das Volk“ auch bürgerliche Interessenten anzusprechen. Im Kontrast zu den etablierten Kräften erhielt die Präsentation scheinbar seriöser lokal- und landespolitischer Konzepte deshalb wiederum den Vorzug vor der Darstellung von Personen<sup>1180</sup>. Da die Debatte um „Hartz IV“ weitgehend abgeflaut war und nicht mehr ausreichend Protestpotential verhieß, nahm der äußerst materialintensive Werbefeldzug unter Führung des als Wahlkampfleiter agierenden sächsischen Fraktionsvorsitzenden Holger Apfel nun vor allem den spezifischen sozioökonomischen und demographischen Problemhaushalt des Flächenlands ins Visier<sup>1181</sup>. Die Propaganda der Nationaldemokraten knüpfte an die komplexen Alltagserfahrungen und Ängste der Menschen an, kombinierte diese mit latent ausländerfeindlichen und antikapitalistischen Parolen, lieferte Sündenböcke und vermeintliche Patentlösungen – und schürte somit Politik- und Demokratieverdrossenheit<sup>1182</sup>.

Auffällig war dabei vielfach die Ambivalenz von Auftreten und Sprache: Auf Plakaten warb die Partei mit Abbildungen lachender Kinder, dazu ließen die Kandidaten die Straßenkampfmonturen im Schrank und demonstrierten durch die Ausrichtung verhältnismäßig legerer, wenig verfänglicher Veranstaltungen im Stile von Dorf- und

---

<sup>1177</sup> Vgl. Bergsdorf: Neue NPD, S. 107.

<sup>1178</sup> Vgl. Beier/Bogitzky: NPD in kommunalen Parlamenten, S. 32/33.

<sup>1179</sup> Mit sieben Parteifunktionären und sieben Vertretern aus dem neonationalsozialistischen Milieu auf den vorderen 14 Plätzen war die Landesliste absolut ausgeglichen aufgestellt. Dafür wurden die Kameradschaftsaktivisten bei der Nominierung von Kandidaten in sämtlichen 36 Wahlkreisen deutlich stärker berücksichtigt. Vgl. Pingel-Schliemann, Sandra/Ohse, Karl-Georg: Der Wahlerfolg der NPD in Mecklenburg-Vorpommern. In: Deutschland Archiv 39, 6/2006, S. 968-972, S. 969.

<sup>1180</sup> Vgl. a.a.O., S. 970.

<sup>1181</sup> Die Partei warb damals auf 70.000 Plakaten mit zehn verschiedenen Motiven und zusätzlich mit diversen Themenflugblättern, verteilte außerdem 25.000 „Schulhof-CDs“ und 1,4 Millionen Stück zweier verschiedener Wahlkampfzeitungen. Vgl. a.a.O., S. 969.

<sup>1182</sup> Vgl. a.a.O., S. 969/970.

Straßenfesten vermeintliche Nähe zum „kleinen Mann“<sup>1183</sup>. Wobei die im Vergleich mit Westdeutschland für gewöhnlich schwächeren gesellschaftlichen Widerstände sowie die dementsprechend geringere Stigmatisierung der NPD gewiss nicht zum Nachteil gereichten. In Wahlkampfreden und anderen Verlautbarungen kamen die nationaldemokratischen Wölfe dagegen kurzzeitig aus den Schafspelzen, wählten klare Worte und verstiegen sich nicht selten zu konkreten Anfeindungen an die Adresse von Konkurrenten und Kritikern. So wetterte der Spitzenkandidat Udo Pastörs gegenüber Pressevertretern gegen die „viele[n] krankhafte[n] Keime in unserem Staatswesen“, gab unumwunden zu Protokoll, „kein großer Anhänger dieser Form des Parlamentarismus“ zu sein und kündigte für den Fall des Landtagseinzugs konsequente Fundamentalopposition statt konstruktiver Mitarbeit an<sup>1184</sup>:

„Aber das macht man so, dass man da reingeht und provoziert mit Präzision. Dann werden Sie sehen, wie diese ganzen Viren, diese Parasiten, wach werden, dann sehen die, dass die Axt kommt, dass man das bis aufs Gesunde herausseziert. Das ist die Aufgabe eines nationalen Menschen.“<sup>1185</sup>

Praktisch im selben Atemzug wurde Adolf Hitler explizit als „ein Phänomen“ hervorgehoben, weil der „Führer“ auf vielen Feldern „wahnsinnige Pflöcke eingerammt“ habe<sup>1186</sup>.

Mit dem Spagat von Verbürgerlichung und Radikalität strengten sich die Rechtsextremisten an, sich neuen Wählerschichten anzunähern, die alteingesessenen Sympathisanten allerdings nicht zu vernachlässigen. Unter dem Strich zahlte sich diese zweigleisige Vorgehensweise absolut aus: Mit 7,3 Prozent und sechs Mandaten schaffte die NPD den nächsten Parlamentseinzug. Die Stimmenanteile lagen nahezu landesweit über der Fünfprozentmarke, in manchen Wahlkreisen sogar deutlich darüber<sup>1187</sup> – dank der Mitwirkung angesehener „Lokalmatadoren“ von Seiten der „Freien Nationalisten“ stand der Durchbruch somit auf soliden Füßen. Zum einen war es gelungen, mit professioneller Wahlkampfleitung ein erhöhtes Maß an medialer Aufmerksamkeit zu erzielen, durch das geschlossene Auftreten mit den Aktivisten der Kameradschaftsszene sowie die glaubhafte Darstellung eigener Konzepte eine gewisse politische Kompetenz zu suggerieren und demnach wohl von vielen Menschen als ernsthafte Alternative zu den etablierten Kräften wahrgenommen zu werden<sup>1188</sup>. Andererseits profitierte man vermutlich auch von der prekären Situation der in Ostdeutschland meist ausgesprochen mitglieder- und

---

<sup>1183</sup> Vgl. Pingel-Schliemann/Ohse: Wahlerfolg der NPD in Mecklenburg-Vorpommern, S. 970.

<sup>1184</sup> Vgl. Knobbe, Martin/Drissner, Gerald: „Krankhafte Keime“. In: stern 37/2006.

<http://www.stern.de/politik/deutschland/npd-krankhafte-keime-570674.html> (abgerufen am 15.12.10).

<sup>1185</sup> Pastörs, zitiert nach a.a.O.

<sup>1186</sup> Vgl. a.a.O.

<sup>1187</sup> Vgl. BMI (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 2006, S. 92.

<sup>1188</sup> Vgl. Pingel-Schliemann/Ohse: Wahlerfolg der NPD in Mecklenburg-Vorpommern, S. 971.

aktionsschwachen Volksparteien, die sich mancherorts schon annähernd auf Augenhöhe mit der selbsternannten „Nationalen Opposition“ wiederfanden<sup>1189</sup>. Die Nationaldemokraten und insbesondere die subkulturellen Verbündeten wussten dieses Vakuum über Jahre zu nutzen und sich durch vopolitische Arbeit immer mehr im Alltagsleben zu verwurzeln, woraus nun sichtbare Ansätze von Stammwählerschaften sprossen. Denn genauso wie 2004 in Sachsen vermochte man wiederum vorwiegend die Jungwähler, gerade die männlichen, sowie Arbeitslose, Arbeiter und Selbständige für sich zu gewinnen<sup>1190</sup>.

Der Höhenflug blieb an diesem Tag aber nicht allein auf den äußersten Nordosten beschränkt; auch in Teilen der Hauptstadt befand sich die NPD auf dem Vormarsch. Bei der Abstimmung über das neue Berliner Abgeordnetenhaus erzielte man mit 2,6 Prozent das für dortige Verhältnisse bislang beste Resultat der Parteigeschichte und brachte es bei der Wahl zu den Bezirksversammlungen, die außerdem an diesem 17. September 2006 auf dem Programm stand, auf elf Sitze – was bei manchem Repräsentanten endgültig euphorische Reaktionen auslöste: Der Vordenker der sächsischen Landtagsfraktion, Jürgen Gansel, sprach sogar von einer neuen „nationale[n] Achse Dresden-Berlin-Schwerin“ und erblickte darin die Grundlage, um demnächst „von Mitteldeutschland aus eine nationale Welle über das Land schwappen“<sup>1191</sup> zu lassen. Udo Voigts Resümee fiel ähnlich positiv aus; der Vorsitzende verkündete ferner, an dem nach wie vor fragilen Schulterchluss mit der DVU und den Subkulturen festhalten zu wollen, um die politische Reichweite alsbald auszudehnen:

„Der konsequente Ausbau weiterer Strukturen in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin wird nach den Wahlen helfen, die Positionen der NPD weiterhin zu festigen. Das Konzept, sich erst regional zu etablieren, hat sich als richtig erwiesen. Nur so kann mittelfristig der gebündelte Angriff nationaler Kräfte auf die noch hart verteidigten etablierten Bonzen-Bastionen des Westens erfolgen.“<sup>1192</sup>

Im Fokus dieser Maßnahmen stand weiterhin die „Nationalisierung der sozialen Frage“. In den nationaldemokratischen Hochburgen in den neuen Bundesländern machte man sich daher zum Beispiel an die Eröffnung von Bürgerbüros, die nebenbei als Beratungsstellen für „Hartz IV“-Empfänger fungieren und die Etablierung somit forcieren sollten<sup>1193</sup>.

---

<sup>1189</sup> In den Wahlkreisen Ostvorpommern I und II etwa erzielte die NPD in einigen Gemeinden sogar schon mehr als 30 Prozent. Vgl. BMI (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 2006, S. 92.

<sup>1190</sup> Vgl. ebd.

<sup>1191</sup> Gansel, zitiert nach Pingel-Schliemann: NPD im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern, S. 151.

<sup>1192</sup> Voigt, zitiert nach BMI (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 2006, S. 94.

<sup>1193</sup> Vgl. a.a.O., S. 77.

### **6.3.8. Kratzer in der Fassade: Innerparteiliche Differenzen und Konflikte**

Nach den Reibereien des Vorjahres schienen sich die Risse in der „Volksfront“ mit der Rückkehr der Wahlerfolge ebenso wieder zu schließen wie die Reihen der NPD, deren Verbände einen sogartigen Wachstumsschub erlebten. Vor allem dank vieler Neuzugänge aus Kameradschaften und anderen Vorfeldorganisationen, darunter diverse anerkannte Köpfe wie der als Rechtsanwalt und Mäzen des „Nationalen Widerstands“ auftretende Jürgen Rieger<sup>1194</sup>, stiegen die Mitgliedszahlen der Nationaldemokraten 2005/06 um 1.000 auf 7.000 an<sup>1195</sup>. Die Partei bemühte sich allerdings nicht nur, die „Freien Nationalisten“ dauerhaft an sich zu binden<sup>1196</sup>, sondern buhlte darüber hinaus vermehrt um das bis dahin geradezu sträflich vernachlässigte Potential an weiblichen Rechtsextremisten, für die sich bereits am 16. September 2006 in Sotterhausen der Ring Nationaler Frauen (RNF) als Forum bzw. Sammelbecken gegründet hatte<sup>1197</sup>.

In Anbetracht des wiedereinsetzenden Aufschwungs wurde Udo Voigt auf dem Bundesparteitag in Berlin am 11./12. November desselben Jahres mit ziemlich breiter Mehrheit im Amt bestätigt<sup>1198</sup>, wobei das Votum zugleich als deutliche Akklamation der bündnispolitischen Ausrichtung des Vorsitzenden zu werten war. Während sich seine Stellung demgemäß festigte, gelangten jedoch auch weitere Vertreter des neonationalsozialistischen Spektrums in Spitzenpositionen, so dass jene Strömung fortan an Macht gewann. Symbolisch für die zunehmende Relevanz dieser Subkultur stand insbesondere die Wahl von Thomas Wulff, dem im Vorstand nun das Kommando über das neue Amt „Koordination Freie Kräfte“ zukam, das neben dem schon 2004 installierten „Referat Freie Kräfte“ als zusätzliche Anlaufstelle für die Szene dienen sollte<sup>1199</sup>.

In dem Maße wie die Parteigeschichte in den vorangegangenen vier Dekaden nie wirklich linear verlaufen war, sich vielmehr durch häufig wellenartige Auf- und Abwärtsentwicklungen ausgezeichnet hatte, ließen die nächsten Dämpfer selbst in dieser Phase verbreiteter Aufbruchsstimmung nicht lange auf sich warten. Nicht zuletzt durch den

---

<sup>1194</sup> Rieger zählte seinerzeit schon seit Jahrzehnten zu den zentralen Multifunktionären des Rechtsextremismus in Deutschland. Der selbsternannte „Anwalt für Deutschland“, dem die NPD lange zu moderat war, hatte vormals in verbotenen Formationen wie der FAP und WJ mitgewirkt und stand darüber hinaus der völkisch-neuheidnischen „Artgemeinschaft“ vor.

<sup>1195</sup> Vgl. BMI (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 2006, S. 66.

<sup>1196</sup> Unter anderem beteiligte sich die Partei am 14. Oktober 2006 in Nürnberg an dem von neonationalsozialistischen Aktivisten veranstalteten Aufmarsch unter dem Motto „Recht statt Rache – Revision der Nürnberger Prozesse“, bei dem Udo Voigt seine dubiosen Ansichten zum „Dritten Reich“ in seiner Ansprache bekräftigte: „1945 standen nicht nur ein paar Männer vor einem Pseudotribunal, sondern ein einzigartiger europäischer Lebensentwurf wurde vom Bolschewismus und von den liberalistischen USA unterjocht und abgeurteilt.“ Zitiert nach a.a.O., S. 71.

<sup>1197</sup> Siehe Kapitel 8.4.3.

<sup>1198</sup> Vgl. BMI (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 2006, S. 89.

<sup>1199</sup> Vgl. Gerlach: Verbote rechtsextremistischer Vereine, S. 251.



schwerlich zu verhehlenden Mangel an vorzeigbaren Leuten zerfiel die sächsische Landtagsfraktion, deren Geschäftsführer und Galionsfigur Uwe Leichsenring schon im August verstorben war, zum Jahresende 2006 immer weiter und schrumpfte von zu Anfang zwölf auf nunmehr acht Mandatsträger zusammen<sup>1200</sup>. Nachdem die Delegation im Dresdner Parlament den Abgeordneten Klaus-Jürgen Menzel am 14. November – vorgeblich wegen privater Verfehlungen und persönlicher Differenzen, vermutlich aber auch aufgrund seiner notorischen Neigung zur Verherrlichung der NS-Diktatur – ausgeschlossen hatte, schied sein Kollege Matthias Paul am 24. desselben Monats anlässlich des Verdachts auf Verbreitung von Kinderpornographie aus<sup>1201</sup>.

Abgesehen von den Ansehensverlusten, die mit der erneuten Verkleinerung des Vorzeigeprojekts und den skandalträchtigen Auslösern der Demissionen einhergingen, stellten derartige Vorgänge speziell für die NPD-Eliten schlichtweg ein Armutszeugnis dar, da diese den selbstformulierten Ansprüchen demnach nicht standhielten. Immerhin strebte man mit Nachdruck nach Modernisierung und Verbürgerlichung, um vom wenig massenwirksamen Image der Rückwärtsgewandtheit, der dumpfen „Neonazis“ und sektenhaften „Reichsnostalgiker“ wegzukommen – was manchem Repräsentanten jedoch sichtbar schwerfiel. Daneben wollten die Nationaldemokraten auf vermeintlichen Kerngebieten wie der Kriminalitätsbekämpfung mit aller Macht Kompetenz suggerieren, pflegten stets starke Töne anzuschlagen und mit populistischen Slogans wie „Todesstrafe für Kinderschänder“ für drakonische Maßnahmen zu plädieren, um dann selbst ausgerechnet in diesem prekären Kontext in den Schlagzeilen aufzutauchen und damit die mühsam aufgebaute Tarnung als pseudoseriöse „Kümmerer“ aufzubrechen.

Auch sonst sorgte die Partei fast nur für negatives Aufsehen, besonders bezüglich der finanziellen Perspektiven. Zwar waren die staatlichen Zuschüsse in Form von Mitteln aus der Wahlkampfkostenerstattung und Zuwendungen für die Fraktionen in Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern gewachsen; gleichwohl galt die Situation der NPD 2006/07 als äußerst angespannt. Einerseits waren deren Konten durch die aufwendigen Kampagnen und meist ausbleibenden Erfolge der Vorjahre sowie die steigenden Kosten für den Apparat schon so leer, dass sich Kandidaturen nicht selten lediglich mithilfe von Krediten stemmen ließen, deren Abzahlung die neuen Einnahmen sogleich wieder verschlang<sup>1202</sup>. Andererseits gerieten die Nationaldemokraten durch die Verbuchung gefälschter

---

<sup>1200</sup> Für den verstorbenen Leichsenring und den ausgetretenen Matthias Paul vermochte die Partei Nachrücker in den Landtag zu schicken, so dass deren Mandate wenigstens nicht vollständig abhandenkamen.

<sup>1201</sup> Vgl. BMI (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 2006, S. 91.

<sup>1202</sup> Vgl. a.a.O., S. 87.

Spendenbescheinigungen in den Rechenschaftsberichten in Bedrängnis und mussten größere Rückzahlungen an die Bundestagsverwaltung leisten, die den ausstehenden Betrag allerdings mit den laufenden Ansprüchen der „Systemfeinde“ verrechnete<sup>1203</sup>.

Dennoch schränkte diese Hypothek den Handlungsspielraum erheblich ein. Die enorme Schuldenlast erforderte einen anhaltenden Sparkurs<sup>1204</sup>, durch den die NPD in der ersten Jahreshälfte 2007 etwas in die Versenkung abrutschte. Jedoch witterte man im nahenden G8-Kongress, der Anfang Juni in Heiligendamm stattfand, die willkommene Gelegenheit, sich mit gezielter Agitation gegen das Gipfeltreffen deutschlandweite Aufmerksamkeit zu verschaffen und startete vor diesem Hintergrund die von den subkulturellen Verbündeten sekundierte „Gib8“-Kampagne<sup>1205</sup>, zu der neben der Verteilung von Werbematerialien mit Wahlsprüchen wie „Globalisierung stoppen!“ diverse Aufmärsche und spontane Aktionen gehörten<sup>1206</sup>. Gleichzeitig versuchte sich die Landtagsfraktion in Mecklenburg-Vorpommern mit einer Strafanzeige gegen den damaligen US-Präsidenten George W. Bush „wegen des dringenden Verdachts der Begehung von Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ samt der Forderung nach Vorbereitungen „für den Fall einer eventuell notwendigen Festnahme“ während seines Besuchs in Deutschland in den Vordergrund zu spielen<sup>1207</sup>. Insgesamt blieb die Wirkung dieser Initiative aber genauso begrenzt wie der Anklang auf den Straßen, wozu wahrscheinlich auch die starken Gegenproteste beitrugen, die vereinzelt sogar in Ausschreitungen mündeten, was die Nationaldemokraten geradewegs zum Anlass nahmen, sich selbst als „seriöse Anwälte sozialer Volksinteressen“ zu beweihräuchern und die vermeintliche Gewaltfreiheit zu betonen<sup>1208</sup>.

Faktisch erwies sich deren Position in dieser elementaren Frage wohlgermerkt als alles andere als eindeutig, was sich auch in der aufkommenden Debatte um das ambivalente Verhältnis der Partei zum Phänomen der „Autonomen Nationalisten“ manifestierte. Die

---

<sup>1203</sup> Für die Falschangaben in diversen Rechenschaftsberichten von Ende der 90er Jahre strich die Bundestagsverwaltung der NPD nachträglich die Bewilligung schon ausgezahlter Mittel und verlangte die Rückzahlung von 870.000 Euro. Vgl. Bundesministerium des Innern (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 2007. Berlin, 2008, S. 87/88.

<sup>1204</sup> Vgl. a.a.O., S. 88.

<sup>1205</sup> Vgl. Backes, Uwe: Organisationen 2007. In: Ders./Jesse, Eckhard (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie. 20. Jahrgang. Baden-Baden, 2009, S. 125-145, S. 136/137.

<sup>1206</sup> Auf dem Weg zum Gipfeltreffen in Schwerin machten etwa die sächsischen Landtagsabgeordneten Alexander Delle, René Despang und Jürgen Gansel vor dem Reichstag halt und entrollten dort ein Plakat mit einer Stellungnahme hinsichtlich der „verheerenden wirtschaftliche[n], sozialen und kulturellen Auswirkungen der Globalisierung“. Daneben versuchte man, die Demonstrationsverbote der Behörden durch dezentrale Veranstaltungen mit niedriger Teilnehmerzahl zu unterlaufen – daraufhin marschierten zum Beispiel in Berlin um die 140 NPD-Anhänger durch das Brandenburger Tor. Vgl. Backes: Organisationen 2007, S. 138/139; SPIEGEL-Online: Demonstrationsverbot in Schwerin: Neonazis protestieren in mehreren Städten. In: SPIEGEL-Online vom 2.6.07. <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,486295,00.html> (abgerufen am 24.9.07).

<sup>1207</sup> Vgl. BMI (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 2007, S. 91.

<sup>1208</sup> Vgl. Backes: Organisationen 2007, S. 136.

nicht selten militante Anhängerschaft jener vergleichsweise jungen und jugendlichen Subkultur lässt sich bisweilen von linksextremistischen Milieus inspirieren, nimmt bevorzugt Anleihen bei deren Symbolik und Aktionsformen und neigt zum Beispiel bei Demonstrationen dazu, verummte „Schwarze Blöcke“ zu bilden, die mitunter als Ausgangspunkte für Aggressionen dienen<sup>1209</sup>. Während sich die neonationalsozialistische Szene und deren Verbindungsmänner unter dem Dach der NPD diesem Mobilisierungspotential dennoch nicht durchgängig verschließen wollten und wollen, erschienen „derartige anarchistische Erscheinungsformen“ der Vorstandsmehrheit dagegen auf Anheiß suspekt, weshalb selbige sich in einer Erklärung vom 17. August 2007 ausdrücklich davon abzugrenzen versuchte<sup>1210</sup> – was die Diskussionen umso mehr anheizte. Dabei war der ausschlaggebende Grund für die verbale Distanzierung womöglich weniger in der Ablehnung der verbreiteten Gewaltbereitschaft solcher Gruppierungen als vielmehr in der Sorge der nationaldemokratischen Spitze vor Ansehensverlusten durch deren zu martialisches, nicht wirklich massenkompatibles Auftreten und der Angst vor Sanktionen auszumachen<sup>1211</sup>.

Die eigentlich für Oktober in Oldenburg geplante Verabschiedung eines neuen Grundsatzprogramms musste derweil – nach energischem Widerstand der dortigen Gemeindeverwaltung und einer entsprechenden Niederlage vor Gericht – mangels eines geeigneten Veranstaltungssaals weiter verschoben werden<sup>1212</sup>. Zu Jahresbeginn 2008 stand daher wieder der „Kampf um die Parlamente“ im Mittelpunkt – und die Parteiführung drängte mit aller Kraft darauf, den Vormarsch auf Westdeutschland auszudehnen. Allerdings blieben die angepeilten Mandate bei den beiden Landtagswahlen am 27. Januar bloßes Wunschdenken; sicherte sich die NPD in Niedersachsen mit 1,6 Prozent wenigstens

---

<sup>1209</sup> Vgl. Bundesamt für Verfassungsschutz (Hrsg.): „Autonome Nationalisten“ – Rechtsextremistische Militanz. Köln, 2009; Schedler, Jan: Übernahme von Ästhetik und Aktionsformen der radikalen Linken – Zur Verortung der „Autonomen Nationalisten“ im extrem rechten Strategiespektrum. In: Braun, Stephan/Geisler, Alexander/Gerster, Martin (Hrsg.): Strategien der extremen Rechten. Hintergründe – Analysen – Antworten. Wiesbaden, 2009, S. 332-357.

<sup>1210</sup> Vgl. BMI (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 2007, S. 70/71.

<sup>1211</sup> Während Voigt seine Abneigung gegenüber den „Autonomen Nationalisten“ im Interview mit der sächsischen JN-Publikation „Hier & Jetzt“ besonders damit begründete, dass deren bisweilen verummte Anhänger „für die breite Masse unseres Volkes keine Sympathieträger“ darstellten und von Aktivisten darum grundsätzlich „Haltung, Anstand und Disziplin“ verlangte, deutete der mecklenburg-vorpommerische NPD-Fraktionschef Udo Pastörs in seiner Rede auf der Demonstration in Rathenow am 16. Juni 2007 schon die Möglichkeit gewaltsamen Vorgehens gegen die „Papiertiger in den gottverdammten demokratischen Parteien“ an: „Und wenn wir zur Macht gelangen, dann besteht darin auch die Verpflichtung jene einer gerechten Strafe zuzuführen, die für diese Ausplünderungspolitik unseres deutschen Volkes Verantwortung tragen und heute noch uns frech ins Gesicht grinsen. Also, liebe herrschende Klasse, seht euch vor, denn wer Wind säht, wird Sturm ernten. Lasst uns Sturm sein.“ Zitiert nach BMI (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 2007, S. 72; Hier & Jetzt: Im Gespräch: Udo Voigt. In: Hier & Jetzt, Nr. 8, Herbst 2007.

<sup>1212</sup> Vgl. Wiegand, Ralf: Abgesagter NPD-Parteitag: Partei ohne Raum. In: Süddeutsche-Zeitung-Online vom 27.10.07. <http://www.sueddeutsche.de/panorama/abgesagter-npd-parteitag-partei-ohne-raum-1.793109> (abgerufen am 30.10.07).

den Anspruch auf staatliche Mittel, wurde dieses Minimalziel in Hessen mit 0,9 Prozent um Haaresbreite verpasst. Dafür vermochten die Nationaldemokraten bei den bayrischen Kommunalwahlen am 2. März, bei denen man nicht mit dem eigenen Namen, stattdessen wie schon zu Beginn der 80er Jahre als „Bürgerinitiative Ausländerstopp“ (BIA) antrat, bescheidene Achtungserfolge zu feiern und in München und Nürnberg einen bzw. zwei Sitze im Stadtrat zu ergattern<sup>1213</sup>, was im Kern bewies, dass sich in den alten Bundesländern vor allem an den sozialen Brennpunkten – sprich in den Metropolen – stellenweise ein durchaus fruchtbarer Boden für eine subtilere Agitation mit fremdenfeindlichen Motiven vorfand.

Trotzdem war das dominante Thema der NPD auch weiterhin die Sozialpolitik, die als verbindende Spange für alle anderen Sachgebiete diente und demgemäß darauf abfärbte. In Reaktion auf die verstärkten weltwirtschaftlichen Krisenerscheinungen wagten die Rechtsextremisten im Frühjahr 2008 die Flucht nach vorne und gingen mit der neuen globalisierungsfeindlichen Kampagne „Sozial geht nur national“ auf die Straße, verteilten Flugblätter mit verschiedensten Forderungsschwerpunkten<sup>1214</sup> und mobilisierten den „Nationalen Widerstand“ am 1. Mai in Nürnberg zur größten Kundgebung des Jahres. In seiner Ansprache vor 1.500 Anhängern wettete Voigt dabei gegen die immer mehr um sich greifende Ausbeutung der Menschen durch von „Abzockementalität“ getriebene Politiker und Arbeitgeber und spitzte die „Idee der solidarische[n] Volksgemeinschaft“ zum Patentrezept gegen die dadurch verursachten gesellschaftlichen Probleme zu<sup>1215</sup>. Mit derart vereinfachenden, antikapitalistisch aufgeladenen Lösungsansätzen wollten die Nationaldemokraten vermutlich nicht mehr nur die eigene Stammklientel ansprechen, sondern sich ebenso für Wähler der Linkspartei attraktiv machen<sup>1216</sup>.

### **6.3.9. Die Nationaldemokraten im Strudel von Finanzproblemen und Flügelkämpfen**

Während die NPD 2008 nach außen hin zum Protest gegen die von der angeblichen Gier der „Globalisierer“<sup>1217</sup> sowie den Geburtsfehlern des Kapitalismus ausgelöste Krise der Weltwirtschaft aufrief, geriet die Partei selbst hinter den Kulissen durch hausgemachte

---

<sup>1213</sup> In Sachsen gelang den Kandidaten der NPD am 8. Juni zudem der Sprung in alle zehn Kreistage.

<sup>1214</sup> Die Werbematerialien verbreiteten in erster Linie die allgemeinen Positionen der Partei, deckten mit Slogans wie „Stoppt Zeit- und Leiharbeit!“ und „Mütter verdienen ein Gehalt“ aber auch einige mutmaßlich massenkompatible Problemfelder ab. Vgl. Flugblätter des NPD-Bundesverbands: Was wir wollen; Soziale Erneuerung; Arbeit für alle Deutschen; Stoppt Zeit- und Leiharbeit!; Mütter verdienen ein Gehalt. Berlin, 2008.

<sup>1215</sup> Vgl. Homepage des NPD-Bundesverbands: Ansprache des Parteivorsitzenden zum 1. Mai in Nürnberg, 1. Mai 2008.

<sup>1216</sup> Vgl. Philippsberg: Strategie der NPD, S. 70.

<sup>1217</sup> Homepage des NPD-Bundesverbands: Ansprache des Parteivorsitzenden zum 1. Mai.

Verfehlungen und Konflikte mehr und mehr aus dem Gleichgewicht. Mit am schwersten wog dabei sicherlich die nach wie vor äußerst angespannte Finanzlage, die sich mit den staatlichen Rückzahlungsforderungen aufgrund vorsätzlicher Falschangaben in den Rechenschaftsberichten weiter verschärfte. Die daraus resultierenden Engpässe und Einschränkungen waren rückblickend jedoch nur die Spitze des Eisbergs: Spätestens mit der Festnahme des Schatzmeisters Erwin Kemna am 7. Februar drohte sich das Feuer auch insofern zum Flächenbrand auszuwachsen, als der Verdacht auf Veruntreuung samt dazugehöriger Ermittlungen das interne Klima schlagartig vergiftete. Denn die Staatsanwaltschaft lieferte in der Folgezeit stichhaltige Nachweise dafür, dass der von seinem langjährigen Vertrauten Udo Voigt mit allen Vollmachten ausgestattete Funktionär summa summarum 741.000 Euro von Konten der Nationaldemokraten für seine vor dem Konkurs stehende Küchenfirma abgezweigt hatte – was automatisch drängende Fragen nach der Verantwortung für diese Klüngeleien auf höchster Ebene aufwarf.

Speziell der NPD-Chef, der von der Selbstbedienungspraxis anfangs nichts wissen wollte und in Nibelungentreue zu seinem Kassenwart stand, sah sich aufgrund mutmaßlich mangelnder Kontrollausübung alsbald im Kreuzfeuer der Kritik. Auch wenn manche Beobachter darum im Vorfeld des auf den 24./25. Mai 2008 vorgezogenen Bundesparteitags in Bamberg schon über Voigts bevorstehende Ablösung spekulierten, sollte die Basis diesen dennoch mit breiter Mehrheit im Amt bestätigen und die Vorstandsmannschaft bloß vergleichsweise moderat modifizieren<sup>1218</sup>. In seiner Ansprache vor den Delegierten schnitt der Vorsitzende die Affäre um Kemna notgedrungen an, wusste nachhaltige Konsequenzen aber mit dem Verweis auf das schwebende Verfahren sowie vor allem die nächsten, womöglich wegweisenden Wahlkämpfe und die neuerliche Verbotsdebatte abzuwenden<sup>1219</sup>. Wohl als schlagendes Indiz dafür, dass die Nationaldemokraten tatsächlich nichts Illegales tun<sup>1220</sup>, ließen diese nicht nur die

---

<sup>1218</sup> Während die Stellvertreter Holger Apfel und Sascha Roßmüller im Amt bestätigt wurden, beriefen die Delegierten den in der neonationalsozialistischen Szene beheimateten Rechtsanwalt Jürgen Rieger zum dritten Vize. Parallel dazu wählte man den Vorsitzenden der mecklenburg-vorpommerischen NPD-Fraktion, Udo Pastörs, neu in den Vorstand. Vgl. Vergeiner, Anton: „Vorwärts, Nationaldemokraten!“. In: DS 6/2008.

<sup>1219</sup> Vgl. ebd.

<sup>1220</sup> In Reaktion auf die erneute Verbotsdebatte, die schon seit Monaten schwelte und spätestens mit dem vermeintlich von Rechtsextremisten verübten Anschlag auf den Passauer Polizeichef Alois Mannichl im Dezember 2008 ein weiteres Mal hochkochte, hatte das Parteipräsidium schon im Herbst 2007 eine etwa 15-seitige Argumentationsschrift mit dem Motto „Mehr Demokratie wagen. Hände weg von der NPD!“ herausgebracht. Darin berief man sich zuvörderst auf eine systematische Verfolgung des „Nationalen Widerstands“ durch eine angebliche „Instrumentalisierung des Verfassungsschutzes zugunsten bestimmter politisch-weltanschaulicher Positionen in Kombination mit der antifaschistischen Drift der Bundesrepublik“ – und zeichnete dadurch das verzerrte Bild „eine[r] ernsthafte[n] Bedrohung der Demokratie“ durch die staatlichen Institutionen. Vgl. NPD-Parteipräsidium (Hrsg.): Mehr Demokratie wagen. Hände weg von der NPD! Eine demokratiepolitische Entgegnung. Berlin, 2007.

angereisten Medienvertreter über die volle Veranstaltungsdauer im Saal, sondern wagten sich außerdem auf Neuland vor und versuchten, die Versammlung live für alle Welt im Internet auszustrahlen, was allerdings an technischen Schwierigkeiten – angeblich aufgrund zu starken Interesses – scheiterte.

An den anhaltenden atmosphärischen Störungen änderte der vordergründig versöhnliche Ausgang des Showdowns indessen nichts, die inner- und außerparteilichen Spannungen waren weiter allgegenwärtig. In Thüringen bekämpften sich beispielsweise die beiden neonationalsozialistischen Flügel des dortigen Verbands um den Vorsitzenden Frank Schwerdt und seinen Herausforderer Thorsten Heise. Hintergrund waren dem Vernehmen nach Differenzen bei der Vergabe der besten Listenplätze für die wichtige Landtagswahl im Folgejahr, bei der man sich – im Falle des Verzichts des Partners DVU – anscheinend Hoffnungen auf den nächsten Parlamentseinzug machte. Personell blieb im Freistaat nach dem auf Sitzungen im April und Mai 2008 aufgeteilten Landesparteitag vorerst dennoch alles beim Alten – anders als in Sachsen-Anhalt, wo der Machtkampf um Ämter und Positionen im September desselben Jahres die beinahe vollständige Demission der Führungsriege bewirkte<sup>1221</sup>.

Für die Gesamtpartei avancierte der Spagat von Systemopposition und Verbürgerlichung in diesem Stadium ansonsten mehr und mehr zur strategischen Gratwanderung, so dass sich nicht allein in der andauernden Debatte um das Gebaren der „Autonomen Nationalisten“ und die Mitwirkung derartiger Gruppierungen an Aufmärschen und Veranstaltungen nach wie vor die Geister schieden<sup>1222</sup>. Bezeichnend für die vielfältigen Auseinandersetzungen und Friktionen im Verhältnis zu den „Freien Kräften“ und dessen dementsprechende Fragilität waren auch die Reaktionen auf die Vorfälle am Rande der Beerdigung von Friedhelm Busse am 23. Juli 2008 in Passau, als der Kameradschaftsaktivist und NPD-Funktionär Thomas Wulff vor den Augen der Polizei die verbotene nationalsozialistische Reichskriegsflagge auf dem Sarg des vier Tage vorher verstorbenen FAP-Chefs

---

<sup>1221</sup> Vgl. BMI (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 2008, S. 89.

<sup>1222</sup> Voigt blieb auf dem Bamberger Bundesparteitag bei seiner Abgrenzungshaltung, besonders zum martialischen Auftreten in „Schwarzen Blöcken“. Der Vorsitzende erklärte, es sei aus „nationaler“ Sicht schlichtweg nicht angemessen, „(...) mit der geballten Kommunistenfaust sowie ausländischen Symbolen und Sprüchen, die Aktionsformen der Antifa zu übernehmen. Ich halte es für unwürdig, sich zu verummnen, statt Gesicht zu zeigen, und ich halte Gewalt jeglicher Art gegen deutsche Polizisten für völlig inakzeptabel!“ Obendrein schloss die NPD am 3. Oktober 2008 um die 80 „Autonome Nationalisten“ von der Demonstration in Stralsund aus, da die Aktivisten sich weigerten, auflagengemäß die Sonnenbrillen abzulegen. Vgl. BMI (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 2008, S. 91; Deutsche Stimme: „Gewalt ist für uns völlig inakzeptabel!“ In: DS 6/2008.

ausbreitete<sup>1223</sup>. Nachdem die Spitze der Nationaldemokraten den Alleingang in Anbetracht des dadurch heraufbeschworenen Strafverfahrens verurteilt und dem Missetäter den Missbrauch des Anlasses zur Selbstinszenierung vorgehalten hatte, warfen Vertreter der Subkulturen der Vorstandsriege wiederum Scheinheiligkeit vor<sup>1224</sup> und drohten mit der Aufkündigung der „Volksfront“<sup>1225</sup>. Die anvisierte Einheit des „nationalen“ Spektrums stand somit abermals auf dünnstem Eis.

Mit der Verurteilung Kemnas am 12. September desselben Jahres mehrten sich dazu die Stimmen, die Konsequenzen für die Vergehen des Kassenwarts sowie die Vernachlässigung der Kontrollpflicht durch den NPD-Chef verlangten<sup>1226</sup> – der Druck auf den Vorsitzenden nahm spürbar zu. Soweit in die Enge getrieben, zeigte jener sich in einer ersten Reaktion vom systematischen Missbrauch seines Vertrauens durch den ehemaligen Schatzmeister „zutiefst enttäuscht und erschüttert“<sup>1227</sup>, zog einen Rücktritt gleichzeitig jedoch nicht in Erwägung. Da seine lapidaren Aussagen die Unmutsbekundungen nicht zu lindern vermochten, legte Voigt wenig später nach und verkündete, nicht den vermeintlich leichteren Weg des Abschieds wählen, sich den schwierigen Umständen vielmehr stellen zu wollen:

„Verantwortung zu übernehmen heißt auch, sich den Problemen zu stellen, die durch die Veruntreuung einer Person entstanden sind und die uns sicher noch längere Zeit beschäftigen werden. Jetzt gilt es, Ruhe zu bewahren und nicht zu vergessen, daß die Aktionen des Staates gegen Kemna sicher nicht das Ziel hatten, die NPD vor Betrug zu schützen. (...). Die Absicht, unsere Partei verbieten zu wollen, ist gescheitert. Nun wird versucht, Mißtrauen in die Führung zu säen und uns gegeneinander auszuspielen. Es würde unseren Gegnern gefallen, wenn wir uns in gegenseitigen Vorwürfen selbst zerfleischen und die NPD sich im Wahljahr 2009 mit Personaldebatten aus der aktuellen Politik ausklinken würde. Das darf nicht geschehen!“<sup>1228</sup>

---

<sup>1223</sup> Vgl. SPIEGEL-Online: Eklat um NPD-Chef Voigt: Justiz lässt Hakenkreuzfahne aus frischem Grab holen. In: SPIEGEL-Online vom 30.7.08. <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,569138,00.html> (abgerufen am 2.8.08).

<sup>1224</sup> Vgl. BMI (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 2008, S. 90.

<sup>1225</sup> Wulff selbst erklärte die „Volksfront“ am 1. Januar 2009 bereits für beendet, da die wiedergewählte Spitze der NPD zu einem bundesweiten Schulterschluss „nicht mehr Willens und in der Lage“ sei. Punktuelle Kooperationen schloss der Kameradschaftsaktivist dennoch nicht aus und zog sich selbst danach auch nicht aus der Partei zurück, so dass dieser Vorstoß – wie sich in den darauffolgenden Monaten zeigen sollte – vor allem als Drohgebärde zu verstehen war. Vgl. Wulff, Thomas: 2008 – Das Ende der Volksfront. In: Altermedia vom 1. Januar 2009.

<sup>1226</sup> Kemna gab ein ausführliches Geständnis zu seiner Veruntreuungspraxis ab und erläuterte, die Nationaldemokraten seien auch auf Spenden und Kredite von Sympathisanten angewiesen, die anonym bleiben wollten, weshalb der ehemalige Kassenwart häufig größere Summen in bar abgehoben bzw. eingezahlt, die Gelder dabei über mehrere Konten verteilt und diese Vorgänge für gewöhnlich nicht dokumentiert hatte. Das Gericht verurteilte den abgesetzten Schatzmeister, der zwischenzeitlich aus der NPD ausgetreten war, daraufhin zu zwei Jahren und acht Monaten Gefängnis. Vgl. Wittrock, Philipp: Urteil gegen NPD-Schatzmeister: Chaos-Buchhalter bringt Rechtsextreme in Bedrängnis. In: SPIEGEL-Online vom 12.9.08. <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,577986,00.html> (abgerufen am 12.9.08).

<sup>1227</sup> Homepage des NPD-Bundesverbands: Persönliche Erklärung des NPD-Parteivorsitzenden zur Verurteilung des Bundesschatzmeisters. 12. September 2008.

<sup>1228</sup> Homepage des NPD-Bundesverbands: Erklärung des Parteivorsitzenden zum „Fall Kemna“. 17. September 2008.

Die praktischen Folgen des Finanzskandals für die politische Arbeit waren schlechterdings selbst mit verschwörungstheoretischen Appellen nicht zu verhehlen. Zum Beispiel musste man die schon eingeplanten Ausgaben für den Wahlkampf in Bayern drastisch drosseln, womit sich die Aussichten eines einigermaßen erfolgreichen Abschneidens entsprechend minimierten<sup>1229</sup>. Wenngleich die Nationaldemokraten am 28. September 2008 flächendeckend auf den Stimmzetteln standen, fehlte daher in den Wochen vor der Wahl vielerorts die Präsenz durch Plakate und anderweitige Werbematerialien, so dass die „Systemfeinde“ anstatt der angestrebten Parlamentssitze unter dem Strich nur 1,2 Prozent der Stimmen auf sich vereinten – und sich folglich auch im dortigen Verband Nebenkriegsschauplätze auftraten<sup>1230</sup>.

Die selbsternannte Speerspitze des „Nationalen Widerstands“ schien sich zusehends selbst zu zerfleischen. Die leidigen Streitigkeiten und Personaldebatten drohten die Partei, deren Mitgliedszahlen von 7.200 auf 7.000 abflauten<sup>1231</sup>, allenthalben zu lähmen – und das ausgerechnet vor dem wichtigen „Superwahljahr“ 2009. Um die angespannte Lage erst einmal zu beruhigen und die missgestimmte Anhängerschaft möglichst bald wieder auf eine Linie zu bringen, beschloss die Vorstandsmehrheit deshalb Mitte November, bis spätestens April einen Sonderparteitag mit Neuwahlen auszurichten<sup>1232</sup>. Der angestrebte Waffenstillstand ließ sich allerdings nicht lange aufrechterhalten. Bereits im Dezember verkündete der Multifunktionär Andreas Molau, der seine verschiedenen Ämter innerhalb des Bundesverbands nur wenige Wochen vorher infolge der halbherzigen Aufarbeitung der Veruntreuungsaffäre niedergelegt hatte, via Internet seinen Antritt zur Wahl des Vorsitzenden<sup>1233</sup>. Als seine Unterstützer nannte der Herausforderer dabei die stellvertretenden NPD-Chefs Holger Apfel und Sascha Roßmüller, den Generalsekretär Peter Marx sowie den Leiter der Landtagsfraktion in Mecklenburg-Vorpommern, Udo Pastörs – womit sein Rivale Voigt im Grunde von Gegnern umzingelt war.

In der Hitze des innerparteilichen Machtkampfs, der somit zum Jahreswechsel seinen Lauf nahm, verkam die vorgezogene Landtagswahl in Hessen für die Nationaldemokraten schlechterdings zur Nebensache. Inhaltlich lief deren wenig schwungvolle Werbekampagne sowieso weitgehend ins Leere, weil der Schwerpunkt – abgesehen vom vordergründig seriösen landespolitischen Maßnahmenkatalog – vor allem auf der Warnung

---

<sup>1229</sup> Vgl. Ruf/Sundermeyer: In der NPD, S. 20.

<sup>1230</sup> Vgl. BMI (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 2008, S. 89/90; Speit, Andreas: „Bürgernähe zeigen, vor Ort siegen“. In: Röpke, Andrea/Ders. (Hrsg.): Neonazis in Nadelstreifen. Die NPD auf dem Weg in die Mitte der Gesellschaft? Bonn, 2009, S. 18-40, S. 29/30.

<sup>1231</sup> Vgl. BMI (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 2008, S. 68

<sup>1232</sup> Vgl. a.a.O., S. 88.

<sup>1233</sup> Vgl. a.a.O., S. 88/89.



vor der angeblichen „islamischen Landnahme“ in Deutschland lag<sup>1234</sup>, worüber sich die Masse der Menschen in diesem Moment anscheinend jedoch nicht sonderlich viele Sorgen machte, jedenfalls nicht in dieser Intensität. Mit 0,9 Prozent verpasste die Partei darum am 18. Januar 2009 abermals das Primärziel der Wahlkampfkostenerstattung. Die zermürbenden Grabenkämpfe zwischen dem Vorsitzenden und seinen zahlreichen Gegenspielern waren durch die nicht zuletzt wirtschaftlich zweifellos schmerzhafteste Niederlage nicht mehr zu stoppen; im Gegenteil, die Gangart verschärfte sich zunächst sogar.

Denn der sich nach außen meist gemäßigt und intellektuell gerierende Molau stieß nicht nur in der Kameradschaftsszene auf große Ablehnung<sup>1235</sup>, sondern galt gemeinhin auch vielen militanten Aktivisten innerhalb der NPD als Dorn im Auge, weshalb schon die schlichte Ankündigung seiner Kandidatur massive Kritik und aufbrausende Diskussionen über seinen mutmaßlich „systemkonformen“ Kurs auslöste<sup>1236</sup>. Indessen mochte sich Voigt an dieser „Diffamierungskampagne“ anfangs nicht beteiligen und mahnte ausdrücklich zu Besonnenheit und „Enthaltbarkeit“ in Bezug auf allzu deftige Einträge in den von den „Systemmedien“ beobachteten „Weltnetzforen“<sup>1237</sup> – um die von diversen Vorstandskollegen befürwortete Kandidatur seines Kontrahenten dann dennoch als Ergebnis von Intrigen und „Illoyalität“ zu brandmarken<sup>1238</sup>. Woraufhin sein Vize Jürgen Rieger den sich um den Vorsitz bewerbenden Molau kurzerhand als „Achteljuden“ beschimpfte und behauptete, die nationaldemokratische Basis würde sicherlich keinen Mann an die Parteispitze wählen, „der im ‚Dritten Reich‘ nicht mal hätte Blockwart werden können“<sup>1239</sup>, was der derart attackierte Publizist und vormalige Waldorflehrer hingegen sogleich mit dem spitzfindigen Verweis auf die mangelnde Politikfähigkeit der „Ultra-Dogmatiker“ und „Schädelvermesser“ konterte<sup>1240</sup>.

---

<sup>1234</sup> Vgl. Homepage des NPD-Bundesverbands: Hessische NPD wird die islamische Landnahme im Wahlkampf thematisieren. 26. November 2008.

<sup>1235</sup> Zum Beispiel sprach sich der Kameradschaftsaktivist und Parteifunktionär Wulff für den Boykott der von der NPD für den 7. März 2009 geplanten Kundgebung „2000 Jahre germanischer Widerstand“ aus, weil Molau dort als Redner auftreten sollte. Vgl. Budler, Kai: Neonazis streiten um Germanen-Einheit. In: PUBLIKATIVE.org vom 1.3.09. <http://www.publikative.org/2009/03/01/neonazis-streiten-um-germanen-einheit/> (abgerufen am 12.11.10).

<sup>1236</sup> Vgl. Bundesministerium des Innern (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 2009. Berlin, 2010, S. 88.

<sup>1237</sup> Vgl. Homepage des NPD-Bundesverbands: Appell zur Besonnenheit – Gemeinsamkeit statt Bruderkrieg. 6. Februar 2009.

<sup>1238</sup> Vgl. Deutsche Stimme: „Die Herrschenden haben Ihre Zukunft bereits verspielt.“ In: DS 2/2009.

<sup>1239</sup> Rieger, zitiert nach Speit, Andreas: Molau will doch nicht NPD-Chef werden. In: taz-Online vom 18.2.09. <http://www.taz.de/1/politik/deutschland/artikel/1/molau-will-doch-nicht-npd-chef-werden/> (abgerufen am 20.2.09).

<sup>1240</sup> Vgl. Deutsche Stimme: „Wir müssen neue Wege gehen!“ In: DS 2/2009.

Nichtsdestotrotz vermochte sich der Herausforderer den weiter im Raum stehenden Ressentiments schwerlich zu widersetzen, so dass die Rückendeckung seiner Hintermänner schnell schwand. Ab Anfang Februar präsentierte sich plötzlich auch Pastörs als Alternative zum Amtsinhaber, woraufhin Molau am 18. desselben Monats seinen Verzicht verkündete und in der Folgezeit als Pressesprecher der DVU auftrat<sup>1241</sup>. Der interne Wahlkampf nahm angesichts dieses Wechselspiels nochmals an Fahrt auf; in seiner Rolle als neuer Widersacher Voigts schob der mecklenburg-vorpommerische Fraktionschef selbigem die alleinige Verantwortung für den Veruntreuungsskandal zu und setzte ansonsten auf den Reiz maximaler Radikalität. So wettete Pastörs auf dem „Politischen Aschermittwoch“ am 25. Februar 2009 in Saarbrücken vor laufenden Fernsehkameras gegen Fremde und Andersgläubige und legte der versammelten Anhängerschar in seiner genauso lautstark vorgetragenen wie stellenweise volksverhetzenden Ansprache nahe, gegebenenfalls zu gewaltsamen Maßnahmen zu greifen<sup>1242</sup>:

„Heute reisen sie nicht mit Krummsäbeln ein, sondern mit Kopftüchern an ihrer Seite und einer höchst gefährlichen Samenkanone, die sie ständig bei sich tragen und das wollen wir nicht hier in Europa und nicht in Deutschland. (...) Und wer Selbstrespekt hat und Stolz entwickelt hat auf das, was er ist und über die Ahnenkette geworden ist, der wird sich wehrhaft dieser muselmanischen Bedrohung entgegenstellen mit Herz, mit Verstand und wenn nötig auch mit Hand, meine Damen und Herren.“<sup>1243</sup>

Ferner ging der Funktionär vom sich anbahnenden Systemzusammenbruch aus, weil das „gesamte Finanzgebäude dieser Judenrepublik“ dem Niedergang geweiht sei<sup>1244</sup>.

Mitten im immer intensiveren Ringen um die Spitze gerieten die Rechtsextremisten Ende März wiederum durch Enthüllungen über gefälschte Angaben im Rechenschaftsbericht – dieses Mal für 2007 – in Verruf; in Anbetracht der mutmaßlichen Strafzahlungen in Millionenhöhe machten gar Spekulationen über das nahende Aus für die NPD die Runde<sup>1245</sup>. Im Nachhinein waren jene Meldungen jedoch zu voreilig, da die Rechtsanwälte der Nationaldemokraten die abschließende Entscheidung in der Sache durch das Erheben von Einsprüchen so weit aufzuschieben vermochten<sup>1246</sup>, dass die Rechtsextremisten das „Superwahljahr“ 2009 mit den vollen vorab veranschlagten Einnahmen aus staatlichen

---

<sup>1241</sup> Vgl. BMI (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 2009, S. 88.

<sup>1242</sup> Für seine volksverhetzenden Parolen musste sich Pastörs ein Jahr später vor Gericht verantworten und erhielt daraufhin eine Bewährungsstrafe von zehn Monaten sowie 6.000 Euro Geldbuße; sein Einspruch scheiterte in der Berufungsverhandlung. Vgl. SPIEGEL-Online: Gericht bestätigt Bewährungsstrafe für NPD-Mann. In: SPIEGEL-Online vom 19.10.10. <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,724056,00.html> (abgerufen am 20.10.10).

<sup>1243</sup> Pastörs, zitiert nach BMI (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 2009, S. 75.

<sup>1244</sup> Vgl. a.a.O., S. 82.

<sup>1245</sup> Vgl. SPIEGEL-Online: NPD droht Zahlungsunfähigkeit. In: SPIEGEL-Online vom 8.3.09. <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,611956,00.html> (abgerufen am 8.3.09).

<sup>1246</sup> Nachdem das Berliner Verwaltungsgericht die von der Bundestagsverwaltung verhängte Strafe bereits von 2,5 auf 1,27 Millionen Euro verringert hatte, wandte sich sowohl die NPD als auch die Parlamentsbehörde selbst zur Berufung an die nächst höhere Instanz, wobei das Ende dieses Prozesses bis heute aussteht.

Mitteln angehen durften. Auch wenn der neuerliche Skandal den Aktionsradius demnach erst einmal nicht weiter einschränkte, musste das Ansehen durch die eigentlich schon seit vielen Monaten durchweg negativen Schlagzeilen nachhaltige Schäden erleiden.

Den Verantwortlichen blieb diese Misere natürlich nicht verborgen, weshalb man die Berichterstattung vom wegweisenden Berliner Sonderparteitag am 4./5. April bewusst beschränkte und die angereisten Vertreter der „Systempresse“ bedenklicherweise bereits nach der Auftaktrede von der Veranstaltung ausschloss<sup>1247</sup>. Die Stimmung im abgeschotteten Saal war auch so schon äußerst aufgeheizt: In Anbetracht seiner drohenden Ablösung gab sich Voigt kämpferisch, warb in seinem Appell mit der „neuen Kompromißlosigkeit, mit der wir manche Dinge durchsetzen werden“<sup>1248</sup> und wusste die Angriffe seiner Kritiker mit derart drastischen Versprechen zu konterkarieren. So endete das Duell mit Pastörs mit einem Paukenschlag, denn der Vorsitzende setzte sich mit 136:72 Stimmen ebenso überraschend wie eindeutig durch<sup>1249</sup>. Des Weiteren segneten die Delegierten alle seiner nahezu ausnahmslos aus neonationalsozialistischen Vorfeldorganisationen stammenden Wunschkandidaten für den Vorstand ab<sup>1250</sup>. Dagegen verzichteten sowohl Pastörs als auch seine Partner, die sächsischen Abgeordneten Apfel und Jürgen Gansel, von sich aus auf den Wiederantritt für dieses Gremium.

Während Pastörs dem Vernehmen nach dennoch sogleich sein solidarisches Verhältnis zu Voigt bekräftigte<sup>1251</sup>, begründeten seine beiden Mitstreiter den Rückzug mit der verpassten Möglichkeit zum Neuanfang sowie der weiteren Radikalisierung der Partei. Die Dresdner Landtagsmitglieder kündigten darum an, künftig in „kritischer Loyalität“ zur NPD-Spitze wirken zu wollen und proklamierten am 7. April 2009 den „sächsischen Weg“ als potentiellen Alternativentwurf. Nach dem Vorbild des im Freistaat schon seit Jahren gewinnbringend praktizierten und deshalb vermeintlich politikfähigen, „gegenwartsbezogenen und volksnahen Nationalismus“ verlangte man zunächst, die „soziale Frage in den Mittelpunkt der Programmatik“ zu stellen und sich von notorischen Fehlentwicklungen wie „unpolitischer Nostalgiepflege, ziellosem Verbalradikalismus und pubertärem Provokationsgehabe“ zu distanzieren<sup>1252</sup>. Allerdings gab sich der neuformierte Vorstand von diesem Vorstoß zur äußerlichen Mäßigung und Verbürgerlichung alles

---

<sup>1247</sup> Vgl. Speit: „Bürgernähe zeigen, vor Ort siegen“, S. 24.

<sup>1248</sup> Voigt, zitiert nach Deutsche Stimme: Der alte Vorsitzende ist auch der neue. In: DS 5/2009.

<sup>1249</sup> Vgl. ebd.

<sup>1250</sup> Vgl. BMI (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 2009, S. 89; Deutsche Stimme: Der alte Vorsitzende ist auch der neue.

<sup>1251</sup> Vgl. Voigt, Udo: Jetzt heißt es: Tritt fassen und vorwärts. In: DS 5/2009.

<sup>1252</sup> Vgl. Homepage der NPD-Landtagsfraktion Sachsen: Konzentration auf Sachsen und Werben für den „sächsischen Weg“. 7. April 2009.

andere als angetan und antwortete nur drei Wochen später mit dem in seiner Abwehrhaltung geradezu dogmatischen „deutschen Weg“, der sämtliche Anpassungstendenzen an die gegebenen Verhältnisse generell ausschloss<sup>1253</sup>. Demnach dürften die Nationaldemokraten heute nicht weiter argumentativ in die Mitte der Gesellschaft drängen, sondern müssten im Grunde versuchen, diese selbst an sich heranzuziehen und hierüber mit „nationalem“ Gedankengut aufzuladen.

Faktisch mündete der Streit um die Führungsposition damit in neue, nicht minder schwere Auseinandersetzungen um die strategische Ausrichtung. Besonders aufgrund der für die NPD so bedeutsamen Wahlen in den Folgemonaten verzichteten beide Flügel aber vorerst darauf, die schwelenden Differenzen in weiteren Machtproben auszufeuchten und wahrten stattdessen den Burgfrieden. Zumal es eigentlich sowieso weniger um elementare Meinungsverschiedenheiten zu den weltanschaulichen Zielsetzungen ging als vielmehr um die genaue Methodik, sprich die effizientesten Mittel und Maßnahmen zur Zersetzung des gegenwärtigen „Systems“ – denn über das Ideal eines starken Nationalstaats mit einheitlicher Volksgemeinschaft schienen sich die Nationaldemokraten gemeinhin einig zu sein<sup>1254</sup>.

### **6.3.10. Wenn der Erfolg ausbleibt: Das schnelle Ende des „Deutschlandpakts“**

Nach einigen stürmischen Monaten, in denen die NPD beinahe vollständig mit sich selbst beschäftigt war, begann mit der Wahl des Bundespräsidenten am 23. Mai in Berlin endlich das eigentliche „Superwahljahr“ 2009. Dank der Landtagspräsenz der Nationaldemokraten in Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern sowie der DVU in Brandenburg standen den Bündnispartnern des „Deutschlandpakts“ insgesamt vier Sitze in der Bundesversammlung zu. Ferner konnten die Rechtsextremisten in Person des Liedermachers Frank Rennicke sogar einen eigenen, innerhalb des „nationalen“ Lagers ebenso konsensfähigen wie einflussreichen Präsidentschaftskandidaten ins Rennen schicken. Allein dessen auf dem Sonderparteitag sieben Wochen vorher verkündeter Antritt, der Einigkeit und Entschlossenheit demonstrieren sollte, erwies sich schon als ein erster, wiewohl eher szenieintern wirksamer Achtungserfolg. Denn in der allgemeinen Wahrnehmung fand der in der Vergangenheit wiederholt wegen Volksverhetzung angeklagte Verteidiger des „freien Wortes“<sup>1255</sup> de facto nicht statt. Die Partei mühte sich demnach vergeblich, den

---

<sup>1253</sup> Vgl. Homepage des NPD-Bundesverbands: Der deutsche Weg. Eine Standortbestimmung. 26. April 2009.

<sup>1254</sup> Vgl. BMI (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 2009, S. 90.

<sup>1255</sup> Schimmer, Arne: Kandidat des freien Wortes. In: DS 5/2009.

Anlass und die damit normalerweise verbundene mediale Aufmerksamkeit dafür zu missbrauchen, mutmaßliche Defekte des Parlamentarismus in Deutschland zu dokumentieren<sup>1256</sup>. Nichtsdestotrotz war die Niederlage von vornherein absehbar und daher wahrscheinlich auch zu verschmerzen.

Aus Sicht der NPD wesentlich wichtigere Standortbestimmungen stellten demgegenüber die sieben Kommunalwahlen am 7. Juni desselben Jahres dar, nach denen man mehr als 180 neue Abgeordnete in die Vertretungskörperschaften schicken durfte und dadurch deutschlandweit schon über um die 450 Sitze verfügte<sup>1257</sup>. Der im ersten Moment so erfolgreiche Schein trog trotzdem ein wenig, denn zum einen hatten sich die Verantwortlichen von diesen Stimmungstests erheblich mehr erhofft<sup>1258</sup>. Zum anderen verteilten sich die Durchbrüche ausgesprochen asymmetrisch, da die neuen Bundesländer den alten sowohl in Bezug auf die nackten Mandatszahlen als auch deren Dichte weit voraus waren<sup>1259</sup>: Bekamen die Nationaldemokraten im Westen nach wie vor nur selten ein Bein auf den Boden, vermochte der sächsische Verband seine erstaunliche Bilanz einer annähernden Verdreifachung im Vergleich zu 2004 vollmundig mit einer angeblichen Vertiefung und Stärkung des „nationale[n] Wurzelgeflecht[s]“<sup>1260</sup> zu erklären. Vor allem in den seit Jahren auszumachenden Stammregionen wurde die strukturelle Verankerung somit weiter vorangetrieben. Abseits davon blieb die Ausbeute bis auf weiteres ausbaufähig, was sich über das Jahr betrachtet wiederholt bestätigen sollte. Mit anderen Worten, die Rechtsextremisten waren offenkundig auf dem Weg zur ostdeutschen Regionalpartei.

Die DVU erlebte derweil ein echtes Debakel und brachte es bei der ebenfalls am 7. Juni 2009 durchgeführten Europawahl nur auf 0,4 Prozent, woraufhin die NPD der

---

<sup>1256</sup> In der Kürzung des von den Nationaldemokraten selbst vorgelegten Kandidatenporträts im Internetangebot des Bundestags witterten die Verantwortlichen sogleich den Versuch der systematischen Benachteiligung durch die Bundestagsverwaltung. In Reaktion auf diese angebliche Diskriminierung verkündete Renniecke deshalb schon vor der Bundespräsidentenwahl, das Bundesverfassungsgericht anrufen zu wollen. Außerdem stellten die NPD-Wahlmänner zu Beginn der Bundesversammlung zur Garantie der Chancengleichheit einen Antrag zur Verabschiedung einer eigenen Geschäftsordnung, der ebenso scheiterte wie der Vorschlag einer 30-minütigen Aussprache, in der die vier Bewerber um das Amt des Staatsoberhauptes die Gelegenheit zur mündlichen Vorstellung erhalten sollten. Vgl. Homepage des NPD-Bundesverbands: Stellt Zensur des Bundestagspräsidenten die Bundesversammlung in Frage? 19. Mai 2009; Dies.: Bundestagspräsident Lammert demaskiert BRD-Parlamentarismus. 23. Mai 2009; Dies.: Heuchelei im Reichstag auf die Spitze getrieben. 23. Mai 2009; Dies.: Bundespräsidentchaftskandidat Frank Renniecke erhebt Verfassungsbeschwerde gegen Wahl des Bundespräsidenten. 20. August 2009.

<sup>1257</sup> Vgl. Homepage des NPD-Bundesverbands: Über 180 kommunale NPD-Mandate. 12. Juni 2009.

<sup>1258</sup> Vgl. BMI (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 2009, S. 92.

<sup>1259</sup> Von den insgesamt mehr als 180 neuen Sitzen, die im Rahmen der sieben Kommunalwahlen an diesem Tag an die NPD gingen, gelangen den Rechtsextremisten nur 13 Mandatsgewinne in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und dem Saarland, also in den alten Bundesländern – für den Rest sorgten deren Kandidaten in Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen. Vgl. BMI (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 2009, S. 91/92.

<sup>1260</sup> Homepage des NPD-Bundesverbands: „Das nationale Wurzelgeflecht gewinnt an Tiefe und Stärke.“ 8. Juni 2009.

„Phantompartei“ mangelndes Engagement vorwarf und mit einem baldigen Ende des an und für sich noch bis zum Jahresende datierten „Deutschlandpakts“ drohte<sup>1261</sup>. Keine drei Wochen später war das Abkommen dann schon Geschichte; in Anbetracht des miserablen Abschneidens sowie des spärlichen Aktivitätsgrads der Gegenseite sahen die Nationaldemokraten die „Geschäftsgrundlage“ der Allianz – die Steigerung der Stimmenanteile durch Wahlabsprachen und gegenseitige Kampagnenunterstützung – nicht mehr gewährleistet<sup>1262</sup>. Zudem verwies der Vorstand in seiner Mitteilung vom 27. desselben Monats auf einen mit der Zeit aufgekommenen Zielkonflikt der Parteiführungen, da man selbst mittelfristig einen Zusammenschluss ansteuere, wohingegen dem Partner vorerst maximal eine Verlängerung der Zusammenarbeit vorschwebe<sup>1263</sup>. In den Augen der „Systemfeinde“ war das Bündnis demzufolge längst „politisch überholt“, weshalb man für den September den selbständigen Antritt zur Landtagswahl in Brandenburg – der letzten parlamentarischen Bastion der Volksunion – ankündigte<sup>1264</sup>, die auf diesen Affront mit der Mobilisierung für die parallel dazu stattfindende Bundestagswahl antwortete<sup>1265</sup>.

Dass sich die Situation insofern zusehends zuspitzte, war von Seiten der NPD wohl durchaus intendiert. Im Kern schien diese nicht mehr darauf aus zu sein, die Differenzen mit der DVU am Verhandlungstisch auszuräumen, wollte vielmehr die willkommene Möglichkeit wahrnehmen, den schwächelnden Konkurrenten durch weitere Wirkungstreffer dauerhaft auszuschalten und dessen Klientel zu absorbieren<sup>1266</sup>. Die Nationaldemokraten suchten deshalb ausdrücklich die Konfrontation, wofür neben deren nachgerade alibihaften Konzessionsangeboten auch die anfangs ausbleibenden Reaktionen auf Kompromissvorschläge des alten Verbündeten und neuen Rivalen sprachen<sup>1267</sup>. Die „Deutsche Stimme“ gab der Anhängerschaft dahingehend zu verstehen, dass die „verheerende Pattsituation“ der „beiden damals stärksten nationalen Parteien“ Anfang 2005 der Anlass für den „Deutschlandpakt“ gewesen sei, sich die Gewichte jedoch schon

---

<sup>1261</sup> Vgl. Homepage des NPD-Bundesverbands: Die NPD ist dauerhaft die soziale und nationale Alternative. 10. Juni 2009.

<sup>1262</sup> Vgl. Dies.: NPD strebt in Brandenburg gemeinsame Liste mit DVU an.

<sup>1263</sup> Vgl. ebd.

<sup>1264</sup> Vgl. ebd.

<sup>1265</sup> Vgl. Homepage des DVU-Bundesverbands: Rechte Politik hat Zukunft. 11. Juli 2009.

<sup>1266</sup> Vgl. BMI (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 2009, S. 93.

<sup>1267</sup> Bezeichnenderweise schlug die NPD für Brandenburg eine Listenvereinigung vor, die vom dortigen Landtagswahlrecht schlichtweg nicht erlaubt war. Die DVU verlangte derweil von den Nationaldemokraten, den Antritt im Nordosten zurückzuziehen und zeigte sich dafür bereit, Anfang September 2009 mit breiten Verhandlungen über neue Sammlungsprojekte zu beginnen. Mit Blick auf die nahende Bundestagswahl sollten sowohl die Republikaner und die PRO-Parteien als auch unabhängige Persönlichkeiten an diesen Runden mitwirken. Die Volksunion setzte dem ehemaligen Verbündeten eine einwöchige Frist, um darauf einzugehen – was dessen Funktionärsspitze dem Vernehmen nach jedoch einfach ignorierte. Vgl. Homepage des DVU-Bundesverbands: Nur Einigkeit macht stark; Dies.: Rechte Politik hat Zukunft; Homepage des NPD-Bundesverbands: NPD strebt in Brandenburg gemeinsame Liste mit DVU an.

bald „für jedermann sichtbar“ verschoben hätten – und bezeichnete den Vertragsbruch deswegen bereits als „Gebot der politischen Verantwortung“<sup>1268</sup>.

Die NPD selbst strotzte allerdings nicht gerade vor Kraft und musste die verfügbaren Kapazitäten für den anstehenden Kampagnenmarathon nun genau dosieren. Mit Blick auf die drei Landtagswahlen am 30. August 2009 standen die neuen Bundesländer deshalb wiederum im Vordergrund der Anstrengungen, da sich die Bedingungen und Aussichten dort nach wie vor verheißungsvoller ausnahmen als im Westen. Zugleich buhlte man besonders intensiv um die bewährte Zielgruppe der Jungwähler. In Thüringen, wo sich die Nationaldemokraten nach dem zu Jahresbeginn ausgehandelten Verzicht der DVU Stimmenanteile von „5% [sic!] plus X“ ausrechneten<sup>1269</sup>, arbeitete deren aufwendiger Werbefeldzug<sup>1270</sup> nicht nur mit der Präsentation vermeintlich seriöser landes-, wirtschafts- und sozialpolitischer Themen<sup>1271</sup>, sondern lebte auch von aggressiven Provokationen mit ausländerfeindlicher Prägung, durch die man sich sogar mehrfach in den deutschlandweiten Nachrichten zu positionieren vermochte<sup>1272</sup>. Dennoch scheiterte die Partei am Schluss mit 4,3 Prozent an der Sperrklausel.

Dagegen gelang der NPD in Sachsen nach einer großen Materialschlacht mit 5,6 Prozent erstmals der Wiedereinzug in ein Parlament auf dieser Ebene, gleichwohl der Erfolg mit erheblichen Verlusten gegenüber der Vorwahl (9,2) einherging<sup>1273</sup>. Im Saarland sah die Sache anders aus: Obschon der personell wie wirtschaftlich weitaus schlechter aufgestellte Landesverband seinen Wahlkampf hier vor allem auf die Städte konzentrierte<sup>1274</sup>, war man nicht im Stande, die suboptimalen Rahmenbedingungen zu kompensieren und kam mit 1,5

---

<sup>1268</sup> Vgl. Deutsche Stimme: Weder plötzlich noch unerwartet. In: DS 8/2009.

<sup>1269</sup> Vgl. Homepage des NPD-Bundesverbands: Frank Schwerdt wird Spitzenkandidat. 12. Januar 2009; Dies.: NPD-Offensive beginnt: 5% plus X sind das Ziel zur Landtagswahl. 30. Juni 2009.

<sup>1270</sup> Nach Parteiangaben wollte man im Freistaat etwa 40.000 Plakate aufhängen und außer 850.000 Flugblättern auch eine Million Wahlkampfzeitungen verteilen. Vgl. Dies.: NPD-Offensive beginnt: 5% plus X sind das Ziel.

<sup>1271</sup> Neben dem allgemeinen Wahlprogramm warb die NPD in Thüringen auch mit aufwendigen eigenen Veröffentlichungen zu wirtschafts- und energiepolitischen Themen. Vgl. NPD-Landesverband Thüringen: Neue Akzente setzen! Wirtschaftsprogramm des NPD-Landesverbandes Thüringen. Jena, 2009; Ders.: Den Wandel gestalten! Energiewirtschaftliches Programm des NPD-Landesverbandes Thüringen. Jena, 2009.

<sup>1272</sup> Nachdem zu Anfang viele Plakate der Union den dunkelhäutigen Parteifunktionär Zeca Schall gezeigt hatten, geriet dieser schnell zur Zielscheibe der Rechtsextremisten, die den gebürtigen Angolaner zum „CDU-Quotenneger“ verunglimpften und seine Rückkehr nach Afrika verlangten. Der Plan der NPD, den Mann selbst an seinem Wohnort aufzusuchen, wurde schließlich von der Polizei durchkreuzt. Nichtsdestotrotz vermochten sich die Nationaldemokraten mit solchen Attacken deutschlandweite Aufmerksamkeit zu verschaffen. Vgl. Homepage des NPD-Bundesverbands: Gute Heimreise, Zeca Schall. 11. August 2009; Dies.: Platzverweis für NPD-Delegation in Hildburghausen – Neuer Besuch bei Zeca Schall geplant. 12. August 2009; SPIEGEL-Online: NPD droht schwarzem CDU-Politiker. In: SPIEGEL-Online vom 11.8.09. <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,641879,00.html> (abgerufen am 12.8.09).

<sup>1273</sup> Siehe Kapitel 8.3.1.1.

<sup>1274</sup> Vgl. BMI (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 2009, S. 94.

Prozent auch deshalb nicht an das aufsehenerregende Resultat von 2004 (4,0) heran, weil sich die Mehrheit der Protestwähler augenscheinlich um die Linkspartei mit dem ausgesprochen populären Spitzenkandidaten Oskar Lafontaine scharte. Folglich konnten die Ergebnisse der Nationaldemokraten mit den im Vorfeld kursierenden Erwartungen kaum mithalten – und das nicht nur in den drei skizzierten Fällen.

Schließlich ergab die Landtagswahl in Brandenburg am 27. September 2009 ein ähnliches Bild. Der dortige Verband, dem auch Mitglieder von außerhalb halfen, investierte verhältnismäßig viel, wusste sich für die Massenmedien allerdings höchstens sporadisch interessant zu machen<sup>1275</sup>. Während die Plakate nahezu ausschließlich mit Protestslogans aufwarteten, lag das Augenmerk der Wahlkampfzeitungen mehr auf der Präsentation landes- und sozialpolitischer Argumente und Patentlösungen<sup>1276</sup>. Neben dem Rückgriff auf diese mittlerweile schon altbekannte Rezeptur versuchte die NPD, im erbitterten Ringen mit der DVU als „die echte Rechte“ aufzutreten<sup>1277</sup>. Wobei das Resultat im Nachhinein ambivalent ausfiel, da sich die Nationaldemokraten im Wettstreit mit der Volksunion locker durchsetzten und den Stimmenanteil des Rivalen mit 2,5 Prozent mehr als verdoppelten, der angestrebte Parlamentseinzug aber völlig außer Reichweite lag. Parallel zu diesem Pyrrhussieg endete der um ein Jahr vorgezogene Urnengang in Schleswig-Holstein mit empfindlichen Verlusten. Angetreten als alleinige Vertreterin des „nationalen“ Spektrums verschlechterte sich die Partei von 1,9 auf 0,9 Prozent und verspielte damit das Anrecht auf staatliche Mittel.

Mit Blick auf die Bundestagswahl, die außerdem an diesem 27. September auf dem Programm stand, bemühte sich die NPD ansonsten um breite Präsenz und bot Listen in allen 16 Ländern sowie Direktkandidaten in 293 Wahlkreisen auf. Auch inhaltlich wollten sich die Nationaldemokraten für möglichst viele Menschen interessant machen, was sich in Massen von Propagandamaterialien widerspiegelte, die mit verschiedensten Aspekten

---

<sup>1275</sup> Exemplarisch für diese Versuche war der Fall des für den 4. Juli 2009 angesetzten Freundschaftsspiels zwischen den Fußballmannschaften von Germania Storkow und Energie Cottbus unter dem Motto „Mit Energie für Toleranz“, das der Partei als willkommene Gelegenheit diente, das antifaschistische Motiv der Veranstaltung und die angeblich zunehmende Vereinnahmung des Sports durch die Politik anzuprangern. Nachdem die NPD deshalb für den selben Tag eine Demonstration mit dem Titel „Mit Energie für Brandenburg“ angemeldet und den Gastgeberverein in einem via Internet veröffentlichten Brief auf mögliche Gewaltausbrüche – vermeintlich ausgehend von den zu erwartenden Gegenprotesten – hingewiesen hatte, wurde die Begegnung schließlich abgesagt. Vgl. Homepage des NPD-Bundesverbands: NPD – Mit Energie für Brandenburg. 30. Juni 2009; Dies.: Doch ohne Energie für Toleranz. 1. Juli 2009.

<sup>1276</sup> Die Plakatierungen der Partei setzten mit einander inhaltlich ergänzenden Parolen wie „Wehrt Euch“ und „Wir setzen uns durch“ eindeutig auf die Protestschiene. Die Flugblätter warben dagegen mit weniger verfänglichen, vorwiegend an Familien adressierten Motiven wie „VATERland, MUTTERSprache, KINDERglück“. Vgl. Plakate des NPD-Landesverbands Brandenburg: Wir setzen uns durch; Wehrt Euch. Berlin, 2009; Flugblatt des NPD-Landesverbands Brandenburg: VATERland, MUTTERSprache, KINDERglück. Berlin, 2009 (Hervorhebungen wie im Original).

<sup>1277</sup> Vgl. NPD-Landesverband Brandenburg: Die echte Rechte. Brandenburgprogramm. Berlin, 2009.



warben – von vordergründig seriösen Positionen zur Sozialpolitik über Polemiken zur Ausländerproblematik zu dumpfem Protest. Probate Mittel zur Publizitätssteigerung waren dabei nicht zuletzt die diversen Provokationen, mit denen man sich sichtbar anstrebte, das mediale Scheinwerferlicht auf sich zu ziehen<sup>1278</sup>. Im Endeffekt führte diese Taktik freilich nur in Teilbereichen zum Erfolg: Mit 1,5 Prozent wurde der Stimmenanteil von 2005 (1,6) einigermaßen gefestigt und der ehemalige Partner DVU (0,1) obendrein genauso deutlich in die Schranken gewiesen wie die Republikaner (0,4), wodurch die dominante Rolle innerhalb des organisierten Rechtsextremismus verteidigt wurde – wenngleich auf geringem Niveau. Die Verantwortung für den bereits zum wiederholten Male verpassten Durchbruch schob der Vorsitzende den scheinbar „blinden“ Wählern zu:

„Die stetig sinkende Wahlbeteiligung belegt, daß die Krise im Bewußtsein weiter Teile unseres Volkes immer noch nicht angekommen ist. Die Verschleierungstaktik der etablierten Parteien, die Auswirkungen der Krise durch kosmetische Maßnahmen wie Abwrackprämie und Verlängerung des Kurzarbeitergeldes bis nach den Wahlen zu verschieben, ist vom Wähler noch nicht durchschaut worden.“<sup>1279</sup>

Daneben verlor man sich wie gehabt in Verschwörungstheorien über das von Staat und Medien geschürte „Haßklima“<sup>1280</sup>, vor dessen Hintergrund das mäßige Resultat in den grandiosen Sieg über die marginalisierten Rivalen verdreht wurde: „Der Kampf um den organisierten Willen der nationalen Kräfte wurde am 27. September endgültig zugunsten der NPD entschieden!“<sup>1281</sup>

Bei näherer Betrachtung schien die Bilanz im „Superwahljahr“ 2009 trotzdem alles andere als triumphal, angefangen mit der Stagnation in der Bundestagswahl. Hinzu kam, dass die Partei bei insgesamt sechs Landtagswahlen bloß in der Hochburg Sachsen die Sperrklausel durchbrechen, sich allerdings auch dort nur mit viel Mühe im Parlament behaupten konnte, während sich anderswo wenig bis nichts bewegte. Was vor allem am über weite Strecken nicht zu leugnenden Mangel an verlässlicher Stammklientel lag, die sich nicht über Nacht

---

<sup>1278</sup> Zum Beispiel erhielten im Wahlkampfendspurt in Berlin diverse etablierte Politiker mit ausländischen Wurzeln einen auf den ersten Blick klar amtlich aufgemachten Brief der NPD mit dem einschüchternden Betreff „Nichtamtliche Bekanntmachung über die geordnete Durchführung der Heimreise von Personen mit Migrationshintergrund in ihre Herkunftsländer“ – wobei der Hinweis „nichtamtlich“ in der Druckfassung natürlich gezielt klein gehalten war. 2011 wurde der damalige Verbandschef in der Hauptstadt, Jörg Hähnel, deshalb wegen Volksverhetzung verurteilt. Vgl. NPD-Landesverband Berlin (Hrsg.): Ihr Ausländerrückführungsbeauftragter informiert: Nichtamtliche Bekanntmachung über die geordnete Durchführung der Heimreise von Personen mit Migrationshintergrund in ihre Herkunftsländer. Berlin, 2009; PUBLIKATIVE.org: Urteil gegen NPD-„Ausländerrückführungsbeauftragten“ bestätigt. In: PUBLIKATIVE.org vom 29.4.2011. <http://www.publikative.org/2011/04/29/urteil-gegen-auslanderruckfuhrungsbeauftragten-bestaetigt/> (abgerufen am 30.4.2011); Wittrock, Philipp: Rechtsextremer Hass-Wahlkampf: Ermittler durchsuchen NPD-Zentrale wegen Drohbrieffen. In: SPIEGEL-Online vom 23.9.09. <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,650590,00.html> (abgerufen am 23.9.09).

<sup>1279</sup> Voigt, zitiert nach Homepage des NPD-Bundesverbands: NPD – einzige ernstzunehmende Kraft! 28. September 2009.

<sup>1280</sup> Ders., zitiert nach ebd.

<sup>1281</sup> Ders., zitiert nach ebd.

aufbauen ließ, vielmehr nach langfristiger Wurzelarbeit verlangte. Andererseits war die Anziehungskraft gegenüber neuen Wählerschichten dem Anschein nach gering. Im Kern hatte schließlich schon die durchwachsene Mandatsausbeute aus den verschiedenen Kommunalwahlen auf das vorrangig in Westdeutschland akute Mobilisierungsdefizit hingedeutet<sup>1282</sup> – das Scheitern war also absehbar.

### 6.3.11. Strategiedebatte und Verschmelzungsprozess

In dem Maße, wie sich Anspruch und Wirklichkeit nicht annähernd deckten, stand die NPD zum Abschluss des „Superwahljahrs“ 2009 abermals am Scheideweg. Vor allem die seit Monaten schwelenden Auseinandersetzungen um die künftige Ausrichtung der Nationaldemokraten kehrten schlagartig auf die Agenda zurück. Angesichts der eklatanten Misserfolge kündigte Udo Voigt daher Mitte November in einer Videobotschaft für den Anfang des kommenden Jahres die Aufstellung einer Strategiekommission an, die auch Kritiker des eingeschlagenen Kurses einbinden sollte<sup>1283</sup>. In den Fokus stellte der Vorsitzende dabei hauptsächlich die Frage nach der richtigen „Verpackung“ politischer Visionen, um das Wählerpotential zu verbreitern – und relativierte damit indirekt den im Frühjahr proklamierten „deutschen Weg“, der im Widerspruch dazu sämtliche Formen rhetorischer Mäßigung per se negiert hatte. Zur Vorbereitung der funktionärslastigen Arbeitsgruppe suchte man in den darauffolgenden Wochen außerdem vermehrt den Dialog mit der Anhängerbasis und forderte Mitglieder und Sympathisanten auf, via Internet Anregungen und Ideen zu formulieren<sup>1284</sup>.

Die innerparteiliche Debatte, die diese Maßnahmen initiierten, verlief indessen keineswegs immer so konstruktiv wie in der vom Vorstand kontrollierten „Deutschen Stimme“, in der sich manche Vordenker mit durchaus differenzierten Stellungnahmen zu Wort meldeten<sup>1285</sup>. Speziell der radikal-aktionistische, an die „Freien Nationalisten“ angelehnte Flügel sah anscheinend seine Felle davonschwimmen und reagierte mit Frontalangriffen auf die Verfechter moderaterer Standpunkte. Nachdem am 29. Oktober 2009 mit dem stellvertretenden NPD-Chef Jürgen Rieger der vielleicht wichtigste Repräsentant der neonationalsozialistischen Strömung gestorben war, galt diese sowieso schon als

---

<sup>1282</sup> Nach den sieben Kommunalwahlen im Juni holte die NPD bei denen am 30. August in Nordrhein-Westfalen landesweit bloß 0,3 Prozent – und lag damit weit hinter der moderateren Konkurrenz von PRO NRW (0,6).

<sup>1283</sup> Vgl. BMI (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 2009, S. 90.

<sup>1284</sup> Homepage des NPD-Bundesverbands: Neue Wege gehen. 7. Dezember 2009.

<sup>1285</sup> Vgl. zum Beispiel die Beiträge des JN-Vorsitzenden Michael Schäfer und des Trierer NPD-Stadtrats Safet Babic. Schäfer, Michael: Der Kampf geht weiter – aber wie? In: DS 11/2009; Babic, Safet: Warten auf die Befreiung? In: DS 2/2010.

geschwächt und wollte den sich abzeichnenden Machtverlust nun mit allen Mitteln abwenden. Zum Beispiel polemisierte das Vorstandsmitglied Thorsten Heise gegen die verbürgerlichten „Herren“ der sächsischen Landtagsfraktion, geißelte deren „Speichelleckerhaltung gegenüber dem System“ und verlangte von den Dresdner Abgeordneten, die Parlamentssitze nicht länger als die „persönlichen Altersvorsorgeinstanzen“ zu verstehen, sondern das Plenum wieder stärker als „Bühne zum Transport unserer Botschaften“ zu nutzen<sup>1286</sup>.

Zum Jahresende erhielt die explosive Stimmung dann durch Medienberichte über einen neuen Spendenskandal mitsamt mutmaßlicher Strafzahlungen in Millionenhöhe einen weiteren Schub<sup>1287</sup>. Die internen Spannungen dehnten sich infolgedessen auf die Vorfeldorganisationen aus und schürten dort die Skepsis. Nicht allein aufgrund der Serie von Niederlagen im „Superwahljahr“, auch durch die Nachwehen der Kemna-Affäre sowie die relativ desolante Verfassung der NPD war deren stets schwieriges Verhältnis zur Kameradschaftsszene mittlerweile sichtbar ramponiert<sup>1288</sup>. Wenngleich die Parteispitze die Negativschlagzeilen sogleich abzuwiegeln versuchte<sup>1289</sup>, nahmen die Zweifel an der Zusammenarbeit mit den Nationaldemokraten sowie vorneweg an deren Personal andererseits nicht ab. Sinnbildlich für die allmähliche Besinnung vieler neonationalsozialistischer Aktivisten auf die subkulturellen Wurzeln stand der Niedergang des Berliner Verbands, von dem sich die Anhänger in Scharen abwandten, während sich die Verantwortlichen in anhaltenden Streitigkeiten verloren<sup>1290</sup>. Alles in allem verzeichnete man daher für 2009 – wie schon im Vorjahr – sinkende Anhängerzahlen, die von deutschlandweiten 7.000 auf 6.800 schrumpften<sup>1291</sup>.

Den Abwärtstrend zu stoppen und die Anziehungskraft der NPD wieder zu steigern, zählte demnach zu den zentralen Aufgaben der Strategiekommission, die am 16./17. Januar 2010

---

<sup>1286</sup> Vgl. Altermedia: NID-Infoblog im Interview mit Thorsten Heise. In: Altermedia vom 27. Dezember 2009.

<sup>1287</sup> Die nachträgliche Prüfung der Rechenschaftsberichte für die Jahre 2002 bis 2006 brachte ans Licht, dass die NPD die Summe der bezogenen Spenden und Mitgliedsbeiträge systematisch aufgebauscht hatte, um sich darüber im Rahmen der staatlichen Parteienfinanzierung höhere Leistungen zu verschaffen. Hierdurch drohten Strafzahlungen in doppelter Höhe des Fehlbetrags von um die 870.000 Euro, also 1,7 Millionen Euro, und der Verlust der durch die Falschangaben widerrechtlich angeeigneten Mittel, die weitere 270.000 Euro ausmachten. Vgl. Röbel, Sven/Wassermann, Andreas: Neuer Spendenskandal erschüttert NPD. In: SPIEGEL-Online vom 7.11.09. <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,659887,00.html> (abgerufen am 11.11.09); Sager, Tomas: Tricksen und betrügen. In: Blick nach rechts vom 7.1.10. <http://www.bnr.de/content/tricksen-und-betruegen> (abgerufen am 7.1.10).

<sup>1288</sup> Vgl. BMI (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 2009, S. 71.

<sup>1289</sup> Homepage des NPD-Bundesverbands: Spiegel online von selbst erzeugtem Spendenskandal erschüttert. 7. November 2009.

<sup>1290</sup> Vgl. Mai, Marina: Partei ohne Volk. Die NPD schrumpft in Berlin. In: taz-Online vom 15.12.09. <http://www.taz.de/regional/berlin/aktuell/artikel/1/partei-ohne-volk-1/> (abgerufen am 16.12.09).

<sup>1291</sup> Vgl. BMI (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 2009, S. 73.

zusammentrat. Bereits direkt nach dem Treffen in Berlin wurden die an den Vorstand adressierten Vorschläge der 31 Teilnehmer im Internet veröffentlicht; bahnbrechende Innovationen beinhalteten diese Tipps allerdings nicht, schienen im Tenor vielmehr an den „sächsischen Weg“ anzuknüpfen. Demnach hob das Gremium hervor, die Nationaldemokraten sollten weiterhin die „einzige authentische Oppositionspartei, bezogen auf die Probleme der Gegenwart“ bleiben und erteilte allzu demonstrativer NS-Nostalgie damit eine Absage, um im selben Atemzug die davon scheinbar nicht beeinträchtigte Offenheit für alle „volks- und heimatstreuen“ Gruppierungen zu betonen<sup>1292</sup>. Daneben sprach man sich für demoskopische Nachforschungen zur Vorbereitung von Wahlkämpfen aus, um deren inhaltliche Gewichtung stärker auf die aktuellen Grundstimmungen in der Gesellschaft abzustimmen. Hinzu kamen konkrete Anregungen zur Änderung des Namenszusatzes von „Die Nationalen“ in „Die soziale Heimatpartei“.

Nachdem die meisten Aussagen so allgemein abgefasst waren, dass sich auch die Verfechter militanterer Ansätze darin wiederzufinden vermochten, deutete sich im vordergründig nicht sonderlich spektakulären Ansinnen der Namenskosmetik schon die sich anbahnende Verschiebung der Machtverhältnisse innerhalb der NPD an<sup>1293</sup>: Ungeachtet der sporadischen Verwendung des neuen Untertitels durch die verbürgerlicht auftretenden Verbände aus Sachsen und dem Saarland war dieser Slogan an sich mit ausdrücklicher Mäßigung, wenn nicht sogar mit „Systemkonformität“ zu assoziieren. Die Nationaldemokraten hätten sich hiermit – wenigstens oberflächlich – „weicheren“ Varianten des Rechtsextremismus oder gar Rechtspopulismus genähert und sich in eine Reihe mit den Republikanern sowie der österreichischen FPÖ gestellt, die sich das genannte Motto einstweilen ebenfalls auf die Fahnen schreiben.

Zu den skizzierten Vorlagen der Strategiekommission äußerte sich der Vorsitzende in den darauffolgenden Monaten ausführlich in der „Deutschen Stimme“<sup>1294</sup>. Demzufolge verstehe sich die NPD nach wie vor als „Systemalternative“, müsse allerdings weniger martialisch auftreten und sich nach außen vom weltanschaulich aufgeladenen, für viele Wähler nur schwer verständlichen „Parteichinesisch“ verabschieden, um stattdessen attraktivere, aktualitätsbezogenere Probleme in den Vordergrund zu schieben. In der Regel sei eine „seriöse Radikalität“ erforderlich, um neben den Nichtwählern in erster Linie die Verdrossenen sowie Leute mit existentiellen Sorgen und Sicherheitsbedürfnissen zu

---

<sup>1292</sup> Vgl. Homepage des NPD-Bundesverbands: Strategische Neuaufstellung. 17. Januar 2010.

<sup>1293</sup> Vgl. Sager, Tomas: Neue Kursausrichtung. In: Blick nach rechts vom 18.1.10.  
<http://www.bnr.de/content/neue-kursausrichtung> (abgerufen am 18.1.10).

<sup>1294</sup> Vgl. Voigt, Udo: Wie bringen wir die NPD nach vorn? In: DS 4/2010 und DS 5/2010.

erreichen und für die Nationaldemokraten einzunehmen. Überdies erwartete sich Voigt mehr Selbstbewusstsein und verlangte ein Umdenken in Sachen Sammlungsbemühungen, die nun vorwiegend unter dem eigenen Dach zu verfolgen seien.

Am deutlichsten zeigten sich die von der Strategiedebatte angestoßenen Veränderungen im Agitationsstil der NPD zunächst in der sich zunehmend auf die anscheinend zeitgemäßere Islamkritik zuspitzenden Ausländerfeindlichkeit. Schon seit dem Schweizer Referendum zum Verbot von Minarettbauten am Jahresende 2009 sprangen die Rechtsextremisten verstärkt auf diesen mutmaßlich massenkompatiblen Zug auf, machten muslimische Immigranten und deren angebliche Parallelgesellschaften zum Zerrbild für die multikulturellen Irrwege der anderen Parteien, um in dem Zusammenhang auf mehr direkte Demokratie mittels Volksentscheiden zu drängen<sup>1295</sup>. Zur nordrhein-westfälischen Landtagswahl am 9. Mai 2010 zahlte sich das neue Leitmotiv aber zweifellos noch nicht aus<sup>1296</sup>: Mit schwachen 0,7 Prozent verpassten die Nationaldemokraten das Primärziel der Wahlkampfkostenerstattung und verzeichneten sogar Verluste im Vergleich zur Vorwahl (0,9).

Womöglich war diese empfindliche Pleite, die einmal mehr den Beleg für die eklatante Schwäche der NPD in Westdeutschland erbrachte, ein weiterer Beweggrund dafür, sich erneut der DVU anzunähern, so dass im Vorfeld des wiederholt verschobenen Programmparteitags am 4./5. Juni desselben Jahres in Bamberg erstmals Spekulationen über eine anstehende Verschmelzung mit dem ehemaligen Bündnispartner aufkamen<sup>1297</sup>. Im Rahmen seines Rechenschaftsberichts bestätigte der Vorsitzende dort die bereits begonnenen Vorgespräche, die beide Seiten demnächst durch schriftliche Mitgliederbefragungen zu bekräftigen beabsichtigten<sup>1298</sup>. Die nach wie vor virulenten Auseinandersetzungen innerhalb der Anhängerschaft waren mit jener vergleichsweise spektakulären Ankündigung jedoch nicht nachhaltig zu schlichten. Die Versammlung verlief daher ähnlich aufbrausend wie im Vorjahr, wenngleich die Delegierten den Antrag des mecklenburg-vorpommerischen Verbands auf Ausschluss der „Systempresse“ dieses Mal – nach dem Widerspruch des Vorstands, der mit den Vereinigungsbestrebungen

---

<sup>1295</sup> Vgl. Homepage des NPD-Bundesverbands: „Wir wollen Schweizer Verhältnisse!“. 5. Dezember 2009; Dies.: Niemals deutsches Land in Moslem-Hand. 7. Januar 2010; Dies.: Argumentationshilfe für Nationalisten: Minarettbau in der BRD. 12. Februar 2010.

<sup>1296</sup> Siehe Kapitel 8.3.1.2.

<sup>1297</sup> Vgl. Hacker, Alexander/Schölermann, Stefan: NPD und DVU wollen sich zusammenschließen. In: NPD-Blog vom 2.6.10. <http://npd-blog.info/2010/06/02/npd-parteitag-dvu-100/> (abgerufen am 2.6.10); Junge Freiheit: NPD und DVU verhandeln über Fusion. In: Junge-Freiheit-Online vom 2.6.10. <http://www.jungefreiheit.de/Single-News-Display-mit-Komm.154+M5afe5152b78.0.html> (abgerufen am 3.6.10).

<sup>1298</sup> Vgl. Homepage des NPD-Bundesverbands: Rechenschaftsbericht und Bericht zur politischen Lage. 2. Juni 2010.

natürlich Schlagzeilen machen wollte – abwies<sup>1299</sup>. Hingegen erlitt die Spitze um Voigt in Sachen Namenszusatz eine empfindliche Niederlage, denn der von der Strategiekommission vorgeschlagene Untertitel „Die soziale Heimatpartei“ wurde mit eindeutiger Mehrheit verworfen<sup>1300</sup>.

Wie weit die Auffassungen in manchen Punkten voneinander abwichen, manifestierte sich allein schon in der Diskussion dreier verschiedener Programmentwürfe<sup>1301</sup> sowie vor allem in den 250 Änderungsgesuchen zu dem von der Parteiführung vorgebrachten Ansatz<sup>1302</sup>. Dessen endgültig verabschiedete Fassung mit dem Motto „Arbeit. Familie. Vaterland.“ wurde demzufolge erst drei Monate später veröffentlicht<sup>1303</sup>. Inhaltlich erwies sich die Standortbestimmung erwartungsgemäß als Kompromisslösung auf Kosten echter Innovationen; um die aktionistische Strömung möglichst ebenso wenig zu verstimmen wie die moderateren Kräfte, vermied die NPD eine ersichtliche Kursentscheidung und wahrte sich viele Interpretationsspielräume. Abgesehen von der Aktualisierung vereinzelter Grundsätze wie der währungspolitischen Forderung nach der Rückkehr zur D-Mark stand die soziale Frage für die Nationaldemokraten weiter im Mittelpunkt, was sich speziell in der Aufnahme neuer Abschnitte zur „nationalen“ Gesundheits- und Rentenpolitik widerspiegelte.

Im Hinblick auf die Fülle an Konflikten, an denen sich die Basis der NPD in Bamberg abarbeitete, verlief auch die abermalige Nominierung Frank Rennickes zum Kandidaten für die – nach dem Rücktritt Horst Köhlers – auf den 30. Juni vorgezogene Bundespräsidentenwahl nicht völlig störungsfrei. Einige Größen aus der neonationalsozialistischen Ecke wollten stattdessen den in Italien im Gefängnis sitzenden Ex-SS-Mann Erich Priebke aufbieten<sup>1304</sup>, die Posse verkam aber schnell zum Nebenkriegsschauplatz. Der Name des Bewerbers um das Amt des Staatsoberhauptes war

---

<sup>1299</sup> Allerdings hatte die NPD dem Vernehmen nach schon im Vorfeld mehreren missliebigen Journalisten die Akkreditierung verweigert. Vgl. Reißmann, Ole: NPD schmiedet neuen Pakt mit der DVU. In: SPIEGEL-Online vom 4.6.10. <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,698832,00.html> (abgerufen am 4.6.10); Schölermann, Stefan: „Liebe Kameraden, liebe Gäste, liebe Systempresse“. In: NPD-Blog vom 4.6.10. <http://npd-blog.info/2010/06/04/npd-bundesparteitag-100/> (abgerufen am 4.6.10).

<sup>1300</sup> Sowohl für vereinzelte NPD-Landesverbände als auch aus Sicht der Gesamtpartei war und ist dieses klare Votum anscheinend aber kein Grund, auf den abgelehnten Namenszusatz komplett zu verzichten. Unter anderem stellen sich die Nationaldemokraten im sozialen Netzwerk „Facebook“ auch weiterhin als die „soziale Heimatpartei“ dar. Vgl. Facebook-Profil des NPD-Bundesverbands: Die soziale Heimatpartei. <http://www.facebook.com/npd.de?ref=ts> (abgerufen am 14.6.12).

<sup>1301</sup> Neben dem NPD-Vorstand und dem Landesverband Mecklenburg-Vorpommern stellte auch der Kreisverband Eichsfeld als Vertreter der neonationalsozialistischen Linie seinen Entwurf vor.

<sup>1302</sup> Vgl. Homepage des NPD-Bundesverbands: Ein neues Programm für den künftigen Volksstaat. 7. Juni 2010.

<sup>1303</sup> Siehe Kapitel 7.8.

<sup>1304</sup> Vgl. Friederichs, Hauke: Singender Neonazi will Bundespräsident werden. In: ZEIT-Online vom 7.6.10. <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2010-06/rennicke-mpd?page=all> (abgerufen am 7.6.10).

ohnehin von nachrangiger Bedeutung, weil man in der 1244-köpfigen Bundesversammlung nur über drei Sitze verfügte, was den Antritt offenkundig zum Selbstzweck machte. Dazu nahm der polarisierende Wahlkampf der etablierten Protagonisten das Medieninteresse nahezu vollständig für sich ein, so dass für die Nationaldemokraten noch nicht einmal Prestigegewinne durch propagandistische Nadelstiche zu erhoffen waren<sup>1305</sup>. Der entscheidende Faktor war jedoch, dass die eingeleiteten Fusionsverhandlungen mit der DVU jetzt selbstverständlich im Fokus standen.

Im Juli starteten die Verantwortlichen darum die schriftlichen Mitgliederbefragungen zu den Verschmelzungsplänen<sup>1306</sup>. Nach Ablauf der dreiwöchigen Antwortfrist am 21. desselben Monats hatten auf Seiten der NPD etwa 2.000 von 6.800 Anhängern an der Aktion mitgewirkt und sich mit eindeutiger Mehrheit<sup>1307</sup> für den – nach Meinung des Vorsitzenden – „historisch einmalige[n] Zusammenschluß“<sup>1308</sup> starkgemacht. Bei der Volksunion fiel die Beteiligungsquote niedriger aus, dennoch fanden sich auch dort fast nur Befürworter<sup>1309</sup>. Nach dem bestandenen Stimmungstest begannen die beauftragten Anwälte umgehend mit der Ausarbeitung der Vertragswerke. Schon am 21./22. August segnete der Vorstand der Nationaldemokraten daraufhin eine erste Skizze ab und stellte eine Abstimmung über die endgültige Version auf einem Sonderparteitag im November in Aussicht<sup>1310</sup>. Die DVU schloss sich dem am 17. September an<sup>1311</sup>.

Rückblickend war diese Reihenfolge schier symptomatisch: Der Akt der Vereinigung stellte sich von Anfang an als ausgesprochen einseitige, von der selbstbewusst auftretenden

---

<sup>1305</sup> Nichtsdestotrotz wollte die NPD die angeblich „ungültige“ Wahl des Bundespräsidenten – wie schon im Vorjahr – vor dem Bundesverfassungsgericht anfechten. Man verwies dabei darauf, dass die Wahlmänner der Bundesversammlung in zehn von 16 Landtagen nicht vorschriftsgemäß mittels des Höchstzahlverfahrens nach d'Hondt, sondern durch Blockwahl zusammengestellt worden waren. Vgl. Homepage des NPD-Bundesverbands: Die Wahl des Bundespräsidenten ist ungültig! 1. Juli 2010.

<sup>1306</sup> Folgende drei Fragen blieben dabei zu beantworten: „1. Halten Sie eine Vereinigung von NPD und DVU für sinnvoll, sofern der NPD daraus keine neuen Schulden entstehen? 2. Soll eine Vereinigung auch mit anderen Parteien und Organisationen angestrebt werden? 3. Halten Sie bei einer Vereinigung einen neuen Parteinamen für sinnvoll?“ Vgl. Dies.: Zusammenschluß von NPD und DVU. 2. Juli 2010.

<sup>1307</sup> Von den 2.000 Mitgliedern, die sich zur Verschmelzung äußerten, sprachen sich 92,47 Prozent dafür und nur 6,62 Prozent dagegen aus. Für die Vereinigung mit weiteren Parteien votierten 65,40 Prozent; 14,74 Prozent wollten das nicht. Dabei machten sich aber nur 26,16 Prozent für einen neuen Namen stark, 61,36 Prozent schätzten das nicht als sinnvoll ein. Vgl. Dies.: Eindeutiges Votum für Zusammenschluß von NPD und DVU. 23. Juli 2010.

<sup>1308</sup> Voigt, Udo: Aufbruch und Einigung. In: DS 7/2010.

<sup>1309</sup> Bei der DVU nahmen 1.100 von 4.500 Mitgliedern an der Befragung teil, wovon 90,95 Prozent für die Verschmelzung der Partei mit der NPD votierten. Vgl. Senatsverwaltung für Inneres und Sport. Abteilung Verfassungsschutz (Hrsg.): Lageanalyse zur geplanten Parteienfusion von NPD und DVU. Berlin, 2010, S. 4.

<sup>1310</sup> Vgl. Homepage des NPD-Bundesverbands: Bericht von der Parteivorstandssitzung der NPD in Berlin. 23. August 2010.

<sup>1311</sup> Vgl. Dies.: Auch der DVU-Bundesvorstand beschließt den Entwurf zum Verschmelzungsvertrag. 19. September 2010.

NPD erkennbar dominierte Angelegenheit dar<sup>1312</sup>. Die Nationaldemokraten verstanden dieses Projekt nicht mehr als Partnerschaft auf Augenhöhe, sondern witterten darin die willkommene Möglichkeit, die am Abgrund stehende „Phantompartei“ schlichtweg zu schlucken. Widerstände und Vorbehalte artikulierten daher allenfalls Vertreter des aktionsorientierten Flügels sowie der „Freien Nationalisten“, die – angesichts der inhaltlichen, strategischen und altersstrukturellen Divergenzen zur Volksunion – den Nutzen des Vorhabens anzweifelten und die sich abzeichnende Verbürgerlichung ablehnten<sup>1313</sup>. In der Summe waren dennoch wenige Störgeräusche zu vernehmen.

Indessen kommentierten manche Wortführer der DVU den drohenden Ausverkauf zugunsten der NPD schon deutlich kritischer, machten sich über dessen Auswirkungen zumindest keinerlei Illusionen. Während sich die Masse der größtenteils passiven Mitglieder anscheinend damit abfand, dass die wirtschaftlich wie personell gleichermaßen angeschlagene Volksunion alleine nicht länger lebens-, geschweige denn politikfähig war, versuchten sich mehrere Landesverbände gegen den sich anbahnenden Machtverlust zu stemmen. Die Flut von Anschuldigungen und Ausschlussverfahren<sup>1314</sup>, in der sich der Vorsitzende Matthias Faust und die Front seiner Widersacher in der Folgezeit verloren, vermochte den Fusionsprozess nichtsdestotrotz nicht mehr zu stoppen – die verworrenen Flügelkämpfe verstärkten vielmehr die Auflösungserscheinungen. Andererseits war dadurch schwerlich vorhersehbar, wie viele der um die 4.500 Anhänger den Anschluss wirklich mitvollziehen und zu den Nationaldemokraten wechseln würden.

Weil die selbst nicht gerade gutsituierte NPD stets darauf gepocht hatte, sich durch die Verschmelzung nicht weiter verschulden zu dürfen, galten die ähnlich desolaten Finanzen der DVU gewissermaßen als letzter und gleichzeitig größter Stolperstein, den deren Gründer und langjähriger Mäzen Gerhard Frey aber schließlich durch seinen Verzicht auf alle Forderungen aus dem Weg schob<sup>1315</sup>. Mit diesem „Durchbruch“<sup>1316</sup> in den

---

<sup>1312</sup> Vgl. Senatsverwaltung für Inneres und Sport (Hrsg.): Lageanalyse zur geplanten Parteienfusion von NPD und DVU, S. 4.

<sup>1313</sup> Vgl. a.a.O., S. 5.

<sup>1314</sup> Bereits am 8. Juni 2010 wurde Faust vom Bundesschiedsgericht der Volksunion wegen parteischädigenden Verhaltens ausgeschlossen, da der Vorsitzende die Fusionsverhandlungen mit der NPD angeblich ohne offizielles Mandat des Vorstands aufgenommen hatte. Der DVU-Chef wusste sich jedoch juristisch dagegen zu wehren. Vgl. a.a.O., S. 5.

<sup>1315</sup> Nach NPD-Angaben verzichtete der ehemalige DVU-Vorsitzende durch einen „Erlaßvertrag“ auf Darlehensrückzahlungen von 991.249,01 Euro. Eine Mitteilung des Bundestagspräsidenten veranschlagte den als Spende an die Volksunion ausgewiesenen Betrag sogar auf 1.030.898,97 Euro. Vgl. Deutscher Bundestag: Unterrichtung durch den Präsidenten des Deutschen Bundestages. Drucksache 17/3602. 2. November 2010. <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/036/1703602.pdf> (abgerufen am 10.11.10); Voigt, Udo: Deutschlands starke Rechte kommt! In: DS 11/2010.

<sup>1316</sup> Voigt: Deutschlands starke Rechte kommt!



Verhandlungen war das Feld für die baldige „Flurbereinigung“<sup>1317</sup> im „nationalen“ Spektrum bestellt: Um möglichst bereits bis zum Jahresende Vollzug melden zu können, bedurften die Verträge freilich der formellen Bestätigung durch die Basis. Die Nationaldemokraten wollten dabei erneut vorlegen, mussten sich die Nutzung der Halle für den eigens einberufenen Sonderparteitag am 6. November 2010 in Hohenmölsen allerdings nicht zum ersten Mal auf verwaltungsgerichtlichem Wege erstreiten<sup>1318</sup>.

Die Versammlung selbst verlief nach dem rechtlichen Vorgeplänkel relativ reibungslos. Getreu dem Veranstaltungsmotto „Gemeinsam stärker“ mühte sich die NPD sichtlich, Geschlossenheit zu demonstrieren. Dazu schienen die Verantwortlichen nun anders als in der Vergangenheit auf maximale Publizität aus und schlossen die Pressevertreter nicht aus. Man versuchte vielmehr, die Massenmedien als Multiplikatoren zu nutzen und die deutliche Akklamation des Vereinigungskontrakts mit 193 von 207 Stimmen nachgerade zum Aufbruchssignal des „Nationalen Widerstands“ zu verklären<sup>1319</sup>. Ungeachtet kleinerer Diskussionen wurde deshalb – nach kurzem Mahnruf des Vorsitzenden, dessen Machtposition sich wieder stabilisierte – auch der neue Namenszusatz „Die Volksunion“ angenommen<sup>1320</sup>. Ferner wählten die Delegierten den DVU-Chef Faust zum dritten stellvertretenden Vorsitzenden der Nationaldemokraten<sup>1321</sup>. Die Planspiele der Parteiführung waren damit ausnahmslos aufgegangen.

Gleichzeitig verschärfen sich auf der Gegenseite allerdings die Grabenkämpfe. Die Rebellen in Reihen der Volksunion formierten sich, verurteilten die „Art und Weise“ der von wenigen Vorstandsvertretern in „feudalistischer Manier“ vereinbarten Auflösung in der NPD und forderten Aufklärung über den Stand der Dinge<sup>1322</sup>. Der DVU-Führung bereitete derweil bereits die Planung des bevorstehenden Sonderparteitags massive Probleme, woraufhin der Showdown – trotz des terminlichen Drucks – verschoben werden

---

<sup>1317</sup> Vergeiner, Anton: Das Signal von Hohenmölsen. In: DS 12/2010.

<sup>1318</sup> Vgl. SPIEGEL-Online: Stadt scheidet mit Widerstand gegen NPD-Parteitag. In: SPIEGEL-Online vom 5.11.10. <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,727528,00.html> (abgerufen am 6.11.10).

<sup>1319</sup> Vgl. Homepage des NPD-Bundesverbands: Parteitag stimmt der Verschmelzung mit der DVU zu! 6. November 2010.

<sup>1320</sup> Vertreter des mecklenburg-vorpommerischen Landesverbands machten sich anfangs für den Verzicht auf den Namenszusatz stark und argumentierten dabei mit dem Kostenaufwand für die Korrektur des Logos auf Werbematerialien sowie dem schlechten Image der Volksunion. Daraufhin stellte der Vorsitzende jedoch klar, dass man in jenem Fall wohl kaum mit dem positiven Votum des DVU-Sonderparteitags zum Fusionsvertrag planen könne. Vgl. Schölermann, Stefan: Ein Volk, eine Partei – drei Namen? In: NPD-Blog vom 7.11.10. <http://npd-blog.info/2010/11/07/ein-volk-eine-partei-drei-namen/> (abgerufen am 7.11.10).

<sup>1321</sup> Darüber hinaus wählten die NPD-Delegierten mit Ingmar Knop und Heiner Höving vertragsgemäß weitere hochrangige DVU-Vertreter in den Vorstand. Homepage des NPD-Bundesverbands: „Gemeinsam stärker“ für Deutschland. 7. November 2010.

<sup>1322</sup> Vgl. Homepage des DVU-Landesverbands Berlin: Arbeitstreffen der Landesvorstände in Berlin. 6. November 2010.

musste<sup>1323</sup>. Schließlich blieb der von Seiten der Verschmelzungsgegner angekündigte Knall am 12. Dezember in Kirchheim aber auch deshalb aus, weil diese den Saal aufgrund mehrerer von der Versammlungsleitung nicht berücksichtigter Anträge und der Anwesenheit mutmaßlich als „Stimmvieh“ bestellter Anhänger der Nationaldemokraten mit Doppelmitgliedschaften beizeiten verließen, woraufhin der Vereinigungsvertrag von 70 der nur 79 verbliebenen Delegierten bestätigt wurde. Beendet war der Streit mit dem Beschluss daher noch nicht, denn zwei Wochen später zogen die Landesvorsitzenden von Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein und Berlin dagegen vor das Landgericht München<sup>1324</sup>.

### 6.3.12. Nach der Verschmelzung: Zwischen Verbürgerlichung und Verbotsgefahr

Nachdem sich die Mehrheit der Mitglieder von NPD und DVU auch im Rahmen der obligatorischen Urabstimmungen für die Fusion ausgesprochen hatte, schickten sich die Vorsitzenden Udo Voigt und Matthias Faust am 29. Dezember 2010 an, den Verschmelzungsprozess – ohne Rücksicht auf das schwebende Verfahren<sup>1325</sup> – durch die offizielle Unterzeichnung der hierzu ausgehandelten Vertragswerke abzuschließen<sup>1326</sup>. Die erwarteten Synergiemomente und „Dominoeffekte“<sup>1327</sup> traten im „Superwahljahr“ 2011 trotzdem noch nicht ein. Hatte die „vereinte Rechte“ das Minimalziel der Parteienfinanzierung in Hamburg am 20. Februar angesichts von 0,9 Prozent der Stimmen knapp verpasst, galt der Fokus danach ganz klar der anstehenden Schwerpunkt- und „Schicksalswahl“ in Sachsen-Anhalt am 20. März, zu der die Strategen alle in der Region verfügbaren Personal- und Finanzressourcen aufboten<sup>1328</sup>. Nebenbei verordneten sich die

---

<sup>1323</sup> Nach Schwierigkeiten mit dem Versand der Einladungsschreiben innerhalb der vorgesehenen Fristen musste die Führungsspitze den Sonderparteitag vom 28. November auf den 12. Dezember 2010 verschieben, um durch derartige Formfehler verursachte Einspruchsmöglichkeiten für die Verschmelzungsgegner auszuschließen. Vgl. Speit, Andreas: „Keinen Anlass für Anfechtung bieten“. In: taz-Online vom 25.11.10. <http://taz.de/1/politik/deutschland/artikel/1/keinen-anlass-fuer-anfechtung-bieten/> (abgerufen am 26.11.10).

<sup>1324</sup> Vgl. Homepage des DVU-Landesverbands Berlin: Die Klage gegen die NPD/DVU-Fusion. 29. Dezember 2010.

<sup>1325</sup> Die Kläger zogen das Veto gegen die Verschmelzung erst am 26. Mai 2012 zurück und erklärten das Kapitel DVU damit auch gerichtlich für endgültig abgeschlossen. Vgl. Homepage des DVU-Landesverbands Niedersachsen: Der letzte Eintrag. 26. Mai 2012.

<sup>1326</sup> Vgl. Homepage des NPD-Bundesverbands: Der Verschmelzungsvertrag. 3. November 2010; Dies.: Urabstimmung: NPD-Mitglieder stimmen für die geeinte Rechte. DVU beschließt die Verschmelzung auf ihrem Bundesparteitag. 12. Dezember 2010; Dies.: Deutschlands starke Rechte ist da! NPD – Die Volkunion: Verschmelzungsvertrag ist unterzeichnet. 30. Dezember 2010.

<sup>1327</sup> Dies.: Deutschlands starke Rechte ist da!

<sup>1328</sup> Vgl. Gathmann, Florian/Popp, Maximilian: NPD in Sachsen-Anhalt: Pleite bei der Schicksalswahl. In: SPIEGEL-Online vom 21.3.11. <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,752131,00.html> (abgerufen am 21.3.11); Leichsenring, Julius: Landtagswahl Sachsen-Anhalt: Die doppelte Zunge der NPD. In: stern-Online vom 17.3.11. <http://www.stern.de/politik/deutschland/landtagswahl-sachsen-anhalt-die-doppelte-zunge-der-npd-1664377.html> (abgerufen am 17.3.11); Kohl, Christiane: NPD in Sachsen-Anhalt: 5000

Nationaldemokraten dort vornehmlich sozialpopulistische Themen und verbürgerlichte Töne<sup>1329</sup>. Ungeachtet nahezu ausnahmslos günstiger Umfragewerte und Prognosen ging der Plan dennoch nicht auf: Letztlich war es wohl eine Mischung verschiedenster Faktoren, darunter die Atomkatastrophe im japanischen Fukushima und der Skandal um den Spitzenkandidaten Matthias Heyder, dessen vermeintliche Hinweise zur Sprengstoffherstellung in einem Szeneforum direkt vor dem Abstimmungstermin enthüllt wurden<sup>1330</sup>, die veranlasste, dass die Partei eben „nur“ ernüchternde 4,6 Prozent erhielt und den einkalkulierten Sprung in einen dritten Landtag jäh verfehlte.

Bescherten die im Nachhinein ebenso schwachen wie eigentlich absehbaren Resultate in Baden-Württemberg (1,0 Prozent) und Rheinland-Pfalz (1,1) der NPD exakt eine Woche später zumindest einige staatliche Mittel aus der Wahlkampfkostenerstattung, sollte diese am 22. Mai in Bremen anstelle der zunächst erhofften Mandate in der Bürgerschaft eine schwere Niederlage erleiden (1,6)<sup>1331</sup>. Nach dem verhängnisvollen Scheitern an der Sperrklausel in Sachsen-Anhalt blieb den Nationaldemokraten damit bereits im zweiten alten Stammland der DVU der Durchbruch versagt, und das am Schluss ziemlich deutlich. Was für den anbrechenden Wahlkampf in Mecklenburg-Vorpommern bedeutete, dass die bekennenden „Systemfeinde“ die verbliebenen Kapazitäten bündelten, die verbündeten Kameradschaften und Skinheadgruppierungen aufriefen, die Mobilisierungsanstrengungen zu verschärfen und die Kampagne für den Wiedereinzug ins Schweriner Schloss am 4. September als absolute Materialschlacht betrieben. Partiiell zahlten sich der ausufernde Propagandaeinsatz sowie die häufig suggerierte Bürgernähe samt zum Großteil – abgesehen von altbewährten Polemiken und Protestslogans wie „Grenzen dicht! Polnische Diebesbanden stoppen!“ und „Den Bonzen auf die Finger hauen“ – zurückhaltender Formulierungen auch zweifellos aus<sup>1332</sup>. Schließlich zog man jetzt zwar wie 2009 in Sachsen erneut ins Parlament ein, erfuhr mit 6,0 Prozent zugleich jedoch einen massiven Stimmenrückgang im Vergleich zur Vorwahl (7,3), der mit dem Verlust eines Sitzes

---

Stimmen fehlen. In: Süddeutsche-Zeitung-Online vom 22.3.11. <http://www.sueddeutsche.de/politik/npd-in-sachsen-anhalt-stimmen-fehlen-1.1075411> (abgerufen am 22.3.11).

<sup>1329</sup> Vgl. Weber, Thomas: Die Fassade ist in sich zusammengebrochen. In: PUBLIKATIVE.org vom 18.3.11. <http://www.publikative.org/2011/03/18/die-fassade-der-npd-ist-in-sich-zusammengebrochen/> (abgerufen am 20.3.11).

<sup>1330</sup> Vgl. Gensing, Patrick: NPD in Sachsen-Anhalt: „Junker Jörg“ gibt Ratschläge zum Bombenbau. In: Tagesschau-Online vom 15.3.11. <http://www.tagesschau.de/inland/npdnazileak100.html> (abgerufen am 17.3.11).

<sup>1331</sup> Vgl. Homepage des NPD-Bundesverbands: Bürgerschaftswahl in Bremen: Enttäuschendes Ergebnis für die Nationaldemokraten. 23. Mai 2011.

<sup>1332</sup> Vgl. Röpke, Andrea: NPD-Wahlkampf: Handschrift des „Führers“ zu erkennen. In: PUBLIKATIVE.org vom 1.9.11. <http://www.publikative.org/2011/09/01/npd-wahlkampf-die-handschrift-des-fuehrers-ist-zu-erkennen/> (abgerufen am 2.9.11).

einherging. Fünf Delegierte waren andererseits weiterhin ausreichend, um den für die Darstellung als Fundamentalopposition wichtigen Fraktionsstatus zu wahren.

Beschwingt durch diese Weichenstellung im Nordosten versuchte die NPD zum Abschluss des enttäuschend verlaufenen Wahlmarathons, erstmals ins Berliner Abgeordnetenhaus einzurücken. Dabei schienen die Rechtsextremisten durch eine Reihe seltsamer Reklameaktionen, vorneweg ein Rätselspiel, das eine „Abkürzung für Nationalsozialismus“ verlangte und in einem Antwortfeld den Namen „Adolf“ ergab, sehenden Auges in ein Desaster zu steuern<sup>1333</sup>. Gleiches galt schlechterdings für die dominante Parole „Gas geben“, die auf Plakaten mit dem Konterfei des Parteichefs auftauchte und mitunter selbst intern Kopfschütteln und Kritik auslöste<sup>1334</sup>. Unter dem Strich musste der auf Platz eins angetretene Voigt nach dem Urnengang am 18. September darum mit 2,1 Prozent, die einer Verminderung um 0,5 Prozent entsprachen, die nächste empfindliche Pleite eingestehen<sup>1335</sup>. Lediglich eine der sieben Landtagswahlen 2011 hatte den Nationaldemokraten demnach eine halbwegs suffiziente Ausbeute eingebracht, was in Anbetracht des hohen Aufwands eindeutig zu wenig war – und sich sogleich in ersten Nebengeräuschen und einer schnell hitziger werdenden Atmosphäre widerspiegelte. An und für sich seit Monaten schwelende Auseinandersetzungen und Machtkämpfe standen vor dem Ausbruch.

Vor allem die einflussreichen Fraktionsvorsitzenden aus dem sächsischen und mecklenburg-vorpommerischen Landtag weigerten sich eingedenk der Palette an Fehlschlägen gegen ein bloßes „weiter so“, sahen den eigenen, angeblich gewinnbringenderen Politikstil mittlerweile elektoral bestätigt und brachten sich gegenüber der eingeschlagenen Linie des bisherigen Präsidiums in Position, meldeten für den bevorstehenden Parteitag anfangs aber beide explizit Führungsansprüche an<sup>1336</sup>. Eine dahingehende Einigung ließ allerdings nicht sonderlich lange auf sich warten<sup>1337</sup>: Während der NPD-Vorstand wie gehabt einige Wochen brauchte, um eine geeignete

---

<sup>1333</sup> Vgl. Homepage des NPD-Bundesverbands: Ein Kreuzworträtsel und ein Lösungswort. Kommentar des NPD-Parteivorsitzenden Udo Voigt. 16. Juni 2011.

<sup>1334</sup> Vgl. Haimerl, Kathrin: NPD bei der Wahl in Mecklenburg-Vorpommern: Warum „Deutschlands starke Rechte“ schwächelt. In: Süddeutsche-Zeitung-Online vom 5.9.11. <http://www.sueddeutsche.de/politik/npd-bei-der-wahl-in-mecklenburg-vorpommern-warum-deutschlands-starke-rechte-schwaechelt-1.1139178> (abgerufen am 5.9.11).

<sup>1335</sup> Vgl. Homepage des NPD-Bundesverbands: Erklärung zu den Berliner Wahlen 2011. 19. September 2011.

<sup>1336</sup> Vgl. Hacker, Alexander: Folgt auf den Wahlsieg der Machtkampf? In: NPD-Blog vom 7.9.11. <http://npd-blog.info/2011/09/07/folgt-auf-den-wahlsieg-der-machtkampf/> (abgerufen am 8.9.11); Schölermann, Stefan: Machtkampf in der NPD: Apfel startet offenbar durch. In: PUBLIKATIVE.org vom 9.9.11. <http://www.publikative.org/2011/09/09/machtkampf-mpd-afel-300/> (abgerufen am 10.9.11).

<sup>1337</sup> Vgl. Speit, Andreas: Machtkampf in der NPD: Apfel will ganz nach oben. In: taz-Online vom 20.9.11. <http://www.taz.de/!78474/> (abgerufen am 20.9.11).

Versammlungshalle anzumieten bzw. gerichtlich zu erstreiten und der Wahlkonvent somit erst am 12./13. November in Neuruppin stattfinden konnte<sup>1338</sup>, hatten die Widersacher des die Nationaldemokraten seit 15 Jahren anführenden Voigt schon ein konzertiertes Vorgehen beschlossen, so dass statt eines kontraproduktiven und eventuell aussichtslosen Dreikampfs alles auf ein spannendes Duell hinauslief. Um die vordergründig gemäßigte, „gegenwartsbezogene und volksnahe“ Ausrichtung voranzutreiben, griffen die Protagonisten der „Achse Dresden-Schwerin“ nun gemeinsam nach der Parteispitze, gab Holger Apfel den Herausforderer des Amtsinhabers, Udo Pastörs den designierten Adjutanten.

Wobei beide Kandidaten für den Posten des Vorsitzenden bei einer Pressekonferenz im Vorfeld betonten, dass es bei dieser Kampfabstimmung sowieso nicht um grundsätzliche Differenzen in Weltanschauungsfragen, sondern nur um eine notwendige Debatte bezüglich des strategischen Kurses gehe<sup>1339</sup>. Nach außen setzte die NPD deshalb auf größtmögliche Disziplin, appellierten die Verantwortlichen an die Delegierten, geschlossen aufzutreten und sämtliche Mehrheitsentscheidungen gelassen zu akzeptieren, woraufhin die Veranstaltung weitaus geordneter ablief als in der Vergangenheit, gleichwohl die angereisten Medienvertreter dieses Mal wieder ausgesperrt wurden<sup>1340</sup>. Am Ende waren die 126 Stimmen für Apfel und 85 für Voigt – dazu kamen drei ungültige Stimmen – unmissverständlich<sup>1341</sup>, wenngleich in der Summe kein wirklicher Erdrutschsieg. Zumal nicht alle Personalwünsche des neuen Parteioberhauptes den erforderlichen Zuschlag erhielten: Statt des nachdrücklich als einen der drei Stellvertreter empfohlenen Frank Franz, der als Verbandschef im Saarland bekanntermaßen für moderatere Standpunkte eintrat, bestätigten die Stimmberechtigten in Frank Schwerdt beispielsweise einen ausgewiesenen Fürsprecher der neonationalsozialistischen Strömung und engen Vertrauten des abgelösten Voigt in dieser bedeutenden Funktion<sup>1342</sup>. Von daher schließt die im

---

<sup>1338</sup> Der Vorsitzende schrieb deshalb sogar einen Brief an den Bundestagspräsidenten Norbert Lammert und verwies darin auf das – verfassungsrechtlich durchaus problematische – Dilemma, dass der NPD per Gesetz innerparteiliche Demokratie und damit eigentlich auch die Durchführung periodischer Versammlungen vorgeschrieben seien, man sich dazu aber aufgrund der verbreiteten Benachteiligungspraxis seitens der Gemeindeverwaltungen als Vermieter städtischer Veranstaltungshallen sowie der angerufenen Gerichte angeblich immer seltener in der Lage sehe. Vgl. Homepage des NPD-Bundesverbands: NPD-Bundesparteitag 2011: Udo Voigt wendet sich mit Schreiben an den Bundestagspräsidenten Norbert Lammert. 27. Oktober 2011; Dies.: Info zum Bundesparteitag: Die Antwort des Bundestagspräsidenten. 7. November 2011.

<sup>1339</sup> Vgl. Dies.: Neues zum NPD-Bundesparteitag.

<sup>1340</sup> Vgl. ebd.

<sup>1341</sup> Vgl. ebd.

<sup>1342</sup> Zu den beiden weiteren stellvertretenden Parteichefs wurden Karl Richter und Udo Pastörs bestellt. Als Beisitzer wählten die Delegierten Jens Pühse, Andreas Storr, Patrick Wieschke, Jörg Hähnel, Frank Franz, Arne Schimmer, Eckart Bräuniger, Ricarda Riefling, Birgit Fechner, Matthias Faust, Klaus Beier, Andy Knape, Wolf Lehner, Wolfgang Schimmel und Ronny Zasowk. Ergänzt wurde die Vorstandsriege außerdem

Nachhinein euphemistisch als „integrativ“ und „dynamisch“ angepriesene Vorstandsmannschaft der Nationaldemokraten aktuell sowohl aufstrebende Nachwuchskader als auch einige alteingesessene Vertreter ein<sup>1343</sup> – insgesamt sieht ein echter Neuanfang sicherlich anders aus.

Nichtsdestotrotz will Apfel speziell die Außendarstellung weiterentwickeln, soll sein Anspruch „seriöser Radikalität“ der NPD steigende Reichweite und Akzeptanz in der „Normalbevölkerung“ sichern. Womit sich der oberflächlich modernere, hauptsächlich sozialpopulistisch orientierte „sächsische Weg“<sup>1344</sup> durchgesetzt hat, ohne den „systemfeindlichen“ Wesenskern dahinter zu opfern:

„Allen Kameraden dürfte spätestens zum Parteitag bewußt geworden sein, daß es mir nicht um eine Aufweichung unserer politischen Inhalte geht, die in unserem zukunftsweisenden Programm erst 2010 in Bamberg mit überwältigender Mehrheit festgeschrieben wurden. Wichtig ist vor allem die Außendarstellung, die Verbesserung unseres Erscheinungsbildes, mit dem Ziel, breitere Wählerschichten zu erreichen. Wir wollen in Zukunft spürbar den Medienklischees entgegenwirken und uns noch stärker als Kümmererpartei profilieren. Das gelingt uns nur, wenn wir Vertrauen schaffen, wenn wir nicht als Sektierer oder Bürgerschreck auftreten. Wir wollen interessant und unkonventionell sein. Wir wollen anecken, provozieren und herausfordern. Wir wollen aber keine Schlachten der Vergangenheit schlagen oder ständig mit Assoziationen zu vorgestern aufmerksam machen, sondern eine von frischem Wind getragene nationalistische Anti-Globalisierungspartei sein. In einer Phase des politischen Umbruchs mit einem marodierendem Bankensystem, der Euro-Krise und der systematischen Überfremdung unseres zunehmend von einer kosmopolitischen Finanzoligarchie beherrschten Volkes liegen die Themen förmlich auf der Straße, um Klartext zu reden und fundamental-oppositionelle Lösungen zur liberalkapitalistischen Krise zu unterbreiten. Seien Sie gewiß: Wir werden weiterhin klaren Kurs halten!“<sup>1345</sup>

Freilich, schränkte der Vorsitzende ein, erfordere der mutmaßlich massenkompatiblere „Kümmerergestus“ auch ein modifiziertes und mitunter stärker differenzierendes Verhältnis zu den „Freien Kräften“ und subkulturellen Vorfeldorganisationen, mit denen selbstverständlich nach wie vor Kooperationen anzustreben seien, denen man sich durch notgedrungen einzugehende Kompromisse aber nicht zu sehr ausliefern dürfe:

„Wer mich kennt, weiß, daß ich immer ein Verfechter einer Zusammenarbeit war und ein wirklich partnerschaftliches Verhältnis auf Augenhöhe anstrebe. Klar ist aber auch, daß sich die NPD nicht auf der Nase herumtanzen lassen darf, und notfalls muß man sich auch mal von Leuten trennen, die die NPD nur instrumentalisieren oder Politik mit einem Abenteuerspielplatz verwechseln. Wer Demos mit einem ‚Event‘ verwechselt, bei denen es nicht um die Vermittlung politischer Botschaften geht, sondern um pubertäre Bambule mit der Antifa oder der Polizei, ist bei uns falsch. Das Problem ist, daß einige wenige einen fatalen Gesamteindruck hinterlassen. Deshalb noch mal ganz klar, um keinen falschen Eindruck zu erwecken: Mit vielen ‚Freien‘ gibt es große Schnittmengen, die ich fördern, ja ausbauen möchte. Dazu gehört z.B. eine vernünftige Terminkoordination, damit es nicht mehr zur Häufung von Terminüberschneidungen von Parteiveranstaltungen mit zentralen Ereignissen freier Kräfte gibt. Ein zu laxer Umgang mit feindlich gesonnenen Kräften ist aber weder für die NPD noch für alle konstruktiv ausgerichteten freien Kameraden förderlich.“<sup>1346</sup>

---

durch die Vorsitzenden der drei Suborganisationen Michael Schäfer (JN), Hartmut Krien (KPV) und Edda Schmidt (RNF), die ab Mai 2012 für Siegrid Schüßler weichen musste.

<sup>1343</sup> Vgl. Homepage des NPD-Bundesverbands: Volkstnah und zukunftsorientiert. Die NPD-Parteizeitung „Deutsche Stimme“ sprach mit dem neuen NPD-Parteivorsitzenden Holger Apfel, MdL, über Pläne, Ziele und ein mögliches Parteiverbot. 19. Dezember 2011.

<sup>1344</sup> Siehe Kapitel 6.3.9.

<sup>1345</sup> Homepage des NPD-Bundesverbands: Der Aufbruch in die Zukunft hat begonnen. 18. November 2011.

<sup>1346</sup> Dies.: Volkstnah und zukunftsorientiert.

Primär gilt die Konzentration seitdem wie bisher dem „Kampf um die Parlamente“ bzw. momentan besonders dem Kampf um das Europäische Parlament, bei dem sich die Vordenker der Partei vor dem Hintergrund der von den Karlsruher Verfassungsrichtern gekippten Fünfprozenthürde sowie der gegenwärtigen Krise des Euro gewisse Hoffnungen machen, 2014 den Einzug zu schaffen und für bundesweite Furore zu sorgen<sup>1347</sup>. Nicht zuletzt deshalb hat der Vorstand zwischenzeitlich einen dauerhaften zentralen Wahlkampfstab aus erfahrenen Leuten eingerichtet, um die allgemeine Koordination der Wahlkampfaktivitäten zu erleichtern und zukünftig allen Verbänden ab der Landesebene in der Vor- und Nachbereitung der Kampagnen zu helfen<sup>1348</sup>. Inwieweit sich die darüber eingeleiteten Professionalisierungs- und Verbürgerlichungstendenzen auszahlen, bleibt derweil abzuwarten, denn daneben muss man sich spätestens seit den schlagzeilenträchtigen Verdachtsmomenten über eine mutmaßliche Unterstützung der Terrorzelle „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU), die von Thüringen aus deutschlandweit mordete, durch Teile des eigenen Umfelds ernsthaft mit der Perspektive eines erneuten Verbotsverfahrens beschäftigen<sup>1349</sup>, das die angepeilte Imagekorrektur erst einmal zu durchkreuzen droht. So verwundert es auch keineswegs, dass die Leistungsbilanz der Nationaldemokraten bei den drei vorgezogenen Landtagswahlen bis Mitte 2012 eher bescheiden anmutete und deren Stimmenanteile im Saarland am 25. März (von 1,5 auf 1,2 Prozent) und am 6. bzw. 13. Mai in Schleswig-Holstein (von 0,9 auf 0,7) und Nordrhein-Westfalen (von 0,7 auf 0,5) durchweg rückläufig ausfielen – denn über Nacht ist ein derart ramponierter Name erfahrungsgemäß kaum zu reparieren.

---

<sup>1347</sup> Vgl. Homepage des NPD-Bundesverbands: Der Aufbruch in die Zukunft hat begonnen; SPIEGEL-Online: Wahlrecht: Fünfprozentklausel bei Europawahl ist verfassungswidrig. In: SPIEGEL-Online vom 9.11.11. <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,796718,00.html> (abgerufen am 9.11.11).

<sup>1348</sup> Vgl. Homepage des NPD-Bundesverbands: Volkstreu und zukunftsorientiert.

<sup>1349</sup> Vgl. SPIEGEL-Online: Verbindung zu Terrorzelle: Politiker fordern neuen Anlauf für NPD-Verbot. In: SPIEGEL-Online vom 3.2.12. <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,813102,00.html> (abgerufen am 3.2.12).

## 7. Ideologische Radikalisierung

Die „neue“ NPD hebt sich von der „alten“ nicht allein durch den Schwenk zur aktionsorientierten Strategie und das immanente Selbstverständnis als Speerspitze des „Nationalen Widerstands“ ab, auch das inhaltliche Profil und das vorausgeschickte Weltbild haben sich seit der Parteigründung im November 1964 in vielen Punkten verändert. Der Schlüssel dazu liegt in den diversen Programmen und Standortbestimmungen, die den Minimalkonsens der verschiedenen Strömungen widerspiegeln und der Mitgliederbasis wie dem Propagandaapparat damit letztlich den verbindlichen Maßstab vorgeben<sup>1350</sup>. Wenngleich solche Konzeptionsschriften nach außen meist der Werbung dienen und die Wortwahl dementsprechend moderat ausfällt, ist der nach innen adressierte, sich integrierend und motivierend ausnehmende ideologische Kerngehalt andererseits nicht auszublenden. Nachstehend werden daher die acht Manuskripte, die für die Metamorphose der Nationaldemokraten ausschlaggebend waren, dahingehend analysiert.

### 7.1. „Manifest der NPD“

Nachdem die Nationaldemokraten anfangs wenig mehr als das Fusionsprodukt diverser abgehalfterter Kleinstgruppierungen waren<sup>1351</sup>, schrieben sich deren Köpfe in der Frühphase vor allem maximale Integrationsfähigkeit auf die Fahnen und setzten insofern auf intendierte Diffusität mittels der Kombination verschiedenster Ideologiefragmente. Die Partei gab sich vorerst gezielt vage, wählte für gewöhnlich den kleinsten gemeinsamen Nenner und vermied somit die konkrete Profilierung. In der Konsequenz stellte das im Mai 1965, sechs Monate nach der eigentlichen Konstituierung, verabschiedete „Manifest der NPD“<sup>1352</sup> daher praktisch die erste ernstzunehmende politische Standortbestimmung der neuen Sammlungsbewegung dar. Gleichwohl dieses relativ kurze Positionspapier, das neben einer etwa einseitigen Schilderung der aktuellen weltpolitischen Situation nur zwölf ergänzende Grundsätze enthielt<sup>1353</sup>, zweifellos noch nicht als komplettes, in sich geschlossenes Programm gelten konnte, zeichneten sich einige Pfeiler der darin eingebetteten rechtsextremistischen Geisteshaltung schon sehr deutlich ab.

---

<sup>1350</sup> Vgl. Kailitz: Nationalsozialistische Ideologie der NPD, S. 338.

<sup>1351</sup> Siehe Kapitel 6.1.1.

<sup>1352</sup> Vgl. NPD: Manifest der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands. In: Richards, Fred H.: Die NPD. Alternative oder Wiederkehr? München, 1967, S. 101-106.

<sup>1353</sup> Allerdings wurden die Grundsätze wenig später um einige Anmerkungen erweitert. Vgl. NPD: Anmerkungen zum Manifest und den Grundsätzen der NPD. In: Richards, Fred H.: Die NPD. Alternative oder Wiederkehr? München, 1967, S. 107-112.



Naturgemäß am weitesten ausgeprägt war der Nationalismus. So mündete der einleitende Abschnitt zum Thema deutsche Teilung in einen nachdrücklichen Appell zur Abkehr von der vermeintlichen nationalen Selbstvergessenheit<sup>1354</sup>. In dem emotionalisierenden Plädoyer ereiferte man sich außerdem zu scharfer Kritik an der Politik der etablierten Kräfte. Da sich selbige zur Überwindung der von den alliierten Siegermächten herbeigeführten Spaltung, die nach nationaldemokratischer Einschätzung ein ebenso eigenständiges wie wehrhaftes Europa notwendig machte, hinlänglich als „unbrauchbar“<sup>1355</sup> erwiesen habe, müsse sich der erforderliche Sinneswandel nun von unten, sprich aus dem Volk heraus, entfalten:

„Wir wenden uns an alle Deutschen, die entschlossen sind, mit uns diesem Ziel zu dienen. Wir rufen insbesondere die deutsche Jugend und jene Millionen enttäuschter Wähler, die nicht mehr bereit sind, sich dem Monopolanspruch der Bonner Parteien auf alleinige Macht und Finanzierung aus Steuermitteln zu unterwerfen. Unser Volk hat diese Führung nicht verdient! Wir wollen sie nicht mehr!“<sup>1356</sup>

Durch die Präsentation von Sündenböcken und Patentlösungen und den über weite Strecken drastischen Duktus warb die NPD demnach vorwiegend um Protestwähler.

Den allgemeinen Zeitgeist Mitte der 60er Jahre aufgreifend, schienen die meisten Standpunkte sowohl an den verdrossenen „Mann auf der Straße“ als auch ausdrücklich an verunsicherte Zielgruppen adressiert zu sein. In Anbetracht der nach eineinhalb Dekaden des Aufschwungs einsetzenden Rezession, des machtpolitischen Vakuums nach der Adenauer-Ära und des erkennbaren Wertewandels versuchten die Nationaldemokraten, den verbreiteten Wunsch nach einfachen Antworten mit expliziten „Reflexen auf die Ressentiments“<sup>1357</sup> der Menschen einzufangen<sup>1358</sup>. Als geeignetes Medium dafür galt das Motiv des starken Staats, wobei man sich die Ausführungen zu dessen näherer Ausgestaltung wohl mit Absicht sparte. Zwischen den Zeilen schimmerte dennoch durch, dass die gegebenen Verhältnisse den eigenen Vorstellungen so gar nicht entsprachen. Zum Beispiel schwadronierte die Partei im gesamten Manuskript lediglich ein einziges Mal von „echter Demokratie“<sup>1359</sup>; der Begriff „Parlament“ ließ sich derweil genauso wenig darin auffinden wie Bezugnahmen auf die Bundesrepublik und das Grundgesetz.

Nach Meinung der NPD sollte die Obrigkeit nicht nur Recht und Ordnung garantieren, sondern die Gesellschaft in der Regel dominieren, um nicht zu sagen darüber stehen und getreu der Maxime „Jedem das Seine“ für soziale Gerechtigkeit sorgen<sup>1360</sup>. Die

---

<sup>1354</sup> Vgl. NPD: Manifest, S. 101.

<sup>1355</sup> Ebd.

<sup>1356</sup> A.a.O., S. 101/102.

<sup>1357</sup> Niethammer: Angepaßter Faschismus, S. 262.

<sup>1358</sup> Vgl. Gnad: NPD, S. 615.

<sup>1359</sup> NPD: Manifest, S. 102.

<sup>1360</sup> Vgl. ebd.

antipluralistische Stoßrichtung des derart über Gebühr akzentuierten „Gemeinsinns“<sup>1361</sup> spiegelte sich gerade in den gewerkschaftsfeindlichen Spitzen wider. Indirekt wurden die Verbände nämlich als dem Interessenausgleich nachgerade abträglich dargestellt<sup>1362</sup>. Unter wirtschaftspolitischen Gesichtspunkten lag die Betonung ansonsten auf dem vordringlichen Streben nach nationaler Unabhängigkeit durch die Förderung der volkswirtschaftlichen Säulen „Bauerntum, Mittelstand, Facharbeiterschaft“ und selbständiges Unternehmertum sowie deren Schutz vor den „ungerechtfertigte[n] Machtansprüche[n] der Großgeschäftswelt“<sup>1363</sup>.

Abgesehen davon zeigten sich die Nationaldemokraten strikt antikommunistisch und zuweilen ausländerfeindlich – zumindest in Ansätzen<sup>1364</sup>. Mithin forderten diese die Einstellung der Entwicklungshilfezahlungen, um dadurch Mittel für Investitionen im Inland freizumachen. Gleichzeitig wollte die Sammlungsbewegung dem deutschen Arbeiter „einen vorrangigen Anspruch auf Sicherung seines Arbeitsplatzes“<sup>1365</sup> vor der Gastarbeiterschaft einräumen. Generell verloren sich deren Argumentationen immer wieder in solch schlichten Gegensatzpaaren, was sich insbesondere in der fast schon inflationären Verwendung des Attributs „fremd“ manifestierte<sup>1366</sup>. Demzufolge ging es offenkundig selbst in komplizierteren Fragen vorrangig um eine kategorische Differenzierung nach gut oder schlecht, Freund oder Feind. Man stand der Dynamik der schier allgegenwärtigen Modernisierung in ausgemachter Ratlosigkeit gegenüber und strengte sich deshalb gleichsam an, die schwierigen Rahmenbedingungen durch die Reduzierung der Variablen greifbarer zu gestalten. Symptomatisch für diesen Komplex der Simplifizierung war der vehemente Kulturpessimismus. Die NPD zog gegen die „zersetzenden Meinungsmonopole in Fernsehen, Funk und Film“<sup>1367</sup> zu Felde, geißelte die „Unmoral“, die von der derart „verderbten Umwelt“ angeblich ausgehe, und verlangte demgegenüber „anständige und saubere Vorbilder“<sup>1368</sup>.

Zu den Grundvoraussetzungen einer zwingenden Wiederbelebung der „nationalen, moralischen und sittlichen Werte“ zählte die Partei eine Lossagung von der „Lüge der deutschen Alleinschuld“ und der „Verherrlichung des Landesverrats“ durch ein „wahres Geschichtsbild“, den Abbruch von „einseitigen Prozessen zur Vergangenheitsbewältigung“

---

<sup>1361</sup> NPD: Manifest, S. 102.

<sup>1362</sup> Vgl. a.a.O., S. 103.

<sup>1363</sup> A.a.O., S. 102.

<sup>1364</sup> Vgl. a.a.O., S. 103/104.

<sup>1365</sup> A.a.O., S. 103.

<sup>1366</sup> Vgl. Schmidt, Giselher: Ideologie und Propaganda der NPD. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 7/1968, S. 3-22, S. 4.

<sup>1367</sup> NPD: Manifest, S. 105.

<sup>1368</sup> A.a.O., S. 104.

sowie nicht zuletzt einen endgültigen „Schlußstrich durch Generalamnestie“<sup>1369</sup>. Nichtsdestotrotz scheuten sich die Nationaldemokraten im Gegenzug keineswegs davor, klare Gebietsansprüche zu stellen:

„Wir machen keinem Volk seinen heimatlichen Siedlungsraum streitig, aber wir bestehen mit gleicher Entschiedenheit auf dem Recht auf unser Land. Verzichtbereitschaft zerstört unsere völkerrechtliche Position bei der Vertretung der Lebensrechte des deutschen Volkes.“<sup>1370</sup>

Neben dem apodiktischen Nationalismus und den autoritären Staatsvorstellungen mitsamt antipluralistischen und ausländerfeindlichen Denkweisen schlangen die rechtsextremistischen Wurzeln der NPD also auch in Spuren von NS-Verharmlosung und resolut revisionistischen Sichtweisen mit, wiewohl diese Wesenszüge damals an und für sich noch nicht systematisch miteinander verknüpft waren.

## **7.2. „Grundlagen nationaldemokratischer Politik“**

Nachdem die NPD anfangs – vor allem zur Stärkung des Sammlungsanspruchs, aber auch aufgrund der Verbotsgefahr – auf ein echtes Programm verzichtet hatte und entgegen der eigentümlichen ideologischen Verschwommenheit immerhin in die ersten Parlamente eingezogen war<sup>1371</sup>, verabschiedete diese im November 1967 endlich eine halbwegs ausführliche Standortbestimmung. Im Großen und Ganzen baute man mit den „Grundlagen nationaldemokratischer Politik“<sup>1372</sup> allerdings bloß das vorherige „Manifest“ aus, behielt sogar dessen Gliederung in die weltpolitische Präambel sowie das daran anschließende Thesenkonglomerat zu verschiedensten Themenfeldern bei. Dafür bemühte sich die Partei augenscheinlich, die bisweilen ausgesprochen bissige Wortwahl abzumildern und die Gedankengänge besser auszukleiden, wodurch das Profil weiter in sich verfloss, wengleich die Gesinnung dahinter im Prinzip die selbe blieb.

Die Vorspiegelung relativer Seriosität und Salonfähigkeit durch „demokratische Mimikry“<sup>1373</sup> rückte demnach in den Mittelpunkt. Trotzdem änderte sich am nationalistischen Tenor des einleitenden Teils nicht allzu viel, am auffälligsten waren eigentlich die auf einmal ausgeblendeten Verbalattacken: Ungeachtet des wiederholten Aufrufs zum „Widerstand gegen den Ungeist der Anpassung, des Verzichts und der Unterwerfung“<sup>1374</sup>, der Ablehnung der vermeintlich von den Siegermächten verursachten Spaltung und damit verbundenen Überfremdung verzichtete die NPD gänzlich auf die

---

<sup>1369</sup> NPD: Manifest, S. 105.

<sup>1370</sup> A.a.O., S. 105/106.

<sup>1371</sup> Siehe Kapitel 6.1.2.

<sup>1372</sup> Vgl. NPD: Grundlagen nationaldemokratischer Politik. In: Maier, Hans/Bott, Hermann: Die NPD – Struktur und Ideologie einer „nationalen Rechtspartei“. München, 1968, S. 65-87.

<sup>1373</sup> Gnad: NPD, S. 614/615.

<sup>1374</sup> NPD: Grundlagen, S. 65.

gewohnten Protestparolen und Polemiken gegen die „Altparteien“, gab demgegenüber größtenteils wenig verfängliche Allgemeinplätze von sich. Man bekundete beispielsweise, „Massenmord und Kriegsverbrechen aller Zeiten und aller Völker“<sup>1375</sup> zu missbilligen und beschrieb die Deutschen im Zuge dessen als „belehrtes Volk“<sup>1376</sup>, was moderat wirkte – und abfällige Kritik an der amtlichen Vergangenheitsbewältigung dennoch nicht ausschloss.

Jedenfalls avancierte die regelrechte Janusköpfigkeit auch im anhängigen Forderungskatalog zum roten Faden. Bereits an dessen Beginn fand sich das fadenscheinige Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung<sup>1377</sup>, das an früherer Stelle gleichwohl schon ad absurdum geführt worden war. Schließlich sollte der Staat von nationaldemokratischer Warte aus der alleinige „Wahrer des Ganzen“<sup>1378</sup> sein, Geborgenheit schaffen und die Gesellschaft somit zur Gemeinschaft verdichten. Folglich durfte die Obrigkeit nicht erst dann eingreifen, wenn „die Freiheit zur Ordnungslosigkeit entartet“<sup>1379</sup>, musste die Lebensbedingungen vielmehr von vornherein vereinheitlichen und die Leute dauerhaft einnorden. Andernfalls drohte dem Vernehmen nach die „Auflösung des Volkes“<sup>1380</sup>. Insofern waren Individualismus und widerstreitende Interessen gewiss nicht gefragt, was insbesondere die gleichbleibend gewerkschaftsfeindliche Mentalität indizierte<sup>1381</sup>. Außerdem störte sich die Partei am Status der Massenmedien als Meinungsmacher, schlug vor, diese stärker zu gängeln und die Pressefreiheit stellenweise zu verkürzen – angeblich, um dem „Ansehen der Staatsbürger ausreichenden Schutz zu gewähren“<sup>1382</sup>.

In der Gesamtschau mutete die Realisierung dieses autoritären, antipluralistischen und antiliberalen, trotzdem noch nicht automatisch totalitären Gedankengebäudes im Rahmen des Grundgesetzes schwer vorstellbar an<sup>1383</sup>. Was die NPD selbst anscheinend ähnlich sah, aber verklausulierter ausdrückte: So plädierte man dafür, das parlamentarische zu einem eher präsidentialen System mit deutlich einflussreicherem Staatsoberhaupt und direktdemokratischen Mechanismen zu entwickeln<sup>1384</sup>, was definitiv mit einschneidenden Veränderungen der existierenden Verfassungsordnung einhergegangen wäre. Zudem

---

<sup>1375</sup> NPD: Grundlagen, S. 67.

<sup>1376</sup> A.a.O., S. 65.

<sup>1377</sup> A.a.O., S. 68.

<sup>1378</sup> A.a.O., S. 66.

<sup>1379</sup> Ebd.

<sup>1380</sup> Ebd..

<sup>1381</sup> Vgl. a.a.O., S. 79/80.

<sup>1382</sup> A.a.O., S. 70.

<sup>1383</sup> Vgl. Hoffmann: NPD, S. 292.

<sup>1384</sup> Vgl. NPD: Grundlagen, S. 68/69.

sprachen sich die Nationaldemokraten – unter dem Vorwand, Verwaltungskosten abbauen zu wollen – für die Neugliederung der Bundesländer und die Zentralisierung der Bundesrepublik aus<sup>1385</sup>, was wiederum unweigerlich die Bündelung von Macht und Befugnissen in sich schloss.

Nach dem Verständnis der NPD zeichnete der dermaßen vorherrschende und nachgerade metaphysisch verklärte Staat nicht zuletzt für die Steuerung der zuvörderst dem Volke dienenden Wirtschaft verantwortlich<sup>1386</sup>. Außer den bereits bekannten Autarkieplänen und der beharrlich betonten Mittelstandsfreundlichkeit wusste die Sammlungsbewegung bezüglich deren detaillierter Ausformung dagegen weiterhin wenig Stichhaltiges vorzubringen<sup>1387</sup>. Konkret war man einerseits für die Internationalisierung durch eine weltmarktorientierte und exportlastige Industrie, um ausländische Kapitalbeteiligungen an einheimischen Konzernen andererseits ebenso abzulehnen wie ausufernde Importe nach Deutschland<sup>1388</sup>. Was auf dem Papier über weite Strecken absolut widersprüchlich daherkam, machte in der Praxis allerdings durchaus Sinn. Bei näherem Hinsehen schien eben jener eklatante Mangel an inhaltlicher Präzision und Homogenität nämlich dafür zu sorgen, dass die nationaldemokratischen Motivschablonen unerschwerlich an die Bedürfnisse und Prioritäten unterschiedlichster Bevölkerungsgruppen appellierten<sup>1389</sup> – es war sozusagen für jeden etwas dabei.

Ähnliches galt für den Sektor der Sozialpolitik, auf dem die Partei gegen die Ausbeutung des Menschen als „Produktionsfaktor“ wetterte und den schon im „Manifest“ geäußerten Anspruch deutscher Arbeiter auf vorrangige Arbeitsplatzsicherung gegenüber Ausländern jetzt in das grundsätzliche Anrecht jedes Staatsbürgers auf Arbeit verlängerte, um gleichzeitig darauf zu drängen, den Apparat des Wohlfahrtsstaats auf das Minimum zu drosseln<sup>1390</sup>. Finanzielle Leistungen und sonstige Fördermaßnahmen lobte die NPD

---

<sup>1385</sup> Vgl. NPD: Grundlagen, S. 69.

<sup>1386</sup> Vgl. a.a.O., S. 73.

<sup>1387</sup> Die in der Literatur im Vergleich zum „Manifest“ stellenweise diagnostizierte Verschiebung der wirtschaftspolitischen Prioritäten der Partei von Landwirtschaft und Mittelstand zur Industrie scheint nicht schlüssig: Wenngleich in der Forschung zu Recht darauf hingewiesen wird, dass die NPD 1965 von „Bauern – Mittelstand – Facharbeiter – Unternehmer“ gesprochen, die Reihenfolge in den „Grundlagen“ von 1967 hingegen schon „kapitalstarke Großindustrie“, „selbständiger Mittelstand“, „Bauern und Landwirte“ sowie „deutscher Arbeiter“ gelautet habe, entsprach diese Aufzählung keineswegs einer eindeutigen Rangordnung. Schließlich wurde der Mittelstand auch weiterhin explizit als „lebenswichtiger Bestandteil unserer Volkswirtschaft“, als Kraftquelle und Stabilitätsgarant gewürdigt, während man der „mit keinem anderen Teil der Volkswirtschaft vergleichbar[en]“ Bedeutung des Bauerntums gar ein gesondertes Kapitel widmete. Vgl. Kühnl/Rilling/Sager: NPD, S. 107/108; NPD: Grundlagen, S. 73-77.

<sup>1388</sup> Vgl. NPD: Grundlagen, S. 73/74.

<sup>1389</sup> Vgl. Hoffmann: NPD, S. 303.

<sup>1390</sup> Vgl. NPD: Grundlagen, S. 79/80.

speziell für die Familie als „Lebenszelle von Volk und Staat“<sup>1391</sup> aus, dazu lag deren Fokus vor allem auf der Sicherung der „Volksgesundheit“<sup>1392</sup>. Hingegen behandelte man die seinerzeit aufflammenden Fragen der Emanzipation mit wesentlich verhaltenerem Elan, beschränkte sich auf die Forderung nach Einführung des Pflichtjahrs für Mädchen als Ersatz für den Wehrdienst und vertrat ansonsten Haltungen, die allenfalls darauf abhoben, Hausfrauen nicht zu sehr zu benachteiligen<sup>1393</sup> – wohlgernekt verglichen mit berufstätigen Frauen, nicht mit Männern, was belegte, dass das Patriarchat weiterhin die bestimmende Doktrin blieb.

Neben diesen antimodernistischen Schwachstellen fehlten dem Programm de facto auch selbständige außenpolitische Positionen; dahingehende Stellungnahmen der Nationaldemokraten fanden sich nur verstreut über die Einleitung sowie die Passagen zur Verteidigungspolitik und Deutschen Einheit. Im Endeffekt gaben selbige sich dabei als Anhänger des gaullistischen Ansatzes eines „Europas der Vaterländer“ zu erkennen<sup>1394</sup>:

„Die Völker Europas sind stark genug, sich selbst zu behaupten und jene Verteidigungskraft zu entwickeln, die den Frieden bewahren kann. Darum fordern wir ein Bündnis freier und gleichberechtigter Partner in einem europäischen Sicherheitssystem.“<sup>1395</sup>

Notwendige Voraussetzung dafür sollte die genauso schlagkräftige wie straff geführte Streitmacht des souveränen und selbstbewussten Nationalstaats sein. Bezeichnenderweise erklärte man mit Blick auf die Organisation der Bundeswehr sämtliche Maßnahmen für „ungeeignet“, die „scheinbar dem Wesen der Demokratie entsprechen, auf den militärischen Bereich übertragen aber zur Störung von Ordnung und Disziplin führen müssen“<sup>1396</sup> und verlangte ferner die Wiedereinführung der Militärgerichtsbarkeit. Vermutlich boten die Reichswehr der Weimarer Republik und deren ambivalente Stellung als „Staat im Staate“ die Vorlage zu dieser bedenklichen autoritär-antidemokratischen Reservemacht.

Am signifikantesten gegenüber dem verhältnismäßig vorsichtig gehaltenen Rest der Ausführungen dokumentierte sich die genuine Rückwärtsgewandtheit der NPD in deren dezidierten Auffassungen zur Wiedervereinigung: Aufgrund seines Alleinvertretungsanspruchs war Westdeutschland in den Augen der Nationaldemokraten stets mitverantwortlich für die Menschen in „Mitteldeutschland“<sup>1397</sup>, sprich der DDR, was

---

<sup>1391</sup> NPD: Grundlagen, S. 83.

<sup>1392</sup> Vgl. a.a.O., S. 83/84.

<sup>1393</sup> Vgl. a.a.O., S. 83.

<sup>1394</sup> Vgl. Hoffmann: NPD, S. 297.

<sup>1395</sup> NPD: Grundlagen, S. 68.

<sup>1396</sup> A.a.O., S. 86.

<sup>1397</sup> Vgl. a.a.O., S. 87.

vorderhand noch nicht sonderlich spektakulär wirkte. Dazu stand nach deren Dafürhalten allerdings der Fortbestand des Deutschen Reiches nach 1945 vollkommen außer Frage, weshalb man den „Raub uralten deutschen Volksbodens“<sup>1398</sup> anprangerte und alle Formen des Verzichts auf verlorene Regionen sogleich als Verrat ächtete. Dabei entsprang dieser anachronistische Kurs womöglich nicht nur weltanschaulichem Dogmatismus, war vielleicht auch ein Stück weit Kalkül – denn während die etablierten Kräfte vermehrt entspannungspolitische Konzepte ausprobierten, vermochte die Sammlungsbewegung damit erneut um deren enttäuschte Klientel zu werben, vorneweg um die Konservativen.

In der Summe bediente die bei aller Diffusität der verschiedenen Strömungen wohl am ehesten als nationalkonservativ-deutschnational und besitzbürgerlich ausgerichtet zu beschreibende NPD der 60er Jahre also ein gleichermaßen breites wie vielfältiges Spektrum von Sehnsüchten<sup>1399</sup>, das von der Darbietung einer ernstzunehmenden Wahlalternative zu den „Monopolparteien“ über das Streben nach der Wiederherstellung des nationalen Selbstwertgefühls, den Schutz althergebrachter Werte und den autoritären Staat bis zum Mythos der Volksgemeinschaft ging. Unbeeindruckt von der weitreichenden Stigmatisierung des Rechtsextremismus wagten die Nationaldemokraten in dieser Anfangsphase den Spagat und versuchten zunächst, mit vordergründig moderatem und verfassungskonformem Auftreten in den Randbereichen der Union zu wildern, um mittels Assoziationen weckender Anspielungen zugleich die „Unverbesserlichen“ – die vormalige Anhängerschaft von NSDAP, SRP und DRP – für sich zu vereinnahmen. Letztlich war die konturarme Programmatik, die für die Mitgliederbasis in Veröffentlichungen wie den „Deutschen Nachrichten“ und dem „Politischen Lexikon“ kontinuierlich spezifiziert wurde<sup>1400</sup>, daher kein Defizit, sondern Methode.

### 7.3. „Wertheimer Manifest“

Mit dem Scheitern bei der Bundestagswahl 1969 geriet der Vormarsch der NPD beinahe über Nacht ins Stocken – der Verfallsprozess von der Sammlungsbewegung zur Splittergruppierung begann gewissermaßen bereits im Moment der Niederlage<sup>1401</sup>. Das Resultat waren über Monate schwelende Flügelkämpfe und Richtungsstreitigkeiten, in

---

<sup>1398</sup> NPD: Grundlagen, S. 87.

<sup>1399</sup> Vgl. Dudek/Jaschke: Rechtsextremismus in der BRD. Band 1, S. 349-351; Pfahl-Traugher: „Zweiter Frühling“ der NPD, S. 13.

<sup>1400</sup> Unter anderem wurden die Verbrechen des nationalsozialistischen Regimes im „Politischen Lexikon“ als Resultate „vielfache[r] menschliche[r] Unzulänglichkeit[en] in der Parteiführung“ sowie des „Mangel[s] an Maß“ dargestellt – und somit schließlich zu „verhängnisvollen Überspitzungen“ verharmlost. Vgl. Kohl: „Deutsche Nachrichten“; NPD: Stichwörter aus dem „Politischen Lexikon“. In: Maier, Hans/Bott, Hermann: Die NPD – Struktur und Ideologie einer „nationalen Rechtspartei“. München, 1968, S. 92-100, S. 98.

<sup>1401</sup> Siehe Kapitel 6.1.6. und 6.2.1.

deren Verlauf die Führungsriege im Februar 1970 schließlich die Verabschiedung des „Wertheimer Manifests“<sup>1402</sup> durchdrückte. Die tiefgreifenden Korrekturen, die dieses zweiseitige Manuskript nach sich zog, zielten zuvörderst darauf, sich dauerhaft vom negativen Image der „Krawallpartei“ zu trennen. Die Verantwortlichen glaubten die Wurzeln des ersten gravierenden Misserfolgs nämlich weniger in eigenem Verschulden denn in einer Diffamierungskampagne zu erkennen und setzten nun darauf, durch eine genauso eindeutige wie weitreichende Mäßigung steigende Massenkompatibilität zu erreichen. Zu den Säulen des vom Vorstand oktroyierten Sinneswandels, durch den die Nationaldemokraten offenkundig in die Mitte drifteten, gehörten daher demokratische Seriosität, demonstrative Verfassungstreue und größtmögliche Wählbarkeit. Auch die anfängliche Distanz zu den „Altparteien“ wurde dafür aufgegeben.

Besonderes Gewicht lag demnach auf dem nicht länger lediglich formellen Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung, in dessen Kontext sich die Partei außerdem anschickte, sich vom fixen autoritären Staatsverständnis zu lösen und nicht allein „Gewalt und Krieg als Mittel der Politik“<sup>1403</sup> ablehnte: Faktisch wies diese jetzt sogar jegliches „totalitäres Denken und jede Form der Diktatur“<sup>1404</sup> strikt von sich, was natürlich irgendwie taktisch motiviert wirkte, in der Folge jedoch nirgends widerrufen wurde. Wenngleich man stur die Wiedervereinigung Deutschlands mitsamt aller verlorenen Gebiete verlangte<sup>1405</sup>, stützten sich selbst solche Positionen mittlerweile argumentativ auf die Präambel des Grundgesetzes<sup>1406</sup>. Der krampfhaft Legalismus kannte insofern keine Lücken mehr und kulminierte in der modifizierten, innerparteilich massiv kritisierten<sup>1407</sup> Selbstverortung „die NPD ist konservativ“<sup>1408</sup>. Abgesehen von den damit verbundenen Elogen auf die „Erhaltung zeitlos gültiger Wertvorstellungen“<sup>1409</sup> gerierten sich die Nationaldemokraten ausdrücklich als „sozial“ und drängten – vermutlich, um dem gewünschten volksparteilichen Erscheinungsbild zusätzliche Substanz zu verleihen – auf

---

<sup>1402</sup> Vgl. NPD: Wertheimer Manifest. In: Dudek, Peter/Jaschke, Hans-Gerd: Entstehung und Entwicklung des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik. Zur Tradition einer besonderen politischen Kultur. Band 2. Dokumente und Materialien. Opladen, 1984, S. 100/101.

<sup>1403</sup> A.a.O., S. 100.

<sup>1404</sup> Ebd.

<sup>1405</sup> Gleichwohl die NPD die Größe des wiederzuvereinigenden Gesamtdeutschlands nicht näher ausführte, dienten den Nationaldemokraten dafür wahrscheinlich die Grenzen von 1937 als Maßstab. Vgl. Hoffmann: NPD, S. 344.

<sup>1406</sup> Vgl. NPD: Wertheimer Manifest, S. 100.

<sup>1407</sup> Während das „Wertheimer Manifest“ insgesamt eine klare Mehrheit erhielt, entbrannte über den Satz „die NPD ist konservativ“ ein erbitterter Streit, der mit einem deutlich knapperen Votum von 276:238 Stimmen endete. Vgl. Hoffmann: NPD, S. 318.

<sup>1408</sup> NPD: Wertheimer Manifest, S. 101.

<sup>1409</sup> Ebd.



Steuersenkungen für geringfügige Einkommen sowie den Ausbau der Mitbestimmungsrechte für Arbeitnehmer<sup>1410</sup>.

Indessen wollten die selbsternannten Verfechter der „Normalisierung der Verhältnisse in Deutschland“<sup>1411</sup> außenpolitisch noch nicht ganz von den gaullistisch geprägten Idealen abrücken, gaben sich gegenüber der NATO aber schon wesentlich weniger abgeneigt als in der Vergangenheit, wobei selbige nach wie vor als Interimslösung galt:

„Die NPD fordert die Schaffung eines europäischen Staatenbundes. Sie bejaht das atlantische Bündnissystem für eine Übergangszeit, bis ein europäischer Staatenbund die Sicherheit der beteiligten Staaten selbst zu garantieren in der Lage ist.“<sup>1412</sup>

Gleichzeitig war die neue Kompromissbereitschaft in jener Kernfrage jedoch stets im Gesamtzusammenhang mit den spezifischen innenpolitischen Gelegenheitsstrukturen zu sehen. In Kombination mit der rigorosen Gegnerschaft zum Kommunismus als „System der Unterdrückung des arbeitenden Menschen“<sup>1413</sup> sowie der daraus resultierenden Kampfansage an die angeblich von den Massenmedien und der Studentenbewegung vorangetriebene „rote Infiltration im Innern“<sup>1414</sup> rundete dieser Kurswechsel das realiter von vornherein aussichtslose Streben ab, sich der Union – die damals als Gegenpol zur sozialliberalen Koalition nach rechts rückte – als möglicher Kooperationspartner anzudienen.

Im Ganzen betrachtet stellte das „Wertheimer Manifest“ sicherlich die moderateste Konzeptionsschrift der Nationaldemokraten dar, die im Grunde nicht als rechtsextremistisch zu bezeichnen war<sup>1415</sup>, sich vielmehr bereits mitten in der Grauzone zum bürgerlichen Konservativismus befand, zu dem man sich retrospektiv nie wieder in solcher Deutlichkeit bekennen sollte. Der „Damm“<sup>1416</sup> gegen die sich abzeichnende Radikalisierung, den die NPD-Spitze durch diese strittige Richtlinienentscheidung aufzubauen gedachte, vermochte dem stetig steigenden Druck auf Dauer allerdings nicht standzuhalten. Die Anbieterungsstrategie war nicht mehrheitsfähig – wenigstens nicht in dem vorexerzierten Ausmaß, da manche Denkweisen und Vorstellungswelten wie der Autoritarismus, die Volksgemeinschaft und die Verklärung der Vergangenheit für die Masse der Anhängerschaft schlechterdings nicht verhandelbar schienen.

---

<sup>1410</sup> Vgl. NPD: Wertheimer Manifest, S. 101.

<sup>1411</sup> A.a.O., S. 100.

<sup>1412</sup> Ebd.

<sup>1413</sup> Ebd.

<sup>1414</sup> Ebd.

<sup>1415</sup> Vgl. Brandstetter: NPD im 21. Jahrhundert, S. 100; Hoffmann: NPD, S. 318.

<sup>1416</sup> Hoffmann: NPD, S. 318.

#### 7.4. „Düsseldorfer Programm“

Nachdem die „Wende von Wertheim“<sup>1417</sup> den rasanten Niedergang kaum zügeln konnte<sup>1418</sup>, kehrte die zerstrittene NPD kurzerhand zu den rechtsextremistischen Wurzeln zurück. Obschon das auf dem Parteitag im Oktober 1973 angenommene „Düsseldorfer Programm“<sup>1419</sup> keineswegs von der Verteidigung konservativer Werte abrückte, kam die vehement kritisierte Selbstdefinition anhand dieser Vokabel nicht mehr ausdrücklich darin vor. Dafür ließ sich das antiegalitaristische „lebensrichtige“ Menschenbild als dominantes Motiv des im Vergleich mit den Vorläufern ausführlichsten, da in drei Passagen – Voraussetzungen deutscher Politik, nationaldemokratische Prinzipien und daraus abgeleitete Postulate – aufgegliederten Positionspapiers ausmachen<sup>1420</sup>. Im Großen und Ganzen entsprach diese Standortbestimmung dennoch eher der Weiterentwicklung und Spezifikation der „Grundlagen“ von 1967 denn einer echten Neuausrichtung<sup>1421</sup>. Anlass des Aktualisierungsbedürfnisses war neben den Reformprojekten der sozialliberalen Regierung vorwiegend die durch deren vertragliche Weichenstellungen veränderte Ausgangslage in der Außenpolitik<sup>1422</sup>, die man strikt missbilligte.

Folglich sparte die NPD schon im Vorspann nicht mit Feindseligkeiten und arbeitete sich an Drohkulissen ab, um sich selbst zur antikommunistischen Freiheitskämpferin und aufrechten nationalkonservativ-deutschnationalen Wahlalternative zu stilisieren. Exemplarisch dafür verurteilte die Partei die „angebliche Entspannungspolitik“ als „verräterische Politik“<sup>1423</sup>:

„Zwei Jahrzehnte lang haben bürgerliche Regierungen die deutsche Einheit der westlichen ‚Integration‘ geopfert; nun sind die Linken dabei, ganz Deutschland dem Sowjetimperialismus auszuliefern. (...) Das beängstigend wachsende militärische Potential des Ostens wird verschwiegen oder verharmlost. Der schon lange anhaltende Verfall des westlichen Verteidigungsbündnisses wird durch Schwächung der eigenen Verteidigungskraft beschleunigt. Die zwangsläufige Folge ist ein weiteres Anwachsen des sowjetischen Einflusses auf die Bundesrepublik. Seit ihrem Machtantritt haben die Linken eine zunächst zersetzende und jetzt bereits auflösende Veränderung des inneren Gefüges der Bundesrepublik Deutschland bewirkt. (...) Auf dieser abschüssigen Bahn gerät die Bundesrepublik in einen Zustand, in dem die Errichtung eines sozialistischen Systems schließlich folgerichtig erscheint, so daß sie ohne dramatische Erschütterung in den Ostblock und damit als Vasall in das sowjetische Imperium abzugleiten droht.“<sup>1424</sup>

---

<sup>1417</sup> Schmollinger: NPD, S. 1936.

<sup>1418</sup> Siehe Kapitel 6.2.1.

<sup>1419</sup> Die NPD selbst verzichtete auf einen halbwegs aussagekräftigen Titel für das neue Programm, so dass sich der Veranstaltungsort des Parteitags seither als notwendiges Merkmal der namentlichen Unterscheidung eingebürgert hat. Dementsprechend wird diese Primärquelle nachfolgend nur als „Düsseldorfer Programm“ angeführt. Vgl. NPD: Programm der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands. In: Hergt, Siegfried (Hrsg.): Partei-Programme. SPD – CDU – CSU – FDP – DKP – NPD. Eine Dokumentation der Grundsatzprogramme und aktueller politischer Ziele. Opladen, 1975, S. 342-375.

<sup>1420</sup> Vgl. Hoffmann: NPD, S. 320.

<sup>1421</sup> Vgl. a.a.O., S. 319/320.

<sup>1422</sup> Vgl. a.a.O., S. 320.

<sup>1423</sup> NPD: Düsseldorfer Programm, S. 342.

<sup>1424</sup> A.a.O., S. 342/343.

Vor diesem düsteren Hintergrund apostrophierte man die sich in der Bundesrepublik demnach immer mehr ausbreitende „Ideologie der Linken mit ihren liberal-bürgerlichen Steigbügelhaltern“ nicht allein als Bedrohung für Deutschland, sondern letztlich als „weltweite Herausforderung“<sup>1425</sup>. Der aggressive, verabsolutierende Habitus der Nationaldemokraten äußerte sich auch im schier manischen Hang zu verschwörungstheoretischen Haltungen.

Im Gegensatz zu den „überlebten“, da die Gefahren vermeintlich verkennenden, wenn nicht sogar verschlimmernden Ansätzen der „Altparteien“ machte sich die NPD unverhohlen für die „jungen nationalen und sozialen Ordnungsideen“ jenseits des Imperialismus von Ost und West stark<sup>1426</sup>. Wiewohl man selbige nicht näher ausführte, mutete diese Wendung insoweit bemerkenswert an, als die beiden Wortbestandteile von „Nationalsozialismus“ in solch außenwirksamen Verlautbarungen – anders als beispielsweise in den vor allem an die Mitgliederbasis adressierten „Deutschen Nachrichten“ – bis dahin selten so dicht beieinander aufgetaucht waren. Nebenbei bewegten sich die Nationaldemokraten somit bereits andeutungsweise auf die später bedeutsame Doktrin des „Dritten Wegs“ zu.

Im Mittelteil, der den weltanschaulichen Nukleus in sich barg, behielt die NPD die skizzierte Mischung scharfzüngiger Attacken mit bewussten Anspielungen sowie bewährten und berechenbaren Ansichten weithin bei. Nach dem gewohnt nationalistischen Eintreten für die Einheit und „Erhaltung des deutschen Volkes“<sup>1427</sup> lieferte man daher grundlegende Einblicke in Sachen „lebensrichtiges“ Menschenbild und Staatsverständnis:

„Wir Nationaldemokraten bekennen uns zur Vielfalt des Lebens und seiner Erscheinungen in Natur und Geschichte. (...) Völker und Staaten, Kulturen, alle Ordnungen in allen Lebensbereichen sind organisch gewachsene und organisch sich weiter entwickelnde Gebilde. (...) Alle Welt- und Menschenerfahrung zeigt, daß die Menschen durch Natur und Herrschaft unterschiedlich veranlagt sowie durch Landschaft, Geschichte, Tradition und Bildung vielfältig und verschieden geprägt sind. Der Verschiedenheit unter Menschen und Völkern wird man bei Anerkennung gleicher menschlicher Würde nur gerecht durch die Anwendung des Grundsatzes (...): Jedem das Seine!“<sup>1428</sup>

Wiederum sollte die Obrigkeit der strahlende „Wahrer des Ganzen“, der Organisator der Volksgemeinschaft und Garant sozialer Gerechtigkeit sein<sup>1429</sup>. Im Gegenzug sah dieses pyramidenförmig strukturierte, wenngleich vordergründig plebiszitär<sup>1430</sup> unterfütterte Modell „unverfälschte[r] Demokratie“<sup>1431</sup> vor, dass sich sämtliche Individual- und

---

<sup>1425</sup> NPD: Düsseldorfer Programm, S. 344.

<sup>1426</sup> Ebd.

<sup>1427</sup> Ebd.

<sup>1428</sup> Ebd.

<sup>1429</sup> A.a.O., S. 348.

<sup>1430</sup> Vgl. a.a.O., S. 349.

<sup>1431</sup> A.a.O., S. 345.

Gruppeninteressen schlichtweg unterordnen. Ideengeschichtlich betrachtet war die Verwurzelung der nationaldemokratischen Vorstellungen in der Identitätstheorie damit nicht zu bestreiten. Verbal erkannte die einstige Sammlungsbewegung das parlamentarische System mittlerweile notgedrungen an, stellte andererseits aber darauf ab, die mutmaßlich schädlichen parteipolitischen Wirkungskreise außerhalb der Volksvertretungen nachhaltig einzudämmen<sup>1432</sup>. Dazu negierte man den „verfassungswidrigen Machtanspruch“ der gesellschaftlichen Verbände und wandte sich gegen die vermeintliche Verfälschung des – gleichwohl gänzlich weltfremden – „wahren Volkswillen[s]“ durch die Massenmedien<sup>1433</sup>.

In dem Forderungskatalog, der auf diesem autoritären, antipluralistischen und antiliberalen Fundament aufbaute, waren derweil allenfalls wenige Innovationen auszumachen. Das vorausgeschickte Plädoyer für die freiheitlich-demokratische Grundordnung wirkte angesichts derart festgefahrener Geisteshaltungen ausgesprochen fadenscheinig und fehl am Platze<sup>1434</sup>. Währenddessen setzte das apodiktisch verfochtene Primat einer vollständigen Wiedervereinigung<sup>1435</sup> für die NPD nach wie vor einen außenpolitischen Pakt mit den Nachbarländern voraus, um ein selbständiges europäisches Verteidigungspotential zu erreichen<sup>1436</sup>. Wirtschaftspolitisch erstrebte man weiterhin eine möglichst autarke, staatlich gelenkte sowie in erster Linie von Mittelstand und Landwirtschaft getragene Marktwirtschaft, die das Leistungsprinzip akzentuierte<sup>1437</sup>. Demgemäß blieb die Sozialismusdebatte, die damals bei den JN begann, auf Seiten der Mutterpartei vorerst außen vor<sup>1438</sup>. Allerdings spitzten sich deren ausländerfeindliche Denkmuster allmählich zu; das Drängen auf Vorrechte für die deutsche Arbeiterschaft schien nicht mehr auszureichen. Stattdessen setzten sich die Nationaldemokraten unumwunden zum Ziel, „Schluß mit der unkontrollierten Zuwanderung“<sup>1439</sup> zu machen. Vollkommen neu war dagegen das Aufgreifen umweltpolitischer Aspekte, mit dem die NPD den „Monopolparteien“ zum Teil zuvorkam<sup>1440</sup>, und die unmittelbare Verbindung dieser Ansätze mit dem zweifellos unheilvollen, NS-Assoziationen weckenden Terminus der „Volksgesundheit“: In der Urbanisierung, der Landflucht und dem „widernatürliche[n]

---

<sup>1432</sup> Vgl. NPD: Düsseldorfer Programm, S. 349/350.

<sup>1433</sup> A.a.O., S. 346.

<sup>1434</sup> Vgl. a.a.O., S. 349.

<sup>1435</sup> Vgl. a.a.O., S. 373-375.

<sup>1436</sup> Vgl. a.a.O., S. 371/372.

<sup>1437</sup> Vgl. a.a.O., S. 357 und S. 360/361.

<sup>1438</sup> Vgl. Hoffmann: NPD, S. 319.

<sup>1439</sup> NPD: Düsseldorfer Programm, S. 358.

<sup>1440</sup> Vgl. Flemming: NPD-Verbotsverfahren, S. 64.

Wachstum“<sup>1441</sup> der Städte witterten die Nationaldemokraten die wesentliche Ursache für die „Unerträglichkeit der Lebensverhältnisse“<sup>1442</sup>. Gerade die zunehmende Verschmutzung und anhaltende Verseuchung seien als Merkmale des „zerstörten Gleichgewichts von Natur und Mensch“<sup>1443</sup> schleunigst zurückzuschrauben. Einem speziell dafür zu schaffenden Ministerium für Entwicklung schrieb die Partei die Planung und Steuerung der nötigen Schritte zu<sup>1444</sup>. Ferner wollte man männliche und weibliche Jugendliche mit einem neben der Wehrpflicht zu etablierenden „Deutschen Jugenddienst“<sup>1445</sup> etwa zu Feld- und Waldarbeit verpflichten und darüber zu einer „idealistischen Volksbewegung“<sup>1446</sup> erziehen. Der NPD ging es dabei tendenziell nicht nur um eine Säuberung und Sicherung des Lebensraums, sondern mindestens genauso sehr um die Vermittlung traditioneller, explizit gemeinschaftsfixierter Moralitäten und Leitbilder:

„Die Familie ist als biologische und kulturelle Grundgemeinschaft die Lebenszelle von Volk und Staat. Sie bewahrt den einzelnen [sic!] vor der Vereinsamung in der Masse und gewährt ihm sittlichen Halt und Geborgenheit. Ohne gesunde Familien gibt es kein gesundes Volk. (...) Die Bedeutung der Familie und ihre vielfältigen Aufgaben für das Volk und den einzelnen [sic!] sind im Bewußtsein der Öffentlichkeit zu verankern. (...) Die weibliche Jugend ist besser als bisher auf ihre Aufgabe als Hausfrau und Mutter vorzubereiten.“<sup>1447</sup>

Aus der kulturpessimistischen Perspektive der Nationaldemokraten musste die schwindende Wirkungsmacht und Anziehungskraft solch „klassischer“ Wertmaßstäbe und Prioritäten nachgerade schicksalhaft in „seelenlosen Materialismus und kalten Nihilismus“<sup>1448</sup> münden. Steigende Dekadenz bringe die „biologische Substanz“<sup>1449</sup> des Volkes in Gefahr, was besonders die beharrlichen Geburtenrückgänge bewiesen. Der Aufruf zum Schutz des „werdenden Leben[s]“<sup>1450</sup> und die energische Ablehnung einer Lockerung der Abtreibungsbestimmungen entsprangen darum vermutlich eher völkischer Sehnsucht nach nationaler Stärke denn ernsthaften ethischen Skrupeln. Zu diesem per se schon prekären Eindruck gesellten sich schließlich dubiose Einschätzungen zum „drohenden genetischen Verfall“<sup>1451</sup> und der Erhaltung „gesunden Erbguts“<sup>1452</sup>, mit denen man dem Nationalsozialismus mindestens in puncto Wortwahl gefährlich nahekam.

---

<sup>1441</sup> NPD: Düsseldorfer Programm, S. 362.

<sup>1442</sup> A.a.O., S. 361.

<sup>1443</sup> A.a.O., S. 362.

<sup>1444</sup> Vgl. a.a.O., S. 362/363.

<sup>1445</sup> Vgl. a.a.O., S. 371.

<sup>1446</sup> A.a.O., S. 363.

<sup>1447</sup> A.a.O., S. 366.

<sup>1448</sup> A.a.O., S. 343.

<sup>1449</sup> Ebd.

<sup>1450</sup> A.a.O., S. 367.

<sup>1451</sup> A.a.O., S. 370.

<sup>1452</sup> A.a.O., S. 369.

Obwohl das „Düsseldorfer Programm“ neben vielen dem Widerstand gegen die Ostpolitik geschuldeten Protestpositionen größtenteils nationalkonservativ-deutschnational geprägt war und sich die NPD im Verhältnis zu heutigen Veröffentlichungen somit weiterhin relativ gemäßigt gab, schien sich deren rechtsextremistisches Profil seinerzeit nachdrücklich gefestigt zu haben. Unverkennbar stellten Nationalismus, Autoritarismus und Antipluralismus, die Akzentuierung menschlicher Ungleichheit, Revisionismus und Rückwärtsgewandtheit sowie die indirekte Verklärung des „Dritten Reiches“ inzwischen deren signifikante ideologische Dreh- und Angelpunkte dar. Auch die sich zuspitzende Ausländerfeindlichkeit war diesem soliden Wesenskern zweifelsfrei zuzuordnen. Demgegenüber offenbarte das Novum der subjektiven Auseinandersetzung mit objektiv vorhandenen ökologischen Problemen das strategische Dilemma der Nationaldemokraten – nämlich die notwendige Suche nach massenwirksameren Ansätzen, um das stetig schrumpfende Potential zu verbreitern, ohne die weltanschaulichen Substrate zu verleugnen.

### **7.5. „Nationaldemokratische Gedanken für eine lebenswerte Zukunft“**

Anhaltender Misserfolg, der Abstieg von der Sammlungsbewegung zur Splittergruppierung sowie der innovatorische Druck von Seiten verschiedener innerparteilicher Strömungen – vorneweg der JN – sorgten spätestens mit Anbruch der 80er Jahre dafür, dass sich die inhaltlichen Schwerpunkte der NPD sukzessive verlagerten<sup>1453</sup>. Vor allem der außenpolitische Paradigmenwechsel von an und für sich prowestlichen zu prinzipiell neutralistischen Positionen war auffällig, weil mit durchaus atypischen Vorschlägen ausgestattet: Antikommunistische Kompromisslosigkeit und die strikte Ablehnung der Entspannungspolitik schwanden nach und nach, so dass der deutschen Einheit nun das spektakuläre Experiment der vorübergehenden Konföderation mit der DDR vorausgehen sollte<sup>1454</sup>. Auch sonst spielten die Nationaldemokraten vermehrt mit moderneren, nonkonformistischen und vordergründig weniger verfänglichen Anleihen und Alternativkonzepten. Die Perspektiven veränderten sich, so dass man sich im November 1987, immerhin eineinhalb Dekaden nach der Verabschiedung des

---

<sup>1453</sup> Siehe Kapitel 6.2.5.

<sup>1454</sup> Die NPD hatte sich schon auf dem Germersheimer Parteitag im Juni 1982 neue Grundsätze und Prinzipien auferlegt. Evident wurden diese in den darauffolgenden Jahren in verschiedenen Werbeproschüren sowie speziell im Europawahlprogramm von 1984. Vgl. NPD: Nationaldemokratische Leitlinien. In: Dudek, Peter/Jaschke, Hans-Gerd: Entstehung und Entwicklung des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik. Zur Tradition einer besonderen politischen Kultur. Band 2. Dokumente und Materialien. Opladen, 1984, S. 106-109; NPD: Wahlprogramm für die Europawahl 1984. In: Dudek, Peter/Jaschke, Hans-Gerd: Entstehung und Entwicklung des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik. Zur Tradition einer besonderen politischen Kultur. Band 2. Dokumente und Materialien. Opladen, 1984, S. 110-112.

„Düsseldorfer Programms“, endlich entschloss, den ideologischen Wandel zu einer echten Neufassung zu verarbeiten.

Mit den über weite Strecken ebenso verhaltenen wie nebulösen „nationaldemokratischen Gedanken für eine lebenswerte Zukunft“<sup>1455</sup> strebte die NPD erneut nach einem verbesserten Image, wollte sich vom Ruf des ewiggestrigen Sektierertums und dem einschlägigen Stigma der „Reichsnostalgiker“ lösen und machte sich dafür die nationalrevolutionären Ideen der „Neuen Rechten“<sup>1456</sup> zu eigen, deren Implikation in einigen Grundfragen eine Zäsur einläutete. Man brach daraufhin beispielsweise mit der bislang stets dezidiert verfochtenen Missbilligung der deutschen Alleinschuld, bereinigte die Ausführungen darüber hinaus von sämtlichen im NS-Jargon verhafteten Reizwörtern und Anspielungen und begnügte sich stattdessen mit historisch nicht vorbelasteten Referenzpunkten wie der Revolution von 1848<sup>1457</sup>. Davon abgesehen strengten sich die Nationaldemokraten merklich an, Probleme möglichst vor den anderen Parteien aufzugreifen und nicht mehr allein negativ zu kritisieren, sondern konstruktiver als in der Vergangenheit darauf zu antworten und selbst konkrete Verbesserungsvorschläge aufzuzeigen, um darüber schließlich auch neue Wählerschichten anzusprechen<sup>1458</sup>.

Dementsprechend beharrte die NPD nicht weiter auf der vorher bloß mit dem nationalen Selbstbestimmungsrecht begründeten Wiedervereinigung, warb vielmehr mit dem antiimperialistischen Konzept der „Neuvereinigung“ als außenpolitisch neutraler Staat, der die waffenstarrende Demarkationslinie in seiner Mitte auflöse, dadurch besonders die atomare Kriegsgefahr banne und den bedrohten Weltfrieden dauerhaft absichere<sup>1459</sup>:

„Oberstes nationaldemokratisches Ziel ist ein souveränes, einiges Deutschland, das als blockfreier Mittler zwischen Ost und West einen wichtigen Beitrag für eine friedliche Zukunft Europas leistet. (...) Dieses Deutschland strebt im Inneren eine Gemeinschaftsordnung an, in der freie und selbstverantwortliche Bürger leben. Grundlage jeder Gemeinschaft sind die unverletzlichen, unveräußerlichen Menschenrechte. Wir Nationaldemokraten setzen uns daher für die freiheitlich-demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes ein.“<sup>1460</sup>

Nachdem sich am autoritären Staatsverständnis und der Vorliebe für eher präsidiale, einstweilen durch plebiszitäre Mechanismen ergänzte Systeme wenig änderte<sup>1461</sup>, schlugen die strahlkräftigeren, da scheinbar progressiven, ethnopluralistischen und

---

<sup>1455</sup> Vgl. NPD: Nationaldemokratische Gedanken für eine lebenswerte Zukunft. In: Backes, Uwe/Jesse, Eckhard: Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Band III: Dokumentation. Köln, 1989, S. 91-95.

<sup>1456</sup> Siehe Kapitel 6.2.4.

<sup>1457</sup> Vgl. Fascher: Modernisierter Rechtsextremismus?, S. 181.

<sup>1458</sup> Vgl. Hoffmann: NPD, S. 329.

<sup>1459</sup> Vgl. NPD: Nationaldemokratische Gedanken, S. 91/92.

<sup>1460</sup> Zitiert nach Hoffmann: NPD, S. 329.

<sup>1461</sup> Vgl. NPD: Nationaldemokratische Gedanken, S. 92.

antiegalitaristischen Standpunkte andererseits – ungeachtet der erstmaligen Nennung der universalen Menschenrechte – umso stärker durch.

Unter Berufung auf angeblich wissenschaftliche Befunde legte die NPD das Augenmerk in der Bildungspolitik auf die Unterschiede in Leistungsvermögen und Begabung und leitete daraus das Bekenntnis zur „Anerkennung und Achtung vor der natürlichen Ungleichheit“<sup>1462</sup> ab, das die Beibehaltung des vielgliedrigen Schulsystems verlange. Das immanente „lebensrichtige“ Menschenbild wirkte insoweit vielleicht noch nicht sonderlich verdächtig, war im Detail jedoch durch und durch doppeldeutig zu interpretieren, ließ sich jedenfalls leicht weiterspinnen und verabsolutieren. Die Nationaldemokraten versprachen sich davon wahrscheinlich den Nimbus weltanschaulicher Geradlinigkeit, Ganzheitlichkeit und Geschlossenheit. In gesamtgesellschaftlicher Hinsicht genügten deshalb aber bereits banale Hinweise auf die adäquate Würdigung der Verschiedenheit, um ausländischerfeindliche Haltungen zu beschönigen und die nötige Wahrung der nationalen bzw. volksgemeinschaftlichen Homogenität zu bekräftigen. Vermischung und Integration galten demzufolge als für die Identität der Deutschen wie auch für die der Immigranten gleichermaßen abträglich<sup>1463</sup>.

In Sachen Wirtschaftspolitik blieb die NPD derweil bei der gewohnt diffusen Mischung gemeinhin marktwirtschaftlicher und mittelständisch dominierter Sichtweisen mit großzügigen Steuerungskompetenzen des Staates<sup>1464</sup>. Gleichwohl sei das „Gegeneinander des Privat- und Staatskapitalismus“ im geteilten Deutschland durch eine „sozial gerechte Gemeinschaftsordnung“ zu ersetzen<sup>1465</sup>, worin sich erneut die wachsende Präferenz für „Dritte Wege“ widerspiegelte. Während man sich mit ausdrücklich antikapitalistischen Motiven ansonsten zurückhielt, wurde zumindest die angeblich zersetzende Wirkung des sich ausbreitenden Materialismus schon angemahnt:

„Die einseitige Ausrichtung an materiellen Werten und ökonomische Zwänge führen einerseits zur Vernichtung von Natur und Umwelt, andererseits zur Vernichtung der traditionellen Bindungen und Kulturen. Das Ergebnis wird die Zerstörung der Umwelt und der äußeren Lebensbedingungen sein. Der Mensch wird entfremdet und entwurzelt – er verliert seine Identität. (...) Nicht das unbegrenzte Anhäufen materieller Güter und hemmungsloser Konsum geben dem Menschen Lebenssinn und Glück, sondern das Leben mit der Natur, die Pflege kultureller Werte und die soziale Geborgenheit in Familie und Volk.“<sup>1466</sup>

Die Nationaldemokraten schoben aktuelle Naturschutzthemen in den Vordergrund, warnten vor ausuferndem Wirtschaftswachstum, Verstädterung sowie atomarer

---

<sup>1462</sup> NPD: Nationaldemokratische Gedanken, S. 95.

<sup>1463</sup> Vgl. Hoffmann: NPD, S. 360/361.

<sup>1464</sup> Vgl. a.a.O., S. 355.

<sup>1465</sup> Vgl. ebd.

<sup>1466</sup> NPD: Nationaldemokratische Gedanken, S. 94.



Verseuchung<sup>1467</sup> – allerdings ausnahmslos in anachronistischer Verbindung mit völkischen Denkmustern. Nach außen schien man dadurch stellenweise auf dem selben Boden wie die aufstrebenden sozialen Bewegungen der 80er Jahre zu wandeln und adaptierte nicht selten sogar deren Vokabular<sup>1468</sup>. Faktisch verstanden die Rechtsextremisten die Sorge um Flora und Fauna dennoch nicht als Wert an sich, sahen darin allenfalls den Rahmen für den „Schutz der deutschen Rasse“<sup>1469</sup>, so dass die Zielsetzungen vollkommen voneinander abwichen und die Fokussierung auf derart an den allgemeinen Zeitgeist angelehnte Fragen vorwiegend als Mittel zum Zweck zu werten war<sup>1470</sup>.

In der Gesamtschau stellten die „nationaldemokratischen Gedanken“ sicherlich die im Vergleich mit den anderen Grundsatzschriften – das „Wertheimer Manifest“ als Sonderfall ausgeklammert – am moderatesten abgefasste und am weitesten vom spezifischen Wesenskern abschweifende Standortbestimmung der NPD dar. Trotzdem Nationalismus, Autoritarismus und Antipluralismus, Rückwärtsgewandtheit, Revisionismus und Ausländerfeindlichkeit nicht durchgängig von der Agenda verschwanden, wurde dieser ideologische Nukleus zu weiten Teilen durch modernere Einflüsse und Argumentationsweisen mit intellektuellem Anstrich wie den Neutralismus und Ethnopluralismus verdeckt. Unterdessen reduzierten sich die augenscheinlich rechtsextremistischen Momente vor allem auf die axiomatisch vorausgesetzte Ungleichheit der Menschen. Nichtsdestotrotz nahm die Parteibasis die neuen, mitunter nuancierteren Prinzipien in der Praxis nur äußerst mühsam an<sup>1471</sup>, weshalb dieses Programm im Nachhinein wahrscheinlich auch dasjenige war, mit dem die Mehrheit der Mitglieder am wenigsten anzufangen wusste.

### **7.6. „Programm von 1996“**

In der ersten Hälfte der 90er Jahre schien der stetige Niedergang der NPD ein existenzgefährdendes Höchsttempo zu erreichen. Steigende Schulden durch Misserfolge in Serie, verheerende Mitgliederverluste und massive Streitigkeiten machten die vormalige Sammlungsbewegung in diesem Stadium nahezu manövrierunfähig<sup>1472</sup>. Auch wenn die

---

<sup>1467</sup> Vgl. NPD: Nationaldemokratische Gedanken, S. 93/94.

<sup>1468</sup> Vgl. Hoffmann: NPD, S. 329.

<sup>1469</sup> Fascher: Modernisierter Rechtsextremismus?, S. 170.

<sup>1470</sup> Dafür spricht auch, dass die NPD – im Gegensatz zu den seinerzeit aufstrebenden Grünen – auf unpopulärere umweltpolitische Grundforderungen wie Geschwindigkeitsbegrenzungen schlichtweg verzichtete. Vgl. Hoffmann: NPD, S. 358.

<sup>1471</sup> Man denke nur an die nationaldemokratischen Wahlkämpfe der späten 80er Jahre, die sich vorwiegend um die Ausländer- und Asylproblematik drehten und dabei mehr auf dumpfe Anfeindungen und Angstreflexe denn auf spitzfindige Anspielungen und Argumentationen setzten. Siehe Kapitel 6.2.5.

<sup>1472</sup> Siehe Kapitel 6.2.8.

drohende Auflösung in der DLVH verhindert wurde, driftete man in Anbetracht des vom damaligen Vorsitzenden vorgegebenen ideologischen Dogmatismus immer weiter ins Abseits. Gewissermaßen entsprach die Ablösung Günter Deckerts im März 1996 daher einer Art Wende: Unter der Regie seines Nachfolgers Udo Voigt sollten sich die Nationaldemokraten neu sortieren, von der Radikalisierung zwar nicht abrücken, die agitatorischen Schwerpunkte aber allmählich verlagern – von zuvor dumpfem Revisionismus und NS-Nostalgie zur aktuelleren Wirtschafts- und Sozialpolitik.

Während sich dieser langfristig angelegte inhaltliche Schwenk in dem nur neun Monate später veröffentlichten „Programm von 1996“<sup>1473</sup> allenfalls ansatzweise nachvollziehen ließ, war der aggressive, völkische Duktus des ausgesprochen knappen Manuskripts, das lediglich eine einseitige Präambel sowie kurze Positionierungen zu mehr als einem Dutzend verschiedener Sachgebiete enthielt, nicht zu leugnen. Dementsprechend sah sich die NPD schon im Vorspann in eklatantem Kontrast zu den etablierten Kräften. Die anderen Parteien wüssten auf die aufflammenden Probleme der Gegenwart schlichtweg keine Antworten, würden das Vertrauen der Deutschen verlieren und sich darum verstärkt um die Ausländer kümmern – um nicht zu sagen die angeblich absichtlich vorangetriebenen Prozesse der Globalisierung und Multikulturalisierung dienten vor allem deren konspirativer Machtsicherung<sup>1474</sup>. Man selbst strebe demgegenüber nach dem „Austausch der Mächtigen“ sowie der Abkehr von den „Aufklärungsutopien“<sup>1475</sup>:

„Wir stehen mit einem lebensrichtigen Menschenbild gegen Fremdherrschaft und Fremdbestimmung, gegen Überfremdung, Ausbeutung und Unterdrückung, für deutsche Freiheit, für Freiheit der Völker, für eine soziale Neuordnung in Deutschland, die unserem Menschenbild entspricht.“<sup>1476</sup>

Aus diesem nationalrevolutionären Absolutheitsanspruch entwickelte sich dann eingangs des darauffolgenden Abschnitts das durchaus eigenwillige, da nicht vorstaatliche nationaldemokratische Menschenrechtsverständnis. Bezeichnenderweise fanden die gewohnten Bekenntnisse zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung dabei nicht mehr statt; von sonstigen Bezügen zur Bundesrepublik ganz zu schweigen.

Im Gegensatz zu den Kernprinzipien des Grundgesetzes war die Menschenwürde nach der Konzeption der NPD nicht im Menschen selbst angelegt, sondern stützte sich ausschließlich auf die Kriterien „Volkstum und Kultur“<sup>1477</sup>, mit anderen Worten auf das

---

<sup>1473</sup> Die NPD selbst betitelte das Papier nicht näher, weshalb dieses in der Literatur meist anhand des Veröffentlichungsjahrs als „Programm von 1996“ angeführt wird – was angesichts der massiven Veränderungen, welche die Partei seither durchlebte, durchaus sinnvoll scheint und darum beibehalten werden soll. Vgl. NPD-Parteivorstand (Hrsg.): Programm der NPD. 10. Auflage. Berlin, 2004.

<sup>1474</sup> Vgl. a.a.O., S. 5.

<sup>1475</sup> Ebd.

<sup>1476</sup> Ebd.

<sup>1477</sup> A.a.O., S. 6.

Kollektiv. Infolgedessen oblag dem Staat weniger der Schutz des Individuums denn primär die Verteidigung der Volksgemeinschaft<sup>1478</sup>, die demnach ohnehin die wesentliche Voraussetzung der optimalerweise im präsidentialen System mit plebiszitären Instrumentarien organisierten Volksherrschaft darstellte<sup>1479</sup>. Obwohl das autoritäre, antipluralistische und antilibérale Gedankenkonstrukt von der Obrigkeit als „Wahrer des Ganzen“<sup>1480</sup> an sich nicht neu war, suggerierte die direkte Gegenüberstellung der nachgerade metaphysisch verklärten Gemeinschaft mit der zur Negativfolie verzerrten multikulturellen Gesellschaft nun deren akute Gefährdung von außen:

„Die Völker sind die Träger der Kulturen. Völker unterscheiden sich durch Sprache, Herkunft, geschichtliche Erfahrung, Religion, Wertvorstellungen und ihr Bewußtsein. Ihrer kulturellen Eigenart werden sich die Völker besonders dann und dort bewußt, wo diese gefährdet ist. Die Erhaltung der Völker dient der Erhaltung der Kultur. Bloße Gesellschaften entwickeln keine Kultur, sondern bestenfalls eine Zivilisation, deren höchster Wert materiell ist. ‚Multikulturelle‘ Gesellschaften sind in Wirklichkeit kulturlose Gesellschaften. Die Vielfalt der Völker muß erhalten bleiben.“<sup>1481</sup>

Die Verwirklichung dieses ethnopluralistischen Hauptanliegens erforderte insofern die Wiederherstellung und Verteidigung der inneren Homogenität. Diversität galt nach nationaldemokratischem Dafürhalten allein im Nebeneinander in sich geschlossener Nationen als gewinnbringend. Der Fokus lag also besonders auf dem Erhalt der „deutsche[n] Volkssubstanz“<sup>1482</sup> durch die Förderung der Familie als „lebendes Bindeglied überlieferter Traditionen“<sup>1483</sup> und „Träger[in] des biologischen Erbes“<sup>1484</sup>. Daneben monierte man den angeblich gemeinschaftsschädigenden Selbstverwirklichungsdrang als Symbol des grassierenden, „schrackenlosen Egoismus“<sup>1485</sup> – die stromlinienförmige Einordnung genoss augenscheinlich Vorrang vor der Verfolgung spezifischer Einzelinteressen.

Weitergedacht implizierte die durch und durch völkische Mentalität der NPD indessen die Ausgrenzung „Anderer“, insbesondere durch Wohlstandschauvinismus. Konkret waren „volkspolitische Maßnahme[n]“<sup>1486</sup> wie Kindergeld und die Auszahlung des in Aussicht gestellten, nach Anzahl der Sprösslinge gestaffelten „Müttergebhalts“ nur für Staatsbürger gedacht<sup>1487</sup>. Im selben Atemzug drängten die Nationaldemokraten darauf, den Apparat des Sozialstaats auf das Notwendigste zu verschlanken, Ausländer durchweg aus den

---

<sup>1478</sup> Vgl. NPD-Parteivorstand (Hrsg.): Programm von 1996, S. 6.

<sup>1479</sup> Vgl. a.a.O., S. 7/8.

<sup>1480</sup> A.a.O., S. 7.

<sup>1481</sup> A.a.O., S. 6.

<sup>1482</sup> A.a.O., S. 11.

<sup>1483</sup> A.a.O., S. 6.

<sup>1484</sup> A.a.O., S. 7.

<sup>1485</sup> A.a.O., S. 6.

<sup>1486</sup> A.a.O., S. 7.

<sup>1487</sup> Vgl. ebd.

Sicherungssystemen auszugliedern und das Asylrecht zu verschärfen<sup>1488</sup>. Die „mensch- und völkerverachtende Integration“<sup>1489</sup> schüre Verelendung und Disharmonie, schwäche die natürlichen nationalen Identitäten und schade den Immigranten somit mindestens so sehr wie den Deutschen. Folglich, so die doppelbödige Rechtfertigung, sichere die Vermeidung einer weiteren Vermischung den inneren Frieden und erleichtere den Fremden schließlich die Rückkehr in die eigenen Vaterländer<sup>1490</sup>, was der eigentliche Sinn der Sache war.

Im Umkehrschluss wähten die Rechtsextremisten den Ursprung der wachsenden Überfremdung und sich verschärfenden sozialen Missstände vorwiegend in der scheinbar verschwörerisch von „Großkapital, Regierung und Gewerkschaften“ vorangetriebenen Globalisierung, die durch skrupelloses Gewinnstreben Millionen von Menschen zu „Sklassen der Neuzeit“ degradiere<sup>1491</sup>. Man reagierte darauf mit dem äußerst vagen, vorsichtig antikapitalistisch angehauchten Modell der „raumorientierten Volkswirtschaft“<sup>1492</sup>. Im Prinzip brachte dieses diffuse Wunschbild aber bloß altbekannte Vorstellungen auf den Punkt, beispielsweise bevorzugte die Partei nach wie vor die mehrheitlich mittelständische Prägung<sup>1493</sup>, negierte die „systematisch betriebene Internationalisierung“<sup>1494</sup> und beharrte auf dem Primat der Politik durch stärkere staatliche Vorgaben und Protektionismus. Die Autarkiebestrebungen spitzten sich zum Postulat der schleichenden Abkopplung vom Weltmarkt zu, wobei die NPD die Verlagerung von Produktionsstandorten sowie die Vergabe von Aufträgen ins Ausland moralisch ächten und steuerlich ahnden wollte<sup>1495</sup>. Im Austausch für die durch die Abschottung zu erwartenden Ausfälle versprachen die Nationaldemokraten derweil erneut ein verbrieftes Anrecht auf Arbeit für alle Deutschen<sup>1496</sup>.

Die insgesamt isolationistische Stoßrichtung durchzog auch die außenpolitischen Standpunkte: Etwa wandte sich die NPD ausdrücklich gegen das von vermeintlich genauso unfähigen wie verantwortungslosen, weil volksfernen Experten gesteuerte „EU-Europa“ mitsamt seinem „multikulturellen Einheitswahn“ und geißelte die Abtretung genuiner Souveränitätsrechte an die Adresse dieser „unheilvollen Allianz“ – gerade auf der Ebene

---

<sup>1488</sup> Vgl. NPD-Parteivorstand (Hrsg.): Programm von 1996, S. 11/12.

<sup>1489</sup> A.a.O., S. 11.

<sup>1490</sup> A.a.O., S. 11/12.

<sup>1491</sup> Vgl. a.a.O., S. 11.

<sup>1492</sup> Vgl. a.a.O., S. 9/10.

<sup>1493</sup> Vgl. a.a.O., S. 9.

<sup>1494</sup> Ebd.

<sup>1495</sup> Vgl. a.a.O., S. 8.

<sup>1496</sup> Vgl. a.a.O., S. 9.

der Währungspolitik – als Akt der „Selbstaufgabe“<sup>1497</sup>. Stattdessen mahnte man zu einer europäischen Neuordnung anhand der Maßstäbe der Nationalstaatlichkeit, Selbstbestimmung und Volksabstammung und drängte auf ein eigenständiges Sicherheitsbündnis mit den Nachbarländern<sup>1498</sup>. Auf der Gegenseite waren die Nationaldemokraten immerhin für den Abschied von der NATO, um das deutsche Militär nicht zum „Mittel internationaler Großmachtspolitik“<sup>1499</sup> zu machen. Ferner sei die Beteiligung der Bundeswehr an Friedensmissionen der Vereinten Nationen grundsätzlich abzulehnen, solange die Feindstaatenklauseln nicht aus deren Charta gestrichen sind<sup>1500</sup>.

Gleichzeitig nahm das Gewicht vergangenheitsbezogener Gegenstände – anders als im Vorgängerprogramm von 1987 – wieder zu, so dass man sich abermals zu dubiosen Gebietsansprüchen verstieg. Nachdem Deutschland gemeinhin „größer als die Bundesrepublik“ und dessen Wiedervereinigung mit der Verschmelzung der „Besatzungskonstruktionen BRD und DDR“ deshalb noch nicht abgeschlossen sei, verlangte die NPD die Restauration der „geschichtlich gewachsenen Grenzen“ durch Rücknahme der seit 1945 abgeschlossenen Grenzanerkennungsverträge<sup>1501</sup>:

„Unrecht kann niemals die Grundlage eines dauerhaften Friedens zwischen Völkern sein. (...) Die unsere Geschichte mißachtende und gegen das Völkerrecht verstoßende bedingungslose Preisgabe deutscher Gebiete ist nicht hinzunehmen. Wir beharren konsequent auf einer gerechten und dem Frieden auf Dauer dienenden Regelung.“<sup>1502</sup>

Außerdem bemängelten die Nationaldemokraten unvermindert die „einseitige Schuldzuweisung zu Lasten Deutschlands“ und die „Aufwertung des Landesverrats“<sup>1503</sup> und bestanden erstmals auf einer von der Verjährung ausgenommenen Strafverfolgung „allierter Massenmörder“<sup>1504</sup>. Abseits der immanenten Rückwärtsgewandtheit kam die konsequente Verschärfung des Tonfalls speziell in manchen innenpolitischen Vorhaben wie der Reform des Rechtssystems zum Ausdruck, deren Realisierung die kompromisslose Ausweisung krimineller Ausländer bzw. die Reinstallation der Todesstrafe beinhaltete<sup>1505</sup>.

Im Rückblick zählte das „Programm von 1996“ zweifellos zu den Meilensteinen in der Metamorphose von der „alten“ zur „neuen“ NPD, diente nicht zuletzt als allgemeine Richtschnur, nach der sich die Prioritäten damals anfangen zu verschieben. Das Papier verzichtete einerseits auf eine eindeutige Profilierung als „systemfeindlich“ und schickte

---

<sup>1497</sup> Vgl. NPD-Parteivorstand (Hrsg.): Programm von 1996, S. 12.

<sup>1498</sup> Vgl. a.a.O., S. 12 und S.17.

<sup>1499</sup> A.a.O., S. 17.

<sup>1500</sup> Vgl. a.a.O., S. 17/18.

<sup>1501</sup> Vgl. a.a.O., S. 13.

<sup>1502</sup> Ebd.

<sup>1503</sup> Vgl. a.a.O., S. 14.

<sup>1504</sup> A.a.O., S. 17.

<sup>1505</sup> Vgl. a.a.O., S. 16/17.

sich an, die erkennbar ausländerfeindlichen Passagen durch ethnopluralistische Phrasen zu verschleiern; suggerierte andererseits aber schon verschiedentlich – durch die drastischere Wortwahl, den in den vorgebrachten Patentlösungen anklingenden Sozialpopulismus und die angedeutete Parlamentarismusfeindlichkeit<sup>1506</sup> – ein elementar verändertes Selbstverständnis. Mithin avancierten völkischer Nationalismus und Kollektivismus mehr und mehr zu den vorherrschenden Komponenten des weltanschaulichen Kerns<sup>1507</sup>, die in Kombination mit der signifikanten autoritären Mentalität der Partei auf alle anderen Politikfelder abfärbten und sich schlussendlich vor allem durch dezidiert antipluralistische, antiliberalen und antiegalitaristische Positionen auszeichneten.

Wenngleich die Nationaldemokraten die wörtliche Nennung des Sozialismusbegriffs – vermutlich um die Verbotsgefahr zu mindern und den Sammlungsgedanken wiederzubeleben<sup>1508</sup> – vermieden, wichen die in der Vergangenheit dominierenden deutschnational-nationalkonservativen Prinzipien vorwiegend nationalsozialistischen Perspektiven<sup>1509</sup>. Verkürzt dargestellt war die wärmende Geborgenheit der harmonischen, da national homogenen Gemeinschaft mittlerweile das höchste Gut, das der starke Staat hinlänglich zu schützen hatte. Dagegen stilisierte man die kalte, materialistische und multikulturalisierte Gesellschaft mitsamt der mutmaßlich dahintersteckenden Globalisierung zu kategorischen Feindbildern und Gefährdungsszenarien, so dass diese „Angstmobilisierungsideologie“<sup>1510</sup> im Grunde keine Farben mehr kannte, sondern nur schwarz und weiß, drinnen und draußen, Angehörige und Fremde.

### 7.7. „Aktionsprogramm für ein besseres Deutschland“

Mit der nachhaltigen Radikalisierung, der neuen Strategie und der Selbstdefinition als Speerspitze des „Nationalen Widerstands“ nahmen die Mitgliedszahlen und Wahlergebnisse der NPD allmählich wieder zu – und mit der Relevanz wuchs augenscheinlich auch die Sanktionsgefahr. Angesichts des bereits im Vorjahr eingeleiteten Verbotsverfahrens<sup>1511</sup> erschien die Veröffentlichung des „Aktionsprogramms für ein

---

<sup>1506</sup> Im gesamten Manuskript wurde genau ein einziges Mal von einem „Notparlament“ gesprochen, das im Verteidigungsfall entscheidend sein sollte. Davon abgesehen schrieb man die Kompetenz zur „Kontrolle der Machtinhaber“ sowieso nicht der Volksvertretung, sondern augenscheinlich dem Volk selbst zu. Vgl. NPD-Parteivorstand (Hrsg.): Programm von 1996, S. 7 und S. 18.

<sup>1507</sup> Vgl. Pfahl-Traughber: „Zweiter Frühling“ der NPD, S. 36/37.

<sup>1508</sup> Vgl. Kailitz: Nationalsozialistische Ideologie der NPD, S. 341.

<sup>1509</sup> Vgl. Ders.: Nationalsozialistisches Vertreibungs- und Nationalisierungsprojekt der NPD, S. 44.

<sup>1510</sup> Erb, Rainer/Kohlstruck, Michael: Die Funktionen von Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit für die rechtsextreme Bewegung. In: Braun, Stephan/Geisler, Alexander/Gerster, Martin (Hrsg.): Strategien der extremen Rechten. Hintergründe – Analysen – Antworten. Wiesbaden, 2009, S. 419-439, S. 421.

<sup>1511</sup> Siehe Kapitel 6.3.3.

besseres Deutschland“<sup>1512</sup> 2002 jedoch nicht bloß deshalb bemerkenswert, weil jene Standortbestimmung mit beinahe 80 Seiten die bis dato mit Abstand detaillierteste war. Denn inhaltlich konnte das wohl vornehmlich als Demonstration von Politikfähigkeit gedachte Papier kaum als innovativ gelten. Die in die Defensive geratenen Nationaldemokraten knüpften vielmehr direkt an das „Programm von 1996“ an, konkretisierten und verschärften dessen Positionen allerdings in gravierendem, gelegentlich an Volksverhetzung grenzendem Maße, was in dieser Phase äußerst gewagt anmutete.

Praktisch sinnbildlich dafür erklärte sich die NPD schon im etwa einseitigen Vorwort des Vorsitzenden kurzerhand zur einzigen echten Alternative zu den etablierten Parteien<sup>1513</sup>, kritisierte und dramatisierte daraufhin in einem kaum weniger knappen Vorspann die von selbigen vermeintlich zu verantwortenden Missstände in Deutschland<sup>1514</sup>, um in den weiteren Ausführungen schließlich eigene Antworten zu erarbeiten und die klare sozial- und wirtschaftspolitische Ausrichtung in den Mittelpunkt zu schieben. Grundlegende Aspekte der nationaldemokratischen Argumentation waren die durchgängige völkische Gemeinschaftsfixierung, Ausländer- und Globalisierungsfeindlichkeit, vehementer Antiamerikanismus und Antikapitalismus. Sprachlich gestaltete sich das Manuskript derweil sehr aggressiv, wobei sich die nationalrevolutionäre Stoßrichtung nicht selten darin äußerte, dass man die gegebenen Verhältnisse mit abwertendem Vokabular und nahezu ausschließlich als Verfallserscheinungen abbildete<sup>1515</sup>. Geradezu musterhaft dafür war die vordergründig sachliche, da scheinbar statistisch verbürgte Gegenüberstellung der multikulturellen Gesellschaft mit der „multikriminelle[n] Wirklichkeit“<sup>1516</sup>.

Im Prinzip war das darin mitschwingende Weltbild ausgesprochen simpel strukturiert; man sah den ausufernden Liberalismus der modernen Industrienationen als Wurzel sämtlicher Probleme und die Wiederherstellung der solidarischen Volksgemeinschaft schlichtweg als deren naheliegendste Lösung<sup>1517</sup>. Der speziell von Medien und Werbung suggerierte Konsumzwang degradiere den Einzelnen zur widerstandslos ausbeutbaren Masse, die ständig miteinander konkurrieren müsse und darüber, so die NPD, zur „kalten, anonymen,

---

<sup>1512</sup> Vgl. NPD-Parteivorstand (Hrsg.): Aktionsprogramm für ein besseres Deutschland. Berlin, 2002.

<sup>1513</sup> Vgl. a.a.O., S. 7.

<sup>1514</sup> Vgl. a.a.O., S. 8.

<sup>1515</sup> Zum Beispiel desavouierte die NPD die damalige „rot-grüne“ Bundesregierung als „Schröder-Regime“ und reduzierte die Bundesrepublik ansonsten ausnahmslos auf die Abkürzung „BRD“ – stellenweise auch verbunden mit dem Attribut „realexistierend“, was wohl suggerieren sollte, dass diese mit der SED-Diktatur in der vormaligen DDR auf der selben Stufe stehe. Vgl. a.a.O., S. 14 und S. 24/24.

<sup>1516</sup> A.a.O., S. 37.

<sup>1517</sup> Vgl. a.a.O., S. 11/12.

wertefreien Ellenbogengesellschaft“<sup>1518</sup> degeneriere, was sich in verheerenden Nebeneffekten wie Einsamkeit und Drogenmissbrauch, Kriminalität und Korruption ausdrücke. Erst durch den von den „Monopolparteien“ angestoßenen „multikulturellen Wahnsinn“<sup>1519</sup>, also die absichtsvolle Einbindung ausländischer Einflüsse, werde diese identitätszersetzende Entwicklung indessen irreversibel<sup>1520</sup>. Geborgenheit, Wohlbefinden und Glück verspreche hingegen allein die homogene Gemeinschaft, zu deren Schutz die Nationaldemokraten daher anregten, die Weiterexistenz des deutschen Volkes als Primärziel des Staates in die Präambel des Grundgesetzes aufzunehmen<sup>1521</sup>. Was die Diskriminierung von Menschen mit Migrationshintergrund mithin nicht nur legalisieren, sondern letztlich salonfähig machen würde.

Dazu stellten die Rechtsextremisten den „5-Punkte-Plan zur Rückführung der Ausländer“<sup>1522</sup> vor, der darauf abzielte, deren vollständige Abschiebung durch die systematische Verdrängung aus dem Alltagsleben vorzubereiten: So schlug die NPD vor, alle Integrationsmaßnahmen zu stoppen, Immigranten vom Arbeitsmarkt zu verbannen und aus den Renten- und Sozialversicherungssystemen auszugliedern, Nichtdeutschen außerdem das Recht auf Immobilienbesitz abzuerkennen, die Regelungen zur Aufenthaltsdauer zu verkürzen und den Asylrechtsparagrafen zu streichen<sup>1523</sup>. Zur Finanzierung dieses Projekts wollten die Nationaldemokraten sowohl von den als „Fremden“ ausgemachten Personengruppen als auch von denjenigen Firmen, die selbige dennoch anheuern, spezifische „Rückführungsabgaben“ verlangen<sup>1524</sup> – die viel wichtigere Frage, inwiefern die derart stigmatisierten Leute selbst an der aufgezwungenen Rückkehr in die Länder ihrer Vorfahren interessiert wären, stand dagegen nicht zur Debatte. Gleichwohl wirkte das heikle Vorhaben millionenfacher Deportationen höchstens durch massive Gewaltanwendung vorstellbar, was im Gegenzug vermutlich die Vergabe von „Deutschennachweisen“ voraussetzte<sup>1525</sup>. Die Tendenz, sich geradewegs in einer selbst geschaffenen „Terrorspirale“<sup>1526</sup> zu verstricken, war damit genauso evident wie eine gewisse geistige Nähe zu den Verbrechen des Nationalsozialismus.

Zumal die NPD wie schon das NS-Regime spürbar danach strebte, die Deutschen durch großzügige wohlfahrtsstaatliche Zugeständnisse für sich zu gewinnen. Getreu dem

---

<sup>1518</sup> NPD-Parteivorstand (Hrsg.): Aktionsprogramm, S. 11.

<sup>1519</sup> A.a.O., S. 10.

<sup>1520</sup> Vgl. a.a.O., S. 11.

<sup>1521</sup> Vgl. a.a.O., S. 48.

<sup>1522</sup> A.a.O., S. 13.

<sup>1523</sup> Vgl. a.a.O., S. 13/14.

<sup>1524</sup> Vgl. a.a.O., S. 13 und S. 21.

<sup>1525</sup> Vgl. Kailitz: Nationalsozialistisches Vertreibungs- und Nationalisierungsprojekt der NPD, S. 46/47.

<sup>1526</sup> A.a.O., S. 47.



sozialpopulistischen Grundsatz „deutsches Geld für deutsche Aufgaben“<sup>1527</sup> sollten die durch den Ausschluss der Ausländer disponiblen Mittel sogleich wieder in die Volksgemeinschaft investiert werden. Innerhalb der nationaldemokratischen Ideologie zeigten sich die Momente der Vertreibung und der Vereinnahmung somit als zwei Seiten der selben Medaille. Hingegen blieb gänzlich dahingestellt, inwieweit die darüber verfügbar gemachten Haushaltsposten zur Amortisierung der geplanten bevölkerungspolitischen Anreize überhaupt genügen würden: Abgesehen von dem verbrieften Anspruch auf Arbeit<sup>1528</sup>, Mindestlöhnen<sup>1529</sup> und Steuervergünstigungen<sup>1530</sup> warb man nämlich an vorderster Stelle mit ausschweifenden Leistungspaketen zur Familienförderung<sup>1531</sup> – wohlgernekt verstanden im archaischen Sinne der auf Fortpflanzung ausgelegten Verbindung von Mann und Frau; abweichende Formen von Lebensgemeinschaften wurden ausdrücklich abgelehnt<sup>1532</sup>.

Der ausgeprägte völkische Habitus machte natürlich auch vor dem anderen Hauptagitationsfeld, der Wirtschaftspolitik, nicht Halt. Die NPD schmähte die Globalisierung als den Motor der anschwellenden Missstände, der durch die rigorose „Vernichtung von nationalen und sozialen Kontrollmechanismen“<sup>1533</sup> regelmäßig dafür Sorge, dass die staatliche Gewalt anstelle des Volkes „von wenigen Kapitalisten“<sup>1534</sup> und deren „Komplizen“ in Kreisen der „Kartellpolitiker“ ausgehe. Der Gegenentwurf reduzierte sich dann abermals auf das relativ schwammige Gebilde der „raumorientierten Volkswirtschaft“<sup>1535</sup>:

„Wir Nationaldemokraten setzen den Globalisierungsfanatikern eine am heimischen Lebensraum der Menschen orientierte, vielseitige und ausgewogene soziale Volkswirtschaft entgegen. Der einzelne Mensch muß in seiner Heimat Arbeit finden und diese Arbeit als etwas Wichtiges und Höheres begreifen, welches Fortbestand und Weiterentwicklung seiner Familie, seines Volkes und seiner Nation durch seinen persönlichen Einsatz garantiert. (...) Die Wirtschaft darf unsere Umwelt nicht zerstören und unsere Bevölkerung nicht entfremden. Grund und Boden sind und bleiben immer Eigentum des deutschen Volkes und dürfen nicht an Ausländer veräußert werden. Solidarprinzip, soziale Gerechtigkeit, gemeinsame

---

<sup>1527</sup> NPD-Parteivorstand (Hrsg.): Aktionsprogramm, S. 13.

<sup>1528</sup> Vgl. a.a.O., S. 20.

<sup>1529</sup> Vgl. a.a.O., S. 23.

<sup>1530</sup> Vgl. a.a.O., S. 23-25.

<sup>1531</sup> Vgl. a.a.O., S. 31-33.

<sup>1532</sup> Vgl. a.a.O., S. 35.

<sup>1533</sup> A.a.O., S. 18.

<sup>1534</sup> A.a.O., S. 19.

<sup>1535</sup> Gleichwohl die NPD 2006 sogar eine mehr als 130-seitige Informationsbroschüre zu den „Grundlagen einer nationaldemokratischen Volkswirtschaftslehre“ publizierte, in deren Vordergrund die „raumorientierte Volkswirtschaft“ stand, erscheint dieses protektionistische Idealbild auch weiterhin ebenso nebulös wie realitätsfern. Vgl. NPD-Parteivorstand (Hrsg.): Grundlagen einer nationaldemokratischen Volkswirtschaftslehre. Raumorientierte Volkswirtschaft statt „Basar-Ökonomie“. Positionspapier des Arbeitskreises Wirtschaftspolitik beim NPD-Parteivorstand. In: Profil. Nationaldemokratische Schriftenreihe, Folge 13. Berlin, 2006.

ethnische und kulturelle Entwicklung und eine raumorientierte Volkswirtschaft sind untrennbar mit dem Begriff der Volksgemeinschaft verbunden.<sup>1536</sup>

Obwohl das nationaldemokratische Modell keine komplette Verstaatlichung nach kommunistischem Vorbild wünschte, kamen der Obrigkeit darin wachsende Steuerungskompetenzen zu, um die Machenschaften der „Oligarchen“ zu konterkarieren. Andererseits ging es dabei erklärtermaßen um einen Ausgleich derart einschränkender Lenkungsvorgaben durch größtmögliche Leistungsanreize<sup>1537</sup>.

Den ersten Schritt auf diesem „Dritten Weg“ erachteten die Rechtsextremisten in der „Herstellung der Handlungshoheit auf dem eigenen Markt“<sup>1538</sup>, die neben der autonomen Regulierung von außen einfließender Waren- und Menschenströme ein ausgeklügeltes System von Schutzzöllen und Sonderabgaben einschloss<sup>1539</sup>, um Wettbewerbsgleichheit zu erreichen. Zur Konjunkturbelebung setzte die NPD ansonsten vor allem auf staatliche Kredite für den Mittelstand und Kleinbetriebe<sup>1540</sup>. Darüber hinaus drängten die Nationaldemokraten auf die Eindämmung spekulativer Kapitalflüsse<sup>1541</sup> und forderten das Ende der fortschreitenden weltwirtschaftlichen Verflechtung durch die sukzessive „Nationalisierung multinationaler Konzerne“<sup>1542</sup>, was faktisch auf deren Enteignung hinauslief, womit internationale Konflikte irgendwie vorprogrammiert schienen. Immerhin dürfte eine Verwirklichung dieser aggressiven, protektionistischen Vorgaben empfindliche Sanktionen anderer Staaten provozieren und eine exportabhängige Industrienation wie Deutschland postwendend in die Isolation manövrieren<sup>1543</sup>.

Was gewissermaßen schon so gewünscht war: Im Großen und Ganzen verachtete man die Globalisierung als machtpolitisches Instrument des amerikanischen Imperialismus, der den Völkern der Welt heutzutage das Selbstbestimmungsrecht abspenstig mache<sup>1544</sup> – und arbeitete darum darauf hin, dessen Würgegriff abzuschütteln, Deutschland abzukoppeln und vom willenslosen „Vasallen“ zum Vorreiter der Gegenbewegung aufzubauen<sup>1545</sup>. Dazu gehörte für die NPD dem Vernehmen nach erst einmal eine Abkehr von sämtlichen supranationalen Verpflichtungen durch eine eigenständige Außenpolitik, die Auflösung der

---

<sup>1536</sup> NPD-Parteivorstand (Hrsg.): Aktionsprogramm, S. 19.

<sup>1537</sup> Vgl. a.a.O., S. 19/20.

<sup>1538</sup> A.a.O., S. 20.

<sup>1539</sup> Vgl. a.a.O., S. 20/21.

<sup>1540</sup> Vgl. a.a.O., S. 25/26.

<sup>1541</sup> Vgl. a.a.O., S. 22.

<sup>1542</sup> A.a.O., S. 21.

<sup>1543</sup> Vgl. Brodkorb, Mathias: Die Globalisierung als Angriff auf die Volksgemeinschaft. Über Postmoderne, Ethnopluralismus und die NPD in einer globalisierten Weltwirtschaft. In: Ders./Schlotmann, Volker (Hrsg.): Provokation als Prinzip. Die NPD im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern. Schwerin, 2008, S. 155-195, S. 187; Van Hüllen: Rechtsextremes Bündnis, S. 65/66.

<sup>1544</sup> Vgl. NPD-Parteivorstand (Hrsg.): Aktionsprogramm, S. 51.

<sup>1545</sup> Vgl. a.a.O., S. 54/55.

NATO<sup>1546</sup> und die Aufrüstung mit eigenen Atomwaffen<sup>1547</sup> sowie eine Neugestaltung und Dezentralisierung der „EU-Diktatur“<sup>1548</sup> zu einem selbstbewussten Europa in seiner „gewachsenen Struktur“<sup>1549</sup>, in dem starke Nationalstaaten wieder „Schutz und Schild seines Volkstums“<sup>1550</sup> seien.

„Die NPD (...) befürwortet die Welt der tausend Völker und lehnt die Vereinheitlichung der Welt in einem ‚multikulturellen‘ Einheitsbrei ab. Statt einer ‚Weltordnung‘ strebt sie, angelehnt an das Subsidiaritätsprinzip, eine großräumpolitische Ordnung mit grundsätzlichem Interventionsverbot für raumfremde Mächte an. Somit ist die NPD eine Kraft, die der nationalen Emanzipation und dem Sieg von Freiheit, nationaler Souveränität und Völkerrecht dient.“<sup>1551</sup>

Nachdem die Nationaldemokraten die Drahtzieher der so genannten „One-World-Strategie“<sup>1552</sup> Washingtons in den Weltwirtschaftszentren der „Ostküste“<sup>1553</sup> wähten, die gemäß der szeneeintern gängigen Verschwörungstheorien von geldgierigen Juden gesteuert werden, schlugen sich in deren Ablehnung nebenbei schemenhafte Ansätze von Antisemitismus nieder<sup>1554</sup>.

Im Übrigen war das ausnahmslos abschätzige Meinungsbild der NPD im Hinblick auf die USA keineswegs allein wirtschafts- und außenpolitischer Natur, was auch in den vielen kulturpessimistischen Haltungen zu „Hollywood“ und den mutmaßlich manipulativen Werken der dortigen Unterhaltungsindustrie anklang<sup>1555</sup>. Im Wesentlichen verbarg sich dahinter die strikte Missbilligung des Werteverständnisses des dadurch symbolisierten Westens<sup>1556</sup>: Denn eigentlich liefen dessen „liberalkapitalistische“ Fundamente – insbesondere das universalistische, von ethnischen Faktoren vollkommen unabhängige Menschenrechtsverständnis und die vordringlichen individuellen Freiheiten – dem „lebensrichtigen“ Menschenbild der Nationaldemokraten diametral entgegen. Anderweitige Auffassungen waren mit deren Absolutheitsansprüchen nicht zu vereinbaren. Dazu kam, dass sich die NPD zu den meisten Sachfragen ausführlich positionierte, das präferierte politische System aber kaum mehr als anriss. Altbewährte Standpunkte wie die Stärkung der Macht des Präsidenten und der Ausbau direktdemokratischer Mechanismen<sup>1557</sup>, die Aufhebung von Gewaltenschränkungen<sup>1558</sup> und

---

<sup>1546</sup> Vgl. NPD-Parteivorstand (Hrsg.): Aktionsprogramm, S. 54.

<sup>1547</sup> Vgl. a.a.O., S. 77.

<sup>1548</sup> Vgl. a.a.O., S. 64-66.

<sup>1549</sup> A.a.O., S. 65.

<sup>1550</sup> Ebd.

<sup>1551</sup> A.a.O., S. 53.

<sup>1552</sup> A.a.O., S. 76.

<sup>1553</sup> Vgl. a.a.O., S. 50.

<sup>1554</sup> Vgl. Van Hüllen: Rechtsextremes Bündnis, S. 52/53.

<sup>1555</sup> Vgl. NPD-Parteivorstand (Hrsg.): Aktionsprogramm, S. 11, S. 38 und S. 59.

<sup>1556</sup> Vgl. Kailitz: Nationalsozialistische Ideologie der NPD, S. 350.

<sup>1557</sup> Vgl. NPD-Parteivorstand (Hrsg.): Aktionsprogramm, S. 45.

<sup>1558</sup> Vgl. a.a.O., S. 44/45.

„Gleichschaltung“<sup>1559</sup> der Medien, um das Gewicht der „Altparteien“ zu verringern, waren in vorderhand wenig verfängliche Phrasen verpackt. Zwischen den Zeilen schimmerte trotzdem durch, dass ein Vollzug der nationaldemokratischen Zielsetzungen wahrscheinlich eher in eine totalitäre als in eine autoritäre Verfassungsform münden würde<sup>1560</sup> – und das nicht nur aufgrund der skizzierten ausländerfeindlichen Zwangsmaßnahmen. Nachdem man den etablierten Konkurrenten sowieso allenthalben die Kompetenz absprach, ließ sich schlechterdings nicht davon ausgehen, dass selbige in einem rechtsextremistisch regierten, monistischen Kollektiv länger aktiv sein dürften<sup>1561</sup>. Der imaginäre „Volkswille“ sollte in der Volksgemeinschaft kulminieren; für Pluralismus und Parlamentarismus schien insofern kein Platz mehr.

Hinzu gesellten sich weitere Verdachtsmomente, aus denen gegebenenfalls diktatorische Herrschaftsmethoden abzuleiten waren. Vorneweg schwebten der Partei zum Thema Verbrechensbekämpfung neben strengeren Grenzkontrollen und steigender Polizeipräsenz drakonische Verfahrensweisen vor, deren Gipfel die Wiedereinführung der Todesstrafe darstellte<sup>1562</sup>. Da die Volksgemeinschaft an sich noch nicht ausreichte, um jegliche Form von Kriminalität auszuschließen<sup>1563</sup>, war die NPD für vorbeugende Abschreckungs- und Disziplinierungsmaßnahmen und wollte „Faule und Kranke“, sprich Drogensüchtige und andere Delinquenten, durch den neu zu schaffenden staatlichen Arbeitsdienst zum Naturschutzeinsatz verpflichten<sup>1564</sup>. Gleichzeitig plädierte man für eine Außerkraftsetzung des „Gesinnungsstrafrechts“ und die Abschaffung der politisch motivierten, Anhänger des „Nationalen Widerstands“ einseitig diskriminierenden Verfassungsschutzämter<sup>1565</sup>. Mit Blick auf die Bundeswehr vertraten die Nationaldemokraten die Ansicht, die Streitkräfte müssten jederzeit im Stande sein, „Angreifer von Außen und Innen“<sup>1566</sup> abzuwehren, wobei dem letztgenannten Szenario jedoch – im Gegensatz zum Grundgesetz – die legal verbindliche Benennung dazugehöriger Notstandsbestimmungen abging, was alarmierende Interpretationsspielräume aufwarf und Willkür nicht ausschloss.

---

<sup>1559</sup> NPD-Parteivorstand (Hrsg.): Aktionsprogramm, S. 47.

<sup>1560</sup> Vgl. Kailitz: Nationalsozialistische Ideologie der NPD, S. 351.

<sup>1561</sup> Vgl. a.a.O., S. 351/352.

<sup>1562</sup> Vgl. NPD-Parteivorstand (Hrsg.): Aktionsprogramm, S. 41.

<sup>1563</sup> Vgl. ebd.

<sup>1564</sup> Vgl. a.a.O., S. 74.

<sup>1565</sup> Vgl. a.a.O., S. 46/47.

<sup>1566</sup> A.a.O., S. 77.

Abschließend betrachtet beinhaltet das „Aktionsprogramm“ ergo ein breites Sammelsurium ebenso eindeutiger wie bedenklicher Auffassungen, die in eine völkisch-nationalsozialistische Grundausrichtung von beachtlicher Geschlossenheit und ein beinahe manisches Schwarz-Weiß-Denken eingefasst waren. Auch wenn sich die NPD in diesem Maßnahmenkatalog selbst nicht wörtlich als „systemfeindlich“ verortete, sprachen die ständigen Animositäten gegen die geltenden Verhältnisse und deren Aushängeschilder in Verbindung mit den dogmatisch verfochtenen nationalrevolutionären Alternativentwürfen gemeinhin für sich. Vordergründige Neuerungen wie die antikapitalistisch aufgeladene Globalisierungskritik und die Verzerrung der multikulturellen zur „multikriminellen“ Gesellschaft dienten den Nationaldemokraten als negative Gegenpole für die Verherrlichung der Volksgemeinschaft – und avancierten darüber nachgerade zu „Ideologieverstärkern“<sup>1567</sup>. Nichtsdestotrotz entsprach das daraus resultierende Ansinnen der „Ausländerrückführung“ in der Nahaufnahme bestenfalls einer weniger radikal daherkommenden, weil etwas komplexer begründeten Variante des klassischen „Ausländer raus!“-Motivs<sup>1568</sup>.

### **7.8. „Arbeit. Familie. Vaterland.“**

Nachdem das „Aktionsprogramm“ dem Wesen nach eher einer ergänzenden Aneinanderreihung von Anwendungsbeispielen denn einer vollwertigen und eigenständigen Standortbestimmung entsprochen hatte, verabschiedeten die Nationaldemokraten im Juni 2010 eine Art Fortschreibung und Aktualisierung des Vorgängers von 1996, deren eingängige Schlagzeile „Arbeit. Familie. Vaterland.“<sup>1569</sup> den hohen Stellenwert der Wirtschafts- und Sozialpolitik nochmals erhärtete. Mithin blieb dieses Papier auch nach der in den darauffolgenden Monaten bewerkstelligten Verschmelzung mit der DVU der bis dato bindende Maßstab der bloß dem Namen nach „neuen“ Partei „NPD – Die Volksunion“<sup>1570</sup>. Inhaltlich erweist sich die vergleichsweise dünne Konzeptionsschrift, die nur eine etwa einseitige Präambel zu den wichtigsten Prinzipien sowie daran angelehnte Positionierungen zu an die 20 Politikfeldern enthält, aber weitgehend als Kompromisslösung auf Kosten echter Innovationen. Wenngleich man sich darin vordergründig moderater ausdrückt, die antikapitalistischen Spitzen abschwächt und sich ansonsten viele Spielräume wahrt, um die verschiedenen innerparteilichen

---

<sup>1567</sup> Hartleb: (Anti-)Globalisierungsdiskurs der NPD, S. 176.

<sup>1568</sup> Vgl. Pfahl-Traughber: „Zweiter Frühling“ der NPD, S. 40.

<sup>1569</sup> Vgl. NPD-Parteivorstand (Hrsg.): Arbeit. Familie. Vaterland. 1. Auflage. Berlin, 2010.

<sup>1570</sup> Siehe Kapitel 6.3.11.

Strömungen nicht zu verstimmen, ist die ausgeprägte völkisch-nationalsozialistische Stoßrichtung nach wie vor nicht zu verkennen.

Immerhin stellen die Nationaldemokraten schon im Vorspann die obligatorische Frage von „Sein oder Nichtsein des deutschen Volkes“<sup>1571</sup> in den Fokus und verknüpfen dessen Schicksal mit dem Dreiklang der Sicherung nationaler Identität, Souveränität und Solidarität. Vor diesem Hintergrund geriert sich die NPD ausdrücklich als „die soziale Heimatpartei“<sup>1572</sup>, gleichwohl dieses Motto als amtlicher Namenszusatz wie gesagt am Votum der Mitglieder gescheitert war<sup>1573</sup>. Unweigerlich drehen sich die Ausführungen daher vorwiegend um die Ablehnung der Überfremdung sowie die Ausarbeitung vorgeblicher Alternativen. Zumal man die anvisierte Volksgemeinschaft im strikten Gegensatz zu den modernen Gesellschaften der westlichen Industrieländer wähnt, weil selbige im Zuge der Globalisierung zu „materielle[n] Zweckverbände[n]“ degenerieren würden, denen angeblich sämtliche Gemeinschaftswerte abgehen und denen durch das ständige Gegeneinander im Inneren alsbald „Zerreißproben“ winken<sup>1574</sup>. Die multikulturelle Idee sei somit grundsätzlich „gescheitert“ und der Versuch der Integration demgegenüber nicht nur „menschenfeindlich“, sondern „gleichbedeutend mit Völkermord“<sup>1575</sup>.

Ausländern gebührt in den Augen der Rechtsextremisten deswegen generell kein dauerhaftes Aufenthaltsrecht; die durch gezielte gesetzliche Vorkehrungen zu gewährleisten „Rückkehrpflicht“ genieße klaren Vorrang<sup>1576</sup>. Folglich seien alle als Nichtdeutsche ausgemachten Leute aus den sozialen Netzen auszugliedern und vor der Vertreibung in die Länder ihrer Vorfahren in spezifischen Fonds aufzufangen, deren Finanzierung die Nationaldemokraten den „Fremdarbeitern“ selbst sowie denjenigen Firmen aufbürden wollen, die diese anheuern<sup>1577</sup>. Zur Begründung solch schwerwiegender Maßnahmen schwadroniert die NPD erst über die steigenden „auswärtigen Bedrohungen“ der einheimischen Bevölkerung durch von den etablierten Bundestagsparteien „eingeschleuste“ und nicht selten eingebürgerte Menschen mit Migrationshintergrund, um dem dann aktionistisches Blendwerk wie eine verschärfte „Beobachtung und Beseitigung sozialer und ethnischer Brennpunkte“ in den Ballungszentren entgegenzusetzen<sup>1578</sup>. Die

---

<sup>1571</sup> NPD-Parteivorstand (Hrsg.): Arbeit. Familie. Vaterland., S. 5.

<sup>1572</sup> Ebd.

<sup>1573</sup> Siehe Kapitel 6.3.11.

<sup>1574</sup> Vgl. NPD-Parteivorstand (Hrsg.): Arbeit. Familie. Vaterland., S. 6.

<sup>1575</sup> Vgl. a.a.O., S. 12/13.

<sup>1576</sup> Vgl. a.a.O., S. 12.

<sup>1577</sup> Vgl. a.a.O., S. 11.

<sup>1578</sup> Vgl. a.a.O., S. 18.

Dramatisierung vorhandener Probleme, das Spiel mit Sorgen, Ängsten und Abneigungen und die Darbietung von Patentlösungen werden dadurch zu dezidierten Argumentationsketten verknüpft:

„Deutschland befindet sich schon längst im Zustand eines Vorbürgerkriegs, der den Deutschen durch die Einführung einer ‚multikulturellen‘ Gesellschaft aufgezwungen wurde. Deshalb wird Deutschland nicht in aller Welt, sondern in seinen Großstädten verteidigt.“<sup>1579</sup>

Aufgrund dessen verlangt man weiterhin, das im Sinne von Blut und Boden verstandene Abstammungsprinzip wieder zur Basis des Staatsbürgerschaftsrechts zu machen<sup>1580</sup>. Vielfalt gilt in der dementsprechend geschlossenen Volksgemeinschaft lediglich in Bezug auf genuine landsmannschaftliche Verschiedenheiten – wie zum Beispiel durch Dialekte<sup>1581</sup> – als wünschenswert.

Die Obhut im Hinblick auf die Wahrung der Homogenität und das Wohl des Ganzen sprechen die Nationaldemokraten derweil abermals der Obrigkeit zu, die als Garant sozialer Gerechtigkeit über den demnach schädlichen Gruppeninteressen stehe<sup>1582</sup>. Zu deren elementaren Funktionen und Leistungen gehöre eine großzügige Förderung der explizit deutschen Familie, womit hauptsächlich eine der Fortpflanzung dienende, eheliche Verbindung von Mann und Frau gemeint ist – homosexuelle Lebenspartnerschaften dürften hingegen nicht gesponsert werden<sup>1583</sup>. Andererseits schwebt der NPD sozialpolitisch eine einheitliche Grundversorgung vor, die in erster Linie „ein Grundrecht und kein Luxus“ darstellen müsse, weshalb man etwa den komplexen Apparat des Gesundheitswesens massiv einzuebnen und durch eine einzige, die Gesamtbevölkerung erfassende „Volksgesundheitskasse“ zu ersetzen erwägt<sup>1584</sup>. Die geplante Reform des Rentensystems zur „Volksrente“ geht in die selbe, standardisierende und gleichmacherische Richtung<sup>1585</sup>. Der starke Staat soll seine Kompetenzen insofern auf immer mehr infrastrukturelle Schlüsselbereiche ausdehnen und mittelfristig die Kontrolle über alle Krankenhäuser, die Strom- und Wasserzufuhr und den Nahverkehr ausüben<sup>1586</sup>.

Auch die wirtschaftspolitischen Auffassungen werden von diesen wettbewerbsfeindlichen Ansätzen durchzogen. Im Kern wenden sich die Nationaldemokraten gegen die „weltweite Konkurrenzsituation“, global agierende Konzerne und spekulative Kapitalbeteiligungen, die strafrechtlich zu ahnden seien, und sprechen sich stattdessen für die davon

---

<sup>1579</sup> NPD-Parteivorstand (Hrsg.): Arbeit. Familie. Vaterland., S. 18.

<sup>1580</sup> Vgl. a.a.O., S. 12.

<sup>1581</sup> Vgl. a.a.O., S. 17.

<sup>1582</sup> Vgl. a.a.O., S. 7.

<sup>1583</sup> Vgl. a.a.O., S. 6/7.

<sup>1584</sup> Vgl. a.a.O., S. 11/12.

<sup>1585</sup> Vgl. a.a.O., S. 12.

<sup>1586</sup> Vgl. a.a.O., S. 11.

abgekoppelte, weitgehend autarke und aktiv gestaltete, „solidarische Wirtschaftsordnung“ aus, die sich größtenteils auf die Konsolidierung des Mittelstands als Motor stütze<sup>1587</sup>. Das vage Modell der „raumorientierten Volkswirtschaft“ wird dafür durch das dezentralisierende Moment „regionaler Wirtschaftskreisläufe“ vervollständigt:

„Die NPD fordert eine am heimischen Lebensraum und am Bedarf der Menschen orientierte, vielseitige und ausgewogene soziale Volkswirtschaft, die ihren Schwerpunkt nicht in der einseitigen Exportorientierung, sondern in der Stärkung der Binnenwirtschaft sieht. Innerhalb der raumorientierten Volkswirtschaft werden regionale Wirtschaftskreisläufe gefördert, um Beschäftigung und Kaufkraft im Land zu sichern. Die grundlegenden Bedürfnisse sollen in den heimat- und lebensnahen Wirtschaftsräumen abgedeckt werden, damit diese Räume ihre vielfältige Lebensart und Arbeitskultur wie auch ihre ökologische Integrität erhalten und entwickeln. Durch das wirtschaftspolitische Streben nach regionalen Wirtschaftskreisläufen und dezentralen Strukturen ist die dauerhafte Funktionsfähigkeit der Heimatmärkte sicherzustellen, um die Marktkräfte zum allgemeinen Wohl zur Wirkung kommen zu lassen.“<sup>1588</sup>

Allerdings erfordern die infolge der jähren Abschottung vom internationalen Warenaustausch zu erwartenden Ausfälle, Verknappungen und Stabilitätsschwankungen, die das dogmatische Schollendenken der NPD mit einiger Wahrscheinlichkeit impliziert, dass innerhalb der Volksgemeinschaft ein jeder seine Aufgaben erfüllt – um nicht zu sagen: „Jeder Deutsche hat das Recht wie auch die Pflicht zu arbeiten.“<sup>1589</sup> Wiewohl die Durchsetzung nicht näher erläutert wird, schließen solche Doppeldeutigkeiten eine subtile Drohung mit psychischem, womöglich sogar physischem Druck ein.

Getreu dieser durch und durch autoritären, antipluralistischen und antiliberalen Geisteshaltungen postulieren die Nationaldemokraten außerdem eine politische Neuordnung abseits des Grundgesetzes durch eine Volksabstimmung über einen von einer Nationalversammlung auszuarbeitenden Verfassungsentwurf<sup>1590</sup>:

„Weil die Herrschenden dem eigenen Volk mißtrauen, verfügt die Bundesrepublik bis heute über keine demokratisch legitimierte Verfassung. Das Grundgesetz beruht nicht auf dem Prinzip der Volkssouveränität, da das Volk darüber bis heute nie abstimmen durfte. Auch Artikel 146 des Grundgesetzes besagt, daß die Verfassungsgeschichte der Deutschen noch nicht ihr Ende gefunden hat. Das ‚Zwei plus Vier‘-Abkommen hat keine deutsche Souveränität hergestellt.“<sup>1591</sup>

Gewissermaßen vermag man die resolute Gegnerschaft zur Bundesrepublik mithilfe derart vorgeschobener Beweisführungen auf rechtlich nicht anfechtbarem Boden zu artikulieren. Statt des verhassten Parlamentarismus erstrebt die Partei nämlich augenscheinlich eine Präsidialverfassung, die neben der Direktwahl eines mit erheblich mehr Machtbefugnissen ausgestatteten Staatsoberhauptes eine extensive Praxis der Durchführung von Plebisziten vorsieht<sup>1592</sup>. Den Vertretern der bisherigen „Systemparteien“ prophezeit die NPD passend

---

<sup>1587</sup> Vgl. NPD-Parteivorstand (Hrsg.): Arbeit. Familie. Vaterland., S. 8-10.

<sup>1588</sup> A.a.O., S. 9.

<sup>1589</sup> A.a.O., S. 8.

<sup>1590</sup> Vgl. a.a.O., S. 7.

<sup>1591</sup> A.a.O., S. 13.

<sup>1592</sup> Vgl. a.a.O., S. 8.



dazu bereits im Voraus empfindliche Sanktionen. So müssten Politiker und Verwaltungsbeamte für mutmaßliche Schädigungen des „Volksvermögens“ zur Verantwortung gezogen werden und gegebenenfalls mit dem Privatbesitz dafür geradestehen<sup>1593</sup>.

Während diese Schritte dem Verneinen nach auf die Herstellung innerer Souveränität abzielen, setzt die aus nationaldemokratischer Sicht vermeintlich notwendige Wiedererlangung außenpolitischer Handlungsfähigkeit insbesondere den Verzicht auf supranationale Verpflichtungen voraus. Prinzipiell sei die Politik „einzig und allein“ an den eigenen nationalen Interessen und Prioritäten auszurichten, dürfe sich vor allem nicht mehr zum Instrument des amerikanischen Imperialismus machen<sup>1594</sup>. Demzufolge könne Deutschland kaum anders, als aus der NATO<sup>1595</sup> und aus dem „EU-Fremdbestimmungssystem“<sup>1596</sup> auszutreten und anstelle des Euro die D-Mark wieder einzuführen<sup>1597</sup>. Als Rohstofflieferanten und möglichen militärischen Alliierten nimmt die NPD indessen Russland ins Auge<sup>1598</sup>. Angesichts der revisionistischen Ausrichtung der Partei scheint diese strategische Partnerschaft dennoch schwerlich realistisch – dafür sind deren Ambitionen schlechterdings zu rigoros. Die Isolation durch die Nachbarländer wäre wohl vorprogrammiert:

„In Übereinstimmung mit dem Völkerrecht fordern wir eine Politik zur Wiedervereinigung Deutschlands innerhalb seiner geschichtlich gewachsenen Grenzen. Hierzu ist im Rahmen einer europäischen Friedensordnung ein Friedensvertrag mit den Siegermächten des Zweiten Weltkrieges abzuschließen. Bis zu diesem Zeitpunkt besteht die Pflicht, den in den abgetrennten Gebieten verbliebenen Deutschen zu helfen, ihre deutsche Kultur und ihre nationale Identität zu bewahren. So hat der Staat die Pflicht, die Vertriebenenverbände bei der Durchsetzung ihrer Interessen und bei der Wahrung von Tradition und Brauchtum zu unterstützen und das Andenken an die deutsche Heimat in besetztem Land zu bewahren. Eine deutsche Regierung hat den Vertriebenen und ihren Nachkommen zu helfen, ihr unter Bruch des Völkerrechts geraubtes Eigentum zurückzuerhalten.“<sup>1599</sup>

Den vorab erhobenen Anspruch, sich niemals in die innenpolitischen Angelegenheiten des Auslands einzumischen<sup>1600</sup>, widerlegt man damit wohlgerne selbst.

Schlussendlich kulminiert die nachgerade krankhafte Vergangenheitsfixierung in der konsequenten Verurteilung von „Schuldskult“, „deutschem Selbsthaß“ und „moralische[r] Selbstvernichtung“<sup>1601</sup>:

„Der 8. Mai 1945 war kein Tag der Befreiung, sondern der Niederlage und Besetzung unseres Landes, und er ist daher kein Anlaß für Feiern. Die zielgerichtete Bombardierung der Zivilbevölkerung, die Ermordung und

---

<sup>1593</sup> Vgl. NPD-Parteivorstand (Hrsg.): Arbeit. Familie. Vaterland., S. 18.

<sup>1594</sup> Vgl. a.a.O., S. 14.

<sup>1595</sup> Vgl. a.a.O., S. 20.

<sup>1596</sup> A.a.O., S. 10.

<sup>1597</sup> Vgl. ebd.

<sup>1598</sup> Vgl. a.a.O., S. 14.

<sup>1599</sup> Ebd.

<sup>1600</sup> Vgl. ebd.

<sup>1601</sup> Vgl. ebd.

Vertreibung von Millionen deutscher [sic!] Zivilisten nach dem Krieg und die Tötung deutscher Kriegsgefangener waren Verbrechen. Diese sind ebenso zu ahnden, wie umgekehrt Deutschland zur Rechenschaft gezogen wurde. Das Messen mit zweierlei Rechtsmaßstäben lehnen wir ab. Darüberhinaus [sic!] fordern wir die Aufhebung der Vertreibungs-Dekrete (z. B. Benesch-Dekrete) und deren Wiedergutmachung.“<sup>1602</sup>

Von solch rückwärtsgewandten, an die rechtsextremistische Stammklientel adressierten Motiven abgesehen, strengen sich die Nationaldemokraten auf anderen Sachgebieten wie der Verbrechensbekämpfung mitunter durchaus an, massenkompatibel zu wirken und mit aktuelleren, populistisch angehauchten Standpunkten um potentielle Sympathisanten zu werben. Man orientiert sich dabei offenkundig an verbreiteten Meinungsbildern, greift sozusagen den „gesunden Menschenverstand“ auf. Konkret wird vorgeschlagen, sich speziell in Sachen Drogenkriminalität von der „Kuscheljustiz“ zu verabschieden, Sexualstraftäter durch die Publikation von Namenslisten an den Pranger zu stellen sowie Kinderpornographie und ähnliche Delikte mit drakonischen Strafen zu ahnden – darunter die „Kastration von Pädophilen“<sup>1603</sup>. Daneben gibt die NPD andeutungsweise die Verteidigerin der informationellen Selbstbestimmung und insistiert auf größerer Sensibilität der Sicherheitsbehörden in der Verarbeitung und Weitergabe von Daten<sup>1604</sup>.

Zusammenfassend ist jedoch zu konstatieren, dass die Prädominanz des völkischen Nationalismus und der korrelierenden Mixtur autoritärer, antipluralistischer und antiliberaler, ausländerfeindlicher und antikapitalistischer Perspektiven auch im jüngsten Programm von 2010 das ideologische Zentrum der Nationaldemokraten ausmacht. Die „Vision eines nationalen und sozialen Volksstaates“<sup>1605</sup>, in der stellenweise eklatante antimodernistische und antiwestliche Ressentiments anklingen, mutet deshalb bisweilen wie eine allenfalls notdürftig bemäntelte Reminiszenz an das „Dritte Reich“ an. Man denke allein an die suspekten Vorstellung der stromlinienförmig aufgebauten, Widersprüche ausschließenden Volksgemeinschaft, die sich im Wesentlichen aus dem signifikanten Drang zur Vereinheitlichung der Masse sowie der systematischen Diskriminierung von Minderheiten speist. Oder an die durchgängige Staatslastigkeit der Ordnungsprinzipien, die dessen Steuerungsbefugnisse auf alle Systemebenen ausdehnt, das Primat der Politik also verabsolutiert. Hypothetisch bleibt indessen, inwieweit eine Verwirklichung dieser tendenziell bedenklichen Grundhaltungen und Vorhaben tatsächlich totalitäre Herrschaftsformen institutionalisieren würde – denn eine dahingehend bestehende Gefahr,

---

<sup>1602</sup> NPD-Parteivorstand (Hrsg.): Arbeit. Familie. Vaterland., S. 14/15.

<sup>1603</sup> Vgl. a.a.O., S. 19.

<sup>1604</sup> Vgl. ebd.

<sup>1605</sup> Voigt: Aufbruch und Einigung.

ist nicht von der Hand zu weisen. Fest steht zumindest, dass die NPD sicherlich nicht zu den Freunden der Freiheit zählt.

### **7.9. Fazit**

In dem Maße wie sich der organisatorische Werdegang der NPD von vornherein äußerst schwankend gestaltete, verlief offenkundig auch deren inhaltliche Weiterentwicklung alles andere als geradlinig. Einerseits gehörte die Diffusität der Standpunkte anfangs gleichsam zu den genuinen Erfolgsfaktoren der aufstrebenden Sammlungsbewegung, gewährte andererseits aber – durch das Nebeneinander divergierender Strömungen – gefährliche Spielräume für Disharmonien und Streitigkeiten, die mit den ausbleibenden Ergebnissen ab Ende der 60er Jahre den Niedergang anfachten. Gemäß der rechtsextremistischen Grundausrichtung reihte man damals vor allem nationalistisches, autoritäres, antipluralistisches, revisionistisches und vereinzelt volksgemeinschaftliches Gedankengut aneinander, das allerdings noch nicht durchgängig miteinander verknüpft war, wodurch der Gesamttenor relativ moderat anmutete. Die Nationaldemokraten bemühten sich, das gängige NS-Stigma abzuschütteln und als seriöse, systemimmanente bzw. staatstragende Wahlalternative aufzutreten, gaben sich dazu betont nationalkonservativ bis deutschnational und besitzbürgerlich.

In Anbetracht des ersten verheerenden Misserfolgs und der damit entbrannten Meinungsverschiedenheiten in der Anhängerschaft versuchte die NPD mit Anbruch der 70er Jahre dann notgedrungen, sich selbst neu zu erfinden, um der Abwärtsspirale zu entkommen. Die Widerstände gegen die zunächst als Imagekorrektur gedachte konservative Wende von Wertheim waren allerdings stärker als angenommen, weshalb man sich nach kaum mehr als drei Jahren gezwungen sah, dieses Intermezzo abubrechen und zu den Wurzeln zurückzukehren. Das „Düsseldorfer Programm“ griff demzufolge größtenteils altbewährte Denkmuster auf, gleichwohl sich die Partei anschickte, die Positionen zu vervollständigen und anzupassen, so dass sich das Profil gemeinhin abrundete und verfestigte. Untrügliche Anzeichen dafür waren die dezidierte Akzentuierung der Ungleichheit und die wachsende Ausländerfeindlichkeit. Nichtsdestotrotz wagten sich die Nationaldemokraten in den späten 80er Jahren abermals auf Neuland vor, verschleierten und substituierten altbewährte Maximen durch vordergründige Innovationen wie die neutralistischen und antiimperialistischen Impulse, womit sich die veränderungsskeptische Mehrheit der Mitgliederbasis wiederum sichtlich schwertat. Erhalten blieben von diesen Experimenten daher bloß wenige, variabel

interpretierbare Elemente wie beispielsweise der Ethnopluralismus – und die insgesamt desillusionierende Erkenntnis, dass Modernisierungsbestrebungen bei weitem nicht immer die bezweckten Effekte der Massenkompabilität und Wählbarkeit mit sich bringen müssen.

Hierauf sollte schon in der ersten Hälfte der 90er Jahre eine zum Teil eklatante Verschärfung des Tonfalls durch eine steigende Tendenz zur Vergangenheitsfixierung und sektiererischen Irrationalität einsetzen, mit der man endgültig in die Isolation zu steuern schien. Erst der Wechsel im Amt des Vorsitzenden gebot dem Abdriften gewissen Einhalt und gab den Ausschlag zur Erneuerung: Die NPD verlagerte die agitatorischen Schwerpunkte auf die aktuellere Wirtschafts- und Sozialpolitik und verdichtete darüber das vormals ausgesprochen vage Weltbild. Multikulturelle Gesellschaftsentwürfe und die Globalisierung dienten dabei als kulturpessimistische Negativschablonen und Gefährdungsszenarien, anhand derer sich das seither vorrangige Ziel der homogenen nationalen Gemeinschaft schon nach vergleichsweise kurzer Zeit herauskristallisieren konnte. Damit verbunden war der Schwenk von der deutschnational-nationalkonservativen zur völkisch-nationalsozialistischen Stoßrichtung. Neben der zunehmenden Geschlossenheit und Konsequenz der Gesinnungen und der immanenten Aggressivität der Ausdrucksformen zählte dieser Kurswechsel im Rückblick zweifellos zu den zentralen Aspekten in der ideologischen Radikalisierung der Nationaldemokraten.

Obwohl sich manche Forderungen und Ordnungsvorstellungen seit der Frühphase nur sporadisch verändert haben und häufig in Fragmenten, wenn nicht sogar haargenau in der selben Formulierung weiterverwandt wurden, spricht der nationalrevolutionäre Dogmatismus mit dem man diese Fundamente heute vertritt, nachgerade für sich. Denn durch den energischen Absolutheitsanspruch der NPD erhalten eigentlich „klassische“ Ansätze – wie die im „Manifest“ von 1965 eingeführte Dominanz des Staates und das Idealbild wirtschaftlicher Autarkie – einen durchaus kritischen Intensitätsgrad, der keinerlei Abweichungen mehr duldet und kombiniert mit dem kontinuierlichen Schüren von Ängsten und Vorurteilen eine eigentümliche Art von Schicksalhaftigkeit konstruiert. Folglich sehen die Nationaldemokraten den liberaldemokratischen Wettbewerb auf dem Marktplatz der Ideen per se als Fehlentwicklung an und kennen prinzipiell keine politischen Mitstreiter, sondern lediglich Feinde.

## 8. Strategisches Konzept

Das bereits 1998 verabschiedete und 2004 von drei auf vier Strategieschwerpunkte ausgedehnte bzw. vervollständigte Säulenkonzept dient der NPD bis dato als verbindliche Norm und – bei allen anderweitigen Differenzen und Streitigkeiten – im Wesentlichen absolut anerkannte Direktive auf dem Weg zum Sturz des verhassten „Systems“<sup>1606</sup>. Politik versteht die Partei demnach ausdrücklich als Krieg, dessen Kampfhandlungen sich im Prinzip auf mehreren verschiedenen, allerdings vielfach miteinander in Korrelation stehenden Ebenen vollziehen, auf denen man sich als aufstrebende, sozial aber marginale Kraft vorerst allenthalben steigenden Einfluss verschaffen muss, um mittelfristige Erfolge ausreichend vorzubereiten und abzusichern. So wurde Nachhaltigkeit für die wiedererstarkenden Nationaldemokraten zum Schlüsselbegriff. In den nachfolgenden Kapiteln wird dennoch nicht nur zu sehen und erklären sein, welche Taktiken, Methoden und Techniken die Rechtsextremisten zur Realisierung einer schleichenden Machtübernahme einzusetzen versuchen, sondern ebenso, wie sich einzelne Komponenten dieses stufenartigen Modells zum Teil direkt entgegenzuwirken und somit enorme Reibungseffekte und Kollateralschäden zu verursachen scheinen.

### 8.1. „Kampf um die Straße“

Mit der anfänglichen Konzentration auf den „Kampf um die Straße“ drängte die NPD ab 1998 vehement aus dem Schattendasein als Splittergruppierung, verabschiedete sich an vorderster Stelle vom althergebrachten Selbstverständnis als Wahlpartei und verortete sich mit dem aktionsorientierten Konzept der „NAPO“<sup>1607</sup> als Speerspitze des „Nationalen Widerstands“. Im Kern entsprang dieser Kurswechsel der Annahme, dass die zu einem dauerhaften elektoralen Aufwärtstrend erforderliche Aufmerksamkeit und Attraktivität für eine solchermaßen stigmatisierte, im sozialen Abseits stehende Kraft einzig durch ein spektakuläres Auftreten zu erreichen sei und man sich ein deutschlandweites Medienecho durch die dahingehende Mobilisierung der Anhängerschaft selbst erzwingen müsse. Die Potenzierung der Publizität durch systematische Polarisierung und steigende Präsenz stand für die Nationaldemokraten demzufolge im Mittelpunkt.

Mithin war die NPD hinsichtlich der dafür zu vereinnahmenden Zielgruppen von vornherein nicht wählerisch, hob vielmehr hervor, dass der Zweck hier die Mittel heilige:

---

<sup>1606</sup> Vgl. NPD-Parteivorstand: Strategiepapier. In: Apfel, Holger (Hrsg.): „Alles Große steht im Sturm“. Tradition und Zukunft einer nationalen Partei. 35 Jahre NPD – 30 Jahre JN. Stuttgart, 1999, S. 356-360.

<sup>1607</sup> Vgl. Voigt: Mit der NAPO in das neue Jahrtausend.

„Eine nationale Partei wie die NPD, die kaum finanzielle Förderer hat und allein auf die Einsatzbereitschaft ihrer Mitglieder und Sympathisanten angewiesen ist, kann eine Massenwirkung nur durch die Mobilisierung der Straße erreichen. Auch hier dürfen keine Tabus den Blick auf das Wesentliche trüben: Angepaßte, ‚vernünftige‘ Bürger tragen selten ihre Wut auf die Straße, auch wenn sie national denken. Sie rasonieren lieber, während die Feinde des Volkes handeln und vollendete Tatsachen schaffen. Mobilisierbar sind heute in erster Linie jene Massen von jungen Menschen, die nicht nur um ihre berufliche Zukunft, sondern auch um ihr nationales und kulturelles Selbstwertgefühl betrogen werden, die sich zu Menschen zweiter Klasse herabgewürdigt fühlen und sich wie Fremde im eigenen Land vorkommen. Wenn sich diese jungen Leute in eigenen Jugendkulturen, etwa Skinheadgruppen, zusammenschließen, so ist dies angesichts des Verfalls der Volksgemeinschaft in der BRD eine soziologische Selbstverständlichkeit, die hingenommen werden muß. Die NPD hat keine Probleme, mit solchen Gruppen zusammenzuarbeiten, wenn sie bereit sind, als politische Soldaten zu denken und zu handeln.“<sup>1608</sup>

Die staatliche Verbotschwelle gegen das neonationalsozialistische Vereinswesen, die in den Vorjahren gestartet worden war, gereichte der Partei dabei sichtlich zum Vorteil, denn dessen in die Defensive geratene Protagonisten suchten nun notgedrungen nach neuen, sanktionssichereren Plattformen<sup>1609</sup>. Während sich nicht wenige Mitglieder und Funktionäre aufgelöster Formationen daraufhin direkt den Nationaldemokraten anschlossen, die inzwischen strategisch wie ideologisch aggressiver auftraten und sich deren Vorstellungen insofern annäherten, wichen andere auf subkulturelle, autonome und strukturfreie Varianten der Weiterbetätigung aus.

Das Ergebnis war die Entstehung der Kameradschaftsszene, die sich im Kontext der Durchführung von Kundgebungen und Kampagnen – bei aller beharrlich betonten Eigenständigkeit – schnell zum bedeutendsten Kooperationspartner der NPD aufschwingen sollte, durch besagtes Engagement aber auch beträchtlichen Einfluss auf selbige ausübte. Mit der Konsequenz, dass sich schon bald diverse Köpfe dieses informellen Netzwerks den Weg in die Spitzengremien der Nationaldemokraten bahnten, was von beiden, sich bisweilen wechselseitig instrumentalisierenden Seiten begrüßt wurde, um die Kontakte und Schnittmengen zu vertiefen bzw. zu verstetigen. Dennoch entsprachen die Ausdehnung der Basis und die Anbahnung von Bündnissen, um die eigene Dominanz innerhalb der rechtsextremistischen Bewegung zu erhärten, retrospektiv nur einem von vielen Aspekten der damals initiierten „Demonstrationspolitik“<sup>1610</sup>.

### 8.1.1. Wirkungsfelder der Demonstrationspolitik

Für die NPD erfüllt die Ausrichtung von Aufmärschen eine Reihe verschiedenster Aufgaben von externer wie interner Relevanz. Nach außen dient der ausgerufene „Kampf

---

<sup>1608</sup> NPD-Parteivorstand: Strategiepapier, S. 360.

<sup>1609</sup> Siehe Kapitel 6.3.1.

<sup>1610</sup> Virchow, Fabian: Dimensionen der „Demonstrationspolitik“ der extremen Rechten in Deutschland. In: Klärner, Andreas/Kohlstruck, Michael (Hrsg.): Moderner Rechtsextremismus in Deutschland. Hamburg, 2006, S. 68-101.

um die Straße“ vor allem der Konstruktion von „Druckstimmungen“<sup>1611</sup> zur Durchbrechung der angeblich von den Meinungsmachern aufrechterhaltenen „Schweigespirale“ – und demgemäß der Steigerung der Medienpräsenz. Man verfährt dabei nach dem Motto, nur wer aufzufallen weiß, wird auch wahrgenommen. Zunächst bestätigen Demonstrationen den Menschen ganz banal die Existenz der Nationaldemokraten, bieten genuine Einblicke in deren Zielsetzungen und gewähren darüber Eingang in die gesellschaftlichen Diskurse. Mit vergleichsweise geringem Aufwand wird die Allgemeinheit geradewegs zur Auseinandersetzung mit den vorgeblichen Alternativen gezwungen, die gewohnten Ausblendungsmechanismen greifen nicht mehr. Die Rechtsextremisten wählen diesen Rahmen deswegen immer wieder zur Provokation und Profilierung, stellen Machtansprüche und verschaffen sich durch vorübergehende Raumeignungen den Platz zur Präsentation vielfältiger inhaltlicher Positionen, wobei der vordergründige Reiz schon durch die schlichte Masse der Mitwirkenden und die damit verbundene Multiplikation der individuellen Meinungsäußerung zu wachsen scheint<sup>1612</sup>. Was allerdings generell und nicht ausschließlich für Veranstaltungen des „Nationalen Widerstands“ gilt: Wenn Tausende zu einem spezifischen Gegenstand die selbe Gesinnung vertreten und durch Teilnahme an einer Großkundgebung artikulieren, sagt das noch nichts über deren eigentlichen Gehalt aus; für manche mag der davon ausgehende Verstärkereffekt nichtsdestotrotz zu einem Türöffner avancieren.

Dazu schickt sich die NPD auf diesem Gebiet regelmäßig an, die Grenzen der Meinungs- und Versammlungsfreiheit auszuloten und sukzessive auszuweiten, um schlussendlich auch rechtliche Geländegewinne für sich zu reklamieren<sup>1613</sup>. Abgesehen von sporadischen Affronts wie strafbewehrten Äußerungen bei Ansprachen sowie der spontanen Ausdehnung von Aufmarschrouten beginnt das Austesten der Obrigkeiten mitunter bereits davor bei deren Anmeldung – beispielsweise mit der bewussten Auswahl sensibler Anlässe und symbolträchtiger Orte, die neben besonderer Aufmerksamkeit und Alarmbereitschaft seitens der breiten Öffentlichkeit normalerweise behördliche Verfügungen und Auflagen mit sich bringt. Was die Verantwortlichen dem Vernehmen nach aber nicht abschreckt:

„Lediglich getreue Paladine des von den Alliierten errichteten BRD-Systems in den Amtsstuben, Polizeipräsidien und den Gerichten beeilen sich in vorseilendem Gehorsam, Großdemonstrationen der NPD und des Nationalen Widerstandes zu verbieten. Unsere Rechtsabteilung setzt mit aller Kraft dagegen,

---

<sup>1611</sup> Philippsberg: Strategie der NPD, S. 49.

<sup>1612</sup> Vgl. Virchow: Dimensionen der „Demonstrationpolitik“, S. 88/89.

<sup>1613</sup> Vgl. Virchow, Fabian: Mit welchen Themen geht die NPD auf die Straße? In: Ders./Dornbusch, Christian (Hrsg.): 88 Fragen und Antworten zur NPD. Weltanschauung, Strategie und Auftreten einer Rechtspartei – und was Demokraten dagegen tun können. Schwalbach, 2008, S. 109-111, S. 111.

doch letztlich wissen wir, daß der Kampf um Deutschland nicht juristisch entschieden wird, sondern politisch. Die selbsternannten ‚Gralshüter‘ der Demokratie werden schon bald merken, daß eine Bewegung sich nicht aufhalten läßt, deren Zeit gekommen ist.“<sup>1614</sup>

Stellenweise bauen die Nationaldemokraten daher auch auf die aufreibende Frequentierung und Festigung von Themendemonstrationen an bestimmten Schauplätzen bzw. alljährlichen Terminen. Gleichwohl die freiheitlich-demokratische Grundordnung an sich faktisch abgelehnt wird, will man deren Vorzüge andererseits voll ausschöpfen und scheut falls nötig nicht davor, selbst die Gerichte anzurufen. Erfolge bedeuten dann Etappensiege über das verhasste „System“ und bekommen vermeintliche Signalwirkung, wohingegen bei Niederlagen bloß die Märtyrerrolle bleibt.

Vermag die NPD das Veranstaltungsvorhaben nach derartigem Vorgeplänkel durchzudrücken, zieht die dazugehörige Medienberichterstattung zwischenzeitlich nicht selten die Mobilisierung zivilgesellschaftlicher Widerstände nach sich, die zwangsläufig für die Veröffentlichung zusätzlicher Meldungen sorgt. Ironischerweise nimmt das Interesse also nachgerade analog zur Größe der Gegenproteste zu. Die Partei schlägt daraus somit sogar Profit – und verlässt sich ansonsten auf die Durchsetzung des verfassungsmäßig abgesicherten Demonstrationsrechts durch die Polizei, wengleich man sich weitaus nicht dahinter versteckt. Stattdessen eilt dem durch einschlägige Dresscodes und Abzeichen, mitgeführte Spruchbänder, ostentatives Dominanzverhalten und Drohungen oftmals einschüchternden Auftreten der nationaldemokratischen Anhänger- und Sympathisantenschar eine eigentümliche, virtuelle „Aura der Gewalt“<sup>1615</sup> voraus, ohne dass deren explizite, offensive Anwendung dafür im Grunde entscheidend wäre.

In auffälligem Kontrast zu diesem martialischen Gebaren, das latente Gefahr durch Konfliktbereitschaft und Kompromisslosigkeit suggeriert, legt die NPD selbst ausgesprochenen Wert auf diszipliniertes Vorgehen: Gemeinhin versuchen die Nationaldemokraten, die aufgebotene Gefolgschaft von allen außerplanmäßigen Gesetzesüberschreitungen und Konfrontationen abzuhalten, um amtlichen Konsequenzen für die nächsten Kundgebungen vorzubeugen. Gleichzeitig strengt man sich an, sich von den manchmal nicht minder aggressiven „antifaschistischen Krawallmachern“ auf der Gegenseite abzugrenzen, die nach diesem Kalkül wohl wie die alleinigen Verursacher möglicher Vergehen und Kollateralschäden dastehen sollen<sup>1616</sup>. Infolgedessen, so die mutmaßliche Intention, muss das Image der „Linken“ ebensolche Schrammen erhalten wie

---

<sup>1614</sup> Voigt: Mit der NAPO in das neue Jahrtausend, S. 469/470.

<sup>1615</sup> Virchow: Dimensionen der „Demonstrationspolitik“, S. 93.

<sup>1616</sup> Vgl. Miliopoulos: Strategische Ansätze, Potentiale und Perspektiven der NPD, S. 127; Virchow: Dimensionen der „Demonstrationspolitik“, S. 93.



das eines Staates, der sich nicht dazu in der Lage erweist, marodierende Straftäter von den Straßen zu entfernen und darum empfindliche Legitimationsverluste erleidet<sup>1617</sup>.

Ohne steuernde Einrichtungen wie den „Ordnungsdienst“ (OD)<sup>1618</sup>, der die Veranstaltungen vor Angriffen schützt und die strikte Einhaltung der Auflagen sichert, wären derart straffe Vorgaben seitens der Organisatoren derweil nicht denkbar. Für gewöhnlich garantieren die einheitlich gekleideten Mitglieder dieser elitären, in Lagern ausgebildeten Formation auch, dass in erster Linie geschulte und vorher ausgewählte Funktionäre auf Fragen anwesender Medienvertreter antworten, das einfache „Fußvolk“ wird entsprechend abgeschirmt<sup>1619</sup>. So möchte man vermutlich nicht nur missliche Schlagzeilen verhindern. Vielmehr stellen die Abschottung von Außenstehenden, der Gesellschaft und den Gegnern wichtige identitätsstiftende Momente dar, die das Gefühl der verschworenen Gemeinschaft nähren – und dadurch die Verbindung zu den vorwiegend nach innen wirkenden Aufgaben der Demonstrationspolitik schaffen.

Denn der „Kampf um die Straße“ fungiert für die NPD anerkanntermaßen als Kontaktbörse und Klammer zu anderen Strömungen des „Nationalen Widerstands“, fördert die Netzbildung und fixiert darüber die Kooperationen mit dem Kameradschafts- und Skinheadmilieu. Wiewohl die Verbrüderung mit militanten Kräften nach außen für viele moderatere Wähler abschreckend anmuten dürfte, nimmt man diese Kosten aufgrund der augenscheinlichen Vorteile durchaus in Kauf. Die Einbindung subkultureller Elemente zeitigt nämlich nachhaltige Verjüngungs- und Dynamisierungsprozesse<sup>1620</sup> und schürt nicht zuletzt das Wachstum durch Einsteiger, sprich: Mit Aufmärschen werden neue Anhänger gewonnen und gebunden. Insbesondere für den eher diffus anpolitisierten Nachwuchs im Teenageralter ähnelt die emotional aufwühlende, für alle Welt sichtbare erste Teilnahme an einer Demonstration einem echten Initiationsritual<sup>1621</sup>, dem als Verkörperung „soldatischer

---

<sup>1617</sup> Vgl. Miliopoulos: Strategische Ansätze, Potentiale und Perspektiven der NPD, S. 128.

<sup>1618</sup> Der OD war schon in den 60er Jahren aktiv, mit Blick auf die zum Teil verheerenden Tumulte im Vorfeld der Bundestagswahl 1969 schaffte der Vorstand die Organisation aber wenig später ab. Erst mit der Konzentration auf den „Kampf um die Straße“ wurde der Verband Ende der 90er Jahre wiederbelebt.

<sup>1619</sup> In einem „Merkblatt für Interessenten“, das die NPD 2008 im Internet veröffentlichte, wurden neben einem „Mindestmaß an körperlichen und sportlichen Voraussetzungen“ sowie dem klaren Eintreten für die „nationalistische Weltanschauung“ vor allem „Zuverlässigkeit, Disziplin und Einsatzbereitschaft“ verlangt. Die Basis für diese fragwürdigen Ansprüche sollten periodisch stattfindende Ausbildungslager schaffen, die demnach primär der „charakterlichen, weltanschaulichen und fachlichen Bildung“ dienen. Vgl. NPD-Bundesordnungsdienst: Merkblatt für Interessenten. Berlin, 2008.

<sup>1620</sup> Vgl. Schulze: Viersäulenkonzept der NPD, S. 96.

<sup>1621</sup> Vgl. Erb, Rainer: Protestorganisation und Eventmanagement: Der Typus des rechtsextremen Bewegungsunternehmers. In: Klärner, Andreas/Kohlstruck, Michael (Hrsg.): Moderner Rechtsextremismus in Deutschland. Hamburg, 2006, S. 142-176, S. 165/166; Virchow: Dimensionen der „Demonstrationpolitik“, S. 83.

Männlichkeit<sup>1622</sup> eine evidente Tendenz zur Verselbständigung anhaftet. Wer diese hohe Schwelle gemeistert und den Schritt hinein in die gesellschaftlich geächtete Szene gewagt hat, gehört gleichsam dazu und internalisiert nach und nach deren ideologische wie habituelle Sozialisationsformen<sup>1623</sup>. Wobei die Nationaldemokraten gelegentlich schon im Vorfeld nachhelfen und so genannte „Fänger“ auf verhältnismäßig wenig gebildete Jugendcliquen ansetzen, die sich durch alltagsweltliche Frustrationssymptome gepaart mit abweichenden Verhaltensmustern sowie gewissen musikalischen Vorlieben auszeichnen<sup>1624</sup>. Diese werden auf schwerlich verfänglichen Wegen, auf der Freizeitebene, angesprochen und durch die subtile Förderung von Vorurteilen und Feindbildern sowie die Vorspiegelung von Werten wie „wahrer“ Freundschaft und Verbundenheit aktiviert.

Mithin sind Großkundgebungen aber auch für die alteingesessene Mitgliederbasis der NPD von außerordentlichem Gewicht und stärken die Geschlossenheit – vor allem angesichts aufflammender Gegenproteste, denen sich die Gruppe schließlich als Ganzes ausgesetzt sieht. Neben diesen Solidarisierungs- und Stabilisierungsreflexen, in denen ab und zu eine Neigung zur Selbsttheroisierung anklingt, verheißen erfolgreich abgehaltene Veranstaltungen den Nationaldemokraten außerdem einen Motivationsschub, erbringen den eindeutigen Nachweis der eigenen Handlungsfähigkeit und Standhaftigkeit im Hinblick auf eventuelle Versammlungsverbote und anderweitige Widerstände<sup>1625</sup>. Abseits davon müht man sich, solche Anlässe speziell zur Weiterentwicklung der Aktionsformen in Kombination mit der Ausbildung und Auslese von Kadern zu nutzen.

### 8.1.2. Praktische Umsetzung

In dem Maße wie Durchbrüche im „Kampf um die Straße“ nicht allein von der Mobilisierungsfähigkeit der Nationaldemokraten, vielmehr auch von der Kooperationsbereitschaft der Kameradschaften und Skinheadgruppierungen abhängen, vermitteln die Kundgebungsstatistiken der vergangenen Dekade auffällige Schwankungen. Wenngleich sich die Vernetzung mit den subkulturellen Milieus in den späten 90er Jahren gerade erst entwickelte und schwerlich gefestigt war, gelangen seinerzeit schnell einige Meilensteine, die den gemeinsamen Weg zur „Volksfront“ ebneten: So zogen 1998/99 zu insgesamt vier von der NPD angemeldeten Veranstaltungen immerhin über 1.000,

---

<sup>1622</sup> Virchow: Dimensionen der „Demonstrationspolitik“, S. 86.

<sup>1623</sup> Vgl. a.a.O., S. 83.

<sup>1624</sup> Vgl. Erb: Kommunalpolitische Strategie der NPD, S. 49/50; Miliopoulos: Strategische Ansätze, Potentiale und Perspektiven der NPD, S. 128.

<sup>1625</sup> Vgl. Virchow: Dimensionen der „Demonstrationspolitik“, S. 84/85.

zuweilen an die 5.000 Sympathisanten auf<sup>1626</sup> – was angesichts von allenfalls 6.000 Mitgliedern zweifellos imposant wirkte. Dazu kamen jährlich jeweils um die 50 kleinere Demonstrationen<sup>1627</sup>. Man begann also alles in allem bereits auf beachtlichem Niveau. Anno 2000 blieb die Anzahl konstant, dafür konnte die Partei neben drei Aufmärschen mit 1.000 bis 4.000 Personen weitere sieben mit 500 bis 600 Anhängern durchführen<sup>1628</sup>, so dass sich die Alltagspräsenz und die szeneweite Anziehungskraft simultan verdichteten. 2001/02 waren bundesweit sogar schon 70 bzw. 100 Versammlungen zu bilanzieren<sup>1629</sup>. Trotzdem ließ sich der diametral dazu sinkende Teilnehmerschnitt nicht leugnen<sup>1630</sup>. Was einerseits lediglich wie die logische Konsequenz der Flut an Kundgebungen und einer aufkommenden Demonstrationsmüdigkeit erschien, andererseits eine direkte Folge der lagerinternen Konkurrenz durch die „Freien Kräfte“ war, die aufgrund der Defensivtaktik im Verbotsverfahren erst einmal von den Nationaldemokraten abrückten und etliche eigene Veranstaltungen abhielten<sup>1631</sup>. Ungeachtet der konkreten Reibungspunkte und Unstimmigkeiten in diesem Stadium brachen die Verbindungen allerdings nie komplett ab, bot die NPD nach wie vor namhafte Vertreter des neonationalsozialistischen Spektrums auf den Rednerlisten auf und vice versa<sup>1632</sup>.

Dennoch verlagerten die Nationaldemokraten die Prioritäten ab 2003 verstärkt auf den „Kampf um die Köpfe“, ab 2004 dann allmählich auf den „Kampf um die Parlamente“<sup>1633</sup>. Analog dazu sackte die Aufmarschfrequenz von 100 auf 50 bzw. 40 ab, woran sich im Durchschnitt bloß 150 Anhänger beteiligten<sup>1634</sup>. Der Vorsitzende bemängelte damals ausdrücklich, dass die Wirkung derartiger „Minidemonstrationen“ besonders in Großstädten sowie bei massiveren Gegenprotesten sofort verpuffe, weshalb von nun an nach dem Grundsatz zu verfahren sei, dass quantitativ „weniger und dafür seltener aber qualitativ besser“ manchmal mehr bringe<sup>1635</sup>. Dass man sich in den darauffolgenden Jahren langsam wieder steigerte und 2009 summa summarum 95 Versammlungen stattfanden, an

---

<sup>1626</sup> Vgl. Bundesministerium des Innern (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 1998. Berlin, 1999, S. 60; Dass.: Verfassungsschutzbericht 1999. Berlin, 2000, S. 64.

<sup>1627</sup> Vgl. Dass.: Verfassungsschutzbericht 1999, S. 64.

<sup>1628</sup> Vgl. Dass.: Verfassungsschutzbericht 2000. Berlin, 2001, S. 69.

<sup>1629</sup> Vgl. Dass.: Verfassungsschutzbericht 2001. Berlin, 2002, S. 83; Dass.: Verfassungsschutzbericht 2002, S. 70.

<sup>1630</sup> Vgl. Dass.: Verfassungsschutzbericht 2002, S. 70.

<sup>1631</sup> Vgl. ebd.; Brandstetter: NPD im 21. Jahrhundert, S. 110; Virchow: Dimensionen der „Demonstrationspolitik“, S. 75/76.

<sup>1632</sup> Vgl. BMI (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 2002, S. 70/71; Dass.: Verfassungsschutzbericht 2003. Berlin, 2004, S. 65/66.

<sup>1633</sup> Vgl. Dass.: Verfassungsschutzbericht 2003, S. 65.

<sup>1634</sup> Vgl. ebd.; Bundesministerium des Innern (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 2004. Berlin, 2005, S. 76.

<sup>1635</sup> Vgl. den Abdruck von Udo Voigts Ansprache „Arbeit – Familie – Vaterland“ zum Parteitag 2004 in Backes, Uwe: Dokumentation 2004. In: Ders./Jesse, Eckhard (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie. 17. Jahrgang. Baden-Baden, 2005, S. 124-141.

die 2010 weitere 92 anknüpften<sup>1636</sup>, lag derweil sowohl an den ausgedehnten Wahlkampfaktivitäten als auch an den vielen musiklastigen Veranstaltungen, die NPD und JN mittlerweile ausrichten, um die Jugend für sich zu vereinnahmen. Es geht dabei gleichsam um die Eventisierung und Instrumentalisierung von Erlebnisangeboten zur vorpolitischen Indoktrination.

Zum Paradebeispiel dafür avancierte das volksfestartige „Pressefest der Deutschen Stimme“, in dessen Rahmenprogramm die nicht wegzudenkenden Referate und Diskussionsrunden nationaldemokratischer Parteifunktionäre und ausländischer Publizisten mit Darbietungen angesehener Protagonisten der Rechtsrockszene, Verpflegungsständen und dem Verkauf von Devotionalien verschmelzen und das nach der Premiere 2001 mehrfach Publikumszahlen von an die 7.000 Personen verzeichnete<sup>1637</sup>, die mit Sicherheit nicht alle ausschließlich aus Politikbegeisterung angereist waren. Der Unterhaltungsaspekt steht hier stattdessen spürbar im Vordergrund, da die NPD verstanden hat, dass sich die weltanschaulich nicht allzu versierte Masse auf diesem Umweg – in atmosphärisch aufgelockerter, legerer Umgebung – wahrscheinlich leichter für die immanenten Vorstellungen interessieren lassen dürfte, als durch dröge, ideologieschwangere Vorträge. Von daher weist der „Kampf um die Straße“ an dieser Stelle augenscheinliche Korrelationen mit dem „Kampf um die Köpfe“ auf und verliert an Statik; durch die Vermischung mit anderen Stilelementen mutet die Veranstaltungsdramaturgie abwechslungsreicher und moderner an.

Darüber hinaus haben sich gleichwohl nicht nur die externen Voraussetzungen der nationaldemokratischen Demonstrationspolitik – hauptsächlich durch einige grundlegende Verfassungsgerichtsurteile sowie das eigenständigere Vorgehen der subkulturellen Verbündeten – sukzessive gewandelt. Insbesondere die Infrastrukturen wurden im vergangenen Jahrzehnt weiterentwickelt und vervollständigt. Angefangen mit der

---

<sup>1636</sup> Vgl. BMI (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 2005, S. 87/88; Dass.: Verfassungsschutzbericht 2006, S. 88; Dass.: Verfassungsschutzbericht 2007, S. 88; Dass.: Verfassungsschutzbericht 2008, S. 91; Dass.: Verfassungsschutzbericht 2009, S. 61/62; Dass.: Verfassungsschutzbericht 2010. Berlin, 2011, S. 56.

<sup>1637</sup> Das „DS-Pressfest“ startete 2001 als alljährliche Veranstaltung und avancierte schnell zur außenwirksamsten Versammlung der Nationaldemokraten. Trotz steigender Teilnehmerresonanz fiel der Termin sowohl 2005 als auch 2007, 2008 und 2009 ins Wasser – vermutlich vor allem aufgrund der sich ausbreitenden finanziellen Misere und innerparteilichen Meinungsverschiedenheiten. Am 7. August 2010 stieg dann in Jänkendorf die nächste Auflage, deren Publikumszahlen sich mit um die 2.000 Personen – gegenüber den 7.000 im Jahr 2006 – gleichwohl deutlich niedriger gestalteten. Dort vergab die NPD außerdem erstmals den neuen „Widerstandspreis der Deutschen Stimme“, den das „Gedenkbündnis Bad Nenndorf“ für die vielfältigen Bemühungen um die Geißelung „allierter Nachkriegsverbrechen“ in Niedersachsen erhielt. 2011 ging das Szenetreffen, zu dem angeblich 2.400 Teilnehmer anreisten, am Quitzdorfer Stausee in Sachsen vonstatten und wurde gar auf zwei Tage (1./2. Juli) ausgedehnt. Vgl. Deutsche Stimme: Wo man singt, da laß Dich nieder... In: DS 9/2010; Dies.: DS-Pressfest 2011 – ein voller Erfolg. In: DS 7/2011.

Akkumulation juristischer Sachkenntnis zur Durchsetzung von Aufmärschen, maximalen Ausreizung des Auflagenspielraums und jederzeitigen Anfechtung von Sanktionen<sup>1638</sup>. Wo sich die Verwaltungsbehörden mit Verboten und Verfügungen dagegenstemmen, stellt die NPD schlicht darauf ab, selbige niederzuklagen, mit Winkelzügen auszuhebeln und auf Nebenschauplätze auszuweichen sowie notfalls spontane, nicht angemeldete Versammlungen durchzuziehen. Zur resoluten Ausschöpfung rechtlicher Druckmittel gesellt sich somit die graduelle Diversifizierung der Aktionsformen, die speziell den verbesserten Möglichkeiten zur raschen Mobilisierung der Anhängerschaft geschuldet zu sein scheint.

Vermittels moderner Kommunikationstechnik benötigen kleine oder mittelgroße Kundgebungen mit bis zu 200 Teilnehmern kaum Vorlauf, können via Internet und Mobiltelefon wohl binnen weniger Tage bewerkstelligt werden – und das ohne, dass Informationen darüber vorher öffentlich wahrnehmbar wären<sup>1639</sup>. Dementsprechend lassen sich bei längerfristiger, bundesweiter Propaganda teilweise mehrere tausend Personen zur Partizipation bringen. Zumal, wenn die Zielgruppen von vornherein breit angelegt werden, was bisweilen allerdings Zwiespalte befördert: Beispielsweise greifen die Nationaldemokraten gelegentlich auf die „Kreuzungsstrategie“<sup>1640</sup> zurück, die genuine Symbole, Slogans und Methoden linker Protestbewegungen adaptiert und jeweils zweckentfremdet<sup>1641</sup>, lehnen demgegenüber jedoch die Bildung der im Prinzip auch auf dieses Konzept zurückführbaren „Schwarzen Blöcke“ ab. Was in regelmäßigen Auseinandersetzungen um die Miteinbindung der „Autonomen Nationalisten“ endet<sup>1642</sup> – und den erhobenen Sammlungsanspruch der NPD eigentlich ein Stück weit relativiert.

Auf inhaltlicher Seite entfaltet deren Aufmarschpraxis indessen eine enorme Spannweite. Passend zu den vorstehend skizzierten Funktionen sind die darüber verbreiteten Positionen abermals in nach innen und nach außen adressierte Fragen zu differenzieren: Während sich die Nationaldemokraten mit Demonstrationen zu rückwärtsgewandten Komplexen wie der Verherrlichung des NS-Regimes und der moralischen Verteidigung von Kriegsverbrechern gleichermaßen an die rechtsextremistische Kernklientel richten wie mit Veranstaltungen, die Kritik an den angeblich repressiven Verhältnissen in Deutschland und Kampfansagen

---

<sup>1638</sup> In diesem Rahmen ist nicht nur die parteieigene Rechtsabteilung aktiv, sondern auch das der NPD nahestehende „Deutsche Rechtsbüro“, dessen juristische Ratschläge an den „Nationalen Widerstand“ mitunter in der DS publiziert werden. Vgl. Deutsche Stimme: Juristische Fallstricke. In: DS 6/2008.

<sup>1639</sup> Vgl. Virchow: Dimensionen der „Demonstrationspolitik“, S. 77/78.

<sup>1640</sup> Vgl. Miliopoulos: Strategische Ansätze, Potentiale und Perspektiven der NPD, S. 129.

<sup>1641</sup> Vgl. Korgel, Lorenz: Links anziehen, rechts marschieren. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 2/2006, S. 157-159.

<sup>1642</sup> Siehe Kapitel 6.3.8.

an gegnerische Kräfte in den Mittelpunkt rücken, sollen aktualitätsbezogene Kundgebungsthemen mit sozialpopulistischem, globalisierungsfeindlichem und antiimperialistischem sowie gegebenenfalls aus dem regionalen Kontext abgeleitetem Kolorit auch Menschen außerhalb davon ansprechen<sup>1643</sup>. Bislang erweist sich die erstgenannte Variante – mit Blick auf die Versammlungsgrößen – für die NPD dabei allemal als die erfolgreichere.

Das zeichnete sich schon in den späten 90er Jahren ab, als die Demonstrationen gegen die so genannte „Wehrmachtsausstellung“ zu den zahlenmäßig stärksten gereichten. Daran, dass vergangenheitsaffine Motive szeneeintern auch weiterhin zugkräftiger sind, vermochte selbst die Fokussierung auf vermeintlich zeitgemäßere, sozial- und wirtschaftspolitisch aufgeladene Forderungen, die sich die Nationaldemokraten seither wiederholt auferlegten<sup>1644</sup>, wenig zu ändern – die zumeist vergleichsweise aufwendigen Maikundgebungen ausgenommen. Man steuerte infolgedessen stellenweise darauf hin, Versammlungen zu historisch nicht selten heiklen Momenten zu institutionalisieren. Musterhaft für die diesbezügliche Zusammenarbeit und den Trend zur Verzahnung innerhalb des „Nationalen Widerstands“ ist der alljährliche Trauermarsch anlässlich der Zerstörung Dresdens im Zweiten Weltkrieg, den allein 2009 an die 6.500 Teilnehmer antraten<sup>1645</sup>. Obwohl die „Junge Landsmannschaft Ostdeutschland“ (JLO) als Organisatorin auftritt, wird die Veranstaltung seitens der NPD stets mit Nachdruck sekundiert, schwingt sich vor allem deren sächsische Landtagsfraktion zum Lautsprecher auf. Abgesehen von den gängigen Auftritten und geschichtsklitternden Ansprachen der Wortführer sammeln die Abgeordneten für gewöhnlich schon Wochen im Voraus durch Anträge<sup>1646</sup>, Anfragen und Debattenbeiträge<sup>1647</sup> gezielt Anhaltspunkte zur Polizeistrategie

---

<sup>1643</sup> Vgl. Virchow: Dimensionen der „Demonstrationspolitik“, S. 79/80; Ders. Mit welchen Themen geht die NPD auf die Straße?, S. 109/110.

<sup>1644</sup> Bereits 2002 sprach sich der damalige Bundesgeschäftsführer Frank Schwerdt dafür aus, Demonstrationen stets mit Fragen und Forderungen zu verbinden, die nicht nur Szeneangehörigen, sondern auch der Bevölkerung vermittelbar seien. Die Ratschläge der 2010 einberufenen Strategiekommision gingen ebenfalls in diese Richtung: „Durch seriöseres Auftreten bei Demonstrationen muß nicht zwangsläufig die Radikalität unserer politischen Aussagen konterkariert werden. Generell war man der Meinung, daß Demonstrationen strategisch gesehen unverzichtbarer Bestandteil unseres öffentlichen Auftretens zur Durchbrechung der Schweigespirale sind. Diese sollten sich jedoch künftig weniger auf vergangenheitsbezogene Themen beziehen. Wir sollten in Zukunft mehr Türöffner-Themen besetzen, welche die Bürger tagtäglich beschäftigen, sei es innere Sicherheit, Kindesmißbrauch, Rente mit 67, Hartz IV usw.“ Vgl. BMI (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 2002, S. 70; Voigt: Wie bringen wir die NPD nach vorn? In: DS 5/2010.

<sup>1645</sup> Vgl. BMI (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 2009, S. 62.

<sup>1646</sup> Vgl. Homepage der NPD-Fraktion Sachsen: Grundrecht auf Versammlungsfreiheit für alle gewährleisten! NPD-Fraktion bringt rechtspolitischen Forderungskatalog zur Wiederherstellung des Rechtsstaates in den Landtag ein. 24. März 2011.

sowie geplanten Protestaktionen, drohen mit Anzeigen gegen sich dafür zur Verfügung stellende Parlamentarier<sup>1648</sup> und sichern dem Anlass dadurch über Monate die gewünschte Medienaufmerksamkeit.

Nichtsdestotrotz liegt die größte Schwierigkeit letztlich darin, dass der angestrebte Schulterchluss mit der „Normalbevölkerung“ nicht ansatzweise gelingt, was auch für die anscheinend massenkompatibleren Standpunkte gilt. Nachdem man bei selbst angemeldeten Versammlungen im Normalfall sowieso unter sich bleibt, bemühen sich die Verantwortlichen bisweilen, diejenigen anderer zu unterwandern – bis dato aber vergeblich: Völlig gleich, vor welchem Hintergrund die Nationaldemokraten in der Vergangenheit in die gesellschaftliche Mitte vorzustößen gedachten, ob zu den großen Montagsdemonstrationen gegen „Hartz IV“<sup>1649</sup>, Trauermärschen und Mahnwachen für Verbrechenopfer<sup>1650</sup> oder Solidarisierungskundgebungen für den durch migrationskritische Thesen in Verruf geratenen SPD-Politiker Thilo Sarrazin<sup>1651</sup>, gingen die Türen gewissermaßen vor deren Nase zu. Ausschlüsse, Absagen und vehemente Abgrenzungserklärungen waren die dezidierten Antworten der Ausrichter. Der Knackpunkt ist weiterhin die implizite Stigmatisierung, durch die der „Kampf um die Straße“ inzwischen vermehrt zum Selbstzweck verkommt und in Stagnation verharret. Denn die jugendlichen Neuzugänge, die darüber akquiriert werden, sind sicherlich wichtig, wiegen in der Summe jedoch wohl allenfalls diejenigen älteren Semester auf, die sich nicht mehr zu jedem Motto aufrappeln wollen. Insofern steigen die Anhängerzahlen nicht mit

---

<sup>1647</sup> Vgl. Homepage der NPD-Fraktion Sachsen: „Sachsen wird auch künftig Schauplatz des anständigen Deutschland bleiben.“ 13. März 2009; Dies.: „Was ist niederträchtiger, als Menschen das Recht zur Trauer zu nehmen?“ 20. Januar 2010.

<sup>1648</sup> Vgl. Dies.: Politische Klasse begeht bei Dresden-Gedenken offenen Rechtsbruch. 13. Februar 2006; Dies.: Holger Apfel stellte Strafanträge gegen Landtagsabgeordnete. 17. Februar 2006.

<sup>1649</sup> Siehe Kapitel 6.3.5.

<sup>1650</sup> Zum Beispiel gingen im März 2009 im nordrhein-westfälischen Heinsberg wiederholt aufgebrachte Bürger auf die Straße, um gegen den Verbleib eines aus der Haft entlassenen Sexualstraftäters in der Stadt zu demonstrieren. Die NPD schloss sich den Protesten schon bald mit Mahnwachen an – bei den Menschen blieb die Partei aber dennoch außen vor. Im Februar 2011 versuchten die Nationaldemokraten außerdem, einer Kundgebung zum „Fall Mirco“ in Krefeld den Stempel aufzudrücken und mit Slogans wie „Todesstrafe für Kindermörder“ den eigenen Forderungen zu diesem Thema Nachdruck zu verleihen. Das Resultat war letztlich der vorzeitige Abbruch der Veranstaltung durch die Anmelder, die sich von den Rechtsextremisten nicht vereinnahmen lassen wollten. Vgl. Der Westen: Neonazis protestieren gegen Sexualstraftäter in Heinsberg. In: Der Westen vom 22.3.09. <http://www.derwesten.de/nachrichten/im-westen/Neonazis-protestieren-gegen-Sexualstraftaeter-in-Heinsberg-id535182.html> (abgerufen am 12.11.09); Streichan, Anja/Voss, Jens: Neonazis stören Mirco-Demonstration. In: Rheinische Post vom 2.2.11. <http://www.rp-online.de/niederrhein-sued/krefeld/nachrichten/neonazis-stoeren-mirco-demonstration-1.1194314> (abgerufen am 13.3.11); Tückmantel, Ulli: Ein Dorf im Ausnahmezustand. In: Rheinische Post vom 8.3.09. [http://www.rp-online.de/panorama/deutschland/katastrophe/Ein-Dorf-im-Ausnahmezustand\\_aid\\_681945.html](http://www.rp-online.de/panorama/deutschland/katastrophe/Ein-Dorf-im-Ausnahmezustand_aid_681945.html) (abgerufen am 12.11.09).

<sup>1651</sup> Vgl. Homepage des NPD-Bundesverbands: Solidarität mit Thilo Sarrazin! 6. September 2010.

der selben Intensität wie der Altersdurchschnitt der Aufmarschierenden sinkt. Die NPD kann vermutlich wieder und wieder demonstrieren, das Mobilisierungspotential dürfte dadurch kaum in dramatischem Maße weiterwachsen.

#### **8.1.3. Fazit**

Rückblickend war die anfängliche Konzentration auf den „Kampf um die Straße“ vielleicht der wesentliche Grundstein für den allmählichen Wandel der NPD von der abgehalfterten Splittersekte zum aktuellen „Gravitationsfeld“<sup>1652</sup> des deutschen Rechtsextremismus – und damit für deren Wiedererstarben. Anhand der selbstverordneten Aktionsorientierung erreichte die einstige „Altherrenpartei“ nicht nur schlagartig steigende Aufmerksamkeit, sondern vermochte sich durch die Ausrichtung von Aufmärschen nach und nach eine verjüngte, dynamischere Anhängerschaft zu erschließen. Dennoch sollte die Demonstrationspolitik aus verschiedenen Gründen auch schnell wieder an Grenzen stoßen. Wenngleich sich der Mobilisierungsradius der Nationaldemokraten durch den Versuch der dauerhaften Vernetzung mit den subkulturellen Milieus spürbar vergrößert hat, war dieser Wachstumsschub qualitativ wie quantitativ noch nicht hinlänglich.

Der verbesserten und verstetigten, wiewohl weiterhin wechselhaften Kooperation mit Kameradschaften und Skinheadgruppierungen zum Trotz, wirken Szenarien von Kundgebungen mit 10.000 und mehr Teilnehmern für die NPD nach wie vor nicht machbar. Die Reichweite der Veranstaltungsaufrufe bleibt stattdessen auf den „Nationalen Widerstand“ beschränkt, so dass von der angepeilten Massenbewegung bislang keine Rede sein kann. Durch den streckenweise akuten Mangel an Personal sind die Nationaldemokraten in manchen Bundesländern – wie zum Beispiel in Mecklenburg-Vorpommern<sup>1653</sup> – stark von den militanten Vorfeldorganisationen abhängig und müssen die diesbezüglichen Bemühungen um öffentliche Präsenz sogar mehr oder minder vollständig an selbige outsourcen.

Dafür, dass sich an diesem Nischendasein vorerst voraussichtlich nichts ändern wird, sorgt allein schon die martialische Selbstinszenierung der Partei als Speerspitze, das Spiel mit Provokationen, Machtansprüchen und Drohgebärden, das die Mehrheit der Menschen weniger anzieht als vielmehr abschreckt. Was sich in der allgemeinen Wahrnehmung

---

<sup>1652</sup> Bundesamt für Verfassungsschutz (Hrsg.): Die „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD) als Gravitationsfeld im Rechtsextremismus. Köln, 2006.

<sup>1653</sup> Vgl. Beier/Bogitzky: NPD in kommunalen Parlamenten, S. 33.



neben der nahezu ausschließlich negativen Medienberichterstattung vor allem in den meist durchwachsenen Wahlergebnissen niederschlägt: Szeneintern mag der aggressive Stil die dominante Stellung der NPD befördern und zur Kohäsion der diversen Strömungen und Kräfte beitragen; nach außen negiert die ausgeprägte Neigung zur Soldatisierung jedoch – absolut themenunabhängig – jegliche Seriosität und taugt deshalb allenfalls bedingt zum Stimmenfang. Kurzum, der unvermeidliche Konflikt der Demonstrationspolitik mit dem „Kampf um die Parlamente“ stellt die Nationaldemokraten vor massive Probleme, das strategische Dilemma scheint unüberwindbar.

### **8.2. „Kampf um die Köpfe“**

In evidentem Kontrast zum „Kampf um die Straße“, dessen Wirkungsfelder eigentlich eindeutig abgesteckt sind, erweist sich der „Kampf um die Köpfe“ schon auf dem Papier als ebenso diffuses wie dehnbare Konzept, das in der Praxis als Sammelkategorie für alle dem Komplex der Indoktrination anverwandten Schritte dient, demgemäß auch auf die anderen Säulen der Parteistrategie abfärbt und eingedenk dieser Wechselbeziehungen wiederholt um Komponenten ergänzt wurde. Im Wesentlichen verfolgt die NPD damit dennoch die Weiterentwicklung und -verbreitung des völkischen Nationalismus. Gleichwohl wissen die Verantwortlichen inzwischen, dass der Weg in die Mitte der Gesellschaft nicht über vergeistigte Programmdebatten führt, vielmehr nur durch flächendeckende Professionalisierung und Präsenz mit vorzeigbarem, fachkundigem Personal zu meistern ist. Einerseits intendieren die Nationaldemokraten daher die verstärkte Einbindung von Eliten und die Erzeugung ideologisch weitläufiger intellektueller Netzwerke. Bei diesem Vorhaben dürften

„(...) keine Berührungängste und keine Tabus hindernd im Weg stehen. Nicht nur die klassischen ‚Rechten‘, sondern auch die vielen desillusionierten Umweltaktivisten und linken Idealisten aus der alten BRD, die heute feststellen müssen, daß ihre bisherigen Vorbeter genau so auf Globalisierungskurs sind wie die angeblichen ‚Liberalen‘, ‚Konservativen‘ und ‚Sozialdemokraten‘, müssen in diese Arbeit eingebunden werden. Weiter noch: auch Marxisten-Leninisten, die auf der DDR-Seite der ehemaligen innerdeutschen Besatzer-Demarkationslinie ihre Erfahrungen gesammelt haben, sind wertvollste Mitkämpfer, wenn sie den Sozialismus als Volksgemeinschaft begreifen.“<sup>1654</sup>

Andererseits soll ein erhöhter Ausbildungsaufwand für den stetigen Aufbau eigener Aushängeschilder sorgen.

Durch sukzessive Kompetenzsteigerung auf den mittleren und niedrigeren Ebenen der Verbände sowie die simultane Konzentration auf das nicht selten vorpolitische Engagement in den Kommunen will man mit Vorurteilen aufräumen, sich nachhaltig verwurzeln und darüber allmählich die strukturellen Voraussetzungen für die Etablierung

---

<sup>1654</sup> NPD-Parteivorstand: Strategiepapier, S. 359.

als deutschlandweite Wahlalternative schaffen. Um aus Bevölkerungssicht letztlich für mehr als drei stigmatisierte Buchstaben zu stehen, müsse die NPD, so der langjährige Vorsitzende Udo Voigt, auf Bürgernähe setzen und sich alltäglicher Missstände annehmen:

„Den ständigen Hetztiraden der Massenmedien werden wir nur dann auf Dauer begegnen können, wenn wir mit Persönlichkeiten ‚Gesicht‘ zeigen, die uns repräsentieren und für den Bürger wählbar sind und seine Identifikation mit uns erlauben. (...) In der Gemeinde muß man die Vertreter deutscher Bürgerinteressen persönlich kennen, nur dann werden wir uns dauerhaft in den deutschen Parlamenten verankern können.“<sup>1655</sup>

Daneben mühen sich die Nationaldemokraten natürlich nach wie vor um Mitwirkung an allgemeinen Diskursen, streben nach Deutungshoheit und versuchen anhand vielfältiger Propagandaaktivitäten, die den Menschen vermeintlich anezogenen, antinationalen „Denkschablonen“<sup>1656</sup> auszuhebeln, um die Normalisierung und Popularisierung der vertretenen Positionen anzuschieben. Allerdings stellen sich die erhofften Achtungserfolge dabei lediglich sporadisch ein, so dass diese Anstrengungen einen denkbar langen Atem erfordern, wie nachfolgend zu sehen sein wird.

### **8.2.1. Intellektualisierungsbestrebungen und Schulungsoffensive**

In dem Maße wie sich die NPD ab den späten 90er Jahren gemeinhin als aktionsorientierte Kraft verstand, deren Kerninteresse der Demonstrationpolitik galt, nahm der an und für sich gleichberechtigte „Kampf um die Köpfe“ allenfalls schleppend Konturen an, gestalteten sich vor allem die Intellektualisierungsbestrebungen vorerst äußerst schwierig. Am ehesten erhielten derartige Anwandlungen und Standpunkte in der „Deutschen Stimme“ ein Diskussionsforum. Das Parteiorgan der Nationaldemokraten, das 1999 erstmals mit dem Namenszusatz „Monatszeitung für Politik und Kultur“ erschien, durchlief damals einen elementaren Wandel von einem dünnen Mitteilungsblatt für die eigene Klientel zum ernstzunehmenden Meinungsmedium des „Nationalen Widerstands“<sup>1657</sup>. Anspruch und Theoriegehalt stiegen, so dass sich darin nun neben vielen Artikeln zu wirtschafts- und sozialpolitischen Themen sowie programmatischen und strategischen Angelegenheiten sogar vermehrt philosophische Abhandlungen wiederfanden. Nicht selten orientierten sich die Kommentatoren dabei abwechselnd an der „Konservativen Revolution“ oder der „Neuen Rechten“. Die schleichende Metamorphose war aber nicht nur qualitativer, sondern auch quantitativer Natur. Angefangen von den Anstrengungen zur kontinuierlichen Abdeckung der klassischen Ressorts über den

---

<sup>1655</sup> Voigt: Mit der NAPO in das neue Jahrtausend, S. 470.

<sup>1656</sup> Ders., zitiert nach Backes: Dokumentation 2004, S. 133.

<sup>1657</sup> Vgl. Hartleb: „Deutsche Stimme“ – intellektuelles Sprachrohr der NPD?

wachsenden Seitenumfang, den vergrößerten und verjüngten Redakteurspool zur klaren Auflagensteigerung der vorwiegend über Abonnements vertriebenen Schrift<sup>1658</sup>.

Nichtsdestotrotz blieb die Anzahl rechtsextremistischer Akademiker, die der NPD seither beitraten bzw. sich dazu bekannten, relativ bescheiden und das wahrscheinlich besonders, weil damit regelmäßig soziales Ansehen und berufliches Weiterkommen riskiert werden<sup>1659</sup>. Durch die Landtagseinzüge der vergangenen Dekade kamen die wirtschaftlich von Haus aus schlecht aufgestellten Nationaldemokraten allerdings selbst in die komfortable Lage, mit staatlich alimentierten Posten in den wissenschaftlichen Mitarbeiterstäben aufwarten und somit wenigstens vereinzelt Hochschulabsolventen alternative Perspektiven anbieten zu können, sich den Lebensunterhalt zu verdienen. Ferner wird der aufstrebende Funktionsnachwuchs über Praktika in den Fraktionen aus- und weitergebildet, um die angepeilte Professionalisierung voranzutreiben. Speziell in Sachsen war man nach dem ersten Sprung ins Parlament 2004 erkennbar darauf erpicht, das vorhandene intellektuelle Potential in dessen Dunstkreis zu verdichten und insofern eine eigene Denkfabrik zu errichten.

Sozusagen als deren Gründervater und Galionsfigur agiert Jürgen Gansel, der am 3. Mai 2005 die aufsehenerregende Grundsatzerklärung zu „Wesen und Wollen der Dresdner Schule“<sup>1660</sup> abgab. Wie anhand der Betitelung schon auf den ersten Blick ersichtlich wurde, wandte sich die NPD mit diesem ambitionierten Projekt, das sich in gewohnter Verkennung der eigenen Randständigkeit vollmundig die Rolle einer „Denk- und Politikschule einer selbstbewussten Nation“<sup>1661</sup> auf die Fahnen schrieb, an vorderster Stelle gegen die „Frankfurter Schule“<sup>1662</sup> als angebliche Fortsetzung der Reeducation und Symbol des davon geprägten, als „geistiges Deformationsprodukt“<sup>1663</sup> geschmähten

---

<sup>1658</sup> Ab 1999 stieg die Auflage der DS von 8.000 auf 10.000, um dann bis 2003 auf diesem Niveau zu stagnieren, bevor sich die Anzahl der monatlichen Druckexemplare ab 2004 schlagartig auf 21.000 verdoppelte. Bereits seit 2006 lässt sich das NPD-Organ außerdem auch im Bahnhofsbuchhandel und Kioskverkauf erwerben, das Vertriebsnetz erweist sich aber als alles andere als lückenlos. Derweil bewegt man sich bezüglich der Stückzahlen – nach dem Spitzenwert von 2007 (35.000) – mittlerweile bei 20.000 bis 25.000. Vgl. BMI (Hrsg.): Verfassungsschutzberichte 1998-2010.

<sup>1659</sup> Vgl. Steglich: NPD in Sachsen, S. 133.

<sup>1660</sup> Vgl. Homepage des NPD-Bundesverbands: Erklärung des Landtagsabgeordneten Jürgen Gansel zu *Wesen und Wollen der „Dresdner Schule“*. 3. Mai 2005.

<sup>1661</sup> Ebd.

<sup>1662</sup> Im Allgemeinen steht der Terminus „Frankfurter Schule“ für eine Gruppe von Wissenschaftlern des dortigen Instituts für Sozialforschung um Max Horkheimer und Theodor W. Adorno, die schon in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts die Ideen von Georg Wilhelm Friedrich Hegel, Karl Marx und Sigmund Freud für sich entdeckten und zur „Kritischen Theorie“ weiterentwickelten. Verkürzt dargestellt, bemühte sich dieser – besonders von der Generation der „68er“ – breit rezipierte Ansatz um eine eingehende Analyse der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft, die deren vermeintlich ideologisch bedingte repressive Mechanismen entlarven und dadurch einem vernunftgeprägten Gemeinwesen mündiger Menschen den Weg bereiten sollte.

<sup>1663</sup> Homepage des NPD-Bundesverbands: *Wesen und Wollen der „Dresdner Schule“*.

Wertekanons der Bundesrepublik. Dem Vernehmen nach wollten die Nationaldemokraten die gegenwärtigen Verhältnisse erschüttern, deren vermeintlich gemeinschaftsfeindlichen und entnationalisierenden Prinzipien „grundlegende weltanschauliche Paradigmenwechsel“<sup>1664</sup> entgegensetzen und darüber eine Neuordnung einleiten. Gleichwohl entsprachen die Pfeiler des der Proklamation anhängigen Gegenentwurfs lediglich altbekannten Sichtweisen und Positionen – etwa der mit antiamerikanischen und antiisraelischen Spitzen durchsetzten Gegnerschaft zu multikultureller Gesellschaft, Globalisierung und „liberalkapitalistischem“ System, dem Primat der Politik vor der Wirtschaft, der Wiederherstellung der Volksgemeinschaft etc. Innovatorische, kreative Impulse ließen sich kaum ausmachen, daran änderte selbst die konsequente Verklausulierung des Inhalts durch affektierte und latent aggressive Wortwahl nichts.

Nach heutigem Erkenntnisstand halten sich Einfluss und Ertrag des von der NPD seinerzeit mit viel Getöse ausgerufenen Thinktanks auch sonst sehr in Grenzen; den sporadischen Einwüfen seiner Mitstreiter zum Trotz scheint Gansel hauptsächlich Einzelkämpfer zu sein. Bezeichnenderweise waren die Kontroversen um seine provokative Lancierung des Begriffs „Bombenholocaust“<sup>1665</sup> und seine – durch die dortigen Kräfteverhältnisse sowieso von vornherein wirkungslose – Entsendung in das Kuratorium der sächsischen Landeszentrale für politische Bildung schon die nennenswertesten, sprich publizitätsträchtigen Erfolge<sup>1666</sup>. Davon abgesehen weisen die wenigen Schulungsmaterialien mit dem Stempel der „Dresdner Schule“ nahezu ausschließlich Handschrift und Diktion des Historikers auf: Begonnen mit der seit 2006 in mehreren Auflagen veröffentlichten, über 30-seitigen Broschüre „Argumente für Kandidaten & Funktionsträger“<sup>1667</sup>, die Musterantworten zu verschiedensten Fragekomplexen in strafrechtlich wasserdichte, vordergründig nicht sonderlich verfängliche Formulierungen verpackt und die nationaldemokratischen Aktivisten dadurch für die souveräne und schlagfertige Auseinandersetzung mit Bürgern und Kontrahenten vorbereiten soll. Erst 2012 wurden die nötigen Aktualisierungen daran durchgeführt und Aussagen zur Eurokrise nachgereicht<sup>1668</sup>. Die stellenweise via Internet und DS verbreiteten Ausführungen des Abgeordneten zu spezifischeren Aufgabenstellungen wie der Arbeitsmarktproblematik in

---

<sup>1664</sup> Homepage des NPD-Bundesverbands: Wesen und Wollen der „Dresdner Schule“.

<sup>1665</sup> Siehe Kapitel 6.3.6.

<sup>1666</sup> Vgl. SPIEGEL-Online: Sachsen: NPD im Kuratorium der Landeszentrale für Politische Bildung. In: SPIEGEL-Online vom 21.4.05. <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,352728,00.html> (abgerufen am 17.12.10).

<sup>1667</sup> Vgl. NPD-Parteivorstand (Hrsg.): Argumente für Kandidaten & Funktionsträger. Eine Handreichung für die öffentliche Auseinandersetzung. 2. Auflage. Berlin, 2006.

<sup>1668</sup> Vgl. Ders. (Hrsg.): Wortgewandt. Argumente für Mandats- und Funktionsträger. 2. Auflage. Berlin, 2012.

Zeiten der schwächelnden Weltwirtschaft verfolgen das selbe Ziel der Instruktion für den „Infostand-Nahkampf“<sup>1669</sup>. Papier ist jedoch bekanntlich geduldig, gerade bei derart beschränkter Publikationsdichte. Denn generell lässt sich die gebotene Motivation, solche spitzfindige Anleitungen zu lesen, zu verinnerlichen und selbständig zu verwirklichen, für die große Mehrheit der Anhängerschaft schwerlich voraussetzen.

Aufgrund dessen versuchen sich die Rechtsextremisten seit einigen Jahren mit erhöhtem Aufwand daran, die strukturellen Rahmenbedingungen für den Aufbau eigener Aushängeschilder zu verbessern und deren Ausbildung zu systematisieren. Stück für Stück verlagerte die NPD die Schwerpunkte daher ab 2003 vom „Kampf um die Straße“ auf den „Kampf um die Köpfe“<sup>1670</sup>. Den Auftakt machten überregionale Seminare mit Wortführern unterschiedlicher Strömungen des „nationalen“ Spektrums, Vortragsreihen mit Wehrmachtveteranen und Ausflugsfahrten zu Weltkriegsschauplätzen<sup>1671</sup>. Parallel dazu kündigte man ein neues, in einem Nebengebäude der Berliner Parteizentrale einzurichtendes „Nationaldemokratisches Bildungszentrum“ (NBZ) mit Schulungsräumen, einer Bibliothek und Schlafgelegenheiten an<sup>1672</sup>, das den Betrieb nach diversen Bauverzögerungen anscheinend aber erst 2006 aufnehmen konnte<sup>1673</sup>.

Am 18. April 2005 wurde vor diesem Hintergrund in Sachsen zusätzlich das „Bildungswerk für Heimat und nationale Identität“ gegründet<sup>1674</sup>, um der Bevölkerung die Denkansätze der „Dresdner Schule“ näherzubringen, wobei die Bilanz in Anbetracht des verschwindend geringen Aktivitätsgrads zunächst ziemlich dürftig wirkte. Vermutlich auch aufgrund mangelnder Finanzausstattung waren allenfalls vereinzelte Versammlungen im Freistaat zu verzeichnen<sup>1675</sup>. Der Wiedereinzug in den Landtag 2009 berechtigte die NPD dann allerdings, für den an der Nahtstelle zur Fraktion angesiedelten Verein staatliche

---

<sup>1669</sup> Vgl. Gansel, Jürgen: Arbeitsplätze für Deutsche! Jetzt brandaktuell: Sachargumente für den politischen „Nahkampf“ am Informationsstand. In: DS 6/2009.

<sup>1670</sup> Vgl. BMI (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 2003, S. 65.

<sup>1671</sup> Vgl. ebd.; Speit, Andreas: „Intellektuelle Aufrüstung“. In: Röpke, Andrea/Ders. (Hrsg.): Neonazis in Nadelstreifen. Die NPD auf dem Weg in die Mitte der Gesellschaft? Bonn, 2009, S. 67-94, S. 88/89.

<sup>1672</sup> Vgl. BMI (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 2003, S. 65; redok: Schwedische Firma gehört NPD-Kader Molau. In: redok vom 31.7.07. <http://www.redok.de/content/view/752/36/> (abgerufen am 10.6.11); taz-Online: NPD will büffeln. In: taz-Online vom 7.8.03.

<http://www.taz.de/1/archiv/archiv/?dig=2003/08/07/a0180> (abgerufen am 10.6.11).

<sup>1673</sup> Nach der großspurigen Ankündigung eines „Nationaldemokratischen Bildungszentrums“, das „in der BRD eine geistige Revolution“ entfachen sollte, erwähnten die Rechtsextremisten den späten Abschluss der Bauphase schließlich nur noch in einem Nebensatz. So sprach die NPD im November 2006 in einer Pressemitteilung zur ersten Sitzung des neugewählten Vorstands davon, dass der damals für das „Amt Bildung“ vorgesehene Andreas Molau „seinen Arbeitsschwerpunkt von der Deutschen Stimme in die Berliner Parteizentrale und das dortige neu errichtete Bildungszentrum“ verlagern werde. Vgl. BMI (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 2003, S. 65; Dass.: Verfassungsschutzbericht 2004, S. 99; Dass.: Verfassungsschutzbericht 2005, S. 108; Homepage des NPD-Bundesverbands: NPD-Parteivorstand: Tatendurstig und zuversichtlich. 26. November 2006.

<sup>1674</sup> Vgl. Homepage der NPD-Fraktion Sachsen: NPD-nahes Bildungswerk gegründet. 19. April 2005.

<sup>1675</sup> Vgl. BMI (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 2006, S. 113.

Fördermittel zu beantragen, was die Lethargie allmählich beenden sollte<sup>1676</sup>. Jedenfalls ging die Herausgeberschaft des aufwendig gestalteten und gehobenes Niveau aufweisenden Theorieorgans „Hier & Jetzt“ ab dem Herbst desselben Jahres vom JN-Landesverband in die Hände der von dem Publizisten Thorsten Thomsen, der in Personalunion den Pressesprecher der Nationaldemokraten im Parlament gibt, geleiteten Institution über<sup>1677</sup>. 2010 zeichnete die Vorfeldorganisation außerdem für zwei mehrtägige, vorwiegend an Schüler und Studenten adressierte Veranstaltungen zu europapolitischen Visionen und Streitfragen verantwortlich, auf denen zahlreiche anerkannte Vertreter aus allen Segmenten des „Nationalen Widerstands“ auftraten<sup>1678</sup>, ehe im Mai und Dezember 2011 zwei analoge Wochenendseminare zur damals aktuellen Strategiedebatte und zur Wirtschaftspolitik durchgeführt wurden<sup>1679</sup>. Im Juni 2012 machte man dann mit Identitätsfragen weiter<sup>1680</sup>.

Die Absicht dahinter war und ist denkbar simpel; nachdem gestandene Akademiker weiter nur in Ausnahmen für die NPD zu gewinnen sind, widmet sich selbige jetzt ganz gezielt der weltanschaulichen „Aufzucht“ junger, gelehriger Nachwuchskader. Bis dato wenden sich die nach wie vor spärlichen Maßnahmen des „Bildungswerks“ deshalb vorzugsweise an eine sowohl in Bezug auf die altersstrukturelle Zusammensetzung als auch den Bildungsgrad ähnliche Zielgruppe wie der 2007 entstandene, wenngleich mittlerweile wieder aufgelöste „Nationale Bildungskreis“ (NBK) der JN. Neben der Intensivierung von Schulungsangeboten war dieses Netzwerk vornehmlich darauf ausgelegt, die Intellektualisierung der Nationaldemokraten als Stichwortgeber – durch Strategiepapiere<sup>1681</sup> – anzufachen und die vielfach vernachlässigte Sammlung und Integration von Studenten anzuregen<sup>1682</sup>.

---

<sup>1676</sup> Vgl. Homepage der NPD-Fraktion Sachsen: NPD-Fraktion wird 2010 Mittel für parteinahes Bildungswerk beantragen. 2. September 2009.

<sup>1677</sup> Vgl. BMI (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 2009, S. 120.

<sup>1678</sup> Vgl. Homepage des NPD-Bundesverbands: Deutschland und Europa verteidigen! Bildungswerk für Heimat und nationale Identität führte zweites Jugendseminar zu „Nation & Europa“ durch. 7. Dezember 2010; Muck, Herbert: „Phalanx der Euro-Rechten“. In: DS 5/2010.

<sup>1679</sup> Vgl. Homepage des NPD-Bundesverbands: Seminar des „Bildungswerkes für Heimat und nationale Identität e.V.“: Strategisches Oberziel ist und bleibt der Erhalt des deutschen Volkes! 31. Mai 2011; Dies.: Bildungswerk für Heimat und nationale Identität e.V.: Der deutsche „Dritte Weg“: Soziale Marktwirtschaft neu denken. 7. Dezember 2011.

<sup>1680</sup> Vgl. Dies.: Bildungswerk für Heimat und nationale Identität: Mut zur Identität: Das Eigene erkennen und verteidigen. 6. Juni 2012.

<sup>1681</sup> Vgl. exemplarisch ein vom ehemaligen JN-Bundeschulungsleiter Matthias Gärtner verfasstes und im März 2010 im Namen des NBK via Internet veröffentlichtes Grundsatzpapier: Nationaler Bildungskreis: Vorpoltischer Raum. Strategie zur Aufgabendifferenzierung in der Volksfront von Rechts unter besonderer Betrachtung der Notwendigkeit einer neuen JN.

<sup>1682</sup> Vgl. Homepage des JN-Bundesverbands: Erste nationalistische Studentengruppe an der Uni Halle/Saale. 13. Februar 2010.

Im Großen und Ganzen schwang man sich damit also zum inoffiziellen Nachfolger des inaktiven NHB auf, dessen versprengte Gliederungen – sofern noch nicht aufgelöst – nach außen schon seit den 90er Jahren nicht mehr wahrnehmbar sind<sup>1683</sup>. So existierten binnen kurzem besonders in Sachsen-Anhalt<sup>1684</sup>, wie etwa in Magdeburg und Halle, einige kleinere Hochschulgruppen, die bei den Wahlen zu den dortigen Studierendenvertretungen mit vorderhand verdachtsfreien Namen wie „Studentische Interessen“ kandidierten und dennoch komplett erfolglos blieben. Im Juni 2011 erklärte der NBK, der mit seiner Arbeit demnach nie über Ansätze hinauszukommen vermocht hatte, schließlich seine eigene Liquidation; Anlass hierfür waren wohl in erster Linie die dauernden Auseinandersetzungen mit dem JN-Vorstand<sup>1685</sup>.

Nicht allein aufgrund solcher schier symptomatischer Rückschläge erscheinen die Intellektualisierungsbestrebungen der NPD im Resultat ausgesprochen ernüchternd. Einerseits bleibt man bei den maßgeblichen Eliten nicht bloß außen vor, sondern sieht sich dort – Einzelfälle ausgeklammert<sup>1686</sup> – weitestmöglich stigmatisiert. Wiewohl manche Wortführer darum beispielsweise mit Nachdruck um das dem Nationalismus bisweilen nicht abgeneigte burschenschaftliche Milieu buhlen<sup>1687</sup>, stellen sich die Ergebnisse derartiger Einbindungsvorhaben bislang alles andere als befriedigend dar. Kaum ein rechtsextremistischer Hochschulabsolvent ist geneigt, seine Karriere zu riskieren, um seine ideologische Haltung zu exponieren, dafür wiegt der gesellschaftliche Konformitätsdruck einfach zu schwer. Andererseits gelingt es den Nationaldemokraten selbst nicht, dem dauerhaft entgegenzusteuern und entsprechende Anreize zu schaffen, um die drohenden

---

<sup>1683</sup> Seit 2010 wird der NHB – anders als in den Vorjahren – auch in den alljährlichen Verfassungsschutzberichten nicht mehr ausdrücklich als Suborganisation der NPD aufgeführt. Vgl. BMI (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 2010, S. 67.

<sup>1684</sup> Vgl. Homepage des JN-Bundesverbands: Uni-Wahlen: Unser Weg ist Euer Weg, 31. Mai 2010.

<sup>1685</sup> Vgl. Kompakt-Nachrichten: Nationaler Bildungskreis (NBK) aufgelöst. NPD-Jugend verliert Studenten- und Graduiertenplattform. In: Kompakt-Nachrichten vom 29. Juni 2011; Maergerle, Anton: Intellektualisierung der NPD-Jugend gestoppt. In: Blick nach rechts vom 30.6.11. <http://www.bnr.de/content/intellektualisierung-der-npd-jugend-gestoppt> (abgerufen am 1.7.11).

<sup>1686</sup> Zum Beispiel vermochte die NPD im März 2009 ein „ohne jede Beeinflussung“ entstandenes „Gutachten“ des der Partei offenkundig nahestehenden Staatsrechtlers und Politikwissenschaftlers Prof. Dr. Dr. Dr. h.c. Klaus Sojka – einst Mitglied im Bundesvorstand der DVU – zu veröffentlichen, in dem dieser die Partei für im Grunde „weder extrem noch staatsfeindlich“ erklärte. Vgl. Homepage des NPD-Bundesverbands: Gegner und Feinde der NPD scheuen die offene und sachliche Auseinandersetzung, 19. März 2009.

<sup>1687</sup> Besonders die sächsischen Abgeordneten Jürgen Gansel und Arne Schimmer, selbst Mitglieder der Gießener Burschenschaft „Dresdensia-Rugia“, suchten in der Vergangenheit die Nähe zum Verbindungsmilieu. Dafür erhielt Letzterer 2010 sogar die Möglichkeit, sich – und damit in erster Linie die NPD – in einem mehrseitigen Interview mit den „Burschenschaftlichen Blättern“ vorzustellen. Vgl. Burschenschaftliche Blätter: Fragen & Antworten zur NPD: Eine Diskussion mit Verbandsbruder Arne Schimmer (MdL). <http://www.burschenschaftliche-blaetter.de/netzversion/detailansicht/meldung/402/fragen-ant.html> (abgerufen am 22.1.10); NPD-Blog: NPD-Fraktion Sachsen: „Alter Herr“ in „Dresdner Schule“. In: NPD-Blog vom 3.9.09. <http://npd-blog.info/2009/09/03/npd-fraktion-sachsen-alter-herr-in-dresdner-schule/> (abgerufen am 10.6.11).

Ansehensverluste zu egalisieren, so dass deren Anziehungskraft effektiv nicht genügt. Konkret äußert sich diese Krux darin, dass das Gros der seriöseren „Köpfe“ erfahrungsgemäß aus existentiellen Gründen davor scheut, sich aktiv einzubringen, wohingegen sich diejenigen, die sich ungeachtet aller eventuellen Kalamitäten engagieren wollen, mitunter als unberechenbare Glücksritter herausstellen, die nichts zu verlieren haben und sich häufig umgehend wieder verabschieden.

Das augenscheinliche Vakuum an achtbaren Vorkämpfern, an dem die Partei demzufolge krankt, dokumentiert sich schon in Nebensächlichkeiten wie der, dass die NPD in Pressemitteilungen und anderweitigen Verlautbarungen kaum Gelegenheiten auslässt, die akademischen Grade der studierten Vertreter zu akzentuieren. Darüber hinaus handelt es sich dabei immerzu um die selben, handverlesenen Protagonisten – die intellektuelle Personaldecke ist extrem dünn. Was sich vor allem dann als akutes Problem erweist, wenn die eigentlichen Vordenker aufgrund dieses Mankos zu enorm eingebundenen Multifunktionären avancieren<sup>1688</sup>, die sich in den Pflichtaufgaben des alltäglichen Politikbetriebs aufreiben, anstatt die Weiterentwicklung der Programmatik anzukurbeln. Zeitnot und organisatorische Zwänge stehen einer eingehenden Reflexion und einem stetigen Dialog somit oftmals entgegen; stattdessen erschöpft sich der Meinungs austausch in Reihen der Nationaldemokraten schnell in erbitterten Richtungsstreitigkeiten über Detailfragen. Geistige Grundlagenarbeit wird vernachlässigt.

Auch die Ausbildungsoffensive verläuft nicht nach Plan; während die quantitative Auswahl und der qualitative Anspruch der Publikationen und Schulungsmaterialien forciert wurden, fehlen der vorexerzierten Professionalisierung in der Summe vielerorts die Systematik und vorneweg die flächendeckenden Angebote. Hinsichtlich der regionalen Verteilung richtet sich deren Verfügbarkeit nämlich notgedrungen zu strikt nach den Hochburgen. Sinnbildlich dafür arbeitet die NPD im Musterland Sachsen daran, abseits der mäßig agilen Vorzeigeprojekte „Dresdner Schule“ und „Bildungswerk“ mehr in die Breite zu wirken und weitere „Nationale Bildungszentren“ für die Basis aufzubauen<sup>1689</sup>; in anderen Bundesländern muten die diesbezüglichen Bemühungen dagegen über weite Strecken wie Stückwerk an. Wobei diese Kluft vermutlich gar nicht mal so sehr das

---

<sup>1688</sup> Sinnbildlich für die Mehrfachbelastung der nationaldemokratischen Vordenker ist Jürgen Gansel – Stand Mitte 2012 – nicht nur als Landtagsabgeordneter, sondern auch im Vorstand und als Pressesprecher des sächsischen Landesverbands aktiv; dazu sitzt der Gründer und Kopf der „Dresdner Schule“ im Kreistag von Meißen und im Stadtrat von Riesa und schreibt als Redakteur für die Parteizeitung. Derweil arbeitet Karl Richter neben dem Posten als Vizechef der Bundespartei als DS-Chefredakteur und Publizist und agiert außerdem als Vorsitzender des Münchner Kreisverbands und Stadtrat der dortigen „Bürgerinitiative Ausländerstopp“ (BIA).

<sup>1689</sup> Vgl. Homepage des NPD-Landesverbands Sachsen: Nationales Schulungszentrum in Delitzsch eröffnet. NPD-Landtagsabgeordneter übernimmt den Löwenanteil der Kosten. 26. September 2010.



Ergebnis grundsätzlicher Konzeptlosigkeit, vielmehr den gravierenden wirtschaftlichen Engpässen mancher Verbände geschuldet sein dürfte. Ausgehend von den suboptimalen Kräfteverhältnissen limitiert sich der Ausstoß der nationaldemokratischen Kaderschmieden schlicht von selbst, weshalb das vergleichsweise marginale Kontingent vorzeigbarer Kandidaten lediglich sehr langsam wächst.

Die NPD scheint zwischenzeitlich selbst gemerkt zu haben, dass die hochtrabende Attitüde der geistigen „Aufrüstung“ mit eigenen Denkfabriken für den Anfang vielleicht eine Spur zu großsprecherisch war, zumal der zweite Schritt nie vor dem ersten gemacht werden sollte, das heißt: Der „Kampf um die Köpfe“ darf nicht artifiziell auf die Eliten ausgerichtet werden, sondern der Kompetenzzuwachs muss ausgewogen auf allen Ebenen stattfinden, zuerst in den Kommunen ausreichende Effekte zeitigen und sich durch diese Einfallstore ausdehnen. Die Rechtsextremisten brauchen sich schlechterdings nicht zu befleißigen, den abgelehnten gesellschaftlichen Werten und Prinzipien auf akademischem Niveau zu begegnen, solange deren Repräsentanten bei den „Normalbürgern“ als *Personae non gratae* gelten. Ansonsten befördert man bloß die Gefahr, die bewährte nationaldemokratische Stammklientel zu befremden und zu verschrecken, weil Grundsatzdebatten zum Selbstzweck weniger Spitzenfunktionäre verkommen und die Anhängerschaft mehrheitlich nicht im Stande ist, deren vorgeblich wissenschaftliche Argumentationen nachzuvollziehen. Die ersten Indizien für dahingehende Korrekturen von der einseitigen Kopflastigkeit zu etwas mehr Bodenständigkeit sind derweil erneut der DS zu entnehmen, die sich – seit dem Wechsel im Amt des Chefredakteurs von Holger Apfel zu Karl Richter im April 2009 – in Aufmachung und Inhalt wieder stärker in Richtung Boulevardjournalismus entwickelt<sup>1690</sup>.

### **8.2.2. Diskursstrategie: Themenbesetzung und „Wortergreifung“**

Um der anvisierten Popularisierung und Normalisierung der eigenen Positionen ausreichenden Nachhall zu verschaffen, versucht die NPD immer wieder, sich in allgemeine Diskurse einzuschalten, selbige ideologisch subtil einzufärben und Deutungshoheit zu erlangen. Die Besetzung von Themen des aktuellen Tagesgeschehens und das dazugehörige Spiel mit Stimmungen zählen demnach zu den zentralen Bausteinen und Stilmitteln im „Kampf um die Köpfe“, dienen in diesem Rahmen zumeist als Tarnung für allerhand Stereotype, Klischees und Ressentiments. Es geht dabei gleichermaßen um die äußerliche Entschärfung und mimikryhafte Einbettung ansonsten misantrophischer,

---

<sup>1690</sup> Vgl. BMI (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 2009, S. 120/121.

völkisch-nationalistisch geprägter Einstellungen auf massenkompatiblerer Ebene. Ferner suggeriert die Aneignung und Aufbereitung drängender Fragen programmatische Flexibilität sowie die Fähigkeit zur spontanen praktischen Anwendung, sprich Alltagstauglichkeit. Durch eine immanente Neigung zum Synkretismus, der experimentellen Vermischung des authentischen Weltanschauungskerns mit anderweitigen, etwa antiamerikanischen und antiimperialistischen Versatzstücken und Sprachcodes, erstreben die Nationaldemokraten ein erhöhtes Maß an inhaltlicher Spannweite und Dynamik – und infolgedessen einen Mobilisierungsschub<sup>1691</sup>.

Das Spektrum der unter diesen Prämissen bearbeiteten Sujets ist breit; im Prinzip bleibt wenig bis nichts unkommentiert. Gerade mit Blick auf die spezifische Kultur der Vergangenheitsbewältigung in der Bundesrepublik, aber auch in Bezug auf soziale Konventionen schickt sich die Partei insofern stets an, Tabubrüche angesehener Persönlichkeiten aus Politik und Gesellschaft aufzugreifen sowie als Träger und Verstärker indirekter Kritik zu instrumentalisieren<sup>1692</sup>. Auf diese Art und Weise gelingt es von Zeit zu Zeit, die grundsätzliche Ablehnung der gegenwärtigen Verhältnisse trotz der gelegentlich erforderlichen taktischen Zurückhaltung zu exponieren – und das mit geringstem Aufwand. Zunächst genügt es schon, auf einen Zug aufzuspringen und Zustimmung zu etwas auszudrücken, das man so momentan selbst nicht zu sagen wagt. Exemplarisch dafür solidarisierte sich die NPD im Herbst 2007 mit der „Tagesschau“-Sprecherin Eva Herman, die nach zum Teil verharmlosenden Einlassungen zur NS-Familienpolitik vom „NDR“ als Moderatorin abgesetzt wurde, und würdigte deren angeblichen Einsatz für die Meinungsfreiheit<sup>1693</sup>. Außerdem „dankten“ die Nationaldemokraten Anfang 2010 via Pressemitteilung vereinzelt Abgeordneten der Linken, die der Ansprache des israelischen Staatspräsidenten Schimon Peres zum 65. Jahrestag der Befreiung des Lagers Auschwitz im Plenum des Bundestages demonstrativ den „Betroffenheitsapplaus“ verweigert hatten und hoben den Symbolcharakter dieses Affronts hervor<sup>1694</sup>.

Weil Verfehlungen von Prominenten und Vertretern der etablierten Kräfte, die rückwärtsgewandter Propaganda dermaßen in die Karten spielen, dennoch relativ selten sind, scheuen die rechtsextremistischen Kader nicht davor, deren Verlautbarungen und Kontroversen stichprobenartig nach sonstigen Pseudoparallelen zu den eigenen

---

<sup>1691</sup> Vgl. Miliopoulos: Strategische Ansätze, Potentiale und Perspektiven der NPD, S. 130.

<sup>1692</sup> Vgl. a.a.O., S. 130/131.

<sup>1693</sup> Vgl. Homepage des NPD-Landesverbands Niedersachsen: Herzlich willkommen, Frau Herman. 9. September 2007; Homepage der NPD-Fraktion Sachsen: „Es muß doch möglich sein, dem politisch korrekten Familienbild zu widersprechen!“ 27. September 2007.

<sup>1694</sup> Vgl. Homepage des NPD-Bundesverbands: Danke für den Tabubruch in der Ersatz-Knesset! 2. Februar 2010.

Programmpunkten zu durchleuchten, die dann durch entsprechende Verweise schlicht „normaler“ daherkommen sollen. Dahinter verbirgt sich ein strategisches Dilemma, da der erhobene Anspruch, systemoppositionelle Aktionsplattform und wählbare Alternative in einem zu sein, in einigen Momenten schier danach schreit, den Anschluss zur Mehrheitsgesellschaft nicht zu verlieren und die vermeintlich seriösen Absichten zu veranschaulichen. Unter anderem wurde der anno 2008 vom Parteitag der Union zum wiederholten Mal aufgebrachte Streit um die Notwendigkeit verfassungsrechtlicher Maßnahmen zum Schutz der deutschen Sprache deshalb ausdrücklich als altbewährtes Postulat der NPD dargestellt<sup>1695</sup>. Dem SPD-Dissidenten Thilo Sarrazin, dessen migrationskritische Thesen 2010 monatelang die Schlagzeilen dominierten<sup>1696</sup>, attestierte man daraufhin vollmundig, mit diesen Sichtweisen weithin auf nationaldemokratischem Terrain zu wandeln.

Ungeachtet der einstweiligen Verfügung, die der ehemalige Finanzsenator von Berlin und Bundesbankvorstand, den die NPD explizit für eine Beratertätigkeit gewinnen wollte, gegen solche Formen der geistigen Vereinnahmung sowie die Verwendung seinem Bestseller entlehnter Formulierungen zu Wahlwerbezwecken erwirkte<sup>1697</sup>, erblickte der seinerzeitige Vorsitzende Udo Voigt in dessen schonungsloser Beschäftigung mit den mutmaßlich negativen Folgen der Multikulturalisierung und der enormen Breitenwirkung seines Buches einen eindeutigen Fortschritt. Die enttabuisierende Denkweise Sarrazins hätte die juristischen Spielräume jedenfalls hinlänglich erweitert:

„Herr Sarrazin hat klar zum Ausdruck gebracht, dass er nicht Fremder im eigenen Land werden will und hat damit die Politik der NPD seit 40 Jahren bestätigt (...). Unsere Aussagen werden damit salonfähiger und es ist dann auch immer schwerer, Volksverhetzungsverurteilungen gegen NPD-Funktionäre anzustreben, wenn wir uns zur Ausländerpolitik äußern, wenn sich etablierte Politiker auch trauen, das zu äußern.“<sup>1698</sup>

Inhaltlich setzte man sich mit den aus „Deutschland schafft sich ab“ sporadisch aufgeklauten Deutungsmustern und Ideen dagegen nicht näher auseinander<sup>1699</sup>. Denn interessant war das Werk für die Nationaldemokraten vorwiegend aufgrund des anhaltenden Medienechos sowie der Verwertbarkeit seines scharfzüngigen Duktus, der

---

<sup>1695</sup> Vgl. Homepage des NPD-Bundesverbands: Wo kommt das plötzliche Bekenntnis zur deutschen Sprache her? 4. Dezember 2008.

<sup>1696</sup> Vgl. Sarrazin, Thilo: Deutschland schafft sich ab. Wie wir unser Land aufs Spiel setzen. München, 2010.

<sup>1697</sup> Vgl. Gensing, Patrick: Ungeliebte Groupies: Sarrazin zeigt die NPD an. In: NPD-Blog vom 11.9.10. <http://npd-blog.info/2010/09/11/ungeliebte-groupies-sarrazin-zeigt-die-npd-an/> (abgerufen am 11.9.10); NPD-Blog: NPD-Chef bietet Sarrazin Job als Berater an. In: NPD-Blog vom 30.8.10. <http://npd-blog.info/2010/08/30/npd-chef-bietet-sarrazin-job-als-berater-an/> (abgerufen am 31.8.10); Ders.: Sarrazin erwirkt Verfügung gegen die NPD. In: NPD-Blog vom 29.4.11. <http://npd-blog.info/2011/04/29/sarrazin-erwirkt-verfugung-gegen-die-npd/> (abgerufen am 30.4.11); Hans, Barbara: NPD wirbt in Berlin mit Sarrazin-Zitat. In: SPIEGEL-Online vom 16.4.11. <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,757495,00.html> (abgerufen am 16.4.11).

<sup>1698</sup> Voigt, zitiert nach NPD-Blog: NPD-Chef bietet Sarrazin Job an.

<sup>1699</sup> Vgl. BMI (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 2010, S. 81.

nahtlos an deren islamfeindliche Vorschläge zum Verbot von Moschee- und Minarettbauprojekten andockte<sup>1700</sup>. Schon im Vorjahr hatte die Partei hinsichtlich dieser Problematik mit dem eigentlich harmlosen Slogan „Danke, Schweiz!“ hausiert und eine Petition eingereicht, um nach dem Vorbild des Nachbarlandes hierzulande ebenfalls ein Plebiszit über einen Stopp derartiger Vorhaben zu erzwingen<sup>1701</sup>.

Wiewohl den erwähnten, dem Wesen nach eher exzeptionellen Beispielen zum Trotz erfahrungsgemäß lediglich ein Bruchteil der Bürgernähe und Politikfähigkeit vorspiegelnden Kommentare und Kampagnen einen erkennbaren Widerhall erzeugt, wirkt die Konsequenz, mit der die NPD diese niedrighschwellige Taktik der Besetzung von Themen verfolgt, langfristig durchaus erfolgversprechend, um einschlägige Prägungen in die Mentalität der Bevölkerung einsickern zu lassen. Zumal deren Zwischenrufe spürbar auf Zustimmung aus sind und sich in der äußerlichen Zielrichtung bisweilen sehr dicht am Zeitgeist bewegen. Das gilt für den Disput um Sarrazin genauso wie für die vornehmlich von den JN getragenen Aktionen gegen den Bundeswehreininsatz in Afghanistan<sup>1702</sup>, denen die Schicksale gefallener Soldaten in den vergangenen Jahren mehr und mehr Brisanz verliehen. Nicht minder gefährlich an den „gesunden Menschenverstand“ wie an grassierende Existenzsorgen und antikapitalistische Reflexe appellierten die diversen Werbefeldzüge der Nationaldemokraten anlässlich der Wirtschafts- und Währungs Krise, deren Motive und Slogans gedeihlich verengt wurden, um den „Volkszorn“ anzufachen, vom abstrakten „Sozial geht nur national“ zum griffigeren „Raus aus dem Euro – Nein zur EU-Diktatur!“<sup>1703</sup>.

Woran es derartigen Vorstößen im Rückblick nichtsdestotrotz erneut mangelte, war die nötige Reichweite. Weshalb die Verantwortlichen beharrlich darauf bedacht bleiben, die

---

<sup>1700</sup> Die NPD versuchte selbstredend, die enorme Aufmerksamkeit für die Ausländerproblematik, die mit der Debatte einherging, für sich zu verwerthen. Zum Beispiel nutzten deren sächsische Abgeordnete den Antrittsbesuch des damaligen Bundespräsidenten Christian Wulff im Dresdner Parlament zur Provokation, entrollten während seiner Rede ein Plakat mit der Aufschrift „Sarrazin hat Recht“ – und sicherten sich damit einen Platz in den deutschlandweiten Schlagzeilen. Vgl. Focus-Online: NPD-Abgeordnete stören Wulffs Antrittsrede. In: Focus-Online vom 1.9.10. [http://www.focus.de/panorama/vermischtes/dresden-npd-abgeordnete-stoeren-wulffs-antrittsrede\\_aid\\_547668.html](http://www.focus.de/panorama/vermischtes/dresden-npd-abgeordnete-stoeren-wulffs-antrittsrede_aid_547668.html) (abgerufen am 3.9.10).

<sup>1701</sup> Vgl. Homepage des NPD-Bundesverbands: „Wir wollen Schweizer Verhältnisse!“. 5. Dezember 2009; Dies.: Was macht eigentlich die Online-Petition zum Minarettverbot? 21. Dezember 2009.

<sup>1702</sup> Bereits Mitte 2009 starteten die JN Aktionen mit dem Motto „Bundeswehr – Raus aus Afghanistan“, in deren Rahmen seither wiederholt Werbematerialien verteilt sowie Demonstrationen und Mahnwachen veranstaltet wurden. Dazu verbreitete man über eine eigene Sonderseite im Internet weiterführende Informationen. Vgl. Sonderseite des JN-Bundesverbands: Bundeswehr – Raus aus Afghanistan. <http://www.raus-aus-afghanistan.de/> (abgerufen am 2.7.11).

<sup>1703</sup> Den Anfang machte die NPD im Frühjahr 2008 mit dem Slogan „Sozial geht nur national“; im Folgejahr gab man dann „Nationale Antworten auf die Wirtschaftskrise“. Ein daran anknüpfender Reklamefeldzug unter dem Motto „Raus aus dem Euro – Nein zur EU-Diktatur“ samt Internetsonderseite wurde Mitte 2011 aufgelegt. Vgl. Homepage des NPD-Bundesverbands: NPD startet Kampagne: Raus aus dem Euro – Nein zur EU-Diktatur! 1. Juli 2011; Sonderseite des NPD-Bundesverbands: Nein zum Euro. <http://nein-zum-euro.de/> (abgerufen am 2.7.11).

„Schweigespirale“ der „Systemmedien“ auszuhebeln<sup>1704</sup> und diesem angeblich größten Stolperstein im „Kampf um die Köpfe“ auch außerhalb der Wahlkampfphasen mit dem geradewegs auf Konfrontation ausgelegten Konzept der „Wortergreifung“ zu begegnen. Bereits 2004 schrieb Voigt solch spektakulären Vorgehensweisen steigende Bedeutung für den „nationalen Befreiungskampf“ zu:

„Gehen wir auf die anderen zu, machen wir ihnen klar, daß wir nicht mehr und nicht weniger als eine Volksgemeinschaft anstreben. Drängen wir ihnen unsere Gedanken auf, ja zwingen wir sie dazu, sich mit uns, unseren Forderungen und Zielsetzungen zu beschäftigen.“<sup>1705</sup>

Vier Jahre später erschien dazu sogar eine Anleitungsbroschüre für Aktivisten<sup>1706</sup>, die sich demzufolge gezielt in Versammlungen etablierter Parteien<sup>1707</sup> und Verbände sowie Aufklärungsvorträge gesellschaftlicher Initiativen<sup>1708</sup> einschleichen und dort erst einmal nicht zu erkennen geben sollen, um der Debatte dann durch schlüssige und scharfzüngige Diskussionseinwürfe in Verbindung mit einnehmendem Auftreten zum gewünschten Verlauf zu verhelfen, gängige Vorurteile über die NPD zu entkräften und speziell den noch nicht gebundenen Publikumsteil zum eigenständigen Weiterdenken zu verleiten. Allerdings bezwecken die Nationaldemokraten mit diesem verdeckt demagogischen Ansatz von Nahem betrachtet natürlich nicht bloß den Nachweis von Argumentationsfreude und Artikulationsfertigkeit, wollen vielmehr Räume zur verbalen Auseinandersetzung besetzen und darüber die Rollenverteilung bestimmen, um die Antipoden zu verunsichern und durch vereinfachende Redebeiträge in Rechtfertigungsnot zu bringen bzw. zu blamieren<sup>1709</sup>.

An und für sich sind „Wortergreifungen“ somit simple Akte der Veranstaltungspiraterie, die den demokratischen Austausch von Meinungen zum Vorwand degradieren und

---

<sup>1704</sup> Trotzdem etwa die „Torgauer Zeitung“ im August 2008 eine vollständige Pressemitteilung der NPD druckte und das 2011 eingestellte Nachrichtenportal „MV Regio“ deren Meldungen sogar wiederholt eins zu eins veröffentlichte, stellen derartige Achtungserfolge der Partei in der etablierten Medienlandschaft weiterhin ebenso seltene wie erschreckende Ausnahmefälle dar. Vgl. NPD-Blog: „Lokalgeschehen“ in Sachsen: Komplette NPD-Pressemitteilung als Nachricht. In: NPD-Blog vom 21.8.08. <http://npd-blog.info/?p=2056> (abgerufen am 21.8.08); Ders.: „MV Regio“: „Dieses System muss überwunden werden“. In: NPD-Blog vom 24.9.08. <http://npd-blog.info/?p=2229> (abgerufen am 24.9.08).

<sup>1705</sup> Voigt, zitiert nach Backes: Dokumentation 2004, S. 134/135.

<sup>1706</sup> NPD-Parteivorstand (Hrsg.): Schweigespirale durchbrechen! Erfolgreiche nationale Wortergreifungen durchführen. Berlin, 2008.

<sup>1707</sup> Vgl. die Beispiele in BMI (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 2005, S. 78; Dass.: Verfassungsschutzbericht 2006, S. 75; Dass.: Verfassungsschutzbericht 2007, S. 73/74; Dass.: Verfassungsschutzbericht 2008, S. 82/83.

<sup>1708</sup> Vgl. die Beispiele in BMI (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 2003, S. 59; Dass.: Verfassungsschutzbericht 2004, S. 69/70; Dass.: Verfassungsschutzbericht 2008, S. 82; Dass.: Verfassungsschutzbericht 2009, S. 86.

<sup>1709</sup> Vgl. Begrich, David/Weber, Thomas: Was meint die Taktik der „Wortergreifung“? In: Virchow, Fabian/Dornbusch, Christian (Hrsg.): 88 Fragen und Antworten zur NPD. Weltanschauung, Strategie und Auftreten einer Rechtspartei – und was Demokraten dagegen tun können. Schwalbach, 2008, S. 82-84; Van Hüllen: Rechtsextremes Bündnis, S. 40.

stattdessen Polemik und Polarisierung in den Mittelpunkt stellen<sup>1710</sup>, um der NPD Aufmerksamkeit und Medienpräsenz zu sichern:

„Fragen, die ein etablierter Politiker nicht beantworten kann, brechen seine Autorität. Verhaspelt sich der politische Gegner oder ergeht sich gar in einem Wutanfall, gibt er sich der Lächerlichkeit preis. Kann ihm eine volksfeindliche Stellungnahme entlockt werden, wird dies viele Anwesende zum Nachdenken bringen. (...) Wird eine Antwort verweigert, ist die betreffende Person als Pseudodemokrat demaskiert. Und wider Erwarten mit der NPD auf gleicher Augenhöhe diskutiert, ist die öffentliche Isolierung durchbrochen. Treten die NPD-Aktivisten souverän, sympathisch und kenntnisreich auf, wird jede Wortergreifung (...) zu einem politischen Erfolg.“<sup>1711</sup>

Soweit der ambitionierte Plan, in Wirklichkeit läuft das Prozedere hingegen meist auf lautstarke Störungen und Provokationen hinaus, die häufig in Platzverweise und Versammlungsabbrüche ausarten. Neben verschärftem Selbstbewusstsein offenbart die offensive und aggressive Methodenwahl der Nationaldemokraten daher automatisch auch deren akuten Mangel an vorzeigbaren „Menschenfängern“ – und analog dazu an durchschlagenden Schulungsfortschritten. Die gebotene Dichte an rhetorisch geschliffenem Personal, um die gegnerischen Protagonisten wie angedacht reihenweise vorzuführen und zu delegitimieren, vermag man augenscheinlich nach wie vor nicht aufzubieten.

### 8.2.3. Kommunalstrategie: „Geräuschlose völkische Graswurzelrevolution“<sup>1712</sup>

In Anbetracht der durch weitgehende Ächtung und Ausgrenzung bedingten Randständigkeit des Rechtsextremismus drängt die NPD seit den späten 90er Jahren darauf, sich vom Nischendasein zu befreien, sich durch beharrliche Graswurzelarbeit sowie bürgerfreundliches Gebaren den Weg in die Mitte der Gesellschaft zu bahnen und dort zu verankern. Im Zuge dessen setzt man nach außen allenthalben auf „taktische Zivilisierung“, an den Zielsetzungen dürfte die mutmaßlich sowieso nur temporäre

---

<sup>1710</sup> Im März 2009 veröffentlichte die Partei im Internet einen Bericht zum „Besuch“ einiger Mitglieder bei der vom Bundesamt für Verfassungsschutz ausgerichteten Wanderausstellung „Die braune Falle“ im brandenburgischen Petershagen-Eggersdorf, der verdeutlichte, worauf es bei „Wortergreifungen“ ankommt: „Viel interessanter war daher unsere Diskussion mit einer älteren Dame vom Verfassungsschutz, die in einem Vortrag vor einer Schulklasse über uns aufklären wollte. Nachdem sie die Jugendlichen mit den Zahlencodes der Nazis langweilte, fragte ein Kamerad, ob denn nicht ein Gedicht von Schiller wichtiger wäre. Wir boten den Jugendlichen an, uns Fragen zur NPD zu stellen, da sie uns ja jetzt endlich kennenlernen können. Die Dame vom Verfassungsschutz war völlig außer sich und schrie uns an (...). Wir wiesen sie trocken darauf hin, daß sie doch in einer normalen Lautstärke mit uns reden könne (...). Danach lief sie völlig überfordert weg (...), um die Polizei zu rufen. (...) Die Schüler fingen schon an zu lachen.“ Vgl. Homepage des NPD-Bundesverbands: Besuch der Ausstellung „Die braune Falle“ in Brandenburg. 21. März 2009.

<sup>1711</sup> NPD-Parteivorstand (Hrsg.): Schweigespirale durchbrechen!, zitiert nach Schulze: Viersäulenkonzept der NPD, S. 100.

<sup>1712</sup> Mit diesem Leitmotiv spitzte der sächsische Landtagsabgeordnete Jürgen Gansel nach dem Wahlerfolg in Mecklenburg-Vorpommern 2006 die schleichende Verwurzelung der NPD in manchen Gegenden „Mitteleuropas“ zu und sprach dabei schon vom „Marsch in die Mitte des Volkes“. Vgl. BMI (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 2006, S. 76.

Zurückhaltung trotzdem nichts ändern<sup>1713</sup>. Was sich nicht zuletzt in der regelmäßigen Neigung der Nationaldemokraten zeigt, regionale Kameradschaften und sonstige militante Vorfeldorganisationen des „Nationalen Widerstands“ in diese Kommunalstrategie miteinzubeziehen – und die zweifelhaften Mäßigungstendenzen darüber im Kern selbst zu relativieren.

Im Optimalfall vermag sich die NPD demnach sowohl auf die Mitwirkung des subkulturellen Potentials vor Ort als auch auf von sich aus anerkannte Persönlichkeiten zu stützen, die in den Gemeinden als deren verbürgerlichte „Gesichter“ vorangehen. „Heimattreue“ Ärzte, Selbständige und Handwerksmeister verfügen vor diesem Hintergrund nicht nur über die nötige Alltagspräsenz, um die „Schweigespирale“ und die verbreiteten Stigmatisierungsreflexe zu durchbrechen, verheißen vielmehr Sozialprestige und nachhaltige Akzeptanz<sup>1714</sup>. Schon aufgrund der beruflichen Schlüsselstellungen weisen derartige Sympathieträger nach außen in erster Linie einen vergleichsweise bodenständigen, buchstäblich „normalen“ Lebensstil abseits einschlägiger Szenezusammenhänge auf. Darüber hinaus agitieren diese nationaldemokratischen „Doppelagenten“ häufig allenfalls niedrigschwellig, behandeln in den Vertretungskörperschaften etwa bevorzugt verdachtsfreie Lokalthemen und werden deshalb hauptsächlich auf einem bestimmten nachbarschaftlichen, beinahe apolitischen Level wahrgenommen – was natürlich enorm hilft, Vorurteilen entgegenzutreten und die Wählbarkeit erfahrungsgemäß erhöht.

Besonders in den ländlichen Bereichen der neuen Bundesländer geben die vielzitierten Wölfe in Schafspelzen oftmals den geschäftigen Volkstribunen und wissen die ob der Schwäche oder gar des Fehlens gesellschaftlicher Fundamente und gewachsener demokratischer Strukturen gebotenen Spielräume gezielt zu nutzen, um den Finger in vermeintlich von „denen da oben“ verschuldete Wunden zu legen. Die NPD stößt hier in ein soziokulturelles Vakuum, das etablierte Konkurrenten, Kirchen und staatliche Vorposten hinterlassen haben, sucht den ständigen Kontakt zu den Mitbürgern und schafft es in einem „Dauerwahlkampf“ stellenweise, sich zum ernstzunehmenden „Kümmerer“ zu stilisieren<sup>1715</sup>. Ausschlaggebend dafür scheint jedoch vorwiegend die systematische Personalisierung der Partei, sprich das Ansehen und das joviale Auftreten der

---

<sup>1713</sup> Vgl. Grumke/Klärner: Rechtsextremismus, S. 130; Klärner, Andreas: „Zwischen Militanz und Bürgerlichkeit“ – Tendenzen der rechtsextremen Bewegung am Beispiel einer ostdeutschen Mittelstadt. In: Ders./Kohlstruck, Michael (Hrsg.): Moderner Rechtsextremismus in Deutschland. Hamburg, 2006, S. 44-67, S. 65-67.

<sup>1714</sup> Vgl. Steglich: NPD in Sachsen, S. 117/118.

<sup>1715</sup> Vgl. Bergsdorf: Vier-Säulen-Strategie der NPD, S. 16.

Aushängeschilder, weniger die dahinter verborgene Programmatik zu sein<sup>1716</sup>. Aufgrund der skizzierten kleinbürgerlichen Attitüde sowie der damit verbundenen Nähe zu den Menschen kommen die Nationaldemokraten dort keineswegs wie krude Außenseiter daher, sondern stellen in den Augen vieler wahrscheinlich primär solide, pragmatische und salonfähige Alternativen dar, die sich wirklich um das Allgemeinwohl sorgen<sup>1717</sup>.

Auf der einen Seite pflegt die NPD die vorgebliche Seriosität der eigenen Absichten demzufolge mit eindeutig politischen Angeboten wie Sprechstunden und Mitteilungsblättern zu erhärten. Angeleitet von der Kommunalpolitischen Vereinigung (KPV) schieben deren Kandidaten und Abgeordnete soziale Probleme wie Arbeitslosigkeit, Abwanderung und demographischen Wandel in den Vordergrund und suggerieren somit Praxisnähe sowie Kompetenz<sup>1718</sup>. Andererseits beackern die Vertreter der nationaldemokratischen Kreisverbände mit beachtlichem Aufwand und bisweilen bedenklicher Kreativität den vorpolitischen Raum, um den basalen Anflug der Rechtschaffenheit und Vertrauenswürdigkeit zu bekräftigen und Außenstehende dahingehend zu bekehren. Das beginnt mit naheliegenden Schritten wie der Einflussnahme in Fußballstadien bzw. Fankreisen<sup>1719</sup> und dem Eintritt in Feuerwehren und Vereine über die Durchführung von Kinder- bzw. Volksfesten<sup>1720</sup> und Konzerten, Nachhilfestunden für Schüler<sup>1721</sup> und Engagements in Elternbeiräten bis zu vereinzelt Ehrenämtern wie

---

<sup>1716</sup> Vgl. Steglich: NPD in Sachsen, S. 120.

<sup>1717</sup> Vgl. Brandstetter: NPD im 21. Jahrhundert, S. 136/137.

<sup>1718</sup> Siehe Kapitel 8.3.3.

<sup>1719</sup> Der Volkssport Nummer eins in Deutschland ist für die NPD einerseits aufgrund des enormen Beliebtheitsgrads, andererseits aber auch als Bindeglied verschiedenster gesellschaftlicher Segmente von großer Bedeutung, wobei die Verantwortlichen den Nährboden für eine entsprechende Beeinflussung dem Vernehmen nach wohl gerade in den niedrigeren Spielklassen als günstig erachten: Gemeinhin appelliert die Partei dort an den Gemeinschaftsgeist, solidarisiert sich etwa mit der Kritik vieler Fans an der Kommerzialisierung des Fußballs und versucht darüber, Parallelen zur eigenen Kapitalismus- und Globalisierungsfeindlichkeit aufzuzeigen. Vgl. Geisler, Alexander/Gerster, Martin: Fußball als Extrem-Sport – Die Unterwanderung des Breitensports als Strategieelement der extremen Rechten. In: Braun, Stephan/Dies. (Hrsg.): Strategien der extremen Rechten. Hintergründe – Analysen – Antworten. Wiesbaden, 2009, S. 189-207; Homepage des NPD-Bundesverbands: Bekenntnis zu sächsischen Traditionsvereinen: Apfel mit dem Flaggschiff D beim Leipziger Lokalderby. 24. August 2009; Sundermeyer, Olaf: „Vor allem die Regional- und Oberligen sind interessant“. In: RUND – Das Fußballmagazin. <http://www.rundmagazin.de/cmsms/news/55/23/Nazis-Interview-Klaus-Beier/> (abgerufen am 18.3.10).

<sup>1720</sup> So veranstaltete die NPD 2010/11 gerade in Mecklenburg-Vorpommern wiederholt Kinderfeste, auf denen zu Kaffee und Kuchen auch gratis Schulsachen verteilt wurden. Bezahlt wurden diese Präsente dem Vernehmen nach aus den angeblich allein auf Betreiben der etablierten Parteien erhöhten Diäten der eigenen Landtagsabgeordneten, die man damit direkt an das Volk weitergeben wolle. Vgl. Homepage des NPD-Bundesverbands: Neue Wege gehen: NPD gibt Diätenerhöhung dem Volk zurück! 6. September 2010.

<sup>1721</sup> Vgl. Homepage des JN-Bundesverbands: JN-Vorsitzender Rochow: Kostenlose Schülerhilfe ist Bestandteil unseres politischen Konzepts. 29. März 2007.



Schöffen- und Volkszählertätigkeiten<sup>1722</sup>, mit denen man mit Macht in die Erfahrungswelt der Mitmenschen vorzustößen versucht.

Neben dem Renommee der ansässigen Funktionäre und Repräsentanten, deren perfide Fassade anscheinend positiv auf die NPD abfärbt, profitiert diese in den provinzielleren Regionen außerdem vom prekären Mangel an anderweitigen Möglichkeiten zur Freizeitgestaltung. Je nachdem bieten sich mancherorts für Jugendliche schlicht nicht genügend Optionen, um die breit gefächerten Offerten der vehement um Nachwuchs buhlenden Nationaldemokraten bzw. JN sogleich grundsätzlich zu verwerfen. Auch, weil Musikveranstaltungen und Liederabende mit Lagerfeuerromantik, Nachtwanderungen und Ausflüge, Abenteuerwochenenden in der Natur sowie sportliche Aktivitäten verhältnismäßig subtile Lockmittel sind<sup>1723</sup>, die den weltanschaulichen Antrieb weithin verschleiern. Hinter vorgehaltener Hand dienen die stattlichen Anstrengungen um die Heranwachsenden selbstverständlich stets dem Aufbau vorgelagerter Netzwerke, um Neulinge sukzessive zu vereinnahmen und zu verlässlichen Anhängern zu schulen.

Gleichwohl die erörterten Methoden de facto alles andere als erfolglos sind, ist die NPD insgesamt – einige Kulminationspunkte ausgenommen – dennoch weit davon entfernt, diese Kommunalstrategie annähernd flächendeckend anzuwenden<sup>1724</sup>; dafür fehlt es sichtlich an Masse und Klasse, also einem veritablen Grundgerüst an „Köpfen“, die der angepeilten Mitte der Gesellschaft schon von sich aus angehören und sich nicht erst mühsam daran annähern müssen. Das soll nun keineswegs verharmlosend klingen, allerdings können selektive Darstellungsformen der medialen Berichterstattung wie die meist nach aufsehenerregenden Wahlergebnissen und ausländerfeindlichen Delikten kurzzeitig aufflackernden, nicht selten ausschließlich skandalisierenden Bilder von Dorfidyllen und Brandstiftern im Biedermeierkostüm den Blick auf die komplexeren Dinge verzerren und Wirklichkeit konstruieren<sup>1725</sup>. Paradebeispiele wie Lutz Battke, der

---

<sup>1722</sup> Vgl. Focus-Online: NPD fordert Mitglieder zur Kandidatur als Schöffen auf. In: Focus-Online vom 10.8.09. [http://www.focus.de/politik/weitere-meldungen/schoeffen-mpd-fordert-mitglieder-zur-kandidatur-als-schoeffen-auf\\_aid\\_424750.html](http://www.focus.de/politik/weitere-meldungen/schoeffen-mpd-fordert-mitglieder-zur-kandidatur-als-schoeffen-auf_aid_424750.html) (abgerufen am 10.8.09); Homepage des NPD-Bundesverbands: „Fakt“ hat schlecht recherchiert – Es gibt noch mehr NPD-Richter. 12. August 2009; Dies.: Amtsgericht Riesa entscheidet: NPD-nahe Schöffin bleibt im Amt. 8. November 2009; Dies.: Sachsen-NPD ruft dazu auf, sich als „Volkszähler“ für den „Zensus 2011“ zu melden. 7. Januar 2011.

<sup>1723</sup> Während vielerorts kleinere „nationale Fußballturniere“ veranstaltet werden, rief der Funktionär Tommy Frenck im Sommer 2007 mit dem „SV Germania Hildburghausen“ einen eigenen rechtsextremistischen Verein ins Leben, der in der Folgezeit dem Landessportbund Thüringen beitreten wollte, um Fördermittel beantragen und den Gesinnungsgenossen damit künftig weitere Sportarten wie Hand- und Volleyball bieten zu können. Vgl. Geisler/Gerster: Fußball als Extrem-Sport, S. 198-200.

<sup>1724</sup> Vgl. Erb: Kommunalpolitische Strategie der NPD, S. 52.

<sup>1725</sup> Vgl. Beier/Bogitzky: NPD in kommunalen Parlamenten, S. 5; Schellenberg, Britta: Rechtsextremismus und Medien. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 42/2005, S. 39-45; Widmann, Peter:

als Bezirksschornsteinfeger und Fußballtrainer mit der Bevölkerung im sachsen-anhaltinischen Laucha ausgesprochen vertraut ist und dort zur Bürgermeisterwahl 2010 stolze 24 Prozent auf sich vereinte<sup>1726</sup>, werden verständlicherweise mit Bestürzung aufgenommen und aufgebauscht, in vielen Fällen aber auch zu voreilig verallgemeinert. Passend dazu scheuen die Nationaldemokraten selbst nicht davor, solche Phänomene werbewirksam auszuschlachten und mit Nachdruck auf die soziale Verwurzelung sowie die angeblichen Verdienste der Vorzeigefiguren zu verweisen, was die Presse wiederum sporadisch aufgreift und weiterverbreitet, womit sich diese neuralgische Dialektik der Pauschalisierung und Dramatisierung wechselseitig anfacht<sup>1727</sup>.

Obzwar es inzwischen gerade im Osten eine ganze Reihe von Ortschaften gibt, in denen Rechtsextremisten sehr gut integriert sind, wird es für die NPD vorerst vermutlich weiter illusorisch sein, eine derartige Rolle in einem größeren, geschweige denn deutschlandweiten Rahmen einzunehmen. Erstens steht und fällt deren kommunaler Einfluss mit der konkreten Anerkennung und Eingebundenheit der Aktivisten in den kleinbürgerlichen Nachbarschaftsverhältnissen, die selbige in solchem Ausmaß in städtischen Milieus mit höheren Einwohnerzahlen und dementsprechender Anonymität kaum finden werden. Zweitens sieht man sich stattdessen speziell in Westdeutschland nach wie vor erheblichen Vorbehalten und notorischer Wachsamkeit gepaart mit einer starken Zivilgesellschaft gegenüber, die sich einem etwaigen Vormarsch entschlossen in den Weg stellt, egal wann und wo. Drittens sind die Verbände auf der Kreisebene im Durchschnitt sowieso zu schwach aufgestellt, um derart ambitionierte Vorstöße alleine zu stemmen und dadurch mehrheitlich auf die Kooperation mit subkulturellen Kräften angewiesen. Was schon deshalb automatisch Zwiespältigkeiten und Konflikte aufwirft, da die vor allem anhand aktionsorientierter Zugänge und der Nutzbarmachung szenetypischer Kulturelemente wie Musik diffus anpolitisierten Verbündeten von den streckenweise sehr abrupt auf Verbürgerlichung schaltenden Nationaldemokraten schwerlich ausreichend zu disziplinieren und steuern sein dürften<sup>1728</sup>.

Die Anbindung und Stabilisierung des „Nationalen Widerstands“ entspricht insofern einem ebenso wichtigen wie heiklen Schritt, der von der NPD eine Art Spagat verlangt, weil deren Wortführer eingesehen haben, dass den eingefahrenen Abwehrhaltungen nur mit

---

Entscheidungsschlachten am Bildschirm. Extremistische Provokateure und journalistische Routinen. In: Benz, Wolfgang (Hrsg.): Jahrbuch für Antisemitismusforschung 14. Berlin, 2005, S. 100-109.

<sup>1726</sup> Vgl. NPD-Blog: Bürgermeisterwahl: 24 Prozent für NPD-Kandidaten Battke. In: NPD-Blog vom 8.11.10. <http://npd-blog.info/2010/11/08/burgermeisterwahl-24-prozent-fur-npd-kandidaten-battke/> (abgerufen am 9.11.10).

<sup>1727</sup> Vgl. Beier/Bogitzky: NPD in kommunalen Parlamenten, S. 12.

<sup>1728</sup> Vgl. Brodtkorb: Metamorphosen von Rechts, S. 25-28.

Aggressivität und „Systemfeindschaft“ nicht entgegenzusteuern ist. Dort wo sich die Menschen sozusagen mit Namen kennen, gibt es mit Drohgebärden und Dominanzverhalten für gewöhnlich kaum etwas zu gewinnen. Sinnbildlich dafür liegen die Prioritäten der Parteispitze zum Missfallen vieler Kameradschafts- und Skinheadgruppierungen längst im „Kampf um die Köpfe“ und „Kampf um die Parlamente“, nicht mehr im „Kampf um die Straße“. Zudem hat sich das vorherrschende Verständnis der bereits seit den 90er Jahren diskutierten Vorstellung „national befreiter Zonen“ bis heute signifikant verändert<sup>1729</sup>. Stand dieses einst vom NHB erarbeitete und von den Nationaldemokraten als Gesamtpartei erst ab 2002 allmählich in die Säulenstrategie eingeflochtene Gedankenkonstrukt anfangs insbesondere für die Schaffung von Freiräumen<sup>1730</sup>, in denen Nationalisten idealerweise die Rolle einer „Gegenmacht“ zum Staatsapparat ausüben und Fremde und Feinde eventuellen Sanktionen entgehen, ist mittlerweile eher von weniger martialischen und im Grunde defensiven „Rückzugsgebieten“ für Gleichgesinnte die Rede<sup>1731</sup>.

Nichtsdestotrotz lässt sich konstatieren, dass sich die NPD langfristig weiterhin nach kultureller Hegemonie sehnt und lediglich deren momentane Handlungsweisen mitunter moderater wirken: Anstatt der vorsätzlichen Aufrechterhaltung von Ausschließungs- und Angstgefilen für Ausländer und Andersdenkende stellen die Nationaldemokraten den kontinuierlichen Ausbau der vorhandenen Hochburgen durch konzertierte Ansiedlung von Anhängern und Installation selbständiger wirtschaftlicher Infrastrukturen in den Mittelpunkt<sup>1732</sup>, streben somit nach Alltagspräsenz, dem Anschluss zur „Normalbevölkerung“ und der vorsichtigen Ausdehnung des kommunikativen Horizonts zur Indoktrination mit dem Ideengut des völkischen Nationalismus. Es geht nach diesem abgemilderten Entwurf augenscheinlich darum, in größtmöglichem Einklang mit den Menschen zu agieren, Verbundenheit und Verlässlichkeit auszudrücken, um gedeihlich manipulierenden Einfluss auf das Meinungsklima auszuüben. Währenddessen dienen die

---

<sup>1729</sup> In einem 1991 ohne Verfasserangabe erschienenen Memorandum in der „Vordersten Front“, der offiziellen Zeitschrift des NHB, wurde erstmals die später um den Zusatz „national“ erweiterte Formel „befreite Zone“ benutzt und seinerzeit explizit bezüglich „Mitteldeutschlands“ operationalisiert. Vgl. Döring, Uta: „National befreite Zonen“. Zur Entstehung und Karriere eines Kampfbegriffs. In: Klärner, Andreas/Kohlstruck, Michael (Hrsg.): *Moderner Rechtsextremismus in Deutschland*. Hamburg, 2006, S. 177-206; NHB: *Schafft befreite Zonen; Verfassungsschutz des Landes Brandenburg: „National befreite Zonen“ – Kampfpapole und Realität*. Potsdam, 2001.

<sup>1730</sup> Vgl. BMI (Hrsg.): *Verfassungsschutzbericht 2002*, S. 62.

<sup>1731</sup> Vgl. Döring: „National befreite Zonen“, S. 193.

<sup>1732</sup> Unter anderem rief der rheinland-pfälzische Landesverband im März 2010 via Internet dazu auf, „eigene Wirtschaftskreisläufe“ zu schaffen, um den „Nationalen Widerstand“ durch regionale Vernetzung zu stärken – und stellte seinen Mitgliedern dazu sogar eine Liste rechtsextremistischer Läden und Unternehmer zur Verfügung. Vgl. Homepage des NPD-Landesverbands Rheinland-Pfalz: *Eigene Wirtschaftskreisläufe*. 20. März 2010.

gelegentlich von Mitgliedern aufgemachten Ladengeschäfte, Lokalitäten und Wohnprojekte der diskreten Stärkung und Vernetzung des „Nationalen Widerstands“, werden als Logistik- und Schulungszentren, Schlupfwinkel und Schnittstellen zu anderen Strömungen gebraucht, an denen man von außen gemeinhin nicht gestört wird<sup>1733</sup>.

Insgesamt beinhaltet das Konzept „national befreiter Zonen“ ergo eine verschiedentlich auch von den etablierten Medien aufgegriffene Zuspitzung der vorstehend erörterten Kommunalstrategie; ein Passepartout, das einigen Platz für Interpretationen und Projektionen bietet und der von Zeit zu Zeit durchaus effekthascherischen und bewusst bedrohlichen Propaganda der NPD damit absolut entgegenkommt<sup>1734</sup>. Jedenfalls ist dieses vieldeutige Modell, dessen griffiger Name immer wieder durch die Schlagzeilen geistert, in den vergangenen Jahren gleichermaßen zum Symbol für durch gewaltsame Machtdemonstrationen initiierte Drucksituationen in gewissen Sozialräumen wie für das geräuschlose, gutbürgerliche Drängen der Nationaldemokraten in die gesellschaftliche Mitte geworden. Wobei die Analyse und Wertung beider Varianten zuweilen vom Alarmismus bestimmt und darüber verkannt wird, dass der besagte Ansatz – trotz theoretisch bekundeter Ansprüche der Rechtsextremisten und zumindest teilweise zu beobachtender Anflüge territorialer Vormachtstellungen – bis dato nirgends in Reinform bzw. dauerhaft und in weitläufigerem Radius zu verwirklichen war<sup>1735</sup>. Wenngleich die sichtbaren Bestrebungen, die existierenden Verhältnisse zu erschüttern und die Bundesrepublik „von unten“ zu schwächen, definitiv nicht zu unterschätzen sind, erscheint eine etwas weniger emotionale, dafür umso sachlichere und differenziertere Beschäftigung damit darum so wünschenswert wie notwendig. Letztlich gilt es, die Lage nüchtern zu erschließen, adäquate Lösungsvorschläge zu erarbeiten und das Problem dabei nicht artifiziell größer zu machen, als es im Prinzip ist.

---

<sup>1733</sup> Vgl. Röpke, Andrea: Immobilienkäufe durch Rechtsextremisten. In: Braun, Stephan/Geisler, Alexander/Gerster, Martin (Hrsg.): Strategien der extremen Rechten. Hintergründe – Analysen – Antworten. Wiesbaden, 2009, S. 245-258, S. 250.

<sup>1734</sup> Vgl. Döring: „National befreite Zonen“, S. 205.

<sup>1735</sup> Im Zusammenhang mit den berüchtigten „national befreiten Zonen“ berichteten die Medien in den vergangenen Jahren wiederholt über Jamel in Mecklenburg-Vorpommern. In dieser angeblichen „Dorfgemeinschaft“ soll die NPD mittlerweile mehrheitsfähig sein, was an sich sogar stimmen mag, letztlich aber auch an den demographischen Relationen in der ausgesprochen ländlichen Region liegen dürfte – denn in dem kleinen Weiler leben lediglich um die 40 Menschen, so dass die Verhältnisse durch sich konzentriert ansiedelnde Rechtsextremisten leicht kippen konnten. Allerdings zieht deren Vorherrschaft selbst dort nach wie vor zivilgesellschaftlichen Widerstand nach sich, gleichwohl die Aktionen zumeist nur von wenigen Anwohnern getragen werden. Vgl. Röpke, Andrea: NPD in Jamel. In: Blick nach rechts vom 1.8.11. <http://www.bnr.de/content/npd-in-jamel> (abgerufen am 4.8.11); Wittrock, Philipp: Ein Dorf in der Hand von Neonazis. In: SPIEGEL-Online vom 16.8.07. <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,496755,00.html> (abgerufen am 4.8.11).

#### **8.2.4. Medienstrategie und Propagandaapparat**

In dem Maße wie die NPD den völkischen Nationalismus lancieren und langfristig in der Mentalität der Menschen verankern will, liegen die Kernaufgabengebiete des „Kampfes um die Köpfe“ weithin in der latenten Vermittlung dazugehöriger Wertvorstellungen wie des Kollektivgedankens, in der „Korrektur“ von Vorurteilen und der Manipulation von Meinungen. Kurzum, in der Kommunikation. Gerade in der heutigen Informationsgesellschaft erfordern Geländegewinne auf diesem hochfrequentierten Gebiet erfahrungsgemäß allerdings ebenso aufsehenerregende wie effiziente und vor allem variable Instrumentarien, eingebettet in ein hinlängliches Gesamtkonzept. Insofern wird zum einen etwa durch die erwähnten Themenbesetzungen und Tabubrüche konsequent versucht, das Interesse der etablierten Medien zu wecken und selbige darüber in kostenlose Multiplikatoren der eigenen Ideologie zu verkehren – was zum Teil sogar klappt, wenngleich mit mehrheitlich negativem Tenor. Lautstärke allein genügt aber schlechterdings nicht aus, um die Leute nachhaltig für sich zu gewinnen. Zum anderen strengen sich die Nationaldemokraten deshalb allenthalben an, den vorhandenen Propagandaapparat auszudifferenzieren, Inhalte und Methoden zu aktualisieren und Innovationen aufzugreifen, um die verschiedenen Zielgruppen anhand spezifisch aufbereiteter, vereinzelt auch vorpolitischer Zugänge wie Zeitungen und anderweitiger Printerzeugnisse, verschärfter Internetpräsenz sowie vorneweg der Indoktrination durch Musik aktiv und authentisch anzusprechen, um nicht zu sagen „abzuholen“.

Wobei die letztgenannte Variante anfangs keine Selbstverständlichkeit darstellte, da die „alte“ NPD aus kultureller Sicht lange Zeit ausgesprochen konservative Positionen hochgehalten hatte, lediglich Marschmusik und klassischen Volksliedern huldigte und nahezu alle nach dem Zweiten Weltkrieg aufgekommenen Stile als amerikanisierte Zerfallserscheinungen ablehnte<sup>1736</sup>. Nachdem diese anachronistischen Standpunkte auf die Jugend per se abschreckend wirkten, veranlasste erst die allgemeine Neuausrichtung in den 90er Jahren und die damit einhergehende programmatische und personelle Nähe zu den Subkulturen einen Sinneswandel. Speziell im Rechtsrock erkannten die Strategen der einstigen „Altherrenpartei“ einen brauchbaren Ansatz, um die eklatante Randständigkeit in der Szene zu beenden und die Akquisition von Aktivisten zu beflügeln. Schließlich war jene Spielart besonders in Reihen der damals erstarkenden Skinheads und jüngeren

---

<sup>1736</sup> Vgl. Dornbusch, Christian/Raabe, Jan: „Protestnoten für Deutschland“. In: Röpke, Andrea/Speit, Andreas (Hrsg.): Neonazis in Nadelstreifen. Die NPD auf dem Weg in die Mitte der Gesellschaft? Bonn, 2009, S. 168-190, S. 169; Staud: Moderne Nazis, S. 155/156.

Neonationalsozialisten beliebt, die bei den bis dahin eher biederen Nationaldemokraten die Radikalität vermissten und entsprechenden Abstand wahrten.

Um das schleunigst zu ändern, das vornehmlich aktionsorientierte Umfeld vorsichtig anzupolitisieren und sukzessive zu absorbieren, setzte die NPD seither auf die systematische Nutzbarmachung von Unterhaltungsmomenten. Gezielt mit Konzerten verbundene Kundgebungen avancierten daraufhin zu wichtigen Gravitationszentren, Kontaktbörsen und Gemeinschaftserlebnissen für die anzuwerbende Gefolgschaft wie für die alteingesessene Klientel. Mit offiziell als Parteiversammlungen angemeldeten und daher aus ordnungsrechtlicher Perspektive allenfalls aufgrund von Formfehlern zu verbietenden, allen offenstehenden Freiluftevents wie dem schon angesprochenen „Pressefest“ der DS<sup>1737</sup>, „Rock für Deutschland“ oder dem „Fest der Völker“, auf denen sich Rede- und Musikbeiträge im Normalfall abwechseln, schwangen sich die Nationaldemokraten zum wesentlichen Faktor und organisatorischen Rückgrat in der Freizeitgestaltung des „Nationalen Widerstands“ auf<sup>1738</sup>.

Darüber hinaus hat man probiert, die punktuelle Einbeziehung musikalischer Elemente in die politische Arbeit zu professionalisieren, um dauerhaft von deren Anziehungskraft und Dynamik zu profitieren und das Erscheinungsbild zu modernisieren – und das nach heutigen Erkenntnissen mit Erfolg. Jedenfalls wurde der darüber gesuchte Anklang bei Jugendlichen definitiv gefunden, wie die in den vergangenen beiden Jahrzehnten beinahe verdoppelten Anhängerzahlen und der diametral gesunkene Altersdurchschnitt belegen. Folglich scharft die NPD bis dato nicht mehr bloß das Gros des Rechtsrockspektrums um sich und bezieht daraus die Masse des bei Demonstrationen aufmarschierenden „Fußvolks“, sondern buhlt auch um Fans anderer Genres und vermag dabei auf die werbewirksamen Mitgliedschaften von Galionsfiguren wie Michael Regener und Frank Rennie zu verweisen, deren in der Regel brachiales Gegröle bzw. altbackener Folkloregesang stellvertretend für die bemerkenswerte Fülle an aufgebotenen Richtungen steht. Nebenbei verfügen die Nationaldemokraten in Kadern wie Jens Pühse und Thorsten Heise seit Jahren über Pioniere in der Herstellung sowie dem Vertrieb rechtsextremistischer Tonträger<sup>1739</sup>, mit deren Hilfe die Vernetzung mit Künstlern und Plattenfirmen vertieft und diverse Projekte realisiert wurden.

---

<sup>1737</sup> Siehe Kapitel 8.1.2.

<sup>1738</sup> Vgl. Langebach/Raabe: RechtsRock, S. 166/167 und S. 186.

<sup>1739</sup> Pühse betrieb bereits ab den 90er Jahren eine eigene, szeneeintern als „Pühses Liste“ bekannte Versandfirma für einschlägiges Liedgut, die 1998 schließlich im DS-Verlag der NPD aufging. Hingegen verkauft Heise über sein Musiklabel „WB Records“ und den angegliederten „WB Versand“ auch weiterhin selbständig Rechtsrock und szenetypische Devotionalien.

So verbreitete die NPD 2001 im Rahmen des Wahlkampfes zum Berliner Senat erstmals einen Vorläufer der „Schulhof-CD“ mit einigen Balladen und Redeausschnitten, erhielt für die – im Vergleich mit den darauffolgenden Versionen – dilettantische Silberscheibe, die noch nicht einmal ein Begleitheft enthielt, von den jüngeren Stimmberechtigten jedoch wenig Beifall<sup>1740</sup>. Trotzdem griff ein Konglomerat aus über 50 Firmen und „Freien Kameradschaften“ das Konzept Mitte 2004 auf und erstellte eine eigene Multimedia-CD mit wesentlich mehr Titeln und weiterführenden Informationen, die allerdings gerichtlich eingezogen und auf den Index gesetzt wurde. Das Medieninteresse, das diesem Zensururteil anhaftete, wussten dann abermals die Nationaldemokraten zu verwerten, verteilten zur Landtagswahl in Sachsen im September desselben Jahres um die 25.000 Stück der aufwendig aufgemachten Langspielplatte „Schnauze voll? Wahltag ist Zahltag“ und verzeichneten wahrscheinlich auch deshalb auffällige Zustimmungswerte im Segment der Jungwähler<sup>1741</sup>.

Seitdem gehören die für gewöhnlich zu den größeren Kampagnen aufgelegten, in Verpackung, Interpretenliste und Inhalt graduell abgewandelten Sampler für die NPD und deren Subgliederungen gewissermaßen zum Inventar<sup>1742</sup>; gelegentlich auch in Kombination mit als Internetdownloads abrufbaren Klingeltönen für Mobiltelefone und gesonderten, die Mitgliederbasis aufstachelnden „Wahlkämpferliedern“<sup>1743</sup>. Wiewohl dabei stets mit Provokationen und dem Reiz des Verbotenen gespielt wird, scheinen gemeinhin alle Passagen im Voraus auf strafrechtliche Relevanz geprüft zu sein<sup>1744</sup>. Parallel zur ausgedehnten musikalischen Bandbreite der aufgefahrenen Bands, die vom treibenden Rechtsrock zur melancholischen Ballade sämtliche Bereiche abdecken, spiegeln sich im thematischen Repertoire meist die maßgeblichen Betrachtungsweisen und Pfeiler der

---

<sup>1740</sup> Vgl. Dornbusch/Raabe: „Protestnoten für Deutschland“, S. 175/176; Raabe, Jan: Was verbirgt sich hinter der „Schulhof-CD“? In: Virchow, Fabian/Dornbusch, Christian (Hrsg.): 88 Fragen und Antworten zur NPD. Weltanschauung, Strategie und Auftreten einer Rechtspartei – und was Demokraten dagegen tun können. Schwalbach, 2008, S. 88-90.

<sup>1741</sup> Siehe Kapitel 6.3.5.

<sup>1742</sup> Vgl. zum Beispiel die Versionen der „Schulhof-CD“ zur Landtagswahl 2004 in Sachsen und zu den Bundestagswahlen 2005 und 2009: Schulhof-CDs des NPD-Bundesverbands: Schnauze voll? Wahltag ist Zahltag, 2004; Der Schrecken aller linken Spießer und Pauker, 2005; BRD vs. Deutschland, 2009.

<sup>1743</sup> Zum Beispiel spielte das „Wahlkämpferlied“ zur Bundestagswahl 2009 augenscheinlich gezielt mit den Namen von NS-Größen und stachelte die Verteiler von Werbematerial indirekt zu gewaltsamem Vorgehen gegen den Fernsehmoderator Michel Friedman – seines Zeichens auch Funktionär des Zentralrats der Juden – auf: „(...) Bei Himmler, Voigt und Rommel, da wirft man gerne ein, Briefkastendeckel trommelnd, hau’ ich Friedman eine rein (...)“. Für rechtliche Sanktionen reichte das aus Sicht der Staatsanwaltschaft allerdings noch nicht aus. Vgl. ZEIT-Online: NPD hetzt gegen Friedman. In: ZEIT-Online vom 24.7.09. <http://www.zeit.de/online/2009/npd-friedman-hetze> (abgerufen am 13.6.11).

<sup>1744</sup> Trotzdem wurde der 2010 von der NPD erstellte und mit Blick auf die im Folgejahr anstehende Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern verteilte Tonträger „Freiheit statt BRD“ von der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien aufgrund einzelner diskriminierender Textpassagen und der allgemeinen Liedauswahl verboten. Vgl. Homepage des NPD-Bundesverbands: Schulhof-CD in Mecklenburg-Vorpommern: „Offensichtlich jugendgefährdend“. 11. September 2010.

anhängigen Programmatik wider: Revisionismus und NS-Nostalgie, staatliche Repression und systemoppositioneller Protest, Kritik sozialer Probleme und Ablehnung der Multikulturalisierung, Antikapitalismus und Antiamerikanismus, Konsumschelte und Kulturpessimismus usw. Die Songs vermögen den Hörern ergo ein erstes, „echtes“ und erlebbares Gefühl für das einschlägige Gedankengut und Selbstverständnis im Hintergrund zu vermitteln. Abgesehen von der darüber zu beeinflussenden Wahlentscheidung sollen beigefügte Aufkleber, Materialgutscheine, Versammlungseinladungen und Aufnahmeanträge die Neugier schüren und dem Nachwuchs den Weg zu den Nationaldemokraten bahnen.

Letztlich wirkt die Musik für die NPD also nicht allein als Motor zur Einigung und schleichenden Einverleibung des „Nationalen Widerstands“, sondern in ähnlicher Weise als Lockmittel nach außen, wobei diese Ebenen an und für sich miteinander verzahnt sind: Konzerte oder Kundgebungen binden die Stammklientel und bestätigen deren Mobilisierungsfähigkeit, „Schulhof-CDs“ bringen optimalerweise Nachschub. Gleichwohl stößt das Gesamtkalkül stellenweise auch an seine Grenzen. Angesichts neuerer Phänomene wie der „Autonomen Nationalisten“, die schwerlich zu disziplinieren, geschweige denn dauerhaft zu vereinnahmen sind, dürfte das den Nationaldemokraten grundsätzlich gewogene subkulturelle Potential, das über diesen Ansatz geistig geködert wird, größtenteils nämlich schon gewonnen worden sein. Weiterhin gilt es, die Tragweite der eingesetzten Tonträger, die für deren elektoralen Wiederaufstieg und die Rückkehr in die Landesparlamente gewiss eine erhebliche Rolle einnahmen, nicht zu verklären, da es demgegenüber genügend Wahlkämpfe gab, in denen derartige Werbegeschenke deutlich geringere Resonanz erzielten, wenn nicht gar gänzlich ins Leere gingen.

In der Theorie dienen die „Schulhof-CDs“ durchaus als niedrigschwellige Türöffner, mit denen die „Schweigespurale“ im Idealfall vergleichsweise mühelos durchbrochen wird, um die akustisch verwässerten Ideologiefragmente dann im nächsten Schritt durch Teilnahmen an Veranstaltungen zu verfestigen und Interessenten darüber allmählich in der Szene zu akklimatisieren. In der Praxis stehen dem die von vornherein beschränkten Auflagenzahlen und die bisweilen durch behördliche Anordnungen bzw. Prüfungsverfahren verzögerte Aushändigung dennoch ebenso entgegen wie die vielerorts von Aufklärungsinitiativen und Pädagogen betriebene sensibilisierende Auseinandersetzung mit solch subtilen



Agitationsformen extremistischer Akteure<sup>1745</sup>. Der „Kampf um die Köpfe“ wird dadurch sachlich entzaubert und endet sozusagen direkt im Klassenzimmer.

Gleichzeitig stellt die spürbar zielgruppenorientierte Produktion der Gratisschallplatten die Partei selbst zuweilen vor Gratwanderungen zwischen dem, was das Gesetz zulässt, und dem, was sich das Publikum womöglich wünscht: Allzu klare Anspielungen beispielsweise zum „Dritten Reich“, Aufrufe zum Rassenhass und dergleichen, die wohl von vielen manifesten Rechtsextremisten begrüßt würden, kann man nur bedingt bieten, um Sanktionen zu vermeiden und moderatere Sympathisanten nicht zu verschrecken<sup>1746</sup>. Ferner sind die stilistischen Charakteristika und sprachlichen Codes ständig im Fluss, so dass die darin mitschwimmenden und dementsprechend diffusen Fangemeinden von der NPD, die dem Fortschritt maximal nachzueifern vermag, vermutlich sowieso niemals vollumfänglich zu schlucken sein werden. Demgemäß stellt die Musik für die Nationaldemokraten einerseits ein essentielles Medium dar, um vorrangig die lagerinterne Dominanz auszubauen und Nachwuchs anzupolitisieren, erfordert andererseits aber ein laufendes Reagieren auf Modetrends sowie eine Reichweitenoptimierung, damit sich der völkische Nationalismus auch außerhalb der eigenen Reviere aussichtsreicher streuen lässt und sich die Rekrutierungschancen in letztlich entscheidendem Maße erhöhen.

Insbesondere die Bedeutungszunahme des Internets verspricht diesbezüglich Besserung. Immerhin lässt sich nirgends sonst so leicht – mit niedrigstem Aufwand und eher geringfügigen Investitionen – ein derart großer Adressatenkreis erreichen. Während der Vorstand die Vorzüge des „Weltnetzes“ als Grundlage einer vitalen Gegenöffentlichkeit früh erkannt hatte und die NPD dort darum schon ab 1996 aktiv war, wurde das informationelle Nutzungsangebot seither immerzu erweitert und hierbei an die fortlaufenden Neuerungen angepasst<sup>1747</sup>. So waren 2007 um die 190<sup>1748</sup>, anno 2010 bereits an die 250 von den Nationaldemokraten und deren Suborganisationen verantwortete Seiten abrufbar<sup>1749</sup>, wengleich die beträchtliche Steigerungsrate wahrscheinlich auch viele allenfalls vorübergehend betriebene Sonderpräsenzen beinhaltete. Zum gängigen Sortiment

---

<sup>1745</sup> Vgl. exemplarisch dafür eine Broschüre zu der zur Bundestagswahl 2009 erschienenen Version der „Schulhof-CD“: Argumente & Kultur gegen Rechts e.V./Arbeitsstelle Rechtsextremismus Miteinander e.V. (Hrsg.): Argumentationshilfe gegen die „Schulhof-CD“ der NPD mit dem Titel „BRD vs. Deutschland“. Bielefeld/Halle, 2009.

<sup>1746</sup> Vgl. Langebach/Raabe: RechtsRock, S. 187.

<sup>1747</sup> Vgl. Buse, Henning: Wie sieht der Propaganda-Apparat der NPD aus? In: Virchow, Fabian/Dornbusch, Christian (Hrsg.): 88 Fragen und Antworten zur NPD. Weltanschauung, Strategie und Auftreten einer Rechtspartei – und was Demokraten dagegen tun können. Schwalbach, 2008, S. 226-229, S. 227.

<sup>1748</sup> Vgl. Jugendschutz.net: Hass im Netz wirksam bekämpfen. Rechtsextremismus im Internet. Bericht 2007. Mainz, 2008, S. 4.

<sup>1749</sup> Vgl. Dies.: Rechtsextremismus online. Beobachten und nachhaltig bekämpfen. Bericht 2010 über Recherchen und Maßnahmen. Mainz, 2011, S. 2.

der gemeinhin nach dem Baukastenprinzip gestalteten Websites gehören Pressemitteilungen und Kommentare von Bundes- und Landesfunktionären zu generellem Politikgeschehen und gesellschaftlicher Lage, Berichte zu Veranstaltungen, Kampagnen und Parlamentsarbeit genauso wie Demonstrationsaufrufe und Bestellmöglichkeiten für Werbematerialien, Links zu Verbänden und Verbündeten, Downloads von Programmschriften, Broschüren und „Schulhof-CDs“.

In den vergangenen Jahren haben sich die Onlineauftritte allerdings nicht nur quantitativ vermehrt, sondern hinzukommend durch modernere Optik, animierte Intros, musikalische Jingles und sonstige multimediale Inhalte qualitativ verfeinert<sup>1750</sup>. Im Hinblick darauf wurde allein die „Heimatseite“ des Bundesverbands der NPD zwischen 2007 und 2011 zwei Mal vollständig aufgefrischt und mit neuen Bedienungselementen ausgerüstet<sup>1751</sup>. Im Trend liegen dabei vor allem konsumentenfreundliche Podcasts wie das vorgelesene Parteiprogramm und Videobeiträge anstelle langatmiger Texte, deren Publikumswirkung außerdem über allgemeine Portale wie „Youtube“ vervielfältigt werden kann<sup>1752</sup>. Damit will die Partei einem wesentlichen Problem entgegentreten: Im Großen und Ganzen bietet das Internet einen billigen Platz zur Selbstdarstellung und ein buntes Schaufenster, das die Nationaldemokraten betreffend aber wohl bloß bei einer begrenzten Personenzahl von Szenegängern und Sympathisanten bzw. Gegnern und Sicherheitsbehörden ein direkt – durch Suchaufträge und Mausclicks – artikuliertes Interesse erzeugt, weshalb diese bewusst daran arbeiten, vordergründig wenig verhängliche „Stolpersteine“ im Netz auszulegen<sup>1753</sup>, um „Normalbürger“ ebenfalls auf die entsprechenden Seiten zu bekommen. Musterhaft dafür stehen etwa die über eine Tochterfirma von „google“ geschalteten Werbeanzeigen auf seriösen Nachrichtenhomepages, die automatisch anhand spezifischer im Text enthaltener Wörter generiert werden und daher in Meldungen über die NPD zum

---

<sup>1750</sup> Vgl. Pfeiffer, Thomas: Virtuelle Gegenöffentlichkeit und Ausweg aus dem „rechten Ghetto“. In: Braun, Stephan/Geisler, Alexander/Gerster, Martin (Hrsg.): Strategien der extremen Rechten. Hintergründe – Analysen – Antworten. Wiesbaden, 2009, S. 290-309, S. 291/292.

<sup>1751</sup> Konkret gehört dazu neben größerer Interaktivität durch eine eigene Kommentarfunktion gerade die Verknüpfung mit externen Websites zur Weiterverbreitung der zur Verfügung gestellten Inhalte im gesamten Internet. Mithin kann der Nutzer am Ende der gelesenen Meldung kurz auf „gefällt mir“ klicken, um somit für deren Erscheinen auf seiner Profiseite im sozialen Netzwerk „Facebook“ zu sorgen, wodurch auch sein dortiger Freundeskreis darauf aufmerksam gemacht wird; außerdem gibt die Einbindung des „Flattr“-Dienstes die Möglichkeit, direkt und anonym an die Partei zu spenden.

<sup>1752</sup> Nachdem der damalige hessische NPD-Vorsitzende Marcel Wöll mit seinem Projekt „Volksfront Medien“ 2006 erstmals die „Kritischen Nachrichten der Woche“ – eine eindeutig an die „Tagesschau“ angelehnte rechtsextremistische Propagandasendung mit zum Teil verdrehten Tatsachen – hergestellt und ins „Weltnetz“ eingespeist hatte, verfügen die NPD und deren Verbände heute über diverse eigene Kanäle auf den reichweitenstarken Videoplattformen. Vgl. dazu beispielsweise „offensiv.tv“, den offiziellen Auftritt der Gesamtpartei bei „Youtube“: Youtube-Profil des NPD-Bundesverbands: <http://www.youtube.com/user/offensivTV?ob=5> (abgerufen am 23.5.12).

<sup>1753</sup> Vgl. Homepage des NPD-Bundesverbands: Mittel des System-Erhalts oder der System-Veränderung? 7. September 2008.

Teil explizit auf deren eigenen „Wochenbrief“ verweisen, der als angeblich vorurteilsfreier eMail-Newsletter angepriesen wird<sup>1754</sup>. Um des Weiteren auch die vielfältigen Möglichkeiten des Web 2.0, das den User vom außenstehenden Rezipienten in die Rolle des agilen Mitgestalters der virtuellen Welt versetzt hat, stärker auszuschöpfen, drängen die Nationaldemokraten heute speziell in die sozialen Netzwerke<sup>1755</sup>. Schließlich implizierten Dienste wie „Facebook“, „SchülerVZ“ und „Twitter“ in Deutschland Mitte 2011 um die 40 Millionen Teilnehmer<sup>1756</sup>, die durch Freundeslisten und Themengruppen verkettet und verzweigt sind, sich in Foren austauschen und verabreden, individuelle Statusberichte abgeben, Fotos und Videos anderer Mitglieder anschauen und somit Tag für Tag interagieren.

Für die NPD erweisen sich diese eigentlich vorpolitischen Treffpunkte und Tummelplätze somit schon aufgrund der kontinuierlich anschwellenden Nutzerschaft und darum allenfalls stichprobenartig aufrechtzuerhaltenden „Netiquette“ sowie der zum Teil sehr schwammigen Nutzungsbestimmungen als attraktiv<sup>1757</sup>; dazu kommt deren komplexe Technik viralem Marketing entgegen und sorgt dafür, dass sich subtil eingespeiste Meinungen und Mitteilungen wie Lauffeuer ausbreiten und schlagartig eine Menge von Leuten ansprechen, die von den Nationaldemokraten so über klassische Medien sicherlich kaum zu erreichen wären. Wichtig sind die digitalen Gemeinden dabei in erster Linie für das ersehnte enge Verhältnis zur Jugend, erklärte der Vordenker der sächsischen Landtagsfraktion, Jürgen Gansel:

„Gerade die NPD als zukunftsorientierte nationale Kraft muß der jungen Generation dort begegnen, wo sie sich aufhält. Und neben Schulen, Universitäten, Jugendtreffs und Diskotheken sind dies eben die sozialen Netzwerke in der virtuellen Welt. Junge Sympathisanten und Interessenten, die wegen der systemgesteuerten Kriminalisierungspropaganda eine gewisse Scheu haben, sich direkt an die Nationaldemokraten zu wenden, können sich so unbefangen mit unseren politischen Ansichten auseinandersetzen und sich aus erster Hand informieren.“<sup>1758</sup>

---

<sup>1754</sup> Vgl. Newsletter des NPD-Bundesverbands: Wochenbrief. <http://www.npd-wochenbrief.de/> (abgerufen am 12.9.11); Onken, Henning: Wenn Online-Werbung versagt. In: Tagesspiegel-Online vom 25.1.10. <http://www.tagesspiegel.de/medien-news/digital/Google-Online-Werbung-Adsense;art303,3011726> (abgerufen am 27.1.10).

<sup>1755</sup> Vgl. Jugendschutz.net: Bericht 2010, S. 3/4.

<sup>1756</sup> Vgl. Bundesverband Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien e.V.: Halb Deutschland ist Mitglied in sozialen Netzwerken. In: BITKOM-Online vom 13.4.11. [http://www.bitkom.org/de/presse/8477\\_67667.aspx](http://www.bitkom.org/de/presse/8477_67667.aspx) (abgerufen am 26.5.11).

<sup>1757</sup> Während von deutschen Firmen betriebene soziale Netzwerke wie die „VZ“-Gruppe des Holzbrinck-Verlags von NPD-Verbänden und -Funktionären erstellte Profile erfahrungsgemäß relativ schnell sperren, werden in den Nutzungsbedingungen des amerikanischen Marktführers „Facebook“ eigentlich nur „rechtswidrige, bössartige und diskriminierende“ Handlungen angeprangert, rechtsextremistische Positionen aber nicht ausdrücklich verboten. Bis Mitte 2012 hatte die Bundespartei dort daher schon an die 12.000 virtuelle „Freunde“ – also nahezu doppelt so viele wie Mitglieder aus Fleisch und Blut.

<sup>1758</sup> Gansel, zitiert nach Thomsen, Thorsten: „Zensurfrei – das gefällt uns!“ Netzoffensive: NPD-Fraktion mit offizieller Seite bei Facebook vertreten. In: DS 3/2011.

Demzufolge haben die Verantwortlichen die Gefolgschaft zuletzt häufiger aufgerufen, sich Profile auf diesen Plattformen anzulegen, um sich – im Grunde angelehnt an das Vorbild der „Wortergreifungen“ – sogleich „ins Getümmel“ zu stürzen, das Gespräch zu suchen und darüber zunächst harmlose Verbindungen anzubahnen und später dann Gesicht zu zeigen<sup>1759</sup>. Die verlangte Eigeninitiative vermag sich indessen jedoch schnell zum imageschädigenden Eigentor zu verwandeln. Zumal manche Anhänger dazu neigen, massiv übers Ziel hinauszuschießen, sich mitunter zu volksverhetzenden Äußerungen hinreißen lassen und sich lieber verbale Auseinandersetzungen miteinander liefern, statt Außenstehende durch stichhaltige Argumentationen zu locken.

In der Summe bietet das Internet der NPD dennoch diverse Vorteile – von der bezahlbaren und die „Schweigespurale“ der „Systemmedien“ dauerhaft durchbrechenden Sicht- bzw. Verfügbarkeit der bereitgestellten Inhalte, die Macht und Selbstbewusstsein vorschützt, über die damit verknüpften Mittel und Wege zur breitenwirksamen Indoktrination bis zur binnengerichteten Stabilisierung und Mobilisierung des durch den weitgehenden Strukturverzicht der Subkulturen versprengten „Nationalen Widerstands“. Mit dem Kapital, das die Rechtsextremisten aus diesem die gesamte Medienlandschaft auf den Kopf stellenden Kommunikationsinstrument zu schlagen wissen, werden allerdings auch gewisse Risiken in Kauf genommen: Mehrfach entdeckten Hacker empfindliche Sicherheitslücken in der verwendeten Software, drangen in Homepages und Mailverkehr ein und erbeuteten vertrauliches Material<sup>1760</sup>. Zudem ist das Nutzungsverhalten der Netzaktivisten wie angedeutet kaum kontrollierbar, der angepeilte Nimbus von Stärke und Zusammenhalt kann durch ausufernde Zwistigkeiten in die kontraproduktive Zurschaustellung von Schwäche und Zerrissenheit ausarten<sup>1761</sup>. Ohnehin sind die Onlineaktivitäten weniger als Ersatz, vielmehr als Ergänzung zur lebensweltlichen Einflussnahme zu sehen, weil sich zwischenzeitlich zwar mehr und mehr, wiewohl längst noch nicht alle Menschen über diese anonymere Ebene abpassen lassen. Wer sich rein darauf versteift, sich mit anderen Worten hinter dem PC versteckt, riskiert, in der realen

---

<sup>1759</sup> Vgl. Allmendinger, Armin: Rein ins Netz! In: DS 10/2011; Deutsche Stimme: Die NPD in der virtuellen Welt. In: DS 4/2010; Homepage des NPD-Bundesverbands: Mittel des System-Erhalts oder der System-Veränderung?; Dies.: Meinungsfreiheit 2.0. 29. Mai 2009.

<sup>1760</sup> Vgl. Baumgärtner, Maik/Becker, Sven/Röbel Sven: Datenleck enthüllt Chaos in der NPD. In: SPIEGEL-Online vom 12.2.11. <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,745127,00.html> (abgerufen am 12.2.11); Baumgärtner, Maik/Röbel, Sven: Hacker knacken NPD-Server. In: SPIEGEL-Online vom 18.9.11. <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,786929,00.html> (abgerufen am 18.9.11); Homepage des NPD-Bundesverbands: Angriffsziel Berlin. 17. September 2011.

<sup>1761</sup> Man denke dabei etwa an die in einschlägigen Foren ausgefochtenen Meinungsverschiedenheiten anlässlich des Finanzskandals und der anschließenden Führungsdebatte 2008/09. Siehe Kapitel 6.3.9.

Welt allmählich zur „Phantompartei“ zu verkommen, weswegen die Nationaldemokraten abseits davon weiterhin auf herkömmliche Propagandamethoden setzen.

Besonders die Jugend steht dabei seit Jahren im Brennpunkt. Unter anderem verteilte man in manchen Wahlkämpfen analog zu den „Schulhof-CDs“ mit TV-Spots, Interviews und anderweitigen Werbebotschaften aufgefüllte USB-Datenträger und DVDs<sup>1762</sup>, appellierte in dramatisierenden Schreiben an die Unterstützung von Schülervertretungen und wartete mit Ideenwettbewerben zu aufwiegelnden Themenstellungen wie dem Umgang mit der vermeintlichen Islamisierung Deutschlands auf<sup>1763</sup>. Dazu veröffentlichten neben der Dresdner Landtagsfraktion<sup>1764</sup> verschiedene Landes- und Kreisverbände als Schülerzeitschriften ausgewiesene Pamphlete wie „Perplex“, „Schinderhannes“ und „Stachel“, die modernes Design in mehrfarbigem Druck mit Provokationen, ausländerfeindlichen Stereotypen und Kritik an der mutmaßlich von „Linken“ und „68ern“ verblendeten Lehrerschaft mischten<sup>1765</sup>. Warnungen vor derartigen Versuchen rechtsextremistischer Willenslenkung wurden in den Heften dagegen demonstrativ verspottet und durch vermeintlich wahrhaft demokratische Haltungen relativiert<sup>1766</sup>.

Ebenfalls zu dieser von der NPD groß angekündigten, gleichwohl nicht nachhaltigen „Schulhoffensive“ gehörte der ab 2009 von deren Nachwuchsorganisation vertriebene, aufwendig gezeichnete, dafür grauenvoll gereimte Comic „Enten gegen Hühner“<sup>1767</sup>, der den darin dargestellten Streit der Vogelarten gleichsam als Chiffre für die gegenwärtigen Verhältnisse nutzte: Ein fleißig arbeitendes Entenvolk wird durch die unkontrollierte Einwanderung fremder, faulenzender und unverschämter Hühner ausgebeutet und unterdrückt – und am Ende aus der Heimat vertrieben. Die lakonische Moral der vor Ausländerfeindlichkeit sprühenden Märchengeschichte, die den Nationaldemokraten eher die Aufmerksamkeit der etablierten Medien denn die der eigentlichen Adressaten einzubringen schien, lautete daher, den Anfängen zu wehren; das suggerierte Allheilmittel

---

<sup>1762</sup> Vgl. Philippsberg: Strategie der NPD, S. 80; Röpke, Andrea: „Braune Kanäle“. In: Dies./Speit, Andreas (Hrsg.): Neonazis in Nadelstreifen. Die NPD auf dem Weg in die Mitte der Gesellschaft? Bonn, 2009, S. 95-120, S. 117.

<sup>1763</sup> Siehe Kapitel 8.3.1.2.

<sup>1764</sup> Vgl. Homepage des NPD-Bundesverbands: Erste Jugendzeitung der NPD-Fraktion Sachsen geht an den Start. 5. November 2009; Dies.: NPD-Fraktion hat 618 Schülervertretungen angeschrieben. 24. Januar 2010.

<sup>1765</sup> Vgl. BMI (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 2007, S. 76; Flohr, Markus: NPD will Schulhöfe mit Hetzschriften überfluten. In: SPIEGEL-Online vom 21.9.07.

<http://www.spiegel.de/schulspiegel/wissen/0,1518,506974,00.html> (abgerufen am 21.9.07).

<sup>1766</sup> Vgl. Pfeiffer: Virtuelle Gegenöffentlichkeit, S. 293.

<sup>1767</sup> Vgl. JN-Bundesverband (Hrsg.): Enten gegen Hühner. Der große Kampf. 1. Auflage. Bernburg, 2009.

war die Abschottung der eigenen Nation. Punkten konnte die Partei mit dieser schlicht „knallbunten und krachdummen“<sup>1768</sup> Parabel schlussendlich kaum.

Gerade in Sachsen, Thüringen, Teilen Mecklenburg-Vorpommerns und vereinzelt in Gemeinden in anderen Gegenden wirbt die NPD derzeit in verschärftem Maße auch um die älteren Generationen<sup>1769</sup>, vor allem anhand von Gratiszeitungsprojekten, die weitgehend auf Standardmustern aufbauen: Die in der Regel nur vierseitigen und vierteljährlich herausgegebenen, dafür vergleichsweise auflagenstarken Blätter<sup>1770</sup>, die allesamt im Internet abrufbar sind<sup>1771</sup>, haben vorderhand verdachtsfreie Namen wie „Der Nordthüringen Bote“, „Blickpunkt Nordsachsen“ und „Der Inselbote“ und heben auf Vorder- und Rückseite hauptsächlich aktuelle, weltanschaulich angereicherte, aber in volksnahem Ton abgefasste Themen aus der Region hervor, wohingegen die Doppelseite im Inneren stets in sämtlichen Versionen deckungsgleich ausfällt und den direkten Bezug zu den Nationaldemokraten akzentuiert.

Viel Mühe, den prekären Mangel an Neutralität, der sich daraus speist, zu verschleiern, machen sich die Verfasser augenscheinlich nicht, pflegen allenfalls sporadisch von „patriotischen“ und „volkstreu“ anstatt „nationalen“ Vorstellungen zu sprechen, ansonsten sind die plumpen Meinungsschablonen der NPD selten zu verkennen. Dennoch werden die Werbepostillen speziell in den ländlichen Distrikten womöglich schon deshalb gelesen, weil die „normalen“ Medien dem wirtschaftlich wenig lukrativen Wunsch der Menschen nach lokalen Nachrichten dort für gewöhnlich nicht mehr genügend nachzukommen vermögen – und das dadurch geschaffene Vakuum liefert günstigen Nährboden für die Vorstöße der Nationaldemokraten<sup>1772</sup>. Insofern schließt dieses subversive Konzept nahtlos an das mit der Kommunalstrategie vorexerzierte Image des verbürgerlichten „Kümmerers“ an. Gewisse Gefahrenpotentiale für die demokratische Gesellschaft, die von der niedrigschwelligen, in manchen Gebieten sogar flächendeckenden Indoktrination ausgehen, sind dabei nicht von der Hand zu weisen, denn

---

<sup>1768</sup> Kissler, Alexander: Knallbunt und krachdumm. In: Süddeutsche-Zeitung-Online vom 26.8.09. <http://www.sueddeutsche.de/politik/wahlkampf-npd-comics-knallbunt-und-krachdumm-1.174149> (abgerufen am 30.8.09).

<sup>1769</sup> In Trier etwa verteilt die NPD seit 2010 eine eigene Publikation mit dem Titel „Pro Trier“. Vgl. Sonnwin, Heiko: „Totschweigespionage zieht nicht mehr!“ Trierer NPD startet mit lokalem Presseprojekt. In: DS 4/2010.

<sup>1770</sup> Im August 2011 bezifferte die NPD die Gesamtauflage der zehn verschiedenen in Thüringen verteilten Gratiszeitungen mit 180.000; in Sachsen betrug die Auflage bereits zum Start im April 2012 beachtliche 250.000 Stück. Vgl. Homepage des NPD-Bundesverbands: Neue Regionalzeitungen der Thüringer NPD erschienen – 10 verschiedene Regionalausgaben. 4. August 2011; Dies.: Neun Regionalzeitungen der Sachsen-NPD gehen in die Großverteilung. 17. April 2012.

<sup>1771</sup> Vgl. exemplarisch dafür eine eigens eingerichtete Sonderseite des NPD-Landesverbands Thüringen: Thüringer Zeitungen. <http://thueringer-zeitungen.de/> (abgerufen am 13.8.11).

<sup>1772</sup> Vgl. Speit, Andreas: „Die NPD stößt in ein Vakuum“. In: taz-Online vom 6.7.10. <http://www.taz.de/1/leben/medien/artikel/1/die-npd-stoesst-in-ein-vakuum/> (abgerufen am 23.7.10.).

das als „Information“ verpackte Gift wird frei Haus angeliefert und mutet aus den angeführten Gründen mancherorts wohl fast alternativlos an.

Nachdem sich diese Printerzeugnisse vorwiegend an ein szenefernes Publikum, sprich die Mehrheitsgesellschaft richten, befließigt sich die NPD, die rechtsextremistische Klientel solange anderweitig zu versorgen und deren eigentümliche Vorlieben bzw. Kaufinteressen durch ein dem DS-Verlag angeschlossenes Versandhaus zu befriedigen, das eine beachtliche Palette an Publikationen, Kleidungsstücken, Devotionalien und Musik bereithält<sup>1773</sup>. Man scheint sehr darauf erpicht, sich in allen Bereichen des Milieus als erlebnisorientierter „Bewegungsunternehmer“ zu etablieren und die eigene Dominanz somit auf Dauer abzusichern. Wobei der Handel mit einschlägigen Konsumgütern, zu dem alljährlich ein Hochglanzkatalog von über 100 Seiten erscheint, für die Nationaldemokraten de facto weniger als wirklich einträgliches finanzielles Standbein fungiert<sup>1774</sup>, vielmehr in einem Nebeneffekt die alltagsweltliche und ideologische Konsolidierung des „Nationalen Widerstands“ anfacht – und infolgedessen einer fixen Komponente im „Kampf um die Köpfe“ entspricht.

Im Ganzen betrachtet hat sich die NPD also durch eine – abgesehen von schlagzeilenträchtigen Provokationen – bevorzugt auf vorpolitische Infiltration in hoher Intensität ausgelegte Medienstrategie sowie einen entsprechend breit aufgestellten Propagandaapparat aus Musik-, Internet- und Presseangeboten eine erstaunlich abwechslungsreiche Gegenöffentlichkeit erarbeitet, deren Gestaltungskraft bislang allerdings schwerlich über den eigenen Mikrokosmos hinausreicht. Wenngleich man in der allgemeinen Wahrnehmung mittlerweile sowohl im Vergleich mit anderen Phasen der annähernd 50-jährigen Parteigeschichte als auch im Verhältnis zur nach wie vor marginalen Bedeutung im Parteiensystem der Bundesrepublik mehr Präsenz und Publizität ausstrahlt als jemals zuvor, dringen die ausgesandten Botschaften zu selten zur Bevölkerung durch, zeitigen jedenfalls nicht den angedachten Widerhall. Dafür, dass sich an dieser tiefgreifenden Diskrepanz von Einsatz und Ertrag vorerst wenig ändern sollte, sprechen außer dem schier traditionellen Negativimage der Nationaldemokraten schon deren strukturelle Defizite was Einflussbereich und Nachhaltigkeit der aufgezeigten

---

<sup>1773</sup> Vgl. Homepage des DS-Versands: Das nationale Warenhaus. <http://www.ds-versand.de/> (abgerufen am 13.8.11).

<sup>1774</sup> Ungeachtet des im Rechenschaftsbericht der NPD für 2009 mit über 80.000 Euro angegebenen Umsatzes der „Deutschen Stimme Verlags GmbH“, die demnach zu 95 Prozent im Besitz der Partei ist, wurde dort in der Rubrik „Einnahmen aus Unternehmenstätigkeit und Beteiligungen“ nur die vergleichsweise marginale Summe von 2.325 Euro ausgewiesen. Vgl. Deutscher Bundestag: Unterrichtung durch den Präsidenten des Deutschen Bundestages. Bekanntmachung von Rechenschaftsberichten politischer Parteien für das Kalenderjahr 2009. 2. Teil: Übrige anspruchsberechtigte Parteien. Drucksache 17/4801. 14. März 2011. <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/048/1704801.pdf> (abgerufen am 20.5.11).

Methoden angeht sowie vorneweg die teilweise selbstverschuldeten Mängel an Einheitlichkeit und Disziplin im Erscheinungsbild.

Punktuelle Achtungserfolge durch PR-Aktionen vermögen nicht zu verhehlen, dass die zur Ansprache neuer Anhängerpotentiale nötige Professionalisierung der Außendarstellung von manchen Parteigliederungen nicht voll mitgetragen wird und vielerorts zu versanden droht. Nachgerade symptomatisch dafür sei auf die anhaltende Debatte um den Namenszusatz „Die soziale Heimatpartei“ verwiesen, der ungeachtet des abschließenden Neins der Delegiertenversammlung 2010 unbeirrt auf Homepages und Druckschriften auftaucht<sup>1775</sup>. Andererseits wird selbst der seit der Verschmelzung mit der DVU verbindliche Appendix „Die Volksunion“ noch nicht durchgängig verwendet. Auf Außenstehende dürften die ständigen Abweichungen wahrlich nicht sonderlich seriös wirken. Immerhin lässt sich die erforderliche, homogene und dynamische „Corporate Identity“ in diesem hausgemachten Chaos lediglich erahnen<sup>1776</sup>, so dass man hinsichtlich deren stringenter Weiterentwicklung sicherlich einen langen Weg vor sich hat.

#### **8.2.5. Fazit**

Mit dem „Kampf um die Köpfe“ hat sich die NPD eine Menge vorgenommen, von einer Professionalisierung der Parteiarbeit über die Korrektur des eigenen Negativimages hin zur schleichenden Popularisierung des völkischen Nationalismus, um hier nur einige Primäraspekte zu erwähnen; das schlechterdings ebenso ehrgeizige wie diffuse Konzept stellt die Partei ergo vor eine echte Mammutaufgabe. In der Praxis weiß selbige dem gleichwohl eher selten gerecht zu werden und gibt stellenweise einen signifikanten Problemhaushalt zu erkennen. Zum einen wird die Realisierung der diversen Zielvorgaben bereits durch die externen Rahmenbedingungen wesentlich beeinträchtigt. Aus der Mehrheitsgesellschaft schlagen den Nationaldemokraten erfahrungsgemäß vehemente Antipathien und Abwehrreflexe entgegen, die dafür sorgen, dass deren in erheblichem Maße steuerfinanzierte Agitation in den Augen der „Normalbürger“ vorrangig ein Ärgernis statt einer ernstzunehmenden Alternative darstellt – und darum vielerorts ergebnislos verhallt. Sozial fristet die einstige Sammlungsbewegung folglich über weite Strecken ein Schattendasein, wird demgegenüber fast durchgängig von Protesten flankiert und kann

---

<sup>1775</sup> Siehe Kapitel 6.3.11.

<sup>1776</sup> Bezeichnenderweise erschien im Herbst 2011 in einer Videobotschaft zur Verlegung des Bundesparteitags sogar der damalige Vorsitzende Udo Voigt vor einem Banner, auf dem neben dem NPD-Logo sowohl der alte Namenszusatz „Die Nationalen“ als auch der abgelehnte „Die soziale Heimatpartei“ zu sehen waren, der eigentlich aktuelle Beiname „Die Volksunion“ dafür aber nirgends auftauchte. Vgl. Homepage des NPD-Bundesverbands: Der Parteivorsitzende Udo Voigt zum Bundesparteitag. 11. Oktober 2011.



fortwährenden Themenbesetzungen und enormem Propagandaaufwand zum Trotz kaum einmal konstruktive Schlagzeilen erzeugen, um der fest eingewurzelten Stigmatisierung zu enttrinnen – was im Prinzip in einen Teufelskreis führt: Probates und beinahe alleiniges Instrument, um die Isolation wenigstens ab und an zu durchbrechen und der angeblichen „Schweigespurale“ die Stirn zu bieten, bleibt daher vor allem das aufsehenerregende, allerdings denkbar abschreckend wirkende Spiel mit Polemik und Provokation. Gewissermaßen scheint man sich bewusst unbeliebt machen zu müssen, um sich überhaupt ins Gespräch zu bringen, was die ursprüngliche Ghettoisierung bloß befestigt.

Zum anderen befeuert die allgemeine Randständigkeit des Rechtsextremismus bezüglich der breiten Masse wie der Eliten automatisch die internen Engpässe der NPD, besonders die dünne Personaldecke und den immanenten Mangel an achtbaren bzw. intellektuell beschlagenen Protagonisten. Angesehene Persönlichkeiten und Akademiker, deren Prestige und geistiges Niveau für die gebotene Aufbesserung der Außendarstellung und die Potenzierung der Anziehungskraft gleichermaßen wertvoll wären, wahren für gewöhnlich gebührenden Abstand zu den Nationaldemokraten. Deren groß angekündigte Denkfabriken sind somit gemeinhin auf sich allein gestellt. Simultan zur dementsprechenden Stagnation in der Theoriearbeit kommt der Aufbau eigener Aushängeschilder ebenfalls kaum über Ansätze hinaus, hinken die Schulungsmaßnahmen den erhobenen Ansprüchen zum Teil klar hinterher.

Die notgedrungene Kooperation mit subkulturellen Kräften vermag solch weitreichende strukturelle Defizite nicht wettzumachen. Im Gegenteil, das martialische Gebaren, das die aktionsorientierten Verbündeten meist kultivieren, droht die ausgesprochen mühsamen Verbürgerlichungsbestrebungen auf dem Gemeindelevel kurzerhand zu konterkarieren. Mitunter geraten das geräuschlose Streben in die gesellschaftliche Mitte, der Schleier des gutbürgerlichen „Kümmers“ und die in diesem Kontext gesuchte Wertschätzung demnach in Konflikt mit dem gleichlaufenden „Kampf um den organisierten Willen“ – und in der Konsequenz mit dem von Kameradschaften und Skinheadgruppierungen gerne offensiv geführten „Kampf um die Straße“. In den geradezu antithetischen Implikationen der einzelnen Strategiesäulen gärt damit ein akutes Spannungspotential, das auf Sicht allenfalls durch einstweilige Schwerpunktverlagerungen austarierbar anmutet.

Gleichzeitig deutet vieles darauf hin, dass die hartnäckig ausgestaltete Gegenöffentlichkeit, mit der sich die NPD heute anstrengt, aus dem Nischendasein auszubrechen, auch weiterhin hauptsächlich szeneeinterne Resonanz hervorrufen und selbige dabei häufig sogar die Meinungsführerschaft ausüben, abseits davon dennoch über Randnotizen so schnell

nicht hinauskommen dürfte, wiewohl die Reichweite des ausgesäten Gedankenguts im Internet- und Massenkommunikationszeitalter stetig steigt und sporadische Geländegewinne aufgrund anhaltender niedrigschwelliger Indoktrination deshalb nicht von vornherein auszuschließen sind. Nachdem sich die Nationaldemokraten aber explizit als Weltanschauungspartei definieren und deswegen eben kein stimmungsabhängiges Ventil episodenhafter Verdrossenheit sein wollen, sondern eigentlich darauf abzielen, die Menschen dauerhaft und komplett für die eigenen Vorstellungen einzunehmen, kann allemal konstatiert werden, dass sich aktuell selbst eine annähernde Verwirklichung dieses ambitionierten Vorhabens schlichtweg Welten entfernt erweist. Um nicht zu sagen der „Kampf um die Köpfe“ steckt noch in den Kinderschuhen.

### **8.3. „Kampf um die Parlamente“**

Mit dem „Kampf um die Parlamente“, der für die NPD seit 2004 im Mittelpunkt des strategischen Konzepts steht und schon auf dem Papier ein eigentümliches Kontrastbild zu deren ansonsten eindeutig antidemokratischen und antipluralistischen Prinzipien ergibt, werden abseits des eigentlichen elektoralen Kontextes auch verschiedene Nebeneffekte verfolgt, die der Parteivorstand einst so skizzierte:

„Die Machthaber verweigern der nationalen Opposition (...) systematisch die Grund- und Parteienrechte. So werden z.B. Versammlungen und Aufzüge der NPD auf Anweisung der höchsten Spitzen der staatlichen Exekutive konsequent verboten (...). Allein aus diesem Grund ist die Teilnahme an Wahlen für die NPD zwingend notwendig. Denn während der Wahlkämpfe müssen die Behörden die rechtswidrigen Behinderungspraktiken wegen der sonst drohenden Wahlanfechtung einschränken. (...) Die Wahlteilnahme ist nicht zuletzt auch deswegen notwendig, weil die BRD eine Parteiendemokratie ist, und nach Art. 21 GG die Parteien bei der politischen Willensbildung eine bevorzugte Stellung genießen (...), die aber an die Bedingung der Wahlteilnahme geknüpft ist. Es ist auch äußerst wichtig, im Auge zu behalten, daß eine nur sporadische Wahlteilnahme die Erfolgchancen erheblich mindert. Der Bürger verliert dann mit Recht das Vertrauen in die Beharrlichkeit der Partei und kann nicht einsehen, warum er eine Partei wählen soll, die nur jedes zweite oder dritte Mal zur Wahl antritt.“<sup>1777</sup>

Es geht den Nationaldemokraten demnach darum, den durch kommunales Engagement und Verbürgerlichungstendenzen gebietsweise geschürten Eindruck der Vertrauenswürdigkeit und Verlässlichkeit durch konsequente Antritte zu konsolidieren, den Menschen seriöse Absichten zu suggerieren und sich zur Alternative zu stilisieren; kurz gesagt, um Ausdehnung und Nachhaltigkeit des von Mimikryansätzen und kontinuierlicher Meinungsmanipulation getragenen Einflusses. Regelmäßige Wahlteilnahmen sollen dabei nicht nur die Publizität steigern sowie Aufmerksamkeit und Akzeptanz für die vertretenen Positionen schaffen, sondern die Anziehungskraft zur Rekrutierung neuer Anhänger vergrößern, die Ressourcen durch die staatliche Wahlkampfkostenerstattung stärken und

---

<sup>1777</sup> NPD-Parteivorstand: Strategiepapier, S. 360.

somit den strukturellen Ausbau des Apparats vorantreiben sowie nebenbei schwächelnde Rivalen wie die Republikaner vollends ins Abseits drängen<sup>1778</sup>.

Per se scheint das Verhältnis der NPD zu den demokratischen Prozessen der Willensbildung über Wahlen und Volksvertretungen insofern durch und durch instrumenteller Natur zu sein. In der Praxis beginnt deren subversive Grundhaltung bereits bei der alles andere als altruistischen Graswurzelarbeit auf dem Gemeindelevel und strahlt von dort auf sämtliche Politikebenen aus. Man arbeitet unverhohlen daran, das unliebsame „System“ von unten nach oben aufzuweichen und abzuwickeln, Stimmenanteile oder Mandate dürften ob derartiger Zielsetzungen allenfalls als unvermeidliche Mittel zum Zweck dienen. Nachfolgend wird daher zu klären und veranschaulichen sein, wie die Nationaldemokraten diese destruktive Ausrichtung und die dahinterstehenden Vorstellungen dennoch zu kommunizieren und zu verkaufen versuchen, sprich wie deren Wahlkampagnen um den Anschluss zur „Normalbevölkerung“ streiten und wie deren Abgeordnete die Plenarsäle und kommunalen Vertretungskörperschaften dann stellenweise in Arenen der Provokation und Agitation verkehren.

#### **8.3.1. Wahlanalyse**

Als Beispiele für die forcierten Bemühungen, wechselnden Strategien und genuinen Schwierigkeiten der NPD im „Kampf um die Parlamente“ werden in den folgenden Abschnitten die Kampagnen der Partei zu den Landtagswahlen in Sachsen 2009 und Nordrhein-Westfalen 2010 genauer unter die Lupe genommen. Die Erläuterungen beschränken sich bewusst auf diese durchaus symptomatischen Exempel: Obwohl vorderhand gewisse Parallelen vorliegen, beide Flächenländer die bevölkerungsreichsten in Ost bzw. West sind, die genauso über „brummende“ Metropolregionen mit Magnetwirkung verfügen wie über verhältnismäßig dünn besiedelte Provinzen, in beiden Fällen gravierende, durch demographischen bzw. strukturellen Wandel bedingte soziale Probleme greifbar sind und die dortigen Verbände der Nationaldemokraten bezüglich der Mitgliedszahlen gleichzeitig zu den bundesweit stärksten gehören, schlagen sich selbige vor Ort vollkommen gegensätzlich. Hier die dynamische und verbürgerlichte, Selbstbewusstsein und Homogenität verkörpernde „Heimatpartei“ mit Fraktionsstatus; da die durch vehemente Stigmatisierung und Flügelkämpfe in Stagnation verharrende Splittergruppierung. Bei näherer Betrachtung muten diese schematisierten Befunde auch nicht singulär, sondern nachgerade musterhaft für das ambivalente Bild an, das man

---

<sup>1778</sup> Vgl. NPD-Parteivorstand: Strategiepapier, S. 360; Voigt: Mit der NAPO in das neue Jahrtausend, S. 470.

allgemein in den neuen und alten Bundesländern abgibt – und das von weiteren Belegstellen allenfalls abgesichert und ausgemalt würde<sup>1779</sup>.

### 8.3.1.1. Landtagswahl in Sachsen 2009

Die Landtagswahl in Sachsen entsprach für die NPD zweifellos dem Höhepunkt des „Superwahljahrs“ 2009; mit einem Stimmenanteil von mindestens zehn Prozent wünschte die Partei den Paukenschlag von 2004 zu wiederholen<sup>1780</sup>, erneut ins Dresdner Parlament einzuziehen und damit erstmals in der eigenen Historie zwei Legislaturperioden in Serie zu erleben. Die Voraussetzungen für dieses ehrgeizige Vorhaben waren über eineinhalb Dekaden erarbeitet worden: Nirgends sonst sind die Fundamente der Nationaldemokraten so stark ausgeprägt wie im Freistaat, wo sich schon seit den späten 90er Jahren und somit weit vor der Installation der heute als Machtzentrum und Denkfabrik agierenden Fraktion, systematisch wichtige Institutionen wie der DS-Verlag und der JN-Vorstand angesiedelt hatten<sup>1781</sup>, die in der Folgezeit dabei halfen, allmählich auch in der Fläche wirksame Infrastrukturen herauszubilden. Wiewohl die Mitgliedszahlen des ansässigen Verbands im Wahljahr nominell von 850 auf 800 sanken<sup>1782</sup>, gehört selbiger nach wie vor zu den deutschlandweit größten und vor allem aktivsten – was gleichermaßen für die analog von 70 auf 50 Mitstreiter geschrumpfte Nachwuchsorganisation gilt<sup>1783</sup>, die als ständige Mittlerin zu den subkulturellen Verbündeten und anderweitigen Vorfeldgruppierungen dient und deren stattliches Mobilisierungsreservoir für gewöhnlich gut zu steuern weiß. In der Konsequenz nimmt man dort innerhalb des rechtsextremistischen Spektrums inzwischen eine Schlüsselposition ein, relevante Konkurrenz ist nicht mehr in Sicht<sup>1784</sup>.

Getreu des ausgerufenen „sächsischen Wegs“<sup>1785</sup> bemüht sich die vielerorts verbürgerlicht auftretende NPD allenthalben um Nachhaltigkeit, suchen deren Köpfe anhand beharrlicher Graswurzelarbeit auf dem Kreis- und Gemeindelevel den Kontakt zur Nachbarschaft und

---

<sup>1779</sup> Dass im Westen der Republik bereits im Frühjahr 2012 – und damit kurz vor Fertigstellung der vorliegenden Studie – eine vorgezogene Wahl erforderlich geworden ist, gehört derweil zu den gängigen „Risiken“ aktueller Forschungsgegenstände, kann dem angesprochenen Symbolcharakter der beiden Fallbeispiele aber kaum etwas anhaben, da die Resultate dadurch im Rückblick eher bestätigt denn entkräftet erscheinen.

<sup>1780</sup> Vgl. Homepage des NPD-Bundesverbands: Sachsen: Den Landtag fest im Blick! 3. Juli 2009.

<sup>1781</sup> Siehe Kapitel 6.3.2.

<sup>1782</sup> Vgl. Sächsisches Staatsministerium des Inneren/Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 2009. Dresden, 2009, S. 11.

<sup>1783</sup> Vgl. a.a.O., S. 18.

<sup>1784</sup> Wenngleich sich die Republikaner bei der sächsischen Landtagswahl 2009 – nach dem Verzicht bei der Vorwahl – abermals dem Votum stellten, schien spätestens durch deren marginales Resultat von 0,2 Prozent und den Wiedereinzug der NPD ins Parlament bestätigt, dass sich die alten Rivalen dort mittlerweile nicht mehr auf dem selben Level bewegen.

<sup>1785</sup> Siehe Kapitel 6.3.9.

schicken sich durch bürgerfreundliches Gebaren sowie vorpolitische Konzeptionen an, in die Mitte der Gesellschaft vorzustößen. Ein Ergebnis dieses subversiven Engagements scheint die stellenweise Etablierung zu sein. Sinnbildlich dafür bekamen die nationaldemokratischen Kandidaten, darunter diverse Kader aus dem Kameradschafts- und Skinheadmilieu, bei den beiden Kommunalwahlen am 7. Juni 2008 und am 8. Juni des darauffolgenden Jahres bereits 44 bzw. 74 Sitze<sup>1786</sup>. Womit der knapp zwölf Wochen später angepeilte Wiedereinzug auf Landesebene zwar keineswegs als gesichert gelten konnte, angesichts der günstigen Vorzeichen aber zumindest kein völliges Luftschloss abgab, sich vielmehr auf gebietsweise zunehmend solidere Verankerungen zu stützen vermochte.

Mit dem Sommerfest des Landesverbands am 27. Juni 2009 in Jänkendorf, das angeblich über 600 Sympathisanten anlockte<sup>1787</sup>, fiel der formelle Startschuss zum Landtagswahlkampf daraufhin ausgesprochen früh – die NPD war wohl auf Mitnahmeeffekte aus, wollte den durch die Mandatsgewinne ausgelösten Motivationsschub forcieren und die Szene zur Mitarbeit animieren. Wie gehabt enthielt das Rahmenprogramm deshalb eine Mischung aus aufwiegelnden Redebeiträgen und Musikeinlagen, die in einem abschließenden Rechtsrock-Konzert gipfelten. Nachdem die Veranstaltung allerdings vorwiegend an die angestammte Klientel adressiert war, verzichteten die Nationaldemokraten danach auf weitere Kundgebungen und Versammlungen von ähnlichem Kaliber<sup>1788</sup>. Man entschied sich einstweilen für eine Doppelstrategie und setzte einerseits auf eine schier ausufernde Materialschlacht, andererseits auf explizite Dialogbereitschaft und Nähe zu den Menschen.

Um die vermeintlich von medialer Seite aufgezwungene „Schweigespирale“ auszuhebeln, wurden im Freistaat auch dank der ausgedehnten Schützenhilfe aktionsorientierter „Freier Kräfte“ und des angeforderten „Fußvolks“ auswärtiger Verbände in der Summe an die 90.000 Plakate aufgehängt<sup>1789</sup>, was die Präsenz der Kampagne im Vergleich zu 2004 mehr als verdoppelte<sup>1790</sup>. Die Rechtsextremisten tapezierten Sachsen teilweise dermaßen mit Reklameschildern zu, dass die Ordnungsbehörden in manchen Ortschaften gar zu

---

<sup>1786</sup> Vgl. Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen (Hrsg.): Sächsisches Handbuch zum Extremismus und zu sicherheitsgefährdenden Bestrebungen. Dresden, 2009, S. 148-155.

<sup>1787</sup> Vgl. Homepage des NPD-Bundesverbands: Sachsen: Wahlkampfauftakt. „Helft alle tatkräftig mit...“. 30. Juni 2009.

<sup>1788</sup> Vgl. Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen (Hrsg.): Sächsisches Handbuch zum Extremismus, S. 158.

<sup>1789</sup> Vgl. Homepage des NPD-Bundesverbands: 30. August – Tag der Entscheidung in Sachsen – Mit beiden Stimmen NPD wählen! 28. August 2009.

<sup>1790</sup> Siehe Kapitel 6.3.5.

Sanktionen greifen mussten<sup>1791</sup>. Nicht zuletzt verbreitete die NPD, die satte 250.000 Euro in den Werbefeldzug steckte<sup>1792</sup>, über zwei Millionen Wahlkampfzeitungen mit dem Titel „Wehrt Euch!“, 1,2 Millionen Exemplare verschiedener Themenhandzettel sowie zahlreiche Direktkandidatenflugblätter in sechsstelliger Druckauflage<sup>1793</sup>. Die Verteilung lief sowohl über die Briefkästen als auch über die massenhafte Durchführung von Infoständen, an denen sich die Nationaldemokraten im „Nahkampf“ mit mutmaßlichen Interessenten als leutselige und seriöse Verfechter landesspezifischer Belange und Befindlichkeiten aufführten.

Des Weiteren machte das „Wahlkampfmobil“ des Spitzenkandidaten Holger Apfel in über 150 Städten und Dörfern Halt; die Dreh- und Angelpunkte der mehrwöchigen Rundfahrt lagen vornehmlich im „von der Staatsregierung vernachlässigten ländlichen Raum“<sup>1794</sup>. Als „Abgeordneter zum Anfassen“ offenbarte dieser dort zwischen gängigem Smalltalk oberflächlich zustimmungsfähige Ansichten und zeterte gegen Abwanderung, Schulschließungen oder Ärztemangel. Passend zu den damit einhergehenden Personalisierungsbestrebungen drückten die mitgereisten Aktivisten den Passanten einige Präsente mit einem merkwürdigen Hang zur Selbstironie in die Hand – darunter 5.000 Fläschchen mit Fruchtspirituosen der Sorte „Saurer Apfel“, die mit dem Spruch „Apfel für Sachsen“ und einem Foto des „Frontmanns“ etikettiert waren, und 7.000 Äpfel mit in die Schale eingelassertem Parteilogo<sup>1795</sup>.

Mit Unterstützung durch Flugzeugwerbung und die angerückte Prominenz um den damaligen NPD-Chef Udo Voigt, den Fraktionsvorsitzenden von Mecklenburg-Vorpommern, Udo Pastörs, und den Sänger Frank Rennicke<sup>1796</sup>, die in vielen Regionen des Freistaats als Referenten und Fürsprecher auftauchten, nahm die Schlagzahl dann vor allem im Schlusspurt nochmals zu. Hingegen genoss die Herausstellung der anderen Listenvorschläge, von denen die vordersten sechs allesamt schon vorher für die

---

<sup>1791</sup> Vgl. Sächsisches Staatsministerium des Inneren/Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 2009, S. 15.

<sup>1792</sup> Dem Vernehmen nach hatten allein die sächsischen Landtagsabgeordneten während der abgelaufenen Legislaturperiode pro Monat und Mandatsträger 650 Euro aus den persönlichen Diäten an den Landesverband abgeführt, der zur Kampagnenfinanzierung außerdem Kredite über 100.000 Euro aufgenommen haben soll. Vgl. Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen (Hrsg.): Sächsisches Handbuch zum Extremismus, S. 159; Sächsisches Staatsministerium des Inneren/Dass. (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 2009, S. 15.

<sup>1793</sup> Vgl. Homepage des NPD-Bundesverbands: 30. August – Tag der Entscheidung in Sachsen – Mit beiden Stimmen NPD wählen!

<sup>1794</sup> Ebd.

<sup>1795</sup> Vgl. Dies.: Holger Apfel belohnt die „Apfelfront“. Es sind nicht die schlechtesten Früchte, an denen die Wespen nagen. 7. August 2009.

<sup>1796</sup> Vgl. Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen (Hrsg.): Sächsisches Handbuch zum Extremismus, S. 159.

Nationaldemokraten im Landtag saßen, nicht ganz so großen Nachdruck. Die insgesamt 38 Kandidaten, darunter bloß vier Frauen, waren durchschnittlich 43 Jahre alt, stammten weithin aus dem angestellten bzw. selbständigen Kleinbürgertum und betätigten sich in der Freizeit als Funktionäre in den 13 Kreisverbänden<sup>1797</sup>. Davon abgesehen spielten auch die in 58 von 60 Wahlkreisen als Direktkandidaten aufgegebenen Vertreter des „Nationalen Widerstands“ allenfalls Nebenrollen<sup>1798</sup>.

Währenddessen gab der Start des neuen Schuljahrs Anfang August 2009, etwa drei Wochen vor dem Abstimmungstermin, den Anlass, um durch eine großangelegte Jungwähleroffensive gewisses Aufsehen zu erregen. So gingen nach Eigenangaben neben 10.000 Schulhof-CDs allein 30.000 Hefte des ausländerfeindlichen „Enten gegen Hühner“-Comics weg<sup>1799</sup>. Wobei die NPD nicht nur bewusst um den Nachwuchs buhlte, sondern sich allgemein befließigte, breitere Wählerschichten anzusprechen<sup>1800</sup>. Rabiater Formulierungen wurden darum in der Regel vermieden und Reizthemen stets in sozialpopulistische Forderungen verpackt, was den Rahmenbedingungen durchaus angemessen anmutete. Denn anders als 2004, als die aufgeheizte Debatte um „Hartz IV“ zum im Nachhinein wahrscheinlich ausschlaggebenden Hauptagitationspunkt der Nationaldemokraten avancierte, verhiß der atmosphärische Hintergrund dieses Mal weniger Protestpotential, waren die Haltungen und Prioritäten der Menschen von vornherein anspruchsvoller und vielschichtiger ausformuliert.

Ungeachtet der Tatsache, dass den Sachsen gemäß der Umfragen im Sommer 2009 die Bekämpfung der grassierenden Arbeitslosigkeit, mit großem Abstand gefolgt von den Bereichen Schule und Bildung und der wirtschaftlichen Stabilisierung, die meisten Sorgen machte<sup>1801</sup>, galt das Vertrauen der Mehrheit weiterhin Ministerpräsident Stanislaw Tillich und der Union<sup>1802</sup>, gleichwohl die Möglichkeit, das 2004 geschlossene Bündnis mit der SPD weiterzuführen, mit Skepsis gesehen wurde<sup>1803</sup>. Dem Geschehen auf Bundesebene schrieb das Gros der Befragten ansonsten sekundäre Bedeutung zu, das Gewicht lag auf landespolitischen Beweggründen<sup>1804</sup>. Ausgehend von dieser – mit Ausnahme der genauen

---

<sup>1797</sup> Vgl. NPD-Landesverband Sachsen: Aus der Mitte des Volkes – die Landesliste zur Landtagswahl am 30.8.2009.

<sup>1798</sup> Vgl. Ders.: NPD-Direktkandidaten vor Ort.

<sup>1799</sup> Vgl. Homepage des NPD-Bundesverbands: 30. August – Tag der Entscheidung in Sachsen – Mit beiden Stimmen NPD wählen!

<sup>1800</sup> Vgl. Sächsisches Staatsministerium des Inneren/Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 2009, S. 14.

<sup>1801</sup> Vgl. Forschungsgruppe Wahlen e.V.: Wahl in Sachsen. Eine Analyse der Landtagswahl vom 30. August 2009. Mannheim, 2009, S. 27.

<sup>1802</sup> Vgl. a.a.O., S. 24-27.

<sup>1803</sup> Vgl. a.a.O., S. 21/22.

<sup>1804</sup> Vgl. a.a.O., S. 20.

Koalitionszusammensetzung – schon im Vorfeld bemerkenswert eindeutigen politischen Konstellation entwickelte sich seitens der etablierten Kräfte ein bedächtig geführter, schwerlich polarisierender Wahlkampf, in dessen Verlauf sich deren Wortführer phasenweise mehr mit personenbezogenen Auseinandersetzungen statt mit sachlichen Angelegenheiten zu beschäftigen pflegten<sup>1805</sup>. Obwohl sich hierdurch automatisch Räume zur Profilierung auftaten und sich die NPD im Parlament in den Vorjahren sehr aktiv gezeigt hatte, schnitt selbige in der Bewertung von Regierung und Opposition durch die Bevölkerung dennoch am schlechtesten ab; selbst im Verhältnis zur Vorwahl war die generelle Reputation abermals gefallen<sup>1806</sup>. Was in der Praxis jedoch nichts daran änderte, dass die Nationaldemokraten im Freistaat nach wie vor von nahezu jedem Fünften als „normale“ Partei wahrgenommen wurden<sup>1807</sup>. Wie von den neuen Bundesländern gewohnt, gestalteten sich die Berührungspunkte nicht so groß wie im Westen. Die Gelegenheitsstrukturen wirkten also durchaus ambivalent – maßgeblich war, was man aus dieser Gemengelage machte.

Im meist moderat gehaltenen, mittelstandsorientierten Programm zur Landtagswahl ging es demzufolge in erster Linie um drängende gesellschafts- und wirtschaftspolitische Probleme<sup>1808</sup>: An vorderster Stelle warnte die NPD vor weiterem Sozialabbau, wachsender Altersarmut und dem Niedergang Sachsens durch „demographisches Kollabieren“, prophezeite den durch voreilige Grenzöffnungen verschuldeten Anstieg von Kriminalität und Konkurrenzdruck im Arbeitsleben, verlangte Mindestlöhne und „Müttergehälter“ und plädierte für die Stärkung von Gemeinden und Kommunen. Mit dem gleichzeitig an Nicht- und Protestwähler gerichteten, aktualitätsbezogeneren und globaleren Fokus auf der geradewegs zur „Systemkrise“ dramatisierten Misere der Banken und Finanzmärkte wetterten die Nationaldemokraten gegen das weltweite Spekulantentum, die Macht des „Brüsseler Bonzokratentums“ und die „antideutsche Politik“ der anderen Parteien, um demgegenüber den alternativen „Blockadebrecher“ und alleinigen „Sozialanwalt“ der in Bedrängnis geratenen Bürger zu geben.

Auch in den Werbematerialien der NPD kam dieses Wechselspiel von dubiosen Argumentationen und konkreten Anfeindungen zur Anwendung, kombinierten die Nationaldemokraten drastischere Worte durchgängig mit kurzen Absicherungen. Die

---

<sup>1805</sup> Vgl. Forschungsgruppe Wahlen e.V.: Wahl in Sachsen, S. 15/16.

<sup>1806</sup> Vgl. a.a.O., S. 21.

<sup>1807</sup> Vgl. Infratest dimap: Landtagswahl in Sachsen. 30. August 2009. Sachsen hat gewählt. Berlin, 2009, S. 21.

<sup>1808</sup> Vgl. NPD-Landesverband Sachsen: Arbeit – Familie – Heimat. Landtagswahlprogramm der NPD für Sachsen. Görlitz, 2009.



Wahlkampfzeitung „Sachsen Stimme“ brachte den beabsichtigten Sturz des bundesrepublikanischen „Systems“ beispielsweise in Verbindung mit den beiden Volksaufständen in der DDR 1953 und 1989<sup>1809</sup>. Vordergründig in die selbe gewaltlose und geschichtlich verdachtsfreie statt vehement verfassungsfeindliche Tradition stellte man sich durch Themenhandzettel mit dem Wahlspruch „Wir sind das Volk!“<sup>1810</sup>. Fremdenfeindliche Parolen auf Faltblättern sowie Plakaten wurden außerdem geflissentlich durch sprachliche und gestalterische Feinessen gedämpft. Mustergültig dafür sollte der Allgemeinplatz „Arbeit statt Armut“ dem direkt darunter stehenden, offenkundig gegen osteuropäische Arbeitsmigranten gerichteten Motto „Lohndrücker stoppen!“ die Aggressivität nehmen, ohne den Anspruch der Losung selbst zu negieren<sup>1811</sup>. Die geschickte Designauswahl rot-weißer Tafeln und Druckerzeugnisse mit der Aufschrift „Touristen willkommen – kriminelle Ausländer RAUS!“ sorgte solange dafür, dass die richtungweisende Aussage „Ausländer RAUS!“ sofort ins Auge sprang, weil das differenzierende Attribut „kriminell“ schlicht wesentlich kleiner gehalten war<sup>1812</sup>.

Die ausreichende Sichtbarkeit dieser Slogans war allemal gegeben, nichtsdestoweniger genügte die Durchschlagskraft augenscheinlich nicht ganz aus: Am 30. August 2009 erreichte die NPD trotz des enormen Aufwands nur eine eher dürftige Ausbeute von 5,6 Prozent und trug damit einen Pyrrhussieg davon. Wenngleich das Primärziel des Wiedereinzugs mit acht Sitzen aufging, waren gegenüber 2004 abrupt 3,6 Prozent der Stimmen – absolut 90.075 von 190.909 Stimmen – weggefallen, was den gravierendsten Verlusten aller Parteien gleichkam<sup>1813</sup>. Vorneweg gelang es anders als in der Vergangenheit kaum, aus der von 59,6 auf 52,2 Prozent gefallen Wahlbeteiligung, die gewissermaßen ein Produkt der ausgebliebenen Proteststimmung sowie der schon im Vorfeld sehr klaren Verhältnisse und eines dementsprechend gemächlichen Wahlkampfes der etablierten Protagonisten gewesen sein dürfte<sup>1814</sup>, den erhofften Profit zu schlagen. Die Nationaldemokraten büßten die Masse der Wähler stattdessen an das Nichtwählerlager ein

---

<sup>1809</sup> Vgl. NPD-Landesverband Sachsen: Sachsen Stimme. Information des NPD-Landesverbandes Sachsen. Landtagswahl 2009. Ausgabe Nr. 2/2009. Görlitz, 2009, S. 1.

<sup>1810</sup> Vgl. Flugblatt des NPD-Landesverbandes Sachsen: Wir sind das Volk! Görlitz, 2009.

<sup>1811</sup> Vgl. Flugblatt des NPD-Landesverbandes Sachsen: Arbeit statt Armut. Lohndrücker stoppen! Görlitz, 2009.

<sup>1812</sup> Vgl. Flugblatt des NPD-Landesverbandes Sachsen: Touristen willkommen! Kriminelle Ausländer RAUS! Görlitz, 2009 (Hervorhebung wie im Original).

<sup>1813</sup> Vgl. Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen: Landtagswahl 2009. Wahlergebnisse. Freistaat Sachsen – Veränderung gegenüber 2004.

[http://www.statistik.sachsen.de/wpr\\_neu/pkg\\_w04\\_nav.prc\\_index?p\\_anw\\_kz=LW09](http://www.statistik.sachsen.de/wpr_neu/pkg_w04_nav.prc_index?p_anw_kz=LW09) (abgerufen am 15.10.11).

<sup>1814</sup> Vgl. Forschungsgruppe Wahlen e.V.: Wahl in Sachsen, S. 10.

(39.000)<sup>1815</sup>, die eigene Mobilisierungsleistung erwies sich auf diesem Wege als bescheiden. Ferner wanderten deren vormalige Sympathisanten vorwiegend zur FDP (15.000), Union (11.000) und den „Sonstigen“ (11.000) weiter.

Gemeinhin die besten Resultate erzielte die NPD in den bewährten Schwerpunktzonen mit einhelligen Peripheriesymptomen wie der Gegend um Görlitz (7,3 Prozent) an der Grenze zu Polen, binnen einer Traverse von der Sächsischen Schweiz I und II (8,0 bzw. 10,1) an der Grenze zu Tschechien entlang in Richtung Süden und in einzelnen Regionen im Norden wie Torgau-Oschatz (8,3) und Riesa-Großenhain I und II (7,8 bzw. 8,8)<sup>1816</sup>. Charakteristisch war aber auch wiederum das sichtbare Gefälle zu den Großstädten und deren Einzugsgebieten, so dass die Erträge in und um Dresden, Leipzig und Chemnitz weitgehend schwächer ausfielen als auf dem Land. Was abseits der kontinuierlich auf- und ausgebauten kommunalen Verwurzelung in den genannten Provinzen mitunter daran gelegen haben könnte, dass man hier dank massiver Propagandaanstrengungen und vor allem kräftezehrenden Personaleinsatzes hin und wieder greifbarer anmutete als die anderen Parteien. Bisweilen wird schnell vergessen, dass in den neuen Bundesländern selbst die Volksparteien in der Breite längst nicht über solch weitverzweigte und lebendige Verbandsgliederungen verfügen wie im Westen und die Basis sowieso stetig schrumpft<sup>1817</sup>, was die Wahlkampfführung mittelfristig sicherlich nicht leichter macht. In Städten mögen derartige Defizite von Natur aus weniger auffallen als in abgeschiedeneren Dörfern – weshalb die Nationaldemokraten gerade dort gezielt auf Stimmenfang gingen und die Szenerie gelegentlich zu dominieren wussten. Zumal die streckenweise fehlende Gegenwart der etablierten Kontrahenten den selbsternannten „Kümmerern“ erkennbar in die Karten spielte und selbige das bei den Menschen in den betroffenen Kreisen dadurch beförderte bzw. eventuell bereits existierende Gefühl des Zurückgelassenwerdens bloß durch sozialpopulistische Motive zu füttern brauchten.

In einigen Fällen würde diese Frustration schürende Form der Meinungsmache womöglich erhellen, warum die Wähler der NPD, von denen erwiesenermaßen vergleichsweise viele

---

<sup>1815</sup> Vgl. Tagesschau-Online/Infratest dimap: Landtagswahl Sachsen 2009. Wählerwanderung. In: Tagesschau-Online. <http://wahlarchiv.tagesschau.de/wahlen/2009-08-30-LT-DE-SN/analyse-wanderung.shtml> (abgerufen am 15.10.11).

<sup>1816</sup> Vgl. Infratest dimap: Landtagswahl in Sachsen, S. 50; Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen: Landtagswahl 2009. Wahlanalyse. Wahlkreise absteigend sortiert nach Listenstimmenanteilen für die NPD. [http://www.statistik.sachsen.de/wpr\\_neu/pkg\\_w04\\_nav.prc\\_index?p\\_anw\\_kz=LW09](http://www.statistik.sachsen.de/wpr_neu/pkg_w04_nav.prc_index?p_anw_kz=LW09) (abgerufen am 15.10.11).

<sup>1817</sup> Vgl. Bundeszentrale für politische Bildung: Parteien im Vergleich. In: bpb-Online. [http://www.bpb.de/themen/8KGEUS,0,0,Parteien\\_im\\_Vergleich.html](http://www.bpb.de/themen/8KGEUS,0,0,Parteien_im_Vergleich.html) (abgerufen am 15.10.11).

in strukturschwachen und abwanderungsgeplagten Landstrichen des Freistaats wohnten<sup>1818</sup>, die eigene wirtschaftliche Lage erheblich schlechter einschätzten als die sächsische Mehrheitsbevölkerung und dazu eine außergewöhnliche Neigung zu Negativprognosen aufwiesen, was die absehbare Fortentwicklung des Landes anging<sup>1819</sup>. Relative Deprivation, Defätismus und Resignation, sprich prekäre Empfindungen oder Erfahrungen persönlicher Rand- und Rückständigkeit – ob territorialen, ökonomischen, sozialen oder perspektivischen Einschlags – schienen punktuell tatsächlich zur Entscheidung für die Rechtsextremisten zu treiben. Auch in der sozialstrukturellen Zusammensetzung der nationaldemokratischen Anhängerschaft schimmerte deren Zugkraft für diese spezielle, um nicht zu sagen desillusionierte Zielgruppe durch.

Schließlich zeitigten die Plattitüden der NPD, die Abhilfe durch zweifelhafte Patentlösungen gelobten, die größte Resonanz unverändert unter Arbeitslosen mit überproportionalen zwölf Prozent der Stimmen, dicht gefolgt von den Arbeitern mit zehn Prozent vor den Auszubildenden und Selbständigen; die geringsten Anteile gelangen unter Angestellten und Rentnern<sup>1820</sup>. Man kam – im Prinzip wie angekündigt – vor allem als Partei des „kleinen Mannes“ daher. Dieser Nexus deckte sich mit den Befunden in Bezug auf den Bildungsgrad, nach denen die Nationaldemokraten sieben Prozent der Bürger mit niedrigen und acht Prozent derjenigen mit mittleren Bildungsabschlüssen auf sich zu vereinen vermochten<sup>1821</sup>. Hinsichtlich des nach der Papierform besser gebildeten Personenspektrums mit Hochschulreife bzw. Hochschulabschluss wäre die „Heimatspartei“ dagegen mit vier bzw. einem Prozent gar nicht erst wieder über die Sperrklausel gekommen.

Ausgewertet nach Altersklassen sank deren Anklang derweil mit steigendem Alter: Wie bei der Vorwahl schnitt man mit 10,4 Prozent bei den 18-25-Jährigen sowie 7,5 Prozent bei den 25-35-Jährigen bei den Jungwählern am stärksten ab, verlor nun allerdings selbst bei dieser so nachdrücklich bearbeiteten Wählerkategorie stolze 5,6 bzw. 6,4 Prozent, was an und für sich nicht besonders für die Wirkungsmacht der vorausgeschickten

---

<sup>1818</sup> Vgl. Tagesschau-Online/Infratest dimap: Landtagswahl Sachsen 2009. Arbeitslosigkeit und Einkommen. In: Tagesschau-Online. <http://wahlarchiv.tagesschau.de/wahlen/2009-08-30-LT-DE-SN/logi-arbeitslos.shtml> (abgerufen am 15.10.11); Dies.: Landtagswahl Sachsen 2009. Zu- und Abwanderung. In: Tagesschau-Online. <http://wahlarchiv.tagesschau.de/wahlen/2009-08-30-LT-DE-SN/logi-zu-abwanderung.shtml> (abgerufen am 15.10.11).

<sup>1819</sup> Vgl. Forschungsgruppe Wahlen e.V.: Wahl in Sachsen, S. 28/29.

<sup>1820</sup> Vgl. Tagesschau-Online/Infratest dimap: Landtagswahl Sachsen 2009. Wähler nach Tätigkeit. In: Tagesschau-Online. <http://wahlarchiv.tagesschau.de/wahlen/2009-08-30-LT-DE-SN/umfrage-job.shtml> (abgerufen am 15.10.11).

<sup>1821</sup> Vgl. Forschungsgruppe Wahlen e.V.: Wahl in Sachsen, S. 38/39.

Werbekampagne sprach<sup>1822</sup>. Nachdem sich die Gruppe der 35-45-Jährigen und 45-60-Jährigen bei ähnlichem Minustrend bei sechs bis sieben Prozent bewegte, sackte die NPD bei der Generation ab 60 Jahren aufwärts schlagartig auf 3,2 Prozent ab. Fast schon erwartungsgemäß ließ sich der Geschlechterverteilung ebenfalls ein eklatanter Gegensatz entnehmen; so stimmten 8,1 Prozent der Männer und lediglich 3,2 Prozent der Frauen für die Nationaldemokraten<sup>1823</sup>. Womit sich die Differenz andererseits seit 2004 von 6,7 auf 4,9 Prozent verringert hatte<sup>1824</sup>, was vielleicht ansatzweise darauf hindeutet, dass die Partei für das weibliche Potential allmählich attraktiver wird – wenn auch in vorerst zu vernachlässigenden Dimensionen.

Im Wesentlichen blieb das Wählerprofil der NPD ergo von den bekannten Mustern einer ebenso jungen wie gering gebildeten, von Arbeitslosen und Arbeitern getragenen Anhängerschaft bei evidentem Männerüberschuss gekennzeichnet, die jedoch Anzeichen einer graduellen Ausweitung barg. Jedenfalls stellte man dem Anschein nach inzwischen keine klassische Jungwählerpartei mehr dar, konnte sich vielmehr in sämtlichen Altersstufen mit Ausnahme der über 60-Jährigen vorsichtig konsolidieren, was natürlich immer im Verhältnis zu den sonstigen Verlusten zu sehen ist. Bis auf die älteren Bewohner des Freistaats wurde die Fünfprozenthürde aber ausnahmslos durchbrochen. Hinzu kam die konstant gute Bilanz in den durch kommunale Aktivitäten und Bürgernähe gefestigten Hochburgen, die definitiv Anlass zur Besorgnis gibt: Partiiell erleichtert durch mangelnde Gegenwehr hat sich dort mittlerweile ein stabiles Grundgerüst herausgebildet, das die Rechtsextremisten fernab situativer Rahmenbedingungen dauerhaft zu einer festen Größe in der sächsischen Parteienlandschaft zu machen droht. In der Nahaufnahme signalisierte der Wiedereinzug ins Parlament, den die Nationaldemokraten 2009 entgegen des nicht aufgekommenen Protestklimas zu realisieren in der Lage waren, nämlich nicht weniger, als dass selbige in einigen Landesteilen strukturell wie elektoral schon relativ, mit anderen Worten auf verhaltenem Niveau etabliert sind – und erst einmal nicht so einfach zu verdrängen sein dürften.

---

<sup>1822</sup> Vgl. Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen: Landtagswahl 2004. Repräsentative Wahlstatistik. Stimmabgabe für Parteien nach Alter und Geschlecht der Wähler. [http://www.statistik.sachsen.de/wpr\\_alt/pkg\\_w04\\_nav.prc\\_index?p\\_anw\\_kz=LW04](http://www.statistik.sachsen.de/wpr_alt/pkg_w04_nav.prc_index?p_anw_kz=LW04) (abgerufen am 15.10.11); Dass.: Landtagswahl 2009. Repräsentative Wahlstatistik. Stimmabgabe für Parteien nach Alter und Geschlecht der Wähler. [http://www.statistik.sachsen.de/wpr\\_neu/pkg\\_w04\\_nav.prc\\_index?p\\_anw\\_kz=LW09](http://www.statistik.sachsen.de/wpr_neu/pkg_w04_nav.prc_index?p_anw_kz=LW09) (abgerufen am 15.10.11).

<sup>1823</sup> Vgl. Dass.: Landtagswahl 2009. Repräsentative Wahlstatistik. Stimmabgabe für Parteien nach Alter und Geschlecht der Wähler.

<sup>1824</sup> Vgl. Dass.: Landtagswahl 2004. Repräsentative Wahlstatistik. Stimmabgabe für Parteien nach Alter und Geschlecht der Wähler.

### 8.3.1.2. Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen 2010

Nach dem größtenteils deprimierend verlaufenen „Superwahljahr“ 2009 galten die Prioritäten der NPD vorerst voll und ganz den davon gedeckelten Strategie-, Programm- und Personaldebatten<sup>1825</sup>. In dem Maße wie es für die Nationaldemokraten in den darauffolgenden Wochen und Monaten in erster Linie darum ging, die emotionalen Wogen zu glätten und die Weichen für eine graduelle Neupositionierung zu stellen, schien die Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen – die einzige 2010 – gleichwohl schnell zur Nebensache zu geraten. Abgesehen von der spannungsgeladenen Atmosphäre wurzelten der mangelnde Enthusiasmus und die minimalen Erwartungshaltungen hinsichtlich des summa summarum halbherzigen Antritts wohl speziell in der historischen Erfolglosigkeit: Am Ende hatte man hier stets mit die schwächsten Ergebnisse verbucht, so dass mancher den damit verbundenen Aufwand vielleicht von vornherein für vergebens hielt. 2005 waren statt Parlamentsmandaten spärliche 0,9 Prozent herausgesprungen, weshalb der aktuelle Plan hauptsächlich so aussah, sich die staatliche Wahlkampfkostenerstattung zu sichern und Rivalen wie PRO NRW und den Republikanern das Wasser abzugraben<sup>1826</sup>.

Nicht allein aufgrund dieser Konkurrenzsituation muteten aber sowohl die allgemeinen Rahmenbedingungen an Rhein und Ruhr als auch die Konstitution der NPD selbst mehrheitlich suboptimal an. Besonders die Bindung zur Bevölkerung fehlt dort fast durchgängig. Nachdem das Engagement auf kommunaler Ebene lange vernachlässigt und verbürgerlichte Erscheinungsformen im Grunde abgelehnt worden waren, kamen die Nationaldemokraten in den Stadt- und Gemeinderäten im Sommer 2009 lediglich auf 24 Sitze<sup>1827</sup>. Mit 750 Mitgliedern gehört die Landesorganisation nominell zwar nach wie vor zu den deutschlandweit stärksten<sup>1828</sup>, was sich gleichzeitig nicht zwingend in deren Leistungsvermögen niederschlägt. Jedenfalls beinhaltet die stattliche Anzahl einen – etwa im Verhältnis zum sächsischen Verband – eher kleinen Anteil von Aktivisten, was dadurch erschwert wird, dass die JN seit Jahren kaum existent sind und bezüglich der Akquisition von Jugendlichen bzw. des kollaborativen Austauschs mit subkulturellen Vorfeldgruppierungen keinerlei Vorreiterrolle für sich beanspruchen können<sup>1829</sup>, da im

---

<sup>1825</sup> Siehe Kapitel 6.3.11.

<sup>1826</sup> Vgl. Ministerium für Inneres und Kommunales des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen über das Jahr 2010. Düsseldorf, 2011, S. 58.

<sup>1827</sup> Vgl. Antifa-Arbeitskreis an der FH Düsseldorf/Antirassistisches Bildungsforum Rheinland/Arbeitsstelle Neonazismus – Forschungsschwerpunkt Rechtsextremismus und Neonazismus der FH Düsseldorf (Hrsg.): Parteien rechtsaußen. NRW und Düsseldorf vor den Landtagswahlen. Düsseldorf, 2010, S. 18.

<sup>1828</sup> Vgl. Ministerium für Inneres und Kommunales des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 2010, S. 39.

<sup>1829</sup> Vgl. a.a.O., S. 55.

Alltag kaum systematische Arbeit stattfindet<sup>1830</sup>. Nicht selten sucht sich der Nachwuchs daher minder statische Anlaufstellen wie die „Autonomen Nationalisten“, deren Anziehungskraft dank moderner Aktionsformen und selbstbewusstem Auftreten steigt<sup>1831</sup>. Hingegen erweist sich die NPD in Nordrhein-Westfalen – stellvertretend für viele alte Bundesländer – vom einstigen Nimbus des steifen und ewiggestrigen „Herrenclubs“ noch nicht allzu weit entfernt und nähert sich allenfalls schleppend einer Hinwendung zum Bild der „sozialen Heimatpartei“. Bisweilen drohen die Nationaldemokraten dabei allerdings gleich doppelt eingekeilt und aufgerieben zu werden – einerseits von gemäßigten und sich als seriöse Bürgerinitiativen gerierenden Nebenbuhlern, andererseits von allenthalben aus dem Boden schießenden Bewegungsphänomenen, deren von Haus aus dynamischere und gelegentlich aggressive Handlungsweisen wahrscheinlich gerade auf die Heranwachsenden attraktiver wirken. Somit kommt man hier über den Status der Splittersekte momentan kaum hinaus<sup>1832</sup>.

Was sich nicht zuletzt an der niedrigen Intensität des Wahlkampfs 2010 zeigte, der notgedrungen zunehmend auf das Internet setzte. Getreu der „Wortergreifungsstrategie“ schickte man die Anhänger vorzugsweise in die sozialen Netzwerke, um Außenstehende möglichst subtil in Gespräche zu verwickeln, Ansichten und Argumente zu streuen – und später dann zur Wahl der NPD zu drängen<sup>1833</sup>. Statt wochenlang Städte und Dörfer zu bereisen, bot der Spitzenkandidat Claus Cremer ansonsten wiederholt Chatrunden an, wobei die Nachfrage der Nutzerschaft ausgesprochen bescheiden blieb<sup>1834</sup>. Unterdessen wurden außer 15.000 Schulhof-CDs auch 1.500 mit Werbematerial aufgefüllte USB-Sticks ausgehändigt<sup>1835</sup>; die marginale Stückzahl und die mühelose Wiederbeschreibbarkeit der Speichermedien machte das Unterfangen, junge Stimmberechtigte darüber anzulocken und

---

<sup>1830</sup> Indizien für diesen Befund sind etwa darin auszumachen, dass die nordrhein-westfälischen JN selbst im Jahr 2012 noch über keine eigenständige Internetpräsenz verfügen, sondern nur auf einen entsprechenden Bereich auf derjenigen des Bundesverbands verweisen können, in dem sich aber allenfalls sporadische Berichte zu den augenscheinlich eher seltenen Betätigungen der vergangenen Jahre vorfinden. Symptomatisch dafür war auch ein Schreiben der NPD an die Schülervertretungen im Wahlkampf 2010, das – anstelle eines einheimischen Nachwuchskaders – im Namen des in Sachsen-Anhalt ansässigen JN-Bundesvorsitzenden Michael Schäfer abgeschickt wurde. Vgl. Homepage des JN-Landesverbands Nordrhein-Westfalen: Nachrichten aus Nordrhein-Westfalen. <http://www.jn-buvo.de/index.php/nordrhein-und-westfalen> (abgerufen am 15.5.12); Flugblatt des NPD-Landesverbands Nordrhein-Westfalen: Schüleransprechen. Wattenscheid, 2009.

<sup>1831</sup> Vgl. Ministerium für Inneres und Kommunales des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 2010, S. 82-85.

<sup>1832</sup> Vgl. a.a.O., S. 58.

<sup>1833</sup> Vgl. Homepage des NPD-Bundesverbands: NRW: Endspurt im nationalen Internet-Wahlkampf eingeleitet. NPD-Wahlkämpfer „outen“ sich in sozialen Netzwerken. 5. Mai 2010.

<sup>1834</sup> Vgl. Dies.: NPD-NRW setzt niedrigschwelligen Internet-Wahlkampf fort. Live-Chat mit Spitzenkandidat Claus Cremer gut angenommen. 26. April 2010.

<sup>1835</sup> Vgl. Dies.: Landtagswahl NRW: NPD verteilt im Jugendwahlkampf USB-Sticks. 16. April 2010; USB-Datenträger des NPD-Landesverbands Nordrhein-Westfalen: Landtagswahl 2010. Wattenscheid, 2010.

anzupolitisieren, jedoch weitgehend aussichtslos. Ebenfalls zu der im Endeffekt ziemlich müden Erstwählerkampagne zählten aufwiegelnde Schreiben an 3.000 Schülervertretungen und der offenkundig auf das Schüren von Islamfeindlichkeit zielende, von den Nationaldemokraten mit 300 Euro dotierte Ideenwettbewerb „WIR oder Scharia“<sup>1836</sup>.

Obwohl die Rechtsextremisten die Fokussierung auf den Onlinebereich nach außen als Fortschrittlichkeit zu verkaufen versuchten, vermochte die Flucht in die virtuelle Welt die in Wahrheit vermutlich ausschlaggebende Ressourcenarmut vor Ort nicht zu verbergen. So wurden das „Flaggschiff“ der Mutterpartei, ein Wahlkampfzwecken entsprechend gestaltetes Wohnmobil, und die gängige Flugzeugwerbung erst im Schlussspurt in die Waagschale geworfen<sup>1837</sup>. Personell erhielt die Partei abseits davon wenigstens ab und zu Hilfe von Seiten der „Freien Kräfte“<sup>1838</sup>, während zur Verbesserung der erbärmlichen Finanzausstattung eigens eine englischsprachige Homepage eingerichtet wurde, auf welcher der damalige Vorsitzende Udo Voigt – entgegen der eigentlich antiamerikanischen Positionen – explizit an die Spendenbereitschaft der „Kameraden“ aus den USA appellierte<sup>1839</sup>. Anscheinend mit mäßigem Anklang: Wo man sich sonst zumeist anschiekt, sich mit detaillierten Pressemitteilungen über die Welle von angebrachten Reklametafeln und sonstigen Werbemaßnahmen aufzuspielen, war im Westen der Republik äußerst zurückhaltend von „mehreren zehntausend Plakaten“ die Rede, die zudem massenhaft von „Politchaoten“ zerstört worden seien<sup>1840</sup>. Gemessen an der Größe des auszufüllenden Gebiets hielt sich die Präsenz der Kampagne also sehr in Grenzen; daran änderten selbst sporadisch abgehaltene Kundgebungen und Infostände nichts, die stellenweise sogar handgreifliche Proteste heraufbeschworen und szenefremde Interessenten damit natürlich abschreckten<sup>1841</sup>.

Unter diesen misslichen Voraussetzungen hatte man sich mitunter schon in der Vorbereitungsphase enorm schwergetan, die erforderlichen Unterstützungsunterschriften

---

<sup>1836</sup> Vgl. Homepage des NPD-Bundesverbands: Schüler-Offensive: NPD hat 3.000 Schülervertretungen in NRW angeschrieben. 22. März 2010 (Hervorhebung wie im Original).

<sup>1837</sup> Vgl. Dies.: Im Westen nichts Neues. Zum Ausgang der Landtagswahl in NRW. 10. Mai 2010.

<sup>1838</sup> Vgl. NRW rechtsaußen: Parteifreier NPD-Wahlkampf gegen „vernagelte Subjekte“. In: NRW rechtsaußen vom 20.4.10. <http://nrwrex.wordpress.com/2010/04/20/hamuneuoe-partiefreier-npd-wahlkampf-gegen-%e2%80%9evernagelte-subjekte%e2%80%9c/> (abgerufen am 15.10.11); Ders.: Noch mehr wahlkämpfende Neonazis. In: NRW rechtsaußen vom 22.4.10. <http://nrwrex.wordpress.com/2010/04/22/dre-noch-mehr-wahlkämpfende-neonazis/> (abgerufen am 15.10.11).

<sup>1839</sup> Vgl. Tzschoppe, Tilman: NPD goes USA. In: Netz gegen Nazis vom 27.1.10. <http://www.netz-gegen-nazis.de/artikel/npd-goes-usa-4591> (abgerufen am 27.1.10).

<sup>1840</sup> Vgl. Homepage des NPD-Bundesverbands: Im Westen nichts Neues. Zum Ausgang der Landtagswahl in NRW.

<sup>1841</sup> Vgl. Dies.: Linke Gewalt gegen Anti-Griechenland-Kundgebung der NPD. In Düsseldorf zerstörten Linksfaschisten ein NPD-Einsatzfahrzeug. 29. April 2010.

herbeizubringen<sup>1842</sup>. Demzufolge stellten sich nur in 27 der 128 nordrhein-westfälischen Wahlkreise Vertreter der NPD dem Votum<sup>1843</sup>. Länger als das fragmentarische Verzeichnis der Direktkandidaten war freilich auch die Landesliste nicht, für die nur 18 Vorschläge nominiert wurden – darunter neun Doppelbewerber<sup>1844</sup>. Das Durchschnittsalter der erkennbar von Arbeitern und Angestellten bestimmten Funktionärsriege, die bloß eine einzige Frau einbezog, betrug etwa 46 Jahre<sup>1845</sup>. Im Gegensatz zu Sachsen als absolutem Nonplusultra konnten die Nationaldemokraten hier augenscheinlich kaum Galionsfiguren von höherem Sozialprestige aufbieten.

Sinnbildlich für dieses Schattendasein und die alles in allem geringe Mobilisierungswirkung brachen bereits anlässlich des Wahlkampfauftakts am 28. März 2010 bestenfalls 200 Sympathisanten zur Demonstration im Duisburger Stadtteil Marxloh auf, dem Standort der größten Moschee Deutschlands<sup>1846</sup>. Inhaltlich stand das dort artikulierte Motiv der angeblichen Islamisierung auch danach spürbar im Mittelpunkt. Musterhaft dafür war auf fünf der sieben aufgehängten Plakatvarianten ein Piktogramm eines fallenden Minarettturms zu sehen. Garniert wurde das Ganze mit Gefährdungen suggerierenden und Ängste schürenden Aussagen wie „Arbeit statt Zuwanderung“ und „Zeche statt Ghetto“<sup>1847</sup>, in denen sich die strikte Zurückweisung moderner Gesellschaften in Gestalt simpler Antagonismen manifestierte. Zum Teil wurde der Islam dabei geflissentlich mit Islamismus und Terrorismus gleichgesetzt. Nebenbei signalisierte schon die ausufernde Nutzung der Präposition „statt“, dass die sozialpopulistischen Parolen der Nationaldemokraten vor allem auf das Protest- und Nichtwählerpublikum abstellten.

Zu den gewohnt schwarzweißmalenden Lösungsrezepten schoss das Landtagswahlprogramm der NPD deshalb gezielt gegen Masseneinwanderung und Multikulturalisierung sowie gegen Lohndumping und den grassierenden sozialen Niedergang<sup>1848</sup>. Vor diesem Hintergrund ließ man außerdem einige Verbalattacken in Richtung der etablierten Widersacher los, wollte exemplarisch dafür mit dem Slogan

---

<sup>1842</sup> Vgl. Ministerium für Inneres und Kommunales des Landes Nordrhein-Westfalen/Verfassungsschutz: Stichwort NPD. <http://www.mik.nrw.de/verfassungsschutz/rechtsextremismus/parteien/npd.html> (abgerufen am 15.10.11).

<sup>1843</sup> Vgl. Landeswahlleiterin des Landes Nordrhein-Westfalen: Landtagswahl 2010. Verzeichnis der Bewerberinnen und Bewerber in Nordrhein-Westfalen. Düsseldorf, 2010, S. 18-49. <https://webshop.it.nrw.de/gratis/B829%20201051.pdf> (abgerufen am 7.6.11).

<sup>1844</sup> Vgl. a.a.O., S. 59.

<sup>1845</sup> Vgl. ebd.

<sup>1846</sup> Vgl. Homepage des NPD-Bundesverbands: Landtagswahl NRW: Erfolgreicher Wahlkampfauftakt in Duisburg. 29. März 2010.

<sup>1847</sup> Vgl. Plakate des NPD-Landesverbands Nordrhein-Westfalen: Arbeit statt Zuwanderung; Zeche statt Ghetto. Wattenscheid, 2010.

<sup>1848</sup> Vgl. NPD-Landesverband Nordrhein-Westfalen: Eine lebenswerte Zukunft für unsere Heimat. Unser Programm zur Landtagswahl am 09.05.2010. Wattenscheid, 2010.



„Hartz IV für Westerwelle“ den „Volkszorn“ auf den damaligen Vizekanzler anfechten und warnte den liberalen „Sozialräuber“ ausdrücklich vor Wahlkampfauftritten im Ruhrgebiet<sup>1849</sup>. Ein weiteres Themenfeld kam für die Nationaldemokraten dann in den Tagen kurz vor der Abstimmung durch die in Anbetracht der katastrophalen Staatsverschuldung im kriselnden Griechenland wachsende Sorge um die Stabilität des Euro und den Streit um deutsche Nothilfen dazu. Die Rechtsextremisten hatten die Gemeinschaftswährung ohnehin ab ovo abgelehnt, hoben das in der aufbrandenden Grundsatzdebatte ostentativ hervor und sprachen sich obendrein für die sofortige Rückkehr zur D-Mark aus<sup>1850</sup>.

Nichtsdestotrotz setzten die antigouvernementalen Grundstimmungen und damit einhergehenden Neigungen zur Verteilung von „Denkzetteln“, die sich die NPD erhofft haben dürfte, im Vorfeld nicht ein; das heißt, die Großwetterlage erwies sich als nicht sonderlich explosiv, im Gegenteil: Bei der Majorität der Bevölkerung war der Optimismus im Hinblick auf die anstehenden Herausforderungen für Nordrhein-Westfalen wie auf die zu erwartende Wirtschaftsentwicklung an und für sich sogar stärker ausgebildet als vor der Wahl 2005<sup>1851</sup>, so dass die von den Nationaldemokraten eingeflüsterte Notwendigkeit, den „schwarz-gelben“ Bundes- und Landesregierungen endlich eine Lektion zu erteilen, den wenigsten Bürgern als ernsthafte Option erschien – sofern diese davon überhaupt erreicht wurden. Mit großem Abstand galt das Augenmerk der über 13 Millionen Stimmberechtigten demgegenüber der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und den Bereichen Schule und Bildung<sup>1852</sup>; die Bewältigung landesspezifischer Aufgaben lag in der Bewertung grundsätzlich vor der Bundespolitik<sup>1853</sup>. Ungeachtet des sehr sachlichen Meinungsklimas, das die Umfragen demgemäß konstatierten, ließ sich der durch verschiedene Affären in den vorangegangenen Jahren schwindende Amtsbonus des Ministerpräsidenten Jürgen Rüttgers und seiner Union kaum leugnen und im kurzfristigen Rahmen des Wahlkampfes schwerlich kompensieren<sup>1854</sup>. Die Herausforderin Hannelore Kraft und die SPD gewannen derweil gleichermaßen an Kontur wie an

---

<sup>1849</sup> Vgl. Homepage des NPD-Bundesverbands: Landtagswahl am 09.05.2010: NPD-NRW will den Volkszorn gegen Westerwelle mobilisieren. 20. Februar 2010; Plakat des NPD-Landesverbands Nordrhein-Westfalen: Hartz IV für Westerwelle. Wattenscheid, 2009.

<sup>1850</sup> Vgl. Homepage des NPD-Bundesverbands: Am Sonntag NPD wählen! Machen Sie am 9. Mai bei der Landtagswahl den Stimmzettel zum Strafzettel für die milliarden schwere Griechenland-Hilfe! 7. Mai 2010.

<sup>1851</sup> Vgl. Forschungsgruppe Wahlen e.V.: Wahl in Nordrhein-Westfalen. Eine Analyse der Landtagswahl vom 9. Mai 2010. Mannheim, 2010, S. 38.

<sup>1852</sup> Vgl. a.a.O., S. 33.

<sup>1853</sup> Vgl. a.a.O., S. 22.

<sup>1854</sup> Vgl. a.a.O., S. 16/17.

Sympathiewerten<sup>1855</sup>. Wer sich am Wahltag durchsetzen und schlussendlich mit wem koalieren würde, war deswegen alles andere als klar.

Zu den großen Profiteuren des dementsprechend ausgeglichenen Wettlaufs um die Macht sowie der analog von 63 auf 59,3 Prozent gesunkenen Wahlbeteiligung gehörten am 9. Mai 2010 die kleineren Parteien<sup>1856</sup>, die durch die angesprochene Polarisierung und die gravierenden Verluste der Volksparteien gewissermaßen zum Zünglein an der Waage avancierten. Letztlich zählten dabei nicht nur Grüne und Linke zu den Gewinnern: Seit einem halben Jahrhundert hatte die Wahl zum Düsseldorfer Parlament den „Sonstigen“ nicht mehr derart hohe Stimmenanteile eingebracht, die 6,5 Prozent entsprachen nahezu einer Verdopplung im Vergleich zur Vorwahl (3,9). Die NPD sackte dagegen von 0,9 auf 0,7 Prozent ab, verlor 18.569 der vormals 73.969 Stimmen<sup>1857</sup> und scheiterte somit schon an den Primärzielen. Das zur Qualifikation für die Parteienfinanzierung entscheidende Quorum von einem Prozent wurde eindeutig verpasst, zusätzlich belegten die Nationaldemokraten im zähen Ringen mit PRO NRW (1,4) und REP (0,3) bloß den zweiten Rang. Nicht einmal in der Addition hätten es die drei Protagonisten des „nationalen“ Spektrums halbwegs über die Sperrklausel geschafft, da deren eindimensional von der Ausländerthematik dominierte und daher hin und wieder erstaunlich gleichlautende Angebote nie genügend Anklang erregten – die Nachfrage war einfach nicht im gebotenen Ausmaß gegeben. Stattdessen wurde deren weitverbreitete Stigmatisierung deutlich.

Relativ am stärksten schnitt die NPD indessen im Ruhrgebiet ab, in den Regionen südwestlich davon in direkter und mittelbarer Nähe zu Belgien und den Niederlanden sowie in manchen sieger- und sauerländischen Bezirken<sup>1858</sup>. Im Wahlkreis Bochum III erhielt man zum Beispiel achtbare 1,6 Prozent, die wie ein mageres Indiz für die ansatzweise Wechselwirkung einer Islamophobie anfachenden Propagandastrategie in einem einwanderungsgeprägten Ballungsraum anmuteten. Mithin dürften sich schwächere Ergebnisse in demographisch sehr ähnlichen Einzugsbereichen daraus gespeist haben, dass PRO NRW gemeinhin auf die gleiche diskriminierende und generalisierende Polemik setzte<sup>1859</sup>, Moscheebauprojekte und Minarette zu Machtsymbolen des vorgeblich

---

<sup>1855</sup> Vgl. Forschungsgruppe Wahlen e.V.: Wahl in Nordrhein-Westfalen, S. 17/18.

<sup>1856</sup> Vgl. a.a.O., S. 10.

<sup>1857</sup> Vgl. Landeswahlleiterin des Landes Nordrhein-Westfalen: Landtagswahl 2010. Endgültige Ergebnisse in Nordrhein Westfalen. Heft 3. Düsseldorf, 2010, S. 9. <https://webshop.it.nrw.de/gratis/B799%20201051.pdf> (abgerufen am 7.6.11).

<sup>1858</sup> Vgl. a.a.O., S. 10-265.

<sup>1859</sup> Vgl. Ministerium für Inneres und Kommunales des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 2010, S. 61-69.

steigenden ausländischen Einflusses stilisierte – und sich habituell dennoch gediegener und salonfähiger gab. Dieser Pluspunkt bescherte der aufstrebenden Plattform, die 2005 noch nicht angetreten war, bereits bei der Premiere bemerkenswerte 4,6 Prozent in Duisburg IV. Vieles hing bzw. hängt im Zuge dessen anscheinend von der adäquaten „Verkaufsstrategie“ und bürgergerechten „Verpackung“ ab, darauf deuteten in Nordrhein-Westfalen auch die beinahe durchweg höheren Erst- als Zweitstimmenanteile der Nationaldemokraten hin, die sich streckenweise weit über der Einprozentmarke bewegten. Wie gehabt galt damit gleichsam: Geben vertraute, Lokalkolorit versprühende Persönlichkeiten extremistischen Gruppierungen erst einmal ein „Gesicht“, wirken diese auf einige Leute erfahrungsgemäß automatisch wählbarer, als wenn deren Parolen ausschließlich anonym auf Plakaten auftauchen.

Wenngleich aufgrund des niedrigen Resultats an Rhein und Ruhr kaum nähere sozialstrukturelle Daten und Details zur dortigen Wählerschaft der NPD vorliegen, kann angesichts der auffälligen Präferenz junger Männer für die „sonstigen“ Parteien abschließend davon ausgegangen werden, dass die Rechtsextremisten abermals vor allem aus diesem Potential zu schöpfen wussten, dessen Masse jedoch die neue Piratenpartei vorzog<sup>1860</sup>. Insofern schienen beide Nischen, derer man sich im Jahre 2010 mit Nachdruck zu befleißigen suchte, Islamfeindlichkeit und Jugendliche mit Internetaffinität, schon besetzt. Anstatt konkrete Alleinstellungsmerkmale zu schaffen, um kampagnentechnisch für Aufsehen zu sorgen, wurde schlicht kopiert. Verbandsintern wie im Verhältnis zum subkulturellen Vorfeld sollte die Aufarbeitung des in dieser Form zweifellos nicht einkalkulierten Fehlschlags sogleich erhebliche Auseinandersetzungen und Flügelkämpfe um die weitere Ausrichtung nach sich ziehen<sup>1861</sup>. Im Prinzip bleibt Nordrhein-Westfalen für die Nationaldemokraten ergo bis dato ein echter Problemfall.

### 8.3.2. Systemopposition im Landtag

Wenngleich die NPD den Parlamentarismus an und für sich abschaffen will, weiß die Partei dessen Nutzungsbedingungen – sozusagen auf dem Weg dorthin – durchaus zu schätzen. Zum einen erhöhen Mandatsgewinne erfahrungsgemäß die Publizität, erhalten die erklärten „Systemfeinde“ in der „Schwatzbude“ des Plenums eine erstklassige Plattform zur Selbstinszenierung und Präsentation der eigenen Programmatik; ein

---

<sup>1860</sup> Vgl. Forschungsgruppe Wahlen e.V.: Wahl in Nordrhein-Westfalen, S. 44-47.

<sup>1861</sup> Vgl. Ministerium für Inneres und Kommunales des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 2010, S. 58/59; NPD-Blog: NPD-NRW: „Landes-Vollpfosten“ im Amt bestätigt. In: NPD-Blog vom 23.9.10. <http://npd-blog.info/2010/09/23/npd-nrw-landes-vollpfosten-im-amt-bestaetigt/> (abgerufen am 15.10.10).

Schaufenster, das ein dauerhaftes und eventuell deutschlandweites Medieninteresse eröffnet. Zum anderen dienen die staatlichen Finanzmittel, die an alle Fraktionen ausgeschüttet werden, auch der weiteren strukturellen Festigung. Zum Beispiel lassen sich dank dieser sattsamen Ausstattung lukrative Beraterposten für Akademiker und langjährige Aktivisten sowie lokale Außenstellen durch Bürgerbüros schaffen, die den Apparat in der Breite stabilisieren. Ferner avancieren die Landtage stellenweise zu Lehrwerkstätten für den aufstrebenden Funktionärsnachwuchs, der sich durch Praktika dem alltäglichen Politikbetrieb annähert, so dass die ausgerufene Professionalisierung an Fahrt aufnimmt. Wie sich derweil das eigentlich Wesentliche, nämlich die Arbeit der nationaldemokratischen Abgeordneten entwickelt, wird in den nachfolgenden Abschnitten zu erörtern sein. Freilich in stark eingekürzter Form, weil dieses Feld schon ein Forschungsthema für sich wäre.

### **8.3.2.1. Sachsen**

Nachdem die NPD elektoral über Dekaden hinweg ein Schattendasein im Nullkommabereich gefristet hatte, gelang der einstigen Sammlungsbewegung im September 2004 in Sachsen durch den erstmaligen Sprung ins Dresdner Parlament ein erneuter Paukenschlag<sup>1862</sup>. Um sicherzustellen, dass der zweite Frühling, der sich darin ankündigte, auf alle Fälle länger andauerte als der erste, richteten die Nationaldemokraten den Fokus zunächst darauf, aus den Fehlern anderer rechtsextremistischer Formationen zu lernen und dem landläufigen Negativbild rückwärtsgerichteter, zerstrittener und allenfalls rudimentär arbeitsfähiger Fraktionen entgegenzuwirken. Im Prinzip begann dieser Prozess bereits bei der Personalauslese: Abgesehen von der gezielten Auswahl gleichermaßen gut geschulter wie selbstbewusster und vorzeigbarer, im Allgemeinen verbürgerlichter Mandatsträger galt das Augenmerk speziell dem Aufbau sachkundig versierter Mitarbeiterstäbe<sup>1863</sup>.

Trotzdem sich darin ein Teil der Parteilite sammelte, sollte die strahlende Kulisse von Professionalität und Politikfähigkeit, Korrektheit und disziplinierter Kohäsion, die sich die NPD davon erhoffte, schnell empfindliche Kratzer erhalten. Hauptsächlich bedingt durch die biographische Heterogenität der Fraktionsmitglieder, zumal durch ein explosives Mischungsverhältnis von einheimischen und zugezogenen Funktionären bzw. damit einhergehende Meinungsverschiedenheiten und Machtkämpfe büßten die

---

<sup>1862</sup> Siehe Kapitel 6.3.5.

<sup>1863</sup> Vgl. Kailitz: Rechtsextremismus in der BRD, S. 56; Steglich: Die sächsische NPD und der Landtagswählerfolg, S. 147.

Nationaldemokraten bis zur Hälfte der Legislaturperiode vier von zwölf Landtagssitzen ein und zahlten im Nachhinein betrachtet erhebliches Lehrgeld<sup>1864</sup>. Schmerzhaft waren die Austritte und Ausschlüsse nämlich nicht bloß wegen des Ansehensverlusts; nebenbei bedeutete der Aderlass niedrigere Alimentationen durch Steuermittel<sup>1865</sup>.

Andererseits hatte man schon in den ersten Wochen diverse Achtungserfolge erzielt, die sich mitunter daraus speisten, dass die etablierten Wortführer zu Anfang etwas hilflos erschienen und erst einmal über einen einheitlichen Weg der Auseinandersetzung mit den Antidemokraten entscheiden mussten. Das substantielle Dilemma offenbarte sich in der Notwendigkeit, den Willen der Wähler ernst zu nehmen, ohne die NPD sogleich zu erhöhen oder zu normalisieren. Obwohl sich die situativen Verfahrensweisen letztlich getreu der Vielfalt der demokratischen Kräfte entwickelten, einigten sich selbige damals grundsätzlich darauf, den Rechtsextremisten geschlossen gegenüberzutreten und zu deren Kommentaren im Optimalfall gerade einen Repräsentanten der Regierungs- und einen der Oppositionsparteien sprechen zu lassen<sup>1866</sup>, um den Vorgang einzukürzen, was seitdem weithin so gehandhabt wird. Nichtsdestotrotz schafften es die Nationaldemokraten zumindest zu Beginn einige Male, die eingeleitete Blockade zu durchbrechen und schickten zum Beispiel zur Wahl des Ministerpräsidenten einen eigenen Bewerber ins Rennen, dem im Vorfeld entsprechende Redezeit zustand und der dann sogar 14 Voten erreichte, sprich zwei zu viel<sup>1867</sup>. In der Abstimmung über den Ausländerbeauftragten wiederholte sich diese schlagzeilenträchtige Farce, womit der selbsternannten Fundamentalopposition weiteres Aufsehen sicher war.

Mit besonderem Nachdruck befließigte sich die NPD daraufhin des von der Kommunalstrategie bekannten Images bodenständiger und bürgernahe „Kümmerer“ und betrieb sehr offensive PR, um Problembewusstsein und Kompetenz zu suggerieren, ob in Publikationen wie dem Mitteilungsblatt „Klartext“, bei den obligatorischen Pressekonferenzen oder im Internet. Nach etwa einem halben Jahr, in dem sich die Nationaldemokraten zu ebenso salonfähigen wie engagierten Biedermännern stilisiert hatten, wurde spätestens durch die Provokation mit dem heiklen Begriff des „Bombenholocausts“<sup>1868</sup> im Januar 2005 eine neue Phase eingeläutet, in der deren Protagonisten das Parlament nach Belieben zur Bühne machten, um durch Polemik und systematische Polarisierung das einschlägige Profil zu schärfen. Im Alltag schwankte das

---

<sup>1864</sup> Siehe Kapitel 6.3.7. und 6.3.8.

<sup>1865</sup> Vgl. Brandstetter: NPD im 21. Jahrhundert, S. 146.

<sup>1866</sup> Vgl. Brech: NPD-Fraktion, S. 173/174.

<sup>1867</sup> Vgl. Jesse: NPD – eine rechtsextreme Partei im Höhenflug?, S. 75; Staud: Moderne Nazis, S. 106.

<sup>1868</sup> Siehe Kapitel 6.3.6.

Auftreten seither zwischen sachbezogenen Äußerungen, latenten Anspielungen und zuweilen scharfzüngiger Agitation, die mutmaßlich darauf zielte, der Anhängerschaft zu signalisieren, dass man sich nicht zähmen lässt – und der sonst ziemlich seriositätsfixierten Außendarstellung spürbar zuwiderlief.

Im Plenum wurde aufgrund dessen nicht nur versucht, allzeit vollzählig anwesend zu sein, um sich allein schon visuell von den in der Regel vergleichsweise ausgedünnten Reihen der anderen Parteien abzuheben, sondern nach außen auch stets vorbereitet und aktiv zu wirken<sup>1869</sup>. Worauf vor allem der Beraterkreis achtete, der die Wortmeldungen der Bevollmächtigten anleitete und kontrollierte, stellenweise sogar aufzeichnete und anschließend korrigierte. Gleichwohl drängte sich dabei ab und an das Gefühl auf, man setze mehr auf den Grundsatz statistischer Quantität vor minutiös ausgefeilter Qualität: Was für die NPD im Kern zu zählen schien, war das Bild ständiger Betriebsamkeit, das zum Abschluss der Wahlperiode in der stolzen Bilanz von 3.050 Drucksachen zu Buche schlug, darunter 2.622 Kleine und zehn Große Anfragen, 159 Anträge sowie zehn von den „Kartellparteien“ zurückgewiesene Gesetzesentwürfe<sup>1870</sup> – die Dichte der Beiträge sank demnach diametral zum Arbeitsaufwand. Lediglich die Linke zeigte sich summa summarum fleißiger (5.679), verfügte zugleich aber auch über fast drei Mal so viele Mandate. In den Ausschüssen glänzten die Nationaldemokraten dagegen – in Anbetracht des geringeren medialen Interesses – meist durch Nichtbeteiligung<sup>1871</sup>. Aus Sicht des Fraktionsvorsitzenden Holger Apfel machte das durchaus Sinn, da die Auseinandersetzungen und Abstimmungen in den „Hamsterrädern“ der Fachgremien maximal „Scheingefechte“ darstellten<sup>1872</sup>.

Inhaltliche Prioritäten und Leitmotive waren in der skizzierten Flut von Initiativen schwerlich auszumachen, allerdings suchten sich die acht verbliebenen Landtagsabgeordneten der NPD abseits sozialpopulistischer Forderungen und ausdrücklicher Familienfreundlichkeit vorzugsweise verdachtsfreie, von den anderen Parteien womöglich sträflich vernachlässigte Fragestellungen aus<sup>1873</sup>. Wozu der Ausbau von Wanderwegen<sup>1874</sup> genauso gehörte wie Aktionen gegen Kinderarmut<sup>1875</sup>, die

---

<sup>1869</sup> Vgl. Brech: NPD im sächsischen Landtag, S. 20; Staud: Moderne Nazis, S. 124/125.

<sup>1870</sup> Vgl. Sächsischer Landtag: Parlamentsdokumentation. <http://edas.landtag.sachsen.de/> (abgerufen am 15.11.11).

<sup>1871</sup> Vgl. Brech: NPD-Fraktion, S. 171; Pawassar, Astrid: Bekennende Verfassungsfeinde. Die NPD im sächsischen Landtag. In: Das Parlament, Nr. 45, 7.11.05.

<sup>1872</sup> Vgl. Deutsche Stimme: Stachel im Fleisch der Volksbetrüger. In: DS: 12/2008.

<sup>1873</sup> Vgl. Staud: Moderne Nazis, S. 113/114.

<sup>1874</sup> Vgl. Homepage der NPD-Fraktion Sachsen: Kleine Anfrage: Nationalpark Sächsische Schweiz III – Fällung von Altbuchen und Altlichten in den Weberschlüchten. 25. März 2008.

<sup>1875</sup> Vgl. Dies. Kinderarmut bekämpfen – ALG II-Anrechnungspraxis verändern! 6. Juli 2007.

Schulnetzplanung<sup>1876</sup>, die Kommunal финанzen<sup>1877</sup> und der Anstieg der Strompreise<sup>1878</sup>, die Kriminalitätsbekämpfung<sup>1879</sup> und der Katastrophenschutz<sup>1880</sup>. Demgegenüber schlug der davon gedeckelte Dogmatismus vorwiegend bei Diskussionen über ganz bestimmte Tagesordnungspunkte durch, bei denen die Nationaldemokraten Deutungshoheit beanspruchten und sich von der gängigen Tarnung durch vermeintlich „volksnahen und gegenwartsbezogenen Nationalismus“ verabschiedeten. Exemplarisch dafür waren die zahlreichen, nahezu wortgleich wiederkehrenden Einwürfe zu Aspekten der Ausländer- und Asylpolitik<sup>1881</sup>, Vergangenheitsbewältigung und nationalen Souveränität in Verbindung mit der Ablehnung der EU zu nennen – und nicht zuletzt die Aufrufe zur Streichung des Volksverhetzungsparagrafen im Strafgesetzbuch<sup>1882</sup> und der Abschaffung des Verfassungsschutzes. Nach Einbruch der Wirtschafts- und Finanzkrise hob man außerdem die antikapitalistischen Elemente der anhängigen Weltanschauung hervor und machte sich für Enteignungen sowie höheren staatlichen Einfluss auf Firmen stark, die Fördergelder und Nothilfen angenommen hatten<sup>1883</sup>. Mit Verbalattacken gegen die „Versagerparteien“ wurde derweil nicht gespart.

Kritisch gestaltete sich dieser eigentlich schizophrene Kurs für gewöhnlich erst, sobald es für die NPD galt, einen Nachweis für die Konstruktivität der eigenen Konzepte zu entbieten<sup>1884</sup>. Immerhin waren die vorgebrachten Anliegen dank der vehementen Abwehr- und Isolationshaltung der demokratischen Akteure weitgehend zur Aussichtslosigkeit verdammt. Wiewohl an der aufgezogenen Wand aus „ritualisierter Tabuisierung“<sup>1885</sup> massenweise Vorhaben und radikale Tiraden abprallten, mutete diese Vorsichtsmaßnahme an manchen Tagen alles andere als risikolos an. Primär bei nicht namentlich durchgeführten Abstimmungen, wenn die Stimmenzahl der „Systemfeinde“ durch Abweichler bisweilen über die der Sitze hinausging und den Antidemokraten hierdurch beachtliche Prestigegewinne bescherte. Manchmal schafften es die Nationaldemokraten

---

<sup>1876</sup> Vgl. Homepage der NPD-Fraktion Sachsen: Antrag: Schulschließungen verhindern. 22. März 2006.

<sup>1877</sup> Vgl. Dies.: 1. Aktuelle Debatte – Finanzausstattung der sächsischen Kommunen. 9. November 2007.

<sup>1878</sup> Vgl. Dies.: NPD will Strompreise senken – Altparteien lehnen ab. 13. Oktober 2006.

<sup>1879</sup> Vgl. Dies.: NPD gegen Stellenabbau bei der Polizei. 7. April 2006.

<sup>1880</sup> Vgl. Dies.: Antrag: Rettungsleitstellen erhalten. 3. Juli 2006.

<sup>1881</sup> Vgl. Dies.: Antrag: Rechtsstaatlichkeit in Asylverfahren durchsetzen – Anna D.A. abschieben! 2. März 2007; Dies.: Antrag: Geltendes Ausländerrecht konsequent anwenden – Artur T. abschieben! 1. April 2008.

<sup>1882</sup> Vgl. Dies.: Antrag: § 130 StGB streichen – Rechtsstaat und Meinungsfreiheit wiederherstellen! 5. September 2007.

<sup>1883</sup> Vgl. Dies.: „Sicherung Quimondas wäre eine klassische Aufgabe deutscher Industriepolitik“. 19. März 2009; Dies.: „Enka in Elsterberg retten – perfide Verlagerungsstrategie durchkreuzen“. 24. März 2009; Schimmer: „Das System hat keine Fehler, das System ist der Fehler“.

<sup>1884</sup> Vgl. Steglich: Die sächsische NPD und der Landtagswahlerfolg, S. 149.

<sup>1885</sup> Ders.: NPD in Sachsen, S. 132.

sogar, die Phalanx des etablierten Protests für sich zu entfremden und die Märtyrerrolle einzunehmen.

Ein Muster für solche wohlgerneht sehr seltenen Ausnahmen war der Antrag vom 11. März 2005 zum Erhalt von über 200 Arbeitsplätzen durch die Rettung der „Neuen Erba Lautex GmbH“, die durch die Aufforderung zur Rückzahlung von EU-Subventionen im Grunde vor der Liquidation stand<sup>1886</sup>. Die Rechtsextremisten gaben damit den mutigen „Robin Hood“ gegen „die da oben“, wissend, dass der Staatsregierung offiziell – Stichwort Supranationalität – ohnehin mehr oder minder die Hände gebunden waren<sup>1887</sup>. Leiter und Mitarbeiter des Lausitzer Textilherstellers verfolgten die schicksalhafte Aussprache schließlich von der Tribüne und sahen, wie sämtliche Landtagsfraktionen mit Ausnahme der NPD mit „Nein“ votierten, was selbige im Nachgang so zu verdrehen vermochte, dass dieses für die Menschen so wichtige Ansinnen schlicht deshalb verworfen worden sei, weil der Name der Nationaldemokraten darüber stand.

Man nutzte den absehbaren Misserfolg also aus, um die anderen Parteien und dadurch natürlich auch den Parlamentarismus zu delegitimieren. Vor diesem Hintergrund ging es der „Heimatspartei“ wohl generell weniger um ergebnisorientierte Konsequenzen eigenen Handelns denn um die geräuschvolle Konfrontation. Nach dem eigentümlichen Verständnis der NPD erschien die strikte Ablehnung der Anträge erst einmal sekundär; entscheidend waren eher der Ausdruck von Dynamik, die Artikulation spezifischer Vorstellungen sowie die stetige Diskreditierung der „Altparteien“, wie Apfel erläuterte:

„Die Frage, warum wir trotzdem zu Wahlen antreten (sic!) ist verständlich, doch wir fühlen uns mit jedem Tag, an dem wir uns mit dem Irrsinn der Etablierten auseinandersetzen, bestärkt im Bewußtsein über die Notwendigkeit der NPD als parlamentarischer Arm des volkstreuem Widerstandes. Wir waren und sind Stachel im Fleisch dieses abgewirtschafteten Systems und nutzen zugleich die Fraktion, um politische Konzepte zu entwickeln. Unsere Aufgabe ist es, den Menschen im Lande vor Augen zu führen, daß der Alltag nicht vom Austausch von Argumenten, nicht vom täglichen Ringen um bessere Lösungen geprägt ist, sondern von Koalitionszwängen und antifaschistisch inspiriertem Abgrenzungszwang. Das Parlament ist längst zu einer billigen Karikatur einer wirklichen Volksherrschaft verkommen. Letztlich geht es auch derzeit noch nicht darum, etwas unmittelbar durchzusetzen, sondern darum, Wissen zu sammeln und Druck auf die Herrschenden auszuüben.“<sup>1888</sup>

Im Wesentlichen hat sich diese subversive Ausrichtung nach dem „historischen Wiedereinzug“<sup>1889</sup> im August 2009 nicht verändert, halten die nationaldemokratischen Abgeordneten nach wie vor Ausschau nach Angriffsflächen.

---

<sup>1886</sup> Vgl. Homepage der NPD-Fraktion Sachsen: Altparteien lehnen NPD-Antrag zur Rettung von NEU ERBA LAUTEX ab. 11. März 2005.

<sup>1887</sup> Vgl. Staud: *Moderne Nazis*, S. 115/116.

<sup>1888</sup> Apfel, zitiert nach *Deutsche Stimme*: *Stachel im Fleisch der Volksbetrüger*.

<sup>1889</sup> *Deutsche Stimme*: „Unsere Strategie war richtig!“ Sachsen-Wahl am 30. August: Historischer Wiedereinzug der NPD. In: DS 10/2009.



Von Vorteil ist dabei sicherlich, dass sechs der acht Vertreter, die aktuell im sächsischen Landtag sitzen, auch schon in der abgelaufenen Legislaturperiode dort aktiv waren<sup>1890</sup>. Außer Apfel berief die NPD von der bewährten „Stammmannschaft“ des Jahres 2004 Jürgen Gansel, Johannes Müller, Winfried Petzold<sup>1891</sup>, Alexander Delle und Gitta Schübler wieder ins Parlament, dazu wurden Andreas Storr und Arne Schimmer von Mitarbeitern zu Mandatsträgern befördert. Das Alter der Fraktionsmitglieder, unter denen sich – beinahe erwartungsgemäß – unverändert bloß eine einzige Frau befindet, bewegt sich im Durchschnitt bei etwa Anfang 40. Hinsichtlich des beruflichen Werdegangs dominieren klar die kaufmännischen Ausbildungen; Hochschulabschlüsse können nur drei Abgeordnete bieten. Wenngleich die nationaldemokratischen Kader ansonsten mehrheitlich nicht selbst aus dem Freistaat stammen, nehmen diese sich in den Wahlkreisen und Kommunen als absolut verankert aus und verdingen sich nebenher vielfach als Kreisräte und verbandsinterne Funktionäre. Darüber hinaus haben sich alle Delegierten eigene Bürgerbüros außerhalb Dresdens eingerichtet, um für die Bevölkerung sicht- und ansprechbar zu sein.

Dem Vernehmen nach stehen den acht Volksvertretern für solche Maßnahmen pauschal annähernd 2,4 Millionen Euro an Einnahmen aus staatlichen Mitteln zur Verfügung – und das notabene per annum<sup>1892</sup>. Begünstigt durch die ausgesprochen großzügige Finanzausstattung hält man sich einen hauptamtlichen Fraktionsgeschäftsführer sowie einen achtköpfigen, mit akademisch geprägten Fachleuten gespickten Beratungsdienst. Auch wenn das Projekt einer Deutschland geistig erschütternden Denkfabrik den hohen Ansprüchen de facto weiter hinterherläuft, wirken die Rechtsextremisten eingedenk der Ansammlung erprobten und eingespielten Personals sowie enormer Ressourcen heute sehr in sich gefestigt und homogen<sup>1893</sup>, was der erwünschten Perzeption ernst- und glaubhafter Absichten und einer formell soliden Arbeit freilich entgegenkommen dürfte.

Gemäß der Geschäftsordnung sind Abgeordnete der NPD derzeit in jedem Ausschuss vertreten, im Großen und Ganzen verharren diese jedoch stur in Apathie. Die Prioritäten gelten stattdessen gleichbleibend dem Plenum, womit sich die Partei gewissermaßen selbst

---

<sup>1890</sup> Vgl. Homepage der NPD-Fraktion Sachsen: Abgeordnete.

<http://npd-fraktion-sachsen.de/index.php?s=109> (abgerufen am 15.5.12).

<sup>1891</sup> Nach Petzolds Tod am 22. Dezember 2011 sandte die NPD ab dem 19. Januar 2012 den amtierenden Landesvorsitzenden Mario Löffler als Nachrücker ins Parlament.

<sup>1892</sup> Auf diesen stattlichen Betrag kamen Funktionäre des Landesverbands der Grünen, die konservative Berechnungen nach dem Abgeordneten- und Fraktionsgleichstellungsgesetz des sächsischen Landtags durchführten. Vgl. Grass, Hubertus/Kühn, Stephan: Eine Folge der Landtagswahlen in Sachsen: NPD erhält in der kommenden Legislaturperiode mehr als 12 Mio. Euro. Dresden, 2009. <http://www.gruene-sachsen.de/fileadmin/media/rechtsextremismus/0909NPDFolgen.pdf> (abgerufen am 15.11.11).

<sup>1893</sup> Vgl. BMI (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 2009, S. 95/96.

vor wachsende Probleme stellt: Nach über eineinhalb Legislaturperioden sind deren Methoden, Winkelzüge und „Kümmerergesten“ im Landtag bereits hinlänglich bekannt, haben sich etablierte Kräfte und Medienvertreter allenthalben darauf eingestellt – und bringen den Nationaldemokraten deswegen ein Minimum an Kompromissbereitschaft sowie ein Maximum an Wachsamkeit entgegen. So trocknen die Spielräume zur täglichen Schlagzeilenproduktion allmählich aus. Im Normalfall findet der „parlamentarische Arm“ des „Nationalen Widerstands“ folglich immer seltener den Weg in die Nachrichten; seine perfide Attitüde ist durchschaut. Im Gegenzug verlangt die Gewährleistung des erforderlichen Aufsehens einstweilen nach schwereren Geschützen, um nicht zu sagen nach einer vorübergehenden Demaskierung in Gestalt von Affronts.

Sinnbildlich für den darin anklingenden Zwang zum Eklat witterte Gansel am 19. Mai 2010 in der Erklärung des Ministerpräsidenten Stanislaw Tillich zum aktuellen Themenkomplex Griechenlandkrise und Zukunft des Euro die willkommene Gelegenheit, um durch aggressive Zwischenrufe die Zustimmung der „Scheindemokraten“ zu den Milliardenhilfen für die Stabilisierung der Gemeinschaftswährung anzuprangern und deren Verhalten als „Verrat“ anzuklagen. Nach dem prompten Ausschluss seines Genossen sah sich Apfel veranlasst, die vorherrschende „Gesinnungsdiktatur“ in der „pseudodemokratischen Narrenbude“ zu schmähen und den vorläufigen Auszug der NPD zu verkünden<sup>1894</sup>. Am 18. Juni desselben Jahres sorgte der Fraktionschef dann selbst durch buchstäblich vor Antisemitismus sprühende Aussagen für bundesweite Furore. Im Gefolge der Meldungen über eine eskalierte Militäraktion Israels, die einen Schiffskonvoi mit Nahrungsmitteln für die Menschen im blockierten Gazastreifen betraf, beantragten die Nationaldemokraten erst eine Debatte mit der bedenklichen Devise „Keine Zusammenarbeit mit ‚Schurkenstaaten‘ – Sächsisch-Israelische Partnerschaft beenden“, ehe der Politiker in diesem Zusammenhang darauf beharrte, dass „Gewalt eine historische Konstante des Zionistenstaates“ darstelle, hierfür etliche Male ermahnt und zum Schluss vom Sicherheitsdienst hinausgeführt wurde<sup>1895</sup>.

Gegen die zusätzlich verhängte Suspendierung für zehn Sitzungstage zog der rechtsextremistische Geiferer anschließend vergeblich vor Gericht – und reiste zwischendurch auf „Sommertour“ durch Sachsen, um die Selbstinszenierung als

---

<sup>1894</sup> Vgl. Homepage des NPD-Bundesverbands: Landtag Sachsen: NPD-Fraktion verurteilt „pseudodemokratische Narrenbude“ der Griechenland-Lobbyisten. 19. Mai 2010.

<sup>1895</sup> Vgl. Dies.: Fraktion Sachsen: Kritik am Zionistenstaat Israel läßt Blockparteien Amok laufen. 18. Juni 2010.

Saubermann aufzufrischen, Gesprächsbereitschaft zu demonstrieren und Stereotype abzubauen:

„Es ist für mich immer wieder ein Motivationsschub, wenn ich auf den Straßen und Plätzen Sachsens unterwegs bin und mit den Bürgern vor Ort sprechen kann. Dabei besteht die Möglichkeit, so manches Mißverständnis über die Arbeit der NPD im Sächsischen Landtag und von unseren Gegnern geprägte Klischees auszuräumen. Selbstverständlich nehme ich neben dem positiven Zuspruch auch gern konstruktive Kritik auf und werde versuchen, sie in die künftige politische Arbeit einfließen zu lassen. Auf jeden Fall ist die Rundreise durch Sachsen eine sinnvolle Alternative zur ‚parlamentarischen Schwatzbude‘ in Dresden, aus der mich CDU-Landtagspräsident Matthias Rößler wegen meiner Israel-Kritik ausgeschlossen hat. Ich bin froh über jede Minute, die ich außerhalb des parlamentarischen Hamsterrades bei den Bürgern verbringen kann.“<sup>1896</sup>

Inwieweit die lokale Imagepflege geeignet war, die durch Kampfansagen, Krawall und Injurien geflissentlich in Kauf genommenen Kollateralschäden wettzumachen, darüber lässt sich lediglich spekulieren. Im Ganzen besehen deuten dennoch verschiedene Anhaltspunkte darauf hin, dass nicht der vorgebliche Fleiß und das zum Selbstzweck verkommene Arbeitspensum der Fraktion, die von September 2009 bis September 2012 bereits wieder über 1.900 Kleine und neun Große Anfragen, über 90 Anträge und vier Gesetzesentwürfe vorgelegt hat<sup>1897</sup>, im Gedächtnis hängenbleiben, vielmehr die bewusst herbeigeführten Skandale in den Köpfen nachhallen und die betont vertrauenswürdige Fassade dauerhaft beschädigen. Somit droht das allzu energische Streben ins Scheinwerferlicht die NPD Stück für Stück zu entzaubern – und damit auf Sicht in einer Sackgasse zu enden. Man gewinnt durch absichtlichen Radau vereinzelt an Medienpräsenz und Reichweite, verspielt gleichzeitig aber viel an Massenkompatibilität und Reputation. Was die drastischen Verluste der Nationaldemokraten bei der Wahl 2009 bestätigen<sup>1898</sup>.

#### **8.3.2.2. Mecklenburg-Vorpommern**

Nach der erfolgreichen Wahl in Sachsen 2004 gelang der NPD im September 2006 in Mecklenburg-Vorpommern ebenfalls der große Wurf, gipfelte deren erbitterte Materialschlacht im erstmaligen Sprung ins Schweriner Schloss<sup>1899</sup>. Möglich geworden war dieser Meilenstein gleichwohl erst dank extensiver Kampagnenunterstützung durch die Kameradschaftsszene. In der Fläche mangelte es mithin an eigenen strukturellen Fundamenten, Kommunalpräsenz und erforderlichlichem „Fußvolk“, erwiesen sich die Nationaldemokraten im Nordosten summa summarum deutlich schwächer aufgestellt als die Kollegen im Freistaat und daher auf eine denkbar enge Kooperation mit den

---

<sup>1896</sup> Apfel, zitiert nach Szymanski, Holger: Bürgerkontakte statt „Schwatzbude“. NPD-Fraktionschef Apfel auf Sommertour in Sachsen unterwegs. In: DS 10/2010.

<sup>1897</sup> Vgl. Sächsischer Landtag: Parlamentsdokumentation.

<sup>1898</sup> Siehe Kapitel 8.3.1.1.

<sup>1899</sup> Siehe Kapitel 6.3.7.

Netzwerken der „Freien Kräfte“ angewiesen. Der Preis für deren aktiven Beistand war die angemessene Beteiligung an der späteren „Beute“, sprich an der Postenvergabe: Zwei der sechs gewonnenen Mandate gingen im Zuge dessen an Vertreter aus dem subkulturellen Vorfeld, das sich außerdem diverse Mitarbeiterstellen sicherte<sup>1900</sup> – und dadurch den Zugang zu staatlichen Zuwendungen.

Während die Partei also einerseits schleunigst die Pfründe abstecken und eine stabile Phalanx mit dem Wesen nach außerparlamentarischen und aktionsorientierten, stellenweise auch militanten Partnern schmieden musste, stellte ein von Dresden ausgehender Wissens- und Personaltransfer andererseits die Weichen dafür, dass sich die im alltäglichen Politikbetrieb nicht sonderlich erfahrenen Delegierten der neuen „Patchworkfraktion“ den dort erprobten Weg mehrheitlich zu eigen machten<sup>1901</sup>. Wozu die seriositätsfixierte, Professionalität suggerierende Außendarstellung schlechterdings genauso gehörte wie die ständige Ambivalenz von geschlossenem Auftreten im Plenum und grundsätzlicher Passivität in den Ausschüssen sowie die gezielte Ansprache sozialer Probleme; von der gängigen Polemik und den Anfeindungen gegen die demokratischen Widersacher ganz zu schweigen<sup>1902</sup>. Unter diesen Voraussetzungen schien man sich erneut mit dem bloßen Anblick von Konstruktivität zu begnügen, der sich im Laufe der 2011 beendeten Legislaturperiode in einer Lawine von 1.106 Kleinen bzw. einer Großen Anfrage, 259 Anträgen sowie sieben Gesetzesentwürfen entladen sollte<sup>1903</sup>, von denen der erste bezeichnenderweise der schlichten Kopie einer Vorlage der saarländischen Union entsprach<sup>1904</sup>.

Ansonsten stach in Mecklenburg-Vorpommern schon in den Anfangstagen ins Auge, dass sich die Abgeordneten nicht lange hinter der verbürgerlichten Maske versteckt hielten, sondern von vornherein dazu neigten, „härtere“ Ansichten zu lancieren. Was in gewisser Weise auch den gelungenen Präventivvorkehrungen der anderen Parteien geschuldet

---

<sup>1900</sup> Vgl. Brodkorb, Mathias: Provokation als Prinzip. Die NPD im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern. In: Ders./Schlotmann, Volker (Hrsg.): Provokation als Prinzip. Die NPD im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern. Schwerin, 2008, S. 41-61, S. 41/42; Pingel-Schliemann: NPD im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern, S. 152-154.

<sup>1901</sup> So wurde Peter Marx im September 2006 als Parlamentarischer Geschäftsführer von Sachsen nach Mecklenburg-Vorpommern abkommandiert, um dort die Geschicke der neuen Mandatsträger anzuleiten. Außerdem führen die Abgeordneten der „Achse Dresden-Schwerin“ dem Vernehmen nach gelegentlich gemeinsame Veranstaltungen zum fraktionsübergreifenden Austausch durch. Vgl. BMI (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 2006, S. 90; Marx, Peter: Gestärkte Achse. Arbeitstreffen und Neujahrsempfang der NPD-Landtagsfraktionen von Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen in Schwerin. In: DS 2/2010.

<sup>1902</sup> Vgl. Niemann: NPD im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern, S. 50-61.

<sup>1903</sup> Vgl. Landtag Mecklenburg-Vorpommern: Parlamentsdatenbank. <http://www.dokumentation.landtag-mv.de/parldok/> (abgerufen am 15.11.11).

<sup>1904</sup> Vgl. Niemann: NPD im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern, S. 64; Pingel-Schliemann: NPD im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern, S. 161.

gewesen sein dürfte, die deren Wirkungskreise störten: Die Etablierten hatten sich auf den Einzug der NPD gebührend vorbereitet, hierzu gerade die schmerzhaften Erkenntnisse der sächsischen Mitstreiter ausgewertet und sich vorab auf gemeinsame Maßnahmen verständigt, um subversive Einflüsse und Missbrauchstendenzen abzufangen. Der Anspruch war, den Rechtsextremisten wenig Angriffsfläche zu bieten, die Gefahr von Achtungserfolgen zu bannen und dabei stets den Rahmen des Gleichbehandlungsgebots zu wahren – das begann beim im Grunde banalen Versprechen strikter Disziplin im Abstimmungsverhalten über das Aufgreifen der bekannten Regelung, wonach deren Ausführungen nur blockweise von Regierungs- bzw. Oppositionssprechern beantwortet werden, bis zu Geschäftsordnungsänderungen bezüglich Redezeiten und Ausschussbesetzungen, welche die Antidemokraten natürlich sofort zum Anlass nahmen, sich zu „Opfern der Demokratie“ zu stilisieren<sup>1905</sup>. Von daher blieben die nationaldemokratischen Volksvertreter über weite Strecken isoliert, was indessen nicht bedeutete, dass die bekennenden „Systemfeinde“ ignoriert wurden. Ganz im Gegenteil. Allerdings zeigte sich, dass sich Argwohn und Alarmbereitschaft nicht zwingend in steigender medialer Aufmerksamkeit niederschlagen müssen.

Notgedrungen machte die NPD die Provokation deshalb mitunter zum Prinzip. So nutzte deren Fraktionschef Udo Pastörs am 31. Januar 2007 eine Regierungserklärung des Ministerpräsidenten Harald Ringstorff, um die „Schweigespurale“ zu durchbrechen und monierte in einer abschweifenden Replik erst die angebliche „Verkümmerung“ der Geschlechter durch die Gleichstellung von Mann und Frau, um dann im Hinblick auf die anzustrebende „Volksstruktur“ zu erklären, die Gesellschaft müsse von Haus aus auf dem „Gesunden und Starken“ aufbauen und nicht etwa auf einer Förderung des

---

<sup>1905</sup> Die Geschäftsordnung wurde so modifiziert, dass sich die Redezeiten der Akteure im Plenum nach den Wahlergebnissen der Parteien staffelten, was verhindern sollte, dass sich die Rechtsextremisten durch ständig neue Antragstellungen mehr Gehör verschaffen. Das bedeutet, dass die NPD beispielsweise bei einer auf 30 Minuten angesetzten Debatte allenfalls für drei Minuten das Wort erhielt. Dazu kam bei der Ausschussbesetzung das Verfahren nach d'Hondt zur Anwendung, so dass die nationaldemokratischen Volksvertreter durch die niedrige Abgeordnetenzahl keinen Vorsitz bekommen konnten. Eine weitere Änderung betraf das Abgeordnetengesetz, woraufhin die Ausschüttung staatlicher Mittel gerade für die kleineren Fraktionen gesenkt wurde, was für die selbsternannte Fundamentalopposition wesentlich geringere Einnahmen – konkret 600.000 statt 847.000 Euro im Jahr – mit sich brachte. Im Lauf der Legislaturperiode sorgte der ein oder andere Vorfall außerdem dafür, dass szenetypische Bekleidung im Landtag ebenso verboten wurde wie Filmaufnahmen ohne Presseausweis oder die Beschäftigung vorbestrafter Personen als Fraktionsmitarbeiter. Vgl. Niemann: NPD im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern, S. 46-48; Pingel-Schliemann: NPD im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern, S. 155-157; Staud, Toralf: Enges Korsett im Parlament, freie Hand auf der Straße? Zum Umgang der Demokraten mit der NPD. In: Brodkorb, Mathias/Schlotmann, Volker (Hrsg.): Provokation als Prinzip. Die NPD im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern. Schwerin, 2008, S. 27-39, S. 34.

„Schwachen“<sup>1906</sup>. Gleichmaßen schlagzeilenträchtig wirkte die Geste zum 75. Jahrestag der Machtergreifung am 30. Januar des darauffolgenden Jahres, als sich die sechs Mandatsträger demonstrativ weigerten, zur spontan anberaumten Gedenkminute aufzustehen<sup>1907</sup>. Man forderte die „Kartellparteien“ in solch sensiblen Momenten förmlich heraus, schürte hektische und hochemotionale Konfrontationen, um die demokratischen Kontrahenten zu desavouieren. Obligatorische Tadel und Sanktionen von Seiten des Sitzungspräsidiums konnten die Nationaldemokraten von derartigen Nadelstichen und diskursiven Tabubrüchen kaum abhalten, dienten – wie im Titel des Mitteilungsblatts „Ordnungsruf“ anklang – allenfalls als Trophäen und Symbole konsequenten Nonkonformismus.

Aus strategischer Perspektive, erklärte Pastörs, erfüllte der Landtag somit eine Art „Leuchtturmfunktion“ zur Artikulation der eigenen Positionen und Lösungsansätze<sup>1908</sup>:

„Ich bin derjenige – nicht ausschließlich, aber maßgeblich – der für diese Blitzer zuständig ist. Also, wo ich dann sage, das heben wir mal heraus aus dem normalen Tagesgeschäft, da setzen wir mal wieder einen Stachel, der möglichst tief und auch schmerzhaft in die Blockparteierrhetorik reingeht. Kann ruhig ein Aufschrei sein. Je lauter die schreien, desto lieber ist mir das. Und auf anderer Seite haben wir die Sachebene. Wir können aber unsere Sachebene, wenn wir uns darauf beschränken würden, überhaupt nicht kommunizieren.“<sup>1909</sup>

Inhaltlich äußerte sich die dahingehende Inszenierung als Fundamentalopposition derweil vor allem in der Fokussierung auf sozialpopulistisch aufgeladene Fragestellungen. Die NPD gab vor diesem Hintergrund den Anwalt des „kleinen Mannes“, kämpfte gegen „Hartz IV“ und vertrat die vermeintlichen Anliegen von Arbeitslosen und Alleinerziehenden, Handwerkern und Mittelständlern. Demgemäß wurden auch Diätenerhöhungen abgelehnt – und anschließend werbewirksam an „das Volk“ weitergegeben<sup>1910</sup>. Als bodenständige und bürgernahe „Kümmerer“ bemühten sich die Abgeordneten um landesspezifisches Kolorit und solidarisierten sich mit den Küstenfishern<sup>1911</sup>, missbilligten die landwirtschaftliche Anwendung der Gentechnik<sup>1912</sup>

---

<sup>1906</sup> Vgl. Brodkorb, Mathias: Pastörs hat wieder zugeschlagen: Über die natürliche Rolle der Frau und das Recht des Stärkeren. In: Endstation rechts vom 31.1.07. [http://www.endstation-rechts.de/index.php?option=com\\_k2&view=item&id=324:past%C3%B6rs-hat-wieder-zugeschlagen-%C3%BCber-die-nat%C3%BCrliche-rolle-der-frau-und-das-recht-des-st%C3%A4rkeren&Itemid=333](http://www.endstation-rechts.de/index.php?option=com_k2&view=item&id=324:past%C3%B6rs-hat-wieder-zugeschlagen-%C3%BCber-die-nat%C3%BCrliche-rolle-der-frau-und-das-recht-des-st%C3%A4rkeren&Itemid=333) (abgerufen am 15.11.11).

<sup>1907</sup> Vgl. Ders.: Provokation als Prinzip, S. 56; Pingel-Schliemann: NPD im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern, S. 158.

<sup>1908</sup> Vgl. Niemann: NPD im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern, S. 47.

<sup>1909</sup> Pastörs, zitiert nach a.a.O., S. 56.

<sup>1910</sup> Vgl. Marx, Peter: „Schallende Ohrfeige für die Bürger!“ Diätenerhöhung: Alle stimmen dafür – nur die NPD-Fraktion nicht. In: DS 6/2009; siehe Kapitel 8.2.3.

<sup>1911</sup> Vgl. Dessau, Lutz: „Schützt unsere Fischer!“ Solidarisch: NPD-Fraktion im Schulterschluss mit Ostseefischern. In: DS 6/2009.

<sup>1912</sup> Vgl. Ders.: Von „Amflora“ bis „Zusatzbeitrag“. Breit aufgestellt: Die März-Anträge der Schweriner NPD-Fraktion. In: DS 4/2010.

und beklagten die durch Abwanderung und Geburtenschwund latent befeuerte „demographische Ausdünnung“<sup>1913</sup>. Nichtsdestotrotz kamen globalisierungsfeindliche Elemente, Antiamerikanismus und Antikapitalismus, die Abneigung gegenüber EU und NATO, Ausländerfeindlichkeit, Revisionismus und Ressentiments gegen gegnerische Akteure keineswegs zu kurz<sup>1914</sup>. In der Regel beackerte man ein beachtliches Spektrum und versuchte damit, Signale in verschiedene Richtungen zu entsenden. Neben der relativ diffusen Wählerschaft, die eine hinlängliche Verwirklichung der im Wahlkampf gemachten Versprechen erwartete, galt es für die Nationaldemokraten bisweilen ebenso, die rechtsextremistische Stammanhängerschaft bei der Stange zu halten, was bevorzugt durch bewusst herbeigeführte Skandale geschah.

In scharfem Kontrast zu diesen gelegentlichen Krawallaktionen wusste die Fraktion selbst für gewöhnlich durch große Kohäsion zu glänzen; schwerere Auseinandersetzungen, Austritte und Ausschlüsse waren Fehlanzeige. Was die durch Affronts verursachten Ansehenschäden – in Anbetracht des 2011 erreichten Wiedereinzugs – womöglich ein wenig zu egalisieren vermochte, wengleich ein Abgeordnetenmandat verlorenging. Abgesehen von Pastörs, der daraufhin bei der Wahl des Ministerpräsidenten erstmals eine Stimme zu viel bekam<sup>1915</sup>, blieb es im Parlament beim bewährten Tross um Stefan Köster, Michael Andrejewski und den Kameradschaftsaktivisten Tino Müller, den verbleibenden Sitz erhielt der vormalige Mitarbeiter David Petereit – einst Multifunktionär zum Teil bereits verbotener Splittergruppierungen. Der Altersdurchschnitt der Delegierten, die insgesamt fünf Wahlkreisbüros betreiben, bewegt sich bei nach wie vor niedrigen Anfang 40; bezüglich der Ausbildung bzw. des beruflichen Werdegangs finden sich darunter nun immerhin drei Akademiker sowie ferner drei „Westimporte“<sup>1916</sup>.

Trotzdem kann der Schweriner „Männerbund“ in Sachen intellektueller Tragweite und Theorieentwicklung kaum mit dem innerparteilich vorherrschenden Thinktank der NPD in Sachsen mithalten, ist vielmehr Mitläufer denn innovatorischer Taktgeber. Was erstens schon daran liegt, dass der Beratungsdienst von seiner Besetzung längst nicht so elitär anmutet wie in Dresden und letztlich eher ein „Versorgungswerk“ für altgediente Bündnisgefährten aus der „Volksfront“ als eine avantgardistische Denkfabrik zu sein

---

<sup>1913</sup> Vgl. Nanninga, Hauke: Gerechtigkeit durch Müttergehalt. NPD-Fraktion in Schwerin wollte Gerechtigkeit in der Familienpolitik herstellen. In: DS 8/2008.

<sup>1914</sup> Vgl. Niemann: NPD im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern, S. 65-72.

<sup>1915</sup> Vgl. Homepage des NPD-Bundesverbands: NPD-Fraktion erhält im Schweriner Landtag erstmals eine Fremdstimme. 25. Oktober 2011.

<sup>1916</sup> Vgl. Homepage der NPD-Fraktion Mecklenburg-Vorpommern: Abgeordnete. <http://www.npd-fraktion-mv.de/index.php?com=content&view=category&id=2&mid=12> (abgerufen am 15.11.11).

scheint. Zweitens sorgt diese ausgedehnte Zusammenarbeit dafür, dass die Nationaldemokraten im Nordosten alles andere als „souverän“ sind, sich hier stattdessen auch auf Fraktionsebene stark mit den allgemein „handfesteren“ Vorstellungen und Vorgehensweisen der „Freien Nationalisten“ arrangieren müssen. Mit erhöhter Kopflastigkeit und einer dauerhaften taktischen Mäßigung etwa tun sich die Kader dementsprechend schwer. Was bleibt sind dubiose Kampfansagen und durchsichtige „Kümmerergesten“, mit denen man mittelfristig bestenfalls bei der angestammten Kernklientel auf Widerhall stoßen, breitere Wählerschichten aber schwerlich für sich begeistern dürfte.

### 8.3.3. Die NPD in den Kommunalparlamenten

Während die Landtagsfraktionen im strategischen Konzept der NPD als spektakuläre Leuchttürme ausgewiesen sind, dient die Kommunalpolitik im Wesentlichen als subtileres Wurzelwerk. Der „Kampf um die Parlamente“ soll in Pyramidenform voranschreiten, so dass das Augenmerk der Partei vorerst darauf liegt, durch den Aufbau lokaler Galionsfiguren die Alltagspräsenz zu vergrößern und sich in den Kreis- und Gemeinderäten zu verankern, um durch langsam steigende Akzeptanz den Grundstock für landesweite Durchbrüche zu schaffen<sup>1917</sup>. Das Verhältnis der Nationaldemokraten zu den Vertretungskörperschaften ist insofern durch und durch instrumenteller Natur. Nichtsdestotrotz hatten diese hier eigenen Angaben zufolge bis Mitte November 2011 bundesweit über 500 Mandate errungen, die zwischenzeitlich etwa 400 Abgeordnete bekleideten<sup>1918</sup>.

Schon im Sommer 2003 war zu deren gezielter Vernetzung, Koordination und Schulung die Kommunalpolitische Vereinigung (KPV) gegründet worden. Die Hauptaufgaben dieser innerparteilichen Arbeitsgemeinschaft um den Vorsitzenden Hartmut Krien sind in der Vereinheitlichung der Außendarstellung, sprich in der Anleitung zu diszipliniertem, salonfähigem Auftreten und dem dahingehenden Abbau von Klischees und Vorurteilen sowie in der Vermittlung inhaltlicher Kompetenzen zu Aspekten wie Haushaltsplänen und Verwaltungsreformen zu sehen<sup>1919</sup>. Hinzu kommen konkrete Handreichungen, um

---

<sup>1917</sup> Vgl. Buchstein, Hubertus/Fischer, Benjamin: Die NPD in den kommunalen Parlamenten Mecklenburg-Vorpommerns. In: Backes, Uwe/Steglich, Henrik (Hrsg.): Die NPD. Erfolgsbedingungen einer rechtsextremistischen Partei. Baden-Baden, 2007, S. 143-165, S. 160/161.

<sup>1918</sup> Diese Bilanz wurde auf dem Bundesparteitag am 12./13. November 2011 in Neuruppin verkündet. Vgl. Homepage des NPD-Bundesverbands: Neues zum NPD-Bundesparteitag. 10. November 2011.

<sup>1919</sup> Vgl. Krien, Hartmut: Tauziehen ums öffentliche Gut. Beteiligungen: Versteckte Schattenhaushalte der kommunalen Ebene. In: DS 5/2010; Walter, Markus: Wichtig: kommunalpolitische Kompetenz. Zweitägige Schulung der KPV in Leipzig und Krauschwitz mit über 100 Teilnehmern. In: DS 3/2011.



Gegenmaßnahmen und Geschäftsordnungstricks der demokratischen Gegenspieler zu konterkarieren und die „Gutmenschenmafia“ zu delegitimieren<sup>1920</sup>. Zu den einschlägigen Zielsetzungen heißt es hingegen:

„Die Bundesrepublik wird wirtschaftlich kollabieren. Dazu müssen wir gar nicht viel nachhelfen, und erst recht nicht brauchen wir etwas wie eine Revolution unter Anwendung von Gewalt. Was wir aber brauchen, ist ein Heer von geschulten Kameraden, die dann, wenn es nötig sein wird, auch die Fähigkeit besitzen, die gesamte mittlere Leitungsebene von einem Tag zum anderen zu übernehmen. Diese mittlere Leitungsebene heranzubilden, betrachte ich als die strategisch langfristige Hauptaufgabe der KPV. Wir wissen, daß nichts besser schult als die Praxis, und jeder Kommunalpolitiker, ob in einer kleinen Gemeinde oder einer Millionenstadt, hat tagtäglich die Möglichkeit, zu üben und zu lernen.“<sup>1921</sup>

Entgegen allen Empfehlungen und angebotenen Orientierungshilfen wirkt das substantielle Erscheinungsbild auf dieser Ebene allerdings weiterhin stark abhängig von den vor Ort agierenden Einzelpersonlichkeiten – und dementsprechend wechselhaft. Dennoch sind den vorliegenden Daten und Analysen einige verallgemeinernde Aussagen zu den Delegierten und deren Amtsausübung zu entnehmen.

Bezüglich der regionalen Verteilung zum Beispiel ragen erwartungsgemäß die neuen Bundesländer heraus, in denen die NPD dem Vernehmen nach die eindeutige Mehrzahl der Mandate erzielt hat<sup>1922</sup>. Obendrein sticht der relativ niedrige Altersdurchschnitt ins Auge, nach dem die rechtsextremistischen Abgeordneten speziell in Ostdeutschland nur selten über Anfang 40 sind<sup>1923</sup>. Daraus folgt, dass die Kommunalparlamente für die Nationaldemokraten auch als Kaderschmieden für aufstrebende Nachwuchstalente fungieren. Frauen werden dabei allenfalls in wenigen Fällen berücksichtigt, ansonsten bilden Männer die breite Masse der Funktionärsriege<sup>1924</sup>, die bisweilen zum „Familienbetrieb“ avanciert: Besonders in manchen alten Bundesländern stößt man mutmaßlich aufgrund von Personalengpässen vielfach auf die selben Nachnamen, sind diverse Bevollmächtigte der Partei miteinander verwandt oder verschwägert<sup>1925</sup>. Auf den

---

<sup>1920</sup> Vgl. Krien, Hartmut: Triviale Rechte in den Kommunen. Kommunalparlamente: Die KPV hat noch viel Aufklärungsarbeit vor sich. In: DS 12/2010.

<sup>1921</sup> Ders., zitiert nach Deutsche Stimme: „Man darf kein Sensibelchen sein“. Die Deutsche Stimme im Gespräch mit Hartmut Krien, Vorsitzender der Kommunalpolitischen Vereinigung der NPD (KPV). In: DS 12/2009.

<sup>1922</sup> So kam die NPD 2010 nach Beobachtungen des Verfassungsschutzes in den neuen Bundesländern auf mehr als drei Viertel der kommunalen Sitze. Dieser Befund deckt sich geradewegs mit eigenen Bekundungen der Nationaldemokraten aus dem Vorjahr, wonach man 2009 summa summarum über 100 neue Mandate erhalten habe, wobei nur „ein gutes Dutzend davon in den alten Bundesländern“ herausgesprungen sei. Vgl. BMI (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 2010, S. 96; Richter, Karl: Fest verwurzelt. Paukenschlag am 7. Juni: Über 100 neue NPD-Mandatsträger in Städten, Gemeinden und Kreistagen. In: DS 6/2009.

<sup>1923</sup> Vgl. Begrich/Roth/Weber: NPD in den Kreistagen Sachsen-Anhalts, S. 38; Buchstein/Fischer: NPD in den kommunalen Parlamenten Mecklenburg-Vorpommerns, S. 148/149; Steglich: Die sächsische NPD und der Landtagswählerfolg, S. 149/150.

<sup>1924</sup> Vgl. Begrich/Roth/Weber: NPD in den Kreistagen Sachsen-Anhalts, S. 38; Buchstein/Fischer: NPD in den kommunalen Parlamenten Mecklenburg-Vorpommerns, S. 148/149; Steglich: Die sächsische NPD und der Landtagswählerfolg, S. 149/150.

<sup>1925</sup> Vgl. Buchstein/Fischer: NPD in den kommunalen Parlamenten Mecklenburg-Vorpommerns, S. 147.

gesellschaftlichen Status gemünzt, entstammen deren Aushängeschilder indessen in erster Linie dem Arbeiter- und Handwerkermilieu oder dem Mittelstand und erscheinen darüber gerade in den Hochburgen – in einigen Landstrichen Sachsens und Mecklenburg-Vorpommerns – gut ins öffentliche Leben der Heimatgemeinden eingebunden<sup>1926</sup>.

In den Vertretungskörperschaften selbst zeigen sich die Vertreter der NPD demgegenüber zumeist sehr zurückhaltend. Abgesehen von der wahrscheinlich schon deshalb konsequenten, weil für Außenstehende sichtbaren Anwesenheit im Plenum verharren die Antidemokraten für gewöhnlich in Passivität und stellen kaum Anträge, wohingegen die Ausschusssitzungen vielerorts komplett gemieden werden<sup>1927</sup>. Trotzdem bemühen sich die Nationaldemokraten, stets bürgernah und bodenständig daherzukommen, das Lokalkolorit zu betonen und sich der Nöte der „kleinen Leute“ zu befleißigen, so dass sozialpopulistische Leitmotive bei der Themenauswahl klar dominieren<sup>1928</sup>. Die sporadischen Beiträge erschöpfen sich aber nicht in diesem einen Bereich, sondern decken normalerweise eine stattliche Bandbreite ab. So gibt man zum Teil ausgiebige Stellungnahmen zu Interna wie Satzungsänderungen und Tagesordnungen ab und greift auch Nischenfragen wie Infrastrukturprojekte, Tourismus und Naturschutz auf. Prinzipiell scheint entscheidend zu sein, Probleme vor den anderen Parteien zu erkennen, für sich einzunehmen und symbolpolitisch aufzuladen – was später einmal daraus wird, erweist sich wiederum als sekundär.

Darüber hinaus sind vor allem die schriftlichen Initiativen häufig durch einen vergleichsweise geringen Ideologisierungsgrad sowie einen vordergründig sachlichen, eher gemäßigten statt aggressiv „systemfeindlichen“ Duktus gekennzeichnet<sup>1929</sup>. Was mit Abstrichen gleichermaßen für die manchmal seltsam moderat gefassten mündlichen Anfragen und sonstigen Wortmeldungen gilt<sup>1930</sup>. Im Allgemeinen halten sich Polemik, Provokationsgehabe und die hartnäckige Artikulation spezifischer Programmelemente wie

---

<sup>1926</sup> Vgl. Begrich/Roth/Weber: NPD in den Kreistagen Sachsen-Anhalts, S. 38; Buchstein/Fischer: NPD in den kommunalen Parlamenten Mecklenburg-Vorpommerns, S. 148/149; Steglich: Die sächsische NPD und der Landtagswählerfolg, S. 151.

<sup>1927</sup> Vgl. Beier/Bogitzky: NPD in kommunalen Parlamenten, S. 147/148; Braune/Demuth: Politik der NPD in den Kommunalvertretungen Sachsens, S. 181/182; Buchstein/Fischer: NPD in den kommunalen Parlamenten Mecklenburg-Vorpommerns, S. 152-154; Schmidt, Matthias: Rechtsextreme in Kommunalparlamenten am Beispiel der NPD in der Bezirksverordnetenversammlung Treptow-Köpenick. In: Braun, Stephan/Geisler, Alexander/Gerster, Martin (Hrsg.): Strategien der extremen Rechten. Hintergründe – Analysen – Antworten. Wiesbaden, 2009, S. 491-506, S. 495-497.

<sup>1928</sup> Vgl. Beier/Bogitzky: NPD in kommunalen Parlamenten, S. 169; Braune/Demuth: Politik der NPD in den Kommunalvertretungen Sachsens, S. 183-187; Buchstein/Fischer: NPD in den kommunalen Parlamenten Mecklenburg-Vorpommerns, S. 155-160; Schmidt: Rechtsextreme in Kommunalparlamenten, S. 496/497.

<sup>1929</sup> Vgl. Braune/Demuth: Politik der NPD in den Kommunalvertretungen Sachsens, S. 186/187; Schmidt: Rechtsextreme in Kommunalparlamenten, S. 496/497.

<sup>1930</sup> Vgl. Braune/Demuth: Politik der NPD in den Kommunalvertretungen Sachsens, S. 201; Buchstein/Fischer: NPD in den kommunalen Parlamenten Mecklenburg-Vorpommerns, S. 150/151

Globalisierungskritik, Ausländerfeindlichkeit und Geschichtsrevisionismus somit in Grenzen. Wenngleich die NPD die eigenen Volksvertreter erfahrungsgemäß gerne zu mit allen Wassern gewaschenen „Vollblutpolitikern“ stilisieren möchte, muss deren gemeinhin mimikryartiges Verhalten keineswegs automatisch der damit kolportierten Cleverness entspringen, könnte stellenweise genauso einer simplen Charakterfrage geschuldet sein: Nicht jeder Nationaldemokrat dürfte gewillt bzw. durch sein jeweiliges Naturell dem Anspruch gewachsen sein, dem Ausgrenzungs- und Konformitätsdruck der gegnerischen Abgeordneten jahrelang standzuhalten, geschweige denn selbst beharrlich Konflikte zu schüren und sich im Alleingang in – bedingt durch die gängigen Kräfteverhältnisse – größtenteils sinnlose Auseinandersetzungen zu stürzen.

Freilich bestätigen Ausnahmen mitunter die Regel, betreiben manche Köpfe wie Karl Richter bewusst Ansätze von Fundamentalopposition. Bereits im März 2008 war der Multifunktionär über die Tarnliste „Bürgerinitiative Ausländerstopp“ in den Münchner Stadtrat eingezogen und wusste danach durch Skandale, Tabubrüche und eine wahre Antragsflut erhebliches Aufsehen zu erregen<sup>1931</sup>. Gleichsam als Muster für seine subversive Handschrift sei an den angedeuteten „Hitlergruß“ anlässlich der Vereidigungszeremonie erinnert, der dem stellvertretenden Vorsitzenden der NPD außer einem Gerichtsverfahren und einer Geldstrafe eben auch eine spätere Neuvereidigung samt erhöhtem Medieninteresse einbrachte<sup>1932</sup>. Daneben neigten in den vergangenen Jahren vornehmlich in Sachsen-Anhalt viele nationaldemokratische Delegierte wie der JN-Chef Michael Schäfer dazu, drastischere Marschrouten zu verfolgen. Im Kontrast zum vorherrschenden Kurs verhielt sich die Partei dort jedenfalls aktiver und angriffslustiger, spielten sich deren Kader nach außen als „Kümmerer“ auf, strengten sich jedoch nicht weiter an, als „normale“ Kraft wahrgenommen zu werden, setzten vielmehr auf systematische Konfrontation und scheuten nicht davor, Kontrahenten direkt zu attackieren und den Parlamentarismus ausdrücklich zu negieren<sup>1933</sup>.

Im Ganzen betrachtet entfaltet die Kommunalpolitik der NPD bis dato also ein enormes Gefälle, bewegen sich deren Kreis- und Gemeinderäte streckenweise auf eklatant disparatem Niveau. Hier verbreitete Nichtbeteiligung, Alibibeiträge und der

---

<sup>1931</sup> Vgl. Deutsche Stimme: „Ich bin weltoffen und tolerant“. Realsatire in München: DS-Chefredakteur Karl Richter bewirbt sich als „Koordinator gegen Rechts“. In: DS 3/2010; Ruf/Sundermeyer: In der NPD, S. 186.

<sup>1932</sup> Vgl. Bielicki, Jan: Hitlergruß: NPD-Stadtrat zu Geldstrafe verurteilt. In: Süddeutsche-Zeitung-Online vom 3.7.09. <http://www.sueddeutsche.de/muenchen/hitlergruss-npd-stadtrat-zu-geldstrafe-verurteilt-1.116603> (abgerufen am 15.11.11).

<sup>1933</sup> Vgl. Begrich/Roth/Weber: NPD in den Kreistagen Sachsen-Anhalts, S. 83-85.

verschiedentliche Ausdruck von Inkompetenz, da der vereinzelte Hang zur Agitation, Inszenierung und Nutzbarmachung von Affronts. Aus demokratischer Sicht ergibt das in der Summe ein Armutszeugnis. Derweil wiegen solche Gegensätzlichkeiten und Defizite nach nationaldemokratischem Dafürhalten sicherlich weniger schwer, da die dazugehörigen Gradmesser naturgemäß nicht die selben sind<sup>1934</sup>: In dem Maße wie deren Weltanschauung eigentlich darauf abstellt, das Modell der subsidiarischen Grundordnung in Zukunft durch einen völkischen Zentralstaat abzulösen, entspricht die Graswurzelarbeit im ersten Moment sowieso einem Widerspruch in sich, der sich andererseits als effektives Mittel zum Zweck anbietet, um sich schleichend in die Mitte der Gesellschaft vorzuarbeiten. Dafür genügt schon die gelegentliche Kulisse sachpolitischer Konstruktivität. Denn hinter dem pseudoseriösen Deckmantel hebt man primär darauf ab, die nächsten Einzüge auf höheren Ebenen anzubahnen – und das nach aktuellem Erkenntnisstand mindestens mit partiellem Erfolg. Mit Blick auf die naheliegende Korrelation von stabiler Basis, ausgedehntem Mittelbau und starken Landtagswahlergebnissen in den neuen sowie gravierenden strukturellen Mängeln und schwachen Landesergebnissen in den alten Bundesländern scheint das Kalkül im Kern nämlich durchaus aufzugehen, gleichwohl diese aufwendige Methode so schnell nicht auf das gesamte Bundesgebiet anwendbar sein dürfte.

#### **8.3.4. Fazit**

Der von Natur aus langfristig und stufenartig angelegte „Kampf um die Parlamente“ ist von allen vier Pfeilern im strategischen Konzept der NPD sicherlich derjenige, dessen Konsequenzen, Defizite und Perspektiven sich anhand simpler Prozentanteile am leichtesten und stichhaltigsten ausloten lassen. Wie die Wahlanalyse gezeigt hat, schneiden die Rechtsextremisten heute vor allem dort stark ab, wo die allgemein spärlichen Ressourcen gebündelt und auch sonst gewisse Rahmenbedingungen geschaffen wurden: An vorderster Stelle wären dabei Aspekte wie gewachsene Strukturen, eine dynamische Anhängerbasis und gute, kooperative Verbindungen zu den Subkulturen und Vorfeldgruppierungen zu nennen – wenn nicht gar eine klare Vorherrschaft über das komplette „nationale“ Spektrum, um konkurrierende Antritte zu erschweren und das einschlägige Stimmenpotential zu konzentrieren. Neben derartigen Weichenstellungen im „Kampf um den organisierten Willen“ beginnen erfolgreiche Kandidaturen für die Nationaldemokraten erfahrungsgemäß im Kleinen, bei einem offensiv betriebenen „Kampf

---

<sup>1934</sup> Vgl. Buchstein/Fischer: NPD in den kommunalen Parlamenten Mecklenburg-Vorpommerns, S. 161.

um die Köpfe“. Wobei es für gewöhnlich erst einmal darum geht, Brücken zur Bevölkerung zu schlagen, Bürgernähe zu demonstrieren und die gängigen Berührungspunkte zu schmälern, um der elektoralen Blüte ebenso gezielt wie subtil den Weg zu ebnet. Verbürgerlichungstendenzen wie die Ausbildung eines festen regionalspezifischen Profils, das regelmäßig in einheimischen Aushängeschildern und scheinbar konsensfähigen Programmschwerpunkten seinen Ausdruck findet, sowie eine flächendeckende Präsenz in den kommunalen Vertretungskörperschaften, die Politikfähigkeit suggerieren und für erhöhte Akzeptanz sorgen soll, kommen dem freilich entgegen, so dass sich die Partei der fast schon ritualisierten sozialen Ausgrenzung durch entsprechende Verankerungen stellenweise entziehen kann.

Im Stammland Sachsen etwa hat die NPD dieses Idealbild vielerorts eins zu eins verwirklicht und erscheint meist vergleichsweise etabliert; in Nordrhein-Westfalen ist man davon hingegen meilenweit entfernt. Gleichwohl reicht vorgeblich seriöses Gebaren alleine selten aus, hängt außerdem viel von situativen Gegebenheiten ab – angefangen von der alltagsweltlichen Geltungskraft symptomatischer Grunddispositionen wie autoritärer, ausländerfeindlicher und antikapitalistischer Gesinnungen, an denen die Nationaldemokraten vielfach anzudocken versuchen, die in der Gesellschaft aber sehr disparat ausgeprägt und verbreitet sind, über den Grad der demokratischen Gegenwehr hin zur aktuellen Großwetterlage und häufig stimmungsgebundenen Nachfrage an radikalen Gegenentwürfen. Mit Blick auf dieses ausgedehnte Bedingungsgeflecht sowie die angeführten Musterfälle sind weitere Mandatsgewinne in den neuen Bundesländern für die nähere Zukunft wohl nicht auszuschließen, wohingegen das Minimalziel im Westen auf absehbare Zeit nur darin auszumachen sein dürfte, sich wenigstens ab und an den Zugang zur Wahlkampfkostenerstattung zu sichern.

Wenngleich der Parlamentarismus ansonsten strikt abgelehnt wird, weiß die NPD andererseits speziell die Landtage als werbewirksame Propagandaplattformen und Leuchttürme der anhängigen Weltanschauung zu schätzen und auszunutzen. Von der großzügigen Versorgung der Mandatsträger und Mitarbeiter durch staatliche Mittel ganz zu schweigen. Der Faktor Finanzausstattung ist indessen auch als machtpolitisches Kriterium nicht zu vernachlässigen; immerhin vermochte man die vorhandenen intellektuellen Kapazitäten auf diesem Fundament nachhaltig zu verdichten und nominell ambitionierte Denkfabriken aufzubauen – und das indirekt mit massiven Folgen für die innerparteilichen Kräfteverhältnisse: Während die Fraktionen materiell autark sind, äußerst selbstbewusst auftreten und in der Vergangenheit mehrfach ausscherten, um sich in manchen Fragen

angeblich modernere Positionen auf die Fahnen zu schreiben, schwangen sich deren Protagonisten zu den schärfsten Widersachern des alten Vorsitzenden auf und stellen mittlerweile sogar selbst die Führungsspitze der Partei<sup>1935</sup>. Womit sich der „gegenwartsbezogene“, relativ gemäßigt daher kommende „sächsische“ vorläufig gegen den härteren und gerade historisch vehement rückwärts gewandten „deutschen Weg“ durchgesetzt hat<sup>1936</sup>. Nichtsdestotrotz bleibt das Verhältnis inner- und außerparlamentarischer Vorgehensweisen bei den Nationaldemokraten weiter ambivalent, wirken deren Vorstellungen von Nahem betrachtet ausgesprochen spannungsgeladen und schlecht aufeinander abgestimmt bzw. inkonsistent.

Sinnbildlich dafür monieren vorwiegend die militanteren Strömungen oftmals den vermeintlich zu moderaten Duktus der „Achse Dresden-Schwerin“, vermuten in der ostentativ verbürgerlichten Außendarstellung der Abgeordneten offenbar Anzeichen von Anpasstheit oder „Systemimmanenz“<sup>1937</sup>. Somit droht deren vordergründig auf Salonfähigkeit und Massenkompatibilität ausgerichtete Selbstinszenierung, die in der Mischung von Mimikryansätzen und äußerlich verdachtsfreier Sachpolitik anklingt, die Stammklientel zu vergraulen. Im Gegenzug sind bewusste Provokationen und Affronts im Plenum, mit denen die NPD die skeptische Gefolgschaft bisweilen milde stimmen möchte, definitiv Gift für das sowieso schon bescheidene Ansehen in der „Normalbevölkerung“, das sich bloß durch blinde Arbeitswut – in Gestalt brotloser Anfragen und Anträge – schwerlich bessern dürfte. Je mehr Nadelstiche die Nationaldemokraten dabei einstreuen, desto evidenter wird deren eigentliche Janusköpfigkeit, womit man sich einstweilen selbst entzaubert. Das gleiche Dilemma geht von der Wechselbeziehung zum von den aktionsorientierten Kräften ausbedingten und getragenen „Kampf um die Straße“ aus, dessen größtenteils aggressive Konnotation glatt im Stande ist, die zur Steigerung der Wählbarkeit arrangierte und aufwendig gepflegte „Kümmererfassade“ aufzubrechen. Gewissermaßen scheint das in sich konfligierende Gesamtgefüge damit abermals an seine Grenzen zu stoßen und sich an selbstverursachten Gegensätzlichkeiten aufzureiben, die allenfalls sporadisch auszubalancieren, allerdings kaum aufzulösen sind.

#### **8.4. „Kampf um den organisierten Willen“**

Nachdem sich die NPD mithilfe der JN schon in den 90er Jahren geistig wie methodisch an das subkulturelle Vorfeld angenähert und sich für aktionsorientierte, mitunter sogar

---

<sup>1935</sup> Siehe Kapitel 6.3.12.

<sup>1936</sup> Siehe Kapitel 6.3.9.

<sup>1937</sup> Siehe Kapitel 6.3.11.

militante Kräfte geöffnet hatte<sup>1938</sup>, arbeitete man seit dem gescheiterten Verbotsverfahren gezielt darauf hin, die Kooperationsbestrebungen auszudehnen, die Vernetzung zu systematisieren und sich selbst mehr und mehr zum szeneinternen Kristallisationspunkt aufzuschwingen. Wofür der auf dem Parteitag 2004 ausgerufene „Kampf um den organisierten Willen“ das strategische Kalkül abrunden und für die Praxis optimieren sollte<sup>1939</sup>. Demzufolge strengten sich die Nationaldemokraten an, sowohl das von Natur aus schwierige Verhältnis zu den Kameradschaften zu stabilisieren als auch synergetische Verbindungen zu direkten Konkurrenten wie der DVU aufzubauen und sich durch dieses spannungsgeladene, im Wesentlichen antithetische Konstrukt der „Volksfront“ die alleinige Vorherrschaft über den „Nationalen Widerstand“ zu sichern<sup>1940</sup>. Konzeptionell wäre es nichtsdestotrotz durchaus naheliegend gewesen, die Bündnispolitik einfach in den „Kampf um die Köpfe“ einzugliedern; dass daraus dennoch ein eigenständiger Bereich gemacht wurde, dokumentiert ergo nur deren enorme Bedeutung<sup>1941</sup>.

#### 8.4.1. Gesamtpartei

Was die allgemeine Mitgliederentwicklung angeht, vermochte sich die NPD seit der offiziellen Proklamation des „Kampfes um den organisierten Willen“ anno 2004 auf dem Papier um annähernd 1.500 auf 6.600 Mitstreiter in 2010 zu vergrößern, obwohl das stattliche Plus schwerlich ausschließlich den davon angefachten Kooperationsbestrebungen zu verdanken sein dürfte, sich im Kurvenverlauf vielmehr auch signifikante Konjunkturschwankungen abzeichnen – vornehmlich im Kontext aufsehenerregender Wahlergebnisse sowie schmerzhafter Niederlagen und Krisen<sup>1942</sup>. Im Resultat kann von einem konstanten Aufwärtstrend kaum die Rede sein, stattdessen künden die vielen Ausreißer von einem ständigen Auf und Ab. Man bleibt aber bemüht, diesen Makel abzulegen, sich allenthalben breiter aufzustellen und zu stabilisieren. Jenseits der beiden Subgliederungen JN und RNF<sup>1943</sup>, deren entscheidende Aufgabe darin besteht, Sympathisanten „einzufangen“ und Anhänger zu binden, betreiben die Rechtsextremisten deswegen eine Reihe von Arbeitsgemeinschaften, die von Standardfragen wie „Soziales“ und „Außen- und Sicherheitspolitik“ bis zu Sonderthemen wie einem besseren Standing bei Russlanddeutschen ein beachtliches Spektrum bedienen und dadurch erkennbar um

---

<sup>1938</sup> Siehe Kapitel 6.3.1.

<sup>1939</sup> Vgl. dazu den Abdruck der dazugehörigen Ansprache des damaligen Vorsitzenden Udo Voigt in Backes: Dokumentation 2004.

<sup>1940</sup> Vgl. Pfahl-Traughber: Gespenst der „deutschen Volksfront“, S. 84.

<sup>1941</sup> Vgl. Schulze: Viersäulenkonzept der NPD, S. 102/103.

<sup>1942</sup> Vgl. BMI (Hrsg.): Verfassungsschutzberichte 2004-2010.

<sup>1943</sup> Siehe Kapitel 8.4.2. und 8.4.3.

Anklang buhlen<sup>1944</sup>. Ferner sollen dem Vernehmen nach spezielle, von Funktionären betreute und angeleitete nationaldemokratische „Freundeskreise“ denjenigen Gesinnungsgenossen, die sich beispielsweise aus beruflichen Gründen nicht aktiv bzw. nach außen sichtbar betätigen möchten, die Gelegenheit bieten, im Verborgenen an Gesprächsrunden mitzuwirken, als niedrigschwellige Fürsprecher im Familien- und Vereinsumfeld aufzutreten sowie anonym Geld zu spenden<sup>1945</sup>. Allerdings hält sich die externe Anziehungskraft solcher Gremien mutmaßlich ebenso in Grenzen wie deren häufig marginales internes Gewicht.

Derweil fällt mit Blick auf die sozialstrukturelle Beschaffenheit der NPD, zu der momentan – anders als zur Blütezeit in den 60er Jahren – allenfalls fragmentarische Daten und Befunde vorliegen, abermals das vergleichsweise niedrige Durchschnittsalter von nur 38,4 Jahren auf<sup>1946</sup>, so dass deren selbst angemaßter Nimbus der Jugendlichkeit ausnahmsweise nicht fehlerhaft ist. Bei näherer Betrachtung ist die Basis jedoch vor allem in den neuen Bundesländern nach wie vor deutlich jünger aufgestellt als in den alten<sup>1947</sup>. Gleichzeitig wirkt die Verteilung der Geschlechter zunehmend ausgeglichener, wuchs die weibliche Gefolgschaft zuletzt stetig an, wiewohl die Männer weiterhin zweifellos in der Mehrheit sind und aktuell wahrscheinlich über drei Viertel ausmachen<sup>1948</sup>. Außerdem spiegelt sich das bewährte Leitmotiv, Anwalt der „kleinen Leute“ zu sein und besonders für die weniger begüterten Menschen zu sprechen, im Mitgliederprofil seltsam klar wider. So wird die nationaldemokratische Anhängerschaft dem Anschein nach größtenteils von Arbeitern, Arbeitslosen, Schülern und Auszubildenden getragen, wohingegen Staatsdiener, Akademiker und Angehörige höherer Schichten nachgerade Seltenheitswert haben<sup>1949</sup>.

---

<sup>1944</sup> Vgl. BMI (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 2008, S. 92; Deutsche Stimme: Arbeitskreise 2.0. Inhaltliche Arbeit wird intensiviert. In: DS 4/2010; Homepage des NPD-Bundesverbands: Auf Stimmenfang unter Rußlanddeutschen? 30. August 2010.

<sup>1945</sup> Vgl. Deutsche Stimme: Diskrete Unterstützer. NPD-Freundeskreise: Wichtig und erfolgreich. In: DS 1/2011.

<sup>1946</sup> Diese Angabe entstammt einem im Juni 2011 im Internet erschienenen Artikel des damaligen Vorsitzenden Voigt. Vgl. Homepage des NPD-Bundesverbands: Ein Kreuzworträtsel und ein Lösungswort.

<sup>1947</sup> Vgl. Brandstetter: NPD im 21. Jahrhundert, S. 84; Pfahl-Traughber: „Zweiter Frühling“ der NPD, S. 28.

<sup>1948</sup> Der Anteil weiblicher Parteiangehöriger dürfte sich derzeit bei 20 bis 25 Prozent bewegen, wenngleich die Aussagen dazu stark schwanken. Trotzdem scheint die allgemeine Tendenz steigend zu sein, soll gerade der RNF, wie die damalige Vorsitzende auf dem Parteitag der NPD im November 2011 ausführte, 2010/11 um 165 Prozent gewachsen sein. Vgl. Brandstetter: NPD im 21. Jahrhundert, S. 84; Esen, Ellen: Rechtsextremistinnen heute – Aktuelle Entwicklungen und Fallbeispiele. In: Braun, Stephan/Geisler, Alexander/Gerster, Martin (Hrsg.): Strategien der extremen Rechten. Hintergründe – Analysen – Antworten. Wiesbaden, 2009, S. 208-229, S. 211/212; Meinhardt, Birk: Die ganz harten Weichspülerinnen. In: Süddeutsche-Zeitung-Online vom 30.6.07. <http://www.sueddeutsche.de/politik/108/398892/text/> (abgerufen am 24.3.10); Meßmer, Nicole/Preuß, Marie: Jung, weiblich, rechtsextrem. In: Tagesspiegel-Online vom 11.8.08. <http://www.tagesspiegel.de/politik/deutschland/rechtsextremismus/NPD;art2647,2590590> (abgerufen am 13.8.08); Homepage des NPD-Bundesverbands: Neues zum NPD-Bundestag; Pfahl-Traughber: „Zweiter Frühling“ der NPD, S. 28.

<sup>1949</sup> Vgl. Brandstetter: NPD im 21. Jahrhundert, S. 84; Pfahl-Traughber: „Zweiter Frühling“ der NPD, S. 28.



Kann die NPD ansonsten formell – angesichts von 16 Landes- und rund 200 Kreisverbänden – auch bundesweite Präsenz für sich reklamieren, stellt sich deren regionales Leistungsvermögen äußerst asymmetrisch dar, bleibt die Partei den Nachweis flächendeckender Kampagnenfähigkeit de facto schon deshalb schuldig, da regelmäßig finanzielle Kapazitäten sowie bisweilen schlicht die „Köpfe“ fehlen. Offenkundige Schwerpunktzentren, in denen man die verfügbaren Kader demgegenüber mit dem bescheidenden Kapital zu bündeln versucht, bestehen vorwiegend in Ost- und manchmal in Süddeutschland. Ohne das Sendungsbewusstsein und die Opferbereitschaft weniger, dafür nahezu durchweg hauptamtlicher „politischer Soldaten“, die persönliche Belange hintanzustellen und in der „nationalen Sache“ aufzugehen pflegen, um auf Befehl alle Brücken abzubrechen, Ort und Beschäftigungsfeld zu wechseln und anderswo auszuhelfen, wären die abseits dieser Stammgebiete aufklaffenden Schwachstellen womöglich noch weitaus ausgeprägter<sup>1950</sup>. Andererseits liegt der tatsächliche Aktionsradius der Nationaldemokraten somit teilweise im Nebel und lässt sich kaum stichhaltig konkretisieren.

Festzuhalten bleibt hierzu, dass das Mobilisierungspotential der NPD heute dank vielfältiger Kontakte zum Netzwerk der „Freien Kräfte“ definitiv über die bloß vierstelligen Mitgliedszahlen hinausreicht. Nichtsdestotrotz hätten die Nationaldemokraten, die gemeinhin stark auf dieses Vorfeld angewiesen sind, gerade hinsichtlich dessen permanenter Vereinnahmung gehörigen Verbesserungsspielraum, schließlich ging der Verfassungsschutz 2010 deutschlandweit allein von über 5.000 parteiungebundenen Neonationalsozialisten aus<sup>1951</sup>, die sich pauschal genommen durchaus als Verbündete und Neuzugänge anböten. Wechselseitige Instrumentalisierungstendenzen oder divergierende Interessen stehen dem dagegen sehr oft im Weg. In der Praxis gestaltet sich die Zusammenarbeit ergo keineswegs konfliktfrei, sondern kommt einem strikt erfolgsabhängigen Zweckbündnis einander generell skeptisch sehender Partner gleich, die entgegen vorhandener geistiger Parallelen verschiedentlich strategisch gegenläufige Zielsetzungen verfolgen.

In dem Maße wie sich die erklärtermaßen „systemfeindliche“ NPD zur Nutzenmaximierung stellenweise einen legalistischen Kurs und ein verbürgerlichtes Gesicht verordnet, um erst Mandate und langfristig einen Platz in der Mitte der Gesellschaft zu erobern, schieben die Kameradschaften eher spektakuläre Provokationen in den Mittelpunkt, um die energische Gegnerschaft zu sämtlichen etablierten Politikformen

---

<sup>1950</sup> Vgl. Van Hüllen: Rechtsextremes Bündnis, S. 20.

<sup>1951</sup> Vgl. BMI (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 2010, S. 61.

wie eben der Parlamentsarbeit zu verdeutlichen. Reibungspunkte und Auseinandersetzungen sind in Anbetracht solch variierender Ansprüche und Rezepturen schlechterdings vorprogrammiert. Verbindend scheinen sich gleichwohl die augenfälligen Vorzüge gemeinschaftlichen Vorgehens auszuwirken: Die Nationaldemokraten wissen sich darüber „Fußvolk“ für Aufmärsche und Demonstrationen zu beschaffen, während sich die militanten Aktivisten bevorzugt der ungewohnten medialen Aufmerksamkeit befleißigen, mitunter sogar staatliche Finanzmittel beziehen und Ämter bekleiden – und dessen ungeachtet weitestgehend selbständig bleiben wollen. Was notgedrungen dafür sorgt, dass die sowieso stets fragile und fast nicht steuerbare Allianz schnell gefährlich ins Wanken gerät, sobald die Partei in der Wählergunst zu fallen und sich die vorgebliche Anpassung nicht wie geplant in Privilegien und geldwertem Profit niederzuschlagen droht.

Zwar wird die NPD gewiss auch in Zukunft die Nähe und den Beistand aktionsorientierter Formationen suchen; gravierende Fortschritte im von Natur aus spannungsreichen Binnenverhältnis dürften dabei aber in den seltensten Fällen glücken. Mit der gezielten Einbindung anerkannter Einzelpersonlichkeiten aus diesem Milieu ist dessen innerparteilicher Einfluss auf höchsten Ebenen gestiegen, das gegenseitige Misstrauen hat allerdings nicht hinreichend nachgelassen. Insofern gelingt der Partei eine durchgängige und dauerhafte Integration des erwähnten Personenreservoirs bis dato bestenfalls graduell bzw. eingeschränkt. Abgesehen davon nimmt die Bedeutung neuartiger Strömungen und Bewegungsphänomene wie der „Autonomen Nationalisten“, die festen Strukturen und Apparaten wie dem der Nationaldemokraten grundsätzlich mit Argwohn und mancherorts feindlich gegenüberstehen, in der Szene gedeihlich zu. Zuverlässige Schützenhilfe bzw. erhöhter Zulauf ist von deren Seite bestimmt nicht zu erwarten. Von daher ergibt sich für diesen subkulturellen Bereich der „Volksfront“ eine summa summarum durchwachsene Bilanz.

Im Gegensatz dazu hat sich die Gemengelage im rechtsextremistischen Parteiensektor eingedenk des „Deutschlandpakts“ sowie der später realisierten Verschmelzung mit der DVU eindeutig zum Vorteil der NPD entwickelt, die mittlerweile eine relativ hegemoniale Position einnimmt: Bis auf die langsam an den Rand der Belanglosigkeit abdriftenden Republikaner und kleinere, lediglich in vereinzelt Bundesländern vertretene Splittergruppierungen à la PRO NRW, die Bündnisofferten und Sammlungsprojekte konsequent ablehnen, agieren die Nationaldemokraten im Prinzip konkurrenzlos. Wenngleich man den „Kampf um den organisierten Willen“ demnach endgültig für sich

entschieden zu haben meint<sup>1952</sup>, halten sich die oberflächlich messbaren Gewinne dieses Kraftakts erst einmal in Grenzen. Zumal sich die im Vorgeplänkel hochtrabend als historisches Fanal und alternativlose Flurbereinigung angekündigte Fusion mit der siechenden Volksunion mit der Zeit mehr und mehr als „Zwergenhochzeit“ herausstellte.

Jedenfalls setzte der von der NPD heraufbeschworene Vitalitätsschub nicht ein, hatte etwa deren sächsischer Verband ein halbes Jahr nach der Vereinigung ernüchternde 43 Neuzugänge erhalten<sup>1953</sup>. Dabei wäre dessen vordergründig moderne Ausrichtung mit gegenwartsbezogenem Duktus und gemäßigtem Politikstil für die moderateren Angehörigen der liquidierten „Phantompartei“ wohl verhältnismäßig leicht mitzutragen gewesen. Vor diesem Hintergrund kann sicherlich getrost davon ausgegangen werden, dass sich der komplette Mitgliederzuwachs seitens der DVU bislang selbst konservativ gerechnet kaum annähernd in vierstelligen Dimensionen bewegt; die anfängliche Hoffnung, kurzerhand die wichtige Marke von 10.000 zu knacken, bleibt also wirklichkeitsfern – auch, weil sich seither scheinbar diverse, die weitere Verbürgerlichung befürchtende und kritisierende Hardliner in den alten Vorbehalten gegenüber der Volksunion bestätigt sahen und sich von den Nationaldemokraten abwandten.

Im Kern sollte sich an jener nullsummenartigen Konstellation nun nicht mehr allzu viel ändern, nachdem sich von den verbliebenen, erfahrungsgemäß meist apathischen DVUlern – abzüglich einiger Dissidenten, die sich der „Kannibalisierung“ vergeblich entgegenstimmten und juristisch für eine eigenständige Weiterexistenz stritten – vertragsbedingt jeder einzeln der NPD anschließen hat<sup>1954</sup>, so dass das hohe Kontingent an „Karteileichen“ auf diese mühsame Weise schon automatisch herausfällt. Nebenbei dürften sich auch die sehr einseitigen Kräfteverhältnisse zugunsten der Nationaldemokraten zusehends als demotivierende und abschreckende Kriterien entpuppen: Anziehend und ernsthaft zur Mitarbeit einladend wird der enorme Machtverlust der Volksunion, der in Person des einstigen Vorsitzenden Matthias Faust sowie der ehemaligen Brandenburger Abgeordneten Birgit Fechner nicht einmal zwölf Monate nach dem nominell gleichberechtigten Aufgehen in einer gemeinsamen Partei nur zwei spärliche

---

<sup>1952</sup> Vgl. Voigt, Udo: Organisierter Wille bedeutet Macht! In: DS 4/2009.

<sup>1953</sup> Vgl. Homepage des NPD-Bundesverbands: Landesverband Sachsen: Holger Apfel mit 87,3 Prozent erneut zum sächsischen NPD-Landeschef gewählt. 10. Juli 2011.

<sup>1954</sup> Vgl. BMI (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 2010, S. 96; Homepage des NPD-Bundesverbands: Der Verschmelzungsvertrag.

Beisitzerposten im Vorstand geblieben sind<sup>1955</sup>, deren gegenwärtig noch nicht eingetretenen Anhängern zumindest nicht erscheinen.

Auf der vielfach betonten Augenhöhe war man sich notabene schon weit vorher nicht mehr begegnet. Die eklatante und bald erdrückende Dominanz der NPD begann im Wesentlichen bereits mit der einseitigen Aufkündigung der bilateralen Wahlabsprachen 2009, die einem bewussten Akt der Aggression entsprach, mit dem deren Verantwortliche die Auflösungssymptome bei der schwächelnden DVU erst massiv befeuerten, um 2010 entsprechend selbstbewusst in die Verhandlungen über einen möglichen „Anschluss“ zu starten, dieses Vorhaben dann bemerkenswert schnell zum erwünschten Abschluss zu bringen und die Volksunion einfach zu schlucken. Womit das ausgesprochen suspekter Kalkül der Nationaldemokraten, den anhaltenden Niedergang des alten Widersachers und Kompagnons auszunutzen, um selbigen sozusagen per Würgegriff auszuschalten, schlussendlich aufgegangen ist – und im Nachhinein dennoch primär als symbolische statt als politisch substantielle Weichenstellung anmutet. Passend zum ausgebliebenen Zustrom an der Parteibasis vermochte der ambitionierte Zusammenschluss zur „einigen und starken Rechten“<sup>1956</sup> seine Rentabilität 2011/12 vorerst nämlich auch aus elektoraler Perspektive nicht spürbar nachzuweisen<sup>1957</sup>. Mithin lag der eigentliche Meilenstein gleichsam darin, dass ein lästiger und längst wirkungslos gewordener Mitbewerber eliminiert wurde.

#### **8.4.2. Junge Nationaldemokraten (JN)**

Die NPD ist im Grunde seit vielen Jahren die einzige rechtsextremistische Partei in Deutschland, die in Gestalt der JN über einen ernstzunehmenden, in verschiedenen Phasen seiner Geschichte sogar relativ starken Nachwuchsverband verfügt. War die 1969 gegründete Suborganisation anfangs fest in die Mutterpartei integriert und an Weisungen gebunden, politisch aber de facto irrelevant, fingen deren Wortführer in dem Maße wie der Stern der furios gestarteten Sammlungsbewegung alsbald ins Sinken geriet, peu à peu an, größere Mitspracherechte und Spielräume zu postulieren, führte der permanente Misserfolg augenscheinlich zu gravierenden intergenerationellen Spannungen<sup>1958</sup>. Man wollte vor diesem Hintergrund wohl endlich vom Status des ewig wahlkämpfenden „Handlangervereins“ wegkommen, ein eigenständiges Selbstbewusstsein entfalten und wenigstens ein Stück weit in den Meinungsbildungsprozess einbezogen werden – und war

---

<sup>1955</sup> Vgl. Homepage des NPD-Bundesverbands: Neues zum NPD-Bundesparteitag; Dies.: Erste – und arbeitsreiche – Parteivorstandssitzung. 29. November 2011.

<sup>1956</sup> Dies.: „Gemeinsam stärker“ für Deutschland.

<sup>1957</sup> Siehe Kapitel 6.3.12.

<sup>1958</sup> Siehe Kapitel 6.2.5.

dabei durchaus wirkungsvoll: Jedenfalls sitzt der Vorsitzende der Jugendabteilung nicht zuletzt deswegen seit 1971 satzungsgemäß zugleich im nationaldemokratischen Vorstand<sup>1959</sup>.

Während sich die NPD dennoch spätestens Mitte des Jahrzehnts dem völligen Niedergang geweiht sah und sukzessive in Agonie verfiel, schien sich der Aufwärtstrend der JN gleichsam zu verselbständigen, gedieh das vormalige Anhängsel schnell zur „intellektuellen Avantgarde“<sup>1960</sup>, die den Motor der dringend gebotenen ideologischen Weiterentwicklung und Modernisierung gab. Konkrete Anleihen bei Ansätzen und Ideen der „Neuen Rechten“<sup>1961</sup>, speziell bezüglich der Kompatibilität und Kombinierbarkeit von Nationalismus, Antikapitalismus und Antiimperialismus, brachten im Rückblick viele belebende Impulse und sorgten für vorsichtige Richtungsänderungen. Sinnbildlich dafür wurde der aus nationaldemokratischer Sicht einst instinktiv abgelehnte Terminus „Sozialismus“ erstmals in den innerparteilichen Theoriediskurs eingeführt und nach und nach zu einem weltanschaulichen Schlüsselbegriff aufgebaut. Partiiell gründet die weitgehende Prävalenz wirtschafts- und gesellschaftspolitischer Vorstellungen in der gegenwärtigen Programmatik demnach in der damals geleisteten Vorarbeit.

Nebenbei verdankt die NPD auch das Wiedererstarken in den 90er Jahren, den massiven Wachstumsschub durch die von der Staatsmacht aufgescheuchte Klientel verbotener Splittergruppierungen und den Schulterschluss mit aktionsorientierten Kräften, maßgeblich den JN, die als Kontaktbörse, Scharnier und vorgelagertes Sammelbecken agierten<sup>1962</sup>. Sämtliche Abgrenzungsbeschlüsse geflissentlich ignorierend, nahm die jugendliche Speerspitze im Kontext der informellen Vernetzung mit Kameradschaften und Skinheads wiederum eine Vorreiterrolle ein, gelang über einzelne Kooperationen wie gemeinsame Aufmärsche und Veranstaltungen eine graduelle Annäherung gegenüber jenen Strömungen, ehe man gezielt daran ging, deren jeweilige Anhängerschaft einzubinden, indem wichtigen Köpfen und Szenegrößen der Aufstieg in Spitzenpositionen erleichtert wurde. Manche dieser aus subkulturellen Formationen akquirierten Funktionäre sind anschließend sogar in die Führungsriege der Mutterpartei aufgerückt<sup>1963</sup>. Dort entfachte die externe Blutauffrischung allmählich einen Dynamisierungsprozess, in dessen Konsequenz die Nationaldemokraten den enormen Nutzen aufsehenerregender Demonstrationspolitik

---

<sup>1959</sup> Vgl. Hoffmann: NPD, S. 410/411.

<sup>1960</sup> Apfel: Geschichte der NPD, S. 47.

<sup>1961</sup> Siehe Kapitel 6.2.4.

<sup>1962</sup> Siehe Kapitel 6.2.8.

<sup>1963</sup> So waren beispielsweise Jens Pühse und Sascha Roßmüller lange in Splittergruppierungen aktiv, wirkten dann ab Mitte der 90er Jahre im Rahmen der JN mit – und drangen von deren Spitze aus letztlich bis in den Parteivorstand der Mutterpartei vor. Vgl. Pfahl-Traugher: NPD zwischen Aktion und Politik, S. 151.

für die eigene Breitenwirkung erkannten, den „Kampf um die Straße“ entsprechend ausdehnten – und die Nachwuchsorganisation, die als Sprungbrett ambitionierter Kader mit deren „Beförderung“ automatisch empfindliche Substanz- und Bedeutungsverluste erleiden musste, damit erst einmal zum Statisten degradierten<sup>1964</sup>.

Mithin schrumpften die Mitgliedszahlen der JN seit dem Jahresende 2002 um beinahe ein Drittel, um sich bis Mitte der Dekade bei summa summarum 350 einzupendeln<sup>1965</sup>. So galt der Fokus zwischenzeitlich vor allem einer Stärkung und nachhaltigen Festigung der desolaten Strukturen, woraufhin – eingedenk zahlreicher neu ins Leben gerufener Stützpunkte und Landesverbände<sup>1966</sup> – zunächst eine nominelle Steigerung auf nach wie vor dürftige 430 anno 2010 gelungen ist<sup>1967</sup>. Sporadische Schwerpunktzentren existieren in Sachsen, Thüringen und Sachsen-Anhalt ebenso wie in Teilen Baden-Württembergs und Bayerns<sup>1968</sup>. Der Mobilisierungsradius erscheint in Anbetracht der sonstigen Defizite freilich eher begrenzt; bis zu einem bundesweit flächendeckenden Apparat bzw. einer Massenbewegung fehlt sicherlich eine Menge. Seit dem Amtsantritt des Vorsitzenden Michael Schäfer 2007 ringt die Parteijugend derweil inhaltlich wie im Verhältnis zur Mutterpartei erneut um Autonomie, intendiert eine Schärfung des Profils durch den Anspruch resoluter „Systemfeindlichkeit“ und reklamiert dafür ein erst im Vorjahr intensiviertes, revolutionäres und regelrecht elitäres Selbstbild:

„Revolutionär ist ideologischer und nicht bewaffneter Kampf. Voraussetzung für das Beschreiten des revolutionären Weges ist ein geschärftes politisches Bewußtsein unserer Mitstreiter. Das bedeutet die Erkenntnis, daß das System, bei einigen Annehmlichkeiten, prinzipiell schlecht ist. Die Konsequenz daraus heißt nun logischerweise, daß man dieses System nicht reformieren kann, sondern [sic! – dass dieses; Anmerkung des Verfassers] beseitigt und durch etwas Neues ersetzt werden muß. Eine solche Vorgehensweise nennt man üblicherweise Revolution. Ist das Bewußtsein der aktiven nationalistischen Kampfgefährten und Kampfgefährten dahingehend ausgerichtet, geht es im nächsten Schritt darum, das Bewußtsein möglichst vieler Menschen in diese Richtung zu schärfen. In Verbindung mit der zunehmenden Verschärfung der sozialen Frage wird die Revolution wahrscheinlich und die Chance für eine revolutionäre Kampfpartei wird zunehmen. Dann wird der organisierte Nationalismus vom Objekt zum Subjekt der Politik, vom Verteidiger zum Angreifer!“<sup>1969</sup>

Insofern versuchen die JN mittlerweile spürbar, sich vom missliebigen Image der „Junior-NPD“ zu verabschieden<sup>1970</sup>. Bleiben selbige auf dem Papier auch weiter „integraler

---

<sup>1964</sup> Vgl. BMI (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 2001, S. 91.

<sup>1965</sup> Vgl. Dass. (Hrsg.): Verfassungsschutzberichte 2002-2004.

<sup>1966</sup> Vgl. Dass. (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 2005, S. 92/93; Dass. (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 2006, S. 95.

<sup>1967</sup> Vgl. Dass. (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 2010, S. 91.

<sup>1968</sup> Vgl. Dornbusch, Christian: Sind die Jungen Nationaldemokraten die „revolutionäre Speerspitze“ der NPD? In: Virchow, Fabian/Ders. (Hrsg.): 88 Fragen und Antworten zur NPD. Weltanschauung, Strategie und Auftreten einer Rechtspartei – und was Demokraten dagegen tun können. Schwalbach, 2008, S. 97-99, S. 97.

<sup>1969</sup> Homepage des JN-Bundesverbands: Revolution statt Reform. Vorwärts zur deutschen Revolution! Beschluß des Bundesvorstandes der Jungen Nationaldemokraten (JN) am 28. Januar 2006 in Berlin (Hervorhebung wie im Original).

<sup>1970</sup> Vgl. BMI (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 2010, S. 91.

Bestandteil“ der Partei<sup>1971</sup>, soll die immanente Perspektive als Befehlsempfänger schleunigst abgelegt werden. Statt blinder Subordination möchte man die Nationaldemokraten künftig explizit in „kritischer Solidarität“ begleiten, um zur Not korrigierend eingreifen zu können<sup>1972</sup>. Jedoch birgt dieser ambivalente Kurs bisweilen eklatante Widersprüchlichkeiten in sich, bemängelte die Jugendsektion in den vergangenen Jahren beispielsweise einerseits die vermeintlich zu angepasste Prioritätensetzung auf den „Kampf um die Parlamente“<sup>1973</sup>, um sich andererseits selbst anzuschicken, spezifisches Werbematerial für Jungwähler zu erstellen und in Wahlkämpfen zu verteilen<sup>1974</sup>.

Hinsichtlich der thematischen Stoßrichtung durchgeführter Kampagnen, Märsche und Mahnwachen tauchen vielfach ähnliche Kontraststellungen auf, treffen aktualitätsbezogene und tendenziell an die Mehrheitsgesellschaft adressierte Sujets wie die abschlägige Haltung zum Bundeswehreininsatz am Hindukusch, Hinweise zum Stopp der Multikulturalisierung und dem Schutz vor Kindesmissbrauch auf „traditionelle“ vergangenheitspolitische Befindlichkeiten wie das alljährliche „Heldengedenken“, die demgegenüber anachronistisch und im Kern demaskierend anmuten. Bei der Majorität der Bevölkerung dürfte die dubiose Mischung aus subtilen Vorstößen und ressentimentgeladener Meinungsmache gleichwohl schon aufgrund des für gewöhnlich schwachen Verbreitungsgrads nur selten ankommen, geschweige denn Beifallsbekundungen auslösen, so dass sich die angepeilten Mitnahmeeffekte größtenteils auf das rechtsextremistische Milieu reduzieren.

In dessen Anbindung bzw. Absorption und stetiger Ausweitung besteht sowieso die vorrangige Aufgabe der JN, die in diesem Rahmen besonders die Agitation im vorpolitischen Raum für sich beanspruchen<sup>1975</sup>. Im Idealfall werden Sympathisanten durch das weitgefächerte Sport-, Musik- und Ausflugsangebot geködert und dann durch wohldosierte Indoktrination – über Mitteilungsblätter<sup>1976</sup>, Aktions- und Schulungsteilnahmen – zu gleichermaßen dogmatischen wie dauerhaften Anhängern geformt. Niedrigschwellige Erlebniswelten auf der Freizeitebene dienen also sozusagen als „Einstiegdroge“, um „Fußvolk“ anzupolitisieren und den Nachschub an aufstrebenden

---

<sup>1971</sup> Vgl. NPD: Satzung der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD). Berlin, 2011, § 23.

<sup>1972</sup> Vgl. BMI (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 2010, S. 91.

<sup>1973</sup> Vgl. Dass. (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 2007, S. 92.

<sup>1974</sup> Vgl. Homepage des NPD-Bundesverbands: „Deine Stimme für Deutschland“: Junge Nationaldemokraten (JN) gehen mit Jungwählermaterial in die Bundestagswahl. 8. September 2009.

<sup>1975</sup> Vgl. Schäfer, Michael/Gärtner, Matthias: Die organisierte Volksfront – die JN im Kampf um den vorpolitischen Raum. In: Der Aktivist, 18. Jahrgang, 1/2009.

<sup>1976</sup> Als Zentralorgan zur Mitgliederansprache dient den JN schon seit Mitte der 90er Jahre die Zeitschrift „Der Aktivist“.

Eigengewachsen zu sichern. Soweit der ehrgeizige Plan, dem die Stagnation in der Praxis natürlich nicht immer entspricht. Nachdem sich 2011 etwa der NBK als zentrale Bildungseinrichtung aufgelöst hat<sup>1977</sup>, deutet sich hier zumindest ein Bruch an, der die Bemühungen in diesem essentiellen Bereich erheblich zurückzuwerfen droht.

Insgesamt spielt man darum entgegen anderslautender Verlautbarungen weiterhin bloß eine Nebenrolle, macht sich heute in erster Linie bei der Verflechtung mit „Freien Nationalisten“ bzw. dem militanten Vorfeld einen Namen, bringt darüber hinaus allerdings zu wenige Innovationen und eigene Lösungskonzepte hervor, was angeblich, erläuterte der Vizechef 2011 in einem Interview<sup>1978</sup>, auch durch die mangelhafte Förderung und Finanzausstattung seitens der NPD bedingt wird. Wobei die Wahl Holger Apfels zum Vorsitzenden der Nationaldemokraten im Hinblick darauf durchaus einen Wandel in Aussicht stellt und letztlich eine Aufwertung der JN erwarten lässt, schließlich stand dieser dem Nachwuchs selbst lange Jahre vor und scharf in seiner Vorstandsmannschaft diverse ehemalige Vorkämpfer des Jugendverbands um sich<sup>1979</sup>.

### 8.4.3. Ring Nationaler Frauen (RNF)

Gleichwohl die NPD schon in den 70er Jahren ein kleines Frauenkomitee mit eigener Referentin, aber marginalem Gewicht eingerichtet hatte<sup>1980</sup>, kam das „schwache Geschlecht“ in deren ansonsten männerdominierten Reihen seither – einzelne Funktionärinnen ausgenommen – kaum über ein Nischendasein hinaus. Zwar strengten sich etliche Landesverbände sowie die JN im Lauf der 90er Jahre an, den Zuspruch seitens der weiblichen Zielgruppe zu erhöhen, allerdings wenig systematisch und schlussendlich ergebnislos<sup>1981</sup>. Demzufolge dauerte es bis 2006, ehe die Rechtsextremisten diesem evidenten Defizit bewusst entgegentraten und durch Gründung des RNF ein brauchbares Gremium etablierten. 2008 wurde die neue Vereinigung dann amtlich zu einer weiteren

---

<sup>1977</sup> Siehe Kapitel 8.2.1.

<sup>1978</sup> Vgl. Homepage des JN-Bundesverbands: „Ein einheitlicher, vor allem zukunftsfähiger Weg muss her“. Im Gespräch mit JN-Vize Andy Knappe. 19. Oktober 2011.

<sup>1979</sup> Neben dem gegenwärtigen Vorsitzenden der JN und dessen Stellvertreter, Michael Schäfer und Andy Knappe, haben von den Mitgliedern des im November 2011 gewählten Parteivorstands gerade Pühse, Andreas Storr und Patrick Wieschke in der Vergangenheit hochrangige Ämter in der Jugendabteilung geführt – und über dieses Sprungbrett gewissermaßen Karriere in der NPD gemacht.

<sup>1980</sup> Vgl. Kenzo, Rena: Was machen Frauen in der NPD? In: Virchow, Fabian/Dornbusch, Christian (Hrsg.): 88 Fragen und Antworten zur NPD. Weltanschauung, Strategie und Auftreten einer Rechtspartei – und was Demokraten dagegen tun können. Schwalbach, 2008, S. 208-211, S. 208.

<sup>1981</sup> Vgl. Elverich, Gabi: Was verbirgt sich hinter dem Ring Nationaler Frauen (RNF)? In: Virchow, Fabian/Dornbusch, Christian (Hrsg.): 88 Fragen und Antworten zur NPD. Weltanschauung, Strategie und Auftreten einer Rechtspartei – und was Demokraten dagegen tun können. Schwalbach, 2008, S. 211-214, S. 211; Kenzo: Was machen Frauen in der NPD?, S. 209.



nationaldemokratischen Suborganisation erklärt und durch einen Sitz im Vorstand aufgewertet<sup>1982</sup>.

Zu den bevorzugten Schlagworten, um deren genuine Aufgabengebiete zu beschreiben, gehören für gewöhnlich Ausdrücke wie „Sprachrohr“, „Anlaufpunkt“ und „Ansprechpartner“. Dem Vernehmen nach sind die Funktionen des RNF nämlich speziell in der Verbesserung der inner- und außerparteilichen Vernetzung „nationaler Frauen“ auszumachen, zu der die simultane Mitgliedschaft in der Mutterpartei satzungsgemäß nicht ausdrücklich notwendig ist, sowie in der Formulierung von Denkanstößen und Repliken auf aktuelle Fragen, intensiver Medienarbeit und der Vorbereitung auf Mandatsgewinne und anderweitige Verantwortungsübernahmen<sup>1983</sup>. Wobei man methodisch zu Anfang nicht selten niedrigschwellig vorgeht und versucht, die Anhängerinnen statt monotoner Programmschulungen vielmehr spielerisch mit der verfochtenen Weltanschauung vertraut zu machen – durch die vorsichtig dosierte Auseinandersetzung mit den maßgeblichen Pfeilern und Prinzipien in salopper, vertrauter Atmosphäre<sup>1984</sup>.

Inhaltlich erweist sich der RNF derweil keineswegs als emanzipatorische Interessenvertretung, sondern klammert sich stur an sein eindimensionales und komplett anachronistisches Rollenbild. Frauen und Männer sind nach dessen Verständnis einerseits gleichberechtigt und gelten andererseits nicht als gleichartig, nachdem Männer gemeinhin für den Lebensunterhalt sorgen, Frauen dagegen in erster Linie Mütter sein, sich der Familie annehmen und damit den Fortbestand des deutschen Volkes sichern sollen<sup>1985</sup>. Passend dazu sieht man selbige auch in der Politik mehr als sich für die Gemeinschaft aufopfernde Gefährtinnen denn als selbstbewusste Gestalterinnen; symbolisch dafür sammeln sich in der Frauenorganisation außerdem diverse Partnerinnen männlicher Führungskader<sup>1986</sup>:

„Frauen haben auch politisch ihre ‚Spezialgebiete‘, wie die Familienpolitik, Sozialpolitik, Gesundheit, Kulturförderung und gern auch kommunale Themen. Das schließt nicht aus, daß sich die eine oder andere für

---

<sup>1982</sup> Vgl. BMI (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 2008, S. 92.

<sup>1983</sup> Vgl. RNF-Bundesverband: Grundsätze. Sotterhausen, 2006.

<sup>1984</sup> 2007 erläuterte eine Reportage über den RNF exemplarisch dafür: „Und dann schulen sie jedesmal noch ihre Argumentationsfähigkeit, in spielerischer Form. Körbchen stehen auf dem Tisch. Da werfen sie kleine Zettel hinein, mit politischen Begriffen. Nun würfelt jede Frau. Wer die höchste Zahl hat, darf einen Zettel ziehen, die niedrigste Zahl zwingt eine andere Frau zu einem kleinen Vortrag über den Begriff, der auf dem Zettel steht.“ Vgl. Meinhardt: Die ganz harten Weichspülerinnen.

<sup>1985</sup> Vgl. Röpke, Andrea/Speit, Andreas: „Die deutsche Frau“. In: Dies. (Hrsg.): Neonazis in Nadelstreifen. Die NPD auf dem Weg in die Mitte der Gesellschaft? Bonn, 2009, S. 121-143, S. 128/129.

<sup>1986</sup> Angefangen bei der Partnerin des Parteichefs Holger Apfel, Jasmin Apfel, die bis Sommer 2012 genauso zur Vorstandsrige der Suborganisation gehörte wie Stella Hähnel, die mittlerweile mit dem Multifunktionär und Musiker Jörg Hähnel verheiratet ist. Einstweilen sind die langjährigen stellvertretenden Vorsitzenden des RNF, Ricarda Riefling und Judith Rothe, mit Köpfen der Kameradschaftsszene wie Dieter Riefling und Enrico Marx liiert. Marianne Pastörs, die Frau des Fraktionsvorsitzenden von Mecklenburg-Vorpommern Udo Pastörs, ist auch in dem Verband aktiv.

Wirtschaftspolitik interessiert. Aber in der Masse trifft dies nicht zu, und darin unterscheiden wir uns von den Emanzen. Wir zwingen Frauen nicht in Rollen, die sie nicht spielen wollen. Wir ‚gendern‘ sie nicht und drängen sie zum politischen Aktivismus – zum ‚Gleichsein‘ mit den Männern. Wenn eine Frau meint, der Kampf um die Straße oder um die Parlamente sei nicht ihr Fall, dann ist dies ihr gutes Recht. Wir respektieren die Zurückhaltung der Frauen, denn viele von ihnen leisten auf ihre Art einen Beitrag im Kampf um das Überleben Deutschlands. Und überdies bringen Frauen ihre Sicht der Dinge in politische Überlegungen hinein. Das führt zur Ganzheitlichkeit. Es gibt in und neben der Parteiarbeit viele Einsatzmöglichkeiten für Frauen (und auch Männer), die nicht ‚vorn‘ stehen wollen. Viele bevorzugen die Arbeit an der Verwaltungsfrente in den Kreisvorständen oder Landesvorständen. Frauen unterstützen ihre Männer, halten ihnen den Rücken frei. Sie helfen hier und dort, wo sie sich gebraucht fühlen. Auch als Mutter führen sie täglich ihren Kampf gegen die verrohte Konsumgesellschaft. Kinder heute zu charakterstarken, gebildeten und gesunden Menschen zu erziehen, ist ein hartes Stück Arbeit! Aber jedes Kind ist ein Gewinn für Deutschland. Fest steht, daß die nationale Bewegung – daß Deutschland – Frauen dringend braucht! Das haben diese auch begriffen, und daher reihen sie sich vermehrt ein.“<sup>1987</sup>

Normalerweise enthält sich der Verband dabei eines eigenständigen Profils, entsprechen dessen stark sozialpopulistisch eingefärbte Parolen und Maximen – etwa das Plädoyer für ein „Müttergehalt“ und eine solidarische „Volksrente“<sup>1988</sup> – eins zu eins den Positionen der NPD. Kritik am nationaldemokratischen Kurs wird also nicht wahrnehmbar artikuliert<sup>1989</sup>. Primär will man wahrscheinlich sowieso eher multiplizieren statt erneuern und bemüht sich darum um eine sukzessive Verbreitung bzw. Popularisierung einschlägiger Vorstellungen beim dafür bislang schwerlich einzunehmenden weiblichen Publikum.

Jedoch nimmt sich die Bilanz mit Blick auf die ersten sechs Jahre des Bestehens allenfalls mittelmäßig erfolgreich aus. Wenngleich vom in kleine Regionalgruppen aufgegliederten RNF abgesehen von stellenweiser Wahlkampfhilfe, einer Reihe von Infoständen auf Parteiveranstaltungen sowie einigen Propagandamaterialien und einer sporadisch aktualisierten Internetseite kaum erkennbare Wirkungen ausgingen, erreichte dieser ein kontinuierliches Wachstum und schaffte es, sich strukturell ausgesprochen schnell zu konsolidieren. Mithin verdreifachten sich die Mitgliedszahlen allein 2009/10 von spärlichen 50 auf über 150 Mitstreiterinnen<sup>1990</sup>. Fußen dürfte der stetige Zustrom aktuell dennoch zum Großteil auf der szeneeinternen Zugkraft, die in absehbarer Zeit an selbstgesteckte Grenzen zu stoßen droht, da die antiquierten, vorwiegend an Heim und Herd aufgehängten Leitmotive und Grundsätze des völkisch angehauchten „Hausfrauenvereins“ mit der Lebenswirklichkeit und den Zielen moderner Frauen schlecht vereinbar sind und somit alles andere als mehrheitsfähig anmuten.

Nichtsdestotrotz beharrt der RNF strikt auf seiner eklatanten Rückwärtsgerichtetheit, die sich im Nachhinein bereits in dessen erstem bedeutendem Richtungsstreit abzeichnete und

---

<sup>1987</sup> Hähnel, Stella: Weder Zicken noch Emanzen. Es tut sich was: Nationale Frauen sind mehr als eine Image-Spritze für die NPD. In: DS 6/2008.

<sup>1988</sup> Vgl. die Flugblätter des RNF-Bundesverbands: Mütter verdienen ein Gehalt; Volksrente statt Altersarmut. Berlin, 2010.

<sup>1989</sup> Vgl. Röpke/Speit: „Die deutsche Frau“, S. 129.

<sup>1990</sup> Vgl. BMI (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 2010, S. 94.

erhärtete. Hierbei bezichtigte Stella Hähnel, damals eine der beiden Stellvertreterinnen, die der radikaleren Strömung entstammte, die im Verhältnis dazu einigermaßen realpolitisch eingestellte Vorsitzende Gitta Schüßler einer zu eigenmächtigen Geschäftsführungspraxis und regelrecht „feministischer Ansichten“<sup>1991</sup>, brachte folglich Mitte 2009 ein Misstrauensvotum in den Vorstand ein und forcierte dadurch deren freiwilligen Abgang<sup>1992</sup>. Bei der Entscheidung über die Nachfolgerin votierte der Bundeskongress anschließend klar für die deutlich über 60-jährige Edda Schmidt<sup>1993</sup>, die – wie von verschiedenen Seiten kritisiert<sup>1994</sup> – altersbedingt kaum das angestrebte Erscheinungsbild vorwärtsgerichteten Nationalismus zu verkörpern vermochte und wie zur Bestätigung dafür vor allem Brauchtumpflege und NS-Nostalgie vorantrieb:

„Aber unsere Aufgabe als Frauen besteht nicht nur in der Beteiligung im politischen Bereich. Ein ganz wesentliches Aufgabenfeld liegt für uns in der Pflege und Weitergabe unserer Kultur. National sein heißt, sich für sein Volk einzusetzen. Und unsere Kultur unterscheidet uns eben von den anderen, was durch das moderne, volkszerstörerische Multikulti-Programm der Etablierten besonders [sic!] deutlich wird. Wir wollen weder den Ruf der Moslems von den Minaretten noch das Geriesel von ‚Jingle bells‘ u.a. englischen Liedern oder bei unseren Feiern die Arbeitshosen der amerikanischen Negersklaven auf den Baumwollfeldern (hier bekannt unter dem Namen ‚jeans‘). Als Mütter müssen wir unsere Kinder nicht nur über die heute verbreiteten politischen Lügen aufklären, sondern sie auch mit unserer Geschichte und Kultur vertraut machen, damit sie Zugang zu unseren Wurzeln finden und später in der Lage sind, als richtige Deutsche ihr Leben und das unseres Volkes zu gestalten. Auch wenn es in unseren Verbänden inzwischen durchaus üblich ist, Feiern wie die der Sonnenwende durchzuführen, ist eine entsprechende Feierygestaltung auch in der Familie von grundlegender Wichtigkeit, um der heranwachsenden Jugend Halt und Geborgenheit vermitteln zu können.“<sup>1995</sup>

Welche Richtung der Verband nach dem Rücktritt der Vorsitzenden 2012 einschlagen wird, ist derzeit noch nicht ersichtlich<sup>1996</sup>. Seit dem Frühjahr desselben Jahres amtiert Sigrid Schüßler, die erst einmal einen „völlig anderen Führungsstil“<sup>1997</sup> ankündigte. Wiewohl es dem RNF bis dato nicht gelungen ist, ein neues, breiteres Mitgliederpotential zu erschließen und in die Mutterpartei einzubinden<sup>1998</sup>, bleiben die Rechtsextremistinnen für die NPD definitiv von großem Wert bzw. Nutzen. Freilich dient die Frauengruppe diesbezüglich weniger als Impulsgeber denn als wichtiger Imagefaktor<sup>1999</sup>. In Anbetracht des enormen Ausgrenzungsdrucks, der den stigmatisierten Nationaldemokraten sonst

---

<sup>1991</sup> Homepage des NPD-Bundesverbands: Veränderungen im Vorstand: RNF-Erklärung zum Rücktritt von Gitta Schüßler. 15. Juli 2009.

<sup>1992</sup> Vgl. BMI (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 2009, S. 90.

<sup>1993</sup> Vgl. Homepage des NPD-Bundesverbands: Bundeskongreß des Rings Nationaler Frauen in Berlin: Neue RNF-Bundesvorsitzende ist Edda Schmidt. 20. Oktober 2009.

<sup>1994</sup> Vgl. BMI (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 2009, S. 90.

<sup>1995</sup> Homepage des RNF-Bundesverbands: Gedanken zum Jahreswechsel. 23. Dezember 2010.

<sup>1996</sup> Vgl. Homepage des NPD-Bundesverbands: Ring Nationaler Frauen (RNF) hielt seinen Bundeskongreß in Halberstadt ab. 27. Februar 2012.

<sup>1997</sup> Schüßler, zitiert nach Homepage des RNF-Bundesverbands: RNF-Bundeskongress. 29. April 2012.

<sup>1998</sup> Vgl. Senatsverwaltung für Inneres und Sport. Abteilung Verfassungsschutz (Hrsg.): „Frauen im Rechtsextremismus“. Berlin, 2009, S. 12.

<sup>1999</sup> Vgl. Röpke/Speit: „Die deutsche Frau“, S. 130.

weithin entgegenschlägt, stellen weibliche Anhängerinnen und Aktivistinnen in deren Augen wohl ebenso subtile wie werbewirksame Aushängeschilder dar, die eine Ansprache der „Normalbevölkerung“ zu erleichtern scheinen<sup>2000</sup>. Und das nicht zu Unrecht: Das zur Tarnung des volksgemeinschaftlichen Kerns vielerorts angewandte Konzept der „Heimat-“ und „Kümmererpartei“ lässt sich durch freundlich und friedfertig auftretende Damen, die sozusagen als vorzeigbare Türöffner fungieren, sicherlich leichter verkaufen als durch fanatische Hardliner im Kampfanzug. Was im konkreten Fall besonders auf bürgerliche Wähler- und Sympathisantenkreise, die anderswo vielleicht von bulligen, als Flugblattverteiler aufgebotenen Skinheads abgeschreckt werden, durchaus anziehend wirken könnte. Man arbeitet daher allenthalben darauf hin, Mütter und junge „Mädel“ nach außen als konsensfähige „Gesichter“ aufzubauen und herauszustellen, um in der Mitte der Gesellschaft anzulanden, kommt hierbei jedoch – auch wegen des nach wie vor akuten Mangels an Masse – noch nicht allzu weit.

#### **8.4.4. Fazit**

War die NPD im 2004 ausgerufenen „Kampf um den organisierten Willen“ anfangs schnell zum absoluten Knotenpunkt des „Nationalen Widerstands“ avanciert, scheint die offensive Weiterentwicklung dieses Konzepts seither allerdings zu stagnieren, sind anhaltende Konzentrationseffekte oder Wachstumsschübe schlicht ausgeblieben. Sowohl aus qualitativer als auch vor allem aus quantitativer Sicht kam und kommt man kaum merklich voran. Die Fusion mit der angeschlagenen DVU erweist sich mittlerweile als maximal symbolische Flurbereinigung, ernsthafte strukturelle Fortschritte sind Fehlanzeige. Das zu einer aufstrebenden Massenbewegung erforderliche Maß an Dynamik, allgemeiner Magnetwirkung und Durchschlagskraft ist nach wie vor nicht ersichtlich. Davon abgesehen stellen der altmodische RNF und speziell die JN, die vielfach auf aggressiven Duktus und Revolutionsgehabe setzen, seit Jahren zu vernachlässigende Randerscheinungen dar, deren Reihen sich allenfalls schleppend verdichten. Nicht zuletzt deshalb zeichnen die Bemühungen der Nationaldemokraten um eine „vereinte Rechte“ ein ziemlich vages Bild: Zwar steht die szeneeinterne Vorherrschaft der Partei heute einerseits außer Zweifel; andererseits schließen deren Verbände selbst höchstens ein Viertel des amtlich in

---

<sup>2000</sup> So erklärte etwa die damalige RNF-Vize-Vorsitzende Judith Rothe im Rahmen des „Superwahljahrs“ 2009: „Frauen am NPD-Infostand werden von Passanten positiv wahrgenommen, sie zeigen den Menschen, daß das falsche und hetzerische Bild, daß [sic!] die Öffentlichkeit über die NPD zeichnet, nicht der Wahrheit entspricht.“ Zitiert nach Homepage des NPD-Bundesverbands: RNF im Wahlkampf der NPD. 26. August 2009.

einschlägigen Zusammenhängen erfassten Personenpotentials ein<sup>2001</sup>. Zudem dürften signifikante Besserungen und Zugewinne durch neue, engere Bündnisse sowie eventuelle Zusammenschlüsse in näherer Zukunft schwerlich zu erreichen sein. Während die angepassteren Republikaner und andere parlamentsorientierte Rivalen erfahrungsgemäß alle Kooperationsangebote abzulehnen pflegen, um einer grundsätzlichen Stigmatisierung als antidemokratisch und grundgesetzfeindlich zu entrinnen, gehen Kameradschaften und Subkulturen punktuell darauf ein, pochen aber gleichzeitig auf eine Wahrung der Selbständigkeit und entsprechende Konzessionen. Von einer geschlossenen, stabilen „Volksfront“ kann somit gegenwärtig keine Rede sein, dafür sind die Reibungsflächen einfach zu groß.

Notgedrungen ist bei der NPD daher bereits ein allmählicher Sinneswandel zu beobachten, durch den der eigentliche Sammlungsgedanke eine Neubelebung erfährt und die bislang dominierende, ebenso breit angelegte wie erfolgsabhängige Netzwerkpolitik wohl ein Stück weit eingedämmt wird. So empfahl die 2010 einberufene Strategiekommision angesichts des enormen Problemhaushalts in einem jahrzehntelang zersplitterten und zerstrittenen Spektrum, die erforderlichen Synergieeffekte nicht länger um jeden Preis erzwingen zu wollen, die eigene Kompromissbereitschaft eher zurückzuschrauben und das weltanschauliche Profil zu akzentuieren, um letztlich weniger als diffuser, weil zwischen den jeweiligen Strömungen lavierender und ausgleichender Konfliktmanager zu wirken, denn als agile, natürliches Selbstbewusstsein ausstrahlende Systemopposition, die die dazugehörige Klientel aus einer Position der Stärke anzuziehen und nach und nach zu absorbieren weiß<sup>2002</sup>. Auch der 2011 gewählte Vorsitzende Holger Apfel sieht die Halbwertszeit mancher Allianzen mit sich notorisch militant gerierenden Vorfeldorganisationen dem Vernehmen nach skeptisch<sup>2003</sup>. Die politische Verschmelzung der rechtsextremistischen Kräfte in Deutschland soll darum nun wieder primär unter nationaldemokratischem Dach stattfinden, was nicht nur schon in der Vergangenheit regelmäßig scheiterte, sondern dessen ungeachtet per se nach Verzweiflung riecht, da sich die Vorgehensweisen damit unverkennbar im Kreis drehen.

---

<sup>2001</sup> Für 2010 rechnete der Verfassungsschutz mit einem rechtsextremistischen Potential von deutschlandweit etwa 25.000 Personen, von denen allerdings marginale 6.600 der NPD als eigentlich dominierender Plattform angehörten. Vgl. BMI (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 2010, S. 55.

<sup>2002</sup> Vgl. Voigt: Wie bringen wir die NPD nach vorn? In: DS 5/2010.

<sup>2003</sup> Siehe Kapitel 6.3.12.

## **9. Synthese: Zwischen Kümmerer- und Kampfpartei**

### **– das Dilemma der „neuen“ NPD**

Zum Abschluss der Ausführungen sollen die in den einzelnen Abschnitten gewonnenen Zwischenergebnisse nicht einfach nur wiederholt, sondern in einen direkten Zusammenhang gesetzt und dadurch etwas greifbarer gemacht werden. Das schließt erstens ein, die eingangs weitläufig abgesteckte Definition des Rechtsextremismus auf die NPD als Musterbeispiel anzuwenden und abzugleichen, um zu schauen, welche Merkmale für deren spezifische Note wohl am ehesten als symptomatisch zu erachten sind – und in welcher Rezeptur. Daran anknüpfend empfiehlt sich zweitens eine schematisierte Gegenüberstellung der erfolgreichsten Phasen der nationaldemokratischen Parteigeschichte, um anhand der eklatanten Differenzen zwischen deren „alter“ und „neuer“ Version die zugrundeliegende Radikalisierung herauszuarbeiten und das aktuelle Profil nachzuzeichnen, ehe drittens die Verbindung zu den allgemeinen Rahmenbedingungen zu ziehen und die heutige Rolle in Gesellschaft und Politik näher zu erörtern ist. Darüber hinaus gilt es viertens, einen groben Ausblick mitsamt einigen Denkanstößen zu einer halbwegs verhältnismäßigen Auseinandersetzung mit den Antidemokraten zu vermitteln.

### **9.1. Merkmale und Wesenszüge des Rechtsextremismus „Marke NPD“**

Wie erörtert leiten sich die elementaren Merkmale rechtsextremistischer Mentalitätsbestände, Umtriebe und Formationen erfahrungsgemäß vor allem aus einer auffälligen Neigung zu Ungleichwertigkeitsvorstellungen ab<sup>2004</sup>, die im speziellen Fall der NPD direkt aus deren „lebensrichtigem“ Menschenbild resultieren und die darauf aufbauende Weltanschauung erkennbar dominieren<sup>2005</sup>. Die Menschenwürde stellt für die Nationaldemokraten kein allgemeingültiges Naturrecht dar, ist vielmehr ganz klar an kulturelle, sprachliche und abstammungsgeschichtliche Dimensionen gebunden, so dass keineswegs grundsätzlich alle gleich sind – denn das vermag der Mensch demnach allein unter „seinesgleichen“ zu sein. Die Konsequenz ist ein ethnopluralistisch verbrämter völkischer Kollektivismus: Nur im Rahmen der einheitlichen, historisch gewachsenen und

---

<sup>2004</sup> Siehe Kapitel 2.6.

<sup>2005</sup> Siehe Kapitel 7.8.

somit geradezu schicksalhaften Nation soll dem Individuum ein mit Rücksicht auf seine stets zu schützende, authentische Identität angemessenes Dasein möglich sein; eine Integration ausländischer Mitbürger schade der davon „gestörten“ einheimischen Mehrheit hingegen genauso sehr wie solchen Minderheiten selbst, weil diese dadurch entwurzelt und gewissermaßen auch entrechtet würden.

In der Vision einer homogenen und harmonischen Volksgemeinschaft, in der sämtliche antiliberalen, antipluralistischen und antidemokratischen Vorbehalte der NPD kulminieren, konstruiert man darum einen offenkundig anachronistischen Gegenentwurf zu den modernen, multikulturellen Gesellschaftsformen, aus dem heraus sich ein mehr oder minder komplett stromlinienförmiges Gemeinwesen konstituieren dürfte. Evidente Anhaltspunkte dafür sind zum Beispiel die detaillierten Pläne der Partei zur systematischen Exklusion und „Rückführung“ von Einwanderern und nichtdeutschen Bürgern nach dem Abstammungsprinzip sowie die nach nationaldemokratischem Befinden – neben sozialstaatlichen Rechtsansprüchen und Anreizen – nachdrücklich zu verankernde Arbeitspflicht für die verbleibende deutsche Bevölkerung. Mithin würde deren Zusammenleben wohl generell vom Zwang zur Mitwirkung geprägt. Damit klingt in diesen Gedankenspielen ein ziemlich ambivalentes Verhältnis zur ansonsten ebenso regelmäßig wie ostentativ abgelehnten Gewaltanwendung an, zumal derart radikale Vorhaben ohne repressive Druckmittel oder zumindest ein ausreichendes Drohpotential sicherlich kaum zu realisieren sind.

Die Organisation des Ganzen, sprich die Obhut über das Gemeinwohl und die Garantie sozialer Gerechtigkeit einerseits sowie das erforderliche Niederhalten der tendenziell als spalterisch und schädlich erachteten Gruppeninteressen andererseits, schreibt die NPD derweil einem starken, mindestens autoritären, mutmaßlich eher totalitären Obrigkeitsstaat zu. Dessen aktiver Steuerungsbereich ist nach nationaldemokratischem Dafürhalten auf alle Problemfelder und Systemebenen auszudehnen, das Primat der Politik also zu verabsolutieren. Im Inneren schürt das allerdings die Gefahr einer einseitigen Monopolisierung der Macht, die sich rechtsstaatlicher Grenzen womöglich kurzerhand entledigt und Individualismus eindämmt, den Marktplatz der Ideen sozusagen einzäunt und nach dem Modell der Identitätstheorie kaum wirklich abweichende Gestaltungsansprüche duldet; nach außen stünde dagegen eine relativ kompromisslose, durch und durch nationalistische und eventuell sogar aggressive Interessenverteidigung zu erwarten, die eine weitgehende Isolation auslösen könnte. Symptomatisch für das manisch auswuchernde Souveränitätsbewusstsein, das darin mitschwingt, verharret man vielfach in

apodiktischem Revisionismus und traditionellem Schollendenken, möchte Deutschland auch in der Wirtschaftspolitik – ohne dem großen Rohstoffbedarf oder dem aufrechtzuerhaltenden Wohlstand annähernd Rechnung zu tragen – vom globalisierten Welthandel abkoppeln und möglichst autark aufstellen.

Blut und Boden sind die hehre Basis, an der sich alles andere auszurichten hat. Im Kern gründet diese gleichermaßen starre wie irrationale Perspektive auf einem immanenten Verständnis von Politik als Krieg und existentiellm Daseinskampf, das für gewöhnlich weder das diffuse „Fremde“ noch die engsten Nachbarn als ebenbürtige Verhandlungspartner und etwaige Verbündete akzeptiert, sondern darin erst einmal „Feinde“ und Kontrahenten sieht, allenthalben Verschwörungen und Komplote wittert und sich dementsprechend davon abschottet. Für die NPD geht es schließlich selbst im Kleinen selten um weniger als die grundlegende Frage nach dem Fortbestand des deutschen Volkes, wofür die von der Partei selbst ausgearbeiteten Vorschläge und Konzepte die einzig wahren Patentrezepte zu sein scheinen. An einem ernsthaften Austausch und demokratischen Ausgleich besteht demgegenüber keinerlei Interesse, der breiten Phalanx von Gegnern bringen die Nationaldemokraten deshalb meist explizite Geringschätzung und massive Anschuldigungen entgegen, um bei Gelegenheit mal das „liberalkapitalistische“ System, die etablierten Parteien und das „eurokratische“ Institutionengeflecht, mal den behaupteten Imperialismus der USA und Israel, mal Nichtdeutsche bzw. Ausländer und Andersdenkende zu Sündenböcken zu erklären – und die logischen Inkonsistenzen der eigenen Programmatik darüber zu kaschieren.

Gleichzeitig bedient sich die „neue“ NPD bisweilen auch allgemein für „links“ befundener Momente wie rigider Globalisierungskritik oder bestimmter antikapitalistischer und sozialpopulistischer Motive, um den alten Gegensatz von „rechts“ und „links“ aufzuweichen bzw. durch denjenigen von „unten“ und „oben“ zu substituieren. In der Vorspiegelung „echter“ Bürgerfreundlichkeit und Bodenständigkeit sowie dem andauernden Verweis auf die „Volksfeindlichkeit“ der angeblich abgehobenen „Bonzokraten“ findet die Partei dabei eine auf den ersten Blick durchaus naheliegende Begründung fundamentaloppositioneller Positionen, die einer näheren Betrachtung aber nicht standhält und stattdessen die eigentlich ausnahmslos destruktiven Beweggründe dahinter freilegt. Vereinfachende Forderungen wie die nach einer solidarischen „Volksrente“ und einer Verschlinkung des Gesundheitswesens zu einer einzigen „Volksgesundheitskasse“ suggerieren dazu das Fernziel einer nachhaltigen Vertiefung der



Gleichheit – um dann das exakte Gegenteil zu erreichen: Da nach nationaldemokratischer Auffassung bekanntlich die Maxime „sozial geht nur national“ gilt, sind solche werbewirksamen Angebote nämlich sowieso bloß für „reinrassige“ und gefügige Deutsche gedacht, die demzufolge gesellschaftlich weithin nivelliert, um nicht zu sagen regelrecht „gleichgeschaltet“ würden, während sämtlichen Minoritäten der resolute Ausschluss durch Ausgrenzung bzw. Abschiebung blüht.

Unter dem Strich bleibt die alles durchdringende „Ideologie der Ungleichheit“ daher auch bei der augenfällig dem Nationalsozialismus anverwandten, vorwiegend völkisch argumentierenden NPD das ausschlaggebende Signum. Davon ausgehend zeichnet sich der Rechtsextremismus nach deren spezifischer Handschrift – abgesehen von notorischen Reminiszenzen an das „Dritte Reich“ – zuvörderst durch nationalistische Haltungen von ausuferndem Härtegrad und den nachgerade substantiellen Drang nach Homogenität aus, der sich nicht zuletzt in allenfalls sporadisch in verbreitete ausländerfeindliche Ressentiments verpacktem Rassismus, starken antiliberalen, antipluralistischen und antidemokratischen Orientierungen sowie zwangsläufig autoritären Ordnungsvorstellungen niederschlägt. So dürfte die angestrebte „Nationaldemokratie“ mit einer tatsächlichen verfassungsstaatlichen Demokratie im Sinne der eingangs abgesteckten Definition nicht viel mehr als den Namen teilen<sup>2006</sup>.

## 9.2. Das politische Profil der „neuen“ NPD

Wenngleich die „alte“ NPD rückblickend ebenso als rechtsextremistisch einzustufen war wie nun die „neue“, handelt es sich bei der erfolgreichen, sich betont bürgerlich ausnehmenden Wahlformation der 60er Jahre und der rebellisch bis aufrührerischen Partei, die heute bisweilen in die Parlamente einzieht<sup>2007</sup>, im Wesentlichen um völlig verschiedene Phänomene<sup>2008</sup>. So offenbart bereits eine Gegenüberstellung der organisatorischen Strukturen ein beachtliches Gefälle. Schließlich wuchs das aufstrebende Sammlungsprojekt damals in Spitzenzeiten auf einen Mitgliederbestand von 28.000 Personen aus allen gesellschaftlichen Schichten an, wohingegen eine derartige Massenbewegung aus aktueller Sicht in weite Ferne gerückt erscheint, die Verbände in der Summe gerade einmal ein Viertel des genannten Potentials erfassen – und das im wiedervereinigten Deutschland außerdem auf einer deutlich größeren Fläche<sup>2009</sup>. Die

---

<sup>2006</sup> Siehe Kapitel 2.3.

<sup>2007</sup> Siehe Kapitel 6.1. und 6.3.

<sup>2008</sup> Vgl. Van Hüllen: Rechtsextremes Bündnis, S. 18.

<sup>2009</sup> Vgl. Pfahl-Traugber: „Zweiter Frühling“ der NPD, S. 33.

Reichweite der Nationaldemokraten erweist sich insofern als massiv gesunken, was womöglich auch dem Fakt geschuldet ist, dass es in deren Reihen anfangs genügend angesehene Führungsfiguren und Funktionäre von Rang und Namen gab, es mittlerweile aber genau an solchen integrativen Fixpunkten mit dem erforderlichen Renommee allenthalben mangelt. Man dominiert darum zwar das „nationale“ Lager, züchtet sich durch die Nähe zu subkulturellen Milieus vielfach selbst den Nachwuchs heran und hat sich darüber nachdrücklich verjüngt, zeigt sich abseits davon für die Mehrheit der Leute allerdings schlicht nicht zustimmungsfähig.

Wovon nicht zuletzt die durchwachsenen Wahlergebnisse zeugen, die trotz des tiefgreifenden Wandels von der traditionsverhafteten und teilweise verstaubten „Altherrenpartei“ zur dynamischen Aktionsplattform nach wie vor nur vereinzelt zunehmen. Während die „alte“ NPD in der jungen Bundesrepublik einen kontinuierlichen, jedoch abrupt endenden Vormarsch erlebte und sich kurzzeitig sogar zu einer kleinen Volkspartei entwickelte<sup>2010</sup>, konzentriert sich die erheblich schmalere elektorale Basis der „neuen“ Nationaldemokraten jedenfalls nahezu komplett auf die neuen Bundesländer und dort erfahrungsgemäß vor allem auf die sozialschwachen Bevölkerungsteile, um im Westen dagegen nicht selten im Nullkommabereich zu stagnieren<sup>2011</sup>. Die programmatische Radikalisierung und der parallel dazu eingeleitete strategische Kurswechsel dürften in diesem Kontext sicherlich eine entscheidende Rolle spielen.

War die „alte“ NPD dem Selbstverständnis nach nämlich eine klassische Wahlpartei, die demokratische Normen und Verfahren einerseits gleichermaßen ablehnte wie gesellschaftliche Vielfalt, die extremistischen Wurzeln andererseits gekonnt durch nebulöse, größtenteils nationalkonservativ-antikommunistische Standpunkte und den Schleier gutbürgerlicher Salonfähigkeit und angeblicher Verfassungstreue zu kaschieren wusste, geben die „neuen“, erkennbar nationalrevolutionär und nationalsozialistisch argumentierenden Nationaldemokraten jetzt die kämpferische Speerspitze des „Nationalen Widerstands“, die eben jenes System, in dem die Vorgänger noch eilfertig anerkannt werden wollten, kategorisch ablehnt. Obwohl sich einige grundlegende Ideologiefragmente und Prinzipien wie der expansive Obrigkeitsstaat und das Ideal der Volksgemeinschaft gewiss schon in der Vergangenheit in deren Politikansätzen ausmachen ließen, geht von solchen Ordnungsvorstellungen demnach längst eine ganz andere Intensität aus<sup>2012</sup>. Die

---

<sup>2010</sup> Siehe Kapitel 6.1.4.

<sup>2011</sup> Siehe Kapitel 8.3.

<sup>2012</sup> Vgl. Pfahl-Traugher: NPD in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre, S. 34/35.

intendierte Diffusität ist grundsätzlichem Dogmatismus gewichen<sup>2013</sup>. In der Folge hat sich die „weiche“, das heißt moderate und aufgrund dessen wohl durchaus wählbare Fassade der Frühphase mehr und mehr zu einer weltanschaulich ausgesprochen „harten“ und aggressiven Variante ausgewachsen, für die eine Versöhnung mit der Bundesrepublik außer Frage steht und die stattdessen explizit auf deren Beseitigung hinarbeitet, was auf die meisten Bürger abschreckend wirkt und eine ausschließlich abfällige, hin und wieder auch skandalisierende mediale Berichterstattung heraufbeschwört.

Im Kern entspricht das Profil der gegenwärtigen NPD somit dem einer offensiv fundamentaloppositionellen und stellenweise förmlich „sektiererischen“<sup>2014</sup>, organisatorisch vorwiegend von männlichen Arbeitern und Arbeitslosen getragenen Kaderpartei mit sehr geringem Altersdurchschnitt sowie einem großen Aktivistenanteil und vergleichsweise marginalen Kontingent vorzeigbarer Persönlichkeiten oder Kandidaten<sup>2015</sup>, was die gebietsweise zu verzeichnenden, mehr oder minder fadenscheinigen Anwendungen einer verbürgerlichten Außendarstellung ohne die gewohnten Ausfälligkeiten und Provokationen weithin erschwert. Man stilisiert sich gemeinhin nicht nur agitatorisch zur Partei des „kleinen Mannes“, der Verunsicherten und abstiegsbedrohten Unzufriedenen, sondern kommt auch in der Praxis als Vertreterin, um nicht zu sagen als Ventil der Unterschichten, der gefühlten Modernisierungsverlierer und subjektiv Unterprivilegierten daher. Inhaltlich hat sich der dezidiert antiliberale, antipluralistische und antidemokratische völkische Nationalismus derweil hinlänglich durchgesetzt; dennoch deckt sich das äußerlich halbwegs homogene Erscheinungsbild der Nationaldemokraten auf dieser Ebene kaum mit deren ähnlich konfliktreichem wie kompromissarmem Innenleben, in dem keineswegs Einstimmigkeit und harmonisches Einvernehmen herrschen, vielmehr – man denke allein an den schonungslosen Wettstreit von „deutschem“ und „sächsischem Weg“<sup>2016</sup> – diverse Einfärbungen um das Erstrecht zur Interpretation des herauskristallisierten Weltbilds konkurrieren.

Wiewohl dessen apodiktischer Wesensgehalt die populistische Reaktionsfähigkeit der NPD von Natur aus bremst<sup>2017</sup>, bemühen sich die Rechtsextremisten augenscheinlich, sich selbst als „modern“ zu präsentieren und sich mithilfe sozialpolitischer Themenangebote in antikapitalistischem Tonfall, professionell aufgemachter Werbung und aufsehenerregender

---

<sup>2013</sup> Siehe Kapitel 7.

<sup>2014</sup> Backes, Uwe: Das ideologisch-programmatische Profil der NPD im europäischen Vergleich. In: Ders./Steglich, Henrik (Hrsg.): Die NPD. Erfolgsbedingungen einer rechtsextremistischen Partei. Baden-Baden, 2007, S. 301-316, S. 302.

<sup>2015</sup> Siehe Kapitel 8.4.1.

<sup>2016</sup> Siehe Kapitel 6.3.9.

<sup>2017</sup> Vgl. Backes: Ideologisch-programmatisches Profil der NPD, S. 315.

bis brüskierender Techniken wie den beschriebenen „Wortergreifungen“ und Tabubrüchen attraktiv zu machen<sup>2018</sup>, um bei möglichst breiten Wählersegmenten zu punkten. Was beinahe automatisch Widersprüchlichkeiten und Reibungsverluste mit sich bringt, da sich die mancherorts aufgesetzte Maske der bürgerfreundlichen „Kümmererpartei“, die durch aufwendige Graswurzelarbeit auf der Kommunalebene in die Mitte der Gesellschaft drängt<sup>2019</sup>, beispielsweise von Grund auf mit dem in der Demonstrationpolitik anklingenden ambivalenten Gewaltverständnis<sup>2020</sup>, der Rekrutierung martialisch auftretender Kräfte sowie der bevorzugt affirmativen Kommentierung des „Dritten Reiches“ beißt. Sinn und Zweck dieser immanenten Zwiespältigkeiten, mit denen die Nationaldemokraten mitunter auch innerparteiliche Nebenkriegsschauplätze aufmachen, liegen vermutlich darin, die Zugangsformen ausdifferenzieren, um verschiedenste Zielgruppen und Spielarten anzusprechen, zu vereinnahmen und letztlich zu aktivieren. Jeder soll sich „seine“ Version der NPD aussuchen können<sup>2021</sup>, deren Janusköpfigkeit schlechterdings schon in der „Vier-Säulen-Strategie“ klar angelegt ist: Gleichwohl dieses methodische Grundgerüst für den Wiederaufstieg der Nationaldemokraten auf das bis dato erreichte Niveau definitiv eine mehr als bedeutsame Weichenstellung darstellt und sich deren Protagonisten stets befleißigen, selbiges als in sich synergetisches Gesamtkalkül zu beschönigen, sorgen die evidenten Gegensätze im Wechselspiel der einzelnen Pfeiler mithin dafür, dass dessen Praktikabilität – und analog dazu das Wachstum der Partei – absehbar an bestimmte Grenzen stoßen muss. Primär, nachdem dem von Seiten der offen nationalsozialistischen Strömung, verbündeter Kameradschaften und Skinheads oftmals vehement eingeforderten „Kampf um die Straße“, der erwiesenermaßen viele „normalbürgerliche“ Wähler und Sympathisanten einschüchtert, und dem im Kontrast dazu oberflächliche Seriosität und Systemkonformität voraussetzenden „Kampf um die Parlamente“ ein explosives Spannungsverhältnis entspringt, das der optimierungsbedürftige „Kampf um die Köpfe“ und der „Kampf um den organisierten Willen“ nicht nachhaltig zu entschärfen vermögen.

In der Konsequenz mutet das enorme Konfliktpotential, das man mit jenem Konzept in Kauf nimmt, durch einstweilige Schwerpunktverlagerungen allenfalls notdürftig

---

<sup>2018</sup> Siehe Kapitel 8.2.2.

<sup>2019</sup> Siehe Kapitel 8.2.3.

<sup>2020</sup> Siehe Kapitel 8.1.2.

<sup>2021</sup> Vgl. Schulze: Viersäulenkonzept der NPD, S. 93.

austarierbar, mit Sicherheit jedoch nicht endlos aushaltbar an. Indem die erklärten „Systemfeinde“ einer eindeutigen politischen Richtungsentscheidung nichtsdestotrotz aus dem Weg zu gehen und den gefährlichen Spagat zwischen der Selbstinszenierung als aktionistischem Straßenkampfverband und dem zweifelhaften Ruf einer glaub- und vertrauenswürdigen parlamentsorientierten Wahlplattform aufrechtzuerhalten versuchen, arbeiten diese der angestrebten Integrationsleistung zwangsläufig entgegen, pflegen mit anderen Worten nur die eigene Randständigkeit – und drohen deshalb im Resultat eher zum gesellschaftlich endgültig geächteten Schmelztiegel militanter Szenegänger zu verkommen als zum einstigen Status einer massenkompatiblen „nationalen“ Sammlungsbewegung zurückzukehren.

### **9.3. Die NPD in Politik und Gesellschaft**

Politische Geländegewinne rechtsextremistischer Gruppierungen resultieren erfahrungsgemäß aus einem ausgedehnten, ebenso vagen wie vielschichtigen Geflecht externer und interner Prämissen<sup>2022</sup>. Dazu gehören abseits grundlegender Bedürfnisse und Mentalitätsbestände der Bevölkerung stets gewisse systemische und gesellschaftliche Besonderheiten in Bereichen wie Wahlrecht, Parteien- und Presselandschaft sowie in Bezug auf spezifische Betrachtungsweisen und Mechanismen der allgemeinen Wahrnehmung. Beachtung verdienen aber auch situative Wirkungsfaktoren wie gängige Denk- und Deutungsmuster, Deprivationsgefühle und vorherrschende Proteststimmungen, deren Wurzeln gegebenenfalls in aktuellen Diskursen und Problemen, zum Beispiel der Wirtschaftslage und Wohlstandsverteilung, zu suchen sind.

Auf Akteursseite erfordert das eine erhebliche Anpassungsleistung; das eigene Angebot, das sich in der thematischen Agenda, Programmen und Personen manifestiert, muss sich mit der diffusen Nachfrage decken, dabei tunlichst den Anschein einer ernstzunehmenden Alternative erwecken – und somit einen Nerv treffen. Im Detail setzen erfolgreiche Wahlantritte demnach nicht nur ein anknüpfungsfähiges Meinungsklima samt einer nicht zu sehr polarisierten, da ansonsten zu dominanten Wettbewerbskonstellation der etablierten Kräfte sowie optimalerweise ausbleibende Konkurrenz durch szeninterne Mitbewerber voraus, sondern verlangen außerdem nach gut ausgeprägten populistischen Instinkten im Hinblick auf eine attraktive Kampagnengestaltung, einem geschlossenen, sich professionell und seriös ausnehmenden Habitus, angesehenen Identifikationsfiguren als Wortführern und

---

<sup>2022</sup> Vgl. Steglich: Erfolgsbedingungen der extremen Rechten, S. 56/57; Stöss: NPD, S. 45-47.

Kompetenz ausstrahlenden Kandidaten, gebührender Medienpräsenz und ausreichenden organisatorischen Kapazitäten zur Durchführung großzügiger Werbeaktionen.

Legt man anknüpfend daran zunächst die durchwachsenen Bundestagswahlergebnisse der NPD und demgegenüber deren mitunter deutlich stärkere Bilanzen in den Ländern zugrunde, wird ziemlich schnell sichtbar, dass solche „Nebenwahlen“ in der Regel mit aussichtsreicheren Rahmenbedingungen aufwarten, als wenn wegweisende, die Bürger wochenlang in den Bann ziehende Richtungsentscheidungen auf Bundesebene anstehen<sup>2023</sup>. Niedrigere Wahlbeteiligung und die von Grund auf engagiertere Stammwählerschaft verhelfen den andernfalls häufig im Nullkommabereich verkümmerten Stimmenanteilen der Nationaldemokraten hier verschiedentlich zu einem höheren Gewicht. Ferner befinden viele Leute die stellenweise zu sehr bundespolitisch durchdrungenen und darüber des eigentlichen Formats beraubten Landtagswahlen erwiesenermaßen für minder bedeutsam und sind deshalb eher bereit, zu experimentieren bzw. ebenfalls für extremistische Formationen zu votieren, um „Denkzettel“ zu verteilen und Druck zu machen<sup>2024</sup>. Zumal eine grobe „Tendenz zur Konsensualisierung“<sup>2025</sup> durch von den etablierten Parteien geteilte Zielsetzungen und in Ausnahmefällen sogar gemeinsam vorantriebene Anträge und Projekte der Transparenz des Politikbetriebs entgegenwirkt, ein gezieltes Abstrafen einzelner Akteure verhindert und stattdessen das gefährliche Trugbild eines „Kartells“ vermittelt, das den Antidemokraten und deren vereinfachender Propaganda geradewegs in die Karten spielt.

Währenddessen scheinen die Begleitsymptome eines zunehmend in Bewegung geratenden Parteiensystems, in dem sich die schwindenden Bindungen und zuweilen spürbar gestörten Beziehungen zwischen Wählern und Politikern in evidentem Misstrauen sowie grassierenden Neigungen zu Wechselwahl, Wahlabstinenz und sonstigem Protestverhalten äußern, der NPD auf den ersten Blick zusätzlich entgegenzukommen. Gleichwohl die Vormachtstellung der Volksparteien seit Langem schmilzt und sich die Pluralisierungs- und Fragmentierungswelle, die sich mutual aus der anschwellenden Volatilität speist und die Fluktuation der Präferenzen im Gegenzug durch die steigende Vielfalt der Politikangebote anfacht, schon mit der Etablierung der Grünen und Linken in den 80er und 90er Jahren in Gang setzte<sup>2026</sup>, hat dieser Prozess spätestens mit den massiven Einbrüchen

---

<sup>2023</sup> Vgl. Arzheimer, Kai: Wahlen und Rechtsextremismus. In: Bundesministerium des Innern (Hrsg.): Extremismus in Deutschland. Erscheinungsformen und aktuelle Bestandsaufnahme. Berlin, 2004, S. 56-81, S. 68.

<sup>2024</sup> Vgl. Ders./Schoen/Falter: Rechtsextreme Orientierungen, S. 228.

<sup>2025</sup> Linden: Feindliche Übernahme im Niemandsland?, S. 26.

<sup>2026</sup> Vgl. Decker: Politikverdrossenheit, S. 103/104.

der FDP und dem Erblühen der Piratenpartei ab 2011 abermals an Fahrt aufgenommen. Mittlerweile greifen die Menschen selbst in krisenhaften, wirtschaftlich schlechten Phasen keineswegs reflexartig auf die großen Parteien zurück, zeigen sich zusehends skeptischer und zudem aufgeschlossen für Neues – allein die Nationaldemokraten wissen daraus kaum relevante Mitnahmeeffekte zu schöpfen und kommen günstigstenfalls sporadisch zu Mandaten.

Dennoch ändert die marginale elektorale Rolle nichts daran, dass die Rechtsextremisten im Durchschnitt wesentlich mehr Publizität erzielen als andere Gruppierungen der selben Größenordnung, was abgesehen von der explizit „systemfeindlichen“ Rhetorik und dem aufsehenerregenden Gehabe, das aufgrund der erhöhten Gefahrensensibilität durch die streitbare Demokratie meilenweit erbitterte Gegenwehr sowie einen ausschließlich missbilligenden und nicht selten dramatisierenden medialen Grundtenor erzeugt, mutmaßlich auch daherrührt, dass durch deren Präsenz in den Parlamenten – wenigstens auf dem Papier – die Regierungsbildung und -arbeit erschwert wird: Nachdem die NPD für die etablierten Kontrahenten als Partnerin von vornherein ausscheidet, verschärfen sich durch deren Gegenwart von selbst die Majoritätsanforderungen, erzwingt die Gewährleistung der absoluten Mehrheit im Plenum eventuell eine Große Koalition oder die Mitwirkung einer dritten Partei. In der Konsequenz drohen sich die Möglichkeiten zur alltäglichen Konsensfindung, die eingedenk der durch sachpolitische Klippen und Megatrends wie supranationale Gesetze oder die Globalisierung oftmals eingedämmten Gestaltungsspielräume ohnehin allmählich zur Gratwanderung avanciert, empfindlich zu verengen<sup>2027</sup>. Obschon die selbsterklärte Fundamentalopposition augenblicklich „nur“ in zwei Landtagen in Ostdeutschland sitzt und die nationaldemokratischen Fraktionen realiter selbst dort – weitab Blockaden auslösender Obstruktionspolitik – allenfalls geringen Einfluss auf die Belange der Exekutive ausüben, zeugen die drei Fälle vorgezogener Landtagswahlen in den alten Bundesländern im Lauf des Jahres 2012 gleichzeitig davon, dass dauerhaft stabile Bündnisse wahrscheinlich generell rarer werden.

Zum Teil dürfte das auch das Resultat einer asymmetrischen Repolarisierung des Parteiensystems sein, die die Kompromissfähigkeit der etablierten Kräfte in der Tat auf die Probe stellt<sup>2028</sup>. Auf die zentrale Frage, wer grundsätzlich mit wem kooperieren kann, gibt es in der Folge zugegebenermaßen mehr, zugleich jedoch weniger eindeutige Antworten denn je. Demgemäß wurden in den vergangenen Jahren bereits diverse neue bzw. für Deutschland nachgerade atypische Modelle wie die „Jamaika-Koalition“ im Saarland

---

<sup>2027</sup> Vgl. Bergsdorf: Neue NPD, S. 13.

<sup>2028</sup> Vgl. Miliopoulos: Strategische Ansätze, Potentiale und Perspektiven der NPD, S. 136.

(2009-12) und die „rot-grüne“ Minderheitsregierung in Nordrhein-Westfalen (2010-12) ausprobiert, die den Stresstest rückblickend allerdings nicht bestanden und vorzeitig auseinanderbrachen. Ob der nicht abreißen wollenden Formschwankungen der FDP wird nichtsdestotrotz vor allem die CDU/CSU absehbar wohl schwerlich daran vorbeikommen, andere Optionen auszuloten, wodurch das wechselhafte Orientierungsstadium vorläufig anhalten sollte. Unabhängig davon weist das politische Spektrum aus ideologischer Sicht – mit der breiten Spanne von der inzwischen nahezu bundesweit vertretenen Linken über die Grünen bis zur SPD – wie angedeutet eine klare Schlagseite auf, weil außer der betont mittig und manchmal allzu „europaeuphorisch“ bzw. „nationsskeptisch“ ausgerichteten Union und den angeschlagenen Liberalen einfach kein adäquates Gegengewicht in Gestalt einer massenkompatiblen, konservativen und prinzipiell demokratischen Rechtspartei existiert und dieser Randbereich insofern verwaist bleibt<sup>2029</sup>.

Wenngleich die dadurch eröffneten Nischen den Wiederaufstieg der NPD auf das bisherige Niveau einerseits sicherlich begünstigt haben und diese es bis zu einem bestimmten Maß bewerkstelligt hat, das vormals hochgradig in sich versprengte und verfehdete rechtsextremistische Milieu zu einen und an sich zu binden, steht andererseits zu erwarten, dass deren rigide Weltanschauung und Militanz sowie symbolisch dafür die in einigen Momenten erschreckende Nähe zum historischen Nationalsozialismus ein beständiges Wachstum in die Mehrheitsgesellschaft hinein be- bzw. verhindern. Nach einhelligem Kenntnisstand gilt das Potential für eine anschlussfähige, deutschlandweit in die Parlamente einziehende „rechte“ Kraft darum zwar als empirisch vorhanden<sup>2030</sup>, erweist sich gegenwärtig aber zumindest für die stigmatisierten Nationaldemokraten als relativ schwierig zu vereinnahmen.

Inhaltliche Ansatzpunkte dafür bestünden vorneweg im Aufgreifen bewährter Motive wie Ausländerfeindlichkeit und chauvinistischer Interessenpolitik, die weiterhin von vielen Menschen befürwortet werden und bei behutsamer Ausgestaltung charakteristische Alleinstellungsmerkmale versprechen<sup>2031</sup>. Im exzessiven Ausmaß und der prekären bis desolaten Form, in der die NPD die dazugehörigen Forderungen und politischen Konzepte zu präsentieren pflegt, bilden Angebot und Nachfrage indessen einen ganz beträchtlichen, Außenstehende größtenteils irritierenden und intimidierenden Kontrast. Denn ohne Zweifel würden die wenigsten derjenigen „Normalbürger“, die sich am nicht näher konkretisierten

---

<sup>2029</sup> Vgl. Miliopoulos: Strategische Ansätze, Potentiale und Perspektiven der NPD, S. 132; Ders.: NPD als Machtfaktor im Parteiensystem S. 228/229.

<sup>2030</sup> Siehe Kapitel 4.1.2.

<sup>2031</sup> Siehe Kapitel 4.1.3.



Zugegen sein von „Fremden“ stören oder den angeblich zu großen staatlichen Finanzaufwand für Zuwanderer kritisieren, deswegen sofort so weit gehen, alle Nichtdeutschen ausnahmslos auszuweisen – die Nationaldemokraten drängen dagegen genau darauf und artikulieren das gleichermaßen offen wie aggressiv. Hinzu kommt deren durch die symbiotische Einbindung subkultureller Elemente vielfach kämpferisches, latente Gewaltbereitschaft signalisierendes Erscheinungsbild, das den über Gebühr kategorischen Einschlag dieses Homogenitätsstrebens in drastischer und letzten Endes kontraproduktiver Hinsicht veranschaulicht.

Mithin stellt sich die Marke NPD heute als vollkommen verbrannt heraus; das selbst heraufbeschworene Bedrohungsszenario einer aufrührerischen Kraft, die den heiklen Konnex zur Nation schon im ersten Buchstaben des Namens kürzels vor sich herschiebt, erntet automatisch Misstrauen, schürt anstelle von Beifallsbekundungen allenthalben Bedenken und Kassandrarufer. In Reaktion darauf haben die Rechtsextremisten mit der Kurskorrektur zu antikapitalistisch und globalisierungsfeindlich angehauchter Sozialpolitik und dem mancherorts auszumachenden Schwenk zum „Kümmerergestus“ geflissentlich „weichere“, anscheinend modernere und werbeträchtigere Schwerpunkte gesucht, die aus größerer Distanz gesehen durchaus geeignet anmuten, womöglich auch außerhalb der angestammten Klientel Resonanz hervorzurufen und Sympathien zu gewinnen. Trotz der damit zeitweise einhergehenden Verbürgerlichungsbestrebungen muss der enorme Nachdruck, mit dem die Nationaldemokraten für jene Vorstellungen eintreten, die erhoffte Tragweite mittelfristig jedoch erneut zunichtemachen.

Für das Gros der Leute stößt der Wunsch nach Wärme, solidarischer Geborgenheit und sozialstaatlicher Fürsorge, an den deren Gegenentwürfe subtil appellieren, nämlich dort an seine Grenzen, wo der antitotalitäre Grundkonsens sowie insbesondere die individuellen Freiräume angetastet werden, weil die selbstbestimmten Lebensstile und Gepflogenheiten mit der anachronistischen Vision der antiliberalen und antipluralistischen, stromlinienförmigen Volksgemeinschaft inzwischen – anders als in der Vergangenheit – schlichtweg nicht mehr zu arrangieren sind. Um nicht zu sagen die pragmatischen Bürger der Bundesrepublik definieren sich nunmehr aus Überzeugung als postnationale Gesellschaft, so dass die Bereitschaft zur persönlichen Unterordnung stetig nachlässt, den Menschen das Gemeinwesen primär als im nötigsten Maße verbindender und dennoch nicht verbindlicher Grundstock statt als allmächtiger, vereinheitlichender Überbau dient<sup>2032</sup>. Infolgedessen stellt sich die Partei durch die ausufernde Intensität und

---

<sup>2032</sup> Siehe Kapitel 3.8.

Kompromisslosigkeit der eingenommenen Perspektiven selbst vor eine schier ausweglose Krux.

Mit dem unverkennbaren Drang zu Radikalität und Brachialität im Denken und Gebaren, der unter anderem in apodiktischen Wahrheitsansprüchen, heftigen Diffamierungen und Beleidigungen „ungläubiger“ Gegner sowie unverhohlenen Rekursen auf das „Dritte Reich“ kulminiert, kommt die NPD also kaum umhin, sich die durch aufwendige Mimikry angebahnten Brücken in die Mitte der Gesellschaft auf halbem Wege selbst abzureißen. Dass man dessen ungeachtet mindestens in Teilen der neuen Bundesländer den Durchbruch geschafft hat und zwischenzeitlich im Begriff ist, sich langfristig zu verankern, dürfte unterdessen auch an den von zwei aufeinanderfolgenden Diktaturen gezeichneten geistigen Befindlichkeiten, der ausbaufähigen zivilgesellschaftlichen Basis und den hartnäckigen Transformationsnachwehen liegen, die nach wie vor greifbar sind und in der Bevölkerung gelegentlich in Desillusionierung und Bitterkeit umschlagen<sup>2033</sup>. Nostalgische Affinitäten zu egalitären Ansätzen, die etwa für eine protektionistische Wirtschaftsordnung mitsamt sozialistischem Wohlfahrtsapparat eintreten und darüber mit den in der DDR eingeschliffenen kollektivistischen Denkweisen korrespondieren, erfahren in der kapitalismusfeindlich und sozialpopulistisch eingefärbten Agitation der Nationaldemokraten dabei einen scheinbar passenden Widerhall. Obendrein profitieren die Rechtsextremisten partiell von der schwächeren „Reeducation“ und den für gewöhnlich medienkritischeren Auffassungen, die dafür sorgen, dass sich viele Ostdeutsche der vom Westen vorexerzierten pauschalen Ausgrenzung verwehren und somit vermeintlich größere Akzeptanz verheißen, von den verbreiteten Abwehrhaltungen und Ressentiments gegenüber Ausländern verbunden mit mangelnder Routine in der Auseinandersetzung mit den seit der Wiedervereinigung hereingebrochenen multikulturellen Realitäten sowie darüber hinaus von den gravierenden strukturellen Defiziten vor Ort – dem demographischen Wandel, der hohen Arbeitslosigkeit und den gemeinhin dünn gesäten Wurzeln demokratischer Antagonisten.

Des Weiteren verbessern in den neuen Bundesländern natürlich auch die verglichen mit den alten meist niedrigere Demokratiezufriedenheit sowie deren starke Bindung an die Wohlstandsentwicklung die strategischen Bedingungen für die NPD<sup>2034</sup>. Wobei in diesem Kontext nicht zu vergessen ist, dass die „Bonner Republik“ trotz durchweg positiver Konjunktur einst ähnlich verhaltene Werte aufwies, die dann einigermaßen schleppend auf das derzeitige Level stiegen – und daher für die erst viel später angelaufenen und durch die

---

<sup>2033</sup> Vgl. Backes: Entzauberung der Extremisten?, S. 20-28; Philippsberg: Strategie der NPD, S. 68/69.

<sup>2034</sup> Vgl. Decker/Brähler: Vom Rand zur Mitte, S. 70-72.

disparaten Lebensbedingungen nicht sonderlich erleichterten Lern- und Reifeprozesse der politischen Kultur im ehemaligen Beitrittsgebiet nur sehr eingeschränkt taugliche Referenzpunkte abgeben<sup>2035</sup>. Wiewohl die nationaldemokratischen „Menschenfänger“ aufgrund der angeführten Umweltfaktoren im Osten bislang gerade in der Provinz vorteilhaftere Erfolgchancen vorfinden als anderswo, bleibt nichtsdestoweniger zu konstatieren, dass die Partei insgesamt keinesfalls auf dem Weg in die Mitte, vielmehr hüben wie drüben großflächig isoliert ist, da deren subversive Umtriebe seitens des gesellschaftlichen Establishments, das heißt der Eliten in Medien, kirchlichen und gewerkschaftlichen Einrichtungen bzw. sonstigen intermediären Organisationen sowie an den Universitäten und im Unternehmertum an und für sich komplett geächtet werden, womit der „nationalen“ Opposition breitenwirksame Multiplikatoren und brauchbare Unterstützermilieus als wichtige Einfallstore gänzlich abgehen.

Vor diesem Hintergrund schafft es die kontinuierlich mit sich selbst beschäftigte NPD bis dato bloß in einigen Hochburgen, sich die erörterten und sich keineswegs in Nachteilen erschöpfenden Rahmenbedingungen ansatzweise zu eigen zu machen, kann abseits davon allerdings kaum einmal in das erwähnte konservative Vakuum stoßen – der eminente Härtegrad der Positionen sowie die martialische Verpackung sind akute Handicaps, die die eigene Reaktionsfähigkeit schmälern, dem Ruf beim moderateren Publikum schaden und bedingen, dass sich die bestehenden Potentiale mehrheitlich in Reihen der etablierten Rivalen, speziell der Volksparteien, sammeln<sup>2036</sup>. Mit anderen Worten, die Nationaldemokraten sehen sich zu Recht als Motor und Gravitationszentrum des „Nationalen Widerstands“, stellen außerhalb jener einschlägigen Wirkungskreise jedoch vorwiegend eine Randnotiz und nominell zu vernachlässigende Größe dar, wie eine Gegenüberstellung von Mitgliedszahlen und Gesamtbevölkerung verdeutlicht, die einen Maßstab von nicht einmal 1:10.000 ergibt.

Was der Tatsache keinen Abbruch leistet, dass deren simplifizierende, mittels Tabubrüchen und scharfzüngigen Tiraden lancierte Welterklärungsmuster punktuell mit landläufigen Ansichten zu kongruieren und in manchen Aspekten lediglich deren pointierter Ausdruck zu sein scheinen. Wodurch neuerliche, stimmungsgestützte Wahlerfolge bei allen Widrigkeiten bisweilen nicht auszuschließen sind. Besonders nicht in den neuen Bundesländern. Größere Zuwachsraten versprechen in diesem Zusammenhang

---

<sup>2035</sup> Siehe Kapitel 3.8.

<sup>2036</sup> Siehe Kapitel 4.1.4.

vornehmlich die „Gelegenheitsextremisten“: Denn wenigstens für das wachsende Reservoir der Verdrossenen, der sozialen Absteiger und Außenseiter heterogener Provenienz gereichen die sich durch strikte Antihaltungen hervortuenden Rechtsextremisten hin und wieder zum willkommenen Anlauf- und Knotenpunkt, entbieten denjenigen, die sich den ständigen Veränderungen und der Komplexität der herrschenden Verhältnisse in einem Akt dumpfen Protests entgegenstemmen wollen, ein höchste Aufmerksamkeit garantierendes Ventil. Was im Umkehrschluss mit sich bringt, dass sich notwendige demokratische Gegenmaßnahmen nicht zu sehr auf die Partei selbst, sprich auf deren moralische Geißelung, strafrechtliche Verfolgung bzw. je nachdem auch die bewusste Verkleinerung des Geltungsbereichs durch juristische Winkelzüge beschränken sollten, sondern mehr bei den sozialen Ursachen des sich darin streckenweise ballenden Unmuts ansetzen müssen, um dumpfe Parolen und dubiose Patentlösungen aufzudecken und auszuhebeln sowie durch aktive Politikgestaltung andere Wege aufzuzeigen.

#### **9.4. Ausblick**

Nach dem in erheblichem Maße der erörterten Neuausrichtung geschuldeten organisatorischen und ab 2004 auch elektoralen Wiedererstarken hat die NPD heute in vielen Bereichen die Stagnation ereilt, ging der anfängliche Schwung rasch in einem Strudel aus hausgemachten Krisen und Konflikten verschütt – das Bild, das die von Streitigkeiten und Selbstzerfleischungsprozessen gezeichnete Speerspitze des „Nationalen Widerstands“ Mitte 2012 abgibt, entspricht darum dem einer genauso rast- wie ratlos um deutschlandweite Bedeutung ringenden, obschon höchstens regional verankerten und reüssierenden Kleinpartei. Mögliche Auslöser für deren begrenzte Reichweite und Relevanz sind neben den besagten Machtkämpfen und nicht zu bestreitenden strukturellen Mängeln besonders in der ständigen Ambivalenz von durchschaubarer Mimikry und kaum verhohlener Aggressivität zu suchen, die dafür sorgt, dass die Masse der Menschen in den vermittelten Angeboten in der Regel keine veritablen Alternativen sieht. Mit der signifikanten Neigung zu dezidiert extremistischen Tönen und subversivem Gebaren vergraulen sich die Nationaldemokraten somit das Gros der „Normalbürger“ und versperren sich eigenhändig die Türen zur Mehrheitsgesellschaft.

Demzufolge nimmt sich sogar die vergleichsweise solide Basis, die man sich in den vergangenen eineinhalb Dekaden vorrangig in den neuen Bundesländern aufzubauen vermochte, mittlerweile nicht mehr endlos ausdehnbar aus. Wiewohl die „Systemfeinde“ hier gebietsweise durchaus als etabliert gelten und an erster Stelle in der Provinz einige

kommunalpolitische Pflöcke eingerammt haben<sup>2037</sup>, gereichten die Meilensteine der erstmaligen Wiedereinzüge in die Parlamente der „Musterländer“ Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern anno 2009 und 2011 keineswegs zu Selbstläufern, gelangen am Schluss eigentlich denkbar knapp<sup>2038</sup>. Von einem stetigen Vormarsch der Rechtsextremisten kann ergo selbst dort keine Rede sein. Vielmehr hält die NPD eine schmale, bereits durch die ideologische und habituelle Vehemenz beschränkte Nische besetzt und erreicht darüber bislang – bei intensiver Vorbereitung – ein bescheidenes, dafür immerhin halbwegs stabiles Niveau. Falls die Fraktionen in Dresden und Schwerin, deren einflussreiche Spitzenfunktionäre inzwischen auch die Führungsrolle innerhalb der Bundespartei ausüben<sup>2039</sup>, nichtsdestotrotz irgendwann an der Fünfprozenthürde abhandenkommen, dürfte das die nationaldemokratischen Spielräume auf einen Schlag verkleinern, nachdem diese vermeintlichen Brückenköpfe eines „neuen Deutschlands“ als Bühnen zur aufsehenerregenden Selbstinszenierung, als ergiebige Finanzquellen und intellektuelle Denkfabriken einen immensen Stellenwert aufweisen. Vor allem, da der Vorrat an Ressourcen, der abseits solcher Vorzeigeprojekte zur Realisierung der „nationalen“ Revolution zur Verfügung steht, nicht selten spärlich ausfällt.

Gerade aufgrund der anhaltenden wirtschaftlichen Probleme stellt die NPD entgegen der eigenen Propaganda eben kein wirklich starkes, die Bundesrepublik in den Grundfesten erschütterndes Phänomen dar, zumal sich die Partei darüber hinaus zwar auf einen weltanschaulich ausgesprochen „harten“ Nukleus stützt, sich speziell in strategischen Belangen aber weiterhin alles andere als homogen zeigt, weshalb sich zwischen schleppenden Bemühungen um den Nimbus der Professionalität und Bürgernähe allzu häufig kompromittierende Begleitmomente wie Gesetzesbrüche, Beleidigungen und ausdrückliche Berufungen auf den historischen Nationalsozialismus einschleichen – einheitlich ist daher allenfalls das zutiefst eingebrannte Negativimage in der Bevölkerung. Ausgerechnet der 2011 gewählte Vorsitzende Holger Apfel, der selbst nur wenig Ausstrahlung mitbringt, möchte dieser gravierenden Hypothek dringend Abhilfe schaffen und den miserablen Ruf durch modernere Außendarstellung, die Hervorhebung „gegenwartsbezogener“ Alltagsfragen und glaubhafter „Heimatverbundenheit“ sowie die Vorspiegelung „seriöser Radikalität“ widerlegen. Nach derzeitigem Kenntnisstand wirkt dennoch fraglich, wie genau das gelingen soll, weil es den Nationaldemokraten etwa für eine flächendeckende Profilierung als „Kümmererpartei“ außer an finanziellen Kapazitäten

---

<sup>2037</sup> Siehe Kapitel 8.2.3.

<sup>2038</sup> Siehe Kapitel 6.3.12. und 8.3.1.1.

<sup>2039</sup> Siehe Kapitel 6.3.12.

vorneweg an geeignetem Personal, sprich an einem Pool von gleichermaßen angesehenen wie anziehenden, Kompetenz und Prestige verheißenden „Köpfen“ fehlt. In der Vergangenheit ging das eklatante Defizit an Vertrauenswürdigkeit und Charisma, das sich daraus speist, außerdem meist mit einem generellen Zuviel an Chaos und Disharmonie einher, so dass in diesem Zusammenhang allenthalben merkliche Verbesserungen gefordert sind – um nicht zu sagen man müsste sich ganz neu erfinden.

Zuweilen steuern die externen Zwänge und Verpflichtungen der NPD gegenüber den subkulturellen Verbündeten dem gleichwohl direkt entgegen, schließen etwaige Kurskorrekturen in Richtung einer durchgängigen Verbürgerlichung stets das Risiko mit ein, die spannungsgeladene Kooperation mit den aktionsorientierten Kräften durch zu große Zurückhaltung vor die Zerreißprobe zu stellen, darüber den Zugang zum Nachwuchs abzuklemmen und im Resultat der erlangten Vormachtstellung zu schaden. Die Situation mutet dadurch absolut festgefahren an, denn ohne den Schulterschluss mit dem vorgelagerten Netzwerk aus Kameradschaften und Skinheads verlieren die Nationaldemokraten vielerorts an Kampagnenfähigkeit und Durchsetzungsvermögen, um mit deren oftmals Schrecken verbreitendem Dazutun die allerletzten Spuren von Salonfähigkeit zu verspielen und den angestrebten massenkompatiblen Sammlungscharakter vollends ad absurdum zu führen. Das nicht zu verkennende Dilemma ergibt sich daraus, dass die verschiedenen, militanten und moderaten Zielgruppen auf Dauer einfach nicht miteinander zu vereinen sind, sich erfahrungsgemäß gegenseitig abstoßen und gemessen daran auch in Zukunft lediglich geringfügige Zuwachsraten erwarten lassen. Um Abstand von dem jahrzehntelang gepflegten Außenseiterstatus zu gewinnen, sind vereinzelte, mitunter klar stimmungsbegünstigte Achtungserfolge kaum genug – und mit viel mehr ist nach jetzigen Anhaltspunkten nicht zu kalkulieren.

Vergegenwärtigt man sich daraufhin das summa summarum marginale Gewicht der NPD, dann sind sinnvolle Gegenmaßnahmen sicherlich stärker an den Geboten der Notwendigkeit und Verhältnismäßigkeit als an symbolpolitischen Gesten auszurichten. In der Folge erweist sich die populäre Forderung nach einem erneuten Verbotsverfahren schnell als ebenso prekär wie die streckenweise praktizierten Verkürzungen des Versammlungsrechts durch die Verweigerung angefragter Veranstaltungssäle und die Flucht in parlamentarische Geschäftsordnungstricks, da in solchen Winkelzügen jeweils der per se nicht sonderlich demokratische Verdacht mitschwingt, im Geheimen darauf abzielen, sich eines missliebigen Gegners auf „mühelem“, nämlich juristischem statt politischem Wege zu entledigen. Allein die evidente soziale Randständigkeit der

Antidemokraten lässt die Anwendung derart nachhaltig in die liberale Verfassungsordnung einschneidender Reaktionsformen schwerlich empfehlenswert erscheinen – ein echter „Aufstand der Anständigen“ legt dagegen ein selbstbewussteres Vorgehen nahe. Auch, weil die nationaldemokratische Agitation beachtliche Angriffsflächen zu einer die gängige Ab- und Ausgrenzung nachvollziehbar begründenden und weithin entzaubernden Auseinandersetzung bietet, die es besser zu nutzen gilt.

Nur mit inhaltlich differenzierter Widerrede ist die NPD zu enttarnen und sozusagen mit den eigenen Waffen zu schlagen. Mithin braucht die in diesem Punkt für gewöhnlich demonstrativ ge- und entschlossen auftretende Phalanx der etablierten Politik, die sich bisweilen zu sehr darauf beruft, die Rechtsextremisten nicht aufwerten zu wollen und aufgrund dessen bevorzugt zu „saubereren“ behördlichen Methoden und Repressalien greift, selbige noch nicht einmal direkt zu adressieren, geschweige denn in den allgemeinen Meinungs-austausch einzubinden. Man steht dafür allerdings in der Pflicht zu erhellen, was genau an deren Positionen und Forderungen zu beanstanden ist, bevor die Partei den argumentationsfreien Freiraum gegebenenfalls eigenmächtig ausschöpft, um sich werbewirksam zur Märtyrerin zu stilisieren. Entscheidend ist demnach, wenn schon nicht mit, dann wenigstens über die Nationaldemokraten zu sprechen – und das nüchtern und sachlich, ohne die obligatorischen Emotionalitätsausbrüche und moralischen Entrüstungsbekundungen. Im Kern geht es darum, diese nach außen nicht „grundlos“ zu stigmatisieren, sondern den antitotalitären Konsens durch geistige Konfrontation aufzufrischen und die massiven gesellschaftlichen Konsequenzen, die sich aus deren Konzepten ankündigen, näher zu ergründen und für alle greifbar zu machen.

Zum Beispiel ist zu verdeutlichen, dass wer die NPD in erster Linie wegen kruder Parolen wie „Arbeit für Deutsche“ wählt, gleichzeitig das Projekt der „Ausländerrückführung“ gutheißt, das Blut und Boden zum Maßstab der Menschenwürde verabsolutiert, einen egal wie gearteten Migrationshintergrund zum Ausschlusskriterium erhebt und einen kompromisslosen Abschiebemodus vorsieht, der keinerlei Ausnahmen kennt und selbst die seit Langem vertraute und integrierte vietnamesische Nachbarsfamilie, den in Deutschland geborenen Beamten iranischer Abstammung und den Besitzer des indischen Lieblingsrestaurants kurzerhand zu entfernen intendiert. Oder, dass die Versprechen sozialer Wärme, Ordnung und Gerechtigkeit, die in den anachronistischen Visionen der Volksgemeinschaft und der autarken, aus Globalisierung und Welthandel ausbrechenden „raumorientierten Volkswirtschaft“ anklingen, realiter die Wiederbelebung des mindestens autoritären, allemal über den Individuen stehenden Obrigkeitsstaats zur

Geschäftsgrundlage machen, dessen radikale Gestaltungsansprüche mittelfristig in machtpolitischen Größenwahn, außenpolitische Isolation sowie rückläufigen Wohlstand zu münden drohen. Eine solchermaßen bedenkliche, absehbar nahezu alle pluralistischen Errungenschaften seit 1945 widerrufende Entwicklung würden bestimmt die wenigsten als wünschenswert auffassen bzw. aktiv befürworten – womit sich die nationaldemokratischen Entwürfe bei detaillierter Erläuterung praktisch selbst disqualifizieren.

Eine solche Aufklärung ist obendrein schon deshalb vonnöten, da die NPD seit geraumer Zeit versucht, durch demonstrative Nachfrageorientierung zu glänzen und die dubiosen Zielsetzungen hinter vorpolitischer Anbiederung und „verkaufsfördernden“ Einzelaspekten wie der Ablehnung des Euro oder der Antiislamkampagne zu verbergen, die ob des gesteigerten Aktualitätsgehalts und der sozialpopulistischen, Zustimmungsfähigkeit suggerierenden Aufmachung ohne Zweifel heikler Natur sind. Mithilfe der Medien als zuarbeitenden Multiplikatoren ist es an den etablierten Kräften, adäquat darauf zu antworten, die Bevölkerung zunächst zu informieren und sensibilisieren, um ein Bewusstsein für derart perfide Meinungsmache zu schaffen und eine permanente, von der schwankenden Konjunktur antidemokratischer Bestrebungen abgekoppelte Beschäftigung zu initiieren. Davon, diese Mammutaufgabe ausschließlich auf politische Bildungseinrichtungen im schulischen und zivilgesellschaftlichen Bereich abzuwälzen, wäre dagegen insofern abzuraten, als die erforderliche Breitenwirkung dann wahrscheinlich ausbliebe indem deren punktuelle Maßnahmen insbesondere die Mehrheit der älteren Bürger zwangsläufig eher sporadisch erfassen. Währenddessen kommt es nicht zuletzt darauf an, die Wurzeln zu kurieren anstatt nur oberflächliche Symptome einzuhegen, die nationaldemokratische Wähler- und Sympathisantenschar also nicht kampflos aufzugeben, Beschimpfungen zu entsagen und eventuell ausschlaggebende Motive wie deprimierende Lebensbedingungen, nicht erfüllte Bedürfnisse und offenkundige Sorgen ernst zu nehmen, um zumindest die noch nicht komplett in Systemverdrossenheit abgedrifteten Leute durch die Behebung kritisierter Missstände zurückzugewinnen<sup>2040</sup>. Im Gegenzug dienen extremistische Phänomene damit auch als drastische Gradmesser für die Problemlösungskompetenz eines demokratischen Gemeinwesens<sup>2041</sup>, die Versäumnisse und Verkrustungen erbarmungslos aufdecken.

Demgegenüber hat das Mittel des Verbots bereits deswegen immer das äußerste, bestenfalls ausnahmsweise heranzuziehende Verteidigungsinstrument zu bleiben, weil das

---

<sup>2040</sup> Vgl. Jesse, Eckhard: Der Umgang mit parteipolitischem Rechtsextremismus. Sankt Augustin, 2005, S. 16/17.

<sup>2041</sup> Vgl. Backes/Ders.: Extremismus in europäischen Demokratien, S. 43.



bewährte Modell der streitbaren Demokratie auch ohne den hektischen Rückgriff auf diesen letzten Notanker funktioniert bzw. sich insoweit als disziplinierend herausstellt, als die NPD augenfällig haargenau weiß, wo der sanktionierbare Rand zur Verfassungswidrigkeit beginnt, sich fortwährend durch den Verfassungsschutz beobachtet fühlt und den fundamentaloppositionellen Duktus ob des wahrgenommenen Verfolgungsdrucks wenigstens offiziell im legalen Rahmen hält. Man klammert sich dem Vernehmen nach an den Grundsatz, dass eine Partei, die nichts Verbotenes tut, an und für sich nicht von einem derartigen Vergeltungsschlag ereilt werden kann<sup>2042</sup>, wähnt sich dabei in einer sicheren Grauzone – und schickt sich trotzdem ein ums andere Mal an, die Grenzen der Provokation auszutesten. Und die sind zugunsten der Meinungsfreiheit zu Recht so großzügig gehalten, dass selbst ein Antrag gegen die Nationaldemokraten, der zusätzlich zu den gängigen Volksverhetzungsdelikten die Verstrickung einzelner Mitglieder in gewaltsame Ausschreitungen und Anschläge hervorhebt, um die dahinterstehenden Umsturzgedanken zu erhärten, vor dem Bundesverfassungsgericht gewiss ziemlich schlechte Aussichten hätte, das gewünschte Urteil herbeizuführen, da es für solcherlei Anwendungen in deren Reihen zugegebenermaßen genügend Belege gibt – und es sich dennoch schwierig gestalten dürfte, einen stichhaltigen Nachweis für deren Repräsentativität zu erbringen<sup>2043</sup>. Dafür wäre wohl schon die Vorlage eines expliziten Parteitags- oder Präsidiumsbeschlusses bzw. eines ähnlich wichtigen und aussagekräftigen Dokuments nötig, in dem ohne Umschweife zur systematischen Verübung einschlägiger Vergehen aufgerufen wird, ansonsten sind diese Umtriebe als „normale“ Verfehlungen eigenverantwortlicher Privatpersonen nur strafrechtlich zu ahnden.

So eindeutig die antidemokratische Stoßrichtung der NPD auf den ersten Blick aufleuchtet, erscheint eine Beweisführung zu deren amtlicher Niederschlagung demgemäß enorm anspruchsvoll. Denn auch der Vorsatz, die Bundesrepublik irgendwann nach dem Vorbild der DDR „abzuwickeln“, ist für sich allein genommen noch nicht hinreichend, um das Damoklesschwert herabzusenken, stattdessen sind nennenswerte Vorstöße zur Bewerkstelligung dieses aufrührerischen Vorhabens gefordert. Um einer ausufernden Praxis entgegenzutreten, haben die Karlsruher Verfassungsrichter die Kautelen für ein Verbot hoch angesetzt und früh ein aktiv-kämpferisches und aggressives Verhalten, das einem fixen Plan folgend auf eine Demontage der freiheitlichen Demokratie hinausläuft, als elementare Prämisse für die Verhängung der Kapitalstrafe festgeschrieben. Von den mit der Verfahrenseinstellung 2003 abermals erhöhten Hürden im Hinblick auf die nach wie

---

<sup>2042</sup> Vgl. Homepage des NPD-Bundesverbands: Volksnah und zukunftsorientiert.

<sup>2043</sup> Vgl. Backes: Ideologisch-programmatisches Profil der NPD, S. 308.

vor nicht geklärte Problematik um so genannte „V-Männer“ und eine mutmaßliche Verzerrung der Indizienlage durch staatlich gelenkte Informanten in den nationaldemokratischen Vorstandsriegen<sup>2044</sup>, die einen neuerlichen Prozess aller Voraussicht nach zu einem Vabanquespiel machen, ganz zu schweigen. Unter dem Strich kann ein erneutes Scheitern aufgrund von Falscheinschätzungen oder Formfehlern, das in mancher Hinsicht gleichbedeutend mit einem endgültigen Freispruch wäre, damit kaum ausgeschlossen werden, warum von einem derart gewagten Unterfangen ohne akuten Handlungsdruck abzusehen ist.

Für die antragsberechtigten Instanzen bedeutet das, vor der aufwendig zu prüfenden Frage der rechtlichen Zulässigkeit optimalerweise die der politischen Zweckmäßigkeit und Tragweite zu klären bzw. von vornherein abzuwägen, ob solch schwerwiegende Interventionen im konkreten Fall angebracht und befähigt sind, rechtsextremistische Tendenzen abschließend zu beheben – oder ob diese das Thema vielleicht bloß vorübergehend verlagern. In Bezug auf die NPD ist derweil fast davon auszugehen, dass die formelle Beseitigung des mit Steuergeldern alimentierten Parteiapparats für die anhängige Szene in der ersten Phase eine empfindliche Schwächung darstellen, das manifeste und mit erstaunlichem Sendungsbewusstsein ausgestattete Potential mehrheitlich aber kaum aufgeben und folglich auf andere, womöglich konspirative Plattformen und Strukturen ausweichen würde. Jedenfalls hat schon die Verbotswelle gegen das neonationalsozialistische Vereinswesen anfangs der 90er Jahre hinlänglich gezeigt, dass Ideologien naturgemäß außerhalb administrativer Wirkungskreise liegen, sich per Verordnung auf den Index setzen, losgelöst davon allerdings nicht pauschal aus der Welt schaffen lassen<sup>2045</sup>. Zu den primären Nutznießern der damaligen Zerschlagungen avancierten schließlich die Nationaldemokraten selbst, auf deren programmatische und strategische Neuausrichtung der plötzliche personelle Zuwachs sichtbar abfärbte. Im Grunde wucherte das Geschwür somit schlicht woanders weiter.

Von daher entspringt dem klaren Nein zum Verbot keineswegs ein Ja zur NPD<sup>2046</sup>. Die eilige Sprengung einer Parteiorganisation ist gleichwohl nicht die „glatte“, effiziente und nebengeräuschfreie Patentlösung, zu der dieser Schritt in den wiederkehrenden Debatten gelegentlich erklärt wird. Wirksam Einhalt gebieten lässt sich dem Extremismus letztlich sowieso nur durch gesellschaftlichen Widerstand. Für eine „erwachsene“ Demokratie wie

---

<sup>2044</sup> Siehe Kapitel 6.3.3.

<sup>2045</sup> Vgl. Gerlach: Verbote rechtsextremistischer Vereine, S. 236.

<sup>2046</sup> Vgl. Leicht, Robert: Verbieten? Unsinn! Die NPD ist kein Fall für das Bundesverfassungsgericht. In: ZEIT 44/2000.

die Bundesrepublik setzt das voraus, zu einem souveränen Gleichgewicht fernab alarmistischer und verharmlosender Betrachtungsweisen zu finden; die Gegenwart „feindlicher“ Gruppierungen von einigermaßen erträglicher Größenordnung einerseits mit stoischer Gelassenheit auszuhalten und selbigen argumentativ entgegenzutreten, um Diffamierungen und Tabubrüchen auf Dauer den Boden zu entziehen und sich darüber der eigenen Werte zu versichern, andererseits strikte Demarkationslinien der Toleranz abzustecken und sich faktischen Bedrohungen mit der vollen Wucht des Gesetzes in den Weg zu stellen. Der Fortbestand der sich gegen alles und jeden auflehrenden Nationaldemokraten, der begreiflicherweise auf breiter Front als störend und ärgerlich erachtet wird, entpuppt sich dahingehend als Nervenspiel, das als kontinuierliche, gegenwärtig jedoch kaum existenzgefährdende Prüfung wie auch gleichsam als Preis der Freiheit bis auf weiteres schlechthin zu erdulden ist.

## 10. Anhang

### I. NPD-Bundesparteitage seit 1964

28.11.1964	Gründungsversammlung	Hannover
7.-9.5.1965	1. Bundesparteitag	Hannover
17.-19.6.1966	2. Bundesparteitag	Karlsruhe
10.-12.11.1967	3. Bundesparteitag	Hannover
22.2.1969	Außerordentlicher Bundesparteitag	Schwabach
13.-15.2.1970	4. Bundesparteitag	Wertheim
19.-21.11.1971	5. Bundesparteitag	Holzminden
21.10.1972	6. Bundesparteitag	Düsseldorf
12.-14.10.1973	7. Bundesparteitag	Düsseldorf
12./13.10.1974	8. Bundesparteitag	München
18./19.10.1975	9. Bundesparteitag	Ketsch
14.11.1976	10. Bundesparteitag	Frankfurt
26./27.3.1977	11. Bundesparteitag	Hannover
18./19.11.1978	12. Bundesparteitag	Arolsen
8./9.12.1979	13. Bundesparteitag	Ketsch
22./23.11.1980	14. Bundesparteitag	Augsburg
24./25.10.1981	15. Bundesparteitag	Völklingen
26./27.6.1982	16. Bundesparteitag	Germersheim
1./2.10.1983	17. Bundesparteitag	Fallingbostal
3./4.11.1984	18. Bundesparteitag	München
14./15.9.1985	19. Bundesparteitag	Neustadt/Weinstraße
8./9.11.1986	20. Bundesparteitag	Willingen
13.-15.11.1987	21. Bundesparteitag	Uehlfeld und Höchststadt
26.6.1988	Außerordentlicher Bundesparteitag	Feucht
11./12.2.1989	22. Bundesparteitag	Rahden
19./20.5.1990	23. Bundesparteitag	Helmstedt
7.10.1990	Außerordentlicher Bundesparteitag	Erfurt
8./9.6.1991	24. Bundesparteitag	Herzogenaurach
18.8.1993	25. Bundesparteitag	Coppenbrügge
15.1.1994	Außerordentlicher Bundesparteitag	Ehringshausen
10./11.6.1995	26. Bundesparteitag	Arnstorf
23./24.3.1996	Außerordentlicher Bundesparteitag	Bad Dürkheim
7./8.12.1996	Außerordentlicher Bundesparteitag	Ohrel
10./11.1.1998	27. Bundesparteitag	Stavenhagen
3./4.3.2001	Außerordentlicher Bundesparteitag	Lichtenhaag
16./17.3.2002	28. Bundesparteitag	Königslutter
30./31.10.2004	29. Bundesparteitag	Leinefelde
11./12.11.2006	30. Bundesparteitag	Berlin
24./25.5.2008	31. Bundesparteitag	Bamberg
4./5.4.2009	Außerordentlicher Bundesparteitag	Berlin
4./5.6.2010	32. Bundesparteitag	Bamberg
6.11.2010	Außerordentlicher Bundesparteitag	Hohenmölsen
12./13.11.2011	33. Bundesparteitag	Neuruppin

## II. NPD-Bundesvorsitzende seit 1964

November 1964 – Mai 1967	Friedrich Thielen
Mai 1967 – November 1967	Wilhelm Gutmann (nur kommissarisch)
November 1967 – November 1971	Adolf von Thadden
November 1971 – Dezember 1990	Martin Mußnug
Dezember 1990 – Juni 1991	Walter Bachmann (nur kommissarisch)
Juni 1991 – März 1996	Günter Deckert
März 1996 – November 2011	Udo Voigt
Seit November 2011	Holger Apfel

## III. Mitgliederentwicklung der NPD<sup>2047</sup>

<b>Jahr</b>	<b>Mitglieder</b>	<b>Jahr</b>	<b>Mitglieder</b>
1965	13.700	1990	6.500
1966	25.000	1991	6.100
1967	28.000	1992	5.000
1968	27.000	1993	5.000
1969	28.000	1994	4.500
1970	21.000	1995	4.000
1971	18.300	1996	3.500
1972	14.500	1997	4.300
1973	12.000	1998	6.000
1974	11.500	1999	6.000
1975	10.000	2000	6.500
1976	9.700	2001	6.500
1977	9.000	2002	6.100
1978	8.500	2003	5.000
1979	8.000	2004	5.300
1980	7.200	2005	6.000
1981	6.500	2006	7.000
1982	5.900	2007	7.200
1983	6.000	2008	7.000
1984	6.100	2009	6.800
1985	6.100	2010	6.600
1986	6.100		
1987	6.200		
1988	6.400		
1989	7.000		

---

<sup>2047</sup> Vgl. Hoffmann: NPD, S. 460; BMI (Hrsg.): Verfassungsschutzberichte 1998-2010.

#### IV. Bundestagswahlergebnisse der NPD

<b>Jahr</b>	<b>Zweitstimmenanteil</b>	<b>Jahr</b>	<b>Zweitstimmenanteil</b>
1965	2,0 %	1990	0,3 %
1969	4,3 %	1994	Nicht angetreten
1972	0,6 %	1998	0,3 %
1976	0,3 %	2002	0,4 %
1980	0,2 %	2005	1,6 %
1983	0,2 %	2009	1,5 %
1987	0,6 %		

#### V. Europawahlergebnisse der NPD

<b>Jahr</b>	<b>Zweitstimmenanteil</b>	<b>Jahr</b>	<b>Zweitstimmenanteil</b>
1979	Nicht angetreten	1999	0,4 %
1984	0,8 %	2004	0,9 %
1989	Nicht angetreten	2009	Nicht angetreten
1994	0,2 %		

#### VI. Landtagswahlergebnisse der NPD

<b>Jahr</b>	<b>Baden-Württemberg</b>	<b>Jahr</b>	<b>Bayern</b>
1968	9,8 %	1966	7,4 %
1972	Nicht angetreten	1970	2,9 %
1976	0,9 %	1974	1,1 %
1980	0,1 %	1978	0,6 %
1984	Nicht angetreten	1982	0,6 %
1988	2,1 %	1986	0,5 %
1992	0,9 %	1990	Nicht angetreten
1996	Nicht angetreten	1994	0,1 %
2001	0,2 %	1998	0,2 %
2006	0,7 %	2003	Nicht angetreten
2011	1,0 %	2008	1,2 %

<b>Jahr</b>	<b>Berlin</b>	<b>Jahr</b>	<b>Brandenburg</b>
1967	Nicht angetreten	1990	0,1 %
1971	Nicht angetreten	1994	Nicht angetreten
1975	Nicht angetreten	1999	0,7 %
1979	Nicht angetreten	2004	Nicht angetreten
1981	Nicht angetreten	2009	2,6 %
1985	Nicht angetreten		
1989	Nicht angetreten		
1990	Nicht angetreten		
1995	Nicht angetreten		
1999	0,8 %		
2001	0,9 %		
2006	2,6 %		
2011	2,1 %		

**Jahr Bremen**

1967	8,8 %
1971	2,8 %
1975	1,1 %
1979	0,4 %
1983	Nicht angetreten
1987	Nicht angetreten
1991	Nicht angetreten
1995	0,1 %
1999	0,3 %
2003	Nicht angetreten
2007	Nicht angetreten
2011	1,6 %

**Jahr Hamburg**

1966	3,9 %
1970	2,7 %
1974	0,8 %
1978	0,3 %
1982	Nicht angetreten
1986	Nicht angetreten
1987	Nicht angetreten
1991	Nicht angetreten
1993	Nicht angetreten
1997	0,1 %
2001	Nicht angetreten
2004	0,3 %
2008	Nicht angetreten
2011	0,9 %

**Jahr Hessen**

1966	7,9 %
1970	3,0 %
1974	1,0 %
1978	0,4 %
1982	Nicht angetreten
1983	Nicht angetreten
1987	Nicht angetreten
1991	Nicht angetreten
1995	0,3 %
1999	0,2 %
2003	Nicht angetreten
2008	0,9 %
2009	0,9 %

**Jahr Mecklenburg-Vorpommern**

1990	0,2 %
1994	0,1 %
1998	1,1 %
2002	0,8 %
2006	7,3 %
2011	6,0 %

**Jahr Niedersachsen**

1967	7,0 %
1970	3,2 %
1974	0,6 %
1978	0,4 %
1982	Nicht angetreten
1986	Nicht angetreten
1990	0,2 %
1994	0,2 %
1998	Nicht angetreten
2003	Nicht angetreten
2008	1,6 %

**Jahr Nordrhein-Westfalen**

1966	Nicht angetreten
1970	1,1 %
1975	0,4 %
1980	Nicht angetreten
1985	Nicht angetreten
1990	0,0 %
1995	Nicht angetreten
2000	0,0 %
2005	0,9 %
2010	0,7 %
2012	0,5 %

<b>Jahr</b>	<b>Rheinland-Pfalz</b>
1967	6,9 %
1971	2,7 %
1975	1,1 %
1979	0,7 %
1983	0,1 %
1987	0,8 %
1991	Nicht angetreten
1996	0,4 %
2001	0,5 %
2006	1,2 %
2011	1,1 %

<b>Jahr</b>	<b>Saarland</b>
1965	Nicht angetreten
1970	3,4 %
1975	0,7 %
1980	Nicht angetreten
1985	0,7 %
1990	0,2 %
1994	Nicht angetreten
1999	Nicht angetreten
2004	4,0 %
2009	1,5 %
2012	1,2 %

<b>Jahr</b>	<b>Sachsen</b>
1990	0,7 %
1994	Nicht angetreten
1999	1,4 %
2004	9,2 %
2009	5,6 %

<b>Jahr</b>	<b>Sachsen-Anhalt</b>
1990	0,1 %
1994	Nicht angetreten
1998	Nicht angetreten
2002	Nicht angetreten
2006	Nicht angetreten
2011	4,6 %

<b>Jahr</b>	<b>Schleswig-Holstein</b>
1967	5,8 %
1971	1,3 %
1975	0,5 %
1979	0,2 %
1983	Nicht angetreten
1987	Nicht angetreten
1988	1,2 %
1992	Nicht angetreten
1996	Nicht angetreten
2000	1,0 %
2005	1,9 %
2009	0,9 %
2012	0,7 %

<b>Jahr</b>	<b>Thüringen</b>
1990	0,2 %
1994	Nicht angetreten
1999	0,2 %
2004	1,6 %
2009	4,3 %



## 11. Abkürzungsverzeichnis

ANP	Arbeitsgemeinschaft Nationale Politik
ANR	Aktion Neue Rechte
ANS/NA	Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten
APO	Außerparlamentarische Opposition
AUD	Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher
BfV	Bundesamt für Verfassungsschutz
BHE	Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten
BIA	Bürgerinitiative Ausländerstopp
BMI	Bundesministerium des Inneren
BNP	British National Party
BRD	Bundesrepublik Deutschland
CDU	Christlich Demokratische Union
CSU	Christlich Soziale Union
DA	Deutsche Alternative
DAP	Deutsche Arbeiterpartei
DAP	Deutsche Aufbau-Partei
DA-VR	Deutsche Allianz-Vereinigte Rechte
DB	Deutscher Block
DDP	Deutsche Demokratische Partei
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DFP	Deutsche Freiheitspartei
DG	Deutsche Gemeinschaft
DGB	Deutscher Gewerkschaftsbund
DKP	Deutsche Konservative Partei
DKP-DRP	Deutsche Konservative Partei – Deutsche Rechtspartei
DLVH	Deutsche Liga für Volk und Heimat
DN	Deutsche Nachrichten
DNS	Dachverband der Nationalen Sammlung
DNVP	Deutschnationale Volkspartei
DNZ	Deutsche National-Zeitung
DP	Deutsche Partei
DRP	Deutsche Reichspartei
DS	Deutsche Stimme
DSZ-Verlag	Druckschriften- und Zeitungsverlag GmbH
DVFP	Deutschvölkische Freiheitspartei
DVU	Deutsche Volksunion
DWZ	Deutsche Wochen-Zeitung
FAP	Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei
FDJ	Freie Deutsche Jugend
FDP	Freie Demokratische Partei
FDVP	Freiheitliche Deutsche Volkspartei
FN	Front National
FPÖ	Freiheitliche Partei Österreichs
FZ-Verlag	Freiheitlicher Buch- und Zeitschriftenverlag GmbH
GB/BHE	Gesamtdeutscher Block/Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten
GDP	Gesamtdeutsche Partei
GST	Gesellschaft für Sport und Technik
GuD	Gemeinschaft unabhängiger Deutscher

HJ	Hitlerjugend
JN	Junge Nationaldemokraten
JLO	Junge Landsmannschaft Ostdeutschland
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
LDPR	Liberaldemokratische Partei Russlands
LN	Lega Nord
MfS	Ministerium für Staatssicherheit
MND	Mitteldeutsche Nationaldemokraten
NAPO	Nationale Außerparlamentarische Opposition
NBK	Nationaler Bildungskreis
NBZ	Nationaldemokratisches Bildungszentrum
NDU	Nationaldemokratische Union
NF	Nationalistische Front
NDP	Nationaldemokratische Partei
NDPD	Nationaldemokratische Partei Deutschlands
NHB	Nationaldemokratischer Hochschulbund
NK	National-Konservative Gruppe
NL	Nationale Liste
NO	Nationale Offensive
NPD	Nationaldemokratische Partei Deutschlands
NR	Nationale Rechte
NS	Nationale Sammlung
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NSDAP/AO	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei/Auslands- und Aufbauorganisation
NVP	Nationale Volkspartei
NZ	National-Zeitung
OD	Ordnerdienst
PdA/DS	Partei der Arbeit/Deutsche Sozialisten
PRO D	Bürgerbewegung pro Deutschland
PRO KÖLN	Bürgerbewegung pro Köln e.V.
PRO NRW	Bürgerbewegung pro Nordrhein-Westfalen
RAF	Rote Armee Fraktion
REP	Die Republikaner
RNF	Ring Nationaler Frauen
RPF	Revolutionäre Plattform – Aufbruch 2000
SA	Sturmabteilung
SDS	Sozialistischer Deutscher Studentenbund
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SRP	Sozialistische Reichspartei
SS	Schutzstaffel
VAPO	Volkstreue Außerparlamentarische Opposition
VB	Vlaams Belang
VSBD/PdA	Volksozialistische Bewegung Deutschlands/Partei der Arbeit
WASG	Wahlalternative Soziale Gerechtigkeit
WJ	Wiking-Jugend

## 12. Literatur- und Quellenverzeichnis

### I. Primärquellen<sup>2048</sup>:

Allmendinger, Armin: Rein ins Netz! In: DS 10/2011.

Altermedia: NID-Infoblog im Interview mit Thorsten Heise. In: Altermedia vom 27. Dezember 2009.

Apfel, Holger (Hrsg.): „Alles Große steht im Sturm“. Tradition und Zukunft einer nationalen Partei. 35 Jahre NPD – 30 Jahre JN. Stuttgart, 1999.

Apfel, Holger: Die Geschichte der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands. In: Ders. (Hrsg.): „Alles Große steht im Sturm“. Tradition und Zukunft einer nationalen Partei. 35 Jahre NPD – 30 Jahre JN. Stuttgart, 1999, S. 34-59.

Apfel, Holger/Müller, St.: Aufbruchsignal für Deutschland. In: DS 4/2003.

Babic, Safet: Warten auf die Befreiung? In: DS 2/2010.

Corbeau, Stephan: Die NPD und der Verleger Frey. Eine lange, aber nicht unendliche Geschichte. In: Apfel, Holger (Hrsg.): „Alles Große steht im Sturm“. Tradition und Zukunft einer nationalen Partei. 35 Jahre NPD – 30 Jahre JN. Stuttgart, 1999, S. 141-149.

Dessau, Lutz: „Schützt unsere Fischer!“ Solidarisch: NPD-Fraktion im Schulterschluss mit Ostseefischern. In: DS 6/2009.

Dessau, Lutz: Von „Amflora“ bis „Zusatzbeitrag“. Breit aufgestellt: Die März-Anträge der Schweriner NPD-Fraktion. In: DS 4/2010.

Deutsche Stimme: Leipziger Appell. In: DS 11/2003.

Deutsche Stimme: Nächstes Ziel ist Einzug in den Reichstag. In: DS 10/2004.

Deutsche Stimme: Juristische Fallstricke. In: DS 6/2008.

Deutsche Stimme: „Gewalt ist für uns völlig inakzeptabel!“ In: DS 6/2008.

Deutsche Stimme: Stachel im Fleisch der Volksbetrüger. In: DS: 12/2008.

Deutsche Stimme: „Wir müssen neue Wege gehen!“ In: DS 2/2009.

Deutsche Stimme: „Die Herrschenden haben Ihre Zukunft bereits verspielt.“ In: DS 2/2009.

Deutsche Stimme: Der alte Vorsitzende ist auch der neue. In: DS 5/2009.

Deutsche Stimme: Weder plötzlich noch unerwartet. In: DS 8/2009.

Deutsche Stimme: „Unsere Strategie war richtig!“ Sachsen-Wahl am 30. August: Historischer Wiedereinzug der NPD. In: DS 10/2009.

Deutsche Stimme: „Man darf kein Sensibelchen sein“. Die Deutsche Stimme im Gespräch mit Hartmut Krien, Vorsitzender der Kommunalpolitischen Vereinigung der NPD (KPV). In: DS 12/2009.

Deutsche Stimme: „Ich bin weltoffen und tolerant“. Realsatire in München: DS-Chefredakteur Karl Richter bewirbt sich als „Koordinator gegen Rechts“. In: DS 3/2010.

Deutsche Stimme: Die NPD in der virtuellen Welt. In: DS 4/2010.

---

<sup>2048</sup> Die Masse der hier aufgelisteten Primärquellen rechtsextremistischer Provenienz ist auf der angehängten Daten-CD archiviert.

- Deutsche Stimme: Arbeitskreise 2.0. Inhaltliche Arbeit wird intensiviert. In: DS 4/2010.
- Deutsche Stimme: Wo man singt, da laß Dich nieder... In: DS 9/2010.
- Deutsche Stimme: Diskrete Unterstützer. NPD-Freundeskreise: Wichtig und erfolgreich. In: DS 1/2011.
- Deutsche Stimme: DS-Pressefest 2011 – ein voller Erfolg. In: DS 7/2011.
- Deutsche Volkunion: Partei-Programm. München, 2009.
- Deutsche Volkunion: Satzung der DEUTSCHEN VOLKSUNION. München, 2009.
- Die Republikaner: Bundesparteiprogramm der Republikaner. Sozial – patriotisch – ökologisch. Berlin, 2002.
- Die Republikaner: Bundessatzung der Partei die Republikaner. Berlin, 2002.
- Eigenfeld, Ulrich: Der NPD-Parteivorsitzende Udo Voigt. In: Apfel, Holger (Hrsg.): „Alles Große steht im Sturm“. Tradition und Zukunft einer nationalen Partei. 35 Jahre NPD – 30 Jahre JN. Stuttgart, 1999, S. 253-254.
- Facebook-Profil des NPD-Bundesverbands: Die soziale Heimatpartei.  
<http://www.facebook.com/npd.de?ref=ts> (abgerufen am 14.6.12).
- Flugblatt des NPD-Bundesverbands: Was wir wollen. Berlin, 2008.
- Flugblatt des NPD-Bundesverbands: Soziale Erneuerung. Berlin, 2008.
- Flugblatt des NPD-Bundesverbands: Arbeit für alle Deutschen. Berlin, 2008.
- Flugblatt des NPD-Bundesverbands: Stoppt Zeit- und Leiharbeit! Berlin, 2008.
- Flugblatt des NPD-Bundesverbands: Mütter verdienen ein Gehalt. Berlin, 2008.
- Flugblatt des NPD-Landesverbands Brandenburg: VATERland, MUTTERSprache, KINDERglück. Berlin, 2009.
- Flugblatt des NPD-Landesverbands Nordrhein-Westfalen: Schüleranschreiben. Wattenscheid, 2010.
- Flugblatt des NPD-Landesverbands Sachsen: Arbeit statt Armut. Lohndrücker stoppen! Görlitz, 2009.
- Flugblatt des NPD-Landesverbands Sachsen: Touristen willkommen! Kriminelle Ausländer RAUS! Görlitz, 2009.
- Flugblatt des NPD-Landesverbands Sachsen: Wir sind das Volk! Görlitz, 2009.
- Flugblatt des RNF-Bundesverbands: Mütter verdienen ein Gehalt. Berlin, 2010.
- Flugblatt des RNF-Bundesverbands: Volksrente statt Altersarmut. Berlin, 2010.
- Frenz, Wolfgang (Hrsg.): 30 Jahre NPD – Geschichte einer deutschen Partei. Eine Dokumentation. Bochum, 1995.
- Gansel, Jürgen: Arbeitsplätze für Deutsche! Jetzt brandaktuell: Sachargumente für den politischen „Nahkampf“ am Informationsstand. In: DS 6/2009.
- Hähnel, Stella: Weder Zicken noch Emanzen. Es tut sich was: Nationale Frauen sind mehr als eine Image-Spritze für die NPD. In: DS 6/2008.
- Heise, Thorsten/Tegethoff, Ralph/Wulff, Thomas: Erklärung zum Eintritt in die NPD. 17. September 2004.
- Hier & Jetzt. Nr. 11, Sommer 2008.

Hier & Jetzt: Im Gespräch: Udo Voigt. In: Hier & Jetzt, Nr. 8, Herbst 2007.

Homepage des DS-Versands: Das nationale Warenhaus. <http://www.ds-versand.de/> (abgerufen am 13.8.11).

Homepage des DVU-Bundesverbands: Nur Einigkeit macht stark. 4. Juli 2009.

Homepage des DVU-Bundesverbands: Junge Rechte gegründet. 6. Juli 2009.

Homepage des DVU-Bundesverbands: Rechte Politik hat Zukunft. 11. Juli 2009.

Homepage des DVU-Landesverbands Berlin: Arbeitstreffen der Landesvorstände in Berlin. 6. November 2010.

Homepage des DVU-Landesverbands Berlin: Die Klage gegen die NPD/DVU-Fusion. 29. Dezember 2010.

Homepage des DVU-Landesverbands Niedersachsen: Der letzte Eintrag. 26. Mai 2012.

Homepage des JN-Bundesverbands: Revolution statt Reform. Vorwärts zur deutschen Revolution! Beschluß des Bundesvorstandes der Jungen Nationaldemokraten (JN) am 28. Januar 2006 in Berlin.

Homepage des JN-Bundesverbands: JN-Vorsitzender Rochow: Kostenlose Schülernachhilfe ist Bestandteil unseres politischen Konzepts. 29. März 2007.

Homepage des JN-Bundesverbands: Erste nationalistische Studentengruppe an der Uni Halle/Saale. 13. Februar 2010.

Homepage des JN-Bundesverbands: Uni-Wahlen: Unser Weg ist Euer Weg. 31. Mai 2010.

Homepage des JN-Bundesverbands: „Ein einheitlicher, vor allem zukunftsfähiger Weg muss her“. Im Gespräch mit JN-Vize Andy Knappe. 19. Oktober 2011.

Homepage des JN-Landesverbands Nordrhein-Westfalen: Nachrichten aus Nordrhein-Westfalen. <http://www.jn-buvo.de/index.php/nordrhein-und-westfalen> (abgerufen am 15.5.12).

Homepage des NPD-Bundesverbands: Erklärung des Landtagsabgeordneten Jürgen Gansel zu Wesen und Wollen der „Dresdner Schule“. 3. Mai 2005.

Homepage des NPD-Bundesverbands: NPD-Parteivorstand: Tatendurstig und zuversichtlich. 26. November 2006.

Homepage des NPD-Bundesverbands: Die Geschichte der NPD. 22. April 2007.

Homepage des NPD-Bundesverbands: Ansprache des Parteivorsitzenden zum 1. Mai in Nürnberg. 1. Mai 2008.

Homepage des NPD-Bundesverbands: Mittel des System-Erhalts oder der System-Veränderung? 7. September 2008.

Homepage des NPD-Bundesverbands: Persönliche Erklärung des NPD-Parteivorsitzenden zur Verurteilung des Bundesschatzmeisters. 12. September 2008.

Homepage des NPD-Bundesverbands: Erklärung des Parteivorsitzenden zum „Fall Kemna“. 17. September 2008.

Homepage des NPD-Bundesverbands: Hessische NPD wird die islamische Landnahme im Wahlkampf thematisieren. 26. November 2008.

Homepage des NPD-Bundesverbands: Wo kommt das plötzliche Bekenntnis zur deutschen Sprache her? 4. Dezember 2008.

Homepage des NPD-Bundesverbands: Frank Schwerdt wird Spitzenkandidat. 12. Januar 2009.

## 12. Literatur- und Quellenverzeichnis

---

Homepage des NPD-Bundesverbands: Appell zur Besonnenheit – Gemeinsamkeit statt Bruderkrieg. 6. Februar 2009.

Homepage des NPD-Bundesverbands: Gegner und Feinde der NPD scheuen die offene und sachliche Auseinandersetzung. 19. März 2009.

Homepage des NPD-Bundesverbands: Besuch der Ausstellung „Die braune Falle“ in Brandenburg. 21. März 2009.

Homepage des NPD-Bundesverbands: Der deutsche Weg. Eine Standortbestimmung. 26. April 2009.

Homepage des NPD-Bundesverbands: Stellt Zensur des Bundestagspräsidenten die Bundesversammlung in Frage? 19. Mai 2009.

Homepage des NPD-Bundesverbands: Bundestagspräsident Lammert demaskiert BRD-Parlamentarismus. 23. Mai 2009.

Homepage des NPD-Bundesverbands: Heuchelei im Reichstag auf die Spitze getrieben. 23. Mai 2009.

Homepage des NPD-Bundesverbands: Meinungsfreiheit 2.0. 29. Mai 2009.

Homepage des NPD-Bundesverbands: „Das nationale Wurzelgeflecht gewinnt an Tiefe und Stärke.“ 8. Juni 2009.

Homepage des NPD-Bundesverbands: Die NPD ist dauerhaft die soziale und nationale Alternative. 10. Juni 2009.

Homepage des NPD-Bundesverbands: Über 180 kommunale NPD-Mandate. 12. Juni 2009.

Homepage des NPD-Bundesverbands: Beschluss des Parteivorstandes: NPD strebt zur Landtagswahl in Brandenburg eine gemeinsame Liste mit der DVU an. 27. Juni 2009.

Homepage des NPD-Bundesverbands: NPD-Offensive beginnt: 5% plus X sind das Ziel zur Landtagswahl. 30. Juni 2009.

Homepage des NPD-Bundesverbands: NPD – Mit Energie für Brandenburg. 30. Juni 2009.

Homepage des NPD-Bundesverbands: Sachsen: Wahlkampfauftakt. „Helft alle tatkräftig mit...“. 30. Juni 2009.

Homepage des NPD-Bundesverbands: Doch ohne Energie für Toleranz. 1. Juli 2009.

Homepage des NPD-Bundesverbands: Den Landtag fest im Blick! 3. Juli 2009.

Homepage des NPD-Bundesverbands: Veränderungen im Vorstand: RNF-Erklärung zum Rücktritt von Gitta Schüßler. 15. Juli 2009.

Homepage des NPD-Bundesverbands: Holger Apfel belohnt die „Apfelfront“. Es sind nicht die schlechtesten Früchte, an denen die Wespen nagen. 7. August 2009.

Homepage des NPD-Bundesverbands: Gute Heimreise, Zeca Schall. 11. August 2009.

Homepage des NPD-Bundesverbands: Platzverweis für NPD-Delegation in Hildburghausen – Neuer Besuch bei Zeca Schall geplant. 12. August 2009.

Homepage des NPD-Bundesverbands: „Fakt“ hat schlecht recherchiert – Es gibt noch mehr NPD-Richter. 12. August 2009.

Homepage des NPD-Bundesverbands: Bundespräsidentenskandidat Frank Rennicke erhebt Verfassungsbeschwerde gegen Wahl des Bundespräsidenten. 20. August 2009.

Homepage des NPD-Bundesverbands: Bekenntnis zu sächsischen Traditionsvereinen: Apfel mit dem Flaggschiff D beim Leipziger Lokalderby. 24. August 2009.

Homepage des NPD-Bundesverbands: RNF im Wahlkampf der NPD. 26. August 2009.

Homepage des NPD-Bundesverbands: 30. August – Tag der Entscheidung in Sachsen – Mit beiden Stimmen NPD wählen! 28. August 2009.

Homepage des NPD-Bundesverbands: „Deine Stimme für Deutschland“: Junge Nationaldemokraten (JN) gehen mit Jungwählermaterial in die Bundestagswahl. 8. September 2009.

Homepage des NPD-Bundesverbands: NPD – einzige ernstzunehmende Kraft! 28. September 2009.

Homepage des NPD-Bundesverbands: Bundeskongreß des Rings Nationaler Frauen in Berlin: Neue RNF-Bundesvorsitzende ist Edda Schmidt. 20. Oktober 2009.

Homepage des NPD-Bundesverbands: Erste Jugendzeitung der NPD-Fraktion Sachsen geht an den Start. 5. November 2009.

Homepage des NPD-Bundesverbands: Spiegel online von selbst erzeugtem Spendenskandal erschüttert. 7. November 2009.

Homepage des NPD-Bundesverbands: Amtsgericht Riesa entscheidet: NPD-nahe Schöffin bleibt im Amt. 8. November 2009.

Homepage des NPD-Bundesverbands: „Wir wollen Schweizer Verhältnisse!“. 5. Dezember 2009.

Homepage des NPD-Bundesverbands: Neue Wege gehen. 7. Dezember 2009.

Homepage des NPD-Bundesverbands: Was macht eigentlich die Online-Petition zum Minarettverbot? 21. Dezember 2009.

Homepage des NPD-Bundesverbands: Niemals deutsches Land in Moslem-Hand. 7. Januar 2010.

Homepage des NPD-Bundesverbands: Strategische Neuaufstellung. 17. Januar 2010.

Homepage des NPD-Bundesverbands: NPD-Fraktion hat 618 Schülervertretungen angeschrieben. 24. Januar 2010.

Homepage des NPD-Bundesverbands: Danke für den Tabubruch in der Ersatz-Knesset! 2. Februar 2010.

Homepage des NPD-Bundesverbands: Argumentationshilfe für Nationalisten: Minarettbau in der BRD. 12. Februar 2010.

Homepage des NPD-Bundesverbands: Landtagswahl am 09.05.2010: NPD-NRW will den Volkszorn gegen Westerwelle mobilisieren. 20. Februar 2010.

Homepage des NPD-Bundesverbands: Schüler-Offensive: NPD hat 3.000 Schülervertretungen in NRW angeschrieben. 22. März 2010.

Homepage des NPD-Bundesverbands: Landtagswahl NRW: Erfolgreicher Wahlkampfauftakt in Duisburg. 29. März 2010.

Homepage des NPD-Bundesverbands: Landtagswahl NRW: NPD verteilt im Jugendwahlkampf USB-Sticks. 16. April 2010.

Homepage des NPD-Bundesverbands: NPD-NRW setzt niedrigschwelligen Internet-Wahlkampf fort. Live-Chat mit Spitzenkandidat Claus Cremer gut angenommen. 26. April 2010.

Homepage des NPD-Bundesverbands: Linke Gewalt gegen Anti-Griechenland-Kundgebung der NPD. In Düsseldorf zerstörten Linksfaschisten ein NPD-Einsatzfahrzeug. 29. April 2010.

Homepage des NPD-Bundesverbands: NRW: Endspurt im nationalen Internet-Wahlkampf eingeleitet. NPD-Wahlkämpfer „outen“ sich in sozialen Netzwerken. 5. Mai 2009.

Homepage des NPD-Bundesverbands: Am Sonntag NPD wählen! Machen Sie am 9. Mai bei der Landtagswahl den Stimmzettel zum Strafzettel für die milliarden schwere Griechenland-Hilfe! 7. Mai 2010.

Homepage des NPD-Bundesverbands: Im Westen nichts Neues. Zum Ausgang der Landtagswahl in NRW. 10. Mai 2010.

Homepage des NPD-Bundesverbands: Landtag Sachsen: NPD-Fraktion verurteilt „pseudodemokratische Narrenbude“ der Griechenland-Lobbyisten. 19. Mai 2010.

Homepage des NPD-Bundesverbands: Rechenschaftsbericht und Bericht zur politischen Lage. 2. Juni 2010.

Homepage des NPD-Bundesverbands: Ein neues Programm für den künftigen Volksstaat. 7. Juni 2010.

Homepage des NPD-Bundesverbands: Fraktion Sachsen: Kritik am Zionistenstaat Israel läßt Blockparteien Amok laufen. 18. Juni 2010.

Homepage des NPD-Bundesverbands: Die Wahl des Bundespräsidenten ist ungültig! 1. Juli 2010.

Homepage des NPD-Bundesverbands: Zusammenschluß von NPD und DVU. 2. Juli 2010.

Homepage des NPD-Bundesverbands: Eindeutiges Votum für Zusammenschluß von NPD und DVU. 23. Juli 2010.

Homepage des NPD-Bundesverbands: Bericht von der Parteivorstandssitzung der NPD in Berlin. 23. August 2010.

Homepage des NPD-Bundesverbands: Auf Stimmenfang unter Rußlanddeutschen? 30. August 2010.

Homepage des NPD-Bundesverbands: Solidarität mit Thilo Sarrazin! 6. September 2010.

Homepage des NPD-Bundesverbands: Neue Wege gehen: NPD gibt Diätenerhöhung dem Volk zurück! 6. September 2010.

Homepage des NPD-Bundesverbands: Schulhof-CD in Mecklenburg-Vorpommern: „Offensichtlich jugendgefährdend“. 11. September 2010.

Homepage des NPD-Bundesverbands: Auch der DVU-Bundesvorstand beschließt den Entwurf zum Verschmelzungsvertrag. 19. September 2010.

Homepage des NPD-Bundesverbands: Der Verschmelzungsvertrag. 3. November 2010.

Homepage des NPD-Bundesverbands: Parteitag stimmt der Verschmelzung mit der DVU zu! 6. November 2010.

Homepage des NPD-Bundesverbands: „Gemeinsam stärker“ für Deutschland. 7. November 2010.

Homepage des NPD-Bundesverbands: Deutschland und Europa verteidigen! Bildungswerk für Heimat und nationale Identität führte zweites Jugendseminar zu „Nation & Europa“ durch. 7. Dezember 2010.

Homepage des NPD-Bundesverbands: Urabstimmung: NPD-Mitglieder stimmen für die geeinte Rechte. DVU beschließt die Verschmelzung auf ihrem Bundesparteitag. 12. Dezember 2010.

Homepage des NPD-Bundesverbands: Deutschlands starke Rechte ist da! NPD – Die Volksunion: Verschmelzungsvertrag ist unterzeichnet. 30. Dezember 2010.

Homepage des NPD-Bundesverbands: Sachsen-NPD ruft dazu auf, sich als „Volkszähler“ für den „Zensus 2011“ zu melden. 7. Januar 2011.



Homepage des NPD-Bundesverbands: Bürgerschaftswahl in Bremen: Enttäuschendes Ergebnis für die Nationaldemokraten. 23. Mai 2011.

Homepage des NPD-Bundesverbands: Seminar des „Bildungswerkes für Heimat und nationale Identität e.V.“: Strategisches Oberziel ist und bleibt der Erhalt des deutschen Volkes! 31. Mai 2011.

Homepage des NPD-Bundesverbands: Ein Kreuzworträtsel und ein Lösungswort. Kommentar des NPD-Parteivorsitzenden Udo Voigt. 16. Juni 2011.

Homepage des NPD-Bundesverbands: NPD startet Kampagne: Raus aus dem Euro – Nein zur EU-Diktatur! 1. Juli 2011.

Homepage des NPD-Bundesverbands: Landesverband Sachsen: Holger Apfel mit 87,3 Prozent erneut zum sächsischen NPD-Landeschef gewählt. 10. Juli 2011.

Homepage des NPD-Bundesverbands: Neue Regionalzeitungen der Thüringer NPD erschienen – 10 verschiedene Regionalausgaben. 4. August 2011.

Homepage des NPD-Bundesverbands: Angriffsziel Berlin. 17. September 2011.

Homepage des NPD-Bundesverbands: Erklärung zu den Berliner Wahlen 2011. 19. September 2011.

Homepage des NPD-Bundesverbands: Der Parteivorsitzende Udo Voigt zum Bundesparteitag. 11. Oktober 2011.

Homepage des NPD-Bundesverbands: NPD-Fraktion erhält im Schweriner Landtag erstmals eine Fremdstimme. 25. Oktober 2011.

Homepage des NPD-Bundesverbands: NPD-Bundesparteitag 2011: Udo Voigt wendet sich mit Schreiben an den Bundestagspräsidenten Norbert Lammert. 27. Oktober 2011.

Homepage des NPD-Bundesverbands: Info zum Bundesparteitag: Die Antwort des Bundestagspräsidenten. 7. November 2011.

Homepage des NPD-Bundesverbands: Neues zum NPD-Bundesparteitag. 10. November 2011.

Homepage des NPD-Bundesverbands: Der Aufbruch in die Zukunft hat begonnen. 18. November 2011.

Homepage des NPD-Bundesverbands: Erste – und arbeitsreiche – Parteivorstandssitzung. 29. November 2011.

Homepage des NPD-Bundesverbands: Bildungswerk für Heimat und nationale Identität e.V.: Der deutsche „Dritte Weg“: Soziale Marktwirtschaft neu denken. 7. Dezember 2011.

Homepage des NPD-Bundesverbands: Volksnah und zukunftsorientiert. Die NPD-Parteizeitung „Deutsche Stimme“ sprach mit dem neuen NPD-Parteivorsitzenden Holger Apfel, MdL, über Pläne, Ziele und ein mögliches Parteiverbot. 19. Dezember 2011.

Homepage des NPD-Bundesverbands: Ring Nationaler Frauen (RNF) hielt seinen Bundeskongreß in Halberstadt ab. 27. Februar 2012.

Homepage des NPD-Bundesverbands: Neun Regionalzeitungen der Sachsen-NPD gehen in die Großverteilung. 17. April 2012.

Homepage des NPD-Bundesverbands: Bildungswerk für Heimat und nationale Identität: Mut zur Identität: Das Eigene erkennen und verteidigen. 6. Juni 2012.

Homepage der NPD-Fraktion Mecklenburg-Vorpommern: Abgeordnete. <http://www.npd-fraktion-mv.de/index.php?com=content&view=category&id=2&mid=12> (abgerufen am 15.11.11).

Homepage der NPD-Fraktion Sachsen: Altparteien lehnen NPD-Antrag zur Rettung von NEU ERBA LAUTEX ab. 11. März 2005.

- Homepage der NPD-Fraktion Sachsen: NPD-nahes Bildungswerk gegründet. 19. April 2005.
- Homepage der NPD-Fraktion Sachsen: Politische Klasse begeht bei Dresden-Gedenken offenen Rechtsbruch. 13. Februar 2006.
- Homepage der NPD-Fraktion Sachsen: Holger Apfel stellte Strafanträge gegen Landtagsabgeordnete. 17. Februar 2006.
- Homepage der NPD-Fraktion Sachsen: Antrag: Schulschließungen verhindern. 22. März 2006.
- Homepage der NPD-Fraktion Sachsen: NPD gegen Stellenabbau bei der Polizei. 7. April 2006.
- Homepage der NPD-Fraktion Sachsen: Antrag: Rettungsleitstellen erhalten. 3. Juli 2006.
- Homepage der NPD-Fraktion Sachsen: NPD will Strompreise senken – Altparteien lehnen ab. 13. Oktober 2006.
- Homepage der NPD-Fraktion Sachsen: Antrag: Rechtsstaatlichkeit in Asylverfahren durchsetzen – Anna D.A. abschieben! 2. März 2007.
- Homepage der NPD-Fraktion Sachsen: Kinderarmut bekämpfen – ALG II-Anrechnungspraxis verändern! 6. Juli 2007.
- Homepage der NPD-Fraktion Sachsen: Antrag: § 130 StGB streichen – Rechtsstaat und Meinungsfreiheit wiederherstellen! 5. September 2007.
- Homepage der NPD-Fraktion Sachsen: „Es muß doch möglich sein, dem politisch korrekten Familienbild zu widersprechen!“ 27. September 2007.
- Homepage der NPD-Fraktion Sachsen: 1. Aktuelle Debatte – Finanzausstattung der sächsischen Kommunen. 9. November 2007.
- Homepage der NPD-Fraktion Sachsen: Kleine Anfrage: Nationalpark Sächsische Schweiz III – Fällung von Altbuchen und Altfeichten in den Weberschluchten. 25. März 2008.
- Homepage der NPD-Fraktion Sachsen: Antrag: Geltendes Ausländerrecht konsequent anwenden – Artur T. abschieben! 1. April 2008.
- Homepage der NPD-Fraktion Sachsen: „Sachsen wird auch künftig Schauplatz des anständigen Deutschland bleiben.“ 13. März 2009.
- Homepage der NPD-Fraktion Sachsen: „Sicherung Quimondas wäre eine klassische Aufgabe deutscher Industriepolitik“. 19. März 2009.
- Homepage der NPD-Fraktion Sachsen: „Enka in Elsterberg retten – perfide Verlagerungsstrategie durchkreuzen“. 24. März 2009.
- Homepage der NPD-Fraktion Sachsen: Konzentration auf Sachsen und Werben für den „sächsischen Weg“. 7. April 2009.
- Homepage der NPD-Fraktion Sachsen: NPD-Fraktion wird 2010 Mittel für parteinahes Bildungswerk beantragen. 2. September 2009.
- Homepage der NPD-Fraktion Sachsen: „Was ist niederträchtiger, als Menschen das Recht zur Trauer zu nehmen?“ 20. Januar 2010.
- Homepage der NPD-Fraktion Sachsen: Grundrecht auf Versammlungsfreiheit für alle gewährleisten! NPD-Fraktion bringt rechtspolitischen Forderungskatalog zur Wiederherstellung des Rechtsstaates in den Landtag ein. 24. März 2011.

Homepage der NPD-Fraktion Sachsen: Abgeordnete. <http://npd-fraktion-sachsen.de/index.php?s=109> (abgerufen am 15.5.12).

Homepage des NPD-Landesverbands Niedersachsen: Herzlich willkommen, Frau Herman. 9. September 2007.

Homepage des NPD-Landesverbands Rheinland-Pfalz: Eigene Wirtschaftskreisläufe. 20. März 2010.

Homepage des NPD-Landesverbands Sachsen: Nationales Schulungszentrum in Delitzsch eröffnet. NPD-Landtagsabgeordneter übernimmt den Löwenanteil der Kosten. 26. September 2010.

Homepage des RNF-Bundesverbands: Gedanken zum Jahreswechsel. 23. Dezember 2010.

Homepage des RNF-Bundesverbands: RNF-Bundeskongress. 29. April 2012.

JN-Bundesverband (Hrsg.): Enten gegen Hühner. Der große Kampf. 1. Auflage. Bernburg, 2009.

Klartext: Auf dem Weg in die Mitte des Volkes. In: Klartext, November 2006.

Knabe, Gerd (Hrsg.): 20 Jahre NPD. Porträt einer jungen Partei. Knüllwald-Nausis, 1984.

Kompakt-Nachrichten: Nationaler Bildungskreis (NBK) aufgelöst. NPD-Jugend verliert Studenten- und Graduiertenplattform. In: Kompakt-Nachrichten vom 29. Juni 2011.

Krien, Hartmut: Tauziehen ums öffentliche Gut. Beteiligungen: Versteckte Schattenhaushalte der kommunalen Ebene. In: DS 5/2010.

Krien, Hartmut: Triviale Rechte in den Kommunen. Kommunalparlamente: Die KPV hat noch viel Aufklärungsarbeit vor sich. In: DS 12/2010.

Mahler, Horst: Stellungnahme vom 30. August 2002.

Marx, Peter: „Schallende Ohrfeige für die Bürger!“ Diätenerhöhung: Alle stimmen dafür – nur die NPD-Fraktion nicht. In: DS 6/2009.

Marx, Peter: Gestärkte Achse. Arbeitstreffen und Neujahrsempfang der NPD-Landtagsfraktionen von Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen in Schwerin. In: DS 2/2010.

Muck, Herbert: „Phalanx der Euro-Rechten“. In: DS 5/2010.

Nanninga, Hauke: Gerechtigkeit durch Müttergehalt. NPD-Fraktion in Schwerin wollte Gerechtigkeit in der Familienpolitik herstellen. In: DS 8/2008.

Nationaler Bildungskreis: Vorphilosophischer Raum. Strategie zur Aufgabendifferenzierung in der Volksfront von Rechts unter besonderer Betrachtung der Notwendigkeit einer neuen JN.

Newsletter des NPD-Bundesverbands: Wochenbrief. <http://www.npd-wochenbrief.de/> (abgerufen am 12.9.11).

NHB: Schafft befreite Zonen.

NPD: Manifest der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands. In: Richards, Fred H.: Die NPD. Alternative oder Wiederkehr? München, 1967, S. 101-106.

NPD: Anmerkungen zum Manifest und den Grundsätzen der NPD. In: Richards, Fred H.: Die NPD. Alternative oder Wiederkehr? München, 1967, S. 107-112.

NPD: Grundlagen nationaldemokratischer Politik. In: Maier, Hans/Bott, Hermann: Die NPD – Struktur und Ideologie einer „nationalen Rechtspartei“. München, 1968, S. 65-87.

NPD: Stichwörter aus dem „Politischen Lexikon“. In: Maier, Hans/Bott, Hermann: Die NPD – Struktur und Ideologie einer „nationalen Rechtspartei“. München, 1968, S. 92-100.

NPD: Programm der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands. In: Hergt, Siegfried (Hrsg.): Partei-Programme. SPD – CDU – CSU- FDP – DKP – NPD. Eine Dokumentation der Grundsatzprogramme und aktueller politischer Ziele. Opladen, 1975, S. 342-375.

NPD: Wertheimer Manifest. In: Dudek, Peter/Jaschke, Hans-Gerd: Entstehung und Entwicklung des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik. Zur Tradition einer besonderen politischen Kultur. Band 2. Dokumente und Materialien. Opladen, 1984, S. 100/101.

NPD: Nationaldemokratische Leitlinien. In: Dudek, Peter/Jaschke, Hans-Gerd: Entstehung und Entwicklung des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik. Zur Tradition einer besonderen politischen Kultur. Band 2. Dokumente und Materialien. Opladen, 1984, S. 106-109.

NPD: Wahlprogramm für die Europawahl 1984. In: Dudek, Peter/Jaschke, Hans-Gerd: Entstehung und Entwicklung des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik. Zur Tradition einer besonderen politischen Kultur. Band 2. Dokumente und Materialien. Opladen, 1984, S. 110-112.

NPD: Nationaldemokratische Gedanken für eine lebenswerte Zukunft. In: Backes, Uwe/Jesse, Eckhard: Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Band III: Dokumentation. Köln, 1989, S. 91-95.

NPD: Satzung der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD). Berlin, 2011.

NPD-Bundesordnungsdienst: Merkblatt für Interessenten. Berlin, 2008.

NPD-Landesverband Berlin (Hrsg.): Ihr Ausländerrückführungsbeauftragter informiert: Nichtamtliche Bekanntmachung über die geordnete Durchführung der Heimreise von Personen mit Migrationshintergrund in ihre Herkunftsländer. Berlin, 2009.

NPD-Landesverband Brandenburg: Die echte Rechte. Brandenburgprogramm. Berlin, 2009.

NPD-Landesverband Nordrhein-Westfalen: Eine lebenswerte Zukunft für unsere Heimat. Unser Programm zur Landtagswahl am 09.05.2010. Wattenscheid, 2010.

NPD-Landesverband Sachsen: Aus der Mitte des Volkes – die Landesliste zur Landtagswahl am 30.8.2009.

NPD-Landesverband Sachsen: Arbeit – Familie – Heimat. Landtagswahlprogramm der NPD für Sachsen. Görlitz, 2009.

NPD-Landesverband Sachsen: NPD-Direktkandidaten vor Ort.

NPD-Landesverband Sachsen: Sachsen Stimme. Information des NPD-Landesverbandes Sachsen. Landtagswahl 2009. Ausgabe Nr. 2/2009. Görlitz, 2009.

NPD-Landesverband Thüringen: Den Wandel gestalten! Energiewirtschaftliches Programm des NPD-Landesverbandes Thüringen. Jena, 2009.

NPD-Landesverband Thüringen: Neue Akzente setzen! Wirtschaftsprogramm des NPD-Landesverbandes Thüringen. Jena, 2009.

NPD-Parteipräsidium: Volksfront statt Gruppenegoismus. Erklärung des Parteipräsidiums der NPD. 19. September 2004.

NPD-Parteipräsidium (Hrsg.): Mehr Demokratie wagen. Hände weg von der NPD! Eine demokratiepolitische Entgegnung. Berlin, 2007.

NPD-Parteivorstand: Strategiepapier. In: Apfel, Holger (Hrsg.): „Alles Große steht im Sturm“. Tradition und Zukunft einer nationalen Partei. 35 Jahre NPD – 30 Jahre JN. Stuttgart, 1999, S. 356-360.

NPD-Parteivorstand (Hrsg.): Staatspolitische Grundsätze der NPD. Klarheit im Denken und Handeln beim Thema „Neue Ordnung“. Positionspapier des Arbeitskreises „Volk und Staat“ beim NPD-Parteivorstand. In: Profil. Nationaldemokratische Schriftenreihe, Folge 11. Berlin, 2001.

## 12. Literatur- und Quellenverzeichnis

---

- NPD-Parteivorstand (Hrsg.): Aktionsprogramm für ein besseres Deutschland. Berlin, 2002.
- NPD-Parteivorstand (Hrsg.): Europa-Programm der NPD. Saarbrücken, 2003.
- NPD-Parteivorstand (Hrsg.): Programm der NPD. 10. Auflage. Berlin, 2004.
- NPD-Parteivorstand (Hrsg.): Grundlagen einer nationaldemokratischen Volkswirtschaftslehre. Raumorientierte Volkswirtschaft statt „Basar-Ökonomie“. Positionspapier des Arbeitskreises Wirtschaftspolitik beim NPD-Parteivorstand. In: Profil. Nationaldemokratische Schriftenreihe, Folge 13. Berlin, 2006.
- NPD-Parteivorstand (Hrsg.): Argumente für Kandidaten & Funktionsträger. Eine Handreichung für die öffentliche Auseinandersetzung. 2. Auflage. Berlin, 2006.
- NPD-Parteivorstand (Hrsg.): Schweigespirale durchbrechen! Erfolgreiche nationale Wortergreifungen durchführen. Berlin, 2008.
- NPD-Parteivorstand (Hrsg.): Arbeit. Familie. Vaterland. 1. Auflage. Berlin, 2010.
- NPD-Parteivorstand (Hrsg.): Wortgewandt. Argumente für Mandats- und Funktionsträger. 2. Auflage. Berlin, 2012.
- Plakat des NPD-Landesverbands Brandenburg: Wir setzen uns durch. Berlin, 2009.
- Plakat des NPD-Landesverbands Brandenburg: Wehrt Euch. Berlin, 2009.
- Plakat des NPD-Landesverbands Nordrhein-Westfalen: Arbeit statt Zuwanderung. Wattenscheid, 2010.
- Plakat des NPD-Landesverbands Nordrhein-Westfalen: Hartz IV für Westerwelle. Wattenscheid, 2010.
- Plakat des NPD-Landesverbands Nordrhein-Westfalen: Zeche statt Ghetto. Wattenscheid, 2010.
- Richter, Karl: Fest verwurzelt. Paukenschlag am 7. Juni: Über 100 neue NPD-Mandatsträger in Städten, Gemeinden und Kreistagen. In: DS 6/2009.
- RNF-Bundesverband: Grundsätze. Sotterhausen, 2006.
- Schäfer, Michael: Der Kampf geht weiter – aber wie? In: DS 11/2009.
- Schäfer, Michael/Gärtner, Matthias: Die organisierte Volksfront – die JN im Kampf um den vorpolitischen Raum. In: Der Aktivist, 18. Jahrgang, 1/2009.
- Schimmer, Arne: „Das System hat keine Fehler, das System ist der Fehler“. Holger Apfel lehnt sächsische Beteiligung am Banken-Rettungspaket ab. In: DS 11/2008.
- Schimmer, Arne: Kandidat des freien Wortes. In: DS 5/2009.
- Schulhof-CD des NPD-Bundesverbands: Schnauze voll? Wahltag ist Zahntag, 2004.
- Schulhof-CD des NPD-Bundesverbands: Der Schrecken aller linken Spießer und Pauker, 2005.
- Schulhof-CD des NPD-Bundesverbands: BRD vs. Deutschland, 2009.
- Sonderseite des JN-Bundesverbands: Bundeswehr – Raus aus Afghanistan. <http://www.raus-aus-afghanistan.de/> (abgerufen am 2.7.11).
- Sonderseite des NPD-Bundesverbands: Nein zum Euro. <http://nein-zum-euro.de/> (abgerufen am 2.7.11).
- Sonderseite des NPD-Landesverbands Thüringen: Thüringer Zeitungen. <http://thueringer-zeitungen.de/> (abgerufen am 13.8.11).

Sonnwin, Heiko: „Totschweigespирale zieht nicht mehr!“ Trierer NPD startet mit lokalem Presseprojekt. In: DS 4/2010.

Sozialistische Reichspartei (SRP): Aktionsprogramm. In: Flechtheim, Ossip K. (Hrsg.): Dokumente zur parteipolitischen Entwicklung in Deutschland seit 1945. Zweiter Band: Programmatik der deutschen Parteien. Berlin, 1963, S. 489-493.

Szymanski, Holger: Bürgerkontakte statt „Schwatzbude“. NPD-Fraktionschef Apfel auf Sommertour in Sachsen unterwegs. In: DS 10/2010.

Thomsen, Thorsten: „Zensurfrei – das gefällt uns!“ Netzoffensive: NPD-Fraktion mit offizieller Seite bei Facebook vertreten. In: DS 3/2011.

USB-Datenträger des NPD-Landesverbands Nordrhein-Westfalen: Landtagswahl 2010. Wattenscheid, 2010.

Vergeiner, Anton: „Vorwärts, Nationaldemokraten!“ In: DS 6/2008.

Vergeiner, Anton: Das Signal von Hohenmölsen. In: DS 12/2010.

Voigt, Udo: Vorwort des NPD-Parteivorsitzenden. In: Apfel, Holger (Hrsg.): „Alles Große steht im Sturm“. Tradition und Zukunft einer nationalen Partei. 35 Jahre NPD – 30 Jahre JN. Stuttgart, 1999, S. 12.

Voigt, Udo: Mit der NAPO auf dem Weg in das neue Jahrtausend. In: Apfel, Holger (Hrsg.): „Alles Große steht im Sturm“. Tradition und Zukunft einer nationalen Partei. 35 Jahre NPD – 30 Jahre JN. Stuttgart, 1999, S. 469-475.

Voigt, Udo: Organisierter Wille bedeutet Macht! In: DS 4/2009.

Voigt, Udo: Jetzt heißt es: Tritt fassen und vorwärts. In: DS 5/2009.

Voigt, Udo: Wie bringen wir die NPD nach vorn? In: DS 4/2010.

Voigt, Udo: Wie bringen wir die NPD nach vorn? In: DS 5/2010.

Voigt, Udo: Aufbruch und Einigung. In: DS 7/2010.

Voigt, Udo: Deutschlands starke Rechte kommt! In: DS 11/2010.

Walter, Markus: Wichtig: kommunalpolitische Kompetenz. Zweitägige Schulung der KPV in Leipzig und Krauschwitz mit über 100 Teilnehmern. In: DS 3/2011.

Wulff, Thomas: 2008 – Das Ende der Volksfront. In: Altermedia vom 1. Januar 2009.

Youtube-Profil des NPD-Bundesverbands: offensiv.tv. <http://www.youtube.com/user/offensivTV?ob=5> (abgerufen am 23.5.12).

## **II. Sekundärliteratur:**

Adorno, Theodor W./Frenkel-Brunswik, Else/Levinson, Daniel J./Sanford, R. Nevitt: The Authoritarian Personality. New York, 1950.

Almond, Gabriel/Verba, Sidney: The Civic Culture. Political Attitudes and Democracy in Five Nations. Princeton, 1963.

Antifa-Arbeitskreis an der FH Düsseldorf/Antirassistisches Bildungsforum Rheinland/Arbeitsstelle Neonazismus – Forschungsschwerpunkt Rechtsextremismus und Neonazismus der FH Düsseldorf (Hrsg.): Parteien rechtsaußen. NRW und Düsseldorf vor den Landtagswahlen. Düsseldorf, 2010.

Argumente & Kultur gegen Rechts e.V./Arbeitsstelle Rechtsextremismus Miteinander e.V. (Hrsg.): Argumentationshilfe gegen die „Schulhof-CD“ der NPD mit dem Titel „BRD vs. Deutschland“. Bielefeld/Halle, 2009.

Arzheimer, Kai: Wahlen und Rechtsextremismus. In: Bundesministerium des Innern (Hrsg.): Extremismus in Deutschland. Erscheinungsformen und aktuelle Bestandsaufnahme. Berlin, 2004, S. 56-81.

Arzheimer, Kai/Schoen, Harald/Falter, Jürgen W.: Rechtsextreme Orientierungen und Wahlverhalten. In: Schubarth, Wilfried/Stöss, Richard (Hrsg.): Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz. Bonn, 2000, S. 220-245.

Backes, Uwe: Politischer Extremismus in demokratischen Verfassungsstaaten. Elemente einer normativen Rahmentheorie. Opladen, 1989.

Backes, Uwe: Organisationen 1996. In: Ders./Jesse, Eckhard (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie. 9. Jahrgang. Baden-Baden, 1997, S. 133-142.

Backes, Uwe: Gestalt und Bedeutung des intellektuellen Rechtsextremismus in Deutschland. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 46/2001, S. 24-30.

Backes, Uwe: Organisationen 2001. In: Ders./Jesse, Eckhard (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie. 14. Jahrgang. Baden-Baden, 2002, S. 96-119.

Backes, Uwe: Dokumentation 2004. In: Ders./Jesse, Eckhard (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie. 17. Jahrgang. Baden-Baden, 2005, S. 124-141.

Backes, Uwe: Die Faszination des Nationalsozialismus und der Rechtsextremismus im Nachkriegsdeutschland. In: Gehl, Günter (Hrsg.): Kriegsende 1945. Befreiung oder Niederlage für die Deutschen? Gedanken über die Hintergründe des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Weimar, 2006, S. 43-56.

Backes, Uwe: Organisationen 2005. In: Ders./Jesse, Eckhard (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie. 18. Jahrgang. Baden-Baden, 2006, S. 128-144.

Backes, Uwe: Politische Extreme. Eine Wort- und Begriffsgeschichte von der Antike bis in die Gegenwart. Göttingen, 2006.

Backes, Uwe: Das ideologisch-programmatische Profil der NPD im europäischen Vergleich. In: Ders./Steglich, Henrik (Hrsg.): Die NPD. Erfolgsbedingungen einer rechtsextremistischen Partei. Baden-Baden, 2007, S. 301-316.

Backes, Uwe: Entzauberung der Extremisten? Erfolgsbedingungen der NPD im internationalen Vergleich. Sankt Augustin, 2008.

Backes, Uwe: Organisationen 2007. In: Ders./Jesse, Eckhard (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie. 20. Jahrgang. Baden-Baden, 2009, S. 125-145.

Backes, Uwe/Jesse, Eckhard (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie. 1.-23. Jahrgang. Bonn 1989-1993, Baden-Baden 1994-2011.

Backes, Uwe/Jesse, Eckhard: Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Band I: Literatur. Köln, 1989.

Backes, Uwe/Jesse, Eckhard: Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Band II: Analyse. Köln, 1989.

Backes, Uwe/Jesse, Eckhard: Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Band III: Dokumentation. Köln, 1989.

Backes, Uwe/Jesse, Eckhard: Politischer Extremismus in europäischen Demokratien – Rechtsextremismus, Linksextremismus und Terrorismus im Vergleich. In: Dies. (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie. 1. Jahrgang. Bonn, 1989, S. 7-43.

- Backes, Uwe/Jesse, Eckhard: Extremistische Gefahrenpotentiale im demokratischen Verfassungsstaat – Am Beispiel der ersten und der zweiten deutschen Demokratie. In: Dies. (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie. 3. Jahrgang. Bonn, 1991, S. 7-32.
- Backes, Uwe/Jesse, Eckhard: Neue Linke und Neue Rechte – Ein Vergleich. In: Dies. (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie. 5. Jahrgang. Bonn, 1993, S. 7-28.
- Backes, Uwe/Jesse, Eckhard: Extremismus der Mitte? Kritik an einem modischen Schlagwort. In: Dies. (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie. 7. Jahrgang. Baden-Baden, 1995, S. 13-26.
- Backes, Uwe/Jesse, Eckhard: Die Rechts-Links-Unterscheidung – Betrachtungen zu ihrer Geschichte, Logik, Leistungsfähigkeit und Problematik. In: Dies. (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie. 9. Jahrgang. Baden-Baden, 1997, S. 13-38.
- Backes, Uwe/Jesse, Eckhard: Neue Formen des politischen Extremismus? In: Dies. (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie. 10. Jahrgang. Baden-Baden, 1998, S. 15-32.
- Backes, Uwe/Jesse, Eckhard: Antiextremistischer Konsens – Prinzipien und Praxis. In: Dies. (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie. 12. Jahrgang. Baden-Baden, 2000, S. 13-30.
- Backes, Uwe/Jesse, Eckhard: Die „Extremismus-Formel“ – Zur Fundamentalkritik an einem historisch-politischen Konzept. In: Dies. (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie. 13. Jahrgang. Baden-Baden, 2001, S. 13-29.
- Backes, Uwe/Jesse, Eckhard: Islamismus – Djihadismus – Totalitarismus – Extremismus. In: Dies. (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie. 14. Jahrgang. Baden-Baden, 2002, S. 13-26.
- Backes, Uwe/Jesse, Eckhard: Extremismen im Vergleich – Entwicklung, Problemstellungen, Untersuchungsfelder, Perspektiven. In: Dies. (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie. 16. Jahrgang. Baden-Baden, 2004, S. 13-30.
- Backes, Uwe/Jesse, Eckhard: Vergleichende Extremismusforschung. Baden-Baden, 2005.
- Backes, Uwe/Mletzko, Matthias/Stoye, Jan: NPD-Wahlmobilisierung und politisch motivierte Gewalt. Sachsen und Nordrhein-Westfalen im kontrastiven Vergleich. Köln, 2010.
- Backes, Uwe/Moreau, Patrick: Die extreme Rechte in Deutschland. Geschichte – gegenwärtige Gefahren – Ursachen – Gegenmaßnahmen. München, 1994.
- Backes, Uwe/Steglich, Henrik (Hrsg.): Die NPD. Erfolgsbedingungen einer rechtsextremistischen Partei. Baden-Baden, 2007.
- Bamberg, Hans-Dieter: Gefährdung unserer Demokratie von rechts. Die Feinde in Gesellschaft und Staat. Hannover, 1980.
- Barkow, Benjamin: Die Berichterstattung über die NPD in der regionalen Presse Mecklenburg-Vorpommerns. Greifswald, 2007.
- Bars, Joanna/Buchstein, Hubertus et al.: Die NPD im Kommunalwahlkampf 2009 in Mecklenburg-Vorpommern. Greifswald, 2010.
- Beck, Ulrich.: Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne. Frankfurt am Main, 1986.
- Beck, Ulrich: Das Zeitalter des „eigenen Lebens“. Individualisierung als „paradoxe Sozialstruktur“ und andere offene Fragen. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 29/2001, S. 3-6.
- Begrich, David/Weber, Thomas: Was meint die Taktik der „Wortergreifung“? In: Virchow, Fabian/Dornbusch, Christian (Hrsg.): 88 Fragen und Antworten zur NPD. Weltanschauung, Strategie und Auftreten einer Rechtspartei – und was Demokraten dagegen tun können. Schwalbach, 2008, S. 82-84.



- Begrich, Pascal/Roth, Roland/Weber, Thomas: Die NPD in den Kreistagen Sachsen-Anhalts. Forschungsbericht zur kommunalpolitischen Arbeit der extremen Rechten sowie zu Formen und Strategien der demokratischen Auseinandersetzung. Magdeburg, 2010.
- Behrend, Katharina: NPD – REP. Die Rolle nationalistischer Bewegungen im politischen System der Bundesrepublik Deutschland im historischen Vergleich. Regensburg, 1996.
- Beier, Katharina/Bogitzky, Jenny et al.: Die NPD in den kommunalen Parlamenten Mecklenburg-Vorpommerns. Greifswald, 2006.
- Benz, Wolfgang (Hrsg.): Rechtsradikalismus. Randerscheinung oder Renaissance? Frankfurt, 1980.
- Benz, Wolfgang (Hrsg.): Rechtsextremismus in Deutschland. Voraussetzungen, Zusammenhänge, Wirkungen. Frankfurt am Main, 1994.
- Benz, Wolfgang (Hrsg.): Jahrbuch für Antisemitismusforschung 14. Berlin, 2005
- Bergmann, Werner: Antisemitismus in Deutschland. In: Schubarth, Wilfried/Stöss, Richard (Hrsg.): Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz. Bonn, 2000. S. 131-154.
- Bergmann, Werner: Antisemitismus im Rechtsextremismus. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 42/2005, S. 23-30.
- Bergsdorf, Harald: Extremismusbegriff im Praxistest: PDS und REP im Vergleich. In: Backes, Uwe/Jesse, Eckhard (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie. 14. Jahrgang. Baden-Baden, 2002, S. 61-80.
- Bergsdorf, Harald: Extremismus als Herausforderung der Demokratie. In: Die Politische Meinung, 9/2006, S. 45-52.
- Bergsdorf, Harald: Die neue NPD. München, 2007.
- Bergsdorf, Harald: Die Vier-Säulen-Strategie der neuen NPD. In: Deutschland Archiv 41, 1/2008, S. 14-19.
- Bizeul, Yves: Nationalismus, Patriotismus und Loyalität zur offenen Republik. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 1-2/2007, S. 30-38.
- Bobbio, Norberto: Rechts und Links. Gründe und Bedeutung einer politischen Unterscheidung. Berlin, 1994.
- Botsch, Gideon: Gewalt, Profit und Propaganda. Konturen des rechtsextremen Musik-Netzwerkes. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 3/2001, S. 335-344.
- Botsch, Gideon/Kopke, Christoph: Die Basis der NPD. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 6/2007, S. 669-671.
- Brandstetter, Marc: Die NPD im 21. Jahrhundert. Eine Analyse ihrer aktuellen Situation, ihrer Erfolgsbedingungen und Aussichten. Marburg, 2006.
- Brandstetter, Marc: Die vier Säulen der NPD. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 9/2006, S. 1029-1031.
- Brandstetter, Marc: Die Programmatik der NPD – Vom Deutschnationalismus zum Nationalsozialismus? In: Backes, Uwe/Steglich, Henrik (Hrsg.): Die NPD. Erfolgsbedingungen einer rechtsextremistischen Partei. Baden-Baden, 2007, S. 317-335.
- Brandstetter, Marc: Die Selbstzerfleischung der NPD. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 2/2009, S. 15-18.
- Brandstetter, Marc: Zerstritten, pleite, geächtet. Wohin führt der Weg der NPD? In: Deutschland Archiv 42, 3/2009, S. 389-393.
- Brandt, Rudolf H.: Die Militärpolitik der NPD. Rückendeckung für die UDSSR? Stuttgart, 1969.

- Braun, Stephan/Geisler, Alexander/Gerster, Martin (Hrsg.): Strategien der extremen Rechten. Hintergründe – Analysen – Antworten. Wiesbaden, 2009.
- Braune, Sven/Demuth, Christian et al.: Die Politik der NPD in den Kommunalvertretungen Sachsens. In: Backes, Uwe/Steglich, Henrik (Hrsg.): Die NPD. Erfolgsbedingungen einer rechtsextremistischen Partei. Baden-Baden, 2007, S. 175-207.
- Brech, Franziska: Ein halbes Jahr NPD im sächsischen Landtag. Personen – Arbeitsstil – Entwicklungsperspektiven. Berlin, 2005.
- Brech, Franziska: Die NPD-Fraktion im Sächsischen Landtag – Eine Analyse zur ersten Hälfte der 4. Legislaturperiode. In: Backes, Uwe/Steglich, Henrik (Hrsg.): Die NPD. Erfolgsbedingungen einer rechtsextremistischen Partei. Baden-Baden, 2007, S. 167-174.
- Brodkorb, Mathias: Metamorphosen von Rechts. Über strategische und programmatische Wandlungen des modernen Rechtsextremismus. In: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.): Gibt es einen modernen Rechtsextremismus? Das Fallbeispiel Mecklenburg-Vorpommern. Schwerin, 2002, S. 2-65.
- Brodkorb, Mathias: Provokation als Prinzip. Die NPD im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern. In: Ders./Schlotmann, Volker (Hrsg.): Provokation als Prinzip. Die NPD im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern. Schwerin, 2008, S. 41-61.
- Brodkorb, Mathias: Die Globalisierung als Angriff auf die Volksgemeinschaft. Über Postmoderne, Ethnopluralismus und die NPD in einer globalisierten Weltwirtschaft. In: Ders./Schlotmann, Volker (Hrsg.): Provokation als Prinzip. Die NPD im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern. Schwerin, 2008, S. 155-195.
- Brodkorb, Mathias/Schlotmann, Volker (Hrsg.): Provokation als Prinzip. Die NPD im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern. Schwerin, 2008.
- Brügge, Peter: Rechts ab zum Vaterland. In: Der SPIEGEL 17/1967, S. 72-93.
- Buchstein, Hubertus/Fischer, Benjamin: Die NPD in den kommunalen Parlamenten Mecklenburg-Vorpommerns. In: Backes, Uwe/Steglich, Henrik (Hrsg.): Die NPD. Erfolgsbedingungen einer rechtsextremistischen Partei. Baden-Baden, 2007, S. 143-165.
- Bundesamt für Verfassungsschutz (Hrsg.): Die „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD) als Gravitationsfeld im Rechtsextremismus. Köln, 2006.
- Bundesamt für Verfassungsschutz (Hrsg.): Rechtsextremistische Musik. Köln, 2007.
- Bundesamt für Verfassungsschutz (Hrsg.): Symbole und Zeichen der Rechtsextremisten. Köln, 2008.
- Bundesamt für Verfassungsschutz (Hrsg.): „Autonome Nationalisten“ – Rechtsextremistische Militanz. Köln, 2009.
- Bundesministerium des Innern (Hrsg.): Verfassungsschutzberichte 1998-2010. Berlin, 1999-2011.
- Bundesministerium des Innern (Hrsg.): Extremismus in Deutschland. Erscheinungsformen und aktuelle Bestandsaufnahme. Berlin, 2004.
- Burger, Rainer: Die NPD und ihr Umfeld in Sachsen. In: Benz, Wolfgang (Hrsg.): Jahrbuch für Antisemitismusforschung 14. Berlin, 2005, S. 73-88.
- Büsch, Otto/Furth, Peter: Rechtsradikalismus im Nachkriegsdeutschland. Studien über die „Sozialistische Reichspartei“ (SRP). Frankfurt, 1957.
- Buse, Henning: Wie sieht der Propaganda-Apparat der NPD aus? In: Virchow, Fabian/Dornbusch, Christian (Hrsg.): 88 Fragen und Antworten zur NPD. Weltanschauung, Strategie und Auftreten einer Rechtspartei – und was Demokraten dagegen tun können. Schwalbach, 2008, S. 226-229.
- Butterwegge, Christoph/Isola, Horst (Hrsg.): Rechtsextremismus im vereinten Deutschland. Randerscheinung oder Gefahr für die Demokratie? 3. Auflage. Berlin, 1991.

Butterwegge, Christoph: Witzfiguren, Marionetten oder braune Demagogen? Zur Parlamentstätigkeit rechtsextremistischer Parteien. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 43/1998, S. 987-994.

Christians, Georg: „Die Reihen fest geschlossen“. Die FAP – Zu Anatomie und Umfeld einer militant-neofaschistischen Partei in den 80er Jahren. Marburg, 1990.

Cremer, Jean: Eine „Partei neuen Typs“? Die NPD zwischen NS-Nostalgie und Nationalbolschewismus. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 9/2000, S. 1079-1087.

Cremer, Jean: Das NPD-Verbot: Der große Konsens. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 12/2000, S. 1436-1438.

Decker, Frank: Jenseits von rechts und links? Zum Bedeutungswandel der politischen Richtungsbegriffe. In: Backes, Uwe/Jesse, Eckhard (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie. 10. Jahrgang. Baden-Baden, 1998, S. 33-48.

Decker, Frank: Rechtspopulismus. Ein neuer Parteiotyp in den westlichen Demokratien. In: Gegenwartskunde, 3/2001, S. 293-305.

Decker, Frank: Politikverdrossenheit ohne Ende? Zur Krise der deutschen Parteidemokratie. In: Gesellschaft – Wirtschaft – Politik, Jahrgang 54, 2005, Heft 1, S. 101-125.

Decker, Frank: Post-parlamentarisches Regieren, Entscheidungsblockaden und populistische Reaktion. In: Backes, Uwe/Jesse, Eckhard (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie. 17. Jahrgang. Baden-Baden, 2005, S. 29-52.

Decker, Oliver/Brähler, Elmar: Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 42/2005, S. 8-17.

Decker, Oliver/Brähler Elmar: Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland. Berlin, 2006.

Decker, Oliver/Brähler, Elmar: Bewegung in der Mitte. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2008 mit einem Vergleich von 2002 bis 2008 und der Bundesländer. Berlin, 2008.

Decker, Oliver/Rothe, Katharina/Weißmann, Marliese/Geißler Norman/Brähler, Elmar: Ein Blick in die Mitte. Zur Entstehung rechtsextremer und demokratischer Einstellungen. Berlin, 2008.

Der SPIEGEL: NPD: Wotans Wähler. In: Der SPIEGEL 15/1966, S. 30-40.

Der SPIEGEL: Wenn Deutschlands Kanzler Thielen hieße... SPIEGEL-Gespräch mit dem NPD-Vorsitzenden Friedrich Thielen. In: Der SPIEGEL 15/1966, S. 42-44.

Der SPIEGEL: „Im Bundestag wird Vieles anders aussehen“. SPIEGEL-Gespräch mit dem NPD-Vorsitzenden Adolf von Thadden. In: Der SPIEGEL 22/1969, S. 36-41.

Der SPIEGEL: Rechtsradikale: Lebende Zeitbombe. In: Der SPIEGEL 3/1981, S. 84-85.

Der SPIEGEL: Terror von rechts. In: Der SPIEGEL 44/1981, S. 27-29.

Der SPIEGEL: Die laufen jeder Trommel nach. In: Der SPIEGEL 25/1986, S. 72-79.

Der SPIEGEL: Republikaner: Leichte Übung. In: Der SPIEGEL 46/1989, S. 101-102.

Der SPIEGEL: Rechtsextremisten: Große Schlacht. In: Der SPIEGEL 16/1991, S. 107-109.

Der SPIEGEL: Verfassungsschutz: Das Lied vom Tod. In: Der SPIEGEL 52/1992, S. 52-57.

Der SPIEGEL: Neonazis: Werwolf der Zukunft. In: Der SPIEGEL 10/1995, S. 30.

Der SPIEGEL: Rechtsextremismus: Für jeden offen. In: Der SPIEGEL 11/1995, S. 68.

Der SPIEGEL: Rechtsextremismus: Szene neu sortiert. In: Der SPIEGEL 20/1995, S. 16.

DGB-Bildungswerk Hessen e.V.: Die NPD und ihr nationalrevolutionäres Umfeld. Materialien zur neueren ideologischen Entwicklung. Mit einer Einleitung von Jean Cremet. Zweite Auflage. Frankfurt am Main, 1999.

Döring, Uta: „National befreite Zonen“. Zur Entstehung und Karriere eines Kampfbegriffs. In: Klärner, Andreas/Kohlstruck, Michael (Hrsg.): Moderner Rechtsextremismus in Deutschland. Hamburg, 2006, S. 177-206.

Dorn, Wolfram: NPD – Neuer Anfang eines furchtbaren Endes? Köln, 1969.

Dornbusch, Christian: Sind die Jungen Nationaldemokraten die „revolutionäre Speerspitze“ der NPD? In: Virchow, Fabian/Ders. (Hrsg.): 88 Fragen und Antworten zur NPD. Weltanschauung, Strategie und Auftreten einer Rechtspartei – und was Demokraten dagegen tun können. Schwalbach, 2008, S. 97-99.

Dornbusch, Christian/Raabe, Jan: „Rechtsrock fürs Vaterland“. In: Röpke, Andrea/Speit, Andreas (Hrsg.): Braune Kameradschaften. Die militanten Neonazis im Schatten der NPD. 2., aktualisierte Auflage. Berlin, 2005, S. 67-86.

Dornbusch, Christian/Raabe, Jan: „Protestnoten für Deutschland“. In: Röpke, Andrea/Speit, Andreas (Hrsg.): Neonazis in Nadelstreifen. Die NPD auf dem Weg in die Mitte der Gesellschaft? Bonn, 2009, S. 168-190.

Dudek, Peter: Jugendliche Rechtsextremisten. Zwischen Hakenkreuz und Odalsrune. 1945 bis heute. Köln, 1985.

Dudek, Peter/Jaschke, Hans-Gerd: Entstehung und Entwicklung des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik. Zur Tradition einer besonderen politischen Kultur. Band 1. Opladen, 1984.

Dudek, Peter/Jaschke, Hans-Gerd: Entstehung und Entwicklung des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik. Zur Tradition einer besonderen politischen Kultur. Band 2. Dokumente und Materialien. Opladen, 1984.

Edinger, Michael/Hallermann, Andreas: Rechtsextremismus in Ostdeutschland. Struktur und Ursachen rechtsextremer Einstellungen am Beispiel Thüringens. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen 32, 2001, S. 588-612.

Eichler, Willi: Einheit vor Freiheit im Programm der NPD. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 15/1969, S. 3-13.

Elverich, Gabi: Was verbirgt sich hinter dem Ring Nationaler Frauen (RNF)? In: Virchow, Fabian/Dornbusch, Christian (Hrsg.): 88 Fragen und Antworten zur NPD. Weltanschauung, Strategie und Auftreten einer Rechtspartei – und was Demokraten dagegen tun können. Schwalbach, 2008, S. 211-214.

Erb, Rainer: DVU und NPD im brandenburgischen Wahlkampf. In: Deutschland Archiv 32, 6/1999, S. 947-952.

Erb, Rainer: Die kommunalpolitische Strategie der NPD Ende der neunziger Jahre. In: Lynen von Berg, Heinz/Tschiche, Hans-Jochen (Hrsg.): NPD – Herausforderung für die Demokratie? Berlin, 2002, S. 45-61.

Erb, Rainer: Protestorganisation und Eventmanagement: Der Typus des rechtsextremen Bewegungsunternehmers. In: Klärner, Andreas/Kohlstruck, Michael (Hrsg.): Moderner Rechtsextremismus in Deutschland. Hamburg, 2006, S. 142-176.

Erb, Rainer/Kohlstruck, Michael: Die Funktionen von Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit für die rechtsextreme Bewegung. In: Braun, Stephan/Geisler, Alexander/Gerster, Martin (Hrsg.): Strategien der extremen Rechten. Hintergründe – Analysen – Antworten. Wiesbaden, 2009, S. 419-439.

Esen, Ellen: Rechtsextremistinnen heute – Aktuelle Entwicklungen und Fallbeispiele. In: Braun, Stephan/Geisler, Alexander/Gerster, Martin (Hrsg.): Strategien der extremen Rechten. Hintergründe – Analysen – Antworten. Wiesbaden, 2009, S. 208-229.

- Everts, Carmen: Politischer Extremismus. Theorie und Analyse am Beispiel der Parteien REP und PDS. Berlin, 2000.
- Faller, Kurt/Siebold, Heinz (Hrsg.): Neofaschismus. Dulden? Verboten? Ignorieren? Bekämpfen? Frankfurt, 1986.
- Falter, Jürgen W.: Hitlers Wähler. München, 1991.
- Falter, Jürgen W.: Wer wählt rechts? Die Wähler und Anhänger rechtsextremistischer Parteien im vereinigten Deutschland. München, 1994.
- Falter, Jürgen W.: Die Massenbasis des Rechtsextremismus in Europa in vergleichender Perspektive. In: Backes, Uwe/Jesse, Eckhard (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie. 6. Jahrgang. Bonn, 1994, S. 35-56.
- Falter, Jürgen W./Jaschke, Hans-Gerd/Winkler, Jürgen R. (Hrsg.): Rechtsextremismus. Ergebnisse und Perspektiven der Forschung. Opladen, 1996.
- Fascher, Eckhard: Modernisierter Rechtsextremismus? Ein Vergleich der Parteigründungsprozesse der NPD und der Republikaner in den sechziger und achtziger Jahren. Berlin, 1994.
- Faulenbach, Bernd: Emanzipation von der deutschen Tradition? Geschichtsbewußtsein in den sechziger Jahren. In: Weidenfeld, Werner (Hrsg.): Politische Kultur und deutsche Frage. Materialien zum Staats- und Nationalbewußtsein in der Bundesrepublik Deutschland. Köln, 1989, S. 73-92.
- Fink, Willibald: Die NPD bei der bayerischen Landtagswahl 1966. München, 1969.
- Fischer, Jörg: Das NPD Verbot. Berlin, 2001.
- Flad, Henning: Zur Ökonomie der rechtsextremen Szene – Die Bedeutung des Handels mit Musik. In: Klärner, Andreas/Kohlstruck, Michael (Hrsg.): Moderner Rechtsextremismus in Deutschland. Hamburg, 2006, S.102-115.
- Flechtheim, Ossip K. (Hrsg.): Dokumente zur parteipolitischen Entwicklung in Deutschland seit 1945. Zweiter Band: Programmatik der deutschen Parteien. Berlin, 1963.
- Flemming, Lars: Das gescheiterte NPD-Verbotsverfahren – Wie aus dem „Aufstand der Anständigen“ der „Aufstand der Unfähigen“ wurde. In: Backes, Uwe/Jesse, Eckhard (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie. 15. Jahrgang. Baden-Baden, 2003, S. 159-177.
- Flemming, Lars: Die NPD nach dem Verbotsverfahren – Der Weg aus der Bedeutungslosigkeit in die Bedeutungslosigkeit? In: Backes, Uwe/Jesse, Eckhard (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie. 16. Jahrgang. Baden-Baden, 2004, S. 144-154.
- Flemming, Lars: Das NPD-Verbotsverfahren. Vom „Aufstand der Anständigen“ zum „Aufstand der Unfähigen“. Baden-Baden, 2005.
- Flemming, Lars: Das Scheitern der Anständigen. Der Extremismus erfordert Wachsamkeit, aber blinder Aktionismus schadet. In: Das Parlament, Nr. 45, 7.11.05.
- Forschungsgruppe Wahlen e.V.: Wahl in Sachsen. Eine Analyse der Landtagswahl vom 30. August 2009. Mannheim, 2009.
- Forschungsgruppe Wahlen e.V.: Wahl in Nordrhein-Westfalen. Eine Analyse der Landtagswahl vom 9. Mai 2010. Mannheim, 2010.
- Fromme, Friedrich Karl: Von der Weimarer Verfassung zum Bonner Grundgesetz. Die verfassungspolitischen Folgerungen des Parlamentarischen Rates aus Weimarer Republik und nationalsozialistischer Diktatur. 3., ergänzte Auflage. Berlin, 1999.
- Funke, Hajo: Paranoia und Politik. Rechtsextremismus in der Berliner Republik. Berlin, 2002.

Gehl, Günter (Hrsg.): Kriegsende 1945. Befreiung oder Niederlage für die Deutschen? Gedanken über die Hintergründe des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Weimar, 2006.

Geisler, Alexander/Gerster, Martin: Fußball als Extrem-Sport – Die Unterwanderung des Breitensports als Strategieelement der extremen Rechten. In: Braun, Stephan/Dies. (Hrsg.): Strategien der extremen Rechten. Hintergründe – Analysen – Antworten. Wiesbaden, 2009, S. 189-207.

Gerlach, Julia: Auswirkungen der Verbote rechtsextremistischer Vereine auf die NPD. In: Backes, Uwe/Steglich, Henrik (Hrsg.): Die NPD. Erfolgsbedingungen einer rechtsextremistischen Partei. Baden-Baden, 2007, S. 233-260.

Glaser, Stefan/Pfeiffer, Thomas (Hrsg.): Erlebniswelt Rechtsextremismus. Bonn, 2007.

Gnad, Oliver: Sozialistische Reichspartei. In: Recker, Marie-Luise/Tenfelde, Klaus (Hrsg.): Handbuch zur Statistik der Parlamente und Parteien in den westlichen Besatzungszonen und in der Bundesrepublik Deutschland. Band III: FDP sowie kleinere bürgerliche und rechte Parteien. Mitgliedschaft und Sozialstruktur 1945-1990. Düsseldorf, 2005, S. 353-473.

Gnad, Oliver: Nationaldemokratische Partei Deutschlands. In: Recker, Marie-Luise/Tenfelde, Klaus (Hrsg.): Handbuch zur Statistik der Parlamente und Parteien in den westlichen Besatzungszonen und in der Bundesrepublik Deutschland. Band III: FDP sowie kleinere bürgerliche und rechte Parteien. Mitgliedschaft und Sozialstruktur 1945-1990. Düsseldorf, 2005, S. 591-702.

Grebing, Helga: Linksradikalismus gleich Rechtsradikalismus. Eine falsche Gleichung. Stuttgart, 1971.

Greiffenhagen, Martin/Greiffenhagen, Sylvia: Ein schwieriges Vaterland. Zur politischen Kultur im vereinigten Deutschland. München, 1993.

Greiffenhagen, Martin/Greiffenhagen, Sylvia: Eine Nation: Zwei politische Kulturen. In: Weidenfeld, Werner (Hrsg.): Deutschland. Eine Nation – doppelte Geschichte. Köln, 1993, S. 29-45.

Greß, Franz/Jaschke, Hans-Gerd/Schönekeß, Klaus: Neue Rechte und Rechtsextremismus in Europa. Bundesrepublik. Frankreich. Großbritannien. Opladen, 1990.

Greven, Thomas/Grumke, Thomas (Hrsg.): Globalisierter Rechtsextremismus? Die extremistische Rechte in der Ära der Globalisierung. Wiesbaden, 2006.

Grumke, Thomas: Der „hysterische NPD-Tsunami“. Die NPD in Nordrhein-Westfalen und Sachsen im Vergleich. In: Benz, Wolfgang (Hrsg.): Jahrbuch für Antisemitismusforschung 14. Berlin, 2005, S. 89-97.

Grumke, Thomas: „Sozialismus ist braun“: Rechtsextremismus, die soziale Frage und Globalisierungskritik. In: Braun, Stephan/Geisler, Alexander/Gerster, Martin (Hrsg.): Strategien der extremen Rechten. Hintergründe – Analysen – Antworten. Wiesbaden, 2009, S. 148-162.

Grumke, Thomas/Klärner, Andreas: Rechtsextremismus, die soziale Frage und Globalisierungskritik – eine vergleichende Studie zu Deutschland und Großbritannien seit 1990. Berlin, 2006.

Hafeneger, Benno: Politik der „extremen Rechten“. Eine empirische Untersuchung am Beispiel der hessischen Kommunalparlamente. Schwalbach, 1995.

Hafeneger, Benno: Sozialstruktur der extremen Rechten: Mandatsträger der „Republikaner“ und der NPD am Beispiel der hessischen Kommunalparlamente. Schwalbach, 1997.

Hafeneger, Benno: Die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD). In: Mecklenburg, Jens (Hrsg.): Braune Gefahr. DVU, NPD, REP. Geschichte und Zukunft. Berlin, 1999, S. 41-59.

Hansen, Henning: Die Sozialistische Reichspartei (SRP). Aufstieg und Scheitern einer rechtsextremen Partei. Düsseldorf, 2007.

Hartleb, Florian: Zeitschriftenporträt: Deutsche Stimme. In: Backes, Uwe/Jesse, Eckhard (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie. 17. Jahrgang. Baden-Baden, 2005, S. 218-235.

- Hartleb, Florian: Die „Deutsche Stimme“ – Das intellektuelle Sprachrohr der NPD? In: Backes, Uwe/Steglich, Henrik (Hrsg.): Die NPD. Erfolgsbedingungen einer rechtsextremistischen Partei. Baden-Baden, 2007, S. 355-382.
- Hartleb, Florian: Der (Anti-)Globalisierungsdiskurs der NPD. In: Gesellschaft – Wirtschaft – Politik, 2/2008, S. 173-180.
- Hartwich, Hans-Hermann: Verbot der NPD? In: Gegenwartskunde, 49/2000, S. 481-491.
- Häusler, Alexander (Hrsg.): Rechtspopulismus als „Bürgerbewegung“. Kampagnen gegen Islam und Moscheebau und kommunale Gegenstrategien. Wiesbaden, 2008.
- Heine, Ronny: Vereint und doch getrennt? Zur Frage der „inneren Einheit“ Deutschlands. In: Die politische Meinung, 1/2008, S. 21-25.
- Heinrich, Gudrun: Die NPD als Bewegungsorganisation. In: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, 4/2008, S. 29-38.
- Heitmeyer, Wilhelm: Gesellschaftliche Desintegrationsprozesse als Ursachen fremdenfeindlicher Gewalt und politischer Paralyse. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 2-3/1993, S. 3-13.
- Heitmeyer, Wilhelm et al.: Die Bielefelder Rechtsextremismus-Studie. Erste Langzeituntersuchung zur politischen Sozialisation männlicher Jugendlicher. 2. Auflage. Weinheim/München, 1993.
- Helmerich, Antje: Ethnonationalismus und das politische Potenzial nationalistischer Bewegungen. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 39/2004, S. 19-24.
- Hertel, Gerhard: Die DVU – Gefahr von Rechtsaußen. München, 1998.
- Herz, Thomas: Soziale Bedingungen für Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten. Eine vergleichende Analyse der Anhänger der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands und der Anhänger von George C. Wallace. Meisenheim, 1975.
- Hirsch, Kurt: Rechts von der Union. Personen, Organisationen, Parteien seit 1945. München, 1989.
- Hirscher, Gerhard: Schirinowskij und der deutsche Rechtsextremismus. In: Backes, Uwe/Jesse, Eckhard (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie. 6. Jahrgang. Bonn, 1994, S. 162-179.
- Höffken, Heinz-Werner/Sattler, Martin: Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland – Die „alte“, die „neue“ Rechte und der Neonazismus. 2., völlig überarbeitete Auflage. Opladen, 1980.
- Hoffmann, Jürgen: Die DVU im Landtag von Sachsen-Anhalt. In: Backes, Uwe/Jesse, Eckhard (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie. 12. Jahrgang. Baden-Baden, 2000, S. 240-252.
- Hoffmann, Uwe: Die NPD. Entwicklung, Ideologie und Struktur. Frankfurt am Main, 1999.
- Hoffmann-Lange, Ursula/Gille, Martina/Krüger, Winfried: Jugend und Politik in Deutschland. In: Niedermayer, Oskar/Beyme, Klaus von (Hrsg.): Politische Kultur in Ost- und Westdeutschland. Berlin, 1994, S. 140-161.
- Hofstadter, Richard: The Pseudo-Conservative Revolt. In: Bell, Daniel (Hrsg.): The Radical Right. Garden City, 1964, S. 75-95.
- Huber, Ernst Rudolf: Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789. Band II: Der Kampf um Einheit und Freiheit 1830 bis 1850. 3., wesentlich überarbeitete Auflage. Stuttgart/Berlin, 1988.
- Infratest dimap: Landtagswahl in Sachsen. 30. August 2009. Sachsen hat gewählt. Berlin, 2009.
- Inglehart, Ronald: Kultureller Umbruch. Wertewandel in der westlichen Welt. Frankfurt am Main, 1989.
- Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.): Verfassungsschutzberichte des Landes Nordrhein-Westfalen über die Jahre 2004-2008. Düsseldorf, 2005-2009.

- Jäger, Siegfried: Die neue Qualität der NPD. Umfeld, Geschichte, Ideologie und Organisation einer rechtsradikalen Partei und ihre Bedeutung in der Bundesrepublik der Gegenwart. 2. Auflage. Duisburg, 1989.
- Jaschke, Hans-Gerd: Rechtsstaat und Rechtsextremismus. In: Schubarth, Wilfried/Stöss, Richard (Hrsg.): Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz. Bonn, 2000, S. 314-332.
- Jaschke, Hans-Gerd: Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Wiesbaden, 2001.
- Jenke, Manfred: Verschwörung von rechts? Ein Bericht über den Rechtsradikalismus in Deutschland nach 1945. Berlin, 1961.
- Jesse, Eckhard: Wahlen 1992. In: Backes, Uwe/Ders. (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie. 5. Jahrgang. Bonn, 1993, S. 107-115.
- Jesse, Eckhard: Wahlen 1994. In: Backes, Uwe/Ders. (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie. 7. Jahrgang. Baden-Baden, 1995, S. 115-130.
- Jesse, Eckhard: Wahlen 1999. In: Backes, Uwe/Ders. (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie. 12. Jahrgang. Baden-Baden, 2000, S. 181-198.
- Jesse, Eckhard: Soll die Nationaldemokratische Partei Deutschlands verboten werden? Der Parteiverbotsantrag war unzweckmäßig, ein Parteiverbot ist rechtmäßig. In: Politische Vierteljahresschrift, 20. Jahrgang, 2001, Heft 4, S. 683-697.
- Jesse, Eckhard: Der gescheiterte Verbotsantrag gegen die NPD – Die streitbare Demokratie ist beschädigt worden. In: Politische Vierteljahresschrift, 44. Jahrgang, 2003, Heft 3, S. 292-301.
- Jesse, Eckhard: Die NPD – eine rechtsextreme Partei nach dem gescheiterten Verbotsantrag im Höhenflug? In: Politische Studien 56, Heft 400, 2005, S. 69-81.
- Jesse, Eckhard: Wahlen 2004. In: Backes, Uwe/Ders. (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus und Demokratie. 17. Jahrgang. Baden-Baden, 2005, S. 95-107.
- Jesse, Eckhard: Das Auf und Ab der NPD. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 42/2005, S. 31-38.
- Jesse, Eckhard: Der Umgang mit parteipolitischen Rechtsextremismus. Sankt Augustin, 2005.
- Jesse, Eckhard: Wahlen 2005. In: Backes, Uwe/Ders. (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie. 18. Jahrgang. Baden-Baden, 2006, S. 113-127.
- Jesse, Eckhard: Biographisches Porträt: Udo Voigt. In: Backes, Uwe/Ders. (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie. 18. Jahrgang. Baden-Baden, 2006, S. 207-219.
- Jesse, Eckhard: Grenzen des Demokratieschutzes in der offenen Gesellschaft – Das Gebot der Äquidistanz gegenüber politischen Extremisten. In: Uwe Backes/Ders. (Hrsg.): Gefährdungen der Freiheit. Extremistische Ideologien im Vergleich. Göttingen, 2006, S. 493-520.
- Jesse, Eckhardt: Die Auseinandersetzung mit der NPD. In: Backes, Uwe/Steglich, Henrik (Hrsg.): Die NPD. Erfolgsbedingungen einer rechtsextremistischen Partei. Baden-Baden, 2007, S. 283-298.
- Jesse, Eckhard: Die Vier-Säulen-Strategie der NPD. Eine Analyse zu Anspruch und Wirklichkeit ihrer Umsetzung. In: Pfahl-Traugher, Armin (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus- und Terrorismusforschung. Brühl, 2008, S. 178-192.
- Jesse, Eckhard: NPD-Verbot ist kein Gebot. Die endlose Diskussion um einen Verbotsantrag gegen die NPD. In: Deutschland Archiv 41, 3/2008, S. 392-396.
- Jesse, Eckhard: Die NPD und die Linke. In: Backes, Uwe/Ders. (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie. 21. Jahrgang. Baden-Baden, 2010, S. 13-32.
- Jugendschutz.net: Hass im Netz wirksam bekämpfen. Rechtsextremismus im Internet. Bericht 2007. Mainz, 2008.



Jugendschutz.net: Rechtsextremismus online. Beobachten und nachhaltig bekämpfen. Bericht 2010 über Recherchen und Maßnahmen. Mainz, 2011.

Kailitz, Steffen: Die „Republikaner“ – Vergangenheit, Gegenwart, Zukunft. In: Backes, Uwe/Jesse, Eckhard (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie. 13. Jahrgang. Baden-Baden, 2001, S. 139-153.

Kailitz, Steffen: Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Auf dem Weg zur „Volksfront“? In: Zukunftsforum Politik, 65/2005. Sankt Augustin, 2005.

Kailitz, Steffen: Die nationalsozialistische Ideologie der NPD. In: Backes, Uwe/Steglich, Henrik (Hrsg.): Die NPD. Erfolgsbedingungen einer rechtsextremistischen Partei. Baden-Baden, 2007, S. 337-353.

Kailitz, Steffen: Das nationalsozialistische Vertreibungs- und Nationalisierungsprojekt der NPD. In: Politische Studien, Themenheft 58, 1/2007, S. 44-53.

Kailitz, Steffen: Die Deutsche Volkunion und die Republikaner: Vergleichende Betrachtung zur Entwicklung und zum ideologischen Profil. In: Braun, Stephan/Geisler, Alexander/Gerster, Martin (Hrsg.): Strategien der extremen Rechten. Hintergründe – Analysen – Antworten. Wiesbaden, 2009, S. 109-129.

Kappe, Dieter: Nationalismus und Demokratie. Versuch einer Strukturanalyse der NPD. In: Ortlieb, Heinz-Dietrich/Molitor, Bruno (Hrsg.): Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik 12. Tübingen, 1967, S. 30-44.

Kenzo, Rena: Was machen Frauen in der NPD? In: Virchow, Fabian/Dornbusch, Christian (Hrsg.): 88 Fragen und Antworten zur NPD. Weltanschauung, Strategie und Auftreten einer Rechtspartei – und was Demokraten dagegen tun können. Schwalbach, 2008, S. 208-211.

Kielmansegg, Peter Graf: Rezessionsessay: Was ist politischer Extremismus? In: Backes, Uwe/Jesse, Eckhard (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie. 2. Jahrgang. Bonn, 1990, S. 280-288.

Killguss, Hans-Peter/Peters, Jürgen/Häusler, Alexander: PRO KÖLN – Entstehung und Aktivitäten. In: Häusler, Alexander (Hrsg.): Rechtspopulismus als „Bürgerbewegung“. Kampagnen gegen Islam und Moscheebau und kommunale Gegenstrategien. Wiesbaden, 2008, S. 55-71.

Kirfel, Martina/Oswalt, Walter (Hrsg.): Die Rückkehr der Führer. Modernisierter Rechtsradikalismus in Westeuropa. Wien, 1989.

Klages, Helmut/Gensicke, Thomas: Geteilte Werte? Ein deutscher Ost-West-Vergleich. In: Weidenfeld, Werner (Hrsg.): Deutschland. Eine Nation – doppelte Geschichte. Köln, 1993, S. 47-59.

Klärner, Andreas: „Zwischen Militanz und Bürgerlichkeit“ – Tendenzen der rechtsextremen Bewegung am Beispiel einer ostdeutschen Mittelstadt. In: Ders./Kohlstruck, Michael (Hrsg.): Moderner Rechtsextremismus in Deutschland. Hamburg, 2006, S. 44-67.

Klärner, Andreas/Kohlstruck, Michael: Rechtsextremismus – Thema der Öffentlichkeit und Gegenstand der Forschung. In: Dies. (Hrsg.): Moderner Rechtsextremismus in Deutschland. Hamburg, 2006, S. 7-41.

Klärner, Andreas/Kohlstruck, Michael (Hrsg.): Moderner Rechtsextremismus in Deutschland. Hamburg, 2006.

Klingemann, Hans D.: Politische und soziale Bedingungen der Wählerbewegungen zur NPD. Fallstudie Baden-Württemberg. In: Sozialwissenschaftliches Jahrbuch für Politik. Band 2. München, 1971, S. 563-601.

Knütter, Hans-Helmuth: Ideologien des Rechtsradikalismus im Nachkriegsdeutschland. Eine Studie über die Nachwirkungen des Nationalsozialismus. Bonn, 1961.

Kohl, Heribert: Die „Deutschen Nachrichten“. Eine politologisch-soziologische Analyse des publizistischen Organs der NPD. In: Politische Vierteljahresschrift, 8. Jahrgang, 1967, Heft 2, S. 272-292.

Konow, Gerhard: Zur parlamentarischen Methode der NPD. In: Frankfurter Hefte 23, 1968, S. 117-234.

- Kopke, Christoph/Rensmann, Lars: Die Extremismus-Formel. Zur politischen Karriere einer wissenschaftlichen Ideologie. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 12/2000, S. 1451-1462.
- Korgel, Lorenz: Links anziehen, rechts marschieren. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 2/2006, S. 157-159.
- Kowalsky, Wolfgang/Schröder, Wolfgang (Hrsg.): Rechtsextremismus. Einführung und Forschungsbilanz. Opladen, 1994.
- Kühnl, Reinhard/Rilling, Rainer/Sager, Christine: Die NPD. Struktur, Ideologie und Funktion einer neofaschistischen Partei. Frankfurt am Main, 1969.
- Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg (Hrsg.): Rechtsextremismus. Stuttgart, 2006.
- Landesamt für Verfassungsschutz Hessen: „Kampf um die Köpfe“: Intellektualisierungsversuche im Rechtsextremismus. Wiesbaden, 2005.
- Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen (Hrsg.): Sächsisches Handbuch zum Extremismus und zu sicherheitsgefährdenden Bestrebungen. Dresden, 2009.
- Langebach, Martin/Raabe, Jan: Zwischen Freizeit, Politik und Partei: RechtsRock. In: Braun, Stephan/Geisler, Alexander/Gerster, Martin (Hrsg.): Strategien der extremen Rechten. Hintergründe – Analysen – Antworten. Wiesbaden, 2009, S. 163-188.
- Langer, Kai/Lehmann, Arne: 18 Monate Populismus und Provokation. Eine Zwischenbilanz der Parlamentsarbeit der NPD in Mecklenburg-Vorpommern. In: Brodtkorb, Mathias/Schlotmann, Volker (Hrsg.): Provokation als Prinzip. Die NPD im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern. Schwerin, 2008, S. 63-95.
- Laue, Sabine: Die NPD unter dem Viermächtestatus Berlins. Verhandlungsmasse zwischen den Großmächten. Köln, 1993.
- Leggewie, Claus/Meier, Horst (Hrsg.): Verbot der NPD oder mit Rechtsradikalen leben? Die Positionen. Frankfurt am Main, 2002.
- Leicht, Robert: Verbieten? Unsinn! Die NPD ist kein Fall für das Bundesverfassungsgericht. In: ZEIT 44/2000.
- Lenk, Kurt: Rechtsextreme „Argumentationsmuster“. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 42/2005, S. 17-22.
- Lersch, Paul (Hrsg.): Die verkannte Gefahr. Rechtsradikalismus in der Bundesrepublik. Reinbek, 1981.
- Liepelt, Klaus: Anhänger der neuen Rechtspartei. Ein Beitrag zur Diskussion über das Wählerreservoir der NPD. In: Politische Vierteljahresschrift, 8. Jahrgang, 1967, Heft 2, S. 237-271.
- Linden, Markus: Feindliche Übernahme im Niemandsland? Bestimmungsgründe der jüngsten NPD-Erfolge. In: Deutschland Archiv 40, 1/2007, S. 20-28.
- Lipset, Seymour M.: The Sources of the Radical Right. In: Bell, Daniel (Hrsg.): The Radical Right. Garden City, 1964, S. 307-371.
- Lynen von Berg, Heinz/Tschiche, Hans-Jochen (Hrsg.): NPD – Herausforderung für die Demokratie? Berlin, 2002.
- Maaz, Hans-Joachim: Eine Therapie für Deutschland? Psychosoziale Aspekte im deutschen Einigungsprozeß. In: Weidenfeld, Werner (Hrsg.): Deutschland. Eine Nation – doppelte Geschichte. Köln, 1993, S. 83-95.

- Maegerle, Anton: Die Internationale der Nationalisten: Verbindungen bundesdeutscher Rechtsextremisten – am Beispiel von NPD/JN – zu Gleichgesinnten in ausgewählten osteuropäischen Staaten. In: Braun, Stephan/Geisler, Alexander/Gerster, Martin (Hrsg.): Strategien der extremen Rechten. Hintergründe – Analysen – Antworten. Wiesbaden, 2009, S. 461-473.
- Maier, Hans/Bott, Hermann: Die NPD – Struktur und Ideologie einer „nationalen Rechtspartei“. München, 1968.
- Marschall, Stefan: Rechtsextremismus und deutsche Einheit. In: Backes, Uwe/Jesse, Eckhard (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie. 7. Jahrgang. Baden-Baden, 1995, S. 176-183.
- Mauch, Hansjörg: Zur Ideologie der NPD – dargestellt an Hand einer quantitativen systematischen Inhaltsanalyse der Deutschen Nachrichten. In: Sozialwissenschaftliches Jahrbuch für Politik. Band 2. München, 1971, S. 603-627.
- Mayer, Sabrina: Die Wähler der NPD. Eine empirische Untersuchung der Einflussfaktoren auf die Wahl der NPD 1969. Wiesbaden, 2011.
- Mayer, Stefan: Zehn Jahre Deutsche Volksunion als politische Partei. In: Backes, Uwe/Jesse, Eckhard (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie. 10. Jahrgang. Baden-Baden, 1998, S. 184-198.
- Mayer, Stefan: Biographisches Porträt: Gerhard Michael Frey. In: Backes, Uwe/Jesse, Eckhard (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie. 14. Jahrgang. Baden-Baden, 2002, S. 169-181.
- Mayer, Stefan: Die DVU in Brandenburg – ein rechtsextremistisches Erfolgsmodell? In: Backes, Uwe/Jesse, Eckhard (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie. 18. Jahrgang. Baden-Baden, 2006, S. 154-170.
- Mecklenburg, Jens (Hrsg.): Handbuch deutscher Rechtsextremismus. Berlin, 1996.
- Mecklenburg, Jens: Die Deutsche Volksunion (DVU). In: Ders. (Hrsg.): Braune Gefahr. DVU, NPD, REP. Geschichte und Zukunft. Berlin, 1999, S. 12-22.
- Mecklenburg, Jens (Hrsg.): Braune Gefahr. DVU, NPD, REP. Geschichte und Zukunft. Berlin, 1999.
- Meier, Horst: Die Freiheit der NPD. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 3/2005, S. 266-269.
- Menhorn, Christian: Die Rolle der Skinheads im rechtsextremistischen Lager. In: Backes, Uwe/Jesse, Eckhard (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie. 12. Jahrgang. Baden-Baden, 2000, S. 253-267.
- Miliopoulos, Lazaros: Die NPD als Machtfaktor im deutschen Parteiensystem. In: Jun, Uwe/Kreikenbom, Henry/Neu, Viola (Hrsg.): Kleine Parteien im Aufwind. Zur Veränderung der deutschen Parteienlandschaft. Frankfurt am Main/New York, 2006, S. 223-245.
- Miliopoulos, Lazaros: Strategische Ansätze, Potentiale und Perspektiven der NPD. In: Backes, Uwe/Steglich, Henrik (Hrsg.): Die NPD. Erfolgsbedingungen einer rechtsextremistischen Partei. Baden-Baden, 2007, S. 121-141.
- Ministerium für Inneres und Kommunales des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen über das Jahr 2010. Düsseldorf, 2011.
- Misselwitz, Hans-J.: DDR: Geschlossene Gesellschaft und offenes Erbe. In: Weidenfeld, Werner (Hrsg.): Deutschland. Eine Nation – doppelte Geschichte. Köln, 1993, S. 103-112.
- Mommsen, Wolfgang J.: Wandlungen der nationalen Identität. In: Weidenfeld, Werner (Hrsg.): Die Identität der Deutschen. Bonn, 1983, S. 170-192.
- Moreau, Patrick: Die extreme Rechte in Europa – Ein Vergleich. In: Backes, Uwe/Steglich, Henrik (Hrsg.): Die NPD. Erfolgsbedingungen einer rechtsextremistischen Partei. Baden-Baden, 2007, S. 33-54.
- Müller, Leo A.: Republikaner, NPD, DVU, Liste D... Göttingen, 1989.

- Nagle, John: The National Democratic Party. Right-radicalism in the Federal Republic of Germany. Berkeley, 1970.
- Neu, Viola: Rechts- und Linksextremismus in Deutschland. Wahlverhalten und Einstellungen. Sankt Augustin, 2009.
- Neubacher, Bernd: NPD, DVU-Liste D, Die Republikaner. Ein Vergleich ihrer Ziele, Organisationen und Wirkungsfelder. Köln, 1996.
- Neubacher, Bernd: Die Republikaner im baden-württembergischen Landtag – von einer rechtsextremen zu einer rechtsradikalen, etablierten Partei? Stuttgart, 2001.
- Neugebauer, Gero: Extremismus – Rechtsextremismus – Linksextremismus: Einige Anmerkungen zu Begriffen, Forschungskonzepten, Forschungsfragen und Forschungsergebnissen. In: Schubarth, Wilfried/Stöss, Richard (Hrsg.): Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz. Bonn, 2000, S. 13-37.
- Niedermayer, Oskar/Beyme, Klaus von (Hrsg.): Politische Kultur in Ost- und Westdeutschland. Berlin, 1994.
- Niemann, Laura: Die NPD im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern. Ihre Parlamentsarbeit im ersten Jahr. Greifswald, 2008.
- Niethammer, Lutz: Angepaßter Faschismus. Politische Praxis der NPD. Frankfurt am Main, 1969.
- Noelle-Neumann, Elisabeth/Petersen, Thomas: Zeitenwende. Der Wertewandel 30 Jahre später. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 29/2001, S. 15-22.
- Noll, Adolf/Plitt, Werner/Ridder, Winfried: Die NPD. Programmatik und politisches Verhalten. Bad Godesberg, 1970.
- Normann, Lars: Vorstandswechsel, Fusion und Ende der „Phantompartei“ DVU. In: Backes, Uwe/Gallus, Alexander/Jesse, Eckhard (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie. 23. Jahrgang. Baden-Baden, 2011, S. 165-184.
- Pawassar, Astrid: Bekennende Verfassungsfeinde. Die NPD im sächsischen Landtag. In: Das Parlament, Nr. 45, 7.11.05.
- Peters, Jürgen/Sager, Thomas/Häusler, Alexander: PRO NRW und PRO D – Entwicklung, Struktur und Methodik. In: Häusler, Alexander (Hrsg.): Rechtspopulismus als „Bürgerbewegung“. Kampagnen gegen Islam und Moscheebau und kommunale Gegenstrategien. Wiesbaden, 2008, S. 72-87.
- Petschke, Madeleine: Sowohl rechtlich aussichtsreich als auch politisch zweckmäßig? Ein Beitrag zur Debatte um ein Verbot der NPD. In: Recht und Politik. Vierteljahrshefte für Rechts- und Verwaltungspolitik 45, 1/2009, S. 11-16.
- Pfahl-Traughber, Armin: Der Extremismusbegriff in der politikwissenschaftlichen Diskussion – Definitionen, Kritik, Alternativen. In: Backes, Uwe/Jesse, Eckhardt (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie. 4. Jahrgang. Bonn, 1992, S. 67-86.
- Pfahl-Traughber, Armin: Rechtsextremismus. Eine kritische Bestandsaufnahme nach der Wiedervereinigung. Bonn, 1993.
- Pfahl-Traughber, Armin: Die Neonationalsozialisten-Szene nach den Verbotsmaßnahmen. In: Backes, Uwe/Jesse, Eckhard (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie. 9. Jahrgang. Baden-Baden, 1997, S. 156-173.
- Pfahl-Traughber, Armin: Konservative Revolution und Neue Rechte. Rechtsextremistische Intellektuelle gegen den demokratischen Verfassungsstaat. Opladen, 1998.
- Pfahl-Traughber, Armin: Der „zweite Frühling“ der NPD zwischen Aktion und Politik. In: Backes, Uwe/Jesse, Eckhard (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie. 11. Jahrgang. Baden-Baden, 1999, S. 146-166.

Pfahl-Traughber, Armin: Der organisierte Rechtsextremismus in Deutschland nach 1945. Zur Entwicklung auf den Handlungsfeldern „Aktion“ – „Gewalt“ – „Kultur“ – „Politik“. In: Schubarth, Wilfried/Stöss, Richard (Hrsg.): Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz. Bonn, 2000, S. 71-100.

Pfahl-Traughber, Armin: Die NPD in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre. Ideologie, Strategie und Organisation. In: Leggewie, Claus/Meier, Horst (Hrsg.): Verbot der NPD oder mit Rechtsradikalen leben? Die Positionen. Frankfurt am Main, 2002, S. 30-43.

Pfahl-Traughber, Armin: Die ideologische, strategische und organisatorische Entwicklung der NPD in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre. In: Lynen von Berg, Heinz/Tschiche, Hans-Jochen (Hrsg.): NPD – Herausforderung für die Demokratie? Berlin, 2002, S. 13-30.

Pfahl-Traughber, Armin: Droht die Herausbildung einer Antiglobalisierungsbewegung von rechtsextremistischer Seite? Globalisierung als Agitationsthema des organisierten Rechtsextremismus. In: Bundesministerium des Innern (Hrsg.): Extremismus in Deutschland. Erscheinungsformen und aktuelle Bestandsaufnahme. Berlin, 2004, S. 98-135.

Pfahl-Traughber, Armin: Rechtsextremismus in der Bundesrepublik. 4., aktualisierte Auflage. München, 2006.

Pfahl-Traughber, Armin: Das Gespenst von der „deutschen Volksfront“. Aktuelle Bündnisbestrebungen im organisierten Rechtsextremismus. In: Gehl, Günter (Hrsg.): Kriegsende 1945. Befreiung oder Niederlage für die Deutschen? Gedanken über die Hintergründe des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Weimar, 2006, S. 75-84.

Pfahl-Traughber, Armin: Der „zweite Frühling“ der NPD. Entwicklung, Ideologie, Organisation und Strategie einer rechtsextremistischen Partei. Sankt Augustin, 2008.

Pfahl-Traughber, Armin: Die „alte“ und die „neue“ NPD. Eine vergleichende Betrachtung zu Gefahrenpotential und Profil. In: Braun, Stephan/Geisler, Alexander/Gerster, Martin (Hrsg.): Strategien der extremen Rechten. Hintergründe – Analysen – Antworten. Wiesbaden, 2009, S. 77-91.

Pfeiffer, Thomas: Virtuelle Gegenöffentlichkeit und Ausweg aus dem „rechten Ghetto“. In: Braun, Stephan/Geisler, Alexander/Gerster, Martin (Hrsg.): Strategien der extremen Rechten. Hintergründe – Analysen – Antworten. Wiesbaden, 2009, S. 290-309.

Philippsberg, Robert: Die Strategie der NPD. Regionale Umsetzung in Ost- und Westdeutschland. Baden-Baden, 2009.

Pickel, Gert: Jugend und Politikverdrossenheit. Zwei politische Kulturen im Deutschland nach der Vereinigung? Opladen, 2002.

Pingel-Schliemann, Sandra: Die NPD im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern. In: Backes, Uwe/Jesse, Eckhard (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie. 20. Jahrgang. Baden-Baden, 2009, S. 151-166.

Pingel-Schliemann, Sandra/Ohse, Karl-Georg: Der Wahlerfolg der NPD in Mecklenburg-Vorpommern. In: Deutschland Archiv 39, 6/2006, S. 968-972.

Planert, Ute: Nation und Nationalismus in der deutschen Geschichte. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 39/2004, S. 11-18.

Pollack, Detlef: Wie ist es um die innere Einheit Deutschlands bestellt? In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 30-31/2006, S. 3-7.

Prasse, Jan-Ole: Der kurze Höhenflug der NPD. Rechtsextreme Wahlerfolge der 1960er-Jahre. Marburg, 2010.

Priester, Karin: Der populistische Moment. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 3/2005, S. 301-310.

- Priester, Karin: Der Populismus des 21. Jahrhunderts. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 11/2006, S. 1319-1333.
- Raabe, Jan: Was verbirgt sich hinter der „Schulhof-CD“? In: Virchow, Fabian/Dornbusch, Christian (Hrsg.): 88 Fragen und Antworten zur NPD. Weltanschauung, Strategie und Auftreten einer Rechtspartei – und was Demokraten dagegen tun können. Schwalbach, 2008, S. 88-90.
- Raschke, Joachim: Soziale Bewegungen. Ein historisch-systematischer Grundriß. 2. Auflage. Frankfurt am Main, 1988.
- Rausch, Heinz: Politisches Bewußtsein und politische Einstellungen im Wandel. In: Weidenfeld, Werner (Hrsg.): Die Identität der Deutschen. Bonn, 1983, S. 119-153.
- Rensmann, Lars: From High Hopes to On-Going Defeat. The New Extreme Right's Political Mobilization and its National Electoral Failure in Germany. In: German Politics and Society, Volume 24, No. 1, Spring 2006, S. 67-92.
- Richards, Fred H.: Die NPD. Alternative oder Wiederkehr? München, 1967.
- Rohe, Karl: Politische Kultur: Zum Verständnis eines theoretischen Konzepts. In: Niedermayer, Oskar/Beyme, Klaus von (Hrsg.): Politische Kultur in Ost- und Westdeutschland. Berlin, 1994, S. 1-21.
- Rokeach, Milton: The Open and Closed Mind. New York, 1960.
- Rommelspacher, Birgit: Das Geschlechterverhältnis im Rechtsextremismus. In: Schubarth, Wilfried/Stöss, Richard (Hrsg.): Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz. Bonn, 2000, S. 199-219.
- Röpke, Andrea: Immobilienkäufe durch Rechtsextremisten. In: Braun, Stephan/Geisler, Alexander/Gerster, Martin (Hrsg.): Strategien der extremen Rechten. Hintergründe – Analysen – Antworten. Wiesbaden, 2009, S. 245-258.
- Röpke, Andrea/Speit, Andreas (Hrsg.): Braune Kameradschaften. Die militanten Neonazis im Schatten der NPD. 2., aktualisierte Auflage. Berlin, 2005.
- Röpke, Andrea/Speit, Andreas: „Die deutsche Frau“. In: Dies. (Hrsg.): Neonazis in Nadelstreifen. Die NPD auf dem Weg in die Mitte der Gesellschaft? Bonn, 2009, S. 121-143.
- Röpke, Andrea/Speit, Andreas (Hrsg.): Neonazis in Nadelstreifen. Die NPD auf dem Weg in die Mitte der Gesellschaft? Bonn, 2009.
- Rudolph, Hermann: Eine Zeit vergessener Anfänge: Die sechziger Jahre. In: Weidenfeld, Werner (Hrsg.): Politische Kultur und deutsche Frage. Materialien zum Staats- und Nationalbewußtsein in der Bundesrepublik Deutschland. Köln, 1989, S. 59- 72.
- Rudzio, Wolfgang: Politische Kultur der kritischen Distanziertheit. In: Ders.: Das politische System der Bundesrepublik Deutschland. 5. Auflage. Opladen, 2000, S. 535-573.
- Ruf, Christoph/Sundermeyer, Olaf: In der NPD. Reisen in die National befreite Zone. München, 2009.
- Sächsisches Staatsministerium des Inneren/Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 2009. Dresden, 2009.
- Sarrazin, Thilo: Deutschland schafft sich ab. Wie wir unser Land aufs Spiel setzen. München, 2010.
- Schedler, Jan: Übernahme von Ästhetik und Aktionsformen der radikalen Linken – Zur Verortung der „Autonomen Nationalisten“ im extrem rechten Strategiespektrum. In: Braun, Stephan/Geisler, Alexander/Gerster, Martin (Hrsg.): Strategien der extremen Rechten. Hintergründe – Analysen – Antworten. Wiesbaden, 2009, S. 332-357.
- Schellenberg, Britta: Rechtsextremismus und Medien. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 42/2005, S. 39-45.

Scheuch, Erwin K.: Die NPD als rechtsextreme Partei. In: Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Sozialpolitik 15. Tübingen, 1970, S. 321-333.

Scheuch, Erwin K./Klingemann, Hans D.: Theorie des Rechtsradikalismus in westlichen Industriegesellschaften. In: Ortlieb, Heinz-Dietrich/Molitor, Bruno (Hrsg.): Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik 12. Tübingen, 1967, S. 11-29.

Schildt, Axel: Ankunft im Westen. Ein Essay zur Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik. Frankfurt am Main, 1999.

Schlotmann, Volker: Menschenverachtende Ideologie statt politischer Willensbildung. Die NPD als Herausforderung für die parlamentarische Demokratie. In: Brodtkorb, Mathias/Ders. (Hrsg.): Provokation als Prinzip. Die NPD im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern. Schwerin, 2008, S. 13-24.

Schmid, Harald: „Man kann wieder wählen!“ Aufstieg und Fall der NPD 1964-1969. In: Deutschland Archiv 40, 1/2007, S. 122-130.

Schmidt, Giselher: Ideologie und Propaganda der NPD. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 7/1968, S. 3-22.

Schmidt, Giselher: Hitlers und Maos Söhne. NPD und Neue Linke. Frankfurt, 1969.

Schmidt, Matthias: Rechtsextreme in Kommunalparlamenten am Beispiel der NPD in der Bezirksverordnetenversammlung Treptow-Köpenick. In: Braun, Stephan/Geisler, Alexander/Gerster, Martin (Hrsg.): Strategien der extremen Rechten. Hintergründe – Analysen – Antworten. Wiesbaden, 2009, S. 491-506.

Schmollinger, Horst W.: Die Deutsche Konservative Partei – Deutsche Rechtspartei. In: Stöss, Richard (Hrsg.): Parteien-Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980. Band I: AUD bis EFP. Opladen, 1983, S. 982-1024.

Schmollinger, Horst W.: Die Deutsche Reichspartei. In: Stöss, Richard (Hrsg.): Parteien-Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980. Band I: AUD bis EFP. Opladen, 1983, S. 1112-1191.

Schmollinger, Horst W.: Die Nationaldemokratische Partei Deutschlands. In: Stöss, Richard (Hrsg.): Parteien-Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980. Band II: FDP bis WAV. Opladen, 1984, S. 1922-1994.

Schubarth, Wilfried/Stöss, Richard (Hrsg.): Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz. Bonn, 2000.

Schulze, Christoph: Das Viersäulenkonzept der NPD. In: Braun, Stephan/Geisler, Alexander/Gerster, Martin (Hrsg.): Strategien der extremen Rechten. Hintergründe – Analysen – Antworten. Wiesbaden, 2009, S. 92-108.

Schwaabe, Christian: Die deutsche Modernitätskrise. Politische Kultur und Mentalität von der Reichsgründung bis zur Wiedervereinigung. München, 2005.

Seitz, Norbert: Die Nachhaltigkeit eines neuen Patriotismus. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 1-2/2007, S. 8-13.

Senatsverwaltung für Inneres und Sport. Abteilung Verfassungsschutz (Hrsg.): „Frauen im Rechtsextremismus“. Berlin, 2009.

Senatsverwaltung für Inneres und Sport. Abteilung Verfassungsschutz (Hrsg.): Lageanalyse zur geplanten Parteienfusion von NPD und DVU. Berlin, 2010.

Siegler, Bernd: Auferstanden aus Ruinen. Rechtsextremismus in der DDR. Berlin, 1991.

SINUS-Studie: 5 Millionen Deutsche: „Wir sollten wieder einen Führer haben...“. Die SINUS-Studie über rechtsextremistische Einstellungen bei den Deutschen. Mit einem Vorwort von Martin Greiffenhagen. Hamburg, 1981.

Sippel, Heinrich: NPD und DVU – Bilanz einer schwierigen Beziehung. In: Backes, Uwe/Jesse, Eckhard (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie. 1. Jahrgang. Bonn, 1989, S. 174-184.

Sitzer, Peter/Heitmeyer, Wilhelm: Rechtsextremistische Gewalt von Jugendlichen. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 37/2007, S. 3-10.

Smoydzin, Werner: NPD – Geschichte und Umwelt einer Partei. Pfaffenhofen, 1967.

Sontheimer, Kurt: Ein deutscher Sonderweg? In: Weidenfeld, Werner (Hrsg.): Die Identität der Deutschen. Bonn, 1983, S. 324-335.

Speit, Andreas: „Auf kommunaler Ebene Abgrenzung unterlaufen“. Kommunale Dominanzbemühungen der NPD in Regionen von Mecklenburg-Vorpommern. In: Braun, Stephan/Geisler, Alexander/Gerster, Martin (Hrsg.): Strategien der extremen Rechten. Hintergründe – Analysen – Antworten. Wiesbaden, 2009, S. 230-244.

Speit, Andreas: „Bürgernähe zeigen, vor Ort siegen“. In: Röpke, Andrea/Ders. (Hrsg.): Neonazis in Nadelstreifen. Die NPD auf dem Weg in die Mitte der Gesellschaft? Bonn, 2009, S. 18-40.

Speit, Andreas: „Intellektuelle Aufrüstung“. In: Röpke, Andrea/Ders. (Hrsg.): Neonazis in Nadelstreifen. Die NPD auf dem Weg in die Mitte der Gesellschaft? Bonn, 2009, S. 67-94.

Spier, Tim: Regionale Varianz bei der Wahl der NPD – Eine wahlökologische Untersuchung zur Landtagswahl 2004 in Sachsen. In: Backes, Uwe/Steglich, Henrik (Hrsg.): Die NPD. Erfolgsbedingungen einer rechtsextremistischen Partei. Baden-Baden, 2007, S. 75-102.

Staud, Toralf: Moderne Nazis. Die neuen Rechten und der Aufstieg der NPD. Köln, 2005.

Staud, Toralf: Enges Korsett im Parlament, freie Hand auf der Straße? Zum Umgang der Demokraten mit der NPD. In: Brodkorb, Mathias/Schlotmann, Volker (Hrsg.): Provokation als Prinzip. Die NPD im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern. Schwerin, 2008, S. 27-39.

Steglich, Henrik: Die NPD in Sachsen. Organisatorische Voraussetzungen ihres Wahlerfolgs 2004. Göttingen, 2005.

Steglich, Henrik: Die sächsische NPD und der Landtagswählerfolg vom 19. September 2004. In: Backes, Uwe/Jesse, Eckhard (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie. 17. Jahrgang. Baden-Baden, 2005, S. 142-159.

Steglich, Henrik: Erfolgsbedingungen der extremen Rechten in Deutschland. In: Backes, Uwe/Ders. (Hrsg.): Die NPD. Erfolgsbedingungen einer rechtsextremistischen Partei. Baden-Baden, 2007, S. 55-74.

Sternberger, Dolf: Verfassungspatriotismus. Rede bei der 25-Jahr-Feier der „Akademie für Politische Bildung“. In: Ders.: Verfassungspatriotismus. Schriften. Band X. Frankfurt am Main, 1990, S. 17-31.

Stommeln, Hein: Neonazismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bestandsaufnahme. Bonn, 1979.

Stöss, Richard: Die Deutsche Gemeinschaft. In: Ders. (Hrsg.): Parteien-Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980. Band I: AUD bis EFP. Opladen, 1983, S. 877-900.

Stöss, Richard: Die extreme Rechte in der Bundesrepublik. Entwicklung – Ursachen – Gegenmaßnahmen. Opladen, 1989.

Stöss, Richard: Rechtsextremismus und Wahlen in der Bundesrepublik. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 11/1993, S. 50-61.

Stöss, Richard: Rechtsextremismus in einer geteilten politischen Kultur. In: Niedermayer, Oskar/Beyme, Klaus von (Hrsg.): Politische Kultur in Ost- und Westdeutschland. Berlin, 1994, S. 105-139.

Stöss, Richard: Rechtsextremismus im vereinten Deutschland. Bonn, 1999.



Stöss, Richard: Ideologie und Strategie des Rechtsextremismus. In: Schubarth, Wilfried/Ders. (Hrsg.): Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz. Bonn, 2000, S. 101-130.

Stöss, Richard: Rechtsextremismus im Wandel. Berlin, 2005.

Stöss, Richard: Die NPD – Erfolgsbedingungen einer rechtsextremen Partei. In: Benz, Wolfgang (Hrsg.): Jahrbuch für Antisemitismusforschung 14. Berlin, 2005, S. 41-59.

Süß, Walter: Zu Wahrnehmung und Interpretation des Rechtsextremismus in der DDR durch das MfS. In: Deutschland Archiv 26, 1993, Heft 4, S. 388-406.

Tauber, Kurt P.: Beyond eagle and swastika. German Nationalism since 1945. 2 Bände. Middletown, 1967.

Thein, Martin: Der organisatorische Erneuerungsprozess als Bedingung für den Aufschwung des Neonazismus – Eine vergleichende Betrachtung traditioneller Organisationsstrukturen und der „freien Kameradschaften“. In: Backes, Uwe/Steglich, Henrik (Hrsg.): Die NPD. Erfolgsbedingungen einer rechtsextremistischen Partei. Baden-Baden, 2007, S. 211-231.

Thieme, Tom: Jenseits politischer Richtungsbegriffe? – Extremismus zwischen Fundamentalismus, Rechts- und Linksextremismus. In: Backes, Uwe/Jesse, Eckhard (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus und Demokratie. 17. Jahrgang. Baden-Baden, 2005, S. 53-72.

Thomczyk, Stephan: Der dritte politische Etablierungsversuch der Republikaner nach 1994. Konstanz, 2001.

Tilton, Timothy: Nazism, Neo-Nazism and the Peasantry. London, 1975.

Van Hüllen, Rudolf: Das Rechtsextreme Bündnis: Aktionsformen und Inhalte. Sankt Augustin, 2008.

Verfassungsschutz des Landes Brandenburg: „National befreite Zonen“ – Kampfparole und Realität. Potsdam, 2001.

Virchow, Fabian: Struktur und Funktion der Frey-Presse. In: Mecklenburg, Jens (Hrsg.): Braune Gefahr. DVU, NPD, REP. Geschichte und Zukunft. Berlin, 1999, S. 28-40.

Virchow, Fabian: Dimensionen der „Demonstrationspolitik“ der extremen Rechten in Deutschland. In: Klärner, Andreas/Kohlstruck, Michael (Hrsg.): Moderner Rechtsextremismus in Deutschland. Hamburg, 2006, S. 68-101.

Virchow, Fabian: Mit welchen Themen geht die NPD auf die Straße? In: Ders./Dornbusch, Christian (Hrsg.): 88 Fragen und Antworten zur NPD. Weltanschauung, Strategie und Auftreten einer Rechtspartei – und was Demokraten dagegen tun können. Schwalbach, 2008, S. 109-111.

Virchow, Fabian/Dornbusch, Christian (Hrsg.): 88 Fragen und Antworten zur NPD. Weltanschauung, Strategie und Auftreten einer Rechtspartei – und was Demokraten dagegen tun können. Schwalbach, 2008.

Wagner, Bernd: DVU, NPD, REP in Ostdeutschland. In: Mecklenburg, Jens (Hrsg.): Braune Gefahr. DVU, NPD, REP. Geschichte und Zukunft. Berlin, 1999, S. 91-96.

Wagner, Peter M.: Die NPD in der Kommunalpolitik. Ursachen der Erfolge einer rechtsextremistischen Partei in Villingen-Schwenningen. Freiburg, 1992.

Wagner, Peter M.: Die NPD nach der Spaltung. In: Backes, Uwe/Jesse, Eckhardt (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie. 4. Jahrgang. Bonn, 1992, S. 157-167.

Wagner, Peter M.: NPD-Hochburgen in Baden-Württemberg. Erklärungsfaktoren für die Wahlerfolge einer rechtsextremistischen Partei in ländlichen Regionen 1972-1994. Berlin, 1997.

Weidenfeld, Werner: Die Identität der Deutschen – Fragen, Positionen, Perspektiven. In: Ders. (Hrsg.): Die Identität der Deutschen. Bonn, 1983, S. 13-49.

Weidenfeld, Werner (Hrsg.): Die Identität der Deutschen. Bonn, 1983.

Weidenfeld, Werner: Politische Kultur und deutsche Frage. In: Ders. (Hrsg.): Politische Kultur und deutsche Frage. Materialien zum Staats- und Nationalbewußtsein in der Bundesrepublik Deutschland. Köln, 1989, S. 13-38.

Weidenfeld, Werner (Hrsg.): Politische Kultur und deutsche Frage. Materialien zum Staats- und Nationalbewußtsein in der Bundesrepublik Deutschland. Köln, 1989.

Weidenfeld, Werner/Korte, Karl-Rudolf: Die Deutschen. Profil einer Nation. Stuttgart, 1991.

Weidenfeld, Werner: Deutschland nach der Vereinigung: Vom Modernisierungsschock zur inneren Einheit. In: Ders. (Hrsg.): Deutschland. Eine Nation – doppelte Geschichte. Köln, 1993, S. 13-26.

Weidenfeld, Werner (Hrsg.): Deutschland. Eine Nation – doppelte Geschichte. Köln, 1993.

Westle, Bettina: Traditionalismus, Verfassungspatriotismus und Postnationalismus im vereinigten Deutschland. In: Niedermayer, Oskar/Beyme, Klaus von (Hrsg.): Politische Kultur in Ost- und Westdeutschland. Berlin, 1994, S. 43-76.

Widmann, Peter: Entscheidungsschlachten am Bildschirm. Extremistische Provokateure und journalistische Routinen. In: Benz, Wolfgang (Hrsg.): Jahrbuch für Antisemitismusforschung 14. Berlin, 2005, S. 100-109.

Winkler, Jürgen R.: Rechtsextremismus. Gegenstand – Erklärungsansätze – Grundprobleme. In: Schubarth, Wilfried/Stöss, Richard (Hrsg.): Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz. Bonn, 2000, S. 38-68.

Winter, Franz Florian: Ich glaubte an die NPD. Mainz, 1968.

Wippermann, Wolfgang: Verfassungsschutz und Extremismusforschung: Falsche Perspektiven. In: Mecklenburg, Jens (Hrsg.): Braune Gefahr. DVU, NPD, REP. Geschichte und Zukunft. Berlin, 1999, S. 268-280.

Zaleshoff, Andreas P.: Der zweite Frühling der NPD. Anmerkungen zum Wiedererstarken einer fast totgeglaubten Partei und zu den Möglichkeiten antifaschistischer Strategien in der Bundesrepublik der achtziger Jahre. Hannover, 1989.

Zimmermann, Ekkart: Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit in Deutschland. Entwicklungen und theoretische Erklärungsdefizite. In: Deutschland Archiv 35, 2002, Heft 3, S. 385-400.

Zobel, Jan: Volk am Rand. NPD: Personen, Politik und Perspektiven der Antidemokraten. Berlin, 2005.

### III. Internetquellen:

Backes, Uwe: Entwicklung und Elemente des Extremismuskonzepts. <http://www.dvpw-extremismus.uni-bonn.de/dokumente/Backes-Begriffsgeschichte-03.html> (abgerufen am 14.9.07).

Baumgärtner, Maik/Becker, Sven/Röbel Sven: Datenleck enthüllt Chaos in der NPD. In: SPIEGEL-Online vom 12.2.11. <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,745127,00.html> (abgerufen am 12.2.11).

Baumgärtner, Maik/Röbel, Sven: Hacker knacken NPD-Server. In: SPIEGEL-Online vom 18.9.11. <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,786929,00.html> (abgerufen am 18.9.11).

Bielicki, Jan: Hitlergruß: NPD-Stadtrat zu Geldstrafe verurteilt. In: Süddeutsche-Zeitung-Online vom 3.7.09. <http://www.sueddeutsche.de/muenchen/hitlergruss-npd-stadtrat-zu-geldstrafe-verurteilt-1.116603> (abgerufen am 15.11.11).

Brodkorb, Mathias: Pastörs hat wieder zugeschlagen: Über die natürliche Rolle der Frau und das Recht des Stärkeren. In: Endstation rechts vom 31.1.07.

[http://www.endstation-rechts.de/index.php?option=com\\_k2&view=item&id=324:past%C3%B6rs-hat-wieder-zugeschlagen-%C3%BCber-die-nat%C3%BCrliche-rolle-der-frau-und-das-recht-des-st%C3%A4rkeren&Itemid=333](http://www.endstation-rechts.de/index.php?option=com_k2&view=item&id=324:past%C3%B6rs-hat-wieder-zugeschlagen-%C3%BCber-die-nat%C3%BCrliche-rolle-der-frau-und-das-recht-des-st%C3%A4rkeren&Itemid=333) (abgerufen am 15.11.11).

Budler, Kai: Neonazis streiten um Germanen-Einheit. In: PUBLIKATIVE.org vom 1.3.09. <http://www.publikative.org/2009/03/01/neonazis-streiten-um-germanen-einheit/> (abgerufen am 12.11.10).

Bundesregierung: NPD-Verbotsantrag vom 29. Januar 2001. <http://www.extremismus.com/dox/antrag.pdf> (abgerufen am 13.2.10).

Bundesverband Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien e.V.: Halb Deutschland ist Mitglied in sozialen Netzwerken. In: BITKOM-Online vom 13.4.11.

[http://www.bitkom.org/de/presse/8477\\_67667.aspx](http://www.bitkom.org/de/presse/8477_67667.aspx) (abgerufen am 26.5.11).

Bundesverfassungsgericht: Urteil des Ersten Senats vom 23. Oktober 1952, 1 BvB V51. <http://www.im.nrw.de/sch/doks/vs/srpverbot.pdf> (abgerufen am 25.7.09).

Bundesverfassungsgericht: 2 BvB 1/01 vom 18. März 2003.

[http://www.bverfg.de/entscheidungen/bs20030318\\_2bvb000101.html](http://www.bverfg.de/entscheidungen/bs20030318_2bvb000101.html) (abgerufen am 22.10.10).

Bundeszentrale für politische Bildung: Parteien im Vergleich. In: bpb-Online.

[http://www.bpb.de/themen/8KGEUS,0,0,Parteien\\_im\\_Vergleich.html](http://www.bpb.de/themen/8KGEUS,0,0,Parteien_im_Vergleich.html) (abgerufen am 15.10.11).

Burschenschaftliche Blätter: Fragen & Antworten zur NPD: Eine Diskussion mit Verbandsbruder Arne Schimmer (MdL). In: Burschenschaftliche Blätter vom 13.1.10. <http://www.burschenschaftliche-blaetter.de/netzversion/detailansicht/meldung/402/fragen-ant.html> (abgerufen am 22.1.10).

Der Westen: Neonazis protestieren gegen Sexualstraftäter in Heinsberg. In: Der Westen vom 22.3.09. <http://www.derwesten.de/nachrichten/im-westen/Neonazis-protestieren-gegen-Sexualstraftaeter-in-Heinsberg-id535182.html> (abgerufen am 12.11.09).

Deutscher Bundestag: NPD-Verbotsantrag vom 29. März 2001.

<http://www.extremismus.com/dox/antrag-bt.htm> (abgerufen am 13.2.10).

Deutscher Bundestag: Unterrichtung durch den Präsidenten des Deutschen Bundestages. Bekanntmachung von Rechenschaftsberichten politischer Parteien für das Jahr 2005. 2. Teil: Übrige anspruchsberechtigte Parteien. Drucksache 16/5230. 3. Mai 2007. <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/052/1605230.pdf> (abgerufen am 15.5.08).

Deutscher Bundestag: Unterrichtung durch den Präsidenten des Deutschen Bundestages. Drucksache 17/3602. 2. November 2010. <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/036/1703602.pdf> (abgerufen am 10.11.10).

Deutscher Bundestag: Unterrichtung durch den Präsidenten des Deutschen Bundestages. Bekanntmachung von Rechenschaftsberichten politischer Parteien für das Kalenderjahr 2009. 2. Teil: Übrige anspruchsberechtigte Parteien. Drucksache 17/4801. 14. März 2011.

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/048/1704801.pdf> (abgerufen am 20.5.11).

Die Welt: „Ein Verbotverfahren wird uns kostenlose Werbung sein“. In: Die Welt vom 12.2.05. [http://www.welt.de/print-welt/article424731/Ein\\_Verbotverfahren\\_wird\\_uns\\_kostenlose\\_Werbung\\_sein.html](http://www.welt.de/print-welt/article424731/Ein_Verbotverfahren_wird_uns_kostenlose_Werbung_sein.html) (abgerufen am 15.4.10).

Flohr, Markus: NPD will Schulhöfe mit Hetzschriften überfluten. In: SPIEGEL-Online vom 21.9.07. <http://www.spiegel.de/schulspiegel/wissen/0,1518,506974,00.html> (abgerufen am 21.9.07).

Focus-Online: NPD fordert Mitglieder zur Kandidatur als Schöffen auf. In: Focus-Online vom 10.8.09. [http://www.focus.de/politik/weitere-meldungen/schoeffen-npd-fordert-mitglieder-zur-kandidatur-als-schoeffen-auf\\_aid\\_424750.html](http://www.focus.de/politik/weitere-meldungen/schoeffen-npd-fordert-mitglieder-zur-kandidatur-als-schoeffen-auf_aid_424750.html) (abgerufen am 10.8.09).

Focus-Online: NPD-Abgeordnete stören Wulffs Antrittsrede. In: Focus-Online vom 1.9.10. [http://www.focus.de/panorama/vermischtes/dresden-npd-abgeordnete-stoeren-wulffs-antrittsrede\\_aid\\_547668.html](http://www.focus.de/panorama/vermischtes/dresden-npd-abgeordnete-stoeren-wulffs-antrittsrede_aid_547668.html) (abgerufen am 3.9.10).

Friederichs, Hauke: Singender Neonazi will Bundespräsident werden. In: ZEIT-Online vom 7.6.10. <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2010-06/rennicke-npd?page=all> (abgerufen am 7.6.10).

Gathmann, Florian/Popp, Maximilian: NPD in Sachsen-Anhalt: Pleite bei der Schicksalswahl. In: SPIEGEL-Online vom 21.3.11. <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,752131,00.html> (abgerufen am 21.3.11).

Gebauer, Matthias/Musharbash, Yassin: NPD-Jubelparteitag: Der ungenierte Auftritt der Neonazis. In: SPIEGEL-Online vom 30.10.04. <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,325835,00.html> (abgerufen am 20.1.10).

Gebauer, Matthias/Musharbash, Yassin: Rechtsextreme Strategie: NPD und DVU gemeinsam gegen die Republik. In: SPIEGEL-Online vom 31.10.04. <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,325870,00.html> (abgerufen am 20.1.10).

Gensing, Patrick: Ungeliebte Groupies: Sarrazin zeigt die NPD an. In: NPD-Blog vom 11.9.10. <http://npd-blog.info/2010/09/11/ungeliebte-groupies-sarrazin-zeigt-die-npd-an/> (abgerufen am 11.9.10).

Gensing, Patrick: NPD in Sachsen-Anhalt: „Junker Jörg“ gibt Ratschläge zum Bombenbau. In: Tagesschau-Online vom 15.3.11. <http://www.tagesschau.de/inland/npdnazileak100.html> (abgerufen am 17.3.11).

Grass, Hubertus/Kühn, Stephan: Eine Folge der Landtagswahlen in Sachsen: NPD erhält in der kommenden Legislaturperiode mehr als 12 Mio. Euro. Dresden, 2009. <http://www.gruene-sachsen.de/fileadmin/media/rechtsextremismus/0909NPDFolgen.pdf> (abgerufen am 15.11.11).

Greven, Ludwig: No-Go-Areas: Brandenburg meiden. In: ZEIT-Online vom 17.5.06. <http://www.zeit.de/online/2006/20/Nogoareas-Heye?page=all> (abgerufen am 15.12.10).

Hacker, Alexander: Folgt auf den Wahlsieg der Machtkampf? In: NPD-Blog vom 7.9.11. <http://npd-blog.info/2011/09/07/folgt-auf-den-wahlsieg-der-machtkampf/> (abgerufen am 8.9.11).

Hacker, Alexander/Schölermann, Stefan: NPD und DVU wollen sich zusammenschließen. In: NPD-Blog vom 2.6.10. <http://npd-blog.info/2010/06/02/npd-parteitag-dvu-100/> (abgerufen am 2.6.10).

Haimerl, Kathrin: NPD bei der Wahl in Mecklenburg-Vorpommern: Warum „Deutschlands starke Rechte“ schwächt. In: Süddeutsche-Zeitung-Online vom 5.9.11. <http://www.sueddeutsche.de/politik/npd-bei-der-wahl-in-mecklenburg-vorpommern-warum-deutschlands-starke-rechte-schwaechelt-1.1139178> (abgerufen am 5.9.11).

Hans, Barbara: NPD wirbt in Berlin mit Sarrazin-Zitat. In: SPIEGEL-Online vom 16.4.11. <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,757495,00.html> (abgerufen am 16.4.11).

Junge Freiheit: „Die NPD ist eine staatstragende Partei“. In: Junge Freiheit 13/03, 21.3.03. <http://www.jf-archiv.de/archiv03/133yy24.htm> (abgerufen am 15.11.10).

Junge Freiheit: „Ziel ist, die BRD abzuwickeln“. In: Junge Freiheit 40/04, 24.9.04. <http://www.jf-archiv.de/archiv04/404yy08.htm> (abgerufen am 15.11.10).

Junge Freiheit: Deutschlandpakt: Pro NRW erteilt NPD Absage. In: Junge-Freiheit-Online vom 20.1.10. <http://www.jungefreiheit.de/Single-News-Display.154+M5869b52e109.0.html> (abgerufen am 20.1.10).

Junge Freiheit: NPD und DVU verhandeln über Fusion. In: Junge-Freiheit-Online vom 2.6.10. <http://www.jungefreiheit.de/Single-News-Display-mit-Komm.154+M5afe5152b78.0.html> (abgerufen am 3.6.10).

Kissler, Alexander: Knallbunt und krachdumm. In: Süddeutsche-Zeitung-Online vom 26.8.09. <http://www.sueddeutsche.de/politik/wahlkampf-npd-comics-knallbunt-und-krachdumm-1.174149> (abgerufen am 30.8.09).

Knobbe, Martin/Drissner, Gerald: „Krankhafte Keime“. In: stern 37/2006. <http://www.stern.de/politik/deutschland/npd-krankhafte-keime-570674.html> (abgerufen am 15.12.10).

Kohl, Christiane: NPD in Sachsen-Anhalt: 5000 Stimmen fehlen. In: Süddeutsche-Zeitung-Online vom 22.3.11. <http://www.sueddeutsche.de/politik/npd-in-sachsen-anhalt-stimmen-fehlen-1.1075411> (abgerufen am 22.3.11).

Landeswahlleiterin des Landes Nordrhein-Westfalen: Landtagswahl 2010. Verzeichnis der Bewerberinnen und Bewerber in Nordrhein-Westfalen. Düsseldorf, 2010. <https://webshop.it.nrw.de/gratis/B829%20201051.pdf> (abgerufen am 7.6.11).

Landeswahlleiterin des Landes Nordrhein-Westfalen: Landtagswahl 2010. Endgültige Ergebnisse in Nordrhein Westfalen. Heft 3. Düsseldorf, 2010. <https://webshop.it.nrw.de/gratis/B799%20201051.pdf> (abgerufen am 7.6.11).

Landtag Mecklenburg-Vorpommern: Parlamentsdatenbank. <http://www.dokumentation.landtag-mv.de/parldok/> (abgerufen am 15.11.11).

Lang, Jürgen P.: Die Extremismustheorie zwischen Normativität und Empirie. <http://www.extremismus.com:80/texte/extrem.htm> (abgerufen am 23.9.07).

Leichsenring, Julius: Landtagswahl Sachsen-Anhalt: Die doppelte Zunge der NPD. In: stern-Online vom 17.3.11. <http://www.stern.de/politik/deutschland/landtagswahl-sachsen-anhalt-die-doppelte-zunge-der-npd-1664377.html> (abgerufen am 17.3.11).

Maegerle, Anton: Intellektualisierung der NPD-Jugend gestoppt. In: Blick nach rechts vom 30.6.11. <http://www.bnr.de/content/intellektualisierung-der-npd-jugend-gestoppt> (abgerufen am 1.7.11).

Mai, Marina: Partei ohne Volk. Die NPD schrumpft in Berlin. In: taz-Online vom 15.12.09. <http://www.taz.de/regional/berlin/aktuell/artikel/1/partei-ohne-volk-1/> (abgerufen am 16.12.09).

Meinhardt, Birk: Die ganz harten Weichspülerinnen. In: Süddeutsche-Zeitung-Online vom 30.6.07. <http://www.sueddeutsche.de/politik/108/398892/text/> (abgerufen am 24.3.10).

Meßmer, Nicole/Preuß, Marie: Jung, weiblich, rechtsextrem. In: Tagesspiegel-Online vom 11.8.08. <http://www.tagesspiegel.de/politik/deutschland/rechtsextremismus/NPD;art2647,2590590> (abgerufen am 13.8.08).

Ministerium für Inneres und Kommunales des Landes Nordrhein-Westfalen/Verfassungsschutz: Stichwort NPD. <http://www.mik.nrw.de/verfassungsschutz/rechtsextremismus/parteien/npd.html> (abgerufen am 15.10.11).

NPD-Blog: „Lokalgeschehen“ in Sachsen: Komplette NPD-Pressemitteilung als Nachricht. In: NPD-Blog vom 21.8.08. <http://npd-blog.info/?p=2056> (abgerufen am 21.8.08).

NPD-Blog: „MV Regio“: „Dieses System muss überwunden werden“. In: NPD-Blog vom 24.9.08. <http://npd-blog.info/?p=2229> (abgerufen am 24.9.08).

NPD-Blog: NPD-Fraktion Sachsen: „Alter Herr“ in „Dresdner Schule“. In: NPD-Blog vom 3.9.09. <http://npd-blog.info/2009/09/03/npd-fraktion-sachsen-alter-herr-in-dresdner-schule/> (abgerufen am 10.6.11).

NPD-Blog: Faust: DVU nicht pleite/Partei im bürgerlich-rechten Lager etablieren. In: NPD-Blog vom 16.9.09. <http://npd-blog.info/2009/09/16/faust-dvu-nicht-pleite-partei-im-buergerlich-rechten-lager-etablieren/> (abgerufen am 30.11.09).

NPD-Blog: NPD-Chef bietet Sarrazin Job als Berater an. In: NPD-Blog vom 30.8.10. <http://npd-blog.info/2010/08/30/npd-chef-bietet-sarrazin-job-als-berater-an/> (abgerufen am 31.8.10).

NPD-Blog: NPD-NRW: „Landes-Vollpfosten“ im Amt bestätigt. In: NPD-Blog vom 23.9.10. <http://npd-blog.info/2010/09/23/npd-nrw-landes-vollpfosten-im-amt-bestatigt/> (abgerufen am 15.10.10).

NPD-Blog: Bürgermeisterwahl: 24 Prozent für NPD-Kandidaten Battke. In: NPD-Blog vom 8.11.10. <http://npd-blog.info/2010/11/08/burgermeisterwahl-24-prozent-fur-npd-kandidaten-battke/> (abgerufen am 9.11.10).

NPD-Blog: Sarrazin erwirkt Verfügung gegen die NPD. In: NPD-Blog vom 29.4.11. <http://npd-blog.info/2011/04/29/sarrazin-erwirkt-verfugung-gegen-die-npd/> (abgerufen am 30.4.11).

NRW rechtsaußen: Parteifreier NPD-Wahlkampf gegen „vernagelte Subjekte“. In: NRW rechtsaußen vom 20.4.10. <http://nrwrex.wordpress.com/2010/04/20/hamuneuoe-partEIFreier-npd-wahlkampf-gegen-%e2%80%9evernagelte-subjekte%e2%80%9c/> (abgerufen am 15.10.11).

NRW rechtsaußen: Noch mehr wahlkämpfende Neonazis. In: NRW rechtsaußen vom 22.4.10. <http://nrwrex.wordpress.com/2010/04/22/dre-noch-mehr-wahlkampfende-neonazis/> (abgerufen am 15.10.11).

Onken, Henning: Wenn Online-Werbung versagt. In: Tagesspiegel-Online vom 25.1.10. <http://www.tagesspiegel.de/medien-news/digital/Google-Online-Werbung-Adsense;art303,3011726> (abgerufen am 27.1.10).

PUBLIKATIVE.org: Urteil gegen NPD-„Ausländerrückführungsbeauftragten“ bestätigt. In: PUBLIKATIVE.org vom 29.4.2011. <http://www.publikative.org/2011/04/29/urteil-gegen-auslanderruckfuhrungsbeauftragten-bestatigt/> (abgerufen am 30.4.2011).

redok: Schwedische Firma gehört NPD-Kader Molau. In: redok vom 31.7.07. <http://www.redok.de/content/view/752/36/> (abgerufen am 10.6.11).

Reißmann, Ole: NPD schmiedet neuen Pakt mit der DVU. In: SPIEGEL-Online vom 4.6.10. <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,698832,00.html> (abgerufen am 4.6.10).

Röbel, Sven/Wassermann, Andreas: Neuer Spendenskandal erschüttert NPD. In: SPIEGEL-Online vom 7.11.09. <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,659887,00.html> (abgerufen am 11.11.09).

Röpke, Andrea: NPD in Jamel. In: Blick nach rechts vom 1.8.11. <http://www.bnr.de/content/npd-in-jamel> (abgerufen am 4.8.11).

Röpke, Andrea: NPD-Wahlkampf: Handschrift des „Führers“ zu erkennen. In: PUBLIKATIVE.org vom 1.9.11. <http://www.publikative.org/2011/09/01/npd-wahlkampf-die-handschrift-des-fuhrers-ist-zu-erkennen/> (abgerufen am 2.9.11).

Sächsischer Landtag: Parlamentsdokumentation. <http://edas.landtag.sachsen.de/> (abgerufen am 15.11.11).

Sager, Tomas: Tricksen und betrügen. In: Blick nach rechts vom 7.1.10. <http://www.bnr.de/content/tricksen-und-betruegen> (abgerufen am 7.1.10).

Sager, Tomas: Neue Kursausrichtung. In: Blick nach rechts vom 18.1.10. <http://www.bnr.de/content/neue-kursausrichtung> (abgerufen am 18.1.10).

Schölermann, Stefan: „Liebe Kameraden, liebe Gäste, liebe Systempresse“. In: NPD-Blog vom 4.6.10. <http://npd-blog.info/2010/06/04/npd-bundesparteitag-100/> (abgerufen am 4.6.10).

Schölermann, Stefan: Ein Volk, eine Partei – drei Namen? In: NPD-Blog vom 7.11.10. <http://npd-blog.info/2010/11/07/ein-volk-eine-partei-drei-namen/> (abgerufen am 7.11.10).

Schölermann, Stefan: Machtkampf in der NPD: Apfel startet offenbar durch. In: PUBLIKATIVE.org vom 9.9.11. <http://www.publikative.org/2011/09/09/machtkampf-npd-apfel-300/> (abgerufen am 10.9.11).

Speit, Andreas: Molau will doch nicht NPD-Chef werden. In: taz-Online vom 18.2.09. <http://www.taz.de/1/politik/deutschland/artikel/1/molau-will-doch-nicht-npd-chef-werden/> (abgerufen am 20.2.09).

Speit, Andreas: „Die NPD stößt in ein Vakuum“. In: taz-Online vom 6.7.10. <http://www.taz.de/1/leben/medien/artikel/1/die-npd-stoesst-in-ein-vakuum/> (abgerufen am 23.7.10).

Speit, Andreas: „Keinen Anlass für Anfechtung bieten“. In: taz-Online vom 25.11.10. <http://taz.de/1/politik/deutschland/artikel/1/keinen-anlass-fuer-anfechtung-bieten/> (abgerufen am 26.11.10).

Speit, Andreas: Machtkampf in der NPD: Apfel will ganz nach oben. In: taz-Online vom 20.9.11. <http://www.taz.de/!78474/> (abgerufen am 20.9.11).

SPIEGEL-Online: Skandal im Sächsischen Landtag: NPD-Mann spricht vom Dresdner „Bomben-Holocaust“. In: SPIEGEL-Online vom 21.1.05. <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,337894,00.html> (abgerufen am 20.1.10).

SPIEGEL-Online: Sachsen: NPD im Kuratorium der Landeszentrale für Politische Bildung. In: SPIEGEL-Online vom 21.4.05. <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,352728,00.html> (abgerufen am 17.12.10).

SPIEGEL-Online: Gefahrenatlas Deutschland: No-Go-Areas für Schwarze. In: SPIEGEL-Online vom 20.4.06. <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,412226,00.html> (abgerufen am 15.12.10).

SPIEGEL-Online: Demonstrationsverbot in Schwerin: Neonazis protestieren in mehreren Städten. In: SPIEGEL-Online vom 2.6.07. <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,486295,00.html> (abgerufen am 24.9.07).

SPIEGEL-Online: Eklat um NPD-Chef Voigt: Justiz lässt Hakenkreuzfahne aus frischem Grab holen. In: SPIEGEL-Online vom 30.7.08. <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,569138,00.html> (abgerufen am 2.8.08).

SPIEGEL-Online: NPD droht Zahlungsunfähigkeit. In: SPIEGEL-Online vom 8.3.09. <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,611956,00.html> (abgerufen am 8.3.09).

SPIEGEL-Online: Gericht verurteilt NPD-Chef Voigt wegen Volksverhetzung. In: SPIEGEL-Online vom 24.4.09. <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,620997,00.html> (abgerufen am 25.4.09).

SPIEGEL-Online: NPD droht schwarzem CDU-Politiker. In: SPIEGEL-Online vom 11.8.09. <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,641879,00.html> (abgerufen am 12.8.09).

SPIEGEL-Online: Gericht bestätigt Bewährungsstrafe für NPD-Mann. In: SPIEGEL-Online vom 19.10.10. <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,724056,00.html> (abgerufen am 20.10.10).

SPIEGEL-Online: Stadt scheitert mit Widerstand gegen NPD-Parteitag. In: SPIEGEL-Online vom 5.11.10. <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,727528,00.html> (abgerufen am 6.11.10).

SPIEGEL-Online: Wahlrecht: Fünfprozentklausel bei Europawahl ist verfassungswidrig. In: SPIEGEL-Online vom 9.11.11. <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,796718,00.html> (abgerufen am 9.11.11).

SPIEGEL-Online: Verbindung zu Terrorzelle: Politiker fordern neuen Anlauf für NPD-Verbot. In: SPIEGEL-Online vom 3.2.12. <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,813102,00.html> (abgerufen am 3.2.12).

Statistische Ämter des Bundes und der Länder (Hrsg.): Demografischer Wandel in Deutschland. Heft 1: Bevölkerungs- und Haushaltsentwicklung im Bund und in den Ländern. Wiesbaden, 2011. [https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Bevoelkerung/VorausberechnungBevoelkerung/BevoelkerungsHaushaltsentwicklung5871101119004.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Bevoelkerung/VorausberechnungBevoelkerung/BevoelkerungsHaushaltsentwicklung5871101119004.pdf?__blob=publicationFile) (abgerufen am 3.2.12).

Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen: Landtagswahl 2004. Repräsentative Wahlstatistik. Stimmabgabe für Parteien nach Alter und Geschlecht der Wähler. [http://www.statistik.sachsen.de/wpr\\_alt/pkg\\_w04\\_nav.prc\\_index?p\\_anw\\_kz=LW04](http://www.statistik.sachsen.de/wpr_alt/pkg_w04_nav.prc_index?p_anw_kz=LW04) (abgerufen am 15.10.11).

Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen: Landtagswahl 2009. Wahlanalyse. Wahlkreise absteigend sortiert nach Listenstimmenanteilen für die NPD. [http://www.statistik.sachsen.de/wpr\\_neu/pkg\\_w04\\_nav.prc\\_index?p\\_anw\\_kz=LW09](http://www.statistik.sachsen.de/wpr_neu/pkg_w04_nav.prc_index?p_anw_kz=LW09) (abgerufen am 15.10.11).

Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen: Landtagswahl 2009. Wahlergebnisse. Freistaat Sachsen – Veränderung gegenüber 2004. [http://www.statistik.sachsen.de/wpr\\_neu/pkg\\_w04\\_nav.prc\\_index?p\\_anw\\_kz=LW09](http://www.statistik.sachsen.de/wpr_neu/pkg_w04_nav.prc_index?p_anw_kz=LW09) (abgerufen am 15.10.11).

Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen: Landtagswahl 2009. Repräsentative Wahlstatistik. Stimmabgabe für Parteien nach Alter und Geschlecht der Wähler. [http://www.statistik.sachsen.de/wpr\\_neu/pkg\\_w04\\_nav.prc\\_index?p\\_anw\\_kz=LW09](http://www.statistik.sachsen.de/wpr_neu/pkg_w04_nav.prc_index?p_anw_kz=LW09) (abgerufen am 15.10.11).

Stöss, Richard: Die „neue Rechte“ in der Bundesrepublik. <http://www.extremismus.com/texte/neuerechte.htm> (abgerufen am 8.8.09).

Streichan, Anja/Voss, Jens: Neonazis stören Mirco-Demonstration. In: Rheinische Post vom 14.2.11. <http://www.rp-online.de/niederrhein-sued/krefeld/nachrichten/neonazis-stoeren-mirco-demonstration-1.1194314> (abgerufen am 13.3.11).

Sundermeyer, Olaf: „Vor allem die Regional- und Oberligen sind interessant“. In: RUND – Das Fußballmagazin. <http://www.rund-magazin.de/cmsms/news/55/23/Nazis-Interview-Klaus-Beier/> (abgerufen am 18.3.10).

Tagesschau-Online/Infratest dimap: Landtagswahl Sachsen 2009. Arbeitslosigkeit und Einkommen. In: Tagesschau-Online. <http://wahlarchiv.tagesschau.de/wahlen/2009-08-30-LT-DE-SN/logi-arbeitslos.shtml> (abgerufen am 15.10.11).

Tagesschau-Online/Infratest dimap: Landtagswahl Sachsen 2009. Wähler nach Tätigkeit. In: Tagesschau-Online. <http://wahlarchiv.tagesschau.de/wahlen/2009-08-30-LT-DE-SN/umfrage-job.shtml> (abgerufen am 15.10.11).

Tagesschau-Online/Infratest dimap: Landtagswahl Sachsen 2009. Wählerwanderung. In: Tagesschau-Online. <http://wahlarchiv.tagesschau.de/wahlen/2009-08-30-LT-DE-SN/analyse-wanderung.shtml> (abgerufen am 15.10.11).

Tagesschau-Online/Infratest dimap: Landtagswahl Sachsen 2009. Zu- und Abwanderung. In: Tagesschau-Online. <http://wahlarchiv.tagesschau.de/wahlen/2009-08-30-LT-DE-SN/logi-zu-abwanderung.shtml> (abgerufen am 15.10.11).

taz-Online: NPD will büffeln. In: taz-Online vom 7.8.03. <http://www.taz.de/1/archiv/archiv/?dig=2003/08/07/a0180> (abgerufen am 10.6.11).

Tzschoppe, Tilman: NPD goes USA. In: Netz gegen Nazis vom 27.1.10. <http://www.netz-gegen-nazis.de/artikel/npd-goes-usa-4591> (abgerufen am 27.1.10).

Tückmantel, Ulli: Ein Dorf im Ausnahmezustand. In: Rheinische Post vom 8.3.09. [http://www.rp-online.de/panorama/deutschland/katastrophe/Ein-Dorf-im-Ausnahmezustand\\_aid\\_681945.html](http://www.rp-online.de/panorama/deutschland/katastrophe/Ein-Dorf-im-Ausnahmezustand_aid_681945.html) (abgerufen am 12.11.09).

Weber, Thomas: Die Fassade ist in sich zusammengebrochen. In: PUBLIKATIVE.org vom 18.3.11. <http://www.publikative.org/2011/03/18/die-fassade-der-npd-ist-in-sich-zusammengebrochen/> (abgerufen am 20.3.11).



## 12. Literatur- und Quellenverzeichnis

---

Wiegand, Ralf: Abgesagter NPD-Parteitag: Partei ohne Raum. In: Süddeutsche-Zeitung-Online vom 27.10.07. <http://www.sueddeutsche.de/panorama/abgesagter-npd-parteitag-partei-ohne-raum-1.793109> (abgerufen am 30.10.07).

Wittrock, Philipp: Ein Dorf in der Hand von Neonazis. In: SPIEGEL-Online vom 16.8.07. <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,496755,00.html> (abgerufen am 4.8.11).

Wittrock, Philipp: Urteil gegen NPD-Schatzmeister: Chaos-Buchhalter bringt Rechtsextreme in Bedrängnis. In: SPIEGEL-Online vom 12.9.08. <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,577986,00.html> (abgerufen am 12.9.08).

Wittrock, Philipp: Rechtsextremer Hass-Wahlkampf: Ermittler durchsuchen NPD-Zentrale wegen Drohbriefen. In: SPIEGEL-Online vom 23.9.09. <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,650590,00.html> (abgerufen am 23.9.09).

ZEIT-Online: NPD hetzt gegen Friedman. In: ZEIT-Online vom 24.7.09. <http://www.zeit.de/online/2009/npd-friedman-hetze> (abgerufen am 13.6.11).

## **Danksagung**

Zum Abschluss möchte ich mich ganz besonders bei meinem Doktorvater PD Dr. Christian Schwaabe bedanken, der mir in den vergangenen Jahren mit vielen hilfreichen Anregungen und wichtigen Denkanstößen zur Seite gestanden ist und mir dabei dennoch die erforderlichen Spielräume gelassen hat, um diese Arbeit wirklich zu meiner eigenen zu machen. Des Weiteren gebührt Prof. Dr. Dr. h.c. Werner Weidenfeld für die unbürokratische Zusammenarbeit hinsichtlich des Zweitgutachtens ein ebenso großes Dankeschön wie Prof. Dr. Thomas Raithel für seine Tätigkeit als Mitglied der Prüfungskommission.

Was meine Familie und meine Freunde darüber hinaus an großen und kleinen Dingen für mich getan haben, kann ich wohl kaum jemals wieder gutmachen, werde ich jedoch auch niemals vergessen. Vielen Dank für Euere Unterstützung und Großzügigkeit, Euer Verständnis und Euere Geduld!

Stefan Missy

München, März 2013